HITLER

REDEN
SCHRIFTEN
ANORDNUNGEN

FEBRUAR 1925 BIS JANUAR 1933

Band III
Zwischen den Reichstagswahlen
Juli 1928 – September 1930

Teil 2: März 1929 – Dezember 1929

Herausgegeben und kommentiert
von Klaus A. Lankheit

K · G · Saur
München · New Providence · London · Paris
1994

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Hitler, Adolf:
Reden, Schriften, Anordungen : Februar 1925 bis Januar 1933 /
Hitler. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. – München ;
New Providence ; London ; Paris : Saur.
ISBN 3-598-21930-X
NE: Hitler, Adolf: [Sammlung]

Bd. III. Zwischen den Reichstagswahlen Juli 1928 – September
1930 / Hrsg. und kommentiert von Klaus A. Lankheit.
Teil 2. März 1929 – Dezember 1929. – 1994
ISBN 3-598-21938-5
NE: Lankheit, Klaus A.


Gedruckt auf säurefreiem Papier / Printed on acid-free paper

K. G. Saur Verlag, München 1994
A Reed Reference Publishing Company

Printed in the Federal Republik of Germany

Datenübernahme und Satz: Rainer Ostermann, München
Druck/Binden: Graphische Kunstanstalt Jos. C. Huber, Dießen/Ammersee

ISBN 3-598-21930-X (Gesamtwerk)

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

Wie im vorangegangenen Teilband wird auch in diesem Band zur leichteren Handhabung für den Benutzer der Schlußteil der Einleitung von Band I, der über die Auswahlkriterien und die Editionsgrundsätze unterrichtet, nochmals abgedruckt, außerdem für jeden Teilband gesondert ein Personenregister, ein Abkürzungsverzeichnis und ein Literaturverzeichnis aufgenommen. Das hiermit veröffentlichte Quellenmaterial ist wiederum im wesentlichen seit 1980 von Anton Hoch, Hildegard von Kotze, Maria-Helene Müller, Clemens Vollnhals und Bärbel Dusik gesammelt worden. Ein besonders interessantes Dokument stellt Hitlers Stellungnahme zu einem Ermittlungsverfahren (Dok. 7) dar, das Dr. Reinhard Frommelt zur Verfügung gestellt hat. Unterstützung bei Bibliotheks- und Archivrecherchen erhielt der Bearbeiter durch Regina Schlemmer, die Texterfassung erfolgte durch Hannelore Scholz.

Institut für Zeitgeschichte — München, im Mai 1994

Horst Möller
Udo Wengst

Zur Edition

Entsprechend den Kriterien einer wissenschaftlichen Quellenedition sind nur schriftliche Zeugnisse und zeitgenössische Mitschriften, Polizei- oder Presseberichte über Rednerauftritte Hitlers, also Hitler-Dokumente im engeren Begriffssinn, aufgenommen. Zur Kategorie Reden zählen auch die mündlichen Erklärungen und Zeugenaussagen Hitlers vor Gericht, die einen vom Umfang kleinen, aber hochinteressanten Bestand darstellen. Ist der Inhalt einer Rede in verschiedenen Mitschriften oder Berichten überliefert, so wird nach dem Kriterium der umfassendsten Wiedergabe nur eine Überlieferung abgedruckt, während die anderen ermittelten Überlieferungen in einer Anmerkung nachgewiesen werden. Gelegentlich ist nur bekannt, daß Hitler auf einer öffentlichen Versammlung eine Rede hielt, aber nicht, was er sagte. Diese Hinweise sind ebenfalls mit knappen Angaben zu den äußeren Begleitumständen verzeichnet, um der weiteren Forschung einen Anhaltspunkt zu geben. Nicht nachgewiesen werden im allgemeinen jedoch angekündigte Rednerauftritte, die nachweislich nicht stattfanden, bzw. Versammlungen, auf denen statt Hitler ein anderer Redner sprach.

Bewußt nicht aufgenommen sind in der vorliegenden Edition Berichte über Gespräche mit und Äußerungen von Hitler und über von Hitler veranlaßte Handlungen und Aktionen, wie sie im Schriftwechsel Dritter, in Tagebüchern, Memoiren oder ähnlichen Büchern wiedergegeben werden.

Nicht in die Edition aufgenommen wurden ferner von Hitler unterzeichnete Ernennungsschreiben und Vollmachten, sofern sie lediglich formalen Charakter besitzen. Nicht enthalten sind weiterhin Entscheidungen des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses (USchlA), die Hitler als Referentenentwürfe vorgelegt und von ihm in seiner Funktion als Parteivorsitzender abgezeichnet wurden. In diesen parteiinternen Erlassen schlägt sich vor allem die routinemäßige Arbeit des Parteiführers nieder, die in der Regel kaum etwas über das spezifische politische Handeln und Denken Hitlers aussagt. Einen Einblick geben die im "Amtsblatt" der NS-Bewegung, dem Völkischen Beobachter, veröffentlichten Anordnungen. Sie wurden aus zweierlei Gründen in die Edition aufgenommen, einmal um auch diesen Tätigkeitsbereich ausschnitthaft zu dokumentieren, zum anderen verweist die öffentliche Bekanntmachung solcher Anordnungen auf den hohen Stellenwert, der ihnen seitens der Parteiführung zugemessen wurde.

Problematisch erschien schließlich auch die Einbeziehung solcher privater und oft ganz inhaltsleerer Schriftstücke von Hitlers Hand oder mit seiner Namenszeichnung wie Widmungen, Eintragungen in Gästebücher, Postkarten mit bloßen Grußformeln, Danksagungen o. ä. In diesem Bereich privat-persönlicher Hitler-Zeugnisse, die zumeist in Privatbesitz überliefert sind, mußte zudem aufgrund zahlreicher Fälschungen besondere Zurückhaltung und Vorsicht bei der Aufnahme in die Edition geboten sein.

Die Dokumente sind chronologisch angeordnet. Als Datum ist durchweg der Tag der Rede und nicht das Datum der Übertragung des Stenogramms, des Polizei- oder Zeitungsberichts

eingesetzt. Für die Datierung schriftlicher Äußerungen ist das Ausstellungsdatum maßgebend, bei undatierten Aufrufen, Erklärungen und Anordnungen Hitlers wird als Datum ersatzweise der Tag der Veröffentlichung angegeben. Steht das Datum in eckigen Klammern, so ist die Einordnung undatierter Dokumente aus dem sachlichen Zusammenhang erschlossen worden.

Die Titel der Reden werden, sofern sie eindeutig überliefert sind, in den Dokumentenkopf aufgenommen, ebenso die Überschriften bzw. "Betreffe" aller übrigen Dokumente. Weicht der Kopf des Dokuments bemerkenswert von der Vorlage ab oder enthält die Überschrift in der Vorlage zusätzliche Angaben, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen.

Absätze und Untergliederung entsprechen der Vorlage, jedoch wurden die Dokumente für die Druckfassung in bezug auf die formale Gestaltung vereinheitlicht. Hervorhebungen durch Unterstreichung, Sperrung oder Fettdruck werden in Kursivdruck wiedergegeben.

Korrekturen im Text der Vorlage werden nur dann angemerkt, wenn sie den Sinn in sachlich relevanter Weise verändern. Bearbeitungsvermerke wie etwa Unterstreichungen oder Randbemerkungen sind nur dann erwähnt, wenn sie offensichtlich oder vermutlich von Hitler hinzugefügt oder sachlich bemerkenswert sind.

Fehlerhafte Rechtschreibung und Zeichensetzung der Vorlage sind stillschweigend berichtigt, ebenso irrtümliche Schreibweisen von Eigennamen, sofern Orte und Personen zweifelsfrei identifiziert werden konnten. Eigenhändige Schreiben Hitlers werden hingegen unter Beibehaltung aller Schreib- und sonstigen Fehler buchstabengetreu wiedergegeben.

Zusätze des Herausgebers sind kursiv gesetzt und durch eckige Klammern gekennzeichnet. Unverständliche oder höchst eigenwillig formulierte Textstellen sind mit [*sic!*] gekennzeichnet.

Bei Aufzeichnungen über Versammlungen und Aussagen vor Gericht sind einleitende oder abschließende Bemerkungen des Berichterstatters sowie die Reden und Diskussionsbeiträge anderer Redner als Hitler ausgelassen, Auslassungen innerhalb des edierten Redetexts sind durch [...] gekennzeichnet. Ist die ausgelassene Stelle sachlich bemerkenswert, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen; wörtliche Zitate aus der ausgelassenen Stelle sind in diesem Fall zwar in Anführungszeichen gesetzt, jedoch nicht mit einem Hinweis auf die Quelle versehen.

Die Sachanmerkungen sollen keine umfassende, wertende Interpretation des edierten Dokuments geben, sondern dem Benutzer in knapper Form gezielte Verständnis- und Arbeitshilfen anbieten.

Alle im Text genannten Personen, die im 20. Jahrhundert gelebt und gewirkt haben, werden bei der Erstnennung mit einer Kurzbiographie vorgestellt, die in aller Regel den Lebenslauf bis 1945 nachzeichnet. Neben den einschlägigen biographischen Nachschlagewerken wurden bei Parteimitgliedern zusätzlich die im Berlin Document Center vorhandenen Personaldossiers herangezogen.

Jeder Teilband enthält ein Personenregister, wobei die kursiv gesetzte Seitenzahl auf die erstellte Kurzbiographie verweist. Mit dem Erscheinen des letzten Bandes wird die Edition zusätzlich durch ein kumuliertes Personen-, Orts- und Sachregister erschlossen.

Angesichts der außerordentlichen Zerstreuung der Quellen konnte Vollständigkeit nur annäherungsweise erreicht werden. Die Sammlungstätigkeit, die ausgangs der 80er Jahre im wesentlichen abgeschlossen und 1990-1992 nur noch an einigen Orten der ehemaligen DDR fortgesetzt wurde, konzentrierte sich zunächst auf die Durchsicht der als einschlägig und besonders ergie-

big bekannten Bestände des Bundesarchivs Koblenz, des Bayerischen Hauptstaatsarchivs München, der Staatsarchive München und Nürnberg, des ehemaligen Zentralen Staatsarchivs der DDR in Potsdam sowie des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte.

Weitere Recherchen fanden in den Beständen und Zeitungsausschnittssammlungen folgender Archive, Bibliotheken und Forschungseinrichtungen (geordnet nach Orten) statt: Berlin Document Center, Landesarchiv Berlin, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Deutsche Staatsbibliothek Berlin, Staatsarchiv Bremen, Staatsarchiv Dresden, Sächsische Landesbibliothek Dresden, Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Archiv der Mannesmann-AG Düsseldorf, Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt, Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i. Br., Staatsarchiv Freiburg i. Br., Militärgeschichtliches Forschungsamt Freiburg i. Br., Staatsarchiv Hamburg, Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Weltwirtschaftsarchiv Hamburg, Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, Generallandesarchiv Karlsruhe, Staatsarchiv Landshut, Deutsche Bücherei Leipzig, Staatsarchiv Leipzig, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Abteilung Merseburg (ehemals Dienststelle Merseburg des Zentralen Staatsarchivs der DDR), Bayerische Staatsbibliothek München, Brandenburgisches Landeshauptarchiv (ehemals Staatsarchiv Potsdam), Bibliothek für Zeitgeschichte Stuttgart, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Staatsarchiv Weimar, Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel. Weiterhin wurden das Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien sowie die polnischen Staatsarchive Malbrok, Olsztyn und Wroclaw in die Recherchen einbezogen.

Wertvolle Hinweise auf einzelne Bestände und Aktivitäten Hitlers brachten ferner zwei Rundschreibenaktionen, die sich an jeweils mehr als 100 Archive der Bundesrepublik und der DDR sowie Bibliotheken mit der Bitte um Unterstützung richteten. Unentbehrlich für die Nachweisung der recherchierten Hitler-Reden in der oft entlegenen Lokal- und Regionalpresse war die tatkräftige Mitarbeit zahlreicher Stadtarchive und Bibliotheken, die viel Mühe auf die Durchsicht der bei ihnen überlieferten Presseorgane verwandten. Den Mitarbeitern aller beteiligten Archive, Bibliotheken und sonstigen Institutionen sei an dieser Stelle aufrichtig für die umfassende und bereitwillig gewährte Unterstützung gedankt.

Dokumente

1. März 1929 Dok. 1
Aufruf

Gedruckte Ausfertigung; BA, NS 26/517.

Sehr geehrte Parteigenossin! [1]

5 Jahre nach Kriegsbeginn, inmitten der Wirren des Jahres 1919, wurde die nationalsozialistische Bewegung gegründet [2]. Sie soll dereinst erfüllen, wofür die deutschen Millionen-Heere auf den Schlachtfeldern Europas zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft stritten und kämpften, 4 Millionen an Verwundeten und 2 Millionen an Toten verloren [3].

Seitdem sind 10 Jahre vergangen, Jahre einer beispiellosen Arbeit unserer jungen Bewegung und aber auch einer beispiellosen Entwicklung. Im ununterbrochenen Kampfe gegen fast alle Kräfte des öffentlichen Lebens, angefangen von der Kapitalsdemokratie, über die Presse, die öffentliche Meinung, die politischen Parteien, bis zu den Gewalten des Staates, *wuchs die Sieben-Mann-Gruppe* [4] *von damals zur heutigen Millionen-Partei empor* [5].

Ungezählt sind die Opfer, die diese Entwicklung erforderte. Unmeßbar sind die Mühen und Sorgen zahlreicher Redner, SA- und SS-Männer.

Zahlreiche Kämpfer büßten ihre Liebe zu unserem Volke mit Gefängnis, viele besiegelten ihre Treue zur Bewegung mit ihrem Blute. Vom unbekannten SA-Mann bis zum bekannten Führer hat die Bewegung Tote zu beklagen, die der von einer gewissenlosen jüdischen Presse ausgehenden Mordhetze zum Opfer gefallen sind.

Aus dieser gewaltigen Arbeit, ihren ersichtlichen Ergebnissen sowohl, als auch aus der erneut bewiesenen Bereitwilligkeit einzelner, das eigne Ich hinzugeben für die Errettung von Volk und Land, ist aber ein Glaube erstanden, der zahlreichen Menschen einen neuen Lebensinhalt gibt. Je elender und verkommener die Äußerungen unseres politischen Lebens ansonsten sind, je mehr Deutschland dem Diktat seiner internationalen Todfeinde verfällt, innerlich aber dank seiner marxistisch-demokratisch-zentrümlerischen Leitung in immer zunehmende Ehrlosigkeit, Schande und Not versinkt, um so größer wird die Hoffnung des Nationalsozialisten sein.

Hundert- und abermals Hunderttausende sind durch diese junge Bewegung von der mystischen Zuversicht erfüllt worden, daß, wenn die Not unseres Volkes am höchsten gestiegen sein wird, sich damit auch seine Erlösung naht.

---

1 Gedruckte Ausfertigung mit der Anrede "Sehr geehrter Parteigenosse"; BA, NS 26/391.

2 Gemeint ist die Gründung der "Deutschen Arbeiterpartei" durch Anton Drexler und Karl Harrer am 5.1.1919.

3 Im Ersten Weltkrieg waren auf deutscher Seite 1.885.291 Soldaten gefallen und 4.248.158 verwundet worden. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924/25, Berlin 1925, S. 25.

4 Zur Sieben-Mann-Legende vgl. Albrecht Tyrell, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975, S. 198 f., Anm. 118.

5 Die NSDAP hatte bei der Reichstagswahl am 20.5.1928 810.127 Stimmen (2,6 %) erhalten, die Zahl der Mitglieder wurde von der Polizeidirektion München Ende Februar 1929 auf 60.000-70.000 geschätzt. Vgl. Jürgen Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986, S. 41, 44 sowie Lagebericht N/Nr. 74 der Polizeidirektion München vom 23.2.1929; BayHStA, MA 101235/3.

Die Größe einer Arbeit vermag die Menschheit zu allen Zeiten nur am Ergebnis anzuerkennen. *Ich halte es deshalb für notwendig, daß die junge Partei wenn möglich alljährlich einmal nicht nur der Umwelt, sondern auch ihren eigenen Angehörigen zeigt, was in den verflossenen Monaten geleistet wurde und was aus dieser Leistung entstand. Die*

Parteitage der nationalsozialistischen Bewegung

sind deshalb keine Einrichtungen zu unfruchtbaren Diskussionen - wie bei anderen Parteien -, sondern allen verständliche Kundgebungen des Wollens und der Kraft dieser Idee und ihrer Organisation.

Gerade jetzt im Augenblick der größten Wirrnis und des allen ersichtlichen Zerfalls unseres gesamten öffentlichen Lebens werden Millionen Menschen ein beglücktes Verständnis empfinden für die Abhaltung unseres kommenden Parteitages, der eine

Demonstration der nationalen Disziplin

sein soll.

Die nationalsozialistische Bewegung ist einst aus dem Fronterlebnis herausgewachsen. Der Geist des heldenmütigsten Heeres aller Zeiten möge für immer ihr Geist sein. Die Einigkeit des deutschen Volkes in Waffen ist ihre Einigkeit. Die Partei, die als einzige in Deutschland keine Bürger und keine Proletarier, sondern nur mehr deutsche Volksgenossen kennt, hat allein das Recht, ja die Pflicht, sich jenes Tages zu erinnern, an dem eine internationale Weltverschwörung unser Volk zum Kampf um sein nacktes Dasein zwang [6].

Die ersten Augusttage des Jahres 1914 sind für uns die Stunden, in denen das deutsche Volk in die Zeit seines größten und unsterblichsten Ruhmes eingetreten war [7].

Zur Erinnerung an das 10jährige Bestehen der nationalsozialistischen Bewegung, zur Erinnerung an den vor 15 Jahren erfolgten Eintritt Deutschlands in den Weltkrieg und den Ausmarsch des deutschen Heeres findet deshalb in der alten deutschen Reichsstadt *Nürnberg* vom

1. bis 4. August

der Reichsparteitag 1929

der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei

statt [8].

Der Größe dieser beiden Erinnerungen soll die Größe der Veranstaltung entsprechen.

1. August: Eröffnung sämtlicher Sondertagungen
Beginn des Antransportes von Parteigenossen und Anhängern der Bewegung durch Sonderzüge. Massenversammlungen.

2. August: Fortsetzung der Sondertagungen.
Eröffnung des großen Kongresses der Delegierten der Partei. Begrüßungsfeiern.
Fortsetzung des Antransportes von Parteigenossen und Anhängern der Bewegung durch Sonderzüge.
Nachts Ankunft der ersten SA-Sonderzüge.

---

6 Zum Forschungsstand zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges vgl. z. B. Gregor Schöllgen (Hrsg.), Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland, Darmstadt 1991.

7 Vgl. Hans Maier, Ideen von 1914 - Ideen von 1939. Zweierlei Kriegsanfänge. In: VfZ 38 (1990), S. 525-542.

8 Vgl. Dok. 60-65, 67.

3. August:	Fortsetzung des großen Kongresses der Delegierten der Partei. Fortsetzung der Sondertagungen und Abschluß derselben. Antransport der gesamten SA und SS in Sonderzügen. *Abends Riesenfackelzug zu Ehren des ausmarschierenden Heeres von 1914. Als Abschluß ein Gigantenfeuerwerk: "Die Westfront".*
4. August:	*Niederlegung von 3.000 Kränzen durch Abordnungen der Ortsgruppen und der SA am Kriegerdenkmal zu Nürnberg.* Standartenweihe und Generalappell. *Marsch des großen historischen "Deutschen Festzuges" durch Nürnberg; als Abschluß Vorbeimarsch der gesamten SA und SS.* Schließung des Kongresses. Fest- und Abschließfeiern [*sic!*]. Beginn des Abtransportes der SA und SS und der Parteigenossen in Sonderzügen.

Der Parteitag 1929 der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wird nicht nur die größte Kundgebung der Bewegung, sondern die größte

Demonstration des politisch-nationalen Deutschlands

überhaupt.

Ungeheuer werden die Massen der Teilnehmer sein!

Ungeheuer sind die schon jetzt zu leistenden Vorarbeiten.

Ungeheuer sind aber auch die dafür erforderlichen Mittel!

Als das marxistische Zentralorgan der Sozialdemokratie, der "Vorwärts", einst Geld benötigte, stellte ihm sofort der Groß-Bank-Kapitalist Goldschmidt [9] 800.000 Mark zur Verfügung [10]. Solche Möglichkeiten kommen für die nationalsozialistische Bewegung nicht in Frage.

Ich richte deshalb meinen Appell an die einzelnen Mitglieder unseres nationalsozialistischen deutschen Arbeitervereins [11] *und fordere sie auf, von sich aus für die Durchführung dieser Riesenkundgebung unserer Partei und Ehrenfeier unseres Volkes das Höchste beizutragen.*

Es muß der verbissene Stolz jedes einzelnen Vereinsmitgliedes und Parteigenossen sein, dafür zu sorgen, daß es jedem SA-Mann möglich gemacht wird, nach Nürnberg zu fahren!

Es muß der Ehrgeiz jedes einzelnen Vereinsmitgliedes und Parteigenossen sein, den Festzug, der unsere Helden von einst verherrlichen soll, zur überwältigenden Dankeskundgebung unseres Volkes auszugestalten.

---

9 Jakob Goldschmidt (1882-1955), Bankier, 1910 Mitgründer und Teilhaber des Bankhauses Schwarz, Goldschmidt & Co., 1918 Direktor der Nationalbank für Deutschland KG, 1922-1931 persönlich haftender Gesellschafter der Darmstädter und Nationalbank KG, 1934 Emigration.

10 Anspielung auf einen Zwischenkredit in Höhe von 800.000 RM, den die Darmstädter und Nationalbank einer Untergesellschaft der Vorwärts-Buchdruckerei im Jahr 1926 gewährt hatte. Vgl. Vorwärts vom 11.10.1928 (AA), "Völkisch-kommunistische Schwindelattacke".

11 Zur Satzung des NSDAV e.V. vgl. Bd. I, Dok. 64 und 146.

Ich habe deshalb den Reichsschatzmeister [12] beauftragt, diese meine Aufforderung zur Beitragsleistung an der Ausgestaltung unseres Parteitages den einzelnen Mitgliedern unseres nationalsozialistischen deutschen Arbeitervereins persönlich zuzustellen.

Ich erwarte dabei, daß auch Sie, verehrte Parteigenossin [13], nach Ihren Möglichkeiten opfern und daß auch Sie nicht eine Entschuldigung suchen, die, wenn sie allgemein angewendet würde, auch im Großen einen Wiederaufstieg unseres Volkes unmöglich machen müßte.

Es geht nicht an, daß Sie sagen: "Es lohnt sich nicht, nur 50 Pf[*enni*]g einzuschicken, und mehr könnte ich doch nicht geben." Denn wenn nur 50.000 Parteigenossen so denken, entziehen sie dem Vereine 25.000 M[*ar*]k. und nehmen vielleicht 3.000 SA-Männern damit die Möglichkeit, nach Nürnberg zu kommen, um dort, nach 2 Jahren schwerster Arbeit, endlich auch das Glück zu erfahren, den Erfolg zu sehen.

Und sagen Sie nicht, verehrte Parteigenossin [14]: "Ich könnte und würde auch gerne etwas geben, wenn nur die Mühe des Einbezahlens nicht wäre." Wenn Sie diese Mühe scheuen, mit welchem Recht wollen Sie die Arbeit anderer erwarten, deren Mühe wohl eine tausendmal größere ist? *Was ist diese lächerliche Mühe gegenüber der, die jeden Tag Tausende unserer SA- und SS-Männer auf sich nehmen, indem sie nach acht- und neunstündiger Dienstzeit aus Büro, Werkstatt und Fabrik kommend, im braunen Hemd auf den Lastkraftwagen steigen und in die kalte Nacht hinausrollen zum Schutze unserer Versammlungen und Redner?* Und sagen Sie auch weiter nicht: "Es geht nicht, da man ohnehin so viele Opfer bringen muß." Denn was sind Ihre Opfer gegenüber denen des gewöhnlichen SA-Mannes, der schon ein größeres Opfer bringt, indem er sich nur das braune Hemd kauft und von seinem kärglichen Lohn die Pfennige abspart, um jene Fahrten mitmachen zu können zum Kampfe für unser Volk, bei denen er selbst so oft sein Blut und nicht selten sein Leben einsetzt?

Hätte unser Volk für die nationalsozialistische Freiheits-Bewegung nur ein Tausendstel von dem freiwillig geopfert, was der Dawes-Staat [15] und die verlumpte Parteiwirtschaft von ihm mit Zwang einzieht, dann würde Deutschland längst gerettet sein.

Ich erwarte deshalb von dieser Aufforderung, daß jeder einzelne Parteigenosse - und damit auch Sie -, das gibt, was er geben kann. Und ich erwarte, daß, ganz gleich ob dieser Betrag nur 50 Pf[enni]g ist oder mehr, sich niemand deshalb dieser Ehrenpflicht entzieht, nur weil er die kleine Umständlichkeit des Gebens scheut.

---

12 Franz Xaver Schwarz (1875-1947), Oberamtmann, 1900-1925 Beamter bei der Stadt München, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924 1. Kassierer der GVG, 1925-1945 Reichsschatzmeister der NSDAP, 1929-1933 Stadtrat in München.

13 Vgl. Anm. 1.

14 Vgl. Anm. 1.

15 Der am 29.8.1924 im Reichstag angenommene Dawes-Plan stellte eine vorläufige Regelung der deutschen Reparationsleistungen dar. Sie sollten bis 1927/28 jährlich 1-1,75 Milliarden RM, danach mindestens 2,5 Milliarden RM betragen und aus dem Reichshaushalt sowie aus Leistungen der Reichsbahn und der Industrie finanziert werden. Reichsbahn und Reichsbank wurden zur Sicherung der Ansprüche einer internationalen Kontrolle unterstellt. Es war vorgesehen, die vereinbarten deutschen Reparationsverpflichtungen in Höhe von 2,5 Milliarden RM ab 1929/30 um eine am Wohlstandsindex orientierte Quote zu erhöhen. Druck: RGBl. 1924, II, S. 289 ff. Vgl. Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970, S. 201 ff.

Wer dann am 1. - 4. August selbst in Nürnberg ist, der wird in vielen Zehntausenden von glanzerfüllten Augen einen Dank für seinen Beitrag sehen, der ihn beglückt.

Und ich weiß, daß in diesen Stunden dann niemand mehr bereut, auch selbst zum großen Werk mitgeholfen zu haben, daß es dafür aber manchen innerlich leid tun wird, nicht großzügiger gewesen zu sein.

Alle die Opfer aber, verehrte Parteigenossin [16], die Sie heute bringen, sie sind ja überhaupt nichts, gemessen an den Opfern, die das alte Heer in seinen Millionen Soldaten brachte, die wir feiern wollen.

Und sie sind nichts, verglichen mit jenen Opfern, die das junge Deutschland, das zu Nürnberg an Ihnen vorbeimarschieren wird, einst zu bringen hat, damit die Dawes-Schande des Tributstaates erlischt und ein

neues Reich von nationaler Ehre und sozialem Glück
entsteht.

Adolf Hitler [17]

2. März 1929 Dok. 2
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 2.3.1929.

Diktatur zur Rettung Stresemanns [1]? -
Der Kampf um die Ministersessel -
Die Waffenlager der Austromarxisten

Das Schauspiel, welches die parlamentarische Demokratie in Deutschland der betrachtenden Welt gibt, ist ein so erbärmliches, daß man sich langsam im Lande selbst darüber zu schämen beginnt. Seit zehn Jahren steht die nationalsozialistische Bewegung Deutschlands im heftigsten Kampf gegen ein System, das nach aller menschlichen Voraussicht sowie auf Grund aller historischen Erfahrungen nur zum Ruin unseres Volkes führen muß. Dieser Kampf war der Anlaß zu ebenso haßerfüllten wie erbärmlichen Methoden der Unterdrückung, da man in der Ab-

16 Vgl. Anm. 1.
17 Folgt Aufruf des Reichsschatzmeisters der NSDAP Franz Xaver Schwarz.

1 Gustav Stresemann (1878-1929), 1900 Dr. phil., 1906-1912 Stadtverordneter in Dresden, 1907-1912 und 1914-1918 MdR (Nationalliberale Partei), 1912-1918 Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller, 1918 Mitbegründer und Vorsitzender der DVP, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1929, August 1923 bis November 1923 Reichskanzler und Reichsminister des Auswärtigen, November 1923 bis Oktober 1929 Reichsminister des Auswärtigen, 1926 Friedensnobelpreis (zusammen mit Aristide Briand).

lehnung der parlamentarischen Demokratie einen Kampf gegen die allein gesetzlich zulässige Staatsform erblickte. Daß in der Weltgeschichte dieses parlamentarisch-demokratische System nur in verschwindend kleinen Zeitläufen herrschte und zwar regelmäßig in Perioden des Verfalls von Völkern und Staaten, interessiert die Träger dieser Idee um so weniger, als sie ja seine Nutznießer sind. Sowenig man aber einen Dieb von der Notwendigkeit der Beibehaltung des Eigentumsbegriffes zu überzeugen vermag, solange es sich um das Eigentum anderer handelt, sowenig wird man jemals einen Parlamentarier zu belehren vermögen über den Irrsinn der parlamentarischen Demokratie, solange er aus ihr sein tägliches Brot bezieht. Und wenn heute aus Kreisen der Parlamentsparteien eigentümliche Klagetöne über das "Versagen des Parlamentarismus" laut werden [2], dann entspringt ein solcher scheinbarer Wandel der Gesinnung keineswegs einer nunmehr beginnenden Einsicht in die innere Unmöglichkeit des parlamentarisch-demokratischen Gedankens als vielmehr nur dem Ärger über entgangene Geschäftsmöglichkeiten oder der Angst vor einer kommenden Katastrophe. Dabei würde auch eine solche Katastrophe das Herz dieser wärmsten Anwälte unseres Volkes ziemlich kühl lassen, wenn sie sich nur auf Deutschland als Volk und Staat bezöge. Was sie allein heute in beweglichen Tönen über das Unwürdige des "der Welt gebotenen Schauspiels" reden läßt, ist nur die Empfindung, daß das ganze Theater der parlamentarischen Demokratie eines Tages infolge seiner Durchschauung durch das Volk auffliegen könnte. Und wenn dabei gewisse dieser typischen, sogenannten "nationalen" Parlamentsparteien heute mit einem Auge vorsichtig nach einer Diktatur hinblinzeln [3], dann geschieht auch das nicht, um durch eine solche Diktatur das Deutsche Reich zu erretten - das ist diesen Parlamentswanzen vollkommen gleichgültig -, sondern es geschieht nur, um vielleicht durch ein solches verständnisvolles Eingehen auf die allgemeine Volksstimmung jenen Kräften den Wind aus den Segeln zu nehmen, die ihrem ganzen Wesen nach einer Erfüllung der inneren Sehnsucht des deutschen Volkes dienen könnten. Die Parole würde dann nicht lauten: "Rettet durch die Diktatur die Nation", sondern "Verhindert durch einen Diktator die Vernichtung der parlamentarischen Demokratie und ihrer Nutznießer". Was das deutsche Volk aber von einer solchen Parole zu erwarten hätte, braucht nicht gesagt [*zu*] werden. Grundsätzlich hat an die Spitze aller Erkenntnisse deshalb immer die eine zu treten: "Ohne die restlose Vernichtung all der am deutschen Zusammenbruch beteiligten und verantwortlichen Parteien (möge diese Verantwortung eine positive im Sinne der Förderung des Zusammenbruchs oder eine negative im Sinne der Duldung des Zusammenbruchs sein, spielt keine Rolle) gibt es keinen deutschen Wiederaufstieg." Die zehn Jahre seit der Re-

---

2 Der frühere Reichskanzler Josef Wirth schrieb in einem vielbeachteten Artikel von der "Krise des Parlamentarismus". Vgl. Deutsche Republik vom 15.2.1929, "Ende des Vertrauens?" sowie Frankfurter Zeitung vom 16.2.1929 (2. MA), "Dr. Wirth zur Koalitionsfrage". Gustav Stresemann benutzte diese Worte ebenfalls in einer Grundsatzrede vor dem Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei am 26.2.1929. Druck: Berliner Tageblatt vom 26.2.1929 (AA), "Stresemann an die Parteien".

3 Auf dem württembergischen Parteitag der DNVP in Heilbronn am 24.2.1929 hatten der Reichtagsabgeordnete Reinhold Quaatz, Mitglied des Parteivorstandes der DNVP, und der württembergische Kultusminister Wilhelm Bazille unter anderem über die Möglichkeit einer Diktatur gesprochen. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 26.2.1929 (1. MA), "Deutschnationale in Schwaben", Vossische Zeitung vom 27.2.1929 (PA), "Panikmacher" sowie Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928-1933. Hrsg. von Hermann Weiß und Paul Hoser, München 1989, S. 65.

volution [4] haben den Kredit jedes deutschen Regierungs- und damit auch Staatsgedankens so verwirtschaftet, daß man nicht mehr hoffen darf, die Nation aus ihrem Verfall zu befreien, ohne däß das neue Regiment sich schon durch die Größe und Entschlossenheit seiner inneren politischen Säuberungsaktion sich [*sic!*] einen neuen Kredit des moralischen Ansehens und der scheuen Achtung erkämpft. Die Meinung aber, daß zu einer solchen Aktion das Schicksal den wohlbeleibten Korpus des Herrn Dr. Gustav Stresemann ausersehen haben könnte, ist ohne Zweifel eine frevlerische Lästerung der Allmacht des Herrn.

Der liebliche Kampf, der zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei tobt, soll sich, wie die Öffentlichkeit vernimmt, in erster Linie um Ministerstühle drehen [5]. Auch das ist für das deutsche Volk unendlich beglückend, daß, während in Paris eine Sachverständigen-Konferenz unser deutsches Wirtschaftsleben durchforscht [6], um die Größe der "tragbaren" Tribute festzustellen, in Deutschland dabei die Not katastrophenartige Orgien feiert, unsere Parteien, d. h. also die politischen Vertretungskörper des souveränen deutschen Volkes, Indianerkämpfe aufführen um ein paar erhabene Stühle, auf die sich dann, so oder so und ganz gleich wie immer, jene Zierden unseres Parteiwesens niederlassen, bei denen das Schwergewicht weniger im Kopf als vielmehr in einem entgegengesetzten Körperteil zu liegen pflegt. Sehr erfreulich ist das für die Nation. Allein so ganz stimmt die Sache nicht einmal. Der Sieg der Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen [7] ist ein Sieg gewesen, vor dem heute mancher Parteigröße bereits im stillen graust. Es mag manchen erfahrenen Parlamentsspezialisten marxistischen Geblüts geben, der sich im stillen wünscht, daß die Regierung doch zum Teufel gehen möge, damit die Partei wenigstens erhalten bleibe. Das schlaue Zentrum, das schon bei der letzten Wahl eine tüchtige Abreibung erfahren hat [8], will jedenfalls immer weniger mit einer Entwicklung zu tun haben, die in den Augen der öffentlichen Meinung für die verantwortlichen Träger wenig Popularität einbringen wird. Jahrelang haben diese Parteien brüderlich das deutsche Volk verschachert und verjobbert [*sic!*]. Nun wird ihnen langsam unangenehm zumute. Es kommen Folgen von grauenhaften Ausmaßen. Die machtvolle vorwärtsschießende nationalsozialistische Bewegung wird die Augen sehr offen halten müssen, um zu verhüten, daß aus einer fluchbeladenen Regierungspartei von einst nun plötzlich eine von nichts wissende Oppositionspartei wird. Denn ohne die Hilfe des Zentrums hätte Deutschland weder eine Revolution bekommen,

4 Hinweis auf die Ereignisse im November 1918.

5 Am 6.2.1929 hatte sich das Zentrum zunächst aus der Reichsregierung zurückgezogen, da es seine Forderungen sowohl bei den Koalitionsverhandlungen für die Reichsregierung als auch bei denen für die preußische Regierung nicht durchsetzen konnte. Am 13.4.1929 traten wieder Minister des Zentrums in die Reichsregierung ein. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930, Bd. 1: Juni 1928 bis Juli 1929, bearb. von Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970, S. 408 ff., 550 sowie Karsten Ruppert, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923-1930, Düsseldorf 1992, S. 369 ff.

6 Gemeint sind die Beratungen des Sachverständigenausschusses zur Regelung des Reparationsproblems vom 9.2. bis 7.6.1929 in Paris. Vgl. Die Entstehung des Youngplans dargestellt vom Reichsarchiv 1931-1933. Durchgesehen und eingeleitet von Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970, S. 37 ff., 170 ff. sowie Link, Stabilisierungspolitik, S. 452 ff.

7 In der Reichstagswahl am 20.5.1928 konnte die SPD ihren Stimmenanteil von 26% auf 29,8% steigern. Vgl. Falter, Wahlen und Abstimmungen, S. 44.

8 In der Reichtagswahl am 20.5.1928 verringerte sich der Stimmenanteil des Zentrums von 13,6% auf 12,1%. Vgl. ebenda.

noch wäre in diesen zehn Jahren jener furchtbare Tiefstand unseres Lebens eingetreten, aus dem das Zentrum selbst nunmehr sich am liebsten mit parlamentarischer Geschmeidigkeit herausschwingen möchte. Die Herren haben die Suppe eingebrockt, die Herren mögen sie nun auch genießen!

Es gab bekanntlich im Frieden eine marxistische Parole, die da hieß: "Diesem System keinen Pfennig an Steuern und keinen Mann zur Verteidigung [9]." Das war dazumal, als die heute "staatserhaltende" Sozialdemokratie sich selbst noch in der Opposition befand. Dabei hatte diese selbe Sozialdemokratie damals eine Flut von Anträgen eingebracht, die in den Augen der Masse ebenso populär waren, wie sie auch undurchführbar sein mußten, besonders bei der Haltung einer Partei, die auf der einen Seite wohl durch ihre Anträge den proletarischen Massen Millionen in Aussicht stellte, aber, wie schon oben bemerkt, die Pfennige als Steuergelder verweigerte. Das war aber eine schöne Zeit für diese Volkspartei der "werktätigen" Arbeiterschaft. Man nannte das die "Eroberung des bourgeoisen Klassenstaates durch das sozialdemokratische Proletariat". Diese Taktik versucht nun die Sozialdemokratie manchesmal auch heute noch anzuwenden, obwohl sie zur Zeit den bürgerlichen Klassenstaat hohenzoller[*n*]scher Prägung in eine marxistisch-zentrümlerische Republik verwandelt hat. Und regelmäßig fallen besonders die bürgerlichen Parteien sogar heute noch auf den marxistischen Schwindel herein. Erst seit den letzten Wochen scheint hier im Reichstag ein Wandel eintreten zu wollen. Wer die ganze verlumpte Demagogie der marxistischen Arbeiterbetrüger und Volksverräter entlarven will, braucht nur heute deren eigene Anträge, mit denen sie jahrzehntelang gekämpft haben, aufnehmen und den Herren so zur Abstimmung vorlegen, daß die Entscheidung über die Annahme oder Nichtannahme bei ihren Stimmen liegt. Und dann kann man seine blauen Wunder erleben. Dann kann man sehen, wie diese Allerweltsschwindler auf einmal erschrocken und kleinlaut ihre eigenen Anträge von einst niederbügeln, kurzerhand ablehnen oder am liebsten darüber überhaupt zur Tagesordnung übergingen. Und was bei ihnen früher der "berechtigte Kampf des Proletariats gegen den bürgerlichen Klassenstaat" war, das ist dann heute auf einmal hundsgemeine Demagogie. Es ist überall dasselbe. Die Sozialdemokratie, der Marxismus hat das Recht, Versammlungen abzuhalten. Wenn es andere tun, dann ist dies eine unzulässige Beunruhigung der öffentlichen Meinung. Der Marxismus hat das Recht, auf der Straße zu demonstrieren. Wenn andere dasselbe tun, ist es eine Provokation des Proletariats. Der Marxismus hat das Recht, demagogische Anträge zu stellen. Wenn das andere ebenfalls versuchen, ist es eine niederträchtige Obstruktion. Kurz, was der Marxismus tut, ist immer recht; nur wenn andere dasselbe tun, dann verwandelt sich dieses Tun plötzlich in ein Verbre-

9 Bezieht sich wahrscheinlich auf eine Aussage im aktuellen Wehrprogramm des linken Parteiflügels der SPD: "'*Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!*' Nach diesem politischen Grundsatz hat die deutsche Sozialdemokratie vor dem Kriege ihre wehrpolitischen Handlungen eingerichtet." Vgl. Sozialdemokratie und Wehrproblem. Vorschläge für Programmformulierungen zu dem Wehrproblem, herausgegeben vom "Klassenkampf", Herausgeber: Prof. Dr. Max Adler, Dr. Paul Levi, Dr. Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz, Heinrich Ströbel, Leipzig o. J. [1929] (Sonderheft Der Klassenkampf - Marxistische Blätter), S. 18.
Zum Verhältnis der Sozialdemokratie zum Budgetrecht und zur Wehrfrage vor 1914 vgl. Reinhard Höhn, Sozialismus und Heer. Bd. II: Die Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit dem Moltkeschen Heer, Bad Homburg vor der Höhe 1959, S. 29 ff. sowie Christoph Butterwegge und Heinz-Gerd Hofschen, Sozialdemokratie, Krieg und Frieden. Die Stellung der SPD zur Friedensfrage von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine kommentierte Dokumentation, Heilbronn 1984, S. 13 ff., 50 ff.

chen. Die nationalsozialistische Bewegung wird dieser marxistischen Theorie einst die Faust unter die Nase halten [*sic!*], daß den Herren noch Hören und Sehen vergehen wird. Natürlich ist das geistig gemeint!

Der Marxismus hat auch das Recht, Waffen zu sammeln. Jawohl, wenn nichtmarxistische Elemente sich eine Waffe beilegen, dann ist dies der Ausdruck einer "fluchwürdigen militaristisch-imperialistischen Gesinnung". Es ist dies das sichtbare äußere Merkmal einer "verkommenen, blutrünstig-kapitalistischen Zeit". Die Waffen selbst sind nur die "Werkzeuge verrotteter, unmenschlicher Schandflecke", die nicht mehr in die fortgeschrittene Zeit einer neuen, schönen, friedlichen Kulturepoche hineinpassen. Wenn Marxisten nun dasselbe tun, ist es dabei dennoch etwas ganz anderes. Wer erinnert sich nicht des unsinnigen Geheuls alter marxistischer Sprachrohre unseres politischen Gaunertums über die "nationalsozialistischen militärisch bewaffneten Haufen", die in Kirchenhain [*sic!*] bei hellichtem Tage und stockfinsterer Nacht Übungen abgehalten haben sollten [10]. Empörung über Empörung. Denunzierung durch die roten Ehrenmänner an die internationale Ausbeuterkonferenz zu Genf [11]: "Achtung! Deutschland hat immer noch Waffen, die es nicht haben soll." Charakterlose ehemalige Offizierssubjekte, Majore a. D. [12] usw. fanden sich sogar bereit, in der Uniform des Reichsbanners [13] an diesem erbärmlichen Treiben teilzunehmen [14]. Das Ergebnis war die Feststellung, daß, wie es bei Marxisten nicht anders zu erwarten ist, die ganze Aktion von A bis Z ein aufgelegter Judenschwindel war. Alles erfunden und erlogen. Nun tappt durch irgendeinen Zufall die Wiener Polizei in das Gebäude der marxistischen Zentralverwaltung in Wien hinein und stößt dabei mit der Nase auf etliche höchst unzweckmäßig erscheinende Vermauerungen unterirdischer Gewölbe. Bei der bekannten polizeilichen Neugierde bohrt man sich in diese geheimnisvollen Gänge - während die Herren Obergenossen mit pumpernden Herzen und käsig gewordenem Antlitz nebenan stehen - etwas mehr hinein und stößt dabei auf einmal statt auf eine Schwammerlzucht für die Tafel der marxistischen Hautevolée auf Maschinengewehre, Karabiner, Stutzen, Infanteriegewehre, Infanteriemunition, Maschinengewehrmunition, Maschinen-

---

10 Im Kreis Kirchhain (Hessen-Nassau) hatten bis Herbst 1928 Feldjäger-Patrouillen der Reichswehr unter Beteiligung der NSDAP und SA militärische Übungen abgehalten. Landrat Adolf von und zu Gilsa hatte es unterlassen, das Regierungspräsidium darüber zu informieren. Um ein allgemeines Verbot der NSDAP zu verhindern, verfügte Gregor Straßer den Parteiausschluß der NSDAP-Ortsgruppe Speckswinkel bei Kirchhain. Vgl. Eberhart Schön, Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen, Meisenheim am Glan 1972, S. 123 ff., Berliner Tageblatt vom 29.11.1928 (AA), "Maßregelung eines Landrats"; Frankfurter Zeitung vom 30.11.1928 (1. MA), "Das Verfahren gegen Landrat von Gilsa" sowie Bd. III/1, Dok. 60.

11 Anspielung auf die Völkerbundsversammlung.

12 Gemeint ist möglicherweise Karl Mayr (1883-1945), 1903 bayerischer Leutnant, 1919-1920 Leiter der Abteilung Ib (Aufklärung und Propaganda) im Reichswehrgruppenkommando München, Vorgesetzter Hitlers, 1920 Abschied als Major i. G., 1924 Eintritt in die SPD, bis 1933 führende Funktion im Reichsbanner, 1933 Emigration nach Paris, 1940 von der Gestapo verhaftet, 1945 im KZ Buchenwald umgekommen.

13 Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold war 1924 als republikanische Selbstschutzorganisation von SPD, Zentrum und DDP gegründet worden. Vgl. Karl Rohe, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966.

14 Das Reichsbanner hatte 1927 eine Einladung der Fédération Interalliée des Anciens Combattants zu einer internationalen Frontkämpfertagung angenommen und pflegte Kontakte zur Conférence Internationale des Associations des Mutilés de Guerre et Anciens Combattants. Die geheimen Rüstungsmaßnahmen der Reichswehr lehnte das Reichsbanner ab. Vgl. ebenda, S. 147 ff., 170 ff.

gewehr- und Gewehrbestandteile usw.[15] Und siehe da, augenblicklich verwandeln sich die abscheulichen Werkzeuge einer blutrünstigen Bourgeoisie in vollkommen harmlose Spielsachen. "Ei, ei! Das sind ja Gewehre - komische, harmlose Dinge sind das. Wie die nur überhaupt hierhergekommen sind?" So staunen die weltgewandten Schwindler der Partei des Proletariats. Ja, wo sie nur hergekommen sind und wie sie da hineingekommen sind und wieso die Mauern da plötzlich entstehen konnten. Sonderbar, wirklich sonderbar. Im übrigen, sprechen wir doch von etwas anderem als von diesen Lappalien. Ja, natürlich, wenn zwei das gleiche tun, ist es noch lange nicht das gleiche. Wenn ein Nationalist zur Verteidigung des Vaterlandes ein Gewehr besitzt, so handelt es sich hier um eine niederträchtige Mordwaffe, und der Besitzer ist ein Mordgeselle. Wenn die Marxisten in ihrer Hauptgeschäftsstelle Hunderte an Gewehren und Maschinengewehren für den Bürgerkrieg bereitlegen, dann sind das harmlose Kleinigkeiten, Zahnstocher usw. - Ob es in der Weltgeschichte wohl jemals etwas Unwahrhaftigeres und Betrügererisches gegeben hat als den Marxismus?

6. März 1929 Dok. 3
"Ein neues Deutschland tut not" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

Masch. Aufzeichnung [3], o. D.; BA NS 26/56 [4].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Wenn man in den letzten Tagen die Zeitungen in die Hand nimmt, dann ist es wirklich notwendig, daß man vorher auf den Kopf hinaufblickt; denn wenn man ihren Inhalt liest, wird man manchmal ganz wirr und ganz irr. Man bekommt Dinge vorgetragen, daß man sich denkt, schreibt das der Völkische Beobachter. Dreht man dann das Blatt um, so sieht man auf der ersten Seite, daß es die Münchner Neuesten Nachrichten sind [5]. (Heiterkeit.) Oder man sagt

---

15 Vgl. Bayerischer Kurier vom 16.2.1929, "Waffenfunde in einem sozialistischen Zeitungsgebäude" sowie Vossische Zeitung vom 16.2.1929 (PA), "Waffenfunde in Wien".

1 Titel laut masch. Aufzeichnung. Titel laut Polizeibericht und Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10069): "Zusammenbruch der deutschen Innen- und Außenpolitik".

2 Im Bürgerbräukeller, von 20.28 bis 22.10 Uhr. An der öffentlichen Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 2.000 Personen teil.

3 Kopf: "Reden des Führers. Versammlung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei am 6. März 1929".

4 Druck einer gekürzten Fassung: VB vom 8.3.1929, "Angst vor der Kraft, Angst vor dem Entschluß, Angst vor dem Mann, Angst vor der Tat". Vgl. auch Lagebericht N/Nr. 75 der Polizeidirektion München vom 23.3.1929; StA München, Pol. Dir. München 6779. Zu den äußeren Begleitumständen vgl. Polizeibericht der Polizeidirektion München vom 6.3.1929; StA München, Pol. Dir. München 6740.

5 Bezieht sich möglicherweise auf die Artikel in den Münchner Neuesten Nachrichten vom 28.2.1929, "Der Wirrwarr auf der Höhe"; vom 1.3.1929, "Neuer Versuch - Neuer Fehlschlag" und vom 2.3.1929, "Die Große Koalition gescheitert", die sich kritisch mit der innenpolitischen Lage befaßten.

sich, hat das ein Nationalsozialist gesprochen oder vor 5 Jahren geredet, und dann sieht man auf einmal, daß es ein nationaler bürgerlicher Politiker ist. Ja manchmal kommt es sogar vor, daß diejenigen über den Zusammenbruch reden, die noch vor wenigen Monaten jeden auf das maßloseste begeiferten, der es wagte, die Wahrscheinlichkeit und Möglichkeit, ja, die Sicherheit des kommenden Zusammenbruches anzudeuten. Vor ein paar Tagen sah ich in einer Berliner Zeitung eine kleine Karikatur. Es stand da ein großer ovaler Spiegel, und vor diesem Spiegel standen in modernster Tracht Herr Stresemann und Herr Müller [6] und beide schimpften in den Spiegel hinein, und natürlich schimpften aus dem Spiegel auch wieder heraus Herr Stresemann und Herr Müller, und darunter stand, Müller und Stresemann rechnen mit den Zerstörern des Parlaments ab [7]. (Heiterkeit - Beifall.) Es ist das ein guter Witz, nur, daß alle diese Zeitungsorgane, die jetzt solche Witze machen, vor wenigen Jahren noch selbst zu den treuesten Verfechtern der Stresemannschen Außenpolitik gehörten und noch vor wenigen Monaten zu den treuesten Hütern der Müllerschen Innenpolitik und der Severingschen [8] Innenpolitik, wenn sie auch vielleicht parteimäßig manchmal dagegen Stellung nahmen. In ihren ganzen Richtlinien standen sie aber auf ganz demselben Standpunkt wie Müller und Stresemann, innen und außen.

In diesen Tagen vollzieht sich nun ein Zusammenbruch, der deshalb nicht mehr abgeleugnet werden kann, weil er den Deutschen an der Stelle trifft, an der er heute überhaupt allein noch empfindlich ist. Solange der Zusammenbruch bloß Gesichtspunkte der Ehre umfaßte, der Staatsmoral, der Staatsehre, der nationalen Ehre, solange hatte die große Masse unseres Volkes dafür kein Verständnis, und wenn einer wagte, auf diese Zusammenbrüche hinzuweisen, hielt ein Teil sich die Ohren zu, und der andere beschimpfte den, der es wagte, mit solchen Mätzchen zu kommen. Was heißt überhaupt Ehre? Wirtschaft ist die Parole! Was heißt nationale Ehre? Export, Import, Handelsbilanz! Das ist das Wesentliche.

Nun hat langsam der Zusammenbruch gerade diese Gebiete ergriffen, auf denen allein normale Deutsche noch empfindlich sind. Die Republik, die glorreiche Republik, ist nicht mehr in der Lage fortzuwirtschaften. Um im letzten Monat die Gehälter auszahlen zu können, mußte man zu den Banken gehen und schnell 156 Millionen [*RM*] pumpen [9]. All das Gerede von der

---

6 Hermann Müller (1876-1931), Handlungsgehilfe, 1899-1906 Redakteur der "Volkszeitung" in Görlitz, 1903-1906 Stadtverordneter in Görlitz (SPD), 1916-1918 und 1919-1931 MdR, 1918 Mitglied des Vollzugsrats der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, 1918/19 stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats der deutschen Republik, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, Juni 1919 bis März 1920 Reichsminister des Auswärtigen (unterzeichnete zusammen mit Verkehrsminister Johannes Bell am 28.6.1919 den Versailler Friedensvertrag), März bis Juni 1920 und Juni 1928 bis März 1930 Reichskanzler, 1920-1928 Vorsitzender der Reichstagsfraktion der SPD.

7 Nicht ermittelt.

8 Carl Severing (1875-1952), Schlosser, 1905-1924 Stadtverordneter in Bielefeld (SPD), 1907-1912 und 1920-1933 MdR, 1919-1933 MdL in Preußen, 1919/20 Reichskommissar für Westfalen, März 1920 bis April 1921, November 1921 bis Oktober 1926 und Oktober 1930 bis Juli 1932 preußischer Innenminister, Juni 1928 bis März 1930 Reichsminister des Innern.

9 Der außerordentliche Bedarf von 150 Millionen RM im März 1929 wurde durch Schatzwechsel finanziert, die ein Bankenkonsortium übernahm. Vgl. Ilse Maurer, Reichsfinanzen und Große Koalition. Zur Geschichte des Reichskabinetts Müller (1928-1930), Bern 1973, S. 63 ff. Die Zahl von 156 Millionen RM bezeichnet die Devisenverluste der Reichsbank zum 15.2.1929. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 20.2.1929, "Reichsbank".

wirtschaftlichen Sanierung ist heute lächerlich. Eine Millionenarmee von Arbeitslosen ist erstanden. In den letzten Tagen traute man sich die Zahl gar nicht mehr zu nennen [10]. Es sind sicher bereits über 3 Millionen [11], und dabei greift die Arbeitslosigkeit zwangsläufig immer weiter um sich. Die Konkurse gehen in die Zehntausende [12], und in kurzer Zeit wird die Pleite riesengroß werden. Sie wird alles in ihren Strudel hineinziehen. Und jetzt auf einmal, jetzt sehen die alten Parteien, d. h. jetzt können sie es nicht mehr ableugnen, daß der Zusammenbruch da ist, auch außenpolitisch. Sie müssen das zugeben, daß die ganze Politik des Herrn Gustav Stresemann nun jämmerlich sichtbar den Zusammenbruch erlitten hat. Ich erinnere daran, daß nach den Wahlen noch die ganze Münchener bürgerliche Presse sich hinter die Außenpolitik des Herrn Gustav Stresemann stellte und diese Außenpolitik als einzig möglich und richtig und vernünftig hinstellte. Heute rückt diese selbe Münchener Presse von Gustav Stresemann mit jener fabelhaften parlamentarischen Gewandtheit ab, als ob sie nie mit ihm näher zu tun gehabt hätte. Wenn man heute die Münchener Presse in die Hand nimmt, fragt man sich, wie müssen diese Menschen Stresemann die ganzen Jahre über bekämpft haben? Das nimmt man wenigstens aus ihrer ganzen jetzigen Haltung an. Doch im Gegenteil, sie haben ihn nicht nur nicht bekämpft, sondern sind im schönsten Trab hinter dieser unmöglichen Außenpolitik nachgelaufen [*sic!*]. Nur jetzt, da der Unsinn dieser Außenpolitik jedermann ersichtlich ist, jedem klar vor Augen liegt, da kein Mensch mehr sich vorsagen kann, vielleicht können wir mit Frankreich doch zu einer Verständigung kommen, da man überall sieht, daß Frankreich gar nicht daran denkt, mit Deutschland zu einer Verständigung zu gelangen, sondern im Gegenteil jede Verständigungsmöglichkeit dazu benützt, um auf Deutschland einzuschlagen [13], es stumm zu machen und eine weitere Schwächung Deutschlands vorzubereiten, jetzt erst, da die Katastrophe nicht mehr weggeleugnet werden kann, beginnen auf einmal die ganzen nationalen bürgerlichen Organe ebenfalls die Außenpolitik des Herrn Gustav Stresemann als falsch zu bezeichnen.

Neben den Juden hat in Deutschland die größte Nase zu allen Zeiten das Zentrum gehabt. (Heiterkeit.) Immer hatte es die beste Nase. Wenn man feststellen will, ob eine Sache zusammenbricht, dann braucht man eigentlich nur die Haltung des Zentrums zu beobachten. Wenn das Zentrum von einer Geschichte wegrückt, dann steht diese vor dem Zusammenbruch, und wenn das Zentrum sich einer anderen Sache nähert, dann steht diese vor dem Erfolg. Wenn das Zentrum heute plötzlich entdeckt, daß der Parlamentarismus an sich erledigt ist, daß er eigentlich falsch ist, grundfalsch überhaupt, dann steht es schlimm um den Parlamentarismus [14], und wenn das Zentrum plötzlich Kräfte entdeckt, die außerhalb des Parlaments Geschichte machen können, so ist das ein Beweis, daß es mit solchen Kräften langsam zu rechnen beginnt.

---

10 Am 4.3.1929 hatte die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung den Stand der Arbeitslosigkeit zum 15.2.1929 veröffentlicht. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 5.3.1929 (2. MA), "Noch geringe Zunahme der Arbeitslosigkeit".

11 Im Februar 1929 waren bei den Arbeitsämtern und -nachweisen 3.115.868 Arbeitssuchende registriert. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, Berlin 1930, S. 316.

12 Im Jahre 1928 waren 10.595 Konkurse eröffnet worden. Vgl. ebenda, S. 399.

13 Trotz Rückschlägen bei der Normalisierung der Beziehungen war Ende 1928, Anfang 1929 das deutsch-französische Verhältnis besser als in der Öffentlichkeit sichtbar. Vgl. Hermann Hagspiel, Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Die deutsch-französische Außenpolitik der zwanziger Jahre im innenpolitischen Kräftefeld beider Länder, Bonn 1987, S. 425.

14 Vgl. Dok. 2, Anm. 2.

Wenn das Zentrum dem bisherigen System den Rücken kehrt, so ist das ein schlagender Beweis, meine lieben Zuhörer, daß es mit diesem System endgültig rettungslos vorbei ist. Es ist nichts mehr zu holen dabei, nicht einmal ein Ministerposten [15].

Wissen Sie, wenn heute die Parteien sagen, der Parlamentarismus hat abgewirtschaftet, wir müssen nun mit den Kräften rechnen, die außerhalb des Parlaments stehen, dann glauben Sie nur ja nicht, daß diese Parteien, das Zentrum etwa [16], von einer Diktatur träumen, die die Nation retten soll, sondern in der Erkenntnis, daß der Parlamentarismus vor dem Zusammenbruch nicht mehr aufzuhalten ist [*sic!*], versuchen sie, durch Überschwenken auf eine neue Plattform ihre Partei zu retten. Deutschland ist ihnen gleichgültig. Was sie retten möchten, sind die Parteikadaver. Die Partei bekommt wieder einen neuen Anstrich, eine neue Färbung. Es ist wirklich bewundernswert, mit welch fabelhafter Schnelligkeit diese Parlamentarier zur Diktatur übergehen. Heute Parlament, morgen, wenn das nicht mehr geht, Diktatur, übermorgen schließlich Monarchie, wenn nur der Parteikadaver dadurch gerettet wird! Der muß bleiben! Ob Deutschland dabei zugrunde geht, ist heute so gleichgültig, wie es früher vollkommen gleichgültig war.

Gerade jetzt, in dieser Zeit, erscheint es uns Nationalsozialisten wichtig zu sein, auch jetzt schon wieder als Warner aufzutreten, damit das gutmütige, dumme deutsche Volk nicht etwa den alten Betrügern neuerdings auf die Leimruten fliegt, sondern langsam immer mehr und mehr sehend wird und lernt, hinter den veränderten Masken die alten Gesichter zu erkennen, damit das deutsche Volk fähig wird zu begreifen, daß die Gebilde, die sein Schicksal seit vielen Jahren mißhandelt haben, auch in der neuen Form nicht in der Lage sein können, dieses Schicksal irgendwie besser zu gestalten einfach deshalb, weil ja die treibenden Kräfte dieser Parteien, ja die ganze Gedankenwelt dieser Parteien sich in nichts geändert hat, weder nach 1918, noch sich ändern wird nach 1929 oder 1930. Sie werden bleiben, was sie sind. Wenn Sie das vielleicht als unverständlich ansehen oder empfinden wollten, so nehmen wir nur einmal eine Partei heraus, eine bayerische Partei, die Sie gut kennen, sagen wir die Bayerische Volkspartei. Glauben Sie, daß sich an dieser Partei, sagen wir, an ihren Fähigkeiten irgend etwas ändern würde, wenn diese Partei plötzlich zu der Überzeugung käme, daß man mit dem Parlament nicht arbeiten kann, sondern zur Rettung des Vaterlandes, sagen wir, eine andere Konstitution notwendig wäre? Glauben Sie, daß da nun ein Wandel der vorhandenen Qualitäten in dieser Partei eintreten würde, eine Verbesserung dieser Qualitäten? Herr Wohlmuth [17] würde als Diktator ebenso Herr Wohlmuth sein. Er würde auch gar nicht Diktator werden, weil etwa ein innerer Beruf ihn dazu zwingt, sondern er würde nur Diktator, weil seine Parteigenossen ihm sagen: Lieber Herr Dompropst, jetzt ist es höchste Eisenbahn. Wenn jetzt nicht etwas ge-

---

15 Vgl. Dok. 2, Anm. 5.

16 Der Zentrumsabgeordnete Johannes Bell hatte am 1.3.1929 vor dem Reichstag die Position des Zentrums gegenüber der Diktatur zusammengefaßt: "Die mehr oder weniger verborgene Sehnsucht nach einer Diktatur und der wehleidige Ruf nach einem starken Mann helfen dem deutschen Volk gar nichts ..." Druck: Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 424, S. 1374.

17 Georg Wohlmuth (1865-1952), Dr. phil., 1890 Ordination, 1895 Professor an der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Eichstätt, Mitbegründer und 2. Vorsitzender (1897-1933) des Bayerischen Christlichen Bauernvereins Mittelfranken, 1912-1933 Mitglied der bayerischen Abgeordnetenkammer bzw. MdL (BVP), 1924-1933 Vorsitzender der BVP-Fraktion, 1924 Dompropst in Eichstätt.

schieht, geschieht etwas, und es muß etwas geschehen, damit nichts geschieht. (Heiterkeit - Lebhafter Beifall.) So könnte es passieren, daß Herr Wohlmuth sich den Talar etwas enger schnürt und Stiefel anzieht und nicht eine rote, sondern eine schwarze Jakobinermütze aufsetzt und zu einem Diktator solcher Art wird. Sehen Sie, was wir hier so im Kleinen feststellen können, sehen wir auch im Großen. An den Parteigebilden, an den Geschichte machenden oder Geschichte machen wollenden Köpfen ändert sich nichts. Ob man diese Köpfe meinetwegen in einer konstitutionellen Monarchie das Regiment führen [*läßt*] oder in einer demokratischen Republik oder in irgendeinem anderen Staat, das ändert nichts an der Tatsache, daß die gesamten Parteigebilde an sich vollkommen verrottet sind, daß sie vollkommen morsch und faul sind und daß diese Parteigebilde daher Deutschland um so weniger retten können, als die Rettung Deutschlands notwendigerweise ihre eigene Beseitigung bedingen würde. Sie können aber nicht erwarten, daß ein Mensch sich selber abschlachtet, damit ein anderer leben kann. Das ist von einem Parlamentarier zum mindesten zu viel erwartet oder gehofft. Das wird er niemals tun, sondern im Gegenteil, jeden Wandel, den diese erhabene Vereinigung vornimmt, nimmt sie nur vor, um dadurch ihr Innerstes unberührt zu erhalten. Das war auch der Grund, warum im Jahre 1918 in Wirklichkeit kein Wandel eingetreten ist. Die Firmenschilder wurden teils frisch lackiert, zum andern Teil umgedreht, aber die Menschen sind dieselben geblieben. Die Triebkräfte waren die gleichen, die Fähigkeiten, die ganzen handelnden Faktoren hatten sich nicht geändert. Alles blieb wie zuvor, bloß die Titel sind anders geworden. Eine Partei nannte sich nicht mehr Zentrum, sondern nahm einen anderen Namen an, die andere nannte sich nicht mehr konservativ oder nationalliberal, sondern nahm auch einen anderen Namen. Die Liberalen haben einen anderen Namen angenommen und doch war es klar, alle sind dieselben geblieben [18]. Daß sich der einzelne Mensch das klar vor Augen hält, scheint deshalb wichtig zu sein, weil überall versucht wird, die Massen zu düpieren. Dieselben Presseorgane, die jahrelang für den Zusammenbruch verantwortlich waren und ihn deckten, wenden nun mit einer Leichtigkeit, die eben eines Journalisten würdig ist, plötzlich ihr Mäntelchen nach dem anderen Wind, und wenn dann der Unbefangene, nein, sagen wir lieber, der nichtsahnende Leser ein solches Organ in die Hand nimmt, sagt er sich, wenigstens eine Zeitung, die einsieht, daß es so nicht mehr weitergeht. Die Zeitung wird übermorgen vielleicht schon etwas anderes einsehen. Sie sieht immer das ein, was augenblicklich eingesehen werden muß. Das sieht sie ein und wird sie vertreten. Nur ist die Frage, ob damit dem Volke gedient ist. Das haben wir ja schon 1918 erlebt. Ist dem deutschen Volke gedient gewesen oder gedient worden, daß die alten Parteigebilde, die den Zusammenbruch nicht verhindern konnten, plötzlich den Anschein erweckten, als wären sie zu neuen Gebilden geworden? Ist dem deutschen Volke dadurch ein Nutzen zugefügt worden? Im Gegenteil, die ungeheuren Kräfte, die vielleicht sonst nach einer neuen Form ihres politischen Handelns gesucht hätten, sind damals gefangen, sind lahmgelegt worden, sind im alten Gleis geblieben, und das Ergebnis war gleich Null. Dann bedenken Sie, daß

18 Das Zentrum nannte sich in einigen Gebieten Deutschlands für kurze Zeit Christliche Volkspartei, der bayerische Landesverband spaltete sich als selbständige Regionalpartei unter dem Namen BVP ab. Altkonservative, Nationalkonservative und Freikonservative gingen in der DNVP, die Nationalliberalen teils in der DDP, teils in der DVP auf. Vgl. Gerhard A. Ritter, Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918-1920. In: Gerhard A. Ritter, Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1976, S. 116-157.

im Jahre 1918 nicht nur Verbrecher in Deutschland waren, sondern auf der anderen Seite die ungeheuere Front bestand, die Front, die mit diesen Destrukteuren nichts zu tun haben wollte, die den Frieden wollte, aber nicht den Verrat liebte oder gar die hündische Unterwerfung gepriesen hat [19]. Wenn man bedenkt, daß diese Riesenfront in der Heimat sich in die Parteien ergoß, und weiter bedenkt, daß aus dieser ganzen konzentrierten Kraft gar nichts geworden ist, als wenn sie nicht dagewesen wäre, so fragt man sich, weshalb? Weil sie in die Schläuche der alten Parteien hineingefüllt wurden! Wären diese riesenhaften Massen, die damals von der Front zurückkamen, damals, sagen wir, in die Form einer neuen jungen Bewegung geleitet worden, so wäre das Spiel der November-Gauner in wenigen Wochen beendigt gewesen. (Lebhafter Beifall.) Daß sie wieder hineinkamen in die unfähigen alten Parteien, hat ihre ganzen Opfer an der Front und ihre ganze Kraft zwecklos verpuffen lassen. Nochmals erlebten wir das, als im Jahre 1919 die Republik selbst zu wanken begann und leider damals Hunderttausende junger deutscher Idealisten, statt kalten Herzens zuzusehen, ihr Blut neu opferten, um die Republik zu retten, und damit bewiesen, daß sie die einzigen waren, die wirklich lebendige Kraft verkörperten [20]. Wenn man bedenkt, daß diese Hunderttausende von Menschen es in der Hand gehabt hätten, dem Staat neue Gesetze des Handelns zu diktieren, und dann sieht, daß die ganzen Opfer zwecklos gewesen sind, ja, daß man es später wagen durfte, diesen Helden, die sich 1919 für das Vaterland opferten, den Prozeß zu machen, sie ins Gefängnis zu sperren, als Zuchthäusler zu behandeln [21] (Pfuirufe), muß man dafür eine Erklärung suchen. Diese Erklärung ist sehr einfach. Indem dieses Heldentum politisch am Ende immer wieder in den alten Parteien mündete und dort endete, war dieses ganze Heldentum und Heldenblut vergeblich und vergeblich [*sic!*] geflossen. Es war alles wie zuvor, die ganzen Kräfte wurden lahmgelegt.

Wir Nationalsozialisten haben schon damals gegen die bürgerlichen Parteien gekämpft, nicht weil sie, sagen wir, gewollt Böses tun, sondern weil sie unfähig sind, Gutes zu tun, vor allem aber unfähig, das Böse auszurotten, und weil sie unter dem Deckmantel einer nationalen Betätigung Hunderttausende einer jungen tatkräftigen Energie absorbieren [*sic!*] und damit politisch eigentlich lahmlegen bzw. herausheben aus den anderen Bewegungen, die berufen wä-

---

19 Zur Instrumentalisierung der sogenannten Dolchstoßlegende in der politischen Auseinandersetzung in der Weimarer Republik vgl. Ulrich Heinemann, Die Last der Vergangenheit. Zur politischen Bedeutung der Kriegsschuld- und Dolchstoßdiskussion. In: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Düsseldorf 1987, S. 371-386.

20 Bezieht sich auf den Einsatz von Reichswehr und Freikorps zur Niederschlagung der inneren Unruhen. Vgl. Otto-Ernst Schüddekopf, Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918-1933, Hannover 1955, S. 42 ff. sowie Francis L. Carsten, Reichswehr und Politik 1918-1933, Köln 1964, S. 98 f., 122 ff.
Die Freikorps wurden nach dem Ende des Ersten Weltkriegs aus Formationen der alten Armee sowie aus Freiwilligen gebildet. Bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages unterstanden sie der Obersten Heeresleitung, danach der Reichswehrführung. Sie wurden gegen die kommunistischen Aufstände im Reich sowie im Baltikum und in Oberschlesien eingesetzt. Nach der inneren und äußeren Stabilisierung der Weimarer Republik wurden sie in die Reichswehr überführt oder aufgelöst. Vgl. hierzu Hagen Schulze, Freikorps und Republik 1918-1920, Boppard a. Rh. 1969.

21 Aktueller Anlaß für diese Anspielung war wahrscheinlich der am 25.2.1929 eröffnete zweite Heines-Prozeß in Stettin. Vgl. Irmela Nagel, Fememorde und Fememordprozesse in der Weimarer Republik, Köln 1991, S. 273 ff.

ren, einen Wandel herbeizuführen. Diesen Kampf haben wir Nationalsozialisten im Jahre 1919 begonnen und dann 1920, [*19*]21 und [*19*]22 durchgeführt bis 1923. Damals, 1923, meine lieben Freunde, konnten Sie sehen, wie, als das alte Regiment plötzlich ins Wanken kam, diese junge Bewegung, die wir ins Leben gerufen hatten, die alten Parteien veranlaßte, sich eine junge Maske aufzusetzen. Damals wurde mit jenen Begriffen gespielt, die wir heute wieder vor uns sehen. Damals begann man den Begriff Diktatur zu empfinden, beschäftigte sich damit, nicht in der Absicht, durch einen solchen Zwang dem deutschen Volk eine saubere Verwaltung zu geben, sondern nur, um, indem man diesen Begriff übernahm, den anderen den Wind aus den Segeln zu nehmen und somit alles beim alten zu lassen [22]. Sowie tatsächlich die Niederschlagung der jungen nationalen Bewegung für die Freiheit der Nation gelungen war [23], zeigten die Parteien sofort wieder ihr altes Gesicht. Kein Wort mehr von der Säuberung des Parlaments, von der Reinigung der politischen Parteien, alles blieb beim alten. Im Gegenteil, ein Jahr später konnte man hören, daß nur diese Parteien allein überhaupt in der Lage sind, Deutschland einmal zu sanieren und aus dem Zusammenbruch zu retten. Und Tatsache ist, daß die Parteien sich dadurch wieder auf 5 Jahre sanieren konnten und daß Deutschland 5 Jahre lang in einem latenten Zusammenbruch verblieb und langsam jener Katastrophe entgegengeführt wurde, die heute die offiziellen Parteien wieder etwas ängstlich aufhorchen und um sich blicken und suchen läßt nach einem neuen Rettungsanker.

Wenn wir heute vor dieser Entwicklung warnen, so besonders deshalb, weil die ganzen Bewegungen, die heute in Deutschland existieren, auf Grund ihres inneren Wesens, ich möchte fast sagen, gesetzmäßig gar nicht in der Lage sein können, Deutschland zu retten. Im allgemeinen wird es doch so sein, daß, wenn durch bestimmte Methoden ein Unternehmen zugrunde gegangen ist, man diese Methoden, die sichtbar zum Zusammenbruch geführt haben, nicht zum Wiederaufstieg anwendet, sondern mit neuen wird beginnen müssen. Es wird im menschlichen Leben immer so sein, daß, wenn eine Institution zugrunde geht, man erforschen muß, warum sie zugrunde gegangen ist, und wenn man dann die Ursachen des Verfalls genau kennt, muß man doch das Gegenteil von dem tun, was den Zusammenbruch eigentlich verschuldet hat. Das ist allein schon ein Beweis, daß es unmöglich ist, daß Deutschland von den heutigen Parteigebilden gerettet werden kann, daß alle diese Parteien gerade in den Lastern besonders groß sind, die den Zusammenbruch einst bedingten. Ich mag mich heute - wir zählen jetzt 1929 - nicht mit jenen marxistischen Spruchbeuteln herumraufen, die damals Schlagworte in die Welt hineinsetzten: Warum ist Deutschland zugrunde gegangen? Wegen seines Kaiserismus [*sic!*], seines Imperialismus, seines Militarismus und Kapitalismus! Ich glaube, selbst in dem Lager wird die Zahl derer, die an diese Phrasen glauben, heute ganz wesentlich zusammengeschrumpft sein. Wenn natürlich ein Mensch als tägliche politische Kost bloß die jüdischen Press[*e*]pamphlete liest, ist es möglich, daß er noch daran glaubt. Aber selbst die einfachste Prüfung muß jedem zeigen, daß das nicht die Ursachen unseres Zusammenbruches von

22 Bezieht sich auf die Übertragung der vollziehenden Gewalt auf den Chef der Heeresleitung, General Hans von Seeckt, vom 26.9.1923 bis 29.2.1924. Vgl. Denkschrift des Reichswehrministeriums über den Ausnahmezustand vom 12.8.1924. Druck: Das Krisenjahr 1923. Militär und Innenpolitik. Bearbeitet von Heinz Hürten, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Zweite Reihe: Militär und Politik, Bd. 4, Düsseldorf 1980, S. 334-362.

23 Hinweis auf den gescheiterten Hitlerputsch vom 8./9.11.1923.

1918 sein können, weil das Nichtvorhandensein aller dieser Dinge heute keineswegs eine Erleichterung der deutschen Lage bedeutet.

Wenn z. B. jemand sagt, durch den Kaiserismus allein sind wir gestürzt worden, wenn er sich alle jene Doktrinen zu eigen macht, die unsere Gegner verpflanzt [*sic!*] haben, indem sie sagten, wir kämpfen nur gegen euren Kaiser, nur gegen den Begriff Dynastie, die Monarchie ist die Ursache des Kampfes gegen Deutschland, sie müßt ihr beseitigen [24], so sehen wir doch, an der Einstellung der Gegner Deutschlands hat sich, trotzdem die Monarchie beseitigt ist, nichts geändert, außer daß sich diese Einstellung heute nur noch klarer zeigt wie früher. Für uns war das alles eben nicht ein Problem der Staatsform nach außen, sondern nur ein Problem der Wirkung der Staatsform nach innen. D. h., ganz gleich, welche Staatsform Deutschland besitzen wird, jede Staatsform wird unserem Volk den Frieden zu bewahren vermögen, die die großen Kräfte unserer nationalen Macht zu mobilisieren versteht, und jede Staatsform wird Deutschland nicht vor dem Zusammenbruch zu bewahren vermögen, die es nicht fertigbringt, die lebendigen Kräfte unseres Volkes nutzbringend für den Kampf um das Dasein unseres Volkes zu mobilisieren. Wenn wir z. B. in Deutschland eine Staatsform haben, die von unseren Gegnern gepriesen wird, so wird sie vermutlich der Sammlung unserer Kräfte im Innern nicht dienlich sein. Allerdings wird auch der Gegner deshalb seine Haltung nicht ändern. Im großen ganzen wird er nur vor dem Deutschland Respekt haben, das er scheut, und wird deshalb auch die Staatsform hassen, die ihm diesen Respekt abnötigt, weil Haß und Respekt auf der Welt näher beieinander liegen als Liebe und Achtung. (Stürmischer Beifall.) Wenn also die Auffassung der roten Freunde von einst richtig gewesen wäre, daß nur deshalb, weil Deutschland den Kaiserismus hatte, die Weltfeindschaft gegen uns in Erscheinung trat, ich bitte, heute wird Deutschland repräsentiert durch rote Ballonmützen [25]! Und wo ist jetzt die Freundschaft für Deutschland, wo denn eigentlich? Was hat sich denn geändert in der Haltung unserer Gegner Deutschland gegenüber? Nur eines: Die Frechheit, das zynische Auftreten hat sich geändert. (Lebhafter Beifall.) Früher wurde diese Frechheit gebändigt durch die Angst vor der Kraft des Deutschen Reiches. Heute braucht man eine solche Angst nicht mehr zu haben, und deshalb tobt sich ihre Frechheit nun voll aus. Es ist bemerkenswert, daß die sozialistisch-demokratische Republik es nicht einmal wagen darf zu erklären, daß die Verträge, die Frankreich mit Belgien abgeschlossen hat [26], im Widerspruch stehen zu den Verträgen, die

---

24 Bezieht sich auf den Notenwechsel der Reichsregierung mit dem Präsidenten der USA, Woodrow Wilson, über einen Waffenstillstand seit 3.10.1918, in dem Wilson mehrfach eine Demokratisierung Deutschlands gefordert hatte. So erklärte z. B. in der Note vom 23.10.1918 Außenminister Robert Lansing im Namen des Präsidenten, daß "die Regierung der Vereinigten Staaten mit keinem andern als mit den Vertretern des deutschen Volkes verhandeln kann, welche bessere Sicherheiten für eine wahre verfassungsmäßige Haltung bieten als die bisherigen Beherrscher Deutschlands." Vgl. Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neugründung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bd. II: Der militärische Zusammenbruch und das Ende des Kaiserreiches, Berlin o. J., S. 431.

25 Gemeint ist die Sozialdemokratie.

26 Am 24.2.1929 hatte das "Utrechtsch Dagblatt" den angeblichen Text der geheimen Militärkonvention zwischen Frankreich und Belgien von 1920 mit einem Zusatz von 1927 veröffentlicht, der Angriffspläne gegen die Niederlande und Deutschland enthielt, sich jedoch als Fälschung erwies. Vgl. Jonathan E. Helmreich, Belgium and Europe. A Study in Small Power Diplomacy, The Hague 1976, S. 314 f. sowie Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Serie B, Bd. XI, Göttingen 1978, Nr. 89, 178.

es mit Deutschland abschloß und mit denen damals die Welt düpiert wurde [27]. Wenn die Presse wagt, so etwas zu behaupten, dann schreibt das kleine Belgien, das wir ja alle aus eigener Erfahrung kennen [28], germanische Frechheit, unverschämte Frechheit! So springen die jetzt mit Deutschland um. Mit der demokratischen Republik! Mit dem alten Deutschland hätte man das nicht wagen dürfen. Daher auch die geringere Liebe für das alte Deutschland als für das neue. Ich kann aber immer nur wieder sagen, von meinen Feinden will ich nie geliebt werden.

Oder es heißt, der Imperialismus ist schuld. Was heißt denn Imperialismus? Der Lebensdrang, ins Deutsche übersetzt, des deutschen Volkes; denn etwas anderes war es nicht. Freilich, die Republik tut sich leicht, sie pumpt. Aber sie pumpt, sie kann nur pumpen, weil die imperialistische Periode von einst ihr die Objekte geschaffen hat, die sie verpfänden kann. Wenn diese Objekte nicht vorhanden wären, könnte die demokratische Republik keine drei Tage wirtschaften, und sie wäre erledigt. Heute sagt Herr Müller und Genossen - das sind keine Nationalsozialisten, sondern das sind ... [29] man muß sich sehr in acht nehmen, weil sich der Majestätsbeleidigungsparagraph [30] in der freien Republik vertausendfacht hat [31] (Stürmischer Beiall.), die freie Republik wird nicht von Nationalsozialisten vertreten, sondern von Genossen des internationalen Proletariats - heute sagen diese Genossen des internationalen Proletariats mit den gesteiften Frackhemden, der Bericht des amerikanischen Reparationsagenten [32] ist ganz falsch, es geht uns gar nicht gut, wir leben nur dadurch, daß wir in den letzten paar Jahren - wieviel haben wir eigentlich aufgenommen? - so rund 12 Milliarden [*RM*] [33] gepumpt haben, nur dadurch können wir existieren. Teuerste Genossen, habt ihr dafür, daß euch 12 Milliarden [*RM*] gepumpt wurden, etwa eure Bewegung als Kreditobjekt hingegeben, oder habt ihr persönlich Bürgschaft geleistet mit eurer Ehre oder eurer persönlichen Bedeutung? Nein, ihr habt mit den Objekten die 12 Milliarden [*RM*] ausgepumpt, die der alte, von euch verfluchte deutsche Imperialismus dem deutschen Volke angesammelt hat. (Zurufe: Sehr rich-

27 Bezieht sich auf den Vertrag von Locarno und den Briand-Kellogg-Pakt.
Auf der Konferenz von Locarno (5.-16.10.1925), an der Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Polen und die Tschechoslowakei teilnahmen, wurde neben verschiedenen Schiedsabkommen vor allem der sogenannte Rheinpakt oder Sicherheitspakt ausgehandelt. In ihm verpflichtete sich Deutschland zur Anerkennung der durch den Versailler Friedensvertrag fixierten Westgrenze, behielt sich im übrigen aber einen Anspruch auf Revision der Ostgrenze vor. Vgl. Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 269 ff. Vertragstexte: RGBl. 1925, II, S. 975 ff.
Der am 27.8.1928 in Paris unterzeichnete Briand-Kellogg-Pakt verurteilte den Krieg "als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle". Die beteiligten Staaten verzichteten "auf ihn als Werkzeug nationaler Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen" (Artikel 1). Druck: RGBl. 1929, II, S. 97 ff.

28 Gemeint sind die Kriegserfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg.

29 Auslassung so in der Vorlage.

30 Anspielung auf die §§ 94-101 StGB. Sie enthielten die Bestimmungen, welche den Kaiser und die Landesherrn vor Beleidigungen schützen sollten. Druck: Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich nebst dem Einführungsgesetze. Hrsg. und erläutert von Dr. Reinhard Frank, Leipzig [4]1903, S. 152 ff.

31 Vgl. § 8 des Gesetzes zum Schutz der Republik vom 21.7.1922, der die Beschimpfung oder Verleumdung von Mitgliedern der Reichs- oder Landesregierungen unter Strafe stellte. Druck: RGBl. 1922, I, S. 585 ff.

32 Am 1.1.1929 war der vorläufige Jahresbericht über das 4. Annuitätenjahr (1.9.1927 bis 31.8.1928) des Reparationsagenten Parker Gilbert veröffentlicht worden. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, München 1930, S. 474 ff.

33 Am 31.3.1929 betrug die Summe der Schulden von Reich, Ländern und Großstädten 14,3 Milliarden RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 516.

tig! - Beifall.) Diese haben euch die ganze Pumpwirtschaft erst ermöglicht. Und wenn die letzten Objekte, die der alte deutsche Imperialismus ansammelte, beseitigt sein werden, wird natürlich die Pumpwirtschaft auch aufhören, und dann hört auch eure Regierungskunst auf: Denn seit 10 Jahren heißt bei euch Regierungskunst ungefähr das, was man bei uns im Felde, sagen wir, Feuer machen hieß. Man suchte nämlich, wo es etwas zu verbrennen gab. Man muß das verstehen. Wenn die Häuser zusammengeschossen waren, so sagte sich der Soldat, da werden wir nicht frieren, und es gab ingeniöse Menschen, die mit Scharfblick überall herausfanden, was herausgeholt werden konnte, ohne den völligen Einsturz des Hauses herbeizuführen, z. B. Türfüllungen, die man verbrennen konnte, die Rückwände von Kästen, Stuhllehnen usw., und das ging so weiter, bis einer entdeckte, daß auch nicht die ganze Bodenfläche notwendig war, daß man also auch hier einen Teil verbrennen konnte, und ein anderer, daß das Dach noch hielt, auch wenn man ein paar Stützen herausnahm. Das ist also die ganze Regierungskunst dieser Herren. Sie reißen aus dem Deutschland von einst alles heraus und verpulvern und verbrennen es. (Stürmischer Beifall.) Der alte deutsche Imperialismus, der nichts anderes war als die Befriedigung des Lebensdranges der deutschen Nation, er kann gar nicht die Ursache des Zusammenbruches gewesen sein, vielleicht, Sie haben recht, die Ursache des Krieges, deshalb, weil hart im Raume sich die Sachen stoßen [34], und weil die Lebensinteressen des einen häufig gegen die Lebensinteressen des anderen gehen. Mein lieber Volksgenosse, du weißt das aus dem Wirtschaftskampf zu Hause. Da weißt du auch und stehst auf dem Standpunkt, meine Lebensinteressen sind entgegengesetzt denen des Unternehmers, und was im Kleinen gilt, gilt erst recht im Großen. Die Lebensinteressen des deutschen arbeitenden Volkes sind manchmal entgegengesetzt gewesen denen des britischen Unternehmer-Volkes. Es sind mit anderen Worten in der Welt Völker aneinandergeprallt im Kampf um das nackte Dasein, und in diesem Kampf hat Deutschland damals eben zu bestehen vermocht dank seiner Konstitution, dank seiner inneren Kraft. All das ist nun beseitigt, und der imperialistische Gedanke ist ausgerottet. Ballonmützen bekrönen keinen Imperialismus, besonders dann nicht, wenn sie rötlich gefärbt sind. Darunter herrscht nur der Gedanke nach Weltverbrüderung, nach Verzicht auf das eigene Ich usw. Es müßte demgemäß, wenn allein der Imperialismus die Ursache des Zusammenbruchs gewesen wäre, der Wiederaufstieg eingetreten sein in dem Augenblick, wo der Imperialismus aus dem deutschen Volke herausgerissen wurde. Das habt ihr aber getan, teuere Genossen. Eure ganze Staatskunst in den letzten 10 Jahren basiert darauf, daß ihr erklärt, damit das deutsche Volk leben kann, muß es weniger werden, mit allen Mitteln weniger werden. Niemals Vermehrung, das sind imperialistische Tendenzen, sondern Verminderung der Zahl! Und das Ergebnis? Ihr habt nicht etwa damit nun die Republik befriedet in dieser Welt, sondern die anderen hauen auf sie ein und hacken an ihr herum, und der Franzose Briand [35], auch ein Genosse,

34 Nach Friedrich von Schiller, Wallensteins Tod, 2. Aufzug, 2. Szene: "Doch hart im Raume stoßen sich die Sachen."

35 Aristide Briand (1862-1932), Rechtsanwalt, 1901-1905 Generalsekretär des Parti Socialiste Français (PSF), 1902-1932 Abgeordneter der französischen Nationalversammlung, 1910 Mitbegründer des Parti Républicain Socialiste (PRS), 1906-1915 mehrmals Innen-, Justiz- und Kultusminister, 1909-1911, 1913, 1915-1917, 1921/22, 1925/26 und 1929 Ministerpräsident, 1915-1917, 1921/22 und 1925-1932 Außenminister, 1926 Friedensnobelpreis (zusammen mit Gustav Stresemann).

sagt, ganz ruhig und kühl, ob ihr abrüstet, mithin der Machtmittel entsagt, oder ob ihr euren Imperialismus betätigt oder nicht, spielt für uns keine Rolle, sondern Ihr seid einfach zuviele [36].

Das gleiche gilt vom Militarismus. Da sagt einer, der Militarismus ist schuld am Zusammenbruch. Auch das kann nicht stimmen; denn heute haben wir keinen Militarismus mehr. Es sage doch niemand, daß etwa Groener [37] Militarist ist. Von früher her vielleicht, aber jetzt noch - nein! Oder war etwa Geßler [38] Militarist, oder sind etwa die Reichsminister Militaristen, oder ist etwa die Reichswehr ein militaristisches Instrument? Gott bewahre! Sagen Sie den Führern dieser Institution nicht eine solche Beleidigung! Die Reichswehr ist kein militaristisches Instrument, sondern ein Instrument des Friedens, jetzt nicht mehr des Weltfriedens. Früher war das deutsche Heer, wie man sagte, ein Instrument des Weltfriedens. Heute ist die deutsche Reichswehr nur ein Instrument des inneren deutschen Friedens, d. h., sie hilft mit, daß das deutsche Volk seinen staatsbürgerlichen Verpflichtungen ordentlich und ruhig und gefügsam nachkommt. Das ist ihre einzige Aufgabe [39]. (Lebhafter Beifall.) D. h. also, sie ist eine Art modifizierte Polizeitruppe, eine verbesserte Polizei, eine verbesserte innere Friedenspolizei, sagen wir, nachdem wir uns im Völkerbund befinden, eine kleine Okkupationstruppe des Völkerbundes für Deutschland. (Lebhafter Beifall.) Dieses vollständig unmilitaristische Instrument mußte doch jetzt nach der Periode des Zusammenbruchs infolge des damaligen Militarismus den Wiederaufstieg mit sich bringen, mußte ihn sichtbar in die Erscheinung treten lassen. Und was sehen wir? Deutschlands Lage wird von Jahr zu Jahr schlimmer. In dieser Woche werden Dokumente veröffentlicht [40], die echt sind, auch wenn Paris und Brüssel und Berlin sich bemühen, einen Fälscher zu finden, ein Subjekt zu finden, das erklärt, ich habe die Fälschung begangen, auch wenn man gegen Bezahlung ein solches Subjekt findet. Die Dokumente sind echt, das kann nicht mehr bestritten werden. Aus diesen Dokumenten geht hervor, daß unsere ganze Abrüstung Frankreich nicht im geringsten hindert, bereits neue Pläne für einen neuen Krieg mit Deutschland im einzelnen vorzubereiten. Glauben Sie [*mir*], fünfzig Jahre Frieden wird Europa solange nicht mehr bekommen, solange es nicht wieder eine deutsche Heeresmacht gibt. (Zurufe: Sehr richtig! - Lebhafter Beifall.)

---

36 Gemeint ist wahrscheinlich die Rede des französischen Außenministers Briand vom 10.9.1928 vor der Völkerbundsversammlung in Genf, in der er die Stellung Frankreichs in der Abrüstungsfrage dargelegt und die von Reichskanzler Hermann Müller am 7.9.1928 vor dem Völkerbund geäußerte Kritik an der alliierten Abrüstungspolitik scharf zurückgewiesen hatte. Vgl. Société des Nations. Journal Officiel. Supplément spécial, Nr. 64, Genf 1928, septième séance plénière 7 septembre 1928, S. 56 ff.; dixième séance plénière, 10 septembre 1928, S. 79 ff. sowie Hagspiel, Verständigung, S. 414 ff.

37 Wilhelm Groener (1867-1939), 1886 württembergischer Leutnant, 1916/17 Chef des Kriegsamtes im preußischen Kriegsministerium, 1916 Generalleutnant, 1918 Erster Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung, 1919 Verabschiedung, Juni 1920 bis August 1923 Reichsverkehrsminister (parteilos), Januar 1928 bis Mai 1932 Reichswehrminister, Oktober 1931 bis Mai 1932 Reichsminister des Innern (Rücktritt).

38 Karl Otto Geßler (1875-1955), 1898 Dr. jur., 1910-1913 Erster Bürgermeister von Regensburg, 1913-1919 Oberbürgermeister von Nürnberg, 1919-1920 Reichsminister für Wiederaufbau, 1920-1924 MdR (DDP), 1920-1928 Reichswehrminister, 1927 Austritt aus der DDP, 1931-1933 Vorsitzender des Vereins für das Deutschtum im Ausland.

39 Artikel 160 des Versailler Friedensvertrages bestimmte unter anderem: "Das Heer ist nur für die Erhaltung der Ordnung innerhalb des deutschen Gebiets und zur Grenzpolizei bestimmt." Druck: RGBl. 1919, S. 919.

40 Vgl. Anm. 26.

Über den letzten Begriff, Kapitalismus, will ich nicht weiter reden. Wir haben ja keine kapitalistische Republik, sondern selbstverständlich eine sozialistische. Die Genossen Müller, Grzesinski[41] und Severing und Braun[42] werden doch nicht die Führer einer kapitalistischen Republik sein. Das tut ein Sozialdemokrat bei seiner Ehrenhaftigkeit niemals. Nein, sie sind die Führer einer antikapitalistischen, sozialistischen Republik. Es müßte also diese sozialistische Republik eigentlich eine maßlose Freundschaft in der ganzen Welt genießen. Sie ist auch da, aber weniger aus Sympathie für die sozialistische Republik als Institution, sondern diese Freundlichkeit und Zuneigung ist etwa die eines Diebes zu einem Haus, um das kein Zaun gelegt ist (Heiterkeit), wo man also leicht einbrechen kann und bei dem alles schlecht verwaltet ist, oder sie ist die Zuneigung, die der geborene Wucherer zu einem schlechtverwalteten Geschäft hat, eine Zuneigung, die begründet ist auf der Hoffnung, nicht etwa sich eines Tages an dem Geschäft beteiligen zu können, sondern eines Tages das ganze Geschäft verschlucken zu können. Das ist die ganze Sympathie, die heute Deutschland hat. Wer der heutigen Welt sympathisch gegenübersteht, betrachtet sie mit dem weltfreundlichen Blick, mit dem ein Fuchs eine Gans anschaut. Das ist die einzige Zuneigung, die sie erobert haben.

Da kann ich nur eines sagen: Wenn Deutschland an den Dingen einst zugrunde gegangen wäre, dann müßte es jetzt anders sein. Weil es aber nicht so ist, müssen es also andere Dinge gewesen sein, an denen Deutschland zugrunde ging, und diese anderen Dinge sind leicht zu erkennen.

Der erste Grund, der das alte Deutschland zusammenbrechen ließ, war unsere allgemeine Internationalisierung, also gerade das, was Sie seit 1918 in höchster Reinkultur vor Ihren Augen weiter blühen sehen. Das langsame Einsetzen der Internationalisierung unseres ganzen Volkes, seines ganzen Denkens und Lebens, seines politischen Lebens, der langsame innere Kräfteverbrauch war die erste Ursache unseres Verfalls; denn wäre Deutschland stark genug gewesen, wäre es nicht gefallen. Daß wir nicht die inneren Kräfte zu mobilisieren vermochten, um der feindlichen Macht Widerstand zu leisten, das hat uns den Zusammenbruch gebracht. Es glaube niemand, daß plötzlich ein Wunder kommt. Noch nie ist ein Staat zugrunde gegangen, weil er zu mächtig war. Kein Staat fiel, außer er war zu schwach, sein Leben zu bewahren. Das gilt auch für Deutschland. Wir sind gefallen, weil uns die Kraft zum Widerstand fehlte, und die Widerstandskraft kann man nicht nur militärisch ausdrücken, sondern sie ist im Grunde genommen die innere lebendige Volkskraft. Es sind die tausendfachen Äußerungen des Lebens, die die Stärke eines Volkes am Ende ergeben. Und die Kraft des Volkes, sie geht zugrunde, wenn es eben nicht einheitlich, national, völkisch geleitet wird. In allen seinen Le-

41 Albert Grzesinski (1879-1947), Metalldrücker, 1906-1919 Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Offenburg und Kassel, 1918/19 Mitglied des Zentralrats der Deutschen Sozialistischen Republik, 1919-1924 Stadtverordneter in Kassel, 1919-33 MdL in Preußen (SPD), 1919-1921 Reichskommissar des Reichsabwicklungsamtes, 1921/22 Referent im Reichsarbeitsministerium, 1922-1925 Präsident des preußischen Landespolizeiamtes, 1925/26 und 1930-1932 Polizeipräsident von Berlin, Oktober 1926 bis Februar 1930 preußischer Innenminister, 1933 Emigration.

42 Otto Braun (1872-1955), Stein- und Buchdrucker, 1911 Mitglied des SPD-Parteivorstandes, 1913-1918 MdL in Preußen, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1932, 1920-1933 MdL in Preußen, November 1918 bis April 1921 preußischer Landwirtschaftsminister, März 1920 bis April 1921, November 1921 bis Februar 1925, April 1925 bis Februar 1933 preußischer Ministerpräsident, 1933 Emigration.

bensäußerungen, nicht nur in politischer Hinsicht, nein, auch in kultureller Art [*sic!*]. Da können wir sehen, wie in dem Deutschland der Friedenszeit bereits das internationale Gift sich ausbreitet. Der Marxismus war nur der konzentrierte Ausfluß dieses Giftes, der unverschämte politische Ausdruck, und wenn Deutschland nicht in seinen ganzen oberen Schichten bereits entnationalisiert gewesen wäre, wenn nicht überall der nationale Begriff nur eine rein äußerliche Phrase gewesen wäre, hätte dieses Deutschland niemals dieses marxistische Gift geduldet; denn wer noch gesund ist, läßt sich nicht eine Lehre aufoktroyieren, in der die Krankheitskeime wissenschaftlich herausgearbeitet sind [*sic!*] und das ganze Lehrfundament dieser Idee bedingen und ausmachen. Daß das alte Deutschland überhaupt den Marxismus duldete [43], war schon der Beweis der inneren völkischen Erkrankung. Der Begriff national war im alten Deutschland zu sehr verbunden mit tausend nebensächlichen Dingen, die ursprünglich überhaupt nichts mit diesem Begriff zu tun hatten. Dieser Begriff war bereits zum Klassenbegriff heruntergesunken. Er war auch zum Wirtschaftsbegriff geworden und er war damals, das ist in meinen Augen vielleicht das Schlimmste, zu einer rein äußerlichen Phrase geworden, zu einer Phrase, die man nach Bedarf herunterlaufen ließ, wie man etwa eine Grammophonplatte ablaufen läßt, war aber nicht mehr der Ausdruck des inneren Glaubensbekenntnisses. Millionen von Menschen, die sich damals zum nationalen Lager rechneten, waren nicht bereit, die Konsequenzen zu ziehen, die diese Zugehörigkeit bedingte, nicht mehr bereit, die höchsten Grundsätze anzuerkennen, die im nationalen Begriff wurzelten. Sie waren nicht mehr bereit, Opfer zu bringen und eine Verantwortung zu übernehmen. Es war eine allgemeine Feigheit eingerissen. Der Rentabilitätsgedanke, der Wirtschaftlichkeitsgedanke beherrschte das alte Reich restlos. Bis in die höchsten Spitzen hinauf, überall gab es weniger den Begriff Ehre, mehr den Begriff wirtschaftlicher Vorteil, Rentabilität, Prosperität. Kurz und gut, es regierte bereits die Wirtschaft dieses Zeitalter, und in einer Zeit, in der die Wirtschaft bestimmend regiert, sinkt zwangsläufig das ideale politische Glaubensbekenntnis. Beide können nicht nebeneinander bestehen. Entweder es dominiert der ideale politische Gedanke, und die Wirtschaft dient ihm, oder es rentiert die Wirtschaft, und der politische Idealismus wird zum Knecht erniedrigt. Wenn ein Volk in eine solche Wandlung eintritt, wird nicht mehr die Entschlossenheit dasein, Verfallserscheinungen den Kampf anzusagen. Wir können ja auch sehen, wie im alten Deutschland überall Halbheit einriß, um nicht zu sagen bodenlose Feigheit, wie man sich überall drückte, den wahren Feind beim rechten Namen zu nennen, wie man gegen die kleinen, untergeordneten Organe vorging, aber vor den Drahtziehern zurückwich, wie mit einem Wort in Deutschland dadurch die Demokratie herrschen konnte, die Parlamente die Entscheidungen trafen [44], statt daß man diese Schwätzervereinigungen in ihre Schranken gewiesen und erklärt hätte, mit solchen Schwätzern kann man nicht regieren, ihr seid dazu als Extrakt der Dummheit nicht fähig. (Beifall.) Es ist unmöglich, daß eine Korporation, die auf Grund des Systems der Auslese der Feigsten, Dümmsten, Schwächsten und Unwissendsten gebildet wird, eine Nation führen kann in dem Augenblick, wo diese zum schwersten Lebenskampf antritt. Man mußte den Mut haben,

43 Anspielung auf das am 30.9.1890 ausgelaufene, aus Anlaß zweier Attentate auf Kaiser Wilhelm I. am 21.10.1878 in Kraft getretene "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie".

44 Die Kompetenzen des Reichstags waren im Kaiserreich begrenzt, erst im Verlauf des Weltkriegs konnten sie erweitert werden. Vgl. Manfred Rauh, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, Düsseldorf 1977.

dieser Meute entgegenzutreten, und hatte ihn nicht mehr; denn langsam war die ganze Presse, und auf dem Umweg über die Presse die ganze öffentliche Meinung von diesem Begriff erfaßt worden. Ganz Deutschland schwang sich hinüber in das Lager der Demokratie, und die wenigen, die Widerstand leisten wollten, wurden als Reaktionäre verschrien und hatten dabei keine klaren Gedanken und Vorstellungen. Sie verstanden es nicht mehr, aus der Nation die jungen Kräfte zu mobilisieren, die allein vermocht hätten, gegen die Demokratie zu kämpfen. Wenn heute jemand sagt, was kann gegen die Demokratie eingesetzt werden? Nicht etwa die Aristokratie der sogenannten Geburt, sondern nur die Aristokratie der Vernunft, der Genialität und Entschlossenheit! Wenn mir heute ein Kommunist entgegentritt und sagt, Sie sind gegen die Demokratie, sind gegen das Regiment des Volkes - nein, ich bin nicht gegen das Regiment des Volkes, nur gegen das Regiment der Auslese der Dummheit eines Volkes bin ich; das ist alles; denn ich protestiere dagegen, daß die Repräsentation einer Nation nur in der Dummheit gelegen sein soll, und bekenne mich zu der Auffassung, daß die einzig wahre Repräsentanz einer Nation in der Genialität liegt, in seiner Kühnheit, in der überlegenen Vernunft. Gib die Besten des Volkes an die Spitze und unterordne ihrer Herrschaft das Volk! Solange man sich dem Pofel [45] hingibt, herrscht nicht das Volk, sondern der Abhub, nicht das regiert dann, was auf Grund seines Wertes zum Boden sinkt, sondern was auf Grund seines Unwertes oben schwimmt und aufdringlich dort Blasen treibt. Das ist die einzige Gegenerklärung gegen die Demokratie, die Berechtigung hat. Da konnte aber das alte Regiment der Demokratie nicht mehr entgegentreten, denn all das war bei ihm selbst nicht mehr vorhanden. Es ist charakteristisch, daß das alte Regiment und besonders die Parteien, die die Wahrer des alten Regiments hätten sein müssen, selbst vollkommen verkalkt und veraltet waren, daß sie Angst hatten vor jeder jungen Kraft, daß es in Deutschland selbstverständlich wurde, daß nur mit einem gewissen Alter jemand in gewisse Stellungen einrücken konnte [46] und daß darüber noch unbedingt die Überzeugung bestehen mußte, daß man es mit keinem hundertprozentigen Mann zu tun hat. Diese Angst war damals bereits eingerissen, diese Angst, die die Bürgerlichen heute noch erzittern läßt. Wer in einer solchen Bewegung Führer werden will, muß ein Attest beibringen, daß er kein 100 %iger Mann ist. (Beifall.) Wenn er das beweisen kann, dann erträgt man ihn, wenn man aber von ihm auch nur ahnt, daß er vielleicht einmal Widerstand übt und nicht davor zurückscheut, wenn notwendig auch einmal fest aufzutreten, wünscht man einen solchen Mann nicht. Den Marxismus bekämpfen - ja! Aber nicht mit solchen Waffen! Den Kampf kämpft man aber doch am zweckmäßigsten mit der Waffe, die tödlich trifft, und das Richtigste ist stets der Stoß ins Herz hinein, und wer nicht die Kraft hat, zu diesem Stoß auszuholen, wird das Volk in diesem schweren Schicksalskampf nicht wieder emporzureißen vermögen. Das wollten die Parteien von einst nicht - sie sind sich [*sic!*] auch heute noch die gleichen geblieben - das wollte der alte Staat nicht. Und den klassischen Ausdruck des Unvermögens, die

---

45 Oberdeutsch: Schund, Auswurf, Pöbel.

46 Gemeint sind die konservativen Parteien im Reichstag bis 1918. Der Vorsitzende der Deutschkonservativen Partei Ernst von Heydebrand und der Lasa übernahm 1912 dieses Amt im Alter von 61 Jahren, Kuno Graf Westarp war 48 Jahre alt, als er den Fraktionsvorsitz im Reichstag übernahm. Die Freikonservative Partei kannte keinen Parteivorsitzenden, 1902 wurde der 56jährige Karl Freiherr von Gamp ihr Fraktionsführer im Reichstag. Die Genannten hatten diese Positionen bis 1918 inne. Vgl. Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte. Bd. IV: Struktur und Krisen des Kaiserreichs, Stuttgart 1969, S. 25 ff.

Energie, die Tatkraft gegen die Fermente des Verfalls einzusetzen, sehen wir am besten in der Zeit des Krieges. Deutschland ist von einer Welt von Feinden umgeben. Alles hängt davon ab, daß man standhält und nicht zusammenbricht, alles davon, daß nicht nur draußen die Armee kämpft und standhält, daß die Bataillone und Kompanien sich an die Gräben klammern, sondern daß hinter der oft zu dünnen Front die Heimat steht, die stets neue Energien hinausspeit und die Front, die ins Wanken kommt, nach vorne peitscht. Das war notwendig. Es ist aber klar, daß man Fanatismus nicht predigen lassen kann durch Menschen, denen selbst jeder Fanatismus fremd ist, daß man nicht Heroismus predigen lassen kann durch Menschen, die selbst jedem Heroismus entfremdet sind, und nicht Begeisterung in die Herzen der anderen versenken kann, wenn man nicht selbst begeisterungsfähig ist. Was haben andere Völker in dieser Stunde getan, als es notwendig war, die Nation zu identifizieren mit den Handgranatentrupps in der vordersten Linie? Sie haben an die Spitze der Nation die kühnsten, verwegensten Köpfe gesetzt, eiskalte Menschen, die wenn notwendig über Blut hinwegschreiten konnten, die genau wußten, wenn Destrukteure die Heimat vernichten, vergießt der, der sie beseitigt, kein Bürgerblut, sondern nur das Blut von minderwärtigsten, elenden Lumpen; denn die Bürger stehen an der Front [47]. (Stürmischer Beifall.) Die kämpfen, um deren Blut kümmert sich niemand, ja ihr Blut ist das einzige Gewicht, das Tag für Tag in die Waagschale hineinfließt, und die Heimat hat die Pflicht, daß sie diesen gleich würdig gegenübersteht. Die anderen Völker erkannten das und haben eisenharte Köpfe, gleichgültig ob jung oder alt, an die Spitze der Nation gesetzt [48]. Da setzten die Franzosen einen Greis an ihre Spitze [49], zusammengekrümmt aber verbissen wie nur ein Alter sein kann, der kein Herz mehr kennt, sondern nur noch den Begriff Nation und Staat in sich aufgenommen hat und der das verwegene Wort aussprach: Es ist ganz gleichgültig, ich schlage mich vor Paris, ich schlage mich in Paris und schlage mich hinter Paris [50]. Und der Engländer nimmt einen Munitionsminister [51], einen genialen Massenagitator und läßt durch ihn das englische Volk aufpeitschen, läßt durch ihn eine riesenhafte Propaganda entfalten, so daß dieses Volk 4 1/2 Jahre standhält. Und Deutschland? Deutschland sucht in diesem kritischsten Moment den schwächlichsten greisen Mann [52], von dem man von vorneherein

---

47 Wahrscheinlich Anspielung auf die Legende von der blutigen Niederschlagung der Meutereien in der französischen Armee 1917. Vgl. Fred Kupferman, L'opinion française et le défaitisme pendant la Grande Guerre. In: Relations internationales, Nr. 2, 1974, S. 91-100.

48 Bei Frankreich und Großbritannien, die Hitler hier als positive Vorbilder nennt, handelt es sich um parlamentarische Demokratien.

49 Georges Benjamin Clemenceau (1841-1929), Arzt, 1870 Bürgermeister von Montmartre (Paris), 1871-1893 Mitglied der französischen Nationalversammlung, 1875 Präsident des Stadtrates von Paris, 1902 Senator, 1903-1906 Herausgeber der Zeitung "L'Aurore", 1906 Innenminister, 1906-1909 und 1917-1920 französischer Ministerpräsident, 1919 Präsident der Pariser Friedenskonferenz.

50 Clemenceau soll mit diesen Worten auf den Erfolg der deutschen "Michael"-Offensive reagiert haben, bei der im März 1918 zunächst ein letzter Durchbruch und große Geländegewinne erzielt wurden, die aber nicht gehalten werden konnten.

51 David Lloyd George (1863-1945), 1884 Rechtsanwalt, 1890 liberales Mitglied des Unterhauses, 1905 Handelsminister, 1908 Schatzkanzler, 1915 Munitionsminister, 1916 Kriegsminister, 1916-1922 Premierminister.

52 Theobald von Bethmann Hollweg (1856-1921), 1880 Dr. jur., 1885 Landrat des Kreises Oberbarnim, 1899 Oberpräsident der Provinz Brandenburg, 1905 preußischer Innenminister, 1907 Staatssekretär im Reichsamt des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers, 1909 bis Juli 1917 Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident.

wußte, daß er selbst in friedlichen Augenblicken schwach und ohnmächtig ist, daß er kaum zwei Stunden des Schlafes zu entbehren vermag. Sitzungen, die über zwei Stunden dauern, vermag er nicht mehr zu verfolgen, Vorträge, die über zwei Stunden dauern, treffen ihn nur schlafend an. Alles ist glücklich und glaubt, durch diese Düpierung Weltgeschichte machen zu können, glaubt, das Schicksal betrügen zu können, glaubt, daß man genauso, wie man vielleicht seine Aktienmehrheit vertreten lassen kann durch irgendeinen, den man als Vertreter hinschickt, so auch das Volk vertreten lassen kann, in einem Weltkrieg durch einen, der zu Hause die Majorität bekommen hat. Dieser Geist, der uns damals mit allem gesegnet hat, was schwach war, und dazu führte, daß man sich schließlich plötzlich sagte, wie wäre es, wenn man die nehmen würde, die die ganze Zeit geschrien haben gegen dieses Reich, vielleicht hören sie dann zu schreien auf, gab diesen endlich das Reich sogar in die Hand. Ja, sehen Sie, das ist der Geist, den wir im Jahre 1902, 1903, 1907, 1910, 1914, 1915, 1916, 1917, 1918 dauernd hatten, die Angst vor der Kraft, die Angst vor dem Mann, die Angst vor dem Entschluß, die Angst vor der Tat, und das ist auch die Kraft, die seit November 1918 in Deutschland unbeschränkt zur Regierung gekommen ist, Feigheit und Angst. Sehen Sie sich nur diese politischen Gebilde an! Herrgott, wenn Volksretter so ausschauen, wie die Parlamentarier unserer sogenannten Regierungsparteien, Himmel noch einmal, ich weiß gar nicht, ob wir uns nicht einmal schämen müßten vor der Nachwelt, durch solche Götter überhaupt gerettet worden zu sein. (Heiterkeit - Beifall.) Wer will sie je der Nachwelt präsentieren? Müssen sie nicht bis in die fernsten Zeiten die öffentliche Moral vergiften! Schauen Sie doch die Köpfe an, die diese Parteien heute als Vaterlandsretter präsentieren! Biedere Staatsmänner, biedere alte Parlamentarier, frumbe [*sic!*] Landsknechte des parlamentarischen Kampfes. Schauen Sie sich nur diese Menschen an, es sind die alten, die früher schon da waren. Die Parteien haben ja Angst vor jeder neuen jungen Kraft. Schauen Sie nur, was in unsere Bewegung hereinkommt; wie glücklich sind wir, wenn wir Redner bekommen, und warum bekommen wir sie? Ich staune oft; sie waren einmal bei dieser oder jener Partei, man läßt sie ruhig gehen, ist im Gegenteil froh, daß sie gehen, man will sie nicht. Sie scheuen ja nichts mehr als eine Kraft, die ihnen selbst überlegen erscheint. Glauben Sie, daß man mit solchen Gebilden einen Staat regieren kann? Wie er einst daran zugrunde ging, so wird der Abstieg weiter andauern. Es kann sich da nichts ändern. Dabei ist die ganze Konstitution des Staatslebens so, daß zwangsläufig, mechanisch, maschinenmäßig, mathematisch nur solche Naturen emporkommen können, wie sie das Gesetz der Demokratie züchtet. Man hat sich ein Gesetz beigelegt, man weiß genau, wenn man im Volk die Demokratie installiert, werden nur kleine Geister überhaupt geduldet werden. Wenn nur 10 Menschen die Erlaubnis bekommen, sich selbst einen Führer zu wählen, werden sie nicht eine überragende Autorität, sondern stets einen Schwachen wählen. Das Gesetz der Erniedrigung nach oben und der Autorität nach unten allein züchtet heroische Menschen. Daraus kann eine Armee sich aufbauen, die in den schwersten Stunden standhält, nur da können ungeheuere Heerwürmer [*sic!*] sich den Fronten zuwälzen, da jeder weiß, wenn die Stunde der Not und der Gefahr kommt, wenn der Tod in unsere Reihen greift, sind hier Tausende von Führern, angefangen vom kleinen Gruppenführer, von denen jeder seine Pflicht tut und stirbt, wenn die Not es erfordert. Zu Hause aber hat man das Gesetz der Demokratie, weil man genau weiß, daß nach diesem Gesetz nur Schwächlinge kommen können. So löst man auch den Führer, der auf dem Boden der Autorität als Held die Kompanie führt, sofort ab und ersetzt ihn

durch den Soldatenrat [53]. Wenn die Kompanie selbst zur Wahl schreitet, warum soll sie da einen Menschen als Führer wählen, der von ihr Schlimmes verlangt? Warum soll eine Kompanie einen Menschen zum Kompanieführer wählen, der Dienst ansetzt, daß alles krumm wird? Man hat ja doch auch andere, die einen solchen Dienst nicht ansetzen. Warum sollen die politischen Parteien einen Führer wählen, der Gehorsam verlangt, diktiert und bestimmt? Man hat ja doch viele, die froh sind, wenn sie nicht zu befehlen brauchen, die glücklich sind, wenn sie keine Verantwortung zu übernehmen haben. Dort können dann die kleinen Geister brillieren. Je mehr eine Organisation aufgebaut ist auf dem Gesetze der Demokratie, um so mehr kommen die kleinen Geister zum Vorschein. Da können sie dann eine große Rolle spielen, können Geschichte machen, wenn auch nicht, sagen wir, aktive, so doch wenigstens passive Geschichte, wie wir das in Deutschland seit 10 Jahren erleben. Aktive Geschichte machen wir nicht, aber man kann ja seinen Namen in die Tafeln der Weltgeschichte nicht nur durch Siege, sondern auch durch Niederlagen eintragen, nicht nur durch ein Versailles [54], das auf einem Sedan fußt [55], sondern auch durch einen Friedensvertrag, der in Versailles abgeschlossen wird [56]. Warum soll denn etwa der Name Müller oder Bauer [57] in der Weltgeschichte nicht genauso lange dauern als der Name Bismarck oder Moltke, weshalb nicht? Ein kleiner Unterschied ist natürlich, aber die Menschheit vergißt das auch mit der Zeit (Heiterkeit) und endlich wird sie vielleicht nach Jahrtausenden, nein, nein, mit Jahrtausenden rechnen die Bauer und Müller an sich nicht, aber vielleicht durch die aufgeregte Tätigkeit der Presse doch einmal es vielleicht fertigbringen zu sagen: Bismarck war nicht unbedeutend, aber Bauer ...! Bismarck hatte es leicht, er hatte gesiegt, Bauer aber hatte verloren. Wer ist der Größere, wer nach einem Sieg den Kopf hoch trägt, oder Bauer, der eine Niederlage heroisch erträgt? Wer ist der Größere, Bismarck, der eine offensive Politik machen konnte - der konnte ja leicht reden, und es gehört keine Kunst dazu, nach einem Sedan oder nach einem Königgrätz [58] usw. Geschichte zu machen - aber Stresemann! Nach einem Locarno Politik zu machen, nach einem Dawes-Vertrag [59], nach einem

53 Die Gründung von Soldatenräten im November 1918 führte nicht zur generellen Ausschaltung des Offizierskorps als militärische Führungsinstanz. Das Fachwissen der Offiziere wurde benötigt, ihre Autorität daher im allgemeinen grundsätzlich anerkannt. Vgl. Ulrich Kluge, Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen 1975, S. 160 ff.

54 Anspielung auf die Proklamation des preußischen Königs Wilhelm I. zum deutschen Kaiser im Spiegelsaal von Versailles am 18.1.1871.

55 Anspielung auf den Sieg der verbündeten deutschen Heere gegen die Armee Napoleons III. bei Sedan am 1.9.1870.

56 Am 28.6.1919 unterzeichnet. Druck: RGBl. 1919, S. 687 ff.

57 Hermann Müller und Gustav Bauer hatten für das Deutsche Reich den Versailler Friedensvertrag unterzeichnet. Gustav Adolf Bauer (1870-1944), 1884-1893 Anwaltsbürogehilfe in Königsberg, 1893-1902 Bürovorsteher, 1908-1918 2. Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Juni 1919 bis März 1920 Reichskanzler, Mai/Juni 1920 Reichsverkehrsminister, Mai 1921 bis November 1922 Reichsschatzminister und Vizekanzler im Kabinett Wirth, 1912-1918 MdR (SPD), 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1925, 1924 wegen indirekter Verwicklung in den Barmat-Skandal aus der SPD ausgeschlossen, 1925 rehabilitiert.

58 Hinweis auf die Schlacht bei Königgrätz am 3.7.1866, in der die preußischen Truppen die österreichisch-sächsischen Hauptkräfte schlugen und damit dem preußisch-österreichischen Krieg die entscheidende Wendung gaben. Vgl. Gordon A. Craig, Königgrätz, Wien 1966.

59 Vgl. Dok. 1, Anm. 15.

Abkommen von Thoiry [60], nach dem ganzen Geist dieser Zeit Politik zu machen, da staunt die Mitwelt, und das bewundert einmal die Nachwelt, und dann wird man ermessen können, was es heißt, bei solchen Leistungen auch noch lächeln zu können. (Heiterkeit - Stürmischer Beifall.) Ja, es ist bemerkenswert, daß das Ergebnis dieser ganzen Periode ein laufender und ununterbrochener Verfall des Führergedankens war. Vor dem Kriege bereits und seit dem Kriegsende erst recht sehen wir auf dem Gebiete Orgien feiern. Was jetzt führt und leitet, würde in normalen Zeiten in der Weltgeschichte zum Mist gekehrt werden, zum Mist gefegt werden, könnte überhaupt nicht erscheinen. Bei uns gilt das als weiß Gott was Großes, und es ist daher nicht zu wundern [*sic!*], wenn die ganze Nation langsam zu einer Art Vogel-Strauß-Politik erzogen wird. Das war vor dem Kriege so und ist nach dem Kriege so geblieben. Das war schon vor dem Kriege innen- und außenpolitisch so, innenpolitisch, indem man die dräuendste Gefahr nicht mehr sehen wollte. Warum immer auf etwas hinschauen, wenn es doch unangenehm ist? Also den Blick weg! Warum sich immer mit der Sozialdemokratie beschäftigen, die doch eine unangenehme Sache ist, wo es doch ganz andere, angenehmere Seiten des Lebens gibt. Man sah diese Bewegung nicht vom Standpunkt der Gefahr an, sondern vom Standpunkt eines vielleicht doch irgendwie Mitregierenkönnens. Und seit dem Kriege ist das Regierungsprinzip geworden, überhaupt nichts mehr vom Standpunkt der Gefahr zu betrachten, sondern von verschiedenen anderen Möglichkeiten aus, in erster Linie von dem Gesichtspunkt aus, kann man unter diesem Zustand noch Geschäfte machen. Wenn ja, dann ist dieser Zustand gar nicht schlecht. Warum soll ein Zustand schlecht sein, bei dem man noch Geschäfte machen kann? Dieser Gedanke, der schon vor dem Krieg die ganze Politik beherrschte, solange man noch profitieren und Geschäfte machen, solange man rein wirtschaftlich noch etwas erreichen kann, dieser Gedanke ist heute dominierend geworden. Der Herr Reichsbankpräsident [61] illustriert das, indem er ganz nüchtern sagt: Meine Herren, wir haben 12 % Dividende [62]. Allerdings muß uns klar sein, wir haben diese Dividende nur verteilen können, weil der allgemeine Lebensstandard zusammenbricht. Bravo! Allgemeines Klatschen. Also selbst im Zusammenbruch kann man noch Geschäfte machen! Warum ist dann der Zusammenbruch überhaupt schlecht, wenn man noch Geschäfte machen kann. Liebe Freunde! Das war früher so; selbst wenn sich über Europa dauernd Ungewitter zusammenballten und die Lage trostlos erschien, sah man nur das Blühen der deutschen Wirtschaft und wurde so über alles hinweggetäuscht. Heute ist es genauso. Man sieht nur das Blühen der deutschen Wirtschaft oder will nichts anderes sehen. Es gab eine Zeit, da mußte man den Leuten den Kopf aus dem Sandhaufen herausziehen und ihnen zeigen, so ist die Lage, und sie haben im nächsten Augenblick den Kopf wieder drin ge-

60 In Thoiry hatten sich am 17.9.1926 die Außenminister Gustav Stresemann und Aristide Briand zu einer vertraulichen Besprechung getroffen. Gegenstand war die Normalisierung der deutsch-französischen Beziehungen. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 356 ff.

61 Hjalmar Horace Greeley Schacht (1877-1970), 1900 Dr. phil., 1908-1915 stellvertretendes Vorstandsmitglied der Dresdner Bank, 1916-1923 Direktor der National-Bank für Deutschland (später Darmstädter Nationalbank, Danat), 1923 Reichswährungskommissar, 1923-1930 und 1933-1939 Reichsbankpräsident, 1934-1937 Reichswirtschaftsminister, 1935-1937 Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft, 1937-1943 Reichsminister ohne Geschäftsbereich.

62 Nach der Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank am 4.2.1929 war bekanntgegeben worden, daß die Reichsbank für das Jahr 1928 auf das ausgegebene Kapital 12% Dividende ausschüttete. Vgl. Vossische Zeitung vom 5.2.1929 (PA), "Unverändert 12% Reichsbank-Dividende".

habt. Wirtschaft ist alles, Aufstieg der Wirtschaft ist alles. Das sind also die Geister, die ein Volk regieren.

So wie man hier reine Illusionspolitik getrieben hat, treibt man sie auch außenpolitisch. Dazu kommt noch etwas besonderes. Die alte deutsche Außenpolitik zeichnete sich aus durch ein Ausweichen vor allen unangenehmen Entscheidungen. Man wollte unter allen Umständen um solche Entscheidungen herumkommen. Es gab hier in Europa zwei Möglichkeiten für Deutschland - ich muß das immer wieder betonen -, entweder mit Rußland gegen die Engländer zu gehen oder mit England gegen die Russen. Da mußte man die letzte Konsequenz ziehen und konnte nicht einsetzen halb und halb. Jeder Soldat weiß, wenn ein Kampf auf zwei Fronten stattfindet, kann man nicht auf beiden Fronten zugleich kämpfen; denn dazu reicht es nicht. Es ist immer ein Wesenszug großer Kriegskunst gewesen, auf der einen Seite den Feind hinzuhalten und auf der anderen Seite mit Übermacht zu schlagen, auf der einen Seite unter Umständen sogar Verzicht zu leisten, Opfer zu bringen, um auf der anderen Seite in einer Offensive die ganzen Kampfmittel zusammenzuballen, zusammenzuballen dort, wo man schlagen will. Politisch kannte man das nicht, kannte man nicht das Grundgesetz, schließlich auch etwas einzustecken dort, wo nicht geschlagen wird, um alle Kräfte zu sammeln an dem Ort, wo die Entscheidung fallen wird. So kam eines Tages der Zustand, da Deutschland zwischen all den Stühlen, auf die es sich setzen wollte, am Boden saß und endlich nur noch lauter Feinde hatte, weil man glaubte, durch diese Allerweltspolitik nirgends anzustoßen, durch alle Fährnisse des Lebens sich durchschlängeln zu können. Es kam aber anders. Nach dem Kriege sehen wir diese Katastrophe wieder, innen- und außenpolitisch. Früher hatte man innenpolitisch versucht, sich mit dem Marxismus auseinanderzusetzen, nicht anzustoßen. Konzessionen zu machen, war am Ende das ganze Regierungsprinzip, die ganze Staatsweisheit. Man kannte nur noch den Begriff der Koalition, d. h., man machte zusammen Geschichte, jeder einen Teil, einigt sich auf einem mittleren Programm, d. h. auf der Basis der Schwäche; denn jede Koalition bedeutet Schwäche. Man verficht damit Grundsätze, die keine Grundsätze mehr sind, Gedanken, die keine Gedanken mehr sind, Ziele, die keine Ziele mehr sind, man treibt vielmehr Opportunitätspolitik von heute und morgen, wurschtelt so dahin. Seit dem Kriege ist das einziges Regierungsprinzip geworden. Man kennt nichts anderes mehr. Nennen Sie mir eine Partei, die nach dem Kriege den Grundsatz vertreten hätte, wir wollen den Marxismus restlos beseitigen, wollen ihn ausrotten! Alle haben mit dem Marxismus verhandelt, alle mit ihm zusammengearbeitet. Jede vertrat den Grundsatz, wir wollen schauen, daß wir bei den nächsten Wahlen etwas mehr Mandate bekommen, dann setzen wir eine Regierung unserer Richtung ein und werden vier Jahre nach unserem Gedanken regieren, und nach 4 Jahren werden wir schon weitersehen. Wenn dann die Marxisten zu regieren anfangen, sollen die regieren. Das macht nichts, in 4 Jahren haben wir dann einen solchen Saustall, daß diese froh sind, wenn sie nicht mehr regieren brauchen. Heute erleben wir das in Deutschland wieder. Zur Zeit sind es die Marxisten selbst, die so denken. Sie sagen, wir sind am Ende unseres Lateins, jetzt sollen andere kommen; und das Zentrum sagt auch, jetzt sollen andere kommen, und tritt zurück. Die andern, die haben jetzt genug auszufressen, wenn die das ausfressen müssen, was wir gekocht haben, daran verrecken sie sicher. (Stürmischer Beifall.) Wenn sie dann verreckt sind, dann kommen wieder wir, dann ist wieder Zentrum Trumpf, dann wird wieder das Zentrum vorgerückt. Und die anderen, die anderen sagen sich dasselbe. Sie sagen sich,

wenn wir jetzt 3 Jahre regieren, dann haben die genug, die hinter uns kommen. Sehen Sie, keine dieser Parteien hat das größere, erhabenere Ziel, die Schädlinge am nationalen Körper grundsätzlich auszurotten, das zu tun, was wir in Italien sehen [63], keine hat den Mut, die ganze Verantwortung zu übernehmen und die anderen zu beseitigen. Bei uns sehen wir das nicht, vor dem Kriege nicht, nicht während des Krieges und auch heute nicht.

Eine einzige Bewegung hat seit 1919 unermüdlich den Grundsatz vertreten, wenn uns einmal der Himmel die Macht gibt, werden wir sie unumschränkt, legal selbstverständlich, ausnützen. Wir werden uns auf legalem Wege jene legalen Waffen schmieden, die geeignet sind, den Sieg der Bewegung bis ins Letzte zu vollenden, und wir werden den Sieg der Bewegung nur darin sehen, daß wir die Destrukteure unseres Volkes auslöschen und ausrotten. (Stürmischer Beifall.) Wir werden uns nie mit ihnen verständigen können, uns nie mit ihnen versöhnen. Wir wollen nie mit ihnen zusammengehen; denn wir haben nur das eine Ziel, saubere, grundsätzlich saubere Verhältnisse zu schaffen. Sie haben alle recht, wenn sie jetzt schon sagen, her mit einer parlamentarischen Diktatur. Eine parlamentarische Diktatur schwebt ihnen vor. Sie haben allen Grund dazu, denn es wird einmal eine nichtparlamentarische, eine deutsche Volksdiktatur kommen, eine völkische Diktatur der Tatkraft, Entschlossenheit und Kühnheit, und die wird, selbstverständlich vollkommen legal, die Demokratie beseitigen, die Demokratie, die auch nicht vom lieben Gott legalisiert worden ist, sondern nur durch freche Vertreter, die sich anmaßen, im Namen der Demokratie die Völker zu mißhandeln. Die Demokratie ist auch nicht legaler als ein anderes Regiment. Wesentlich ist es aber selbstverständlich [*sic!*], daß man mit legalen Mitteln ein anderes Regiment herstellen will. Wenn auf legalem Wege dieses andere Regiment begründet ist, wenn es damit legal geworden ist, dann möge der Herr sie in Schutz nehmen vor dieser Legalität. (Stürmischer Beifall.)

Seit Jahren sehen wir bei diesen Parteien nicht mehr die Entschlossenheit, saubere, klare Verhältnisse zu schaffen, aus Mangel an Mut, und daher sehen wir bei all diesen Parteien auch nicht mehr den Mut, eine klare, eindeutige Entscheidung nach außen zu treffen. Vor dem Kriege bereits war die deutsche Bündnispolitik ein Jammer sondergleichen. Immer das Suchen nach demjenigen in Europa, der auf dem letzten Loch pfiff, weil man annahm, der wird froh sein, wenn er die gewaltige Macht Deutschlands hinter sich bekommt. Weiter sehen wir das gleiche, was im einzelnen im bürgerlichen Leben bereits als wesentlich bestimmender Grundsatz angesehen wurde, nämlich keinen Mann an eine Stelle zu bringen, von dem man nicht überzeugt ist, daß er nichts macht, und mit keinem Staat sich verbünden, von dem man nicht überzeugt sein kann, daß er niemals irgendwie aggressiv, offensiv, tatkräftig hervortritt,

63 Nach der Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Giacomo Matteotti am 10.6.1924 hatte der italienische Ministerpräsident Benito Mussolini am 3.1.1925 in einer grundsätzlichen Ansprache erklärt, daß er die persönliche Verantwortung für sämtliche Gewaltakte der faschistischen Bewegung übernehme. Diese Rede markiert den Beginn der Alleinherrschaft der Partito Nazionale Fascista in Italien, die sich sofort in der Unterdrückung der oppositionellen Presse zu manifestieren begann. Als erste Partei wurde die Partita Socialista Unitario bis Oktober 1925 verboten. Nach einem Attentat auf Mussolini am 31.10.1926 hatte der italienische Ministerrat am 5.11.1926 die Auflösung aller übrigen oppositionellen Parteien und Organisationen, die Einführung der Pressezensur und der Verbannung für politische Straftäter sowie die Errichtung einer politischen Polizei beschlossen. Vgl. Adrian Lyttelton, The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919-1929, London 1973, S. 257 ff.

so wie man im bürgerlichen Leben diese Garantie nur bei dem hat, der gar nicht die Kraft besitzt, etwas zu tun. Wenn einer sagt, ich tue nichts, und man sieht, er ist ein Mann, so traut man ihm schon nicht, denn man weiß nicht, was kommt, und Vorsicht ist die Mutter der Weisheit. So wagte man bei uns auch außenpolitisch, sich mit keinem Staat zu verbünden, von dem man annehmen konnte, daß er etwas tun könnte, verbündete sich mit keinem, der etwa nur sagte, ich will nichts tun. Am sichersten sind solche Bündnisse mit Staaten, die infolge ihrer inneren Ohnmacht zu aggressiven, offensiven Handlungen von vorneherein nicht fähig sind. Das sind dann wirklich granitene, solide Friedensbündnisse. Die anderen Völker machen Bündnisse für den Krieg, Deutschland machte Bündnisse für den Frieden. Natürlich muß man sich im Krieg verteidigen. Wir wollen aber keinen Krieg, also Friedensbündnisse, also der Friedensdreibund [64]. Heute erleben wir dasselbe. Wie sucht doch heute nicht etwas die offizielle deutsche Außenpolitik, die sucht überhaupt nicht, die offizielle deutsche Außenpolitik schaut bloß und paßt auf, daß sie ja nicht durch einen dummen Zufall einen Griff tut, der Deutschland nützen könnte, das ist ihre einzige Angst (Beifall), davor hütet sie sich, wie suchen unsere bürgerlichen Parteien überall herum, wo sie einen Staat finden könnten, der auch unterdrückt ist. Unterdrückte Völker, verbündet euch miteinander, dann kommt todsicher nichts heraus, dann ist das bürgerliche Ziel erreicht [65]. Bündnisse! Aber nicht für den Krieg! Nein, bei einem Mann, der dauernd lächelt, wird man auch nicht erwarten können, daß er plötzlich ein Schwert in die Hand nimmt. Können Sie sich zum Beispiel vorstellen Herrn Gustav Stresemann als Schlachtenkanzler (Heiterkeit), Herrn Gustav Stresemann als Anfeuerer von Kriegsheeren? Können Sie sich das vorstellen? Herr Gustav Stresemann als Diplomat, der Krieg anrührt? Niemals! Man weiß ganz genau, so etwas tut er nicht. Man darf auch nicht zuviel verlangen bei einem Mann, der die Hälfte seines Lebens sich mit Flaschenbier [66], Schokolade und Seidenstrümpfen [67] beschäftigt. Man kann nicht erwarten, daß ein solcher Mann zum Sturze von Staaten plötzlich andere Kräfte verwendet. Das liegt ihm nicht. Seien Sie also beruhigt, die deutsche Außenpolitik wird Sie solchen Eventualitäten nicht aussetzen. Auch die bürgerlichen Parteien werden das nicht tun, von den Roten ganz zu schweigen. Für die blüht ja nur der Weizen, wenn Deutschland zugrunde geht. Hinter ihnen steht der internationale Jude, der darauf lauert einzusacken, was von den Roten locker gemacht wird, das, was man verschieben kann, zu verpacken, einzustecken, was man wirtschaftlich greifbar ma-

64 Anspielung auf den 1882 zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien geschlossenen Dreibund-Vertrag, einem geheimen Verteidigungsbündnis, in dem sich die Vertragsparteien bei einem französischen Angriff gegenseitigen Beistand, in anderen Fällen Neutralität zugesichert hatten. Mit dem Londoner Vertrag vom 26.4.1915 verbündete sich Italien mit den Alliierten, am 3.5. kündigte es den Dreibundvertrag; am 23.5. folgte die Kriegserklärung an Österreich-Ungarn, am 26.8.1916 die an Deutschland.

65 Bereits in "Mein Kampf" polemisiert Hitler gegen einen "Bund der Unterdrückten" und nennt in diesem Zusammenhang "Balkanstaaten", "Ägypten" und "Indien". Vgl. Adolf Hitler, Mein Kampf. Bd. 2: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1927, S. 318 ff.

66 Stresemann hatte 1900 über "Die Entwicklung des Berliner Flaschenbiergeschäfts. Eine wirtschaftliche Studie" promoviert.

67 Anspielung auf Stresemanns Tätigkeit als Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller 1912-1918. Sachsen galt als ein Schwerpunkt der Schokoladeherstellung und Textilindustrie, darunter Strickereien und Wirkereien, in Deutschland. Daneben waren allerdings auch der Maschinenbau und die keramische Industrie stark vertreten.

chen kann. Darunter versteht man in den letzten Jahren alles, was man verjoppern [*sic!*], verschachern, verkitschen kann. Das ist das Ziel der Sozialdemokratie. Dafür lebt sie, dafür kämpft sie und daran wird sie auch sterben. Wenn nichts mehr da ist, hat sie ihre Mission erfüllt. Vom Bürgertum, das doch eine andere Mission haben müßte, kann man aber auch nichts erwarten, denn es vergeht vor Angst. Da treten wieder wir Nationalsozialisten auf. Seit 10 Jahren nehmen wir dauernd dagegen Stellung und betonen, eine deutsche Außenpolitik, die sich scheut vor der letzten Konsequenz, ist keine Außenpolitik. Eine Opposition, die nur Stresemann kritisiert und nicht wagt zu sagen, was getan werden soll, ist keine Opposition. Das sind nur journalistische Nörgler, sind Kritikaster. Es gehört keine Kunst dazu festzustellen, daß Gustav Stresemann Schiffbruch [*er*]leidet. Das kann auch ein Blinder greifen, dazu gehört kein Sehen mehr. Selbst Stresemann hat das schon begriffen, sieht das ein. Wenn jemand wirklich Opposition treiben will, muß er den Mut haben zu sagen, was gemacht werden müßte. Da ist es zunächst notwendig, sich dieser allgemeinen Tendenz der deutschen Außenpolitik entgegenzustemmen, die da glaubt, daß durch eine friedliche Entwicklung Deutschland nochmals zur Freiheit kommen könnte. Goethe sagt einmal, daß der Jude an sich nur dann etwas zu hoffen hat, wenn und wo Unruhe herrscht [68]. Unsere Parteien sind an sich vollkommen verjudet. Man müßte also glauben, daß sie auch geistig davon etwas angenommen hätten. Sie sind aber geistig das geblieben, was sie früher waren, dumm und blöd. Sie glauben tatsächlich, daß Deutschland im Frieden nochmals frei wird. Sie lügen dem Volke ein soziales Glück vor und eine nationale Wiedergeburt und einen Aufstieg und wollen es nicht verstehen, daß es hiezu nur eine Möglichkeit gibt, nämlich die, daß Unruhe in die Welt hineinkommt. Solange die Welt geschlossen bleibt, wird Deutschland seiner Fesseln nicht ledig werden. Erst wenn neue Interessengruppen sich zusammenballen und der Friede seine trügerische Art erweist und an Stelle des Friedens der lebendige Kampf der Gegensätze tritt, kann Deutschland rechnen, irgendwo bei diesem Kampf sich zu beteiligen. Da ist es dann Aufgabe der Staatsleitung, ebenso kühl und klug wie kalt und entschlossen den Partner sich auszusuchen und nicht die blöde Phrase als außenpolitisches Programm aufzustellen von der Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1914 [69]. Oh, ihr Mummelgreise, ihr politischen! Mit was stellt ihr denn die her? Allein durch unsere eigene Kraft, so sagt ihr. (Heiterkeit.) Mit keinem verbündet ihr euch, alle lehnt ihr ab.

---

68 Bezieht sich wahrscheinlich auf das Drama "Das Jahrmarktsfest zu Plundersweilern", zweite Fassung 1778. Goethe läßt die - als Judenfeind ausgewiesene - Figur des "Haman" sagen: "Und dieses schlaue Volk [*die Juden*] sieht einen Weg nur offen: So lang die Ordnung steht, so lang hat's nichts zu hoffen." Eine mögliche Quelle Hitlers ist: Handbuch der Judenfrage. Eine Zusammenstellung des wichtigsten Materials zur Beurteilung des jüdischen Volkes. Hrsg. von Theodor Fritsch, Hamburg [28]1919, S. 73. (Mitteilung des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin).

69 Bereits in "Mein Kampf" polemisiert Hitler gegen den "Ruf nach den alten Grenzen". Vgl. Mein Kampf, Bd. 2, S. 310 ff.
Obwohl die Revision des Versailler Friedensvertrags eine zentrale Forderung aller bürgerlichen Parteien der Weimarer Republik darstellte, fand sich nur in den Grundsätzen der DNVP die dezidierte Forderung: "Auf freiem Boden ein neu erstarktes Reich, die abgerissenen deutschen Lande ihm wieder vereint, das ist und bleibt Ziel aller deutschen Politik. Darum erstreben wir die Änderung des Versailler Vertrages, die Wiederherstellung der deutschen Einheit und den Wiedererwerb der für unsere wirtschaftliche Entwicklung notwendigen Kolonien." Vgl. Wilhelm Mommsen (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme. Zweiter Teil: Weimarer Republik und Bundesrepublik Deutschland, München 1960, S. 535 f. Der Stahlhelm erhob seit 1927 ähnliche Forderungen. Vgl. Volker R. Berghahn, Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966, S. 103 ff.

Überall sucht ihr die Schwachen, aber die Ketten werdet ihr eines Tages sprengen. Man sieht es direkt, wie ihr sie zerreißt, Tag für Tag nähert ihr euch mehr dieser Station.

Sehen Sie, was wir seit 1918 vor uns sehen, trägt den Keim des Zusammenbruches in sich. Auf der einen Seite eine wirtschaftspolitische Auffassung genauso wie früher, innerlich vollkommen antinational und unvölkisch und auf der anderen immer benebelt von dem Gedanken, man könnte durch friedliche Entwicklung, dadurch, daß man seinen Kohl baut und Seidenstrümpfe fabriziert, der deutschen Nation das Leben bewahren, ohne zu bedenken, daß andere auch Seidenstrümpfe fabrizieren und sie verkaufen wollen, daß es Irrsinn ist zu glauben, daß der Engländer, der mit uns 4 1/2 Jahre Krieg geführt hat, um uns vom internationalen Weltmarkt zu vertreiben, nun sagen wird, ihr Deutschen könnt kommen und uns Konkurrenz machen. Es ist klar, solange mit friedlichen Mitteln, auf dem Wege von Verträgen es gelingt, unsere Wirtschaft zu zerstören, wird das auf friedlichem Wege geschehen. In dem Augenblick aber, wo es nicht mehr möglich ist, dem üblen Konkurrenten so zu begegnen, wird man ihn mit Macht hindern. Die Meinung also, daß man auf friedlichem Wege, durch Strumpffabrikation, Schokoladenerzeugung oder Biermacherei Deutschland heben könnte - in Bayern kommt als höchste Weisheit noch der Fremdenverkehr dazu, Bier und Fremdenverkehr müssen Bayern retten, müssen uns wieder die alte Stellung verschaffen - ist falsch. Sie sagen, es muß gelingen. Jawohl, es wird euch gelingen, man sieht es ja. Zunächst gelingt es euch sogar, den deutschen Binnenmarkt zu ruinieren, die deutsche Landwirtschaft zu vernichten, ein Millionenheer von Arbeitslosen zu erzeugen. Blind sieht man über die Gefahr hinweg, die darin liegt, daß in Deutschland heute 3 Millionen, nein 6 Millionen Menschen vorhanden sind, die seit Monaten nichts mehr tun können und noch viele Monate nichts zu tun bekommen [70]. Daß sie es nicht begreifen, welch enorme Gefahr da entsteht, daß die bürgerlichen Parteien ihren alten Trott dahinwandeln und nicht begreifen, daß sich hier Kraftgruppen zusammenballen, die eines Tages so oder so gefaßt werden müssen, daß sie es nicht begreifen, daß diese Kräfte, wenn sie nicht im Dienste des neuen offensiven Staatsgedankens gefaßt werden, in den Dienst des destruktiven Staatsgedankens sich stellen, daß sie nicht erkennen, daß es Irrsinn ist zu meinen, es genügt, dieser Millionenarmee ihre Unterstützungen zu zahlen, und im übrigen brauche man keine Notiz von ihnen zu nehmen, das ist die politische bürgerliche Weisheit. Diese Menschen sehen das nicht, wie sie es einst nicht gesehen haben, daß sich in ihren Industrien ein vierter Stand gebildet hat, der eine politische Kraft repräsentierte und seinen Ausdruck erhalten mußte im politischen Leben. So sehen sie auch heute nicht, daß ein fünfter Stand sich bildet, der irgendwie gefaßt werden muß. Benebelt und blöd gehen sie dahin und tanzen ihren Foxtrott [71] weiter, bis die Flammen auflodern und es dann plötzlich ein grausames Erwachen gibt. Da werden sie dann auf einmal sehen, daß man nicht Kräfte formen kann, ohne ihren Einsatz zu überdenken, daß man nicht Menschen zusammenballen kann, ohne eines Tages befürchten zu müssen, daß dieser Koloß auch einmal ins Rollen gerät. Glauben vielleicht die bürgerlichen Parteien, daß diese neuen großen Kräfte, die in der Nation, wenn sie auch vielleicht heute scheinbar äußerlich noch schlummern, im Innern doch rege sind, eines Tages bei der Deutschen

70 Vgl. Anm. 11.

71 Gesellschaftstanz im 4/4 Takt, 1910 in den USA entstanden. Wurde nach 1918 auf dem europäischen Kontinent bekannt.

Volkspartei ihre Mitgliedschaft anmelden werden? Was meint man da überhaupt? Es gibt zwei Möglichkeiten. Entweder diese Kräfte münden eines Tages in einer jungen neuen Bewegung, die einen neuen Staatsgedanken, einen neuen nationalen Begriff, einen neuen nationalen Gedanken aufrichtet, oder sie münden dort, wo dieser Gedanke überhaupt grundsätzlich abgelehnt wird und an Stelle dessen die Diktatur des Proletariats, sprich des internationalen Finanzjuden proklamiert wird.

Meine lieben Freunde! Wir sehen, daß in Deutschland heute Hunderttausende dieser Entwicklung entgegenträumen, sehen, wie die ganzen bürgerlichen Parteien seit Jahren blöde dieser Entwicklung gegenüberstehen. Man begreift nicht, daß es so nicht weitergehen kann, sondern eines Tages die Entscheidung kommt. Man soll auch nicht glauben, daß sie deshalb, weil sie vielleicht auswendig lernen, was wir sagen, nun neue Menschen geworden sind. Wenn Lämmer Wolfspelze umlegen, so bleiben sie doch Lämmer und wenn Schafe Löwenfelle umziehen, bleiben sie doch Schafe, und wenn bürgerliche Politiker plötzlich nationalsozialistische Gedanken in ihrer Presse vertreten [72], so bleiben sie trotzdem bürgerliche Politiker. Alle Welt weiß, was sie sind. Die Wiedergeburt unseres Volkes ist auch ein Problem des Kredits. Wer in einem Volk sich nicht erneut Kredit verschafft, jene Achtung, die man nicht ziffernmäßig belegen kann, sondern die begründet sein muß im Respekt und in der Überzeugung, daß der andere handelt, daß er entschlossen ist, wenn notwendig auch das Äußerste zu tun, wird keine Geltung haben. Sie wissen ganz genau, unsere Freunde von links, daß hinter der bürgerlichen Diktatur nur Tiraden stehen, wissen genau, welche Kräfte dahinter zu suchen sind, wissen, daß, wenn Herr Stresemann die Flöte plötzlich weglegen und statt dessen eine Posaune nehmen würde, er trotzdem der Herr Stresemann bliebe. Die Töne mögen aus einer Flöte oder aus einer Posaune herausklingen, jeder weiß, so tutet allein Herr Stresemann, so tuten nur die bürgerlichen Parteien, und alles würde hellauf lachen. Mit solchen Bluffs glaube man nicht, dem Marxismus zu imponieren. Glauben Sie mir, das Alte hat versungen [*sic!*] und vertan. Diese ganzen bürgerlichen Parteigebilde laufen heute dahin wie ein Rad läuft, das nicht mehr am Wagen ist, aber noch Schwung hat, wobei aber der Schwung auch nur sehr bescheiden ist, so daß es eigentlich nur noch dahintorkelt, wobei die Speichen obendrein noch abgenützt sind. Eines Tages wird dieses ganze Rad zusammenbrechen, und das deutsche Volk kann sich glücklich schätzen, wenn dann neben den Kräften der linken Seite eine Vertretung der nationalen Ehre da sein wird. Und das ist seit 10 Jahren die Tätigkeit unserer Bewegung. Ohne Rücksicht auf die momentane Konjunktur, ohne Rücksicht auf die augenblickliche Einstellung, ob es zweckmäßig erscheint oder nicht, ohne Rücksicht auf Befehdung und auf dummes Geschwätz sogenannter Einheitsfrontler [73] haben wir eine Bewegung aufgerichtet, die in allem und jedem von den Krankheitsstoffen frei ist, die einst den Zusammenbruch bedingten und jetzt einen Wiederaufstieg verhinderten. In dieses Deutschland eine Bewegung hineinzuschieben, die in sich bereits den neuen Staat der Autorität, der Kühnheit, des Mutes, der Kraft, der Entschlos-

72 Vgl. Anm. 5.

73 Wahrscheinlich Anspielung auf den sogenannten Einigungsparteitag vom 15. bis 17.8.1924 in Weimar, der mit der Verkündung des von Hitler nicht gebilligten Beschlusses zur Verschmelzung der verbotenen NSDAP mit der DVFP zur Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands endete. Vgl. David Jablonsky, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925, London 1989, S. 118 ff.

senheit repräsentiert, das ist die Aufgabe gewesen, die wir uns vor 10 Jahren stellten und unterbrochen erfüllt haben, manchmal verfolgt, manchmal belächelt, manchmal vielleicht auch anerkannt, namentlich dann, wenn man den Mißerfolg der anderen Seite nicht mehr leugnen konnte, nicht aber anerkannt, indem man ehrlich sagte, diese junge Bewegung hat recht, sondern indem man dann unsere Prinzipien und Gedanken sich aneignete und mit ihnen herumlief wie man ein Löwenfell anzieht und in diesem dann herumläuft, damit aber doch nicht vollkommen bedeckt ist. Dieses Fell, es konnte die Blößen der bürgerlichen Politik auch nicht vollkommen bedecken. Man vermochte es nicht ganz überzuziehen, und überall sieht daher das alte Gebilde noch durch, dieses alte Gebilde, das sich nicht ändert. Nur das Schild ist anders angestrichen worden.

Nun, meine lieben Freunde, stehen wir heute insofern an einem Wendepunkt, als große Massen nun reif werden für diese Erkenntnis. Was Sie heute an innen- und außenpolitischen Zusammenbrüchen erleben, ist nur die logische Konsequenz des Inhalts unserer gesamten deutschen Parteien. Es konnte gar nicht anders kommen, und wir haben es ja auch schon jahrelang dauernd vorhergesagt. Man versucht, einen Staat aus dem Zusammenbruch zu erlösen durch die Mittel, die ihn einst in den Zusammenbruch getrieben haben. Man versucht, den Staat, der am Parlamentarismus zugrunde ging, durch den Parlamentarismus wieder hochzubringen, man versucht das Reich, das an den Parteien zugrunde ging, durch die Parteien wieder zu heben, Deutschland durch den Marxismus, der es vernichtete, wieder zu neuem Leben zu bringen. Man versucht, durch eine innerpolitische Auffassung, der man alle Offensivkraft nahm, plötzlich neue Kräfte zu gewinnen, versucht, durch eine unmögliche Außenpolitik, die uns einst schon mit aller Welt verfeindete, dem deutschen Volke plötzlich Geltung in der Welt zu verschaffen. Mit anderen Worten, sie setzen all das planmäßig für die Förderung Deutschlands ein, was Deutschland einst vernichtet hat, und sie setzen die Politik fort und suchen, Kräfte zu mobilisieren, wo keine sind, und haben auch die alte Scheu vor jeder wirklichen Kraft. Die Parteien sind die alten geblieben. Nur eine Angst beherrscht sie, daß irgendwo in Deutschland ein Gebilde entstehen könnte, das über die Parteien hinweg eines Tages mit eiserner Faust Deutschlands Schicksal entscheidet. Das scheuen sie am meisten.

Nun kämpfen wir seit 10 Jahren und können heute wohl sagen, daß wir jetzt langsam zur Ernte kommen. Was wir jahrelang predigten, tritt nun ein, geht in Erfüllung. Wir Nationalsozialisten können feststellen, daß in ganz Deutschland nun Zehntausende und Zehntausende von Menschen zu uns kommen. Wir wissen genau, daß jede Wahl uns stärken wird, gewaltig stärken wird. Sie können ja nicht mehr ableugnen, daß wir vor dem Zusammenbruch stehen, und können auch nicht leugnen, daß wir als einzige das dauernd vorausgesagt haben. Ich kann Ihnen auch heute voraussagen, was nun in Zukunft kommen wird. Sie werden nun versuchen, zunächst die Verantwortung gegenseitig abzuschieben und anderen aufzubürden. Sie werden versuchen zu verkitschen, was in Deutschland noch zu verkitschen ist. Sie werden versuchen, sich außenpolitisch neu zu orientieren, d. h., sie werden ganz genau schauen, welche Neuorientierung ihnen ungefährlich ist, d. h., Deutschland nicht nützt; denn alles, was Deutschland dient, haben sie zu scheuen, da sie ganz genau wissen, wenn unser Volk aus diesem entsetzlichen historischen Zusammenbruch, der der tiefste aller Zeiten ist, überhaupt nur noch einmal erwachen wird, dann wehe denen, die den Zusammenbruch verschuldeten. Sie ahnen selbst, es gibt keinen historischen Wiederaufstieg ohne eine rechtliche Unterlage, und die Rechtsunterlage

besteht nicht in der bürgerlich gedachten Legalität, sondern die Rechtslage liegt zu allen Zeiten in der Wiederherstellung des Rechtszustandes, und die Wiederherstellung des Rechtszustandes erfordert, daß der Staat nicht die kleinen Diebe hängt, sondern daß die großen Nationalverbrecher zur Verantwortung gezogen werden. (Stürmischer Beifall.) Es ist ein Unsinn, überhaupt von Wiederauferstehung zu reden, wenn Menschen ungestraft in einem Volke wandeln können, die Millionen um ihre letzten Groschen bestohlen haben. Da sagen Sie mir nun nicht, was wir brauchen, ist eine Aufwertung unserer Kriegsanleihen [74], eine Aufwertung unseres alten Geldes [75]. Freund, nötiger tut uns eine Aufwertung des Rechts; das ist das erste. (Lebhafter Beifall.) Eine Aufwertung des Rechts, das über den einzelnen, wenn nötig, hinwegschreitet! Sie haben das genau erkannt, daß die Größe eines historischen Zusammenbruchs auch der Größe der Rehabilitierung einer Nation entsprechen muß. Wenn Deutschland heute eine andere Regierung bekommt, glauben Sie doch ja nicht, daß Deutschland damit eine neue Achtung erhält. Die Achtung hat man uns in der Welt nicht versagt, weil wir etwa keine gute Regierung besaßen, die Achtung hat man uns in der Welt versagt, weil wir nicht fertigwurden mit den gemeinsten Kreaturen, die unseren Staat vernichteten. Und wenn Sie heute wünschen, daß die Welt uns wieder achtet, so seien Sie überzeugt, die Achtung erhält in Deutschland automatisch das Regiment, das die Novemberverbrecher zur Verantwortung zieht (stürmischer Beifall), das den Grund der Verachtung beseitigt. Liebe! Nein, Liebe wird die neue Regierung nicht bekommen, höchstens bei dem Verständnis, der hoffen kann, dabei selbst nützliche Geschäfte machen zu können. Liebe! Auf die werden Sie verzichten müssen! Deutschland und das deutsche Volk wird sich wieder anzugewöhnen haben, seine Regierungen wieder an ihrem Wert zu messen, an der Größe des Hasses und der Abneigung, die sie in Paris finden. Solange ein Franzose einem deutschen Staatsmann freundlich die Hand schüttelt, ist dessen Handeln tödlich für Deutschland. (Stürmischer Beifall.) Erst wenn in Frankreich man im deutschen Staatsmann wieder den Inbegriff des Hassenswerten sehen wird, wird das deutsche Volk wieder die Achtung der Welt bekommen haben, und diese Achtung bekommt es in dem Augenblick, in dem das Ausland das Gefühl erhält, daß nun die Zeit der Täuschung vorbei ist. So wie man bei uns weiß, welche Kräfte es sind, die sich immer mit neuen Masken zu verschönen suchen, weiß man es auch im Ausland. Wenn man heute in Deutschland eine bürgerliche oder auch eine rote Diktatur einrichtet, weiß man doch genau, was darunter zu verstehen ist. Man weiß genau, es wird sich in den Grundlagen nichts ändern, nicht wird vernichtet werden das, was vernichtet werden muß. Erst wenn das Ausland an den Taten sieht, daß das, was in Deutschland regiert, nicht mehr identisch ist mit dem Deutschland von einst, daß das, was in Deutschland regiert, nicht mehr identisch ist mit dem Deutschland von jetzt, sondern daß es ein neues Deutschland ist, das sich jetzt ersichtlich zeigt in seinen Taten, in seinem ganzen Denken und

74 Die Reichsbank hatte ab September 1914 die sogenannten Kriegsanleihen mit attraktiveren Zinsen als bei den bisherigen Reichsanleihen aufgelegt. Insgesamt wurden durch die neun Kriegsanleihen bis September 1918 96,9 Millarden Mark aufgebracht. Vgl. Konrad Roesler, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg, Berlin 1967, S. 206.

75 Die Einführung der Rentenmark am 15.11.1923 trug zur Beendigung der Inflation bei. Das am 20.11.1923 festgelegte Umtauschverhältnis betrug eine Billion alte Mark zu einer Rentenmark, deren Wert der Goldmark entsprach. 1924 wurde die Rentenmark durch die Reichsmark ersetzt. Vgl. Steven B. Webb, Hyperinflation and Stabilization in Weimar Germany, New York 1989, S. 8, 63.

Handeln, wird das Ausland Deutschland auch wieder jene Achtung schenken, die die Basis abgeben kann für eine Völkerverständigung, für eine Völkerverständigung, die nicht darauf beruht, daß einer kommt und sich selbst entmannt, sondern für eine Völkerverständigung, die darauf beruht, daß in jede Waagschale zugleich das Schwert gelegt wird, und dieses heißt zu allen Zeiten nationale Kraft, nationaler Wille, nationale Energie, nationale Entschlossenheit. Und erst wenn diese Stunden eingetreten sind, können wir wieder hoffen, daß die Zeit von jetzt ihre Liquidierung erreicht. Vorläufig kommt in Zukunft nur der Verfall in seiner Fortsetzung. Regiment um Regiment wird abwirtschaften. Man wird immer neue Formen versuchen und nichts desto weniger immer und überall am gleichen Ende enden, bis endlich einmal das Ende kommt, von dem wir hoffen, daß es unsere Bewegung zum Siege führen wird, endlich kommt die Stunde, in der die nationalsozialistische Bewegung das deutsche Volk herausreißen wird aus dem inneren Zerfall, in der das deutsche Volk wieder aufhören wird, ein Gemengsel zu sein von Wirtschaftsgruppen, von politischen Parteien, von Proletariern und Bürgern, von Unternehmern und Arbeitnehmern usw., und an Stelle dessen wieder treten wird eine zum äußersten entschlossene Volksgemeinschaft. An dem Tage, an dem die Bewegung zertrümmern wird die Vorurteile und positiven Erscheinungen der Vergangenheit und aufräumen wird mit dem ganzen Wust von Feigheit, an dem Tage, wo die junge Bewegung selbst den Appell hinausgehen lassen wird an die jungen deutschen Kräfte, die Bewegung, die sich nicht scheut, in ihren Reihen die Energien zusammenzufassen, die sich sehnt nach Männern, an dem Tage, an dem diese Bewegung das deutsche Schicksal verkörpert, wird dann Herr Marschall Foch [76] das andere Deutschland kennenlernen und wird dann nicht mehr sagen wie einst am 11. November 1918, als Erzberger [77] in den Pullmanwagen im Wald von Compiegne eintrat [78], das also ist Deutschland, sondern dann wird Herr Marschall Foch das Deutschland wieder sehen, das er von früher her kennt, das nicht den Zylinder sieht [*sic!*], weil der Stahlhelm mit dem Riemen unterm Kinn festgebunden ist. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

---

76 Ferdinand Foch (1851-1929), 1873 französischer Leutnant, 1914 Befehlshaber der 9. Armee, 1915/16 Befehlshaber der Heeresgruppe Nord, 1917 Chef des Generalstabs und Mitglied des Obersten Kriegsrats, 1918 Marschall von Frankreich, Oberbefehlshaber über die verbündeten Heere in Frankreich.

77 Matthias Erzberger (1875-1921), Volksschullehrer, 1903-1921 MdR (Zentrum), Juli 1917 Initiator der Friedensresolution des Reichstags, 1918 Staatssekretär und Mitglied der Waffenstillstandskommission, 11.11.1918 Unterzeichner des Waffenstillstands, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, Februar bis Juni 1919 als Reichsminister ohne Portefeuille zuständig für die Durchführung des Waffenstillstands, Juni 1919 bis Oktober 1919 Vizekanzler, Juni 1919 bis März 1920 Reichsfinanzminister (Rücktritt), am 26.8.1921 ermordet.

78 Anspielung auf die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen den Alliierten und dem Deutschen Reich vom 8. bis 11.11.1918. Vgl. die Tagebucheintragung des Grafen Kessler vom 14.11.1918: "Gleich nachher traf ich im Amte Erzberger. [...] Seine Reise ins französische Hauptquartier hat bei ihm einen sehr schlechten Eindruck hinterlassen. Die Behandlung sei gemein gewesen; Foch eisig und ganz von oben herab." Vgl. Harry Graf Kessler, Tagebücher 1918-1937. Herausgegeben von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt a. M. 1961, S. 30.

9. März 1929 Dok. 4
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 9.3.1929.

Der außenpolitische Gedanke Gustav Stresemanns - insoweit es bei diesem Kopfe gestattet ist, von Gedanken zu sprechen - war der, durch eine Verständigung Deutschlands mit Frankreich die vorhandenen europäischen Zündstoffe abzubauen und (das glaubte dieser Mann als Folge davon) dadurch dem Friedensvertrag von Versailles [1] eine mildere, für Deutschland erträglichere Auslegung zu geben. Es ist falsch, bei Gustav Stresemann von einer "Westorientierung" zu reden. Dieser Politiker hat stets nur Wert auf eine Ausgestaltung des deutsch-französischen Verhältnisses gelegt [2]. England wurde dabei zunächst überhaupt nicht berücksichtigt, Italien sogar öfter als einmal auf das ungeschickteste vor den Kopf gestoßen [3]. Diese Meinung Stresemanns nun, mit Frankreich zu einer inneren Aussöhnung kommen zu können, widerspricht ebensosehr aller Wahrscheinlichkeit für die Zukunft, wie sie durch die bisher vorliegenden Erfahrungen in der Vergangenheit als widerlegt erscheint. Frankreich wird in jeder deutschen Genesung, auch wenn sie sich wirklich nur auf das innerste Leben Deutschlands bezöge, eine Störung des europäischen Gleichgewichts erblicken. Schon die Tatsache des Vorhandenseins der Volksmasse von 70 Millionen Menschen [4], einer sehr tüchtigen, fleißigen und tatkräftigen Rasse, erscheint Frankreich als ein bedrohlicher Faktor. Diese Gefahr wird in den Augen jedes Franzosen nur gemindert durch die staatliche Desorganisation dieses Volkes. Daher wird Frankreich alle Verfallserscheinungen Deutschlands begrüßen und fördern und alle Schwächemomente begünstigen, die der staatspolitischen Kraft unseres Volkes Abbruch tun könnten. Und daher sympathisiert es auch mit Gustav Stresemann. Wenn Deutschland dreißig Jahre lang von solchen Köpfen regiert wird, ist für Frankreich auf die nächsten hundert Jahre der schlimmste Rivale erledigt. Wer also innerlich zu einer Aussöhnung mit Frankreich kommen will, muß Deutschland und deutsche Interessen preisgeben. Nur für eine solche Preisgabe deutscher Lebensrechte kann man dann von Zeit zu Zeit in Paris ein paar freundliche Phrasen und ein paar feuchte Händedrücke als Dank eintauschen [5]. Daß aber hinter all diesem äußerlichen

1 Unterzeichnet am 28.6.1919. Druck: RGBl. 1919, S. 687 ff.

2 Vgl. Hagspiel, Verständigung, S. 165 ff., Krüger, Außenpolitik, S. 211 ff. sowie Jacques Bariéty, Sicherheitsfrage und europäisches Gleichgewicht. Betrachtungen über die französische Deutschlandpolitik 1919-1927. In: Die Deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Referate und Diskussionsbeiträge eines Augsburger Symposions 23. bis 25. September 1981. Hrsg. von Josef Becker und Andreas Hillgruber, München 1983, S. 319-345.

3 Vermutlich Anspielung auf Stresemanns Rede vor dem Reichtag vom 9.2.1926. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924, Bd. 388, S. 5359 ff. sowie Vera Torunsky, Entente der Revisionisten? Mussolini und Stresemann 1922-1929, Köln 1986, S. 126 ff.

4 Das Deutsche Reich hatte, einschließlich Saargebiet, im Juni 1925 eine Fläche von 470.656 km^2 und eine Bevölkerung von 63.178.619 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, Berlin 1928, S. 5.

5 Der Reichsminister des Auswärtigen Gustav Stresemann hatte am 27.8.1928 in Paris unter großer öffentlicher Anteilnahme den Briand-Kellogg-Pakt (Kriegsächtungspakt) als Vertreter Deutschlands unterzeichnet. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 409 ff.

Getue der Franzosen trotzdem immer wieder die innere Absicht einer Vernichtung Deutschlands überhaupt vorherrschend ist, wurde jetzt abermals bewiesen. Während die deutschen Gazetten die Außenpolitik Gustav Stresemanns noch bis in den Himmel loben und von Verständigungswillen mit Frankreich triefen [6], jeden aber mit geiferndem Haß verfolgen, der diese Verständigungspolitik als unmöglich ansieht, hat eine holländische Zeitung für einen Augenblick Frankreich die Maske des friedensliebenden Locarnobruders [7] abgenommen und sein wirkliches Antlitz gezeigt [8]. Die durch dieses Blatt erfolgte Enthüllung der französisch-belgischen militärischen Geheimverträge ist die niederschmetterndste Verurteilung der Außenpolitik Gustav Stresemanns. Während dieser Mann mit seinem ewig lächelnden Gesicht die ganze deutsche Nation in seinen Verständigungstraum zu versenken versucht, organisiert Frankreich schon wieder in aller Ruhe seinen nächsten Krieg. Bismarcks prophetisches Wort, daß Frankreich in knapp 200 Jahren Deutschland 29mal angegriffen hat und auch in der Zukunft immer wieder angreifen wird, sowie es sich, sei es aus eigener Kraft oder durch die Kraft von Bündnissen, dazu fähig fühlt [9], sehen wir vor unseren eigenen Augen sich verwirklichen. Während in Genf falsche, verlogene Phrasen ausgetauscht werden, die Herrn Stresemann in eine verzückte Glückseligkeit versenken, während man dort vom Locarnogeist, Völkerbundsgedanken usw. schwätzt, rüstet Frankreich insgeheim gegen das ohnehin schon wehrlos gemachte Deutschland [10]. Und dabei ist es selbstverständlich, daß dieses Frankreich solche Verträge nicht nur mit Belgien abgeschlossen hat, sondern genauso mit der Tschechoslowakei [11]. Und es gehört der ganze verbotene Irrsinn unserer Regierungen und in Bayern auch unserer sogenannten "nationalen" Parteien und Verbände dazu, sich von den jüdischen Provokateuren wegen Südtirol gegen Italien hetzen zu lassen [12], während auch hierzulande vielleicht schon morgen der von Frankreich geführte und organisierte Feind einbrechen kann. Der politische Zusammenbruch unseres deutschen Bürgertums vollzieht sich wirklich in gloriosen Formen. Noch nie ist eine Gesellschaftsklasse an einer solchen, geradezu orgienhaften Dummheit zugrunde gegangen. Freilich, wenn ein Volk einen Gustav Stresemann als Reichsaußenminister besitzt, braucht man sich über nichts mehr zu wundern. Man sehe in der deutschen Geschichte nach und verfolge die Perioden unseres Verfalls und unserer Knechtschaft und man betrachte

6 Zur Unterstützung von Stresemanns Außenpolitik in der deutschen Presse vgl. Hagspiel, Verständigung, S. 406 ff.

7 Vgl. Dok. 3, Anm. 27.

8 Vgl. Dok. 3, Anm. 26.

9 Bezieht sich auf Äußerungen Bismarcks in einem Gespräch mit dem französischen General Emanuel Felix Freiherr von Wimpffen am 1.9.1870 anläßlich der Kapitulationsverhandlungen im deutsch-französischen Krieg 1870/71. Vgl. Heinrich von Poschinger (Hrsg.), Bismarck-Portefeuille. Bd. II, Stuttgart 1898, S. 42 ff.

10 Die französische Armee hatte 1925 eine Friedenssollstärke von 739.000, 1929 von 671.000 Mann, einschließlich aller überseeischen und kolonialen Truppen. Vgl. v. Löbells Jahresberichte über das Heer- und Kriegswesen, XLIII. Jahrgang. Hrsg. v. von Oertzen, Berlin 1926, S. 61 sowie Rüstung und Abrüstung. Eine Umschau über das Heer- und Kriegswesen aller Länder. Hrsg. v. von Oertzen, Berlin 1929, S. 84.
Der Versailler Friedensvertrag legte die militärische Stärke Deutschlands präzise fest und verhinderte jede größere Wiederaufrüstung. Druck: RGBl. 1919, S. 687 ff.

11 Frankreich hatte 1924 mit der Tschechoslowakei einen Bündnisvertrag abgeschlossen. Vgl. Magda Adám, Richtung Selbstvernichtung. Die Kleine Entente 1920-1938, Wien 1988, S. 61 f.

12 Zur Agitation gegen die Südtirolpolitik der italienischen Regierung in der deutschen Öffentlichkeit vgl. Leopold Steurer, Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919-1939, Wien 1980, S. 100 ff.

die Köpfe, die dann unserm Volke wieder die Freiheit schenkten, und man vergleiche mit ihnen diesen politisierenden Flaschenbierkenner [13], den das scharfe Auge des deutschen Bürgertums wieder einmal auf den richtigen Platz gesetzt hat, und man wird den Sinn des römischen Sprichwortes verstehen, daß den, den die Götter verderben wollen, sie vorher mit Blindheit schlagen!

Der Inhalt des nunmehr veröffentlichten Geheimabkommens ist typisch französisch. Frankreich verpflichtet Belgien im Falles eines Krieges mit irgendeiner europäischen Macht, sich sofort mit ganzer Waffengewalt gegen Deutschland zu wenden, sowie die Vermutung besteht, daß Deutschland, sei es offen oder geheim, mit dieser anderen Macht sympathisiert oder sie gar unterstützt. Ob dies der Fall ist, entscheidet Frankreich. Dabei richtet sich dieser Vertrag ebensosehr gegen Deutschland als ganz offen auch gegen Holland. Die Macht, die Frankreich aber als kommenden Feind ansieht, ist Italien. Schon früher wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß im französischen Generalstab die Pläne für eine Okkupation Süddeutschlands im Falle eines Krieges mit Italien niedergelegt seien. An der Richtigkeit dieser Behauptung konnte in der letzten Zeit nicht mehr gezweifelt werden. Wer die ununterbrochenen Rüstungen, besonders der Tschechoslowakei [14], die sich nur gegen Süddeutschland wenden, verfolgt, der kann wissen, wieviel es geschlagen hat. Daß unsere "vaterländischen" Politikaster diese ihnen an der Gurgel sitzende Gefahr nicht erkennen und statt dessen bei jeder passenden Gelegenheit versuchen, mit Italien anzustänkern [*sic!*], ist nur eine Fortsetzung jener grandiosen deutschen Außenpolitik vor dem Kriege, die über eine gelbe Gefahr jammerte und vor ihr warnte [15], die aber die tödliche Bedrohung Deutschlands in Europa selbst nicht sah und nicht sehen wollte. Daß der Jude ein Interesse daran besitzt, mit allen Mitteln eine Verständigung Italiens mit Deutschland zu hintertreiben, ist selbstverständlich. Gustav Stresemann aber leitet doch nur die deutsche Außenpolitik deshalb, weil das Judentum genau weiß, daß unter dieser geistreichen Führung eine Wiederauferstehung Deutschlands nicht zu befürchten ist. Der Freimaurer Stresemann wird niemals mit dem faschistisch-antidemokratischen Italien und seinem freimaurerfeindlichen führenden Staatsmann [16] in eine nähere Beziehung treten. Daß aber eine aufgeregte völkische Weiblichkeit [17] es fertigbringt, den der Weltfreimaurerei gefährlichsten Mann

---

13 Stresemann hatte 1900 über "Die Entwicklung des Berliner Flaschenbiergeschäfts. Eine wirtschaftliche Studie" promoviert.

14 Die tschechoslowakische Armee hatte 1925 eine Friedenssollstärke von 150.000, 1929 von 140.00 Mann. Vgl. v. Löbells Jahresberichte, S. 141 sowie Rüstung und Abrüstung, S. 178.

15 Das um die Jahrhundertwende aufgekommene politische Schlagwort "gelbe Gefahr" drückte vor allem nach dem chinesischen Boxeraufstand 1900 und dem japanischen Sieg über Rußland 1904/1905 die vor dem Bevölkerungsdruck und den verstärkten politischen Emanzipationsbestrebungen der asiatischen Staaten aufgekommene Furcht aus.

16 Benito Mussolini (1883-1945), Lehrer, 1910 Sekretär der sozialistischen Provinzialföderation von Forlì, 1912 Direktor des Parteiorgans "l'Avanti!", 1914 Parteiausschluß, 1914 Gründer der Tageszeitung "Il Popolo d'Italia", 1919 Gründer und Führer (Duce) der Fasci di combattimento (ab 1921: Partito Nazionale Fascista), 1922-1943 italienischer Ministerpräsident, 1938 Oberster Befehlshaber der italienischen Streitkräfte, 1943-1945 Staatschef der Republik von Salò (Repubblica Sociale Italiana), am 28.4.1945 erschossen.

17 Anspielung auf Mathilde Ludendorff, geb. Spieß, verw. von Kemnitz (1877-1966), Dr. med., Autorin zahlreicher Schriften zur "Gotterkenntnis" und gegen das Judentum, die Freimaurerei und das Christentum, 1926 Heirat mit Erich Ludendorff, 1930 Gründung (zusammen mit Erich Ludendorff) des religiös-weltanschaulichen Vereins "Deutschvolk".

selbst zum Hochgradfreimaurer zu stempeln und solcher Art dem angeblich zu bekämpfenden Judentum die liebevollsten Hilfsdienste leistet, ist ein Treppenwitz der Weltgeschichte [18]. Auch hier herrscht im Kleinen schon der Geist, an dem Deutschland im Großen zugrunde gegangen ist: "Kriegserklärungen werden hier entgegengenommen" - schrieb einst der kleine Musketier auf seinen Transportwaggon und verhöhnte damit ungewollt eine Staatsleitung, die es fertiggebracht hatte, am Ende alle zum Feinde zu haben. Und ganz dasselbe erleben wir heute bei den letzten Überresten dieses alten Geistes erneut. Daß es mit Frankreich keine Verständigung gibt, ist wohl klar nach dem, was jetzt vorgefallen ist. Daß die Tschechoslowakei für einen deutschen Bund nicht in Frage kommt, ebenfalls. England wird als "perfide" abgelehnt [19]. Italien fällt weg, weil es als einziger antifreimaurerischer und antidemokratischer Staat einen "Hochgradmaurer" zum Führer hat. Polen scheidet von vornherein aus und ist außerdem ebenfalls "katholisch". Ja, wir landen wieder dort, wo wir schon einmal waren: "Der Starke ist am mächtigsten allein [20]." Wer aber heute in Wochenzeitungen Weltanschauungen zertrümmert und Kirchen zerbricht, an dessen Stärke zweifle niemand!

Es wird die Aufgabe des Nationalsozialismus sein, gegen diesen blutigen Dilettantismus in aller Schärfe Front zu machen und besonders die nervös gewordene Weiblichkeit in die ihr natürlichen Grenzen zurückzuweisen. Es wird die Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung sein, nicht nur Stresemanns Außenpolitik zu kritisieren, sondern den einzigen gangbaren Weg zu weisen. Weil Italien Frankreichs kommender Feind sein wird, muß es unser kommender Verbündeter werden. Da sich dieser Bund nun nicht mehr nach alten Dreibundsauffassungen im Frieden [21], sondern ausschließlich dereinst im Kriege zu bewähren hat, ist jede Stärkung unseres künftigen Partners ureigenstes Lebensinteresse. Wer heute die Weltgeschichte durch konfessionelle Brillen sieht, der ist um 300 Jahre zu spät geboren worden. Über diese Dinge dachte schon Anno 1756 ein Preuße, der das Verdienst besaß, nicht nur ein großer Feldherr, sondern auch ein ebenso großer Staatsmann gewesen zu sein, wesentlich genialer als man es heute zu tun beliebt [22]. Daß Italien in der Sammlung seiner inneren Kräfte zu einer Verständigung mit seiner Staatskirche gekommen ist [23], kann uns einmal auf den Schlachtfeldern zum größten Nutzen gereichen. Denn endlich kämpft nicht ein Mechanismus, auch nicht die Nerven

---

18 Gemeint ist vermutlich Erich Ludendorffs Artikel "Die Weltherrschaft des römischen Papstes" in der Deutschen Wochenschau vom 3.3.1929, in dem Mussolini als "Hochgradmaurer und Judenfreund" bezeichnet wurde und der einen Angriff auf die italienfreundliche Haltung Hitlers enthielt.

19 Der Kampfbegriff "perfides Albion" zur Bezeichnung Großbritanniens stammt aus der Französischen Revolution. Vgl. Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes, ges. und erläutert von Georg Büchmann, München 1967, S. 629 f.

20 Nach Friedrich von Schiller, Wilhelm Tell, 1. Aufzug, 3. Szene.

21 Vgl. Dok. 3, Anm. 64.

22 Anspielung auf eine Randbemerkung Friedrichs II., des Großen, von 1740 zur konfessionellen Toleranz: "Die Religionen müßen alle tolleriret werden und muß der Fiscal nuhr das Auge darauf haben, daß keine der andern Abbruch tuhe, den hier muß ein jeder nach seiner Fasson selich werden." Vgl. Ihr Wintbeutel und Erzschäker. Die Randbemerkungen Friedrichs des Großen, nach Georg Borchardt neu bearb. und erläutert durch Erich Murawski, Bad Nauheim 1963, S. 131.

23 Am 11.2.1929 waren die "Lateranverträge" zwischen Italien und dem Vatikan unterzeichnet worden, die den seit der Besetzung des Kirchenstaates 1870 bestehenden Konflikt beilegten und das Rechtsverhältnis der Vertragspartner zueinander regelten. Vgl. John F. Pollard, The Vatican and Italian Fascism 1929-32. A study in conflict, Cambridge 1985, S. 48 ff.

allein sind es, sondern es kämpfen Menschen, deren geschlossener Lebenseinsatz von zahlreichen Imponderabilien abhängig ist und nicht am wenigsten von der Verankerung in einer religiösen Überzeugung. Es ist eine Vermessenheit aber zu meinen, daß das italienische Volk für die zweckmäßige Ausgestaltung seines religiösen Lebens und Verhältnisses deutscher Ratschläge bedürfe. Als national bewußter, allerdings wenig phantastischer Deutscher sehe ich mit innerem Bangen jede Schwäche des italienischen Staates und verfolge mit klopfendem Herzen jede Stärkung desselben, da ich die Größe des deutschen Bluteinsatzes in der Zukunft nicht wenig bedingt sehe durch die Größe des Einsatzes unseres künftigen Verbündeten. Würde aber Italien im kommenden Kampf gegen Frankreich unterliegen, Deutschland untätig beiseite stehen und zusehen, wie der natürlichste Verbündete unseres Volkes unserem eigenen Schicksal verfällt, dann käme mir Deutschlands Zukunft zum erstenmal wirklich trübe vor. Dann könnte ich zum erstenmal wirklich glauben, daß das Schicksal unsere staatliche Auslöschung beschlossen hat. Denn die Tiraden überspannter Frauenzimmer haben noch niemals Völker gerettet.

Wer noch eine weitere Illustration über Frankreichs innere Gesinnung braucht, bekam sie in dem französischen Veto gegen den Bau von drei neuen deutschen Rheinbrücken [24]. Frankreich hat nicht den geringsten Rechtstitel, weder aus dem Friedensvertrag noch auch aus späteren Abmachungen, der ihm gestatten würde, die drei Neubauten zu verbieten. Aber was schert man sich in Paris um ein "Recht". Solange England noch zwischen Deutschland und Frankreich schwankte und in Berlin Herr Stresemann zu düpieren war, hatte man für Deutschland honigsüße Worte. Nun, da sich England zunächst entschieden hat [25], kann man ja Deutschland die wohlverdienten Fußtritte geben. Daß ein Teil der öffentlichen deutschen Meinung es überhaupt auch nur wagt, auf das Unerklärliche der französisch-belgischen Geheimverträge hinzuweisen, und die Unvereinbarkeit dieser Abmachungen mit dem sagenhaften Geist von Locarno feststellt, wird von den Pariser Zeitungen in zynischer Offenheit als "deutsche Frechheit" bezeichnet. Ja selbst belgische offizielle Organe überbieten sich in den unverschämtesten Ausfällen gegen Deutschland und zwar wohlgemerkt gegen ein Deutschland, an dessen Spitze heute kein "Hohenzoller[*n*]scher Imperialist", sondern ein marxistischer Sozialdemokrat steht [26], und dessen Außenpolitik nicht von einem deutschen Nationalisten als vielmehr von einem auf den Völkerbund eingeschworenen Freimaurer betrieben wird. Frankreich braucht heute keine Rücksichten mehr zu nehmen. Es läßt die Maske fallen und zeigt sein ewig wahres Angesicht, in das als bemerkenswertester Zug der unveränderliche Haß gegen Deutschland eingegraben erscheint. Als im Deutschen Reichstag zu dem französischen Brückenbauverbot Stellung genommen wurde [27], herrschte gerade eine allgemeine Pleitestimmung. Selbst der dümmste Stroh-

24 Die seit 1920 bestehende Konferenz der Botschafter der USA, Großbritanniens, Italiens und Japans in Paris sowie eines Vertreters des französischen Außenministeriums, die sich vor allem mit der Durchführung der Entmilitarisierungsbestimmungen des Versailler Vertrages befaßte, hatte die Entscheidung über die Genehmigung dreier neuer Rheinbrücken Ende 1928 vertagt. Am 21.2.1929 brachte die Zentrumsfraktion eine Interpellation zu dieser Frage im Reichstag ein. Druck: Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 434, Anlagen, Nr. 844.

25 Im Winter 1928/29 unterstützte die britische Regierung vollständig die französische Haltung in der Frage der Rheinlandräumung und enttäuschte damit deutsche Hoffnungen. Vgl. David G. Williamson, The British in Germany, 1918-1930. The Reluctant Occupiers, New York 1991, S. 334 ff.

26 Reichskanzler Hermann Müller.

27 Am 27.2.1929. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 424, S. 1297 ff.

kopf kann nicht mehr bezweifeln, daß das parlamentarische System bis in den Grund abgewirtschaftet hat. Und zu dieser innerpolitischen Erkenntnis kommt die Erledigung einer deutschen Außenpolitik, die den schwachen politischen Äuglein unserer Industriemagnaten geraume Zeit als etwas ganz enorm Geniales vorgekommen war, sintemalen sie von der ganzen Sache selbst weder etwas verstanden noch begriffen haben. Während so außer den Nationalsozialisten im schönen Wallotbau [28] alles die Köpfe hängen ließ, fehlte der Mann, dessen innen- und außenpolitische Hexereien das ganze Durcheinander mitangerührt hatten. "Stresemann, wo bist du?" rief ein Nationalsozialist [29]. Allein der Gute vermochte nicht zu antworten. Er schwebt bereits wieder nach Genf [30].

15. März 1929 Dok. 5
Schreiben an Heinrich Himmler [1]

Zitiert nach Fördernde Mitglieder. Merkblatt. o. D.; Archiwum Panstwowe we Wroclawiu, Rejencja Opolska, I/1800.

Die Schutzstaffel hat seit dem Jahre 1925 das Recht, fördernde Mitglieder [2] zu werben, da sie von der Partei keine Mittel zur Verfügung bekommt. Ich bestätige der SS erneut dieses Recht, in allen Gauen Deutschlands für die Finanzierung ihrer Organisation fördernde Mitglieder zu werben.

---

28 Bezieht sich auf das Reichtagsgebäude, 1884-1894 erbaut von Paul Wallot.
Paul Wallot (1841-1912), Architekt, 1894-1911 Akademie-Professor in Dresden.

29 Bezieht sich auf den abgelehnten Antrag des NSDAP-Abgeordneten Wilhelm Frick, den abwesenden Reichsminister des Äußern Stresemann zu einer Stellungnahme in der Frage der Rheinbrücken aufzufordern. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 424, S. 1298.
Wilhelm Frick (1877-1946), 1901 Dr. jur., 1917 Beamter im Polizeipräsidium München, 1919-1923 Leiter der politischen Polizei, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924-1933 MdR (NSDAP), 1928 Vorsitzender der NSDAP-Reichstagsfraktion, 1930/31 Innen- und Volksbildungsminister in Thüringen, 1933-1943 Reichsminister des Innern, 1943-1945 Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, 1946 hingerichtet.

30 Stresemann nahm an der 54. Tagung des Völkerbundsrates vom 4. bis 9.3.1929 in Genf teil.

1 Heinrich Himmler (1900-1945), Diplomlandwirt, 1918-1923 Mitglied der BVP, 1923 Eintritt in die NSDAP und Teilnahme am Hitlerputsch, 1926-1930 stellvertretender Reichspropagandaleiter, 1927 stellvertretender Reichsführer der SS, 1929-1945 Reichsführer der SS, 1930-1933 MdR, 1934 stellvertretender Chef und Inspekteur der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) in Preußen, 1936 Chef der Deutschen Polizei, 1939 Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, 1943-1945 Reichsminister des Innern und Generalbeauftragter für die Reichsverwaltung, 1944/45 Oberbefehlshaber des Ersatzheeres und Chef der Heeresrüstung, April 1945 Entlassung aus allen Ämtern und Parteiausschluß, Mai 1945 Selbstmord.

2 Vgl. Robert Lewis Koehl, The Black Corps. The Structure and Power Struggles of the Nazi SS, Madison (Wis.) 1983, S. 25.
Zu den Pflichten und Aufgaben fördernder Mitglieder der SS vgl. Hans Buchheim, Fördernde Mitgliedschaft bei der SS. In: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, [Bd. 1], München 1958, S. 350-351.

Mitglieder von Opfer-Ringen der Partei [3] dürfen durch die Werbung als fördernde Mitglieder der SS von ihren eingegangenen Verpflichtungen nicht abspenstig gemacht werden.

gez. Adolf Hitler

15. März 1929 Dok. 6
"Wir und die Reichswehr - Unsere Antwort an Seeckt [1] und Geßler" [2]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [3]

VB Sondernummer (Nr. 71a) vom 26.3.1929: "Reichswehrsondernummer: Sonder-Nummer 15" [4].

Meine lieben deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Wir leben wirklich in keiner friedlichen Zeit. Nicht nur außen sehen wir rings um uns drohende Ungewitter aufsteigen, sondern auch im Inneren zuckt es ununterbrochen. Unsere junge Bewegung hat fast in jeder Woche Opfer zu beklagen. Es sind allerdings nur wenige, gemessen an den Opfern, die das deutsche Volk insgesamt Jahr für Jahr zu bringen hat. Wir wissen doch, daß jährlich zur Zeit unser Volk nahezu 500.000 Menschen verliert. *500.000 Menschen, die entweder durch Selbstmord sterben, die auswandern oder die nicht geboren werden können.* Das deutsche Volk bringt augenblicklich so viele Opfer, daß ein Krieg im Jahre kaum viel mehr fordern könnte. Wir wissen, daß das größte Ringen, das je an das deutsche Volk herangetragen ist, der Weltkrieg, am Ende 1.860.000 Tote [5] von uns gefordert hatte, mit den Ver-

3 Den Opferringen der NSDAP gehörten Parteimitglieder an, die sich bereit erklärt hatten, außergewöhnliche finanzielle Opfer zu bringen. Vgl. Henry Ashby Turner jr., Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985, S. 150.

1 Hans von Seeckt (1866-1936), Generaloberst, 1887 preußischer Leutnant, 1915 als Generalmajor Chef des Generalstabs des 11. Armee, 1919 Leiter der militärischen Vertretung der deutschen Friedensdelegation in Versailles, 1920-1926 General, Chef der Heeresleitung der Reichswehr, November 1923 bis Februar 1924 Inhaber der vollziehenden Gewalt im Deutschen Reich, 1926 Verabschiedung, 1930-1932 MdR (DVP), 1933-1935 Militärberater Tschiang Kai-scheks.

2 Titel laut Plakatankündigung (BayHStA, Plakatslg. 10072).

3 Im Bürgerbräukeller, Beginn 20.00 Uhr. Die Veranstaltung, laut Polizeibericht gut besucht, wurde vom Vorsitzenden der NSDAP-Sektion München-Süd, Josef Bauer, geleitet. Hitler sprach mehr als zwei Stunden.

4 Die Verbreitung dieser Sondernummer im Heer und in der Marine wurde vom Reichswehrministerium verboten. Vgl. Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart 1962, S. 61 f.
Gekürzte Wiedergabe: VB vom 17./18.3.1929, "Die Reichswehr am Scheidewege".

5 Im Ersten Weltkrieg waren auf deutscher Seite 1.885.291 Soldaten gefallen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924/25, S. 25.

mißten [6] rund 2 Millionen, daß heißt jährlich - auf viereinhalb Jahre umgerechnet - nicht ganz 500.000. *Das ist noch nicht einmal soviel, als der "Friede", der Scheidemann-Friede* [7], *dem deutschen Volk* [*sic!*] *kostet*. Heute nun können wir sehen, daß von der Stelle, die des Reiches Wehr vertreten soll oder zum [*sic!*] geistig auch weiter vertreten müßte, daß von dieser Stelle Äußerungen fallen, die unsereinem vollkommen unverständlich sind und unverständlich sein müssen. Herr General von Seeckt und der ehemalige Reichswehrminister Geßler haben in einer Rede [8] Auffassungen geäußert, *aus denen immer noch der Zweifel hervorgeht,*

ob der Soldat politisch sein darf,

oder ob er im Gegenteil unpolitisch sein muß, ob es besser gewesen wäre, das Heer einst für politische Zwecke einzusetzen, oder ob es doch richtiger war, es diesen politischen Zwekken wegzunehmen. Und das geschieht in einer Zeit, in der wir auf der einen Seite eine Panzerkreuzerdebatte [9] erleben und auf der anderen Seite vielleicht ein sozialdemokratisches Wehrprogramm [10] erhalten, in einer Zeit, in der die Friedensverbände alles tun, um die Widerstandsmöglichkeiten bei uns schon im Keime zu ersticken [11], in einer Zeit, in der das Reichsbanner erklärt, daß seine edelste und erhabenste Mission die sei, in gegebener Stunde einem deutschen Versuche Widerstand zu leisten, die Waffen aus der Faust zu schlagen [12]. (Rufe: "Pfui!"). *In*

---

6 "Es ist anzunehmen, daß der größte Teil der noch vermißten Heeresangehörigen (170.000) tot ist. Die Zahl der Toten wird sich daher auf annähernd 2.000.000 erhöhen." Vgl. ebenda.

7 Philipp Scheidemann (1865-1939), Buchdrucker, 1903-1933 MdR (SPD), 1911-1921 Mitglied des Parteivorstandes, 1917-1919 Mitvorsitzender der SPD, Oktober 1918 Staatssekretär im Kabinett Max von Baden, November 1918 bis Februar 1919 Mitglied im Rat der Volksbeauftragten, Februar 1919 bis Juni 1919 Reichskanzler, 1920-1925 Oberbürgermeister von Kassel, 1933 Emigration.
Während der Kanzlerschaft Scheidemanns wurde der Versailler Friedensvertrag verhandelt.

8 Am 5.3.1929 hatte der frühere Chef der Heeresleitung, Generaloberst Hans von Seeckt, in Königsberg über die Stellung des Heeres zur Außenpolitik gesprochen. Vgl. Das Deutsche Tageblatt vom 7.3.1929, "Soldat und Außenpolitik" sowie Hans Meier-Welcker, Seeckt, Frankfurt a. M. 1967, S. 585. Der ehemalige Reichswehrminister Karl Otto Geßler hatte einen Artikel in der Berliner Börsenzeitung vom 6.3.1929, "10 Jahre Reichswehr", veröffentlicht. Vgl. Otto Geßler, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit. Hrsg. von Kurt Sendtner, Stuttgart 1958, S. 432 ff.

9 Der Bau des Panzerschiffs A war am 27.3.1928 im Reichstag gegen die Stimmen von KPD, SPD, DDP und Teilen der Wirtschaftspartei beschlossen, wegen fehlender Finanzmittel zunächst aber nicht begonnen worden. Als das Kabinett am 10.8.1928 dem Bau geschlossen zustimmte, stellte die Reichstagsfraktion der SPD (gegen den von ihren Ministern unterstützten Kabinettsbeschluß) am 31.10.1928 den Antrag, den Bau des Panzerschiffs einzustellen; dieser wurde am 16.11.1928 mit 257 gegen 202 Stimmen bei acht Enthaltungen abgelehnt. Da die vier SPD-Minister mit ihrer Fraktion gestimmt hatten, kam es zu einer Regierungskrise. Vgl. Wolfgang Wacker, Der Bau des Panzerschiffes 'A' und der Reichstag, Tübingen 1959.
Zusätzlich hatte die KPD ein Volksbegehren gegen den Panzerschiffsbau angestrengt, dessen Listen in der Zeit vom 3.10. bis 16.10.1928 auflagen und für das 1.216.968 (2,94 %) gültige Stimmen abgegeben wurden. Vgl. Otmar Jung, Direkte Demokratie in der Weimarer Republik. Die Fälle "Aufwertung", "Fürstenenteignung", "Panzerkreuzerverbot" und "Youngplan", Frankfurt a. M. 1989, S. 67 ff.

10 Vgl. unten, Anm. 38.

11 Das Deutsche Friedenskartell, der Dachverband der pazifistischen Organisationen Deutschlands, forderte als Endziel eine Totalabrüstung aller Staaten, wollte aber eine langfristige, stufenweise Durchführung zulassen. Die im Reichstag vertretenen Pazifisten forderten die Abschaffung der Reichswehr. Vgl. Reinhold Lütgemeier-Davin, "Wiederwehrhaftmachung" oder "Abrüstung". Die militärische Sicherheitspolitik der Weimarer Republik im Licht pazifistischer Öffentlichkeit. In: Lehren aus der Geschichte. Redaktion Reiner Steinweg, Frankfurt a. M. 1990, S. 186-231, S. 191 ff.

12 Vgl. Dok. 2, Anm. 14.

dieser Zeit fallen Äußerungen, die einfach unverständlich sind. Und das scheint mir Grund genug, um einmal von unserer Seite aus diese Probleme grundsätzlich zu behandeln und dafür zu sorgen, daß diese unsere Auffassungen nun in Hunderttausenden von Exemplaren in das deutsche Volk hinauskommen. Wir möchten das schon deswegen tun, *um zur richtigen Zeit unsere Auffassungen geschichtlich einzutragen*, damit sie nicht später wieder einmal, wie so oft, gefälscht zu werden vermögen oder damit sich nicht später wieder einmal andere dieser Überzeugung bedienen, um sie dann erst recht zu verfälschen. (Sehr richtig!)

Ich möchte deshalb folgendes Grundsätzliches ausführen: *Für uns Nationalsozialisten ist die Reichswehr, sowohl als eine Miliz, ein Volksheer, oder eine stehende Armee, immer nur ein Mittel zum Zweck. Eine Auffassung, die in einer dieser Einrichtungen den Zweck an sich sieht, müssen wir Nationalsozialisten ablehnen.* Unser Standpunkt wird niemals sein: Nützt das der Reichswehr oder nützt das vielleicht dem stehenden Heer, sondern wir werden immer diese Fragen von dem Standpunkt aus betrachten: *Nützt das unserem Volk?* (Zurufe: Sehr richtig!)

Ich sage ausdrücklich: "Nützt das unserem Volk" deshalb, *weil für uns Nationalsozialisten der Begriff "Volk" noch höher steht als der Begriff "Staat".* (Lebhafte Zustimmungen.) Denn all diese Einrichtungen, sowohl der Staat, als auch das Heer, sind kein Selbstzweck und können auch kein Selbstzweck sein. Es kann sein, daß ein Staat so morsch und faul ist, daß es nur im Interesse eines Volkes liegt, diese Form zu beseitigen. (Stürmische Zustimmungen.)

Denn an der Spitze von allem steht das Leben eines Volkstums.

Wenn ein Staat diesem Leben nicht mehr zu dienen vermag, wenn er dieses Leben nicht mehr zu erhalten vermag, wenn er es nicht fertigbringt, diesem Leben innere Kräfte zu konservieren und diese für die Zukunft anzulegen und sie zur Auswirkung zu bringen, dann hat ein solcher Staat seine Mission vollkommen verfehlt, dann könnte ein Volk genausogut ohne einen solchen Staat leben, denn der Staat ist nicht dazu da, um eine Summe von Menschen zu begünstigen und zu fördern, ihnen Stellungen zu verschaffen usw., sondern diese Organisation ist nur da, um einem Volk einen lebendigen Organismus zu schenken, *einen lebendigen Organismus, der den Kampf um die Erhaltung des Daseins eines Volkes auf dieser Welt erleichtert oder überhaupt erst ermöglicht.* (Lebhafte Zustimmung.) Das Volk also steht im Mittelpunkt, und zwar so, wie wir als Nationalsozialisten diesen Begriff auffassen wollen, nicht als eine Sammelmasse von Wesen, denen man vielleicht mit Ach und Krach eine gemeinsame Verständnismöglichkeit andressiert, indem man ihnen eine Sprache aufzwingt, wobei doch jeder die Gedanken seines Blutes zum Ausdruck bringt, sondern wir Nationalsozialisten verstehen unter dem Begriff "Volk" eine Summe von Menschen, die körperlich und seelisch gleiche Wesen sind oder die sich zum mindesten im Laufe von Jahrtausenden so sehr vereint haben, daß sie heute als ein einheitlicher Begriff nach beiden Richtungen hin gelten können. Dann dient sowohl der Staat als auch die gesamten Einrichtungen des Staates nur mehr zum Schutze und der Erhaltung dieses Volkstums.

Dann müssen wir eines feststellen: *Das Leben des einzelnen bedeutet in Wahrheit zu allen Zeiten Kampf, ganz gleich, wie weit wir diesen Begriff auffassen wollen. Jede Entwicklung, was ist sie anderes, als eine Spielart gegenseitigen Ringens und damit eine Form des Kampfes?* Jeder Fortschritt bedeutet eine Veränderung der Verhältnisse und damit eine Verschiebung des bisherigen Gleichgewichts. Was dem einen Freude bereitet, bedeutet für den anderen Leid. Indem die Menschen leben wollen, sind sie gezwungen, andere Wesen zu töten. Der ganze Le-

benskampf ist ein Sichhineindrängen des einen in die Lebensmöglichkeiten des anderen und ein Hinausdrängen von anderen aus ihren Lebensmöglichkeiten. Im einzelnen können wir vielleicht feststellen, daß hier die Volksgemeinschaft als Gesamtheit regelnd eingreift. *Die Völker selbst aber werden immer, solange es auf dieser Welt überhaupt Völker gibt, gezwungen sein, ihre Rechte auch als Gesamtheit wahrzunehmen, genauso wie im ohnmächtigen Staat sogar der einzelne gezwungen sein kann, seine Lebensrechte anderen gegenüber zu verteidigen. Es ist fast komisch, daß man dieses Selbstverständiche des Ringens und des Kampfes nach außen gerade in der Zeit abstreiten will, in der man dafür den Kampf im Inneren als etwas Natürliches proklamiert.*

Es gibt keine schärfere Widerlegung für die Behauptung des Marxismus, daß der Kampf und Streit auf dieser Welt an sich nicht notwendig wäre, als die einfache Tatsache, daß dieser Marxismus selbst den schärfsten Kampf im Inneren vertritt. Man sage nicht, daß dies nur eine vorübergehende Erscheinung sei. Nein! Denn dann müßte zumindest der Marxismus dort, wo er siegte, langsam die Kräfte abbauen, die dem Kampf im Inneren dienen. Wir sehen aber das Gegenteil. Kampf heißt gerade dort die ewige Parole.

Dabei müssen wir vor allem eines sehen: *Es gibt in Wirklichkeit keinen klaren Unterschied zwischen Frieden und Krieg.* Das Leben, ganz gleich in welcher Form es sich abspielt, ist stets ein Vorgang, der zum gleichen Resultat führt. Einerlei, ob mit friedlichen oder mit kriegerischen Mitteln. Am Ende steht stets die Lebenserhaltung als Ziel des einzelnen und der Volksgemeinschaft, und das bedeutet so oder so das Zurückdrängen der Lebensmöglichkeiten anderer.

Ja, selbst unter uns könnten wir heute nicht zehn Tage ohne blutigsten Kampf leben, wenn nicht die Volksgemeinschaft als Gesamtheit diesen Teil des Kampfes auf sich nähme, das heißt, im Kampf gegen das Verbrechertum Diebe, Mörder usw. beseitigt. Ja, selbst zwischen den einzelnen Berufen und Ständen gäbe es ewigen Krieg und das Faustrecht würde entscheiden, wenn nicht der Staat sich dieser Faust versichern würde. Allein, wenn auch hier der Staat diesen Kampf übernimmt, so wird dadurch nicht das Wesen des Kampfes beseitigt.

Der Kampf ist da, und er bleibt auch.

Er wird immer bleiben, solange es Menschen gibt, Menschen aus Fleisch und Blut, er wird sich verschlimmern, je schlechter die Menschen werden, und wenn der Marxismus siegt, ist Kampf ewige Parole und zwar in seiner blutigsten Form!

Und nun wollen wir weiter noch folgendes festhalten: Jeder Kampf bedeutet den Einsatz des einzelnen Menschen mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln. Dabei ist es an sich gleichgültig, welcher Art die Mittel sind. Solange es Menschen auf dieser Welt gibt, *wird Kampf stets Mencheneinsatz bis zur letzten Konsequenz bedeuten.* Die Waffen des Kampfes mögen sich ändern, die Formen des Kampfes mögen andere werden, die Formationen mögen im Laufe der Zeit sich wandeln, *so wird aber doch letzten Endes immer wieder der Lebenseinsatz das Entscheidende sein, gleichgültig welcher Waffen er sich bedient.*

Wenn zum Beispiel heute eine marxistische Theorie erklärt, daß die Rüstungen die Ursachen des Kampfes seien, so ist das ein ebenso blödes, dummes wie verlogenes Geschwätz, auf das man als beste Antwort nur eine Frage stellen müßte: *Wenn der Kampf wirklich nur durch Rüstungen bedingt ist, dann Genossen, warum rüstet Sowjetrußland?* (Lebhafte Zustimmungen.) Weshalb dann eigentlich? Es könnte doch ohne Rüstung viel leichter dem Kampf entgehen! Da allerdings, Genossen, sagen eure jüdischen Führer: "Rußland ist gezwungen zu rüsten, weil

die anderen auch rüsten!"[13] Ja, liebe Freunde, das behaupten doch wir. *Denn auch wir sind gezwungen zu rüsten, weil die anderen rüsten. Aber nicht deshalb entsteht der Kampf. Der Kampf käme auch so.* Nur die Form, in der er sich abspielt, wäre vielleicht eine andere. Die Menschen haben stets die zeitgemäßen Waffen zum Kampf, würden aber in Ermangelung solcher sich der primitivsten Fäuste und Messer bedienen. Und wenn einer selbst tausendmal nicht kämpfen will, und es wollen es andere, dann ist dies trotzdem sein Tod, wie wir es soeben in Holstein[14] erlebt haben. *Daß unsere Seite ungerüstet und wehrlos war, hat die kommunistischen Mörder nicht zurückgehalten, den Überfall auszuführen, im Gegenteil: das machte ihnen erst den Mut, Wehrlose niederzustechen.*

Je wehrloser der einzelne, um so leichter fällt er dem Bewehrten zum Opfer. Je mehr er selbst sich der Waffen bedienen kann, um so größer ist die Aussicht auf Erhaltung des eigenen Lebens, und so wie es im Kleinen ist, ist es auch im Großen. Am Ende steht immer der Lebenseinsatz, auch wenn der Kampf nicht mit sogenannten "blutigen" Waffen ausgeführt wird.

Wir haben dafür ein treffendes Beispiel: Es ist der sogenannte Wirtschaftskrieg. Es gibt bei uns Millionen von Menschen, die sagen: Würden wir nicht unserem imperialistischen, militärischen Wahne huldigen, sondern nur auf der wirtschaftlichen Basis unser Leben suchen, dann wäre jeder Kampf und jedes Opfer in diesem Kampfe vollkommen überflüssig. Und doch zeigt uns die ganze geschichtliche Entwicklung der Menschheit, *daß die Kriege nichts anderes sind, als Vollzugsvollstreckungen* [*sic!*] *wirtschaftlichen Ringens, wirtschaftlicher Verhältnisse, das heißt der Not der Völker; denn am Anbeginne steht stets der Hunger, steht stets die Not, die die Menschen zwingt, irgendeine Veränderung ihres Daseins vorzunehmen.* Wenn aber die Welt in gewisse gutabgewogene Verhältnisse gerät, die dem einen Volke Segen bringen, dem anderen aber nur Leid und Unglück, dann bedeutet jede Veränderung dieses Verhältnisses nicht nur für den einen ein rosiges Glück, sondern für den anderen die Beseitigung seiner glücklichen Lage. Jedes Volk wehrt sich dagegen, jedes Volk sieht als Recht an, was es hat, und keines fragt: Wir wollen abwägen, ob vielleicht, gemessen an dem Zustand anderer Völker, unser Leben zu gut gestaltet ist.

Nun sehen wir bei uns eine Meinung einreißen, als ob Krieg und Frieden zwei verschiedene Dinge wären. Man sagt auf alle Fälle: Friedenspolitik müsse man betreiben und nicht Kriegspolitik. Es ist dies ein bornierter Unsinn, bei dem es fast traurig ist, daß man ihn erst noch widerlegen muß. Denn die

Politik ist werdende Geschichte,

und die *Geschichte eines Volkes ist der Ablauf seines Lebenskampfes, und der Lebenskampf eines Volkes wird stets mit allen Machtmitteln durchgefochten werden, mit friedlichen, solange sie genügen, und mit Waffengewalt, wenn nur sie allein mehr hilft. Der liebe "Genosse"*

---

13 1929 umfaßte die Sowjetarmee 562.000 aktive Soldaten, gedacht als Kader für eine erheblich größere Milizarmee. Erst zu Beginn der dreißiger Jahre wurde eine moderne Ausbildung und Bewaffnung der sowjetischen Streitkräfte eingeleitet. Vgl. John Erickson, The Soviet High Command. A Military-Political History 1918-1941, London 1962, S. 283 ff., 763.

14 Bezieht sich auf die "Blutnacht von Wöhrden" am 7.3.1929, in der bei einer Straßenschlacht zwischen etwa 160 Nationalsozialisten und etwa 130 Kommunisten ein Kommunist und zwei Nationalsozialisten ums Leben kamen. Vgl. Rolf Rietzler, "Die Blutnacht von Wöhrden". Zur nationalsozialistischen Propaganda der Gewalt. In: Journal für Geschichte 1/1983, S. 4-7, 58-59, sowie Dok. 8, 9.

aber, der das bestreitet, möge sich dessen erinnern, wenn er selbst in seinem "Klassenbewußtsein" zum Kampfe antritt. Da sagt er dann nicht: "Wir kämpfen grundsätzlich nur mit friedlichen Mitteln", sondern da ruft er plötzlich. "Wenn unser Staat nicht will, wird unser starker Arm die Räder stillstehen lassen [15], und wenn sich der Staat weigert, die Räder stillstehen zu lassen, dann gehen wir auf die Straße und hauen alles zusammen, auf daß sie stillestehen." Mein lieber Freund! *Du tust genau dasselbe, was die Völker tun, nur siehst du deine Klasse vor dir, während sich die Völker als Gesamtheit zu sehen haben, das heißt als jene Summe von aufeinander angewiesenen Menschen, die zumindest nach außen hin um ihr gemeinsames Dasein zu ringen haben.* Da heißt es natürlich auch: Solange die Räder der anderen Welt nicht über uns gehen, oder wir sie eher zum Stillstehen zu bringen vermögen, ist alles gut und noch dazu, wenn das durch die Wirtschaft geht. *Wenn aber die Wirtschaft hier versagt, muß das Schwert freie Bahn schaffen.* Freilich, dann schreist du, lieber Genosse: Nein, hier ist ein Unterschied, die Klassen eines Volkes dürfen sich blutig bekämpfen. Die Völker untereinander aber dürfen ihr Dasein nicht verteidigen. Das dürfen die Völker höchstens erst dann, wenn sie wie in Sowjetrußland einer bestimmten Herrschaft unterstehen. Und diese Herrschaft, die bestimmst dann du, das heißt in Wahrheit diejenigen, die dich, teurer Genosse, zu deinem Werk reif gemacht haben, denn was du weißt, das weißt du ja nicht von dir, was du tust, das tust du nicht aus dir, und was du willst, das willst nicht du, sondern *du bist nur das Werkzeug anderer, die hinter dir stehen, die dein eigenes Schicksal bestimmen und die es wollen, daß aus deinem Handeln für dein eigenes Volk nur Elend kommt.*

Ein Unterschied zwischen Frieden und Friedenspolitik einerseits und Krieg und Kriegspolitik andererseits läßt sich nicht ziehen. *Ebensowenig kann ich jemals einen Menschen in zwei Hälften teilen, in seine kriegerische und in seine friedliche.* Wenn der Mensch friedlich um sein Dasein ringt, wird er dies solange tun, als ihm entweder nur ein friedlicher Widerstand entgegengesetzt wird, oder er glaubt und weiß, die Widerstände des Lebens mit friedlichen Mitteln beseitigen zu können. *Derselbe Mensch wird aber, sowie die Lage bedrohlich wird und durch friedliche Mittel ersichtlich nicht mehr zu retten ist, zur Waffe greifen, ohne daß deshalb erst eine besondere Umstellung des eigenen Inneren notwendig wäre.* Es kommt stets im Leben der Völker der Augenblick, in dem die einzelnen gezwungen sind, sich des Lebens zu wehren.

Daher ist im Anbeginn der Mensch immer Bauer und Soldat zugleich, das heißt, er ist Kämpfer.

Erst später, als sich im Laufe der Jahrtausende das Leben gliederte und spezialisierte, wurde der Kampf bestimmten Abteilungen eines Volkes oder bestimmten Sonderorganisationen überwiesen. Das ändert aber nichts am grundsätzlichen Sinn und Zweck dieser Instrumente für den Kampf. *Krieg und Frieden sind im Beginn immer eines und dasselbe.* Ein Volk wird solange im Frieden bleiben, solange es in ihm zu leben vermag, und es wird gezwungen zum Kampfe, sowie der Friede das Leben nicht mehr gewährt.

Das deutsche Volk ist heute in dieser Lage. Es kann im Frieden bleiben, solange es auf sein Leben verzichtet. Sowie eine Generation kommt, die nicht mehr auf das Leben verzichten will, muß sie wieder zum Schwerte greifen.

---

15 "Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will." Aus dem 1863 von Georg Herwegh gedichteten Bundeslied für den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein.

Die Einheit zwischen Politik und Kriegführung

Der künstliche Gegensatz zwischen dem Politiker und dem Soldaten

Im Anfang also ist jeder Mensch zugleich Kämpfer. Der Führer der Völker ist im Beginn jeder Geschichte immer gleich Feldherr. Soldat und Volksgenosse sind eins. König, Feldherr und Staatsmann sind eine Person, und erst später tritt die Trennung ein zwischen dem König und dem Feldherrn und noch später die zwischen dem König, Feldherrn und Politiker. In neuester Zeit sind die "Politiker" eine besondere Gilde geworden (Heiterkeit), die alljährlich oder zumindest alle vier Jahre durch einen besonderen Ausleseprozeß aus dem Volkskörper herausgesucht wird [16]. (Schallende Heiterkeit, Händeklatschen.) *Die Soldaten und die Feldherren werden erzogen, das heißt, sie erhalten für ihren Beruf, der den Bestand einer Nation ermöglichen soll, eine ganz besondere Ausbildung. Der "Politiker" aber wird gewählt, und zwar werden diese Politiker nicht gewählt von solchen, die wieder etwas verstehen auf diesem Gebiete, sondern von denen, die selbst nie gewählt werden könnten, weil sie davon gar nichts verstehen. (Stürmischer Beifall.) Denn es wird doch niemand behaupten wollen, daß alle Deutschen, männlichen und weiblichen Geschlechts, fähig wären, ein Volk zu regieren; aber dafür behauptet man, daß sie fähig seien, die zu wählen, die das Volk regieren könnten.* Und zwar liegt der seherische Blick, durch den die Nation die großen Geister erkennt, im Stimmzettel der Wähler. Es ist das der wundervollste Vorgang, den es gibt. Niemand kann zweifeln, daß große Männer ihre Bestimmung schon vorher in sich tragen, niemand kann zweifeln an den Fähigkeiten, die sie schon vorher besitzen müssen, niemand kann zweifeln, daß das Schicksal der größten Männer selbst im Buche der Vorsehung vorgezeichnet ist, *aber heute darf man erst recht nicht zweifeln daran, daß gerade der Teil der Menschheit, der selbst gar keine Fähigkeiten besitzt, durch den Stimmzettel ausgerechnet diejenigen erwischt, die das Schicksal solcher Art vorherbestimmt hat.* (Große Heiterkeit und Händeklatschen.)

Seit nun besonders die Politik von dieser auserwählten und damit auserlesenen Schar mehr "erwerbsmäßig" als gewerbsmäßig betrieben wird, beginnt die

Kluft zwischen Staatsbürger und Soldat,

Feldherrn und Politiker sich immer mehr zu erweitern. Es ist eine zwangsläufige Entwicklung, die diesen Riß von Jahr zu Jahr größer werden läßt. Am Ende wird aber dann immer diese Frage stehen:

Wenn diese Kluft nicht einst wieder geschlossen wird, geht am Verlust dieser inneren Einheit naturgemäß eine Nation zugrunde. Soll sie aber geschlossen werden, dann bitte wollen Sie folgendes bedenken: Wollen Sie die Armee auf das Niveau der "Politiker" herunterziehen, oder wollen Sie nicht das Niveau der heutigen Politik beseitigen, auf daß es wieder dorthin komme, wo die Armee steht? (Stürmischer Beifall.)

Heute mutet dies geradezu lächerlich an: Zur Verteidigung einer Nation hat man eine ungeheure Einrichtung - diese ungeheure Einrichtung lernt und arbeitet -, diese ungeheure Einrichtung bildet aus und züchtet sich mühsam einen Nachwuchs heran - mit unglaublicher Sorgfalt und unglaublicher Genauigkeit wird jeder einzelne gewogen und geprüft, ob er auch wirklich

16 Artikel 23 der Reichsverfassung lautete: "Der Reichstag wird auf vier Jahre gewählt. Spätestens am sechzigsten Tage nach ihrem Ablauf muß die Neuwahl stattfinden. Der Reichstag tritt zum ersten Male spätestens am dreißigsten Tage nach der Wahl zusammen." Druck: RGBl. 1919, S. 1388.

tauglich und seiner Aufgabe gewachsen ist. Das geht herunter bis zum kleinen Gruppenführer und geht hinauf endlich bis in die Spitze des Heeres [17]. Und dieses ganze so sorgfältig ausgesuchte und aufgebaute Instrument, das geben Sie dann in die Hand von politischen Dilettanten und Narren. (Stürmischer, nicht enden wollender Beifall.)

Wenn man sagt, daß der Soldat selbst nicht politisch sein dürfe, so kann das immer nur teilweise eine Berechtigung haben. Wenn ein Volk politisch glänzend geführt ist, wenn es also eine Leitung besitzt, die den innersten Lebensbedürfnissen der Nation vollkommen gerecht wird, wenn eine Regierung als sehr gut anzusprechen ist, dann mag das angehen. In der Spezialisierung auf ein bestimmtes Gebiet liegt die Möglichkeit zu Höchstleistungen. Folglich bleibt jeder bei seinem Fache.

Der politische Führer sei politischer Führer, der militärische Führer militärischer. *Ich glaube, daß es bei einer sehr guten Regierung daher auch möglich ist, daß der militärische Führer nichts oder wenig von Politik versteht, aber selbst dann bin ich überzeugt, daß es nicht angängig ist, daß der politische Führer nichts von Militär versteht.*

Ich glaube aber weiter, daß, sowie ein politischer Führer von Militär nichts versteht, es vollkommen unmöglich ist, daß dann der militärische Führer von Politik nichts zu verstehen braucht. (Zahlreiche Zurufe: Sehr richtig!) *Sondern in demselben Maßstab, in dem dem politischen Führer das Verständnis für militärische Notwendigkeiten abgeht, muß der Soldat zum Träger des politischen Gedankens werden.* (Stürmischer Beifall.)

Unterbleibt dies, dann wird das Heer in absehbarer Zeit zu einem toten, ja häufig das Volk geradezu belastenden Mechanismus, zu *einem rein mechanischen Instrument, das eines Tages wurzellos in der Luft hängt. Denn das Heer ist kein Ding an sich, sondern es hat nur einen Sinn in seiner Verbundenheit mit seinem Volkskörper, mit einem wirklich lebendigen Staatsorganismus.* Fällt das weg, dann ist dieses ganze Instrument nur ein äußerer lebensloser toter Mechanismus, der eine gewisse Zeit lang sich vielleicht noch als Organisation fortretten mag, dem aber das Blut sowohl als das Feuer fehlt. Denn glauben Sie [*mir*]: *Im Völkerleben wird immer noch eher ein Heer siegen, dessen mechanische Formen schwächer sind, dessen Geist aber Leben bedeutet, als eine Armee, deren Mechanismus erstklassig, deren Seele aber tot ist.* (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn ich hier nun ein Wort einschiebe, dann tue ich es, um den Begriff dieses Wortes zu erklären. Sie hören häufig von unserer linken Seite das Schlagwort Militarismus, bekommen aber doch nie eine vernunftsgemäße Definition.

Was heißt Militarismus?

Heißt Militarismus etwa - Organisation eines Heeres an sich? Oder versteht man unter Militarismus die Form der Organisation oder die Art der Ausbildung? Nein, das kann nicht sein. Denn dann müßte doch auch Sowjetrußland "militaristisch" sein, denn auch Sowjetrußland hat ein Heer, hat eine Ausbildung, eine Disziplin, und die Parademärsche werden dort genauso ausgeführt wie anderswo [18]. Darin kann demnach der Sinn des Militarismus nicht liegen. Die

---

17 Vgl. hierzu Adolf Reinicke, Das Reichsheer 1921-1934. Ziele, Methoden der Ausbildung und Erziehung sowie der Dienstgestaltung, Osnabrück 1986.

18 Im Rahmen der von Michail W. Frunze eingeleiteten Reorganisation der Roten Armee 1924/25 war auch die Formalausbildung wieder eingeführt worden. Vgl. Mark Louis von Hagen, School of the Revolution: Bolsheviks and Peasants in the Red Army, 1918-1929, Ann Arbor 1985, Bd. 1, S. 236 ff.

Organisation der Wehrkraft eines Volkes an sich kann nicht dem Begriff Militarismus entsprechen. Wohl aber hat dieser Begriff etwas zu tun mit dem Sinn einer solchen Organisation. Wenn nämlich eine solche Organisation in keinem lebendigen inneren, sinngemäßen Zusammenhange mehr mit seinem wirklichen Zweck steht, sondern als Organisation Selbstzweck geworden ist, sich als toter Mechanismus jeder Regierung zur Verfügung stellt, mag diese selbst aus dem Volke Riemen schneiden, soferne [*sic!*] sie nur den Bestand dieses Mechanismus garantiert, dann haben wir vor uns eine Erscheinung, die wir begrifflich als "Militarismus" bezeichnen dürfen. Eine äußerliche, innerlich vollkommen lebensfremde, tote Organisation als Machtinstrument in den Händen derer und aller, die bereit sind, dieses Instrument um seiner selbst willen zu erhalten. (Lebhafte Zustimmungskundgebungen.)

Dann müßten wir eines sagen: Den allerwenigsten Militarismus hat dann unser altes Deutsches Reich gehabt. Denn in ihm war dieses Instrument noch bis zu einem höchsten Grade verbunden mit unserem Volke, ja es war die beste Schule desselben, Auftakt der disziplinären Erziehung unseres Volkes. Viel mehr hat sich unsere heutige Wehrorganisation dem Begriff "Militarismus" genähert. Sie ist viel mehr mechanisch geworden, viel weniger verbunden mit dem Leben der deutschen Nation und den großen Aufgaben unserer Zukunft. Am meisten aber trifft der Begriff Militarismus in Sowjetrußland zu. Nämlich in dem Lande, in dem der erste Hauptzweck der Armee nur der Kampf um die Erhaltung einer bestimmten Staatsform selbst gegen das eigene Volk ist.

Wenn wir nun von einer politischen Einstellung des Heeres sprechen, dann ist es selbstverständlich, daß sie keine parteipolitische im heutigen Sinne des Wortes sein kann. Vergessen wir aber nicht, daß die heutige Art der Parteiauffassung ja selbst bereits der Krebsschaden ist und daß mithin schon dessentwegen allein das Heer eine bestimmte politische Haltung einnehmen müßte. *Schon hier hätte das Heer eine politische Mission zu erfüllen, nämlich die, mitzuhelfen, nicht etwa parteipolitisch zu denken, sondern das parteipolitische Getriebe und Ungeziefer selbst zu vernichten.* (Stürmischer Beifall.) Das wäre mit eine der ersten Aufgaben. Denn wenn Sie heute erklären: das Heer könne nicht parteipolitisch eingestellt sein, so ist es ja gerade der Fluch Ihrer nicht klaren nationalistischen Einstellung, daß wir überhaupt so eine Art von Parteipolitik besitzen. (Lebhaftes Sehr richtig!) *Würde man zum Beispiel nationalsozialistisch gedacht haben, und wäre man demgemäß eingestellt gewesen, dann hätte Deutschland niemals in diesen Sumpf von Parteipolitik, von Parteien und Parlamentswirtschaft geraten können. Das italienische Heer, das sich einst zum Faschismus bekannte, hat damit auch Italien gerettet* [19]! (Stürmische Zustimmung.)

Wir haben nun vor uns eine ganz kurze Betrachtung der Lage unseres Volkes. Denn das ist für alle ja das Entscheidende. Deutschland mit seinen ziffernmäßig 62 Millionen Einwohnern, - andere 15 Millionen sind in Europa zerstreut [20] - ist raummäßig so ungünstig gelagert wie kaum ein zweiter Staat. Eingeengt im Westen und Osten, im Norden und Süden, mit den denk-

19 Ungeachtet einzelner Sympathien für den Faschismus ging die italienische Armee bis zur Erteilung des Auftrags zur Regierungsbildung durch König Viktor Emanuel III. an Mussolini am 28.10.1922 aktiv gegen den faschistischen Putsch vor. Vgl. Lyttelton, The Seizure of Power, S. 89 ff.

20 Nach Schätzungen lebten damals in Europa 20.362.800 Deutschsprachige außerhalb des Deutschen Reiches, davon 9.160.000 in Österreich und der Schweiz. Vgl. Wilhelm Winkler, Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums, Berlin 1927, S. 18 ff.

bar ungünstigsten militärischen Grenzen, dabei seine Volksmasse auf ein Gebiet zusammengepreßt, das das Leben selbst bei größtem Fleiß nicht mehr gewähren kann. Wenn wir überhaupt nur die Zahl von 62 Millionen erhalten wollen, müssen wir schon wirtschaftliche Expansionspolitik betreiben oder unsere Raumnot beheben. Vergrößern wir den Raum, so brauchen wir Macht. Treiben wir wirtschaftliche Expansionspolitik, so begeben wir uns wieder in einen Konkurrenzkampf mit unseren Kriegsgegnern von einst. Es ist aber ein Wahnwitz, zu meinen, daß England, das uns wegen unserer Wirtschaftspolitik bekämpfte, heute Deutschland freiwillig die Tore der Welt öffnen werde. Deutschland hat sich im Laufe eines durch eine große Armee geschützten Friedens langsam ein Volksreservoir angefüllt, das bei unseren derzeitigen außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Möglichkeiten nicht mehr ernährt werden kann.

Deutschlands Lage erfordert die Waffenentscheidung
Die Freiheit des deutschen Volkes ist abhängig von seiner Vorherrschaft in Europa

Wenn daher heute jemand sagt: Wir müssen unsere Vermehrung der Volkszahl für die Zukunft einschränken, so ist das irreführend. Er müßte sagen: Wir müssen schon die Gegenwart beschränken; *denn bei uns handelt es sich nicht darum, daß wir in der Zukunft nicht mehr jährlich 900.000 neue Menschen zu ernähren vermögen*[21]*, sondern daß für die bereits vorhandenen 62 Millionen das Brot nicht mehr langt.* Natürlich kann bei der eigentümlichen Art unserer weltwirtschaftlichen Verhältnisse unser Volk auch heute noch eine gewisse Zeit lang leben, aber doch nur von Krediten auf vergangene Zeiten. Das heißt, solange diese deutsche Kolonie noch irgendwelche rentable Einrichtungen aus vergangener Zeit besitzt, die als Pfänder veräußert werden können. Sowie einmal aber erst diese letzten Pfänder verkitscht sind, steht der Zusammenbruch in seiner grausamen Wirklichkeit vor uns. Nicht nur ein Zusammenbruch von Illusionen, sondern der Zusammenbruch der realen Lebensmöglichkeiten von über 62 Millionen Menschen.

Es ist in unseren Augen für die Zukunft unseres Volkes nur eine Frage maßgebend: Wollt ihr vielleicht durch Verluste auf dem Schlachtfelde die Freiheit bekommen oder wollt ihr 20 Millionen im Frieden verlieren? Eines von beiden!

Zu meinen, daß es in der Zukunft genau so gehen könnte, wie wir jetzt in der Gegenwart verschlampen, ist ein Irrsinn. Sie sehen ja, wie sehr unsere Prophezeiungen über den wirklichen inneren Wert des blöden, dummen Geschwätzes von der "Blüte der Wirtschaft" eingetreten sind[22]. Sie wissen alle, wie wir Jahr für Jahr immer wieder darauf hingewiesen haben, daß das ein Unsinn ist, weil es einfach unmöglich ist. *Heute lacht man auch im bürgerlichen Lager nicht mehr. Im Gegenteil, heute können wir sehen, wie gerade die Parteien, die noch vor kurzem über unsere Prophezeiungen die Achseln zuckten, nun ebenfalls zur Erkenntnis kommen, daß die deutsche Wirtschaft vor dem Zusammenbruch steht, daß es nicht mehr so weitergehen*

---

21 Die jährliche Wachstumsrate der Bevölkerung in Deutschland betrug 1929 0,53%, was einer Zahl von rund 340.000 Menschen entspricht. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978, S. 32.

22 Zum Aufschwung der deutschen Wirtschaft seit Mitte der zwanziger Jahre vgl. Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik. Bd. II: Deutschland am Vorabend der Großen Krise, Berlin 1987, S. 81 ff.

kann wie bisher, daß unser ganzes politisches Leben vollständig verkommen und verfahren ist, und daß wir mit unserem parlamentarischen System weder die Freiheit erringen noch auch nur das Leben bewahren können. Ja, alles, was wir seit langer Zeit entgegen den offiziösen politischen Auffassungen vorhersagten und prophezeiten, erkennt man nunmehr nachträglich sogar auch in gewissen militärischen Stellen als richtig an. *Dort sieht man sich veranlaßt, darüber in Erwägungen einzutreten, ob man nicht doch besser gehandelt hätte, wenn man einst zugunsten einer Diktatur gegen das Parlament vorgegangen wäre, man hätte es ja in der Hand gehabt, oder ob es besser war, daß man es nicht tat*[23].

Man erwägt also schon! Wenn man sich nun doch wenigstens auf den Pfad des Nachdenkens und des Erwägens begibt, dann kann man ja zufrieden sein und hoffen, daß die hehre Vernunft doch endgültig den Sieg davonträgt. Unsere Lebensbedingungen sind so einfach. Wir müssen Brot schaffen für 62 Millionen. Wir können das nicht, weil wir nicht mehr von unserem Grund und Boden leben können. Wir müssen entweder das Volk dezimieren, oder wir müssen irgendwie den Grund erweitern, oder wir müssen wirtschaftspolitisch versuchen, durch etwas Großexport den notwendigen Import zu decken.

Das bedeutet endlich Kampf, bedeutet am Ende Waffenentscheidung, ganz gleich, wie Sie das tun wollen! Glauben Sie mir, meine Genossen von der Linken, glauben Sie [*mir*], ich weiß, es wäre viel leichter und für mich viel populärer, wenn ich auch so wie die anderen hintreten und sagen würde: "Genossen! Proletarier! Proletarierinnen!" (Stürmischer Beifall; Händeklatschen.) "Wir werden den Bürgerstaat zusammenhauen, die Bourgeoisie zerschmettern - und dann, und dann, und dann!" Ja dann!! (Große Heiterkeit; Händeklatschen.)

Und glauben Sie mir, meine lieben Genossen, ich könnte auch so feurig reden wie eure großen Redakteure, ich könnte auch so feurig hier die Zukunft ausmalen in allen Herrlichkeiten, ich lasse mich dann einmal von der Sowjetbotschaft in Berlin einladen und mich dort "aufgeistigen" (Heiterkeit), daß ich am nächsten Tage die Not des Proletariats restlos durchschaue und umgekehrt auch die Segnungen kenne, die man versprechen kann! Mein lieber Genosse! Das alles brächten auch wir fertig - und da wäre ich populär, dann wäre ich eben auch ein Führer des Proletariats, dann wäre ich eben auch einer von denen, die in Deutschland das Recht haben zu reden, das Recht haben, euch zu regieren! Mein lieber Freund! Weil ich nicht so rede, bringe ich mich um alle Chancen, populär zu werden, bringe ich mich um alle Chancen, mitregieren zu dürfen, kurz und gut, bringe ich mich um alle Gegenwart! Da ich nicht so rede, werde ich in Deutschland herumgehetzt, weil meine Anhänger nicht so reden, werden sie niedergeschlachtet, feige niedergedolcht!

Aber lieber Freund! *Wir reden deshalb nicht so, weil wir ebenso überzeugt sind, daß das nicht wahr wäre, wie wir umgekehrt überzeugt sind, daß die Zeit kommen wird, in der uns einst das ganze deutsche Volk noch recht gibt.* (Stürmischer Beifall und Händeklatschen, Heilrufe.)

23 Vgl. Dok. 3, Anm. 22. In der Denkschrift des Reichswehrministeriums über den Ausnahmezustand wurde betont: "Es ist nicht Sache der Wehrmacht, für längere Zeit den Zivilbehörden die Verantwortung für die Dinge der täglichen Verwaltung abzunehmen. Die politische Neutralität der Reichswehr, das Ergebnis der Arbeit dreier Jahre, mußte darunter leiden, wenn Stäbe und Truppen auf lange Zeit gezwungen wurden, sich mit politischen Einzelfragen zu befassen." Vgl. Das Krisenjahr 1923, S. 353. Zu weitergehenden Motiven und Plänen der Reichswehrführung vgl. Heinz Hürten, Reichswehr und Ausnahmezustand. Ein Beitrag zur Verfassungsproblematik der Weimarer Republik in ihrem ersten Jahrfünft, Opladen 1977, S. 41 ff.

Und wenn ich deshalb heute erkläre, daß die Zukunft Deutschlands entweder eine Lösung durch das Schwert erfährt oder tot ist, dann weiß ich weiter, lieber Genosse, daß du sofort in deinem Inneren mich als "Kriegshetzer" entlarvt siehst! Und doch hast du unrecht. Ich bin kein General und bin es nie gewesen, kein Großindustrieller, der an Rüstungen verdient, und auch kein Großkapitalist, ich habe mit all dem nichts zu tun. In meinem Militärpaß steht nur, daß ich bei dem Bezirkskommando München I gegebenenfalls wieder als Soldat einrücken müßte [24]. Aber deshalb kann und will ich doch nichts anderes reden als ich rede, und nicht nur weil es nicht wahr wäre, sondern weil ja doch kommt, was wir voraussagen: *denn Großdeutschland wird nicht sterben, es wird leben! (Tosender Beifall.) Trotz denen, die es heute töten wollen, wird es dennoch einmal wieder leben!* (Erneuter stürmischer Beifall.)

Keiner kommt um sein Schicksal herum, und sowie die Menschen glauben, sehr klug zu sein und der Natur Herr werden zu können, wird sie die Natur zu Boden zwingen, und da lernen sie erst dann diese grausame Göttin der Vernunft kennen. Unser deutsches Volk ist sehr klug. Es kennt alles und ist überaus zu Hause [*sic!*]. Nur eines sieht es augenblicklich nicht. Hier hat es die Zipfelmütze tief über das Auge gezogen und schlägt lieber gegen seinesgleichen, als daß es erkennen würde, wo sein wahrer Feind steht. (Lebhafte Zustimmung.)

Unser Volk entgeht seinem Zukunftskampfe nicht.

Denn ob Deutschland wirtschaftsfriedlich leben will oder nicht, es wird am Ende doch gezwungen sein, einmal für sein Dasein wieder einzutreten. Ja, wenn Sie das deutsche Volk selbst zurückschrauben wollten zur Größe eines Hollands, dann können Ihnen jetzt die französischen Enthüllungen mit erschreckender Deutlichkeit zeigen [25], daß selbst ein solcher Kleinstaat nicht der Gefahr des Krieges entkommt, wenn es dem bösen Nachbar[*n*] also gefällt [26].

Allerdings, Genosse, wendest du dann wieder ein: "Ja, bis dorthin wird die Welt sozialistisch sein!" Kommunistische Granaten sind dann wahrscheinlich auch nicht angenehmer als bürgerliche Granaten. (Lebhafte Zustimmung.) Ich glaube, im Wesen wird sich dieses Zeug alles ziemlich gleichbleiben. Nur der Segen, mit dem man es abschickt, wird sich ändern. Ich persönlich kümmere mich nicht um solche Sachen. *Ich sehe nur eines: Am Ende steht der Kampf! So oder so! Da muß ich sagen: Wann wird Deutschland diesen Kampf der Zukunft, den ich kommen sehe, der kommen wird und der kommen muß, überhaupt noch einmal mit Aussicht auf Erfolg zu bestehen vermögen? Dann, wenn jeder deutsche Bürger ausnahmslos durchdrungen ist von der Erkenntnis, auch selbst Kämpfer sein zu müssen!* Das ist ein gewaltiges Erziehungsproblem der nationalsozialistischen Bewegung. Sie weiß, welche unpopuläre Aufgabe sie sich damit aufgeladen hat. Wir wissen, wie unpopulär die Aufgabe ist, heute eine Bewegung ins Volk hineinzutragen, um dadurch einen Staat zu errichten, in dem jeder nicht nur Bürger, sondern in erster Linie Soldat sein wird. Und doch tun wir das, weil es sein muß. Außerdem haben wir keinen Staat mehr; denn die Organisation der Futterkrippen für unsere Parteien wird wieder zugrunde gehen. Dann werden Sie, deutsche Volksgenossen, erleben,

---

24 Hitler war im Zuge der Demobilmachung am 31.3.1920 aus dem Militärdienst entlassen worden. Die von ihm genannte Bedingung enthält sein Wehrpaß nicht. Vgl. IfZ, F 19/6.

25 Vgl. Dok. 3, Anm. 26.

26 Nach Friedrich von Schiller, Wilhelm Tell, 4. Aufzug, 2. Szene, "Es kann der Frömmste nicht in Frieden bleiben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt".

daß dieselben Marxisten als Habichte nicht dem Kampfe vorauseilen, sondern als Geier über dem Kampffelde schweben werden, wenn sonst nichts mehr zu gewinnen ist.

Das Deutsche Reich wird schweren Erschütterungen entgegengehen. Es kann nicht ewig so im "Frieden" weiterleben. Wir haben uns alle angewöhnt, mit Vorkriegsmaßstäben zu messen. *Das war aber damals nur denkbar, weil unser Volk in Waffen gerüstet die andere Welt zum Frieden zwang. Dieses Schwert allein hat den Frieden für Europa erhalten. Es ist heute zerschlagen.*

Es gab Zeiten, in denen es kein Preußen, kein Deutschland gab, aber es gab keine Zeit, in der es keinen Krieg gegeben hat.

In dem notwendig kommenden Kampfe um die deutsche Freiheit werden wir unserer Überzeugung nach überhaupt nur dann zu siegen vermögen, wenn das ganze Volk zum Träger des Kampfes geworden ist, und wenn damit die ganze Nation erkennt, daß das Schicksal es fordert, daß auch jeder einzelne für sich sich restlos einsetzt. Daß jeder sich für seine Klasse einsetzt, sieht der Kommunist als selbstverständlich an, daß alle sich für das Volk einsetzen müssen, das will er nicht verstehen. *Wenn aber damit das Heer die Nation sein muß und die Nation das Heer, dann ist die Frage berechtigt:*

Was ist unsere heutige Reichswehr?

Das deutsche Volk wird, wenn es den heutigen Zuständen für alle Zeiten entrinnen will, sich zunächst auf eines besinnen müssen: *Infolge unserer Lage in Europa dürfen wir niemals dulden, daß wir machtmäßig einem anderen Staat unterlegen sind.* Solange dieser eigentlich selbstverständliche Grundsatz nicht in die Gehirne des ganzen deutschen Volkes eindringt, wird fast jede kommende Generation dasselbe Leid zu tragen haben, das die heutige trägt und die frühere trug. Wir reden so oft von England, vom "kaufmännisch, perfiden" England [27]! Wir vergessen dabei aber zumeist, daß dieses England seine Lebensnotwendigkeiten klarer und klüger als Deutschland erkannt hat. *England wußte, daß seine Existenz abhängt von der Beherrschung der Meere.* Und es ist wahrhaft bewundernswert zu sehen, wie England immer alle Kräfte zusammenraffte, um die jeweilige Konkurrenz, die diese Wirtschaftsmacht bedrohte, zu beseitigen. *Nur wir Deutsche wußten nicht, daß unser Leben abhängig ist von unserer militärischen Vorherrschaft in Europa.*

Es gibt hier nicht zwei Möglichkeiten: Entweder wir schlängeln uns friedlich durch die Weltgeschichte, durch die Wirtschaft, oder *wir legen uns jene Rüstung bei, die genügt, um uns der "Angriffe der anderen zu erwehren". Es gibt auch hier nur das harte "Entweder - Oder". Wer nicht Hammer sein will, ist Amboß [28]. Und da gestehen wir Nationalsozialisten feierlichst, daß es unser Wille ist,*

das deutsche Volk wieder zum Hammer zu machen.

(Tosender Beifall.)

Und dann kann jeder Mensch, der sein Volk wirklich lieb hat, gar nichts anderes als wünschen, daß die Kräfte dieses Volkes zur Verteidigung des eigenen Volksdaseins möglichst große und umfangreiche sind.

---

27 Vgl. Dok. 4, Anm. 19.

28 Möglicherweise Anspielung auf das Gedicht Johann Wolfgang von Goethes "Ein anderes" (1792), dessen zweiter Teil lautet: "Du mußt steigen oder sinken,/Du mußt herrschen und gewinnen,/Oder dienen und verlieren,/Leiden oder triumphieren,/Amboß oder Hammer sein."

Im gesunden Volk kann es damit gegen das Heer an sich überhaupt keine grundsätzliche Opposition geben. Es kann vielleicht eine verschiedene Meinung vorhanden sein über die Heeresform, über die Ausrüstung. Über die Dienstzeit, über die Rekrutierung usw. Jawohl, darüber kann es vielleicht Meinungsverschiedenheiten geben.

Niemals aber über die Notwendigkeit des Bestandes einer Organisation für den Kampf um die Erhaltung des Volkes an sich.

Wer gegen den Gedanken des Heeres grundsätzlich an sich Stellung nimmt, zeigt damit, daß ihm das Dasein seines Volkes gleich ist. Es beweist aber auch seine Inkonsequenz, wenn er auf der einen Seite das Dasein seines Volkes im Großen nicht vertritt, aber im Innern ein soziales Glück sich erwünscht und dabei selbst als Marxist dieses soziale Glück nur im persönlichen Wohlergehen sieht. Wenn Sie sagen würden: Unser marxistisches Glück ist ein vollkommen weltabgewandtes, ein vollkommen lebensfernes Glück, wir sind Asketen (Heiterkeit), wir wollen weniger Löhne, wir wollen weniger zum Essen, wir wollen ein indisches Dasein der Selbstaufgabe, dann könnte man sagen, braucht ihr keine Armee. Das bekommt ihr auch so! (Große Heiterkeit.) Ihr sagt aber: Wir wollen mehr zum Leben, mehr zum Essen, wir wollen mehr Löhne!

Zugleich bringt ihr aber unser ganzes Volk ums nackte Dasein, um dann zu erklären: Wir nehmen das alles der Bourgeoisie weg! Darauf kann man wirklich nur eines zur Antwort geben: Oh ihr armseligen Wichte! In Rußland habt ihr ja so gehandelt! Ihr müßt dort unendlich reich sein, es muß euch dort doch blendend gehen! Dort habt ihr ja der Bourgeoisie ohne Zweifel alles weggenommen! Und trotzdem müßt ihr dort heute noch um Brot anstehen [29]. (Tosender Beifall.) In eurem Rußland! (Brausender Beifall.)

Ihr werdet doch wohl nicht behaupten, daß euch dort etwa heute noch die Bourgeoisie das Brot wegißt? Wäre das so, dann könnten es höchstens die Kommunisten tun! (Große Heiterkeit und Händeklatschen.) Sonst niemand, aber mit so dummen und irrsinnigen Redensarten bringt ihr es fertig, über das Schicksal eurer Nation hinwegzugehen. *Erst predigt ihr Glück im Inneren und soziale Wohlfahrt - dann stürzt ihr den ganzen Staat und das ganze Volk in endloses Elend - und endlich schickt man euch zum Stempeln.* (Stürmischer Beifall.)

Es ist ein Irrsinn, wenn jemand grundsätzlich gegen das Heer an sich Stellung nimmt, gegen den Gedanken einer Wehrmacht und gegen die Notwendigkeit einer Wehrmacht.

Aber diesen Irrsinn, der zugleich ein Verbrechen ist, predigt die marxistische Schar.

Die Zerstörung der Armee durch Marxismus und Judentum

Ich will Ihnen nur in ganz großen Zügen das Wesen des Marxismus und das, was er will und für unser Volk bedeutet, erklären.

Erstens das Ziel:

Das Ziel des Marxismus in der letzten Konsequenz heißt Judenherrschaft.

Und warum?

Das jüdische Volk hat genauso einen Selbsterhaltungstrieb wie jedes andere auf der Welt. Es kämpft wie jedes andere um sein Dasein. Nur seine Waffen in diesem Kampf sind andere. Das jüdische Volk ist zu allen Zeiten kein Volk des Kampfes mit dem Schwert gewesen, son-

29 In mehreren Städten der Sowjetunion waren Mitte März 1929 Brotkarten wieder eingeführt worden. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 385.

dern blieb im Streite der anderen möglichst weit rückwärts, um als erstes aus dem Kampf zurückzukommen und Vorteile ziehen zu können. Es war das Volk, das seinen Kampf mit besonderen Künsten führte. Vergiftung der anderen Völker, Zersetzung derselben, Zerstörung ihrer Staatsformen und vor allem Zerstörung ihrer Widerstandskräfte an der Spitze ihre Heere. Kurz, Auflösung der Völker in einzelne Menschen. Je mehr die Volkskörper zerfallen, um so eher kann das Judentum als letztes Volk zu seiner höchsten Herrschaft gelangen.

Es ist nun der Zweck und die Aufgabe der marxistischen Lehre und ihrer Organisation, die Spaltung unseres Volkes zu besorgen. Es ist dabei kein Zufall, daß sich das Judentum hier in erster Linie der Arbeiter der Faust bedient. Nur der Wahnsinn kann die Taten vollbringen, die das Judentum braucht. Wenn aber Menschen der rohen Faustgewalt plötzlich von Verbrechern geführt werden, sind sie stets noch zu jeder Wahnsinnstat fähig gewesen. *Dann bringt es der Wahnsinn fertig, daß derselbe Mensch, der auf der einen Seite für den "Weltfrieden" schreit und die "Waffen nieder" ruft, sich ein Messer nimmt, es schleift und seinen eigenen Volksgenossen, der nicht seiner Meinung ist, ohne weiteres niedersticht.* Die Beseitigung der eigenen nationalen Intelligenz durch die Blutherrschaft des Proletariats kann den Juden zum Herrn der Völker machen.

Um dieses Ziel zu erreichen, verfährt die Lehre dieser Organisation nach drei Gesichtspunkten:

1. *Massenherrschaft!* Meine lieben Freunde, nicht Volksherrschaft; denn Volksherrschaft kann niemals identisch sein mit Dummheit. Mein lieber Freund, du wirst nicht behaupten wollen, daß dein Ziel ist, ein Volk durch die Dummheit regieren zu lassen, du wirst auch nicht behaupten können, daß deiner Meinung nach die Dummheit besonders geeignet sei, ein Volk zu regieren, du kannst aber noch viel weniger leugnen, daß dein demokratisches System zwangsläufig die Dummheit zum Regiment erhebt. Das ist das erste.

2. *Internationalismus!* So wie du die Bedeutung der Person beseitigst, beseitigst du die Bedeutung des Blutes, der Rasse. Du sagst, ob Goethe oder Johannes Mayer, ist vollkommen einerlei. Es gibt keine Größe! Wenn sich 10 zusammentun, so sind das mehr als einer, und wenn sich hundert zusammentun, sind es hundertmal mehr. Was heißt Staatsmann? Wenn ein Mensch 70.000 Stimmen bekommt[30], ist er ein Staatsmann (Heiterkeit), denn sonst hätte er die 70.000 Stimmen nicht bekommen. Was heißt Armeeführer? Wenn einer mit Majorität gewählt ist, ist er ein Armeeführer; denn sonst wäre er nicht gewählt worden. Mit anderen Worten also: *Kampf gegen die Person!* Und wenn du die Person vernichtest, ist es logisch, daß, wenn unter den Personen kein Unterschied ist, noch weniger ein Unterschied sein kann zwischen Völkern. Ob Neger oder meinetwegen Schwede, ist einerlei. Hundert Neger sind mehr als zehn Schweden. Und umgekehrt sind hundert Schweden mehr als zehn Neger. Sonst sind sie aber vollkommen gleich. Alle Menschen sind gleich bis zum Papua herunter! Das plapperst du in deinem Irrsinn nach, lieber Genosse, und siehst nicht, wie hinter dir der Jude steht, der sich wälzt vor Lachen über deine Narrheit. (Lebhafter Beifall.) *Der denkt nicht daran, daß vielleicht er auch auf der Stufe der Papuas stehen könnte. Nach seinem Willen sollst du zum Bastard werden, und er ist dann dein Herr.*

---

30 Um ein Reichstagsmandat zu erlangen, mußte ein Kandidat 60.000 Stimmen auf sich vereinigen. Vgl. Reichswahlgesetz vom 6.3.1924, §§ 30-32, RGBl. 1924, I, S. 162.

Und das Mittel zu dem allen heißt dann Klassenkampf. Klassenkampf, das heißt Terror im Innern gegen die, die nicht der gleichen Überzeugung sind, und weiter Lüge und Verleumdung u[*nd*] bewußte Volksverdummung; Volksverdummung, indem man die Angehörigen des Volkes von den natürlichen Bedürfnissen ihres Lebens geistig entfernt, indem man ihnen das *Verständnis für die Lebensvoraussetzungen* raubt und statt dessen ihr Gehirn vollstopft mit lauter blödsinnigem, spintisierendem Zeug, mit lauter Ismen. Jeder ratscht das Alphabet herunter, das ihm eingetrommelt wird, und wenn du einen fragst, "Genosse, was heißt denn das, [*was*] verstehst du unter dem, unter dem, was du sagst", so gibt er zur Antwort, "das habe ich gelesen". Denken könnte er das ja gar nicht. Man gibt ihm Fremdworte, damit er selbst nicht denken kann. Würde man ihm das deutsch sagen, so käme er vielleicht zu der Ansicht, halt, jetzt verstehe ich das, das ist ja Blödsinn. So aber sagt er sich, "Du sagst 'Proletarier', an sich weiß ich nicht, was das ist, aber wenn du sagst, es ist ein Ehrenbegriff, dann bin ich Proletarier, und wenn es heißt, Proletarier aller Länder vereinigt euch [31], gut, wir vereinigen uns, wir Proletarier aller Länder vereinigen uns, gleichgültig, ob Chinesen oder Hottentotten oder Zulukaffern, alle Proletarier vereinigen sich." Lieber Freund, unser lieber Herrgott hat ganz genau gewußt, warum er nicht selbst diesen Stall gemacht hat. Er hätte es tun können. Glaube nicht, daß du dazu da bist, die Natur zu korrigieren! (Stürmischer Beifall.)

Diese Lehre, die in Deutschland die Völkerzerstörung betrieb, ist dabei nur ein Werkzeug in der Hand des internationalen Juden. Geistig wird unser Volk verpestet und vergiftet durch die Freimaurerei. Die breiten Massen werden zerstört durch die Presse, und als Gewaltmittel hat oder vielmehr hatte dann der Marxist die Straße, denn auf die Straße sind unterdessen wir Nationalsozialisten getreten. (Beifall.)

Die Bekrönung dieses ganzen Denkens heißt dann für den Marxismus Diktatur des Proletariats. Nun, wenn 70.000 Menschen schon schwerlich einen genialen Staatsmann wählen können durch ihre Stimmzettel, so können sie noch viel schwieriger diktieren, sondern es ist selbstverständlich, *daß nur die diktieren, die sich schlauerweise in den Besitz des willigen Werkzeugs dieser 70.000 Menschen gesetzt haben.* Es diktieren also diejenigen, die den 70.000 tatsächlich das Material für ihr Denken liefern und für ihr Handeln, und das sind die Fabrikanten der öffentlichen Meinung, sind in Wirklichkeit die Inhaber der Presse, die die öffentliche Meinung machen, *in Wahrheit also das Großkapital, das dahintersteht, und damit immer wieder der internationale Weltjude.* So handelt in Wirklichkeit der Jude nur, wie er handeln muß. Er braucht dazu nicht befohlen zu werden, er handelt gemäß seinem Blut, und sein Handeln führt naturnotwendig zur Zerstörung der anderen.

Da müssen wir allerdings sagen, eine Lehre, die so zum Instrument eines anderen Volkes wird, die so sehr das eigene Volk zerstört, so sehr ein Volk untergräbt, eine solche Lehre müßte ausgerottet werden und zwar restlos. (Zurufe, sehr richtig.)

Da ist es staunenswert zu sehen, welche Haltung diese Lehre zur sogenannten Wehrfrage einnimmt. Es ist wieder bemerkenswert, daß die Hauptschriften, die von dieser Seite aus zur Wehrfrage Stellung nehmen, fast nur von Juden redigiert sind. Es scheint fast so, daß das Proletariat, das doch sonst an die Majorität glaubt, in seiner Majorität nicht fähig ist, eine solche

---

31 Schlußsatz des 1848 veröffentlichten Manifests der Kommunistischen Partei von Karl Marx und Friedrich Engels.

Frage zu behandeln, sondern nur die auserwählten Juden, Herr Professor *Max Adler* [32] - meist sind diese Adler Lämmergeier (Heiterkeit) - Herr *Paul Levi* [33], auch so ein Löwe vom Libanon, Herr *Kurt Rosenfeld* [34], Herr Seydewitz [35] - den kenne ich nicht - und Herr Ströbel [36] - das wird wohl der Renommiergoy [37] sein. (Heiterkeit.) Ich lese nur die Namen herunter von der interessanten Schrift

"Sozialdemokratie und Wehrproblem" [38].

Es ist eine von der Sozialdemokratie höchst selbst herausgegebene Broschüre über die Stellung der Sozialdemokratie zum Wehrproblem mit einer ganz besonderen Ergänzung "Wehrhaftigkeit und Sozialdemokratie" von Dr. Paul Levi. Ich meine, daß ja diese Herren das Wehrproblem alle genau kennen müssen, schon von ihren Fronterfahrungen her. (Heiterkeit - Beifall.) Wenn nun die Sozialdemokratie tut, als ob sie überhaupt eine bestimmte Einstellung zu einem Wehrprogramm hätte, so ist das an sich schon eine Lüge. Sie hat überhaupt keine "Einstellung", sondern kennt nur eines, Zerstörung aller Wehrkeime, Wehrzellen, Wehrformationen, Wehrorganisationen, die ihr in den Weg kommen, solange sie nicht in der Hand des Judentums sind. Das ist ihre einzige Aufgabe, ihr Wehrmachungsprogramm ist an sich schon lächerlich, weil ich selbstverständlich doch nicht ein Volk wehrhaftig [*sic!*] machen kann, wenn ich es innerlich zerstöre. Die Sozialdemokratie braucht nicht zu erklären, daß sie den Ausdruck organisierte Wehrkraft nicht will, daß sie keine organisierte Wehrmacht will. Ihre Tätigkeit im Volksinnern zerstört ja an sich die Basis jeder Wehrkraft, zerstört die Nation, das Volk an sich. Prüfen Sie doch einmal, was der Marxismus heute in Deutschland an Volkszerstörung vollbringt! Sie können prüfen, was Sie prüfen wollen, jede Handlung dieser Partei zerstört ir-

---

32 Max Adler (1873-1937), Universitätsprofessor, 1896 Dr. jur., 1919 Privatdozent für Gesellschaftslehre an der Universität Wien, 1920-1923 Abgeordneter im österreichischen Nationalrat, 1921 außerordentlicher Professor der Soziologie an der Universität Wien.

33 Paul Levi (1883-1930), Rechtsanwalt, 1905 Dr. jur., Mitglied des Spartakusbundes, 1918/19 Mitbegründer der KPD, 1919 Vorsitzender der KPD, 1921 Parteiausschluß, 1920-1930 MdR (KPD, 1922 USPD, später SPD).

34 Kurt Rosenfeld (1877-1943), Rechtsanwalt, 1899 Dr. jur., 1910-1920 Stadtverordneter in Berlin (SPD, 1917 USPD), November 1918 bis Januar 1919 preußischer Justizminister, 1919/20 MdL in Preußen, 1920-1932 MdR (USPD, 1922 SPD), 1931 Ausschluß aus der SPD, 1931 Mitbegründer der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), 1933 Emigration.

35 Max Seydewitz (1892-1987), Schriftsetzer, 1919-1920 Chefredakteur der "Volksstimme" Halle, 1920-1931 Chefredakteur des "Sächsischen Volksblatts" Zwickau, 1924-1932 MdR (SPD), 1927-1931 Chefredakteur und Mitherausgeber von "Der Klassenkampf - Marxistische Blätter", 1933 Emigration.

36 Heinrich Ströbel (1869-1944), Journalist, 1900-1916 Redakteur des "Vorwärts", November 1918 bis Januar 1919 Kabinettschef der provisorischen preußischen Regierung (USPD), 1924-1932 MdR (SPD), 1931 Übertritt zur SAP, im gleichen Jahr Wiedereintritt in die SPD, 1933 Emigration.

37 Goy. Hebräisch: Nichtjude.

38 Sozialdemokratie und Wehrproblem. Vorschläge für Programmformulierungen zu dem Wehrproblem, herausgegeben vom "Klassenkampf", Herausgeber: Prof. Dr. Max Adler, Dr. Paul Levi, Dr. Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz, Heinrich Ströbel, Leipzig o. J. [1929] (Sonderheft Der Klassenkampf - Marxistische Blätter). Vgl. Dok. 2, Anm. 9.
Die Broschüre enthielt die Forderungen des linken Parteiflügels der SPD zu einem Wehrprogramm und wurde auf dem Parteitag in Magdeburg (26. bis 31.5.1929) beraten und in veränderter Form als "Richtlinien zur Wehrpolitik" mit 242 gegen 147 Delegiertenstimmen angenommen. Vgl. Rainer Wohlfeil, Heer und Republik. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 3/VI, München 1979, S. 144 f.

gend etwas an der Kraft unseres Volkes. Ob das die Einstellung dieser Partei, sagen wir, zur Jugenderziehung ist oder sagen wir besser, zur Jugendvergiftung, ob das Programm dieser Partei etwa Stellung nimmt zur Frage der Volksvermehrung, ob sie Stellung nimmt zu den Problemen Kunst, Theater, Literatur, ob sie Stellung nimmt zur eigenen nationalen Wirtschaft, zur Substanz unserer Wirtschaft, ganz einerlei, wo Sie hinsehen, das Programm heißt immer planmäßige Zerstörung und Vernichtung auf allen Gebieten. Man braucht dabei schon gar nicht mehr zu sagen, daß diese Partei wehrpolitisch negativ eingestellt ist. *Sie muß es ja sein, weil sie zunächst innerlich ja alles vernichtet, weil sie die Basis jeder Wehrpolitik unterhöhlt, nämlich das gesunde eigene Volkstum.* Es ist auch nicht verwunderlich, wenn die Sozialdemokratie vor allem gegen das besonders Stellung nimmt, was vielleicht rückwirkend Widerstand gegen die Zerstörung des Volkstums ausüben könnte. Daher auch einst der gewaltige Kampf gegen das alte deutsche Heer [39].

Das haben so viele unserer höchsten Reichswehroffiziere doch anscheinend heute vergessen, daß die deutsche Sozialdemokratie 50, 60 Jahre lang ihr Wehrprogramm praktisch ausgeübt hat und so lange ausübte, bis endlich die deutsche Armee zusammenbrach [40].

Man sage nicht, "das war nur ein Teil"! Nein! wenn Sie sagen, daß das, was heute da ist, doch ein Beweis dafür ist, daß nicht alle Sozialdemokraten den Standpunkt einnehmen, so kann ich nur zur Antwort geben, den heutigen Staat erkennt die Sozialdemokratie ja gar nicht als ihren Staat an. Die sagt dauernd, "das ist ein bürgerlicher Staat". Sie hat ihr Ziel nicht aufgegeben, sondern erklärt in ihrem Wehrprogramm ausdrücklich, daß der Kampf gegen den Staat ihr Programm ist, und zwar sagt sie, daß der Kampf, wenn notwendig, mit allen revolutionären Mitteln der Straße durchgeführt werden muß [41]. Das ist ja auch ganz selbstverständlich. Diese Partei wird solange in den Parlamenten herummurxen, solange sie auf diesem Wege die Nation vernichten zu können glaubt. Sowie sie sieht, daß sich dort gegnerische Majoritäten bilden, wird sie wieder auf die Straße gehen, sie wird dann mit allen Mitteln wieder überall zersetzen, wie sie das schon 60 Jahre lang vorher gemacht hat, und es gehört der gänzlich unpolitische Blick der höchsten Reichswehrspitzen dazu zu glauben: Paul Levi schreibt nur so, er ist vielleicht doch im Inneren ein geheimer Militarist. (Heiterkeit.) Das ist jener Glaube, der nicht erschüttert wird, bis die Tatsachen andere sind. Und dann, ja dann muß man sich wieder umstellen.

Auch der Kampf gegen die alte Staatsform ist nur zu verstehen aus dem Bestreben heraus, das ganze alte Reich, die Basis unseres Volkes, die Quelle unserer Kraft langsam zu vernichten. Dabei fühlte man noch, daß dort eine besondere Gefahr lag, insofern, als Kaiser und Heer

---

39 Zum Verhältnis zwischen SPD und Heer im Kaiserreich vgl. Höhn, Sozialismus und Heer, Bd. II sowie Butterwegge/Hofschen, Sozialdemokratie, Krieg und Frieden, S. 13 ff., 50 ff.

40 Bereits am 28.9.1918 forderte der Erste Generalquartiermeister der OHL, General Erich Ludendorff, von der Reichsregierung ultimativ, Waffenstillstandsverhandlungen mit den Alliierten aufzunehmen, da die Armee nicht länger in der Lage sei, Widerstand zu leisten. Das deutsche Waffenstillstandsangebot vom 3.10.1918 erfolgte für die deutsche Öffentlichkeit überraschend und trug zur Beschleunigung des militärischen Zusammenbruches und zum Ausbruch der Revolution bei, die Ende Oktober, Anfang November 1918 mit Meutereien der kaiserlichen Flotte begann. Zu Ursachen und Umständen des Zusammenbruchs vgl. Peter Graf Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1968, S. 654 ff. sowie Dok. 3, Anm. 19.

41 Vgl. Sozialdemokratie und Wehrproblem, S. 18 f.

identische Begriffe waren und noch zusammengehörten [42]. Das mußte durchschnitten werden, das durfte nicht sein. Politik und Wehrmacht müssen getrennt, vollkommen getrennt werden, d. h., die Politik wird von Gaunern gemacht, und an die Spitze der Wehrmacht müssen unpolitische Köpfe treten, gänzlich unpolitische Köpfe. Dann allein kann das Gaunertum ein Volk mit aller Seelenruhe beherrschen, dann hat das Gaunertum die offiziellen Machtmittel zur Seite, dann kann das Parteitum eine Nation zugrunde richten. Unpolitische Offiziere und geriebene Parlamentarier als Repräsentanten eines Volkes! So kann dann das Ziel, das der Jude sich gesteckt hat, am ehesten erreicht werden.

Der Mißbrauch der "unpolitischen Reichswehr" durch Marxisten und Demokraten
Ein Appell an das deutsche Offizierskorps

Was wir heute erleben, ist die Folge von Fehlern, die immer wieder begangen wurden. Im Jahre 1918/19 mußte man die Reste der alten Armee, die sich zur Verfügung stellten, zur Niederschlagung des Aufruhrs einfangen, und man hat sie eingefangen

für Ruhe und Ordnung

im Dienste der Erhaltung des kleineren Übels für den neuen Staat [43]. Nun, da langsam die Quellen der Unordnung und Unruhe zugestopft werden, d. h., das Volk teils zermürbt ist, teils in den Gefängnissen liegt, kann man langsam das Instrument für Ruhe und Ordnung abbauen, bzw. so verwandeln, daß es später seiner Mission mehr und mehr gerecht wird. Da kann ich zunächst nur eines sagen: *Wer hat einst das alte Reich zerstört? Das ist eine Gewissensfrage, die meiner Überzeugung nach ein Offizier von Ehre nicht anders als wahr beantworten kann. Wer hat es zerstört? Der Marxismus! Und heute glaubt man, mit ihm regieren zu können!* Glauben Sie mir, es ist entsetzlich, wenn Offiziersehre sich nicht mehr deckt mit dem höchsten Ehrbegriff an sich. (Lebhafter Beifall.) Wir sind keine Offiziere. Ich war nur gewöhnlicher Musketier [44]. *Aber ich kenne keine Versöhnung und keine Verständigung mit Verrätern und mit Vernichtern des Vaterlandes. (Stürmischer Beifall.) Wir wollen uns mit ihnen nicht versöhnen, wollen nicht teilhaben an ihrer Herrschaft, sondern wir wollen nur vor der Geschichte die Mission erfüllen, die erfüllt werden muß, nämlich, daß jede böse Tat einmal ihre Sühne finden muß.* Sowie überhaupt der Offizier hier ins Wanken geraten kann, sowie er überhaupt nur glaubt, sich auf irgendeiner mittleren Linie mit den Zerstörern des Vaterlandes, die er tausendfältig vor sich enthüllt und entlarvt sehen muß, vielleicht doch treffen zu können, sowie er das tut, verläßt er seine Stellung. Im selben Augenblick setzt er sich selbst herunter, im selben Augenblick bricht etwas zusammen, was früher fast graniten und unerschütterlich schien, im selben Augenblick verliert er den Nimbus, den er früher hatte, wird er vielleicht reif, an parla-

---

42 Kaiser und Armee hatten eine hervorgehobene verfassungsrechtliche Stellung zueinander. Artikel 63 der Reichsverfassung von 1871 übertrug dem Kaiser die Kommandogewalt über die Streikräfte, darüber hinaus verfügte er über ein parlamentsunabhängiges Militärverordnungsrecht. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte. Bd. IV, S. 515 ff.

43 Vgl. Dok. 3, Anm. 20.

44 Hitler war am 16.8.1914 als Kriegsfreiwilliger in das Rekruten-Depot VI des 2. bayerischen Infanterie-Regiments eingetreten und am 1.9.1914 in die 1. Kompanie des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 16 (List) versetzt worden. Am 3.11.1914 wurde er zum Gefreiten befördert, am 31.3.1920 endgültig aus dem Militärdienst entlassen. Vgl. Anton Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989, S. 99 ff.

mentarischen Diners teilzunehmen, wird er reif, bei einem diplomatischen Zirkel angesprochen zu werden, wird er vielleicht reif, von einem Sowjetbotschafter eingeladen zu werden. *Ja, aber je mehr er an solchen Ehren teilnimmt, um so mehr entfernt er sich vom Herzen seines Volkes, das allein ihm die Kraft geben kann und das allein ihn zu schützen und zu decken vermag, ihm aber auch allein, wenn es nötig ist, die Menschen gibt, die ihm zu dienen gewillt sind, um das zu erfüllen, was er eigentlich erfüllen sollte, und für was er da wäre.*

Die deutsche Reichswehr

Sie ist einst entstanden in den Jahren 1918/19 und [19]*20 und nicht etwa aus Soldatenratsformationen, sondern diese deutsche Reichswehr, sie ist damals entstanden aus deutschen Soldaten, die sich innerlich wiedergefunden haben, die gegen den Saustall Stellung genommen haben.* (Beifall.)

Wenn Sie nun sagen, sie sei doch für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung entstanden, meine sehr geehrten Herren, so nehmen Sie Stellung für das, was Ihnen damals als recht erschien; denn leider waren Sie ja auch damals "unpolitisch".

Wären die Freikorps 1919 nicht unpolitisch gewesen, sondern hätten sie bewußt nationale Politik getrieben, dann wäre Deutschland heute nicht da, wo es heute ist, dann hätte diese Menschenmenge, die ihr Blut einsetzte, das Schicksal des Reiches in seine Hand nehmen können, und das wären dann Volksbeauftragte gewesen, nicht jene, die sich damals dazu gemacht haben; denn Volksbeauftragter ist in meinen Augen der, der die höchste Aufgabe einer Nation erfüllt, nämlich sein Blut einsetzt und nicht der, der zu Hause seine Nation verjobbert [*sic!*]. (Lebhafter Beifall.) Aber schon damals hatten sie keine politische Idee, und was die Freikorps nicht hatten, hatten dafür ihre politischen Befehlshaber, die hatten eine politische Idee und haben sie in eine entsprechende Form gebracht; und wieder sind Tausende von jungen deutschen Menschen für dieses ganze schmierige Parteipack gefallen, und ihr Tod bewirkte nur, daß das Regiment der Unfähigkeit stabilisiert wurde, das wir zur Zeit vor und über uns sehen.

Das war das positive Ergebnis des unpolitischen Charakters der Reichswehr.

Dann ist dieses Instrument wieder in eine bestimmte Form gekommen, hat sich auf Grund des Friedensvertrages eine bestimmte Stärke beigelegt [45], hat wieder eine bestimmte Schulung vorgenommen, wurde langsam wieder diszipliniert und stand dabei immer wieder vor der Frage, sollen wir politisch denken, oder dürfen wir nicht politisch denken, und hat schließlich nie politisch gedacht [46].

So können wir die Tatsache erleben, daß in der Zeit, in der unser Volk eine organisierte Wehrmacht von 100.000 Mann hatte, die politische Entwicklung im Innern katastrophal nach unten ging.

Man spreche sich nicht frei von Schuld! Es gibt keine Armee, die nur Selbstzweck hätte, sondern ihr Zweck heißt, Dienst an der Nation. Mit hunderttausend Mann kann man natürlich nicht Krieg nach außen führen, aber die Nation kann eine solche Armee in jenen Zustand brin-

---

45 Artikel 160 des Versailler Friedensvertrages legte die Stärke des Heeres auf 100.000 Mann, Artikel 183 die Stärke der Marine auf 15.000 Mann fest. Druck: RGBl. 1919, S. 919, 943.

46 Anspielung auf die vom Chef der Heeresleitung, Hans von Seeckt, bewußt geförderte unpolitische Haltung der Reichswehr. Vgl. Schüddekopf, Heer und Republik, S. 67 ff.

gen, der ihr einmal wieder die Macht gibt, das Schicksal zu verteidigen. Sie sagen, "wir sind nur dazu da, daß wir Ruhe und Ordnung erhalten" [47]. *Ich frage Sie: ist das Ruhe, was Sie beschützen? Heißen Sie das Ordnung, was Sie beschirmen?* Die Weltgeschichte wird das einmal anders bezeichnen.

Es gibt einen anderen Staat, in dem die Armee über diese Notwendigkeiten eine andere Auffassung gehabt hat. Das war in dem Staat, in dem im Oktober 1922 sich auch eine Schar anschickte, die Zügel des Staates aus den Händen der Verderber zu nehmen [48], und da sagte die italienische Armee nicht, "wir sind nur dazu da, Ruhe und Ordnung zu bewahren", sondern sie sagte, wir sind dazu da, dem italienischen Volk die Zukunft zu erhalten [49]. (Stürmischer Beifall.) Und die Zukunft liegt nicht bei den Parteien der Destruktion, sondern bei den Parteien, die in sich tragen die Kraft des Volkes, die bereit sind und sich verpflichten wollen, mit dieser Armee eines Tages auch für die Interessen des Volkes einzutreten. Dagegen sehen wir bei uns die höchsten Reichswehrspitzen noch heute nachträglich sich über den Gedanken abquälen, inwieweit man mit der Sozialdemokratie zusammengehen kann. Ja, meine sehr verehrten Herren, glauben Sie denn wirklich, daß Sie sich mit einer Weltanschauung überhaupt nur berühren können, die ihrem inneren Wesen nach die Auflösung dessen bedingt, was Sie als Voraussetzung für den Stand einer Armee brauchen? Sie brauchen zunächst ein Volk, das gesund ist. Sie als Offiziere können nicht sagen, uns ist das gleich, wie die Nation aussieht, ob sie vergiftet oder verpestet ist, ob sie an Gott glaubt oder nicht, ob sie ein Ideal vor sich hat oder nicht, uns ist es gleich, ob junge Menschen geboren werden oder nicht. Das können Sie nicht sagen. Sie brauchen das alles, sonst ist Ihre ganze Tätigkeit nur oberflächlich, nur Scheintat.

Sie können zweitens auch nicht sagen, uns ist es gleich, ob wir am Ende eine Demokratie haben oder nicht. Meine Herren, *Gesetze sind entweder richtig, oder sie sind nicht richtig.* Führen Sie die Demokratie bei Ihnen ein! Der Marxismus verlangt die Demokratisierung der Armee, die Einführung parlamentarischer Methoden in der Armee. Ist Ihnen das gleich? *Wenn Sie wirklich nur an den Zweck des Heeres denken, können Sie sich nicht zusammensetzen mit einer Organisation, deren innerste, rein geistige Verfassung schon, ich möchte sagen, dem Wesen jedes Heeres widerspricht. Sie brauchen die Autorität der Person, und der Marxismus braucht die Autorität der Masse. Und Sie brauchen Köpfe, und der Marxismus braucht Zahlen. Sie brauchen Gehorsam, und der Marxismus predigt Widerstand. Sie brauchen Disziplin, und der Marxismus predigt Zerfall, Wirrnis. Sie brauchen Kameradschaft, und der Marxismus predigt Klassenhaß.*

Kämpfen Sie doch mit marxistischen Formationen! Ja, es ist entsetzlich, wir wissen es alle. Der Reichswehrgeneral, der vielleicht glaubt, politisch mit den Marxisten zusammengehen zu können, weiß ganz genau, daß, wenn seine Truppen aus Überzeugung zum Marxismus stünden, er nicht mehr General sein würde. (Beifall.)

Zum Kämpfen sieht er sie nicht, die Marxisten. Er weiß auch ganz genau, er kann sie nicht brauchen. *Und wenn heute der Appell an das Volk kommt zur Ausführung einer Tat, dann*

---

47 Vgl. Dok. 3, Anm. 39.
48 Anspielung auf Mussolinis "Marsch auf Rom" vom 27. bis 28.10.1922.
49 Vgl. Anm. 19.

wird dieser Appell, wenn die Tat Blut erfordert, nicht mit dem Sprachrohr nach links ausgestoßen, sondern dann erinnert man sich plötzlich wieder der anderen Seite. Die Marxisten predigen den Pazifismus nach außen, predigen den Pazifismus als Weltanschauung [50]. *Kämpfen Sie doch mit den Bataillonen des Pazifismus! Wenn dieser die Religion des jungen Heeres wird, werden Sie napoleonische Taten nicht vollbringen!* Ich glaube, der General, der heute noch sich mit dem Gedanken beschäftigt, mit dem Marxismus irgendwie sich verständigen zu können, hat infolge seines unpolitischen Denkens keine Ahnung,

daß Marxismus und Heer, Marxismus und Heeresgedanke, ja Marxismus und Soldatengedanke vollkommen weltenfern getrennte Dinge sind

und daß das Dasein des Einen zur Vernichtung des Daseins des Anderen führt. Entweder man hat einen gesunden Staat mit einer wirklich wertvollen Heeresorganisation, dann heißt das Vernichtung des Marxismus, oder man hat einen blühenden marxistischen Staat, dann heißt das Vernichtung einer Heeresorganisation, die höchsten Zwecken dienen kann.

Das landesverräterische "Wehrprogramm" der Sozialdemokraten

Sie sehen, das wahre Gesicht der Sozialdemokratie, das nie geändert werden kann, es zeigt sich auch hier in diesem Wehrprogramm.

"Keinerlei Mobilisierung ohne Parlamentsbeschluß, parlamentarische Kontrolle der Reichswehr!" [51] Da danke ich. Ich bin nicht Offizier, aber von einem Parlamentarier mich kontrollieren zu lassen, würde ich ablehnen (Beifall), denn was heißt Parlamentarier? Von Dokumentendieben, von Vaterlandsverrätern, von Dokumentenverrätern [52] lassen Sie sich kontrollieren! (Beifall.)

"Herabsetzung der Ausgaben für den Wehretat!" [53] Ja, das ließe sich hören, wenn das paritätisch vorgenommen würde, wenn angefangen vom Gehalt des Chefs der Reichswehr eine Herabsetzung erfolgen würde. Vielleicht würde das erzieherisch von ausgezeichneter Wirkung sein. Da es sich aber hier um die Herabsetzung jener Mittel handelt, die die Armee braucht, um überhaupt bestehen zu können, muß ich erinnern an die Erfahrungen des Jahres 1914, da Sie doch alle genau wußten, was es bedeutet, daß der Reichstag uns schamlos jahrzehntelang die Mittel zur Ausbildung der Jugend verweigerte, so daß die Jugend als wehrloses Kanonenfutter vor den Feind getrieben wurde [54].

---

50 "In der kapitalistischen Epoche trägt jeder Krieg stets den Charakter des herrschenden Imperialismus. Deshalb *lehnt* die Sozialdemokratie *jeden Krieg ab*, mag er auch bei seinem Beginn als Verteidigungskrieg oder als Krieg zum Schutze der Neutralität bezeichnet werden." Vgl. Sozialdemokratie und Wehrproblem, S. 14.

51 Vgl. ebenda, S. 31.

52 Die geheime Panzerkreuzerdenkschrift des Reichswehrministeriums war in nur in wenigen Exemplaren an Reichstagsabgeordnete abgegeben worden, aber dennoch in einer Übersetzung in der englischen Zeitschrift "Review of Reviews" vom 15.1.1929 erschienen. Vgl. "Das Panzerschiff" vom November 1928. Teildruck: Schüddekopf, Heer und Republik, S. 251-254.

53 Vgl. Sozialdemokratie und Wehrproblem, S. 31.

54 Bis 1912 strebte die Reichsregierung einschließlich des Kriegsministeriums eine volle Ausschöpfung der Wehrkraft nicht an. Bei Kriegsausbruch 1914 waren daher von 10,4 Millionen 20 bis 45jährigen Wehrpflichtigen 5,4 Millionen militärisch nicht ausgebildet. Vgl. Wiegand Schmidt-Richberg, Die Regierungszeit Wilhelms II. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Bd. 3/V, S. 52.

"Abschaffung der Kriegsflotte!" [55] Was heißt das? Das ist eine Verneigung vor Sowjetrußland. Die Kriegsflotte soll überhaupt weg, damit die Ostsee vollkommen frei und ungedeckt ist, und damit vor allem Ostpreußen verlorengeht. Das ist das Ziel. (Zuruf: Lumpenbande.)

"Verbot der Wehrverbände!" [56] Weshalb? Weil man genau weiß, wenn heute die Stunde der Not kommt, aus dem Reichsbanner bekommt das Heer für die ärgsten Entscheidungen keine Rekruten. (Heiterkeit.) Man fürchtet nur, daß für die großen Generalauseinandersetzungen, sei es im Innern oder nach außen, vielleicht noch die Wehrverbände in Frage kommen könnten. *Vor allem sind sie aber die Träger des Geistes von einst.* In ihnen lebt noch etwas wie Tradition, und eine Organisation, die demokratisch ist, kann nicht Traditionen wünschen.

"Änderung des bestehenden Rekrutierungssystems, Einstellung der körperlich Tauglichen durch Auslosung!" [57] (Heiterkeit.) Nicht nur der fähige Staatsmann wird also ausgelost, sondern auch der Soldat wird künftig ausgelost!

"Wahl einer Personalvertretung durch die Soldaten zum Schutz ihrer Rechte, Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Soldaten!" [58]

Es ist bemerkenswert, daß es Reichswehroffiziere, höchste Reichswehroffiziere gibt, die sehr wohl sagen, "wir können mit dem Marxismus zusammengehen" [59], dabei aber selbst sehr dafür sind, daß ihre Truppe nicht die staatsbürgerlichen Rechte ausübt [60]. Wir wären einverstanden damit, wir wären einverstanden, weil wir überzeugt sind: *Wenn heute eine Armee, in der nicht Charakterlosigkeit Trumpf ist, sondern Ehre, die staatsbürgerlichen Rechte erhält, dann steht sie eines Tages im Lager der Nation.*

"Demokratisierung des Disziplin[*ar*]*rechts und des Militärstrafrechts!"* [61] Demokratisierung des Militärstrafrechts? Ein Militärstrafrecht kennen wir praktisch nicht [62]. Aber Demokratisierung des Disziplinarrechts - ich weiß nicht, vielleicht kommt als Berufungsinstanz dann ein parlamentarischer Ausschuß mit Herrn Levi als Vorsitzenden. (Heiterkeit.)

"Planmäßige Förderung des Friedensgedankens auf allen Volks- und höheren Schulen?" [63] Besonders wichtig für die Vorbereitung zum guten Soldaten. (Heiterkeit.)

"Parlamentarische Kontrolle aller Verträge der Heeresverwaltungen!" [64] Ich glaube nicht, daß das rein destruktiven Gedanken entspringt, sondern ich glaube eher, daß dabei kommerzielle Möglichkeiten im Auge behalten werden. (Heiterkeit.) In einer Zeit, in der alles mit Prozenten gemacht wird und überall Kommissionsabgaben geleistet werden, kann man vielleicht

---

55 Vgl. Sozialdemokratie und Wehrproblem, S. 31.
56 Vgl. ebenda.
57 Vgl. ebenda, S. 34.
58 Vgl. ebenda.
59 Zur versuchten Annäherung zwischen Reichswehr und SPD Ende 1928 vgl. Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, S. 55 ff.
60 § 36 des Wehrgesetzes vom 23.3.1921 verbot aktiven Soldaten die politische Betätigung, die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Versammlungen und entzog ihnen das Wahl- und Stimmrecht. Vgl. RGBl. 1921, S. 329 ff.
61 Vgl. Sozialdemokratie und Wehrproblem, S. 34.
62 Die besondere Militärgerichtsbarkeit war am 12.8.1920 aufgehoben worden, das Militärstrafgesetzbuch galt jedoch weiter in der Fassung vom 16.6.1926. Druck: RGBl. 1920, S. 1579 ff. sowie RGBl. 1926, I, S. 275 ff.
63 Vgl. Sozialdemokratie und Wehrproblem, S. 34.
64 Vgl. ebenda, S. 38.

auch durch solche Geschäfte kleine Nebeneinnahmen für das notleidende parlamentarische Volk erschließen.

"Parlamentarische Kontrolle aller Industrien und Verkehrseinrichtungen, die zu Kriegszwecken eingesetzt werden können!" [65] Das heißt also, jedes Werk kann künftighin von so einem sauberen Ehrenmann und Dokumentenverkäufer [66] kontrolliert werden. Auch da glaube ich, wieder handelt es sich nicht so sehr um eine rein militärische Sache, als vielmehr um das Kommerzielle, um das Finanzielle. Wenn man so in allen Fabriken herumschnüffeln kann, müßte es [*sic!*] doch der Teufel holen, wenn sich nicht nebenbei Geschäfte machen ließen. (Heiterkeit, Beifall.)

"Keine Subventionen aus öffentlichen Mitteln an private Industrien, die zu illegalen Rüstungen mißbraucht werden könnten, Ablehnung der Zuwendungen für die Luftschiffahrt!" [67] Auch im maßlosen Interesse des Heeres gelegen, dieser Antrag! "Endlich: Beseitigung derjenigen strafgesetzlichen Bestimmungen, die illegale Rüstungen schützen!" [68], d. h. also,

Abbau der Landesverrats-Paragraphen [69] (Zuruf: Tät ihnen passen! - Heiterkeit.)

Meine lieben Freunde! Das ist die wahre Gesinnung des Marxismus, das ist die Gesinnung der Sozialdemokratie; denn das sind keine Kommunisten. Die gehen weiter, die sagen, den Offizieren muß der Kopf abgeschnitten werden, den Generälen zuerst. Die Kommunisten haben ein radikaleres Programm [70]. Das hier sind die "gemäßigten" Sozialdemokraten. Es ist die maßhaltende Sozialdemokratie, die dieses Programm aufgestellt hat. *Und trotzdem gibt es heute Generäle, die der Meinung sind, daß diese Partei ihnen näher stehe als die rechte Seite.*

Da kann man sich wirklich fragen, glauben die dann noch an die Aufgaben des deutschen Heeres, *oder ist für die das deutsche Heer wirklich nur noch das Vollzugsorgan des Völkerbundes, eine kleine Truppe zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern Deutschlands, damit die Sklavenkolonie in Ruhe funktioniert?*

Da mögen sich die Herrn Reichswehrgeneräle folgendes vor Augen halten:

Es liegt zum Teil mit in der Hand der Armee, welche Richtung in Deutschland siegen wird, ob der Marxismus siegen wird oder ob wir Sieger werden. Es ist nur notwendig, daß man sich über die Konsequenzen klar wird. *Siegt die linke Seite durch Ihr geniales unpolitisches Verhalten, dann schreiben Sie über die deutsche Reichswehr: "Ende der deutschen Reichswehr."* Denn dann, meine sehr verehrten Herren, werden Sie doch politisch werden müssen, dann

65 Vgl. ebenda.

66 Vgl. Anm. 52.

67 Vgl. Sozialdemokratie und Wehrproblem, S. 38.

68 Vgl. ebenda.

69 Bezieht sich auf die Diskussion des § 115 a im Entwurf des neuen Strafgesetzbuches, der in der Fassung vom 2.3.1929 lautete: "Wer ein Staatsgeheimnis in der Absicht bekanntgibt, eine nicht anders abwendbare, unmittelbar drohende, erhebliche Gefahr für den verfassungsmäßigen inneren Bestand des Reiches abzuwenden, wird mit Gefängnis bestraft. - Die Tat wird auf Verlangen der Reichsregierung verfolgt. - Der Täter ist straffrei, wenn er die Gefahr aufgedeckt oder abgewendet hat." Das Kabinett strich am 7.3.1929 die Worte "nicht anders abwendbare". Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 472 f.

70 Die KPD lehnte die Reichswehr als Ordnungselement des bürgerlichen Klassenstaates ab und plante nach dessen Beseitigung den Aufbau einer "Roten Armee". Vgl. Wohlfeil, Heer und Republik. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Bd. 3/VI, S. 142.

wird man Ihnen rote Jakobinermützen über den Kopf stülpen, und dann werden Sie sich schleunigst umstellen auf den Boden der neuen Tatsachen, dann werden Sie Kommandeur einer Organisation, die mit dem deutschen Volk nichts mehr zu tun hat, dann wird auch hier eine Truppe entstehen ähnlich der russischen Henkerarmee, die nur die eine Aufgabe hat: das eigene Volk dem Juden fügsam und willig zu machen. *Dann verzichten Sie aber auch auf das Glück einer Wiedererhebung unseres Volkes und darauf, daß der Ruhm der deutschen Reichswehr die Fortsetzung ist des Ruhmes der alten Armee.*

Nichts ist unveränderlich. Heute ist jeder deutsche Offizier noch übersonnt von dem Ruhm einer dreihundertjährigen ehrenvollen Tradition [71]. (Beifall.) Heute ist jeder deutsche Offizier noch der Repräsentant eines Standes, der früher als Ehrenstand angesehen wurde. So wie in zwölf Jahren aber das neue Regiment den Begriff Reichskanzler aus der zauberhaften Höhe eines Bismarck herunterziehen konnte auf das Niveau von heute, so genügen sechzig Jahre, ich möchte sagen, um mich nicht ungerecht auszudrücken, einer antinationalen Heeresorganisation, um den Offizier aus seiner früheren Stellung zu beseitigen und hinunterzuziehen zum Polizeiwachtmeister.

Siegt diese linke Seite, dann begraben Sie zugleich aber auch die Zukunft des deutschen Volkes. Vergessen Sie dabei jedoch eines nicht: daß das, was Rußland ertragen konnte, was dieses große Agrargebiet an Hunger zu ertragen vermochte, Deutschland *nicht* ertragen kann, und vergessen Sie auch nicht, daß die Weltgeschichte weiterrollt, und daß sie dabei vor Deutschland nicht haltmachen wird, weil Sie endlich bei der demokratisch-marxistischen Armee angelangt sind. Im Gegenteil, es wird die Stunde kommen, in der sich das Schicksal unseres Volkes vollzieht. Das sind die Aussichten, die Sie haben bei einem Sieg der linken Seite, und bilden Sie sich nicht ein, daß dort dann plötzlich eine andere Gesinnung kommen könnte. Büttel des neuen Regiments können Sie dann sein und politische Kommissare, und wenn Sie nicht funktionieren, werden Weib und Kind hinter geschlossene Riegel gesetzt, und wenn Sie dann immer noch nicht funktionieren, fliegen Sie hinaus und werden vielleicht an die Wand gestellt; denn ein Menschenleben gilt wenig bei denen, die ein Volk vernichten wollen.

Das nationalsozialistische Bekenntnis zur deutschen Aufrüstung
Heeresdienst als Voraussetzung zur Ausübung der Staatsbürgerrechte

Umgekehrt sollen Sie auch wissen, was geschieht, wenn wir siegen. Wir gehören nicht zu denen, die angsterfüllt zusammenzucken, wenn vom Wehrprogramm gesprochen wird. Wir gehören nicht zu denen, die augenblicklich es als entsetzlich ansehen, wenn der Gedanke geäußert wird, daß wir wieder Macht haben wollen. Im Gegenteil, seit 10 Jahren predigen wir, daß unser Gedanke überhaupt nur der einzige ist: Wie kommen wir wieder zur Macht. Seit 10 Jahren ist unser ganzer Gedankengang darauf gerichtet: Wie wird Deutschland wieder frei, wie bekommen wir wieder Waffen in die Faust, um das Volk aus seinen Banden zu erlösen. Das ist unser einziger Gedanke, das künden wir frei und offen an.

---

71 Im Selbstbewußtsein der Reichswehrführung besaß die Traditionspflege zentrale Bedeutung. Mit Erlaß vom 24.8.1921 regelte General Hans von Seeckt die Traditionspflege des Reichsheeres, wobei jeder Kompanie die Überlieferungspflege für einen Verband der deutschen Armee vor 1914 zugewiesen wurde. Vgl. Gustav-Adolf Caspar, Die militärische Tradition in der Reichswehr und in der Wehrmacht 1919-1945. In: Tradition in deutschen Streitkräften bis 1945, Herford 1986, S. 209-310, S. 229 f.

Wenn unsere Bewegung siegt, dann werden wir, das bekennen wir ebenso frei und offen, Tag und Nacht bemüht sein, Formationen zu schaffen, deren Bildung uns der Friedensvertrag verbietet [72]. (Stürmischer Beifall.) Wir bekennen feierlich, daß wir jeden als Schandbuben ansehen, der nicht Tag und Nacht sinnt, wie man diesen Vertrag durchlöchern kann. *Wir haben ihn nie anerkannt und werden ihn niemals anerkennen.* (Lebhafter Beifall.) Sollte uns die Macht der Gegner zwingen, ihn mit schwarzer Tinte erneut anzuerkennen, so würde uns das nie entbinden von der Überzeugung, *daß es etwas gibt, was höher steht als alle Verträge, als alle Unterschriften: das Leben unseres Volkes.* (Lebhafter Beifall.)

Wir bekennen deshalb, daß für uns die deutsche Reichswehr in ihrer jetzigen Form nichts Dauerhaftes sein kann. Für uns wird sie einmal die große Kaderarmee sein, das Offiziers- und Sergeanten-Depot. Im übrigen werden wir aber ununterbrochen sinnen, die Kader aufzufüllen, sei es auf dem oder jenem Weg [73].

Wir legen uns heute nicht fest, sondern werden, das gestehe ich offen, jeden Weg gehen, der die Waffen stärkt, ihre Zahl vermehrt und die Kräfte unseres Volkes erhöht. Jeden Weg werden wir gehen. Ich bekenne weiter, daß wir jeden zermalmen werden, der es wagt, uns daran zu hindern. Und wenn die Herren von links heute hoffen, daß die Landesverratsparagraphen verschwinden [74], so mögen sie sich beeilen, daß sie dereinst nicht unter den einzigen Paragraphen fallen, den wir aufsetzen werden:

Wer nur an Landesverrat denkt, stirbt.

(Stürmischer Beifall.) *Die Diskussionen werden wir einmal blitzschnell abbrechen, was und wie weit etwas unter Strafe fällt* (Zuruf: An die Wand!), *und zwar selbstverständlich im nationalsozialistischen Staat mit seinen legalen Mitteln.*

Wir bekennen weiter, daß für uns dann dieses neue Heer wieder die große Erziehungsschule sein wird, die aus den jungen Menschen, ja selbst aus Taugenichtsen und leichtfertigen Burschen wieder Männer machen kann. (Beifall.) Wir bekennen, daß dieses Heer für uns einst die große Schule sein wird, um diesen Deutschen ihren Standesdünkel und Klassenwahn auszutreiben. (Beifall.) *Der gleiche Rock, das gleiche Futter, die gleichen Aufgaben und die gleiche Disziplin soll alle zusammenfügen und in ihnen mit das erzeugen, was wir wünschen: das Ende des heutigen Klassen- und Parteistaates und den Beginn eines neuen deutschen Volksstaates.*

Wir Nationalsozialisten machen weiter kein Hehl daraus, daß für uns das Staatsbürgerrecht überhaupt nicht etwas ist, was man durch Geburt allein erwirkt [*sic!*]. *Wohl ist das Blut die Voraussetzung, aber der Dienst im Heer ist die Erfüllung.*

Staatsbürger wird nur, wer als Soldat seiner Pflicht am Volkstum genügt hat.

Wer diese Pflicht nicht auf sich nimmt, kann nie Staatsbürger sein. (Beifall.) An dem Tag, an dem der junge Soldat das Tor der Kaserne verläßt, erhält er zwei Dokumente: ein ärztliches Zeugnis, das ihm gestattet, sich ein Weib zu nehmen, und ein Diplom, das ihn zum Staatsbür-

72 Für Anzahl und Stärke militärischer Formationen waren im Versailler Friedensvertrag Obergrenzen festgelegt. Militärische Ausbildung außerhalb der Reichwehr war verboten. Die Aufstellung von Milizformationen oder Bildung einer Reserve sollten damit verhindert werden. Vgl. RGBl. 1919, S. 919 ff.

73 Zur Wehrtheorie der NS-Bewegung vor 1933 vgl. Wolfgang Sauer, Die Mobilmachung der Gewalt, Bd. III: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Frankfurt a. M. 1974, S. 85 ff.

74 Vgl. Anm. 69.

ger macht. (Beifall.) Nicht Geld und nicht Gut sollen entscheiden können über diese Ehre, und wir wollen damit ausrotten die Auffassung von jetzt, diese echt marxistische und im Grunde genommen jüdisch-kapitalistische Auffassung des jetzigen Staates, das Staatsbürgerrecht könne irgendwie mit Geld erkauft werden [75].

Weiter sollen damit unsere jungen Deutschen auch wieder zu einer inneren Frömmigkeit gebracht werden. Der Heeresdienst, er soll den jungen Menschen angesichts der schweren Zukunft erziehen zur Frömmigkeit, nicht zur pazifistischen, sondern erziehen dazu, wenn notwendig, im Angesicht der Allmacht auch sein Leben einzusetzen. Wer einmal diesen Einsatz vollzieht, findet ganz von selbst wieder den Weg zu einem inneren Verhältnis zu unserem Herrgott, wird wieder ganz von selbst zu einer besseren Frömmigkeit kommen als der andere mit seinem leeren äußeren Tun und seinem noblen äußeren Zeug. (Lebhafter Beifall.) So wird der junge Mensch wieder verinnerlicht [*sic!*] werden und wird dann als treuer und braver Soldat seines Volkes Kämpfer sein für dessen Zukunft und damit auch für die Zukunft seiner eigenen Kinder.

Was bedeutet Kampf? Wenn das deutsche Reichsheer von heute dem Gedanken des Kampfes entsagt hat, darf es unsere Herrschaft niemals wünschen, wenn das deutsche Reichsheer den Friedensvertrag von Versailles als ewige Verfassung Deutschlands ansieht, darf es uns nie lieben; *wenn das Reichsheer aber will, daß dieser Vertrag zerbricht, dann kann es nur die lieben, die ihn zerbrechen wollen, und nur die hassen, die diesen Vertrag als ihr Werk dem deutschen Volk aufgebürdet haben.* (Beifall.)

Wenn dieses Reichsheer zu dieser größeren politischen Einsicht gekommen ist, wenn es erkannt haben wird, daß es nie Selbstzweck ist, nicht Selbstzweck zu sein vermag in alle Zukunft, sondern jeder einzelne bis oben hinauf erfüllt ist von der Überzeugung, daß ein Heer nur einen Sinn hat, wenn es dem Leben der Nation dient, dann wird aus dieser Erkenntnis eine große Erleichterung kommen, eine große Erleichterung der Arbeit zur Befreiung unseres Volkes aus seinem heutigen Joch, und dann wird einmal wieder die glückliche Stunde schlagen, in der das deutsche Volk aus seiner Zerrissenheit erwacht; denn das bekennen wir: Uns macht niemals frei der Völkerbund in Genf, nie frei ein Locarno [76], niemals frei ein Vertrag, solange wir als Unterzeichner nur gedemütigte Unterdrückte sind. Unser Recht wird nie vertreten von anderen, unser Recht findet erst dann seinen Schutz, wenn die Spitzen des deutschen Degens wieder hinter dem Deutschen Reiche stehen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

---

75 Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22.7.1913 regelte den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Die Einbürgerung setzte unter anderem voraus, daß der Antragsteller "sich und seine Angehörigen zu ernähren imstande ist" (§ 8). Die Auslegung dieser Bestimmung oblag der im Einzelfall entscheidenden Behörde, die den Nachweis eines Mindestvermögens fordern konnte. Für die Anträge wurde lediglich eine normale Verwaltungsgebühr erhoben. Vgl. Ernst Isay, Kommentar zum Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz und zu den deutschen Staatsangehörigkeitsverträgen, Berlin 1929, S. 30 f., 282.

76 Zur Konferenz von Locarno vgl. Dok. 3, Anm. 27.

Stellungnahme zu einem Ermittlungsverfahren wegen Hochverrats [1] Dok. 7

Masch. Manuskript [2] mit hs. Korrekturen, o. D.; Original in Privatbesitz, Kopie: IfZ, F 19/19 [3].

Wenn ich zu der Anklage des angeblichen Hochverrates in so ausführlicher Weise Stellung nehme, geschieht es aus zwei Gründen:

1. Sind mir die Gründe, die die Ursache dieses Vorwurfes bez[*üglich*] dieser Anklage bilden sollen, in so wenig präziser Form mitgeteilt worden, daß ich dadurch gezwungen bin, in eingehender und gründlicher Weise die Punkte selbst zu behandeln und zu klären, die die Substanz eines Hochverrates in sich enthalten sollen.

2. Sind mir diese Punkte als aus dem Zusammenhang einer Rede herausgegriffen nicht zu klären, ohne sie in Zusammenhang zu bringen mit den großen Zielen einer Bewegung, die eigentlich mit dieser Anklage getroffen werden soll. Denn ich bin mir darüber klar, daß der innere Sinn dieser Anklage nicht in dem Bestreben liegt, einen vermeintlichen oder angeblichen Hochverrat aufzudecken oder zu sühnen, als vielmehr einen der zahllosen Versuche darstellt, den Sieg einer Bewegung zu hindern, von der man die Sühne für den Hochverrat des Jahres 1918 befürchtet [4]. Die nationalsozialistische Bewegung soll getroffen werden. Das ist der Sinn dieser Anklage. Zu dem Zwecke versucht man, aus Zitaten den hochverräterischen Charakter einer Bewegung abzuleiten. Und dies zwingt mich zu einer um so gründlicheren Aufklärung des hier wirklich vorliegenden Problems.

Wie aus der vorliegenden Anklage durchsichtig genug hervorgeht, soll der Zweck dieses Verfahrens nicht der sein, hochverräterische Absichten des Autors einer gedruckten Rede festzustellen, als vielmehr aus einer Rede hochverräterische Tendenzen der Bewegung abzuleiten. Die Justiz dürfte ja auch kaum in der Lage sein, die inneren Absichten oder gar Gedanken der einzelnen Staatsbürger daraufhin zu erforschen und zu prüfen, ob sich in ihnen etwa Wünsche

---

1 Der Reichsminister des Innern, Carl Severing, forderte in einem Schreiben vom 26.6.1929 den Oberreichsanwalt, Karl August Werner, auf, die Einleitung eines Strafverfahrens wegen Hochverrats gegen Hitler zu prüfen. Er berief sich dabei auf Hitlers Rede vom 15.3.1929 (Druck: Dok. 6) und auf einen auf diese Rede Bezug nehmenden Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung. Der Oberreichsanwalt sagte am 16.9.1929 diese Prüfung zu und eröffnete ein Ermittlungsverfahren gegen Hitler. Das Verfahren wurde am 24.12.1931 eingestellt, da die bisherigen Ermittlungen "keinen ausreichenden Verdacht für die Vorbereitung eines bestimmten hochverräterischen Unternehmens ergeben" hatten. Vgl. BA Potsdam; RMJ 5036/21 sowie Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, S. 61 f.; Peter Bucher, Der Reichswehrprozeß. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30, Boppard a. Rh. 1967, S. 12 ff.
Der vorliegende Entwurf Hitlers ist vermutlich als Reaktion auf die Emittlungen zwischen September 1929 und März 1930 entstanden, wurde aber nie veröffentlicht, da es nicht zur Anklage kam. Da das Dokument nicht datiert ist, wird es der Rede (Dok. 6) nachgestellt, auf die es sich inhaltlich bezieht.
Der von Gerhard Schulz angenommene Zusammenhang des vorliegenden Dokuments mit Hitlers Aussage anläßlich des Prozesses gegen die Ulmer Reichswehroffiziere vor dem Reichsgericht in Leipzig (vgl. Bd. III/3) erscheint inhaltlich nicht begründet und wenig plausibel. Vgl. Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik. Bd. III: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930-1933, Berlin 1992, S. 276 ff.

2 Einleitender masch. Vermerk: "Betreff: Anklage gegen Adolf Hitler wegen Hochverrat."

3 Vermutlich Schreibmaschinenmitschrift eines Diktats. Die hs. korrigierte Fassung liegt der Edition zugrunde.

4 Vgl. Dok. 3, Anm. 19.

widerspiegeln, die den Machthabern des heutigen Staates als hochverräterisch erscheinen. Sie wäre auch kaum in der Lage, aus solchen Feststellungen heraus irgendwelche Konsequenzen zu ziehen. Ich befürchte, die Zuchthäuser der gesamten Welt wären zu klein, alle diejenigen Deutschen in sich aufzunehmen, die, mit den bestehenden Zuständen unzufrieden, in ihrem Inneren eine Änderung um jeden Preis ersehnen, ohne sich im einzelnen dabei stets in Übereinstimmung mit der Weimarer Verfassung zu befinden. Endlich geht ja behauptungsweise im heutigen Deutschen Reich alle Macht und auch alles Recht vom Volke aus [5]. Wenn nach dem Gesetz der Demokratie 51 Prozent dieser gesamten Volksmasse etwa die Überzeugung hätte, man müßte den heutigen Staat durch Gewalt umstellen, dann wären nach demokratischem Rechte diese 51 Prozent das Volk, das heißt, ihr Denken müßte in Wirklichkeit Gesetz sein [6]. Dieses Denken und Wünschen kann daher überhaupt keiner juristischen Beurteilung unterliegen, solange es nicht als organisierter politischer Wille in Erscheinung tritt. Die Frage, die allein der Prüfung durch eine Justiz unterstellt werden könnte, wäre dann die, ob sich im Staate eine politische Organisation eines bestimmten Willens befindet, die, *ohne im Besitz der demokratischen Majorität zu sein*, mit Gewaltmitteln durch gewaltmäßige Eroberung der politischen Macht ihre Gedanken zu verwirklichen bestrebt.

Es geht schon aus diesem Grunde aber nicht an, aus persönlichen Meinungen und Äußerungen einzelner eine bestimmte Tendenz eines organisierten politischen Willens konstruieren zu wollen. Es ginge dies selbst dann nicht an, wenn es sich dabei um prominente Führer einer solchen Bewegung handeln würde. *Die sozialdemokratische Partei beispielsweise legt nach außen hin Wert darauf, als eine sogenannte "verfassungsmäßige" Bewegung zu gelten. Dennoch befinden sich in ihren Reihen nicht wenige politische Führer, die sowohl durch ihre Tätigkeit in der Vergangenheit wie durch Äußerungen in der Gegenwart auf das bestimmteste erkennen lassen, daß ihnen diese verfassungsgetreue Tendenz nicht nur nicht liegt, sondern daß sie im Gegenteil nach wie vor auf die große marxistische Revolution hoffen und sich zu ihr bekennen* [7]*!* Ich habe noch nicht vernommen, daß ein Staatsanwalt aus dem Bouquet marxistischer Redeblüten sich die Unterlagen herausgeholt hätte für die Begründung der Behauptung, die Sozialdemokratie plane Hochverrat. Im allgemeinen wird die politische Tendenz einer Bewegung nur aus ihren ordnungsmäßig aufgestellten und allgemein anerkannten programmatischen Richtlinien abgeleitet werden können. Jeder andere Versuch ist ein politisches Manöver zu durchsichtigem Zweck, und man sollte dann zumindest vermeiden, in einem sogenannten Rechtsstaat die Justiz zum Helfer eines solchen Vorgehens zu degradieren. Ich werde mich freuen, vor dem Gericht eine unübersehbare Fülle von Zitaten sozialdemokratischer Red-

5 Artikel 1 der Weimarer Reichsverfassung lautete: "Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus." Druck: RGBl. 1919, S. 1383.

6 Artikel 76 der Weimarer Reichsverfassung schrieb bei Verfassungsänderungen durch den Reichstag die Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der Abgeordneten und die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln dieser Anwesenden vor. Bei einem verfassungsändernden Volksentscheid mußten über die Hälfte der Stimmberechtigten der Änderung zustimmen. Druck: Ebenda, S. 1397.

7 In ihrem Heidelberger Programm von 1925 erklärte die SPD: "Die demokratische Republik ist der günstige Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und damit für die Verwirklichung des Sozialismus. Deshalb schützt die Sozialdemokratische Partei die Republik und tritt für ihren Ausbau ein." Druck: Mommsen, Parteiprogramme. Zweiter Teil, S. 464.

ner zu unterbreiten, aus denen dann der hohe Gerichtshof, in Gleichsetzung aller vor dem Gesetz [8], die hochverräterische Absicht der Partei des Herrn Genossen Ministers Severing ebenso leicht festzustellen in der Lage sein wird, wie man dies umgekehrt heute bei der nationalsozialistischen Bewegung zur Zeit zu tun können glaubt!

Überhaupt ist der Versuch, aus der Zahl solcher zusammengetragener Zitate und Äußerungen auf die Allgemeinheit einer Tendenz zu schließen, gänzlich ungeeignet zur Beurteilung des politischen Wollens einer politischen Partei. Je umfangreicher und größer eine politische Bewegung ist, um so divergierender werden in Einzelheiten die Meinungen der Mitglieder sein können. Eine im Wachstum befindliche politische Bewegung holt ihre Anhänger nicht aus Menschenmassen mit einem politischen Ideenvakuum, sondern mit zum Teil sogar sehr fest eingefressenen früheren Ansichten und Überzeugungen heraus. Es ist aber nun unsinnig, die Tendenz einer Bewegung aus Äußerungen von Menschen feststellen zu wollen, von denen der Außenstehende nicht einmal weiß, aus welchem Überzeugungslager heraus sie zur neuen Bewegung stießen und wie sehr sie noch mit früheren Ansichten belastet sind, sondern es ist klar, daß die Absichten der neuen Partei ausschließlich aus ihrem Programm und ihrer einwandfrei vorliegenden offiziell anerkannten Parteigesetzgebung und Zielsetzung sowie Wegebestimmung gefolgert werden können! Versuche, wie die neudeutscher Regierungsmänner, aus wahllos zusammengerafften Zitaten, Zeitungsartikeln, Liederbruchstücken usw. die politische Absicht einer Partei feststellen zu wollen, sind zu allen Zeiten als Ausdruck des eigenen schlechten politischen Gewissens und als Beweis für die damit selbst zum Ausdruck gebrachte innere Haltlosigkeit solcher Vorwürfe gewertet worden. Als die sozialdemokratische Partei des Herrn Minister Severing einst in Opposition gegen den früheren Staat stand, bezeichneten die Parteimänner desselben Herrn Minister Severing, der heute als mein Ankläger auftritt, diese Methoden als politische Schwindeleien.

Sollte man nun aber durch das vorliegende Verfahren dieses Unterfangen als moralisch zu rechtfertigen versuchen, dann könnte dies nur geschehen unter der Anerkennung der autoritativen Führung der nationalsozialistischen Bewegung durch meine Person. *Nur wenn man sich zur Tatsache bekennt, daß für die Leitung der nationalsozialistischen Bewegung sowie für die Bestimmung ihres Handelns ausschließlich ich als ihr erster Führer verantwortlich bin, kann man in einer Rede, die von mir gehalten wurde, vielleicht auf die daraus abzuleitende Tendenz der Bewegung schließen. Bekennt sich die oberste deutsche Rechtsbehörde aber zu dieser Auffassung, dann werde ich mich weiter freuen, vor dem Gericht Punkt für Punkt die von mir hinausgegebenen Anordnungen über die Art des Kampfes der nationalsozialistischen Bewegung und über die Durchführung dieses Kampfes zu vertreten und zu belegen*, und es wird dann vor aller Öffentlichkeit eine Erledigung der ewigen schamlosen Versuche, unserer Partei hochverräterische Tendenzen zu unterschieben, stattfinden.

Tatsache ist nun, daß die vorliegende Anklage gegen mich erhoben wird, um aus dem angeblich hochverräterischen Charakter einer Rede von mir die "hochverräterische" Absicht der nationalsozialistischen Bewegung zu beweisen. Ich stelle deshalb an den Beginn meiner Aus-

8 Artikel 109 der Weimarer Reichsverfassung bestimmte unter anderem: "Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten." Druck: RGBl 1919, S. 1404.

führungen zunächst eine Darstellung des Sinnes der nationalsozialistischen Idee, des Zieles, dessen Verwirklichung diese Idee erstrebt, des Instrumentes, dessen sie sich dabei bedient, und des Weges, den sie dabei geht. Da der heutige Staat mir die Bedeutung zuspricht, aus einer Rede von mir die Tendenz der gesamten Bewegung beweisen zu können, wird er umgekehrt auch nicht abzuleugnen vermögen, daß die von mir herausgegebenen Anordnungen für diese Partei, die ich als unbedingt gültig erlassen habe - was ich beweisen werde -, zumindest dieselbe tendenzbestimmende Kraft und damit auch Geltung haben müssen als sie schon einer bloßen Rede von mir gütigerweise zugebilligt wird.

Die nationalsozialistische Idee:

Die nationalsozialistische Idee als Weltanschauung fußt auf drei fundamentalen Überzeugungen, die sie wesentlich vom Geiste der heutigen Zeit trennen:

Sie ist anti-international.

Sie sieht die tiefsten Werte der Menschen als blutsmäßig bestimmte an. Sie sieht im Volke das zu Erhaltende, das Seiende und das Bleibensollende [*sic!*]. Sie sieht jegliche Entwicklung des Volkes als eine durch seine rassischen Grundelemente bedingte an. Sie sieht die Größe der Zukunft eines Volkes gegeben durch die rassischen Qualitäten und die Art und den Umfang der Erhaltung, Verbesserung und Steigerung derselben. Sie sieht in ihnen allein das Fundament einer gewissen Gleichheit, die niemals durch ökonomische Prozesse erzielt zu werden vermag. Sie sieht in der rassischen Qualität den einzigen gerechten weil vernunftgemäßen Koeffizienten für die jeweilige Stellung eines Volkes innerhalb der übrigen Welt. Sie sieht in diesen Qualitäten ebenso sehr die Möglichkeit einer ewigen Vernichtung wie umgekehrt aber auch den ewigen Anspruch auf eine dieser Qualität entsprechenden Stellung in der Welt. Sie sieht in ihnen unbeschadet der Tücke der Zeit oder der augenblicklichen Unzulänglichkeit der Menschen - etwa der Regierungen - den ewigen Quell einer Kraft, die sich, wenn nicht heute, dann eben morgen und wenn nicht morgen, dann eben übermorgen wieder durchsetzen wird, und zwar in einem Ausmaße, der dieser Kraft auf Grund ihres inneren Wertes zukommt. Sie sieht in der rassischen Qualität und dem Vorwerte derselben den Garanten für den dauernden Fortschritt der Menschheit. Sie sieht im Internationalismus die Kapitulation des Besseren vor dem Schlechteren, die Rassensenkung und in ihrem Gefolge die Kulturerstarrung, wenn nicht endlich ihre Zerstörung. Sie sieht im Internationalismus damit den zwangsläufigen Feind des menschlichen Fortschritts.

Die nat[*ional*]*soz*[*ialistische*] *Idee ist antidemokratisch:*

Die nationalsozialistische Idee als Weltanschauung sieht im Persönlichkeitswert die Grundlage jeder Leistung des Menschengeschlechtes, gleich auf welchem Gebiete sie liegen mag. Sie lehnt die Auffassung: Zahl ist gleich Kraft, ab. Sie setzt im Inneren eines Volkskörpers die Fähigkeit der einzelnen Person über die Fähigkeit der Masse, ganz gleich auf welchem Gebiete. Sie lehnt das Primat der Masse ab und setzt daher an ihre Stelle das Primat der Persönlichkeit. Sie verdammt die demokratische Verantwortlichkeit nach unten und die daraus zwangsläufig resultierende Überheblichkeit nach oben und setzt ihr entgegen die Verantwortlichkeit nach oben und die Autorität nach unten. Sie lehnt demgemäß alle jene rein konstruktiven Formen unseres Lebens ab, die als Ausdruck der Massenherrschaft zugleich die Träger geringster Geistigkeit, beschränktester Einsicht und schwächster Willenskraft sind, weil ein

Volk zu seinem Bestehen auf dieser Welt notwendigerweise der Führung seiner besten Köpfe bedarf. Massenherrschaft und Führergenialität aber schließen sich zumindest auf die Dauer gegenseitig aus. Die nationalsozialistische Idee sieht in der Demokratie und ihren Auswirkungen die Ursache der Abschaffung jeder wahrhaften Verantwortlichkeit, den Grund für das Fehlen jeder wirklichen Führerqualität, die Ermöglichung der Herrschaft des Minderwertigen und damit notwendigerweise den Beginn des Verfalls eines Volkes. Die nationalsozialistische Idee lehnt daher auch die demokratische Staatsgestaltung ab und setzt an ihre Stelle eine Konstruktion des öffentlichen Lebens vom Kleinsten bis zum Größten, die im Höchsten, bei der allgemeinen menschlichen Unzulänglichkeit möglichen Umfange, die Persönlichkeit zu führender Bedeutung erhebt, ihre Autorität einerseits, ihre absolute Verantwortlichkeit andererseits festlegt!

Und die nationalsozialistische Idee ist antipazifistisch: Sie sieht im Kampf die Voraussetzung für jede Stufenbildung, sie sieht in der Stufenbildung die große historische Leiter zum Emporstieg aller Lebewesen, einschließlich des Menschen. Die nationalsozialistische Idee sieht im Kampfe den Förderer jeglicher Kraft, den Beseitiger aller kranken Schwäche und damit den Reiniger sämtlicher Organismen. Die nationalsozialistische Idee sieht in der Erhaltung der Möglichkeit eines allgemeinen Ringens der Kräfte miteinander die Voraussetzung für die qualitative Steigerung der Leistung sowohl als für das Erkennen des durch die Leistung erst ausgezeichneten Kopfes. Sie sieht im Pazifismus den Ausdruck einer menschlichen Schwäche, die naturwidrig ist und in ihrer Folge nicht zu einer Befriedigung und Glücklichmachung der Menschheit als vielmehr zu ihrer Vernichtung führt, ja führen muß. Der zum Widersinn verkehrte Humanismus führt endlich zur grausamen Vernichtung aller.

Die nationalsozialistische Idee lehrt, daß ein Volk von guten rassischen Qualitäten, entschlossen, diese im höchsten Sinne zu wahren und zu vertreten, dann, wenn es seine Führung vom Kleinsten bis zum Größten seinen fähigsten Köpfen anvertraut und nicht auf pazifistische Menschheitswunder als vielmehr nur auf eigene Kraft baut, auf die Dauer nicht unterdrückt werden kann. Die Größe der inneren Qualitäten eines Volkes in seiner Rasse, der Konstruktion seines öffentlichen Lebens sowie der Stärke seines Selbsterhaltungstriebes ist der Maßstab für seine Freiheit. Diese aber bleibt die immerwährende Voraussetzung für alles soziale Glück.

Das nationalsozialistische Ziel:

Das nationalsozialistische Ziel ist die praktische Anwendung dieser weltanschaulichen Grundsätze für das Leben unseres Volkes. Die Beseitigung der Fäulniserscheinungen des internationalen pazifistischen und demokratischen geistigen und tatsächlichen Regiments. Die Errichtung eines gesunden Volkskörpers. Die Überwindung des heutigen Klassenstaates, der Klassenspaltung und die Herbeiführung einer wahrhaften Volksgemeinschaft. Die Erringung der unbedingten außenpolitischen Freiheit dieser deutschen Volksgemeinschaft zur Förderung ihres inneren sozialen Glücks und ihres kulturellen Emporstiegs.

Das nationalsozialistische Instrument:

Der praktischen Verwirklichung dieser Weltanschauung und der Erreichung dieses Zieles dient die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Sie ist eine politische Partei, auf dem Boden der oben skizzierten Weltanschauung stehend, erfüllt von der Aufgabe, in unserem deutschen Volk den Sieg dieser Weltanschauung herbeizuführen.

Der nationalsozialistische Weg:

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei versucht die Durchführung ihrer weltanschaulichen Gesichtspunkte durch die Eroberung der politischen Macht in Deutschland. *Sie bedient sich dabei aller Mittel, soweit sie nicht durch Gesetz verboten sind.* Sie besitzt kein Instrument, das in Absicht oder Handhabung einer Gesetzwidrigkeit dienen soll. Sie fordert für sich ausschließlich dieselben politischen Rechte der Aufklärung und Propaganda, wie sie die herrschenden Regierungsparteien beanspruchen und tatsächlich auch ihr eigen nennen. Sie will nicht eingreifen in die Rechte der exekutiven Gewalt des Staates, aber sie erzieht auch ihre Anhänger dazu, sich bei ersichtlicher Unfähigkeit des Staates oder bei einem eklatanten Vorliegen des Nichtwollens auch selbst nicht wehrlos abschlachten zu lassen. Sie erzieht ihre Anhänger dazu, gegen die vom Staate des Herrn Minister Severing geduldete Parole, "Schlagt die Faschisten tot [*sic!*], wo ihr sie trefft" [9], das heilige Recht der Notwehr in Anspruch zu nehmen und dem blutigen Terror der Anhänger unserer Regierungsparteien sowohl als der Kommunisten mit Mut zu begegnen und ihn durch diesen Mut zu brechen.

Die nationalsozialistische Partei verbietet ihren Anhängern jede Ungesetzlichkeit sowie jede Gewalttat gegen den Staat. Sie schließt Mitglieder, die sich an solchen Gewalttaten beteiligen, konsequent aus. Sie bekämpft auf das schärfste das politische Attentat, sei es im Kleinsten oder im Größten. Sie besitzt keine bewaffnete Organisation von irgendwelchem militärischen Charakter, sondern legt im Gegenteil selbst in der Bezeichnung ihrer organisatorischen Einheiten Wert auf eine möglichst unmilitärische Namens-, in der Organisation selbst auf eine möglichst unmilitärische Formgebung [10]*. Sie tut das nicht, um etwas zu verdecken oder zu verschleiern, sondern sie tut es, um selbst durch solche Äußerlichkeiten einen Anschein zu vermeiden, der der Partei und ihren Organisationen innerlich nicht zukommt und auch nicht gewünscht wird.*

Die Waffe der nationalsozialistischen Bewegung kennt Herr Minister Severing sehr genau. Sie ist schärfer als Dolch und Handgranate, schärfer als jedes Maschinengewehr, schlagender als jede Gewalt und verläßlicher als jede militärische Formation: Sie ist die sieghafte Richtigkeit ihrer Idee. Es ist die granitene Festigkeit ihres Glaubens. Sie ist der heroische Opfermut ihrer Anhänger und S.A.-Männer, ihrer Redner und Agitatoren in der Verkündung und Vertretung dieser Idee. Es ist die Tatsache einer tausendjährigen menschlichen Erfahrung, die als Gewicht in die Waagschale der Erkenntnis fällt und sie tief niederdrückt.

Die nationalsozialistische Bewegung erobert das Deutsche Reich durch die Gewalt ihrer unwiderleglichen Thesen. Und nur infolge der Erkenntnis der eigenen vollkommenen geistigen Ohnmacht, um der neuen Lehre entgegentreten zu können, greift man zu dem Mittel der Unterschiebung von Tendenzen, die rechtlich niemals zu begründen sind.

Daher auch der Versuch dieser neuen Anklage.

Ich werde dem Schicksal nur dankbar sein, wenn es mir die Möglichkeit bietet, in einem umfangreichen Verfahren vor aller Welt die heimtückische Unwahrheit der uns unterschobe-

9 Die Führung der KPD hatte zwischen August 1929 und Juni 1930 die Parole ausgegeben: "Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!" - Hinweis auf die Enstehungszeit des Dokuments. Vgl. Eve Rosenhaft, Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929-1933, Cambridge 1983, S. 63 ff.

10 Vgl. Bd. I, Dok. 4, 69, Bd. II/1, Dok. 28, 31, 44, 75, 130, 135, Bd. III/1, Dok. 60.

nen Tendenzen aufzuklären. Ich hoffe, daß dann dem Gewicht meiner zahllosen Anordnungen und Befehle dieselbe Bedeutung zugemessen wird als meiner [*her*]angezogenen Reichswehrrede.

Die nationalsozialistische Idee als Weltanschauung wendet sich an alle Deutschen ohne Ausnahme. Ihr Sieg bedingt die Durchsetzung der gesamten Nation mit ihren Gedankengängen. Die nationalsozialistische Partei ist überzeugt, daß sie auf rein natürlichem Wege [*sic!*] durch die Kraft der Richtigkeit ihrer Ideen die Nation eines Tages zur Gefolgschaft verpflichten wird. Da laut Weimarer Verfassung in der deutschen Republik alle Macht und alles Recht vom Volke ausgehen, werden sich damit einst auch die Verantwortlichen des Novembers 1918 vor dem festgestellten Willen des deutschen Volkes beugen müssen. Die Willensäußerung wird sich dabei jener verfassungsmäßigen Möglichkeiten bedienen, die der deutschen Republik von ihren Begründern als legale Mittel durch die Weimarer Verfassung auf den Weg mitgegeben worden sind. Wenn heutige deutsche Amtsstellen von einem nahe bevorstehenden nationalsozialistischen Umsturz reden, dann kann ihnen hier nur ihr eigenes Gewissen als ängstlicher Zeitmesser gedient haben. Ich selbst glaube, daß es noch einer viele Jahre langen Aufklärungsarbeit bedürfen wird, um unter Ausnützung aller verfassungsmäßig niedergelegten Möglichkeiten der nationalsozialistischen Idee das Deutsche Reich zu geben. *Ich lehne aber schon jetzt auf das feierlichste die Unterschiebung ab, als ob unser Kampf überhaupt ein Kampf gegen den "Staat" wäre.* Diese Unterschiebung ist nur denkbar aus den Kreisen von Menschen heraus, die selbst einst im Rahmen einer Partei das alte Deutsche Reich mitzerstören halfen, und indem sie den alten Staat zerbrachen, unser Volk einem grauenhaften Schicksal auslieferten [11]!

Als Nationalsozialisten kämpfen wir nicht gegen den "Staat", nicht gegen eine Republik und nicht für eine Monarchie, sondern wir kämpfen ausschließlich gegen einen geistigen Zustand und seine materiellen Auswirkungen, die das deutsche Volk wohl in den Besitz eines bestimmten "Staates", aber um den Besitz jeglicher Macht gebracht haben. Der heutige Staat wird nicht als Form von *uns* bekämpft, sondern am meisten von denen, die ihm seinen schlechten Inhalt geben. Der heutige Staat könnte auch in der Praxis gar nicht gestürzt werden, da er an sich nur als Fiktion existiert [*sic!*]. Denn alles, was das Wesen eines Staates erst ergibt, der Umfang jener Souveränität, die im Gesamten erst den Ausdruck "Staat" rechtfertigt, sind von den Schöpfern und Erhaltern des heutigen Deutschen Reiches längst preisgegeben worden.

Die nationalsozialistische Idee sieht nicht wie einst die Partei des heutigen deutschen Reichsinnenministers Herrn Severing, meines Anklägers, im Sturz des Staates ihr Ziel. Sie würde nie - so wie die Partei meines öffentlichen Anklägers einst das alte Reich -, die Republik angesichts des Feindes stürzen, sondern sie erstrebt ausschließlich eine Mehrung der deutschen Kraft gegenüber unseren unbarmherzigen Feinden. Allerdings hat sie ein Recht, von einem neuen Staat und von einem neuen Reich zu reden. Denn was wir alle aus tiefstem Herzen ersehnen, ist nicht ein deutsches Chaos, sondern eine deutsche Ordnung, die einst die unerschöpflichen Quellen der inneren Werte und Kräfte unseres Volkes wieder zum Fließen

11 Anspielung auf die Rolle der Sozialdemokratie in der Revolution. Vgl. Susanne Miller, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920, Düsseldorf 1978.

bringt und der Welt das Schauspiel weiterhin erspart, das heldenmütigste Reich und Volk des größten Krieges aller Zeiten in hündischer Unterwürfigkeit vor sich zu sehen. So wird durch den neuen Geist, den die nationalsozialistische Bewegung dem deutschen Volk vermitteln will, dann allerdings auch die Form einst auch neu und anders erscheinen. Denn beide bedingen sich gegenseitig.

Dieser Appell der nationalsozialistischen Bewegung an das Gehirn, an das Gefühl und nicht zuletzt an das Ehrvermögen aller Deutschen ist ein durch die Verfassung nicht verbotenes Unternehmen. Dies gilt selbst auch dann noch, wenn sich dieser Appell an das Reichsheer richtet.

Laut Verfassung sind alle Deutschen vor dem Gesetze gleich. Alle besitzen gleiche Rechte und Pflichten. Zu den Grundrechten gehört das Recht einer freien Meinung und einer freien Überzeugung [12]. Der Staat kann keinem einzigen Bürger das Recht dieser freien Meinung und Überzeugung beschneiden oder gar bestreiten. Der Staat selbst hat einst unter dem Druck der Parteien meines Herrn öffentlichen Anklägers dem Soldaten die politischen Gerechtsame im Umfange aller Bürger ausdrücklich gegeben [13]. Die Partei, der Herr Minister Severing angehört, war es, die einst die Notwendigkeit des Sturzes des alten Staates auch damit motivierte, daß dieser den Soldaten zum politisch entrechteten Heloten heruntergedrückt habe, weil ihm das aktive und passive Wahlrecht versagt sowie die Betätigung im parteipolitischen Sinne - also Mitgliedschaft und Kampf für eine Partei - verboten war [14]. Die Partei meines öffentlichen Herrn Anklägers hat unter dieser Parole die Revolution gemacht und in Arbeiter- und Soldatenräten den Soldaten sogar zum politisch ausschlaggebenden Faktor erhoben! Diese Partei hat allerdings, als die politische Betätigung des Soldaten nicht mehr im Sinne ihres parteipolitischen Programms zu verlaufen drohte, den Soldaten entgegen der bei der Revolution feierlich gemachten Zusicherungen das Wahlrecht wieder genommen und genau wie der alte Staat die Teilnahme an politischen Parteien untersagt [15].

Allein, wann hat jemals die nationalsozialistische Bewegung versucht, Soldaten zu bewegen, entgegen ihrem Verbot an Wahlen teilzunehmen oder in die nationalsozialistische Partei einzutreten, oder sich an unserer Partei-Arbeit irgendwie zu beteiligen? Niemals!

Niemals!

Das allein aber ist es, was uns als "gesetzwidrig" ausgelegt werden könnte, wenn es geschehen wäre!

---

12 Artikel 118 der Reichsverfassung legte fest: "Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Rechte darf ihn kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht. Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Lichtspiele durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden. Auch sind zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur sowie zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen gesetzliche Maßnahmen zulässig." Druck: RGBl. 1919, S. 1405 f.

13 § 3 der "Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz)" vom 30.11.1918 lautete: "Die Personen des Soldatenstandes sind berechtigt, an der Wahl teilzunehmen. Die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen ist ihnen gestattet." Druck: RGBl. 1918, S. 1345.

14 Seit 1869 ruhte das Wahlrecht der Soldaten während ihres aktiven Dienstes. Vgl. Höhn, Sozialismus und Heer, Bd. II, S. 155 ff.

15 Vgl. Dok. 6, Anm. 60.

Wenn die Ideen und Gedanken der nationalsozialistischen Bewegung nicht an sich gesetzwidriger Natur sind, wenn sie nicht gegen die gute Sitte oder die öffentliche Moral verstoßen, kann niemand der nationalsozialistischen Bewegung befehlen, die Verbreitung ihrer Gedanken in einer Form vorzunehmen, die die Kenntnisnahme dieser Ideen durch Angehörige der Wehrmacht verhindert. Im Gegenteil! Es ist das Recht der nationalsozialistischen Bewegung wie jeder anderen ebenfalls, den Inhalt ihrer Lehre dem ganzen deutschen Volke zu vermitteln. Es ist ihr Recht, ihre Ziele der Öffentlichkeit so bekanntzugeben, daß jeder Deutsche ausnahmslos sie kennenlernt und sie zu prüfen vermag!

Es ist das Recht unserer Bewegung wie jeder anderen, vor den Augen und Ohren der Gesamtöffentlichkeit den Weg, den sie zu gehen gedenkt, zu erklären und um Aufmerksamkeit und gütiges Verständnis zu bitten.

Der Staat, in dem Falle Herr Severing, kann auf Grund verfassungseinschränkender Bestimmungen den Soldaten die aktive Beteiligung am politischen Leben untersagen. *Allein den Versuch, der nationalsozialistischen Bewegung Grenzen für die Propagierung ihrer Idee zu ziehen, weisen wir als eine ungesetzliche Anmaßung zurück!*

Die Berechtigung der Propagierung weltanschaulich-politischer Ziele sowohl als die Darstellung ihrer Auswirkungen [*sic!*], die Erklärung des zu beschreitenden Weges, ist eine selbstverständliche, besonders deshalb, weil das Heer höchstens in der Theorie, niemals aber in der Praxis "unpolitisch" ist oder "unpolitisch" sein kann. Selbstverständlich kann man einen Heereskörper vor dem Aufgehen in parteipolitischer Betätigung bewahren. Es ist dies die letzte Rettung innerlich kranker Staaten. Gesunde Staatsgebilde besitzen keinerlei politische Bewegungen, deren Wirken als von vorneherein staatsungesund oder staatsfeindlich abgelehnt werden müßte! Aber ganz gleich wie der einzelne Soldat in seinem Verhältnis zu den Parteien reglementiert wird, der gesamte Körper als solcher kann der Politik nicht entzogen werden.

Politik ist werdende Geschichte. Die Geschichte eines Volkes ist die Darstellung seines Lebenskampfes. Mithin ist Politik praktisch angewandte Geschichte, das heißt, die tatsächliche Durchführung des Existenzkampfes von Völkern und Staaten. Einer der wesentlichsten Faktoren bei der Durchführung dieses Lebenskampfes ist die militärische Kraft einer Nation oder des Staates. Man kann tausendmal theoretisch das Heer von der Parteipolitik fernhalten, so ist es doch im höchsten Sinne des Wortes der letzte Träger der Staatspolitik. Wenn aber das Heer in staatspolitischer Hinsicht ein Faktor von höchster politischer Geltung ist, kann es nicht an jenen Kräften und Erscheinungen interesselos vorübergehen, die am Ende auch den staatspolitischen Kurs einer Nation bestimmen. Tatsächlich ist scharf gesehen jede Armee der Träger eines bestimmten politischen Gedankens. Die alte Armee konnte tausendmal ihr parteipolitisches Desinteressement erklären, so war sie doch ein tragender Faktor des politisch-monarchischen Gedankens. In tausend Zügen ihres Wesens fand dies den Niederschlag oder zum Teil sogar den bestimmenden Ausdruck [16]. Die Armee des heutigen bolschewistischen Rußland ist eine Säule des politischen Prinzips, das heute in Rußland herrscht. Sie trägt das Gesicht des politischen Rußlands in jedem einzelnen ihrer Züge [17]. Die Armee der Republik ist heute ein lebendiger Ausdruck der politischen Lage unseres Volkes.

---

16 Vgl. Dok. 6, Anm. 42.

17 Die Rote Armee war zunächst als parteieigene bewaffnete Organisation gegründet worden. Vgl. Erickson, The Soviet High Command, S. 25 ff.

Tatsächlich nimmt das Heer auch in gewichtiger Weise an der Entwicklung des politischen Lebens teil. Verfassungsmäßig besitzt es einen Vertreter seiner Interessen in der Regierung. Auch wenn dieser von politischen Parteien abgestellt wird, vertritt er doch ein Instrument, dessen Lebensinteressen und Notwendigkeiten er aus Unterlagen kennenlernt, die ihm das Instrument und nicht die Parteien liefern. Würde es umgekehrt sein, gäbe man ja zu, daß das Heer sogar ausschließlich nach parteipolitischen Gesichtspunkten geleitet, regiert und geführt wird! In der Gestaltung der großen Politik fällt das Heer als praktisches Instrument der nationalen Kraft schwer in die Waagschale als mitbestimmender Faktor. Wenn auch der Politiker den Einsatz des Instrumentes befiehlt, so ist doch dieser Befehl nur die Folge entweder einer inneren Übereinstimmung mit dem Heer, bez[*ziehungsweise*] seiner Leitung, oder die Reaktion auf einen aufgezwungenen Kampf von außen. Die politische Leitung kann und wird die Entwicklung des Heeres bestimmen, allein der Zustand des Heeres bestimmt mindest ebenso oft die politischen Leitungen und ihre Entschlüsse.

Innenpolitisch besteht die politische Tätigkeit des Heeres in parlamentarisch regierten Staaten in der parlamentarischen Verfechtung seiner Lebensinteressen. Es ist ein Irrsinn behaupten zu wollen, daß das Heer als Organisation der nationalen Wehrkraft kein Interesse an einer besonderen Gestaltung der innerpolitischen Lage besäße, sondern allem gleichmäßig objektiv gegenüberstehen könne. Im Gegenteil! *Das Heer versucht höchstens, die parteipolitische Betätigung des einzelnen Soldaten zu unterbinden, um das politische Gewicht des gesamten Instruments zu erhöhen!* Auch Regierungen beschneiden die politischen Rechte der einzelnen Mitglieder der Heeresorganisation fast immer nur, um eine Mehrung der gesamtpolitischen Bedeutung des Instruments als Träger eines bestimmten politischen Gedankens, einer Idee, einer Staatsform, kurz eines bestimmten politischen Zustandes herbeizuführen.

Außenpolitisch besteht die politische Tätigkeit des Heeres in der Vorbereitung der Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, wie Clausewitz den Krieg definiert [18]. Diese Politik mit anderen Mitteln erfordert schärfstes politisches Zusammengehen von Staatsleitung und Heeresführung. Dort, wo beide Künste am meisten miteinander verschmolzen sind, werden die größten Erfolge in Erscheinung treten.

Die kommenden Kriege werden Volkskriege im weitesten Umfange des Wortes sein. Eine verantwortliche Heeresleitung, die das ihr anvertraute militärische Gut zum wirkungsvollen Instrument des Krieges ausgestalten will, kann nicht ihre Gleichgültigkeit den politischen Erscheinungen gegenüber betonen, die die Kraft der Nation in der Gesamtheit entweder erhöhen oder schwächen. So wie der Heeresorganismus in seinem Werte im Falle des Einsatzes abhängig ist von dem politischen Zustand im Inneren eines Volkes, so hat umgekehrt eine jede politische Bewegung das Recht, dem Heere Kenntnis ihres Wollens zu geben, da nur auf Grund einer solchen allgemeinen Kenntnis das Heer selbst seine Interessen im innerpolitischen Ringen zu vertreten vermag. Die Interessen des Heeres sind dabei nicht nur die einer eng gesehenen Aufrechterhaltung der Organisation in ihren disziplinären Belangen, sondern der Ausgestaltung der gesamten Kampfkraft einer Nation zum Zwecke ihrer militärischen Verwendbarmachung. Diese Erfassung aller irgendwie militärisch verwendbaren Kräfte im Inneren eines

18 "Der Krieg ist nichts anderes als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel." Vgl. Carl von Clausewitz, Vom Kriege, 12. Aufl., Berlin o. J., S. 640.

Staates ist aber ebensosehr die Aufgabe des Heeres wie ein Problem der politischen Leitung und Gestaltung.

Das Heer selbst wird dabei öfter als einmal das Gewicht seiner Meinung, seiner Erfahrung, seiner Befürchtungen oder seiner Einsicht und Erkenntnis in die Waagschale der politischen Entscheidungen legen. Auch daraus folgert, daß es eine selbstverständliche Aufgabe jeder ernsten politischen Bewegung ist, das Heer in Kenntnis von ihrem Wollen zu setzen.

Wie sehr im übrigen die herrschende politische Tendenz auf das Heer abfärbt und dieses damit - ob gewollt oder ungewollt ist einerlei - zum Träger eines politischen Gedankens wird, liegt in der behandelten Anklage. Denn meines Wissens geht der eigentliche Anlaß für das vorliegende Klageverfahren vom Reichswehrministerium aus [19]. Auch aus zahlreichen anderen Vorkommnissen wissen wir, daß das Reichswehrministerium die deutsche Reichswehr als das Instrument eines bestimmten politischen Zustandes ansieht, und sich aus diesem Grunde bemüht, das Herantreten anders gearteter politischer Gedankengänge an das Heer zu verhindern. Auch das ist eine politische Stellungnahme und zeigt die eminente politische Bedeutung des Heereskörpers.

Der Einwand, daß das Heer nur Instrument der jeweils verfassungsmäßigen Regierung sei, ist hinfällig, weil eine verfassungsmäßige Regierung *gegen* den ausgesprochenen Willen dieses Instrumentes auch auf verfassungsmäßigem Wege in den verschiedensten denkbaren Fällen gar nicht zustande kommen kann. Der Wunsch des Heeres hat schon öfter als einmal politische Entwicklungen begünstigt und auf ganz natürlich verfassungsmäßigem Wege zu legalen Regierungen geführt, die ansonsten niemals zustande gekommen wären. Schon rein in der Bedeutung der vorliegenden technischen Erfahrung dieses Instrumentes liegt ein Faktor, dessen politische Bedeutung von den im Staate ringenden politischen Parteien nicht übersehen werden kann. Um so wichtiger für diese, das Heer von ihren eigenen Kenntnissen zu unterrichten! Der Unterricht im demokratischen Zeitalter liegt aber nun nicht in der Belehrung eines Führers als vielmehr in der Aufklärung der Masse hüben und drüben.

Es ist nicht unsere Schuld, daß es so ist.

Ich habe bereits betont, daß sich die nationalsozialistische Bewegung an keinen Soldaten gewendet hat, um ihn zum Ungehorsam oder zu irgendeiner Gesetzesverletzung zu verleiten. Wir fordern von keinem, daß er sich parteipolitisch betätige entgegen der ihm auferlegten Beschränkung auf diesem Gebiete. Wir fordern keinen auf, irgendwie Mitglied, sei es offen oder geheim, einer unserer Organisationen zu werden. Im Gegenteil: Würde ich davon Kenntnis erhalten, würde ein solcher Versuch sofort durch Ausschluß beseitigt, und zwar nicht nur durch Ausschluß des eintretenden Soldaten, sondern auch durch Ausschluß des dafür verantwortlichen Führers der in Frage kommenden Unterorganisation der Partei [20]. *Wir fordern keinen Soldaten auf zum Ungehorsam gegen seine ihm vorgesetzten Offiziere. Keinen Offizier*

19 Der Oberreichsanwalt lehnte es in allen Fällen ab, die von Reichswehrminister Groener wegen der Rede vom 15.3.1929 (Druck: Dok. 6) beantragten Verfahren einzuleiten. Die NSDAP ging jedoch davon aus, daß das Ermittlungsverfahren von Groener beantragt worden war. Vgl. Wilhelm Weiß, Der General Groener. In: Nationalsozialistische Monatshefte 1 (1930), S. 131-139, S. 136; Bucher, Der Reichswehrprozeß, S. 14.

20 In einem Parteibefehl vom 3.12.1928 verbot Hitler Parteimitgliedern den Eintritt in militärische Verbände und drohte dafür den Betroffenen und den zuständigen Parteifunktionären mit sofortigem Ausschluß aus der Partei. Vgl. Bd. III/1, Dok. 60.

zur Revolte gegen seinen General[21]. *Wir unterbreiten nur der gesamten deutschen Öffentlichkeit einschließlich der deutschen Reichswehr unsere Weltanschauung und unsere Gedanken und Ziele, die Darstellung unseres Weges in der Überzeugung, daß es für das gesamte deutsche Volk - und auch für das deutsche Heer - wichtig ist zu wissen, welche Ziele die nationalsozialistische Partei verfolgt, welche Gedanken sie hat.* Wenn dies strafbar sein soll, dann könnte eine solche Strafbarkeit nur vorliegen, wenn die Ziele als solche den Gesetzen der menschlichen Gesellschaft zuwiderlaufen würden, unsittlich, unmoralisch, oder verkommen wären. Was immer aber auch unsere Gegner uns Nationalsozialisten zur Last legen mögen:

Der Glaube an das Recht seines eigenen Volkes, die grenzenlose Liebe und Hingabe zu seinem Volk, der Wille, die Größe seines Volkes mit allen Mitteln und auf allen Wegen wiederherzustellen, sind Werte von Ewigkeitsdauer, die auch von keiner Reichswehrbehörde ihres sittlichen Gehalts und ihrer moralischen Berechtigung entkleidet werden könnten. Etwas anderes wollen wir aber nicht. Wenn das Reichswehrministerium heute die nationalsozialistische Bewegung der glühendsten Vaterlandsliebe dem marxistischen Landesverrat gleichstellt, Nationalsozialisten gleich Kommunisten behandelt wissen will, dann ist dies eine menschliche Irrung etwa analog des Feme- und Haftbefehls des alttürkischen Kriegsministeriums in Konstantinopel gegen den ihm unbequemen Nationalisten Kemal Pascha[22] und dessen Anhänger[23]. Die Geschichte wird dieses Vorgehen einst als Blatt beifügen der Sammlung politischer Dokumente und Darstellungen aus der Periode des tiefsten deutschen Verfalls.

Wir wenden uns also höchstens an das Heer, weil wir uns an alle Deutschen wenden und weil wir überzeugt sind, *daß der Sieg der nationalsozialistischen Bewegung in erster Linie auch die moralische Rehabilitierung des deutschen Heeres vor der Welt wiederbringen soll und bringen wird.*

Wir wenden uns damit an das Heer auch, um diesem gesamten Körper durch die Vermittlung des nationalsozialistischen Weltbildes das Verständnis für die unmögliche Lage des Vaterlandes von heute zu geben!

Und wir wenden uns endlich in unserer Verkündung der nationalsozialistischen Weltanschauung an das Heer, weil wir überzeugt sind, daß bei voller Kenntnis unserer Ideen und unserer Ziele das Heer die innere Notwendigkeit unseres Sieges ersehen wird und demgemäß uns in unserem legalen Kampf um die Macht durch das Gewicht seiner moralischen Empfehlung im verfassungsmäßig möglichen Rahmen unterstützen wird. Es wird sich einstmals ein Teil des Volkes mit der Bewegung eins fühlen, die das Sprachrohr der besten Teile unseres Volkes ist!

Die Gründe, die uns ein moralisches Anrecht geben, von der Wichtigkeit der Kenntnis unserer Ziele für das Heer zu sprechen, liegen in den großen weltanschaulichen Gesichtspunkten

21 Vgl. hierzu Hitlers Aussage vor dem Reichsgericht in Leipzig am 25.9.1930. Druck: Bd. III/3.

22 Mustafa Kemal Pascha (1881-1938, ab 1934 Ehrenname Atatürk), türkischer Offizier und Politiker, 1908/09 Teilnahme an der jungtürkischen Revolution, 1917 Kommandeur der 7. Armee, 1919 Führer der nationalrepublikanischen Bewegung, 1920 Vorsitzender der Großen Nationalversammlung mit Oberbefehl über die nationalrepublikanischen Truppen, 1923 Ausrufung der Republik, 1923-1938 Präsident der Republik, 1924 Abschaffung des Kalifats.

23 Eventuell Anspielung auf die mehrwöchige Haft Mustafa Kemals 1905 wegen oppositioneller Aktivitäten. Vgl. Bernd Rill, Kemal Atatürk, Reinbek 1985, S. 25 ff.

unserer Idee und den Auswirkungen sowie Beziehungen dieser Grundsätze auf das Heer und zum Wehrgedanken.

Die nationalsozialistische Weltanschauung verkörpert in ihrem Antipazifismus den Widerstandswillen an sich. Dieser Widerstandswille ist im Völkerleben als Selbsterhaltungstrieb verankert. Trotzdem vermag eine verderbliche Lehre diese natürlichste Empfindung zu schwächen, ja, am Ende fast zu beseitigen. Indem der Pazifismus die feige Selbstaufgabe geistig zu einer heroischen Tat umfälscht, bringt er in das Völkerleben ein Ferment der Eigenzerstörung hinein, dessen Auswirkungen entsetzliche sind. Sowie dieses alte Menschheitslaster zum politischen Glaubensbekenntnis einer Zeit wird, verpestet es langsam durch Erziehung und Beeinflussung die Menschen in ihrem natürlichsten Denken, entwurzelt sie und macht sie endlich zu willenlosen unterwürfigen Kreaturen, denen jede Selbstwehr verhaßt ist und jegliches Fremdjoch erträglich erscheint. Wenn dieses Gift erst einmal offizielle politische Staatsauffassung geworden ist, erübrigt sich jede weitere Existenz eines Heeres. Pazifistisch verseuchte Völker und Staaten verwenden ihre Soldtruppen nur mehr als Zuchtrute gegen den störrisch-aufrechten Mann, der sich nicht dem allgemeinen Laster fügen will. Diese Gesinnung, die sich dann mit tausend blödseligen [*sic!*] Phrasen von Klugheit, Abwartenkönnen, weiser zurückhaltender Vernunft, überlegener Selbstbeherrschung usw., verbrämt, kann es nicht vertragen, von aufrechten Naturen als das bezeichnet zu werden, was sie in Wahrheit ist, als feige Dummheit und dumme Feigheit.

Die nationalsozialistische Bewegung sagt dieser Gesinnung als Idee und Ausdruck unbarmherzig den Kampf an! Sie wird die Nation von der Fäulnis der pazifistischen Selbstaufgabe dereinst wieder befreien! Die nationalsozialistische Bewegung wird heute im Kleinen, einst im Großen den Geist der Unbotmäßigkeit gegen die fremden Unterdrücker in die Herzen der Volksgenossen pflanzen! Sie wird den Sinn des Selbsterhaltungstriebes zu einer fanatischen Leidenschaft entwickeln! Sie wird in Schule und Erziehung den Heroismus wieder zu seiner ewigen Geltung bringen! Sie wird die pazifistische Feigheit brandmarken als das, was sie ist! Die nationalsozialistische Bewegung wird die gesamte politische Erziehung der Nation im Sinne der Heldenverehrung und Heldenanerkennung umstellen! Sie wird alle Möglichkeiten erschöpfen, die Kampfkraft der Nation auf das äußerste zu steigern, und sie wird alle Lebensäußerungen des Volkes in den Dienst dieser Kampfkraft stellen! Sie wird alle Angelegenheiten des öffentlichen Lebens betrachten und behandeln vom Standpunkt ihrer möglichen Auswertung im Kampf um die Existenz der Nation! Sie wird ruhe- und rastlos auf den Tag hinarbeiten, der unser Volk frei machen soll vom Joch der heutigen Knechtschaft! Sie wird dem Heere wieder geben, was des Heeres ist! Sie wird der Welt in Waffen wieder ein bewaffnetes deutsches Volk eingliedern. Sie wird die höchste Einheit herstellen zwischen Volks- und Soldatentum! Bürger dieses Reiches soll nur sein, wer Soldat gewesen ist, bereit, die Existenz von Volk und Reich mit eigenem Einsatz des eigenen Blutes zu schützen!

Dies ist *ein* Grund, der uns angezeigt sein läßt, ja, der uns verpflichtet, vor aller Öffentlichkeit und damit auch vor den Augen des Heeres die Gedanken unserer Weltanschauung zu vertreten.

Der zweite Grund ist folgender:

Die nationalsozialistische Bewegung ist die schärfste Verfechterin des Persönlichkeitsprinzips. Die nationalsozialistische Bewegung sieht in der heutigen Demokratie die Verfalls-

erscheinungen der Menschheit! Sie muß sich selbst in ihrem legalen Kampfe heute demokratischer Mittel bedienen, allein sie wird einst nach ihrem Siege an Stelle des demokratischen Massen- und Minderwertigskeitswahnes die Autorität der Persönlichkeit wiederherstellen. Sie wird das gesamte Leben, soweit es sich von den Grundlagen einer tausendjährigen Tradition entfernt hat, reorganisieren. Sie wird die höchsten Kräfte der Nation mobilisieren, indem sie ein System der Auslese der fähigsten Köpfe propagiert und einführt! Sie wird die Autorität der Persönlichkeit wiederherstellen durch die Art ihrer Erziehung der Jugend zur Ehrfurcht vor der Größe und Bedeutung der historischen Persönlichkeit! Sie wird dieses Erziehungsproblem verbreitern und vertiefen durch die allgemeine politische Ausbildung der Nation. Sie wird die Kraft der Nation erhöhen durch die Erhöhung der Autorität ihrer fähigsten Köpfe sowie durch die ehrfürchtige Verehrung der großen Traditionen unseres Volkes. Sie sieht in dieser Wiederherstellung des Persönlichkeitswertes und der Autorität der Person einen eminenten Faktor zur Stärkung der Wehrkraft der Nation! Es ist ein Widersinn, einem demokratischen Staat auf die Dauer eine autokratische, undemokratisch sein müssende [*sic!*] Armee aufpfropfen zu wollen! Die nationalsozialistische Bewegung wird auch hier Heer und Nation zu einer inneren Einheit bringen.

Die nationalsozialistische Bewegung hält es deshalb für notwendig, auch aus diesem Grunde dem gesamten Volk einschließlich des Heeres Kenntnis ihres Wollens und ihrer Ziele zu geben.

Der dritte Grund ist folgender:

Die nationalsozialistische Bewegung verficht den Gedanken der Wertunterschiede der Völker. Auf Grund ihrer Rassentheorie bekennt sie sich zur Überzeugung von der Ungleichartigkeit des spezifischen Wertes der einzelnen Rassen. Sie sieht im Blute den wesentlichsten Wertfaktor einer Nation und erst in zweiter Linie schätzt sie die Bedeutung der Zahl. Die nationalsozialistische Bewegung sieht den Wert eines Volkes nicht in der Zahl, die Energie nicht im Volumen, sondern sie schätzt die Bedeutung und damit auch die Kraft einer Nation nach ihren rassischen Grundelementen. Damit ist die nationalsozialistische Bewegung aber zugleich bestrebt, aus weltanschaulichen Erkenntnissen heraus den einzelnen Träger des Volkstums in seiner inneren Kraft und Gesundheit zu erhalten. Sie sieht vor sich nicht Klassen und Stände, sondern eine bis zu einem gewissen Umfange vollzogene Blutsgemeinschaft. Die physische Gesundheit aller einzelnen Träger dieser Gemeinschaft ist nicht weniger notwendig als die geistige. Sie kämpft daher als sozialistische Partei für eine höchstmögliche Steigerung der Lebensgrundlagen aller, indem sie auch nach außen hin die Voraussetzung hiefür zu schaffen bereit ist. Sie vertritt als nationalsozialistische Bewegung das Recht auf das Leben der gesamten Nation gegenüber ihren äußeren Feinden und leitet daraus ab das Recht des einzelnen Volksgenossen zum Leben innerhalb der Gemeinschaft. Sie erzieht damit geistig und körperlich Soldaten! *Jeder Bürger in ihrem Staate ist Soldat des eigenen Volkstums, das Heer aber ist die letzte große Schulung, die zusammenfassende Organisation dieses allgemeinen Selbstbehauptungswillens!*

In einer Welt internationaler Theorien ist ein nationales Heer eine widersinnige Erscheinung. *Das Verständnis für die deutsche Wehrmacht wird um so mehr sinken, je höher der Glaube an internationale Prinzipien und deren Heilwirkung steigt! Wir halten es deshalb für nötig, daß das Heer genauso wie das gesamte übrige Volk Kenntnis des Wollens und der Absichten der nationalsozialistischen Bewegung erhält!*

Aus diesen Gründen erachten wir es nicht nur als ein Recht, sondern als eine selbstverständliche Pflicht, die gesamte Nation auch einschließlich der Reichswehr von unseren Ideen zu unterrichten. *Ich betone aber dabei ausdrücklich, daß ich niemals auf dem Wege einer verbotenen Konspiration es versucht habe, in Heeresformationen einzudringen. Der Weg, den wir beschreiten, ist der eines offenen Appells an Volk und Heer, den jeder lesen kann, der ihn lesen will, den jeder aber auch abzulehnen vermag, der die Ohren dagegen lieber schließt.* Ich selbst müßte es bedaueren und würde es als großes Unglück ansehen, wenn es den heutigen Machthabern gelänge, die Kenntnis unseres politischen Glaubens und unserer Ziele der Reichswehr vorzuenthalten. Das Heer kann eine Nation sowohl schützen als aber auch, wie die Geschichte an ungezählten Beispielen zeigt, auf das furchtbarste belasten. Diese Nation aber sind wir alle. Wir sind selbst einst Soldaten gewesen[24] und haben heute als Nichtsoldaten schwer zu tragen an einem Schicksal, das nicht zum geringsten infolge der politischen Unbildung des Heeres über Deutschland hereingebrochen ist. So wollen wir in der Zukunft bessermachen, was die Vergangenheit so schlecht gemacht hat. Wir wollen das politische Gewicht der Stimme des Heeres auf legalem Wege der Bewegung zuwenden, die so oder so einst die Trägerin des deutschen Wehrgedankens sein wird!

Für uns Nationalsozialisten ist die Heeresleitung nicht nur Intendanturbehörde. Ohne politische Kenntnisse gibt es keine Vorbereitung jener Politik, die sich zu ihrer Durchführung militärischer Waffen bedient.

Ist dies etwa Hochverrat? Nein!

Wir vertreten heute als Nationalsozialisten eine Idee, die einst das Evangelium des deutschen Soldaten sein wird!

Es stünde uns dabei frei, selbst weiter zu gehen und vor der ganzen Nation einschließlich dem Heere sogar für eine kommende Freigabe der parteipolitischen Betätigung des Heeres einzutreten! Und Volk und Heer über die Gründe, die hiefür sprechen könnten, aufzuklären! Selbst dies wäre nicht Hochverrat, solange wir nicht die Absicht hegen, diesen Wandel mit Gewalt herbeizuführen.

Wir haben aber nicht die Absicht, ein Instrument zu bilden oder auszurüsten, das eine solche verfassungsändernde Entwicklung mit Gewalt herbeiführen soll!

Das Ziel der nationalsozialistischen Bewegung ist die geistige Revolutionierung des gesamten Denkens unseres Volkes, auf daß sich aus ihm heraus unter Anwendung aller legalen Mittel und Wege eine analoge Änderung des Inhaltes und Kurses unseres Staates vollzieht!

Die in Frage kommende Parole heißt da von vorneherein nicht "Republik" oder "Monarchie", sondern höchstens deutscher Staat oder internationale Finanzkolonie.

Ist aber diese Parole etwa hochverräterisch?

Zu der angezogenen Rede vom 15. März 1929 über Nationalsozialismus und Wehrmacht habe ich eigentlich nur wenig zu sagen. Die Rede ist eine Darstellung der Auffassung des Wehrproblems vom nationalsozialistischen Standpunkt. Welcher Art die Parteiauffassungen der nationalsozialistischen Bewegung über das Wehrproblem sind, geht außer die Bewegung selbst niemanden etwas an. Wir lehnen darüber jede Zensur sowohl eines Innenministeriums als auch die des Reichswehrministeriums ab. Die nationalsozialistische Bewegung könnte ja

24 Zu Hitler Kriegsdienst vgl. Dok. 6, Anm. 44.

programmmäßig die Wehrmacht überhaupt ablehnen, und auch das könnten weder die Herren des Wehrministeriums noch die des Innenministeriums ändern. Solange die nationalsozialistische Partei ihr Programm nicht mit ungesetzlichen Mitteln vertritt oder auf ungesetzlichem Wege zu erreichen versucht, steht es natürlich jedermann frei, sein abfälliges Urteil darüber zu äußern, aber das Recht zu einem juristischen Vorgehen dagegen besitzt niemand.

Ich habe mich bei meiner Darstellung des nationalsozialistischen Wehrgedankens des Mittels der öffentlichen Rede in einer Volksversammlung bedient. Dieses Mittel ist kein ungesetzliches oder verbotenes. Es geht mithin die Art des Vorbringens unserer Überzeugung weder das Innenministerium noch das Reichswehrministerium etwas an! Es wäre etwas anderes gewesen, wenn ich diese Rede in einem Kasernenhof oder sonst irgendwo nur vor Angehörigen der Wehrmacht gehalten hätte. Nur dann allein könnte man vielleicht von dem Versuch der Beeinflussung von Soldaten unter Umgehung von Vorschriften reden! Ich machte meine Ausführungen in einer öffentlichen Versammlung. Ich habe keine Veranlassung, Sorge dafür zu tragen, daß unsere Ansichten etwa *nicht* der Reichswehr zu Gehör kommen, sondern im Gegenteil: Ich habe nur die eine Sehnsucht, daß alle Deutschen ausnahmslos die Idee, das Ziel und die Wege unserer Bewegung kennenlernen! Die Rede ist (wie die meisten meiner Reden) im Zentralorgan der Nationalsozialistischen Bewegung, im Völkischen Beobachter, behandelt worden [25] und wurde endlich auch als Sondernummer dieser Zeitung herausgegeben [26]. Auch das ist unser gutes Recht und auch das geht weder das Reichswehrministerium noch den Minister des Inneren irgend etwas an. Denn es ist kein ungesetzliches Vorhaben oder Vorgehen gewesen. Hätte ich diese Rede etwa im Stile der von den Parteiangehörigen des Herrn Innenministers im Kriege in die Armee hineinlancierten, verkappten Hetzschriften gemacht [27], würde man ein Recht haben, dagegen vorzugehen. Meine Rede ist nicht einmal als eine besonders für Soldaten geschriebene Abhandlung abgefaßt und verbreitet worden, *sondern als Sondernummer unseres Zentralorgans im Format und in der Aufmachung unseres Zentralorgans und mit der Überschrift bezw. dem Kopf des Völkischen Beobachters. Ja, diese Nummer ist nicht einmal gratis etwa für propagandistische Zwecke vertrieben worden, sondern sie wurde wie jede andere verkauft* [28]*!* Sie stellt auch kein besonderes Novum dar, sondern solche Sondernummern sind über die verschiedensten Reden von mir in derselben Form und Aufmachung bereits erschienen [29]. Es ist also unzweifelhaft so, daß zunächst die Art des Vorbringens unserer nationalsozialistischen Grundauffassung zum Wehrproblem nichts Gesetzwidriges als Vorgang an sich hat.

Der Inhalt der Rede: *Es scheint mir die vernichtendste Abfertigung der unterschobenen Hochverratstendenz zu sein, daß man überhaupt nicht wagt, diese Tendenz in der gesamten Rede an sich zu sehen, sondern daß man einzelne winzige Absätze aus dem Gesamtinhalt her-*

25 VB vom 17./18.3.1929, "Die Reichswehr am Scheidewege". Vgl. Dok. 6, Anm. 4.
26 VB Sondernummer (Nr. 71a) vom 26.3.1929: "Reichswehrsondernummer: Sonder-Nummer 15". Druck: Dok. 6.
27 Zur Haltung der Sozialdemokratie während des Ersten Weltkriegs vgl. Susanne Miller, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S. 179 ff.
28 Die Einzelnummer kostete 20 Pfennige, bei Bestellung größerer Mengen bot der Eher-Verlag gestaffelte Rabatte an.
29 Vgl. Bd. II/1, Dok. 104, Bd. II/2, Dok. 237, 258, 268, Bd. III/1, Dok. 34.

ausreißen muß, also beim berühmten Zitat endet. Nicht aus der Tendenz der gesamten Rede soll der Hochverrat abgeleitet werden, sondern aus einzelnen, aus dem Zusammenhang herausgerissenen Zitaten eine hochverräterische Tendenz!

Ich werde mich freuen, nach gleicher Methode die hochverräterische Tendenz aus zahllosen Zitaten der sozialdemokratischen Presse und Partei vor Gericht schlagend beweisen zu können!

Aber selbst in den mir bekannt gegebenen "anstößigen" Stellen läßt sich aber auch nur die Spur eines Grundes für einen so ungeheuerlichen Vorwurf [*nicht*] auffinden.

Es wird nachstehende Stelle [*her*]angezogen:

"Ich möchte deshalb folgendes Grundsätzliches ausführen: *Für uns Nationalsozialisten ist die Reichswehr, sowohl als eine Miliz, ein Volksheer oder eine stehende Armee, immer nur ein Mittel zum Zweck. Eine Auffassung, die in einer dieser Einrichtungen den Zweck an sich sieht, müssen wir Nationalsozialisten ablehnen.* Unser Standpunkt wird niemals sein: Nützt das der Reichswehr oder nützt das vielleicht dem stehenden Heer, sondern wir werden immer diese Fragen von dem Standpunkt aus betrachten: *Nützt das unserem Volk?* (Zurufe: Sehr richtig!)

Ich sage ausdrücklich: 'Nützt das unserem Volk' deshalb, *weil für uns Nationalsozialisten der Begriff 'Volk' noch höher steht als der Begriff 'Staat'.* (Lebhafte Zustimmungen.) Denn all diese Einrichtungen, sowohl der Staat, als auch das Heer, sind kein Selbstzweck und können auch kein Selbstzweck sein. Es kann sein, daß ein Staat so morsch und faul ist, daß es nur im Interesse eines Volkes liegt, diese Form zu beseitigen. (Stürmische Zustimmungen.)

Denn an der Spitze von allem steht das Leben eines Volkstums." [30]

Worin bei dieser Feststellung der Hochverrat liegen soll, ist mir unersichtlich. Ich betone aber hier zur Erläuterung noch einmal ganz ausdrücklich: Für uns Nationalsozialisten sind der Staat sowohl als sämtliche Einrichtungen desselben nur ein *Mittel zum Zweck.* Der Zweck kann nur die Erhaltung der Existenz des Lebens von Menschen sein, in dem Falle also die Erhaltung des Lebens eines Volkstums. Staatformen und Staateinrichtungen sind im Laufe der Zeit deshalb einem andauernden, bald schnelleren bald langsameren Wandel unterworfen. Das Bleibende ist der Volkskörper. Hier vermag nur rassische Zersetzung eine Veränderung herbeizuführen. Heeresorganisationen, Heeresformationen kommen und vergehen. Sie sind nichts Ursächliches, nichts Primäres, sondern etwas Zweckbestimmtes, Sekundäres. Auch die deutsche Reichswehr ist kein sakrosankter Ewigkeitswert, sondern ein, wie ich hoffe, sehr vergängliches Instrument. Es wird, und das ist das Ziel der nationalsozialistischen Bewegung, aus ihr dereinst wieder ein großes starkes Heer werden, wurzelnd in der allgemeinen Dienstpflicht jedes einzelnen deutschen Bürgers [31]. Die Güte und den Wert des Staates als Form, sowohl als sämtlicher Einrichtungen desselben, bestimmt nicht irgendein Minister, sondern ausschließlich der Grad des Nutzens, den sie für die Erhaltung eines Volkskörpers besitzen. Ein Staat, der einem Volk nicht mehr die Existenzmöglichkeit zu erhalten oder zu sichern vermag, ist in seiner

30 In das Manuskript eingeklebter Zeitungsausschnitt aus der "Reichswehrsondernummer". Vgl. Dok. 6. Hs. Vermerk von dritter Hand: "einrücken", "engzeilig".

31 Vgl. Dok. 6, Anm. 73.

organischen Konstruktion irgendwie krank oder falsch und wird geschichtlich entweder einer Verbesserung unterliegen oder am Ende auch das Volk in den Strudel seines eigenen Zusammenbruchs hineinreißen. Daß das Volk im übrigen der primäre Faktor ist - etwas, was den Ministern der heutigen deutschen Republik unangenehm in die Ohren klingen mag -, haben die Väter der Weimarer Verfassung in einer schwachen Stunde übrigens selbst verfassungsmäßig niedergelegt. In der Verfassung heißt es nämlich nicht, daß alle Macht und alles Recht vom *"Staate"* sondern *"Volke"* ausgeht. Wenn aber diese Auffassung zutreffend ist, dann liegt es auch jederzeit nur im Ermessen des Volkes, eine untaugliche Form kraft seines souveränen Willens und seines Rechtes zu beseitigen und durch eine andere zu ersetzen. Dieser Prozeß ist ein verfassungsrechtlich um so zulässigerer, als das heutige Deutsche Reich durch einfache Zweidrittel-Majoritäten den Charakter von verfassungsmäßigen Grundrechten ohnehin schon längst zerstört hat [32]. Ich habe aber mit keinem Wort darauf hingewiesen, daß uns etwas anderes vorschwebt, als daß das Volk kraft des ihm auch nach der Weimarer Verfassung innewohnenden souveränen Willens diese Reformen durchführt. Die nationalsozialistische Partei nimmt an jenen gesetzgebenden Korporationen aktiv Anteil, die zur Zeit das legale Operationsfeld dieses Volkswillens sind.

Im übrigen kann unsere Auffassung, daß der Staat und alle seine Einrichtungen einschließlich der Reichswehr sekundäre Erscheinungen sind, das Volk und sein Wohl und Wehe aber das entscheidende bleibt, selbstverständlich heute von den Regierenden nicht anders als höchst abfällig beurteilt werden. Ein Staat, der wie das heutige Deutsche Reich, die Lebensinteressen seiner Bürger so wenig zu wahren versteht, daß jährlich Zehntausende in der Verzweiflung zum Selbstmord greifen müssen [33], Hunderttausende auswandern [34], Hunderttausende nicht geboren werden können und Millionen ohne Arbeit dastehen [35], hat natürlich alle Veranlassung, die nationalsozialistische Definition zu Sinn und Zweck eines Staates zu scheuen. Ich weise aber die Unterschiebung, daß diese Definition hochverräterischen Charakter in sich trage, auf das entschiedenste zurück!

In die Linie der gleichen Betrachtung gehört auch die zweite als hochverräterisch bezeichnete Stelle meiner Rede:

> "Wenn ein Staat diesem Leben nicht mehr zu dienen vermag, wenn er dieses Leben nicht mehr zu erhalten vermag, wenn er es nicht fertigbringt, diesem Leben innere Kräfte zu konservieren und diese für die Zukunft anzulegen und sie zur Auswirkung zu bringen, dann hat ein solcher Staat seine Mission vollkommen verfehlt, dann könnte ein Volk genausogut ohne einen solchen Staat leben, denn der Staat ist nicht dazu da, um eine

32 Wahrscheinlich Anspielung auf das "Gesetz zum Schutze der Republik", das wegen verfassungsändernder Bestimmungen mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden mußte. Vgl. Gotthard Jasper, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922-1930, Tübingen 1963, S. 76 ff.; Druck: RGBl. 1922, I, S. 585 ff.

33 Das Statistische Jahrbuch verzeichnet für 1927 15.974, für 1928 16.036 und für 1929 16.665 Selbstmorde. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, Berlin 1931, S. 37.

34 Im Jahr 1929 wanderten 48.734 Deutsche aus; die Auswanderung hatte 1923 mit 115.431 Personen ihren Höchststand zwischen 1919 und 1933 erreicht. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III, S. 35.

35 Im März 1929 waren bei den Arbeitsämtern und -nachweisen 2.555.094 Arbeitssuchende registriert, im Dezember 1929 2.894.798. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 316.

Summe von Menschen zu begünstigen und zu fördern, ihnen Stellungen zu verschaffen usw., sondern diese Organisation ist nur da, um einem Volk einen lebendigen Organismus zu schenken, *einen lebendigen Organismus, der den Kampf um die Erhaltung des Daseins eines Volkes auf dieser Welt erleichtert oder überhaupt erst ermöglicht.* (Lebhafte Zustimmung.) Das Volk also steht im Mittelpunkt, und zwar so, wie wir als Nationalsozialisten diesen Begriff auffassen wollen, nicht als eine Sammelmasse von Wesen, denen man vielleicht mit Ach und Krach eine gemeinsame Verständnismöglichkeit andressiert, indem man ihnen eine Sprache aufzwingt, wobei doch jeder die Gedanken seines Blutes zum Ausdruck bringt, sondern wir Nationalsozialisten verstehen unter dem Begriff 'Volk' eine Summe von Menschen, die körperlich und seelisch gleiche Wesen sind oder die sich zum mindesten im Laufe von Jahrtausenden so sehr vereint haben, daß sie heute als ein einheitlicher Begriff nach beiden Richtungen hin gelten können. Dann dient [*sic!*] sowohl der Staat als auch die gesamten Einrichtungen des Staates nur mehr zum Schutze und der Erhaltung dieses Volkstums ..." [36]

Auch diese Stelle spricht für sich selbst. Wie man in ihr auch nur eine Spur von Hochverrat sehen kann, bleibt mir unerfindlich. Meine Feststellung, daß ein Staat, der einem Volke das Dasein nicht mehr zu geben vermag, der es nicht fertigbringt, die lebendigen Volkskräfte zu erhalten, zu stärken und nutzbringend für die Zukunft anzulegen, keinen inneren Sinn mehr hat, ist für jeden Menschen mit klarer Vernunft eine Selbstverständlichkeit. Daß heute die Herren republikanischen Minister eine gegenteilige Ansicht vertreten, zeigt, daß sie in ihren Auffassungen in das Zeitalter eines Metternich zurückgerutscht sind, allerdings leider ohne Metternich'schen Geist [37]. Ihre eigene Verfassung zeugt wider sie.

Folgende Stelle wird mir ebenfalls als "hochverräterisch" angegeben:

"Wenn wir nun von einer politischen Einstellung des Heeres sprechen, dann ist es selbstverständlich, daß sie keine parteipolitische im heutigen Sinne des Wortes sein kann. Vergessen wir aber nicht, daß die heutige Art der Parteiauffassung ja selbst bereits der Krebsschaden ist und daß mithin schon dessentwegen allein das Heer eine bestimmte politische Haltung einnehmen müßte. *Schon hier hätte das Heer eine politische Mission zu erfüllen, nämlich die, mitzuhelfen, nicht etwa parteipolitisch zu denken, sondern das parteipolitische Getriebe und Ungeziefer selbst zu vernichten.* (Stürmischer Beifall.) Das wäre mit eine der ersten Aufgaben. Denn wenn Sie heute erklären: das Heer könne nicht parteipolitisch eingestellt sein, so ist es ja gerade der Fluch Ihrer nicht klaren nationalistischen Einstellung, daß wir überhaupt so eine Art von Parteipolitik besitzen. (Lebhaftes Sehr richtig!) *Würde man zum Beispiel nationalsozialistisch gedacht haben, und wäre man demgemäß eingestellt gewesen, dann hätte Deutschland niemals in diesen Sumpf von Parteipolitik, von Parteien und Parlamentswirtschaft geraten können. Das italienische Heer, das sich einst zum Faschismus bekannte, hat damit auch Italien gerettet* [38]! (Stürmische Zustimmung.)" [39]

36 Vgl. Anm. 30. Hs. Vermerk von dritter Hand: "*einrücken!*", "*engzeilig!*"

37 Der österreichische Haus-, Hof- und Staatskanzler Klemens Fürst zu Metternich-Winneburg war Symbolfigur der seit 1815 einsetzenden Restauration im Deutschen Bund.

38 Vgl. Dok. 6, Anm. 19.

39 Vgl. Anm. 30. Hs. Vermerk von dritter Hand: "*einrücken!*", "*einzeilig!*"

Meine Auffassung, daß es mit eine Aufgabe des deutschen Heeres gewesen wäre, statt einst Soldatenräte[40] *zu bilden, das revolutionierende Parteigesindel zu zermalmen, halte ich aufrecht!* Mir daraus den Vorwurf eines Hochverrates konstruieren zu wollen, ist ein ungeheuerliches Unternehmen. Nicht ich werde von diesem Vorwurf getroffen, sondern jene, die Eid und Rang und verpflichtende Dankbarkeit soweit vergaßen, daß sie die Armee zur Diensttruppe der revolutionierenden Parteien herabwürdigten[41]. Jene Parteien, die im November [*19*]18 unter der verlogenen Behauptung, dem deutschen Volk Glück, Freiheit und Schönheit, Würde[42] und soziales Wohlleben zu bringen, gegen den alten Staat Hochverrat übten und die Revolution anzettelten, das deutsche Volk aber durch ihr gewissenloses und betrügerisches Vorgehen in das heutige unsagbare Elend stürzten.

Und ich wiederhole an dieser Stelle erneut meine ausgesprochene Behauptung, daß, wenn das Heer damals Kenntnis von den nationalsozialistischen, weltanschaulichen Gedanken gehabt hätte, Deutschland sein heutiges Schicksal erspart geblieben sein würde. Inwieferne diese meine Auffassung hochverräterisch sein soll, kann ich nicht ergründen. Ich bekunde sie aber hier an dieser Selle noch einmal und werde sie der Welt noch tausendmal in das Gesicht schreien, denn es ist meine heiligste Überzeugung, daß es nicht nur notwendig ist, diese Ansicht zu haben, sondern sie auch zu vertreten!

Oder soll etwa der Hinweis "hochverräterisch" sein, daß das italienische Heer sich zum Faschismus bekannte und damit Italien gerettet hat? Dann würde das also zunächst heißen, daß das italienische Heer sich eines hochverräterischen Vorgehens schuldig gemacht hat, das nachzuahmen ein Verbrechen sei? Ich glaube nicht, daß Herr Reichsminister Groener den Mut und die Stirne besitzt, vor der ganzen Welt etwa öffentlich zu behaupten, daß das italienische Heer seinen König[43] verlassen, daß es die Fahne als ein rein "äußerliches" farbiges Symbol preisgegeben habe, daß es seine Kokarde beschimpfte und den italienischen Staat gestürzt hat! Herr Minister Groener wird das nicht behaupten können, und ich sehe nun nicht ein, *wieso es bei mir Hochverrat sein soll, wenn ich auf einen Vorgang hinweise, den auch der deutsche Herr Reichswehrminister in eigener Person schwerlich als Hochverrat zu bezeichnen die Stirne haben wird!* Im übrigen lasse ich mir meine geschichtliche Betrachtung nicht von anderen Menschen zensurieren, korrigieren oder gar aufdrängen. Ich bin nun einmal der Überzeugung, daß es falsch war, im Heer unpolitisch zu denken, sondern daß es richtig gewesen wäre, Kenntnis von unseren nationalsozialistischen weltanschaulichen Ideen zu besitzen und demge-

40 Die Soldatenräte bildeten sich im November 1918 improvisiert und dezentral als Entscheidungs- und Verwaltungsinstanzen, regional unterschiedlich in Aufbau und Zusammensetzung. Vgl. Kluge, Soldatenräte und Revolution, S. 107 ff.

41 In einem Befehl an das Westheer vom 9.11.1918 hatte Generalfeldmarschall von Hindenburg unter anderem erklärt: "Die OHL will nicht neues Blutvergießen oder den Bürgerkrieg entfesseln. Sie will im Einvernehmen mit den neuen Regierungsgewalten für Ruhe und Sicherheit sorgen und der Heimat das Schlimmste ersparen." Druck: Dokumente der deutschen Politik. Reihe: Die Zeit des Weltkrieges und der Weimarer Republik 1914-1933. Bd. III: Novemberumsturz und Versailles 1918-1919. Bearb. von Hans Volz, Teil 1, Berlin 1942, S. 393.

42 Aus einem Aufruf des Rates der Volksbeauftragten vom 13.11.1918. Die NSDAP hatte im Reichstagswahlkampf 1928 einen erweiterten Nachdruck dieses Aufrufs verbreitet. Druck: Gerhard Paul, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990, Dok. 42.

43 Viktor Emanuel III. (1869-1947), 1900-1946 König von Italien.

mäß auch zu handeln! Dieses Ergebnis meiner persönlichen historischen Betrachtungsweise kann richtig oder falsch sein, es untersteht aber keinesfalls einer juristischen Beaufsichtigung und hat mit der Verfassung von Weimar so wenig zu tun wie mit der Verfassung von Honolulu.

Ein weiteres "hochverräterisches" Zitat:

"Dort sieht man sich veranlaßt, darüber in Erwägungen einzutreten, ob man nicht doch besser gehandelt hätte, wenn man einst zugunsten einer Diktatur gegen das Parlament vorgegangen wäre, man hätte es ja in der Hand gehabt, oder ob es besser war, daß man es nicht tat[44]."

Hier soll also die einfache Feststellung der Tatsache, daß Offiziere heute, und zwar sogar in ihren Memoiren, die Frage erörtern, ob sie einst gegen das Parlament hätten vorgehen sollen oder nicht, oder warum sie nicht vorgegangen sind zugunsten einer nationalen Diktatur, das Wesen eines "hochverräterischen" Vorgehens in sich tragen. Ich weiß nicht; ist es nun hochverräterisch von den betreffenden Offizieren, daß sie solche Gedanken anstellen und niederschreiben, oder von mir, daß ich feststelle, daß sie solche Gedanken haben und von ihnen niedergeschrieben wurden? Daß man aber in diesen Kreisen sich zumindest "geistig" mit solchen Erwägungen beschäftigte, kann schwerlich abgeleugnet werden, und ich bin jederzeit bereit, das Erinnerungsvermögen der Öffentlichkeit (einschließlich verschiedener Reichswehrgenerale) wenn notwendig im Gerichtssaal darüber aufzufrischen[45]. Ich wiederhole aber noch einmal, daß ich persönlich nichts weiter als eine Feststellung über diese tatsächlichen Vorgänge gebracht habe.

Und auch das soll nun hochverräterischen Charakter haben:

"Das mußte durchschnitten werden, das durfte nicht sein. Politik und Wehrmacht müssen getrennt, vollkommen getrennt werden, d. h., die Politik wird von Gaunern gemacht, und an die Spitze der Wehrmacht müssen unpolitische Köpfe treten, gänzlich unpolitische Köpfe. Dann allein kann das Gaunertum ein Volk mit aller Seelenruhe beherrschen, dann hat das Gaunertum die offiziellen Machtmittel zur Seite, dann kann das Parteitum eine Nation zugrunde richten. Unpolitische Offiziere und geriebene Parlamentarier als Repräsentanten eines Volkes! So kann dann das Ziel, das der Jude sich gesteckt hat, am ehesten erreicht werden." [46]

Ich wiederhole also hier erneut, daß das Bestreben, die Wehrmacht von der Politik zu trennen, nur unternommen wird von jenen Kräften, das heißt Parteien, die sich in der Wehrmacht ein unpolitisches Instrument ihrer politischen Mißwirtschaft erhalten wollen. Ich sehe persönlich die Revolutionsparteien des Jahres [*19*]18 ausnahmslos als das parteipolitisch verkommenste und elendeste an, was jemals politisch in Erscheinung getreten ist. Ich halte das Regiment dieser Parteien für das verderblichste und beklagenswerteste Schicksal, das unser Volk zu treffen vermochte. Ich sehe in der Herrschaft dieser Parteien den Ruin meines Volkes und Vaterlandes. Und ich sehe, daß dieser Ruin nur zustande kommen konnte, weil der unpoliti-

44 Vgl. Anm. 30 sowie Dok. 6, Anm. 23.

45 Zur Beurteilung von Revolution und Bürgerkrieg durch höchste deutsche Offiziere vgl. Gotthard Breit, Das Staats- und Gesellschaftsbild deutscher Generale beider Weltkriege im Spiegel ihrer Memoiren, Boppard a. Rh. 1973, S. 46 ff., 105 ff.

46 Vgl. Anm. 30. Hs. Vermerk von dritter Hand: "einrücken", "einzeilig".

sche Offizier das - natürlich ungewollte - Werkzeug ohne jeden Eigenwillen in der Hand des parlamentarisch geriebenen Schiebers geworden ist. Und ich bin überzeugt, daß die Entpolitisierung der Armee im Jahre 1920 nur vorgenommen wurde [47], um eine Gefahr der Bildung eines eigenen, der Nation besser gerecht werdenden Willens von der Wehrmacht fernzuhalten.

Das ist meine Überzeugung. Auch sie ist das Ergebnis einer zurückblickenden historischen Betrachtung. Diese Betrachtung kann in ihren Folgerungen entweder richtig oder falsch sein, sie kann aber nie etwas mit "Hochverrat" zu tun haben. Es geht aus ihr nichts hervor, was der Anlaß für einen solchen Vorwurf bieten könnte.

"*Wären die Freikorps* [48] *1919 nicht unpolitisch gewesen, sondern hätten sie bewußt nationale Politik getrieben, dann wäre Deutschland heute nicht da, wo es heute ist, dann hätte diese Menschenmenge, die ihr Blut einsetzte, das Schicksal des Reiches in seine Hand nehmen können, und das wären dann Volksbeauftragte gewesen, nicht jene, die sich damals dazu gemacht haben; denn Volksbeauftragter ist in meinen Augen der, der die höchste Aufgabe einer Nation erfüllt, nämlich sein Blut einsetzt* [49], *und nicht der, der zu Hause seine Nation verjobbert* [*sic!*]. (Lebhafter Beifall.) Aber schon damals hatten sie keine politische Idee, und was die Freikorps nicht hatten, hatten dafür ihre politischen Befehlshaber, die hatten eine politische Idee und haben sie in eine entsprechende Form gebracht; und wieder sind Tausende von jungen deutschen Menschen für dieses ganze schmierige Parteipack gefallen, und ihr Tod bewirkte nur, daß das Regiment der Unfähigkeit stabilisiert wurde, das wir zur Zeit vor und über uns sehen.

Das war das positive Ergebnis des unpolitischen Charakters der Reichswehr.

Dann ist dieses Instrument wieder in eine bestimmte Form gekommen, hat sich auf Grund des Friedensvertrages eine bestimmte Stärke beigelegt [50], hat wieder eine bestimmte Schulung vorgenommen, wurde langsam wieder diszipliniert und stand dabei immer wieder vor der Frage, sollen wir politisch denken, oder dürfen wir nicht politisch denken, und hat schließlich nie politisch gedacht [51].

So können wir die Tatsache erleben, daß in der Zeit, in der unser Volk eine organisierte Wehrmacht von 100.000 Mann hatte, die politische Entwicklung im Innern katastrophal nach unten ging.

Man spreche sich nicht frei von Schuld! Es gibt keine Armee, die nur Selbstzweck hätte, sondern ihr Zweck heißt, Dienst an der Nation. Mit hunderttausend Mann kann

---

47 Nach dem Scheitern des Kapp-Putsches hatte der kommissarische Chef der Heeresleitung, Generalmajor von Seeckt, am 3.4.1920 in einem Befehl erklärt: "Die Hauptaufgabe der Reichswehr besteht für die nächste Zukunft - soweit sie nicht für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zur Sicherung verfassungsmäßiger Zustände in Anspruch genommen wird - in der Festigung des durch die Ereignisse der letzten Wochen schwer erschütterten inneren Gehalts der Truppe." Druck: Die Anfänge der Ära Seeckt. Militär und Innenpolitik 1920-1922. Bearbeitet von Heinz Hürten, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Zweite Reihe: Militär und Politik, Bd. 3, Düsseldorf 1979, S. 120.

48 Zum Ursprung der Freikorps vgl. Dok. 3, Anm. 20.

49 Georg und Heinrich Ebert, Söhne des späteren Volksbeauftragten Friedrich Ebert, sind im Ersten Weltkrieg gefallen.

50 Vgl. Dok. 6, Anm. 45.

51 Vgl. Dok. 6, Anm. 46.

man natürlich nicht Krieg nach außen führen, aber die Nation kann eine solche Armee in jenen Zustand bringen, der ihr einmal wieder die Macht gibt, das Schicksal zu verteidigen. Sie sagen, 'wir sind nur dazu da, daß wir Ruhe und Ordnung erhalten' [52]. *Ich frage Sie: Ist das Ruhe, was Sie beschützen? Heißen Sie das Ordnung, was Sie beschirmen?* Die Weltgeschichte wird das einmal anders bezeichnen.

Es gibt einen anderen Staat, in dem die Armee über diese Notwendigkeiten eine andere Auffassung gehabt hat. Das war in dem Staat, in dem im Oktober 1922 sich auch eine Schar anschickte, die Zügel des Staates aus den Händen der Verderber zu nehmen [53], und da sagte die italienische Armee nicht, 'wir sind nur dazu da, Ruhe und Ordnung zu bewahren', sondern sie sagte, wir sind dazu da, dem italienischen Volk die Zukunft zu erhalten [54]. (Stürmischer Beifall.) Und die Zukunft liegt nicht bei den Parteien der Destruktion, sondern bei den Parteien, die in sich tragen die Kraft des Volkes, die bereit sind und sich verpflichten wollen, mit dieser Armee eines Tages auch für die Interessen des Volkes einzutreten. Dagegen sehen wir bei uns die höchsten Reichswehrspitzen noch heute nachträglich sich über den Gedanken abquälen, inwieweit man mit der Sozialdemokratie zusammengehen kann. Ja, meine sehr verehrten Herren, glauben Sie denn wirklich, daß Sie sich mit einer Weltanschauung überhaupt nur berühren können, die ihrem inneren Wesen nach die Auflösung dessen bedingt, was Sie als Voraussetzung für den Stand einer Armee brauchen? Sie brauchen zunächst ein Volk, das gesund ist. Sie als Offiziere können nicht sagen, uns ist das gleich, wie die Nation aussieht, ob sie vergiftet oder verpestet ist, ob sie an Gott glaubt oder nicht, ob sie ein Ideal vor sich hat oder nicht, uns ist es gleich, ob junge Menschen geboren werden oder nicht. Das können Sie nicht sagen. Sie brauchen das alles, sonst ist Ihre ganze Tätigkeit nur oberflächlich, nur Scheintat." [55]

Auch dieser vorstehende Absatz soll den Charakter des Hochverrates in sich bergen. Auch dieser ganze Absatz ist eine rein retrospektive Betrachtung der historischen Geschehnisse in einer Periode, die heute bereits Geschichte geworden ist. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Haltung der deutschen Freikorps im Jahre 1918 auf [*19*]19 falsch war! Ich halte noch heute ihre unpolitische Stellung für verhängnisvoll. *Bis zur Annahme der Weimarer Verfassung durch die Nationalversammlung, gab es in Deutschland keine legale Regierungsgewalt, die als Beweis ihrer Legalität sich auf etwas anderes hätte berufen können als auf die Inbesitznahme der sogenannten öffentlichen Gewalt!* Dieses Recht mußte aber damit jedem zugesprochen werden, der es verstand, sich nach dem Zusammenbruch des alten Regiments tatsächlich in den Besitz der Macht zu setzen! Moralisch betrachtet hatten die Soldaten, die noch damals ihr Blut einsetzten für Deutschland, mehr Recht als die Desserteure und Zuhälterhaufen der Revolution! Das deutsche Volk war damals nicht durch diese Auswurfshaufen der politischen Novemberrevolution verkörpert, sondern durch die Regimenter der Front. Die Revolution war aber nicht gemacht worden von diesen am Ende vielleicht allein hiezu berechtig-

---

52 Vgl. Dok. 3, Anm. 39.
53 Anspielung auf Mussolinis "Marsch auf Rom" vom 27. bis 28.10.1922.
54 Vgl. Anm. 38.
55 Vgl. Anm. 30.

ten Angehörigen unseres Volkes, sondern vom Parteiabhub plündernder, sozialdemokratischer und kommunistischer Großstadtelemente. Ich spreche nur aus, was der Geschichte einst als Schanddokument unserer Revolution für ewig niederschreiben wird [*sic!*]: *Daß die Revolution des Jahres 1918 keine Erhebung des deutschen Volkes, sondern nur eine Erhebung seiner lichtscheuen Elemente gewesen ist*[56]*!* Ich weiß, daß eine Zeit kommen wird, in der in Deutschland diese Feststellung der historischen Wahrheit eine Selbstverständlichkeit sein wird, daß dann nicht mehr die Interessen der regierenden Parteien die Geschichte verfälschen werden, sondern die Geschichte diese Parteien gerichtet haben wird! Ich betone abermals, daß ich die gesamte Entwicklung dieser Revolutionsjahre als eine unselige ansehe und es als ein Verhängnis empfinde, daß den destruktiven Tendenzen dieser Zeit kein klarer politischer Wille des Heeres entgegengetreten ist. Und ich sehe den tiefsten Grund darin, daß das Heer sich selbst nicht klar darüber war und ist, welche politische Mission es zu erfüllen hat. Und ich halte es für notwendig, daß dies vor aller Öffentlichkeit als unsere nationalsozialistische geschichtliche Auffassung über diese Revolutionsperiode festgestellt wird. Dies ist die Feststellung einer historischen Ansicht, die niemals mit "Hochverrat" etwas zu tun haben kann.

Und dann wird mir folgendes Zitat vorgehalten als auch im höchsten Grade "hochverratsverdächtig":

> "*'Keinerlei Mobilisierung ohne Parlamentsbeschluß, parlamentarische Kontrolle der Reichswehr!'* [57] Da danke ich. Ich bin nicht Offizier, aber von einem Parlamentarier mich kontrollieren zu lassen, würde ich ablehnen (Beifall), denn was heißt Parlamentarier? Von Dokumentendieben, von Vaterlandsverrätern, von Dokumentenverrätern [58] lassen Sie sich kontrollieren! (Beifall.)" [59]

Ich wiederhole hier, daß ich mich bedanken würde, als Offizier von einem Parlament kontrolliert zu werden, in dem Dokumentendiebe, Vaterlandsverräter oder Dokumentenverräter sitzen! Im deutschen Reichstag sitzen Männer, die erklären, kein Vaterland zu kennen, das Deutschland heißt [60]. Im deutschen Reichstag sitzen Männer, die sich öffentlich rühmen, den Landesverrat vom Jahre [*19*]18 mit organisiert zu haben! Im deutschen Reichstag sitzen Personen, welche anläßlich einer geheimen Panzerkreuzerdebatte, die ihnen zur Kenntnis gekommene geheime Denkschrift über den neuen deutschen Panzerkreuzer an das Ausland verrieten [61]! Herr Paul Levi hat nun ein Wehrprogramm entworfen [62] - und zwar in Verbindung mit einigen anderen palästinensischen Soldaten des deutschen Reichstags -, das für künftighin fordert, es dürfe keine Mobilisierung ohne Parlamentsbeschluß stattfinden, und die Reichswehr müsse dauernd der parlamentarischen Kontrolle unterstellt sein! *Dieses Wehrprogramm der*

56 Zum Forschungsstand über Ursachen und Bedeutung der Revolution von 1918/19 vgl. Heinrich August Winkler, Die Revolution von 1918/19 und das Problem der Kontinuität in der deutschen Geschichte. In: Historische Zeitschrift 250 (1990), S. 303-319.

57 Vgl. Sozialdemokratie und Wehrproblem, S. 31.

58 Vgl. Dok. 6, Anm. 52.

59 Vgl. Anm. 30.

60 Der Vorsitzende der USPD, Arthur Crispien, hatte auf dem Parteitag in Leipzig am 8.1.1922 erklärt, "daß die USP [*sic!*] kein deutsches Vaterland kenne ...". Vgl. Vorwärts vom 11.1.1922 (AA), "Crispien in Leipzig".

61 Vgl. Anm. 58.

62 Vgl. Dok. 6, Anm. 38.

Sozialdemokratie linker Observanz, das überhaupt gar keine Gesetzeskraft besitzt, sondern nur ein Parteiprogramm ist, wird von mir kritisiert, abgelehnt, indem ich betone, daß ich nicht Offizier bin, aber mich trotzdem nicht von einem Parlamentarier kontrollieren ließe. Denn was heißt "Parlamentarier", was für ein Abhub verbirgt sich nicht mit unter diesem schönen Sammelbegriff. Und Herr Reichswehrminister Groener fährt daraufhin auf und sieht darin alle Anzeichen eines "Hochverrates". Denn ich glaube, daß in der deutschen Republik für die Beurteilung militärischer Angelegenheiten und Stellungnahmen ja doch noch in erster Linie der Reichswehrminister zuständig sein dürfte! Hier kann mein deutscher Laienverstand nicht mehr folgen!

Und weiter wird folgendes Zitat als Grund zur Anklage wegen Hochverrat benannt:

> "Da kann man sich wirklich fragen, glauben die dann noch an die Aufgaben des deutschen Heeres, *oder ist für die das deutsche Heer wirklich nur noch das Vollzugsorgan des Völkerbundes, eine kleine Truppe zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern Deutschlands, damit die Sklavenkolonie in Ruhe funktioniert?*
>
> Da mögen sich die Herrn Reichswehrgeneräle folgendes vor Augen halten:
>
> *Es liegt zum Teil mit in der Hand der Armee, welche Richtung in Deutschland siegen wird, ob der Marxismus siegen wird oder ob wir Sieger werden.* Es ist nur notwendig, daß man sich über die Konsequenzen klar wird. *Siegt die linke Seite durch Ihr geniales unpolitisches Verhalten, dann schreiben Sie über die deutsche Reichswehr: 'Ende der deutschen Reichswehr.'* Denn dann, meine sehr verehrten Herren, werden Sie doch politisch werden müssen, dann wird man Ihnen rote Jakobinermützen über den Kopf stülpen, und dann werden Sie sich schleunigst umstellen auf den Boden der neuen Tatsachen, dann werden Sie Kommandeur einer Organisation, die mit dem deutschen Volk nichts mehr zu tun hat, dann wird auch hier eine Truppe entstehen ähnlich der russischen Henkerarmee, die nur die eine Aufgabe hat: das eigene Volk dem Juden fügsam und willig zu machen. *Dann verzichten Sie aber auch auf das Glück einer Wiedererhebung unseres Volkes und darauf, daß der Ruhm der deutschen Reichswehr die Fortsetzung ist des Ruhmes der alten Armee.*
>
> Nichts ist unveränderlich. Heute ist jeder deutsche Offizier noch übersonnt von dem Ruhm einer dreihundertjährigen ehrenvollen Tradition [63]. (Beifall.) Heute ist jeder deutsche Offizier noch der Repräsentant eines Standes, der früher als Ehrenstand angesehen wurde. So wie in zwölf Jahren aber das neue Regiment den Begriff Reichskanzler aus der zauberhaften Höhe eines Bismarck herunterziehen konnte auf das Niveau von heute, so genügen sechzig Jahre, ich möchte sagen, um mich nicht ungerecht auszudrücken, einer antinationalen Heeresorganisation, um den Offizier aus seiner früheren Stellung zu beseitigen und hinunterzuziehen zum Polizeiwachtmeister." [64]

Ich kritisiere in diesem Abschnitt jene Generale, die ganz offen nach außen hin die Überzeugung vertreten, mit dem Marxismus zusammenregieren zu können, trotz Kenntnis dieser programmatischen Absichten des gemäßigteren Teils der marxistischen Bewegung, der Sozialdemokraten. Und ich muß angesichts eines solchen vorliegenden Programms auch hier wieder

---

63 Vgl. Dok. 6, Anm. 71.
64 Vgl. Anm. 30.

die Frage stellen, ob solche Generale dann noch an die innere Möglichkeit glauben, ein deutsches Heer organisieren zu können, das den Aufgaben gewachsen ist, die man nun einmal notwendigerweise an ein Heer stellen muß: nämlich die Aufgaben der Verteidigung des Vaterlandes, ja in unserem Falle sogar der Befreiung des Vaterlandes - oder ob sie sich endgültig damit abgefunden haben als Hunderttausend-Mann-Heer die, wenn auch tausendmal ungewollte Vollzugstruppe des internationalen Kapitals, des Völkerbundes usw. zu sein, zur einfachen Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in der Kolonie Deutschland!

Im nationalsozialistischen Staat wird die Armee wieder mit allen Mitteln der Aufgabe entgegengeführt werden, für die zu lösen sie allein berufen ist. Wenn ich dann weiter davon rede, daß es zum Teil mit in der Hand der Armee liegt, welche Richtung in Deutschland siegt, der Marxismus oder der Nationalsozialismus, so ist es klar, daß ich dabei nichts anderes im Auge haben kann, als daß in dem großen politisch-geschichtlichem Ringen der nationalsozialistischen Weltanschauung, das auf dem Boden unserer heutigen Verfassung ausgekämpft wird um die politische Macht, das Gewicht der politischen Überzeugung des Heeres zu unseren Gunsten sprechen möge. Dies ist keine Aufforderung zu irgendeinem Hochverrat, da wir selbst unseren Kampf ja nur mit legalen Waffen durchfechten. Wohl aber wissen wir, daß selbst bei parlamentarischen Entscheidungen der Wunsch der Armee nicht ohne alle Bedeutung ist und auch nicht ohne Bedeutung bisher war. *Hätte die deutsche Reichswehr einen durch und durch gehenden, klaren politischen Willen, dann wäre einfach durch die Tatsache des Bestandes dieses Willens auf rein legalem Wege ein Faktor in Erscheinung getreten, der von der politischen Vernunft respektiert hätte werden müssen und der auch selbstverständlich zu allen Zeiten geschichtlich respektiert wurde!* Dieser Wunsch ist aber um so selbstverständlicher, als im anderen Falle, nämlich im Falle des Sieges des Marxismus, das Ende jener deutschen Reichswehr, die wenigstens dem Wunsche nach die Formerhalterin der Tradition unseres unvergleichlichen alten Heeres sein soll, gekommen sein wird!

Auch hier finde ich nicht die Spur für die Berechtigung einer solchen Unterschiebung und einer solchen Anklage.

Und vollends unverständlich erscheint mir die Motivierung des Hochverrates durch das nachstehende Zitat:

> "*Wenn unsere Bewegung siegt, dann werden wir, das bekennen wir ebenso frei und offen, Tag und Nacht bemüht sein, Formationen zu schaffen, deren Bildung uns der Friedensvertrag verbietet*[65]. (Stürmischer Beifall.) Wir bekennen feierlich, daß wir jeden als Schandbuben ansehen, der nicht Tag und Nacht sinnt, wie man diesen Vertrag durchlöchern kann. *Wir haben ihn nie anerkannt und werden ihn niemals anerkennen.* (Lebhafter Beifall.) Sollte uns die Macht der Gegner zwingen, ihn mit schwarzer Tinte erneut anzuerkennen, so würde uns das nie entbinden von der Überzeugung, *daß es etwas gibt, was höher steht als alle Verträge, als alle Unterschriften: das Leben unseres Volkes.* (Lebhafter Beifall.)"[66]

Es ist geradezu entwürdigend, sich als Deutscher infolge eines solchen Satzes wegen "Hochverrat" verteidigen zu müssen. Und Herr Minister Groener kann überzeugt sein, daß es

65 Vgl. Dok. 6, Anm. 72.
66 Vgl. Anm. 30.

keinen Heeresminister der Welt gibt, der sich unterstehen würde, gegen einen Mann wegen der Bekundung einer solchen Gesinnung auf Eröffnung eines Hochverratverfahrens zu dringen! Herr Reichsminister Groener soll nicht die Freude erleben, daß ich von dem, was ich in dieser Versammlung über diesen Punkt sagte, auch nur das Geringste revoziere! Im Gegenteil, ich bekunde hier in meiner Rechtfertigung an den Oberreichsanwalt [67] erneut folgendes:

Die nationalsozialistische Bewegung kämpft in Deutschland um die Eroberung der politischen Macht. Sie wird diesen Kampf mit allen jenen Waffen durchführen, die uns das heutige Gesetz gestattet. Wir werden mit diesen Waffen der unermüdlichen Aufklärung und Propaganda den heutigen Staat erschüttern! Wir werden uns aber durch nichts vom strengsten Wege der Gesetzmäßigkeit abbringen lassen. Wir werden auf diesem Wege einst den Sieg erringen und dem deutschen Staate einen neuen Inhalt geben! Dieses neue Reich wird dann als seine erste Aufgabe den Kampf um die deutsche Freiheit ansehen! Wir werden dann, Herr Minister Groener, Tag und Nacht nur dem einen Gedanken leben, die französische Hegemonie über Europa, die auf unserem Volke am schwersten lastet, mit brechen zu helfen, um den europäischen Völkern wieder die Freiheit ihrer natürlichen Entwicklung, dem deutschen Volke aber den notwendigen Frieden und das notwendige Brot zu geben. Wir werden, Herr Reichswehrminister Groener, zu diesem Zwecke die Macht unsres Volkes zu stärken suchen auf allen Wegen, sie [*sic!*] *sich uns bieten! Wir werden den Friedensvertrag* [68] *nicht anerkennen! Sollte uns aber das Schicksal zwingen, ihn erneut zu unterschreiben, so würden wir dennoch diesen Vertrag niemals als rechtsgültig ansehen! Wir werden jede Möglichkeit wahrnehmen, diesen Vertrag zu umgehen, ihn zu durchbrechen, seinen Sinn in der Auswirkung ins Gegenteil umzufälschen, wo immer wir nur können! Wir werden jeden Deutschen nur dann als Ehrenmann ansehen, wenn er zum Brechen dieses Vertrages bereit ist. Wir werden die Nation sichern vor dem Verrat! Wir werden schon die bloße Gesinnung des Landesverrates mit der unbarmherzigen Vernichtung des Individuums beantworten, das eine solche Gesinnung verlautbart. Wir werden der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Heer die hundertprozentige Sicherheit geben, alles Notwendige für das Vaterland vorbereiten zu können, ohne jemals Angst haben zu müssen, durch Verrat dem Ausland preisgegeben zu werden! Wir werden unter dem Schutz dieser Sicherheit die Nation rüsten, wie immer wir sie rüsten können! Es soll kein Schulbuch im nationalsozialistischen Staat in Druck gelangen, ohne der höchsten Aufgabe zu genügen, das Kind zum kommenden Verteidiger des Vaterlandes zu erziehen! Wir werden keine Zeitung dulden, die nicht diese Erziehung im großen fortsetzt. Es soll keine Erfindung geben, die nicht der Selbsterhaltung unseres Volkes dienstbar gemacht wird! Keine Organisation, die nicht Trägerin dieses glühenden Entschlusses ist. Wir werden unser gesamtes Volk ausbilden zum Waffendienst, wenn nicht offen, dann verstohlen! Wir werden nichts unterlassen, was geeignet sein könnte, unser Volk auf den Tag der Abrechnung mit Frankreich mit vorzubereiten! Und wir werden das alles tun unter Durchbrechung aller Verträge, unter Ausschaltung aller moralischen Bindungen und Verpflichtungen, die aus diesen Verträgen scheinbar kommen könnten,*

67 Karl August Werner (1876-1936), 1907 Amtsrichter in Dammerkirch im Elsaß, 1908 Staatsanwalt beim Oberlandesgericht Colmar, 1919 Geheimer Regierungsrat und Vortragender Rat im Reichsjustizministerium, 1923 Abteilungsleiter im Reichsjustizministerium, 1926-1936 Oberreichsanwalt, 1933 Mitglied des BNSDJ.

68 Vgl. Dok. 3, Anm. 56.

weil es ein Band gibt, das gewaltiger uns fesselt als tausend Verträge es vermöchten: die Pflicht, unserem Volke die Freiheit wieder zu geben, der unerhörten Ausplünderung und Erpressung ein Ende zu bereiten, auf daß die deutsche Arbeit wieder dem deutschen Volke zugute komme, und die großen kulturellen Aufgaben unseres Volkes wieder erfüllt werden können. Denn auch wir wollen keinen Eroberungskrieg, keinen Kampf um des Kampfes, kein Blut um des Blutes wegen. Wir stehen in scheuer Ehrfurcht vor dem entsetzlichen Unglück des Krieges, aber wir sehen als größtes Unglück für ein Volk den Verlust seiner Freiheit und den Verzicht auf seine Ehre und in der Folge die dauernde Not!

Und deshalb, Herr Reichswehrminister Groener, ist auch die Reichswehr für uns Nationalsozialisten nur ein "Mittel zum Zweck". Der Zweck heißt: Kampf um die Freiheit. Und deshalb werden wir dieses Mittel einst dementsprechend ausgestalten! Der nationalsozialistische Staat wird einst einen großen Schatz besitzen, der mit der größten Sorge und Liebe gehegt und mit der höchsten Anhänglichkeit aller gehütet werden wird: Das deutsche Heer.

Mag das in Ihren Augen, Herr Reichswehrminister Groener, "Hochverrat" sein, in unseren heißt es zuerst: deutsche Pflicht.

Und dieses Zitat, das als letztes mir vorgelegt wurde zur Begründung des behaupteten "Hochverrats", scheint mir in Wirklichkeit als einziges schon zu genügen, den ganzen ungeheuerlichen Vorwurf zu erledigen und in sich zusammenbrechen zu lassen.

> *"... wenn das Reichsheer aber will, daß dieser Vertrag zerbricht, dann kann es nur die lieben, die ihn zerbrechen wollen, und nur die hassen, die diesen Vertrag als ihr Werk dem deutschen Volk aufgebürdet haben.* (Beifall.)
>
> Wenn dieses Reichsheer zu dieser größeren politischen Einsicht gekommen ist, wenn es erkannt haben wird, daß es nie Selbstzweck ist, nicht Selbstzweck zu sein vermag in alle Zukunft, sondern jeder einzelne bis oben hinauf erfüllt ist von der Überzeugung, daß ein Heer nur einen Sinn hat, wenn es dem Leben der Nation dient, dann wird aus dieser Erkenntnis eine große Erleichterung kommen, eine große Erleichterung der Arbeit zur Befreiung unseres Volkes aus seinem heutigen Joch, und dann wird einmal wieder die glückliche Stunde schlagen, in der das deutsche Volk aus seiner Zerrissenheit erwacht; denn das bekennen wir: Uns macht niemals frei der Völkerbund in Genf, nie frei ein Locarno [69], niemals frei ein Vertrag, solange wir als Unterzeichner nur gedemütigte Unterdrückte sind. Unser Recht wird nie vertreten von anderen, unser Recht findet erst dann seinen Schutz, wenn die Spitzen des deutschen Degens wieder hinter dem deutschen Reiche stehen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)" [70]

In diesem Zitat ist die Forderung, die "hochverräterische" Forderung an das Reichsheer enthalten, bestimmte Konsequenzen aus meiner Rede, ja, aus der gesamten nationalsozialistischen Propaganda zu ziehen, nämlich: die zu lieben, die das Heer zu fördern gedenken, die zu hassen, die es vernichten wollen, und zu jener politischen Einsicht zu kommen, daß das Heer selbst nicht Selbstzweck ist und nie zu sein vermag, sondern daß jeder Angehörige des Heeres von unten bis oben von der Überzeugung erfüllt sein soll, daß ein Heer nur dann einen inneren Sinn hat, wenn es dem Leben der Nation dient! Ich kenne keine Stelle der Verfassung, kenne

69 Zur Konferenz von Locarno vgl. Dok. 3, Anm. 27.
70 Vgl. Anm. 30.

keine spätere Korrektur dieser Verfassung, nach der es verboten ist: erstens, daß das Heer eine solche Gesinnung oder Überzeugung habe, oder zweitens, daß man wünsche, es möge keine solche Gesinnung erhalten. Denn der Wunsch des Herrn Reichswehrministers Groener oder des Herrn Ministers Severing kann nicht gleichgesetzt werden der Verfassung, besitzt zumindest keine verfassungsrechtliche Bedeutung, um ein Zuwidergehen gegen einen solchen ministeriellen Wunsch einfach als "Hochverrat" abtun zu können.

Wenn glühende Liebe zum eigenen Volk und der Versuch, es zu retten vor seinem Verderben in der heutigen Republik, als hochverräterisch angesehen werden könnte, dann wäre ich allerdings fast mein ganzes Leben nichts anderes als ein Hochverräter gewesen. Denn seit ich als Knabe zum ersten Male politisch zu denken begann, hat mich bis in den Krieg hinein, durch ihn, als deutschen Soldaten, hindurch und darüber hinaus bis heute immer nur ein einziger Gedanke beschäftigt:

Mein Volk und mein Vaterland.

Es ist dies auch der Grund, warum ich heute wieder angeklagt werden soll von jenen, die in Theorie und Praxis kein Vaterland kennen und haben wollen, das Deutschland heißt.

16. März 1929 — Dok. 8
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 16.3.1929.

Es ist schon ein starkes Stück, das man sich heute in der Beschwindelung der sogenannten "öffentlichen Meinung" herausnimmt. Vor ein paar Tagen passierte in Berlin eine komische Geschichte. Im amerikanischen Senat gibt es ein paar Ehrenmänner [1], die in bemerkenswerter Weise für Sowjetrußland Propaganda machen. Sowjetrußland soll "gar nicht so arg sein", wie immer behauptet wird, und die amerikanische Union täte Unrecht, diesen Musterstaat nicht anzuerkennen! Wenn nun irgendwo jemand für Juden so außerordentlich zu schwärmen beginnt, pflegt es sich meist selbst wieder um einen Juden zu handeln oder um einen "Christen", der "nähere Beziehungen" zum auserwählten Volk angeknüpft hat. Es braucht nicht bemerkt zu werden, daß es sich bei "Beziehungen" zu dem geschäftstüchtigsten Volk der Welt immer um solche finanzieller Natur handelt. Das kann wohl am meisten dann gelten, wenn der Partner selbst aus dem Lande stammt, in dem Zeit Geld, und Geld alles ist. Daher soll es niemand verwundern, wenn die öffentliche Meinung in Amerika auf die Sowjetverteidiger im Senat mit Fingern hinweist und ihre finanzielle Interessiertheit als selbstverständlich annimmt. Tatsäch-

---

1 Gemeint sind: William Edgar Borah (1865-1940), 1889 Zulassung als Rechtsanwalt, 1906-1940 Senator für Idaho (Republikanische Partei), 1911-1940 Mitglied, 1924-1933 Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses. George William Norris (1861-1944), 1883 Zulassung als Rechtsanwalt, 1903-1913 Mitglied des Repräsentantenhauses für Nebraska (Independent Republican), 1913-1943 Senator für Nebraska.

lich sind denn auch über eine Reihe von Senatoren in der letzten Zeit so vernichtende Dokumente bekanntgeworden, daß ein Teil der Öffentlichkeit gebieterisch um Aufklärung ersuchte [2]. Nun ist sie gekommen. Im Lande der Antikorruption und der sprichwörtlichen Sauberkeit, im Reiche Gustav Stresemanns, wurde jener Mann entdeckt, der die belastenden Dokumente gegen die amerikanischen Senatoren über deren finanzielle Verbindung mit Sowjetrußland fälschlicherweise hergestellt haben will [3]. Es ist eine erschröckliche Räubersgeschichte [*sic!*], die man durch die Berliner Polizeidirektion über diesen geheimnisvollen Vorgang vorgesetzt erhält. Ein amerikanischer Journalist [4], der selbstverständlich jener Presse angehört, die sowjetfreundlich ist, wittert, durch eine Kette von unglaublichen Glücksfällen geführt, die Spur des Verbrechers, weiß sofort als echter Sherlock Holmes, um was es sich handelt, ahnt auch gleich, was und wer hinter der ganzen Sache steckt, heftet sich an das verruchte Dokumenten erzeugende Subjekt an und entlarvt endlich mit Hilfe der sofort bereitstehenden Berliner Polizei des Herrn Bernhard Weiß [5], Sohn des bekannten Synagogenvorstehers [6] und Mitglied der zionistischen Vereinigung, den häßlichen Wahrheitsverbrecher. Wer die Pfiffigkeit und Schnelligkeit der Berliner Polizei in diesem Fall mit ihrer langsamen Einfalt anläßlich des Mordes an dem Nationalsozialisten Kütemeyer [7] vergleicht, kann sich seine Gedanken machen. Jedenfalls erscheinen damit die kompromittierten Senatoren reingewaschen. Denn man muß die amerikanischen Journalisten kennen, und man wird keinen Augenblick zweifeln, daß es ihrer jüdischen Rabulistik ohne weiteres gelingen wird, die öffentliche Meinung so zu bearbeiten, daß die verdächtigten Herren am Ende sogar noch als Märtyrer dastehen. Wenn man nun diese Berliner Zaubergeschichte liest, erinnert man sich unwillkürlich an einen Vorgang, der, wenn er sich auch in ganz anderer Richtung abspielte, doch zur Genüge die Fähigkeiten

---

2 Borah und Norris traten für eine Normalisierung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen ein. 1928 waren Dokumente veröffentlicht worden, die beweisen sollten, die Senatoren seien für ihre prosowjetische Haltung bezahlt worden. Vgl. Albert Norden, Fälscher. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen, Berlin (Ost) 1960, S. 138 ff.; Günter Rosenfeld, Sowjetunion und Deutschland 1922-1933, Köln 1984, S. 335 f. sowie Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XI, Nr. 122, 200, 231.

3 Wladimir Orlow, Journalist, ehemaliger russischer Untersuchungsrichter, am 11.7.1929 vom Vorwurf der Urkundenfälschung freigesprochen, wegen Betrugs zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

4 Hubert Renfro Knickerbocker (1898-1949), Journalist, 1919-1920 Studium in München, 1920-1922 Reporter der "New York Evening Post", 1924-1925 Korrespondent bei der "New York Evening Post" und dem "Philadelphia Public Ledger" (Hearst-Presse) in Berlin, 1925-1927 Korrespondent des International News Service in Moskau, 1928-1933 Leiter des Berliner Büros der "New York Evening Post" und des "Philadelphia Public Ledger".

5 Bernhard Weiß (1880-1951), 1906 Dr. jur. et rer. pol., 1920-1924 Leiter der Berliner politischen Polizei, 1925-1927 Leiter der Kriminalpolizei, 1927-1932 Polizei-Vizepräsident von Berlin, 1933 Emigration.

6 Max Weiß (1843-1926), Getreidegroßhändler, Mitglied des Vorstandes der Synagogengemeinde an der Fasanenstraße, Mitglied des Kuratoriums der "Hochschule für die Wissenschaft des Judentums".

7 Hans Georg Kütemeyer (1895-1928), Kaufmann, Scharführer im SA-Sturm 15 Schöneberg.
Nach Hitlers Auftritt am 16.11.1928 im Berliner Sportpalast (Vgl. Bd. II/1, Dok. 50) war es zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Straßenbauarbeitern gekommen, in die Kütemeyer verwickelt war, der am nächsten Morgen ertrunken im Landwehrkanal aufgefunden wurde. Das Schöffengericht Schöneberg verurteilte am 19.6.1929 mehrere Angeklagte wegen gefährlicher Körperverletzung, schloß aber aufgrund des Obduktionsbefundes einen direkten Zusammenhang zwischen der Schlägerei und dem Tod Kütemeyers aus. Vgl. Berliner Tageblatt vom 17.11.1928 (AA), "Ein politischer Mord?"; Berliner Tageblatt vom 19.6.1929 (AA), "Der Fall Kütemeyer vor Gericht" und vom 20.6.1929 (MA), "Urteil im Prozess Kütemeyer".

enthüllte, über die die Berliner Polizei manchesmal verfügt. Vor kurzem wurde von einem Abgeordneten der nationalsozialistischen Partei [8] erneut die Anfrage eingebracht, wie es sich mit jener Photographie verhalte, die vom Berliner Polizeipräsidium zum Kampf gegen die völkische Bewegung in die Öffentlichkeit lanciert wurde, und auf der sich eine, in der Art des Ku-Klux-Klan vermummte Gesellschaft, ganz ersichtlich (zu Verschwörungszwecken versammelt!) abgebildet war [9]. Die Photographie soll nun im Berliner Polizeipräsidium selbst unter Mitwirkung von Kriminalbeamten als Statisten aufgenommen worden sein. Das wurde also der Regierung erneut vorgehalten, ohne daß bis heute diese oder die Polizeidirektion es gewagt hätte, zu diesem einfach ungeheueren Vorwurf Stellung zu nehmen. Ja, wir leben schon wirklich in einer vorbildlich sauberen Republik!

Es ist schwer festzustellen, ob diese Berliner Fälscherkomödie noch den Anspruch hat, originell zu sein. Vielleicht ist sie nur mehr eine Nachäffung, vielleicht aber auch ist sie das Vorbild für eine andere Komödie, deren Schauplatz Brüssel [10] ist. Trotz allen frechen Bemerkungen der französisch-belgischen Presse ist den Wortführern der "Nation des Triumphes, der Glorie und der Zivilisation" [11] die Enthüllung der geheimen Kriegsvorbereitungen gegen Italien und Deutschland und im weiteren Sinn auch gegen Holland schwer auf die Nerven gefallen. Besonders in den Niederlanden will sich die öffentliche Meinung gar nicht beruhigen, während in Deutschland die Zeitungen des Herrn Stresemann das Feuer der Erregung schon nach Möglichkeit zu löschen trachten. Man empfindet in Frankreich immerhin die Affäre so unangenehm, daß man am liebsten sie einfach aus der Welt schaffen möchte. Erst hüllte man sich allerdings in betroffenes Schweigen, später sollten die Behauptungen nicht wahr sein oder zumindest nicht in dem vorliegenden Umfange stimmen, endlich gab man zu, daß Abkommen zwischen Frankreich und Belgien beschlossen worden seien, aber man behauptete, daß davon ja die ganze Welt Kenntnis gehabt hätte, in erster Linie Deutschland. Nun konnte man trotz all dieser verlogenen Ausflüchte eines nicht aus der Welt schaffen, nämlich die Tatsache des Skandals, daß trotz Völkerbund und trotz Locarno [12] unter der Decke Kriegsbündnisse abgeschlossen werden, und militärische Vorbereitungen für den nächsten Krieg stattfinden. Wer also wirklich so dumm war, an das ganze Gefasel von Völkerversöhnung und Völkerverständigung, an Weltfrieden und Völkerbund, an Minderheitenschutz [13] und Abschaffung der Ge-

8 Wilhelm Kube (1887-1943), Journalist, 1920-1923 Generalsekretär der DNVP in Berlin, 1923 Übertritt zur DVFP, 1924-1928 MdR (DVFP), 1928 Übertritt zur NSDAP, 1928-1933 MdL in Preußen und Vorsitzender der NSDAP-Fraktion, 1928-1933 Gauleiter des Gaues Ostmark, 1933-1936 Oberpräsident der Provinzen Brandenburg und Posen-Westpreußen, 1933-1936 Gauleiter des Gaues Kurmark, 1941-1943 Reichskommissar für Weißruthenien, 1943 ermordet.

9 Am 18.1.1929. Das fragliche Foto war unter anderem in der Berliner Morgenpost vom 11.9.1925 erschienen. Bereits am 23.9.1925 hatten die Abgeordneten Kaiser (Anklam), Wiegershaus, Stock und Voß von der Deutschvölkischen Freiheitspartei eine kleine Anfrage dazu im Preußischen Landtag eingebracht. Druck: Preußischer Landtag, Sammlung der Drucksachen, 2. Wahlperiode, Bd. 6, Berlin 1926, Nr. 1044 H.

10 Vgl. Dok. 3, Anm. 26.

11 Gemeint ist Frankreich.

12 Zur Konferenz von Locarno vgl. Dok. 3, Anm. 27.

13 Indirekt nennt die Satzung des Völkerbunds Völkerverständigung, Weltfrieden und Minderheitenschutz als Ziele, denen die Organisation dienen soll. Vgl. Die Satzung des Völkerbundes. Kommentiert von Walther Schücking und Hans Wehberg, Berlin [2]1924, S. 155 f., 188 f.

heimdiplomatie zu glauben [14], - und in Deutschland haben es die Juden fertiggebracht, wenigstens einen Teil unseres Volkes zu solchen Idioten zu verwandeln - dem können zumindest jetzt die Augen aufgehen. Und das ist vielleicht der Hauptgrund, warum in Frankreich die Sache unangenehm berührt. Wie leicht kann dadurch in Deutschland eine Erkenntnis kommen, die den französischen Strauchrittern ihre künftigen Pläne zu durchkreuzen in der Lage wäre! Und vor allem, wie leicht kann aus dieser Aufhellung des ganzen Völkerbundschwindels und aus dieser vernichtenden Bloßstellung der deutschen Außenpolitik ein solcher Sturm von Empörung entstehen, daß darüber nicht nur Herr Stresemann verschwinden muß, sondern daß damit die ganze Richtung dieser von Juden und Franzosen benebelten Friedensphantasten überhaupt beseitigt wird, und an ihre Stelle Menschen mit nüchterner und kalter Logik treten. Denn so schwer durch diese Enthüllungen Frankreich belastet wurde, so fällt das doch kaum ins Gewicht gegenüber der Belastung, die die deutsche Außenpolitik erhält. In jedem anderen Staate säße Herr Stresemann heute im Gefängnis. Das Unheil, das dieser Mann dem deutschen Volk durch seine verhängnisvolle Außenpolitik zugefügt hat, ist unermeßlich. Nun ist durch die in Holland erfolgte Enthüllung der französischen Kriegsvorbereitungen endgültig bewiesen worden, daß nicht nur die Unterlagen der Stresemannschen Außenpolitik falsch waren, sondern daß dieser Mann überhaupt mit einer Leichtfertigkeit, die nur juristisch geahndet werden könnte, das Schicksal unseres Volkes an Voraussetzungen knüpfte, die nicht nur die bloße Vernunft widerlegen mußte, sondern die nun endgültig durch Tatsachen widerlegt sind. Vor nichts zittert man aber in Paris mehr als vor einem vorzeitigen Abgang Gustav Stresemanns. Der Schwindel, der deshalb nun in Brüssel inszeniert wurde, dient sicherlich weniger dazu, Frankreich rein zu waschen - denn das könnte den Franzosen infolge ihrer Machtstellung an sich gleich sein - als vielmehr der Rettung der deutschen Außenpolitik und ihres Führers Gustav Stresemann. Über den Schwindel selbst braucht man wirklich wenig zu sagen. Man hat in Brüssel ein Subjekt bezahlt, das nun erklären mußte, die in Holland veröffentlichten Dokumente seien von ihm gefälscht [15]. Schon heute kann das Schwindelmanöver als restlos entlarvt und erledigt gelten. Der bezahlte Gauner war natürlich gegen Geld bereit, diese Behauptung auf sich zu nehmen, aber anscheinend nur unter der vorhergegangenen feierlichen Zusicherung, daß ihm nichts Ernstliches passieren würde. Einsperren wollte sich der "Dokumentenfabrikant" für Geld doch nicht lassen. So wurde denn der angebliche Fälscher "mangels geeigneter Paragraphen" sofort wieder in Freiheit gesetzt und hat dort sein wohlgelungenes Geschäft mit einer solennen [16] Sektkneiperei gefeiert. Ja, die Herrn Belgier und Franzosen haben keine "gesetzlichen Handhaben"! Wer fängt da nicht hellauf zu lachen an? Das Rouzier-Volk [17], das

---

14 Bezieht sich auf Punkt I des Friedensprogramms des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Woodrow Wilson, vom 8.1.1918 (Die vierzehn Punkte): "Offene Friedensverträge, die offen zustande gekommen sind, und [*sic!*] danach sollen keine geheimen internationalen Vereinbarungen irgendwelcher Art mehr getroffen werden, sondern die Diplomatie soll immer offen und vor aller Welt arbeiten." Vgl. Ursachen und Folgen, Bd. II, S. 375.

15 Albert Frank-Heine (geb. 1896), niederländischer Redakteur und Lektor. Vgl. auch Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XI, Nr. 108, 178.

16 Neulateinisch: Festlich.

17 Anspielung auf den französischen Unterleutnant Pierre Rouzier, der in der Nacht vom 26./27.9.1926 in Germersheim drei deutsche Passanten durch Schüsse verletzt hatte, einen davon tödlich. Er war vom französischen Kriegsgericht in Landau am 21.12.1926 freigesprochen worden. Vgl. Der Prozeß Rouzier, Landau 1927.

ohne ein Spur von Beweisen es immer fertigbrachte, Deutsche zu verurteilen und auf Jahre hinter Kerkermauern zu werfen, leidet jetzt auf einmal am "Mangel an entsprechenden Paragraphen"! Man soll doch wenigstens nicht die ganze Menschheit für so stupide und blöde halten, so etwas zu glauben. Nein! Der belgische Gauner wurde einfach deshalb nicht eingesperrt, weil er vorher erklärte: "Ich bin bereit, gegen soundsoviel hunderttausend Franken zu behaupten, daß ich diese Dokumente gefälscht habe, aber ich bin selbstverständlich nicht bereit, mich für diese Gefälligkeit, die ich euch erweise, hinter Schloß und Riegel setzen zu lassen." Und endlich war das ja auch gar nicht notwendig, denn der Zweck wurde auch so erreicht. Mit einem Seufzer der Erleichterung stürzten sich die Zeitungen unseres unvergleichlichen Herrn Außenministers auf diesen Rettungsanker und bemühen sich nun, der gläubigen Mehrheit unseres politischen Bürgertums die Richtigkeit der Außenpolitik ihres Herrn und Meisters erneut und erst recht zu beweisen.

Während unsere scheinheilige bürgerliche Presse Krokodilstränen über die Verfolgung der Deutschen in Südtirol vergießt [18], geht die Verfolgung der Deutschen im Reich ungehindert weiter. Nur ist sie dieser bürgerlich-patriotischen Presse zu wenig interessant und wohl auch zu wenig nützlich, als daß sie davon besondere Notiz zu nehmen geruhen würde. Man stelle sich vor, in Südtirol würden alle Wochen ein paar Dutzend Deutsche von Faschisten mehr oder weniger schwer verletzt, man stelle sich weiter vor, daß dort das positiv nationale Element alle paar Wochen ein oder zwei von Faschisten Ermordete zu beklagen hätte, und man ermesse dann das Gebrüll, ja das Toben unserer Patriotenpresse. Daß in Deutschland seit Jahren der wirklich national Bewußte geradezu als Freiwild gilt, das interessiert diese Gazetten nicht. Noch ist in Berlin das Blut des ermordeten Stahlhelmmannes [19] kaum getrocknet und schon meldet der Telegraph eine neue Schreckensnachricht. Dieses Mal haben die roten Meuchelmörder wieder zwei nationalsozialistische Arbeiter abgeschlachtet [20]. Das unter dem Schutz der Regierungsparteien stehende feige marxistische Mordgesindel hat mit 400 Mann [21] einen Trupp nationalsozialistischer Arbeiter in Wöhrden überfallen, zwei durch Messerstiche getötet, ein anderer ist nachträglich noch gestorben, während über ein Dutzend mehr oder weniger schwer verwundet sind [22]. Obwohl die Täter schon jetzt offen genannt werden, haben die Behörden, während ich diese Zeilen niederschreibe, noch nicht Veranlassung genommen, gegen die von den Regierungsparteien gedeckten roten Mordlumpen vorzugehen. Ja, die Berliner Polizeidirektion hat bis heute noch nicht einmal die Mörder an dem Nationalsozialisten Kütemeyer in Berlin, der von den roten Meuchlern im Landwehrkanal ertränkt wurde, aufzufinden gewußt. Wie gesagt, wenn in Südtirol jemals Deutsche von Faschisten ermordet worden wären, wie sie im Schatten der Weimarer Republik von den Angehörigen unserer sauberen Regierungsparteien abgeschlachtet werden, dann würde das ganze Bürgertum brüllen und schreien, denn dort wären es "deutsche Volksgenossen", während es hier in Deutschland

18 Vgl. Dok. 4, Anm. 12.

19 Herbert Kleier, Gymnasiast, Angehöriger des "Jungstahlhelms", am 22.2.1929 in Berlin erschossen. Vgl. Berliner Tageblatt vom 23.2.1929 (AA), "Der Mord in Pankow".

20 Hermann Schmidt und Otto Streibel.

21 Nach dem Bericht des Landrates des Kreises Süderdithmarschen vom 8.3.1929 waren an dem Zusammenstoß etwa 160 Nationalsozialisten und etwa 130 Kommunisten beteiligt. Vgl. Dok. 9, Anm. 7.

22 Vgl. Dok. 6, Anm. 14 sowie Dok. 9 und Dok. 10.

selbst ja nur "nationalistische Schweine" sind, über deren Beseitigung sich die bürgerliche Journaille nicht aufzuregen braucht. So furchtbar für den einzelnen das grausame Schicksal ist, so entsetzlich die Wirkung und die Folgen für die Angehörigen sein müssen, so ingrimmig wird aber auch langsam der Haß gegen ein System, dem das nationale Bürgerblut von allen Fingern herunterträufelt. Wer auch heute von den Anhängern der Novemberrevolution in Deutschland gemordet wird, es wird einst der Tag einer Rache kommen, die sich um so furchtbarer auswirken soll, je mehr sie sich dann dieser Entwicklung der legalen, gesetzlichen Waffen wird bedienen können. "Gottes Mühlen mahlen langsam, mahlen aber schrecklich fein, was an Eile sie versäumen, holen sie durch Schärfe ein [23]!" Der Herr gnade einst den Mördern, der Justiz, die sie nicht findet, und den Parteien, die sie decken.

16. März 1929 Dok. 9
"Das todbringende heutige Verbrechen: Sein Volk und Vaterland zu lieben! Die Beerdigung unserer ermordeten Kameraden in Schleswig-Holstein"
Artikel

VB vom 16.3.1929 [1].

Langsam löst sich der Tag aus grauen Nebeln, als der Zug über Harburg der größten Hanseatenstadt [*sic!*] des Reiches zueilt. Wenige Minuten später donnern wir über die riesenhaften neuen Elbebrücken. Dann schieben sich Kanäle und kleine Hafenanlagen am Geleise heran. Das schmutzig-grün-gelbe Wasser ist nur in kleinen Rinnen sichtbar, so stark treibt überall das Eis. Mühsam winden sich zwischen den zerstoßenen großen Schollen die kleinen Schlepper durch und schieben die unordentlich verteilten Blöcke aufeinander. Aus dem Dunst tauchen wuchtige Schornsteine auf und verblassen wieder. Dann senkt sich der Zug und gleitet immer tiefer zwischen endlosen Speichern, Schuppen, Lagerhäusern zur Erde nieder. Man sieht noch verschwommen die Konturen des zehnstöckigen Ballin [2]-Hauses, ahnt den riesenhaften Nachbarn, das Chile-Haus, und dann rasseln links und rechts Mauern an uns vorbei, der Zug rollt in die gewaltige Halle des Hamburger Hauptbahnhofes hinein. Selbst hier in der Halle herrscht eine unfreundliche Mischung von Nebel und Qualm, so daß die zahllosen Lichter die Flächen

---

23 Das Sprichwort geht auf Sextus Empiricus (um 180 n. Chr.) zurück. Vgl. Geflügelte Worte, S. 143 f.

1 Vgl. auch Die Blutnacht von Wöhrden und ihre Folgen. Eingehende Darstellung des kommunistischen Mordüberfalls und des marxistischen Polizeiterrors mit zahlreichen Bildern und einem Beitrag von Adolf Hitler, Itzehoe o. J. [1929] sowie Gerhard Stoltenberg, Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918-1933. Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1962, S. 207 ff. Bildbericht über die Beerdigung in: Illustrierter Beobachter vom 23.3.1929, "Der Mord in Schleswig-Holstein".

2 Albert Ballin (1857-1918), Reeder, 1886 Eintritt, 1889 Vorstandsmitglied, 1899 Generaldirektor der HAPAG (Hamburg-Amerikanische Paketfahrt AG), 1918 Selbstmord.

und Wände des ungeheueren Raumes nicht sichtbar machen. Hauptmann von Pfeffer [3], Major Buch [4] und unser Partei-Photograph Hoffmann [5] sind meine Begleiter.

Bis wir den Bahnhof verlassen und auf die glitschige Straße treten, rieselt gerade ein ganz feiner dünner Regen nieder. Fröstelnd schauen wir, so schnell als möglich über den Platz zu kommen, und sind ordentlich froh, die Halle des Hotels ordentlich gewärmt zu finden. Da ich in der Nacht nur wenig schlafen konnte, lege ich mich noch einmal nieder und versuche einzudösen. Um 10.30 Uhr werde ich geweckt und um viertel nach 11 Uhr begrüße ich neben verschiedenen Hamburger Herren der Partei den Gauleiter Lohse [6]. Es wird mir die Begleitung vorgestellt, und da sehe ich so recht wieder, daß hier oben das Land der Riesen ist. Wir fahren mit zwei Kraftwagen um 11.30 Uhr aus Hamburg ab. Die Fahrer, zwei Parteigenossen, die uns liebenswürdigerweise ihre Wagen zur Verfügung stellten, sind Hünen. Lohse selbst ist eine sprechende Verkörperung dieses holsteinischen Schlages. Vor unserer Abfahrt erzählt er mir noch einmal in großen Zügen den Hergang der Sache [7]. Im Wagen ergibt sich Gelegenheit, genaueres zu hören. Unwillkürlich wird einem der kleine "Adler" [8] zu enge.

Es ist der gleiche Hergang wie immer. In Wöhrden, einem kleinen Ort in der Nähe von Heide, soll eine Versammlung von uns stattfinden. Da die Kommunisten schon eine vorausgegangene zu sprengen versuchten [9], verbietet der Landrat [10] nicht etwa das Auftreten der Kommunisten, sondern das Abhalten unserer Versammlung.

3 Franz von Pfeffer (1888-1968, eigentlich Pfeffer von Salomon), Hauptmann a. D., 1920 als Führer des Westfälischen Freikorps Pfeffer Teilnahme am Kapp-Putsch, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925/26 Gauleiter des Gaues Westfalen, 1926 Gauleiter des Gaues Ruhr (zusammen mit Karl Kaufmann und Joseph Goebbels), 1926-1930 Oberster SA-Führer (Rücktritt), 1932/33 MdR, 1941 Parteiausschluß.

4 Walter Buch (1883-1949), Major a. D., 1919 Mitglied der DNVP, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Teilnahme am Hitlerputsch, 1928-1945 Vorsitzender des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses bei der Reichsleitung der NSDAP, 1928-1933 MdR, 1934-1945 Leiter des Obersten Parteigerichts, Selbstmord.

5 Heinrich Hoffmann (1885-1957), Fotograf, seit 1919 mit Hitler bekannt, 1920 Eintritt in die NSDAP, Reichsbildberichterstatter der NSDAP und als einziger autorisiert, Hitler zu fotografieren, Verfasser mehrerer Bildbände über Hitler.

6 Hinrich Lohse (1896-1964), Bankbeamter, 1920/21 Geschäftsführer der Schleswig-Holsteinischen Landespartei in Neumünster, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924 Vorstandsmitglied des Völkisch-Sozialen Blocks in Schleswig-Holstein, 1924 Übertritt zur NSFB, 1924-1929 Stadtverordneter in Altona (ab 1925 NSDAP), 1925-1945 Gauleiter des Gaues Schleswig-Holstein, 1928-1933 MdL in Preußen (NSDAP), 1928/29 kommissarischer Gauleiter des Gaues Hamburg, 1932 NSDAP-Landesinspekteur Nord, 1932/33 MdR, 1933-1945 Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein und Mitglied des Preußischen Staatsrats, 1941-1944 Reichskommissar Ostland.

7 Die Kommunisten hatten aus einer Seitenstraße heraus versucht, die Kolonne der Nationalsozialisten bei ihrem Propagandamarsch durch Wöhrden zu durchbrechen. Schlagringe, Messer, Stahlschläger und Gummiknüppel sollen beim anschließenden Handgemenge von beiden Seiten eingesetzt worden sein. Landjäger trennten die Parteien. Vgl. Johann Wilhelm Thomsen, Landleben in der Weimarer Republik, Heide 1989, S. 118 ff. sowie die Berichte des Landrates des Kreises Süderdithmarschen Dr. Pauly vom 8.3.1929, "Zusammenstoß von Kommunisten und Nationalsozialisten", vom 9.3.1929, "In der Landfriedensbruchsache Wöhrden" sowie des Landrates des Kreises Norderdithmarschen Dr. Kracht, "Zusammenstoß in Wöhrden" vom 9.3.1929; Landesarchiv Schleswig, Abt. 309, Nr. 22875.

8 Kraftfahrzeug aus den Adlerwerken Frankfurt a. M.

9 Am 18.2.1929 im Gasthaus "Dithmarscher Hof" in Wöhrden.

10 Ernst Kracht (1890-1983), 1911 Dr. jur., 1914 Dr. rer. pol., 1919-1936 Landrat des Kreises Norderdithmarschen, des Großkreises Dithmarschen (1932) und des Kreises Süderdithmarschen (1939), 1919-1929 Mitglied des Provinziallandtages Schleswig-Holstein, 1.5.1933 Eintritt in die NSDAP, 1936-1945 Oberbürgermeister von Flensburg.

Das Verbot kommt aber zu spät, so daß die zu ihrem Schutz befohlene S.A. nicht mehr vollständig zurückgerufen werden kann. Es findet also eine reine Mitgliederversammlung statt. Die S.A. sammelt und will den Ort wieder verlassen, da beginnen die Kommunisten, ihrerseits Umzüge zu veranstalten. Und schon setzten die ersten Provokationen ein. Die S.A. antwortet darauf nicht. Was soll sie auch tun! Die einzige Antwort, die man dieser Nationalschande geben könnte, fällt aus. Die S.A. will keinen Kampf gegen eigene Brüder. Sie hat auch keine Waffen hierzu. Getreu den immer wieder eingeschärften Befehlen von Partei- und S.A.-Oberleitung, haben die Führer der Trupps und Stürme auch immer wieder die einzelnen Abteilungen durchsucht und das Mitführen jeder, auch selbst der kleinsten Waffe unmöglich gemacht [11]. Dr. Grantz [12], ein überlegener ruhiger Mann, leitet persönlich die eingesetzte S.A. der Partei. So kommt es, daß die Parteigenossen nicht einmal ein Taschenmesser besitzen.

Diese planmäßige Entwaffnung, die durch die Behörden veranlaßt wird und die sich nur gegen Nationalsozialisten richtet, läßt den Mut des feigen Mordgesindels um so höher schwellen.

Um den Eindruck der roten Demonstrationen auf die eingeschüchterte Bevölkerung des Dorfes abzuschwächen, will die S.A. selbst noch einmal durch den Ort ziehen. Um aber ja jeder Möglichkeit eines Zusammenstoßes aus dem Weg zu gehen, wird gewartet, bis die Kommunisten abgezogen sind und den Ort verlassen haben.

Nun marschiert die S.A. durch die stillen Straßen im gleichen Schritt und Tritt. *Als sie gerade über eine Querstraße zieht, die etwas von oben kommend, die Marschlinie kreuzt, sehen die paar Glieder, die im Kreuzungspunkt sich befinden, eine schwarze Masse im rasenden Lauf plötzlich durch diese Quergasse auf sich einstürmen.*

Der Anprall war so heftig, daß die zwei Gruppen S.A. sofort auseinandergesprengt waren. Und im selben Augenblick floß auch schon das Blut. Die Angreifer hatten sich auf ihre Heldentat gründlich vorbereitet. Bewaffnet mit langen Kohlmessern, die zum Teil an Stöcken befestigt waren und mithin Lanzen glichen, hauen und stechen sie auf die wehrlosen S.A.-Männer ein. Todbringende Knüppel schmettern auf die Köpfe der Überfallenen nieder, Stahlketten, schwere Schläuche mit Eisenmuttern, Stücke mit spitzen Nägeln gespickt, helfen bei der kommunistischen Heldentat mit. Im Augenblick fast sinken auch schon die ersten Opfer zu Boden.

Mit zahllosen Stichen fällt der junge brave Pg. Schmidt [13], Parteigenosse Streibel [14] folgt ihm in der Sekunde nach, Pg. Jansen [15] stürzt blutüberströmt mit schweren Kopfverletzungen nieder, Pg. Claußen [16] sinkt in die Knie, will sich wieder aufraffen und kann es doch nicht

11 Bereits in seinen "Grundsätzlichen Richtlinien für die Neuaufstellung der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiter-Partei" vom 26.2.1925 hatte Hitler der SA das Waffentragen verboten und Zuwiderhandlung mit dem sofortigen Ausschluß bedroht. Vgl. Bd. I, Dok. 4 sowie Bd. II/1, Dok. 60.

12 Emil Grantz, 1926 Dr. med. vet., Februar/März 1928 Eintritt in die NSDAP, August 1928 SA-Standartenführer, Oktober 1929 Austritt aus der NSDAP, 3.6.1930 Gründung der Nationalsozialistischen Arbeitsgemeinschaft Gau Dithmarschen, 13.9.1930 Auflösung der Arbeitsgemeinschaft, Übertritt zur Gruppe Sozialrevolutionärer Nationalisten, 1933 Schutzhaft, 1934/35 Haft im Konzentrationslager Lichtenburg. Vgl. Uwe Karstens, Der Fall "Grantz". Innere Kämpfe in der dithmarsischen NSDAP 1929/30. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 111 (1986), S. 215-233.

13 Hermann Schmidt (1908-1929), Arbeiter aus St. Annen, SA-Mann.

14 Otto Streibel (1894-1929), Tischler in Röst, SA-Mann.

15 Christian Jansen, Landarbeiter aus Waldstedt, SA-Truppführer.

16 Emil (?) Claußen, Maler, SA-Sturmführer.

mehr, es sind zu viele Stiche im Gesicht, in die Schulter, Schläge über die Nase, ja selbst die Hände sind zerschnitten. Pg. Krogmann [17] *bricht nieder, der Unterkiefer ist ihm zerschmettert. Pg. Cieskowsky* [18]*, ein halber Junge noch, blutet unter den Stichen der Angreifer und wird ohnmächtig, usw.*

Das alles spielt sich im Bruchteil einer Minute ab. Dann allerdings wird das Dithmarsche Blut lebendig. Rasende Wut erfaßt die auseinandergedrängten S.A.-Teile. Sie eilen den Kameraden zu Hilfe; und damit setzt der zweite, fast noch häßlichere Akt der Bluttat ein. Denn nun stürzen sich die Wehrlosen, Entwaffneten, Niedersachsen, Holsteiner und Friesen den roten Mordbuben entgegen und haben doch nichts als ihre blanken Bauernfäuste. Mit ihnen fahren sie in die Messer der Angreifer, und trotzdem nun bei so vielen die Hände jämmerlich zerschnitten werden, siegt die Wut und der Grimm

und noch ehe 5 Minuten vergangen sind, liegen die meisten der vorherigen roten Angreifer unter dem eisernen Griff der zerschnittenen, blutüberströmten Bauernfäuste am Boden.

Der kommunistische Rädelsführer [19] selbst krümmt sich bereits auf der Erde. Mit Hurra fegt die S.A. das kommunistische Pack aus der Straße weg - als der dritte Akt beginnt. Denn nun, da der Spieß sich umdreht, und die wehrlosen Überfallenen ihrer bewaffneten Angreifer trotzdem Herr werden,

kommt die Polizei und drischt mit dem Kolben auf die sich zum Teil im eigenen Blut wälzenden und am Boden liegenden Nationalsozialisten hinein.

Das alte Spiel, das die Parteigenossen von überall her kennen. Erst läßt man die roten Arbeitermörder und Bluthunde die Nationalsozialisten überfallen und dann geht man gegen die sich zur Wehre [*sic!*] setzenden "im Namen der Staatsautorität" vor. Ha, es ist eine grimmige Liebe, die dieser Staat für sich ansammelt, und jeder von uns, der im Wagen ist, ballt die Faust und nagt mit den Zähnen an den Lippen und fühlt ein würgendes Brennen in sich. Es wird und muß einmal anders kommen und dann, wehe den Mördern und denen, die schuld an all dem Frevel sind!

So jagt der Wagen durch die holsteinische Landschaft, während wir am Ende alle schweigend in ihm sitzen.

Da uns noch ein kleines Unglück trifft - das Benzin geht unerwartet zur Neige -, können wir in St. Annen, unserem ersten Ziele, nicht mehr an der Beerdigung in der Kirche teilnehmen. Es ist aber vielleicht gut so, denn man hat Gelegenheit, sich dafür das äußere Bild des nur aus wenigen Häusern bestehenden Fleckchens anzusehen. Was einem zunächst ins Auge springt, ist Polizei. Ja, nun sind sie da, die Hüter der Ruhe und Ordnung! Überall, wohin man blickt. Si[*cherheits*]po[*lizei*] über Si[*cherheits*]po[*lizei*]. Unser geliebter Staat zeigt uns seine Machtmittel.

An den Straßenrändern stehen sie herum, kein Mensch weiß, weshalb und zu welchem Zweck. Vor der Wirtschaft wimmelt es von ihnen. Bis zum Friedhof sorgen sie "für Ruhe und Ordnung"! Ich selbst lege nur im Gasthaus den Mantel ab und begebe mich dann mit Lohse -

---

17 Hermann Krogmann (geb. 1898), 1928 Eintritt in die NSDAP und in die SA, 1929 Austritt, 1931 Wiedereintritt, 1938 Ortsgruppenleiter in Arkebek.

18 Nicht ermittelt.

19 Christian Heuck (1892-1934), Angestellter, als Rädelsführer vom Amtsgericht Meldorf zu einen Jahr und neun Monaten Haft verurteilt, 1930-1933 MdR (KPD), 1933 verhaftet, wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einer Haftstrafe verurteilt, 1934 in der Haft ermordet.

der erste Wagen von uns war schon vorher eingetroffen - zum Gottesacker. Auch dort behütet noch die Polizei den Eingang. Sie stehen alle da, teils mit nichtssagenden, teils mit mürrischen und teils auch mit lachenden Gesichtern,

die Hände in den Taschen

und schauen bald neugierig, bald möglichst gemacht lustig oder auch gleichgültig um sich. Am Friedhof ist aber auch viel Volk. Lauter großgewachsene Menschen mit verbitterten und auch schmerzlichen Gesichtern. Frauen sind da, denen man am Rot der Augen ansieht, daß sie schwer mit ihren Tränen zu ringen haben. *Als ich die Kirche entlang durch den Friedhof zum Grab schreite, sehe ich rechts eine Abordnung des Stahlhelms*[20] *mit Fahne und freue mich innerlich, denn es wird ja nun doch einmal so kommen, daß der Bund der Front-Soldaten von einst und die Partei der Soldaten der Zukunft sich finden werden.*

Und dann stehen in langen, im Viereck geöffneten Kolonnen unsere braunen Hemden da. Hinter ihnen zahlreiche Menschen, viele in Schwarz und darunter Frauen und Mädchen. Es ist eine eigentümlich wehe Stimmung, die über allem liegt. Obwohl sich die Leiche des Ermordeten noch in der Kirche befindet, wird kaum ein Wort gesprochen. Man kann auch gar nicht reden. Sowie einer den Mund zu öffnen versucht, füllen sich die Augen mit Wasser. Und dann erstickt Schmerz und Wut ja doch jedes weitere Wort.

Die Glocke auf dem kleinen Turm beginnt nun zu läuten. Die trauernde Weise der S.A.-Kapelle wird hörbar, und dann biegt um das Kircheneck der Zug, der unseren Kameraden bringt. Fahnen und die Standarte begleiten den toten Freund. Die Angehörigen folgen schmerzerfüllt nach. Ein großer hagerer Mann kann die Tränen kaum verbeißen, während die Mutter ihnen erliegt. Schwestern und Brüder vervollständigen das Bild der Klage.

Und dann spricht der Pastor die letzten Worte, die Fahnen senken sich über dem Sarg und der tote Kamerad gleitet langsam in die Erde, während die Mutter und die Frauen schluchzen und die Männer die Tränen nicht verbergen können. Tausend Hände sind erhoben und grüßen zum letzten Mal und nehmen den letzten Abschied.

Und nun soll ich sprechen. Aber was kann man da sagen?

Es liegt einer vor uns, dessen ganze Schuld nur war, sein Volk und Vaterland mehr geliebt zu haben, als die Verderber von beiden.

Dann tritt *Lohse* vor. Und aus ihm schreit endlich die Volksseele auf. Er spricht in der uralten Mundart des für sein Volk, für Deutschland Ermordeten. Ich kann nicht plattdeutsch, aber nun verstehe ich doch jedes Wort, und was er spricht, greift einem so zu Herzen, daß es uns alle in der Kehle würgt. "Sie haben ihn totgemacht, den Kameraden Schmidt, und warum haben sie ihn totgemacht? Nur weil er sich nicht fügen wollte denen, die unser ganzes Volk und unser ganzes Land totmachen,

nur weil in ihm etwas von dem Trotz lebt, der in der Freiheit und in der Ehre ein höheres Gut sieht als im feilen Lob der erbärmlichen Zeit.

Sie haben ihn totgemacht, und wir sollen zusehen und sollen dazu schweigen? Nein, in uns allen erhärtet sich der Schwur, daß der junge Kamerad nicht umsonst gefallen sein darf. Er mußte sterben, wir aber wollen kämpfen."

20 Stahlhelm - Bund der Frontsoldaten. Der am 13.9.1918 von Franz Seldte in Magdeburg gegründete Verband war seit September 1919 reichsweit organisiert und hatte 1929 etwa 240.000 Mitglieder.

Das kann man - wie sehr empfand ich es in diesem Augenblick - in Schriftdeutsch gar nicht sagen. Die Seele eines Volkes hat ihre eigene Sprache. Sie springt über die Schwere des Verstehens hinweg und packt uns am Gefühl. Und als Lohse hier oben in der Sprache des Volkes redete, da war er selbst ein Stück dieses Volkes, und seine Anklagen waren der innere Schrei dieses Volkes. Und sein Versprechen war der fromme Schwur aller.

Und dann überbringt Hauptmann von Pfeffer noch die letzten Grüße, dann der Gau Holstein und dann Hamburg und Altona. Gruppe um Gruppe folgt nach, und der braune Erdaufwurf des offenen Grabes verschwindet unter dem Grün und den Blumen, die nun zum letztenmal den braven S.A.-Mann Hermann Schmidt aus St. Annen in Dithmarschen umkränzen.

Er gehört schon zur großen Armee der zwei Millionen von einst [21] *und in dieser Empfindung wohl legt ihm der Stahlhelm-Mann den letzten Kranz zu seinem Haupt.*

Dann wird der Friedhof wieder langsam leer. Draußen sammelt die S.A. Im elften Jahre des Friedens dieser Republik hat wieder ein Vater und eine Mutter einen Sohn verloren im Kampfe für Deutschlands Zukunft. Und in dieser Erkenntnis wandelt sich der Schmerz um in ein neues Bekenntnis. Die Augen der S.A. glühen, als ich an ihr vorbeischreite, die Männer herum haben die Rücken geradegezogen, und in den Taschen stecken geballte Fäuste. Hier sagt einem der Geruch der Erde, daß ein Wind gesät wird, der einst einen Orkan als Ernte hat. (Schluß folgt [22].)

17. März 1929 — Dok. 10
"Beim Adel des deutschen Volkes Der schleswig-holsteinische Bauer - Pg. Otto Streibels letzter Gang" Artikel

VB vom 17./18.3.1929 [1].

(Schluß [2].)

Ein Parteigenosse, Herr *Schneider* [3] aus Itzehoe, in dessen gastfreundlichem Hause wir am nächsten Tage inmitten einer lieben Familie noch einige Stunden verbringen durften, hat die Freundlichkeit, uns in seinem Wagen nach einem Hof bei St. Annen zu bringen. Der Sohn des Hauses, ein junger, langer, blonder Holsteiner im braunen Hemd, begleitet uns und stellt uns dann seinen Eltern, Herrn und Frau Guth, vor [4]. Bauern sollen das sein und der Hof sei ein

21 Vgl. Dok. 6, Anm. 5, 6.
22 Vgl. Dok. 10.

1 Vgl. Dok. 9, Anm. 1.
2 Vgl. Dok. 9.
3 Paul Schneider (1892-1974), Lehrer, seit 1918 Fabrikant, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925-1927 Ortsgruppenleiter in Itzehoe, 1931-1933 Gaukulturamtsleiter des Gaues Schleswig-Holstein, 1940-1943 Kreisleiter der NSDAP in Steinburg.
4 Nicht ermittelt.

"Bauerngut", so sagt man, und doch sieht das alles hier aus wie Edelsitze. Und die Besitzer selbst: Das ist in Wirklichkeit der Adel unseres Volkes. Wenn man dieser herrlichen Rasse gegenüber das vielfach verjudete Bastardenzeug [*sic!*], das sich in unseren Großstädten unter dem Sammelnamen "Adel" herumtreibt, betrachtet, könnte man wieder einmal mit allem und jedem in Hader geraten. Abends kommt der ältere Bruder mit Frau zu Besuch, der nicht weit weg schon selbständig einen Hof bewirtschaftet. Nun sitzt man beisammen, plaudert und ist beglückt zu sehen, wie sehr unsere nationalsozialistische Idee in all diesen Köpfen hier Form und Gestalt gewonnen hat. Ich mußte zurückdenken an die Zeiten sechs bis acht Jahre vorher, da mir gewisse Herren der späteren Freiheitspartei [5] immer wieder versicherten, daß auf Grund ihrer genauen Kenntnis der Psyche der Menschen im Norden die nationalsozialistische Idee dort kein Verbreitungsgebiet besäße! Ich habe recht behalten.

Am Morgen verabschiedeten wir uns um 10 Uhr von der ehrwürdigen Frau des Hauses - Herr Guth ist bereits früher fort, um am Begräbnis in Albersdorf teilzunehmen - und werden von dem jüngeren, langgewachsenen [*sic!*] Sohn im Wagen zum Gut des Bruders gefahren, wo uns Lohse erwartet. Wir sprechen noch kurz vor, verabschieden uns und fahren dann mit Herrn Schneider nach Waldstedt.

Dort soll einer unserer Schwerstverwundeten liegen, Parteigenosse Jansen.

Wir müssen einige Male fragen und kommen endlich an eine lange Waldschneise, in die wir links von der Straße weg abbiegen. Es ist ein Glück, daß der Boden noch nicht ganz aufgetaut ist, denn sonst wäre der Wagen kaum durchgekommen. Endlich sehen wir rechts von uns einen Hof liegen. Der junge Guth, der schon zu Fuß dort war, führt uns hinein. An der Türe erwartet uns die Frau. Frau Jansen ist schwer abgehärmt. Sie begrüßt uns mit Händedruck und führt uns ohne weitere Förmlichkeit in das Zimmer ihres Mannes. Der liegt zu Bette, den Kopf schwer verbunden. Trotz der furchtbaren Verletzungen, die durch einen schweren Schlag auf die Schädeldecke entstanden waren, läßt es sich der Mann, der S.A.-Truppführer ist, nicht nehmen, zu erzählen. Und wie der nun so spricht und ruhig und breit und trotz alledem doch knapp schildert, wie es kam, wird einem das Wort "Wehrwolf" zu einem inhaltsreichen. Was ist doch das für ein wunderbarer Menschenschlag. Da liegt ein Mann, der heute vielleicht auch tot sein könnte, und redet in einer Ruhe von dem, was geschah und von dem was geschehen muß, als wäre dies die ebenso natürlichste wie naturnotwendigste Sache der Welt. Und daneben steht die Frau und ist von einer ebenso selbstverständlichen Ruhe erfüllt wie der Mann. Als der junge Guth das Braunhemd des Verletzten bringt und mir hinhält, da klebt es noch von Blut. Es ist schon so, wie ich es bisher hörte: Ein feiger, jämmerlicher Überfall dieser bewaffneten roten Arbeitermörder auf unsere wehrlosen S.A.-Männer [6]. Da, an dieses Bett, hätte man bei den Ohren diese Berliner jüdische Journaille hinziehen müssen, die in der "Vossischen Zeitung" [7] und im "Berliner Tageblatt" [8] die Wahrheit verhunzte und das rote Mordge-

5 Vermutlich Anspielung auf Reinhold Wulle, Albrecht von Graefe und Wilhelm Henning, die Gründer der DVFP.
6 Vgl. Dok. 9, Anm. 7.
7 Vgl. Vossische Zeitung vom 9.3.1929 (PA), "Kommunisten gegen Hitlerleute" und vom 12.3.1929 (PA), "Die Lehre von Wöhrden".
8 Vgl. Berliner Tageblatt vom 8.3.1929 (AA), "Zusammenstösse in Holstein: 3 Tote und 7 Verletzte", vom 9.3.1929 (MA), "Die Zusammenstösse in Wöhrden" sowie vom 10.3.1929 (MA), "Der Fortgang der Holsteiner Hetze".

sindel in Schutz nahm. Allerdings sind sie einander verwandt. Die roten Meuchelmörder der Straße und die jüdischen Mörder der Seele.

Wir verabschieden uns. Die tapfere Frau bringt uns noch bis vor die Türe, und dann fahren wir ab nach Heide. Dort liegt im Krankenhaus

unser schwerst verwundeter Kamerad, Parteigenosse Claußen,

an dessen Aufkommen immer wieder gezweifelt wurde. Gerade als wir zum Tore hinein wollen, kommt der junge Cieskowsky. Gestern lernte ich ihn mit anderen Verwundeten am Grabe des Parteigenossen Schmidt kennen. Er war dort so ergriffen, daß er das Weinen nicht zu verbeißen vermochte. Eigentlich sollte er im Krankenhaus liegen, denn er hat besonders schwere Stichwunden. Allein, er war ausgerissen, um seinem toten Kameraden noch die letzte Ehre erweisen zu können. Heute ist er wieder im Krankenhaus. Er strahlt, als er uns sieht, und bittet, uns zum Parteigenossen Claußen begleiten zu dürfen. Klein ist die Krankenstube, in der unser verwundeter Kamerad liegt. Es ist wenig von ihm zu sehen.

Das Gesicht hat schwere Stiche erhalten, das Nasenbein ist zerschlagen, in der Schulter und in der linken Seite sitzt ein Messerloch am anderen.

Die Hand, die sich zur Abwehr erhob, ist ebenfalls durchstoßen und zerschnitten. So liegt der Sturmführer der S.A., in seinem Zivilberuf Arbeiter, Parteigenosse Claußen vor uns. Und wieder dasselbe. Ob er Schmerzen hat? "Nein. Es sei nicht der Rede wert." Wie er sich fühle? "Gut." Und dann erzählt er, so wie die anderen alle, und ist nur der einen Hoffnung, daß er möglichst bald wieder gesund sein möge und daß dann einst der Tag der Abrechnung käme. *Der Tag der ganz großen Abrechnung.* Jetzt sei er im Augenblick zufrieden, denn er dürfe rauchen, und zweitens fühle er sich überhaupt nicht als im Krankenhaus liegend, denn für ihn sei das ein Lazarett. Als wir uns verabschieden, sprechen wir noch kurz mit einem der leitenden Ärzte, der auf Grund der bisherigen Einsicht die Überzeugung aussprach, daß auch das Opfer der Kommunisten [9] selbst die eigenen Leute am Gewissen haben.

Arkebek. Wieder ein ganz kleiner Flecken. Am Ortsausgang liegt das Haus des Parteigenossen *Krogmann.* Frau und Mutter sind in der kleinen Stube, ein alter Mann kommt noch, unter dessen schwarzem Zylinder sich wie aus Stahl geschnitten ein Gesicht befindet, das einem Adlerschädel gleicht. Im Bett liegt der Parteigenosse, den Kopf im Verband, und kann noch immer nur schwer reden.

Der Unterkieferknochen ist zerschlagen.

Wir selbst können ebenfalls nicht viel sprechen. Über den Personen, die sich im Zimmer befinden, liegt ausnahmslos verbissener Grimm. Der junge Guth frägt ganz ruhig dazwischen durch um nähere Einzelheiten, während Lohse sich um den Hergang der Sache erkundigt. Der Alte, der seitwärts sitzt neben den beiden Frauen, raucht aus einer kurzen Pfeife und gibt hin und wieder auf Plattdeutsch eine knappe Bemerkung dazu. Als wir uns entfernen, wird wieder ein fester Händedruck ausgetauscht, die Gesichter der Frauen, Mutter und Weib, sind entschlossener denn je, während die blauen Augen des weißen Alten Funken sprühen. Es ist schon gut so, November-Republik, es ist gut so! Du sorgst selbst für die zärtliche Liebe deiner Untertanen.

Albersdorf, ein großer, schöner Marktflecken, gleicht einem Heerlager von Braunhemden. Auf allen Zufahrtsstraßen stehen am Wegrand Personenwagen, Lastkraftwagen, Omnibusse

9 Johann Stürzebecher, RFB-Mann.

und auch Pferdegespanne. Im Ort wimmelt es wieder von Hütern der republikanischen Ruhe und Ordnung. Die Si[*cherheits*]po[*lizei*] ist da. Man weiß nicht, mit wieviel Wagen sie ausrückte, um dem Trauerzug die Staatsautorität in ihren gelungensten Repräsentanten genügend vor Augen zu halten. Als ich in einem Gasthof, der überfüllt von S.A.-Männern ist, absteige, begrüßt mich die Wirtin so, daß man sofort die Parteigenossin erkennt. Und so ist es denn auch. In dem kleinen Ort gibt es über 150 eingeschriebene Mitglieder, und heute nacht werden es über 200 sein, und morgen schon wieder über 250.

In drei Tagen nach dem Mord konnte der Gau über 500 neue Aufnahmen einschicken. Am Abend der ersten Beerdigung traten an manchen Orten die Einwohnerschaften geschlossen zur Partei über.

Hier in Albersdorf ist auch die Beteiligung der übrigen Bevölkerung eine ganz ungeheure. Schon jetzt sind die Straßen links und rechts von Menschen eingesäumt, die zu einem großen Teil Trauerkleidung angelegt haben. Ich gehe noch kurz zu unserem Standartenführer, Parteigenossen Dr. Grantz, um ihm im Namen der Bewegung für sein so überaus besonnenes Verhalten in der roten Mordnacht den Dank auszusprechen. Am Grabe des Parteigenossen Schmidt in St. Annen, da gehörte es zu den erschütterndsten Eindrücken, als dieser Standartenführer vor dem toten Kameraden erneut feierlichst bekundete, was alle wußten: Die S.A. hat nicht provoziert, im Gegenteil. Jeder ist sich seiner Verantwortung bewußt. Allein feige unterwerfen tun wir uns nicht. Die zwei Frauen des Hauses sind in Schwarz gekleidet und sehen besonders ergriffen aus.

Als der Leichenzug sich in Bewegung setzt, marschiert eine endlose Kolonne von S.A.-Männern, von Parteigenossen und sonstigen Teilnehmern dem Friedhof zu.

Der Ermordete, Parteigenosse Streibel, ist selbst nur ein armer Arbeiter.

Er konnte nicht früher zur S.A., da es ihm nicht möglich war, das braune Hemd zu kaufen. Nun, da er sich dies zusammengespart hatte, trug er es gerade zum zweiten Male. Die Mutter selbst ist siech und krank. Der Vater vor kurzem gestorben, ein Bruder desgleichen. Unglück über Unglück.

Die kleine Kirche mit dem wundervollen alten Taufbecken ist in kurzem überfüllt. Es kann nur ein Bruchteil der Trauergäste an der letzten Einsegnung teilnehmen. Vorne in der Mitte der Sarg, auf ihm darauf [*sic!*] unsere Flagge, Kränze herum und dann die Führer der Bewegung, der Bruder des Ermordeten und Bürger und Bauern und Arbeiter in allen Bänken auf den Gängen und auf der Empore. Der Pastor spricht, wird aber doch dem Unglück nicht gerecht. Er meint, man müsse sich eben fügen, und Gottes Wille geschehe. Wir alle aber wissen, daß es nicht Gottes Wille ist, daß das deutsche Volk zugrunde geht, und wissen, daß es nicht Gottes Wille war, daß eine Revolution gemacht wurde, wissen, daß es nicht Gottes Wille sein kann, daß unser Volk innerlich und äußerlich verdirbt, und wir wissen auch, daß es nicht dem Willen Gottes entspricht, daß der Mensch das Böse und Schlechte herrschen läßt, sondern daß es nach Gottes Willen geschieht, wenn sich die Menschen gegen ihre Verderber zur Wehr setzen und sich gegen sie erheben. Und so wie die ersten Christen ihre Blutopfer zu bringen hatten und vor Gott dem Herrn die Verantwortung auf die Mörder fiel, so ist es auch heute.

Wieder ist das Grab umsäumt von den Kolonnen unserer Braunhemden. Wieder gibt eine *Stahlhelmgruppe* dem Toten die letzte Ehre, und wieder sind Tausende Menschen, Männer und Frauen und Mädchen im Friedhof versammelt. Mit ernsten, verbitterten und oft auch ver-

weinten Gesichtern. Während sich die Fahnen über das Grab senken, die Standarte zum Gruß sich vor dem toten Kameraden neigt, der nun in die Tiefe sinkt, jammert die kranke Mutter herzzerbrechend.

Wieder muß ich sprechen, und dieses Mal glaube ich, ist es notwendig, besonders zu bekunden,

daß, ganz gleich wen und wie viele die roten Meuchelmörder in Deutschland noch treffen, der Kampf um die Freiheit des Vaterlandes nie aussetzen darf und nie aussetzen wird. Und als ich diesen kurzen Gedanken nun ausdrücke, schreit es aus tausend und aber tausend Stimmen über das Grab des S.A.-Mannes Streibel aus Albersdorf zum Himmel empor. Das Volk hat verstanden.

Lohse redet noch einmal und findet in der Mundart die Sätze, die jedem einzelnen hier wie Feuer an das Herz greifen. Hauptmann v. *Pfeffer* überbringt den letzten Gruß, Pg. *Hüttmann* [10] aus Hamburg und Pg. *von Allwöhrden* [11] aus Altona, Schleswig-Holstein und ungezählte Ortsgruppen desgleichen. Und während sich so über das Grab der irdischen Hülle unseres Parteigenossen die Kränze legen und es langsam verhüllen, steigt sein Name empor zu den Märtyrern im Freiheitskampf unseres Volkes.

Tief erschüttert verlassen wir alle den Friedhof.

Als sich der dichte Menschenstrom in den Straßen langsam abzuschieben beginnt, erscheint hinter uns wieder der "Staat". *Blaue Polizei* [12] *beginnt plötzlich zu brüllen, und dann ertönen Kommandos, und dann läßt man scharf laden - und alles schaut sich gegenseitig an - ist starr über diesen Wahnsinn - kein Mensch weiß warum - die Bauern aber beginnen nun langsam grimmig zu lachen. Und dieses Lachen pflanzt sich fort, und es ist die vernichtendste Antwort, die man dieser sogenannten "Autorität" überhaupt erteilen kann.* Wenn es nicht zu traurig wäre, könnte man die Tragödie fast als Komödie auffassen. Sie haben der Bewegung und damit am Ende dem deutschen Volke doch einen großen Dienst erwiesen.

---

10 Wilhelm Hüttmann (geb. 1887), Bankkaufmann, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1927 Wiedereintritt, 1927-1929 Ortsgruppenleiter in St. Pauli, 1927-1930 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1929-1930 stellvertretender Gauleiter des Gaues Hamburg, 1938 Parteigerichtsverfahren wegen Devisenvergehen (amnestiert).

11 Wilhelm von Allwöhrden (1892-1955), Kaufmann, 1924-1925 stellvertretender Ortsgruppenleiter des Völkisch-Sozialen Blocks in Altona, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925-1930 Propagandaleiter in Altona und Schleswig-Holstein, 1928-1930 Ortsgruppenleiter in Altona, 1926-1929 SA- und SS-Führer in Schleswig-Holstein, 1930-1932 NSDAP-Gaugeschäftsführer in Hamburg, 1929-1930 Stadtverordneter und Fraktionsführer im Stadtparlament Altona, 1931-1933 Fraktionsführer der NSDAP in der Hamburger Bürgerschaft, 1933-1945 Senator in Hamburg.

12 Gemeint ist die lokale Ordnungspolizei im Gegensatz zur von 1919 bis 1922 grün, dann ebenfalls blau uniformierten Schutzpolizei.

18. März 1929 Dok. 11
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 651, o. D.; StA München, Pol. Dir. München 6739.

Besondere neue Momente brachte er [*Hitler*] nicht. Er wies darauf hin, daß sich das Besatzungsheer z[*ur*] Z[*ei*]t wieder besonders aktiv zeige [2], ein Zeichen dafür, daß gegen Deutschland wieder ein neuer Schlag geführt werden soll. (Reparationsverhandlungen in Paris [3]). Im ganzen besetzten Gebiet werden plötzlich wieder die Truppen gewechselt. Dies werde deshalb gemacht, um das deutsche Volk einzuschüchtern und es den neuen Plänen gefügiger zu machen. In ein bis zwei Jahren werde die Zeit da sein, wo in Deutschland nichts mehr zu verpfänden sein werde. Dann aber auch werde die Zeit gekommen sein, wo sich die Schuldigen von heute vor einem "Deutschen Gericht" zu verantworten hätten. Die heutigen Machthaber täuschen sich, wenn sie glauben, mit dem Gummiknüppel den Unzufriedenen Liebe zu ihrem System beibringen zu können [4].

In der anschließenden Aussprache trat ein unbekannter junger Mann für Gewährung des Asylrechts für Trotzki [5] ein [6] und forderte zum Kampfe gegen den Kapitalismus als den Hauptfeind des schaffenden Volkes auf.

Hitler erwiderte, daß er sich freuen würde, einmal Führer der K.P.D. hier zu hören. Die Ausführungen des Redners seien wohl als Pro[*pa*]ganda für einen Aufenthalt Trotzkis in Deutschland anzusehen. Trotzki, der bestimmt Anweisung habe, die Revolution in Deutschland vorzubereiten, werde aber damit kein Glück haben. Daß es nicht soweit kommen werde, dafür werden die Nationalsozialisten sorgen. Wie weit es mit dem Kommunismus her sei, könne man in

---

1 Im Mathäser Bräu, von 20.00 bis 22.00 Uhr. Der Zentralsprechabend, der laut Polizeibericht gut besucht war, wurde von Hermann Esser geleitet. Vor Hitler sprach Reichspropagandaleiter Heinrich Himmler.

2 In den ersten drei Monaten des Jahres 1929 waren von französischen Gerichten in der Pfalz 40 Deutsche zu Freiheits- oder Geldstrafen, davon 24 wegen Waffenbesitz, verurteilt worden. Vgl. Die Pfalz unter französischer Besatzung von 1918 bis 1930. Kalendarische Darstellung der Ereignisse vom Einmarsch im November 1918 bis zur Räumung am 1. Juli 1930. Hrsg. vom Bayerischen Staatskommissar für die Pfalz, München 1930, S. 346.
In der bürgerlichen Presse wurde zu dieser Zeit nur über die hohe Todesrate der französischen Besatzungsarmee berichtet. Vgl. z. B. Vossische Zeitung vom 12.3.1929 (PA), "200 Besatzungssoldaten gestorben".

3 Vgl. Dok. 2, Anm. 6.

4 In Anlehnung an den "Friedensstab", den die Bürgerwehren seit der Revolution von 1848/49 führten, waren bei der preußischen Schutzpolizei nach 1918 Schlagstöcke aus Hartgummi als Nahkampfwaffe eingeführt worden. Diese "Gummiknüppel" waren immer wieder das Ziel der radikalen politischen Polemik. Vgl. Hsi-Huey Liang, Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik, Berlin 1977, S. 65.

5 Leo Trotzki (eigentlich: Leib Bronstein, 1879-1940), seit 1899 Verbannung, seit 1902 Exil, 1917-1926 Mitglied des Politbüros der Russischen Kommunistischen Partei/Kommunistischen Allunionspartei, 1917 Vorsitzender des Militärrevolutionären Komitees, Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, 1918-1925 Kriegskommissar und Organisator der Roten Armee, 1927 Parteiausschluß, 1929 Ausweisung aus der Sowjetunion, 1938 Gründer der IV. (Trotzkistischen) Internationale, 1940 in Mexiko auf Befehl Stalins ermordet.

6 Reichstagspräsident Paul Löbe (SPD) hatte am 6.2.1929 vor dem Reichstag die Möglichkeit angedeutet, daß Deutschland Trotzki Asyl gewähren könnte. Am 7.4.1929 beschloß die Reichsregierung jedoch, dem Einreisegesuch nicht stattzugeben. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 424, S. 1053 sowie Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 530 f.

Rußland sehen, wo nunmehr wieder die Brotkarten eingeführt worden seien [7]. In seinem Schlußworte warnte Hitler die Kommunisten vor Entfachung einer Revolution in Deutschland.

22. März 1929 Dok. 12
Rede auf NSDAP-Führertagung in Nürnberg [1]

VB vom 29./30.3.1929, "Reichsparteitag Nürnberg 1929".

Der Führer entwickelte zunächst in großen Zügen Sinn, Zweck und voraussichtlichen Verlauf des Parteitages [2], der im Zeichen des zehnjährigen Bestehens der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei [3] und des Gedenktages vor 15 Jahren stehen wird, da die feldgraue Armee Deutschlands in den Krieg zog [4].

22. März 1929 [1] Dok. 13
Rede auf NSDAP-Versammlung in Nürnberg [2]

Polizeibericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 25.3.1929; StA Nürnberg, Pol. Dir. Nürnberg-Fürth 1740 [3].

Die NSDAP habe die besten Redner von ganz Deutschland in ihren Reihen [4]. Der Grund hiefür sei, daß die Redner mit ihrer ganzen Seele bei der Sache seien und daß sie nicht für eine

---

7 Seit Mitte März 1929. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 385.

1 Im Deutschen Hof. An der Besprechung zur Vorbereitung des Parteitages nahmen Reichsschatzmeister Franz Xaver Schwarz, der Oberste SA-Führer Franz von Pfeffer, der Verlagsdirektor des Parteiverlages Max Amann, der Reichsgeschäftsführer Philipp Bouhler, MdL Julius Streicher sowie Nürnberger Parteifunktionäre teil. Vgl auch Lagebericht Nr. 148/II der Polizeidirektion Nürnberg vom 9.4.1929; StA München, Pol. Dir. München 6736.

2 Vom 1. bis 4.8.1929. Zum Programm vgl. Dok. 1.

3 Vgl. Dok. 1, Anm. 2.

4 Am 1.8.1914 hatte Deutschland die Mobilmachung ausgelöst und Rußland den Krieg erklärt. Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Datiert nach Polizeibericht und Ankündigung im VB vom 22.3.1929, "Die tägliche Versammlung".

2 Im Herkulessaalbau, von 22.15 bis ca. 23.45 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 2.000 Personen teilnahmen, wurde von Julius Streicher geleitet. Vor Hitler sprach Ludwig Münchmeyer über das Thema: "Abrechnung mit den Volks- und Vaterlandsverrätern".

3 Vgl. VB vom 26.3.1929, "Riesenkundgebung in Nürnberg", sowie Münchener Post vom 3.4.1929, "Nationalsozialistische Kampfansage an Preußen!".

4 1928 hatte die NSDAP nach eigenen Angaben 300 Redner zur Verfügung, die 20.000 Veranstaltungen durchführten. Nach Eröffnung einer parteieigenen Rednerschule im Sommer 1928 gelang es in kurzer Frist, die Zahl der Redner zu verdreifachen. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 125.

leere Partei, sondern für eine große Idee kämpfen. Der Glaube an die Idee sei es, der die Anhänger der NSDAP immer wieder und so fest zusammenschließe. Deshalb seien alle Verbote und Unterdrückungsversuche vergebens gewesen, deshalb brächten die Parteigenossen Tag für Tag neue Blutopfer, deshalb könne der brutalste Terror der Gegner Nationalsozialisten nicht einschüchtern, denn sie tragen das Bewußtsein in sich, Kämpfer einer neuen Idee zu sein. Der derzeitige Staat wirtschafte immer mehr ab. Überall spreche man von Bankrott der Weimarer Verfassung. Wir Nationalsozialisten sind gerne bereit, diesen Bankrott anzumelden und durchzuführen. Längere Ausführungen macht Hitler nun gegen die Bestrebungen, dem Juden Trotzki [5] die Einreiseerlaubnis nach Deutschland zu geben, die zusammengefaßt darin gipfeln, daß, wenn die Regierung diesen Blutmörder trotz alledem hereinlassen sollte, schließlich das Volk selbst zu dieser Frage Stellung nehmen würde. Trotzki sei trotz aller anderen Darstellung nichts anderes als der Agent der Sowjetjuden, die glauben, die Zeit sei gekommen, auch in Deutschland ihren Blutrausch zu stillen. Aber diesmal würden sie nicht wieder wie 1918 die Straße beherrschen, sondern Tausende von Braunhemden würden aufstehen und für die Freiheit Deutschlands kämpfen. Der Parteitag in Nürnberg [6], für den überall schon jetzt mit großer Begeisterung gearbeitet würde, solle kein Fest sein, sondern, wenn die 60.000 Braunhemden [7] durch die Straßen ziehen, solle Deutschland und die ganze Welt erkennen, daß die Nationalsozialistische Partei nicht tot, sondern gewachsen sei. Der Parteitag sei auch kein Haltepunkt, denn die Nationalsozialisten werden dann erst recht und mit um so größerem Eifer weiterarbeiten müssen, bis die 60.000 Braunhemden sich vervielfacht haben.

23. März 1929 Dok. 14
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 23.3.1929.

Es ist immer ein schlechtes Zeichen für die Lage Deutschlands, wenn sich der Herr Außenminister Gustav Stresemann in "Erholung" begibt [1]. In diesem Manne schenkte uns das Schicksal ein Abbild größter Köpfe. "Der Staat bin ich", war ein Ausspruch, den sich große Könige und Regenten zu allen Zeiten zu eigen machten [2]. Und glücklich die Völker, in denen sich Staat und Führer im guten Sinne deckt [*sic!*]. Niemand kann bestreiten, daß das friderizianische Preußen tatsächlich Friedrich der Große war, sowenig ein wahrheitsliebender Mann ableugnen kann, daß das heutige Italien Mussolini heißt. Ein Dummkopf aber wäre vor allem derjenige,

5 Vgl. Dok. 11, Anm. 5, 6.
6 Vgl. Dok. 60-65, 67.
7 Die SA erreichte die Zahl von 60.000 Mitgliedern erst im Herbst 1930. Vgl. Peter Longerich, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, S. 93.

1 Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 12.3.1929, "Dr. Stresemann reist nach San Remo".
2 Der Ausspruch "L'Etat c'est moi" wird König Ludwig XIV. von Frankreich zugeschrieben.

der nicht sehen wollte, daß des Deutschen Reiches heutiges Wesen sich am vollkommensten in Gustav Stresemann äußert. Das Konterfei dieses Kopfes trägt alle bemerkenswerten Züge unseres glorreichen Novemberstaates in sich. Innerlich und äußerlich. Es ist deshalb nichts, was einen verwundern dürfte, daß, wenn Stresemann leidet, auch Deutschland leidet, und wenn Stresemann der Erholung bedarf, Deutschland krank ist. Und es ist wieder nichts als das Zeichen einer wunderbaren Übereinstimmung dieser beiden Erscheinungen, wenn Herr Stresemann sich nicht, wie es vielleicht einer pausbackigen [*sic!*], alten Anschauung entsprochen hätte, irgendwo in Deutschland erholt, sondern, daß er zur alten, befreundeten Nation an die Riviera eilt!

Während also der Novemberrepublik großer Geist in Nizza oder Monte Carlo neue Kräfte sammelt, tagt in Paris die sogenannte Sachverständigenkonferenz [3] rüstig weiter. Allerdings weiß kein Mensch, über was momentan beraten wird oder wie beraten wird. Das brauchen aber auch vor allem die deutschen Bezahler gar nicht zu wissen. Wesentlich ist, daß ihnen eines Tages eine Rechnung vorgelegt wird, die sie dann zu begleichen haben. Im Reichstag zirkuliert augenblicklich ein Gerücht, wonach Herr Schacht nur eineinhalb Milliarden jährlich zubilligen wollte, allein in Berlin die strikte Order erhielt, wenn nötig, auch darüber hinaus zu gehen [4]. An sich wäre das gar nicht notwendig. Denn es ist ja nun einmal so weit mit Deutschland gekommen, daß unter dem derzeitigen Regiment jeder Mensch in der Welt genau weiß: Sie werden alles unterschreiben. Die deutsche Presse aber beginnt ihrerseits die öffentliche Meinung wieder zu kneten, auf daß sie weich und fügsam werde. Zu dem Zweck verwendet man wohlerprobte Mittel, die seit vielen Jahren, besonders der Mentalität des Bürgertums gegenüber, nie versagten. Ich habe schon sehr oft auf sie hingewiesen. Wenn zum Beispiel in den Jahren 1919, 1920 und 1921 (und selbst später kam die Sache noch öfter zur Anwendung) das deutsche Volk nicht so recht parieren wollte, wie seine Regierungen es wünschten, dann tauchten plötzlich in der Presse kleine Alarmnachrichten auf über bedrohliche Operationen französischer Truppen an der deutschen Grenze - Aufmarsch von Senegalnegern, Zusammenziehung von Tankgeschwadern, Verstärkung der Luftstreitkräfte usw. - Unsere Pressejuden kennen den Heroismus des deutschen Bourgeois viel zu gut, um nicht zu wissen, daß solche scheinbar ganz unbeabsichtigten Hinweise immer unglaublich wirksam sind. Mit diesen Vorbereitungen hat man gut ein Dutzend Verträge dem deutschen Volk mundgerecht und schmackhaft gemacht. Heute operiert man genauso. Französisch-englische Manöver an der deutschen Grenze, Truppenzusammenziehungen, vor allem aber: Verhinderung der Rheinlandräumung [5]! Es ist wirklich unglaublich, zu was diese Rheinlandräumung alles herhalten muß. Pariser Zeitungen - so meldet die deutsche Presse anschaulich - "ventilieren den Gedanken

3 Vgl. Dok. 2, Anm. 6.

4 Gregor Straßer hatte diese Behauptung in seiner Reichstagsrede am 14.3.1929 aufgestellt. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 424, S. 1435.
Reichsbankpräsident Schacht hatte am 12.3.1929 persönlich dem Reichskabinett in Berlin über die Pariser Sachverständigenkonferenz berichtet. Bei dieser Gelegenheit wurde die mögliche Höhe der Annuitäten erörtert, Schachts Verhandlungsführung jedoch nicht kritisiert. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 483 ff.

5 Zur Bedeutung der Frage der Rheinlandräumung in der innenpolitischen Auseinandersetzung vgl. Hagspiel, Verständigung, S. 436 ff.

einer Hinausschiebung" der Rheinlandräumung, wenn die Sachverständigenkonferenz zu keinem positiven Ergebnis führen sollte [6]. Das heißt also: Michel friß oder stirb! Und der Michel wird fressen, er wird wieder alles fressen, er würde sogar, um nicht heute sterben zu müssen, für morgen Zyankali fressen. Aber eines ist sicher: Sowie das Sachverständigengutachten unter Dach und Fach kommt, wird Herr Stresemann wieder krank sein. Mit Recht wird er dann wieder nach der Riviera gehen. Denn wenn schon alles kaputt geht, muß sich wenigstens der Mann erholen, in dessen Person das Reich sich zur Zeit verkörpert.

Unterdes schreitet die Auflösung in Berlin weiter. Das Reichsdefizit, das mindestens 750 Millionen betragen wird, hat noch immer keine Deckung gefunden [7]. Alle Finanzkünste Hilferdings [8], des berühmten Inflationsministers, versagen. Das Reich kann kaum die Gehälter mehr begleichen. Man spricht schon davon, daß nicht nur sämtliche Pensionen, sondern auch sämtliche Bezüge gekürzt werden. Die Arbeitslosenversicherung schwankt ebenfalls. Dazu kommt noch die Ebbe in den Kassen der Länder [9]. Sie wird in diesem Jahr noch zunehmen, da das Reich noch immer rücksichtsloser und tiefer in die Steuersubstanzen der Länder hineingreift [10]. Nun erfüllt sich der Fluch auch jener bajuwarischen Parteien, die Jahr für Jahr die ruinöse deutsche Innen- und Außenpolitik deckten und nun für die Kosten aufzukommen haben. Denn es ist ein durch und durch unwahres und vor allem unberechtigtes Geschrei, das heute zum Beispiel in Bayern die Bayerische Volkspartei gegen die finanzielle Erdrosselung des Landes durch das Reich erhebt [11]. Wer A sagt, kann sich vom B nicht mehr freimachen. Gerade diese Partei war seit vielen Jahren der blinde Schildknappe einer Reichspolitik (in deren Regierung sie stets vertreten war! [12]), die zwangsläufig zum Zusammenbruch führen mußte. Wenn wir Nationalsozialisten aber die Katastrophe voraussagten, dann wurden wir grimmig verfolgt, weil wir uns nicht "auf den Boden des derzeitigen Staates" stellten. Wir haben uns

6 Vgl. Berliner Tageblatt vom 11.3.1929 (AA), "Französische Bilanz von Genf".

7 In seiner Reichstagsrede vom 14.3.1929 hatte Reichsfinanzminister Rudolf Hilferding bekanntgegeben, daß der außerordentliche Etat ein Defizit von 738 Millionen RM aufwies. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Band 424, S. 1403 sowie Maurer, Reichsfinanzen und Große Koalition, S. 63 ff.

8 Rudolf Hilferding (1877-1941), 1901 Dr. med., 1904-1923 Herausgeber der Zeitschrift "Marxstudien", 1910 Publikation seines Hauptwerks "Das Finanzkapital", 1917-1922 Mitglied der USPD, ab 1922 SPD, 1918-1922 Chefredakteur der USPD-Zeitschrift "Die Freiheit", 1919 Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit, 1920-1925 Mitglied des Reichswirtschaftsrats, August bis Oktober 1923 und Juni 1928 bis Dezember 1929 Reichsfinanzminister (Rücktritt), 1924-1933 MdR (SPD), 1924-1933 Herausgeber des Parteiorgans "Die Gesellschaft", 1933 Emigration, 1933-1936 Chefredakteur der "Zeitschrift für Sozialismus", 1941 Verhaftung im unbesetzten Frankreich, nach Auslieferung an die Gestapo vermutlich Selbstmord.

9 Der Gesamtschuldenstand der Länder und Hansestädte betrug am 31.12.1928 2.143,3 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 516.

10 Der prozentuale Länderanteil der nach den Gesetzen über den Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern zu teilenden Steuereinnahmen sank bis zum Ende der zwanziger Jahre ständig. Vgl. Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1981, S. 496 ff.

11 Der Widerstand der BVP gegen die Finanzpolitik des Reiches hatte den Parteitag vom 2.12.1928 bestimmt und war Grundlage ihrer Politik in der Reichsreformfrage. Vgl. Klaus Schönhoven, Die Bayerische Volkspartei 1924-1932, Düsseldorf 1972, S. 221 ff.

12 Die BVP gehörte der Reichsregierung nicht ununterbrochen an; sie stellte in der Reichsregierung vom November 1922 bis August 1923 den Postminister, vom November 1923 bis zum Mai 1924 den Justizminister, und seit Januar 1925 den Postminister, der vom 7.2. bis 13.4.1929 auch kommissarischer Verkehrsminister war.

aber in Wirklichkeit nur nicht auf den Boden der heutigen Mißwirtschaft gestellt. Allein das war genügend, um uns jahrelang sogar das Reden zu verbieten [13]. Es hat aber doch alles nichts genützt. Heute ist die nationalsozialistische Bewegung glänzend gerechtfertigt. Es ist alles genau so eingetroffen, wie wir es voraussagten. Das Reich und mit ihm die Länder stehen heute vor dem katastrophalen Zusammenbruch gerade dessen, was nach den bürgerlichen Schlauköpfen das Reich retten sollte: Die deutsche Wirtschaft liegt in den letzten Zügen. Eines ist aber bemerkenswert, daß unter allen Vorschlägen zu einer Behebung der Finanznot einer nicht auftaucht, nämlich der, das gesamte seit der Revolution widerrechtlich in die Verwaltung eingedrungene Parteipack und Parteibonzentum augenblicklich hinauszufeuern [14]. Nein, darüber berät man nicht. Dafür fordert die Sozialdemokratie und das Zentrum die Einschränkung der Mittel für die Reichswehr [15]. Es gibt bei uns Halunken, denen Deutschland selbst jetzt noch immer nicht genug wehrlos erscheint. Man kann zusammenfassend etwa folgendes sagen: Programm der heutigen marxistisch-zentrümlerisch-bürgerlichen Demokratie: Kürzung der Wehrmittel im Innern zur Aufbringung der Gelder für das Ausland.

Programm der nationalsozialistischen Bewegung: Steigerung der Mittel für die deutsche Wehrkraft und Verweigerung der Tribute.

Zum Kapitel der planmäßigen deutschen Wehrlosmachung, die von den Novemberparteien durch Kürzung des deutschen Wehretats fortgesetzt werden soll, gehört noch folgendes: Die Rüstung jedes Volkes wird waffenmäßig eine um so bessere sein, je mehr die künftigen Gegner erkannt sind und überhaupt eine klare Vorstellung über die den Staat bedrohenden Gefahren herrscht. Wenn also Parteien bewußt einen Staat machtpolitisch ruinieren wollen, dann wird die Sabotage der technischen Kriegsrüstung um so leichter sein, je blinder das Volk für die ihm wirklich drohenden Gefahren gemacht wurde. Und dies kann nicht nur dadurch geschehen, daß man einem Volk einen vorhandenen Gegner verschweigt, sondern, daß man es mit ganz anderen Vorgängen und Kräften beschäftigt, die öffentliche Aufmerksamkeit mithin von der wirklichen Gefahr ablenkt. Was hier besonders in Bayern auf dem Gebiet verbrochen wird, ist unglaublich. Hart an unserer Grenze liegt ein Staat, der heute vollkommen an den Drähten der französischen Politik hängt. Nicht nur die tschechoslowakische Politik, sondern vor allem das tschechoslowakische Heer steht restlos unter französischem Einfluß [16]. Frank-

---

13 Anspielung auf die Redeverbote, die mehrere Länder gegen Hitler verhängt hatten. In Bayern von März 1925 bis Mai 1927, in Baden von April 1925 bis April 1927, in Preußen von September 1925 bis September 1928, in Hamburg von Oktober 1925 bis März 1927, in Anhalt von Oktober 1925 bis November 1928, in Sachsen von Februar 1926 bis Januar 1927, in Oldenburg von Februar bis Mai 1926, in Lippe seit März 1926 sowie in Lübeck von März 1926 bis Mai 1927. Vgl. Albrecht Tyrell (Hrsg.), Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 107 f.

14 Mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933 legitimierte die NSDAP nach der Machtergreifung ihrerseits die Durchsetzung der Beamtenschaft mit ihren Anhängern. Vgl. Hans Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik, Stuttgart 1966, S. 20 ff.

15 Im Reichshaushaltsplan war eine Veringerung der Ausgaben für militärische Zwecke um 30 Millionen RM vorgesehen. In der Reichstagssitzung vom 14.3.1929 hatten der Abgeordnete Paul Hertz (SPD) sowie der Abgeordnete Heinrich Brüning (Zentrum) darüber hinaus Streichungen im Wehretat gefordert. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 424, S. 1412 ff, 1432.

16 Neben dem Bündnis- und Freundschaftsvertag von 1924 gab es keine institutionalisierte militärische Zusammenarbeit. Vgl. Adám, Richtung Selbstvernichtung, S. 61.

reichs Absicht einer vollkommenen Zertrümmerung Deutschlands wurde im Weltkrieg nicht erreicht [17]. Die Geheimräte der bayerischen Außenpolitik werden allerdings schwer zu überzeugen sein, daß Frankreichs Ziel sich selbst einer so friedfertigen Bevölkerung, wie sie die von ihnen geführte bayerische darstellt, nicht geändert hat, und trotzdem immer und immer noch auf eine Auflösung des Reiches durch militärisches Zerschlagen desselben hindrängt. Hier langt eben der Verstand nicht. Aber das Volk selbst müßte klüger sein. Es könnte unterdes wirklich schon gelernt haben, was es von seiner politischen und diplomatischen Leitung zu erwarten hat, wie sich hier Dummheit, Einfalt und überheblichster Dünkel paaren. Die Tschechoslowakei rüstet seit Jahren im Dienste Frankreichs gegen Deutschland [18]. Unsere Judenpresse begünstigt dies, indem sie eine maßlose Hetze gegen Italien entfacht und dadurch die öffentliche Aufmerksamkeit ablenkt. Frankreich wird nicht ruhen, bis es durch irgendeinen europäischen Krieg einen Vorwand gefunden hat, um in Deutschland wieder einzurücken, und dann können unsere Münchner Patriotenvereinigungen vielleicht wirklich noch zum Brenner kommen [19]. Dann nämlich, wenn ihnen die tschechischen Bajonette im Rücken sitzen. Es ist ein himmelschreiender und unverantwortlicher Leichtsinn, mit dem gerade diese vaterländischen Kreise heute handeln, indem sie sich von der niederträchtigen jüdischen Pressemeute ins Schlepptau nehmen lassen und deren Geschäfte besorgen, statt für Deutschland und damit auch für Bayern einzutreten. Wenn die Sozialdemokratie heute durch den Juden Paul Levi ein Wehrprogramm aufstellen läßt, das die Abschaffung der Reichsmarine überhaupt fordert [20], dann ist auch hier der Hintergedanke nur die dadurch herbeigeführte endgültige Unterbrechung der Verbindung mit Ostpreußen. Die Partei, deren Zentralorgan im Jahre 1918 in frecher Offenheit zynisch erklärte, daß "die deutschen Fahnen nicht mehr siegreich heimkehren dürfen" [21], geht auf ihrem Wege der Zerstörung Deutschlands planmäßig weiter.

So sehen wir im Norden und im Süden das gleiche Schauspiel. Man blendet uns, damit wir eines Tages vor Ereignissen stehen, denen man, weil man sie früher nicht ins Auge faßte, auch nicht gewachsen sein wird. Wenn dann wieder der Zusammenbruch kommt, werden wie immer die verantwortlichen parlamentarischen Brüder das Weite suchen, von der Regierung zurücktreten und sich irgendwo in der Schweiz oder an der Riviera zur Erholung hinsetzen. Denn das ist ja das Empörende an dem parlamentarischen Regiment, daß keiner dieser Brüder je verantwortlich gemacht werden kann. Bis die nationalsozialistische Bewegung einst siegt und dann ohne Rücksicht auf frühere Paragraphen durch die legalen Mittel und Möglichkeiten des neuen Staates die Verräter an Volk und Vaterland und Diebe unseres Nationaleigentums zur Verantwortung zieht.

---

17 Zu den Kriegszielen Frankreichs im Ersten Weltkrieg vgl. David Stevenson, French War Aims against Germany 1914-1919, Oxford 1982.

18 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.

19 Gemeint ist vermutlich der "Andreas Hofer Bund", der gegen die Italianisierungspolitik in Südtirol agitierte. Vgl. Steurer, Südtirol zwischen Rom und Berlin, S. 102 ff.

20 Vgl. Dok. 6, Anm. 38, 55.

21 "Deutschland soll - das ist unser fester Wille als Sozialisten - seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben." Vgl. Vorwärts vom 20.10.1918, "Der gerade Weg".

28. März 1929 Dok. 15
Anordnung

VB vom 31.3.1929, "Anordnung".

Für die kommenden Wahlen zum Sächsischen Landtag [1] beauftrage ich den Leiter der Organisationsabteilung, Pg. *Gregor Straßer* [2], mit der Durchführung aller zu dieser Wahl nötigen Arbeiten und Anordnungen.

München, 28. März 1929.

gez. Adolf Hitler

30. März 1929 Dok. 16
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 30.3.1929.

Ich fürchte sehr, daß sich, dank vor allem der Einfalt unseres politisch so jammervollen deutschen Bürgertums, in diesen Tagen in Deutschland etwas vollzieht, dessen Folgen kaum abzusehen sind. Trotzki soll nach Deutschland kommen [1]. Selbst wenn im Augenblick die Einreiseerlaubnis nicht erteilt werden sollte, muß man doch bei der Beharrlichkeit der jüdischen Fürsprecher mit der Wahrscheinlichkeit seiner Einreise immer wieder rechnen. Ich glaube nicht, daß man sich in den Kreisen unserer sogenannten nationalen Parteien über die Bedeutung dieses Vorgangs ganz im klaren ist. Dieses Ereignis kann von tieferen Folgen sein für die deutsche innere Entwicklung als zehn Parlamentswahlen zusammengenommen.

Ich habe es immer als schlimm angesehen, daß in unserer fast gesamten nationalen und sogar auch völkischen Presse mit einer gewissen beängstigenden Regelmäßigkeit Nachrichten über den "Vormarsch" des Antisemitismus in Rußland kolportiert werden [2]. Aus zahlreichen

1 Am 12.5.1929. Der Staatsgerichtshof beim Reichsgerichtshof in Leipzig hatte die vorhergehende Wahl vom 31.10.1926 für ungültig erklärt. Die Neuwahl fand am 12.5.1929 statt. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 58, 78. Zur Vorgeschichte des Urteils vgl. Joachim Woelker, Das Staatsleben unter der Sächsischen Verfassung vom 1. November 1920 in der Zeit vom 31. März 1927 bis zum 11. Juli 1931, Leipzig 1933, S. 11 ff.

2 Gregor Straßer (1892-1934), Apotheker, 1919 Angehöriger des Freikorps Epp, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1923 Führer der Sturmabteilung Niederbayern, wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924/25 Reichsführerschaft der NSFB (zusammen mit Ludendorff und Graefe), 1924 MdL in Bayern (Völkischer Block), 1924-1933 MdR (NSFP, ab 1925 NSDAP), 1925-1929 Gauleiter des Untergaues Niederbayern, 1926/27 Reichspropagandaleiter, 1928-1932 Reichsorganisationsleiter der NSDAP, 8.12.1932 Rücktritt von allen Parteiämtern, 1934 im Zuge des sogenannten Röhm-Putsches ermordet.

1 Vgl. Dok. 11, Anm. 5, 6.

2 In den zwanziger Jahren wurde der Antisemitismus von der sowjetischen Regierung aktiv bekämpft. Vgl. Bernhard D. Weinryb, Antisemitism in Soviet Russia. In: The Jews in Soviet Russia since 1917. Hrsg. von Lionel Kochan, Oxford [3]1978, S. 300-332, S. 305 ff.

Belegen will man dies wissen. Sieht man die Gründe, die zu einer solchen optimistischen Beurteilung der Lage in Rußland Anlaß geben aber jedesmal Punkt für Punkt genauer durch, dann kann man sich nur schwer des Eindrucks erwehren, daß nur zu häufig auch hier der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Daß sich in einem Riesenreiche von der Größe Rußlands laufend an den verschiedensten Orten auch Äußerungen antisemitischen Charakters zeigen werden, bedeutet gar nichts, gemessen an der Stabilität des jüdischen Regiments im großen und gesamten. Das Judentum hat in Rußland reinen Tisch gemacht. Mit fanatischer Konsequenz wurde die ohnehin nicht blutmäßig slawische Intelligenzschicht ausgerottet. Der Henker von vielleicht mehr als 3 Millionen Menschen, die die geistige Führung Rußlands auf allen Gebieten des Lebens betätigten, heißt Bronstein; es ist dies der Jude Trotzki, ein Name, unter dem ihn die Welt etwas besser kennt [3]. Seit nun die Judendiktatur sich so der Herrschaft in Rußland bemächtigte, hat sie zum einen Teil die Leitung des Riesenreiches in die eigene Hand genommen, zum anderen sich aber eine blind ergebene gehirnlose Masse herandressiert, der der Kommunismus, wenn auch nicht in der Praxis, dann aber doch zumindest in der Idee, im [*sic!*] Fleisch und Blut sitzt. Solche Dressurkunststücke hat der Jude im Laufe der Jahrtausende schon einige Male geleistet. Eine Riesenpropaganda hat die breite Masse in ihrem Denken teils zerstört, teils umgebogen, während eine brutale Bluthherrschaft, gegenüber der die Schrekken der Inquisition verblassen, jeden geheimen oder offenen Widerstand im Keime erstickt. Wenn ein Volk, das ohnehin selbst keine staatsbildende Kraft besitzt, ja kaum staatserhaltende Fähigkeiten sein eigen nennt, eine so entschlossene Führung als Herrn erhält, dann kann nach allem menschlichen Ermessen ohne äußeren Anstoß ein Wandel der Verhältnisse nicht mehr eintreten. Die alte, im großen und ganzen dem Blute nach germanische Oberschicht Rußlands wurde von den Juden abgehoben und umgebracht. Das war der Sinn der Oktoberrevolution im Jahre 1917. Nur wenn eine neue Herrenschicht in Rußland kommen sollte, die das Judentum tötet und sich selbst an dessen Stelle setzt, wird der Bolschewismus wieder zu vergehen vermögen.

Daran ist heute gar nicht zu denken. Daß es dem russischen Volk schlecht geht, bedeutet deshalb nichts, weil die einzig statthafte und wirklich stattfindende Volksaufklärung eben nur in den Händen der Juden liegt. Diese aber belehren die dumme Masse nicht gegen sich selbst. Nicht, daß er Kommunist ist, wird dem russischen Arbeiter als Ursache seines Elendes gesagt, sondern daß die andere Welt noch nicht aus Kommunisten besteht. Man soll darüber gefälligst ja nicht staunen, am wenigsten in sogenannten bürgerlichen Kreisen. Denn was man sich die-

3 Anspielung auf Trotzkis Rolle als Vorsitzender des Militärrevolutionären Komitees und als Volkskommissar für Krieg. Genaue Angaben über die Menschenverluste, die durch den Ersten Weltkrieg, den Bürgerkrieg, die Aufstände der Bauern und die sie begleitenden Hunger- und Seuchenkatastrophen auf dem Gebiet der Sowjetunion verursacht wurden, liegen bis heute nicht vor. Vorsichtige Schätzungen kommen zu einem Gesamtverlust von 9.000.000 Menschen, die sich wie folgt verteilen: ca. 2.000.000 Tote des Ersten Weltkriegs und 300.000-1.000.000 Tote des Bürgerkriegs; veranschlagt man 1.000.000 Flüchtlinge, so wären die übrigen Menschenverluste Folge der Seuchenkatastrophen während der Jahre 1918-1923 (vermutlich weniger als 3.000.000 Tote), der Hungerkatastrophe insbesondere während der Jahre 1920/21 und der Aufstände der Bauern. Vgl. Robert Conquest, The Harvest of Sorrow. Soviet Collectivization and the Terror-Famine, New York 1986, S. 53 f. Zur Kritik an den von Conquest vorgelegten Zahlen generell vgl. Stephan Merl, Wie viele Opfer forderte die "Liquidierung der Kulaken als Klasse"? Anmerkungen zu einem Buch von Robert Conquest. In: Geschichte und Gesellschaft 14 (1988), S. 534-540.

sen geistreichen Staatsbürgern gegenüber an Vertrottelungskünsten leisten kann, ist auch allerhand. Wenn zum Beispiel in Bayern über den Fremdenverkehr getagt wird, dann bringen es die Führer unserer destruktiven und das ganze Volk vernichtenden Parlamentsschweinerei immer wieder fertig, ihren Zuhörern allen Ernstes zu versichern, daß das einzige Unglück für den Fremdenverkehr die Partei ist, die nicht an der Parlamentsschweinerei teilnehmen will, nämlich die Nationalsozialisten. Und diese verlumpten Schwindler werden dafür nicht sofort in das Maul hineingeschlagen, nein sie werden ernst genommen. Um wie viel leichter kann ein solcher Betrug bei einem Volk stattfinden, daß sicher auch heute noch zu fünf Siebtel vom Lesen und Schreiben nicht die blasseste Ahnung hat.

So sitzt der Jude tatsächlich heute in Rußland fester denn je im Sattel. Daß man aber aus all den kleinen antisemitischen Zuckungen große Aktionen macht, hängt nicht zum wenigsten mit dem Bedürfnis gewisser Emigrantenkreise zusammen, die noch immer von der Wiedereinsetzung des Hauses Romanow träumen [4] und zum Teil auch davon leben. Wie unwahrscheinlich dabei solche Hoffnungen sind, könnte einem das Studium der Geschichte lehren. Wenn Revolutionen wieder gebrochen werden, sind die neuen Herren trotzdem nicht mehr die alten. Im Kampf gegen die Revolution erwächst ein neues Kämpfer- und Führergeschlecht. Es ist ebenso kindlich wie unanständig zu denken, daß Köpfe mit eisernem Willen und Männer mit mutigsten Herzen dann nach dem durch ihren Kampf errungenen Sieg die Führung wieder in die Hände jener schwachen Menschen zurücklegen werden, die schon einmal das Ruder nicht zu halten vermochten und dann vor dem Sturm ins Ausland flohen. Daß die Emigranten selbst sich nicht von einer solchen Hoffnung loszulösen vermögen, ist verständlich und menschlich begreiflich. Wie einem denn überhaupt ihr Schicksal tief an das Herz rühren kann. Allein die Geschichte der Völker hat wenig zu tun mit Sentimentalität, dafür aber um so mehr mit kalter Logik.

Der Bolschewismus kann nun allerdings auf die Dauer nur bestehen, wenn er zu einer universalen, die Welt beherrschenden Einheitslehre wird. Und dies ist ja auch das Ziel des Judentums. Alle Völker sollen als Nationen verschwinden, alle Menschen als Köpfe vergehen und übrigbleiben darf nur mehr ein Gewimmel von innerlich und äußerlich in eine gleichmäßige niedere Form gebrachter Lebewesen, über denen dann das auserwählte Volk als Führung thront. Diese Alberichs-Herrschaft [5], die heute nur in Rußland restlos vollzogen ist, nunmehr auf die anderen Völker weiter auszudehnen, scheint den Juden möglich zu sein. Es ist natürlich klar, daß man in Moskau, ja, daß überhaupt das Judentum genauestens den fortschreitenden Verfall Deutschlands beobachtet und den kommenden Zusammenbruch errechnet. Unsere bürgerliche Demokratie hat, selbst angefressen von marxistischen Giften, Deutschland glücklich an den Rand des Verderbens gebracht. Impertinente, unverschämte Parlamentszwerge bürgerlicher Observanz haben sich der Nation gerade in dem Augenblick als Führer aufgedrungen, in dem sie Riesen gebraucht hätte. Diese elende Fabriksware der Politik steht nun vor dem grauen Nichts. Und jetzt kommt für den Juden die Stunde des Handelns.

4 Aus der Familie der Romanows galten Großfürst Kirill, Großfürst Dimitrij und Großfürst Nikolaj als Thronprätendenten. Zu den politische Zielen und Aktivitäten der monarchistischen russischen Emigranten vgl. Bettina Dodenhoeft, "Laß mich nach Rußland heim". Russische Emigranten in Deutschland von 1918 bis 1945, Frankfurt a. M. 1993, S. 178 ff.

5 Im Werk Richard Wagners wird die Figur des Alberich auch als kapitalistischer Ausbeuter gedeutet.

Alles funktioniert in Deutschland. Die bürgerlichen Parteien und ihre sogenannten Staatsmänner hängen an der jüdischen Strippe. Die Sozialdemokratie macht die Masse gehirnlos, die Freimaurerei die Intelligenz, die Presse verblödet das ganze Volk, die Wirtschaft vernichtet alle unabhängigen Existenzen und treibt die Nation langsam zur Verzweiflung. Nur eines versagt: die Stoßtruppe des Judentums. So wie im Laufe des Krieges der Jude aus der damaligen Sozialdemokratie sich in der unabhängigen Partei [6] die politische, im Spartakusbund [7] die brachiale Avantgarde geschaffen hat, so organisierte er heute die K.P.D. und den roten Frontkämpferbund [8] zum gleichen Zweck. Die kommunistische Partei soll die geistige Revolutionierung betreiben, der rote Frontkämpferbund aber eines Tages die brachiale Entscheidung herbeiführen, um so der jüdischen Welt- und Golddiktatur einen neuen Staat zu unterwerfen. Allein gerade dieses Entscheidungsinstrument ist unter den jüdischen Waffen das schwächste. Und zwar nicht etwa schwach in seinem Menschenmaterial, sondern nur schwach in seiner Führung. Es heißt den Juden verdammt schlecht einschätzen, wenn man glaubt, daß ihm selbst die Mängel der deutschen kommunistischen Partei nicht bekannt seien. Er kennt sie, aber er kann sie nicht beheben, da die K.P.D. vom Anbeginn an zu viele Führer hatte, unter denen aber nicht ein einziger überragende Qualitäten aufzuweisen vermochte. Es begann der Kampf des Menschlichen. Die Eifersucht ließ jeden Stellung nehmen gegen den ihm scheinbar Überlegenen, mit dem Endergebnis, daß keiner überlegen werden konnte. Und hier hat das Judentum nun sich ersichtlich entschlossen, seinen geschicktesten und zugleich blutigsten Revolutionsmacher mit der Führung der K.P.D. in Deutschland zu betrauen.

Es war natürlich nicht leicht, Trotzki nach Deutschland hineinzuschieben. Nur durch eine Riesenkomödie ließ sich so was arrangieren. Daß dem berühmten Weltkomödianten dies am Ende doch noch gelingt, darf man so lange nicht bezweifeln, als besonders unseren deutschen bürgerlichen Politikern der markanteste Ausdruck immer noch durch längste Eselsohren verliehen wird. Es war dem bolschewistischen Regiment sicher ein leichtes, Nachrichten in die Weltpresse zu lancieren, die vom Anfang bis zum Ende erlogen sein konnten, Verhaftungen bekanntzugeben, die niemals stattfanden, Trotzki nach Sibirien zu verbannen, während in Wirklichkeit dieser jüdische Menschenschlächter sich irgendwo in aller Ruhe seinen Kriegsplan zurechtlegte. Selbst unsere völkische Presse fällt nur zu gerne auf etwas herein, das einem eben gefällt, weil es schön wäre und dem eigenen Wunsch entspräche. Diese Feststellung soll keine Verurteilung, sondern nur eine Warnung sein. Man erfährt heute zum Beispiel, daß die russische Regierung, daß also Herr Stalin [9] (ebenfalls ein alter Revolutionsgauner,

6 Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), gegründet am 6.4.1917. Vgl. Hartfrid Krause, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt a. M. 1975.

7 Konstituierte sich am 11.11.1918 aus der Ende 1915, Anfang 1916 gebildeten "Spartakusgruppe", Keimzelle der KPD. Vgl. Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986, S. 75 ff., 95 ff.

8 Der Rote Frontkämpferbund (RFB) war 1924 als paramilitärische Organisation der KPD gegründet worden; er wurde 1929 offiziell verboten. Bundesvorsitzender war Ernst Thälmann. Vgl. Kurt G. P. Schuster, Der Rote Frontkämpferbund 1924-1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes, Düsseldorf 1975.

9 Jossif Wissarionowitsch Stalin (eigentlich: Dschugaschwili, 1879-1953), 1894-1899 Besuch des orthodoxen Priesterseminars in Tiflis, seit 1898 Sozialdemokrat, 1902-1904 Verbannung, 1903 Bolschewik, 1912 Aufnahme in das Zentralkomitee der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 1917 Volkskommissar für das Nationalitätenwesen, 1922-1953 Generalsekretär der Russischen Kommunistischen Partei/Kommunistischen Allunionspartei, 1941 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare, 1946-1953 Vorsitzender des Ministerrats.

Menschenschlächter und Busenfreund des Herrn Trotzki) sich schon seit über einem Jahr immer wieder an die deutsche Regierung mit der Bitte gewendet hat, Trotzki hereinzulassen [10]. Das heißt also: Herr Stalin will, daß sein angeblicher "Todfeind", von dem er behauptet, daß er ein Verräter des Kommunismus sei, ausgerechnet nach Deutschland kommt, um dort unter Umständen das kommunistische Proletariat gegen Rußland einzustellen? Diesen Unsinn wird doch kein Mensch im Ernst glauben! Viel näher liegt der Gedanke, daß man erst versuchte, Trotzki auf kürzestem Wege nach Deutschland zu schieben, und nur, nachdem diese Absicht mißlang, die riesenhafte Komödie inszenierte, die endlich diesen jüdischen Bluthund und Generalverbrecher der Menschen sogar noch krank werden ließ, um solcher Art für dieses Scheusal rührselige Empfindungen zu erwecken. Und gerade das ist bemerkenswert. Man kennt die deutschen Pappenheimer. Alle anderen Völker würde das ganz kalt lassen. Ob dieser jüdische Massenmörder krank ist oder nicht krank ist, wird niemals einen Engländer rühren. In Deutschland aber war es von jeher so, daß man Millionen eigener Volksgenossen sehr ruhig verrecken ließ, fremdes Schicksal aber zutiefst zu Herzen nahm. Kommt nun über diese Komödie dieser Meuchelmörder tatsächlich nach Deutschland, dann wird unser irrsinniges Bürgertum bald sehen, wie schnell in der K.P.D. Ordnung und Festigkeit um sich greift. Als Nationalsozialist frage ich mich, ob das nicht sogar gut ist, denn es kann dies eine Entwicklung beschleunigen, die wir ersehnen. Unser Bürgerzeug verdient nichts anderes, als daß ihm der Jude den roten Hahn aufs Dach setzt. Ehe nicht dem dummen Luder das Bettstroh zu brennen anfängt, wird es doch nicht munter, und ehe nicht in Deutschland die rote Faust die Demokratie zerschlägt, werden unsere bürgerlichen Parteiknirpse ihre Rolle als Staatsmänner nicht ausspielen. Kommt Trotzki nach Deutschland, so würde für mich das nur der Beweis sein, daß das Geschick unerbittlich und endgültig die Vernichtung und Beseitigung einer Gesellschaftsschicht beschlossen hat, deren Regiment Deutschland aus seiner höchsten Höhe in sein tiefstes Elend riß. Die nationalsozialistische Bewegung scheut die kommende Entwicklung nicht. Wie der Herr es bestimmt hat, so wird es werden. An unserer Entschlossenheit soll es nicht fehlen. Es wird die Stunde kommen, da das rote Feuer die Anstifter selbst verzehrt.

---

10 Der stellvertretende Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Maxim Maximowitsch Litwinow, hatte zum ersten Mal am 30.1.1929 beim deutschen Botschafter in Moskau, Herbert von Dirksen, um eine Einreiseerlaubnis für Trotzki nachgesucht. Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik. Serie B, Bd. XI, Nr. 42.

3. April 1929 Dok. 17
"Reinhardt [1] spielt auf und München zahlt" [2]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [3]

Masch. Aufzeichnung, o. D.; BA, NS 26/56 [4].

Meine lieben Volksgenossen und -genossinnen!

Über die Sache selbst braucht man wenig zu sagen. Um was es sich handelt, wissen Sie [5]. München soll heuer eine besondere Verstärkung seines Kunstlebens erhalten, und zu dem Zweck hat man sich Herrn Reinhardt - früher hieß er einmal Goldmann - verschrieben, der nun mit seiner Truppe hier in München Festaufführungen veranstalten will. Über das Nähere berichtet vielleicht am einwandfreiesten die "Frankfurter Zeitung" [6]. (Heiterkeit.) Die "Frankfurter Zeitung" schreibt, daß die Festspiele also im Prinzregententheater stattfinden, daß man ein paar etwas anrüchige Stücke ausgelassen und dafür annähernd annehmbare eingeschoben hat [7], und schreibt dann weiter, daß das Gastspiel der [*sic!*] Stadt München einiges kosten wird; und zwar erhält zunächst Herr Reinhardt ein persönliches Honorar von 60.000 [*R*]M, dazu eine Dienstaufwandentschädigung von 20.000 [*R*]M, sowie weitere 20.000 [*R*]M für Einnahmeentgang in Berlin und Wien. Also zunächst erhält Herr Reinhardt persönlich allein 100.000 [*R*]M. Dazu kommen weiter die Gagen, die im Höchstfalle 148.340 [*R*]M ausmachen sollen. Die Gage der gesamten Künstlerschaft macht also 148.000 [*R*]M aus, die Einnahme

---

1 Max Reinhardt (eigentlich: Goldmann, 1873-1943), Schauspieler, Regisseur und Theaterleiter, 1894-1903 Schauspieler am "Deutschen Theater" in Berlin, 1901 Mitbegründer der Kabarettbühne "Schall und Rauch" in Berlin (seit 1902 "Kleines Theater"), 1903-1905 Leiter des "Kleinen Theaters", 1903-1906 Eigentümer des "Neuen Theaters" in Berlin (später "Theater am Schiffbauerdamm"), 1905-1920 Leiter des "Deutschen Theaters", 1906-1920 Leiter der "Kammerspiele des Deutschen Theaters", 1920 Mitbegründer der Salzburger Festspiele, 1922 Übersiedlung nach Wien, 1923-1937 Leiter des "Theaters in der Josefstadt" in Wien, 1924-1932 Leiter der "Kommödie am Kurfürstendamm" in Berlin, Dezember 1924-1931/32 wieder Leiter seiner Berliner Bühnen, 1933 Emigration.

2 Titel laut Ankündigung in VB vom 1./2./3.4.1929.

3 Im Hofbräuhaus-Festsaal, ca. 20.00 Uhr. Laut VB wurde die von Philipp Bouhler geleitete Versammlung ab 19.30 wegen Überfüllung polizeilich gesperrt.

4 Druck einer redaktionell bearbeiteten Fassung, VB vom 5.4.1929, "'Reinhardt-Goldmann spielt auf und - die Münchner zahlen'".

5 Im November 1928 hatten zwischen dem Münchner Stadtrat und Max Reinhardt über die Durchführung von Festspielen im Sommer 1929 in München Verhandlungen begonnen, die im Frühjahr zum Abschluß gebracht worden waren. Der bayerische Minister für Unterricht und Kultus Franz Xaver Goldenberger hatte zunächst seine Einwilligung mit dem Argument verweigert, dieses Gastspiel repräsentiere einen "fremden Kunstwillen". Auf Druck seiner Landtagsfraktion zog er seinen Einspruch jedoch zurück. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 20.3.1929, "Das verhinderte Reinhardt-Gastspiel", vom 23.3.1929, "Das Nein des Kultusministers" sowie Bayerischer Kurier vom 28.3.1929, "Der Stadtrat und die Reinhardt-Festspiele".

6 Vgl. Frankfurter Zeitung vom 28.3.1929 (2. MA), "Die Reinhardt-Gastspiele in München".

7 Laut "Frankfurter Zeitung" wurden die Stücke "Die deutschen Kleinstädter" von August von Kotzebue, "Artisten" von Gloryl Watters und Arthur Hopkins sowie "Stella" von Johann Wolfgang von Goethe abgelehnt; zur Aufführung sollten "Kabale und Liebe" von Friedrich von Schiller, "Der lebende Leichnam" von Leo N. Tolstoi, "Dantons Tod" von Georg Büchner und "Viktoria" von W. Somerset Maugham kommen. Vgl. Anm. 6.

des Herrn Reinhardt allein, sein persönliches Honorar, beträgt 100.000 [*R*]M! Auch eine Illustration für das maßlose soziale Empfinden, das beim auserwählten Volk, das berufen ist, die sozialen Belange des deutschen Volkes zu vertreten, vorhanden ist.

Dazu kommen weiter die Kosten der bayerischen Staatstheater für Urlaubsabkäufe, Propaganda, Tantiemen usw. im Gesamtbetrag von 105.000 [*R*]M. Diesem Gesamtaufwand von voraussichtlich 354.000 [*R*]M steht eine Einnahmeerrechnung von rund 210.800 [*R*]M gegenüber, so daß der Fehlbetrag 143.000 [*R*]M beträgt. Nun wissen wir, was heutzutage ein Voranschlag bedeutet. Es ist, glaube ich, noch nie der Fall gewesen, daß ein Voranschlag unterschritten worden wäre; höchstens in der Richtung des Defizits, das man zu niedrig einsetzt. Erfahrungsgemäß sind sämtliche Voranschläge, oder sagen wir die meisten, überschritten worden, d. h., es hat sich immer herausgestellt, daß aus dem und dem Grunde eine Erhöhung der Ausgaben eintrat, der eine gleichmäßige Erhöhung der Einnahmen nicht gegenüberstand, so daß das Defizit sich in den meisten Fällen, und zwar sehr anständig sogar, noch erhöht hat.

Zunächst ist also eines feststehend, nämlich daß diese Gastspiele einen schönen Betrag an Geld kosten. Nun ließe sich darüber ja reden. Ich gehöre nicht zu denen, die vielleicht meinen, daß 150.000 [*R*]M, wenn die Sache wirklich einen Zweck hat, nicht ausgegeben werden dürften. Aber es steht zunächst fest, daß ein Defizit da ist.

Dieses Defizit wird nun großzügig von München gedeckt, und zwar selbstverständlich nicht vom Münchener Stadtrat, sondern selbstverständlich decken es die Münchener Steuerzahler, das ist doch auch klar. Es wird jetzt immer so dargestellt, als ob da nur eine bestimmte Anzahl von Menschen überhaupt ein Recht hätte, sich dazu zu äußern. Wenn der Münchener Stadtrat das Defizit aus den Taschen des Fremdenverkehrsvereins decken würde, wenn es die Mitglieder des Fremdenverkehrsvereins decken würden, dann wäre das eine Sache, die die ganze andere Bevölkerung gar nichts anginge. Solange aber dazu sämtliche Steuergelder verwendet werden, hat zum mindesten jeder einzelne ein Recht, dazu Stellung zu nehmen und sich des näheren über die Zweckmäßigkeit der ganzen Sache zu unterhalten.

Dem feststehenden Defizit steht nun gegenüber ein durchaus nicht feststehender künstlerischer Gewinn. Es besagt noch gar nichts, daß ein Teil unserer Presse in dem Herrn Reinhardt einen Apostel sieht, einen Kunstapostel von überragender Größe. Denn diese Presse sieht heute in, weiß Gott was, eine Kunst. Wir wissen ganz genau, daß das, was von dieser Presse und von dieser Clique heute als Kunst angesehen wird, nicht etwa die Jahrhunderte überdauert, ja nicht einmal die Jahrzehnte. Wir wissen ganz genau, daß das, was diese Presse, diese Clique heute dem deutschen Volk als Kunst aufzuoktroyieren versucht, vielleicht schon in wenigen Jahren, sicher aber dann, wenn die nationalsozialistische Bewegung an das Ruder kommt, erledigt werden wird, restlos erledigt werden wird. (Lebhafter Beifall.) Denn es wird dann die Feigheit aufhören, mit der sich die Leute von unverschämten Burschen einen Mist als Kunst aufschwätzen lassen, der keine Kunst ist, sondern der einfach eine freche Verhöhnung jedes Kunstempfindens darstellt.

Damit also, daß ein Teil unserer offiziellen bürgerlichen Presse auch heute in Herrn Reinhardt einen großen Künstler sieht, ist noch nicht bewiesen, daß er ein Künstler ist. Dadurch, daß man in seinen Aufführungen unvergleichliche Kunstwerke sieht, Kunstleistungen sieht, ist noch nicht bewiesen, daß das wirklich auch Kunstleistungen sind. Das steht zunächst, wenn man sich ganz objektiv über die Sache unterhält, gar nicht fest. Im Gegenteil, es stehen den

Hunderttausenden, die in den Reinhardt-Aufführungen eine überwältigende Kunstleistung sehen, sicherlich Millionen gegenüber, die dafür gar kein Verständnis haben. Vielleicht ist hier einmal die Nachwelt berufen, festzustellen, wer hier richtig geurteilt hat.

Es bleibt also dann die Frage: Warum hat man an sich die Sache unternommen [*sic!*]?

Sehen Sie, das Wesentliche scheint mir folgendes zu sein. Ein bayerischer Kultusminister, der nicht unserer Partei angehört, hat ja eigentlich schon gesagt, um was es sich handelt. Herr Goldenberger[8] sagte, er wolle sich wehren, daß ein fremder Kunstwille uns aufgezwungen wird. (Zuruf: Sehr richtig!) Das ist unbedingt richtig, und der Herr Minister hat damit eigentlich das ausgesprochen, was in Wirklichkeit hier vorgeht: Es ist der Versuch, uns einen fremden Kunstwillen aufzuzwingen, aufzudrängen. Der Herr Minister konnte natürlich das nicht ganz so sagen, wie er es eigentlich hätte sagen müssen. Das konnte er nicht, weil er Mitglied der Bayerischen Volkspartei ist. Wäre er nämlich Mitglied der Nationalsozialistischen Partei, dann hätte er das noch genauer präzisiert. Er würde nicht gesagt haben: Es handelt sich hier um den Versuch, uns einen fremden Kunstwillen aufzuzwingen, sondern er würde gesagt haben: Es handelt sich um den Versuch, uns jüdische Kunst aufzuoktroyieren. Das hätte er gesagt. (Lebhafter Beifall.) Was könnte denn sonst Herr Minister Goldenberger unter dem Begriff "fremder Kunstwille" überhaupt verstanden haben? Der Berliner Kunstwille ist uns durchaus nicht fremd. Er unterscheidet sich, soweit es sich um deutsche Produktion handelt, in gar nichts zum Schluß vom Kunstwillen der Deutschen überhaupt. Was uns fremd ist, ist nur ein ganz besonderer Kunstwille, der sich heute in Berlin ausdrückt, und zwar hervorragend ausdrückt, prägnant ausdrückt, und dieser Kunstwille ist überhaupt nicht deutsch. Er ist auch nicht französisch, auch nicht englisch, sondern dieser Kunstwille entstammt jenem Volk, das aus sich heraus überhaupt gar kein Kunstempfinden hat, das nicht, wie manche Mitglieder unseres Münchener Stadtrats meinen, besonders groß ist im Kunstempfinden, sondern das niemals überhaupt eine eigene Kunst gehabt hat, das grundsätzlich unproduktiv ist und nur die Kunst anderer Völker zu annektieren in der Lage war, zu allen Zeiten! Das ist dem Referenten im Münchener Stadtrat[9] natürlich nicht bekannt. Er ist ein Mitglied der Bayerischen Volkspartei, das besagt alles, oder ein Demokrat, das ist noch schlimmer. (Heiterkeit.) Jedenfalls hat das Judentum an sich überhaupt keinen ausgeprägten Kunstwillen, sondern das Judentum sieht in der Kunst genau das, was es in allem sieht, nämlich eine Geschäftsmöglichkeit. (Sehr richtig!) Es trennt sich von unserer Kunstauffassung darin meilenweit.

Und sehen Sie, das ist gleich das Charakteristische! Würde es Herrn Reinhardt darum zu tun sein, hier in München einmal seine Kunst zu zeigen, dann müßte der erste Posten der Ausgaben ganz wegfallen, vollkommen wegfallen! Der Mann dürfte dann nicht sagen: Dafür verlange ich zunächst 100.000 [*R*]M für mich als Honorar. Glauben Sie [*mir*], wer sich innerlich berufen fühlt, der Menschheit ein Kunstwerk zu schenken oder eines vorzuführen, der wird das durchführen, auch wenn er persönlich gänzlich ohne Honorar ausgeht. Wir wissen, daß unsere deutschen Künstler oft genug überhaupt honorarlos ausgegangen sind, daß mit den von

8 Franz Xaver Goldenberger (1867-1948), 1898 Eintritt in der bayerischen Staatsdienst, 1918 Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 1926 Ministerialdirektor, 1926-1933 Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus.

9 Gebhard Hörburger (1870-1940), rechtskundiger Stadtrat.

ihnen geschaffenen Kunstschätzen nur andere Geschäfte machen. Sehen Sie, wir erleben es heute, daß man einen Schubert für Operetten verwendet [10]. Warum? Ja, weil ein Geschäft damit gemacht wird, weil das Geld einbringt. Glauben Sie, daß Schubert einst seine Lieder nur komponiert hat, weil er Geschäfte machen wollte? Nein! Er mußte das niederschreiben, weil er eben innerlich Künstler war, weil ein höheres Gebot ihn zwang, das zu tun (stürmischer Beifall), während heute nur die Rechnerei den inneren Antrieb für das "Kunst"-Schöpfen gibt. Das ist der wesentliche Unterschied. Es ist ein fremder Kunstwille, das heißt ein Wille, der aus der Kunst ein Geschäft macht und weiter nichts.

Man könnte nun zunächst sagen: Ja, an sich sind viele Nachteile bei diesen Festspielen gerade für das Münchener Kunstleben ohne Zweifel da. Es ist eine alte Erfahrung, daß, sowie man z. B. in einem Theater das Gästewesen einführt, das heißt sogenannte Weltkanonen auftreten läßt, das Spiel in diesem Theater langsam selbst nachläßt, daß keineswegs etwa eine Steigerung der künstlerischen Leistungen eintritt. Weil aber die Künstler dieses Theaters abzuwägen beginnen, inwieweit eigentlich die Leistung des Gastes der ungeheuren Gage würdig ist, die dafür bezahlt wird, werden auch sie allmählich anfangen zu rechnen, sie werden anfangen, ihre Stellung auszunützen; mit anderen Worten, es wird jener Gagenwahnsinn einreißen, der uns heute schon so sehr drückt. Es beginnt eben langsam das Ideal in der Kunst überhaupt zu vergehen, und an dessen Stelle tritt die reale Berechnung des Nutzens, wie wir das bei Reinhardt schon vorbildlich sehen. Wenn solche Beispiele gegeben werden, dürfen Sie es dem Künstler, der z. B. von seiner Stimme leben muß, dessen Kunstschatz in seiner Stimme liegt, nicht zum Vorwurf machen, wenn er auch zu rechnen beginnt. Er wird sich sagen: Meine Stimme ist in 18 bis 20 Jahren wertlos, sie ist dann tot, und wenn dieser Theatermanager da für ein paar Tage 100.000 [*R*]M bekommt, dann habe ich, der ich nach 18 Jahren meine Stimme versungen habe, auch das Recht, eine ähnliche Gage zu bekommen. Es beginnt dann der Gagenwahnsinn einzureißen, und man hat gar kein Recht, dagegen Stellung zu nehmen; denn entweder - oder! Was dem einen billig ist, ist dem anderen recht, oder umgekehrt!

Aber auch künstlerisch pflegt es meist nicht zum Vorteil einer Stadt zu gereichen, wenn man einen so großen Unterschied macht zwischen sogenannten Festspielen und zwischen gewöhnlichen Aufführungen. Das Ziel einer Stadt wie München müßte sein, keine Aufführung herauszubringen, die nicht festspielreif wäre. Man müßte den Ehrgeiz haben, das Theater an sich auf eine Höhe zu bringen, die in Deutschland zum mindesten unerreicht ist. Das müßte das ideale künstlerische Ziel sein. Das erreicht man aber nicht dadurch, daß man einmal ein fremdes Ensemble kommen läßt und mit Hunderttausenden von [*Reichs*]Mark aufpulvert und dann spielen läßt und dann 8 oder 10 Aufführungen herunterrollen läßt, die in Wirklichkeit sich doch mehr durch mechanische Geschicklichkeit auszeichnen, durch das äußere Drum und Dran, als daß sie irgendwie stilbildend sein könnten für unser hiesiges Kunstleben an sich.

Das wäre dagegen einzuwenden. Es wäre noch weiter dagegen einzuwenden, daß es sich hier um Produktionen einer Truppe oder sagen wir lieber zunächst eines Mannes handelt, der selbst mithilft, das Gefühl für deutsche Kunst planmäßig zu unterhöhlen, zu ersticken, und der mithilft, auf die deutsche Bühne Schandstücke zu bringen, die er allerdings hier momentan

10 Anspielung auf das 1916 in Wien uraufgeführte Singspiel "Das Dreimäderlhaus" des Ungarn Heinrich Berthé, der darin zahlreiche Schubert-Melodien verwendet hatte.

nicht aufführen darf - eine Inkonsequenz! Denn charakteristisch für Reinhardt ist mehr diese Art von Stücken, wie z. B. "Ehen werden im Himmel geschlossen" [11], als etwa meinetwegen ein Schillersches Stück. Das ist nicht charakteristisch! Die Herren im Stadtrat von der Bayerischen Volkspartei, die den Herrn Reinhardt einladen, müßten den Mut haben zu sagen: Herr Reinhardt, führen Sie das hier auf, was wesentlich für Sie ist, führen Sie hier in München das auf, was charakteristisch für Sie ist. Das müßten sie sagen, aber das trauen sie sich eben doch nicht, das ist immerhin für München augenblicklich noch ungenießbar. Wenn die Bayerische Volkspartei noch längere Zeit die Kunstbelange der Stadt vertritt, dann kommt das schon noch her, todsicher kommt das noch her. (Große Heiterkeit.) Sie sind schon heute auf dem besten Weg dazu, daß es herkommt.

Das wäre also auch dagegen einzuwenden.

Wie Sie wissen, hat Herr Kultusminister Goldenberger mit seiner Auffassung, daß es notwendig wäre, diese Aufzwingung eines fremden - sprich jüdischen - Kunstwillens zu verhindern, Schiffbruch gelitten [*sic!*]; das heißt, die öffentliche Meinung lief gegen ihn Sturm, und zwar jene öffentliche Meinung, die in München von ein paar Blättern fabriziert wird. Und der Herr Kultusminister mußte einen Rückzieher antreten. Ich muß gestehen: Der Mann ist uns Nationalsozialisten in dem Augenblick, in dem er das ausgesprochen hat, sympathisch geworden. Wir haben das Gefühl: Da ist wenigstens einer, der, wenn er es auch nicht laut ausspricht, doch im Innern weiß, um was es sich da handelt, daß es sich gar nicht um Kunst handelt, sondern um etwas ganz anderes, was dahinter lauert, nämlich darum, daß München langsam auf dasselbe Niveau herabgezogen werden soll, das wir heute überall sehen, auf das ganz selbe Niveau, daß die Eigenart Münchens zerstört werden soll zugunsten des internationalen allgemeinen Kitsches. Dieses Gefühl scheint der Mann gehabt zu haben, und das macht ihn uns sympathisch. Daß er dann umfiel, das wundert uns nicht; denn das gehört zum Wesentlichen bürgerlicher politischer Nackensteifigkeit, daß der Mann erst ja sagt und dann wieder umstürzt. (Heiterkeit.) Es ist aber nun interessant: Wer hat diesen Umsturz nun veranlaßt? Zunächst das allgemeine Judentreiben. Die "Münchner Neuesten Nachrichten" sind beileibe natürlich kein jüdisches Organ. Sie haben allerdings ein paar Juden darin, ja, Cossmann [12] und Pflaum [13] und verschiedene sitzen drin, aber ein jüdisches Organ sind die "Münchner Neuesten Nachrichten" keineswegs, im Gegenteil, sie sind ein bürgerlich-nationales, großdeutsches Organ. (Heiterkeit.) Diese "Münchner Neuesten Nachrichten" also haben in erster Linie hier eine Scharte auszuwetzen gehabt. Es ist nämlich nicht gelungen, den größten deutschen Dirigenten,

11 Walter Hasenclevers Komödie "Ehen werden im Himmel geschlossen" war am 12.10.1928 in den Berliner Kammerspielen uraufgeführt worden. Da es als blasphemisch empfunden wurde, waren erregte Proteste, in Österreich sogar das Verbot die Folge. Vgl. Günther Rühle, Theater für die Republik im Spiegel der Kritik, Bd. 2: 1926-1933, Frankfurt a. M. 1967, S. 888 ff.

12 Paul Nicolaus Cossmann (1869-1942), Publizist, 1903 Mitbegründer und Herausgeber der "Süddeutschen Monatshefte", 1905 Übertritt vom jüdischen Glauben zum Katholizismus, 1920 Übernahme der Verlagsleitung Knorr & Hirth, politischer Berater der "Münchner Neuesten Nachrichten", 1933 Verhaftung, 1942 im KZ Theresienstadt umgekommen.

13 Otto Pflaum (1873-1930), Rechtsanwalt, 1920 Mitarbeiter beim Verlag Knorr & Hirth, 1926-1930 Geschäftsführer des Verlages.

nämlich Herrn Bruno Walter [14], dessen Abgang von München seinerzeit ein enormer Kunstverlust gewesen ist [15], wieder nach München hereinzubringen. Das ist mißlungen. Es ist eigentlich ein wunderbarer Zufall: Der Mann war gerade in dem Moment daran, stellenlos zu werden, als in München entdeckt wurde, daß Knappertsbusch [16] unter jeder Kritik ist, einfach untragbar geworden ist für München. Nun ist Bruno Walter von Berlin weg [17], ohne daß Berlin deshalb plötzlich in der Judenpresse als im künstlerischen Abstieg befindlich bezeichnet wird. Das trifft eben nur für München zu. Daß Bruno Walter aus München fortgegangen ist, ist entsetzlich. Aus Berlin konnte er schon fortgehen, dort ist es nicht entsetzlich, dort laufen die Bruno Walter sehr dick herum, dort ist genügend Ersatz vorhanden. (Große Heiterkeit.) Aber für München ist es sehr schlimm, daß er weggegangen ist, und der Mann sollte wieder her. Und das ist mißlungen. Aber nun haben sich die "Münchner Neuesten Nachrichten" in den Sattel gesetzt und sind zum zweiten Mal angeritten, und dieses zweite Mal ist man auf keinen Knappertsbusch getroffen, sondern das zweite Mal stieß man auf einen Mann der Bayerischen Volkspartei. Und das geht immer so aus wie das Turnier oben am Rathausturm [18]. Wenn ein Jude gegen einen Bürgerlichen, besonders aber gegen einen Bayerischen Volksparteiler anrennt, dann fällt letzterer vom Gaul herunter. (Große Heiterkeit.) Und das ist auch hier so gegangen. Herr Goldenberger wurde in diesem Turnier niedergestoßen, vom Pferd heruntergestoßen, und die "Münchner Neuesten Nachrichten" traben jetzt mit Stolz dahin, sie haben gesiegt!

Diese Gruppe also, die hier den Sieg errungen hat, das sind in Wirklichkeit Juden, Juden, weiter gar nichts.

Das Zweite ist das allgemeine Geschrei von Münchens Kunstniedergang [19]. Da darf ich eines sagen: Wer viel in Deutschland herumkommt, der muß wirklich sagen: Der Niedergang

---

14 Bruno Walter (eigentlich: Schlesinger, 1876-1962), Dirigent, 1898-1900 Erster Kapellmeister am Stadttheater Riga, 1900-1901 Kapellmeister an der Königlichen Oper Berlin, 1901-1912 kaiserlich königlicher Hofopernkapellmeister in Wien, 1913-1922 Bayerischer Generalmusikdirektor, 1922-1923 Gastdirigent in den USA, 1924 Gastdirigent in London, 1925-1929 Generaldirektor an der Städtischen Oper in Berlin, 1929-1933 Leiter des Leipziger Gewandhauses, 1935-1938 Generaldirigent der Wiener Staatsoper, 1938 französischer Staatsbürger, Emigration in die USA, 1946 amerikanischer Staatsbürger.

15 Bruno Walter hatte München Ende 1922 nach einer antisemitischen Hetzkampagne verlassen. Münchner Künstler und Intellektuelle, darunter auch Nikolaus Cossmann von den "Münchner Neuesten Nachrichten", setzten sich für sein Bleiben ein. In seinen Erinnerungen macht Walter in erster Linie persönliche Gründe für seinen Weggang geltend. Vgl. Bruno Walter, Thema und Variationen. Gedanken und Erinnerungen, Stockholm 1947, S. 354 ff.

16 Hans Knappertsbusch (1888-1965), Dirigent, 1910-1912 Kapellmeister in Mülheim/Ruhr, 1912/13 Kapellmeister am Stadttheater in Köln, 1913-1918 Operndirektor in Elberfeld, 1919 Erster Kapellmeister am Stadttheater Leipzig, Generalmusikdirektor der Dessauer Oper, 1922-1935 Leiter der Staatsoper München, 1923 Verleihung des Professortitels, 1935 Dirigierverbot.

17 Vgl. Vossische Zeitung vom 27.3.1929 (PA), "Ende des Opern-Krieges" sowie vom 4.4.1929 (PA), "Bruno Walter geht".

18 Anspielung auf das Glockenspiel des Münchner Neuen Rathauses, das täglich um 11.00 Uhr unter anderem ein mittelalterliches Turnier zeigt.

19 Mit seinem Programm zur Kulturpolitik hatte Oberbürgermeister Scharnagl 1925 eine Diskussion über den Niedergang der Münchner Kultur ausgelöst. Höhepunkt war eine Protestveranstaltung unter dem Motto "Kampf um München als Kulturzentrum" am 30.11.1926, auf der Thomas Mann, Heinrich Mann, Leo Weismantel, Willi Geiger, Walter Courvoisier und Paul Renner sprachen. Vgl. Jürgen Kolbe, Heller Zauber. Thomas Mann in München 1894-1933, Berlin 1987, S. 384 ff.

der deutschen Kunst ist in München noch am wenigsten zu fühlen. (Zuruf: Sehr richtig!) Am meisten ist er dort zu fühlen, wo man mit dem meisten Geschrei eine Kunst vortäuschen will, nämlich in Berlin. Wenn der Kitsch, den man dort heute produziert, Kunst ist, wenn das, was man im Schauspielhaus, im ehemaligen Königlichen Schauspielhaus, der Öffentlichkeit vorzusetzen wagt, Kunst ist, diese Ausgeburt der Phantasie des Herrn Jeßner [20], dann ist das eben keine deutsche Kunst mehr, mit deutscher Kunst hat das jedenfalls nichts zu tun! Und die Öffentlichkeit scheint es auch richtig einzuschätzen. Es ist doch interessant, daß diese Kunsttempel heute alle zusammen nicht mehr bestehen können. Früher war das noch wesentlich leichter. Das Volk hat schon das richtige Gefühl! Die Presse kann tausendmal schreiben: Das ist Kunst! Das Volk selbst fühlt das viel besser, es geht in die Buden auf die Dauer nicht mehr hinein. Ein paar Mal kann man das Volk verblüffen mit diesen Inszenierungen, mit dem ganzen äußeren Drum und Dran und dem ganzen Tamtam, ein paar Mal kann man billige Erfolge erringen. Aber auf die Dauer erträgt das kein Mensch. Die Masse bleibt weg und dann stehen die Kunsttempel leer, beziehungsweise man füllt sie durch Freibillette, Freikarten, und es sind riesenhafte Defizite zu decken.

Der Niedergang der Kunst ist heute in Deutschland überall stärker, als er in München bis jetzt fühlbar ist. Wir wissen auch, daß dieser Niedergang der Münchener Kunst immer nur von Leuten beklagt wird, die verdammt gar kein Interesse an einer wirklichen deutschen Kunst haben, höchstens am Geschäft. Wenn z. B. bei Herrn Reinhardt das Gastspiel nicht zustande gekommen wäre, dann bliebe noch immer die Frage: Warum klagt nun der Mann? Weil in München die Kunst niedergeht oder weil ihm hunderttausend [*Reichs*]Mark entgehen? (Große Heiterkeit.) Es würde sehr schwer sein, meine Damen und Herren, das festzustellen. Die "Münchner Neuesten Nachrichten" schreiben natürlich, daß Reinhardt nur klagen würde wegen der Münchener Kunst. Ich glaube, daß dieser geschäftstüchtige Jude nur klagt wegen seiner 100.000 [*R*]M. Wenn ihm an diesem Geld nichts liegen würde, warum stellt er dann die Forderung? Es wäre viel leichter gewesen, wenn er das nicht getan hätte. Wir sind überzeugt, daß es sich bei all diesen Menschen um Kunst erst in zehnter und zwölfter Linie handelt, in erster Linie stets und überall um das Geschäft und nur um das Geschäft allein.

Das Geschrei also über Münchens Kunstniedergang wird von den Leuten ausgestoßen, die primär überhaupt gar kein Interesse an der Kunst haben, sondern nur am Geschäft, das die Kunst heute vermittelt. Wohin aber die Kunst kommt, wenn sie nur als Geschäft aufgefaßt wird, das sehen wir heute überall vor uns.

Dann ist das Dritte der Fremdenverkehr, der Schrei nach dem Fremden, könnte man sagen. Und sehen Sie, das ist natürlich schon gefährlicher; denn mit dem Fremdenverkehr kann die bayerische Regierung alles abtöten, das ist ein Wort, mit dem man politische Parteien mundtot machen kann. Man braucht nur zu sagen: Ja, wenn diese Partei auftritt, wo sollen denn dann die Fremden herkommen? Oder wundert ihr euch, daß keine Fremden herkommen, wenn in dem Ort *die* Partei Versammlungen abhält? Und zwar tut man das jetzt schon in ganz Deutsch-

20 Leopold Jeßner (1878-1945), Schauspieler und Regisseur, 1902/03 Direktor des Deutschen Theaters in Hannover und des Residenztheaters in Dresden, 1904-1915 Regisseur am Thalia-Theater in Hamburg, 1915-1919 Direktor des Neuen Schauspielhauses in Königsberg, 1919-1930 Intendant (seit 1928 Generalintendant) der Staatlichen Schauspiele in Berlin, 1920 Mitbegründer des Verbandes deutscher Volksbühnen, 1930-1933 Direktor des Staatstheaters Berlin, 1933 Emigration.

land! Früher war das nur eine besondere bayerische Erfindung der Bayerischen Volkspartei. Unterdes hat sich diese Weisheit verbreitet. In Wiesbaden ist es so, in Frankfurt ist es so, in Dresden ist es so, in Köln am Rhein, überall, überhaupt überall ist es so. Man sagt: Ja, wenn die Nationalsozialisten hier Versammlungen halten, wie sollen da die Fremden hierher kommen, wie sollen wir da die Fremden hierher kriegen? Pardon, nachdem wir in ganz Deutschland Versammlungen abhalten und die Fremden nicht dorthin gehen, wo wir Versammlungen abhalten, so möchte ich nur die bescheidene Frage einfügen: Wo gehen denn dann die Fremden hin? (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.) Wo gehen sie denn dann hin? Die müssen doch irgendwo hingehen, diese Fremden!

Nun kenne ich Orte in Deutschland, in die kein nationalsozialistischer Mann hineingeht, weil die ganze Luft für Nationalsozialisten dort unerträglich ist. Da also müßten dann die Fremden dort sein. Sie sind auch nicht dort! Der Schrei nach dem Fremden tobt dort genau so wie überall, wie an den anderen Orten auch.

Und sehen Sie, mit dem Schlagworte "Fremdenverkehr" macht man so viel Unfug heute, daß es einmal notwendig ist, von unserem Gesichtspunkt aus auch diese Frage grundsätzlich zu prüfen. Es ist das notwendig, weil auch hier, wie fast überall, unser Bürgertum ganz gedankenlos einfach nachplappert, was ihm ein paar schlaue Juden vorsetzen. Und das ist für mich heute eine Aufgabe des Abends, darüber zu sprechen. Der Fremdenverkehr gibt, ich möchte fast sagen, ein Schulbeispiel ab für das Denken, für die Logik, die wir heute überall bei uns sehen.

Zunächst der Fremdenverkehr als Einnahmequelle! Von was lebt ein Volk? Ursprünglich lebt natürlich kein Volk vom Fremdenverkehr. Der Fremdenverkehr ist an sich sehr unproduktiv. Wenn alle Menschen nur auf den Fremdenverkehr spekulieren würden, müßten sie zugrunde gehen. Wenn kein Mensch auf den Fremdenverkehr rechnen würde, bräuchte niemand zugrunde gehen. Völker, die nur auf den Fremdenverkehr allein rechnen, werden langsam, sagen wir, gewisse Manieren annehmen, gewisse Hotelmanieren, die dann allgemein werden. Völker, die einmal mit solchen Manieren behaftet sind, werden erfahrungsgemäß für andere Tätigkeiten untauglich. Sie sind aber damit auch abhängig von Faktoren, die ganz außerhalb ihres eigenen Bestimmungsvermögens liegen. Mit anderen Worten: Der Fremdenverkehr selbst ist an sich eine vollkommen unproduktive Ernährungsweise, die demgemäß auch Schäden mit sich bringt, und zwar sowohl für die Gesinnung, sagen wir, für die Würde des Menschen an sich, auch für die Wahrheitsliebe, als aber auch Schäden für die Volksernährung in der Zukunft insofern, als das Volk abhängig ist von der produktiven Arbeit anderer. Denn das Wesentliche des Fremdenverkehrs scheint doch zu sein, daß es Menschen geben muß, die nicht vom Fremdenverkehr leben, sondern die irgendwie durch eine produktive Tätigkeit, durch eine produktive Arbeit sich die Mittel schaffen, um dann woanders hingehen zu können, um dort das verdiente Geld verleben zu können.

Und da darf ich gleich eines sagen: Der Fremdenverkehr ist zunächst und im Anfang immer ein reiner Geschäftsverkehr. Es gibt im Beginn unserer geschichtlichen Entwicklung keinen Fremdenverkehr in dem Sinne, wie wir ihn heute auffassen, sondern es gibt am Beginn nur einen Geschäftsverkehr. Der erste Fremde ist der Geschäftsreisende, das heißt der Kaufmann, der irgendwohin muß, um dort Geschäfte zu machen. Der Kaufmann ist zunächst im Altertum der Fremde an sich. Im Altertum ist es keinem Menschen eingefallen, eine ganze Industrie nur darnach einzustellen, daß man diesen Menschen in einer besonderen Weise, sagen wir, aus-

zieht und verleitet, länger zu bleiben, um ihm das Geld abzunehmen, das er verdient hat. Das fiel niemand ein. Es war nur, sagen wir, ein notwendiges Übel, daß man reisen mußte. Später kommt der Gelehrte dazu. Er reist, um die Völker, die Länder, die Natur kennenzulernen und besondere Kunstwerke, Denkmäler usw. zu besichtigen, und er schreibt das, was er gesehen hat, nieder. Erst sehr spät kommt die Masse, die den heutigen Fremdenverkehr ausmacht, diese Masse, die zum Vergnügen und, wie man sich jetzt ausdrückt, zur Erholung reist. Meist ist es für die Leute gar keine Erholung, manchmal auch kein Vergnügen, aber sie bilden es sich ein, und es wird ihnen überall gesagt, daß sie sich erholt haben. In Wirklichkeit kommen sie meist viel kaputter zurück, als sie fortgegangen sind. (Heiterkeit.) Außerdem spielt eine sehr fragliche [*sic!*] Sache dabei noch eine Rolle. Es gibt Menschen, die essen das ganze Jahr so viel, daß sie dann vier Wochen irgendwo hinmüssen, damit sie in einer Gewaltkur abnehmen; und dann brauchen sie die übrigen 11 Monate, um wieder zuzunehmen. (Heiterkeit.) Auch das ist eine Frage, ob es ein Vergnügen ist, in vier Wochen das abzunehmen, was man in 11 Monaten von vornherein wieder zuzunehmen gedenkt. Es ist in Wirklichkeit eine Kasteiung. Und der ganze Fremdenverkehr ist heute eigentlich eine Marter. Wenn es sich die Leute, die Fremden nämlich, überlegen würden, müßten sie sich sagen: Eigentlich bist du ein geschundenes Wesen! Du kommst da irgendwo hin, alles lauert auf dich, alles stürzt sich auf dich, wenn du aus der Bahn herauskommst, die Hoteliers packen dich, du bist nicht mehr Herr deines Willens, du wirst irgendwo in ein Hotel hineingeschleift, mußt dich in ein fremdes Bett legen, alles wartet darauf, was du ausgibst, man hat eigene Anstalten gegründet, die nur dazu da sind, um dir das Geld abzunehmen. Sie sehen dich überhaupt nur an von dem Standpunkt, ob du Geld hast. Wenn sie bemerken, daß du keines hast, schauen sie weg. (Große Heiterkeit.) Wenn sie aber annehmen, daß du Geld hast, dann lassen sie nicht mehr locker, sie hängen sich wie die Zecken an dich, bis du möglichst ausgeplündert bist und das, was du in 11 Monaten im Jahre gespart hast, in vier Wochen weggegeben hast. Hinterher sagst du dir: was, Erholung? Die meisten ärgern sich, wenn sie heimkommen, Ärger und immer wieder Ärger, das ist das, was in den Großstädten ein sogenannter Fremder erlebt. Die Leute schimpfen überall, wo sie hinkommen, sie nörgeln, sie sind selber alle erbost und können sich doch nicht aus diesem Wahn loslösen und kommen immer wieder.

Dieser Fremdenverkehr kann sich zunächst im eigenen Land abspielen. Er ist dann ein nationaler Fremdenverkehr. Dieser Fremdenverkehr hat von vornherein eine natürliche Begrenzung, und das ist etwas, was den Fremdenverkehrsvereinen vollkommen entgeht; der Nutzen, der aus dem Fremdenverkehr gezogen werden kann, ist bedingt 1. durch die Zahl der geldkräftigen Menschen und 2. durch die Zahl der Orte, auf die diese geldkräftigen Menschen spekulieren und lauern. Das ist das Wesentliche! Wie viele Menschen, die geldkräftig sind, so daß sie sich das leisten können, hat ein Volk? Und wie viele Orte hat dieses Volk bereits, die im Interesse ihrer Selbsterhaltung darauf lauern, daß diese geldkräftigen Menschen kommen? Wenn ein Volk wenige geldkräftige Menschen hat, dann kann sein eigener Fremdenverkehr nur gering sein. Wenn ein Volk ungezählte Orte besitzt, die auf diese geldkräftigen Menschen lauern, wird der Verdienst der einzelnen Orte zwangsläufig auch fallen. Da mögen die Orte untereinander in eine noch so rabiate Konkurrenz eintreten, es nützt nichts, es nützt gar nichts. Am Beginn steht immer die Zahl derjenigen, die sich das überhaupt leisten können; und zweitens die Zahl der Orte, die darauf warten, daß sie besucht werden.

Ganz das Gleiche gilt aber auch von dem internationalen Fremdenverkehr. Auch hier ist maßgebend die Zahl der Menschen, die sich das leisten können - und das kommt bedeutend teurer -, und zweitens die Zahl der Orte, die auf den internationalen Fremdenverkehr spekulieren, und das sind bedeutend mehr, weil da nicht nur Deutschland in Frage kommt, sondern selbstverständlich auch Holland, die Schweiz, Frankreich usw. usw., die ganze Welt kommt heute bereits dafür mit in Frage.

Wir können also zunächst eines feststellen: Der Fremdenverkehr selbst ist an ganz gewisse, ich möchte fast sagen, gesetzmäßige Voraussetzungen gebunden. Der Fremdenverkehr in Deutschland selber, unser innerer Fremdenverkehr, ist gebunden an die mögliche Zahl der Fremden überhaupt. Da möchte ich auch gleich eine Frage klären: Wer kommt denn als Fremder in Frage? Der ganz reiche Mann? Glauben Sie mir: Der ganz reiche Mann kommt in Wirklichkeit nicht in Frage, einfach deshalb, weil er zahlenmäßig in viel zu wenig Exemplaren vorhanden ist. In Deutschland gibt es vielleicht 3.000 bis 4.000 Millionäre [21]. Diese Zahl spielt im Rahmen des gesamten Fremdenverkehrs keine Rolle. Aber auch in bezug auf die Ausgabemöglichkeit unterliegen die meisten Menschen hier einem Trugschluß. Sie vergessen ganz, daß gewisse Ausgaben bei allen Menschen die gleichen sind und praktisch gar nicht wesentlich überschritten werden können, nämlich die Ausgaben für die Ernährung an sich. Hier ist der Unterschied nicht so, wie er im Vermögen etwa sein kann. Im Vermögen kann eine Differenz sein z. B. von 100 [*R*]M zu 100 Millionen [*R*eichs]Mark, aber im Essen ist die Differenz nicht wie 100 zu 100 Millionen [*Reichsmark*]. Die Ausgabemöglichkeit ist hier vielleicht zehnmal, vielleicht hundertmal so groß, aber eben nicht unbegrenzt. Die Ausgabemöglichkeit überhaupt des, sagen wir, steinreichen Menschen ist nicht so groß, daß sie seine ziffernmäßige Minderzahl ausgleichen könnte. Wichtiger als wenige Reiche ist für den Fremdenverkehr eine breite, zahlungsfähige Masse. Nicht etwa der Arme an sich, das ist ganz klar, daß der vollkommen besitzlose Teil einer Nation für den Fremdenverkehr überhaupt praktisch nicht in Frage kommt! Der besitzlose Teil der Nation kommt nicht nach München, um sich die Festpiele anzuhören, sondern in Frage kommt dafür in erster Linie der breite Mittelstand. Auch die sogenannten oberen Zehntausend, das möchte ich betonen, kommen dafür nicht in Frage. Es wäre schon vermessen, wenn sich der Münchener Fremdenverkehrsverein einbilden würde, daß wegen der Festspiele die paar tausend Juden, die unendlich reich sind, aus ganz Deutschland ausgerechnet alle nach München kämen. Das werden sie sich selbst nicht einbilden. Diese ganze kleine Schicht ganz reicher Menschen ist in Wirklichkeit nicht ausschlaggebend, sondern den Ausschlag gibt der breite Mittelstand, der immerhin in Millionen von Exemplaren fast noch da war. Er vermag wirklich die großen Hotels zu füllen, und er gibt auch für das tägliche Leben so viel aus, daß er für den Fremdenverkehr von Bedeutung ist, und man kann sagen, auf einen Millionär kommen noch 500 oder 1.000 solcher Menschen.

Da müssen wir nun zunächst eines feststellen: In Deutschland ist dieser Mittelstand zu einem Teil bereits vernichtet worden, und man ist im Begriff, ihn immer mehr und mehr zu vernichten [22].

---

21 Nach der Statistik der Vermögenssteuer-Veranlagung gab es 1928 in Deutschland 2.335 Millionäre. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 13.3.1929 (2. MA), "Vermögenstand in Deutschland".

22 Die seit 1928 verstärkt einsetzende Mittelstandspropaganda der NSDAP richtete sich vorwiegend an den sogenannten alten Mittelstand: Handwerker, Kleinhandeltreibende und Hausbesitzer. Zur Mittelstandsproblema-

Es ist allein schon das bemerkenswert, daß wir - wie wir alles bei uns heute vom rein berufsständischen Standpunkt aus betrachten - auch dieses Problem nur mehr vom Vereinsstandpunkt aus ansehen, das heißt, daß irgendein Verein hergeht und sagt: Wir wollen den Fremdenverkehr heben, und dabei ganz vergißt, daß die "Hebung des Fremdenverkehrs" eine Idiotie ist in einer Zeit, in der man die "Fremden" vernichtet, d. h., in der man die Gesellschaftsklasse ausrottet, die als Fremde in Frage kommen. Es ist auch eine Dummheit, wenn sich jemand einbildet, hier mit unpolitischer Vereinsmeierei etwas machen zu können, während es sich in Wirklichkeit um einen eminenten politischen Vorgang, um politische Entscheidungen handelt.

Wir können in Deutschland sehen, daß durch die Inflation Millionen von Menschen um ihre Sparguthaben gebracht worden sind [23]. Unter diesen Millionen wären Hunderttausende gewesen, die, hätten sie heute noch ihr Vermögen, als "Fremde" irgendwo hingehen würden. So können sie es nicht mehr. Weiter vergißt man, daß durch unsere wahnwitzigen Reparations- und Erfüllungsverpflichtungen und durch die Lasten, die wir durch eine idiotische Steuergesetzgebung auf uns genommen haben, Hunderttausende von mittelständlerischen [*sic!*] Existenzen vernichtet werden, die nicht deshalb nicht mehr irgendwo hingehen, weil dort keine Festspiele sind oder weil dort Nationalsozialisten reden, sondern die nicht hingehen, weil sie nicht können. (Sehr gut!) Und selbst wenn sie wo hingehen, ist es etwas anderes. Glauben Sie [*mir*], der Münchener Fasching ist heute genauso besucht wie im Frieden [24]. Aber prüfen Sie die Ausgaben der Leute! Prüfen Sie, was heute verzehrt wird und was im Frieden verzehrt wurde, gemessen am Wert des damaligen Geldes besonders! Sagen Sie nur nicht: Ja, die Leute würden jetzt schon auch noch soviel Maß Bier mehr trinken, Flaschen Sekt mehr trinken, wenn nicht die Nationalsozialisten wären; aber jeder sagt sich: Nein, jetzt höre ich auf, an sich habe ich 3 Maß trinken wollen, aber weil da eine nationalsozialistische Versammlung gewesen ist, jetzt trinke ich bloß 2 Maß! - So etwas reden die Größen der Bayerischen Volkspartei unserem lieben Volk aber tatsächlich vor. (Große Heiterkeit.) Sie lachen hier. Sie sagen: Das ist blödsinnig, aber der Blödsinn wird von allerhöchsten Stellen aus mit rührender Unbekümmertheit verzapft.

Was weiter unseren Mittelstand vernichtet, ist die Art der Organisation unseres Kreditwesens, ein Kreditwesen, das zwangsläufig die mittelständlerischen [*sic!*] Existenzen zugrunde richten muß! Sie sehen es auch: Hunderttausende von Existenzen gehen fast in einem Jahre zugrunde [25]. Da bildet man sich ein, daß man das nicht spürt. Glauben Sie denn, daß es vollkommen gleichgültig wäre, wenn wir in Deutschland keine Inflation gehabt hätten, glauben Sie, daß es belanglos ist, wenn wir in Deutschland unseren Mittelstand durch wahnsinnige Steuerbelastungen zugrunde richten, wenn wir in Deutschland durch ein unmögliches Kreditwesen die mittelständlerischen [*sic!*] Existenzen von vornherein in Nachteil bringen? Glauben

---

tik vgl. Rembert Unterstell, Mittelstand in der Weimarer Republik. Die soziale Entwicklung und politische Orientierung von Handwerk, Kleinhandel und Hausbesitz 1919-1933, Ein Überblick, Frankfurt a. M. 1989, S. 16 ff., 113 ff.

23 Anspielung auf die Entwertung der Sparguthaben und Festverzinslichen Wertpapiere durch die Inflation. Vgl. Carl-Ludwig Holtfrerich, Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980, S. 264 ff.

24 Bezieht sich auf die Jahre vor 1914.

25 Vgl. Dok. 3, Anm. 12.

Sie nur nicht, daß das ganz gleichgültig für den Fremdenverkehr ist. So ein Fremdenverkehrsmaster [*sic!*] bildet sich ein, das sei vollkommen belanglos, das Wesentliche wäre, daß sie ihre Bänke frisch anstreichen lassen und ihre Blumenbeete herrichten und daß es wesentlich ist, daß in München der Herr Reinhardt spielt; dann werden in München die Fremden kommen auf eine solche Attraktion hin. Aber man zerbricht sich heute überall den Kopf, was man für Mätzchen machen kann, um die Fremden herzukriegen. Dadurch werden die Fremden aber nicht mehr, sie bleiben gleich viel. Mit anderen Worten: Ein Ort versucht, die sagenhaften reichen Juden den anderen Orten irgendwie wegzufischen. In kurzer Zeit wird man soweit kommen, daß man ihnen goldene Badewannen zur Verfügung stellt. Aber glauben Sie nur nicht, daß das den Fremdenverkehr irgendwie belebt. Mehr Menschen können Sie schon kriegen, aber nichtsdestoweniger befinden wir uns in der Linie des allgemeinen Zusammenbruchs.

Und dann will ich noch auf etwas hinweisen: auf unsere großen Warenhäuser. Wir selbst erleben es, wie man heute planmäßig in unseren großen Städten Zehntausende von mittleren Geschäftsinhabern einfach zugrunde richtet [26]. Das ist ein politischer Vorgang in Wirklichkeit, kein wirtschaftlicher. Diese Leute werden nur zugrunde gerichtet, weil heute bestimmte politische Kräfte da sind, die an diesem Zusammenbruch tatkräftig Anteil nehmen. Das sieht kein Mensch. Glauben Sie, wenn z. B. eine Stadt wie München 1.000, 2.000 oder 3.000 Geschäftsleute verliert, wenn man die an den Bettelstab bringt, glauben Sie, daß sich das nicht irgendwie auch in der dritten Linie auswirkt? Aber das sehen unsere Fremdenverkehrsapostel nicht. Sie predigen den großen Fremdenverkehr und vernichten durch ihre politische Indifferenz oder Indolenz besser gesagt die Menschen, die als Fremde überhaupt kommen könnten. Und dann staunen sie, wenn keine Fremden da sind.

Dazu kommt noch ein weiteres. Ein "Fremder", der sogar zu den sehr ordentlichen Fremden zu rechnen ist, das ist der Bauer. In unsere kleineren Städtchen, aber auch in unsere Großstädte kommt der Landwirt normalerweise von Zeit zu Zeit herein und kauft ein. Sie brauchen bloß den Fremdenverkehr in einem Marktflecken draußen zu sehen! Diese Orte können nicht auf ein paar reiche Juden spekulieren, die kommen da nicht hin, sondern sie müssen damit rechnen, daß am Sonntag oder am Samstag der Bauer hereinkommt und daß er dann einkauft oder daß er am Freitag beim Markt einkauft. Und wenn wir heute erleben können, daß man einen ganz großen Berufsstand bei uns vollkommen zugrunde richtet, überhaupt von Haus und Hof bringt, dann wundern Sie sich auch wieder nicht, wenn das selbstverständlich wieder rückwirkt. Sie sehen als Folge im ganzen und großen, daß unser innerer Absatzmarkt immer mehr verarmt, daß die Möglichkeit, im Inneren Waren anzubringen, immer mehr und mehr zusammenschrumpft, und zwar deshalb, weil der Bauer, der größte Urproduzent, einfach nicht mehr kaufkräftig ist [27]. Wenn er irgendwo einen Pfennig hat, lauert schon der Steuerbeamte

---

26 Die Agitation gegen die Warenhauskonzerne war wichtiger Bestandteil der Propaganda der NSDAP. Am 22.2.1929 hatten Julius Streicher und Dr. Hans Buchner im Hofbräuhaus vor etwa 800 Personen über "Warenhauswucherprofite und untergehender Mittelstand" gesprochen und zum Boykott aufgerufen. Vgl. Lagebericht N/Nr. 75 der Polizeidirektion München vom 23.3.1929; BayHStA, MA 101235/3 sowie Unterstell, Mittelstand in der Weimarer Republik, S. 111 f.

27 In den Jahren 1928/29 waren die gesamten Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft in Höhe von insgesamt 10.179 Millionen RM mit einer Zinslast in Höhe von insgesamt 920 Millionen RM (8,93 %) belastet. Vgl. Friedrich-Wilhelm Henning, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland, Bd. 2, Paderborn 1978, S. 206.

darauf, der Zollbeamte, der Finanzbeamte, und nimmt ihm weg, was man ihm wegnehmen kann, treibt ihm zum Schluß das Vieh aus dem Stall. Es ist sogar schon vorgekommen, daß man den Misthaufen gepfändet hat. (Heiterkeit.)

Wenn wir uns das nun vor Augen halten, daß wir seit zehn Jahren in Deutschland eine planmäßige Vernichtung des Mittelstandes erleben - es sind hier unter Ihnen sicherlich viele, die das vom eigenen Leibe wissen -, wenn wir diese nüchterne Tatsache betrachten, dann ist es ein Blödsinn, wenn der Fremdenverkehrsverein kommt und sagt: Bitte, kommt zu uns. Ja, mit was überhaupt? Früher hätten viele unter Ihnen das tun können. Aber heute wissen Sie selbst genau: Jawohl, es stimmt schon, wir sind einfach vernichtet worden.

Die Kurorte versuchen, sich gegenseitig die Fremden wegzufischen durch einen immer größer werdenden Komfort. In Wirklichkeit sehen wir eine Abwanderung. Sie treiben die Menschen in immer kleinere Orte, weil man den Luxus der großen Orte gar nicht mehr bezahlen kann. Das Ganze ist heute eine uferlose Blödsinnigkeit, es ist eine phantastische Schraube, die heute angedreht wird.

Wenn wir uns die Frage vorlegen: Wer ist daran schuld? dann müssen wir sagen: die politischen Parteien, jene politischen Parteien, die seit Jahren Deutschland planmäßig zugrunde richten. Sagen Sie nur nicht: Ja, die können auch nichts dafür. Ja, wer kann denn etwas dafür? Früher hieß es einmal: Das monarchistische Regiment ist ein unverantwortliches Regiment und muß beseitigt werden durch ein verantwortliches Volksregiment. Ja, bitte schön, wer ist denn jetzt verantwortlich? Jetzt sind die Minister auch nicht mehr verantwortlich. Früher hieß es: Ministerverantwortlichkeit! und heute? Republikschutzgesetz heißt es jetzt[28]! (Lebhafter Beifall.) Wer einen Minister der deutschen Republik nicht für einen Ehrenmann hält, der kann das tun, aber wehe, wenn er das sagt. (Heiterkeit.) Wer einen Minister der deutschen Republik nicht für ein Genie hält, der kann das tun - das wissen sowieso alle -, aber wenn er es sagt, dann wird man ihm helfen. Und wenn heute jemand sagen würde: Die Minister müssen irgendwie verantwortlich sein, dann würde es heißen: Ja, wieso? Wieso denn? Die Minister? Die Minister machen doch nichts, das macht doch der Reichstag! Und wenn man dann sagen würde: Ja, der Reichstag soll verantwortlich sein! dann würde es heißen: wieso? Das war doch damals nur eine Abstimmung! Und wenn man dann sagen würde: Ja, die Leute, die abgestimmt haben, sind verantwortlich! dann würde es heißen: Da hat niemand abgestimmt. Wenn Sie darauf sagen: Aber es ist doch damals so und so abgestimmt worden! Dann wird man Ihnen antworten: Ja, ich bin nicht dabeigewesen! Partei um Partei erklärt feierlich: Wir waren damals nicht da, wir waren nicht beteiligt. Wer ist schuld daran? Dieses ganze politische System, dieses System einer langsamen Korruptionierung [*sic!*] eines Volkes und einer Nation, dieses ganze westliche parlamentarische System, diese ganze Demokratie ist daran schuld, und schuld sind die Parteien, die das heute bei uns repräsentieren, und schuld sind alle Menschen, die zu diesen Parteien gehören und die mithelfen, daß diese Entwicklung stattfinden konnte. Sagen Sie nur nicht, das kann nicht anders sein! Ja, meine lieben Volksgenossen, wenn das nicht anders sein kann, dann beklagen Sie sich doch über nichts! Jammern Sie nicht über den Fremdenverkehr! Es ist ein Irrsinn, auf der einen Seite zu klagen, daß der Fremdenverkehr nachläßt bzw. daß die Kaufkraft der Menschen nachläßt - denn ziffernmäßig läßt er gar nicht nach -, und auf der an-

28 Vgl. Dok. 3, Anm. 31.

deren Seite zu sagen: Die Zustände oder Umstände, die dazu geführt haben, stehen über jeder Politik, daran kann man nichts ändern, das ist nun einmal so. Passen Sie auf, daran wird etwas geändert werden. Wir haben es jetzt erlebt, daß es durchaus nicht notwendig ist, daß eine Nation zerfetzt und zerrissen ist. Sie haben ein Bild von Deutschland: diese Atomisierung Deutschlands, lauter Berufsgruppen, Klassen, Stände, Parteien, Parteichen, Grüppchen, Vereinigungen, Vereine usw. Sie sehen das gegenüber einem anderen Staate, wie der zusammengerissen wurde [29]; und wenn unsere blöde Presse, nein, unsere feine Presse heute schreibt, daß das nur ein Zeichen des Terrors ist: Ich würde den Terror segnen, der das deutsche Volk zu der Einheit zusammenschweißt, die wir heute an einem anderen Volke sehen. (Stürmischer Beifall.) Kein Mensch wird behaupten wollen, daß es für Deutschland schlechter wäre, wenn unser Volk einig, eines wäre, als wenn es jetzt so zerrissen ist. Jeder müßte doch sagen - die Bürgerlichen sagen es ja auch, sie sagen schon: Einigkeit tut not; wenn aber irgendwo jemand die Einigkeit herstellt, dann sagen sie: Das ist ja eine Unterdrückung der persönlichen Freiheit. Ja, es wird auch in Deutschland einmal die Einigkeit kommen, verlassen Sie sich darauf.

Schuld an dem allen sind alle die Menschen, die an dem System teilnehmen, sei es direkt als Nutznießer oder sei es indirekt als Unterstützer dieses Systems. Schuld sind aber auch weiter alle diese Grüppchen, die in ihrer Vereinsmeierei heute immer noch erklären: Wir sind nicht politisch, sondern wir vertreten nur unsere Berufsinteressen und unsere Standesinteressen oder gar die Interessen unseres Vereins. Ja freilich, meist sieht man das diesen Köpfen schon an, daß sie die Interessen ihres Vereins vertreten, daß sie den großen politischen, weltanschaulichen Auseinandersetzungen ferne bleiben. Aber diese Leute vergessen auch eines: daß die Zeit oder daß die Weltgeschichte nicht gemacht wird von Fremdenverkehrsvereinen und nicht gemacht wurde, sagen wir, von Bauernvereinigungen oder Handwerkervereinigungen oder Aufwertungsparteien [30] usw., sondern daß die Weltgeschichte gemacht wird von großen politischen Ideen und den Gruppen, die sie vertreten, und daß diese Kräfte endlich auch heute entscheidend sind für das Leben, das Wohlleben, das rein wirtschaftliche Leben einer Nation und daß daran auch irgendwie der Fremdenverkehr letzten Endes hängt. Sie können in Deutschland die Bänke noch so schön anpinseln lassen, das wird nicht die Bedeutung haben, glauben Sie mir, als wenn heute in Deutschland ein eisernes Regiment kommt, das die Nation aus ihrer inneren Zerrissenheit erlöst. Das bringt dann wieder die Voraussetzungen dafür, daß in Deutschland dereinst wieder Menschen da sind, die es sich überhaupt leisten können, irgendwohin zu fahren und sich auf eine solche Bank zu setzen. Heute läuft alles wie im Kreise herum. Die Bänke sind meistens leer.

Und weiter möchte ich nur noch ganz kurz die Orte prüfen, die sich heute um die Fremden bemühen. Ich habe schon gesagt, daß augenblicklich eine förmliche Jagd nach dem Fremden stattfindet; und das ist auch klar: Je mehr in Deutschland die produktiven Erwerbsmöglichkeiten sinken - und sie müssen sinken infolge unserer politischen Ohnmacht -, um so mehr bemü-

29 Anspielung auf das faschistische Italien.

30 Vermutlich Anspielung auf die im November 1926 aus der Volksrecht-Partei hervorgegangene Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung sowie die Gruppierungen mit gleichlautender Zielsetzung. Vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von Dieter Fricke u. a., Bd. 3, Leipzig 1985, S. 739 ff.

hen sich immer mehr Orte, durch eine scheinbar unerschöpfliche und leichtere Erwerbsquelle der allgemeinen Not [*gegen*]zusteuern. Sie versuchen, Fremde zu bekommen. Wir haben heute in Deutschland kaum einen Ort, und wenn es der kleinste ist, der nicht seinen Fremdenverkehrsverein hat. Also überall nur Fremdenverkehr! Und es ist ganz klar: Wenn auf der einen Seite die Zahl der Fremden, nämlich der kaufkräftigen Menschen abnimmt, weil man eine ganze Lebensschicht einfach vernichtet, während auf der anderen Seite die Orte, die um sie buhlen, ununterbrochen zunehmen, dann muß langsam die Not eine immer größere werden. Es kommt allmählich nicht mehr viel auf diese Orte. Zum mindesten aber kommt wenig wirklich kaufkräftiges Publikum auf diese Orte; und da beginnt jeder nach dem reichen Juden zu suchen und mit was für Mitteln man ihn zu sich ködern könnte. Berchtesgaden ist da ein typisches Beispiel für die Gedankenlosigkeit, mit der unsere bürgerlichen Parteien dieses Problem behandeln. Wer geht nach Berchtesgaden? Nur der Mensch, der in erster Linie eine innere Sehnsucht nach der Natur hat. Kein Mensch geht nach Berchtesgaden, weil er dort schöne Hotels findet, kein Mensch geht nach Berchtesgaden, weil er dort etwa eine Kurhalle finden würde, kein Mensch geht nach Berchtesgaden, weil er dort etwa eine Kurmusik hören kann; sondern wer dorthin geht, gehört zu denen, die sich an der einzig, herrlich schönen Natur ergötzen wollen, und mancher geht auch hin, weil ihn die Menschen freuen, weil er sich wohlfühlt, wenn er unter diese primitive Menschheit herauskommt und aus diesem ganzen Großstadtpowel [31] wieder etwas hinausgelangt. Deshalb geht man nach Berchtesgaden. Nun klagt man auch dort über die Schwierigkeit der Fremdenverkehrsindustrie, des Fremdenverkehrsgewerbes. Zunächst liegen die Schwierigkeiten in der wahnsinnigen Besteuerung, die zum Teil 60 % des ganzen Einkommens ausmacht [32]. Aber man klagt auch sonst, und nun sagt man: Wir müssen ein Kurhaus bauen, dann kommen mehr Fremde. Glauben Sie, wenn Berchtesgaden ein Kurhaus baut, daß damit in Deutschland die Menschen mehr werden, die als Fremde irgendwohin reisen können? Es könnten nur Menschen kommen, die bisher woanders hingegangen sind. Nur diese könnten jetzt nach Berchtesgaden gehen. Das heißt: Ein Ort zieht die Fremden dem anderen Ort weg, das heißt, jeder Ort erhöht seine Ausgaben, das heißt, er belastet die Leute mit immer drückenderen Steuern, Kurtaxen, Kurumlagen usw. Indem er das seinen Besuchern auflastet, verteuert er ununterbrochen das Hotelwesen. Das Kurhaus beginnt mit der Kurmusik, die Hotels müssen nachkommen, alles wird teurer und teurer, und das Endergebnis ist, daß die Menschen immer mehr in die billigeren Quartiere abwandern müssen. In Wirklichkeit bleibt alles beim alten. Das Wesentliche ist, daß man nicht die Zahl der möglichen Fremden an sich erhöhen kann. Diese bleibt in Deutschland gleich. Wer in Deutschland überhaupt im Sommer aus den Großstadtkasernen fort kann, der geht ohnehin fort, ob nun irgendwo ein Kurhaus ist oder nicht. Es kann sich nur darum handeln, daß ein Ort versucht, dem anderen die paar Fremden abzujagen. Wie hypnotisiert sieht man da immer auf die reichen Juden; und dabei rechnet man mit jemand, der am allerwenigsten als wirklicher Kurgast anzusprechen ist. Berchtesgaden - ich nehme das Beispiel, weil es klassisch ist - will jetzt ein Kurhaus bauen [33].

31 Oberdeutsch: Schund, Auswurf, Pöbel.

32 Der gültige Einkommensteuerhöchstsatz betrug 40%. Vgl. Einkommensteuergesetz vom 10.8.1925, § 55. Druck: RGBl. 1925, I, S. 200.

33 Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 11.4.1929, "Neues Leben in Berchtesgaden".

Es kostet so und so viele Hunderttausende. Die Hotels sind gezwungen, ebenfalls nachzukommen usw. Der Zweck soll sein, Gäste zu bekommen, insbesondere ein paar Juden. Aber glauben Sie, daß deswegen die wirklich reichen Juden nach Berchtesgaden gehen? Die sind international, sie gehen nach St. Moritz, nach Davos, an die französische Riviera, sie gehen nach Ostende, überall hin, was momentan in Mode ist, oder wo momentan valutarisch die Verhältnisse günstig sind. Die haben kein inneres Verhältnis zu Berchtesgaden. Was interessiert so einen Juden der Watzmann oder der Königssee? Gott, wenn er zum Königssee hinkommt, sagt er höchstens: Gott, wie haaßt [*sic!*]? Wo fließt das Wasser rein, wo fließt das Wasser raus? Kann man da nicht ein Elektrizitätswerk hinbauen? (Lebhafter Beifall.) Und wenn er zum Watzmann kommt, denkt er sich: Wie wäre es mit einer Bahn hinaus, mit einer Zahnradbahn oder einer Drahtseilbahn? Er denkt immer irgendwie ans Geschäft. Er geht nicht hin, damit er sich an der Natur labt. Man braucht bloß, wenn man einmal nach Reichenhall kommt, in das Gradierhaus [34] hineinzugehen, dann hört man die Juden vor sich reden und hört nur von Geschäft. Es ist sehr angenehm dort. Sie haben dort die Gebirgsluft und nebenan die Spucknäpfe. Da können sie hineinspucken. Da wird vom Geschäft geredet die ganze Zeit. Da können sie in die Telefonzellen hineinlaufen, und ständig dreht sich die Unterhaltung um Dividenden und Prozente, Dividenden und Geschäft. *Die* Leute, glauben Sie, machen unseren Fremdenverkehr gesund? Sie gehen nach Berchtesgaden, schauen vielleicht einmal hinein, Gott, sie schauen sich die Sache an, weil das Mode geworden ist, aber wenn sie Berchtesgaden einmal gesehen haben, gehen sie woanders hin. Sie sind ein fluktuierendes Element. Davon werden die bayerischen Fremdenverkehrsorte nicht glücklich. Besonders unsere bayerische Fremdenverkehrsindustrie dürfte eigentlich nur rechnen mit unserem landeingesessenen Mittelstand und jenem deutschen Mittelstand, der auch noch einen offenen Sinn für die Natur und für ein gesundes Volkstum hat. Alles andere ist ein Trugschluß.

Denn endlich, Sie können sich noch so entäußern, Sie können sich alle den Dialekt abdressieren lassen, aber Sie sind doch Bayern, und die anderen sind Menschen, die fühlen sich in Bayern nie wohl, sie gehen lieber dahin, wo alles international geworden ist, wo die Luft international duftet. Glauben Sie doch nicht, daß diese wirklich reichen Juden vielleicht an den Starnberger See kommen, weil dort vielleicht ein großes Kurhaus hingestellt wird. Glauben Sie nicht, daß diese Juden deshalb von Ostende weggehen. Sie bleiben dort, aber Sie müssen eines Tages das Kurhaus tragen. Sie machen es nur einer immer größeren Menschenklasse unseres eigenen Volkes unmöglich, überhaupt in diese Orte hinzukommen. Das ist etwas, was einem wehtun muß. Die Menschen, die es verdienen würden, können gar nicht mehr hingehen, weil durch diese verdammte Jagd nach diesen paar reichen Juden für sie alles unmöglich gemacht wird. (Stürmischer Beifall.) Dem internationalen Powel zuliebe macht man es Millionen anständigen, ehrlich schaffenden Menschen überhaupt unmöglich, die eigene Heimat noch genießen zu können.

Wenn das dann natürlich alles zwecklos ist, beginnt man auf alles Mögliche zu schimpfen. Ich darf wieder auf das Beispiel zurückkommen. Wer geht also nach Berchtesgaden? Unser Mittelstand in erster Linie. Was tut man aber mit diesem? Man vernichtet ihn nach allen Regeln der Kunst. Sehen Sie nur: Hier in München selbst baut man jetzt schon ein Warenhaus

34 Sole-Rieselanlage.

nach dem anderen, und zwar in Stadtvierteln, von denen man weiß, daß dort an sich nur lauter mittlere Geschäfte sind, das heißt Geschäfte, die in erster Linie zum Fremdenverkehr beitragen können, weil ihr Inhaber in erster Linie gerade für unsere oberbayerischen Orte in Frage kommen würde. Da stellt man nun so ein Warenhaus hinein. Man sagt: Freilich, freilich hat jedes Geschäft einen Verlust. Aber so groß ist der Verlust nicht. So groß? Der Verlust braucht gar nicht groß zu sein heute, damit ein Geschäft kaputtgeht. Es genügt oft, daß wenige Prozente fehlen, und dann geht das Geschäft zugrunde. Die Menschen können auf die Dauer nicht existieren. Wenn heute beispielsweise in die Dachauer Straße hinein ein neues großes Warenhaus gestellt wird [35], so heißt das, daß man Tausende von anderen Geschäften langsam ruiniert, ihre Besitzer an den Bettelstab bringt. Und das tun dieselben Parteien, die dann über den Fremdenverkehr reden. Sie vernichten die eigenen Menschen, die für den Fremdenverkehr in Frage kommen, und reden und klagen über den Fremdenverkehr! Und die Fremdenverkehrsvereine erklären feierlichst: Wir sind gänzlich unpolitisch, wir haben mit Politik nichts zu tun.

Ja, bei uns ist alles unpolitisch, alles ist unpolitisch! Man sehe sich nur die Menschen an! Die können gar nicht politisch sein, die Leute brauchen es gar nicht erst zu sagen, daß sie unpolitisch sind. Man sieht es doch schon an den Köpfen. (Große Heiterkeit.)

So kommt es dann auch, daß man in München krampfhaft nach Abhilfe sucht, und zu dem Zweck hat man Herrn Reinhardt nun hierher gebeten.

Und da möchten wir jetzt nur ganz kurz untersuchen: Warum kommen eigentlich die Fremden gerade nach München? Weshalb? Zunächst wegen der Natur. Ja, die Natur ist uns gegeben. Sie ist nicht ganz bei München, man braucht zu dem Zweck nicht gerade in München leben. Aber sie ist gegeben, an ihr kann nicht mehr viel verbessert werden. Man kann die Natur höchstens erschließen. Da ließe sich allerdings mancherlei tun. Es könnte die hochlöbliche bayerische Staatsregierung sich einmal auf den Weg machen und draußen die Landstraße abstiefeln. Da würde sie verschiedenes entdecken, was für den Fremdenverkehr nicht förderlich ist, sondern sehr unförderlich. Die Herren brauchen gar nicht weit zu gehen. Wenig außerhalb Münchens schon kommt man in Kraterlandschaften, die man fälschlicherweise als Straßen ausgibt. Das sind Dinge, die nicht gerade fördernd für den Fremdenverkehr wirken. Auch gewisse Bahndinge sind nicht fördernd für den Fremdenverkehr, z. B. gerade die Bahnverbindung in das schönste Gebiet, zum Königssee hin. Es dauert fünf Stunden, bis man da hineinkommt, meist geht der Strom unterwegs aus, es bleibt das Zügle [*sic!*] irgendwo stecken. Das ist sehr unangenehm, besonders wenn es Winter ist und eiskalt. Das redet sich herum, und im übrigen Deutschland glaubt man, daß der Königssee weit rückwärts im Gebirge drin liegt. Der Königssee - ach, das ist da weit rückwärts! Natürlich, man kommt auch verdammt schwer hin. Das sind Dinge, die ließen sich schon beseitigen, wenn man alle Gelder, die man für andere Dinge verbraucht, dafür anwenden würde. Da ließe sich manches besser machen, das ist ohne Zweifel richtig. Aber an der Natur selbst kann man nichts tun, man kann sie höchstens verschandeln, und in meinen Augen verschandelt man sie am allermeisten dadurch, daß man gewisse Menschen in die Natur hinausbringt, die zur Natur gar nicht passen. (Stürmischer Beifall.) Das ist aber anscheinend heute auch wieder mit der Zweck unserer Fremdenverkehrsver-

35 Gemeint ist wahrscheinlich das Warenhaus Karstadt in der Dachauer Straße 21-23, zwischen Karlstraße und Nymphenburger Straße.

einigungen. Sie bevölkern die Natur mit Subjekten, die nach kurzer Zeit die andere Menschheit vertreiben und verjagen, weil sich jeder sagt: Ich gehe da nicht mehr hin, es ist nicht zum Ausstehen, schauen Sie nur einmal dorthin. Das ist eine Sache für sich.

Nun kommen die Menschen also nach München wegen der Kunst. Kunst, das kann natürlich geschaffen werden, es liegt im Ermessen der Menschen selbst, hier eine Steigerung und eine Förderung durchzuführen. Sie können damit selbstverständlich auch auf den Fremdenverkehr einwirken.

Aber da darf ich jetzt doch einiges ganz Grundsätzliches feststellen. Die Kunst entsteht nicht, weil es einen Fremdenverkehr gibt. Niemals und zu keiner Zeit hat der Fremdenverkehr irgendwie die Kunst befruchtet, sondern die Kunst entstand aus ganz anderen Beweggründen heraus. Die Kunst ist der Ausdruck eines weltanschaulichen, eines religiösen Erlebens und zugleich der Ausdruck eines politischen Machtwillens zu allen Zeiten gewesen. (Sehr richtig!) Niemals aber entstand die Kunst durch den Fremdenverkehr. Wenn wir in die antiken Zeiten zurückgehen, glauben Sie etwa, daß die ungeheuren Bauten Babylons, deren Ruinen heute die englischen Touristen anlocken, einst geschaffen wurden, damit Fremde kommen? (Große Heiterkeit.) Oder glauben Sie, daß die Ägypter die Pyramiden geschaffen haben, daß Fremde kommen und damit die Engländer später die Bahn hinbauen konnten und daß die Leute die Pyramiden bestaunen und daß man dann Hotels hinstellen kann, in denen sich die Fremden bei Jazzmusik usw. von der Besteigung der Pyramiden am Vormittag wieder ausruhen können? Glauben Sie wirklich, daß diese ganze antike Kultur geschaffen wurde, damit Fremde kommen? Glauben Sie, daß man überhaupt nur einen Gedanken an Fremde gehabt hat? Es waren entweder Bauten für religiöse Zwecke, oder es waren Bauten, um einen politischen Machtwillen zu repräsentieren, auch Zweckmäßigkeitsbauten waren darunter. Aber was wir heute noch sehen in Athen, was wir heute noch sehen in Rom, es ist alles nicht im geringsten entstanden aus der gedanklichen Atmosphäre eines bayerischen Fremdenverkehrsvereins heraus. Auch was in Bayern die Fremden anzieht, hat kein Fremdenverkehrsverein geschaffen, darauf werde ich noch zurückkommen. Wir sehen gerade im klassischen Altertum, wie nur politische Entwicklungen die wertvollsten Anregungen gaben zu Kunstdenkmälern, die wir selbst heute noch nach 2.000 und 3.000 Jahren bewundern. Die Zeiten, in denen das Griechentum sich der Perser erwehrte, sie fanden ihren bekrönenden Abschluß im Ausbau der Akropolis. Das geschah nicht etwa, weil man glaubte, einen Anziehungspunkt für Fremde zu bekommen. Nein, es war ein sichtbarer politischer Machtausdruck, der Ausdruck aber auch des Stolzes des Griechentums, genau so, wie die großen Umwandlungen Roms nur stattfanden aus politischen Gesichtspunkten heraus. Cäsaren wollten sich eine würdige Hauptstadt schaffen, Cäsaren wollten ihr Regime verherrlichen, wollten ihre politische Macht in Stein und in Erz fixieren. Das sind die Gesichtspunkte gewesen, aus denen Werke geschaffen wurden, die man später bestaunt und bewundert. Glauben Sie nur nicht, daß etwa das Pantheon von einem römischen Fremdenverkehrsverein geschaffen wurde oder daß die Ideenwelt eines römischen Fremdenverkehrsvereins irgendwie befruchtend dabei mitgeholfen oder mitgewirkt hätte.

Und das erleben wir auch in Deutschland im ganzen Mittelalter. Was ist es, was unsere Städte an Kunstwerken sehenswert macht? Unsere Dome sind nicht wegen der Fremden gebaut worden, sondern es war ein ganz tiefes, innerliches Gefühl, ein religiöses Gefühl, das die Menschen veranlaßte, durch Jahrhunderte hindurch an einem solchen gigantischen Werk zu

arbeiten, ganz genau so, wie die Antike Jahrzehnte an einzelnen Werken schuf, um dominierende Mittelpunkte der Gemeinsamkeit zu schaffen. Das gleiche gilt für die Kaiserpfalzen. Das gleiche gilt für unsere mittelalterlichen Rathäuser. Aber auch die Mauern und die Türme, die das Stadtbild ausmachten, sind ebenfalls der Ausdruck eines politischen Machtwillens, eines politischen Gedankens, und politische Zwecke haben das alles geschaffen. Und der Reichtum unseres Stadtbildes im Mittelalter ist selbst wieder abhängig nicht nur vom wirtschaftlichen Reichtum der Stadt, sondern abhängig in erster Linie von der politischen Geltung der Stadt; denn wirtschaftliche Blüte und politische Geltung sind zu allen Zeiten eines und dasselbe gewesen, und heute muß man das in Deutschland am allerklarsten sehen, heute, da wir, ich möchte sagen, vor unseren Augen noch den großen Wandel der deutschen Geschichte sehen, nämlich den machtpolitischen Aufstieg des alten Reiches mit der Blüte der Wirtschaft von damals, und den machtpolitischen Zusammenbruch des alten Reiches mit dem Zusammenbruche der Wirtschaft von jetzt.

Und die neue Zeit, sie zeigt uns genau dasselbe wieder. Glauben Sie [*mir*], was das spätere Mittelalter und besonders die Neuzeit in Rom geschaffen haben, einschließlich von Sankt Peter, ist nicht entstanden und ist nicht gebaut worden von rentablen Gesichtspunkten aus oder von der rentablen Betrachtungsweise eines modernen Fremdenverkehrs aus. Das ist nicht der Fall gewesen. Es sollte der überragende Ausdruck einer religiösen Idee sein, der überragende Ausdruck der religiösen und auch politischen Macht einer bestimmten Institution.

Dasselbe sehen wir in Paris [36]. Alle die großen Stadterweiterungen von Paris sind geleitet worden von politischen Erwägungen. Man wollte Paris zum Zentrum des französischen Einheitsstaates machen, und man glaubte, daß man das nur dadurch erreiche, daß es mit seinen Denkmälern, in seinen Kunstwerken so turmhoch über die ganze französische Provinz gestellt würde, daß die Distanz allmählich unüberbrückbar erschiene und der gewöhnliche Franzose auf Paris hinblickte wie auf ein nie zu erreichendes Schönheitsideal. Wir sahen, daß diese Auffassung keineswegs etwa nur die französischen Könige beherrschte, sondern daß dieselbe Auffassung Napoleon I. augenblicklich wieder aufgenommen hat, auch wieder von dem gleichen Standpunkt: Seine Imperatorenherrschaft sollte verherrlicht werden und sollte damit auch wieder gefestigt werden durch gigantische Monumente, die der große Korse ins Leben rief. Wir sehen das gleiche sofort wieder bei Napoleon III., der durch den Seinepräfekten Haussmann [37] versuchte, der Stadt ein vollkommen neues Gepräge zu geben, der versuchte, das alte Paris, soweit es damals noch winkelhaft und, ich möchte fast sagen, epochenmäßig in die neuere Zeit hineinragte, wegzurasieren, der ungeheure Straßenzüge brechen läßt, der eine neue Oper bauen läßt, kurz und gut, der wieder versucht, diese Stadt zum Mittelpunkt der französischen Kultur und Zivilisation, wie man sich dort ausdrückt, zu machen. Rein politische Gedankengänge! Und die Republik nimmt sie abermals auf und führt sie weiter.

---

36 Vgl. Françoise Rioux, Vom Paris der Staatsgewalt zum Paris des Volkes. Das Bild der französischen Hauptstadt von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg. In: Metropolis Berlin. Berlin als deutsche Hauptstadt im Vergleich europäischer Hauptstädte 1871-1939. Hrsg. von Gerhard Brunn und Jürgen Reulecke, Bonn 1992, S. 327-365.

37 Georges Eugène Haussmann (1809-1891), französischer Staatsbeamter und Politiker, 1853-1870 Präfekt von Paris.

Wir sehen dasselbe aber auch bei uns. Was z. B. Wien hat, ist alles entstanden von dem Gedanken, dem habsburgischen Kaisertum äußeren Glanz und äußere Herrlichkeit zu sichern, in der Überzeugung, daß das rückwirke auf die Provinz. Ja, die größte Wiener Erweiterung, das Niederreißen der ehemaligen Festungswerke im Innern, die Anlage der Ringstraße, sie findet nur statt getragen von dem politischen Gedanken, der damals bereits von destruktiven Kräften zerrissenen Monarchie in einem großen, überragenden, herrlichen Mittelpunkt eine Zentralgewalt, eine Anziehungskraft zu geben [38]! Und dasselbe sehen wir in Berlin [39]. Das kleine brandenburgische Fürstentum versucht, sich durch überragende Staatsbauten das notwendige Prestige zu verschaffen. Friedrich der Große versucht, durch eine große Bautätigkeit sich selbst die notwendige Stellung zu sichern. Er bekundet das ganz ausdrücklich. Er läßt Bauten ausführen nur für den Zweck, um die politische Macht des Staates auch äußerlich zu repräsentieren. Und als die Freiheitskämpfe vorbei sind, beginnt dieses selbe Berlin sofort neuerdings, auf dem Wege weiterzuschreiten. Und endlich das Kaisertum versucht, das - wenn auch nicht immer in glücklicher Form - zu vollenden.

Und dasselbe sehen wir in Dresden, überall bei diesen sogenannten kleinen Residenzen war das Maßgebende, den königlichen oder überhaupt den monarchischen Gedanken repräsentativ zu verankern, ihm einen Ausdruck zu geben, den jeder einzelne empfinden mußte, den jeder sehen mußte und der auf jeden einwirkte. Der kleine Mann, der in die Großstadt kommt, der in die Residenz kommt, er soll das Gefühl haben, daß dort der König, daß dort der Herrscher lebt.

Also politische Gedanken sind es, die hier maßgebend sind, und davon zehren heute noch unsere gesamten Fremdenverkehrsvereinigungen. Wenn das nicht gewesen wäre, die Fremdenverkehrsvereinigungen hätten das nicht geschaffen, sondern das war ein königlicher Gedanke, selbst wenn er von Republiken vertreten wurde.

Und wir sehen das später wieder in der neuesten Zeit. Da sehen wir, wie in Österreich Bürgermeister Dr. Karl Lueger [40] in Wien zur Macht gelangt und wie der nun versucht, durch grandiose Werke die Herrschaft seiner Bewegung zu verankern und zu verewigen, gemäß dem Gedanken, daß, wenn die Worte nicht mehr reden, dann die Steine sprechen müssen. Überall wird hineingemeißelt: Erbaut unter Dr. Karl Lueger usw. [41]. Und wir sehen das heute in einem ganz grandiosen Beispiel in Italien, wo der Faschismus aus diesem armen Volk unglaubliche Kräfte herausholt, und diese Kräfte in monumentalen Werken verewigt, und wo man überall hinaufschreibt, nicht: Erbaut von dem Fremdenverkehrsverein von Bologna, sondern: Erbaut im dritten Jahre des faschistischen Regiments in Italien [42]. Mit anderen Worten: Es ist der

38 Vgl. Juliane Mikoletzky, Wien als österreichische Hauptstadt 1870-1938. In: Metropolis Berlin, S. 409-443.

39 Vgl. Helmut Richter, Berlin. Aufstieg zum kulturellen Zentrum, Bonn 1987 sowie Detlef Briesen, Berlin - Die überschätzte Metropole. Über das System deutscher Hauptstädte zwischen 1850 und 1940. In: Metropolis Berlin, S. 39-77.

40 Karl Lueger (1844-1910), Rechtsanwalt, 1870 Dr. jur., 1874-1896 Rechtsanwalt in Wien, 1875/76 und 1878-1910 Gemeinderat in Wien, 1885 Mitglied des österreichischen Reichsrats, 1888 Mitbegründer der Christlich-Sozialen Partei, 1890-1893 Mitglied des Niederösterreichischen Landtags, 1893-1895 Stadtrat in Wien, 1895-1897 Vizebürgermeister und 1897-1910 Bürgermeister von Wien.

41 Vgl. Hellmut Andics, Luegerzeit. Das Schwarze Wien bis 1918, Wien 1984.

42 Mit der faschistischen Machtergreifung wurde ein neuer Kalender eingeführt, der das Jahr 1 mit dem Oktober 1922 beginnen ließ. Vgl. Denis Mack Smith, Mussolini. Eine Biographie, München 1983, S. 114.

Versuch, eine politische Idee auch kulturell für die ganze Menschheit zu verewigen und sie ihr aufzuzeigen in Stein und in Stahl und in Eisen. (Lebhafter Beifall.)

Sehen Sie, genauso ist es an allen anderen Orten. Natürlich kommt dann noch etwas weiteres. Das Kunstwerk kann endlich entstehen um seiner selbst wegen; das heißt, wenn die großen Monumente in Stein und in Eisen und in Erz politischen Zwecken dienen, dann pflegen bestimmte Perioden aber auch Menschen zu einem Leisten [*sic!*] anzueifern und anzuregen, das vielleicht dem einzelnen gar nicht bewußt wird als der letzte sichtbare Ausdruck eines großen politischen Zeitgeschehens, sondern das der einzelne einfach gezwungen von sich gibt, ohne zu ahnen, daß er in Wirklichkeit der Wegbereiter einer großen Sehnsucht seines Volkes ist oder daß er Verkünder einer großen Idee oder Verherrlicher eines großen Erfolges ist, einer großen Erhebung, eines großen politischen Aufstiegs.

Alle diese Menschen nun, die solche Kunstwerke von Unsterblichkeitswert schaffen, können dazu nie äußerlich gezwungen werden. Niemals ist auf dieser Welt ein Kunstwerk um des Geldes wegen entstanden. Niemals hat ein Künstler um des Honorars wegen geschaffen. Handwerker schlimmster Art sind das höchstens gewesen, Fabrikware war das, aber niemals war es wirklich schöpferische, schaffende Kunst, die die Menschheit noch nach Jahrtausenden zur Bewunderung zwingt. Diese ist stets entstanden aus einem materiell gar nicht abwägbaren, nicht ergründbaren Drang und Trieb. Diese Künstler sind oft in größter Armut gestorben, sie sind oft bei ihrem Werk verhungert, und sie haben doch das getan, was sie einfach zwangsmäßig tun mußten. Das kann man nicht durch Honorar allein bringen, sondern das liegt im Wesen einer Zeit. Jede Zeit hat auch die Künstler, die sie verdient. Eine erbärmliche Zeit, eine charakterlose Zeit, eine Zeit, in der nur mehr das Geld regiert, hat keine Kunst mehr. Sie bringt nur mehr Kitsch, billigsten Kitsch hervor (lebhafter Beifall), und den können Sie nicht auf die Dauer als großes Anziehungsmittel für die Fremden betrachten. Damit kann man wohl im Augenblick vielleicht Geschäfte machen, d. h., man kann die Menschen überrumpeln, man kann vielleicht auf die Mode spekulieren, auf diese üble Erscheinung der Zeit. Man wird aber niemals die Menschen für immer dahin zwingen können, daß sie sich bewundernd vor so etwas verbeugen...

Glauben Sie [*mir*], in München ist das alles so typisch zugetroffen [*sic!*]. Diese Stadt hier hat auch ihre ganzen Kunstwerke bekommen aus diesen drei Gedankengängen heraus. Es waren allgemeine weltanschauliche, religiöse Motive, die der ersten Kunstperiode Münchens den Stempel aufdrückten in der Zeit, aus der wir unsere Frauenkirche hier haben. Es war in der zweiten Periode, in der das Kurfürstentum nach politischer Macht ringt, das Bestreben der Kurfürsten, diesen Machtwillen auch künstlerisch zum Ausdruck zu bringen. Und dann kommt die dritte Periode, in der das Königtum versucht, die neue Würde nach außen hin zu dokumentieren, die Zeit, in der Ludwig I. sehr wohl begreift, daß die Bedeutung dieser Stadt, schon gemessen an den einmal festliegenden Größenverhältnissen und bedingt durch sie, nicht liegen kann in einer aussichtslosen Rivalität auf machtpolitischem Gebiet; sondern dieses Königtum erkennt, daß es noch andere Waffen gibt, um einer Stadt Prestige zu verschaffen, indem er betont: Ich werde dafür sorgen, daß kein Mensch behaupten kann, Deutschland zu kennen, wenn

---

Zur Baupolitik des Faschismus in Italien vgl. Margit Estermann-Juchler, Faschistische Staatsbaukunst. Zur ideologischen Funktion der öffentlichen Architektur im faschistischen Italien, Köln 1982, S. 33 ff.

er nicht München gesehen hat [43]. Darin liegt jene stolze Zuversicht, daß man durch unsterbliche, große Kulturdokumente sehr wohl einer Stadt auch politische Bedeutung sichern kann. (Sehr richtig!) Und der Mann hat das auch durchgesetzt, und zwar großzügig durchgesetzt, und er hat sich dabei nicht auf irgendeine fremde, kitschige Kunst berufen, sondern er hat versucht, wirklich beste, deutsche Kunst heranzuziehen. Und der Mann hat etwas verstanden davon. München hätte keinen Fremdenverkehr, wenn es nur Fremdenverkehrsvereinigungen besessen hätte, aber nicht Ludwig I. gehabt hätte. (Stürmischer Beifall.) Ihm verdankt München mehr als allen späteren Vereinigungen zusammen. Der Gedanke, aus dieser Stadt eine deutsche Kunststadt an sich zu schaffen, eine Stadt der deutschen Kunst, dieser Gedanke hat München überragende Bedeutung gegeben, hat aus München eine beachtenswerte Stadt gemacht, und zwar ohne Rücksicht auf die Größe. Es war der richtige Gedanke: Es gibt zweierlei Dimensionen: eine Dimension des Volumens und eine Dimension des Wertes. Dem Volumen nach war Berlin an der Spitze, dem Werte nach ist München an die Spitze gerückt worden. (Lebhafter Beifall.) Das war der Gedankengang, und dieser Gedankengang war richtig.

Und er wurde später wieder aufgegriffen von Ludwig II. Und hier tritt in den Bannkreis dieser Stadt ein Mann, der aus einem inneren Drang heraus schuf, nicht etwa deshalb, weil sich damit ein Geschäft machen ließ, sondern der gegen den ganzen Geschäftsgeist einer Zeit revolutionierte: Richard Wagner [44]. Und damals hat sich diese Stadt schwer versündigt. Was ein königlicher Geist damals wollte und was überlegenste Genialität eines grandiosen Künstlers der Stadt schenken wollte, das hat der unpolitische Sinn, in Wirklichkeit der Irrsinn dieser Stadt verhindert [45]. (Sehr gut!) Es sind die Väter derjenigen gewesen, die heute auch wieder in Vereinsmeierei machen, die heute zu unseren frommen Parteien hier gehören, die sind es gewesen, die damals die Stadt vielleicht um das größte Kunstwerk brachten, das es überhaupt gegeben haben würde und das heute ein Tempel deutscher Kunst sein könnte und sicherlich sein würde.

Glauben Sie aber, daß das alles entstanden wäre aus dem Gedanken, aus dem primären Gedanken einer Förderung des Fremdenverkehrs zu spekulativen Zwecken? Glauben Sie, daß die Stadt München das, warum man heute hergeht, bekommen hätte, wenn man damals nur daran gedacht hätte, aus spekulativen Gesichtspunkten zu schaffen? Wer nur spekulativ denkt, wird sich in den meisten Fällen am Ende verspekulieren. Er schafft niemals Ewigkeitswerte. Ewigkeitswerte können nicht aus geschäftlichen Berechnungen heraus entstehen. Im Gegenteil, je geschäftsferner, je gewinnstfremder [*sic!*] ein Kunstwerk in der Zeit der Gründung ist, um so mehr wächst es in die Ewigkeit hinein. Es ist nicht selten kennzeichnend für die größten Kunstwerke, daß die Gegenwart sie gar nicht versteht, daß die Gegenwart sie ablehnt und daß gerade jener Powel, auf dessen Urteil man heute so viel Wert legt, überhaupt kein Verständnis dafür hat, weil es noch nicht modern geworden ist (sehr richtig!), sondern weil es zunächst Bekenntnis erfordert, Bekenntnis, das dieser Powel gar nicht hat und gar nicht haben kann, weil ihm jede feste Gesinnung und Überzeugung von vornherein fehlt, weil er nichts kennt, als die-

43 Vgl. Stefan Fisch, Stadtplanung im 19. Jahrhundert. Das Beispiel München bis zur Ära Theodor Fischer, München 1988, S. 155 ff.

44 Richard Wagner (1813-1883), Komponist.

45 Im Dezember 1865 mußte Richard Wagner nach versuchten Intrigen gegen die bayerische Regierung auf Wunsch König Ludwig II. Bayern verlassen. Vgl. Martin Gregor-Dellin, Richard Wagner. Sein Leben - Sein Werk - Sein Jahrhundert, München 1980, S. 552 ff.

sen schalen Begriff der Zivilisation, diese faule und feile Zivilisation, die äußerlich anerkannt ist und der man unbedingt dienen muß, der man sich anschließen muß und der man nun auch gehören muß. Glauben Sie [*mir*], diese Kräfte haben noch niemals einem Volk Monumente geschaffen, die später als Kunstdenkmäler für ewige Zeiten Fremde zur Bewunderung anzuziehen vermochten. Und auf die Dauer bekommt man Fremde nicht durch Kurhausmätzchen, durch spekulative Einrichtungen, durch Jazzmusik usw., sondern auf die Dauer bekommt man sie nur durch große wirkliche und wahrhafte Kunst. (Lebhafter Beifall.)

Da müssen wir nun heute folgendes sagen, um wieder zu unserem besonderen Fall zurückzukommen: Wie ist denn heute die Lage in München? München ist heute eine Stadt, die ziffernmäßig weit hinter Berlin zurückbleibt. Ja, sie wird vielleicht sogar von anderen Großstädten überholt werden [46]. Gewiß, München ist so gelegen, daß es industriell nicht so bevorzugt erscheint wie andere Orte Deutschlands. Weiter ist aber heute an sich eine großindustrielle Umstellung gar nicht mehr denkbar; denn wir wissen ja, daß der Export bei uns von Jahr zu Jahr zurückgeht [47], daß wir immer mehr und mehr geknebelt werden, ja, daß selbst unser Binnenmarkt langsam dem Ruin verfällt [48]. Damit kann man also von vornherein nicht rechnen. Wenn München seine frühere Bedeutung aufrechterhalten will, dann müßte diese Stadt sich auch jetzt bemühen, im übrigen Deutschland als etwas Besonderes betrachtet zu werden. Ich betone das ausdrücklich. In der großen Masse fällt niemals auf, wer die Tarnkappe der öffentlichen Meinung sich überstülpt; niemals fällt der auf, der im gleichen Narrengewande läuft, das die anderen alle haben; sondern im Strome sieht man nur den, der gegen den Strom sich stemmt. In Deutschland jagen heute Tausende von Kurorten und Bädern nach jener internationalen Mischpoche [49], die ihrer Gesinnung nach und ihrer ganzen Einstellung nach gar nicht deutsch ist. Diese Mischpoche ist sogar die Minorität. Glauben Sie, wenn heute in Deutschland eine Stadt sich besinnen würde zu dem Bekenntnis: Wir jagen nach denen, die deutsch geblieben sind, dann würde diese Stadt mehr an Verkehr bekommen, wie [*sic!*] alle anderen zusammengerechnet. (Lebhafter Beifall.) Denn in diesem Deutschland gibt es heute Tausende von Kurorten, die um Hunderttausende von nichtswertigen Menschen buhlen. Aber es gibt kaum eine Stadt, die sich bewußt und kühn und mutig der Millionen annimmt, die mit denen nichts zu tun haben. (Sehr gut!) Ein einziges Seebad haben wir, das den Mut hatte zu sagen - und zwar danken wir das dem Willen eines Mannes, der heute unser Parteigenosse geworden ist [50] (Beifall) -: Wir reflektieren nicht auf die Juden [51]. Im Gegenteil, wir wünschen sie nicht. Und

---

46 Nach der Volkszählung vom Juni 1925 lebten in Berlin 4.024.165, in Hamburg 1.079.126, in Köln 700.222 und in München 680.704 Menschen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, Berlin 1929, S. 13.

47 Die deutsche Warenausfuhr ohne Reparations-Sachlieferungen steigerte sich von 8.930,5 Millionen RM 1925 kontinuierlich auf 11.782,8 Millionen RM 1928, die Handelsbilanz blieb jedoch negativ. Vgl. ebenda, S. 186.

48 Zwischem 1925 und 1929 wuchs das reale Sozialprodukt je Einwohner um durchschnittlich 1,6%. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III, S. 78.

49 Hebräisch, jiddisch abschätzig für: Verwandtschaft.

50 Ludwig Münchmeyer (1885-1947), evangelischer Pfarrer, 1926 Rücktritt als Pfarrer von Borkum, 1930-1933 MdR (NSDAP).

51 Zur Behandlung von Gästen jüdischen Glaubens auf Borkum und zur Agitation Ludwig Münchmeyers, vgl. Udo Beer, "Der falsche Priester". Eine Borkumer Kampfschrift aus der Zeit der Weimarer Republik. In: Emder Jahrbuch Bd. 66/1986, S. 152-163.

glauben Sie nur nicht, daß deshalb Borkum leer steht. Es ist überfüllt. (Lebhafter Beifall.) Sie müssen sich Monate lang vorher anmelden, weil Hunderttausende von Menschen froh sind, endlich wohin zu kommen, wo sie dieser arroganten Rasse entrückt sind. Wenn Sie heute um den Fremdenverkehr hier buhlen und glauben, mit denen konkurrieren zu können, die in dieser jüdischen Methode der Geschäftemacherei Virtuosen an sich schon durch die Geburt sind, dann täuschen Sie sich. Glauben Sie [*mir*], wenn heute diese Stadt den Mut hätte, eisig kalt zu wiederholen: Wir wollen sie nicht, die Juden, wir wollen sie nicht, diese Internationale, wir reflektieren ausschließlich nur auf Deutsche! Glauben Sie [*mir*], Sie würden dann in Deutschland mehr Deutsche bekommen, die dann erst recht hergingen, gerade deshalb hergingen, mehr Deutsche, als Sie heute Juden haben, die auf Ihren Zimt hereinfallen. In Wirklichkeit weiß jeder Jude: Sie wollen mich gar nicht, innerlich wollen sie mich gar nicht, man hört ihnen das am Dialekt an, sie machen das nur, damit ich herkomme und mein Geld da lasse. Ich werde ihnen was pfeifen. (Heiterkeit.) Das ist doch so! Bilden Sie sich doch nicht ein, daß die Juden Sie nicht durchschauen! Am Biertisch oder zu Hause erklären Sie: Wissen Sie, mir gengans a bis da rauf, leiden kann ich sie nicht, die Juden. Und draußen sagen Sie ganz zahm im Münchner Stadtrat: Wir wollen nichts zu tun haben mit jenen, die wo da durch ihre antisemitische Hetze usw. Die durchschauen Sie vollständig, die wissen, Sie wollen ihnen ja doch bloß das Geld abnehmen. Sie wissen ganz genau: Innerlich wollen sie uns gar nicht, können uns gar nicht wollen. Das paßt gar nicht zusammen. Wenn einer wirklicher Bayer ist, kann er damit gar nichts zu tun haben, hat innerlich nie etwas damit zu tun, ein richtiger Münchner überhaupt nicht, der hat nichts damit zu tun. Das lügt er nur nach außen, d. h., er versucht es zu lügen. Die anderen wissen das ganz genau. Die sagen: Ihr könnt doch uns nichts weismachen. Wie ihr im Innern denkt, das wissen wir ganz genau. Ihr tut bloß draußen so, als ob ihr nicht so denkt. Ihr sagt höchstens: Gebt uns nur euer Geld.

Sie werden sehen, wie enorm der Zuspruch zu diesen Festspielen sein wird. Sie werden staunen, wie enorm der Besuch sein wird, Sie werden überhaupt sehen, wie heuer durch diese Festspiele das ganze Wirtschaftsleben aufblüht in München (Heiterkeit), wie allmählich ein ganz neuer Geist hereinkommen wird. Wissen Sie, den Geist kenne ich, wenn ich ihn bloß von der Ferne klimpern höre. Das ist jener Geist, der immer nur zerstörend wirkt, der alles zu verhindern sucht und der nur deshalb zum Guten führt [52], weil er mithilft, die nationalsozialistische Bewegung zu fördern. Das ist der einzige Grund, warum auch dieser Geist am Ende Gutes schaffen wird. Er wird mithelfen, unsere Bewegung zu fördern, und diese Bewegung wird dann viel klarer wieder herausarbeiten die Aufgabe Münchens.

Glauben Sie nur nicht, daß wir jemals an der Mission dieser Stadt irre geworden wären [53]. Umsonst haben wir nicht die Zentrale dieser Bewegung hier nach München hereingelegt. Wir taten es, weil uns München noch immer als deutscheste der deutschen Städte erschienen ist. (Lebhafter Beifall.) Und wir wollen einmal dafür sorgen, daß die große Tradition dieser Stadt wieder aufgenommen wird. Auch wir gehen mit einem großen Programm für diese Stadt in die

---

52 Nach "Faust. Der Tragödie erster Teil" von Johann Wolfgang von Goethe: "Ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Der Geist, der stets verneint."

53 Im Sprachgebrach der NSDAP galt München bereits als "Hauptstadt der Bewegung". Offiziell wurde dieser Titel erst am 2.8.1935 verliehen.

Zukunft. Dieses Programm wird allerdings nicht dahin lauten, Herrn Reinhardt einzuladen, Festspiele zu machen, sondern es wird dahin lauten zu versuchen, in einer Zeit der Verballhornung der deutschen Kunst im ganzen Deutschen Reich hier in dieser Stadt zum ersten Mal wieder der deutschen Kunst eine Heimstätte zu verschaffen (lebhafter Beifall), nicht einem internationalen herumzigeunernden Theaterjuden, sondern einer wirklichen guten deutschen Kunst. Und wir werden von vornherein sagen, daß das eine deutsche Kunst sein soll. Nicht eine internationale, nein, eine deutsche Kunst soll das wieder sein. Und da haben wir unser großes Programm. Wir wissen ganz genau, daß man nicht sagen kann: Wie vermag man jetzt 150.000 [*R*]M für Kunstzwecke herzugeben, während man so viel Notleidende hat! Wir wissen sehr wohl, daß, wenn heute die Stadt München für Kunst gar nichts hergeben würde, die Not im Lande keine Behebung finden könnte; denn diese Not ist nicht deshalb da, weil in Deutschland für Kunst etwas ausgegeben wird, sondern weil in Deutschland 20 Millionen Menschen zu viel leben, die infolge der politischen Machtlosigkeit Deutschlands keine Lebensmöglichkeit finden können, da diese politische Machtlosigkeit uns einerseits sowohl den Export verrammelt hat, den Weltabsatzmarkt verschlossen hat, als uns anderseits sogar die Macht nahm, den Boden hier in Europa zu erweitern. Wir sind also durch unsere politische Machtlosigkeit in einen Zustand der Not geworfen worden, der nicht geändert würde dadurch, daß wir heute hergehen und vielleicht nichts mehr für Kunst opfern wollten. Der Weizen wird deshalb nicht mehr und, sagen wir ruhig, unsere Kohlen werden auch nicht mehr und unser Eisen auch nicht; und selbst wenn die Kohlen und das Eisen mehr würden, so werden wir dadurch nicht mehr Absatzmärkte gewinnen, auf denen wir das verkaufen könnten, wodurch wir die fehlenden Lebensmittel hereinbringen könnten. Das ist unser Verhängnis, und dieses Verhängnis wird das deutsche Volk auszukosten haben. Wir Nationalsozialisten glauben aber, daß es gerade in einer Zeit, in der ein Volk politisch vollkommen zusammenbricht, notwendig ist, neue Kraftquellen zu erforschen und diese neuen Kraftquellen zum Fließen zu bringen. Ich gestehe, daß man nach unserer Auffassung im November 1918, nach dem politischen Zusammenbruch, sofort hätte daran gehen müssen, die Reorganisation des deutschen Gewissens, der deutschen Ehre, der deutschen Auffassung, des deutschen Willens in Angriff zu nehmen. Und da hätte man bekunden müssen: Die Welt kann uns beugen. Um so mehr werden wir uns berufen auf unsere eigenen inneren Kräfte. Wir werden diese Kräfte mobilisieren, wir werden erst recht mit Stolz uns als Deutsche bezeichnen und wir werden diesem Stolz lebendigsten Ausdruck verleihen durch unser gesamtes Kulturleben. Gerade in einer solchen Zeit muß ein Volk stolz sein und muß sich zur höheren Überzeugung durchringen, daß eine Kunst, die in einem solchen Augenblick einen inneren Stolz gibt, niemals überzahlt ist, sondern daß im Gegenteil aus einer solchen scheinbar ganz unmateriellen Sache am Ende doch Kräfte kommen, die, glücklich angewendet, einem ganzen Volk zum größten auch wirtschaftlichen Nutzen zu gereichen vermögen.

Das wäre die Aufgabe damals im Jahre 1918 gewesen. Und ich kann mir gar nicht vorstellen, daß heute die nationalsozialistische Bewegung siegen könnte, ich kann mir nie denken, daß wir wirklich ein Drittes Reich begründen, wenn dieses Dritte Reich nicht schon im Antlitz der Außenwelt zeigen würde, daß dieses Reich wieder eine Verkörperung eines anderen deutschen Geistes ist. Ich könnte mir nie denken, daß wir nur einen Staat schmieden können, einen Staat schaffen, der dann nur aus ewigen Mietskasernen besteht, einen Staat, in dem man nur

Geschäfte macht, einen Staat begründen, in dem der einzelne nur versucht, auf Kosten der anderen reich zu werden. Im Gegenteil, ich kann mir nur vorstellen, daß wir dafür sorgen, daß dieses Dritte Reich wieder zu einer ehrenhaften Repräsentation des deutschen Geistes wird (stürmischer Beifall), der sich dokumentieren muß in unsterblichen Denkmälern der Kunst und Kultur, nicht in kitschigen Theateraufführungen des Herrn Reinhardt, sondern in Werken, die dann eine Ewigkeit überdauern, so daß selbst noch fernste Zeiten sagen sollen: Das sind die Reste dieses Dritten Reiches, diese Riesenruinen hier. Wenn nichts mehr sein soll von uns, sollen sie künden von dieser neuen großen Periode und Epoche des deutschen Volkes noch nach Jahrtausenden.

So stellen wir uns von vornherein in Gegensatz zu dieser erbärmlichen kleinbürgerlichen Zeit, zu dieser geschäftsmäßigen, rein kaufmännischen Periode, die nichts Großes kannte und die das wenige Große der Vergangenheit auch nur vom Standpunkte des Versilberns aus betrachtete. Wir stellen uns gegen die Auffassung unserer Fremdenverkehrsvereinigungen usw., daß man mit dem Zeug irgendwie ein Volk, eine Nation ernähren oder erhalten könnte oder daß das überhaupt eine Lebensaufgabe wäre. Wir wollen uns demgegenüber wieder zu der Hoffnung bekennen, daß aus einer neuen Weltanschauung heraus, aus dem Gefühl politischer Kraft und politischer Macht, aus einem politischen Machtwillen heraus Dokumente in Stahl, Stein, Eisen und Erz geschaffen werden und daß diese Dokumente dann später die Bewunderung der Menschheit haben werden. Dann mögen später wieder einmal Fremdenverkehrsvereinigungen kommen und mögen die Fremden herumführen. Unser Gedanke ist es aber jedenfalls nicht, das zu diesem Zweck zu tun. Wir tun es nur, um in jedes einzelne deutsche Gehirn wieder den Stolz hineinzupflanzen, deutsch zu sein. Das ist unser Grund. (Lebhafter Beifall.)

Wenn das Schicksal uns in dieser Stadt zuerst zum Siege führen sollte, dann werden wir eben in dieser Stadt beginnen mit der Durchführung unserer Ideen, d. h., dann werden wir eben in dieser Stadt damit beginnen, daß wir der deutschen Kunst hier zum ersten Mal wieder eine würdige Stätte bereiten, daß wir sie einladen zu dem großen Werke. Und dann sind wir der Überzeugung, daß jedes Hunderttausend [*Reichs*]Mark, das man dann einer schaffenden Kunst gibt, besser angewandt ist, als wenn man es heute einem solchen internationalen Theaterjuden hineinsteckt. Denn wenn ich heute Stellung dagegen nehme, dann sage ich mir: Der Kunst wird damit nicht gedient, München wird damit nicht gerettet. Aber für 150.000 [*R*]M könnte man ein paar hundert ordentliche Künstler ernähren, die vielleicht einmal doch etwas für die Ewigkeit schaffen werden. (Lebhafter Beifall.) Denn wenn einmal eine Wiederauferstehung kommen soll, müssen wir doch zurückgreifen auf dieses anständige, ehrliche Reservoir deutscher Kunst und deutscher Künstler und können uns nicht einen internationalen, herumzigeunernden Theaterdirektor aussuchen. Dann, meine lieben Freunde, müssen wir doch wieder zurückkehren zu unserem eigenen Volk. Nur Menschen unseres Volkes werden aus ihrer Seele heraus uns die Werke schenken, die wir zur Verherrlichung dieses neuen Reiches und dieses neuen Staatsgedankens dieses Volkes brauchen.

Deshalb treten wir Nationalsozialisten heute dagegen auf, nicht, weil wir der Stadt München keinen Fremdenverkehr wünschen, sondern weil wir glauben, daß dieser Schlag in das Antlitz dieser Stadt für diese Stadt kein Nutzen ist, sondern ihr Schaden bringt. Ich sage, Schlag in das Antlitz dieser Stadt; denn das Antlitz dieser Stadt ist ein deutsches. Und ich frage mich: Wenn heute Ludwig I. käme oder Ludwig II., oder wenn Richard Wagner käme, ich

wollte mich auf diese Größeren berufen, sie mögen von sich aus sagen, ob sie das für zweckmäßig halten. Ich kenne ihr Urteil, ich weiß, hinter wem sie stehen würden. Und man sage nicht, daß die davon nichts verstünden. Sie wissen mehr als die heutigen können. Daß wir heute Fremde überhaupt hier haben, verdanken wir nur denen ganz allein. (Lebhafter Beifall.) Das sind die Menschen, die es fertigbrachten, aus einer hausbackenen kleinen Landprovinzstadt eine große Kunstmetropole zu schaffen. Und wenn die heute kämen, das Urteil würde vernichtend sein. (Sehr richtig!) Sie würden es beklagen, daß man in dieser Stadt auch so sehr dem amerikanischen Geist des reinen Geschäftemachens und Geldverdienens verfällt. Sie würden es beklagen, daß man in dieser Stadt nichts mehr übrig hat für Werke der Unsterblichkeit. Aber sie würden es noch viel mehr beklagen, daß das, was übrig ist, nicht für deutsche Kunst gegeben wird, sondern daß das, was übrig ist, heute einem fremden, internationalen Zigeuner in den Rachen geworfen wird. (Stürmischer Beifall.)

Wir nehmen nun heute Stellung und wir befinden uns in dieser Stellungnahme, meine lieben Freunde, wie Sie wissen, wie so oft, in Widerspruch mit der gesamten öffentlichen Meinung. Dieses gesamte Spießbürgervolk, diese gesamte Vereinsmeierei, dieses gesamte politische Parteipack, alle nehmen gegen uns Stellung. Und schon in wenigen Monaten werden sie uns wieder recht geben; und vor allem wird uns recht geben die Zukunft, auf die wir Nationalsozialisten unermüdlich hinarbeiten wollen. Für uns ist auch das nur ein ganz kleines Intermezzo. Die Zeit wird vergehen, der heurige Sommer wird vergehen, und es wird nichts übrig bleiben von dem ganzen Gastspiel des Herrn Goldmann alias Reinhardt. Es wird nichts mehr übrig bleiben von dem, was man sich erhofft hat, als ein trauriges Nachsehen. Aber es wird eines da sein: Die nationalsozialistische Bewegung wird wachsen und weiter wachsen, größer und größer werden, und es wird einst die Stunde kommen, in der diese Bewegung das Steuer des Deutschen Reiches in ihre Faust nehmen wird, und es wird die Stunde auch kommen, in der die deutsche Kunst wieder eine Auferstehung feiern wird. Und wir sorgen uns nicht, daß dann keine deutschen Künstler da wären. Im Gegenteil, wir sind überzeugt: Wenn das deutsche Volk noch einmal zu seiner politischen Einheit kommt, wenn das deutsche Volk noch einmal herausgerissen wird aus seinem heutigen atomisierenden Zerfall, wenn das deutsche Volk noch einmal zu einer nationalen, völkischen Wiedergeburt kommt, dann wird das ein Ereignis sein, das unser Volk aufrührt bis in die tiefsten Tiefen seiner Seele. Und dann wird aus dieser inneren, geistigen Revolution heraus die Kraft kommen, dem großen deutschen Werk der Befreiung auch die äußeren Denkmäler zu sichern. Dann wird der deutsche Genius sich wieder erheben, und dann wird man nicht eines jüdischen Theaterdirektors bedürfen, um deutsche Städte wieder sehenswert zu machen. (Stürmischer, lange anhaltender Beifall.)

[*Wortmeldung des Direktors des Verkehrsverbandes München Major a. D. Otto Schwink, der das Festspielprojekt verteidigt.*]

Entgegnung Adolf Hitlers.

Meine lieben deutschen Volksgenossen!

Haben Sie nicht selbst das Gefühl, daß hier zwei Welten einander gegenüberstehen? (Lebhafte Zustimmung.) Zwei weltenferne Welten! Ich möchte gleich die Einleitung herausgreifen. Der

Herr Vorredner [54] sagt: Ich spreche hier ohne Auftrag, rein beruflich, über eine Sache, die ich verteidigen *muß*. Ich würde niemals beruflich über eine Sache, die ich verteidigen *muß*, reden, wenn ich mich nicht selbst bis zum allerletzten damit personifiziere. (Lebhafter Beifall.)

Das allein erklärt eigentlich alles Weitere. Ich könnte gar nicht reden, wenn man mich hinaufschicken würde mit dem Befehl, etwas zu verteidigen, an was ich selbst nicht glaube. (Lebhafter Beifall.)

Sie sagen, wir Armen können ja leider heute nicht mehr bauen, können keine Kunstschätze mehr erzeugen; und Sie wissen gar nicht, wie sehr Sie sich da täuschen. Eher hätte das alte Deutschland das nicht tun können, jenes Deutschland, in dem jeder einzelne Pfennig zehnmal umgedreht wurde, ehe man ihn ausgab. Das heutige Deutschland, das in seiner Wirtschaft Millionen und Hunderte von Millionen [*Reichsmark*] verschleudert, hinausschleudert, das heutige Deutschland, das mit dem Geld um sich wirft, als wenn es Streu wäre, das könnte am leichtesten Kunstwerke herstellen - wenn der Geist dazu da wäre, wenn dieses heutige Deutschland einen anderen Geist besäße.

Glauben Sie mir, der Geist, der einst die Cheopspyramide gebaut hat, könnte als seinen berufenen Vertreter nicht diesen Direktor des Fremdenverkehrsverbandes hier besitzen. Er ist der Repräsentant des Geistes, der sie nicht bauen wird, weil er sie wirklich nicht bauen kann. Der Herr ist der lebendigste Ausdruck dieses Geistes. (Lebhafte Zustimmung.) Er hätte nur sagen brauchen: Meine Herren! Sehen Sie mich an und erwarten Sie dann noch, daß eine solche Zeit, in der ich reden kann, Cheopspyramiden bauen wird? (Große Heiterkeit.)

Er meinte, wir müssen nun einmal vom Erbe der anderen leben. Ich habe das Gefühl, daß man weniger vom Erbe der anderen lebt, als daß man das Erbe der anderen, der früheren, verschleudert, vergeudet, verschwendet, entehrt. Dieses Gefühl habe ich.

Aber selbst wenn man dieses Erbe wahren würde, auch das würde gar nicht genügen; denn man kann eben nicht dauernd von einem Erbe leben, und es muß doch einmal wieder eine Zeit kommen, die etwas schafft, damit auch die Nachwelt etwas zu erben hat. Und diese Zeit muß einen anderen Geist repräsentieren. Wie soll das deutsche Volk überhaupt noch zu einem selbständigen Schaffen kommen, solange solch ein Geist in Deutschland überhaupt lebendig ist? Das ist ja mit eine der Voraussetzungen für unser Dasein, daß eben erst dieser Geist gewandelt werden muß, damit einmal wieder ein Erbe geschaffen werden wird, auf das auch die späteren Deutschen stolz sein können. Denn ewig hält das eben nicht. Ich muß gestehen, Sie haben dieses Erbe verdammt schlecht verwaltet und sehr schnell vertan. Sie haben auch wirtschaftlich zehn Jahre vom Erbe der früheren Zeit gelebt. Aber wenn man Sie heute fragt: Wo ist das Erbe, das Sie übernommen haben? Weg ist das! Und kulturell? Sie haben auch ein Erbe übernommen. Wo ist es heute? Weg ist es! Politisch haben wir auch ein Erbe einst übernommen. Wo ist es heute? Weg ist es, verkitscht, vertan, verloren ist es. (Sehr richtig!)

Und da sagen Sie: Wir können nichts anderes, als vom Erbe leben. Wie lange wollen Sie denn vom Erbe leben? Sie haben gar kein eigenes Erbe mehr, sonst könnten Sie sich nicht fremder Kräfte heute bedienen, wenn Sie überhaupt noch ein deutsches Erbe hätten. Das ist

54 Otto Schwink (1883-1959), 1904 bayerischer Leutnant, 1906-1908 Dienst in der Schutztruppe von Deutsch-Südwestafrika, 1915 Hauptmann, 1921 als Major verabschiedet, 1925-1933 Direktor des Verkehrsverbandes München und Südbayern, 1930 Dr. rer. oec., Aufsichtsrat der Exportbierbrauerei Mönchhof, Kulmbach.

vertan, das ist heute weg, und deshalb wird unsere Bewegung kommen und wird die einmal zur Verantwortung ziehen, die dieses Erbe vergeudet und verwüstet haben. (Lebhafter Beifall.) Sie wird über die einzelnen Erscheinungen hinweggehen, die sich dann damit ausreden werden, daß sie sagen: Uns blieb nichts anderes zu tun übrig. Es heißt, daß man in Rom einst einen Mann überfiel in der Meinung, er wäre ein politischer Gegner. Und der Mann sagte darauf nur: Ich mache ja nur Verse. Und da bekam er die Antwort: Dann schlagt ihn tot wegen seiner schlechten Verse [55]. Das können wir auch heute sagen. Mancher wird in der Zukunft sagen: Ich gehöre nur einem Verein an, ich bin unpolitisch. Nein, das muß auch einmal weg; denn es ist auch mit schuld an dem ganzen Geist, den wir heute hier sehen.

Sie sagen, ein großer Kreis ist es, der daran Interesse hat. Ja, zu dem Kreis gehören wir auch. Freilich ist es ein großer Kreis, zu dem gehören wir alle, genauso wie die anderen. Vor allem ist der Kreis unendlich groß, der es bezahlen muß. Der Kreis ist sogar noch größer als der, der den vermutlichen Nutzen hat. Und am größten ist der Kreis, der sieht, daß durch diese Kunst eine Verpestung eintritt, daß ein Erbe zerstört wird, das wir uns eben erhalten wollen. Der Kreis ist am allergrößten.

Sie sagen, Berchtesgaden hat 300.000 Übernachtungen und nur 3.000 Einwohner [56], München hat 700.000 Einwohner und zwei Millionen Übernachtungen [57], folglich leben nicht nur die einen davon, sondern auch die anderen. Ja, mein sehr verehrter Herr, glauben Sie, daß die 700.000 Münchener im Durchschnitt auch nur 3 Pfennige bekommen werden von dem, was durch die Reinhardtfestspiele herkommen wird? Glauben Sie nicht, daß ein Tag des neuen deutschen Regiments ein ungezähltes Vielfaches davon vernichtet? Sie selbst predigen heute in kosmopolitischer Gesinnung und Überzeugung. Wir sehen darin aber eine Ursache des Verfalls. Sie fördern die Gesinnung, die ein paar Pfennige an sogenannten Fremden verdienen will. Wir kämpfen gegen diese Gesinnung, weil sie unser Volk jährlich um Milliarden [*Reichsmark*] bringt. Sie sagen, wir müssen auf diese 2 Millionen hier übernachtenden Fremden Rücksicht nehmen. Glauben Sie, daß die in die Festspiele hineingehen? Wer geht da überhaupt hinein? Sie sagen: 2 Millionen Übernachtungen für das ganze Jahr. Die Festspiele finden nur an ein paar Tagen statt. Wer kommt deshalb mehr nach München? Das ist die Frage. Und bringen die, die mehr nach München kommen, der Stadt das herein, was verlorengeht? Das ist die Frage. Und da können wir nur zur Antwort geben, daß die Zahl derjenigen, die mehr sein werden, noch nicht 1.000 Personen sind und daß diese 1.000 Personen pro Kopf 150 [*R*]M anbringen müßten, um nur das allein hereinzubringen, was die Stadt München wieder bezahlt. Worin der Nutzen für den Fremdenverkehr liegt, ist mir rätselhaft. Sie sagen, es ist notwendig, daß man nicht nur an der äußeren Werbekraft der Städte arbeitet, d. h., an der Propaganda für den

55 Bezieht sich auf den ehemaligen Volkstribun Gaius Helvius Cinna, Anhänger Cäsars, der 44 v. Chr. nach dessen Ermordung als vermeintlicher Täter vom Mob erschlagen wurde, weil er mit Lucius Cornelius Cinna verwechselt worden war, der am Vortag eine Rede gegen Cäsar gehalten hatte. Diese Episode ist bei Plutarch, Caesar 68,3 und Sueton, Gaius Julius Caesar 85 überliefert und bei William Shakespeare, Julius Caesar, 3. Akt, 3. Szene, literarisch umgesetzt.

56 1925 hatte Berchtesgaden eine Wohnbevölkerung von 3.772 Menschen. Vgl. Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 58 (1926), S. 8. Im Sommerhalbjahr 1928 wurden in Berchtesgaden (Markt) 257.127 Übernachtungen gezählt. Vgl. Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 61 (1929), S. 93.

57 Vgl. Anm. 46. Im Sommerhalbjahr 1928 wurden in München etwa 1.225.000 Übernachtungen gezählt. Vgl. Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 61 (1929), S. 93.

Fremdenverkehr, sondern auch an der inneren Werbung. Wir haben nun die Überzeugung, daß durch derartige internationalisierende Experimente die innere Werbekraft Münchens vernichtet wird. (Lebhafter Beifall.) Denn diese innere Werbekraft einer Stadt muß im Wesen des Volkes einer Stadt, im Wesen der Kunsttradition einer Stadt verankert sein. Nur dann kann man von einer Steigerung der inneren Werbekraft einer Stadt reden, wenn sie selbst in dieses Wesen hineinpaßt. Wenn ich aber in eine Stadt wie München mit einer ganz bestimmten Seele nun plötzlich ein wildfremdes Gewächs hineinbringe, kann ich nicht sagen: Das steigert die innere Werbekraft. Das steigert die allgemeine, überall sichtbare Zerrissenheit, weiter gar nichts.

Sie sagen, die Natur wird nicht viel verschandelt, weil ja nur 20 % aus Bayern kommen, das andere kommt aus Norddeutschland, und folglich könne man mit Bayern an sich nicht rechnen. Als Nationalsozialist rechne ich in erster Linie mit Deutschen. Ich sage aber nur, daß durch alle diese Experimente es den Deutschen langsam unmöglich gemacht wird, die deutsche Kultur noch zu genießen. Wenn Sie heute sich die Mühe nehmen, gewisse Gebiete unseres Vaterlandes anzusehen, die eigentlich, ich möchte sagen, Nationaleigentum sein müßten, dann werden Sie feststellen können - das können Sie nicht ableugnen -, daß ein Deutscher überhaupt an viele Orte nicht mehr hingehen kann, ganz gleich, ob er ein Bayer oder ein Norddeutscher ist.

Sie sagen dann, man muß für die Kunst im Innern etwas tun. Ja, es fragt sich nur, ob man das für die Kunst tut, oder ob man das für ein Geschäft tut. Für die Kunst - ich glaube, das habe ich auseinandergesetzt - sind wir bereit, viel zu tun, mehr als Sie alle, mehr als Ihre Fremdenverkehrsvereine und mehr als die Partei, deren Geist Sie repräsentieren. Für die Kunst sind wir das Höchste einmal zu tun bereit. Für jüdische Geschäftsmache nicht einen Pfennig! (Lebhafter Beifall.)

Sie sagen, ich hätte die Festspiele angegriffen. Nein, sehr verehrter Herr, das haben Sie demokratisch mißverstanden. (Große Heiterkeit.) Ich habe nicht die Festspiele an sich angegriffen, ich sagte nur, daß die Festspiele auch bedenkliche Seiten haben. Man kann Festspiele schon veranstalten, ganz gewiß. Die Griechen haben ihre Olympiade gehabt. Gewiß, sehr schön. Aber eine Olympiade der Griechen hat sicher keinen Direktor Reinhardt gehabt. (Große Heiterkeit.) Glauben Sie, daß etwa auf einer griechischen Olympiade jüdische-kosmopolitische-internationale Kunst verzapft worden ist? Glauben Sie das? Festspiele können nur ein höchster Ausdruck nationalster Kunst sein. (Stürmischer Beifall.)

Es ist also nur die Frage, ob diese Reinhardtfestspiele diesen höchsten Ausdruck nationalen Kunstlebens und Erlebens in sich tragen. Und das konnten Sie ja selbst nicht behaupten! Sie haben ja nicht die Festspiele an sich verteidigt, Sie sagen: Da kann man natürlich zweierlei Meinung sein. Sie haben nur die Rentabilität verteidigt und meinten, daß wir alle auf dem Ast sitzen. Nein! Durchaus nicht! Auf dem Ast sehe ich zunächst nur einen großen Juden sitzen (große Heiterkeit), und wenn wir den Ast abgesägt hätten, dann wäre noch lange nicht München zugrunde gegangen. Aber ein Hebräer hätte von diesen Gois [58] nicht hunderttausend [*Reichs*]Mark verdient. Das wäre das praktische Ergebnis gewesen.

Ich darf Ihnen auch ganz offen sagen, daß mir diese ganze Aufmachung auch als Nationalsozialist widerlich ist deswegen, weil sich mein ganzes Empfinden dagegen erregt, aufbäumt,

58 Richtig Gojim. Hebräisch: Nichtjuden.

daß eine Veranstaltung aus Staatsmitteln subventioniert wird, bei der ein Regisseur, ein Jude 100.000 [*R*]M verdient, während die ganzen Künstler nur 147.000 [*R*]M bekommen. (Lebhafte Zustimmung.) Aber das nur nebenbei.

Sie meinten, daß nunmehr die Würfel gefallen sind. Ja, das sind die Würfel der Republik, die da immer fallen. Es ist auch wieder charakteristisch, daß Sie bei solchen Sachen überhaupt sagen können: Die Würfel sind gefallen. Die Würfel sind gefallen [59]! Man blickt in die antiken Zeiten zurück, man denkt an Julius Cäsar. Man denkt endlich an einen Cromwell, an Napoleon vor seinem Staatsstreich. Die Würfel sind gefallen: Reinhardt kommt nach München! (Stürmische Heiterkeit.) Ein verdammt großer Ausdruck einer würdigen großen Zeit ist das. Das ist das Würfelspiel, mit dem sich die deutsche Nation heute beschäftigt.

Und Sie meinen, weil diese Würfel gefallen sind, nimmt das Schicksal nun seinen Lauf, und der gewöhnliche Staatsbürger fügt sich dem! Denn Einheit tut not!

Mein sehr verehrter Herr Direktor! Auch wir sind für Einheit, aber nur nicht immer in derselben Linie! Sie glauben, uns hier die Notwendigkeit einer einheitlichen Kunstgesinnung vorhalten zu können. Ich bitte Sie, gehen Sie in die Redaktion der "Münchner Neuesten Nachrichten" und predigen Sie das dort! Dieses Blatt stört seit Jahren die künstlerisch-einheitliche Auffassung der Stadt München durch eine Art von Kritik, die uns den schwersten Schaden zufügt, und zwar stellen sie sich in Widerspruch zu den Leuten, die einer ganz anderen Meinung sind, die auch einmal sagen könnten: der Herr Direktor Knappertsbusch ist da, die Würfel sind gefallen, also seid doch ruhig. Aber gerade das Blatt hat kein Verständnis für diese notwendige Einheit und Einheitlichkeit der Gesinnung, die Sie von uns erwarten. Mein sehr verehrter Herr Direktor! Wenn Sie heute von Einheit reden in Deutschland, jetzt von einer Einheit, dann mutet das wirklich komisch an. Wie wollen Sie von einer Einheit reden in einer Zeit, in der die ganze Nation überhaupt nicht einmal mehr weiß, was Kunst ist. Sie weiß vielleicht, was der Münchener Fremdenverkehr ist, sie weiß vielleicht, was der Fremdenverkehrsverein ist, sie weiß auch - in diesem Saale -, wer der Herr Direktor dieses löblichen Vereins ist, aber sie weiß nicht und hat gar keine Ahnung, was heute noch deutsche Kunst ist. Das weiß die Öffentlichkeit gar nicht mehr. Das ist zerrissen! Stellen Sie sich doch einmal vor eine Münchener Auslage hin, sagen wir beim Luitpoldblock [60] oder irgendwo, dann hören Sie zu, wie weit die innere Einheit in der Beurteilung des Kunstwerkes, der Kunst überhaupt heute noch da ist. Da können zehn hingehen, da sehen Sie immer, alle schütteln den Kopf, einer schaut den anderen an, ob der auch den Kopf schüttelt, und wenn er den Kopf nicht schüttelt, dann schüttelt ihn der andere erst recht, und dann gehen sie weg. Und hie und da kommt ein dunkler, langgelockter Jüngling und stellt sich hin und schildert der Umwelt, daß das das innere Erlebnis eines Künstlers ist, der damit dem brodelnden Weltodem Ausdruck geben wollte, das das der Uräther gestaltet ist, aus dem heraus sich dann erst die Kristalle bilden usw. Und dann steht der gewöhnliche Münchner da, hört zu und geht dann weg. Er will die Einheit nicht stören; denn sonst würde er ihm eine mordsmäßige Maulschelle hineinhauen. (Beifall.) Es ist doch eine Unver-

59 "Alea iacta est!" nach Sueton Julius Cäsars Ausspruch beim Überschreiten des Rubikon 49 v. Chr.

60 Im "Luitpoldblock" (Brienner Straße 6-12) befand sich das Graphische Kabinett J. B. Neumann (Brienner Straße 10), das vorwiegend zeitgenössische Kunstwerke ausstellte. Vgl. Rupert Walser/Bernhard Wittenbrink, Zur Geschichte des Kunsthandels. Bd. 1: München, München 1989, S. 266 ff.

schämtheit, das ist Blödsinn, der Kerl ist ja irr, so würde er denken, und so denken die Leute auch. Und da kommen Sie her und sagen auf einmal: Wir müssen die Einheit doch wahren. Glauben Sie, wenn die Demokratie - und Ihr Verein ist sicher demokratisch, das habe ich aus Ihrem ganzen Wesen entnommen -, wenn die Demokratie von Einheit redet, dann ist es ein Widersinn in sich. Es gibt hier gar keine Einheit. Und wenn jemand zu einer Einheit kommen will, dann muß er diese Fermente der Dekomposition [61], die Sie hier repräsentieren, bekämpfen. Und das tun wir und werden wir mit aller Entschlossenheit tun. Wir werden diesen Kampf, den wir mit sieben Mann begonnen haben [62] und der heute in Deutschland viele Hunderttausende von Menschen umfaßt [63], weiterführen, bis aus diesen neunhunderttausend eine Million, zwei Millionen, drei Millionen, vier Millionen geworden sind. Es wird die Stunde kommen, da werden daraus zehn Millionen geworden sein. Es wird die Stunde kommen, da wird das die politische Macht darstellen, und es wird die Stunde kommen, da wird diese politische Macht die deutsche Nation zur Einheit führen. (Stürmischer Beifall.) Auch zu einer Einheit in *den* Dingen!

Um aber dazu zu kommen, ist es zunächst notwendig, daß man wenigstens eine geistige Einheit schafft, insofern man vor das Volk hintritt und als deutscher Bürger das ausspricht, was Hunderttausende im Innern denken und nur nicht wagen, es auszusprechen, nämlich daß das keine Kunst ist, daß das Afterkunst ist. (Sehr richtig!) Es ist notwendig, daß man vor die Menge hintritt und ihr sagt: Menschen, seid mutig, laßt euch nicht etwas aufoktroyieren, woran ihr selbst nicht glaubt. Laßt euch nicht vorreden, daß das Kunst sei! Laßt euch nicht einschüchtern! Findet euch wieder selbst! Habt als letzten Mut den Mut zu sagen: Weg mit diesem erbärmlichen Kitsch und Mist! Wir nehmen das nicht mehr an. Und wenn man sagt: Ihr habt kein Kunstverständnis, dann sagen wir: Glaubt mir, es gibt Zeiten, in denen die Weisheit in der Faust liegt, das heißt in der Kraft eines Volkes, in der Kraft, derartige Verfallserscheinungen auszujäten und auszurotten, daß es Zeiten gibt, in denen die höchste Weisheit einfach in der Tat liegt, die nicht davor zurückscheut, Verfallserscheinungen rücksichtslos an den Leib zu gehen.

Und das werden wir tun! Und ich weiß, daß wir, wenn wir heute ganz gleich wo in Deutschland reden, mit unseren Zuhörern eine andere und innigere Einheit haben, als Sie sie bekommen. Da weiß ich, daß Millionen Herzen uns entgegenschlagen, daß Millionen Herzen sich für uns erwärmen, und ich weiß, daß in Millionen Gehirnen die Überzeugung aufzuckt: Die haben recht. Und ich weiß, daß in Millionen Menschen der Wille kommt, dieser Überzeugung eines Tages zum Durchbruch zu verhelfen, und daß aus diesen Millionen einzelnen Menschen eines Tages eine einzige Tat werden wird. Das weiß ich. Und insofern kämpfen wir für die Einheit des deutschen Volkes, für die Zukunft, während Sie die Einheit der Vergangenheit genau so wie alles andere Erbe vernichten und zertrümmern. (Stürmischer, lang andauernder Beifall.)

---

61 Nach Theodor Mommsen: "Auch in der alten Welt war das Judentum ein wirksames Ferment des Kosmopolitismus und der nationalen Dekomposition und insofern ein vorzugsweise berechtigtes Mitglied in dem Caesarischen Staate, dessen Politie doch eigentlich nichts als Weltbürgertum, dessen Volkstümlichkeit im Grunde nichts als Humanität war." Vgl. Theodor Mommsen, Römische Geschichte. Vollständige Ausgabe in acht Bänden. Bd. V: Die Begründung der Militärmonarchie, Zweiter Teil: Der letzte Kampf der römischen Republik, München 1976, S. 216.

62 Vgl. Dok. 1, Anm. 4.

63 Vgl. Dok. 1, Anm. 5.

6. April 1929 Dok. 18
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 6.4.1929.

"Mit dem Ausnahmezustand kann jeder Esel regieren", riefen einst die Sozialdemokraten, wenn der bürgerliche Staat sich durch gesetzgeberische Maßnahmen vor der Unterhöhlungs- und Revolutionsarbeit der roten Genossen zu schützen versuchte [1]. Dabei war dieser bürgerliche Staat in seiner Abwehr wirklich zahm. Außer den gekrönten Oberhäuptern, die durch Majestätsbeleidigungsparagraphen einen besonderen Schutz erhielten [2], fiel jeder sonstige Bürger unter die Normen des allgemeinen Rechtes. Es gab nur eine einzige Ehre im Staate, und die war für jeden gleich. Heute ist das wesentlich anders. Nicht als ob die regierenden Stellen schärfere Ehrbegriffe hätten als früher, nein, das kann wirklich kein Mensch behaupten, es wird nur ihre Ehre schärfer beschützt [3]. Dabei spielt es dann keine Rolle, ob der einzelne Regierungsmann seine Ehre beschützen lassen will oder nicht. Er muß es nicht. Aber wenn er will, dann kann er es. Wirft man z. B. heute irgendeinem Beamten und Würdenträger eine gemeine Unterschlagung vor, dann kann er klagen, wenn er will, und kann es nach seinem Willen auch unterlassen. An seiner Staatsstellung, ja an seiner gesamten Einschätzung ändert dies an sich gar nichts. Je mehr aber ein solcher Zustand mit Schwächen behaftete Menschen an maßgebende Stellen setzt, um so mehr muß dann die Ehre an der Stelle in Schutz genommen werden. Anstatt der Wahrung der Ehre des Herrn, sagen wir Mores Lewitzky, der augenblicklich Minister ist, tritt der Schutz des Ranges, oder besser der Rangbezeichnung. Schon das ist ein vernichtendes Zeugnis für den Wert unseres heutigen Staatsinhaltes. Denn der Titel "Reichskanzler" hat seine äußere Bewertung erhalten durch den inneren Wert der Personen, die ihn trugen. Würde Bismarck beispielsweise sich statt "Reichskanzler" "Reichsanwalt", ja sogar "Reichsschreiber" genannt haben, dann hätte dieser Name, besonders wenn noch eine Anzahl ehrenhafter Nachfolger gekommen wäre, denselben fast mystischen Klang erhalten wie der Name "Reichskanzler". Daß man heute nun nicht mehr die Wahrung der Ehre des Trägers des Amtes, sondern die Wahrung der Amtsehre selbst in den Vordergrund schieben muß, gibt doch eine schlagende Illustration für den allgemeinen Verfall des Reiches und seiner Einrichtungen und Auffassungen. Seit dem Jahre 1918 taumelt das deutsche Volk von einem Ausnahmezustand in den anderen hinein. Die Parteiwirtschaft erfordert mehr Ausnahmegesetze in fünf Jahren als sie das alte Reich überhaupt je besessen hatte [4]. Es entspricht aber ganz der einfach unmeßbar inneren Verlogenheit der Sozialdemokratie, daß gerade diese Partei, die früher am unbändigsten gegen die Ausnahmegesetze brüllte und ihre Anwendung nur als das

---

1 Bezieht sich auf das "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie". Vgl. Dok. 3, Anm. 43.

2 Vgl. Dok. 3, Anm. 30.

3 Vgl. Dok. 3, Anm. 31.

4 Hinweis auf die Praxis, durch Ermächtigungsgesetze legislative Kompetenzen in begrenztem Umfang durch den Reichstag auf die Reichsregierung zu übertragen, sowie die Verordnungsgewalt der Reichspräsidenten nach Artikel 48, Absatz 2 der Reichsverfassung. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. VI, S. 437 ff.

sichtbare Zeichen einer von Eseln besorgten Staatskunst bezeichnete, sich heute zur wärmsten Fürsprecherin einer solchen Staatskunst aufspielt.

Herr Grzesinski kündigt soeben neue Ausnahmegesetze gegen die Nationalsozialisten an [5]. Es sind im letzten Jahre von Kommunisten sowohl als von Anhängern der Partei des Herrn Grzesinski so viele Nationalsozialisten erstochen, erschlagen [6] und schwer verwundet worden [7], daß der Herr Minister damit glaubt, ein Verbot der Nationalsozialistischen Bewegung genügend rechtfertigen zu können. Denn so ist es doch in Wirklichkeit. In München bringen die Parteigenossen der Partei des Herrn Grzesinski in viehischer Weise den Nationalsozialisten Hirschmann [8] um, im Ruhrgebiet Kommunisten und Sozialdemokraten den Parteigenossen Senft [9] und den Nationalsozialisten Thomae [10], in Berlin ermorden sie den Nationalsozialisten Kütemeyer [11], in Schleswig-Holstein stechen die politischen Kinder des Herrn Severing die Nationalsozialisten Schmidt und Streibel tot [12] usw. Über die Zahl der verwundeten Opfer dieses marxistischen Mordgesindels kann man gar nicht sprechen, so hoch ist sie. Was aber geschieht? Als in Wöhrden die vollkommen wehrlosen Nationalsozialisten niedergestochen wurden, zahlreiche Verwundete und zwei Tote den marxistischen Meuchelmördern zum Opfer fielen, da verbietet man nicht etwa die Kommunistische Partei, keine Spur. Den Nationalsozialisten werden die Versammlungen verboten. Als in Berlin aus einer Versammlung ein besoffenes provozierendes Subjekt hinausgefeuert wird, verbietet man auf zwei Jahre die Nationalsozialistische Partei in Berlin [13]. Dabei wurde dem Burschen außer ein paar Maulschellen, die

---

5 Der preußische Innenminister Grzesinski hatte öffentlich gedroht, bei weiterer Zunahme politisch motivierter Gewalttaten betroffene radikale Parteien und Verbände zu verbieten. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 24.3.1929, "Die Gefährdung der Vereins- und Versammlungsfreiheit" sowie Vossische Zeitung vom 24.3.1929, "Die Regierung warnt". Nationalsozialisten und Kommunisten fühlten sich jeweils einseitig herausgefordert. Druck: Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Hrsg. von Ernst Rudolf Huber, Bd. 3: Dokumente der Novemberrevolution und der Weimarer Republik 1918-1933, Stuttgart 1966, S. 397 f.

6 Halbmast. Ein Heldenbuch der SA und SS. Erste Folge. Den Toten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Gedächtnis, Berlin 1932, S. 30, nennt von Anfang 1928 bis einschließlich März 1929 acht Todesfälle.

7 1928 zählte die SA 360 Verletzte bei politischen Auseinandersetzungen. Vgl. Andreas Werner, SA und NSDAP. SA: "Wehrverband", "Parteitruppe" oder "Revolutionsarmee"? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933, Diss. phil. Nürnberg 1964, S. 412.

8 Georg Hirschmann (1888-1927), Schuhmacher, 1926 Eintritt in die NSDAP und SA.
Am 25.5.1927 war es am Abend zwischen SA-Leuten und Passanten, darunter Angehörigen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, zu einer Schlägerei im Münchner Stadtteil Giesing gekommen, an deren Folgen Georg Hirschmann starb. Der Zusammenstoß zog eine Interpellation im Bayerischen Landtag nach sich. Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Stenographische Berichte. 153. Sitzung vom 30.5.1927, S. 657 ff. und 154. Sitzung vom 31.5.1927, S. 677 ff.

9 Otto Senft (1892-1927), Friseur, 1924 Eintritt in die SA.
Otto Senft wurde am 13.2.1927 im Anschluß an eine NSDAP-Veranstaltung in Dortmund erschossen.

10 Gottfried Thomae (1901-1928), Ingenieur, SA-Sturmführer.
Gottfried Thomae wurde in Essen am 28.4.1928 im Anschluß an eine NSDAP-Wahlveranstaltung erschossen.

11 Vgl. Dok. 8, Anm. 7.

12 Vgl. Dok. 6, Anm. 14 sowie Dok. 9 und Dok. 10.

13 Anspielung auf die NSDAP-Versammlung in Berlin am 4.5.1927 und das darauf erfolgende Verbot der Partei für Berlin vom 5.5.1927 bis 31.3.1928. Vgl. Ralf Georg Reuth, Goebbels, München 1990, S. 120.

der Provokateur erhielt, überhaupt nichts angetan [14]. Hier aber handelt es sich um blutige Mordüberfälle. Aber eine Behinderung der politischen Tätigkeit dieser Parteien, die überhaupt nur laufende Mordhetze ist, findet nicht statt. Herr Grzesinski droht dafür, gegen die "radikalen Organisationen", die er deutlich als die rechtsstehenden bezeichnet, künftig noch schärfer vorgehen zu wollen, und mobilisiert die Polizei in diesem Sinne. In bürgerlichen Gazetten aber quasseln sog. deutsche Richter über das "verlorengegangene Vertrauen in die Justiz- und Rechtspflege" [15]. Welche Einstellung glaubt man denn, daß z. B. die holsteinischen Nationalsozialisten, die erst infolge ihrer Wehrlosmachung durch das Gesetz zwei Tote und zwei Dutzend Schwerverletzte verlieren und dann dafür noch in ihrer politischen Tätigkeit verboten werden, zur "Rechtspflege" dieses Staates haben können? Oder welche Einstellung zur Rechtspflege und welches Vertrauen in die Rechtspflege der Republik vermutet man etwa bei Menschen, die es Tag für Tag mit ihren eigenen Augen sehen, wie man kleine Schnürsenkeldiebe einsperrt, während die großen Inflationsgauner, Millionenbetrüger und Milliardenräuber unseres Volkes der Justiz überhaupt unauffindbar sind [16]? Nur her mit den Ausnahmegesetzen, und zwar noch mit viel schärferen, denn es genügt noch lange nicht, dem Menschen das Reden und Schreiben gegen die Zustände dieser Republik zu verbieten, man müßte überhaupt kurzerhand das Denken bestrafen, denn wer in diesem Staate nur überhaupt nachdenkt, muß wenigstens geistig zum überzeugten Revolutionär werden.

In diesen Tagen hat der Faschismus in Italien das italienische Volk befragt, ob es mit diesem System zufrieden ist oder nicht. Die Antwort war das überwältigendste Glaubensbekenntnis der gesamten italienischen Nation zu dieser neuen Staatsidee und ihrer Verwirklichung [17]. Das ganze gequälte Geblödel unserer deutschen Presse, das Wunder einer geradezu einstimmigen Anerkennung einer Regierungsmethode zu besudeln [18], wirkt mehr als lächerlich und ändert gar nichts an der Tatsache der allen sichtbaren Entscheidung. Man lasse doch gefälligst in Deutschland einmal abstimmen, wer für die Republik ist, wer für die Weimarer Verfassung ist, wer für Herrn Stresemann ist, oder für Herrn Grzesinski, oder für Herrn Müller, oder Herrn Bauer, und Braun und Hilferding, und wie die kolossalen Staatsmänner alle heißen, die unser Volk heute aufzuweisen hat; man lasse doch das deutsche Volk einmal abstimmen darüber,

---

14 Zu Gewaltbereitschaft und Gewaltanwendung der SA vgl. Peter H. Merkl, Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925-1933. In: Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen in 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld, Stuttgart 1982, S. 422-440.

15 Bezieht sich auf die seit 1926 vom Republikanischen Richterbund aufgebrachte Diskussion um die "Vertrauenskrise der Justiz", die 1929 bereits als beendet galt. Das Schlagwort wurde jedoch von der nationalsozialistischen Propaganda weiter verwendet Vgl. Robert Kuhn, Die Vertrauenskrise der Justiz (1926-1928). Der Kampf um die "Republikanisierung" der Rechtspflege in der Weimarer Republik, Köln 1983, S. 247 ff., 266 ff.

16 Der Vorwurf, daß die Justiz große Wirtschaftsstraftäter pfleglich behandle, für geringfügige Delikte jedoch harte Strafen ausspreche, findet sich in der nationalsozialistischen Propaganda durchgängig. Vgl. Manfred Krohn, Die deutsche Justiz im Urteil der Nationalsozialisten 1920-1933, Frankfurt a. M. 1991, S. 244 ff.

17 Am 24.3.1929. Die Beteiligung an der Abstimmung lag bei 89,63% der Stimmberechtigten, 8.506.576 (98,4%) stimmten mit Ja, 136.198 (1,6%) mit Nein. Vgl. Engelhaafs Historisch-politische Jahresübersicht für 1929, Stuttgart 1930, S. 221 f.

18 Vgl. Frankfurter Zeitung vom 26.3.1929 (AA), "Frankfurt, 26. März" sowie Vossische Zeitung vom 26.3.1929 (PA), "Der 24. März in Südtirol".

und dann wird man gleich ein anderes Wunder erleben. Die Herrschaften kennen es sehr genau und wissen wie es aussieht [19]. Zehn Jahre marxistisch-zentrümlerische Demokratie und Parlamentsschweinerei haben Deutschland zerrissen und ohnmächtig gemacht, das deutsche Volk in unzählige Splittergruppen zersetzt. Sechs Jahre faschistisches Regiment genügten, um das italienische Volk aus derselben Zerrissenheit wieder zur nationalen Einheit zurückzuführen. Wenn heute jemand die Bedeutung dieser Tatsache übersieht oder zu leugnen versucht, und den Mann, der dieses alles durch die Kraft seiner Persönlichkeit geschaffen hat, als "geistlosen Rizinusöldiktator" [20] bezeichnen zu müssen glaubt, dann ist dies jedenfalls kein geschichtliches Urteil über Benito Mussolini, sondern höchstens ein solches über die voreilige Verkündung einer solchen Äußerung. Denn die Geschichte spricht ihre Urteile nicht über die gewollten, als vielmehr über die gelungenen Taten. Die Tatsache, daß inmitten des westeuropäisch-parlamentarisch-demokratisch versauten Europas ein Staat zu einer solchen Einmütigkeit der Auffassung emporgerissen werden konnte, ist bewundernswert und hebt den hierfür verantwortlichen Staatsmann meilenweit empor über das Zeug, das sonst hierzulande diese erhabene Bezeichnung beansprucht. Daß aber die Wahl nicht vollkommen einstimmig ausfiel, sondern sich immerhin noch 130.000 gegnerische Stimmen erhoben, begründet der Bruder Mussolinis [21], der von dieser Sache immerhin einiges verstehen dürfte, indem er erklärt, daß dies in erster Linie die Freimaurer gewesen sind, die auf diese Weise ihrer Feindschaft und ihrer Rache gegen Mussolini und den faschistischen Staat Ausdruck verliehen haben. Die Freimaurer in Italien können eben nicht so logisch denken wie die völkische Wunderfrau [22] in Deutschland, für die der große Italiener "Hochgrad-Freimaurer" ist, einfach, weil er es sein muß [23]. Punkt und Basta. Was sind das doch für Schafsköpfe, diese italienischen Freimaurer, die gegen ihren eigenen "Hochgrad-Bruder" Mussolini stimmen, wo sie doch für sage und schreibe 120 Pfennige im Monate vom Born des politischen Orakels zu München [24] alle seherische Weisheit wöchentlich einmal beziehen könnten!

---

19 Zum Wahlverhalten in der Weimarer Republik vgl. Falter, Wahlen und Abstimmungen.

20 Anspielung auf die Gewohnheit der faschistischen "Squadristi", politischen Gegnern Rizinusöl in hohen Dosen einzuflößen. Vgl. Mack Smith, Mussolini, S. 111.

21 Arnaldo Mussolini (1885-1931), Lehrer, 1918 Redakteur, 1922-1931 Direktor der Tageszeitung "Il Popolo d'Italia".

22 Anspielung auf Mathilde Ludendorff.

23 Vgl. Deutsche Wochenschau vom 10.3.1929, "'Unsere Lage ist ernst'".

24 Vgl. Anm. 22.

9. April 1929 Dok. 19
"GRUSA VI. Grundsätzliche Anordnungen der SA"
Anordnung

Gedrucktes Exemplar; StA München, Pol. Dir. München 6825 [1].

Befehlsregelung

1. Jeder SA[-]F[*ührer*] hat das Recht (und nötigenfalls die Pflicht), jederzeit in die Führung jedes SA-Verbandes seines Befehlsbereiches in beliebigem Umfange einzugreifen.

2. Treffen SA-Verbände verschiedener Befehlsbereiche zusammen, so muß stets ein SAF die Führung haben. Wer dieses ist, wird vorher durch höheren Befehl geregelt.

3. Hat eine solche Regelung nicht stattgefunden, so hat derjenige SAF die Führung, der die höchste Dienststellung bekleidet; Voraussetzung ist, daß er im Dienstanzuge ist und mehrere ihm unmittelbar unterstehende Verbände seines Bereiches zugegen sind.

Sind mehrere SAF gleichhoher Dienststellung zugegen, so hat derjenige die Führung, der seine Dienststelle am längsten bekleidet. Voraussetzung wie zuvor.

Beispiel:

Zu der Sonnwendfeier einer Ortsgruppenleitung erscheinen unerwartet viele SA-Verbände, darunter 3 Sta[*ndarten*]f[*ührer*] und 2 SS[*-Verbände*] mit einem SS-Staf. Wer hat die Führung? Ein Staf hat aus seinem entfernteren Bereiche wohl allerlei Gru[ppen], aber keinen geschlossenen Sturm mitgebracht; er scheidet deshalb sofort für die Führung aus. Die beiden anderen Staf und der SS-Staf stellen an Hand der F[*ührer*]-Ausweise ihr Ernennungsdatum fest; der Dienstälteste von den Dreien übernimmt Gesamtführung und Gesamtverantwortung.

Plötzlich erscheint der Bri[*gade*]f[*ührer*], zu dessen Bereiche zwei der Staf gehören, im Dienstanzuge.

Er muß jetzt die Führung übernehmen. Schließlich erscheint noch der Ob[*er*]f[*ührer*] aus dem ferneren Nachbarbereiche, zu dem der erste Staf mit den wenigen Gru gehört. Er kommt für die Führung nicht in Betracht, weil kein ihm unmittelbar unterstehender Verband zugegen ist, sondern nur Teile von solchen.

4. Wenn eine dringende Notlage vorliegt, oder wenn sonst erheblicher Schaden im Verzuge ist, hat jeder SAF, der eine höhere Dienststelle als die Anwesenden bekleidet, das Recht und die Pflicht, sofort die Gesamtführung zu übernehmen. Ob die Notwendigkeit gegeben ist, unterliegt allein seinem eigenen Urteil. Die unter Führung genommenen SAF (und deren ordentliche Vorgesetzte) können sich erst anderen Tags nachträglich auf dem Dienstwege beschweren.

Ist der höhere SAF nicht im Dienstanzuge, so kann er aus diesem Grunde die Übernahme der Führung ablehnen, wenn er es den Umständen nach für angebracht hält.

Die Übernahme der Gesamtführung muß sofort allen SA-Verbänden unzweideutig bekanntgegeben werden. Im selben Augenblicke geht auch die gesamte Verantwortung auf den

1 Einleitender Vermerk: "Streng vertraulich! Nur für den Dienstgebrauch innerhalb der NSDAP!" Fußvermerk: "bis Sturmf einschl."

neuauftretenden höheren SAF über. Ebenso ist die Beendigung der Führung bekannt zu geben. Entweder übernimmt der fremde höhere SAF solcherweise die Gesamtführung und Verantwortung oder er hat keinerlei Befehlsgewalt auszuüben. Durch einzelne Befehle und Anordnungen sich gelegentlich einzumischen, ist völlig unzulässig.

Über jede solche Übernahme der Gesamtführung muß der betreffende höhere SAF binnen 1 Woche schriftlich auf dem Dienstwege an Osaf berichten unter Darlegung der Gründe, die ihn zu diesem Entschlusse führten.

Beispiel:

Fortsetzung von Ziff. 3. Marxistische Terrorkolonnen kommen angerückt. Der erste Steinwurf trifft den Brif schwer und setzt ihn außer Tätigkeit. Der älteste Staf scheint bei seiner Sta[*ndarte*] unentbehrlich. Da übernimmt der fremde Obf die Gesamtführung.

5. Der Führer, der die Gesamtführung (gem. Ziff. 2, 3, 4) übernommen hat, ist Vorgesetzter aller anwesenden, im Dienst oder im Dienstanzug befindlichen SA- (und SS-) Männer in allen rein disziplinären Fragen; der Führer kann also nötigenfalls die sofortige Dienstenthebung (nicht endgültige Absetzung oder Ausschluß) eines SAF (SS[-]F[*ührers*]) oder SA-(SS-) Mannes aussprechen. Auch kann er die vorläufige Besetzung einer Führerstelle vornehmen.

gez. v. Pfeffer

Für die grundsätzlichen Anordnungen übernimmt die Parteileitung die Verantworung.

Der Vorsitzende der NSDAP

gez. Adolf Hitler

9. April 1929 Dok. 20
Erklärung

VB vom 11.4.1929, "Erklärung".

In einer unlängst stattgehabten Gerichtsverhandlung [1] wurde von einem gegnerischen Rechtsanwalt [2] die Behauptung ausgesprochen, daß die Geschäftsanteile der Firma Franz Eher Nachf. [3], die den "Völkischen Beobachter" herausgibt, langsam zum größten Teil in die Hände

1 Am 4.4.1929. Max Amann hatte im Zusammenhang mit einer Kündigung die betroffene Angestellte wegen Beleidigung verklagt. Vgl. Münchener Post vom 5.4.1929, "Praktischer 'National'-Sozialismus"; Münchner Neueste Nachrichten vom 5.4.1929, "Beleidigungs-Prozeß wegen einer Entlassung".

2 Alfred Holl (1883-1966), Rechtsanwalt, 1924 Verteidiger von Friedrich Weber im Hitler-Prozeß.

3 Die NSDAP hatte am 17.12.1920 einen beherrschenden Anteil des stark verschuldeten Eher-Verlages gekauft und den "Völkischen Beobachter" als Parteiorgan übernommen. Die genauen Besitzverhältnisse nach 1921 sind nicht mehr zu ermitteln. Vgl. Oron James Hale, Presse in der Zwangsjacke 1933-1945, Düsseldorf 1965, S. 25 ff.

des Herrn Amann [4] persönlich übergegangen seien und dieser mithin "privatkapitalistische Tendenzen in sich verkörpere".

Diese Behauptung ist von Anfang bis zum Ende unwahr.

Die Firma Franz Eher Nachf. ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, deren gesamte Geschäftsanteile sich in den Händen des nationalsozialistischen deutschen Arbeitervereins, eingetragener Verein zu München [5], befinden. An der Firma gibt es mithin überhaupt keinen Privatbesitzer.

Herr Max Amann hat nach zahlreichen Zusammenbrüchen des Unternehmens als Geschäftsführer der G.m.b.H. im Jahre 1921 die Leitung derselben übernommen und durch seine ebenso fähige wie persönlich uneigennützige Tätigkeit diesen größten Parteibetrieb zu seiner heutigen Bedeutung emporgeführt. Es ist dies in einer Zeit geschehen, in der tausend und abertausend andere Zeitungen, denen sogar größte finanzielle Subventionen zur Verfügung standen, zugrunde gingen. Trotzdem unserem Parteibetrieb nicht wie dem Berliner Vorwärts 800.000 [*Reichs*]Mark Bankkapital zur Verfügung standen [6], ist es der Tatkraft und der seltenen Tüchtigkeit des Parteigenossen Max Amann gelungen, das am Ruin stehende Unternehmen über die schlimmste Zeit der Inflation sowohl als [*sic!*] des Parteizusammenbruchs hinwegzuführen und zur heutigen Größe emporzubringen.

Die sichtbare Leistung dieser Tätigkeit und ihr Erfolg erledigt meines Erachtens am besten alle Versuche, den Verlagsdirektor unseres vorbildlichen Parteiverlags anzugreifen, bieten aber vielleicht auch eine Erklärung über die inneren Beweggründe dieser Versuche!

Als verantwortlicher Führer der Nat.-Soz.D.A.P. [*sic!*] sehe ich mich aus diesem Grunde erst recht veranlaßt, dem Parteigenossen Herrn Amann für die außerordentlichen Verdienste, die er sich um den Parteiverlag und damit um die Bewegung erworben hat, meinen Dank auszusprechen.

München, den 9. April 1929.

gez. Hitler

4 Max Amann (1891-1957), Kaufmann, 1921 Geschäftsführer der NSDAP und des VB, 1922-1945 Direktor des Zentralverlags der NSDAP (Eher-Verlag), 1924-1933 Stadtrat in München, 1928-1930 Mitglied im Kreisrat von Oberbayern, 1933-1945 Präsident der Reichspressekammer.

5 Vgl. Bd. I, Dok. 64, 146.

6 Vgl. Dok. 1, Anm. 10.

9. April 1929 Dok. 21
"Für deutsche Künstler Hungergagen, für Reinhardt-Goldmann aus den Taschen der notleidenden Münchner Steuerzahler 100.000 Goldmark" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

Masch. Aufzeichnung [3], o. D.; BA, NS 26/56 [4].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Auch ich glaube, daß die Auffassung, man dürfe über eine einmal beschlossene Sache nicht mehr zweierlei Meinung sein, nicht aufrechtzuerhalten ist. Sie wissen ja, wie in Deutschland heute oft Beschlüsse zustandekommen. Es ist hinterdrein überhaupt niemand mehr da, der die Verantwortung trägt, den man zur Verantwortung ziehen könnte. Man kann mithin auch nicht sagen, daß man eine Sache zunächst einmal abrollen lassen soll, weil sie nun einmal beschlossen ist, da hinterdrein niemand dafür haftbar gemacht werden kann, weil es meist so ist, daß solche kritischen Dinge, ich möchte fast sagen, in Form einer Überrumpelung vorgenommen werden, d. h., daß die öffentliche Meinung dann plötzlich erfährt, daß dies oder jenes im Gange ist. Solche Dinge werden dann mit Blitzesschnelligkeit durchgepeitscht, und wenn die Sache vorbei ist, heißt es, es hat gar keinen Wert mehr, darüber noch einmal zu reden, es ist zweckmäßiger davon zu schweigen, es ist nun einmal geschehen, und daran läßt sich nichts ändern.

Daß es notwendig ist, zu solchen Dingen trotzdem Stellung zu nehmen, geht daraus hervor, daß sonst kein Mensch wüßte, daß eben eine einstimmige Meinung über derartige Vorgänge durchaus nicht vorhanden ist. Man würde das später glatt bestreiten, würde sagen, warum habt ihr euch nicht vorher gemeldet. Hinterdrein ist man gescheit, nachdem die Sache vorbei ist und jeder den Fehler sieht, aber vorher! Wir wissen, wie schnell die Herren dabei sind zu behaupten, vorher hätte kein Mensch etwas anderes gesagt. Die Münchner Neuesten [*Nachrichten*] z. B. sagen ganz unverfroren und unverschämt, ja, es war ein politischer Fehler von uns, Italien neuerdings in die französisch-englische Entente hineinzutreiben [5]. Das mußte nicht geschehen. Es ist aber doch eine unverschämte Frechheit, wenn heute ein solches Blatt hergeht und so schreibt, als wenn gar nichts nach der Richtung sich bereits abgespielt hätte, schreibt, daß man Italien nicht zu Frankreich peitschen dürfe, während gerade dieses Organ mitgehol-

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 7./8., 9. und 10.4.1929 sowie Polizeibericht. Titel laut masch. Aufzeichnung: "Die Reinhardtfestspiele in München", laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10077): "Reinhardt-Goldmann spielt auf - und die Münchner zahlen".

2 Im Löwenbräukeller, von 20.30 bis 22.20 Uhr. Die Versammlung leitete Hermann Esser.

3 Kopf: "Reden des Führers. Versammlung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei am 9. April 1929".

4 Vgl. Polizeibericht der Polizeidirektion München vom 10.4.1929; StA München, Pol. Dir. München 6740 sowie VB vom 11.4.1929, "Fremdenverkehrsrummel und jüdische Kunstverballhornung".

5 Bezieht sich wahrscheinlich auf die kommentierte Meldung "Zwischenstadium" in den Münchner Neuesten Nachrichten vom 9.4.1929, in der das Zusammenrücken der Alliierten in der Reparationsfrage auf die zu geringen Jahresraten, die die deutsche Delegation angeboten hatte, zurückgeführt wurde.

fen hat, diese Entwicklung zu beschleunigen, und während tatsächlich in Deutschland eine ganze Bewegung seit 8 Jahren gegen diesen Wahnsinn ankämpft. Das wird jetzt glatt unterschlagen mit jener Taschenspielerfertigkeit, die wir bei diesen Patentjournalisten zur Genüge kennen und auch hier wieder sehen.

Wenn die Festspiele [6] schlimm ausgehen, und sie gehen künstlerisch auf alle Fälle schlimm aus, trotz des Geschreis der Presse, die Enttäuschung wird groß sein, und die Fremden werden auch nicht angezogen werden, dann wird man sagen, wie kann man auf solche Festspiele kommen. Diese Idee war nicht ganz richtig, und letzten Endes steht schließlich ein solches Organ als einziges da, das wenigstens nachträglich die Sinnlosigkeit eines solchen Experiments erkennt. Diese Leute sagen dann später sogar ganz unverfroren, wir haben schon immer dagegen Stellung genommen.

Ich erinnere mich noch sehr wohl an die Zeit - wir waren damals auch in diesem Saale [7] - da es der glorreiche Herr Außenminister für richtig fand, den bayerischen Stier bei den Hörnern zu packen - ich glaube er hat den bayerischen Löwen beim Schwanz erwischt und hat ein paar hinaufbekommen -, da also der Herr Außenminister glaubte, den Stier in der Hand zu haben [8]. Damals erklärten wir, daß uns Herr Stresemann nicht als Stierbändiger vorkommt, daß wir uns diesen Mann nicht gut als Stierkämpfer in der Arena vorstellen können. Wir waren die einzigen, die damals diese Meinung vertreten haben und dagegen Stellung nahmen. Die anderen Parteien, ich will nicht sagen, daß sie es vielleicht nicht gesehen haben, aber sie sehen es nicht gerne und bringen vor allem nicht den Mut auf, offen dagegen Stellung zu nehmen. Besonders die große Münchener Presse übte sich damals in Entrüstung darüber, daß wir bösen Nationalsozialisten es wagten, den unvergleichlichen Herrn Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Syndikus a. D. [9], anzugreifen und an seinen Fähigkeiten zu zweifeln. Es sind aber dann nicht 3 Tage nach den Wahlen [10] vergangen, da schrieb die Münchener Presse ganz gleichgültig über Herrn Stresemann und heute kritisiert sie ihn auch manchmal und geht sogar weiter und erklärt, was wir schon seit Jahren gesagt haben, diese Außenpolitik war nicht richtig. Das ist doch eine ganz unglaubliche Verdrehungskunst, und das verpflichtet uns beizeiten immer unseren Einspruch und Widerspruch anzumelden, und zwar so deutlich, daß er gehört wird, und da uns andere Mittel, dies zum Ausdruck zu bringen, nicht zur Verfügung stehen als die Massenversammlungen, gehen wir ins Volk hinaus trotz aller Vereinigungen, trotz Fremdenverkehr und trotz dem Wüten unserer Stadtratsfraktionen. Wir gehen in das Volk hinaus und werden immer unsere Einwände vorbringen, unseren Widerspruch anmelden und sind überzeugt, daß einmal selbst das vergeßliche deutsche Volk sich in einigen Fällen daran erinnern

6 Vgl. Dok. 17, Anm. 5.

7 Hitler bezieht sich wahrscheinlich auf seine Rede vom 2.5.1928, "Geist und Doktor Stresemann?", die jedoch im Bürgerbräukeller stattfand. Vgl. Bd. II/2, Dok. 268.

8 Anspielung auf eine Wahlkundgebung Stresemanns im Münchner Bürgerbräukeller am 25.4.1928 für die Reichstagswahl vom Mai 1928, die von der NSDAP so stark gestört worden war, daß sie vorzeitig abgebrochen werden mußte. Vgl. Bayerischer Kurier vom 26.4.1928, "Die Stresemann-Versammlung gesprengt"; Münchner Neueste Nachrichten vom 26.4.1928, "Ein Sieg der Dummheit" und "Stürmische Wahlversammlung"; Berliner Tageblatt vom 26.4.1928 (AA), "Zur Stresemann-Rede in München"; VB vom 27.4.1928, "München lacht über Stresemann" und "Stresemanns Bürgerbräu-Katastrophe".

9 Bezieht sich auf Stresemanns Tätigkeit als Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller von 1912-1918.

10 Gemeint ist die Reichstagswahl vom 20.5.1928.

wird, daß die Nationalsozialisten es gewesen sind, die vor Zeiten schon das und das vorhergesagt haben.

Über die Tatsache brauche ich wenig zu sagen. Sie ist Ihnen allen bekannt. In München sollen Festspiele abgehalten werden.

Nun darf ich hier gleich einfügen, der Begriff Festspiele ist ebenso dehnbar wie unbestimmbar. Was heißt eigentlich Festspiele? Ich glaube, wenn kein Richard Wagner gewesen wäre, wäre der Begriff Festspiele bei uns überhaupt nicht vorhanden. Erst Richard Wagner hat den Begriff Festspiele zu einem flüssigen, zu einem allgemein geläufigen gemacht, das Wort zum mindesten [11]. Nun war bei Richard Wagner der Charakter von Festspielen insoferne gegeben, als ganz besondere Kunstwerke damals in unvergleichbaren, mustergültigen, unerreichten Aufführungen der Öffentlichkeit gezeigt werden sollten, und zwar als Dokumente deutschesten [*sic!*] Geistes. Diesen Festspielen haftete nichts an, was irgendwie international hätte empfunden werden können. Daß später nichtsdestoweniger die ganze große Welt diese Festspiele besuchte und daß Menschen aus aller Herren Länder ihre Bewunderung ausdrückten, hing damit zusammen, daß am Ende doch das germanische Blut vielfach verbreitet ist, selbst in romanischen Völkern und dort im Unterbewußtsein plötzlich Stimmen lebendig wurden, die auf diese Kunstwerke hin eben zum Klingen gebracht worden waren, so daß man nun plötzlich Verständnis dafür empfand und das eintrat, was man heute fälschlicher Weise als das Internationale der Kunst bezeichnet, daß nämlich nationalste Kunstwerke allgemeine internationale Bewunderung erringen. Diese Kunstwerke waren aber aus rein deutschem Wesen heraus geboren worden. Sie waren die Repräsentation unseres deutschen Wesens im höchsten Sinne des Wortes, und die Aufführungen standen auf einer damals praktisch sonst nicht irgendwie erreichbaren Höhe. Das waren damals die Festspiele.

Später dann, nachdem erst Richard Wagner mit seiner verrückten Idee maßlos bekämpft worden war, und zwar nicht zum wenigsten von den Vätern der heurigen Festspiele hier, später, nachdem man gesehen hatte, daß die Festspiele zu einer großen Zugkraft geworden waren, die sich weit über Deutschland hinaus auswirkte, sahen dann unsere klugen Stadtväter die Rentabilitätsmöglichkeiten derartiger Veranstaltungen, und dann begann man überall Festspiele aufzuführen. Diese Spiele verdienen aber eigentlich nicht die Bezeichnung Festspiele. Man müßte sie eigentlich Fremdenspiele oder noch besser Fremdenfangspiele, Fremdenanzugsspiele oder so etwas heißen, denn mit Festspielen haben sie an sich nichts zu tun. Besonders aber kann man nicht Festspiele so produzieren und veranstalten, daß man sich eines Tages zusammensetzt und sagt, es muß etwas gemacht werden, entweder wir kriegen eine Ausstellung her oder einen Kongreß der Bienenzüchter oder vielleicht eine Tagung sämtlicher Lebzeltermeister [12] von Deutschland oder eine große Hundeausstellung, und wenn das alles nicht möglich ist, dann müssen es eben Festspiele sein, denn etwas muß gemacht werden. Dann studiert man, wer eignet sich am besten, um einen solchen Rummel groß aufzuziehen, die große Trommel zu rühren und den notwendigen Tschintschin und Tamtam zu machen, und da sagt man dann, das bringt kein anderer fertig als Reinhardt. Es hat sich bewiesen in Salzburg und in Berlin und

---

11 Der Begriff "Festspiele" geht auf das Mittelalter zurück. Die 1876 von Richard Wagner begründeten Bayreuther Festspiele sollten "Bühnenweihfestspiele" sein.

12 Lebkuchenbäcker.

überall, wo er auftritt [13], die Leute laufen hinein. Wie sie dann aus den Festspielen herauskommen, ist eine andere Sache. Und außerdem hat er die ganze Presse für sich. Diese wird günstig schreiben, denn er ist aner von insere Leit [*sic!*]. Es wird dann eine maßlose, wenn auch nicht Begeisterung, so doch a [*sic!*] Aufregung in das Volk hineingebracht. Alles wird sich aufregen, die Presse wird schreiben über die graussartigen [*sic!*] Vorstellungen usw., und das wird sich verbreiten über ganz Deutschland, soweit die jüdische Zunge klingt. (Heiterkeit.)

Meine lieben Volksgenossen! Es sind das also eigentlich in Wirklichkeit keine Festspiele. Aber auch sonst kann man über die künstlerischen Qualitäten in der ganzen Sache zum mindesten geteilter Meinung sein. Wir wollen keines einzelnen Kunstmeinung hier vergewaltigen, sondern möchten nur eines feststellen, Ewigkeitswerte werden durch Reinhardt-Aufführungen auf keinen Fall geschaffen, sondern sie unterliegen der Mode, und zwar einer außerordentlich vergänglichen Mode.

Was uns und mit uns ungezählte Deutsche von diesen Festspielen zurückstößt, ist gerade das, daß sie nicht, sagen wir, eine Verkörperung des deutschen Geistes und deutschen Wesens sind, ja daß sie im Gegenteil sich sogar am Wesen der Kunstwerke selbst nicht wenig versündigen, daß man beginnt, das Wesentliche im Äußeren, im Tamtam, im Prunk zu sehen, in der Aufmachung, in der Dekoration usw., in kleinen Mätzchen und daß in Wirklichkeit der tiefere Kern des Kunstwerkes darunter leidet, manchmal überhaupt verdorben wird, indem man diese Kunstwerke künstlerisch auffrischt, auffrischt kann man eigentlich nicht sagen, denn die heutige Zeit kann Frische nicht gut vertragen, sondern einen kleinen Beigeschmack gibt, den das Wild bekommt, wenn man es längere Zeit liegen läßt, durch den es pikant wird, wodurch man hier die Menschen anlockt. Das Drum und Dran, nicht mehr das Kunstwerk an sich soll die Menschen anziehen, der Pfeffer und das Salz, wie man sich ausdrückt. Da glauben wir, daß das an sich zum mindesten kein Gewinn für die Kunst ist. Es wird dadurch vielleicht ein Werk eine gewisse Zeitlang noch genußfähig gemacht werden können, innerlich erfolgt aber erst recht eine Abtötung dadurch, daß das unverdorbene Kunstempfinden beseitigt wird, daß man ein Kunstwerk an sich so zerstört, daß es für die breite Masse eines Volkes überhaupt nicht mehr genußfähig erscheint. Da müssen wir Nationalsozialisten uns gegen die Auffassung wenden, daß es sich nur darum handeln kann, die Kunst einem ganz kleinen blasierten Kreis genießbar zu machen, indem man sie immer mehr würzt und von ihrem wahren inneren Gehalt entfernt. Als Nationalsozialisten stehen wir auf dem Standtpunkt, wenn gewisse Gesellschaftsklassen so verdorben sind, daß sie unverdorbene Kunst nicht mehr genießen können, dann ist es falsch, diesen Klassen immer wieder die Kunst zurecht zu frisieren, daß sie ihnen dennoch paßt, sondern man müßte diese Klassen ausschicken und die wirkliche Kunst in das Volk bringen. (Lebhafte Zustimmung.) Es finden sich nämlich, glauben Sie mir, in Deutschland ungezählte Millionen Menschen, und das sind nicht die schlechtesten, die diesen ganzen Pfeffer nicht brauchen, die man nur von Jugend an richtig zu erziehen braucht, um in ihnen das dankbarste Publikum zu bekommen, das es überhaupt gibt, und zwar das Publikum, das dann auch noch lebensfähig und gesund genug ist, um der Nation weitere Kräfte für die Zukunft zu schenken; denn ich glaube nicht, daß aus den dekadenten Kreisen, die zu den dauernden Besuchern der Reinhardt-Festspiele gehören, einmal wieder große Künstler entstehen könnten. Fri-

13 Vgl. Dok. 17, Anm. 1.

seure der Kunst vielleicht, die ihr neue Perücken aufzusetzen vermögen, aber keine wirklich gestaltenden großen Kräfte!

Wir wissen weiter, daß auch die Auswahl der Stücke heute, wie wir das am besten gerade jetzt im Falle München sehen, nicht nach höheren Gesichtspunkten erfolgt, sondern nur von der Frage diktiert ist, werden sie ziehen, sind sie ein Anreiz, der momentan, sagen wir, gangbar ist. Das ist alles gangbar und wird damit Menschen anziehen können. Das ist auch hier wieder maßgebend, und da geht Reinhardt unendlich weit. Was hat dieser Festspielbringer der Stadt München nicht schon alles aufgeführt! Wissen Sie, Richard Wagner ist am Ende eine genau und klar umrissene Persönlichkeit. Bei Reinhardt kann man so etwas nicht behaupten, auch nicht von dem Theaterdirektor Reinhardt. Reinhardt greift zu allem. Ob es nun die "Büchse der Pandora" [14] oder "Der brave Soldat Schweyk" [15] oder "Ehen werden im Himmel geschlossen" [16] ist, ist ihm einerlei, wenn es nur etwas ist, was als neu angesprochen werden kann, was das heute heißt, werde ich dann noch kurz erklären, hat es Aussicht bei Reinhardt aufgeführt zu werden. Damit begibt er sich auf ein Gebiet, das wir als Nationalsozialisten dereinst nicht betreten wollen, nämlich daß man unter moderner Kunst nur das versteht, was dem augenblicklichen Zeitgeist entspricht. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß die Kunst den Zeitgeist zu bilden hat. Wenn jemand behauptet, daß der Zeitgeist nur bestimmte Kunstwerke erfordert, dann müßte es doch so sein, daß die Zeiten des größten nationalen Verfalls zwangsläufig höchste Kunst erfordern würden, daß in Zeiten, in denen der politische Verfall sichtbar vor Augen steht, die Kunst erst recht die Nation wieder herausheben müßte, nicht nur aus der Auffassung des Alltags, sondern aus der ganzen Gesinnungslosigkeit der Zeit, aus der feigen Anpassungsfähigkeit der Zeit an die schlechten Erscheinungen usw. Vor allem glauben wir niemals an eine Kunst, die nur deshalb als modern gepriesen wird, weil sie sich Formenelementen bedient, die noch nicht dagewesen sind. Sehen wir nur die heutige Architektur, die Malerei und Bildhauerkunst an. Man wagt es heute, einem ganzen Volke die Erzeugnisse von verrückten Gehirnen als Kunst vorzusetzen, wagt es, diese Ergebnisse als der Zeit entsprechend zu zeigen, weil solche Dinge früher nicht produziert wurden, weil mit diesen Formenelementen nicht gearbeitet wurde. Man arbeitete aber früher nicht deshalb nicht damit, weil es früher nicht etwa nicht solche ingenieuse Köpfe gegeben hätte, die nicht auf solche verrückte Ideen gekommen wären, denn so etwas kann jedes 10jährige Kinde hinkritzeln, sondern weil man unter Kunst etwas anderes verstanden hat und weil man es nicht wagte, den Menschen, ich muß schon sagen, einen derartig gehirn- und charakterverderbenden Mist vorzusetzen. Das ist der ganze Grund. Wenn man uns nunmehr so etwas vorzusetzen wagt, müssen wir dagegen Protest einlegen.

Diese Art von Kunst wird auch nicht für die Ewigkeit gemacht. Was wahre Kunst ist, wird bleiben und wird Anerkennung finden selbst noch nach Jahrtausenden. Das, was man uns als

14 Theaterstück von Frank Wedekind. Zweiter Teil der Tragödie "Erdgeist", zusammen unter dem Titel "Lulu" aufgeführt. 1904 erste geschlossene Aufführungen, 1928 von Otto Falckenberg an den Münchner Kammerspielen inszeniert.

15 Theaterstück nach dem Roman "Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk" von Jaroslav Hašek, dramatisiert von Max Brod und Hans Reimann, am 23.1.1928 auf der Piscator-Bühne am Nollendorfplatz in Berlin unter der Regie von Erwin Piscator uraufgeführt.

16 Vgl. Dok. 17, Anm. 11.

moderne Kunst aufzudrängen sucht, ist Afterkultur und Kitsch und wird nicht einmal die Periode der heutigen .... [17] überleben, geschweige denn über ein Volk hinwegdauern. Das hat keine Zukunft. Was man heute als das wesentliche bei den Aufführungen ansieht, sind äußere Mätzchen, ist das ganze äußere Drum und Dran. Das hat an sich nicht Ewigkeitswerte. Es ist eine Frechheit, wenn heute jemand mit solchen Mätzchen etwa Shakespeare zu verbessern sucht [18]. Man kann das nicht. Es bleiben das Mätzchen, die wieder vergehen und verschwinden werden. Und wenn jemand sagt, das muß geschehen, damit das Volk überhaupt noch hineingeht, so ist das ein Zeichen dafür, daß die Kunst sich auf Abwegen befindet; denn sie versucht nicht mehr, das Volk aus dem Mist und Schmutz zu sich heraufzuziehen, sondern begibt sich selbst in Mist und Schmutz hinein und wühlt darin herum und glaubt trotz alledem, in diesem Mist und Schmutz gefunden zu werden. Die sie aber wirklich dort finden, brauchen keine Kunst, denn die würden auch für andere Zwecke kommen, wenn sie statt dessen meinetwegen ein Wundertier oder sonst irgend etwas ausgestellt sehen. Diese Kreise werden dann auch kommen und ihre Zeit damit töten. Das ist aber nicht das Volk, das ist nicht die Nation und, wohl gemerkt, für diese ist auch keine Kunst geschaffen worden. Für diese Menschen hat weder ein Beethoven komponiert noch ein Richard Wagner seine Werke gemacht, noch dichtete für sie Schiller oder Goethe. Diese Menschen sind auch nicht die Bewahrer des Kulturguts einer Nation. Wir sehen heute fast auf allen Gebieten diese Verballhornung der Kunst, in Wirklichkeit eine Verbiegung des Kunstempfindens, eine Verdrehung des Kunstsinnes des Volkes, wobei man versucht, unter einem Wust von Phrasen dem Volke unmögliches Zeug aufzuhängen.

Glauben Sie mir, diese ganze heutige sogenannte moderne Kunst wäre gar nicht denkbar, wenn sie zu ihrer Unterstützung, zu ihrer Propagierung nicht die Arbeit der Presse hätte. Die Presse erst macht aus diesem Mist etwas, d. h., sie betört das Volk solange, bis es endlich wirklich zu glauben beginnt, daß das etwas sei. (Stürmischer Beifall.) Glauben Sie mir, dieser ganze Kunstkitsch in den Auslagen würde gar nicht da sein können, wenn wir nicht diese vollkommen korrupte Presse hätten, die es in unverschämter Weise wagt, einem Volk, das an sich ganz gesund wäre, diesen Mist als Kunst vorzusetzen, ja wenn es diese Presse nicht fertigbrächte, diejenigen, die gegen eine solche Produktion Stellung nehmen, als Banausen hinzustellen, als Kunst-Unverständige, wobei man, sagen wir, nicht zu unrecht auf eine Eigenschaft unseres Volkes spekuliert, daß nämlich in unserem Volke keiner gerne als nicht gebildet bezeichnet werden möchte, besonders von den Stellen, die nun einmal die Bildung en gros annektiert haben. Das möchte keiner, und deshalb scheut sich jeder, dagegen Stellung zu nehmen, und wagt nicht zu sagen, das verstehe ich nicht, das ist in meinen Augen Mist. Daher ringt sich auch die öffentliche Meinung zu keinem Entschlusse auf, und so sehen wir, wie langsam die Kunstfundamente unterhöhlt werden und langsam einzustürzen drohen. Das sind Erscheinungen der Zeit. Glauben Sie, nach solchen Zusammenstürzen hat sich die Kunst stets wieder

17 Auslassung so in der Vorlage.
18 Vermutlich Anspielung auf die Hamlet-Inszenierung in der Bearbeitung von Gerhart Hauptmann, am 8.12.1927 uraufgeführt in Dresden. Hauptmann hatte die Figur des Hamlet vom zögernden in einen zielgerichteten Charakter uminterpretiert und damit die Grundlage des Werkes verändert. Vgl. Rühle, Theater für dic Republik, Bd. 2, S. 831 ff.

erhoben. Ihre Lebenskraft ist nicht zu töten, ist unsterblich, solange es Menschen gibt, die blutsmäßig berufen und geschaffen sind, künstlerisch zu empfinden, und die ihren Gedanken eines Tages wieder Ausdruck zu verleihen [*ver*]mögen.

Wir sehen also an sich, daß man darüber zum mindesten heute verschiedener Meinung sein kann, und ich weiß, daß die große Masse der Nation mit diesen Dingen nichts zu tun haben will, daß dieser Kreis im Gegenteil unendlich klein ist, der durch die gepfefferte Art der Kunst Befriedigung fühlt. Das große Volk steht dem in Wirklichkeit ganz und gar fremd gegenüber. Es hat damit nichts zu tun. Aber auch unter den sogenannten gebildeten Ständen gibt es Hunderttausende, die nur unter der Angst, dieser geistigen Verfemung durch die Presse zu verfallen, diese Art von Kunst akzeptieren, und Hunderttausende, ja Millionen aus diesen Kreisen lehnen sie auch ganz bewußt ab, nur gehören sie zu jenen sogenannten anständigen Elementen, die nicht mit lauter Stimme ihr Veto entgegenschleudern, sondern sich bescheiden zurückhalten. Diesen Leuten, die von sich aus in der überwiegenden Majorität wären, aber einfach nicht mehr zu Worte kommen, die sich vergrämt und verbittert zurückziehen und die Welt nicht mehr verstehen können, diesen Menschen wollen wir Sprachrohr sein und wollen, das kann sich diese Presse auch notieren, mit ganz unverschämter Frechheit das ausdrücken, was diese Leute alles bewegt, dieser hohen Presse zum Trotz und zum Trotz den ganzen Volksverderbern. (Stürmischer Beifall.)

Das also ist zunächst die künstlerische Seite der Sache. Wir glauben nicht, daß da Großes herauskommt, besonders wenn man sieht, wie die Geschichte fabriziert wird. Man setzt sich zusammen und berät, was man tun soll, welche Stücke man aufführen soll. Endlich hat man ein Repertoire aufgestellt und dann kommt plötzlich die Bayerische Volkspartei, der das Gewissen, nicht das moralische, sondern das Wahlgewissen schlägt [19]. (Heiterkeit - Beifall.) Die Leute sagen sich, weiß der Teufel, das ist doch zu gepfeffert, das wollen wir nicht, denn da kommen die Nationalsozialisten todsicher dahinter und sagen dann, daß wir keine katholische Partei sind. Das muß also wegkommen, und dann fängt man zu streiten an und sucht etwas anderes. Auch charakteristisch! Die Leute wagen gar nicht, Herrn Reinhardt zu sagen, Herr Reinhardt, kommen Sie nach München und führen Sie das Beste auf, was Ihres Geistes ist. Richard Wagner konnte schon das Beste seines Geistes geben. Das wagen also diese Leute gar nicht. Sie wagen nicht zu sagen, kommen Sie und führen Sie auf Gemeindemittel, d. h. auf Kosten der Allgemeinheit das Beste auf, was Ihres Geistes ist. Davor haben sie doch etwas Angst, das getrauen sie sich der Öffentlichkeit doch nicht zu präsentieren, das wäre etwas zu arg, und es ist nicht gut, auf der einen Seite Aufführungen dieser Art von der Kanzel herunter als Gotteslästerung und religionsfeindlich zu bezeichnen und auf der anderen Seite die Gläubigen aufzufordern, in diese satanischen Stücke hineinzugehen und sich dort von diesem Höllengeist vergiften zu lassen und dafür dann noch 150.000 [*R*]M zu bewilligen, daß der Manager dieses Höllengeistes und Giftes das nach München bringen kann. Das getraut man sich doch nicht zu tun.

Meine lieben Volksgenossen! Künstlerisch haben diese Leute selbst das Urteil bereits gesprochen, und außerdem tun sie es ja auch nicht aus diesem Grunde. Darauf komme ich später noch zu sprechen. Das ist also die eine Sache.

---

19 Vgl. Dok. 17, Anm. 7.

Die andere ist die finanzielle Seite, und da schreibt die Frankfurter Zeitung, und das ist doch kein nationalsozialistisches Organ (Heiterkeit), die wird schon wissen, was wahr ist, was dahinter steckt[20]. Sie schreibt, daß Festspiele im Residenztheater stattfinden und daß dieses Gastspiel der [*sic!*] Stadt München einiges kosten wird. Herr Reinhardt erhält ein persönliches Honorar von 60.000 [*R*]M, dazu eine Dienstaufwandsentschädigung - Dienstaufwandsentschädigung? Ich weiß nicht, für was er dann das Honorar bekommt? Das Honorar ist nicht für seine Dienste, ich weiß nicht für was es gehört, - von 20.000 [*R*]M und dann noch einmal 20.000 [*R*]M, weil ihm anderes entgehen könnte. 100.000 [*R*]M bekommt also Herr Reinhardt und die Künstler müssen auch etwas bekommen. Die bekommen zusammen 143.000 [*R*]M. Dazu kommen noch die Kosten der Propaganda, die Kosten, die das Staatsschauspiel an sich hier hat. Kurz und gut zusammen macht das das erkleckliche Sümmchen von 354.000 [*R*]M aus und dem stehen an Einnahmen nach der Rechnung 210.000 [*R*]M gegenüber, so daß also ein Defizit von rund 150.000 [*R*]M bleibt und dieses deckt, großzügig wie nun einmal die Stadtgemeinde München in künstlerischen Dingen ist, die Stadtgemeinde München. Das ist der zweite Punkt. Das Defizit steht damit fest.

Nun glauben Sie mir, wir Nationalsozialisten würden absolut keinen Einwand machen, wenn es sich wirklich um große Kunst handeln würde. Ein Posten aber ärgert uns so oder so, das sind die 100.000 [*R*]M, die Reinhardt persönlich erhält, weil uns das einfach nicht in den Kopf gehen will, daß heute jemand große Kunst produziert und dabei für knapp einen Monat 100.000 [*R*]M bekommt. Das geht uns nicht in den Kopf hinein. (Stürmischer Beifall.) Wenn jemand den heißen Drang in sich fühlt, mit Recht Festspiele vorzuführen, hindert ihn kein Mensch daran. Wir wissen auch, daß Herr Reinhardt leben muß. Er soll anständig leben! Aber wissen Sie, im Frieden[21] hatte Bayern 5 Minister und davon hatten vier ein Gehalt von 16.000 M jährlich und einer hatte einen Jahresgehalt von 24.000 M; das war der Ministerpräsident[22]. Man kann sagen, für Friedensverhältnisse war das ein ganz anständiger [*sic!*] Gehalt. Heute ist Deutschland kolossal verarmt, ungezählte Menschen haben ihr ganzes Vermögen verloren, andere können kaum von heute auf morgen leben, ungezählte Künstler hungern. Wenn man in eine Stadt wie München hineinsieht, möchte man geradezu entsetzt sein, wenn man die Not der kleinen Künstlerschaft sieht. Und da zahlt man dann einem einzigen Menschen für einen Monat 100.000 [*R*]M Gehalt! Wenn das der Fremdenverkehrsverein machen würde, oder wenn das Mister Scharnagl[23] (gesprochen Schärnägl [*sic!*]) aus eigener Tasche bezahlen würde! (Stürmischer Beifall.) Ich höre gerade von einem Einsager, daß Herr Schar-

---

20 Vgl. Dok. 17, Anm. 6.

21 Gemeint ist die Zeit vor 1914.

22 Die Gehaltsordnung für die etatsmäßigen Staatsbeamten weist für 1913 in den beiden obersten Gehaltsklassen jährliche Festgehalte von 24.000 Mark bzw. 15.000 Mark aus. Alle Staatsminister wurden nach der ersten Klasse besoldet, erhielten frei Dienstwohnung sowie für den Staatsminister des Königlichen Hauses und des Äußern 16.000 Mark, für die übrigen Minister 5.000 Mark Repräsentationsbezug jährlich. Vgl. Münchener Jahrbuch 1913. Kalender für Bureau, Comptoir und Haus, München 1912, S. 412 ff.

23 Karl Scharnagl (1881-1963), Bäckermeister, 1911-1918 und 1919-1932 MdL in Bayern (Zentrum, ab 1919 BVP), 1919-1925 Stadtrat in München, 1925-1933 Oberbürgermeister von München, 1945-1948 Oberbürgermeister von München.
Scharnagl hatte 1926 eine Reise in die USA unternommen und dort Kreditzusagen erhalten. Vgl. Wolfgang Zorn, Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986.

nagl eine Lebensversicherung hat; die könnte er dafür einsetzen. Wenn also die das zahlen würden, würden wir nichts sagen. Wir würden nur sagen, es gibt in der Republik immer noch vermögende Leute. Es ist aber nicht so, sondern das zahlt das liebe Volk, das zahlen die kleinen Steuerträger, jeder einzelne zahlt irgendwie mit, und da muß ich doch sagen, da hat man schon ein Recht, sich die Frage vorzulegen, ob dieses Geld wirklich sinn- und zweckentsprechend angewendet wird. Diese Frage ist durchaus berechtigt. Glauben Sie mir, diese Gelder werden oft sehr hart eingetrieben (Zustimmung), und mancher vergießt Tränen, wenn die Stunde an ihn herankommt, da er bezahlen soll und oft nicht weiß, woher er die 200 [*R*]M nehmen soll, die er bezahlen soll. (Beifall.) Ist es nicht so? Es ist auch nicht so, daß wir uns heute in einer blühenden Wirtschaft befänden und sagen könnten, das spielt keine Rolle, was sind für eine Stadt wie München 100.000 [*R*]M [24]! Sie spielen eine Rolle, und sie sind ungeheuer schwer aufzubringen, und dann glauben wir eben, daß man dieses Geld besser und nützlicher verwenden könnte. Man könnte, wenn man 50[.*000*] oder 100.000 [*R*]M hinlegen würde, Dutzende und Dutzende von Künstlern dadurch wenigstens der schwersten Sorge entreißen [25], oder man könnte hergehen und ein paar andere hiesige Theater subventionieren, wobei wir allerdings auf dem Standpunkt stehen, daß wir dann auch einen Kunstreferenten haben müßten, der natürlich nicht aus dem Kulturmilieu des Herrn Scharnagl stammen darf, überhaupt nicht aus dem Kulturniveau unserer Stadtratsfraktionen, sondern er müßte eine Nummer sein und dem könnte man sagen, Sie haben dafür zu sorgen, daß die kleineren Theater hier sich von gewissen Stücken fernhalten, die sie glauben bringen zu müssen, weil sie finanziell so abhängig sind, und weiter könnte man noch eine Klausel einfügen, dafür müssen gewisse Mindestgrenzen der Gagen eingehalten werden. Ein gewisses Existenzminimum muß gewährleistet sein. Glauben Sie mir, man kann natürlich nicht alles nach den Spitzengagen beurteilen. Ganz gewiß werden selbstverständlich, sagen wir, die Träger großer Rollen, die einen berühmten Namen haben, besondere Honorarforderungen haben. Das wird immer so sein, aber bei aller Anerkennung dessen, muß auf der anderen Seite ein gewisses Mindestmaß eingehalten werden. Was sich hier in München die kleineren Theater da alles auf Kosten der kleinen Schauspieler und der kleinen Sänger leisten, ist ganz ungeheuerlich. Das dürfte die Öffentlichkeit gar nicht wissen, und leider können die Künstler gar nicht darüber reden, weil sie fürchten müssen, ihrem Ruf zu schaden, wenn die Öffentlichkeit das erfahren würde. Im Stadtrat könnte man das aber ganz genau wissen. Das wären Dinge, über die man genau unterrichtet sein könnte. Wenn man schon wirklich Geld hat, könnte man da ohne weiteres eingreifen. Wir sagen durchaus nicht, der Kunst nichts! Im Gegenteil! Ich werde später unsere Auffassung nach der Richtung noch begründen. Nur sage ich, in einer Zeit, in der es der deutschen Kunst insgesamt wahnsinnig schlecht geht, darf man nicht 100.000 [*R*]M Honorar für einen Monat Theaterschund hinwerfen und außerdem auch nicht Festspiele arrangieren, die dem deutschen Geist

24 Der ordentliche Haushalt der Stadt München wies 1929 227.998.504,86 RM Ausgaben sowie 228.280.627,23 RM Einnahmen und damit 282.122,73 RM Überschuß aus. Für Kunst, Wissenschaft und Kirchen wurden 3.743.390,12 RM Zuschüsse gewährt. Vgl. Statistisches Handbuch der Hauptstadt der Bewegung für die Jahre 1927-1937, München 1938, S. 138 f.

25 Der Gau München des Reichsverbandes bildender Künstler Deutschlands, in dem 2.385 Münchner Künstler Mitglied waren, erhielt 1928 eine Subvention der Stadt München von 55.500 RM. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 29.3.1929, "Reichsverband der Künstler".

gar nichts nützen, ihn weder verkünden noch repräsentieren. Wenn man schon das Geld hat, müßte man geradezu untersuchen, wie man durch dieses Geld der jungen Kunst, die eines Tages doch wieder werden muß, auf die Beine zu helfen vermag. Das würde eine Aufgabe sein, und ich glaube, daß die Stadt dann manches tun könnte, was sie heute ablehnt. Wenn Ihnen z. B. bekannt ist, daß wir z. Z. in unserer nationalen Bibliothek nicht einmal gewisse ausländische Journale mehr halten können, weil das Geld fehlt, daß die wichtigsten Ankäufe nicht mehr betätigt werden können, weil das Geld fehlt [26], wenn man weiß, wie die Witwen von großen Künstlern, die mitgeholfen haben, der Stadt München einen Namen zu geben, hier behandelt werden [27], muß man sagen, es steigt einem Gift und Galle auf, wenn man sieht, wie auf der anderen Seite mit dem Geld geaast wird. (Lebhafter Beifall.) Das ist das, was man über die finanzielle Seite zu sagen hätte. Bezahlen muß das die ganze Volksgemeinschaft in dieser Stadt; jeder einzelne trägt da mit.

Ich glaube, dieser Gedanke ist auch an anderer Stelle maßgebend gewesen, denn es ist Ihnen ja bekannt, daß ausnahmsweise das bayerische Ministerium zunächst Widerspruch eingelegt hat. Herr Minister Goldenberger hat sich zunächst ablehnend verhalten, und zwar mit einer Begründung, die schlagend ist. Er sagte nämlich, es liegt nicht in unserem Interesse, und wir wollen nicht, daß an unseren Staatstheatern und überhaupt in München ein fremder Kunstwille uns aufgezwungen wird [28]. Das ist sehr richtig, nur natürlich ist das, sagen wir, volksparteilich ausgedrückt. Ein Nationalsozialist würde das anders ausgedrückt haben. Er hätte nicht gesagt, ein fremder Kunstwille, denn wenn man von fremd spricht, wissen wir schon, was das für Fremde sind. Wir wissen schon, von dem Fremden ist dann ein mutiger Schritt zu den Polen und von den Polen ein noch mutigerer Schritt zu den Galiziern und von den Galiziern ist der allermutigste Schritt zu den Juden. Den letzten Schritt tut aber die Bayerische Volkspartei nicht, sondern wenn sie weit kommt in ihrem Anlauf, bleibt sie beim Galizier hängen (Heiterkeit - Beifall), bei diesem armen Galizier, der dann in der ganzen Welt für alles herhalten muß, was Böses geschieht. Wir gehen einen Schritt weiter und sagen, Herr Goldenberger wollte sagen, es wäre nicht wünschenswert, daß der Stadt München ein jüdischer Kunstwille aufgedrückt wird. Das wollte Herr Goldenberger sagen, und er hat es allerdings nur im Dialekt der Bayerischen Volkspartei ausgedrückt. In Wirklichkeit hat Herr Goldenberger damit das ausgesprochen, was tatsächlich der Grund für die Ablehnung an sich sein müßte. Wenn wir in München einmal mit diesen Mätzchen beginnen, glauben Sie nur nicht, daß dann unsere Staatstheater auf die Dauer sich von dieser Entwicklung freihalten können. (Zustimmung.) Da treibt ein Keil den anderen, und wenn Sie erst einmal die Presse auf diese Leckerbissen aufmerksam machen, dann werden Sie erleben, wie in kurzer Zeit unsere Staatstheater den Weg gehen, den wir in Berlin vor uns sehen. Von Reinhardt ist dann am Ende nur noch ein Schritt zu Jeßner und von diesem nur noch ein Schritt zu Piscator [29]. Das ist dann das Ende der deutschen

26 Während der zwanziger Jahre konnte die bayerische Staatsbibliothek ausländische Literatur nur eingeschränkt anschaffen. Vgl. Irmgard Bezzel, Bayerische Staatsbibliothek München. Bibliotheksführer, Geschichte und Bestände, München 1967, S. 15 f.

27 Näheres nicht ermittelt.

28 Vgl. Dok. 17, Anm. 5.

29 Erwin Piscator (1893-1966), Schauspieleru nd Regisseur, 1914 Volontär am Münchner Hoftheater, 1918 Eintritt in die KPD, 1919 Mitbegründer des Theaters "Tribunal" in Königsberg, 1920 Mitbegründer des "Proleta-

Kunst. Wer sich dagegen verwahrt, hat recht. Man muß sich schon im Kleinen dagegen verwahren, wenn man das Übel bewältigen will, und kann das nicht erst machen, wenn das Unglück da ist. Herr Goldenberger wollte das also verhindern, und da hat dann plötzlich, wie Sie wissen, das künstlerische Gefühl des Herrn Scharnagl zu revoltieren begonnen. Herr Scharnagl hat sich in mächtiger Kunstaufwallung zum Fürsprecher des modernen Kunstgedankens in der Stadt München emporgeschwungen, und nun wurde der Angriff gegen Herrn Goldenberger eingeleitet. Sie wissen nun, wenn in der Bayerischen Volkspartei ein Kampf beginnt, bei dem auf der einen Seite, sagen wir, ein Arier steht und auf der anderen Seite zwar auch ein Arier, dahinter aber ein fremder Kunstwille, dann pflegt meist der Arier der Bayerischen Volkspartei vor dem fremden Kunstwillen am Ende doch zu kapitulieren. Der jüdische Geist ist in diesem Falle stärker als der BVP-Geist, und das Ende vom Lied ist immer ein Umfall. Das haben wir auch diesmal wieder erlebt. Herr Goldenberger wurde zurückgedrängt. Wie er innerlich denkt, weiß ich nicht; vielleicht ist er fuchsteufelswild, äußerlich mußte er aber seinen bösen Anschauungen entsagen und sie abschwören [*sic!*], vielleicht vor einem Inquisitionsgericht der Bayerischen Volkspartei, vor das man ihn schleppte, um ihm diesen Gedanken mit dem fremden Kunstwillen für immer auszutreiben. Ich weiß das nicht, jedenfalls hat aber Herr Scharnagl gesiegt.

Wenn wir uns nun fragen, warum und weshalb das alles möglich geworden ist, so erkennen wir drei Faktoren, die mitgewirkt haben.

Dieser Ansturm, vor dem Herr Goldenberger kapitulieren mußte, ging zunächst aus von dem geistigen Zentralorgan der Stadt München, ja des ganzen Bayernlandes, ja von ganz Süddeutschland und weit darüber hinaus, von dem Organ in der Sendlingerstraße [30]. Diese Zeitung hat den Angriff eingeleitet. Dort war man an sich mit Wut geladen; denn neulich schon hatte man eine Attacke geritten und dabei eine Niederlage erlitten, war nicht zum Ziele gekommen. Die Gäule waren nicht über die Hürden gesprungen, sie waren etwas zu hoch. Diese Attacke ließ die Herren nicht schlafen. Wenn schon nicht Herr Schlesinger, Herr Bruno Walter kommen kann, dann auf alle Fälle Herr Reinhardt! Einen müssen wir haben, so war die Ansicht der Herren Pflaum, Cossmann und wie sie alle heißen, die Vertreter des fremden Kunstwillens in den Münchner Neuesten Nachrichten. Sie haben gekämpft und den Sieg errungen. Die Regierung hat vor ihnen kapituliert, dieselbe Regierung, die dauernd betont, daß sie sich von den Einflüssen, die außerhalb der Regierung liegen, absolut fern und frei zu halten weiß, dieselbe Regierung ist diesem Einfluß augenblicklich unterlegen. Sie wäre auch neulich bereits unterlegen, alle wären unterlegen, wenn nicht die Musiker Widerstand geleistet hätten [31]. Das ist das einzige gewesen, warum der Ansturm der Herren Cossmann und Pflaum und Genossen nicht restlos geglückt ist. Diesmal war die Situation anders, und es ist gelungen, Herrn Goldenberger zum Rückzug zu bringen.

---

rischen Theaters" in Berlin (1921 polizeilich geschlossen), 1922 Sekretär des Komitees Künstlerhilfe der Internationalen Arbeiterhilfe, 1924 Leiter der Berliner Volksbühne, 1927-1928 Leiter der Piscatorbühne am Nollendorfplatz, 1928 Direktor des Lessing-Theaters, 1930 Leiter des Wallner-Theaters, 1931-1936 Regisseur in Moskau, 1936-1938 Lehrer an der Sorbonne, 1939 Emigration in die USA, Leiter der Theaterschule Dramatic Workshop in New York.

30 Gemeint sind die "Münchner Neuesten Nachrichten". Die Geschäftsleitung hatte ihren Sitz in der Sendlingerstraße 80.

31 Vgl. Dok. 17, Anm. 15.

Das zweite ist die sogenannte öffentliche Meinung gewesen, diese öffentliche Meinung, die man seit Jahren präpariert hat mit dem Schlagwort von dem Niedergang Münchens als Kunststadt [32]. Das ist auch so eine unverschämte Frechheit. Wenn jemand nach Berlin kommt und dort in die Staatstheater geht, hat er unbedingt das Gefühl von dem Niedergang der Kunststadt Berlin. Ich habe mir im vergangenen Jahr ein paar Stücke, von Jeßner inszeniert, angesehen und muß sagen, wenn das etwas zu tun hat mit Kunst, wenn das nicht reine Mätzchen sind, weiß ich wirklich nicht mehr, was Kunst ist. Jedenfalls, wenn Shakespeare oder Schiller oder Goethe oder Richard Wagner wieder kämen, würden sie gegen eine solche Kunstauffassung, wie sie die staatlichen Theater Berlins heute betreiben, sicher Stellung nehmen und die zum mindesten müßten doch wissen, was Kunst ist. Aber die Presse, die ganze deutsche Presse einschließlich unserer hiesigen deutschen Presse hat das Schlagwort von dem Niedergang Münchens als Kunststadt aufgenommen. Dabei kann man nur sagen, der Niedergang ist in Deutschland allgemein. Es hängt das damit zusammen, daß die Kunst jeden nationalen Charakter verloren hat, daß man sie ihrer hohen Verantwortung entkleidete, es hängt das zusammen mit der Tätigkeit von Erscheinungen, wie sie Reinhardt darstellt, denen diese Tätigkeit zu einem reinen Geschäft geworden ist. Nun sind wir aber nicht mehr so wirtschafts- und kaufkräftig wie früher, folglich leidet heute auch unsere Kunst, d. h. dieses Surrogat, das man dem deutschen Volk heute als Kunst vorzusetzen versteht. Es ist so, daß die Kunst im Rückgang begriffen ist, aber nicht in München. Wir können im Gegenteil behaupten, daß sich München auffallend lang von diesem Rückgang freigehalten hat. Nur die Presse hat das der Masse einsuggeriert, es so oft wiederholt, bis die Hunderttausende, welche dieses Schlagwort nachplapperten, das endlich als wahr nahmen. Ich weiß noch aus meiner Jugend, wie da ein Mann nach München kam, dessen Weggang dann den Niedergang Münchens als Kunststadt besiegeln sollte. Als plötzlich die Stelle des ersten Dirigenten am Münchener Hoftheater frei wurde, war in Wien als ganz unbekannter Kapellmeister ein Herr Schlesinger bzw. Bruno Walter. Mottl [33] war plötzlich gestorben, die Münchener Stelle war damit frei geworden, und zugleich begann ein eigentümliches Pressegeschiebe. Plötzlich hieß es, es soll unter den in Aussicht genommenen Bewerbern auch der Name Bruno Walter sich befinden, und am nächsten Tage schon schrieb die Neue freie Presse und das Wiener Tageblatt, man müsse vom Standpunkte Wiens als Kunststadt schärfsten Protest erheben, daß ein so bedeutender Künstler wie Herr Bruno Walter von Wien nach München übersiedle. Kein Mensch hatte bis dorthin Herrn Bruno Walter als etwas besonderes angesehen, aber im Verlauf von 3 Wochen war der Name Bruno Walter mit einer Gloriole umgeben, so daß sich auch der gewöhnliche Spießer sagte, dieser Mann lebt unter uns und dieser berühmte Bruno Walter soll nun wegkommen. Dieser Bruno Walter, an sich habe ich noch nie etwas von ihm gehört, soll ein fabelhafter Dirigent sein und den will man weglassen. München ist ganz bremsig darauf auf diesen fabelhaften Dirigenten. So haben die Juden von Wien und München zusammengespielt und haben den Kapellmeister vierten Ranges, Herrn Schlesinger aus Wien, langsam in die Höhe jongliert, und dann fiel er nach

32 Vgl. Dok. 17, Anm. 19.

33 Felix Josef Mottl (1856-1911), österreichischer Dirigent und Komponist, 1881-1903 Hofkapellmeister in Karlsruhe (seit 1893 Generalmusikdirektor), 1903-1911 Generalmusikdirektor in München, seit 1904 zugleich Musikdirektor der Königlichen Akademie der Tonkunst.

München herein, und es hieß, die glückliche Stadt München, sie hat ihn tatsächlich bekommen, und auf einmal sah alles hypnotisiert auf diesen Menschen hin, der sich nun in München befand. Und siehe, eines Tages geht er und alles beginnt zu trauern, das ist der Niedergang von München. Freilich, der Aufstieg von München ist ja doch unzertrennbar verbunden mit dem Namen Bruno Walter alias Schlesinger. Was wäre München als Kunststadt, wenn Walter nicht gewesen wäre: Nichts wäre München, kein Mensch würde hierher kommen, es gäbe überhaupt keine Münchener Kunst! Nun geht dieser einzige, dem die Stadt München es verdankt, daß sie so geschätzt wird, weg nach Berlin! Jetzt geht Herr Bruno Walter auch von Berlin wieder weg, und man müßte annehmen, daß in Berlin der gleiche Jammer losgeht. Aber siehe da, die Berliner können ihn leicht verschmerzen, vielleicht mit Rücksicht darauf, daß es in Berlin sehr viele ähnliche Kapellmeister gibt und daß er doch nicht soviel zum Kunstleben Berlins beigetragen hat wie zum Kunstleben der Stadt München. Das ist möglich. Jedenfalls erleidet Berlin keinen Niedergang, weil Herr Schlesinger nach Leipzig kommt. Vielleicht erleidet auch Leipzig keinen. Nur München! Keine Stadt erleidet einen Kunstniedergang, wenn ein Jude geht, soferne ein anderer Jude an seine Stelle kommt, nur dort tritt ein Niedergang der Kunst ein, wo ein Jude weggeht, und ein Arier, ein Christ an seine Stelle kommt. Dort beginnt das Geschrei vom Niedergang. (Lebhafter Beifall.)

Wir können heute sagen, wenn Kunst identisch ist mit dem Zeug, was heute als neu und modern produziert wird, dann ist vielleicht München nicht an der Spitze dieser Produktion, aber Gott Lob und Dank, daß das nicht der Fall ist.

Die Kunst muß immer noch, wenn sie wahr sein soll, in einem gewissen inneren Zusammenhang stehen mit dem Volk, und ich glaube, daß das in München mehr der Fall ist als irgendwo anders in Deutschland. Solche unästhetische Ausgeburten, wie wir sie in Berlin erlebt haben, sind in München auch heute noch nicht zu finden. Aber die öffentliche Meinung wurde so präpariert, und vor der öffentlichen Meinung hat man Angst, hat man eine maßlose Angst auch im hiesigen Rathaus und noch viel mehr in der Regierung. Das war der zweite Grund, warum man kapitulierte. Auf der einen Seite die große Presse und auf der anderen die öffentliche Meinung, die von dieser Presse gemacht wird.

Als drittes kam hinzu der Fremdenverkehr. Da kommen also die reinen Geschäftsinteressen, und zwar schwindelt man dabei sogar, denn was man erhofft, tritt nicht ein. Der Fremdenverkehr erfordert es, daß in München Festspiele stattfinden. Das ist an sich eine Verdrehung. Festspiele kann man nicht wegen des Fremdenverkehrs abhalten, sondern muß sie machen um ihrer selbst willen. Wenn Festspiele nur wegen des Fremdenverkehrs stattfinden, sind sie Fremdenverkehrsvorstellungen, aber keine Festspiele. Das sehen wir ja auch. Wenn immer über das Niveau unserer Festspiele geklagt wird, so können wir nur zur Antwort geben, heißt das nicht Festspiele, das können ja keine Festspiele sein, ihr erweckt mit diesem Namen, der den Vorstellungen gar nicht zukommt, Vorstellungen, die nicht erfüllt werden können. Sagt ehrlich, das sind gute Theateraufführungen, und dann sind es die Besten, die in Deutschland stattfinden! Sagt ihr das nicht, dann lügt ihr, erweckt ihr Meinungen, die sich nicht realisieren lassen. Hoffnungen, die nicht erfüllbar sind. Das kann man hier auch heute schon feststellen. Der Fremdenverkehr ist hier die treibende Kraft. Zu was muß der Fremdenverkehr in Bayern nicht alles herhalten! Wenn in Bayern etwas nicht motiviert werden kann, pfeift man den Fremdenverkehr hervor. Wenn die Nationalsozialisten irgendwo Versammlungen abhalten,

dann kommt plötzlich der Fremdenverkehrsverein und sagt, ja wie sollen denn die Fremden zu uns kommen, wenn die Nationalsozialisten hier tätig sind, oder wenn z. B. in irgendeinem Kurort ein Redner von uns auftritt, dann heißt es am nächsten Tage, wie sollen da Kurgäste kommen, wenn hier so geredet wird. Man könnte das sehr leicht widerlegen. Es gibt kaum eine Stadt oder überhaupt einen Ort mehr, wo die nationalsozialistische Bewegung noch nicht Fuß gefaßt hat, und wie gearbeitet wird, können Sie jeden Tag im Völkischen Beobachter lesen. Die nationalsozialistische Bewegung ist also in ganz Deutschland gleichmäßig verbreitet. Nun müßte man sagen, wenn die Nationalsozialisten überall sind, an jedem Ort, wo gehen dann die Fremden hin, wenn sie dort nicht hingehen, wo sie sind. (Heiterkeit.) Da sagen die Offiziösen der Bayerischen Volkspartei, die gehen überhaupt nicht mehr fort. Es bleiben also alle Leute zuhause, und an Fasching wird weniger Sekt getrunken, und zu normalen Zeiten wird weniger Bier getrunken, und wenn einer früher dreihundert Kilometer gefahren wäre, so fährt er jetzt nur noch zweihundert, und während z. B. früher einer nach Nürnberg gefahren ist, steigt er jetzt, weil dort die Nationalsozialisten sind, in Schwabach aus. (Heiterkeit.) Warum soll ich denn, so sagt er sich, dieser Bande da vielleicht gar noch helfen usw. Die große Gefahr besteht, daß die Leute in Deutschland überhaupt nirgends mehr wohnen wollen, weil die Nationalsozialisten da sind. Vielleicht hängen auch die Selbstmorde damit zusammen, die überall stattfinden. Man müßte einmal die bayerische Regierung befragen, Herrn Dr. Held [34], vielleicht sind das doch lauter Menschen, die sich nur umbringen, weil die Nationalsozialisten da sind. Der arme Fremdenverkehr! Zu was der alles mißbraucht wird! Hier ist es auch so. Wir wissen ganz genau, warum dieser Fremdenverkehr angezogen wird. Den Drahtziehern ist auch der Fremdenverkehr an sich vollkommen egal. Ihnen ist auch der Fremdenverkehr nur Mittel zum Zweck, allerdings ein angenehmes Mittel. Der Fremdenverkehrsverein ist ein unpolitischer Verein, der nicht irgendwo angeschwärzt sein kann. Da können auch die bösen Nationalsozialisten nicht sagen, da sind lauter Juden drin. Der Fremdenverkehrsverein hat damit gar nichts zu tun. Das ist also die richtige Instanz, mit der man so etwas motivieren kann, wobei dann doch wieder die Hebräer das große Geschäft machen. Das ist also der wirkliche Grund.

Glauben Sie mir, wenn Reinhardt nicht früher Goldmann geheißen hätte, sondern immer schon Reinhardt, dann läge an den Festspielen dieses Reinhardt gar nichts. Was sie kitzelt, diesen Reinhardt hereinzuholen, ist nur die Tatsache, daß er nicht Reinhardt heißt, sondern in Wirklichkeit Goldmann. Das ist es, was die Münchner Neuesten [*Nachrichten*] plötzlich lebendig macht und die öffentliche Meinung aufrührt und tausendfältige Kräfte mobilisiert, die nun für die Festspiele eintreten. Nicht daß hier ein Deutscher namens Reinhardt Aufführungen bringt, sondern das Judentum sich wieder eine Kunstposition in Deutschland eröffnet, wobei es schließlich soweit kommen wird wie in Berlin, daß an einer ehemals königlichen Oper, an dem heutigen Staatstheater, das von deutschen Steuergeldern erhalten wird, von fünf Dirigenten [35] fünf Juden sind! (Pfuirufe.) Weil die Deutschen von Musik nichts verstehen! Ja Opern

34 Heinrich Held (1868-1938), Journalist, 1907-1918 MdL in Bayern (Zentrum), 1918 Mitbegründer der BVP, 1919-1933 MdL, 1919-1924 Vorsitzender der BVP-Landtagsfraktion, 1924-1933 Ministerpräsident in Bayern.

35 An der Staatsoper Unter den Linden und Oper am Platz der Republik, den ehemaligen königlichen Opernhäusern, waren in der Spielzeit 1928/29 unter der Leitung des I. Kapellmeisters, Generalmusikdirektor Erich Kleiber (1890-1956), Generalmusikdirektor Leo Blech (1871-1958), Generalmusikdirektor Otto Klemperer

haben sie komponiert, ja natürlich, das ist so eine einseitige Befähigung der Deutschen (Heiterkeit), aber aufführen können sie dieselben nicht, aufführen kann sie nur einer von dem auserwählten Volk. Stücke haben sie geschrieben, aber aufführen! Was hat Schiller zum Schluß von einem Drama verstanden oder Goethe oder Grillparzer oder einer der neueren deutschen Dichter! Zum Aufführen taugen nur andere. Außerdem hat der Aufführer mehr Geschäftsmöglichkeiten, er muß also geschäftsgewandter sein. Was braucht ein Dichter, ein Musiker, ein Komponist? Er hat ja keine Lebensansprüche. Aber ein Theaterdirektor wie Reinhardt, der weiß, was man zum Leben braucht, und der muß folglich auch das Geschäft machen. Der Reinhardt ist fähig, die geschäftlichen Dinge zu deichseln und zu drehen, und den muß man daher gebührend subventionieren. Ja, liebe Freunde, das ist der wirkliche Hintergrund.

Nun weiß ich, es gibt viele, die in solchen Augenblicken trotz der ganz erbärmlichen tatsächlichen Lage unsere Haltung verurteilen, weil sie sagen, ich weiß nicht, ob das nicht doch zu weit geht, ob man damit nicht doch der Kunst einen schlechten Dienst erweist. Für diese Menschen möchte ich das Kapitel Fremdenverkehr und Kunst und überhaupt Kunst- und Staatsidee usw. etwas näher behandeln.

Zunächst einmal die heutige Lage Deutschlands: Von was lebt unser Volk? Unser Volk lebt selbstverständlich nicht vom Fremdenverkehr, sondern die Masse unseres Volkes lebt von produktiver Arbeit [36], und da die produktiven Arbeitsmöglichkeiten eingeschnürt werden, ist Not eine selbstverständliche Folgeerscheinung. Im Ursprung findet man überhaupt keinen Fremdenverkehr; denn der Fremdenverkehr ist keine produktive Tätigkeit, er schafft keine produktiven Arbeitsmöglichkeiten. Der Fremdenverkehr ist vielmehr im Ursprung nur Mittel zum Zweck. Es gab im Anfang keine Fremden in der Welt außer dem Geschäftsmann, d. h. der erste Fremde in der antiken Zeit war der Kaufmann, der nur kam, um Geschäfte zu machen. Das ist aber ein Fremder, der anders gewertet und bewertet sein will als der heutige Fremde. Erst später kommt der Fremde, der aus anderen Gründen in andere Gebiete reist, der Gelehrte z. B., der fremde Länder besucht usw. Auch andere Handlungen, die verschiedenen Kulte z. B. führten die Menschen zusammen, und langsam beginnt sich aus dem heraus ein Gewerbe zu entwickeln, d. h. ein Gewerbe, das darin besteht, daß sich in gewissen Orten Menschen von der produktiven Tätigkeit wegwenden und anstelle dessen warten, daß Fremde kommen, und von diesen Fremden zu leben beginnen. Und damit beginnt auch das Martyrium der Fremden, weil nun der Fremde zu einem Objekt wird, ein Objekt, das glaubt zu schieben, während es in Wirklichkeit geschoben wird. Sobald einer am Bahnhof aussteigt, wird er verhaftet und kommt nicht mehr aus dem Getriebe des Fremdenverkehrs heraus. Er wird ins Hotel transportiert, und alles weitere ist dann vorgezeichnet. Er wird zu den Kunstschätzen hingeführt usw. Dabei ist alles so berechnet, wie kann man aus dem Menschen noch etwas herausziehen. Man studiert ihn ganz genau wieviel er hat, ob er soviel wird ausgeben können, mit wieviel Köpfen er da

(1885-1973), Georg Szell (1897-1970), Alexander von Zemlinsky (1871-1942) und Fritz Zweig (1893-1984) als Dirigenten beschäftigt. Vgl. Deutsches Bühnen-Jahrbuch. Theatergeschichtliches Jahr- und Adressenbuch 40 (1929), S. 250.

36 Nach der Berufszählung vom 16.6.1925 waren 42,1 % der Erwerbspersonen in Deutschland in Industrie und Handwerk sowie 30,5 % in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III, S. 55.

ist, wie er angezogen ist usw., und darnach teilt man ein, darnach richtet sich der Empfang, der manchmal abweisend, manchmal gleichgültig, manchmal freundlich ist, und manchmal strahlen sie alle an den Hoteleingängen, wenn so ein Fremder daherkommt. Der wird dann hineinbegleitet und kommt nicht mehr heraus, bis man weiß, er hat alles ausgegeben, was er ausgeben will oder ausgeben kann, oder was er mitgebracht hat, und wenn er dann alles ausgegeben hat, dann schaut man, daß der Platz frei wird, dann muß ein anderer kommen, dann stürzt man sich auf einen anderen. Das ist also in Wirklichkeit eigentlich ein schamloses Gewerbe. Es ist natürlich notwendig; das gebe ich schon zu. Die Schweiz z. B. würde sonst nicht existieren können. Aber wenn man die ganze Prozedur sieht, wie die armen Fremden hereinkommen und dann nicht mehr ausgelassen werden, bis sie ganz ausgepreßt sind, worauf sie dann wieder hinausfliegen, d. h. sie gehen natürlich selber, weil sie nicht mehr bleiben können, sie würden bleiben, wenn sie noch bleiben könnten, so muß man doch sagen, das ist doch an sich keine produktive Tätigkeit, auf die Dauer kann man auch eine Nation damit nicht ernähren und vor allem, ich möchte sagen, die Qualitäten eines Volkscharakters nehmen nicht in günstigem Sinne zu, wenn ein ganzes Volk auf diesen Erwerb eingestellt wird. Langsam beginnt hier, sagen wir, ein gewisses Verderben einzureißen, und zwar ein Verderb der Sitten, der Moral, wie wir das ja heute z. B. hier erleben können. Wenn die Stadtväter Münchens heute sagen, wir tun das nur wegen des Fremdenverkehrs, so kann ich dem nur entgegenhalten, weil ihr die Fremden wollt, vergiftet ihr unser Kunstempfinden. Was ist doch das schon für eine Charakterlosigkeit, daß man selbst zugibt, man würde so etwas nicht tun um der Kunst willen, sondern daß sie, wenn sie unter vier Augen sind, selbst sagen, Kunst ist das nicht. Überhaupt, was weiß denn Herr Scharnagl von Kunst. Er wird natürlich auch einmal hineingehen, und ich weiß schon, wenn er die anderen klatschen hört, dann wird er auch klatschen, und wenn die anderen lachen, wird er auch lachen, und wenn die anderen ernste Miene machen, macht sie Herr Scharnagl auch, und wenn die anderen zu tränen [*sic!*] beginnen, wird sich sein volksparteiliches Auge auch umfloren. Man braucht sie nur anzuschauen, dann weiß man von vornherein, welch tiefes Verständnis bei diesen Städtvätern vorhanden ist. Ist es nicht charakterlos, diese ganze Komödie dem Volk nur deshalb vorzuführen, damit man den Fremdenverkehr gewinnt. Wenn sie die gemeinsten Kitschstücke aufführen können und wissen, es kommen die Fremden, dann tun sie es. Ein Beispiel: Derselbe Herr Reinhardt, der die "Büchse der Pandora" oder "Der brave Soldat Schweyk" oder "Ehen werden im Himmel geschlossen" aufführt, Stücke, gegen die die Geistlichen von den Kanzeln gewettert haben, führt in Salzburg, in der frommen Stadt Salzburg fromme Spiele auf. Mein Gott, wie's eben trefft [*sic!*]! In Salzburg kann man nicht die "Büchse der Pandora" aufführen. (Beifall.) Ich bitte Sie, ist das nicht eine ungeheure Charakterlosigkeit und führt das nicht, sagen wir, zum Verderb eines ganzen Volkes. Glauben Sie [*mir*], der Fremdenverkehr selbst hat sich sehr übel ausgewachsen. Er ist nicht produzierend, sondern wirkt in manchen Fällen geradezu zerstörend. Dabei ist dieser Fremdenverkehr vom heutigen Standpunkt aus betrachtet, selbstverständlich nicht eine, sagen wir, unerschöpfliche Melkkuh, sondern er ist sehr begrenzt, und zwar begrenzt einerseits durch die Zahlungsmöglichkeiten der geldkräftigen Fremden und anderseits durch die Zahl der Orte, die auf die Fremden lauern und spekulieren. Das gilt nicht nur für innen sondern auch nach außen. Auch der internationale Fremdenverkehr ist bedingt durch die Geldkraft der reisenden Fremden, also durch die Zahl der Menschen, die sich das leisten können, und die Zahl

der Kurorte, Bäder usw., die darauf spekulieren, mit anderen Worten der Fremdenverkehr ist von Faktoren abhängig, die eigentlich durch die allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Vorgänge wieder ihre letzte Bestimmung erhalten. Der Fremdenverkehr in Deutschland ist also auch abhängig von der Zahl der geldkräftigen Menschen, und diese Zahl der geldkräftigen Menschen wird wieder bestimmt durch unser Wirtschaftsleben, und unser Wirtschaftsleben wieder wird bestimmt durch unsere politische Machtstellung, so daß am Ende maßgebend auch für den Fremdenverkehr die politische Machtstellung eines Volkes ist oder zum mindesten die politische Machtstellung der Völker, die zum Fremdenverkehr beisteuern sollen.

Nehmen wir Deutschland. Wer kommt hier als Fremder in Frage? Der Reiche, der ganz Reiche, jener sagenhafte Jude, auf den sämtliche Kurorte Jagd machen? Der kommt in allerletzter Linie in Frage; denn dazu zählen nur ganz wenige Menschen. Was hat es zu sagen, wenn ein Volk vielleicht 3[.000]-5.000 Millionäre hat [37]! Glauben Sie, daß 10 Millionäre in einem Kurort oder in einem gewöhnlichen Fremdenverkehrsort 3[.000] oder 4.000 andere Fremde ersetzen könnten? Nicht im geringsten! Was der Millionär verzehrt, ist auch begrenzt durch die Verzehrungsmöglichkeit [*sic!*] der einzelnen Person. 10.000 Menschen haben für einen Kurort immer mehr Wert, als 100 reiche Fremde, 100 Millionäre. Hier entscheidet die Zahl. Es kommen in erster Linie dann auch nicht in Frage die ganz Armen, die Untersten, wohl aber der solide Mittelstand, d. h. die Masse des sogen. besitzenden Bürgertums, die Menschen, die ein Geschäft haben, ein gesichertes Einkommen, eine soziale Stellung, kurz und gut, die Masse des Mittelstands überhaupt.

Da müssen wir heute feststellen, daß in Deutschland folgende Erscheinung stattfindet. Wir ruinieren den Mittelstand, der für den Fremdenverkehr in Frage kommt, mit allen Mitteln, wir vermehren durch die allgemeine wirtschaftliche Not und infolge der beschränkten Produktionsmöglichkeiten, infolge der beschränkten Absatzmärkte anderseits aber die Zahl der Kurorte, d. h. der Orte, die auf den Fremdenverkehr spekulieren. Je mehr man die normalen Einnahmemöglichkeiten begrenzt und beschränkt, um so mehr spekuliert man auf andere scheinbar leichtere Einnahmequellen. Man dezimiert mit anderen Worten die Zahl der möglichen Fremden und erhöht die Zahl der auf sie spekulierenden Orte. Wenn Sie in Deutschland herumsehen, werden Sie finden, daß immer mehr Orte alles Mögliche versuchen, um die Fremden anzulocken. Überall setzt die Jagd nach dem Fremden ein, und dabei vermehren sich durch alle diese Mittel die Fremden keineswegs. Wer eine Reise zur Erholung machen will, macht diese Reise an sich. Für ihn handelt es sich höchstens darum, daß er manchmal schwankend wird, soll ich den oder jenen Ort aufsuchen. Es wird vom nationalökonomischen Standpunkt aus betrachtet der gewöhnliche Deutsche, der überhaupt reisen will, eben irgendwo hingehen, und man wird durch neue Mätzchen, die für den Reisenden mit neuen Ausgaben verbunden sind, sicher keinen größeren Fremdenverkehr in die Wege leiten können. Die Zahl der Deutschen, die überhaupt zur Erholung fortgehen können, ist begrenzt durch unsere wirtschaftliche Not. Da sehen wir, wie gerade durch diese die Zahl dieser Menschen langsam der Vernichtung preisgegeben wird. Durch die Inflation sind ungezählte Menschen, viele Hunderttausende um ihre ganzen Ersparnisse, um ihr ganzes Vermögen, um ihre Existenz gebracht worden [38].

37 Vgl. Dok. 17, Anm. 21.

38 Von Dezember 1913 bis Dezember 1923 verringerte sich das Gesamtvermögen in Deutschland von etwa 310 Milliarden Goldmark auf 150 Milliarden Goldmark. Vgl. Holtfrerich, Die deutsche Inflation, S. 275 f.

Zehntausende und Zehntausende von Geschäften wurden zum Einsturz gebracht, und diese Menschen, diese Masse von Fremden, die wir früher gehabt haben, kommt heute gar nicht mehr in Frage. Dieser Mittelstand ist einfach ausgeschaltet, und wenn solche Leute wirklich noch irgendwo hingehen, geschieht es vielleicht aus Überlieferung; sie können aber nicht mehr so leben wie früher. Das sehen wir in München ja auch im Fasching. Die Säle sind vielleicht noch besetzt, aber wenn man die Ausgaben der Leute von heute vergleicht mit den Ausgaben im Frieden, dann wird einem der Unterschied so recht klar, und da kann nicht so ein Blödian von einer Partei hergehen und sagen, das tun diese Menschen bloß, weil die Nationalsozialisten da sind. Sie tun das, weil sie nicht anders können! Zu dieser Vernichtung des Mittelstands kommen dann die Reparationsverpflichtungen. Es leben ja leider fast alle ganz gedankenlos in die Zeit hinein, in eine Zeit, die gerade für den deutschen Mittelstand furchtbar werden wird [39]. Heute hören wir zum ersten Mal die wahrscheinliche Reparationssumme. Sie geht weit über 100 Milliarden hinaus, 130 Milliarden, einzelne Pariser Blätter schreiben von 170 Milliarden, die wir bezahlen sollen [40]. Glauben Sie mir, in Deutschland wird ein mächtiger Fremdenverkehr aufblühen, wenn diese Belastung auf uns gelegt wird, unter diesem wahnwitzigen Steuerdruck und bei dieser wahnsinnigen Vernichtung unserer Volkswirtschaft, die bedingt ist durch die Einschnürung der Absatzmärkte! Wenn da ein wirtschaftliches Unternehmen nach dem anderen zusammenbricht, so wird das die Zahl der Menschen, die sich irgendwohin setzen können, kolossal vermehren! Da kann Herr Scharnagl dann die Künstler vom Libanon rufen und jüdische Theaterdirektoren kommen lassen! Er wird noch was erleben mit seinem Fremdenverkehr. Wenn er Inflation macht und der Ausländer uns wieder ausverkaufen kann, dann werden wir allerdings wieder Fremde hereinkriegen, dann wird man uns wieder das letzte Hemd vom Leib herunterholen. Wenn das nicht geschieht, dann wird es in kurzer Zeit in Deutschland überhaupt keinen Fremdenverkehr mehr geben.

Dazu kommt weiter infolge dieser Umstände natürlich unsere wahnwitzige Steuergesetzgebung, eine Steuergesetzgebung, die ganze Berufstände einfach ruiniert und zwar blödsinnig ruiniert. Man muß sich oft fragen, sind diese Menschen, die diese Steuergesetze veranlassen, überhaupt noch vernünftig. Man macht z. B. ein Kraftfahrzeugsteuergesetz [41], das zwangsläufig die Produktion von Kraftfahrzeugen so eingeschränkt hat [42], daß dadurch nicht allein viele Zehntausende von Arbeitskräften brotlos sind und Arbeitslosenunterstützung bekommen müssen, sondern auch die deutsche Industrie infolge der verminderten Produktionsmöglichkeit überhaupt nicht mehr in der Lage ist, so billig zu produzieren wie das Ausland, so daß uns in weiterer Folge der Auslandsmarkt mit billigen Wagen überschwemmt, und wieder Zehntausende und Zehntausende von Menschen um das tägliche Brot gebracht werden wegen dieser wahnsinnigen, verrückten Steuerpolitik. Das sehen wir überall so, am meisten bei der Land-

39 Vgl. Dok. 17, Anm. 22.

40 Der VB nennt in seiner Ausgabe vom 9.4.1929, "37 Jahre lang 2.000 Millionen jährlich", eine zu erwartende Reparationsgesamtsumme von 112 Milliarden RM. Am 13.4.1929 übergaben die Vertreter Hauptgläubigermächte auf der Pariser Konferenz der deutschen Delegation ein Memorandum mit der Forderung von 58 Jahresraten zu durchschnittlich 1,7 Milliarden RM. Vgl. Die Entstehung des Youngplans, S. 219 f.

41 Kraftfahrzeugsteuern wurden seit 1922 reichseinheitlich erhoben. Seit 21.12.1927 galt ein neues Kraftfahrzeugsteuergesetz. Druck: RGBl. 1927, I, S. 509 ff.

42 1928 wurden in Deutschland 101.617 Personen- und 17.053 Lastkraftwagen hergestellt. 1929 sanken diese Zahlen auf 91.936 bzw. 15.594. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, Berlin 1931, S. 113.

wirtschaft. Auch dort eine Steuerpolitik, die die Bauern am Ende um Haus und Hof bringen muß, sie zur vollkommenen Verarmung bringt, wobei diese Leute nicht rechnen, daß sie damit die ursächlichsten inneren Absatzmärkte vernichten, so daß dadurch tatsächlich die eigene Produktion im Innern, soweit sie im Innern abgesetzt werden könnte, eine enorme Schwächung erfahren muß [43]. Millionen von Arbeitslosen werden die Folge sein, und die Folge davon wieder ist eine verminderte Kaufkraft, die weitere Folge ein neues Zusammenbrechen von zahllosen Geschäften, die von der Kaufkraft der Menschen abhängig sind, und die Folge davon erhöhte Ausgaben des Staates für Arbeitslosenunterstützungen usw., und die Folge hieraus neue Steuerlasten, die um so schwerer wirken, als der Kreis der möglichen Steuerträger immer kleiner wird, bis schließlich diese Schraube ohne Ende langsam das ganze Volk vernichtet. Wir sehen jetzt schon wie die Fremden, die für die kleinen Landstädte in Frage kommen, das sind natürlich nicht die Juden, sondern die Bauern, langsam ausfallen. Wir haben große Gebiete wie z. B. Ostpreußen, wo die Bauernschaft keine Mark mehr hat. Sie können überhaupt nichts mehr kaufen, denn sie sind vollkommen verarmt.

Dazu kommt weiter das Kreditwesen. Es ist unmöglich, daß der kleine Mann überhaupt noch Kredit zu erschwinglichen Zinsen erhält. Wenn irgendwo eine Umstellung des Betriebes vorgenommen werden will, müssen so wahnwitzige Zinsenlasten getragen werden, daß sich das von selbst aufhört [44]. Millionen von Deutschen lesen tagtäglich die Zeitung und gehen ganz belanglos und gedankenlos darüber hinweg, daß jeden Monat soundsoviel Tausende von Geschäften in Konkurs geraten [45], und bedenken nicht, daß damit langsam die Massen vernichtet werden, die allein die Masse für den Fremdenverkehr abgeben.

Dazu kommt weiter unser Großwarenhaus-Wahnsinn. Wir sehen das auch hier in unserer Stadt, gleich da drüben [46]. München hat ein unendliches Bedürfnis, daß hier große Warenhäuser errichtet werden. Herr Scharnagl fühlt dieses Bedürfnis genauso, wie er die große Kunst fühlt, das Bedürfnis nach ganz großer Kunst. Ganz große Kunst und ganz große Warenhäuser, das ist die Parole, der Schrei der Zeit. Herr Scharnagl kämpft dafür, und es gelingt ihm auch unter der Assistenz der Mittelständlerischen [*sic!*] Bayerischen Volkspartei und der anderen Parteigebilde in München langsam die Objekte aufzutreiben, die man einreißen kann, damit dort große hochstöckige Warenhäuser hingesetzt werden können. Man wird dann staunen, wenn in der ganzen Umgebung das Geschäftsleben verödet, wenn diese Geschäftsleute kaputtgehen. Der kleine Prolet sagt freilich, recht so, das ist ausgezeichnet, das sind die modernen Methoden der Wirtschaft, die Karl Marx als richtig vorausgesagt hat, bei der außerdem die kleinen Kapitalisten vernichtet werden. Daß dann die Angestellten in diesen Warenhäusern 80-110 [*R*]M Gehalt beziehen und Heimarbeiter Hungerlöhne erhalten und außerdem Tausende von kleinen Geschäftsleuten, die die Brücke hätten abgeben können für ein Emporsteigen der untersten Schichten nach oben, vernichtet werden und außerdem ein paar große Juden übrig bleiben, das erscheint vom volkswirtschaftlichen Standpunkt durch die Brille der Bayerischen Volkspartei betrachtet als kolossales Ergebnis. Je mehr hochstöckige Warenhäuser wir haben,

43 Vgl. Dok. 17, Anm. 47, 48.
44 Die Kreditkosten für einen festen Kredit lagen im März 1929 bei 9,5 %. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 334 f.
45 Vgl. Dok. 3, Anm. 12.
46 Vgl. Dok. 17, Anm. 35.

um so größer der Erfolg der Bayerischen Volkspartei, je mehr in den Warenhäusern einkaufen, um so durchschlagender die moderne Gesinnung des Herrn Scharnagl. Er hat das ja in Nordamerika gesehen, und München bleibt nicht zurück, im Gegenteil, München voran! Die Stadtgemeinde hat den ersten Wolkenkratzer begonnen [47], hoffentlich folgen andere nach. Diese altmodischen Türme, diese Raditürme von der Frauenkirche sind auch ein Überrest der alten Kunst, die München so rückständig gemacht hat und München nicht in die moderne Zeit hineinhebt. Das muß alles übertrumpft werden, da muß etwas anderes herkommen, was dem Geist diesen großen Bürgermeisters und Bäckermeisters entspricht. (Heiterkeit.)

Glauben Sie mir, meine lieben Freunde, das sind die Methoden, die langsam den Fremdenverkehr vernichten. Das heißt, Sie bekommen schon Fremde her, diese Fremden sind aber nicht mehr die Fremden, die wir früher hatten. Sie sehen das praktisch z. B. im bayerischen Oberland, in Berchtesgaden z. B. Es ist überall dasselbe. Man versucht sich zu helfen, indem man immer größer Kurpaläste baut [48]. Ein Kurort jagt den andern, und so wird das ganze Leben verteuert, weil eine Institution die andere zwingt mitzumachen. Und das tut man in einer Zeit, in der ganz Deutschland verarmt ist. Es ist ein perfekter Wahnsinn, der die ganze Menschheit erfaßt hat wie in einem Taumel. Dabei verschuldet man sich wahnsinnig, und damit man Geld bekommt, beginnt man zu verpfänden, was man von früher her hat. Diesen Wahnsinn treibt man solange fort, bis das Letzte verpfändet ist, bis man vor dem vollen Zusammenbruch steht, und dann das grausame Erwachen kommt. Dann wird natürlich niemand schuld sein, dann wird die Bayerische Volkspartei sofort eine neue Dependance einrichten zur Rettung des Mittelstands, zur Rettung des Bauernstandes, eine andere zur Rettung der Angestellten, und dann werden die Herren auf das Land hinausgehen und gegen den Moloch der Großwarenhäuser, gegen den Moloch des Großkapitals, das sie selbst gefördert haben, die Massen aufrufen, aber nicht aufrufen, daß die Massen den Moloch stürzen, sondern daß sie den Wagen wieder ziehen, in dem Freund Moloch wieder drinsitzen wird, wie er heute bereits drinsitzt.

Glauben Sie mir, wenn wir heute langsam in Deutschland von einer allgemeinen Not erfaßt werden, dann kann selbstverständlich auch der Fremdenverkehr keine Ausnahme machen; denn es ist eine irrsinnige Dummheit zu glauben, daß man den ganzen Mittelstand vernichten kann - und das sehen Sie doch, daß er vernichtet wird -, aber der Fremdenverkehr wird kolossal blühen. Dann hofft man noch, daß Ausländer kommen. Glauben Sie mir, die Ausländer gehen dorthin, wohin zu gehen augenblicklich Mode ist, und die Mode wechselt verdammt schnell. Sie gehen am liebsten dorthin, wo Inflation herrscht, und dorthin, wo augenblicklich der große Zug der Fremden hingeht. Besonders die Fremden, auf die die Münchener Stadtväter dauernd aussehen, die ganz reichen, die paar ganz reichen Juden, die kommen nicht nach München, die gehen nach Ostende und Biarritz, nach der französischen Riviera und in die Schweiz. Die kommen auf die Dauer nicht hierher, besonders wenn man bedenkt, daß, ja Herr Scharnagl ist überzeugt, daß er Europäer geworden ist, Herr Scharnagl, er ist aber noch nicht einmal, ja ... [*sic!*] (Heiterkeit.) Wissen Sie, die Leute, die wirklich international für den Fremdenverkehr in Betracht kommen, die können auch die Köpfe abschätzen. Wenn die so einen

---

47 Gemeint ist das zwölfgeschossige städtische Verwaltungsgebäude in der Blumenstraße 28b, das zwischen 1926 und 1929 als erstes Hochhaus in München erbaut wurde.

48 Vgl. Dok. 17, Anm. 33.

Kopf anschauen, wissen sie ganz genau, was dahinter steckt, auch wenn er Unterricht in Englisch nimmt. Kein Mensch wird ihn deshalb für einen Engländer halten, sondern jeder weiß, daß er Bayer ist und außerdem noch Stadtrat und außerdem noch Bürgermeister von München. (Heiterkeit - Lebhafter Beifall.) Das weiß jeder Mensch und, glauben Sie mir, die Leute wissen auch ganz genau und kennen ganz genau die innere Einstellung eines normalen Bayern. Sie können jetzt tausendmal Herrn Reinhardt hier spielen lassen, wenn so ein internationaler Jude bloß einen Münchener Droschkenkutscher sieht, weiß er doch, in Wirklichkeit wollen sie mich nicht, niemand will mich hier. Er will ja auch niemand. Da kann die Bayerische Volkspartei und [*kann*] Herr Scharnagl auch im Rathaus einen Empfang veranstalten, jeder Mensch weiß doch, in Wirklichkeit will kein Mensch damit etwas zu tun haben, auch der Bayer nicht, der kein Antisemit ist. Man ist aber abhängig davon. Die andern wissen das auch; sie wollen auch mit uns nichts zu tun haben. Ich glaube, der Geruch stößt sie zurück, genauso wie unsereinen auch der Geruch zurückstößt. Glauben Sie mir, sie wünschen uns nicht und wollen uns nicht und kommen nicht, Sie können machen, was Sie machen wollen. Die Leute, die nach München kommen, kommen nicht wegen der Mätzchen des Herrn Reinhardt, sondern weil sie eine innere Sehnsucht haben nach der deutschen Stadt München, und wenn sie das nicht mehr anzieht, kommen sie überhaupt nicht mehr hierher. (Stürmischer Beifall.)

Warum kommen die Fremden hierher? Wegen unserer Natur, wegen unserer herrlichen Umgebung und die steht, Gott sei Lob und Dank, fest und kann augenblicklich nicht verschoben und verkitscht werden. Das ist ein Objekt, das die Fremden anzieht. Die einzige Möglichkeit ist die der Verschandelung, und zwar dadurch, daß zuviele von gewissen Fremden hierher kommen. Wenn da zuviele hinkommen, bleiben die anderen aus. Man könnte eine Besserung auch dadurch herbeiführen, daß man sagt, bessere Straßen her, die Bahnen usw. mehr in Schuß bringen, die Verbindungen abkürzen. Es gäbe also schon Möglichkeiten, um z. B. den Verkehr in die Natur hinaus bei uns etwas zu fördern, zu erleichtern. Diese Möglichkeiten werden aber leider nicht aufgegriffen. (Zustimmung.) Das wäre vielleicht die einzige Möglichkeit, um manchen Fremden anzureizen, daß er hinausgeht. Im allgemeinen wird aber der Fremde, der in die Berge gehen will, mehr Wert darauf legen, daß nicht zuviel Komfort herrscht, weil die meisten nicht soviel [*Geld*] hinlegen können. Er hat kein Interesse an diesem übertriebenen Komfort, der Deutsche vor allem nicht, und eigentlich sind für die Deutschen die Berge doch auch noch da. In kurzer Zeit werden sie sich das so nicht mehr leisten können.

Es bliebe für München dann noch besonders die Kunst übrig. Da müssen wir sagen, da kann manches geschaffen, könnte manches gebessert werden. Aber eines wollen wir betonen, die Kunst, die ihr Entstehen primär dem Fremdenverkehr verdankt, taugt keinen Schuß Pulver, und mit der kann man auf die Dauer keine Fremden hereinholen. Aus dem Fremdenverkehr ist noch keine Kunst ursprünglich entstanden. Die Triebkräfte, die das Kunstleben der Menschheit beförderten, waren religiöser Natur, weltanschaulicher Natur und politischer Natur, und endlich lag der letzte Antrieb zum künstlerischen Schöpfen in dem inneren Zwang, der ganz unabhängig ist von äußerer Einwirkung. Ich sage, die Kunst ist begründet in religiösen, weltanschaulichen und politischen Gesichtspunkten. Sie brauchen sich da nur die großen Kulturzentren, die Kunstzentren der Menschheit vor Augen zu halten und werden sofort selbst einsehen, daß hiebei der Gedanke des Fremdenverkehrs gar nicht mitgeholfen hat, irgendwie Kunststätten zu schaffen. Was wir aus der Antike in den riesenhaften Ruinenfeldern von heu-

te, die jetzt allerdings alljährlich Zehntausende von Fremden anzuziehen vermögen, vor uns sehen, ist nicht entstanden aus dem Gedanken, später einmal Fremde anzuziehen. Keine Pyramide ist gebaut worden in dem Gedanken, daß das einmal eine Sehenswürdigkeit für die alte Welt, für Europa werden könnte. Der Zweck dieser Bauten mag vielleicht heute noch nicht ganz klar sein, sicher aber ist, daß er nicht im Fremdenverkehr gelegen war. Das gilt von allen Tempeln, von den großen antiken Palästen sowohl in der ersten Kulturperiode, die aus grauem Nebel heraus sichtbar wird, von der großen Periode der mesopotamischen Kultur und der ägyptischen Kultur wie auch von der zweiten großen Periode, die wir geschichtlich ganz genau kennen, von der griechisch-römischen Kultur. Wir sehen keine Stadt entstehen, die ihre Kunstwerke anderen Triebkräften verdankt als denen weltanschaulichen, religiösen Charakters oder denen der politischen Machtentfaltung, des politischen Machtgedankens. Alle die riesenhaften Bauwerke des alten Rom sind nur entstanden als Ausdruck der Cäsaren-Herrlichkeit und Cäsaren-Macht, und wenn Rom in Flammen aufging und wieder neu gebaut wurde, so war der Gedanke der, dem neuen Cäsaren eine würdige Repräsentationsmöglichkeit zu verschaffen. Auf der anderen Seite stand natürlich auch der religiöse Gedanke. Jedenfalls aber war alles der Ausdruck eines gewissen Machtempfindens eines Volkes, und die einzelnen Kunstwerke selbst, sie haben noch viel weniger mit dem Fremdenverkehr zu tun. Wenn die Fremden später kamen und sie bewunderten, nahm man sie gerne auf und war stolz darauf bewundert zu werden. Nicht aber sind die Bauwerke entstanden, damit die Fremden kommen und dort ihr Geld zurücklassen, damit man also Geschäfte machen kann. Das kam praktisch nicht in Frage. Das gilt auch für das ganze Mittelalter. Glauben Sie, daß der Kölner Dom, das Straßburger Münster, der Dom zu Regensburg oder zu Freiburg im Breisgau oder früher die großen monumentalen Dombauten in Speyer, Worms, Limburg a. d. Lahn entstanden sind, befruchtet von dem Gedankengang eines möglichen Fremdenverkehrs? Niemals! Sie waren der Ausdruck eines tiefen inneren, religiösen Hochgefühls. Dieses trieb die Dome empor, und später waren diese Bauten auch der Ausdruck des politischen Machtgefühls der Städte. Die ganzen Herrlichkeiten unserer deutschen Städte, die wir heute noch sehen, die Burgen, Wälle und Türme und das ganze innere Stadtbild waren der Ausdruck der politischen Kraft und dann des wirtschaftlichen Reichtums. Das sehen wir auch in die neuere Zeit übergehen. Auch da sind die großen Kultur- und Kunststätten aus demselben Gedankengang heraus entstanden.

Glauben Sie, eine Stadt wie z. B. Petersburg verdankt ihre Bauten einem spekulativen Fremdenverkehr? Nein, der Gedanke war, für die Stadt des Zaren aller Reussen einen würdigen Platz zu schaffen, eine würdige Residenz genauso, wie Berlin demselben Gedanken seine ältesten Bauten verdankt und nicht nur die ältesten. Alle die Bauten, die unter Friedrich dem Großen entstanden [*sind*], sind nur geboren aus dem Gedanken der Notwendigkeit, dem jungen, so siegreichen preußischen Königtum machtvollen Ausdruck nach außen zu verleihen [49]. Demselben Gedanken entsprangen die Bauten von Paris, die Kunstschätze von Paris [50]. Diese Stadt, sie war die Zentrale des französischen Königtums, war die Zentrale des Landes, die langsam den neuen französischen Staatsgedanken verkünden und verkörpern sollte, der die Überwindung der französischen Feudalstaaten erforderte, und diese Stadt sollte daher einen

49 Vgl. Dok. 17, Anm. 39.
50 Vgl. Dok. 17, Anm. 36.

überwältigenden Eindruck auf die anderen ausüben, damit sie die großen zentralen Kräfte mobilisiert, die der junge Staat braucht, damit sie Bewunderung erweckt, kurz und gut, damit die Tausende und Abertausende mit Bewunderung und Stolz und auch mit Ehrfurcht auf die Zentrale des Landes hinsehen. Der gleiche Gedanke beherrschte auch das erste französische Kaiserreich. Napoleon beginnt, zur Verherrlichung des neuen Imperiums riesenhafte Bauten in Paris in die Wege zu leiten, und als Napoleons Herrschaft gestürzt wird, und dann ein zweites napoleonisches Kaiserreich kommt, wird dieser Gedanke ebenso wieder aufgegriffen. Paris erleidet ungeheuere Umwälzung, riesige Stadtteile werden niedergelegt, neue Boulevards erstehen, der Bau einer neuen Oper wird begonnen und all diese von dem einen Standpunkt, von dem einen Gesichtspunkt aus, Paris muß zum Mittelpunkt nicht nur Frankreichs, sondern zum strahlenden Mittelpunkt der ganzen Welt werden. So ist Paris tatsächlich Frankreich. Dasselbe sehen wir in Österreich. Je mehr sich dort die Verhältnisse zentrifugal entwickeln, je mehr das alte Reich zu zerfallen droht, desto mehr sehen wir die Versuche, die Reichshauptstadt Wien zu einer machtvollen, großen, glänzenden Stadt zu machen, erst in der Maria Theresianischen-Josephinischen Periode und dann in jener großen Zeit Kaiser Franz Josephs, da die alten Wälle niedergerissen wurden, und anstelle der Ringmauern die neue Ringstraße trat, und ein Prachtbau nach dem andern entstand aus dem politischen Gedanken heraus, dem großen zerfallenden Reich einen Mittelpunkt zu geben, der allgemeine Bewunderung erwecken mußte [51]. Diese Entwicklung sehen wir dann zum drittenmal weitergeführt durch Bürgermeister Dr. Lueger, der versucht, durch bürgerliche Initiative der Stadt einen gewaltigen Machtausdruck zu verleihen. Wir sehen das genauso im übrigen Deutschland bei allen Residenzen. Ob das nun Dresden oder München oder eine kleine Residenz ist, überall entstehen Kunstwerke aus dem Gedanken heraus, dem Königtum, dem monarchischen Gedanken eine überwältigende Repräsentation zu geben. Das war der treibende, der leitende Gedanke, und nirgends spekulierte man dabei etwa auf den Fremdenverkehr. Am meisten gilt das gerade für München [52]. Wenn Ludwig I. München, nachdem dort eine große Kunstperiode unter den Kurfürsten bereits abgeschlossen war, zum zweitenmal zu einer Kunststadt entwickeln wollte, so geschah das auch in der Absicht, dieser Stadt dadurch eine Bedeutung zu geben, die sie machtpolitisch nicht mehr haben konnte. Er hat genau erkannt, es gibt einen Weg, der diese Stadt naturnotwendig mit Sicherheit zum Mittelpunkt Deutschlands machen muß, der darin besteht, daß diese Stadt zur größten Kunstmetropole gemacht wird, ein politischer Gedanke, den er auch klar ausspricht und der nur denkbar ist bei einem Monarchen, der durch und durch als Künstler fühlt und denkt. Glauben Sie mir, Staatsmänner, nicht allerdings solche des Formats der Bayerischen Volkspartei, sind zu allen Zeiten ein- und dasselbe gewesen, Staatsmänner, Feldherrn und Künstler. (Lebhafter Beifall.) So baut Ludwig I. ganz unverstanden von der Masse, die diese Möglichkeiten nicht erkennt, sondern im Gegenteil in ihm den närrischen König sieht, und ebenso will später auch Ludwig II. bauen, und diese beiden werden ergänzt durch einen dritten großen Menschen, der Deutschlands größter Kunstreformator wurde, nicht etwa weil er damit der Stadt München eine Einnahmequelle aus dem Fremdenverkehr eröffnen wollte, sondern der das tat, weil ein innerer Zwang ihn trieb, es zu tun. Er ist der höchste Repräsentant jener

51 Vgl. Dok. 17, Anm. 38, 41.
52 Vgl. Dok. 17, Anm. 43.

Kunst, die eben entsteht, weil sie entstehen muß, die man nicht befehlen kann, die man aber auch nicht hindern kann, sondern die herausquillt aus dem Seelenleben eines Volkes. Es taucht plötzlich einer auf, der sich aufwirft zum Verkünder einer neuen Kunstanschauung: Richard Wagner. Nun wissen Sie, wie wenig sie zu allen Zeiten verstanden wurden, die wirklich großen Kunstschöpfer und Kunstschaffer. Wir wissen, welch große Widerstände ihnen entgegentraten, wie sie alle nicht verstanden wurden, und wissen auch, daß hier zu Lande die breite Masse kein Verständnis hatte für die großen Werke dieser Könige, für die großen Werke Richard Wagners, und wissen, daß die am allerwenigsten dafür Verständnis hatten, die die absoluten geistigen und ideellen Vorfahren derjenigen sind, die heute nach München ganz große Kunst, die Wolkenkratzerkunst, die Kunst des Kaufhauses und die Kunst der Reinhardt-Festspielaufführungen hereinbringen. Die Vorfahren dieser Leute, ihre geistigen und parteipolitischen Vorfahren sind es gewesen, die München um den Festspielhügel gebracht haben, der heute in Bayreuth steht [53].

Glauben Sie mir, diese Leute haben heute noch keine Ahnung, was München braucht, um als Stadt anziehend zu wirken, daß vor allem erforderlich ist ein geschlossenes Stadtbild, d. h., daß eine Übereinstimmung stattfinden muß zwischen Volk und Kunst, zwischen Volk und Stadtbild [54]. Es muß eine Übereinstimmung geschaffen werden zwischen Tradition und dem heutigen Weiterbau. Man kann so etwas nicht einfach zerreißen und sagen, bisher war die Stadt eine Stadt der deutschen Kunst, und jetzt wird diese Stadt der deutschen Kunst plötzlich umgewandelt. Das gibt nur eine Mißgeburt. Was unsere Stadt sehenswert macht, ist die Übereinstimmung zwischen Volkscharakter, Volkstum und Stadtbild in unserem ganzen Kunstschaffen und Kunsterleben in München. Wenn Sie das zerbrechen, zerbrechen Sie das Sehenswerteste, was die Stadt besitzt. Fangen Sie an, hier den Amerikanismus einzuführen oder das Berlinertum hierher zu verpflanzen, dann sind Sie verloren; denn dann haben wir das geopfert, was an unseren Sehenswürdigkeiten das höchste ausmacht, nämlich unser eigenes Gesicht. (Lebhafter Beifall.)

Ich darf hier eines einfügen. Es ist falsch, wenn Menschen einer bestimmten Fähigkeit sich verleiten lassen, mit anderen einer anderen bestimmten Fähigkeit auf deren Gebiet in Konkurrenz zu treten. Sie müssen da verlieren. Ich darf hier ein Beispiel sagen. Wenn wir unsere Kunstmission darin sehen würden, in Konkurrenz zu treten bei unseren Bauten mit den amerikanischen Wolkenkratzern, wenn wir einmal beginnen, den Wert der Bauwerke abzuschätzen nach der Zahl der Stockwerke, müssen wir unterliegen, denn das ist nicht unsere Stärke. Es ist das gerade so, wie wenn ich mich mit einem Juden in Dialektik üben würde, mit ihm auf diesem Gebiet konkurrieren wollte. Ich weiß, ich würde unterliegen, zwangsläufig unterliegen, weil der Mann nicht das spricht, was er denkt, sondern, wenn er redet, seine Gedanken verhüllt, während ein Deutscher spricht, was er denkt. Der andere spricht deutsch und denkt hebräisch. Ich weiß, daß er hebräisch denkt, daß er mich übervorteilt. Das kann ich nicht. Man sagt ja immer wieder, wenn die Juden so geschäftstüchtig sind, warum sind es die Deutschen

53 Gemeint ist das 1872 bis 1876 von Otto Brückwald erbaute Richard-Wagner-Festspielhaus, in dem die 1872 von Richard Wagner gegründeten Festspiele seit 1882 jährlich stattfinden. Vgl. auch Dok. 17, Anm. 45.

54 Zur baulichen Ausgestaltung und den Planungen für München während des Dritten Reiches vgl. Hans-Peter Rasp, Eine Stadt für tausend Jahre. München - Bauten und Projekte für die Hauptstadt der Bewegung, München 1981.

nicht auch? Weil eben das zweierlei Geschäftstüchtigkeit ist. Der eine ist ein skrupelloser Spekulant und der andere ein geschäftstüchtiger, naiver, anständiger Mensch, und da muß der anständige Mensch zwangsläufig verlieren (lebhafter Beifall), nicht weil er dümmer ist, weil er weniger kann, sondern weil er da nicht mitkommt. Das ist eine Fähigkeit, die ihm nicht liegt, die nur dem anderen liegt.

Wenn Sie z. B. sagen, ja warum haben wir denn keine deutschen Dirigenten? Ja, wenn wir Dirigieren im Sinne von Mätzchen machen auffassen, dann können wir nicht konkurrieren. Symphonien haben die Deutschen geschaffen, Opern haben sie geschrieben, Kunstwerke haben sie geschaffen, die die Ewigkeit überdauern! Mit jüdischen Dirigenten können sie aber nicht konkurrieren; das liegt ihnen nicht. Das ist genauso, wie wenn jemand sagt, bitte, warum machen sie nicht auch in kubistischer Malerei oder in dadaistischer Musik? Wir können das nicht, das können nur die anderen, und die können dafür das nicht, was wir können. Es ist Wahnsinn, wenn wir uns auf ein Gebiet begeben, das uns an sich nicht liegen kann, weil es unserem Wesen nicht entspricht, weil es uns wesensfremd ist, unserem Seelenleben nicht entspricht. Wir müssen dabei unterliegen. Das gilt gerade für dieses Kapitel hier. Wenn wir einmal anfangen, uns auf die Bahn der Berliner Staatstheater zu begeben, wenn wir in München diese in Wirklichkeit nur traditionslose Effekthascherei nachahmen, wie sie Jeßner in Berlin hat, opfern wir damit den Geist jener Münchener Kunst, die bisher von vielen als Oase im übrigen Deutschland angesehen wurde, eine Oase, auf die sich manche mit innerer Erlösung geflüchtet haben. Ich halte es für Wahnsinn, wenn München versucht, mit spezifischen Charaktereigenschaften in Konkurrenz zu treten. Ich stehe auf dem Standpunkt, diesen Eigenschaften müßten wir unsere besseren deutschen gegenüberstellen. Gefahr bestünde für München erst dann, wenn in Berlin selbst wieder wirklich deutscher Geist seinen Einzug hielte. Das allein könnte München Abbruch tun. Die Menschen aber, die gesättigt werden von jenem kosmopolitschem Kunstgefühl und Kunstsinn, den wir in Berlin sehen, können wir nie gewinnen; denn so kosmopolitisch können wir gar nicht aussehen; denn da sind wir viel zu wenig komplizierte Naturen, da ist unsere Stadt viel zu wenig interessant für diese dekadente Gesellschaft. Die geht lieber nach Berlin/W[*est*]. Dort passen die Neger und das ganze Zeug besser hin. Bei uns ist das fremd, und dort gehört es zum ganzen Milieu, bis eines Tages eine Faust kommt und dieses Milieu auskehrt. Es ist verrückt, wenn wir auf dem Boden kämpfen wollen, auf dem wir glatt ausrutschen müssen. Es ist Wahnsinn, wenn in Deutschland alle darnach gieren, sich dem internationalen Juden dienstbar zu machen, statt daß die Städte hergehen und sagen würden, wir pfeifen auf die Juden und rechnen nur mit den Deutschen. Ein einziges Seebad, Borkum, hat das gemacht [55], gemacht durch einen Mann, der unser Parteigenosse ist, Pfarrer Münchmeyer, der sagte, es ist Wahnsinn, wenn sie alle um die Juden buhlen, buhlt um die Deutschen. Und wir sehen, Borkum hat nicht gelitten. Monate vorher muß man einen Platz bestellen, wenn man hin will. Es ist bemerkenswert, daß die Leute auch sonst gerne dorthin gehen, wo keine Juden wohnen. Ich wohne z. B. in Berlin immer in einem kleinen Hotel [56], in

55 Vgl. Dok. 17, Anm. 51.

56 Gemeint ist das Hotel "Sanssouci", Linkstraße 37, Bezirk Tiergarten, in dem Hitler abstieg, bevor er das Hotel "Kaiserhof" zu seinem Berliner Hauptquartier machte. Vgl. Julius Karl von Engelbrechten und Hans Volz, Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin. Ein Führer durch die Gedenkstätten des Kampfes um die Reichshauptstadt, München 1937, S. 63, 68.

dem fast nie Juden verkehren. Vor einiger Zeit sah ich dort plötzlich die Spitzen der Zentrumspartei. Ich war ganz erstaunt und fragte den Ober, wie kommt denn Herr Schirmer[57] hier herein, wie denn Herr Esser [58], der Namenskollege unseres Parteigenossen von der Zentrumspartei - Sie können ihn durch seinen großen Vollbart von unserem Parteifreund Esser [59] unterscheiden - wie kommen die da herein? Da sagte mir der Ober ganz ruhig, weil wir keine Juden haben. Großartig! Weil wir die Juden bekämpfen, werden wir von der Zentrumspartei aus christlichem Empfinden aufs schwerste verfolgt. Aber weil in diesem Hotel keine Juden wohnen, gehen sie dorthin, und glauben Sie [*mir*], wenn in München keine Juden wären, wäre unsere Stadt ganz ungeheuer überlaufen, weil dann jeder einmal nach München kommen möchte, da er sich sagt, die Stadt möchte ich sehen, wo es keine Juden gibt. (Stürmischer Beifall.)

Ich möchte geradezu als eine Lebensfrage für München folgendes hinstellen. Gelingt es uns, dieser Stadt den so persönlichen Ausdruck zu erhalten und ihn ihr erst recht zu geben, daß sie sich restlos unterscheidet von dem kosmopolitischen, sich langsam verinternationalisierenden [*sic!*] Berlin, dann ist die Zukunft Münchens für immer garantiert; denn dann behält diese Stadt ein Gesicht, das sehenswert ist. Geschieht das nicht, begibt sich diese Stadt auch auf die Bahn der anderen Städte, dann wird sie es erleben, daß sie doch nur Halbes erreicht, denn den internationalen Firnis, den Berlin hat, bekommt sie dann doch nicht. Das kann sie nicht mehr aufholen, da kann Herr Scharnagl die weitesten Hosen anziehen und noch so amerikanisch tun, das nützt alles nichts, da kann die Bayerische-Volkspartei-Stadtratsfraktion noch so international fühlen, noch so internationale Kunst machen und sich gegenseitig einreden, daß man sachverständig sei und davon etwas verstünde. Das nützt alles nichts, denn es wäre doch alles nur halb. Es paßt das nicht zu uns, und alles, was zu einem Menschen nicht paßt, wird ihm niemals stehen, und am Ende ergibt sich ein zerrissenes Bild, das niemand ansehen will. Da kann man sagen: zum Kosmopolitischen zu bayerisch und zum Bayerischen zu kosmopolitisch, und das Ende wird sein, daß an einem solchen Zwitter kein Mensch ein Interesse hat. Das sind Promenademischungen; die will man nicht. Ich glaube, jeder Deutsche, dem gerade diese Stadt am Herzen liegt, kann nicht wünschen, daß das zu sehr Alltagserscheinung, zu sehr Bestandserscheinung wird, sondern jeder kann nur wünschen, daß diese Stadt mehr und mehr hineinwächst in ihre Rolle als deutsche Kulturstadt. Wenn man den Weg beschreitet, werden wir Nationalsozialisten immer und jederzeit dafür eintreten. Was Deutsch ist und was vorbildlich sein kann für Deutschland, werden wir Nationalsozialisten dieser Stadt fördern, und da werden wir großzügig sein; denn wir haben ein großes Programm der deutschen Er-

57 Carl Schirmer (1864-1942), Schlosser, 1893 Mitbegründer des katholischen Arbeitervereins München, 1896/97 Sekretär des katholischen Arbeitervereins, 1899-1907 MdL in Bayern (Zentrum), 1907-1918 MdR, 1919-1920 Mitglied der Nationalversammlung, 1920-1928 MdR (BVP).

58 Thomas Esser (1870-1948), Buchdrucker, 1900 Gründung der Spar- und Kreditgenossenschaft Euskirchen (später: Gewerbebank E.G.m.b.H.), 1921-1933 MdR (Zentrum), 1921-1933 MdL in Preußen, 1926-1933 Vizepräsident des Reichstags, 1933 mehrfach verhaftet, 1944 zwei Monate Haft in Arbeitslagern.

59 Hermann Esser (1900-1981), 1919 Eintritt in die DAP/NSDAP, 1920 Schriftleiter des VB, 1923 Propagandaleiter der NSDAP, 1924 Führer der GVG, 1925/26 Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1926/27 Bezirksleiter von Oberbayern und Schwaben, 1926-1932 Hauptschriftleiter des "Illustrierten Beobachters", 1929-1933 Vorsitzender der NSDAP-Fraktion im Münchner Stadtrat, 1932 MdL in Bayern, 1933-1935 Minister ohne Geschäftsbereich und Chef der Staatskanzlei in Bayern, 1935-1945 Leiter der Fremdenverkehrsabteilung im Reichspropagandaministerium.

neuerung und wir bilden uns ein, daß, wenn dieses Programm einmal in Erfüllung geht, Deutschland ein anderes Gesicht erhalten wird. Aber wir würden dieses Gesicht nicht lieben können, wenn es sich nur wirtschaftlich ausprägen sollte, sondern im Gegenteil, gerade weil wir Nationalsozialisten ein gewaltiges Ziel vor Augen haben und überzeugt sind, daß nur eine Umgestaltung des ganzen Denkens und Fühlens und der Staatsidee und Staatsauffassung, der gesamten Weltanschauung usw. dieses neue Gebilde ermöglichen wird, gerade deshalb wünschen wir auch, daß der neue Staat sich Jahrtausende hindurch zu erhalten vermag durch die Repräsentation seines Geistes, den er sich selbst gibt. Wir könnten uns kein Drittes Reich vorstellen, das nur Warenhäuser besitzt und Fabrikgebäude oder nur in Fremdenverkehrsziffern macht [*sic!*], das nur Wolkenkratzer und Hotels aufzuweisen hat, sondern wir bekennen freimütig, daß in unseren Augen dieses Dritte Reich Dokumente der Kunst und Kultur wird aufweisen müssen, die Jahrtausende überdauern und mehr wert sind als Warenhäuser, Hotels usw. Wir sehen die Zerrissenheit unseres Volkes und leiten sie davon ab, daß unser Volk keinen gemeinsamen, verbindenden Mittelpunkt mehr besitzt. Wir sehen die antiken Städte vor uns, die Akropolis, den Parthenon, das Colosseum, sehen die Städte des Mittelalters mit ihren riesenhaften Domen und wissen, alle diese Menschen einer solchen Stadt hatten einen geistigen Mittelpunkt, es gab dort etwas, das nicht einem gehörte, sondern allen. Nicht auf sein Haus konnte der Einzelne stolz sein, sondern auf seinen Dom und damit auf die Größe seiner Stadt. Wir wissen, daß die Menschen einen solchen Mittelpunkt, ein gemeinsames verbindendes Band brauchen, wenn sie nicht zerfallen sollen. Alles andere erweckt Neid, Eifersucht, erweckt Begierde und Haß. Nur etwas Großes, Gemeinsames vermag die Menschen zusammenzufügen, nicht nur zu gemeinsamer Arbeit, sondern auch zu gemeinsamen Grundsätzen. Wir wissen das, und deshalb soll das Dritte Reich sich wieder verkünden in der Zukunft durch große gemeinsame Leistungen. Wir empfinden es als schädlich, wenn in dieser Zeit man 60-80 Millionen [*RM*] für ein Kriegsschiff ausgibt [60], das nach 15 oder 20 Jahren wieder abgetragen wird, für einen großen prächtigen Bau aber nur 10 und 12 Millionen [*RM*]. Wir empfinden das als schädlich, weil wir wissen, daß gerade diese Werke Jahrhunderte überdauern sollen, und weil wir wissen, wenn unsere Vorfahren so jämmerlich gedacht hätten, gäbe es in deutschen Landen nichts, was sehenswert wäre. Aus solcher Gesinnung heraus ist im Mittelalter in Köln, der Stadt mit den engsten Straßen von zwei- und dreistöckigen Häusern aus Holzfachwerk und Lehmwänden, ein Dom entstanden von dieser Größe entsprechend der ganzen Gesinnung [61]. Eine solche Gesinnung ist heroisch und grandios, sie vermag die Menschen zusammenzufügen und mit hohem Geist und Sinn zu erfüllen. Sie muß und wird erneuert werden. Das Dritte Reich wird durch Jahrtausende sich zu bewahren vermögen; denn selbst wenn Taten nicht mehr reden, müssen einmal die Steine sprechen. Das ist unsere Auffassung und die möchten

60 Die genannte Summe bezieht sich wahrscheinlich auf die jährlichen Gesamtausgaben der Reichsmarine für Schiffsneubauten und Werfteinrichtungen, die 1928 bei 75,3 Millionen RM und 1929 bei 62,1 Millionen RM lagen. Für den im April 1929 in Dienst gestellten Kleinen Kreuzer "Königsberg" waren insgesamt 27 Millionen RM aufgewendet worden. Die ersten beiden Raten für den Bau des Panzerschiffes "A" sollten 22,5 Millionen RM betragen. Vgl. Übersicht über den Reichshaushalt 1929. In: Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 434, Anlagen, Nr. 885, S. 40, 135.

61 In seiner heutigen Größe wurde der Kölner Dom, nachdem der Bau seit Mitte des 14. Jahrhunderts nahezu völlig geruht hatte, erst 1842-1880 fertiggestellt.

wir zunächst auf diese Stadt übertragen, auf diese Stadt München, die uns mehr am Herzen liegt als irgendeine andere. Wir haben in diese Stadt das Zentrum unserer jungen Bewegung gelegt, weil wir diese Stadt als eine der deutschesten angesehen haben, weil wir das Gefühl hatten, daß hier Tradition herrscht, und weil wir überzeugt sind, daß wir, wenn wir einmal weiterbauen wollen, einen gesunden Grund zum Bauen besitzen. München hat schon unendlich viel, viel aber liegt noch im argen, viel muß erneuert werden, und in manchem ist die Stadt in Rückstand gekommen. Wenn man aber einer Zeit Großes bieten will, muß man auch der Zeit voraneilen, d. h., die Zeit muß in einer solchen Stadt ihren lebendigsten Ausdruck erhalten.

Reinhardt ist heute bereits abgelegte Ware; das ist nichts neues mehr, das ist abgelegte Ware von Berlin, Wien und Salzburg [62], das ist keine neue Idee, ist nichts, was nicht längst durch die Mode überholt wäre. Was hierher kommen muß, muß sein der Ausdruck des Ringens unseres deutschen Volkes nach innerer und äußerer Erlösung, der Ausdruck des kommenden Dritten Reichs. Das mag vielleicht selbst noch nicht die letzte Vollendung zeigen, an dem rohen Werk aber muß man schon erkennen, es ist ein neuer Geist, der das Werk geformt hat, ein neuer Geist, der von hier seinen Ausgang nimmt und der Deutschland umgestalten wird nicht nur für jetzt, sondern für alle Zukunft. Das ist die Kunstabsicht, die uns heute beseelt und die wir durchführen werden; denn die Regiererei des heutigen kleinen Partei- und Parlamentsbürgertums neigt sich ihrem Ende entgegen. Sie klammern sich krampfhaft an die letzten Versuche, an kleinste Mätzchen, um sich noch zu retten, aber während noch die öffentliche Meinung wie hypnotisiert im Schlafe liegt, und während die alten Parlamentsgeister noch so tun, als ob sie das Volk zu repräsentieren vermöchten, regt sich im Volk eine neue Staatsidee, steigt aus dem Volk heraus der Glaube an ein neues Reich, werden die Grundfeste[*n*] des heutigen Zustandes erschüttert, und im Staate der zerfallenden Demokratie, des Pazifismus und der Internationalität erhebt sich schon das Gebilde eines neuen Staates. Der Staat im Staate ist gegründet und wird eines Tages nach Ausdruck suchen und wird ihn auch finden, und diese Stadt wird, das wissen wir alle, sicher mit eine der ersten sein, die diesen neuen Ausdruck als Gepräge erhalten wird; denn so wie der Faschismus heute auf seine Bauten schreibt "Errichtet im ersten Jahr des Faschismus, erbaut im zweiten Jahr der faschistischen Idee, geschaffen im dritten Jahr des faschistischen Staates" usw. [63], so wird einmal die Stunde kommen, in der es heißen wird, "Errichtet im ersten Jahr des Dritten Reichs, errichtet im zweiten, erbaut im dritten". Es wird eine große Periode kommen des Sturzes des alten und des Werdens des neuen jungen Staatsgedankens und eines neuen jungen Deutschen Reichs, und dann werden auch wieder Fremde kommen, nicht angelockt durch fremde Kunsterscheinungen, nicht an den Haaren herbeigezogen durch uns gar nicht liegende fremde Mätzchen, sondern sie werden kommen, um hier zu sehen, das ist das neue Reich des neuen Staatsgedankens. Wenn einmal die Stunde kommt, auf die Sie alle hoffen und die Sie alle innerlich ersehnen, in der dieses Reich nicht mehr Sklavenkolonie [64] sein wird, in der sein Schicksal nicht mehr in Paris entschieden wird, sondern das Schicksal des deutschen Volkes wieder in deutschen Fäusten liegt und von deutschem Willen entschieden wird, wird dieser Wille diesem Reich auch den äußeren Stem-

62 Für die Festspiele waren keine Neuinszenierungen vorgesehen.
63 Vgl. Dok. 17, Anm. 42.
64 Anspielung auf die Reparationsverpflichtungen Deutschlands. Vgl. auch Dok. 1, Anm. 15.

pel aufdrücken und man wird lachen bei dem Gedanken, der deutschen Kunst durch Reinhardt-Goldmann eine Bahn brechen zu lassen. Man wird lachen bei dem Gedanken, daß Juden es sein müssen, die dem deutschen Volk die Kunst bringen; denn dann wird aus dem Erleben der deutschen Wiedergeburt und der Wiederauferstehung unseres deutschen Volkes heraus wieder kommen eine deutsche Kunst. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

12. April 1929 — Dok. 22
"GRUSA VII. Grundsätzliche Anordnungen der SA"
Anordnung

Masch. Abschrift, o. D. [1]; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 317.

Schutzstaffel (SS)

A. Die SS.

1. Die SS ist eine Sonderformation der SA. Die grundsätzlichen Anordnungen für die SA gelten also auch für die SS, sofern keine Sonderbestimmungen erlassen sind.

Die SS wurde im Jahre 1925 als erste zentrale Ordnungsorganisation der neugegründeten Partei auf Befehl Adolf Hitlers aufgerichtet [2]. 1926 wurde sie der neuerrichteten Obersten SA-Führung unterstellt [3]. *Hiermit wird sie als Sonderformation der SA ordnungsgemäß eingegliedert.*

2. Das künftige große Anwachsen der SA erfordert, daß aus derselben langsam ein kleinerer Verband von besonderer Güte, besondere[*r*] Verwendbarkeit, besonderem Menschenmaterial, besonders hohen Dienstanforderungen herausgezogen wird. Die Anfänge dieser Formation bildet die SS [4].

3. Die zu diesem Zweck herangezogenen SA-Männer können nun nicht an einem Orte zu einem Verbande dauernd zusammengezogen werden, vielmehr müssen sie an ihren Wohnorten bleiben. So muß also der SS-Verband, in kleine Abteilungen auseinanderzogen, über ganz Deutschland verstreut, aufgestellt werden und kann nur bei ganz besonderen Gelegenheiten zusammenkommen, um in geschlossenem Verbande eingesetzt zu werden.

Aus dieser Zwangslage ergeben sich naturgemäß organisatorische Schwierigkeiten und Sonderheiten. Wohl kann der Verband seinen Innendienst selbständig regeln und beaufsichtigen wie andere SA-Verbände auch. Aber der Einsatz und somit weite Teile des Außendienstes

---

1 Einleitender Vermerk: "Streng vertraulich! Nur für den Dienstgebrauch innerhalb der NSDAP!"

2 Die Schutzstaffel wurde im April 1925 unter Josef Berchtold als persönliche Leibwache Hitlers aufgestellt. Vgl. Koehl, The Black Corps, S. 21 f.

3 Am 1.11.1926. Vgl. Anordnung vom 27.10.1926. Druck: Bd. II/1, Dok. 43.

4 Seit März 1929 war Heinrich Himmler bemüht, den Elitegedanken der SS zu fördern. Vgl. Michael H. Kater, Zum gegenseitigen Verhältnis von SA und SS in der Sozialgeschichte des Nationalsozialismus von 1925 bis 1939. In: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 62 (1975), S. 339-379, S. 357.

müssen im Rahmen der großen SA-Verbände, in deren Bereich die verstreuten SS-Abteilungen liegen, geschehen und also von den höheren SA[-]F[*ührern*] dieser Bereiche geregelt werden.

4. Die SS soll aus ausgesuchten leistungsfähigen Männern bestehen. Die Bedingungen setzt Reichsf[*ührer*] SS [5] im einzelnen fest. *Mindestalter 23 Jahre. Mindestgröße 1,70 m, mit Ausnahme für Kriegsteilnehmer. Durch sehr hohe Dienstanforderungen ist die Auslese der Leistungsfähigen zu fördern.*

5. Auf Grund dieser Zusammensetzung sind die einzelnen, verstreuten SS-Abteilungen zu besonderen Aufgaben befähigt und demgemäß einzusetzen. Überall dort, wo nicht geschlossene Abteilungen, sondern ausgesuchte Einzelmänner auftreten müssen, ist die SS am Platze. Vor allem ist jeglicher Ordner- und Sicherheitsdienst die gegebene Aufgabe der SS; ebenso schwierige Anforderungen der Propaganda; Schutz und Begleitung eines Redners oder Führers; Schlußsicherung einer Marschkolonne.

6. Der Dienstanzug der SS ist der SA-Dienstanzug gem. GRUSA V [6], jedoch schwarze Mütze mit Totenkopf und Hoheitszeichen, schwarze Halsbinde, schwarze Knöpfe, schwarzes Lederzeug, schwarze Hose. Die Spiegel sind schwarz, die Sturmnummern und Führerabzeichen silbern.

B. *Der Innendienst.*

7. Der Innendienst wird (wie es innerhalb jedes geschlossenen SA-Verbandes auch geschieht) von der SS selbständig geregelt. Sie hat dazu eigene Anweisungen, einen eigenen Dienstweg und eigene höhere F[*ührer*]. Zum Innendienst gehören: Aufbau und Disziplinierung der SS, grundsätzliche Anordnungen und Ausbildung zum Sonderdienst, alle Appelle (Ausnahme s. Ziff. 9), Aufnahme und Ausschluß, Führerernennung und -absetzung, Ausweise, Geldwirtschaft.

Die Aufgabe der höheren SS[-]F[*ührer*] (deren Abteilungen verstreut liegen) besteht in der Regelung des Innendienstes. Unbeschadet dessen sind sie zur Führung des Außendienstes im Rahmen von GRUSA VI [7] zu verwenden. Bei gelegentlichem Zusammenziehen größerer SS-Verbände haben sie natürlich stets deren Führung.

8. *Der Reichsführer SS wird vom 1. Parteivorsitzenden* [8] *auf Vorschlag von Osaf ernannt. Reichsf SS untersteht Osaf unmittelbar.*

C. *Der Außendienst.*

9. *Der Außendienst wird von den höheren SAF geregelt, in deren Bereich die SS-Abteilung liegt.* Normalerweise geschieht dieses durch die höchsten Führer am Orte, und zwar durch den SA-Sta[*ndarten*]f[*ührer*] oder -Bri[*gade*]f[*ührer*]; ist ein solcher nicht am Orte, dann durch den SA-Sturmf[*ührer*].

(In letzterem Falle kann gemäß GRUSA VI die Möglichkeit eintreten, daß die Führung des vom SA-Sturmf angesetzten gemeinsamen Außendienstes dem SS-Sturmf zufällt.)

---

5 Heinrich Himmler.
6 Vgl. Bd. II/1, Dok. 142.
7 Vgl. Dok. 19.
8 Adolf Hitler.

Zum Außendienst in diesem Sinne gehören: Massenauftreten, Propagandamärsche, Terror-Abwehr, sowie die dazu erforderlichen Vorbereitungen, Übungen, Appelle, Besichtigungen.

10. Bei Anforderung der SS durch den höheren SAF entscheidet der SSF, ob die Anforderung seine Leistungsfähigkeit übersteigt. Bei Meinungsverschiedenheiten hierüber, sowie bei jeder anderen Meinungsverschiedenheit, wenden sich beide sofort an ihre nächsthöheren Vorgesetzten.

11. Die Anforderung von SS durch die politische Leitung hat bei dem zur Regelung des Außendienstes zuständigen höheren SAF zu geschehen. Der SAF soll aber von diesem Rechte nur Gebrauch machen, wenn der von ihm geplante Außendienst durch die Anforderung der politischen Leitung gestört wird. In der Regel hat er die SS zu unmittelbarer Anforderung freizugeben.

Für das Verhältnis zwischen SS und politischer Leitung gilt GRUSA III [9] (vergl. GRUSA VII, Ziff. 1).

12. Der höhere SAF hat sich mit seinen Anordnungen stets an den SSF, nicht unmittelbar an die einzelnen SS-Männer zu wenden.

D. *Aufstellung von SS.*

13. Die Aufstellung der SS geschieht nach einem von OSAF festgelegten Aufstellungsplan.

Für die einzelnen SS-Verbände wird von OSAF im Einvernehmen mit dem Reichsf SS die Stärke festgelegt, die nicht überschritten werden darf. Innerhalb dieses Aufstellungsplanes hat die Aufstellung durch den Reichsf SS in unmittelbarem Verkehr mit dem am Orte höchsten SA-Führer zu erfolgen.

14. Die Aufstellung der SS-Verbände erfolgt durch Abstellung von 5-10 SA-Männern der SA-Stürme und eines dafür fähigen Führers.

Die von der SA abgestellten Leute, die den Kern des neuen SS-Verbandes bilden, müssen bereits 1 Jahr Parteimitglieder sein.

Nach Abstellung der 5-10 SA-Männer wirbt die SS außerhalb der SA bis zu ihrer vom Osaf festgelegten Stärke im Rahmen ihrer Aufnahmebedingungen.

15. Übertritte von SA zu SS und umgekehrt können nur im Benehmen der beiderseitigen Führer, niemals aus willkürlichem Entschlusse der Einzelmänner erfolgen.

Die Aufnahme ausgeschlossener SS-Männer ist der SA, die Aufnahme ausgeschlossener SA-Männer ist der SS verboten. Ausschlüsse sind der anderen Dienststelle am Orte schriftlich mitzuteilen.

gez: v. Pfeffer

Für diese grundsätzlichen Anordnungen übernimmt die Parteileitung die Verantwortung.

Der Vorsitzende der N.S.D.A.P.

gez. Adolf Hitler

9 Vgl. Bd. II/1, Dok. 139.

13. April 1929 Dok. 23
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 13.4.1929.

In Paris tagen die Sachverständigen weiter [1]. Eigentlich darf man nicht sagen "tagen", denn in Wirklichkeit vollzieht sich das alles im dunkeln, hinter verschlossenen Mauern und Türen. Wenigstens Deutschland hat keinen Einblick in die Vorgänge. Herr Schacht wird bei allen wirklich wichtigen Konferenzen hinauskomplimentiert, so, daß diese Verhandlungen so recht wieder einmal die beste Illustration zu dem Wilsonprogramm [2] der Vierzehn Punkte darstellen: Abschaffung der Geheimdiplomatie [3]. Die Amerikaner haben anscheinend damals schon gewußt, was dabei herauskommen wird. Genauso wie der Kampf gegen den "Militarismus" damit endete, daß Deutschland entwaffnet wurde [4] und die anderen nun aufrüsten, hat auch die Abschaffung der Geheimdiplomatie nur für Deutschland selbst positiv praktische Folgen gezeitigt. Denn in Deutschland ist tatsächlich heute nichts mehr geheim zu halten. Das marxistische Landesverräterpack erhebt heute frecher als je das Haupt. Man baut schon felsenfest darauf, daß demnächst der Begriff "Landesverrat" überhaupt aus dem deutschen Strafgesetzbuch verschwinden wird [5]. Auf sozialdemokratischen Parteitagen wird von Anhängern und Vertretern dieser sauberen Regierungspartei heute ganz frech und zynisch offen erklärt, daß sie es sich nicht nehmen lassen werden, jede Verfehlung Deutschlands gegen den Versailler Pakt [6] der Welt zur Kenntnis zu bringen [7]. Diese Ephialtesse [8] laufen dabei in der Republik als Ehrenmänner herum, und kein Mensch weiß, ob sie vielleicht nicht schon morgen Minister sind. Wenn nun auch in Deutschland ein Verständnis für die Größe dieser Niedertracht und Gesinnungslosigkeit nur bedingt und in verhältnismäßig kleinen Kreisen vorhanden ist, dann dafür aber um so mehr im Ausland. Die Art der Pariser Konferenz-Komödie, die hohnvolle Behandlung, die Deutschland dabei erfährt, wäre vollkommen unmöglich, ja undenkbar, wenn

1 Vgl. Dok. 2, Anm. 6.
2 Woodrow Wilson (1856-1924), Historiker, 1890 Professor und von 1902-1910 Universitätspräsident in Princeton, 1911/12 Gouverneur von New Jersey, 1913-1921 Präsident der USA, 1919 Friedensnobelpreis.
3 Vgl. Dok. 8, Anm. 14.
4 Artikel IV der Waffenstillstandsbedingungen vom 11.11.1918 verlangte die Übergabe von 5.000 Geschützen, 25.000 Maschinengewehren, 3.000 Minenwerfern und 1.700 Kampfflugzeugen, Artikel XXII und XXIII die Auslieferung sämtlicher Unterseeboote, von sechs Panzerkreuzern, zehn Linienschiffen, acht Kleinen Kreuzern und 50 Zerstörern. Druck: Der Waffenstillstand 1918-1919. Hrsg. im Auftrage der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928, S. 25, 47, 75, 79. Artikel 164-172 des Versailler Friedensvertrages vom 28.6.1919 legten die militärische Stärke Deutschlands präzise fest und verhinderten jede größere Wiederaufrüstung. Druck: RGBl. 1919, S. 923 ff.
5 Vgl. Dok. 6, Anm. 69.
6 Vgl. Dok. 3, Anm. 56.
7 Der linke Parteiflügel der SPD hatte Straffreiheit für Veröffentlichungen über illegale Rüstungen gefordert. Vgl. Sozialdemokratie und Wehrproblem, S. 38 sowie Dok. 6, Anm. 38.
8 Verräter. Abgeleitet von Ephialtes, der 480 v. Chr. die Perser in den Rücken der griechischen Stellung bei Thermopylä führte.

man nicht in Paris eine sehr genaue Kenntnis der Geistesverfassung des Novemberstaates hätte. Man weiß dort (und wie man sieht, nicht zu unrecht!), daß man sich dem heutigen Deutschland gegenüber alles erlauben kann! Verstärkt wird diese Auffassung noch werden durch die nicht minder genaue Kenntnis unseres hochverehrten Herrn Außenministers. Bei uns kann man sich ja jetzt sogar noch unterstehen, mit dem Namen Stresemann die deutsche Jugend gewinnen zu wollen, in Paris hat man die Fähigkeiten des ehemaligen Industriesyndikus [9] so gründlich kennengelernt, daß man alles wagen kann, ohne das geringste zu riskieren. Herr Stresemann wird lächeln -, und wenn es ganz schlimm kommt, wieder ein paar Monate an die Riviera gehen. Das einzig wirklich sichtbare Ergebnis der Tätigkeit dieses Genies ist der Zusammenschluß der alten Kriegsentente gegen Deutschland [10]. Nur Italien hat Herr Stresemann in diese Front noch nicht restlos einzugliedern vermocht. Daran arbeiten aber seine Gazetten unermüdlich. In diesen Tagen verbreiteten sie plötzlich Alarmnachrichten über italienische Mobilisierungen in der Cyrenaika [11]. An der ganzen Sache ist vom Anfang bis zum Ende kein Wort wahr. Allein das hindert die Blätter der Geistesrichtung des Herrn Reichsaußenminister nicht im geringsten, die Lügen weiter zu verbreiten und eine Aufklärung abzulehnen. Italien soll eben mit allen Mitteln in die gegnerische, Deutschland bedrohende Front eingegliedert werden. So zerrissen sonst Deutschland ist, für dieses außenpolitische Ziel hat Herr Stresemann aber eine gewisse Einheit hergestellt: Von den Finanzjuden bis zu den jüdischen Marxistenführern, vom verfreimauerten liberalen Bürgertum bis ins Lager völkischer Federwalküren [12] umschließt der außenpolitische Geist Stresemanns das geeinte Deutschland. Nur die Nationalsozialisten stehen abseits und vertreten den Standpunkt, daß es nicht sehr klug ist, Italien zu Frankreich zu treiben, sondern daß es vernünftiger wäre, sich mit ihm zu verbünden!

Mehr als überraschend kam die Nachricht vom Rücktritt des österreichischen Bundeskanzlers Seipel [13]. Welche Gründe dafür tatsächlich maßgebend gewesen sind, ist heute noch nicht bekannt. Man spricht auch davon, daß die große Austrittsbewegung aus der Kirche in Österreich den Anlaß gegeben habe. Ob das nun so ist oder nicht, läßt sich heute nicht feststellen. Undenkbar wäre die Sache jedenfalls nicht. Der politische Mißbrauch der Religion für parlamentarische Parteien hat in Österreich zu unerträglichen Zuständen geführt. Weder die marxistische linke Seite, noch die bürgerliche rechte, ist heute voll befriedigt. Das enge Zusammen-

---

9 Vgl. Dok. 21, Anm. 9.

10 Anspielung auf die Haltung der Siegermächte in der Reparationsfrage. Vgl. Dok. 21, Anm. 40.

11 Die Cyrenaika und Tripolitanien bildeten die italienische Kolonie Lybien. 1921 bis 1930 führte Italien in der Cyrenaika Krieg gegen den Aufstand unter der Führung des islamischen Ordens der Senussi. Vgl. Giorgio Rochat, Le Guerre coloniali dell'Italia Fascista. In: Le Guerre coloniali del Fascismo. Hrsg. von Angelo Del Boca, Rom 1991, S. 173-196, S. 179 ff.

12 Vermutlich Anspielung auf Mathilde Ludendorff.

13 Ignaz Seipel (1876-1932), katholischer Priester, Dr. phil., 1909 Professor für Moraltheologie in Salzburg, 1917 in Wien, 1921 Prälat, 1919-1920 Mitglied der Verfassungsgebenden Nationalversammlung in Österreich (Christlich-Soziale Partei), 1920-1932 Mitglied des Nationalrats, Oktober bis November 1918 Minister für Soziale Fürsorge, Mai 1922 bis November 1924 und Oktober 1926 bis Mai 1929 Bundeskanzler, Juli 1928 Justizminister, September bis Dezember 1930 Außenminister.
Am 3.4.1929 hatte Ignaz Seipel den Rücktritt seiner Koalitionsregierung bekanntgegeben. In der Öffentlichkeit wurde die vom Koalitionspartner SPÖ im Juli 1928 eingeleitete Kirchenaustrittsbewegung als eine Ursache für diesen Schritt genannt. Vgl. Walter Goldinger und Dieter A. Binder, Geschichte der Republik Österreich 1918-1938, Wien 1992, S. 158 f.

arbeiten sogenannter "religiöser" Parteien mit den marxistischen Atheisten, Volks- und Staatszerstörern kompromittiert am Ende den Katholizismus selbst am allermeisten. Jahrelang haben sich diese klerikalen Parteien an die Bettgenossenschaft mit der Sozialdemokratie gewöhnt und haben dabei im Verlauf ihrer parlamentarischen Tätigkeit die schlimmsten Charakterzüge des marxistischen Wesens angenommen. "Im Namen der Religion" wurden übelste Wahlschiebereien genauso vollzogen, wie man hinterher aus tausend Opportunitätsgründen zu jeder politischen Schweinerei ja und Amen sagen mußte. Jetzt, da man in manchen Fällen doch nicht mehr mitkonnte, bekam man nun vom marxistischen Bundesbruder links und rechts die Ohrfeigen hinaufgeknallt. Daß daher Monsignore Seipel endlich doch nicht mehr mit der Sozialdemokratie durch dick und dünn gehen konnte, wurde von dieser mit umfangreichsten Kirchenaustritten beantwortet. Der Zwiespalt hat in der letzten Zeit eine weitere Verschärfung erfahren, als durch die Heimwehrbewegung [14] wenigstens ein gewisser Widerstand gegen die ewigen terroristischen Vergewaltigungen und Angriffe der linken Seite wirksam wurde. In den nächsten Tagen wird sich in Österreich entscheiden müssen, ob man nun aus dem Vorgefallenen [15] etwas gelernt hat oder nicht. Auch dort wird man dem Kampf, und zwar der endgültigen Auseinandersetzung mit dem Marxismus, nicht entgehen können. Die Heimwehrleitung verkündet jedenfalls, daß sie eine neuerliche Ehe zwischen Schwarz und Rot nicht mehr dulden werde [16]. Auch in gewissen höheren, kirchlichen Kreisen nimmt man heute dagegen auffallend stark Stellung. Möglicherweise sind dies bereits Auswirkungen der in Italien eingetretenen Veränderungen [17]. Für Deutschland darf das österreichische Beispiel jedenfalls als beachtenswert genug gelten, um zu erkennen, wohin auch hier die Tätigkeit des Zentrums führen wird. Nur die Beseitigung dieser verworfensten Partei, in der man sich nicht scheut, die Religion zum Deckmantel für niederträchtige politische Geschäfte zu mißbrauchen, kann vor Katastrophen bewahren, die sowohl den Staat als auch die Kirche gleichermaßen belasten.

Wohin die Verquickung von parlamentarischen Geschäften mit der Religion führt, sieht man an einem einfachen Beispiel im Münchener Stadtrat. München will mehr Fremde bekommen. Zu dem Zweck sollen Festspiele arrangiert werden [18]. Allein schon ein Unding, Festspiele machen zu wollen, damit Fremde kommen! Wenn Richard Wagner einst Festspiele aufführte, dann war dies die vollendetste Wiedergabe seiner genialen Werke. Der Gedanke war dabei natürlich nur der, gerade diese Werke der Menschheit in mustergültigen Veranstaltungen vorzuführen. Wenn der Münchener Stadtrat heute Festspiele abhalten will, dann geschieht das umgekehrt nur zu dem Zweck, um Fremde (auf die Bockbier und Weißwürste nicht die notwendige Anziehungskraft ausüben) mittels eines anderen Magneten heranzuholen. Der Herr Oberbürger- und Bäckermeister Scharnagl verschreibt sich deshalb die [*sic!*] hohe Kunst. Mit

14 Die Heimwehr war aus regionalen Selbstschutzverbänden hervorgegangen, die sich bei Ende des Ersten Weltkriegs in Österreich gebildet hatten. Ungeachtet ihrer unterschiedlichen politischen Wurzeln und Zusammensetzung entwickelte die Heimwehr bald eine antimarxistische, später auch faschistisch-antiparlamentarische Ideologie. Seit 1928 wurde die Heimwehr von der italienischen und der ungarischen Regierung unterstützt. Vgl. Walter Wiltschegg, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung?, München 1985.

15 Vgl. Anm. 13.

16 Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 6.4.1929, "Die Heimwehrführer in Wien".

17 Vgl. Dok. 4, Anm. 23.

18 Zur Auseinandersetzung um das Projekt der Reinhardt-Festspiele vgl. Dok. 17 und 21.

treffsicherem Auge hat der besorgte Mann den richtigen Kunstbringer ausersehen: Reinhardt, alias Goldmann. Es wird nichts mehr ganz junges sein, was der edle Hebräer an die Isar bringt. Abgelegte Ware aus Berlin, Wien und Salzburg. Wie denn überhaupt der ganze Reinhardtrummel schon längst der Vergangenheit angehört. Aber das ist für den Fall noch nicht das bemerkenswerteste. Was sagt man nämlich zu der Tatsache, daß ausgerechnet eine sogenannte "katholische" fromme Partei einen internationalen Theaterjuden nach München holt, dessen Produktionen an anderen Orten als so gotteslästerlich empfunden werden, daß die hohe Geistlichkeit von der Kanzel herunter vor dem Besuch dieser Stücke warnen muß? "Ehen werden im Himmel geschlossen" [19], heißt so ein Miststück, das der gesuchte Festspielarrangeur in Berlin zum Beispiel zum besten gibt. Das Stück ist so hundsgemein, daß ein einziger Schrei des Protestes sich erhoben hat. Und zwar haben ausnahmsweise einmal protestantische und katholische Geistlichkeit gemeinsam Verwahrung gegen diese Schmutziade und Religionsverhöhnung eingelegt. In der strenggläubigen, unter dem Schirm der frommen, katholischen, bayerischen Volkspartei stehenden Stadt München soll derselbe Jude nunmehr aber "Festspiele" veranstalten, auf die man wahrscheinlich sogar noch den Segen des lieben Herrgotts herunterflehen wird. Zu diesem grundsätzlichen Skandal kommt noch als besondere Note die Tatsache, daß die Stadtgemeinde ohne weiteres hundertfünfzigtausend [*Reichs-*]Mark für den Rummel aus den Taschen der Steuerzahler bewilligte und davon dem idealen Festspielbringer hunderttausend Mark als bescheidenes persönliches Honorar spendiert. Das Volk bekommt die Schweinereien, die Künstler jämmerliche Gagen, der jüdische Veranstalter ein sündhaftes Geld als Geschenk und die Steuerzahler eines Tages die Rechnung! Ja, es müßte Christus wieder kommen, es wäre wirklich notwendig, daß er wieder käme, zur Peitsche griffe, und sich die verschiedenen Rathäuser, Landtagsstuben und Parlamente näher ansähe. Sie würden schön blau herauskommen, die frommen Politiker unserer katholischen, bayerischen Volkspartei [20]!

Es ist doch so herrlich in unserer deutschen Republik, und trotzdem will das boshafte Pack von einem Volk nicht überall mit der gebührenden republikanischen Begeisterung seine Feste feiern. Dem soll nun abgeholfen werden. Genosse Severing hat einen Erlaß herausgegeben, wonach in Zukunft Staatsbehörden und Vertreter von Staatsbehörden bei öffentlichen Veranstaltungen nur dann teilnehmen könnten, wenn die neuen Reichsfarben an hervorragender und allgemein sichtbarer Stelle geflaggt sind [21]. Die republikanischen Bürger sind nämlich in der Betonung ihrer Gesinnung so zurückhaltend und bescheiden, daß zumeist nur ein sehr aufmerksam forschendes Auge die spärlichen Ausbrüche der republikanischen Begeisterung festzustellen vermag. Severings Gebot ist deshalb verständlich. Allein, es bleibt zu befürchten, daß der Erfolg doch wieder nur ein halber sein wird. Denn was ist das für eine Drohung, "daß die Reichsbehörden an einer Feier nicht teilnehmen"? Wer garantiert denn, daß es in Deutschland nicht ungezählte Orte gibt, die gar kein inneres Bedürfnis besitzen, von Vertretern unserer obersten Aufsichtsbehörde beehrt zu werden? Es gibt am Ende doch nur ein einziges Mittel, um dem republikanischen Staatsgedanken zum restlosen Sieg zu verhelfen. Her mit dem

19 Vgl. Dok. 17, Anm. 11.

20 Bezieht sich auf die Vertreibung der Händler und Wechsler aus dem Tempel in Jerusalem, Matthäus 21, 12-13, Markus 11, 15-17, Lukas 19, 45-46 sowie Johannes 2, 14-16.

21 Am 20.3.1929. Druck: Ursachen und Folgen, Bd. VII: Die Weimarer Republik vom Kellogg-Pakt zur Weltwirtschaftskrise 1928-30. Die innerpolitische Entwicklung, Berlin o. J., S. 81.

Taktstock des Novemberstaates [22]! Wer künftighin nicht die anerkannten Farben auf dem Giebel seines Hauses hinaushängen will, wird mit dem polizeilichen Gummiknüttel solange verdroschen, bis er sie auf dem Buckel hat! So etwas wäre wirksam. Und das erzeugt dann auch eine wirklich tiefgehende und vor allem dauerhafte Begeisterung. Und das erscheint vor allem als sehr zweckmäßig für das Auftreten der Spitzen unserer Behörden selbst. Dann werden nicht mehr so üble Vorfälle vorkommen, daß z. B. das plebejische Gesindel auf Hausschlüsseln zu pfeifen beginnt, wenn die Repräsentanten der neuen Staatsidee ihren Untertanen einen Besuch abstatten [23].

15. April 1929 Dok. 24
Anordnung

VB vom 18.4.1929, "Aus der Bewegung".

Der kommissarische Leiter des Gaues Hamburg, Pg. Hinrich *Lohse, M.d.L.*, hat mit Rücksicht auf die starke Arbeitslast in seinem Gau Schleswig-Holstein um Enthebung von der Leitung der Geschäfte im Gau Hamburg gebeten [1]. Indem ich diesem Ansuchen nachkomme, danke ich dem Pg. Lohse für seine im Gau Hamburg geleistete Arbeit.

Ich ernenne mit Wirkung vom 15. April [*1929*] den Pg. Karl *Kaufmann* [2], *M.d.L.*, zum Gauleiter des Gaues Hamburg.

München , den 15. April 1929.

gez. Adolf Hitler

---

22 Vgl. Dok. 11, Anm. 4.

23 Möglicherweise Anspielung auf eine Wahlkundgebung Stresemanns im Münchner Bürgerbräukeller am 25.4. 1928. Vgl. Dok. 21, Anm. 8.

1 Am 3.9.1928 war Albert Krebs als Gauleiter des Gaues Hamburg abgelöst worden und der Gauleiter des Gaues Schleswig-Holstein, Hinrich Lohse, zusätzlich mit diesem Amt betraut worden. Vgl. Bd. III/1, Dok. 20 sowie Ursula Büttner und Werner Jochmann, Hamburg auf dem Weg ins Dritte Reich. Entwicklungsjahre 1931-1933, Hamburg 1983, S. 21 f.

2 Karl Kaufmann (1900-1969), Landwirt, 1919 Angehöriger der Brigade Ehrhardt, 1920 Mitglied des Stahlhelm, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1925-1926 Gauleiter des Gaues Rheinland-Nord, 1926 Gauleiter des Gaues Ruhr (März bis Juni 1926 zusammen mit Franz von Pfeffer und Joseph Goebbels), 1929-1945 Gauleiter des Gaues Hamburg, 1928-1930 MdL in Preußen, 1930-1933 MdR, 1933 Reichsstatthalter in Hamburg.

16. April 1929 Dok. 25
"Bekanntmachung"
Anordnung

VB vom 20.4.1929, "Aus der Bewegung".

Ich ernenne den Pg. Hauptlehrer *Bauer* [1] zum Vorsitzenden des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses *der Ortsgruppe München*.

An seiner Stelle übernimmt die Sektion-Süd Pg. Max *Harbauer* [2], Forstenrieder Str[aße] 61.

München, den 16. April 1929.

gez.: Adolf Hitler

17. April 1929 Dok. 26
Rede auf NSDAP-Veranstaltung in Annaberg [1]

Obererzgebirgische Zeitung vom 18.4.1929, "Adolf Hitler in Annaberg" [2].

Alsdann ergriff sofort

Adolf Hitler das Wort.

Derselbe legte in mehrstündigen Ausführungen seine Gedanken in der Innen- und Außenpolitik dar, von denen namentlich die zweite Hälfte der Rede stark interessierte und vielfach lebhafte Zustimmungskundgebungen auslöste.

Hitler führte u. a. aus:

Es geht eine Welle tiefer Unzufriedenheit durch das Volk. Nach Gründen hierfür braucht man nicht zu suchen. Überall stößt man dabei vor allem auf die Spuren deutscher Zerrissenheit auf allen Gebieten. Innerpolitisch haben wir 20, 30 und mehr Parteien, sogar wirtschaftliche und andere Verbände haben sich politisiert.

Diese ganze Zerklüftung

aber ist eben eine Folge des Unzufriedenseins mit den Verhältnissen und der Unsicherheit darüber, was da kommen wird. Millionen sehnen sich heraus aus dem ewigen Parteihader oder

---

1 Josef Bauer (1881-1958), Lehrer, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1925 Führer der NSDAP-Sektion Süd in München, 1929 Vorsitzender des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses beim NSDAP-Gau München, 1930 NSDAP-Reichsredner, 1932/33 MdL in Bayern, 1933-1945 Schulrat in München und Vorsitzender des Bayerischen Lehrervereins, 1940 SS-Brigadeführer.

2 Max Harbauer (1874-1947), Verwaltungsrat, März 1928 bis April 1929 Führer der NSDAP-Sektion Sendling, seit April 1929 USchlA-Vorsitzender der Ortsgruppe München.

1 In der Festhalle, von 20.30 bis ca. 23.30 Uhr. Die ausverkaufte öffentliche Versammlung, an der über 2.000 Personen teilnahmen, wurde vom Ortsgruppenleiter Karl Martin geleitet. Hitler sprach drei Stunden.

2 Vgl. auch Annaberger Wochenblatt vom 18.4.1929, "Adolf Hitler in Annaberg" sowie VB vom 24.4.1929, "Adolf Hitler in Annaberg" (Auszug aus der Obererzgebirgischen Zeitung vom 18.4.1929).

mindestens aus ihrer bisherigen Parteizugehörigkeit; sie suchen nun nach anderweitiger parteipolitischer Unterkunft. So gewahren wir ein ewiges Hin- und Herfluten sowohl auf der bürgerlichen wie auf der linken Seite. Überall ein unstetes Wandern. Auch bei den Abgeordneten selbst zeigt sich dieser Zustand [3]; aber hier geboren aus der Angst um die Mandate. Unzählige in unserem Volk haben, wie man sagt, "die Nase voll" und

erklären: "Es ist ja alles Schwindel."

Wieviele muß man fast mit Seilen zur Wahl schleppen, und wenn sie dann glücklich den Stimmzettel in die Urne werfen, seufzen sie hinterher: "Schade um die Arbeit!" Das aber ist zum Teil auch begreiflich, weil ja so wenig von den vermeintlichen politischen Idealen der Parteien in Erfüllung gehen.

Wo sind die großen Ziele der Parteien?

Betrachten wir uns einmal nicht die einzelnen Grüppchen, sondern die *beiden großen Gruppen*, die sich bei uns abheben: *Die der bewußt nationalen, bürgerlichen Richtungen und die andere der bewußt sozialistischen; die ersteren* mit dem Ziele des nationalen Staates, bürgerlich eingestellte Menschen, die zweiten mit dem Blick auf den internationalen Staat, mit der Kampflosung gegen das Kapital usw. Jede dieser Richtungen hat bei uns eine Zeit lang regiert und beide haben ihre Ziele nicht erreicht. Das heutige Deutschland ist das Gegenteil des früheren geworden, wir haben keine Monarchie mehr,

alles ist verparlamentarisiert,

dahin unsere Macht nach außen, Heer, Flotte und vieles andere mehr. Nicht anders steht es bei der Gruppe der Marxisten. Wo blieb die Weltabrüstung, wo das Zeitalter des Friedens?! Nur Deutschland hat abgerüstet oder wurde, besser gesagt, entwaffnet [4]. Der Kampf gegen das Kapital ist zu einer Farce geworden; denn

noch nie hat das internationale Kapital so regiert wie heute.

Auch die Republik gerade steht unter der Diktatur der Weltbankiers.

Wegsozialisiert ist nur das Vermögen der "kleinen Leute" [5].

Gerade was man ihnen nahm, diente dazu, das große internationale Kapital zu stärken. Wir entsozialisierten ferner die Reichsbahn [6] und andere Institutionen und lieferten sie der internationalen Finanzmacht aus. Wird es anders mit der deutschen Luftschiffahrt werden, angesichts der jetzt vorgenommenen Abstriche im Reichsetat [7]?! Man wies sie auf Auslandsanleihen hin, sie, die heute zwar noch das ist, was vor über hundert Jahren etwa die Eisenbahn war, die aber in absehbarer Zeit bestimmt einen nicht kleinen Teil des Verkehrslebens zu befriedigen haben wird. Die Auslandsanleihen jedoch werden unsere Luftfahrt ohne Zweifel ebenfalls der inter-

3 In der IV. Wahlperiode des Reichstags gab es bis zum April 1929 keine Fraktionswechsel von Abgeordneten. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 443, Anlagen, Nr. 2432.

4 Vgl. Dok. 23, Anm. 4.

5 Vgl. Dok. 17, Anm. 23.

6 Die Reichsbahn war nach dem Inkrafttreten des Dawes-Plans am 1.9.1924 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und mit einer Hypothek von 11 Milliarden Goldmark Reparationsschuldverschreibungen belastet worden. Vgl. Gesetz über die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft (Reichsbahngesetz) vom 10.8.1924. RGBl. 1924, II, S. 272 ff.

7 Im Reichshaushaltsplan 1929 war vorgesehen, die Unterstützung für das Luftfahrtwesen um 20 Millionen RM zu verringern. Im Kabinett wurde die Möglichkeit eines Ausgleichs auf dem privaten Geldmarkt diskutiert. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 527.

nationalen Hochfinanz ausliefern. So wird dieser Drache ein Stück nach dem anderen verschlingen, wenn nicht das Volk gegen die Tendenz der Weltausbeuter sich mit einer anderen eigenen neuen Machtquelle zur Wehr setzt. Blickt ferner hin auf die deutschen Bauern! 2 Millionen von ihnen gehen zwangsweise zugrunde, ein unersetzlicher deutscher Verlust [8].

All dies macht Millionen, die den Untergang deutlich fühlen, verzweifelt. Sie werfen sich neuen Parteigründungen in die Arme, ohne sich mit den dynamischen Gesetzen zu befassen, die das Völkerleben ausmachen. Andere Millionen wieder erklären: "Da ist nichts zu machen, das ist Schicksal", oder sie sagen: "Das werden unsere Kinder schon einmal wieder gutmachen."

Dieses feige Sichgehenlassen ist aber höchst gefährlich,

denn, vereinfacht geschildert: Man läßt ein Geschäft nicht ganz zugrunde gehen, sondern sieht, daß man vor dem Konkurs noch aufbauen kann.

Eine Besserung des eigenen Schicksals ist aber, das möge sich jeder merken, nicht möglich, wenn nicht als das Primat das Schicksal des Vaterlandes gebessert wird.

Unser Volk leidet an einer sehr bedenklichen Überorganisation an allen Ecken und Enden. Dabei heben die Wünsche und Interessen eines Teiles jener Zusammenschlüsse die anderen wieder auf, und so werden große Kräfte vergeudet oder gehen verloren. Das Geschick deines Volkes ist dein eigenes, die Last, die die Gesamtheit zu tragen hat, drückt auch dich. Inmitten der vielen Parteien und Interessengruppen wird unser Blick abgelenkt vom Großen. Und wie der einzelne unter der Not Deutschlands leidet, so auch die Länder und die Gemeinden, die allesamt vom Gemeingeschick früher oder später ergriffen werden müssen.

Gewiß ist es richtig, daß gewisse Personen die Träger der Reformen und Ideen sind. Haben sie dieselben aber eingesetzt, dann werden ihre Ideen das Bewegende. Leider ist es so, daß heutzutage jede politische Bewegung, wenn sie beginnt, sich bis zu einem gewissen Teile durchzusetzen,

von Schmarotzern ausgenutzt

wird. Bei der Vielheit des heutzutage Auftauchenden nun ist es dringend nötig, sich jede Idee genau anzusehen, ob sie auf Grund der Vernunft und Logik fähig ist, ein Volk hochzubringen. Man sage nicht etwa dabei, das ginge schon, wenn nur die Menschen vernünftig wären. Wie falsch! Gerade in der Politik muß man mit den Menschen rechnen, wie sie sind. Man kann auch hier nur starke und gute Wesenszüge nützlich machen, die wirklich da sind, kann aber nun und nimmer solche aufpfropfen. Aus einem Egoisten wird nie ein Idealist. Schon die Geschichte, die der Römer Tacitus über das deutsche Volk schrieb [9], zeigt genau dieselben Charaktermerkmale, wie wir sie heute noch bei uns vorfinden. Zum Künstler kann keiner erzogen werden, indem man ihm die Pinsel in die Hand gibt, und keinen kann man dazu heranziehen, daß er eine Neunte Symphonie schreibt [10].

8 Der seit 1928 einsetzende Preisverfall für landwirtschaftliche Produkte führte zu einer Agrarkrise. Vgl. Henning, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft, S. 192 ff. Zur Entwicklung und zu den Problemen der statistischen Erfassung von Arbeitskräfte- und Betriebsstruktur der Landwirtschaft in der Weimarer Republik vgl. Heinrich Becker, Handlungsspielräume der Agrarpolitik in der Weimarer Republik zwischen 1923 und 1929, Stuttgart 1990, S. 52 ff.

9 "De origine et situ Germanorum", entstanden ca. 98 n. Chr. Um seiner eigenen Kultur ihre Dekadenz vor Augen zu führen, idealisierte Tacitus die Tugenden der Germanen.

10 Anspielung auf Ludwig van Beethoven.

Ebenso vergeblich ist es, den Reichstag national erziehen zu wollen.

(Stürmisches Gelächter.) Wenn man eine Idee in Wolken-Kuckucksheim sucht, so folgt ihr stets ein grausames Erwachen. Auch ist die Richtigkeit eines Gedankens keineswegs erwiesen, wenn er momentan funktioniert. Gewisse Einrichtungen erhalten sich durch ihre eigene Schwungkraft zum Teil ein Weilchen, während dann der Zusammenbruch im stillen schon früher da ist, als die meisten ahnen. Nur dann ist eine Idee gesund, wenn sie stets angewendet werden kann.

Heutzutage zum Beispiel spricht man mit Recht viel

von der Substanz.

Seht den Bauernprozeß von Itzehoe [11]. Da sagte man den Angeklagten: "Ihr habt doch Boden, Kühe, Ochsen usw., ihr könnt ja bezahlen, wenn ihr wollt"; das heißt also von der Substanz. *Man hält es also für unbedenklich, diese zu verwirtschaften!* Nun, das ist ja bei uns Brauch geworden. Unser ganzes Volksvermögen, in Jahrzehnten erworben, ist in wenigen Jahren draufgegangen. Die Geschichte lehrt es uns, daß die Substanz ganzer Völker, entstanden oft in Jahrhunderten, in sechzig bis achtzig Jahren draufging. Und so hat man

Deutschlands Machtfülle in 10 Jahren in Grund und Boden verludert.

Mit der Innenpolitik ist logischerweise

das Außenpolitische

eng verbunden. Noch vor 15 Jahren war Deutschland ein mächtiges Reich dank seiner Kraft und der Organisation seiner Kräfte; es war jederzeit in der Lage, sich für dieselbe als nationaler Staat einzusetzen. Deutschland hatte 60-70 Millionen Menschen machtpolitisch organisiert [12]. Was ist es jetzt?

Eine Kolonie der internationalen Finanzmachthaber.

Blickt hin auf die *Reparationsverhandlungen in Paris* [13], auf diese *Komödie der Welthyänen.* Niemand nimmt mehr ernst, was dort geredet wird. Deutschland und die Entente in Paris! Ist das nicht, als ob ein schmächtiger Schneider sich mit einem Riesen messen will [14]. Ja, es ist und bleibt so.

Es gibt eben gewisse Dinge, die nur mit der Faust ausgekämpft werden können. Alle Versuche, anstelle der Gewalt im Völkerleben die Vernunft zu setzen, ist an mangelnder Bereitwilligkeit, an Sonderinteressen und anderen Instinkten gescheitert.

Es ist und bleibt in Wirklichkeit so, daß die Dinge im Völkerdasein nicht mehr nach Recht und Unrecht entschieden werden! Nein,

Sieger wird immer der in der Macht Stärkere sein,

d. h. nicht der, der laut bellt, sondern der zubeißt. Die Geschichte aber fragt da denn nicht danach, ob ein Staat oder ein Volk aus Recht oder Unrecht gestürzt ist, sondern sie stellt nur fest,

---

11 Am 16.4.1929 war in Itzehoe der Prozeß gegen 57 der Bauern eröffnet worden, die am 19.11 1929 in Beidenfleth gewaltsam die Pfändung von Vieh verhindert hatten. Vgl. Michelle Le Bars, Le mouvement paysan dans le Schleswig-Holstein 1928-1932, Berne 1986, S. 94 ff.

12 Das Deutsche Reich hatte im Dezember 1910 64.925.993 Einwohner. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1913, Berlin 1913, S. 1.

13 Vgl. Dok. 2, Anm. 6.

14 Anspielung auf das Märchen "Das tapfere Schneiderlein" aus der Sammlung von Jakob und Wilhelm Grimm. In diesem Märchen gelingt es dem Schneider jedoch, den Riesen zu besiegen.

daß das Reich oder das Volk eben aus diesen oder jenen Gründen vergehen *mußte.* Als Deutschlands einzige Waffe wird nun heute das Recht trotzdem bezeichnet. Das ist wahrhaftig nicht viel. Wir sind leider nicht mehr das Volk, das sich mit allem, was es hat, einsetzt für seine Existenz. Wir gehen vielmehr mit großen Schildern herum, auf denen steht: *"Wir wollen ja nur, was uns rechtens zusteht, und wollen nur den Frieden der Welt."* Was wird uns zur Antwort: "Das ist ja gar nicht euer Recht, was ihr wollt". Ja, Schiller hat nicht mehr recht, wenn er sagt: "Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt [15]," denn wir können wohl, vollständig entwaffnet und täglich ausgebeutet, einen Frieden haben, aber den Frieden des Zugrundegehens. Wenn dieses Friedensstreben noch 40-50 Jahre dauert, dann allerdings sind wir fertig. Unsere Isolierung in der Welt ist vollständig.

Wir sehen zu mit gebundenen Händen,
wie sich gigantische Weltereignisse vorbereiten, wie ein noch größeres Weltenringen kommen wird, als wir es erlebt. In ihm wird Deutschland nur die Rolle des Objektes spielen. Man sage nicht, daß das nicht so wird; denn das ist alles schon dagewesen. Schon standen Deutsche früher in fremde Heere hineingepreßt, schon wurden auf unserem Boden Kämpfe ausgefochten u. a. m. Und haben wir nicht im Vertrage von Locarno Frankreich das Durchmarschrecht gesichert [16]? So sucht Deutschland einem Kriege zu entgehen, indem es sich dem Krieg für andere aussetzt.

Innenpolitisch erleben wir, wie gesagt, alledem gegenüber weiter den Zerfall der Nation bei einer furchtbaren Kräftevergeudung. Wir streiten uns herum, ob Republik, ob Monarchie, ob Protestanten oder Katholiken, ob Reaktion oder Revolution, ob zweite oder dritte Internationale usw., ins Endlose. Wir stehen da, Land gegen Stadt, Agrarier gegen Industrie usw. usw. und
dabei steht doch nur eins zur Debatte im Ernst unserer Zeit:
"Das deutsche Volk".

Es gibt ebenso gute Republiken wie gute Monarchien. Je mehr aber der politische Kampf auch wirtschaftlich durchsetzt ist, um so mehr grenzen die Menschen sich ab und zerfleischen sich. Und das alles, wo uns doch heute ein komprimierter Druck des *ganzen* Volkes so bitter not tut [*sic!*]. Diesen Zerfall begleitet eine maßlose Korrumpierung.

Zu dem politischen Unheil kommt der wirtschaftliche Verfall. Wenn Stinnes [17] einmal sagte: "Die Wirtschaft wird Deutschland wieder aufrichten" [18], so trifft dies so nicht zu. Unser Wirtschaftsleben ist zerklüftet, es kann uns kaum Brot geben und ist darum nicht das Alleinseligmachende.

---

15 Nach Friedrich von Schiller, Wilhelm Tell, 4. Aufzug, 2. Szene.

16 Ein Durchmarschrecht wurde Frankreich auf der Konferenz von Locarno nicht gewährt. Deutschland erkannte den Status quo am Rhein an und bestätigte die Rechte der Alliierten aus dem Versailler Friedensvertrag hinsichtlich des Rheinlands. Vgl. Dok. 3, Anm. 27.

17 Hugo Stinnes (1870-1924), Reeder und Großindustrieller, 1893 Gründer der Kohlenhandlungs- und Reederei-Firma Hugo Stinnes OHG, 1918 Mitbegründer der Zentralarbeitsgemeinschaft, 1920 Wirtschaftssachverständiger auf der Konferenz von Spa, 1920-1924 MdR (DVP), Präsidiumsmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

18 Stinnes vertrat die Auffassung, daß nur eine unbehinderte Privatwirtschaft die Kriegsfolgen und damit die durch den Versailler Friedensvertrag verursachten Schwierigkeiten beseitigen konnte. Vgl. Peter Wulf, Hugo Stinnes. Wirtschaft und Politik 1918-1924, Stuttgart 1979, S. 532 ff.

Nur durch den Faktor der Machtpolitik kann ein Volk hochkommen.

Als diese bei uns 1918 zusammenbrach, stürzte die Wirtschaft.

Unser Schicksal ist so trostlos, daß man vor 10 Jahren an einen derartigen Niedergang nicht glaubte, und wiederum in 10 Jahren wird unser Volk noch Gräßlicheres erleben, wenn es so weitergeht mit unserer Führung. Bei einem Volk aber, das so krankt, ist handgreiflich das ganze System schuld daran.

Was heißt denn Volksregierung?,
jenes Wort, mit dem man heutzutage so krebsen geht. Des Wortes Bedeutung ist doch *nicht etwa parlamentarische Regierung*, die die Torheit zum Prinzip erhebt; nein, jenes Wort bedeutet ein Regiment, das dem Volke zugute kommen soll, es hochbringt, eine Regierung von Köpfen. Statt dessen sehen wir bei uns ringsum Unzulänglichkeit; Feigheit, Unwissenheit, Bestechlichkeit usw. Ist nun unser Vaterland unter diesen Verhältnissen überhaupt noch lebensfähig für 62,5 Millionen Einwohner auf 470.000 qkm [19]? Hierbei kommen wir auf das fundamentale

Problem der Bodenfrage.

In Deutschland sitzen im Durchschnitt berechnet auf einem qkm 136 Menschen [20]. Die Dinge, die hieraus für Deutschland sprechen, werden nicht geändert durch Innenkolonisation [21] usw. Hier sieht man, wie falsch der Marxismus auf diesem Gebiete eingestellt ist, der da sagt, daß nicht die Bodenfrage, sondern nur die Gesellschafts- und Wirtschaftsform uns das Heil bringen wird. Ist es denn demgegenüber nicht unumstößliche Tatsache, daß der Boden in seiner Güte und Größe ungeheuerlich wichtig ist für die Lebensfähigkeit eines Volkes. Werfen wir einmal die Frage auf, wer der sozial am meisten entwickelte Staat seit Friedenszeit ist. Es ist unbestritten Deutschland, während Nordamerika am weitesten von jenem Ziel entfernt ist. Nach marxistischer Tendenz müßte also Deutschland den besten Lebensstandard haben, während doch dies in Amerika der Fall ist, wo auf 136 Millionen Menschen 11 Millionen qkm kommen [22], also ein Vielfaches wie in Deutschland. Lassen Sie uns in diesem Zusammenhang einmal an die Walther Rathenauschen [23] Zeiten denken mit ihren Kriegsgesellschaften usw. seligen Angedenkens. Damals waren wir von aller Lebenszufuhr [*sic!*] abgeschnitten, hätten wir aber mehr Boden gehabt und einen intensiver bearbeiteten, unsere katastrophale Knappheit an Nahrungsmitteln wäre nicht gekommen, oder bestimmt nicht in diesem Ausmaß. Daß natürlich bei falschem System auch ein reichlicher und guter Boden dem Volke nichts sein kann,

19 Das Deutsche Reich (einschließlich Saargebiet) hatte im Juni 1925 eine Fläche von 470.656 km² und eine Bevölkerung von 63.178.619 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 5.

20 Die Bevölkerungsdichte des Deutschen Reichs (einschließlich Saargebiet) betrug im Juni 1925 134,23 Menschen pro km². Vgl. ebenda.

21 Anspielung auf das Heidelberger Programm vom 14.9.1925, in dem die SPD "Förderung des Siedlungswesens" forderte. Vgl. Mommsen, Parteiprogramme. Zweiter Teil, S. 468.

22 Die USA umfaßten zum damaligen Zeitpunkt eine Bevölkerung von 105.765.656 Einwohnern und eine Fläche von 9.371.749 km². Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 4*.

23 Walther Rathenau (1867-1922), Industrieller, 1889 Dr. phil., 1892 Direktor der Elektrochemischen Werke Bitterfeld, 1899 Vorstandsmitglied der AEG, 1902 Geschäftsinhaber der Berliner Handels-Gesellschaft, 1907 erneut Vorstandsmitglied der AEG, 1914/15 Leiter der Kriegsrohstoffabteilung beim preußischen Kriegsministerium, 1915 Präsident der AEG, 1919 Mitglied der DDP, Mai bis Oktober 1921 Reichsminister für Wiederaufbau, Februar bis Juni 1922 Reichsminister des Auswärtigen, am 24.6.1922 ermordet.

gewahren wir heute in Rußland, der früheren Kornkammer Europas. Dort stehen die Dinge bekanntlich jetzt so, daß dieses sonst so kornreiche Land die Brotkarte einführen mußte [24].

Dahin kann ein wahnwitziges System ein Volk

führen. Trotzdem bleibt bestehen, daß der Umfang und die Qualität am Boden ein Primäres ist für des Volkes Lebensmöglichkeit. Hat aber ein wachsendes Volk nicht seinen Boden, so kommen ohne weiteres Spannungen, denn auch bei den Völkern ist es so, daß eines dem andern nachmarschieren *will und muß*, um den *gleichen Standard* zu erreichen, just wie es bei den einzelnen Volksschichten ist; und hieraus resultieren unweigerlich die Kampfziele bei Schichten und Nationen. Clemenceau hat einmal gesagt, daß es in Deutschland 20 Millionen Menschen zuviel gibt, und er wollte damit sagen, daß dies für die Franzosen u. a. ein Moment der Beunruhigung sei [25]. Wir wollen aus diesem Wort uns die Lehre merken, daß diese 20 Millionen wohl z. T. zu einem Bleigewicht werden, namentlich, wie gesagt, bei unseren Bodenverhältnissen, daß sie aber auch zu einer befreienden, antreibenden Kraft werden können, wenn sie nur unter dem richtigen Ideensystem stehen und für dasselbe mobilisiert werden. Nun rufen die Marxisten immer laut und nachdrücklich nach Geburtenbeschränkung. Und damit kommen wir auf das Problem der Zahl. Lassen Sie mich den Herren das eine sagen: Wo wäret ihr denn, wenn man vor Jahrzehnten diese eure Forderung in die Tat umgesetzt hätte?!!! Ihr wäret dezimiert in eurem Bestand! Nicht Geburtenbeschränkung, sondern Lebensbeschränkung, wie sie die Natur so weise in ihrem Haushalt walten läßt, ist vonnöten. Nun verspricht der Sozialdemokrat zwar dem Volke eine bessere Lebenshaltung. Ich kann doch aber, das muß man hierzu bemerken, nur verbessern, was als im Grunde Gutes schon geschaffen ist. Wer schafft nun Derartiges? Doch unbedingt stets *Köpfe*, wie andererseits wieder jeder große Mann Voraussetzung ist für qualitative Produktion. *Millionen* sind nicht imstande, einen großen Menschen zu ersetzen. Wird einem Volke ein großer Kopf genommen, so kann die Gesamtheit daran zugrunde gehen. Weder einen Beethoven, noch einen Richard Wagner oder einen Arnold Böcklin [26] kann die Masse ersetzen. Was folgt daraus?

Das eine:

Auf keinen Fall macht es die Majorität.

Andererseits können hohle Köpfe ein Volk auf Jahrzehnte ins Unglück rennen [*sic!*], wie es *Bethmann Hollweg* 1914 fertigbrachte [27]. Heute haben wir die Quittung für diesen "Kopf". Legen Sie einmal in die *eine* Schale der *Schicksalswaage* des Volkes bei uns alle Nöte, alle unsere Verluste, unsere Schulden usw. und in die *andere* Schale den Kopf eines Bismarck; *der* wiegt ganz bestimmt die Unsummen der anderen Schale auf. Edison [28] gab uns das elektrische Licht, das heutige Telefon in seinen gebrauchsmöglichen Grundlagen verdanken wir ihm,

24 Vgl. Dok. 6, Anm. 29.

25 Der fälschlicherweise Clemenceau zugeschriebene Ausspruch stammt aus dem Buch "L'Allemagne ennemie" von Jeanne und Frédéric Régamey, Paris 1913, S. 300: "Il y a en Europe vingt millions d'Allemands de trop". Vgl. Geflügelte Worte, S. 757 f.

26 Arnold Böcklin (1827-1901), Schweizer Maler.

27 Bereits im ersten Band von "Mein Kampf" wird Bethmann Hollweg scharf kritisiert. Vgl. Adolf Hitler, Mein Kampf. Bd. 1: Eine Abrechnung, München 1925, S. 291.

28 Thomas Alva Edison (1847-1931), Erfinder, 1877/78 Entwicklung des Kohlekörnermikrofons, wodurch das 1876 von Graham Bell patentierte Telefon für größere Entfernungen brauchbar wurde, 1878 Patent auf den Phonographen, 1879 Entwicklung der Kohlefadenlampe, 1899 Entwicklung eines Filmaufnahmegeräts.

einem Kopf. Millionen benutzen all dies täglich und wären doch nicht imstande zu ersetzen, was jener eine Kopf der Welt gegeben hat. So auch in der Politik! Wenn einer großen Sache der große Kopf verlorengeht, so kann man niemals sagen,

das wird unsere Fraktion schon machen!

Und weil dem so ist, darum ist die *Auswanderung deutscher Köpfe* gerade jetzt eben etwas höchst Bedenkliches. Amerika untersucht jeden Einwanderer auf Gesundheit usw. genau; nur die Tüchtigsten und Besten läßt es herein [29]. Auf diesem Wege verlieren wir ebenfalls Tausende wertvollster Blutträger. Doch weiter! Das Steckenpferd der heutigen Zeit ist auch in Deutschland der

Ruf nach Wirtschaft und Weltwirtschaft.

Hierzu in Kürze folgendes: Hat ein Volk wenig Boden, so kann sicher die Brotnot usw. nur durch Export ausbalanciert werden, in dem wir als Gegenwerte für industrielle Ausfuhr Lebensmittel und Rohstoffe erwerben. Hieraus folgt, daß nicht die Produktion auf diesem Gebiet an der Spitze steht sondern der Absatzmarkt. Aber auch dieser ist in der Welt naturgemäß begrenzt und hängt in seiner Gewinnung vor allen Dingen von

dem Faktor der Machtpolitik

ab. Blickt hin auf England und seine Kolonialpolitik. Bei uns in Deutschland freilich ward diese zum Teil romantisches Experiment, bei dem wir versuchten, den Negern deutsche Kultur aufzuprägen [30]. Solche Dinge macht England nicht. Wenn es Bahnen baut, so schafft es dieselben nicht für die Schwarzen und Inder und nicht, um ihnen Kultur zu bringen, sondern Großbritannien baut und schafft draußen in der Welt nur für seinen Profit [31]. Eiskalt ist seine Berechnung hier, wie überhaupt. Dort drüben

auf der kleinen Insel in der Nordsee rechnen alle nach Export und Import.

Dann ein anderes. Unterdessen andere Völker sich so machtpolitisch aufbauen, gehen bei uns weitere Vernichtungsdinge vor sich. Da sehen wir, wie ein gewaltiger Menschenüberschuß Deutschlands in die Großstädte flutet [32] und hören dort den Schrei nach Öffnung der Grenzen und nach billigerem Brot, inzwischen Albion [33] sich ein Viertel der Welt erobert hat und eifersüchtig über diesen Besitz wacht. Wohin wollen wir eines Tages mit dem Zahlenüberschuß an Menschentum, der weiterhin gefährdet wird durch

die steigende kapitalistische Industrieinvasion aus Amerika?

Zunächst in handgreiflichster Form auf dem Gebiete der *Automobilindustrie.* Wir sind ja nun einmal so weit, daß der Motor die animalische Kraft ersetzt. Die größte Motorindustrie

---

29 Mit dem Immigration Act of 1924 to limit the Immigration of Aliens into the United States vom 26.5.1924 war die Einwanderung in die USA auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt worden. Druck: Laws Applicable to Immigration and Nationality. Embracing Statutes of a Permanent Character, and Treaties, Proclamations, Executive Orders, and Reorganization Plans Affecting the Immigration and Naturalization Service. Ed. by United States Department of Justice, Washington 1953, S. 408 ff.

30 Zu den religiös-zivilisatorischen Motiven der deutschen Koloniengründung vgl. Klaus J. Bade (Hrsg.), Imperialismus und Kolonialmission. Kaiserliches Deutschland und koloniales Imperium, Wiesbaden 1982.

31 Zur Kolonialpolitik Großbritanniens vgl. Rudolf von Albertini, Europäische Kolonialherrschaft 1880-1940, Zürich 1976, S. 15 ff., 242 ff., 349 ff.

32 Zwischen 1925 und 1933 nahm die Wohnbevölkerung in Städten über 100.000 Einwohner um 5,1 %, in Gemeinden unter 2.000 Einwohner nur um 0,9 % zu. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1936, Berlin 1936, S. 10.

33 Großbritannien.

der Welt u. a. hat das Dollarland. Deutschland kann auf diesem Gebiet im Export nicht auf den Beinen bleiben, und

Amerika erledigt nun Deutschland in Deutschland selbst [34].

Dank seiner Riesenländerfläche benötigt es soviel Autos für seinen Inlandsabsatz, daß es nun kapitalkräftig im Ausland (sprich Deutschland) vorgehen kann. Und so wird jenes Land über dem großen Teich nach anderer Hinsicht auch anderen Ländern gefährlich. Nicht umsonst organisiert das Reich der Briten schon heute seinen Kampf hiergegen [35]; natürlich nach englischem, altbewährtem Muster, hinter den Kulissen, damit andere wieder einmal die Suppe auslöffeln. Aber wundern wir uns denn über den Abstieg unseres Auslandsgeschäftes noch?! Wir schnüren es ja bald selbst ab. Schlitzäugige Studenten, Ingenieure, Baumeister usw. lernen und schnüffeln bei uns [36], und in China, Japan usw. baut und schafft man nach deutschem Vorbild. Hier ist ein Problem auf Leben und Tod vorhanden, und so schleicht langsam und sicher unsere Wirtschaftskatastrophe weiter. Kein kapitalistisches Interesse aber ist es, ob ein Schiff in Deutschland oder im Ausland gebaut wird. Hinter dieser Frage steht das Leben von 30.000 Menschen [37].

Der Schlüssel zum Weltmarkt hat die Gestalt des Schwertes.

Völker, die mit der Wirtschaft spekulieren, müssen bereit sein, sich für sie mit ganzer Macht einzusetzen. Andere wieder rufen: *Wir müssen billiger produzieren!* Auch das ist falsch. Hat doch England vor 15 Jahren den Krieg gegen uns eben dieserhalb inszeniert [38]. Und es wird heute nicht freundlich lächelnd zusehen, wenn wir zu dem gehaßten Billigkeitsprinzip zurückkehren. Man hat sich ja mit dem Frieden von Versailles genügend Mittel gegen uns gesichert [39].

Deutschland braucht Macht, dreimal Macht, aber kein Genf und keinen Völkerbund.

Über all diese Dinge wird man einst hohnlachen. Enttäuscht fragen wir immer: "Wird uns denn gar keine Hand gereicht?" Nein! Münchhausen hat immer noch recht, daß man sich am *eigenen* Zopfe aus dem Sumpf ziehen muß. Weder Weltbankkongresse noch der Sozialdemokrat Briand bringen uns Heil. Denn auch letzterer wird immer wieder sagen: "Gewiß, ihr Deutschen seid tadellose Abrüstler, aber ihr seid ein Volk von 60 Millionen und ein solches von Qualität, also höchst gefährlich [40]".

Kein Wort hat man in Paris von Abrüstung gesprochen.

Das ist auch kein Wunder, ebenso nicht das ewige Friedensgefasel, denn der Frieden von heute kann der Entente wegen ewig dauern. Daß aber ein Deutschland in Genf so ewig friede-

---

34 1928 wurden Krafträder und Kraftfahrzeuge im Wert von 50.190.000 RM aus den USA in das Deutsche Reich importiert. Entsprechende deutsche Waren wurden damals in den USA im Wert von 1.090.000 RM abgesetzt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 225.

35 Vgl. Anglo-American Relations in the 1920s. The Struggle for Supremacy. Hrsg. von B. J. C. McKercher, London 1991.

36 An den deutschen Universitäten waren im Wintersemester 1928/29 82.288 Studierende immatrikuliert, davon waren 4.145 Ausländer. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 408 f.

37 Bezieht sich auf die Sicherung von Arbeitsplätzen durch Auslandsaufträge.

38 Zum Forschungsstand zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges vgl. z. B. Schöllgen, Flucht in den Krieg?

39 Artikel 428 bis 432 eröffneten den Alliierten weitgehende Eingriffsmöglichkeiten zur Sicherung der Durchführung des Versailler Friedensvertrags. Druck: RGBl. 1919, S. 1309 ff.

40 Vgl. Dok. 3, Anm. 36.

wimmernd auftritt, ist wohl die höchste Potenz des Wahnwitzes, dem wir das eine gegenübersetzen:

Wir wollen nur den Frieden, der unserem Volke das Leben gibt.

Es ist verdammt einfach, sich populär zu machen, wenn man in deutschen Versammlungen von Frieden usw. usw. spricht. *So wäre mir nie das Reden verboten worden* [41], *und nie wäre ich so heimatlos gewesen* [42]. Wäre ich aus Ostgalizien eingewandert, man hätte mich eins-zwei-drei eingebürgert, und ich wäre heute ein deutscher Minister. Aber ich danke! Freilich es war kein Kinderspiel, gegen das heutige System zu kämpfen,

gegen Internationalismus, Demokratie und Pazifismus.

Dieser Kampf aber ist heilig. Und nun befaßte sich der Redner im Zusammenhang mit diesen drei [*Punkten*] mit der Politik des gegenwärtigen Reichsaußenministers, die er als verfehlt und zu wenig stark bezeichnete. Ein Staatsmann müsse eine Kampfnatur sein, die gegen alles Halbe und Laue ist. Aber ist es denn ein Wunder, wenn wir Mangel an starken Staatsmännern haben!? Ist doch das deutsche Volk selbst nichts Halbes und nichts Ganzes. Wir nennen uns national u[*nd*] tanzen nach der Jazzmusik Foxtrott, suchen Erholung im Ausland, erwägen, ob wir nicht etwa auch irgendwo am Weltkriege schuld sind etc. [43]! Dem Ausland äffen wir alles nach, wie eine Schicht der anderen bei uns alles nachmacht. Demgegenüber sagen wir:

Wenn man national ist, muß man konsequent sein.

Nicht der Vertreter eines Standes oder einer Gruppe zu sein, ist national. Kommt uns nicht ein neuer Begriff dieses Wortes, so kommen wir nicht hoch. Interessenvertretung des *ganzen Volkes* allein ist national. Demokratische Perioden haben in der Geschichte stets in 30-40 Jahren vernichtet, was Jahrhunderte aufbauten. Nicht das demokratische Majoritätsprinzip hat ein Volk je aufrecht erhalten, sondern nur qualitative Köpfe. Warum führen denn die Demokraten in ihren Betrieben nicht das Gesetz der Majoritätsherrschaft ein, warum lassen sie nicht von den Betriebsräten die Fabriken leiten [44], warum ist es ein Unsinn bei der Polizei, beim Militär usw., die Majoritätsherrschaft einzurichten?! *Freilich beim Staat*, meine Herren Demokraten, *da ist das ja was anderes, der kann sich ja an diesem Wahnproblem verbluten.* Wer hat denn Preußen 1813 hochgebracht [45]? Kein Majoritätenkram, sondern Köpfe. Was wurde aus Deutschland heute? Ein furchtbar regierter Parlamentsstaat!

Und solch einem sogenannten Reichstag legt man die wichtigsten Fragen der Nation zur Entscheidung vor,

---

41 Vgl. Dok. 14, Anm. 13.

42 In der Auseinandersetzung um die Abschiebung Hitlers im Winter 1924/25 nach Österreich nahm die österreichische Regierung unter Bundeskanzler Seipel den Standpunkt ein, Hitler habe die österreichische Staatsangehörigkeit durch seinen Dienst in der bayerischen Armee verloren, und erließ ein bis 29.8.1932 gültiges Einreiseverbot. In Deutschland wurde Hitler in der Folge als staatenlos betrachtet. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 108 f.

43 Vgl. Dok. 3, Anm. 19.

44 Auf der Grundlage des Betriebsrätegesetzes von 1920 (Druck: RGBl. 1920, S. 147 ff.) waren Betriebsräte in die Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften aufgenommen worden. Vgl. Die Weimarer Praxis der Betriebsräte im Aufsichtsrat. Hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung, Köln 1986.

45 Anspielung auf die innere Reorganisation des preußischen Staates zwischen dem Frieden von Tilsit am 9.7.1807 (vorausgegangen war die vernichtende Niederlage der preußischen Truppen in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt am 14.10.1806) und dem offiziellen Beginn der Erhebung Preußens gegen die französische Besetzung durch das russisch-preußische Militärbündnis von Kalisch am 26.2.1813.

einem Parlament, in dessen ca. 500-Zahl [46] höchstens 40 Köpfe stecken, die dann aber bei den berühmten Abstimmungen einfach an die Wand gedrückt werden, wenn sie nicht mit durch dick und dünn gehen. Zu was braucht man denn auch schließlich diese Leute?!

Wer gewählt wird, kann eben alles.

Nicht die Namen auf den Straßenschildern aber machen den großen Mann, und Friedrich der Große wird nicht kleiner, wenn man ihn von seinem Postament in Berlin [47] herunterholt und eine Eintagsfliege von heute darauf setzt. Ich kann mir auch nicht recht irgendeinen der heutigen Staatsmänner in der Walhalla [48] vorstellen. Ebenso hat jeder wirkliche Kopf alle Scheu davor, etwa im Reichstag gegen Windmühlenflügel zu kämpfen. Er würde dort sagen:

"Zu die Bude, hier kann ich nicht arbeiten!".

Der oberste parlamentarische Grundsatz ist heute nicht das Vaterland, sondern der: Eine Hand wäscht die andere. Es war ein Engländer, der einmal das ehrliche Wort geprägt hat: "Wenn in der Geschichte Genies kamen und begannen sich durchzusetzen, so wandte sich meist die sogenannte Majorität gegen sie." [49] Auch heute setzt man meist Menschen von Format an Stellen, wo sie "nichts schaden können". Aber das befreit ein Volk nicht! Darum fort mit dem System.

Solange ferner eine Nation an den Pazifismus glaubt,

aber sagt: "Gott kann es ja nicht zugeben, daß ein Volk zugrunde geht," so ist darauf zu antworten, das kann das Schicksal sehr wohl, wenn es nämlich dies Volk nicht anders verdient hat. *Der Gedanke, daß das deutsche Volk nicht zugrunde gehen kann, ist Unsinn.* Schon andere große Völker sind dahingegangen.

So sind wir in Deutschland bis jetzt nur abwärts gegangen, was das Parlament freilich nicht zugestehen will. Gewiß, alles Menschliche hat Schwächen, auch *wir*. Doch eines ist sicher: Mit dieser Klassenwirtschaft, mit dem ganzen Schacher und all dem anderen, was heute Millionen empört, wollen und werden wir aufräumen. Wenn eine Bewegung, wie wir, *mit 7 Männern begann* [50], alles, aber auch alles gegen sich sah, nach einem Jahr erst 64 Zugehörige hatte [51], dann aber sehr bald 3.000, 30.000 und mehr, nach einem scheinbaren Zusammenbruch [52] innerlich weiterlebte und nun auf über 130.000 Mitgliedern [*sic!*] gekommen ist [53], so ist damit erwiesen, daß ihre Ideen die rechten sind und Bestand haben. Und darum bitte ich und bettle ich Sie nicht: Wählt uns um Himmels Willen in den Landtag [54]! Darin besteht nicht

---

46 In der IV. Wahlperiode umfaßte der Reichstag 490 Abgeordnete. Vgl. Reichstagshandbuch. IV. Wahlperiode 1928, Berlin 1928, S. 472 f.

47 Gemeint ist das von Christian Daniel Rauch zwischen 1840 und 1851 geschaffene Reiterstandbild Friedrichs II., des Großen, Unter den Linden.

48 Bei Donaustauf, 1842 eingeweiht. Errichtet im Auftrag Ludwigs I. als deutsche Ruhmeshalle.

49 Eventuell Anspielung auf den Satz des britischen Dichters Wentworth Dillon Earl of Roscommon (ca. 1633-1685): "The multitude is always in the wrong". Vgl. Geflügelte Worte, S. 268.

50 Vgl. Dok. 1, Anm. 4.

51 Hitler trat im September 1919 in die damalige DAP ein, das am 2.2.1920 erstellte erste alphabetische Mitgliederverzeichnis nennt bereits rund 190 Mitglieder. Vgl. Tyrell, Führer, S. 198 f., Anm. 118.

52 Am 9.11.1923 wurde die NSDAP in Bayern und am 23.11.1923 im Deutschen Reich verboten. Vgl. Jablonsky, The Nazi Party in Dissolution, S. 1, 26.

53 Bezieht sich vermutlich auf die vergebenen Mitgliedsnummern der NSDAP. Da freiwerdende Nummern nicht neu besetzt wurden, ist die tatsächliche Mitgliederzahl niedriger anzusetzen. Vgl. Tyrell, Führer, S. 352.

54 Vgl. Dok. 15, Anm. 1.

unser Hochziel! Ich verzichte auch auf billige Versprechungen, aber ich versichere es, daß der Kampf gegen die Verantwortungslosen von heute, gegen Betrüger und Volksaussauger, die wir bestimmt noch einmal zur Rechenschaft heranziehen werden, meine und meiner Mitkämpfer Lebensaufgabe ist, gleichviel ob die Sonne scheint oder es wettert [*sic!*]. Ich glaube an die Lebenskraft des deutschen Volkes. Darum werden wir uns unentwegt für dasselbe einsetzen, ob auch Millionen mit der Faust uns drohen. Nicht *der* ist national, der am Biertisch patriotische Lieder singt, die wir selbstverständlich auch hochzuhalten wissen, genau nicht wie der sozial ist, der internationale Lieder brüllt. National ist, wer mit uns ein Deutschland der Ordnung, der Ehrfurcht und der Macht aufrichten will und der es nicht zersetzt und zerfleischt in Klassen und Berufe, in 30 und mehr Parteien. Mit jenem Dichter halten wir es,

der das Deutschland preist, in dem der ärmste Bürger der glühendste Patriot ist [55].

Ja, das Deutschland von heute muß endlich ein besseres Deutschland von morgen werden. [56]

18. April 1929 — Dok. 27
"An alle nationalsozialistischen Zeitungen"
Anordnung

Masch. Schreiben vom 18.4.1929 [1]; BA, Slg. Schumacher 260.

1. Für den Parteitag in Nürnberg [2] ist heute schon eine ungeheuere Propaganda in Nürnberg selbst notwendig. Die Propagandamittel zu kaufen, ist weder die Ortsgruppe Nürnberg noch die Parteileitung selbst dazu in der Lage. Ich bitte alle Parteizeitungen, überschüssige alte Zeitungen, die sonst keine Verwendung mehr finden, an die Ortsgruppe Nürnberg (Anschrift: Geschäftsstelle der NSDAP Nürnberg, Hirschelgasse 28) zu schicken, wo sie für die Propaganda in den Straßen und Häusern Nürnbergs verwendet werden. Portokosten werden selbstverständlich ersetzt.

2. Zur Propagierung unserer beiden Zentralorgane V[*ölkischer*] B[*eobachter*] und I[*llustrierter*] B[*eobachter*] bitte ich die Wochenzeitungen in jeder Nummer abwechselnd einmal ein Inserat für den V.B. und einmal eines für den I.B. zu bringen.

Die Tageszeitungen bitte ich, in der Woche einmal für den V.B. und einmal für den I.B. zu inserieren.

3. Als Gegenleistung kann der Beobachter selbstverständlich nicht Gegeninserate für unsere 30 Parteizeitungen bringen [3], was jeder Pg. ohne weiteres einsehen wird; er ist jedoch bereit,

55 Nicht ermittelt.
56 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Mit Fußvermerk: "Für die Richtigkeit: H. Himmler" und Stempel.
2 Vgl. Dok. 60-65, 67.
3 Zu den von der Parteileitung anerkannten Zeitungen vgl. Bd. III/1, Dok. 42.

Inserate von Verlagswerken der nationalsozialistischen Zeitungsverlage, für die ein Klischee eingesandt wird, in regelmäßigen Abständen immer wieder zu veröffentlichen.

Matern-Klischee [4] für V.B. und I.B. liegen bei.

gez. Adolf Hitler

20. April 1929 Dok. 28
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 20.4.1929.

Vielleicht denkt sich in diesen Tagen manche unserer Regierungsgrößen, daß es gescheiter gewesen wäre, die Prozesse gegen den Farmer Langkopp [1] und gegen die holsteinischen Bauern [2] unter den Tisch fallen zu lassen. Wenn man die verlegenen Randbemerkungen liest, mit denen die Regierungspresse zu den nüchternen, im Prozeß aufgerollten Tatsachen Stellung nimmt, empfindet man sehr deutlich, wie unangenehm den Repräsentanten des Novemberstaates die dort erfolgte Enthüllung der Praxis der Vermögensenteignung, wie sie der heutige Staat betreibt, ist. Man scheint sich die Sache erst etwas anders vorgestellt zu haben. Man glaubte vielleicht, daß angesichts des aufgebotenen staatlichen Apparats die Missetäter reuig und zerknirscht in sich zusammensinken würden und daß dann die Republik wieder einmal Gelegenheit gehabt hätte, in ihrer Rolle als strafende Gerechtigkeit zu glänzen. Das war ja wohl auch die Hoffnung der Machhaber des bayerischen Staates vor Beginn des großen Prozesses in München im Jahre 1924 gewesen [3]. Je schlechter das Gewissen der Novembermänner ist, um so mehr kommt es ihnen zugute, wenn in irgendeinem Prozeß Menschen, die sich gegen ihr Regiment aufbäumen, am Ende klein beigeben und wenn möglich sogar noch feierlich abschwören. Nicht als ob sie dadurch Gnade erlangen könnten. Im Gegenteil: Das Laster und die

4 Druckstöcke.

1 Heinrich Langkopp (geb. 1876), Kaufmann und Farmer, 1897 Auswanderung nach Transvaal, Viehhändler, 1899-1902 Teilnahme am Burenkrieg, 1906 kaufmännischer Angestellter in Daressalam, 1909 Kaufmann in Iringa, 1913 Erwerb einer Farm, 1915-1917 Wehrdienst in der Schutztruppe in Deutsch-Ostafrika, 1917-1919 britische Kriegsgefangenschaft, 1919 Rückkehr nach Deutschland, Landwirt in Mecklenburg.
Langkopp hatte versucht, seine Forderungen an das Reichsentschädigungsamt mit Gewalt durchzusetzen. Am 3.4.1929 war vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg der Prozeß gegen ihn wegen Bedrohung mit Totschlag, räuberischer Erpressung, Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz und unerlaubten Waffenbesitzes eröffnet worden. Vgl. Vossische Zeitung vom 4.4.1929 (PA), "Langkopp vor dem Richter".

2 Vgl. Dok. 26, Anm. 11.

3 Gemeint ist der Hochverratsprozeß gegen Hitler vom 26.2. bis 27.3.1924 vor dem Volksgericht in München. Vgl. Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München, 2 Bde., München 1924 sowie zur Analyse des Prozesses Otto Gritschneder, Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz, München 1990, S. 32 ff.

Gemeinheit können nie "begnadigen"! Die heutigen Machthaber haben gar kein Verständnis für eine erfolgte Abbitte, denn ihr schlechtes Gewissen sagt ihnen mit Recht, daß eine solche Abbitte gar nicht aufrichtig sein kann, weil doch nicht jemand, der sich nur gegen ein Verbrechen wehrt, über diese seine Gegenwehr innerlich jemals aufrichtige Reue zu empfinden vermag. Es wiederholt sich im kleinen das, was wir im ganz großen vor uns sehen. Das reumütige Schuldbekenntnis Deutschlands im Jahre 1919 über den Krieg und die Kriegsursachen hat auf die Gegner nicht den geringsten Eindruck gemacht [4]. Innerlich wußten sie alle, daß die Behauptung, Deutschland wäre schuld am Kriege, eine Lüge war. Und weil sie das wußten, ist für sie das reumütige Kriegsschuldbekenntnis ebenfalls eine Lüge. Allerdings eine ihnen sympathische Lüge, weil sie damit die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung von ihren eigenen Verbrechen und von ihrer eigenen Schuld abzuwenden vermögen. Und genauso ist es auch im Innern. Der Staat druckt auf Banknoten hinauf, daß ihr Nominalwert jederzeit in Gold eingelöst wird; der Staat gibt Kriegsanleihen aus mit der feierlichen Versicherung, daß sie einmal im Vollwerte zurückgezahlt werden; der Staat gibt Geld aus und empfängt Geld, von dem er behauptet, daß es wertbeständig sei; der Staat bettelt die Leute an, daß sie ihr letztes Goldstück wegen Staatsnotwendigkeiten abliefern und dafür ebenso wertvolles Papiergeld entgegennehmen [5] - und beschwindelt sie hinterher wider alles Recht und gegen Treu und Glauben um ihre Kriegsanleihen, um ihr Papiergeld, um ihr Gold und um ihre Ersparnisse [6]. Der Staat, der zum Schutze des Volkes da sein soll, ruiniert Millionen Existenzen, vernichtet ganze Berufsstände durch seine wahnwitzige und absurde Steuerpolitik und ist auf das maßloseste empört, wenn sich Menschen, denen man schon fast alles genommen hat, endlich gegen einen solchen Betreuer ihrer Interessen zur Wehr setzen. Das heißt, von einer wirklichen inneren Empörung kann natürlich keine Rede sein. Es ist das alles in Wahrheit nur Mache. Denn daß in Deutschland verbrecherische Elemente mit Hilfe der Inflation das Volk um ungezählte Milliarden begaunerten, hat die Justiz bis zum heutigen Tage noch nicht in Bewegung zu setzen vermocht. Weil sich aber ein paar Dutzend holsteinische Bauern, nachdem man sich anschickte, ihnen das Vieh stückweise aus dem Stall zu treiben, und ihre Höfe versteigert werden sollten, endlich zur Wehr setzten und gegen das in ihren Augen schuldige Finanzamt vorgingen, gerät der ganze Staat in Aufruhr [7]. Die gerechte Göttin der Justiz schnellt wütend empor und bringt die verfluchten bäuerlichen Missetäter unter hochnotpeinliche Anklage. Die holsteinischen Bauern sowohl als der Farmer Langkopp haben gut daran getan, daß sie sich dieser Justiz gegenüber gar nicht auf das Winseln verlegten, sondern sich einfach auf ein Recht beriefen, das immerhin noch gewaltiger ist als die Rechte sämtlicher Republiken zusammengenommen, nämlich: auf das Recht ehrlicher und fleißiger Menschen zum Leben! Ist es nicht wider alles

4 Anspielung auf Artikel 231 des Versailler Friedensvertrags, der die Erklärung enthielt, "daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben". Druck: RGBl. 1919, S. 984 f. Vgl. auch Fritz Dickmann, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919. In: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 1-101.

5 Die Ausgabe von Papiergeld mit Golddeckung, die Kriegsanleihen und die Ablieferung von Gold waren bereits zur Zeit des Kaiserreichs veranlaßt worden.

6 Vgl. Dok. 17, Anm. 23.

7 Anspielung auf die Ereignisse in Beidenfleth vom 19.11.1928. Vgl. Dok. 26, Anm. 11.

Recht und wider alles sittliche Gewissen, wenn in einem Staatswesen, das sich hohnvoll "soziale Republik" betitelt, Taugenichtse, Nichtstuer, Schieber und Inflationshyänen zu einem Millionenvermögen kommen können, während der fleißige, sich im Schweiße seines Angesichtes redlich abmühende Bauer nicht nur zu nichts kommt, sondern am Ende sogar noch um Haus und Hof gebracht wird? Und das alles trotz einer Arbeitsamkeit, von der unsere gesamten sogenannten "Regierungsstellen" aber auch wirklich keinen blassen Schimmer haben, sintemalen man demgegenüber deren Tätigkeit wirklich nur als höher organisierte Faulenzerei bezeichnen kann. Die Bilder, die die Prozesse gegen den Farmer Langkopp und gegen die holsteinischen Bauern enthüllten, sind einfach grauenvoll. Hier ist einmal gerichtsnotorisch die Art der Tätigkeit von Behörden festgestellt worden, die als Handlanger der internationalen Ausbeuterkräfte Deutschlands unser Volk bis an den Ruin bringen. Steuerpraktiken sind nun an das Licht des Tages gekommen, die so ungeheuerlich sind und als so ordinär und roh zugleich von Tausenden empfunden werden, daß selbst die Regierungspresse nicht gut anders kann, als sie abzulehnen. Man sieht ordentlich, wie man die blutigen Taler dem Bauer herausschindet, und wer wird nicht empört sein bei dem Gedanken an die Art, wie man sie dann verklopft [*sic!*] und verschleudert? Holsteinische Bauernhöfe gehen zugrunde, weil die Leute oft die Hunderte an Mark einfach nicht mehr aufbringen können, die man aus ihnen herauspressen will. Und so wie es dort ist, ist es in ganz Deutschland. Aber wenn ein Afghanenhäuptling Aman Allah [8] nach Berlin kommt [9], dann feuert die Republik zur Ehrung dieses ihr so sympathischen Halbwilden nicht Hunderttausende, nein, sondern ein paar Millionen Mark hinaus, als ob das überhaupt nichts wäre. Wenn einmal in Deutschland, frei vom Zwange eines Republikschutzgesetzes [10], eine Geschichte der Korruption der letzten zehn Jahre geschrieben wird, dann werden erst Millionen unserer Volksgenossen verstehen, warum und weshalb die Nationalsozialisten gegen dieses Regiment so erbittert ankämpfen. Die beiden Prozesse aber sind unbezahlbar. Sie helfen mit, die Erkenntnis zu vertiefen, daß es mit diesem Regiment parlamentarischer Erbärmlichkeit keine Verständigung geben kann und geben darf.

Herr Hilferding leidet unter Finanznöten [11]. So sehr man die Steuerschraube auch andreht, sie bringt doch nicht herein, was der Moloch der Novemberrepublik verschlingt. Statt nun durch eine entsprechende Außenpolitik dort abzubauen, wo abgebaut werden müßte, nämlich an den Reparationen, streicht man im Innern gerade das zusammen, was besonders für die deutsche Zukunft unentbehrlich ist. Auch nicht die Novemberbürokratie wird abgebaut [12] (nämlich das ganze parlamentarisch-demokratische Schiebertum, das wie ein Heuschreckenschwarm

8 Richtig: Aman Ullah (1892-1960), 1919 Emir, 1926-1929 Padischah von Afghanistan, 1929 Abdankung, Exil in Italien.

9 Aman Ullah hatte sich zusammen mit seiner Gemahlin vom 22.2. bis 28.4.1928 zu einem Staatsbesuch in Berlin aufgehalten. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1928, München 1929, S. 63, 102.

10 Das Gesetz zum Schutze der Republik vom 21.7.1922 war vom Reichstag nach der Ermordung des Reichsministers des Auswärtigen Walther Rathenau verabschiedet worden. Druck: RGBl. 1922, I, S. 585 ff.

11 Vgl. Dok. 14, Anm. 7.

12 Durch die Verordnung zur Herabminderung der Personalausgaben des Reichs vom 27.10.1923 (Druck: RGBl. 1923, I, S. 999 ff.) baute die Republik 53.308 der aus dem Kaiserreich übernommenen Beamten bis August 1929 ab. Vgl. Jörg Grotkopp, Beamtentum und Staatsformwechsel. Die Auswirkungen der Staatsformwechsel von 1918, 1933 und 1945 auf das Beamtenrecht und die personelle Zusammensetzung der deutschen Beamtenschaft, Frankfurt a. M. 1992, S. 68 ff.

unsere einst so saubere Verwaltung abgrast), sondern - der Luftverkehr [13]. Wenn man weiß, unter was für unglaublichen Schwierigkeiten sich Deutschland gerade auf dem Gebiet eine kleine Stellung eroberte, unter was für unsäglichen Mühen und mit welcher Genialität die deutschen Erfinder, die Konstrukteure dabei arbeiten mußten, dann kann man erst das unerhörte Vorgehen Hilferdings der deutschen Luftschiffahrt gegenüber ermessen. Es wäre das alles ganz unverständlich, wenn es nicht in das System hineingehören würde, unter dem wir heute leiden. Auch die Luftschiffahrt soll natürlich dem deutschen Volke genommen werden und der Verinternationalisierung anheimfallen. So wie die Sozialdemokratie nicht eher losließ, bis es ihr endlich gelungen war, die alten im Besitz der Nation befindlichen, also tatsächlich sozialisierten Staatsbahnen dem internationalen Kapital auszuliefern [14], so sorgt sie heute dafür, daß die Luftschiffahrt ebenfalls dem Finanzkapital vorgeworfen wird. Es steckt System in der Tendenz dieser schlimmsten Partei, die das deutsche Volk und der deutsche Arbeiter je gehabt haben. Umsonst hat der Jude Goldschmidt, Zentralbankier von Deutschland und Repräsentant der internationalen Hochfinanz, dem Berliner "Vorwärts", d. h. dem Organ der Sozialdemokratie, nicht 800.000 [*Reichs*]Mark zur Verfügung gestellt [15].

Diesem Versuch gegenüber wird die nationalsozialistische Bewegung immer wieder ihr Programm vertreten, das die höchsten Einsparungen verspricht, nämlich: Weg mit den Reparationen und weg mit der Herrschaft der Novemberkorruption!

Eine neue Regierung ist soeben aus der Taufe gehoben worden [16]. Die Täuflinge sind allerdings lauter alte wohlbekannte Gesichter. Zentrumsmänner, die nun wieder in der Regierung sitzen. Wenn man weiß, mit welchen scheinheiligen "weltanschaulichen" Gründen diese Partei sich vor kurzer Zeit von der Sozialdemokratie wendete und nun sieht, aus welchen Anlässen sie wieder zurückgefunden hat, dann könnte einem wirklich der Ekel über dieses System übermannen. Denn nun steht eines fest: Der Austritt des Zentrums hat weder mit einer inneren Abkehr des Zentrums von diesem System noch mit der Not des deutschen Volkes das geringste zu tun gehabt. Das Zentrum hat nur zwei Minister damals bekommen, und es wollte drei haben. Nun, da die Sozialdemokratie anscheinend kirre geworden ist und den dritten bewilligte, ist die fromme Partei wieder zu den Atheisten und Gottesleugnern zurückgekehrt und macht mit ihnen wieder gemeinsam in politischen Schiebergeschäften. Wenn eine Partei, wie das Zentrum, aber mit dem Heiligsten, das Menschen besitzen, so erbärmlich Schindluder treibt, darf man sich dann nicht wundern, wenn ein höherer Segen nicht dabei sein kann. Und so ist es auch. Seit diese frömmste Partei in Deutschland am Ruder ist, lastet der Fluch des Herrn ersichtlich auf unserem Volke. Solange nicht die Religion den Krallen dieser nichtsnutzigen Parlamentsschieber entwunden wird, ist mit einer Wiederauferstehung unseres Volkes gar nicht zu rechnen.

Das Pariser Diktat ist jetzt fertiggestellt. In 58 Jahren soll Deutschland 128 Milliarden bezahlen [17]. Es ist eine so unverschämte Forderung, daß man sie nur dann verständlich findet,

13 Vgl. Dok. 26, Anm. 7.
14 Vgl. Dok. 26, Anm. 6.
15 Vgl. Dok. 1, Anm. 10.
16 Vgl. Dok. 2, Anm. 5.
17 Bezieht sich auf das Memorandum der Alliierten zur Reparationsfrage vom 13.4.1929. Vgl. Dok. 2, Anm. 6 sowie Dok. 21, Anm. 40.

wenn man das System kennt, an das man sie richtet. Es ist kein Zufall, daß diese wahnsinnige Erpressung gerade in dem Augenblick laut wird, in dem das deutsche Volk dem Zentrum und dem Marxismus restlos ausgeliefert ist. Mehr denn je müßte jetzt aber wenigstens das nationale Deutschland verstehen, daß nur ein vollständiger Bruch mit der heutigen Innen- und Außenpolitik Wandel schaffen könnte. Die Versklavung, die wir jetzt vor unseren Augen sehen, ist nur möglich infolge der Außenpolitik eines Gustav Stresemann. Langsam ist es diesem Manne gelungen, Deutschland zu isolieren, indem er es endlich selbst den Nationen entfremdete, die wirklich kein eigenstes Interesse besaßen, daß die französische Hegemonie in Europa übermächtig werde [18]. Der letzte Staat, der sich noch nicht restlos von Herrn Stresemann in die feindliche Front eingliedern ließ, ist Italien [19]. Gerade die Presse des Herrn Reichsaußenministers klagt darüber aber auf das lebhafteste. Dies sowie die Zusammenkunft zwischen Chamberlain [20] und Mussolini zeigt [21], daß es selbst jetzt noch nicht zu spät wäre, durch einen Wandel in der deutschen Außenpolitik eine Annäherung zwischen Deutschland und Italien herbeizuführen. Allerdings, solange das Reichsschicksal in den Händen eines Stresemann liegt, ist nichts zu erhoffen. Die sogenannte "nationale" Opposition aber ist in der Gesamtheit ebenso geist- wie ideenlos und besonders ohne jeden eigenen klaren Vorschlag, der sich der offiziellen deutschen Außenpolitik entgegensetzen ließe. Damit sinkt aber diese nationale Opposition immer mehr zu einem Klub kleiner politischer Nörgler zusammen, der seine Direktiven auf der einen Seite von gerissenen Journalisten (jüdischer Herkunft!) [22] und auf der anderen von schwadronierenden Hurra-Patrioten bezieht. Es geht dann nur noch ab, daß die politische Kurzsichtigkeit der Männer durch das "seherische Erleben" nachtwandelnder Damen [23] die notwendige Ergänzung erhält, um der nationalen Opposition den letzten Rest von Wert zu nehmen. Die nationalsozialistische Bewegung wird diesen politisch-phantastischen Blasenerscheinungen ebenso eiskalt gegenübertreten müssen wie der "realen Politik" des Herrn Industriesyndikus [24]. Am Ende wird die kalte Vernunft und eherne Logik ja doch über alle Narreteien hinweg zum Siege schreiten.

---

18 Nach Hitlers Auffassung Großbritannien und Italien.

19 Anspielung auf die kolonialpolitischen Differenzen zwischen Italien und Frankreich. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 8.4.1929 (Express-MA), "Frankreich und Italien".
Ungeachtet einer zum Teil parallelen außenpolitischen Interessenlage gelang es nicht, die am 19.3.1928 aufgenommenen französisch-italienischen Verhandlungen über einen Freundschaftsvertrag zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Grund dafür bildeten die unüberbrückbaren Differenzen in der französischen und italienischen Kolonialpolitik. Vgl. C.J. Lowe/ F. Marzari, Italian Foreign Policy 1870-1940, London 1975, S. 211 ff.

20 Sir Austen Chamberlain (1863-1937), britischer Staatsmann, 1892-1937 MP (Conservative Party), 1895-1900 ziviler Lord der Admiralität, 1900-1902 Finanzstaatssekretär, 1902 Generalpostmeister, 1903-1905 Schatzkanzler, 1915-1917 Staatssekretär für Indien, 1918-1919 Minister ohne Geschäftsbereich, 1919-1921 Schatzkanzler, 1921 Vorsitzender der Konservativen Partei, 1924-1929 Außenminister, 1925 Friedensnobelpreis (zusammen mit Charles Dawes), 1931 Erster Lord der Admiralität.

21 Am 2.4.1929. Neben Differenzen in Marinefragen wurden die Reparations- und Rheinlandräumungsfrage sowie die Schaffung eines engeren Verhältnisses zwischen Italien, Großbritannien und Frankreich behandelt, wobei Gegensätze zutage traten. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 354.

22 Vermutlich Anspielung auf Nikolaus Cossmann.

23 Anspielung auf Mathilde Ludendorff.

24 Gustav Stresemann. Vgl. Dok. 21, Anm. 9.

[24. April 1929] [1] Dok. 29
Schreiben an die Bundesleitung des Stahlhelms (Bund der Frontsoldaten)

Masch. Manuskript, o. D.; BA, NL Epp 24/3.

Herr General von Epp [2] überbrachte mir die Aufforderung der Bundesleitung des "Stahlhelms" [3], ich möchte namens der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei die Beteiligung am Volksbegehren [4] zusagen. Ich beehre mich nun, Ihnen mitzuteilen, daß ich leider nicht in der Lage bin, Ihren Wunsch zu erfüllen, da der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei das in Aussicht genommene Volksbegehren sowohl grundsätzlich wie taktisch als nicht zweckmäßig erscheint.

Ich darf die wesentlichsten Gründe, die für diese meine Stellungnahme entscheidend sind, Ihnen wie folgt darlegen:

a.) *Grundsätzliche Bedenken:*

Die nationalsozialistische Bewegung kämpft für die Beseitigung jener Zustände von heute, die unser Volk zwangsläufig dem Ruin entgegenführen müssen. Sie kämpft für die Genesung des deutschen Volkskörpers auf allen Gebieten. Der inneren Wiedergesundung der Nation soll die Aufrichtung eines machtvollen Staates nach außen, von nationaler Ehre und Freiheit entsprechen. Ich halte nun die von der Leitung des "Stahlhelms" beantragten Verfassungsänderungen für die Vorbereitung und Durchführung einer solchen deutschen Wiederauferstehung als belanglos.

Der Zusammenbruch unseres Volkes hat sich in so tiefgehender und ungeheuerer historischer Katastrophe vollzogen, daß mir jeder Versuch einer Überwindung dieses Verfalles durch Korrekturen am heutigen Zustande als zwecklos erscheint. Neben vielem anderen hat das deutsche Volk seit dem November 1918 jede wirkliche Staats-Autorität verloren. Ich glaube nun nicht, daß das, was sich heute als Staats-Autorität ausgibt, durch einen Vorgang verbessert oder gestärkt werden könnte, der seinem Wesen nach selbst in der Linie der Zerstörung der Staats-Autorität liegt. Durch die demokratische Methode eines sog. Volksbegehrens können kaum Übelstände beseitigt werden, die selbst nur ein zwangsläufiges Ergebnis der Demokratie sind.

1 Datiert nach Dok. 56. Die Denkschrift wurde vertraulich an einzelne Parteifunktionäre versandt. Vgl. Begleitschreiben von Philipp Bouhler vom 11.5.1929; BA, Slg. Schumacher 373.

2 Franz Xaver (seit 1916 Ritter von) Epp (1868-1947), 1889 bayerischer Leutnant, 1904-1906 Kompaniechef in der deutschen Schutztruppe in Südwestafrika, 1914 Oberstleutnant, Kommandeur des Infanterie-Leib-Regiments, 1919 Führer des Freikorps Epp, 1920 Kommandeur der 7. (bayerischen) Division, 1923 Verabschiedung als Generalleutnant, 1928 Übertritt von der BVP zur NSDAP, 1928-1933 MdR (NSDAP), März 1933 Reichskommissar für Bayern und kommissarischer Ministerpräsident, 1933-1945 Reichsstatthalter in Bayern, 1934-1945 Reichsleiter des Kolonialpolitischen Amts der NSDAP.

3 Erster Bundesführer Hauptmann d. R. Franz Seldte, Zweiter Bundesführer Oberstleutnant a. D. Theodor Duesterberg und Bundeskanzler General a. D. Hermann von Czettritz.

4 Am 13.11.1928 hatte die Bundesführung des Stahlhelms ein Volksbegehren zu Änderung der Reichsverfassung angekündigt. Die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Reichstag sollte abgeschafft und die Immunitätsrechte der Abgeordneten verändert werden, um die Stellung des Reichspräsidenten zu stärken. In der Öffentlichkeit stieß der Plan auf keinerlei Interesse, so daß der Stahlhelm zu seiner Durchführung Verbündete suchte. Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 119 f., 125 ff.

Ein Volksbegehren zur Wiederherstellung einer tatsächlichen deutschen Staats-Autorität hat meines Erachtens nur dann einen Sinn, wenn die neue Staats-Autorität durch eine Kraft repräsentiert wird, die der ganzen Nation bereits sichtbar vor Augen steht und die sich durch eigenes Vermögen schon die allgemeine Anerkennung verschafft hat. Es kann sich dann bei einem Plebiszit nur um einen formalen Akt handeln, einer an sich bereits vorhandenen und tatsächlich durchgesetzten Autorität im Staate zu allem Überfluß auch noch die demokratische Sanktion zu geben. Ein Königtum, dessen Kraft und Machtfülle über allen Zweifeln erhaben ist, kann sich zur Erledigung auch der letzten ohnehin nur mehr rein formalen Einwände durch eine allgemeine Vertrauenskundgebung des Volkes eine Bestätigung der gesamten Nation erholen, - der aber selbst am Ende nur formaler Charakter zukommt. Der Faschismus, der Kraft eigenen Willens, durch eigene Arbeit und durch eigenen Kampf einen neuen Staatsgedanken und eine neue Autorität geschaffen hat, kann heute durch Befragen der italienischen Nation deren unbedingtes Einverständnis mit seinem tatgewordenen Werk feststellen lassen [5]. Würde in beiden angeführten Fällen die Nation einer anderen Überzeugung sein, würde man sie vermutlich überhaupt nicht befragen. Auf alle Fälle aber käme einem eventuellen Nichteinverständnis keinerlei praktische Bedeutung zu. Niemals aber könnte über den Weg majoritativer [*sic!*] Volksentscheidungen eine wahrhaft königliche Gewalt begründet oder gar eine neue Staatsidee und eine neue Staats-Autorität geschaffen werden.

Der Zusammenbruch des Jahres 1918, der den folgenotwendigen Abschluß unserer allgemeinen langsam fortschreitenden Demokratisierung bildete, kann nicht durch einen Kampf der Demokratie gegen die Demokratie mit demokratischen Mitteln beseitigt werden. Auch in Deutschland wird sich, verkörpert von einer prägnant umrissenen politischen Gewalt, ein neuer Staatswille und aus ihm heraus eine neue Staats-Autorität bilden müssen. Es ist möglich, daß diese neue Staats-Autorität zur endgültigen Feststellung ihrer tatsächlichen Übereinstimmung mit dem inneren Willen der Nation, diese dereinst um ja oder nein befrägt. Es ist aber unmöglich, daß die Nation durch Abstimmung an sich den Prozeß der Bildung einer solchen Staats-Autorität in die Wege leitet, beschleunigt oder auch nur fördert.

Das Unglück Deutschlands liegt - das ist die Auffassung von uns Nationalsozialisten - nicht in Mängeln seiner heutigen Verfassung. Die Weimarer Verfassung ist der Ausdruck der Verfassung unserer ganzen Zeit. Der Zustand unserer Zeit ist aber selbst wieder die notwendige Folge des Fehlens einer ihren besonderen Kräften und deren Auswirkungen entgegengesetzten gesunden Staatsauffassung und Staatsidee.

Ob die Weimarer Verfassung im einzelnen die Macht den Ministern gibt oder dem Reichskanzler, dem Reichspräsidenten oder dem Parlament, kommt am Ende immer wieder auf dasselbe heraus. Denn alle diese Faktoren sind miteinander verwandte Erscheinungen unserer "westlichen" Demokratie. Sie wurzeln in einem vermeintlichen "Volkswillen", dessen Charakteristikum aber in der Tatsache liegt, daß er den inneren wirklichen Willen des Volkes nicht im geringsten repräsentiert. Die parlamentarischen Majoritäten des Reichstags sowohl als der Reichspräsident, die Reichsminister und der Reichskanzler sind eben nicht Erwählte des "Volkswillens", als vielmehr Gewählte der öffentlichen Meinung. Diese öffentliche Meinung kann aber niemals mit dem Volkswillen an sich identifiziert werden. Sie ist nur der Ausdruck

5 Vgl. Dok. 18, Anm. 17.

der mangelhaften politischen Einsicht sowie des beschränkten politischen und ökonomischen Verständnisses der Masse. Diese mangelnde Einsicht der Masse wird in der Demokratie von den Fabrikanten der öffentlichen Meinung in geschicktester Art und Weise berücksichtigt und verwendet, um mit Hilfe der Presse sowie des Einwirkens ähnlicher Faktoren eine Meinung zu verbreiten, die, je öffentlicher sie auftritt, um so weniger dem wirklichen inneren Volkswillen entspricht. Solange aber dieser künstlich erzeugten und durch die Presse geleiteten öffentlichen Meinung und dem treibenden Kapital dahinter nicht eine politische Kraft gegenübersteht, die von diesen Faktoren unabhängig ist und nur den natürlichen inneren Willen des Volkes repräsentiert, werden Versuche, auf dem Wege von Majoritätsentscheidungen Änderungen in einer Verfassung durchzuführen, immer belanglos bleiben. Sie können aber unter Umständen sogar schädlich werden, wenn dadurch die Auffassung befestigt wird, daß man durch solche rein äußerliche Mittelchen überhaupt eine Verbesserung der bestehenden Zustände zu erreichen vermag, während in Wirklichkeit nur wieder ein Teil jener Kraft vergeudet wird, die für einen grundsätzlichen Kampf in Frage käme, so daß damit am Ende der bestehende Zustand, wenn auch auf indirektem Wege, sogar noch eine Stärkung erfährt.

Ich halte die Auffassung, daß die Gegenwart und Zukunft unseres deutschen Volkes durch einen von der öffentlichen Meinung gewählten Reichspräsidenten etwa besser betreut werden könnte als durch ein Parlament, das seine Existenz der selben öffentlichen Meinung verdankt, für falsch. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß der Reichspräsident einfach durch verfassungsmäßige Bestimmungen dem Parlament übergeordnet werden könnte; denn tatsächlich ist er im großen gesehen nur ein Repräsentant desselben Geistes, wessen [*sic!*] das Parlament ist. Entsprechend den gestaltenden Kräften des parlamentarischen Lebens wird auch die Kraft sein, die den Reichspräsidenten einsetzt und beseelt. Die marxistischen, die Nation bewußt zerstörenden Parteien, werden entschlossene und brutale Männer zu Reichspräsidenten zu machen versuchen, die bürgerlichen Parteien - entsprechend ihrem ganzen inneren Wesen - moluskenhafte Schwächlinge, nichtsahnende, unschöpferische Greise oder feige Anbeter der gegebenen Tatsachen. Solange in Deutschland die öffentliche Meinung von heute besteht, werden die Reichspräsidenten stets ihres Geistes Kinder sein. Es ist dann höchstens eine Frage von untergeordneter taktischer Bedeutung, inwieweit man glaubt, ein bestimmtes Interesse an einer besonderen Abgrenzung der verschiedenen Kompetenzen dieser demokratischen Einrichtungen haben zu müssen. Niemals aber kommt dem der Charakter einer das Leben der Nation wesentlich berührenden Angelegenheit zu. Wie vollständig belanglos das Volksbegehren zum Beispiel infolge dieser Tatsache ist, mag am schärfsten aus nachstehender Erwägung hervorgehen: Die Immunität der Abgeordneten soll künftighin auf Landesverräter keine Anwendung mehr finden. Dazu bräuchte man an sich gar kein Volksbegehren, denn schon heute wird diese glatt und ohne alle Schwierigkeiten aufgehoben, und zwar in allen jenen Fällen, in denen es sich um erklärte politische Gegner der augenblicklich regierenden Parteien handelt. So wie dies hier geschieht, könnte es der Reichstag auch in den Fällen von Landesverrat machen. Wenn dies aber nun bei solchen Verbrechen unterbleibt, die Abgeordneten nicht freigegeben werden, so ist das nur der Beweis einer tiefgehenden allgemeinen Korrumpierung, der das politische Leben bestimmenden Kräfte. Dagegen aber wirkt ein Volksbegehren über Aberkennung der Immunität bei Landesverrätern genauso, als wenn ich einem Tuberkulösen das Husten verbiete. Am nachdenklichsten über die Zweckmäßigkeit dieses Versuches müßte aber doch die Tatsa-

che stimmen, daß auf Grund unserer die Politik bestimmenden öffentlichen Meinung vielleicht schon morgen der Landesverrat überhaupt nicht mehr als strafbar angesehen werden kann [6], so daß sich dann der komische Zustand ergeben würde, daß durch ein Volksbegehren theoretisch ein Abgeordneter, der sich in Landesverrat übt, die Immunität verliert, während praktisch die Justiz gar nicht mehr berechtigt ist, gegen ein solches Subjekt vorzugehen. Je mehr nun die Justiz selbst zur feilen Dirne der Politik herabgewürdigt wird, die Politik aber von einer durch und durch korrumpierten öffentlichen Meinung ihre Direktiven erhält, um so zweckloser, um nicht zu sagen lächerlicher, muß ein Versuch wirken, durch verfassungsmäßige Bestimmungen niederträchtige Kreaturen einer Justiz auszuliefern, die sich selbst bereits zur selben niederträchtigen Gesinnung bekennt [7]. Wenn die November-Republik die Landesverräter als ehrenwerte Männer ansieht oder ansehen will, so ist das genauso ihre Sache, wie es die Sache des kommenden Staates sein wird, solche Subjekte zu vernichten. Selbst wenn es uns also durch den zufälligen Ausgang eines Volksbegehrens gelänge, unsere Auffassung über diesen Punkt dem heutigen System aufzuoktroyieren, so wäre das in Wirklichkeit bedauerlich, weil es nur das tatsächliche Bild des derzeitigen Zustandes verschleiern würde. Es kämen wesensfremde Züge in den Novemberstaat hinein, die aber doch vielleicht geeignet wären, manchen ehrenwerten Mann zu täuschen über den inneren Wert und das wahre Gesicht dieser Republik. Dieses aber müßte nur zu einer Lähmung des Kampfwillens derjenigen führen, die dem gesamten Wesen, dem Inhalt, der Form, ja selbst der Idee dieses Staates als Feinde gegenüberstehen müssen. Jeder Staat hat seinen eigenen Ehrbegriff. Es ist deshalb ein Fehler, wenn ich in der Erkenntnis des Unwertes eines bestimmten Staates nunmehr versuche, ihm einen anderen Ehrbegriff äußerlich aufzudrängen, als er ihm innerlich zukommt. Die Meinung aber, dadurch einer Nation zu nützen, ist falsch. Jeder Vorgang und jede Veränderung, die einen an sich und in sich schlechten Zustand immerhin erträglicher erscheinen lassen, führen zu einer Befestigung dieses Zustandes. Vor allem aber wird jede Beseitigung schon psychologisch verheerender Erscheinungen oder Fehler zu einer Beseitigung allgemein sichtbarer Angriffsflächen führen und damit am Ende zu einer Schonung der verantwortlichen Regisseure dieses Zustandes. Als Nationalsozialist habe ich nur das Interesse, alle Differenzen und besonders aber diejenigen hinsichtlich des staatlichen Ehrbegriffs, die uns von den Machthabern des heutigen Staates trennen, auf das allerschärfste herauszuarbeiten. Jede Brücke, die von unserer Staats- und Ehrauffassung zu derjenigen der Dirigenten des heutigen Staates hinüberführen könnte, halte ich für schädlich und sehr gefährlich. Insbesonders wende ich mich gegen den Bau von solchen Verbindungsmöglichkeiten. Die Meinung nämlich, daß dadurch wenigstens eine "etappenweise Besserung" der Zustände erreicht werden könnte, ist gemessen an der historischen Erfahrung nicht aufrechtzuerhalten. Es ist eine ewige Tatsache, daß, sowie man an einem grundsätzlich schlechten System und verwerflichen Regiment, in der Meinung etwas "bessern" zu können, positiv mitzuarbeiten anfängt, man die Stimmung für eine grundsätzliche Änderung verdirbt und statt dessen die Entwicklung eines gegenseitigen Anpassens in die Wege leitet. Hierbei wird aber immer der schlechtere Teil der Gewinner sein. Seit das deutsche Bürgertum an der marxistischen Republik "mitzuarbeiten" versuchte, hat es die Rolle der nationalen Opposition

6 Vgl. Dok. 6, Anm. 69.
7 Zur Beziehung von Justiz und Republik vgl. Kuhn, Vertrauenskrise.

aufgegeben, um in Wahrheit in die eines charakterlosen Zuhälters herunterzusinken. Nicht die marxistische Republik wurde durch nationale Wesenszüge verschönt, sondern das nationale Bürgertum marxistisch korrumpiert. Sowie sich in so grundsätzlichen Dingen die weltanschauliche Opposition gegen ein bestimmtes Regiment bewegen läßt, einzelne ihrer Ideen und Auffassungen besonders hervorstechender Art dem gegnerischen Zustand aufzudrängen, bringt sie sich gerade um jene Elemente, die in allererster Linie für die Notwendigkeit ihres eigenen Sieges sprechen würden. Denn so wie heute der Stahlhelm am derzeitigen Zustand ganz bestimmte Schwächen als besonders entehrend und verletzend und damit als verbesserungsbedürftig ansieht, so sind ja gerade die entgegengesetzten Eigenschaften von der ausschlaggebendsten Bedeutung für die Beurteilung des Stahlhelms selbst. Welche Gründe sprechen noch - wenigstens in den Augen der breiten Masse - für die Notwendigkeit des Sieges einer nationalen Opposition, wenn die schlagendsten Unterschiede erst einmal beseitigt sind? Die breite Masse eines Volkes wird nie bis zum Wesentlichen eines Problems vorzudringen vermögen, sondern stets an äußeren typischen Erscheinungen hängen bleiben. Je mehr sich aber die typischen äußeren Unterschiede abschleifen, um so schwerer wird ein grundsätzlicher Kampf, der aber nur allein eine endgültige, für Deutschland segensreiche Entscheidung bringen könnte.

Dazu ist weiter noch folgendes zu bedenken:

Als einer der wichtigsten Gesichtspunkte, die für die Durchführung des vorliegenden Volksreferendums sprechen sollen, wird die dadurch angeblich in die Wege geleitete Wiederherstellung der Autorität der Persönlichkeit angesehen. Man folgert etwa so, daß durch die erhöhte Macht, die der Reichspräsident erhält, nicht nur eine größere Verantwortlichkeit, sondern auch eine größere Vollkommenheit dieser Stelle geschaffen wird. Man glaubt weiter, daß dadurch bei gewissen möglicherweise eintretenden besonderen politischen Anlässen, dank der ihm verliehenen größeren Macht, der Reichspräsident unter Ausschaltung des sich vollkommen zersetzenden Parlaments, ja, wenn nötig sogar gegen dieses, die Interessen der Nation würde wahrnehmen können. Manche mögen sogar glauben, daß dies eine mit legalen Mitteln in die Wege geleitete Vorbereitung für die Diktatur werden könnte.

Gegen alle diese Auffassungen muß ich mich wenden.

Naturen, die zum Herrschen geboren und veranlagt sind, bedürfen in keiner Weise der einleitenden Fürsorge oder Förderung parlamentarischer oder demokratischer Institutionen. Dafür werden aber alle diese Einrichtungen ebenso ängstlich bemüht sein, wirklich geborene Führernaturen von allen souveränen Stellungen fernzuhalten. In demokratischen Staaten wird der Umfang der Kompetenzen einer Stelle stets im umgekehrten Verhältnis zur Genialität und Tatkraft der Inhaber stehen. Die Demokratie wird sich, schon aus dem Gefühl einer primitiven Selbsterhaltung heraus, stets bemühen, auf eine Stelle mit großer Machtvollkommenheit nur Menschen mit geringen Qualitäten, also entweder mit geringer Einsicht, oder mit geringen Energien, oder beidem zu setzen. Damit aber wird der Wert der Vollkommenheit einer solchen Stelle von vorneherein von selbst wieder aufgehoben. In Deutschland zeigt sich das Bild der Demokratie in einer so erbärmlichen Weise, daß es unverständlich ist, von ihr zu erwarten, daß sie selbst auf eine Stelle mit größtem Wirkungsvermögen Männer starker Energie setzen wird, außer sie ist sich der Tätigkeitsrichtung derselben von vorneherein vollständig sicher, das heißt, die Repräsentanten werden im Sinne und im Wesen der Demokratie die Volkszersetzung weiter fortführen.

Ein Mann aber, der von der Vorsehung - und an diese ist auch hier zu glauben - zum Führer bestimmt ist, wird sich ohnehin sein Handeln niemals durch die lächerlichen Kompetenz-Grenzen einer Verfassung vorschreiben oder beengen lassen, wenn das Handeln nach der Verfassung zum Ruin seines Volkes führen muß. Sollte aber ein im öffentlichen Leben stehender politischer Führer von anderer, also dritter Seite aus zur "Diktatur" ausersehen sein und nun die Erfüllung dieses Wunsches von der Erweiterung der verfassungsmäßig festgesetzten Rechte abhängig machen, dann soll man den nur gleich zum Teufel jagen und sich nicht von solch einem Schwächling blenden lassen; denn der beweist damit klar und eindeutig, daß ihm die höhere, ihn selbst zwingende Befähigung für diese Mission vollkommen fehlt. Niemals wird ein nicht zum höchsten berufener Mann, nur durch eine von anderer Seite vorgenommene Erleichterung seines Weges, zu höchsten Entschlüssen und Taten kommen. Denn die letzte Kraft wächst ja gerade im Kampf mit den Widerständen, und die größten, entscheidenden Handlungen, die geniale Köpfe dieser Erde ausführten, waren nicht wenig bedingt durch die meist notwendige Vernichtung gegnerischer Kräfte und deren Einrichtungen. So wird auch in Deutschland niemand das Reich von seinen heutigen Verwesungserscheinungen säubern, der sich nicht selbst, von ihnen auf das schwerste bedroht, ihrer erwehren mußte und der damit lediglich in deren restloser Vernichtung die Möglichkeit der Verwirklichung der eigenen Ideen sehen kann. Nur die Kampfesentschlossenheit des um das eigene Leben Ringenden führt zur souveränen Handlungsfreiheit gegenüber dem Leben anderer. Solange es große Umwälzungen auf der Erde gegeben hat, war es so, und solange es Menschen geben wird, wird es so bleiben, auch wenn die kleinen Vertreter der politischen Alltagsgeschäfte in den Parlamenten dies tausendmal und zu allen Zeiten nicht wahr haben wollten und auch heute nicht wahr haben wollen. Durch das Vertreten der Meinung, daß man auf dem Wege einer durch demokratische Entscheidungen erfolgten Zubilligung verfassungsmäßig größerer Rechte Menschen befähigen kann, Völkerschicksale neu zu gestalten, beweist man nur, wie sehr man schon selbst - wenn auch gänzlich unbewußt - vom Gift der Demokratie angefressen ist und auch aus Angst vor der Kraft der Persönlichkeit lieber die Bedeutung des Amtes fördert. Man glaubt heute in Deutschland, Weltgeschichte machen zu können, indem man Kräfte vortäuscht, die keine Kräfte sind. Man will das Schicksal düpieren und sieht nicht, daß man sich damit selbst betrügt. Denn jeder Versuch, durch äußere Aufmachung an sich schwächliche Personen "tragfähig" zu gestalten, ist ein Selbstbetrug und muß mit bitteren Enttäuschungen enden. Die Geschichte der führenden Köpfe des deutschen Bürgertums von Bethmann Hollweg über Hertling [8] - Escherich [9] -

8 Georg Friedrich Freiherr (seit 1914 Graf) von Hertling (1843-1919), 1864 Dr. phil., 1880 Professor für Philosophie in Bonn, ab 1882 in München, 1867 Mitbegründer und erster Präsident (1867-1919) der Görres-Gesellschaft, 1875-1890 und 1896-1912 MdR (Zentrum), 1909-1912 Vorsitzender der Zentrumsfraktion, ab 1891 Mitglied des Reichsrats der Krone Bayerns, 1912-1917 bayerischer Ministerpräsident und Außenminister, November 1917 bis September 1918 Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident.

9 Georg Escherich (1870-1941), Oberforstmeister, 1897 Dr. rer. pol., 1912-1914 Expeditionen nach Kongo und Spanisch-Guinea, 1919 Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehren, 1920 Gründer und Reichshauptmann (1920/21) der Organisation Escherich (Orgesch), 1928 Gründer und bis 1933 Leiter des Bayerischen Heimatschutzes, 1931 Ruhestand.

Kahr [10] bis Hindenburg [11], sollte genügend Lehrbeispiele bitterer Art abgeben. Mit welchen Mätzchen hat nicht das deutsche Bürgertum seit dem Jahre 1918 immer wieder versucht, seine verlorengegangenen Positionen zu retten, und es erlitt immer einen Schiffbruch nach dem anderen! Ich halte es für todgefährlich, wenn das junge Deutschland sich an solchen Versuchen einer geschichtlichen Augenauswischerei beteiligt.

Als Führer der nationalsozialistischen Bewegung muß ich deshalb, schon aus grundsätzlichen Erwägungen heraus, den Versuch, durch Teilnahme an dem von der Bundesleitung des Stahlhelms vorgetragenen Volksentscheid, eine Korrektur der verfassungsmäßigen Schwächen des heutigen Staates vorzunehmen, ablehnen. Eine solche Verbesserung wäre für die Gegenwart und Zukunft unseres Volkes ohne jede positive Bedeutung, für die Weiterführung des entscheidenden Ringens aber erschwerend.

b.) *Taktische Einwände.*

Wenn ich von allem Grundsätzlichen absehe, das gegen das Volksbegehren spricht, so bleiben immer noch zahlreiche Bedenken taktischer Natur übrig, die mich ebenfalls dagegen Stellung nehmen lassen.

Unter den Motiven, die für die Notwendigkeit der Durchführung des Volksbegehrens angeführt werden, erwähnt man immer wieder die dadurch in die Wege zu leitende Beendigung der derzeitigen allgemeinen politischen Stagnation. Dies ist eine vollkommen haltlose Redensart. In Deutschland stagniert das politische Leben nicht, sondern wir befinden uns im Gegenteil in einer sehr rapiden Bewegung - nämlich dem Abgrunde zu. Diese Bewegung aber wird nicht im geringsten durch das Volksbegehren behindert oder gar aufgehalten. Denn es ist natürlich irrig anzunehmen, daß eine durch tausend und abertausend Triebkräfte besorgte und in zahllosen Erscheinungen sich zeigende Auflösung und Vernichtung eines Volkskörpers durch einen so unendlich begrenzten und rein äußerlichen Vorgang, wie es das beabsichtigte Volksreferendum ist, irgendwie bemerkenswert beeinträchtigt werden könnte. Selbst im günstigsten Falle des Durchbringens des Antrages bedeutet dies gar nichts. Denn Deutschland leidet ja nicht an einer verunglückten Verfassung, als vielmehr an einer vollkommenen Verbiegung und Verdrehung des natürlichen Denkens unseres Volkes, an einer Vernichtung aller rassischen Instinkte, aller volklichen Kräfte der Selbsterhaltung, an der die ganze Nation verpestenden Demokratisierung und Verparlamentarisierung, die vom kleinsten bis zum größten geht, am Verfall unserer gesamten Kultur, der Kunst, der Literatur, des Theaters usw. usw. [12]. Was wir heute vor uns sehen, ist ein Zusammenbruch aller natürlichen inneren Kräfte und Werte, eine Vernichtung aller Kraftquellen. Dem gegenüber fällt ein Volksbegehren mit so unbedeutenden und engbegrenzten Zielen wie das beabsichtigte überhaupt nicht irgendwie in die Waagschale. Der Verfall unseres Volkes spielt sich in entsetzlichen Formen und in rasender Schnelle ab. Dieser

---

10 Gustav (seit 1911 Ritter von) Kahr (1862-1934), Jurist, 1890 Eintritt in den bayerischen Staatsdienst, 1917-1920 und erneut 1921-1923 Regierungspräsident von Oberbayern, März 1920 bis September 1921 bayerischer Ministerpräsident, September 1923 bis Februar 1924 Generalstaatskommissar in Bayern, 1924-1930 Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, 1934 im Zuge des sogenannten Röhm-Putsches ermordet.

11 Paul von Beneckendorff und von Hindenburg (1847-1934), Generalfeldmarschall, 1866 Leutnant, 1903 Kommandierender General des IV. Armeekorps, 1911 Ruhestand, 1914 reaktiviert, 1916 Chef der (3.) Obersten Heeresleitung, 1919 erneuter Ruhestand, April 1925 bis August 1934 Reichspräsident.

12 Vgl. Hitlers Ausführungen in Dok. 17 und 21.

sichtbaren Bewegung steht gegenüber die beschämende Impotenz jenes deutschen Bürgertums, das sich in ebenso hochmütiger wie unberechtigter Weise als "Hüter der nationalen Idee" bislang aufgespielt hat. Die einzige positive Gegenarbeit, die gegen den Verfall unseres Volkes heute geleistet wird, ist die gewaltige politische, rassische und kulturelle Aufklärungsarbeit der nationalsozialistischen Bewegung, die langsam, aber mit sichtbar steigendem Erfolge eine neue Weltanschauung und Staats-Auffassung in das deutsche Volk hineinträgt, und dieses auch einst zum Siege über seine heutigen Vernichter führen wird. Dieser unterbrochenen [*sic!*] ungeheuren, grundsätzlichen Erneuerungsarbeit an unserem Volk gegenüber, erscheint das vorliegende Volksbegehren in Inhalt, Umfang und seinen möglichen günstigen Auswirkungen als unwesentlich.

Ich halte aber das vorliegende Volksbegehren gerade auch taktisch für verfehlt und unter Umständen sogar gefährlich. So sicher die Kompetenzen des Reichspräsidenten vollkommen belanglos sind, solange ein sogenannter "bürgerlicher" Reichspräsident diesen Posten versieht, so groß kann ihre Bedeutung werden, wenn die Entwicklung einen Marxisten an diese Stelle beruft. Der derzeitige Reichspräsident "bürgerlicher" Wahl nützt schon die ihm durch die heutige Verfassung gewährleisteten Rechte nicht annähernd so im nationalen Sinne aus, wie dies der verstorbene Präsident Ebert [13] für die marxistischen Belange getan hat. Der Einwand, daß der derzeitige Reichspräsident infolge der ungünstigen parlamentarischen Majoritäten nicht anders handeln könne, erscheint mir für das Stahlhelm-Volksbegehren als geradezu vernichtend. Denn er stellt nur das fest, was ich bereits oben behauptete: daß nämlich der jeweilige Reichspräsident, ganz gleich welcher Art seine Kompetenzen sein werden, immer entsprechend den Kräften, die ihn bestimmen und umgeben, handeln wird. Ein Bürgerlicher wird "bürgerlich", d. h. also ewig nachgiebig, um nicht zu sagen feige, unentschlossen, schwächlich und halb handeln, während sein Gegenspieler, der Marxist, eben marxistisch, d. h. rücksichtslos, brutal gerissen und gemein sein wird. Wenn also heute durch ein Volksbegehren die Macht der Stelle eines Reichspräsidenten erweitert wird, so bedeutet dies, solange ein Bürgerlicher diese Stelle einnimmt, gar nichts. Wir sehen es ja mit eigenen Augen! In Deutschland werden heute Männer, die in der schwersten Stunde der Not des Vaterlandes für Volk und Reich ihr Leben auf's Spiel setzten und es von verräterischen Schuften zu befreien suchten, als "Fememörder" verfolgt und gehetzt, in die Zuchthäuser geworfen, ohne daß der "bürgerliche" Reichspräsident, der noch dazu selbst Offizier war, es für nötig hält oder es fertigbringt, sich für diese Offiziere und Soldaten einzusetzen [14]. Man stelle sich den umgekehrten Fall vor: An der Spitze befände sich ein roter Reichspräsident, und es wird wohl kein Mensch für einen Augenblick bestreiten, daß nicht einem roten Soldaten wegen eines ähnlichen Verhaltens auch nur ein Haar gekrümmt werden würde. Es ist selbstverständlich, daß ein roter Reichspräsident im Rahmen der ihm verfassungsmäßig schon heute garantierten Rechte tausend Möglichkeiten fände, um für die Freiheit der Verfolgten seiner Weltanschauung einzutreten. Solange "bürgerliche" Reichspräsidenten gewählt werden, ist es vollkommen gleichgültig, wie groß ihre Macht-

13 Friedrich Ebert (1871-1925), Sattler, 1905 Mitglied des SPD-Parteivorstandes, 1913-1919 Mitvorsitzender der SPD, 1913-1918 MdR, 1916 Vorsitzender der SPD-Fraktion, November 1918 bis Februar 1919 Mitglied des Rats der Volksbeauftragten, Februar 1919 bis Februar 1925 Reichspräsident.

14 Vgl. Dok. 3, Anm. 21.

befugnisse sind. Ihr Mut, ihre Verantwortungsfreudigkeit und ihr Handeln wird immer "bürgerlich" sein, und das besagt alles! Kommt aber morgen ein roter Reichspräsident, dann ist es nicht gleichgültig, ob ihm schon von vorneherein die Grenzen seiner Macht so erweitert worden sind, daß er damit den ausschlaggebenden Herrn im Staate zu spielen vermag. Denn dieser wird dann seine, ihm von uns selbst zugeteilten Machtbefugnisse gründlichst auszunützen wissen. Ich sehe es nun nicht als die Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung an, einem roten Reichspräsidenten der Zukunft die verfassungsmäßigen Möglichkeiten zur Unterdrückung der völkischen Erneuerungsbestrebungen für Deutschland in die Hand zu geben. Daß aber der nächste Reichspräsident noch einmal ein Bürgerlicher sein wird, scheint mir nach den mehr als deprimierenden Erfahrungen der Gegenwart durchaus nicht so sicher zu sein [15].

Der Einwand, daß das beabsichtigte Volksbegehren bzw. der Volksentscheid durch den Ausgang ja am besten diese Bedenken zerstreuen würde, entbehrt in meinen Augen der inneren Berechtigung. Angenommen, das Volksbegehren gelänge, so besagt dies noch nicht, daß die Reichspräsidentenwahl zum gleichen Ergebnis führen müßte. Im Gegenteil: Die Präsidentenwahl ist ein mehr parlamentarisches Ereignis, ein Volksentscheid nur bedingt. Der Sinn der Volksentscheide liegt ja darin, daß das Volk zu einzelnen bestimmten Fragen häufig eine ganz andere Einstellung hat, als dies seinem ansonsten parteimäßig kundgegebenen Willen entspricht. Denn dasselbe Volk, das durch die von ihm gewählten Parteien eine bestimmte Frage ablehnen läßt, heißt sie gut, wenn ihm diese Frage allein zur Beantwortung vorgelegt wird. Es könnte also zum Beispiel sehr wohl das deutsche Volk eine Verfassungsänderung, die der Willensmeinung eines bestimmten Teiles der Nation entspricht, gutheißen, seine Stimme aber in der überwiegenden Mehrheit einem Reichspräsidenten zuwenden, der einem wesentlichen anderen Teil der Nation politisch nahesteht. Ich würde wirklich bitten, sich die Ergebnisse einzelner Plebiszite in verschiedenen Staaten vor Augen zu halten und mit sonstigen Wahlergebnissen in denselben Ländern und in der gleichen Zeit zu vergleichen. Aber selbst wenn die Behauptung oder die Meinung der Verfechter des Volksbegehrens zutreffend wäre, und analog der Annahme des Volksbegehrens ein politisch gleich eingestellter Reichspräsident gewählt würde, so brauchte dies dennoch die Gefahren dieses Vorganges nicht im geringsten zu mindern. Denn, entweder dieser Mann zerbricht nun der Demokratie in all ihren Erscheinungsformen in Deutschland überhaupt das Genick - dann benötigt er nicht die Hilfe verfassungsmäßiger Erleichterungen; oder er tut dies nicht bis in die letzten Konsequenzen - dann kann, wenn schon nicht heute dann eben morgen, ein roter Reichspräsident erneut diese Stelle einnehmen. Es ist aber falsch zu glauben, daß bloß der derzeitige Reichspräsident wenig tatkräftig sei, sondern es ist richtig, dies als dem innersten Wesen unserer bürgerlichen Mentalität an sich entsprechend für immer anzunehmen. Der Durchschnitt des Marxisten wird willensmäßig betrachtet immer ein besserer sein als der eines Bürgerlichen. Man betrachte sich doch die Gesamtsumme und den Gesamtdurchschnitt der marxistischen Minister seit der Revolution in Deutschland und halte diesen immerhin energischen Durchschnittsnaturen die bürgerlichen gegenüber. Wer nicht blind sein will, muß dann den Unterschied sehen! Schon deshalb halte ich, je mehr ich in die Zukunft blicke, das beabsichtigte Volksbegehren für um so verhängnisvoller.

---

15 Wahrscheinlich Anspielung auf die Stimmengewinne der SPD bei der Reichstagswahl vom 20.5.1928. Vgl. Dok. 2, Anm. 7.

Als besonders bedrohlich betrachte ich die im Volksbegehren vorgesehene Beschränkung des parlamentarischen Einflusses auf die Regierungsbildung und auf den Regierungsbestand. Der Reichspräsident Ebert hat als Marxist bewiesen, daß er entschlossen war, mit dem Artikel 48 zu regieren [16]. Wie diese Regierung aussah, wissen wir alle. Sie war nicht nur äußerlich sozialdemokratisch, sondern vor allem innerlich marxistisch. Der Reichspräsident Hindenburg hat eine solche Möglichkeit umgekehrt bis heute noch nicht wahrgenommen, und selbst wenn es geschehen würde, wäre das Ergebnis vom nationalen Standpunkt aus betrachtet ja doch nur ein negatives. Ein roter Minister würde niemals ein Monarchieschutzgesetz [17] unterzeichnet haben, aber der "bürgerliche", "monarchische" Präsident setzte seinen Namen unter die Verlängerung des Republikschutzgesetzes [18]. Man gebe einem roten Reichspräsidenten schon in der Verfassung eine unabhängige Machtstellung und man wird sehen, wie diese Macht dann erst auf alle Regierungshandlungen abfärbt! Diese Möglichkeit steht heute vor uns. So schwach nun die parlamentarische bürgerliche Opposition ist, so stark wird die nationalsozialistische werden. Wir haben allen Grund dankbar zu sein, daß uns die heutige Verfassung wenigstens einige, wenn auch bescheidene Möglichkeiten gibt, dem heutigen Regiment als Opposition an den Leib rücken zu können. Wer die unzähligen Rechtsverletzungen, den ewigen Amts-Mißbrauch der derzeitigen Gewalthaber in der Unterdrückung einer ihnen unbequemen Opposition kennt, kann nicht wünschen, daß selbst die letzten Möglichkeiten einer rein parlamentarischen Regierungskontrolle beseitigt werden. Diese Möglichkeiten sind auch das beste Mittel, die Korruptheit der bürgerlichen Parteien selbst, die äußerlich vor den Wählermassen scheinbar Opposition betreiben, während sie sich tatsächlich mit einer politischen Zuhälterrolle abgefunden haben, zu entlarven und sie zu zwingen, von Zeit zu Zeit durch Vertrauensanträge Farbe zu bekennen. Ich habe als Nationalsozialist kein Verständnis für einen Vorgang, der die Handlungsweise des sehr leicht kommenden roten Reichspräsidenten schon jetzt auf verfassungsmäßigem Wege jeder nicht roten Einflußnahme entziehen und gegenüber der nationalsozialistischen Opposition immunisieren soll. Im Gegenteil: Je mehr uns die Tyrannei der heutigen Machthaber in unserer Aufklärungsarbeit mit ungesetzlichen Mitteln verfolgt und uns zu unterdrücken versucht, um so dankbarer müssen wir sein, daß uns wenigstens an einer Stelle eine gewisse Möglichkeit des Widerstandes offen bleibt. Daß die bürgerlichen Parteien daraus nichts zu machen verstanden, beweist nichts gegen die Möglichkeit, daraus etwas machen zu können. Denn das deutsche Bürgertum hat einst die gesamte politische Macht in der Hand gehabt und sie nur dank einer in der Geschichte noch nie dagewesenen wahrhaft zum Himmel schreienden Erbärmlichkeit verloren. Der Marxismus hat einst aber mit der parlamentarischen Waffe den bürgerlichen Staat vernichtet. Der Nationalsozialismus wird die Waffe gegen die Zerstörer selber wenden. Ich bin nicht gewillt mitzuwirken, daß uns diese Waffe so leicht aus der Hand gewunden werden kann.

16 Zu den von Reichspräsident Ebert erlassenen Verordnungen aufgrund Artikel 48 der Reichsverfassung vgl. Gesamtverzeichnis zum Bundes- und Reichsgesetzblatt 1867 bis 1929. Anhang zum Reichsgesetzblatt, Berlin 1930, S. 35 ff.

17 Vgl. Dok. 3, Anm. 30.

18 Das Gesetz zum Schutze der Republik wurde am 2.6.1927 mit Zustimmung von Reichspräsident Hindenburg um zwei Jahre verlängert. Eine abermalige Verlängerung erreichte 1929 im Reichstag nicht die notwendige Mehrheit. Druck: RGBl. 1927, I, S. 125. Vgl. Jasper, Schutz der Republik, S. 282 ff.

Ebenso halte ich auch die Beschränkung der Immunität überhaupt aus taktischen Gründen für falsch. Wir haben keinen Anlaß, den heutigen Staat zu hindern, sich in allen Dingen auch äußerlich so zu zeigen wie er innen ist. Wenn die parlamentarische Immunität sogar Diebe, Mörder, Sittlichkeitsverbrecher, Einbrecher und Zuhälter decken würde, wie sie heute Landesverräter deckt, dann erst recht um so besser! Der Kampf gegen die Demokratie und ihre Erscheinungen wird um so erfolgreicher sein, je korrupter und verfaulter sie sich den Augen der Öffentlichkeit offenbart. Ich verwahre mich dagegen, daß unser Kampf gegen den Parlamentarismus nur ein solcher gegen Äußerlichkeiten sein soll. Gegen was ich kämpfe, das ist der Irrsinn dieser ganzen demokratischen Ideenwelt an sich, mit allem was drum und dran hängt. Es ist der Kampf des Blutes der Persönlichkeit und des Selbsterhaltungstriebes, der Kampf der nationalen Ehre gegen die alles zersetzende marxistische Demokratie, gegen den Internationalismus und die pazifistische Selbstaufgabe. Nur dieser Kampf hat einen höchsten Sinn und damit auch ein höchstes inneres Recht.

Ich muß mich auch gegen jene Auffassungen wenden, daß man das Volksbegehren schon aus taktischen Gründen, die gar nicht so sehr in der Natur der Sache selbst lägen, durchführen müsse. Hierher gehört die schon oben erwähnte Behauptung, daß das politische Leben einer allgemeinen Lethargie verfalle, aus der das Volk wachgerüttelt werden müsse. Daß mithin irgendetwas zu geschehen habe, damit dann etwas geschieht. Und man glaubt, daß dieses Volksbegehren das Geschehnis wäre, durch das andere Dinge dann später vielleicht geschehen könnten. Zunächst protestiere ich gegen die Auffassung, daß das politische Leben heute wirklich von einer allgemeinen Schlafkrankheit ergriffen sei. Die nationalsozialistische Bewegung zum Beispiel ist lebendiger und tätiger denn je und ebenso zukunftsfreudig und hoffnungsvoll. Der Marxismus in seinem radikalen Flügel ist nicht weniger tätig. Nur die bürgerlichen Parteien allein sind es, die heute schlafen. Wenn also durch das Volksbegehren jemand "aufgeweckt" werden soll, dann kann es sich bestimmt nicht um die Nationalsozialistische Partei handeln - denn diese ist ohnehin munter -, aber auch nicht um die Marxisten, sondern höchstens um die Bürgerlichen. Und da bin ich der Meinung, daß man diese schlafen lassen möge. Ich halte es für ganz unselig, diese amorphen Gebilde durch irgendeine künstliche Kampfer-Injektion aus ihrem politischen Schlummer aufrütteln zu wollen. Erstens gelingt es ja doch nicht, und zweitens wäre es für die deutsche Nation nur ein Unglück. Die Parteien, die das Deutsche Reich der Herrlichkeit, der Größe und des Glanzes, das Deutschland der Macht und der Freiheit verkommen ließen, vor einer internationalen Rotte von Deserteuren und Zuhältern feige kapitulierten und als politische Akrobaten sich immer wieder an den jeweiligen Boden der Tatsachen klammerten, gehören aus der Geschichte gelöscht. Als Nationalsozialist kann ich niemals die Hand dazu reichen, diese glücklicherweise absterbenden Gebilde durch irgendeine Aktion zu einem schwächlichen Scheinleben zurückzurufen.

Allein davon ganz abgesehen, ist das in Aussicht genommene Volksbegehren schon seinem Inhalte nach zur Durchführung überhaupt gänzlich ungeeignet, und zwar einfach aus rein psychologischen Gründen.

Zu einem Volksbegehren eignen sich immer nur solche bestimmte Fragen einer Zeit, die durch ihren nackten Inhalt allein schon die Nation zerteilen und zu einer klaren Stellungnahme reizen, ja, sie zwingen. Das heißt also: Ich kann für ein Volksbegehren nur eine solche Frage vorlegen, die die gesamte Nation bereits bis ins tiefste aufgewühlt hat, auch von Millionen

Menschen innerlich schon beantwortet wurde, und zwar mit einem ganz klaren Ja oder einem ebenso klaren Nein. Es müssen dies mithin Fragen sein, die ein Volk buchstäblich auseinanderzuspalten in der Lage sein können, ohne daß das erst durch eine künstliche Mache inszeniert werden müßte. Dabei müssen die Fragen solcher Art sein, daß es etwas anderes als Ja oder Nein überhaupt nicht gibt und auch nicht geben kann. Ich vermag zum Beispiel einem Volke in einem Volksbegehren folgende Fragen vorzulegen: Wünscht ihr das Frauenstimmrecht oder nicht; wünscht ihr die Prohibition oder nicht; wünscht ihr die Monarchie oder nicht; wollt ihr einen Panzerkreuzer bauen oder nicht [19], usw. usw. Man könnte zum Beispiel heute die Nation befragen, ob man den Dawes-Vertrag [20] noch weiter anerkennen will oder nicht; ob man Reparationen leisten will oder nicht; ja selbst ob man die Kriegsschuld Deutschlands [21] anerkennen will oder nicht. Auch die Frage, ob das Vermögen der Fürsten enteignet werden soll oder nicht [22], eignet sich zu einem Volksbegehren. Auf alle Fälle muß es sich immer um Fragen handeln, die eindeutig und klar beantwortet werden können und die durch ihre zeitgeschichtliche Bedeutung Millionen von Menschen so erregen, daß ein innerer Trieb sie geradezu zwingt, zu der vorliegenden Angelegenheit Stellung zu nehmen. Ich kann aber meiner Ansicht nach niemals eine Frage zum Volksbegehren aufwerfen, die nicht von Anbeginn an des allgemeinen Interesses sicher ist und die gesamte Öffentlichkeit in geringstem Umfange beschäftigt. Ich kann nicht hoffen, nur durch Pressepropaganda, durch Belehrung oder Aufklärung im Verlaufe des Volksbegehrens selbst die öffentliche Meinung erst an der in Frage stehenden Angelegenheit zu interessieren, um sie dann zu einer bestimmten Stellungnahme zu veranlassen. Ein Volksbegehren wird immer nur dann einen Erfolg haben, wenn der größte Teil der öffentlichen Meinung aus sich selbst heraus auf das brennendste wünscht, zu dieser Streitfrage gehört zu werden, um durch das Zeugnis jedes einzelnen die innere Einstellung der gesamten Nation zu erfahren. Es müssen mithin bei einem Volksbegehren von vorneherein zwei ganz klare, wenn auch verschiedene Meinungen vorhanden sein, wobei dann im Verlaufe der Handlung natürlich jeder Teil hoffen wird, das allgemeine Interesse noch zu steigern, beziehungsweise solche der gegnerischen Richtung über den Irrtum ihrer Ansicht zu belehren und zu sich herüberzuziehen.

Diesen Forderungen aber entspricht das vorliegende Volksbegehren in gar keiner Weise. Die Fragen, die die Nation beantworten soll, interessieren die weitaus größte Mehrheit des Volkes nicht im geringsten. Dies gilt besonders für den radikalsten Teil der Nation. Denn dieser wird, wie überall so auch hier, die treibenden Kräfte abgeben. Die radikale Linke lehnt die Sache - (zum Glück vielleicht!) - aus prinzipiellen Gründen ab, während sie den nationalistisch revolutionär Denkenden teils unverständlich, teils ungenügend erscheint. Ja, diesen fehlt nicht

19 Vgl. Dok. 6, Anm. 9.

20 Vgl. Dok. 1, Anm. 15.

21 Vgl. Dok. 28, Anm. 4.

22 Anspielung auf das von SPD und KPD angestrengte Volksbegehren zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten im März 1926, für das nach amtlichem Endergebnis 12,5 Millionen gültige Stimmen abgegeben wurden. Der im Juni 1926 durchgeführte Volksentscheid erreichte mit 14,4 Millionen gültigen Stimmen nicht die erforderliche Stimmenzahl. Vgl. Ulrich Schüren, Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978.

nur das Verständnis für eine solche Handlung, die nach ihrer Meinung nur geeignet ist, das klare Bild der Lage zu verwirren, sondern sie sehen darin sogar den Anlaß zu einer neuen Kräfte-Zersplitterung, auf alle Fälle aber zu einer Bindung von nationalsozialistischem Aktionsgeist an eine aussichtslose, ja sogar schädliche Sache.

So ist die Erfolgswahrscheinlichkeit dieses Volksbegehrens aus rein psychologischen Gründen bereits, soweit es sich um den radikalen Teil der Nation handelt, als sehr ungünstig zu bewerten. Hiezu kommt aber noch, daß die breite Masse der bürgerlichen Wähler eine instinktive und unüberwindbare Abneigung besitzt, auf irgendeine Liste den vollen Namen mit Beruf und Wohnung zu schreiben [23]. Nicht nur, daß diese bürgerliche Masse an sich politisch viel zu wenig mutvoll ist, um sich auf solch unvorsichtige Weise öffentlich festzulegen, hängt sie auch nicht selten an tausend wirtschaftlichen Strippen, die sich irgendwo in den Händen ihrer politischen Gegner befinden. Ich bin vollkommen überzeugt, daß die einfache Feststellung roter Zeitungen, "daß man nunmehr endlich die Namen und Träger der nationalistischen Reaktion schwarz auf weiß niedergeschrieben erhalte", genügen wird, um vielen Hunderttausenden von bürgerlichen Wählern ihren politischen Heroismus gründlichst und restlos auszutreiben. Sie werden brav zuhause sitzen, und es wird nur jeder vom anderen hoffen, daß dieser ja ohnehin hingeht und sich einzeichnet, da man es selbst leider natürlich aus diesem und tausend anderen Gründen nun einmal nicht könne. Es genügt doch schon, daß an Wahltagen bloß die Sonne scheint, um den bürgerlichen Listen ein oder zwei Millionen Stimmen zu nehmen - um wieviel mehr aber, wenn ein drohendes wirtschaftliches Hagelwetter in Aussicht steht! Die Tapferen werden hübsch daheim in ihrer politischen Hochburg zwischen den vier Wänden oder in der Stammkneipe bleiben, statt sich den zahllosen Unannehmlichkeiten einer solchen bedenklichen und für die bürgerliche Mentalität schon höchst gebürdenden [*sic!*] "Tat" zu unterziehen. Ich sage daher auch diesem Volksbegehren einen noch viel jämmerlicheren Ausgang als dem der Kommunisten voraus [24]. Und damit scheint mir ebenfalls die Schlußfolgerung, daß dadurch das politische Leben "in Bewegung", oder wie man das schön klingender ausdrückt, "ins Rollen " gebracht werden soll, ein verhängnisvoller Trugschluß zu sein.

Sicher wird man wenigstens in das nationale politische Leben nicht nur keine Bewegung hineinbringen, sondern vielmehr noch eher in gewissen Kreisen eine noch größere Lähmung erzeugen. Aus diesem einzigen Grunde würde ich vielleicht das Volksbegehren noch gutheißen, wenn ich die unbedingte Überzeugung hätte, daß diese Lähmung ausschließlich auf die bürgerlichen Parteien allein beschränkt bleiben würde und nicht am Ende auch Menschen erfassen könnte, die eines Tages doch noch den Weg zur aktiven Kampfgruppe des deutschen Volkes zu finden vermöchten.

So aber ist sehr möglich, daß nicht nur das bißchen beginnende Zuversicht, das sich vielleicht manches Mal sogar im bürgerlichen Lager zu regen beginnt, verschwindet, sondern auch ein Teil der Verbände selbst das niederdrückende Gefühl der Unterlegenheit verspürt, während der Gegner dann sicherlich nichts unterläßt, den traurigen Ausgang dieses Versuches als das charakteristische Merkmal der nationalen Opposition hinzustellen. Die Möglichkeit aber, die

23 Der Unterzeichner eines Antrags auf ein Volksbegehren mußte Namen, Vornamen, Beruf und Wohnung angeben. Vgl. Reichsstimmordnung vom 14.3.1924, §§ 63 ff. Druck: RGBl. 1924, I, S. 184 ff.
24 Vgl. Anm. 19, 22.

öffentliche Meinung zu führen und für sich eingenommen zu machen, haben unsere Gegner in wesentlich größerem Umfang als wir. Wenn der Marxismus als bestimmender Faktor in diesem Staat in einer seiner Spielarten ein Volksbegehren verliert, dann hat das wenig zu sagen. Jeder Schritt, der vom Marxismus heute nach vorne unternommen wird, kann dem Volk ebenso eindringlich zum Bewußtsein gebracht werden, wie man ihm drei Schritte nach rückwärts glatt zu unterschlagen vermag. Umgekehrt werden aber zehn Schritte, die die nationale Opposition nach vorne unternimmt, totgeschwiegen, während aber auch nur ein Schritt nach rückwärts mit allen Mitteln auf das ungeheuerlichste aufgebauscht und dem ganzen Volke eindringlichst zur Kenntnis gebracht werden wird. Ich habe aber persönlich die unbedingte Überzeugung, daß das beabsichtigte Volksbegehren nach jeder Richtung einen selten bösen Mißerfolg bringen wird. Der Stahlhelm ist keine politische Partei, sondern ein Frontverband alter Soldaten. Ihm mag vielleicht ein solcher Mißerfolg wenig Schaden zufügen. Die bürgerlichen Parteien sind anderes als Mißerfolge seit jeher nicht gewöhnt und mithin gegen einen einzelnen solchen Schlag doch mehr oder weniger immun. Die nationalsozialistische Partei, die zu führen ich die Ehre habe, würde damit aber zum ersten Male einen Schritt unternehmen, der bei vielen mit Recht Zweifel an der Leitung der Bewegung auslösen müßte. Ich weiß, das hundert- und aberhunderttausende meiner Anhänger durch einen Schlag, der die Bewegung in ihrem Kampfe trifft, nur noch fester an sie gefesselt werden. Ich weiß aber auch, daß sie jeden Verzicht auf den grundsätzlichen Kampf mir niemals verzeihen würden und verzeihen könnten. Eine Beteiligung am Volksbegehren des Stahlhelms hätte aber nur dann Sinn, wenn auch die nationalsozialistische Bewegung auf die Austragung der grundsätzlichen Auseinandersetzung zwischen Idee und Idee, zwischen System und System verzichten und statt dessen in positiver Mitarbeit die Schönheitsfehler am heutigen Staat beseitigen wollte. Eine Niederlage, die bei einem solchen Beginnen dann aber der Bewegung zugefügt werden würde, wäre gänzlich unerträglich und müßte die an sich schon irre gewordenen Mitglieder auf das schwerste erschüttern. Bei aller Verehrung der hohen Ziele und der lauteren Absichten der Stahlhelm-Leitung, kann ich mich deshalb in diesem Falle als Führer der nationalsozialistischen Bewegung dem geplanten Schritt nicht anschließen.

Ich vermag aber auch als Führer einer so streng zentralisierten Partei, wie sie die nationalsozialistische Bewegung ist, selbstverständlich die Entscheidung in dieser Angelegenheit nicht dem Ermessen des einzelnen Mitgliedes anheimzustellen, sondern ich bin gezwungen, wenigstens in großen Zügen die Auffassung der Parteileitung in klarer Weise bekanntzugeben. Es ist dabei aber ebenso selbstverständlich meine Absicht, auf die Parteigenossen so einzuwirken, daß dies nicht als ein Kampf gegen den Stahlhelm, den Bund der Frontsoldaten, angesehen werden kann. Auch ändert meine Haltung in der Frage des Volksbegehrens nichts an meiner rein persönlichen Einstellung zur Leitung des Stahlhelms, deren auch in diesem Falle sie bestimmende ehrenwerte nationale Gesinnung außer jedem Zweifel steht[25]. Ich will durch diese Denkschrift nur versuchen, eine Haltung zu motivieren, die für jeden Nationalsozialisten dank seiner politischen Erziehung selbstverständlich, für nicht in unserem Lager stehende nationale Elemente im ersten Augenblick aber vielleicht unbegreiflich erscheint.

25 Der Zweite Bundesführer Duesterberg hatte eine Ehrenkarte für den Weimarer Parteitag der NSDAP 1926 erhalten. Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 125.

Ich möchte diese Denkschrift auch nicht abschließen, ohne der aufrichtigen Hoffnung Ausdruck zu geben, daß sich vielleicht in anderen Fällen die Möglichkeit einer Zusammenarbeit bieten wird, die von fruchtbringendem Nutzen für unser gemeinsam geliebtes Volk und Vaterland begleitet sein soll.

Würden sich endlich aber trotzdem meine Auffassungen und Bedenken über die Zweckmäßigkeit und die Erfolgsaussicht des vorgeschlagenen Volksbegehrens und späteren Volksentscheids als unzutreffend erweisen, so mögen diese Darlegungen dann das Eingeständnis einer irrigen Ansicht sein, die durch die Wirklichkeit widerlegt wurde. Ich selbst bin leider vom Gegenteil felsenfest überzeugt.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

gez.: *Adolf Hitler*
Vorsitzender
der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei

25. April 1929 Dok. 30
Rede auf NSDAP-Versammlung in Glauchau [1]

Glauchauer Tageblatt und Anzeiger vom 26.4.1929, "Adolf Hitler in Glauchau" [2].

Was der Besucher einer Wahlversammlung [3] hören will, sind persönliche Versprechungen. Irgendwie will er seine eigensten Belange vertreten sehen. So haben sich Parteien gebildet, die sich im wesentlichen nur an *einen* Stand wenden, dem sie Erfüllung seiner Wünsche versprechen können. Da ist es besonders schwer, sich einer politischen Gruppe anzuvertrauen, die sich an *alle* Berufsstände und Schichten wenden will und muß. In einer solchen Gruppe müssen sich notgedrungen alle Einzelinteressen schneiden, nicht selten sogar einander aufheben. Trotz dieses scheinbaren Nachteils hat sich die nationalsozialistische Bewegung nach und nach durchgesetzt. Und trotz der großen Versprechungen der interessenpolitischen Parteien herrscht in ihnen wachsende Unzufriedenheit, weil trotz jahrelanger Zusicherungen die grundsätzlichen Ideale der betreffenden Stände unbefriedigt geblieben sind.

Fast alle Interessenparteien erschöpfen sich in der Behandlung von Tagesfragen. In deren eingehender Behandlung sehen sie das Reale, ohne zu berücksichtigen, daß die rein äußerlich sichtbaren Vorkommnisse nirgends einen Ausgangspunkt zur Schaffung grundsätzlicher Änderungen herstellen können. Nicht der Waffenstillstand von Compiègne [4], nicht die ihm folgen-

1 In der "Exerzierhalle", Beginn ca. 20.30 Uhr. Die von etwa 3.000 Personen besuchte öffentliche Versammlung wurde von Lehrer Arthur Göpfert geleitet.
2 Vgl. auch Zwickauer Tageblatt vom 27.4.1929, "Adolf Hitler in Glauchau" sowie VB vom 12./13.5.1929, "Adolf Hitler spricht".
3 Vgl. Dok. 15, Anm. 1.
4 Waffenstillstandsverhandlungen vom 8. bis 11.11.1918. Zu den Umständen vgl. Der Waffenstillstand 1918-1919, S. 20 ff.

den Diktate von Versailles [5], London [6] und Paris [7] waren grundsätzlich, sondern wesentlich war allein der Ausgangspunkt all dieser Tageserscheinungen, nämlich die nicht durch Krieg, sondern durch Verträge erreichte Wehrlosmachung des deutschen Volkes. Überall tritt der Verfall der Wirtschaft in Erscheinung. Was nützen da Verbesserungen, Erfindungen, Fleiß und Mühe, wenn ihre Tageswirkung aufgehoben wird durch den immer sichtbarer werdenden Niedergang des Ganzen?

Darum: Nicht das Einzelschicksal formt das Gesamtschicksal einer Nation, sondern es ist umgekehrt. Nicht die Tagesfrage gibt den Aufschluß, sondern das Zurückgehen auf die letzten Ursachen ihrer Entwicklung.

Wichtig für diese Form der politischen Kritik ist gleichfalls nicht das Herumtasten an diesem Menschen oder jener Einrichtung, es sei denn, daß sie Verkörperungen des Grundsätzlichen sind, dem die Kritik gilt: dem *System*.

Wesentlich allein ist die Feststellung, ob eine Idee fähig oder unfähig ist, sich durchzusetzen in ihrer Kritik zu dem herrschenden System. Nur dann, wenn eine solche Idee einer eiskalten Logik standhält, ist sie auch fähig, sich auf lange Sicht die Gefolgschaft und den Erfolg gegen alle Widerstände zu erringen.

Ein Rundblick durch Deutschland läßt allüberall die Aufgabe und Bedeutung der politischen Kritik vom Standpunkt einer bestimmten Idee aus klar in die Erscheinung treten. Die Wege der Wirtschaftspolitik sind untragbar. Z. B. braucht der Staat viel Geld für seine sparsame Verwaltung. Man streicht 26 Millionen vom Luftfahrt-Etat [8] und macht - außer anderen zerstörenden Folgeerscheinungen - soviel Arbeitnehmer der einschlägigen Industrien brotlos, daß deren Arbeitslosenunterstützung fast wieder so viel kostet, als "eingespart" wurde. Nicht mehr der Bauer, sondern das Finanzamt schreibt vor, was und woran Geld zu verdienen ist. Ist der theoretisch errechnete Verdienst nicht vorhanden, dann hat der Bauer Schulden zu machen, um die Bedürfnisse des Finanzamts zu befriedigen [9]. Seit 10 Jahren baut die Allgemeinwirtschaft nicht mehr auf, sondern sie "wickelt ab". So wie etwa der Sohn eines durch Fleiß wohlhabend gewordenen Vaters, der gut und besser als der sparsame Vater lebt, weil er in wenig Jahren das Erbe verschwendet. Was aber hinterher, nach Aufzehren des Vorhandenen kommt, ist der Zusammenbruch. Abwicklung - das ist auch dem Wortlaut nach das Kennzeichen eines Niederganges.

Außenpolitisch erlebt man das Beisammenbleiben der weltpolitischen Koalition gegen Deutschland heute noch, 10 Jahre nach Kriegsende. Wo ist der Erfolg unserer Friedenspolitik? Es stellt sich heraus, daß unsere Außenpolitik die anderen zusammengehalten, das eigene Volk aber konsequent den Weg zur inneren Auflösung geführt hat.

Keine der bisher herrschenden Ideen in Deutschland hat vermocht, den Weg nach unten aufzuhalten, weil keine die Kraft hatte, die Gesamtheit zu erfassen. So stehen wir weiterhin

---

5 Vgl. Dok. 3, Anm. 56.

6 Mit dem Londoner Ultimatum vom 5.5.1921 hatten die Alliierten das Deutsche Reich zur unverzüglichen Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Versailler Friedensvertrag aufgefordert. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 127 ff.

7 Vgl. Dok. 21, Anm. 40.

8 Vgl. Dok. 26, Anm. 7.

9 Anspielung auf den Prozeß in Itzehoe. Vgl. Dok. 26, Anm. 11. Zur Besteuerung der Landwirtschaft vgl. Becker, Handlungsspielräume der Agrarpolitik, S. 210 ff.

da: Hie rechts - hie links - hie Monarchie, hie Republik - hie evangelisch, hie katholisch - hie reaktionär, hie revolutionär.

Da aber will ein neuer Gedanke diese offenen Abgründe der Trennung überbrücken; der Gedanke der wirtschaftlichen Verbundenheit aller. Aber auch hier liegen keine Hoffnungen. Denn wohl kann ein Staat - wie wir es täglich erleben - die Wirtschaft vernichten, nie aber kann die Wirtschaft einen kranken, fast leblosen Staat mit neuer Kraft versehen. Denn das Wesen der Wirtschaft ist das auf den Einzelmenschen beschränkte Streben nach Selbstentfaltung, ist eigennützig und unfähig, das Gesamtschicksal aufwärts zu führen.

Der Konflikt der Weltanschauungen kennzeichnet sich durch eine völlige Verschiebung der Daseinsgrundsätze. Im Kampf um das Dasein, den nur der Starke gewinnt, ist der ernährende Boden Ausgangspunkt aller Gedanken. Unsere künstlichen Begriffe, wie Weltwirtschaft, Kultureroberung usw., sind unfähig, das Daseinsproblem zu lösen, weil sie die Beziehung von Mensch und Boden außer acht lassen. Wäre das marxistische Lebensprinzip richtig, dann müßte das verheißene Erdenglück abhängig sein von dem Grad ihrer praktisch durchgeführten Organisation. Darin ist Rußland am weitesten vorgeschritten, ihm folgt Deutschland und weit im Hintertreffen bleibt Amerika mit seinem Mangel an marxistischer Lebensorganisation. Wie ist die Wirklichkeit? Das Amerika des reichen Bodens steht in der Befriedigung der menschlichen Daseinsbedingungen an der Spitze, endlos weit hinter ihm folgt Deutschland und Rußland [10], ist trotz seiner Bodenmöglichkeiten das Opfer der Theorien, die ihre Bedeutung hinter einer Flut künstlicher Daseinsanschauungen stellten.

Kampf um ernährenden Boden, Daseinsbedingung der Natur ist allerdings - Imperialismus. Schon das Kind ist in seinem Drang nach Nahrung ein kleiner Imperialist. 900.000 solcher kleiner Imperialisten schreien von neuem alljährlich um Brot in Deutschland [11]. Aber der Boden, auf dem wir leben, behält seinen alten, beschränkten Umfang. Da hilft sich die Weltanschauung des Marxismus, indem sie, die - als Imperialismus verschriene - Bodenvermehrung ablehnend, für die Abschaffung des Kinderzuwachses eintritt [12]. Geburtenvernichtung aber heißt Vernichtung des schöpferischen Geistes, der die Güter schafft, die von den Menschen strebend ersehnt werden. Weniger Kinder, mehr Brot! Das Land zum Brot zu erringen, kostet nicht mehr Blut als das, was durch künstliche Geburtenverringerung vom Leben ferngehalten, unterdrückt wird. Wir wollen das

Recht auf Boden

in dieser Welt! *Das* ist die alleinige Voraussetzung unseres Daseins. Mit dem Ausweg, den Volksüberschuß zur Auswanderung zu bringen, ist nichts erreicht, aber Wertvollstes zerstört. Heute schon nimmt Amerika nur geistig und körperlich Hochwertige bei sich auf [13]. Das Beste geht von uns und zurückbleibt Schwaches, was unserer Gesamtheit zur Last fällt. Wir stemmen uns gegen jede Schwächung unserer Volkskraft. -

---

10 1928 waren z. B. in den USA auf 23.360.000 ha 245.692.000 Doppelzentner Weizen, in der Sowjetunion auf 27.563.000 ha 234.000.000 Doppelzentner Weizen und im Deutschen Reich auf 1.728.000 ha 38.536.000 Doppelzentner Weizen erzeugt worden. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 26* f.

11 1928 waren im Deutschen Reich 1.182.477 Kinder geboren worden. Vgl. ebenda, S. 30.

12 Im Görlitzer Programm vom 14.9.1921 forderte die SPD "Planmäßige, den sozialen Bedürfnissen der Arbeiterklasse angepaßte Bevölkerungspolitik". Vgl. Mommsen, Parteiprogramme. Zweiter Teil, S. 456.

13 Vgl. Dok. 26, Anm. 29.

Die Weltwirtschaft soll helfen, die sich ständig verringernden Daseinsmöglichkeiten auszugleichen! Export - das beweist Englands Politik - ist eine Machtfrage. Hat man die billige Konkurrenz Deutschlands dadurch mit dem Weltkrieg beantwortet, um heute willig alle Märkte uns zu öffnen?

Man schreit nach billigem Brot durch Öffnung der Grenzen! Vernichtung der heimischen Nährquellen ist die erste, Landflucht und vermehrtes Nahrungsbedürfnis in den Großstädten ist die zweite, weitere Auslandsverschuldung durch ungedeckten Import die dritte Folge.

So im Ring schließt sich auch die Machtfrage der deutschen Nation. Weil wir keine Waffen haben, müssen wir nach außen pazifistische Resignation üben. Weil wir die für die Außenpolitik brauchen, wird sie im Innern eingeführt. Weil sie im Innern da ist, kann man keine kraftvolle Außenpolitik treiben usf. Wir sind waffenlos, weil unsere heutigen Politiker unfähig sind, sie zu führen. Solange sich ein Volk, das Millionen bei den Waffen sah [14], von Leuten regieren läßt, die nicht das Soldatenhandwerk kennenlernten, zeigt es, daß es todkrank ist. -

Wir stehen auf gänzlich falschem Boden bei allen Gedanken, die sich mit der Erhaltung unserer Existenz beschäftigen. Nicht Klassen formen die zum gemeinsamen Daseinskampf zusammengeschlossene Nation. In diesem Sinne national sein, heißt auch nicht Spaltung in die Begriffe: bürgerlich - proletarisch. National sein im Sinne eines entschlossenen Ringens um das Recht zum Leben heißt *Kampf und Sturm!* Und der Sinn, der solcher Idee entstammt, er muß sich lösen in einem Schrei nach völkischer Freiheit, der hinwegtönt über Rechts und Links, der herauslockt die Flut der Entschlossenen aus Universität und Fabrik, aus Kontor und Bauernhof. *Das* schafft die Macht eines Volkes um seinen Platz an der Sonne [15]! Die Masse, die Zahl, von den Deutschen zur Autorität eingesetzt, hat nur das *eine* bewiesen: die immerdar bleibende Zerstörungskraft der Demokratie und die Zerbrechung des Einheitswillens zum Kampf ums Dasein. Nicht Bürger und Proletarier, nicht Mehrheit und Minderheit, nicht tote Ruhe und Ordnung um jeden Preis werden diesen Einheitswillen formen, sondern das Bekenntnis zu einer Idee, die zum ersten Male nach dem Kriege bewiesen hat, daß sie fähig ist, zu allen Schichten und Ständen zu sprechen, daß sie fähig ist, ungeheure Opfer zu fordern, und daß sie fähig ist, den Gedanken der Verantwortung, das Prinzip einer festen Führung in die Wirklichkeit umzusetzen. Durch endlose Bedrückung ist die Idee des Nationalsozialismus zu dem Ausdruck des stahlharten Willens gelangt, wie er heute allein imstande ist, deutsches Schicksal zu meistern. Hirn und Faust stehen im Kampf Seite an Seite um diesen deutschen Staat und um seine Zukunft. Und nur diese wiederum birgt die Hoffnung des einzelnen in sich, frei zu werden, wie es einem Deutschen geziemt. So lautet heute unsere Parole zum sächsischen Wahlkampf [16]: Zum Siege unserer nationalsozialistischen Idee, denn sie bedeutet das freie Deutschland und den freien deutschen Menschen! [17]

---

14 Die Gesamtstärke des deutschen Heeres (Feldheer und Besatzungsheer) betrug im ersten Kriegsjahr 1914/15 4,7 Millionen Mann und stieg bis zum vierten Kriegsjahr 1917/18 auf 7,9 Millionen. Vgl. Sanitätsbericht über das deutsche Heer (Deutsches Feld- und Besatzungsheer) im Weltkriege 1914/18. Bearbeitet in der Heeres-Sanitätsinspektion des Reichswehrministeriums, Bd. 3: Die Krankenbewegung bei dem Deutschen Feld- und Besatzungsheer, Berlin 1934, S. 3.

15 Anspielung auf eine Äußerung des Staatssekretärs des Auswärtigen, Bernhard von Bülow, hinsichtlich der Inbesitznahme von Kiaotschou in der Reichstagssitzung vom 6.12.1897: "Wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne."

16 Vgl. Dok. 15, Anm. 1.

17 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1. Mai 1929 Dok. 31
"An alle Gauleiter und Gaukassenwarte"
Anordnung

Masch. Ausfertigung vom 1.5.1929; BA, Slg. Schumacher 373.

Einzelne Vorkommnisse geben Veranlassung, bezüglich der Beitragsabführung noch einmal folgendes grundsätzlich festzustellen [1]:

Die von den Gauleitungen an die *Reichsleitung* abzuführenden Reichsanteile [2] stellen ausschließliches Eigentum der *Reichsleitung* dar und dürfen unter keinen Umständen zu Gauzwecken verwendet werden. Die *Gaukassenwarte* kommen für diese Gelder lediglich als Treuhänder in Frage und sind deshalb der *Reichsleitung* gegenüber für die rechtzeitige Abführung dieser Beträge verantwortlich.

Die *Gauleiter* haben über diese Gelder *keinerlei Verfügungsrecht.*

Zuwiderhandlungen werden künftighin ein Eingreifen der *Reichsleitung* zur Folge haben. Über alle übrigen beim Gau eingehenden Gelder - soweit es sich nicht um für Sonderzwecke der *Reichsleitung* bestimmte Beträge handelt - haben die Gauleiter das ausschließliche Verfügungsrecht.

Gez.: Adolf *Hitler* [3]

---

1 Bereits in einem Rundschreiben vom 13.3.1929 hatte Reichsschatzmeister Franz Xaver Schwarz unter anderem eine bessere Zahlungsdisziplin der Gaue angemahnt:
"Bei einzelnen Gauleitungen bestehen immer noch falsche Anschauungen über das Wesen der Beitragszahlungen. Der verhältnismäßig geringe Prozentsatz an Beitragsanteilen, welcher an die R.-L. abzuführen ist, reicht bei weitem nicht aus, um den Geschäftsapparat der Hauptgeschäftsstelle aufrechtzuerhalten sowie den Anforderungen der Propaganda und Organisation zu genügen. Aus dieser Tatsache heraus ergibt sich die unbedingte Notwendigkeit, für den richtigen Eingang wenigstens dieser, der R.-L. von *Rechtswegen gehörenden* Gelder unter allen Umständen zu sorgen. Wenn, wie es bisher noch bei einzelnen Gauen der Fall war, solche Beiträge zurückgehalten werden, so ist es für die Dauer eine Unmöglichkeit für die Hauptgeschäftsstelle, den unbedingt notwendigen Haushaltplan aufzustellen. Durch die Nichtabführung dieser Gelder wird die Einhaltung des Etats aufs schwerste gefährdet.
Die Reichsleitung hat bisher den besonderen Verhältnissen einzelner Gaue in weitestem Maße Rechnung getragen, sie kann aber von jetzt ab im Interesse der Selbsterhaltung unter gar keinen Umständen mehr irgendwelche Zugeständnisse machen."
Druck: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei - Reichsleitung. Rundschreiben des Reichsschatzmeisters vom 26. Juli 1926 - 31. Dezember 1934, München 1935.

2 Seit 1.10.1928 sollten vom Mitgliedsmindestbeitrag der NSDAP, der 80 Pfennig betrug, 25 Pfennig den Ortsgruppen bleiben, 25 Pfennig an die Gauleitungen und 30 Pfennig an die Reichsleitung weitergeleitet werden. Vgl. Rundschreiben des Reichsschatzmeisters vom 10.9.1928. Druck: Ebenda.

3 Fußvermerk: "Für die Richtigkeit: Schwarz".

3. Mai 1929 Dok. 32
Rede auf NSDAP-Versammlung in Leipzig [1]

Leipziger Neueste Nachrichten vom 4.5.1929, "Adolf Hitler spricht" [2].

Nach einer stürmischen Begrüßung mit Heilrufen ergriff Hitler das Wort. Er stellte an den Anfang seiner Ausführungen, daß während des Wahlkampfes [3] alle Parteien die Lösung von Tagesfragen versprächen. Diese Lösung hindere aber nicht, daß die breite Masse unzufrieden sei. Gegen den Staat von heute gebe es mehr Aufbäumung als je vorher, nur mit Brachialgewalt könne die Staatsautorität aufrechterhalten werden [4]. Der *Taktstock der Gegenwart heiße Gummiknüppel* [5]. (Lebhafter Beifall.) Der Staat könne nicht eine Woche leben, wenn er auf die Liebe seiner Angehörigen angewiesen sei. Die Masse sei unzufrieden, weil sie fühle, daß die großen politischen Ziele nicht erreicht seien. Man dürfe nicht um Mandate, man müsse um Seelen ringen, wenn die Freiheit des Volkes wiederkommen solle. (Lebhafter Beifall.) Da weder die Linke noch die Rechte ihre Ideale zum Gemeingut der Masse habe machen können, seien beide ungeeignet zur Lösung der deutschen Zukunftsfragen. Der *Zerfall der beiden großen Weltanschauungsparteien* [6] bedinge auch den Niedergang des deutschen Vaterlandes. Man kenne weiter nichts als die vollständige Kapitulation vor dem Ausland. Der fremde Geist beherrsche uns auch immer mehr im Innern, und *wirtschaftlich* werde Deutschland eines Tages am *Ende seiner Substanz* sein. Wenn ein Reich politisch zerbreche, müsse auch die Wirtschaft zusammenbrechen. Die deutsche Außenpolitik bewege sich in dauernden Widersprüchen. Wenn ein Italiener aus seinem Volk eine Nation habe machen können [7], habe dies erst recht in Deutschland gelingen müssen, schuld sei nicht das Volk, sondern die Führung. (Brausender Beifall.) Das Volk habe ein sehr feines Gefühl, wer zum Führer geeignet sei. Das ganze System müsse geändert werden. Deshalb sei die große Aufgabe, dem Volk den *Führerglauben* wiederzugeben. Nur Macht könne aus dem Niedergang retten. Die Verantwortlichkeit müsse wiederhergestellt werden, deshalb sei die Demokratie ein Unding, an ihrer Stelle müsse die Kraft der Persönlichkeit treten und das Volk sei zum Kampf zu erziehen. So wolle es der Nationalsozialismus; er wolle, daß das deutsche Volk in Ehren bestehen könne. Das sei kein Imperia-

---

1 Im großen Saal des Leipziger Zoo, von 20.00 bis 22.30 Uhr. An der öffentlichen Versammlung nahmen laut VB 4.000 Personen teil. Die Leipziger Neuesten Nachrichten meldeten anschließende Zusammenstöße mit kommunistischen Demonstranten. Die Polizei trennte die Parteien. Der VB berichtete: "Zwischenfälle haben sich bis jetzt nicht ereignet."

2 Zum äußeren Ablauf der Veranstaltung vgl. auch Neue Leipziger Zeitung vom 4.5.1929, "Hitler in Leipzig"; Sächsische Arbeiter Zeitung vom 4.5.1929, "Fleißner bahnt Hitler den Weg"; VB vom 5./6.5.1929, "Hitler in Leipzig"; vom 12./13.5.1929, "Adolf Hitler spricht" sowie Der Nationalsozialist vom 11.5.1929, "Adolf Hitler in Leipzig" (mit falscher Datierung).

3 Vgl. Dok. 15, Anm. 1.

4 Eventuell Anspielung auf die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen RFB und Polizei vom 1. bis 3.5.1929 in Berlin. Vgl. Léon Schirmann, Blutmai Berlin 1929. Dichtungen und Wahrheit, Berlin 1991, S. 320 ff.

5 Vgl. Dok. 11, Anm. 4.

6 Gemeint sind nach Hitlers Vorstellung das marxistisch-sozialdemokratische und das bürgerliche Lager.

7 Vgl. Dok. 6, Anm. 48.

lismus, denn wenn der Feind von außen erst verdrängt sei, werde Deutschland mit seinen geistigen Waffen arbeiten. Der Nationalsozialist kämpfe, weil es notwendig sei.

5. Mai 1929 Dok. 33
Telegramm an Franz Schwede [1]

Druck: Franz Schwede-Coburg, Kampf um Coburg, S. 145.

Ihnen und unseren Kämpfern in Coburg Glückwünsche und Anerkennung zum großen Erfolg [2].

Adolf Hitler

1 Franz Schwede (1888-1966), Maschinenschlosser, Maschinist-Deckoffizier a. D., 1922 Betriebsinspektor der Städtischen Elektrizitätswerke Coburg, Eintritt in die NSDAP, 1923 Ortsgruppenleiter in Coburg, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, 1925-1930 Stadtrat in Coburg, August 1930 ehrenamtlicher Bürgermeister, 1930-1933 MdL in Bayern, Oktober 1931-1934 Erster Bürgermeister (ab 1933 Oberbürgermeister), 1932 Vizepräsident des Landtags, 1934-1945 Gauleiter des Gaues Pommern, Oberpräsident der Provinz Pommern, 1945 zu neun Jahren Zuchthaus verurteilt.

2 Franz Schwede war wegen seiner radikalen politischen und antisemitischen Äußerungen als Betriebsinspektor des Elektrizitätswerks Coburg entlassen worden. Der daraufhin initiierte Volksentscheid zur Auflösung des Stadtrats und Ausschreibung von Neuwahlen brachte am 5.5.1929 eine Zustimmung von 6.914 (62%) gegen 4.266 (38%) Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 67%. Die Neuwahl fand am 23.6.1929 statt; zum Wahlergebnis siehe Dok. 44, Anm. 3. Vgl. N. F. Hayward und D. S. Morris, The First Nazi Town, New York 1988, S. 110 ff. sowie Münchner Neueste Nachrichten vom 6.5.1929, "Koburg. Auflösung des Stadtrats".

6. Mai 1929 Dok. 34
Beleidigungsprozeß gegen Albrecht von Graefe [1], Josef Osterhuber [2], Thomas Wimmer [3], Adolf Dichtl [4] und Julius Zerfaß [5] Aussage vor dem Amtsgericht München[6]

VB vom 8.5.1929, "Adolf Hitlers Erklärung" [7].

Ich vertrete seit Jahren die außenpolitische Auffassung, daß der Verzicht auf Elsaß-Lothringen, auf die deutschen Gebiete in Polen, in der Tschechoslowakei [8] wesentlich schwerer wiegt, als der Verzicht auf Südtirol. Die Haltung bringt Deutschland um die Möglichkeit, mit dem einzigen Staat in ein Bündnisverhältnis zu treten, dessen Interessen sich mit denen Frankreichs widerstreiten [9], und verhindert dadurch die Wiederherstellung der deutschen Souveränität. Ich persönlich mache Herrn Stresemann nicht den Vorwurf, daß er auf deutsches Gebiet an sich verzichtet hat, denn in der deutschen Geschichte gibt es Beispiele, daß deutsche Staats-

---

1 Albrecht von Graefe (1868-1933), Rittergutsbesitzer, Major a. D., 1887 Leutnant, 1912-1918 MdR (Deutschkonservative Partei), 1919 Mitglied der Nationalversammlung, 1920-1928 MdR (DNVP, ab 1922 DVFP), 1922 Mitbegründer der DVFP, 1924/25 Mitglied der Reichsführerschaft der NSFB (zusammen mit Erich Ludendorff und Gregor Straßer). Vgl. auch Bd. I, Dok. 110, 111.

2 Josef Osterhuber (1876-1965), Journalist, 1903-1905 Redakteur der "Augsburger Postzeitung", 1905/06 Chefredakteur der "Neuen Augsburger Zeitung", 1907-1933 Chefredakteur des "Bayerischen Kuriers".

3 Thomas Wimmer (1887-1964), Schreiner, 1911 Eintritt in die SPD, 1925-1933 Stadtrat in München (SPD), 1948-1960 Oberbürgermeister von München.

4 Adolf Dichtl (1879-1950), Parteisekretär der SPD, 1933 Haft im KZ Dachau.

5 Julius Zerfaß (1886-1956), Gärtner, SPD-Mitglied, 1913 freier Journalist, 1918-1933 Feuilletonredakteur der "Münchener Post", 1933 Haft im KZ Dachau, 1934 Flucht in die Schweiz.

6 Den Vorsitz führte Amtsgerichtsdirektor Albert Frank. Graefe war ohne Rechtsbeistand erschienen, Osterhuber wurde von Rechtsanwalt Josef Warmuth, Wimmer und Dichtl von Rechtsanwalt Max Hirschberg vertreten. Hitler erschien in Begleitung von Rechtsanwalt Hans Frank II.
Anlaß für die Beleidigungsklage Hitlers waren Artikel im Deutschen Tageblatt vom 13.3.1928, "Mussolini, Südtirol und die Nationalsozialisten" sowie vom 8.8.1928, "Streiflichter aus dem Wahlkampf"; im Bayerischen Kurier vom 16.5.1928, "Redendes Schweigen"; ein Wahlplakat der SPD, "Adolf Hitler entlarvt!" (BayHStA, Plakatslg. 8167) sowie ein Artikel in der Münchener Post vom 21.5.1928, "Die entlarvten Verräter Südtirols", in denen ihm der Vorwurf gemacht wurde, seine Haltung in der Südtirolfrage sei auf italienische Gelder zurückzuführen. Vgl. auch Jens Petersen, Hitler - Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin-Rom 1933-1936, Tübingen 1973, S. 26 ff.
Die Beklagten Osterhuber und Wimmer hatten Widerklage wegen beleidigender Äußerungen Hitlers in seiner öffentlichen Rede vom 19.5.1928 im Zirkus Krone erhoben. (Vgl. Bd. II/2, Dok. 278).
Hitlers Aussage gingen die Erklärungen der Angeklagten voraus.

7 Vgl. auch Münchener Post vom 6.5.1929, "Hitlers Mussolinipolitik"; Münchner Neueste Nachrichten vom 6.5.1929, "Hitler, Mussolini und Südtirol"; Bayerischer Kurier vom 7.5.1929, "Hitlers Südtirol-Politik"; Leipziger Neueste Nachrichten vom 7.5.1929, "Neuer Hitler-Prozeß in München"; Frankfurter Zeitung vom 7.5.1929 (2. MA), "Adolf Hitlers Finanzierung ... und seine Preisgabe Südtirols" sowie VB vom 8.5.1929, "Zusammenbruch der Verleumdungsfront im Hitler-Prozeß".

8 Artikel 31 bis 114 des Versailler Friedensvertrags legten die Gebiete fest, die das Deutsche Reich an die Nachbarstaaten abzutreten hatte, bzw. in denen eine Volksabstimmung vorzunehmen war. Druck: RGBl. 1919, S. 761 ff.

9 Vgl. Dok. 28, Anm. 19.

männer und Fürsten gezwungen waren, jahrzehntelang einen Verzicht auszusprechen, um daraus die Möglichkeit zu schöpfen, dem verbliebenen Rest des Reiches die politische Macht zu sichern, mittels der später das fremde Joch wieder gebrochen werden könnte.

Herrn Stresemann werfe ich vor, daß er den Verzicht auf Elsaß-Lothringen ausgesprochen hat [10], aber *nicht* zu dem Zwecke, um eine gewisse Möglichkeit der Wiederaufrichtung Deutschlands zu bekommen. Wenn nach Locarno die deutsche Reichswehr zu einer stehenden Armee von 300.000 Mann gemacht worden wäre oder zu einem Volksheer, dann würde ich diese Politik für richtig halten, und sagen: *Der Weg, der zu Machtmitteln führt, ist der richtige.* Aber die heutige Außenpolitik führt zu einer vollkommenen Lähmung unseres Volkes, so daß es in 30-40 Jahren nicht mehr die Kraft besitzt, das zu ändern, was ihm 1914-[*19*]18 zugefügt wurde. Praktisch ist in den Friedensverträgen [11], gegen die wir schärfstens protestiert haben, schon auf alles verzichtet worden. Dieser praktische Verzicht ist tatsächlich da, und es war nicht notwendig gewesen, ihn noch einmal formell zu wiederholen. Stresemann hat diesen Verzicht auf den ganzen Westen des Reiches ausgedehnt, und das im Namen eines Staates, der nicht in der Lage ist, seine Volksmassen zu ernähren. Es handelt sich um die wichtigsten Eisenerzgruben [12] und das deutsche Kalimonopol [13]. Stresemann hat praktisch gar nichts dafür bekommen: Weder ist das Verhältnis für Frankreich gestärkt worden [*sic!*], noch ist die Bedrückung leichter geworden, noch ergab sich eine Möglichkeit, die deutsche Macht zu stärken. Ich habe der Außenpolitik Stresemanns zum Vorwurf gemacht, daß es falsch ist, einen solchen formalen Verzicht - was man nicht besitzt, auf das kann man leicht verzichten - dort auszusprechen, wo nach menschlicher Voraussicht dadurch keine Mehrung der Macht die Folge sein kann.

Ich möchte betonen, daß selbstverständlich diese meine ganze Einstellung ausschließlich idealen Gesichtspunkten zuzuschreiben ist. Ich bin entschlossen, alles zu tun, was für diesen Zweck notwendig ist. Ich würde es tun, auch wenn mich meine eigenen Volksgenossen steinigen würden, weil ich weiß, daß in der Geschichte Männer verflucht worden sind, deren Handeln eines Tages dem Volke zu Nutz und Frommen gereichte. Persönlich kümmere ich mich nicht darum, daß mir Verrat vorgeworfen wird. Man hat Bismarck vorgeworfen, daß er Österreich aus dem Norddeutschen Bund [*sic!*] hinausgedrängt hat [14]. Ich weiß, daß diese Angriffe immer kommen werden.

Gegen was ich mich wehren muß, ist die Behauptung, daß diese meine außenpolitische Auffassung das Ergebnis einer finanziellen Beeinflussung seitens Italien sei,

---

10 Im Vertrag von Locarno wurden die Gebietsabtretungen des Versailler Friedensvertrages im Westen bestätigt und auf die Möglichkeit der gewaltsamen Revision der bestehenden Grenzen verzichtet. Zur Konferenz von Locarno vgl. Dok. 3, Anm. 27.

11 Vgl. Dok. 3, Anm. 56.

12 Aus dem lothringischen Bezirk stammten im Jahr 1910 4.114.183 t der geförderten 6.940.397 t Roheisen in Deutschland. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1912, Berlin 1912, S. 97 ff.

13 Mit 12,4 Millionen t geförderten Rohkalisalzen lag die deutsche Produktion 1928 vor der Frankreichs mit 2,5 Millionen t aus den Lagerstätten im Elsaß, Polens mit 0,34 Millionen t und Spaniens mit 0,24 Millionen t. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 54*.

14 Im Frieden von Prag wurde 1866 der 1815 gegründete Deutsche Bund aufgelöst. Österreich war im neugegründeten Norddeutschen Bund, der sich 1871 durch den Beitritt Badens, Bayerns, Hessen-Darmstadts und Württembergs zum Deutschen Reich erweiterte, nicht mehr vertreten.

und zwar ohne jede Einschränkung. Ich beziehe diesen Vorwurf auf den nackten Hinweis, daß ich *überhaupt* finanziell irgendeine Unterstützung bekommen hätte. Ich verfolge diese Außenpolitik seit 1920 [15], also seitdem ich in der jungen nationalsozialistischen Bewegung eine Rolle spiele, und habe sie verfolgt, lange bevor der Faschismus am Ruder war [16]. Im Jahre 1920 kannte ich ihn kaum dem Namen nach.

Der Vorwurf, daß ich diese Stellung einnehme aus finanziellen Gründen, ist der gemeinste, ehrverletzendste Vorwurf, den es überhaupt gibt.

Wenn mir jemand sagen würde, ich hätte jemanden erschossen, würde mich das nicht den tausendsten Teil so kränken, als wenn man sagt: Ich beziehe für meine Haltung Geld.

Am schwersten muß mich dieser Vorwurf treffen von einem Mann, der einst an meiner Seite stand und damals keinen Anlaß fand, gegen diese Außenpolitik Stellung zu nehmen, und erst *hinterher* zu der heutigen Auffassung kam. Die anderen Beklagten vertreten Parteien, die weltanschaulich meine Feinde sind. Ich finde es begreiflich, daß die *Sozialdemokratie* zum Schluß bei jeder Wahl mit solchen Mätzchen kommt; das ist alte, sozialdemokratische Wahltaktik. Sie sagt sich: Ob es wahr ist oder nicht - bis morgen wirkt es! Was die *Bayerische Volkspartei* betrifft, so ist sie mein erklärter Gegner, sie haßt meinen Nationalismus. Ich habe die Extremen angeklagt, um hier vor Gericht festzustellen, ob ich katholikenfeindlich bin oder "im Banne Roms" stehe. (Heiterkeit, Rüge des Vors[*itzenden*] [17].) Undenkbar scheint mir der Anwurf von einem Mann, der sich selbst als völkisch bezeichnet. Ich kann mir keine schwerere Ehrverletzung denken, als Herr von Graefe sie mir zugefügt hat.

Er hat einen Spielball hinausgeworfen, der von tausend Zeitungen aufgegriffen wurde und der bestimmt war, mir meine politische Ehre zu nehmen.

Ich kann nicht gegen alle klagen, weil meine Mittel hierzu nicht ausreichen. Ich bin selbst im Wahlkampf gestanden [18] und habe nachträglich erst erfahren, daß das und jenes vorgekommen sei. Ich habe die paar wesentlichsten Beleidiger herausgegriffen und drei Vertreter der ganz extremen Weltanschauungen verklagt: Ich war gezwungen, in der Öffentlichkeit sofort dagegen Stellung zu nehmen. Der "Bayerische Kurier" schrieb: "Warum redet Herr Hitler nicht [19]?" Auf diese Aufforderung hin habe ich erklärt, daß es sich um Verleumdungen handelt.

[...] [20]

Hitler fragt die Zeugin [21], *ob er daraufhin* [22] *nicht erklärt habe: Solange in Südtirol die derzeitigen Verhältnisse zwischen Italien und Deutschland bestehen, komme eine Reise nach Italien für ihn nicht in Frage.*

---

15 Vgl. z. B. Hitlers Rede vom 1.8.1920. Druck: Eberhard Jäckel und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980, S. 168.

16 Vgl. Dok. 6, Anm. 48.

17 Albert Frank (1874-1947), 1902 Amtsrichter, 1924 Amtsgerichtsdirektor, Januar 1933 Präsident des Landgerichts München II, 1939 Ruhestand.

18 Gemeint ist die Reichstagswahl vom 20.5.1928.

19 Vgl. Anm. 6.

20 Rechtsanwalt Frank II befragt von Graefe über seine Informanten. Es folgt die Einvernahme der Zeugin Elsa Bruckmann.

21 Elsa Bruckmann, geb. Cantacuzène (1865-1946), Ehefrau des Verlegers Hugo Bruckmann.

22 Elsa Bruckmann hatte von einer Einladung an Hitler zu einer Italienreise berichtet.

[...] [23]

Hitler fragt hierauf den Zeugen nach der Dauer seiner außenpolitischen Einstellung [*sic!*], weil behauptet wird, daß diese in Verbindung mit dem Faschismus in Italien stehe. Wie lange kennen Sie meine außenpolitische Auffassung?

[...] [24]

Hitler: Ist dem Zeugen bekannt, daß ich schon immer die Auffassung vertreten habe, wie falsch es sei, Österreich als Bundesgenossen zu wählen, falsch, daß man 1915/[*19*]16 nicht alles getan hat, um Italien zu gewinnen, und daß ich die Auffassung vertreten habe, daß man versuchen muß, mit Italien zu einer Verständigung zu kommen, nachdem die französisch-italienischen Gegensätze zwangsläufig wieder ausbrechen müssen?

[...] [25]

Hitler: Ist Ihnen besonders bekannt, daß ich diese Auffassung schon vor 1922/[*19*]23, *vor dem Sieg des Faschismus* [26] vertreten habe und auch hinterher meine Meinung immer die gleiche geblieben ist, *ob Faschismus oder nicht?*

[...] [27]

Die Versuche Hirschbergs [28], aus der politischen Auffassung Hitlers während des Krieges schon so eine Art "Preisgabe" Südtirols zu konstruieren, pariert Hitler mit der Erlärung: Bei den Verhandlungen Bülows [29] wegen österreichischer Gebietsabtretungen war mit keinem Wort von Südtirol die Rede, sondern *nur von den italienischen Gebieten Österreichs* [30]. *Es ist charakteristisch, daß der von Bismarck empfohlene Staatskanzler* [*sic!*] *Bülow dieselbe Auffassung gehabt hat: Lieber einen Gegner beizeiten vom Leibe zu bekommen unter Verzicht auf an sich rein italienische Gebiete, als uferlos in einen Zehnfrontenkrieg hineinzutaumeln.*

[...] [31]

Hitler zum Zeugen [32]: Sie waren 2. Vorsitzender bis 9. November 1923. Später, als ich nicht mehr da war, existierte auch die Partei nicht mehr. *Glauben Sie, oder halten Sie es für möglich, daß ich italienisches Geld genommen habe?*

---

23 Die Zeugin bestätigt Hitlers Angaben. Es folgt die Befragung der Zeugin Gertrud von Seydlitz sowie des Zeugen Max Amann.

24 "Zeuge: Seit dem Felde im Jahre 1916. *Schon im Felde hat Hitler uns Kriegskameraden wiederholt erklärt, daß er unsere Außenpolitik für falsch halte, weil sie nicht verhindern konnte, daß Italien von vorneherein aus dem Kriege ausschied.* Bei der Gründung der Partei hat Hitler wiederholt erklärt, daß es notwendig sei, daß Deutschland sich nach Verbündeten umsehe, wobei in erster Linie Italien in Betracht käme."

25 Der Zeuge bestätigt Hitlers Angaben.

26 Anspielung auf Mussolinis "Marsch auf Rom" vom 27. bis 28.10.1922.

27 Der Zeuge bestätigt Hitlers Angaben.

28 Max Hirschberg (1883-1964), Rechtsanwalt, Mitglied der SPD.

29 Bernhard Fürst von Bülow (1849-1929), 1874 Eintritt in den deutschen diplomatischen Dienst, 1884 Botschaftsrat in St. Petersburg, 1888 Gesandter in Bukarest, 1894 Botschafter in Rom, 1897 Staatssekretär des Auswärtigen, 1900 Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident, 1909 Rücktritt, 1914 Sonderbotschafter in Rom.

30 Anspielung auf die erfolglose Mission Bülows 1914, Italiens Kriegseintritt auf seiten der Ententemächte zu verhindern. Vgl. David Stevenson, The First World War and International Politics, New York 1988, S. 54 ff.

31 Es folgt die Fortsetzung der Befragung sowie die Befragung des Zeugen Hans Jacob.

32 Hans Jacob (1884-1949), Straßenbahnbeamter, Januar 1923 bis November 1923 2. Vorsitzender der NSDAP, Mai 1924 bis Dezember 1924 MdR (NSFP).

[...] [33]

Hitler: Es ist bekannt, daß laut Statut der NSDAP die ausschließliche Verantwortung jeweils der Vorsitzende trägt. Es wurde ein sogenannter Kontrollausschuß eingesetzt, der 4 Wochen tagtäglich kontrollierte [34]. *Ist Ihnen irgendwie bekannt, daß dieser Kontrollausschuß von italienischem Gelde Erwähnung getan hat?*

[...] [35]

Hitler, sehr erregt: *Das ist nicht wahr.* Schon im großen Prozeß [36] ist festgestellt worden, *daß das eine Lüge der "Münchener Post" ist.*

[...] [37]

Hitler zum Zeugen: Es ist Ihnen bekannt, daß wir 1923 von ausländischen Journalisten und Reportern, Amerikanern, Engländern besucht worden sind.

[...] [38]

Hitler: Wie lange kennen Sie mich?

[...] [39]

Hitler: Kennen Sie seitdem meine außenpolitische Einstellung? Hat sich daran etwas geändert oder ist sie immer die gleiche geblieben: daß Deutschland sich mit Italien verständigen muß?

[...] [40]

Hitler: Können Sie sich erinnern, daß meine außenpolitische Einstellung 1923 aufs schwerste gefährdet wurde in dem Augenblicke, als die Bewegung zu einer gewissen Bedeutung kam?

[...] [41]

Hitler: Wurden nicht damals schon die Angriffe motiviert mit dem Geschrei, daß Südtirol von uns verraten wurde?

[...] [42]

Hitler: Glauben Sie, daß es einen Mann geben konnte, der nicht meine Einstellung kannte? Auch Graefe kannte damals diese Politik.

---

33 Der Zeuge verneint die Frage. Es folgt die Fortsetzung der Befragung des Zeugen zu Spenden an die NSDAP.

34 Vgl. "Satzungen des nationalsozialistischen deutschen Arbeiter-Vereines" vom 29.7.1921. Druck: Tyrell, Führer, S. 31 ff.

35 Der Zeuge verneint die Frage. Rechtsanwalt Hirschberg wirft daraufhin ein: "Wir wissen, daß die Führer des deutschen Kampfbundes mit Schweizer Geld bezahlt worden sind."

36 Gemeint ist der Hochverratsprozeß gegen Hitler. Vgl. Dok. 28, Anm. 3.

37 Es folgt die Befragung des Zeugen Hermann Esser.

38 "*Zeuge*: Ja, im Jahre 1923 waren Vertreter der ganzen Welt da. Franzosen aber wurden grundsätzlich nicht empfangen. *Auch Leute, die im Verdacht standen, mit der französischen Presse Beziehungen zu haben, wurden niemals vorgelassen.*"

39 "Zeuge: Ich bin im Dezember 1919 oder Januar 1920 offizielles Mitglied der Partei geworden. Seit dieser Zeit habe ich gemeinsam mit Hitler gearbeitet."

40 "*Zeuge: Schon in den ersten Vorträgen über die außenpolitischen Probleme wurde die Annäherung Deutschlands an England und Italien erörtert.* Der Faschismus kam erst 1923 [*sic!*] zum Zuge, die Reden wurden schon 1920 öffentlich gehalten. Hitler hat schon vor dem Faschismus keine andere Stellung eingenommen."

41 "*Zeuge:* Ich erinnere mich lebhaft, daß eines der Hauptargumente der Gegner unsere außenpolitische Einstellung gewesen ist. Wir sind deshalb damals so schwer angegriffen worden, und diese Angriffe haben sich verstärkt, als unsere Bewegung stärker wurde."

42 Der Zeuge bejaht Hitlers Frage.

[...][43]

Auf eine kurze Bemerkung Graefes erinnert Hitler daran, daß er bereits 1923 in der Presse wegen seiner außenpolitischen Einstellung hinsichtlich Südtirols angegriffen wurde. Es wurden schon 1922 Reden von ihm angezogen [*sic!*], auf die der "Völkische Beobachter" sehr scharf antwortete[44]. Er habe immer die Auffassung vertreten, daß die einzige Hilfe für Südtirol in einem günstigen Verhältnis zwischen Italien und Deutschland gelegen sein kann.

Je näher Italien zu Frankreich getrieben wird, desto schlechter ist die Lage für Südtirol.

[...][45]

Hitler bemerkt auf die Frage des Vorsitzenden: "Diese Rede haben Sie gehalten?", daß sie auf höchstens ein Viertel des Inhalts zusammengestrichen ist. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß ich auch in Zukunft jeden Bluteinsatz zur Wiedereroberung von Südtirol ablehnen würde. In Südtirol leben außer etwa 230.000 Deutschen noch 400.000 Italiener[46]. Ich würde es als ein Verbrechen ansehen, wenn die deutsche Nation in einem Koalitionskrieg neuerdings Hunderttausende und Hunderttausende tatkräftiger Männer auf dem Schlachtfelde verbluten ließe für ein Gebiet, das 400.000 Italiener und im günstigsten Falle 230.000 Deutsche zählt.

Das Schicksal Südtirols kann besser gestaltet werden in dem Moment, in dem eine Einigung zwischen Italien und Deutschland erfolgt. Der Verzicht auf Südtirol wurde von der Regierung von Deutschösterreich im Friedensvertrag von St. Germains [*sic!*] *ausgesprochen und unterschrieben von Sozialdemokraten*[47].

[...][48]

Niemand kann gezwungen werden, etwas zu unterschreiben, wenn er nicht will. Reichsaußenminister Stresemann hat formal im Vertrag von Locarno auf ganz Elsaß-Lothringen Verzicht geleistet, ohne gezwungen zu sein. Während man bei Frankreich immer Bindungsmöglichkeiten sucht, wird bei Italien grundsätzlich alles gegen dieses hervorgekehrt, zum Schaden der Zukunft Deutschlands.

[...][49]

---

43 "*Zeuge: Herr v. Graefe hat mir selber 1924 über die notwendige Zusammenlegung der beiden völkischen Gruppen in Deutschland wiederholt erklärt, daß er absolut auf dem Boden der von Hitler vertretenen Grundsätze stehe.* Daraus ist wohl zu schließen, daß er mit Hitler damals einverstanden war."

44 Bis zum Frühjahr 1922 hatte Hitler in seinen Reden die Rückgabe Südtirols gefordert. Äußerungen, auf Südtirol verzichten zu wollen, lassen sich erst seit Herbst 1922 nachweisen. Vgl. Petersen, Hitler - Mussolini, S. 66.

45 Der Zeuge bestätigt Hitlers Angaben. Rechtsanwalt Hirschberg erwähnt die im VB vom 1.4.1927 abgedruckte Rede. (Am 30.3.1927 im Zirkus Krone. Vgl. Bd. II/1, Dok. 94.)

46 Bei der Volkszählung vom 1.12.1921 gaben in Südtirol 193.271 Menschen Deutsch und 27.048 Menschen Italienisch als Gebrauchssprache an. Vgl. Walter Freiberg, Südtirol und der italienische Nationalismus. Entstehung und Entwicklung einer europäischen Minderheitenfrage, Bd. 1, Innsbruck 1990, S. 155. Zur Problematik dieser Ergebnisse vgl. ebenda, S. 154 ff.

47 Der Friedensvertrag zwischen Österreich, den Alliierten sowie den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns, der die Neuordnung der Grenzen regelte, jedoch explizit keine Gebietsabtretungen vorsah, war am 10.9.1919 in Saint-Germain-en-Laye unterzeichnet worden. Als Vertreter Österreichs fungierte Staatskanzler Karl Renner. Vgl. Fritz Fellner, Der Vertrag von St. Germain. In: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Hrsg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Bd. 1, Graz 1983, S. 85-106, S. 100 f.

48 "Dr. Hirschberg: Erzwungen worden!"

49 Es folgt eine halbstündige Mittagspause und anschließend die Befragung des Zeugen Alfred Rosenberg.

Hitler möchte fragen, ob Rosenberg [50] etwa glaubt, daß diese seine außenpolitische Einstellung irgendwie mit dem Faschismus zusammenhängt?

[...] [51]

Hitler: Glauben Sie nicht, Herr Rosenberg, daß der Kampf gegen unsere Einstellung mit unserer Außenpolitik zur Bedeutung der Südtiroler Frage gerade deshalb geführt wird, weil man weiß, daß in Italien heute ein Regiment am Ruder ist, das nicht von Freimaurern und Sozialdemokraten bestimmt wird? Wenn dieses Regiment und diese Entnationalisierung lediglich von Freimaurern und Sozialdemokraten betrieben würde, glauben Sie, daß dann überhaupt ein Wort des Angriffes gegen uns käme?

[...] [52]

Hitler: Ist Ihnen bekannt, daß ich es abgelehnt habe, zum Unterschied von den Herren der Deutschvölkischen Freiheitspartei, nach Italien zu reisen, obwohl ich von vielen Deutschen aus Südtirol eingeladen wurde, hinzufahren,

daß ich es abgelehnt habe, mit der Bemerkung, daß es mir schmerzlich sei, daß die Deutschen schlecht behandelt würden, und daß ich solange nicht hineinfahren könnte?

[...] [53]

Es wird auf die Frage Hitlers festgestellt, daß eine große Zahl von Journalisten aus allen [*sic!*] Herren Ländern zu Informationszwecken in die Parteileitung gekommen seien, von denen aber nur die dem deutschen Nationalismus freundlich gesinnten, besonders also auch Italiener, empfangen wurden.

[...] [54]

---

50 Alfred Rosenberg (1893-1946), Architekt, 1919 Eintritt in die DAP/NSDAP, 1921 Schriftleiter des "Völkischen Beobachters", 1923-1937 Hauptschriftleiter, 1924 Gründer der GVG, 1924-1930 Herausgeber der Zeitschrift "Der Weltkampf", 1929 Gründer des Kampfbundes für deutsche Kultur, 1930 Verfasser von "Der Mythus des 20. Jahrhunderts", 1930-1933 MdR, 1933 Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, 1934-1945 "Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP", 1941-1945 Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, 1946 hingerichtet.

51 "*Zeuge*: Herr Hitler hat in vielen seiner Reden erklärt, daß seine Haltung nicht durch das jeweilige Regiment in Italien bedingt sei, *daß er aber das Auftreten des Faschismus deshalb begrüße, weil dadurch die Nationalisierung gefördert wird, und dadurch die Organisation gegeben ist, durch welche der Gegensatz zwischen Frankreich und Italien eher gestärkt als geschwächt wird.*" Es folgt die Fortsetzung der Befragung des Zeugen durch Anwalt Hirschberg.

52 "*Zeuge*: Ich sehe alle politischen Zeitungen aller Parteien durch und kann nur feststellen, *daß in dem Augenblicke, da in Rom zwischen dem Vatikan und dem Quirinal der Friede verkündet wurde, eine ganze Anzahl von Zentrumsblättern sofort in ganz anderer Tonart über das faschistische System geschrieben haben als vorher. Das ist ein vollgültiger Beweis dafür, daß der angebliche Kampf gegen die von Hitler vertretene Politik nicht von deutschem Interesse diktiert wird, sondern von ganz anderen Interessen.*" Es folgt die Fortsetzung der Befragung des Zeugen sowie die Befragung des Zeugen Franz Xaver Schwarz und anschließend des Zeugen Rudolf Heß.

53 Der Zeuge bestätigt Hitlers Angaben. Es folgt die Fortsetzung der Befragung.

54 Es folgt die Befragung des Zeugen Joseph Stolzing-Cerny sowie die Anerkennung von Vernehmungsprotokollen anderer Gerichte und Schluß des ersten Verhandlungstages. Die Verhandlung wurde am 7.5.1929 fortgesetzt, vgl. Dok. 35.

7. Mai 1929 Dok. 35
Beleidigungsprozeß gegen Albrecht von Graefe, Josef Osterhuber, Thomas Wimmer, Adolf Dichtl und Julius Zerfaß
Aussage vor dem Amtsgericht München [1]

VB vom 11.5.1929, "'Hauptsache ist, daß die Verleumdung ihre Wirkung tut'" und vom 9./10.5.1929, "Hitlers Schlußwort" [2].

Hitler: Es ist ganz unmöglich, daß ich die Zeitungen in ganz Deutschland, die solche Lügen über mich verbreiten, verklagen kann. *Heute bereits wieder bringt ein Teil der deutschen Presse den Bericht über die gestrige Verhandlung mit der Überschrift: "Hitlers italienische Gelder"* [3]. Darauf spekuliert diese Presse, daß es einem Mann unmöglich ist, schon aus finanziellen Gründen, 800-1.000 dieser Organe zu verklagen. Es ist geradezu eine internationale Verschwörung, der man gegenübersteht.

[...] [4]

Hitler: Die meisten dieser Artikel sind sehr geschickt abgefaßt, so daß man keine Möglichkeit hat zu klagen. So war es auch beim Plakat der Deutschen Volkspartei [5]. Die Form der Frage, die offengelassen wird, verhindert das.

[...] [6]

Hitler: Es wäre zweckmäßig zu wissen, wie der Rechenschaftsbericht der sozialdemokratischen Partei aussieht.

[...] [7]

Die Basis des ganzen Prozesses ist durch die Beklagten selbst erweitert worden. Denn ursprünglich sollte nur über die Frage der "italienischen Gelder" entschieden werden. Nun hat die beklagte Seite sich bemüßigt gefühlt, meine Außenpolitik in den Kreis ihrer Betrachtungen zu ziehen und festzustellen, daß sie ein "Verrat" sei. Damit bin ich gezwungen, darauf einzugehen.

---

1 Fortsetzung des Prozesses vom 6.5.1929, vgl. Dok. 34. Befragung von Erich Ludendorff und weiterer Zeugen.

2 Vgl. auch Frankfurter Zeitung vom 8.5.1929 (1. MA), "Der Beleidigungsprozeß Hitler"; Münchner Neueste Nachrichten vom 8.5.1929, "Hitler, Mussolini und Südtirol" sowie Vossische Zeitung vom 8.5.1929 (PA), "Ludendorff kann sich nicht erinnern".

3 Vermutlich ist die Überschrift "Bekommt Adolf Hitler italienisches Geld?" der Vossischen Zeitung vom 7.5.1929 (PA) gemeint.

4 Der Vorsitzende verliest einen Artikel aus dem Berliner Tageblatt vom 3.1.1929.

5 Die Verteidigung hatte darauf hingewiesen, daß auch von der DVP ein Wahlplakat mit ähnlichen Vorwürfen veröffentlicht worden war, Hitler habe jedoch nicht dagegen geklagt.

6 Es folgt die Fortsetzung der Befragung des Zeugen. Anschließend wird der Zeuge Ulrich Graf, danach der Zeuge Rudolf Buttmann befragt. Der Zeuge Philipp Bouhler wird vom Beklagten Wimmer nach einem Rechenschaftsbericht befragt.

7 Der Beklagte Wimmer legt dem Gericht einen solchen Bericht vor. Anwalt Hirschberg verliest Artikel des VB aus dem Jahr 1923. Im VB-Bericht vom 11.5.1929 folgen die Worte: "Adolf *Hitler* macht bei der Gelegenheit längere Ausführungen ..." Diese weiteren Ausführungen Hitlers sind dem VB-Bericht vom 9./10.5.1929 entnommen.

Ich stamme aus einem Gebiet, das den Sprachenkampf besser kennt als irgendwelche andere Gebiete. *Ich verlebte meine Jugend im Grenzkampf um deutsche Sprache, Kultur und Gesinnung, von dem die große Masse des deutschen Volkes in der Friedenszeit keine Ahnung hatte.* Schon als ich 13 Jahre alt war, trat dieser Kampf ununterbrochen an uns heran, in jeder Mittelschulklasse wurde er ausgefochten. In den Grenzgebieten im Süden, aber auch gegen Osten hin ging es um das Deutschtum.

Es ist selbstverständlich, daß man in diesem Kampf allmählich zu einer bestimmten Stellungnahme kommen mußte. Entweder wurde man Nationalist, man nahm überhaupt nicht teil, oder man ließ alles über sich ergehen und wurde Opportunist, d. h., man richtete sein Leben nach bürgerlichen Bequemlichkeiten ein. *Ich persönlich gehöre zu den Menschen, die den Kampf als Aktivisten aufgenommen haben bis zur letzten Konsequenz. In der Erkenntnis der Unmöglichkeit, im Rahmen der österreichischen Monarchie das Deutschtum zu retten, ging ich nach Deutschland und trat hier in das Heer ein* [8].

Aus der Zeit des Nationalitätenkampfes in Österreich stammt meine Bekanntschaft mit der Sozialdemokratie, die mich heute des Verrates am Deutschtum anklagt.

Welches waren meine Erfahrungen in diesem Kampfe?

Das Deutschtum in Österreich hatte nur einen einzigen Gegner, der wirklich tödlich wurde: die Sozialdemokratische Partei. Nicht die Tschechen, Italiener und Südslawen waren *der* Gegner - nein, ausschließlich die sogenannten deutschen Sozialdemokraten. *Die Sozialdemokratie hat überall gegen die Belange des Deutschtums Stellung genommen, sie war stets der Verbündete der Tschechen und Südslawen, mit ihrer Hilfe hat in Wien ein Tschechisierungsprozeß eingesetzt, der in jedem Fall zu verhängnisvollen Folgen geführt hätte* [9].

Die fanatischsten Feinde des Deutschtums im alten Österreich waren die tschechischen Sokolvereine [10], die Turnvereine, die zum Unterschied zu unseren deutschen Turnvereinen nicht nur im Turnen den Zweck ihres Daseins sahen, sondern bei denen die physische Betätigung zum fanatischen politischen Kampf ausgenützt wurde. *Diese Sokolvereine, die in erster Linie zur Durchbrechung des deutschen Charakters der Städte eingesetzt waren, sind immer Gäste gewesen bei den sozialdemokratischen Arbeiterkundgebungen.*

Bei dem nächsten Turnfest in Nürnberg sollen 20.000 tschechische Sokolturner im Namen der roten Internationale antreten [11].

---

8 Vgl. Dok. 6, Anm. 44.

9 Anspielung auf das Brünner Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie von 1899, in dem eine Gleichberechtigung aller Nationalitäten gefordert, aber auch die "Aussöhnung der Arbeiterschaft mit der Reichsidee" proklamiert wurde. Vgl. Helmut Konrad, Nationalismus und Internationalismus. Die österreichische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, Wien 1976, S. 65 ff.

10 Sokol, slawisch: Falke. Name der 1862 gegründeten, nationalistischen tschechischen Turnvereinigung.

11 Gemeint ist das Bundesfest des Arbeiter Turn- und Sportbunds, das vom 18. bis 21.7.1929 in Nürnberg stattfand.
Der ATSB war Mitglied der sozialdemokratisch orientierten Sozialistischen Arbeitersportinternationale, die sich von der kommunistischen Roten Sportinternationale abgrenzte. Vgl. Herbert Dierker, Arbeitersport im Spannungsfeld der Zwanziger Jahre. Sportpolitik und Alltagserfahrungen auf internationaler, deutscher und Berliner Ebene, Essen 1990, S. 47, 87.

Diese Tendenzen sind bei der sozialdemokratischen Partei selbstverständlich. *Sie kennt mit ihrem Crispien*[12] *kein Vaterland, das Deutschland heißt*[13]. Dieser Grundsatz wurde auch praktisch überall vertreten, indem man dem kleinen Mann lehrte:

Wo es dir gut geht, ist dein Vaterland[14].

Sonst wäre es nie möglich gewesen, daß 1918/[19]19 in Deutschland Millionen von Volksgenossen den äußeren Feinden bei ihrer Unterdrückung Deutschlands recht gegeben hätten. Die Sozialdemokratie war der

Inbegriff eines dauernden Landes- und Volksverrats.

Für uns war eine Trennung von Sozialdemokratie und Volksverrat an sich nicht denkbar. Als ich ein Junge war, habe ich die schwarz-rot-goldene kleine Kokarde getragen und bin dafür wie Ungezählte meiner Jugendgenossen von Marxisten schwer verprügelt worden. Die schwarz-rot-goldene Fahne wurde von ihnen zerrissen und in den Kot getreten. Das habe ich als Junge erlebt in einer Zeit, als diese Fahne das Symbol eines größeren Deutschlands war[15].

Durch die Schuld der Sozialdemokratie ist der österreichische Staat unlebensfähig geworden. Durch die Sozialdemokratie wurde in Österreich die allgemeine Wahlpflicht eingeführt und dadurch die deutsche Majorität im Reichstag gebrochen[16]. Immer hat sie mit den deutschen Feinden gearbeitet, immer ist sie auf polnischer Seite gestanden, so daß man von ihrer dauernden Verratstätigkeit sagen konnte: *Österreich ist an sich verloren, denn diese Tätigkeit mußte eines Tages den 9,6 Millionen Deutschen ihre Nationalität kosten.*

Man konnte in der Tschechoslowakei sehen, wie ein Ort nach dem anderen durch die Mithilfe der Sozialdemokratie langsam dem Tschechentum ausgeliefert wurde. Dank der gegebenen Majoritätsverhältnisse, wonach unter 27 Millionen Einwohnern 9,6 Millionen Deutsche waren, würden diese, wenn sie zusammengehalten hätten, gegen die slawische Majorität an sich erfolgreich gewesen sein[17].

---

12 Arthur Crispien (1875-1946), Theatermaler, 1894 Eintritt in die SPD, 1902-1904 Angestellter der Ortskrankenkasse Königsberg, 1904-1906 Redakteur der "Königsberger Volkszeitung", 1906-1912 Redakteur der "Volkswacht" Danzig, 1912-1914 Redakteur der "Schwäbischen Tagwacht" Stuttgart, 1915 Redakteur der Zeitschrift "Der Sozialdemokrat", 1916 drei Monate Haft, 1917 Übertritt zur USPD, November 1918 bis Januar 1919 Vizepräsident und Minister des Innern der provisorischen württembergischen Regierung, 1919 Vorsitzender der USPD, 1920-1933 MdR (USPD, seit 1922 SPD), 1933 Emigration in die Schweiz.

13 Vgl. Dok. 7, Anm. 60.

14 Nach Cicero: "Patria est, ubicumque est bene."

15 Vgl. Mein Kampf, Bd. 1, S. 10.

16 Muß heißen: Wahlrecht. Mit der Wahlordnung vom 26.1.1907 wurde das allgemeine, gleiche, geheime und unmittelbare Wahlrecht für alle männlichen Staatsbürger im cisleithanischen Teil Österreich-Ungarns geschaffen. Zugleich wurden die deutsche und italienische Nationalität begünstigt, so daß die Deutschen bei einem Bevölkerungsanteil von 35,8 % in Cisleithanien (nach der Volkszählung von 1900) 45,15 % der Mandate bei der folgenden Wahl zum Abgeordnetenhaus erhielten. Vgl. Berthold Sutter, Die politische und rechtliche Stellung der Deutschen in Österreich 1848-1918. In: Die Habsburgermonarchie. Hrsg. v. Adam Wandruschka und Peter Urbanitsch, Bd. III: Die Völker des Reiches, 1. Teilband, Wien 1980, S. 154-339, S. 290 f.

17 1910 lebten im westlichen Teil Österreich-Ungarns (Cisleithanien) 27.963.872 Menschen, davon 9.950.266 Deutschsprachige. Vgl. Peter Urbanitsch, Die Deutschen in Österreich. Statistisch-deskriptiver Überblick. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. III, 1. Teilband, Wien 1980, S. 33-154, S. 38 f.

Die Erkenntnis, daß der österreichische Staat nicht zu retten war, außer im Verzicht auf das Deutschtum, beruhte auf zwei Faktoren: auf dem Hause Habsburg, das planmäßig tschechisierte, und auf der Sozialdemokratie. Diese Erkenntnis bewog mich, Österreich den Rücken zu kehren [18]. *Ich trat in die deutsche Armee ein und kämpfte an der Westfront mit* [19]. *Selbstverständlich stand ich bis zum Tag des Weltkrieges genauso wie jeder andere auf dem Standpunkt, daß jeder Quadratfuß nationalen Bodens verteidigt werden muß, wenn möglich mit dem letzten Bluteinsatz.*

In bezug auf *Italien* war ich einer anderen Auffassung: Österreich mußte Deutschland zwangsläufig in den Krieg hineinführen durch seine unglücklichen Nationalitäten-Verhältnisse. Österreich wollte beerbt werden von den Russen, Rumänen, Serben und endlich von Italien, war also *ein Staat, der an seinen Grenzen lauter Gegner hatte. Die zentralwirkenden Kräfte der Monarchie mußten verblassen gegenüber dem Nationalitätenprinzip der einzelnen Völker.*

Es war ein Wahnsinn, sich mit einem Staat zu verbünden, der Deutschland mit einem halben Dutzend von Gegnern in Kampf verstricken mußte und selbst unfähig zum Kampf war. Das war zu verdanken der Sozialdemokratie, die technisch den Heeresapparat zerstörte [20]. Es war weiter die Schuld der allgemeinen deutschen Nachlässigkeit, die sich nicht dafür interessierte, wie im alten Österreich eigentlich die Nationalitätenfrage gehandhabt wurde.

Unter den Vorwürfen, die man gegen Italien erhebt, wird auch erwähnt, daß es 1914 Verrat geübt habe [21]. Ich brauche mir hier nicht die italienische Auslegung zu eigen zu machen, die besagt, daß Österreich den Vertrag nicht gehalten habe. Bismarck hat jedoch einst in der Kenntnis der Schwäche Österreichs und der Gefahr, von Österreich in einen Weltkrieg hineingerissen zu werden, einen Rückversicherungsvertrag mit Rußland abgeschlossen [22]. *Wenn Deutschland in die Lage kommen mußte, gegen zwei Fronten zu kämpfen, dann wäre der Dreibund* [23] *hinfällig gewesen und Deutschland würde nicht gegen Rußland marschieren.* Das war vertraglich das, was die Italiener tatsächlich getan haben. Bismarck wurde gestürzt, weil er den Bundesgenossen "treulos in den Rücken fiel", insoferne, als er sich im Rückversicherungsvertrag die Möglichkeit freihielt, gegen Rußland neutral bleiben zu können [24]. Das ist eine nüchterne, realpolitische Auffassung des größten Staatsmannes, der zu seiner Verteidigung im dritten Band der Erinnerungen sagt: *Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Staatsmann von*

---

18 Hitler verließ Österreich-Ungarn nicht aus politischen Gründen, sondern mit größter Wahrscheinlichkeit, um sich der Wehrpflicht zu entziehen. Wegen Stellungsflucht wurde nach ihm gefahndet. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 25 ff.

19 Vgl. Anm. 8.

20 Anspielung auf die Heeresvorlage von 1913, die den Forderungen des Großen Generalstabs nach einer erheblichen Erhöhung der Friedenspräsenzstärke der deutschen Landstreitkräfte nicht entsprach. Vgl. Stig Förster, Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890-1913, Stuttgart 1985, S. 266 ff.

21 Vgl. Dok. 3, Anm. 64.

22 Hinweis auf das 1887 für drei Jahre abgeschlossene geheime Neutralitätsabkommen zwischen Rußland und Deutschland.

23 Vgl. Anm. 21.

24 Bismarck begründete sein Rücktrittsgesuch vom 18.3.1890 auch damit, daß die von Wilhelm II. geforderte Änderung der Außenpolitik das gute deutsch-russische Verhältnis gefährde. Vgl. Lothar Gall, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt a. M. [4]1980, S. 705 f.

Verantwortlichkeitsgefühl eine Nation an Verträgen zugrunde gehen lassen kann. Nicht für Verträge bin ich da, sondern um mein Volk zu führen[25].

Ich war tief erschüttert, als ich in Deutschland mit politisierenden Menschen zusammenstieß, die von dem österreichischen Wesen eine ganz falsche Vorstellung hatten. In Wien hat man den Dreibund nie ernst genommen. *Durch die Tat ist bewiesen worden, daß Österreich nicht der Staat war, für den man ihn hielt, und daß besonders die Kräfte, die der Staat einzusetzen hatte, weit überschätzt worden sind. Die Zahl der Gegner, die Deutschland durch Österreich erwuchsen, stand in keinem Verhältnis zu dem Kraftzuwachs, den es durch Österreich empfing.*

Hitler kommt wiederholt auf die Tatsache zu sprechen, daß Fürst Bülow zu Beginn des Krieges sich bemühte, eine Verständigung mit Italien herbeizuführen, denn es gab außer Südtirol noch andere Gebiete, nämlich Görz, Triest, Trient, Dalmatien. Gewiß hätten völkische Phantasten flammenden Protest erhoben, wenn Bülow durchgedrungen wäre[26]. Aber wäre dadurch Italien von der Entente weggeblieben, wäre der Erfolg ein ungeheurer gewesen.

Es kann kein Verrat sein, wenn man ein Volk aus einer tödlichen Umklammerung erlöst, deren Dauer seinen Untergang bedeutet. Jahrzehnte können nicht gutmachen, was ein solches Versäumnis mit sich bringt. *Denn die Frage war, Sklavenketten oder eine Freiheit, die man der Vernunft verdankt hätte. Österreich hat dauernd Verrat geübt.* Österreichische Divisionen sind geschlossen übergetreten. *Dann hat das Haus Habsburg dem Verrat die Krone aufgesetzt und Deutschland den Rücken gekehrt, nachdem es Deutschland in das Elend hineingerissen hatte*[27].

Es kam der Zerfall der Front, der von der Sozialdemokratie besorgt wurde[28]. Für mich war er das Furchtbarste, was ich mir vorstellen konnte. Ich habe damals beschlossen, mich der politischen Tätigkeit zuzuwenden[29].

Die Lage Deutschlands wird in ihrer Trostlosigkeit von den Deutschen gar nicht erkannt. Es ist eine Lage, in der die Frage an uns herantritt, ob wir in den nächsten 10 oder 20 Jahren zu einer Erhebung kommen, oder ob das Schicksal über uns hinweggeht und wir das Los Hollands und der Schweiz teilen müssen.

Die Unmöglichkeit für Deutschland, sein Volk zu ernähren, zeitigt geradezu katastrophale Folgen. Die Not wird sich nach innen auswirken. Die Sozialdemokratie gibt dagegen ein Re-

25 Hitlers Formulierung läßt darauf schließen, daß er eher an eine Passage aus dem zweiten Band der Gedanken und Erinnerungen dachte: "Die Haltbarkeit aller Verträge zwischen Großstaaten ist eine bedingte, sobald sie 'in dem Kampf um's Dasein' auf die Probe gestellt wird. Keine große Nation wird je zu bewegen sein, ihr Bestehn auf dem Altar der Vertragstreue zu opfern, wenn sie gezwungen ist, zwischen beiden zu wählen." Vgl. Otto von Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Neue Ausgabe, Bd. 2, Stuttgart 1922, S. 287.

26 Vgl. Dok. 34, Anm. 30.

27 Kaiser Karl I. hatte im Frühjahr 1917 über seinen Schwager Prinz Sixtus von Bourbon-Parma Fühlung mit der französischen Regierung aufgenommen, um Verhandlungen für einen allgemeinen Frieden einzuleiten. In diesem Zusammenhang deutete er auch seine Bereitschaft an, Frankreichs Ansprüche auf Elsaß-Lothringen zu unterstützen. Vgl. Francis Roy Bridge, Österreich(-Ungarn) unter den Großmächten. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. VI: Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen. 1. Teilband, Wien 1989, S. 196-373, S. 356 ff.

28 Vgl. Dok. 6, Anm. 40.

29 Zum Zeitpunkt von Hitlers Entschluß, in die Politik einzutreten, vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 184 ff.

zept: *Geburtenbeschränkung und Auswanderung.* Durch diese beiden biologischen Prozesse verlieren wir jährlich soundso viel hunderttausend Menschen. Wenn dieser Prozeß hundert Jahre andauert, führt er zwangsläufig zur Vernichtung aller Werte des Volkes.

Macht als Voraussetzung der Politik
Der italienisch-französische Gegensatz - Frankreich, der Erbfeind Deutschlands

Angesichts dieser Tatsachen erhebt sich die Frage, ob man eine Außenpolitik nur von dem Standpunkt der Erfüllung nationaler Wünsche, Hoffnungen, Ideale betreiben soll, oder ob man nüchtern die Lage überprüft und danach einen Entschluß trifft.

Frankreich kann niemals Deutschlands Freund sein, es wünscht die vollkommene Balkanisierung Deutschlands. Es wird nichts unversucht lassen, um sein ewiges Ziel der Zersplitterung zu erreichen. Es wird taktisch geschickt operieren, aber dieses Ziel nie aus dem Auge verlieren.

England hat andere Interessen, es sucht heute nach Verbündeten und wird den wählen, der augenblicklich das meiste verspricht, um ihn später auf eine gebührende Größe zurückzuversetzen. Das heißt, wenn sich dieser Verbündete das gefallen läßt.

Es bleibt nach meiner Auffassung in Europa nur ein einziger Staat, der auf Grund seiner natürlichen Interessen, die schon Fürst Bismarck vorausgesagt hat, ein Gegner Frankreichs ist und immer mehr werden wird. Herr Justizrat Warmuth [30] meint, Mussolini wäre ein Egoist. *Ich kann ihm versichern, solange nicht in Italien eine absolut egoistische nationale Politik gemacht wurde, war ein wirkliches Bündnis nicht denkbar. Nur im höchsten italienischen Nationalismus liegt die Möglichkeit einer Feindschaft gegen Frankreich.* Ich erwarte nicht, daß Italien aus Sympathie zu Deutschland in Beziehung [*zu ihm*] tritt. Das sind die Hoffnungen der Sozialdemokraten gewesen, daß ihnen Frankreich, wenn sie an der Macht sind, aus Sympathie entgegenkommt.

Die Nibelungentreue [31] *lehne ich ab, sie ist das Requisit des alten Deutschen Reiches gewesen. Ich bin überzeugt, wenn heute ein Staat seine Außenpolitik auf Gründe der Sympathien einrichtet, er zwangsläufig Schiffbruch leiden muß.* Daran ist das alte Deutschland zugrunde gegangen. Was uns heute bei nüchterner Abwägung der außenpolitischen Möglichkeit leitet, ist ausschließlich die Frage: Ist es denkbar, daß in Europa ein Staat existiert, der in der Verfolgung seiner natürlichen Interessen in einen Konflikt mit Frankreich geraten kann? *Dieser Staat ist Italien. Wenn Italien seinen nationalen Interessen dient, dann muß es eines Tages in Konflikt mit Frankreich geraten. Mich leitet nichts als der*
nationale Fanatismus
und der ebenso große nationale Egoismus.

Ich glaube, daß diese Bündnismöglichkeit mit Italien nicht nur für den Augenblick gegeben erscheint, sondern infolge der vollkommen auseinandergehenden Interessengebiete zwischen Italien und Frankreich dieses Bündnis die einzige Bündnismöglichkeit von Dauer ist.

Die nationalsozialistische Bewegung hat diese Auffassung von jeher vertreten, nicht etwa erst seit dem Marsch Mussolinis nach Rom. Ich habe seit 1920 betont, daß Italien der kom-

30 Josef Warmuth (1881-1957), Dr. jur., Rechtsanwalt.
31 Die Wortschöpfung stammt von Reichskanzler Bernhard von Bülow, der sie am 29.3.1909 vor dem Reichstag über das Verhältnis Deutschlands zu Österreich-Ungarn gebrauchte.

mende Feind Frankreichs sein wird [32]. Italien wird um so früher der Gegner Frankreichs werden, je mehr es seine Interessen vertritt. Ich persönlich habe es deshalb begrüßt, als in Italien ein Regiment kam, das den schwächlichen, unter freimaurerisch-jüdischen Einflüssen stehenden Lagern und marxistischen Methoden ein ganz klares nationales Regime entgegensetzte. *In demselben Augenblick begann die natürliche Gegnerschaft zwischen Italien und Frankreich lebendiger zu werden* [33]. *In demselben Augenblick war ich erst recht überzeugt von der Richtigkeit unserer Außenpolitik.*

Frankreich hat geschickt operiert. Es hat von Fall zu Fall gehandelt, und an dem Tage, an dem Frankreich den Vertrag mit England in der Tasche hatte [34], erklärte Briand: So, jetzt brauchen wir euch [35] nicht mehr [36].

Wenn wir unsere Außenpolitik vertreten, so ist das für uns kein Spiel, sondern eine ernste überprüfte Sache. Für Deutschland sehe ich keinen anderen Weg als den, der uns der richtige zu sein scheint, nämlich das Bündnis zu sprengen und dann mit der Macht, die selbst Interesse hat, daß Frankreich isoliert wird, ein Bündnis zu schließen.

Dieser Weg wird auch in anderen Kreisen schon langsam begriffen. Ein größerer Teil von nationalen Zeitungen sieht langsam doch ein, daß man auf ein falsches Pferd gesetzt hat, daß es das Richtigere gewesen wäre, mit Italien zu gehen, statt mit Frankreich.

Es besteht geradezu die Gefahr, daß wir von der Bayerischen Volkspartei eines schönen Tages hören, daß das *ihre* Außenpolitik sei und wir Nationalsozialisten sie übernommen haben. (Heiterkeit.)

Es war ein glücklicher Tag für mich, als ich hörte, daß Mussolini das alte Imperium erneuern will. *Denn dann wird eines Tages*

Italien gegen Frankreich

marschieren müssen. Dieses Imperium Mussolinis hat den Frieden mit dem Vatikan hergestellt [37]. *Ich vertrete die Ansicht, daß jeder nach seiner Konfession selig werden soll* [38] *und ich bin glücklich, daß die Italiener den inneren Frieden mit ihrer Kirche hergestellt haben, weil diese Stärkung der inneren Kraft für die Auseinandersetzung mit Frankreich notwendig ist.*

Ich möchte nicht einst zu den Staatsmännern rechnen, die glücklich sind, wenn sie 12 Kriegserklärungen bekommen, sondern einmal mit Übermacht kämpfen. Wenn Bismarck über 7 Millionen Deutsche aus dem Deutschen Bunde hinausgestoßen hat [39], weil das die Voraus-

---

32 Z. B. am 1.8.1920 in Nürnberg. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 168.

33 Vgl. Dok. 28, Anm. 19.

34 Wahrscheinlich Anspielung auf den Flottenkompromiß vom 28.7.1928, in dem sich sich Großbritannien und Frankreich die Anerkennung ihrer gegenseitigen Interessen in der See-, bzw. Landabrüstung zugesichert hatten. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1928, S. 506 ff.

35 Gemeint ist hier Deutschland.

36 Wahrscheinlich Anspielung auf Briands Rede vor der Völkerbundsversammlung am 10.9.1928. Vgl. Dok. 3, Anm. 36.

37 Vgl. Dok. 4, Anm. 23.

38 Zum damaligen Verhältnis von Nationalsozialismus und christlicher Religion vgl. Klaus Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Frankfurt a. M. 1977, S. 110 ff.

39 Vgl. Dok. 34, Anm. 14.

setzung für die Genesung des Reiches war, dann glaube ich, werden wir es vor der Geschichte verantworten können, wenn wir nicht alles das mit dem Munde erobern, was die anderen durch die Tat verloren haben.

Die Einwände gegen diese unsere Politik stammen aus der Zeit, in der Mussolini und damit der Faschismus in Italien zum Herrschen gekommen ist. Es ist kein Zufall, daß unsere Politik erst *nach* dem Jahre 1922 angegriffen worden ist. *Der Kampf gegen uns ist erst gekommen, als in Italien ein Regiment war, das unseren Gegnern nicht paßte.* Die Marxisten haben gegen den Zarismus gehetzt, heute hetzen sie gegen den Faschismus. Ich betone, *daß mich noch nie parteipolitische Erwägungen in der Außenpolitik bestimmt haben. Was mich bestimmt, sind ausschließlich nationalpolitische Erwägungen.*

Unsere Gegner sagen, Italien sei kein Verbündeter für uns, weil Italien uns verraten hat im Kriege. Ich gestehe feierlichst, *wäre damals Deutschland ein nationalsozialistischer Staat gewesen, dann hätte ich als Staatsmann Österreich fallen lassen. Ich hätte nicht die Millionen zur Schlacht geführt, um einen Staatskadaver zu retten.*

Unsere Stellung zu Italien hat nichts mit einer bestimmten Regierung oder nur mit Mussolini zu tun. Unsere Auffassung gründet sich nicht auf Phantasien, sondern auf realpolitische und wirtschaftspolitische Tatsachen. Man sagt, man könne doch nicht die 230.000 Menschen in Südtirol preisgeben [40].

Ich stelle die Tatsache fest, daß diese Menschen genauso wie die übrigen 16 Millionen durch die Friedensverträge preisgegeben wurden [41]. *Wenn jemand etwas preisgibt, muß er es haben.* Man könnte ebensogut Stresemann vorwerfen, er habe Elsaß-Lothringen verraten [42]. Man kann nicht die Ansicht vertreten, daß irgendeine Volksgruppe mehr wert ist als eine andere Gruppe.

Wenn 30 Millionen Deutsche, die nicht zum Mutterland gehören [43], *zurückgewonnen werden sollen, so kann das nur machtpolitisch erfolgen. Wir wollen an sich keinen Krieg, aber wir protestieren gegen den Verzicht auf Wiedereroberung. Da muß man den Mut haben, wenigstens für jene Wiedereroberungen einzutreten, die lebensnotwendig sind: Notwendig ist, daß wir die Gebiete im Osten und im Westen wiedergewinnen.* Ich bin aber nicht für eine Eroberung von Südtirol. Aus nüchternen, realpolitischen Erwägungen heraus. Ich bin nicht für Bluteinsetzen in Südtirol, weil ich weiß, welch große Opfer solch ein Kampf verschlingt. Ich kenne den Krieg als Grenadier, der alles mitgemacht hat, was einem die Nerven zerbrechen kann. Sie sind mir nicht zerbrochen. Wer sein Volk in ein solches Blutbad hineinführt, ohne daß das Volk entsprechenden Gewinn hat, begeht ein Verbrechen!

Niemals würden wir Nationalsozialisten uns hergeben, unser Volk leichtsinnigerweise in einen Krieg hineinzuführen!

---

40 Vgl. Dok. 34, Anm. 46.

41 In denjenigen Gebieten, die das Deutsche Reich laut Versailler Friedensvertrag abzutreten hatte, lebten 1921 insgesamt 6.372.177 Menschen, von denen 2.797.024 der deutschen Nationalität zugerechnet wurden. Vgl. Winkler, Statistisches Handbuch, S. 24.

42 Vgl. Dok. 34, Anm. 10.

43 Nach Schätzungen lebten damals in Europa 20.362.800 Deutschsprachige außerhalb des Deutschen Reiches, davon 9.160.000 in Österreich und der Schweiz. Vgl. Winkler, Statistisches Handbuch, S. 18 ff.

Die Sozialdemokratie hat jedes nationale Ehrgefühl erstickt, sie hat jeden Versuch, durch Einsatz des Nationalgefühls den Zusammenbruch aufzuhalten, abgelehnt. Heute auf einmal will man in Südtirol nationale Gesichtspunkte hervorkehren.

Das Problem Südtirol

ist deshalb kompliziert, weil es sich um ein Gebiet handelt, in dem zwei Völker durcheinandergemengt sind. Heute liegt das Ergebnis einer Waffenentscheidung vor. Irgendeine Änderung der Waffenentscheidung durch Deutschland kommt nicht in Frage. Ich habe es 1919 und 1920 immer als Aufgabe einer verantwortungsbewußten Außenpolitik bezeichnet, daß wir bei unseren Grenzlanddeutschen keine falschen Hoffnungen erwecken, sondern sie zu jener Klugheit erziehen, die ihnen nützen kann. *Rechte werden nicht zurückgeholt durch Proteste und Artikel in den Zeitungen, sondern durch die Kraft des Mutterlandes! Und alles, was das Mutterland zu stärken geeignet ist, ist richtig, das andere ist falsch.* Das Problem heißt nicht Südtirol, sondern

das Problem heißt Deutschland

mit 62 Millionen Einwohnern [44]. Unsere Deutschen sind nur zu leicht geneigt, sich phantastischen Zielen hinzugeben. Ich bin überzeugt, daß weder Herr v. Graefe noch andere die Südtiroler Frage lösen können. Bisher ist nur eine dauernde Schwächung des deutschen Elements in Südtirol erfolgt. Das ist das Ergebnis der unseligen Einwirkung auch von Deutschland aus.

Herr v. Graefe wirft mir vor, daß ich katholisch bin. Wir haben die Überzeugung, daß es in diesem Zeitpunkt nicht angeht, religiöse Auseinandersetzungen zu pflegen. Daher lehnen wir auch die jetzigen "Religionsstifter" ab [45]. Auch bei uns soll jeder nach seiner Fasson selig werden. Im übrigen kämpfen wir gemeinsam für unser deutsches Volk.

Meine Herren Marxisten! Aber Tausende Südtiroler haben für das Plebiszit gestimmt [46]. Warum? Weil sie sich sagten, wir haben kein Vaterland, und nach der marxistischen Fibel ist dort das Vaterland, wo es einem gut geht. Nun fanden die Südtiroler, in Italien geht es uns besser als in Wien, also bekennen wir uns zu Italien und wählen es zu unserem Vaterland.

Italien bietet auf allen Gebieten, auf denen Deutschland trübste Bilder des Verfalls gibt, Sauberkeit.

Man wirft mir Bewunderung für Mussolini vor. In einer Zeit, in der nur Knirpse sichtbar sind, begrüße ich jeden *Mann*! Und das ist nicht meine Auffassung, *sondern auch die Auffassung des "Bayerischen Kuriers", der am 13. Januar 1928 schrieb, daß auch der Gegner zugeben müsse, daß es sich bei Mussolini um den größten, vielleicht einzigen, wirklichen Staatsmann handelt, den die Welt heute besitzt.* [47] Dieser Staatsmann ist der einzig mögliche Bundesgenosse für Deutschland, weil er auf nationale Ehre und innere Sauberkeit Wert legt. Ich

---

44 Vgl. Dok. 4, Anm. 4.

45 Wahrscheinlich Anspielung auf Hitlers Auseinandersetzung mit Artur Dinter. Dinter war aufgrund seiner Angriffe auf das Christentum und seiner Tätigkeit als Führer der völkischen "Deutschen Volkskirche" am 30.9.1927 als Gauleiter des Gaues Thüringen ersetzt worden und am 11.10.1928 aus der Partei ausgeschlossen worden. Vgl. Bd. II/2, Dok. 183, Bd. III/1, Dok. 4, 33, 35 sowie Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich. Bd. 1, S. 118 ff.

46 Vgl. Dok. 18, Anm. 17. Von 52.700 Abstimmungsberechtigten Südtirolern stimmten 38.000 mit Ja, 2.800 mit Nein. Vgl. Engelhaafs Jahresübersicht 1929, S. 222.

47 "Je mehr man seine [*Mussolinis*] Politik beobachtet, desto mehr müssen auch jene, die zu seinen Gegnern gehören, zugeben, daß es sich hier um den größten, vielleicht um den einzigen *wirklichen* Staatsmann handelt, den die Welt heute besitzt." Vgl. Bayerischer Kurier vom 13.1.1928, "Die römische Frage".

müßte nicht ein Mann von Blut sein, wenn ich nicht gestehen würde, daß ich für einen solchen Mann Bewunderung habe.

Ich habe mehr als Bewunderung: Ich habe Schmerz und - Neid, daß Deutschland der Mann fehlt! Daß es einem Mann gelingen konnte, ein solches Volk wie das italienische herauszuheben, und daß unser deutsches Volk zu so ganz jämmerlicher Gesinnung herunterrutscht.

Es stimmt nicht, daß die Kommunisten eine andere Haltung einnehmen als die Sozialdemokraten. Denn auch von den Kommunisten werde ich mit den gleichen Argumenten in der Südtiroler Frage angegriffen wie von den Sozialdemokraten. Und sie haben von ihrem Standpunkt aus ganz recht! Denn wenn unsere Bewegung zum Siege kommt, so kommt es zur Abrechnung! Der 8. [*sic!*] November 1918 [48] soll nicht ungesühnt bleiben!

Man glaubt uns hier Internationalismus wegen des Zusammengehens mit Nationalisten anderer Staaten vorwerfen zu können. Das Ziel der marxistischen Internationale ist nicht der Sieg Deutschlands, sondern der Sieg ihrer marxistischen Gedankenwelt. Wir versuchen ihren internationalen Vergiftungen der Völker ein nationales allgemeines Erwachen entgegenzusetzen. Wir sind glücklich, wenn wir einen Staat sehen, in dem die Erkenntnis von der Gefährlichkeit der marxistischen Lehre erwacht.

Man wirft uns vor, wir hätten auf Südtirol verzichtet. Wann? Man kann nur verzichten auf etwas, was man besitzt. Man kann höchstens sagen, wir haben auf die *Wiedereroberung* verzichtet. Man wirft uns vor, wir haben Verrat geübt. Man kann nichts verraten, was bereits dem Vaterland entrissen worden ist. Man kann heute nur noch Deutschland raten, sich das zu erhalten, was ihm geblieben ist. Und das wird mir keiner bestreiten können, daß ich jeden Tag beginne und ende mit dem Gedanken an Deutschland.

Wenn man sagt, wir hätten Südtirol verkauft, so ist dagegen einzuwenden, daß Südtirol schon längst durch den Verrat des Marxismus verkauft worden ist, durch diese Lehre, die auch heute uns noch schwächt, die der deutschen Marine die Mittel verweigern will, die zur Erhaltung von Ostpreußen notwendig sind [49]. Und wenn wir Ostpreußen verloren haben, dann werden sie uns sagen: "Ihr habt Ostpreußen verkauft!"

Wir haben bisher unsere Außenpolitik noch nicht zu ändern gebraucht, weil die ganze Entwicklung uns recht gegeben hat. Sie hat die offizielle deutsche Außenpolitik widerlegt. Was ich seit 1920 voraussagte, ist heute erwiesen: daß der Gegensatz zwischen Frankreich und Italien von Jahr zu Jahr größer geworden ist.

Die Tscheka [50] der öffentlichen Meinung
Der deutsche Frontkämpfer Hitler in Deutschland "staatenlos"

Es wird mir vorgeworfen, daß ich den Terror in Südtirol decke. Ich decke ihn nicht. Im Gegenteil. Aber regt sich die deutsche Presse auf über analoge Vorgänge in anderen Staaten? Die

48 Am 8.11.1918 wurde in München die Republik ausgerufen sowie ein Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern gebildet.

49 Anspielung um die Auseinandersetzung um das Panzerschiff "A". Vgl. Dok. 6, Anm. 9.

50 Russische Abkürzung für: Außerordentliche Kommission zum Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage. Am 20.12.1917 als politische Polizei gegründet, 1922 in die GPU umgewandelt. Hier als Symbol für die rücksichtlose Verfolgung politischer Gegner verwendet.

deutsche öffentliche Meinung hätte vielleicht ein Recht, sich aufzuregen, wenn so vorgegangen würde, wie die Polen vorgingen, die 5.000 Deutsche massakrierten, dann später Zehntausende Deutsche hinauswarfen und um Hab und Gut brachten [51]. Hierbei aber gab es keine Aufregung. Als die Franzosen die Deutschen im Elsaß auswiesen, war keine Aufregung [52]. Als die Tschechoslowakei aufs brutalste vorging, war keine Aufregung [53]. Aber all *diese* Staaten hält man für bündnisfähig. In Deutschland sind Leute, die im deutschen Heere gedient haben und wegen ihrer ausgesprochen nationalen deutschen Gesinnung, die dem herrschenden Parteiregiment nicht paßt, ausgewiesen wurden.

In Italien ist noch kein Deutscher über die Reichsgrenzen verwiesen worden, weil er etwa gegen Italien gekämpft hätte. Ich selbst aber bin staatenlos, weil ich für Deutschland gekämpft habe [54].

Glauben Sie, daß das in Italien denkbar wäre? Das Recht zum Protest gegen fremde Vergewaltigung hat an sich nur der, der selbst nichts ähnliches tut. Und wie wird in Deutschland die Kultur geknebelt und vernichtet! Es gibt hierbei eine Vernichtung, die gefährlicher ist, als wenn man die Aufführung eines deutschen Theaterstücks verbietet, wenn man nämlich im eigenen Land in deutscher Sprache fremden Kitsch aufführt. Wir Nationalsozialisten kämpfen seit Jahren für unser deutsches Theater, gegen Besudelung und für unser Christentum. Und seit Jahren werden wir vom Staat als Staatsbürger 2. Klasse behandelt.

Sie sagen (zum Vertreter des "Bayerischen Kuriers" [55] gewandt), der Nationalsozialismus sei ein Überschwang des nationalistischen Gefühls.

Auch der Faschismus ist ein nationaler Überschwang gewesen, den man als verhängnisvoll und unchristlich gebrandmarkt hat. Und doch ist es gerade mit dieser Politik des nationalen Überschwangs zu einer Verständigung mit dem Vatikan gekommen. Seitdem ist auch ein großer Wandel der Einstellung in der Presse der "Bayerischen Volkspartei" vor sich gegangen.

Die Angeklagten gehen nun hin und erklären der Öffentlichkeit, daß "praktische Motive" für mich maßgebend seien. Ein anderer Herr sagt, es handle sich in Wirklichkeit um Geld, das von der Kurie ausbezahlt werde. Dann wieder sollten Gelder vom Faschismus über die Kurie lau-

---

51 Obwohl nur wenige verläßliche Zahlen über die Lage der deutschen Minderheit im damaligen Polen vorliegen, läßt sich sicher sagen, daß es Opfer in dieser Höhe nicht gegeben hat. Seit Dezember 1918 war es zu mehreren polnischen Aufständen in den Provinzen Posen und Oberschlesien gekommen, bei denen vermutlich auf deutscher wie polnischer Seite mehrere hundert Kombattanten den Tod fanden. Daneben kam es immer wieder zu einzelnen kleineren Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit, zuletzt am 15.5.1927 in Rybnik. Bis 1927 hatten etwa 700.000 Angehörige der deutschsprachigen Bevölkerungsgruppe Polen westwärts verlassen. Vgl. Alfred Bohmann, Menschen und Grenzen. Bd. 1: Strukturwandel der deutschen Bevölkerung im polnischen Staats- und Verwaltungsbereich, Köln 1969, S. 19 ff., 37 ff. sowie Thomas Urban, Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit, München 1993, S. 27 ff.

52 Nach dem Ersten Weltkrieg wurden ca. 150.000 Personen aus Elsaß-Lothringen ausgewiesen oder wanderten ins Deutsche Reich ab. Vgl. Karl-Heinz Rothenburger, Die elsass-lothringische Heimat- und Autonomiebewegung zwischen den Weltkriegen, Frankfurt a. M. 1975, S. 37.

53 Am 3. und 4.3.1919 hatten in zahlreichen sudetendeutschen Städten Demonstrationen für das Selbstbestimmungsrecht stattgefunden. Bei deren gewaltsamer Auflösung wurden 54 Demonstranten getötet und 112 schwer verletzt. Vgl. Alfred Bohmann, Menschen und Grenzen. Bd. 4: Bevölkerung und Nationalitäten in der Tschechoslowakei, Köln 1975, S. 50.

54 Vgl. Dok. 26, Anm. 42.

55 Josef Osterhuber.

fen. Ich weiß nur eines: *daß wir uns auch Italien gegenüber in dieser ganzen Angelegenheit keine Entwürdigung der deutschen Sache haben zuschulden kommen lassen.* Es wäre gänzlich ausgeschlossen, daß ich jemals nach Italien gehen würde und dort mit Faschisten Zechgelage veranstaltete, wie der Kronzeuge des Herrn v. Graefe [56]! Grundsätzlich erkläre ich: *Das Leid, das Italien den Südtirolern zufügt, trägt dazu bei, unseren Gegnern Waffen in die Hand zu drükken, und ist eine unkluge Politik.* Trotzdem werde ich niemals einen anderen als den bisherigen politischen Standpunkt in der Bündnisfrage einnehmen. Wenn man das Schicksal der Südtiroler bessern will, kann man das nur, wenn man mit Italien zu einer klaren Verständigung kommt, und wir hoffen, daß es dann auch nicht rütteln wird an unseren nationalen Empfindungen.

Mir wird es immer gleich sein, wie die deutsche öffentliche Meinung mich beurteilt. Das Lob der Zeitgenossen ist billig. Wenn ich mich um dieses Lob kümmern würde, hätte ich mich in diesen 11 Jahren niemals den Massen und Gewalten, die gegen uns standen, entgegenstellen können.

Wenn Sie heute sagen, Herr von Graefe, Sie hätten "Anhaltspunkte" dafür, daß ich bezahlt werde, dann müßten Sie zum mindesten die Redlichkeit haben, den Verleumder offen zu nennen! Sie verbreiten die Nachricht, daß ich von Italien für meine Politik besoldet werde, aber sagen, der Zeuge, der das in Italien gehört hat, könne die betreffenden Faschisten nicht nennen, weil sie dann der italienischen "Tscheka" zum Opfer fallen würden.

Sie wissen, daß ich als Frontsoldat für Deutschland gekämpft habe. Mich geben Sie aber der

Tscheka der öffentlichen Meinung

preis, mich nennen Sie! Den Faschisten aber, der in Ihren Augen der Todfeind ist, schützen Sie!

Es ist immer dieselbe Taktik: Wir haben gehört, so heißt es, daß Hitler ausländisches, französisches, italienisches Geld bekommt [57]. Er selber weiß nichts davon. Von wem kann man nicht sagen, das ist ein Geheimnis. Oh, man weiß, wie die willfährigen "Diener der Wahrheit" [58] das alles dann aufgreifen, herumsausen und die Lügen verbreiten. Wenn das von der linken Seite kommt, wundert mich das nicht. Unbegreiflich ist es aber, wenn sogenannte Nationale, Völkische sich an derartigem beteiligen! Man kann aber auf die Dauer nicht verhindern, daß die Wahrheit durchdringt. Eines Tages *siegt doch die Wahrheit!* - Alles Gute auf der Welt setzt sich durch. Auch gute Politik wird sich am Ende durchsetzen.

(Gegen v. Graefe gewandt:) Ich habe den Streit vor der Öffentlichkeit nicht gesucht. Wenn es sich aber nicht umgehen läßt, so muß ich mich auch nach der anderen Seite wenden. *Wenn Sie sagen, meine Politik sei falsch, so läßt mich das kalt. Wenn Sie aber sagen: dafür werde ich bezahlt - so ist das ein gemeiner Vorwurf!! Wenn er zu Recht bestände, könnte ich keinen Tag mehr vor meine Parteigenossen hintreten.* Ich lasse mir von Ihnen den Nimbus nicht zerstören, daß ich nie aus anderen Gründen als idealen handle! So leid es mir tut, ich muß mit Ihnen (zu v. Graefe) die Klinge kreuzen! Ich weiß, daß die Urteile, materiell gesprochen, fast

---

56 Von Graefe hatte sich bei seinen Beschuldigungen auf einen nichtgenannten Informanten gestützt.

57 Gegen die Behauptung, ausländische Gelder zu erhalten, hatte Hitler bereits mehrere Prozesse wegen Beleidigung angestrengt. Vgl. z. B. Bd. I, Dok. 5, 132; Bd. II/1, Dok. 8, 23.

58 Gemeint ist die Presse.

ohne Bedeutung sind. Ein paar tausend Mark Geldstrafe? Soviel bin ich heute in Deutschland doch schon wert, daß man das ruhig bezahlt, um mich ruhig verleumden zu können!

Ich möchte nur betonen, daß ich bisher immer den Standpunkt eingenommen habe: Ich verlange keine Bestrafung, sondern nur die Feststellung, daß die Verleumdung nicht wahr ist. Aber die Erfahrung hat gezeigt, daß selbst dies dann schon wieder zum Anlaß neuer Verdächtigungen gemacht wird. Deshalb will ich mich meinem Rechtsanwalt, der eine scharfe Sühne verlangt hat, anschließen.

Zu der Widerklage kann ich nur sagen: Ich habe noch niemals eine von mir abgegebene Erklärung abgeleugnet oder behauptet: So habe ich es nicht gemeint usw. Was ich gesagt habe, habe ich gesagt! Ich war *gezwungen* zu erklären, daß ich die Lügner vor Gericht ziehen würde. Wenn das Gericht mich deshalb verurteilt oder einsperrt - mir ist es gleich! [59]

8. Mai 1929 — Dok. 36
"An alle Ortsgruppenführer im Reich!"
Aufruf

VB vom 8.5.1929, "Aus der Bewegung".

Es ist mein Wunsch, daß das amtliche Organ des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes, der

"Akademische Beobachter" [1],

mehr und mehr gelesen und verbreitet wird.

Der N.S.D.St.B. wird in Zukunft durch den *Parteiverlag Fr*[*an*]*z Eher Nachf*[*olger*] den Ortsgruppenführern der Partei zu allen größeren Veranstaltungen "Akademische Beobachter" zustellen lassen.

Die *Ortsgruppenführer* haben dafür Sorge zu tragen, daß diese abgesetzt werden und haben bei aller Propaganda für die Parteipresse, sei es in Versammlungen, Rundschreiben oder Zeitungen, auch den "Akademischen Beobachter" zu erwähnen.

gez. *Adolf Hitler*

Von allen Parteiblättern und nationalsozialistischen Zeitungen nachzudrucken.

---

59 Folgen Schlußwort von Graefe sowie Zerfaß und Schluß der Beweisaufnahme. Die Urteilsverkündung erfolgte am 14.5.1929. Graefe, Osterhuber und Zerfaß wurden zu je 1.000 RM, Dichtl und Wimmer zu je 800 RM Geldstrafe wegen übler Nachrede verurteilt. Hitler wurde vom Vorwurf der Beleidigung freigesprochen. Vgl. VB vom 16.5.1929, "Graefe, Osterhuber und Zerfaß zu je 1.000 Mark verurteilt". Die Berufungsverhandlung fand am 4.2.1930 vor dem Landgericht München statt. Vgl. Bd. III/3.

1 Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter des Akademischen Beobachters, der sein Erscheinen nach zwölf Nummern Ende 1929 einstellte, war Baldur von Schirach. Vgl. Bd. III/1, Dok. 69.

9. Mai 1929 Dok. 37
Rede auf NSDAP-Versammlung in Zittau [1]

Zittauer Nachrichten vom 10.5.1929, "Hitler in den Kronensälen" [2].

Der Redner betonte, daß heute jeder in der Erwartung in eine Wahlversammlung [3] geht, etwas für ihn Angenehmes zu hören, um von dem Gehörten dann Rückschlüsse zu ziehen. Die Wahlen in Deutschland würden heute nicht mehr nach großen Gesichtspunkten vorgenommen, sondern erschöpften sich in der Behandlung von *Tagesfragen.* Unter diesem Gesichtspunkt habe jede Partei auf eine ganze Reihe Erfolge hinzuweisen. Die Behandlung von Tagesfragen und die Erfolge in diesen Fragen seien aber nicht das Wesen der Republik. Denn alle Parteien, die es im Deutschen Reiche gibt, zerfielen schließlich in *zwei große Lager:* Bürgerliche und Nichtbürgerliche oder Proletarische. Und all die zahllosen Tagesfragen, die zu Tausenden gelöst werden, seien nur äußerliche Erscheinungen im Gegensatz zu den grundsätzlichen Anschauungen der einzelnen Parteien. Wohl verwischten sich die Unterschiede zwischen den Parteien, aber der Unterschied zwischen dem nationalen bürgerlichen Element und dem international-sein-wollenden proletarischen Element sei scharf und deutlich gezeichnet. Jede dieser beiden großen Gruppen habe Ideale und vertrete eine politische Weltanschauung. Die Beschäftigung mit den vielen Tagesfragen aber lenke nur ab von dem, worauf es ankommt, und wer richtig erkannt habe, in welches Lager er gehört, an welchem Glauben und welcher Überzeugung er festhält, prüfe nicht mehr diese und jene politische Anschauung. Die meisten Volksgenossen aber suchten, weil sie noch keine sie zufriedenstellende Überzeugung hätten finden können. Sie seien enttäuscht, was aus ihren Ideen geworden sei; alles habe sich anders entwickelt, als es hätte werden sollen. Die einstigen Gegner des Militarismus gründeten heute selbst Armeen [4], wenn auch nur, um den Kampf zu verhindern. Die ehemalige Polizei mit Pickelhaube [5] und Säbel sei zwar verschwunden, dafür aber eine neue mit Tschako und Gummiknüppel [6] an ihre Stelle getreten. Die Hoffnungen, die man beispielsweise an die Sozialisierung geknüpft hatte, hätten sich nicht erfüllt; wohl aber sei die deutsche Reichsbahn, das vorbildlichste Institut der Welt vor dem Kriege, an das internationale Kapital ausgeliefert worden [7]. Die Lage in Deutschland habe sich so entwickelt, daß sie dem von links und dem von rechts unrecht gibt. Man habe die Kapitulation [8] nicht überwunden und befinde sich nicht im Aufstieg, sondern sei seit jener Zeit im dauernden Abstieg begriffen. Der Unterschied zwi-

---

1 In den Kronensälen, von 20.20 bis 23.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung, die von Ortsgruppenleiter A. Bobert geleitet wurde, besuchten laut Lagebericht 1.500 (Zittauer Nachrichten 2.000) Menschen. Es wurde ein Eintrittsgeld von einer Reichsmark erhoben.

2 Vgl. auch Zittauer Morgen-Zeitung vom 11.5.1929, "Die Hitlerversammlung der Nationalsozialisten", VB vom 12./13.5.1929, "Adolf Hitler in Zittau" sowie Lagebericht Nr. 19 der Nachrichtenstelle der Kreishauptmannschaft Bautzen vom 10.5.1929; StA Dresden, Min. des Innern, Nr. 19085.

3 Bezieht sich auf die Wiederholung der sächsischen Landtagswahl am 12.5.1929. Vgl. Dok. 15, Anm. 1.

4 Anspielung auf RFB und Reichsbanner. Vgl. Dok. 2, Anm. 13 sowie Dok. 16, Anm. 8.

5 Im Rahmen der Neuuniformierung der deutschen Polizeiverbände war 1919 die Pickelhaube - in der Vorstellung der SPD Symbol des wilhelminischen Polizeistaats - abgeschafft und durch den Tschako ersetzt worden. Vgl. Johannes Buder, Die Reorganisation der preußischen Polizei 1918-1923, Frankfurt a. M. 1986, S. 94 ff.

6 Vgl. Dok. 11, Anm. 4.

7 Vgl. Dok. 26, Anm. 6.

8 Gemeint ist der Waffenstillstand vom 11.11.1918. Vgl. Dok. 30, Anm. 4.

schen unserer Macht und der unserer Gegner hat sich fortgesetzt vergrößert. Der Ehrebegriff [*sic!*] in Volk und Staat sei im Schwinden und innerlich sieht man das deutsche Volk in der Auflösung in unzählige Interessengruppen und Grüppchen begriffen - eine zermürbende, traurige und lächerliche Erscheinung [9].

Der Redner wandte sich hierauf dem Thema *"Wirtschaft"* zu und führte aus: Man höre so oft den Ausspruch, daß, wenn auch die politische Bedeutung Deutschlands im Niedergang begriffen sei, man doch die Wirtschaft heben wolle. Dies sei ein widersinniges Beginnen, denn wo keine staatliche Macht herrscht, sei auch keine Wirtschaft möglich. Die Triumphe der Schlachtfelder [10] hätten das blühende Wirtschaftsleben des alten Deutschen Reiches begründet. Erst wenn eine neue Macht erstanden sei, könne an einen langsamen wirtschaftlichen Wiederaufstieg gedacht werden. Vorläufig sei die deutsche Wirtschaft im völligen Verfall begriffen. Diese scheinbaren Erfolge, die im Verhandlungswege durch immer neue Auslandkredite [11] erreicht werden, nützten ihr gar nichts. Erst wenn einmal die Fessel zerbrochen sei, die uns seit zehn Jahren umstrickt [12], habe es Sinn und Zweck, Wirtschaftsgruppen zu bilden und wirtschaftliche Interessen zu verfechten. Das Schicksal des einzelnen bestimme nicht das Schicksal des ganzen Volkes, sondern umgekehrt: Nur wenn es dem Volke gut geht, wird der einzelne Vorteile davon haben.

Weiter ging Adolf Hitler auf das Gebiet der *Weltgeschichte* ein und charakterisierte deren heldische Zeitalter. Jede geschichtliche Persönlichkeit sei ein Held gewesen. Das Volk aber nehme die Eigenschaften seines Führers an. Es sei gut und schlecht, feige und tapfer, klug und dumm - wie sein Führer sei. Das Volk werde auch die *Fahne* haben, die es verdient, und werde sie mit dem Ruhm umgeben, den es erwirbt. Den Vorwand, daß ein *entwaffnetes Volk* [13] nichts ausrichten kann, ließ der Redner nicht gelten. Wir hätten die Waffen verloren, weil vorher schon der Geist verlorengegangen sei, der sie geführt. In längeren Ausführungen bekämpfte der Redner die Politik des Außenministers *Dr. Stresemann.* Er ging dabei auf Zwischenrufe ein, die aus der Versammlung erfolgten, doch ging viel von dem Gesagten ungehört unter in dem fortgesetzten Überschlagen der Stimme des Redners und den dazwischentobenden Beifallskundgebungen seiner Anhänger.

Bevölkerungspolitik war ein weiterer Abschnitt, dem viel Beachtung geschenkt wurde. Der Redner führte hierzu aus: Deutschland, das auf 471.000 Quadratkilometer Bodenfläche 64 Millionen Menschen vereinigt [14], weise ein Besiedlungsverhältnis auf, das nicht mehr lebensfähig bezeichnet werden könne. Die erschreckend große Zahl *Erwerbsloser* beweise das deutlich [15]. Noch jedes Volk habe die Notwendigkeit der Bodenvermehrung erkannt und sei

9 Anspielung auf die deutschen Splitterparteien. Vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von Dieter Fricke u. a., Leipzig 1983-1986, Bd. II, S. 42 ff., Bd. III, S. 723 ff., 742, Bd. IV, S. 189 f.

10 Anspielung auf den deutsch-französischen Krieg 1870/71.

11 1928 waren in Deutschland Auslandsanleihen im Wert von 1.465,17 Millionen RM aufgenommen worden. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 369.

12 Gemeint ist der Versailler Friedensvertrag. Vgl. Dok. 3, Anm. 56.

13 Vgl. Dok. 23, Anm. 4 sowie Dok. 6, Anm. 45.

14 Vgl. Dok. 4, Anm. 4.

15 Im Mai 1929 waren bei den Arbeitsämtern und -nachweisen 1.488.551 Arbeitssuchende registriert. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 316.

entweder nach außen hin als imperialistisch aufgetreten oder im Inneren zugrunde gegangen. In längeren Ausführungen wandte sich der Vortragende gegen die marxistischen Probleme der *Geburteneinschränkung* und *Auswanderung* [*sic!*]. Sie führten zum Verlust der besten Köpfe und der Substanz überhaupt: denn es sei erwiesen, daß bedeutende Männer meist die Söhne kinderreicher Eltern gewesen seien, und wenn man die Auswanderung begünstige, gingen die gesündesten, kräftigsten, mutigsten Vertreter des Volkes dem eigenen Lande verloren, während kranke und schwache zurückblieben. Eine Irrlehre sei es, wenn man fortgesetzt die Produktion steigere, ohne Absatzgebiete auftreiben zu können. Es sei verkehrt, durch Arbeitsvermehrung die Volksgesundheit nachteilig zu beeinträchtigen, denn dann würde kein gesunder Nachwuchs zur Welt kommen.

Zum Schluß hob der Redner nochmals die Gegensätze zwischen Nationalismus und Sozialismus hervor, die sich wie Todfeinde bekämpften. Und doch seien beide nötig. Deshalb habe eine Bewegung kommen müssen, die sie beide vereint. Daß der *nationalsozialistische Gedanke* gut sei, beweise das ständige Wachsen dieser Bewegung, die jetzt schon 130.000 Anhänger habe [16]. Es dürfe in Zukunft nicht mehr heißen: Hier Bürger, hier Proletarier, sondern jeder müsse sich als Deutscher fühlen und als solcher bekennen.

14. Mai 1929 Dok. 38
"Die Einheitsfront der Lüge" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 16.5.1929, "Glänzende gerichtliche Rechtfertigung der Moral der nationalsozialistischen Politik" [3].

Adolf Hitler mit brausendem Beifall und stürmischen Heilrufen empfangen, begann seine großangelegte Rede mit dem Hinweis, daß angesichts des dauernden Abstiegs in den 11 Jahren seit der Revolution jeden Deutschen die Angst beschleichen muß, daß unser Volk langsam vergißt, daß es eine Zeit gab, *in der Deutschland ein anderes Gesicht hatte*, als die heutige Jugend es kennenlernt: Bei dem Einwand, daß die Zukunft einmal Deutschland retten und das gutmachen werde, was heute schlecht gemacht wird, überkommt mich die Angst, daß wir der Zukunft eine Aufgabe aufbürden, die sie deshalb nicht lösen kann, *weil sie kein Bild von der Vergangenheit mehr besitzt.* Wir erleben es in den letzten 10 Jahren, daß die *feindlichen Reparationen immer leichter ertragen werden*, weil man sich langsam an dieses Ertragen gewöhnt. Der Mensch kann ebenso zur Ehre als zur Unehre erzogen werden. In Deutschland sehen wir

16 Vgl. Dok. 26, Anm. 53.

1 Titel laut Polizeibericht und Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10083).
2 Im Bürgerbräukeller, nach 20.00 Uhr. Die laut Polizeibericht und VB überfüllte Versammlung wurde von Hermann Esser geleitet. Vor Hitler sprach Rechtsanwalt Hans Frank.
3 Vgl. auch Lagebericht N/Nr. 79 der Polizeidirektion München vom 8.6.1929; StA München, Pol. Dir. München 6740.

schon seit 11 Jahren im kleinen wie im großen die Ehrbegriffe langsam sinken, sehen, daß unser Volk langsam das Gefühl verliert für die Würdelosigkeit seiner Lage, sich sogar an seine Not zu gewöhnen scheint, wie sie die Arbeitslosigkeit als einen Dauerzustand annimmt, wie Millionen die Entbehrung langsam als etwas Natürliches empfinden, und wie man heute schon den erstaunt ansieht, der sich gegen diese Dauerentwicklung aufbäumt und von einem *anderen Deutschland* redet.

Millionen kommt es gar nicht mehr zum Bewußtsein, seitdem man ihnen das Gift der Knechtseligkeit eingeflößt hat, was dieses Frankreich, historisch gesehen, eigentlich ist, das uns tyrannisiert. Wenn nicht Deutsche sich selber besiegt haben, Frankreich hat niemals Deutschland besiegt. (Stürmischer Beifall.) Niemals hat ein Frankreich die Macht besessen, über Deutsche zu herrschen, wenn nicht Deutsche selbst Handlanger dieser Unterdrückung gewesen sind. Wir vergessen, daß kaum 15 Jahre vergangen sind, seitdem wir ein Volk waren, das der ganzen Welt die Stirne bot [4].

In diesen Wochen geht wieder so etwas wie ein *Verhängnis* über unser Volk hinweg, und man nimmt kaum Notiz davon. Die alten Bekannten sitzen zusammen und brüten *ein neues Diktat* aus, das den deutschen Schultern aufgeladen wird [5]. Vielleicht hat unser Volk nichts anderes verdient. Was aber geschmiedet wird, ist nicht ein Joch für Herrn Stresemann und für die Deutsche Volkspartei, sondern *für Deutschland,* nicht nur für die deutsche Gegenwart, sondern für die ganze deutsche Zukunft. Mit einer Seelenruhe ohnegleichen verschleudern die alten politischen Parteien das Schicksal der Nation auf 60 Jahre hinaus. Dieses ganze Spiel ist nur denkbar infolge der Zerrüttung des deutschen Denkvermögens. In elf Jahren hat ein *geniales Zusammenspiel der Innen- und Außenpolitik* das Volk dorthin gebracht, wo es heute ist. Innenpolitisch hat man dem Deutschen das Rückgrat gebrochen, jedes Selbstvertrauen genommen. Man hat Verbände, von denen man befürchtete, daß sie Träger des Widerstandes in der Zukunft werden könnten, zu verfolgen begonnen. *Die Gesetzgebung hat die Bekundung einer aufrechten nationalen Gesinnung als strafbar angesehen* [6]. Man nahm auswärtige Hilfe in Anspruch zur tatsächlichen Entwaffnung solcher Organisationen [7]. Wenn man dem Volk langsam das Genick brach [*sic!*], so begründete man damit die Außenpolitik: Nur eine Außenpolitik der Unterwerfung, der demütigen Entgegennahme aller Diktate können wir mit dem Volke durchführen. Das ging soweit, daß man als Erfolg das bezeichnete, was in der Zukunft im Innern Deutschland zur weiteren Zerstörung des nationalen Rückgrats führen müßte.

---

4 Anspielung auf den Ersten Weltkrieg.

5 Nachdem Mitte April ein Abbruch der Pariser Sachverständigenberatungen (vgl. Dok. 2, Anm. 6) gedroht hatte, legte Owen Young am 4.5.1929 einen Kompromißplan vor. Dieser sah 37 Jahreszahlungen, von 1.675 Millionen Goldmark jährlich um 25 Millionen auf 2.300 Millionen steigend sowie weitere 21 Jahre eine Jahreszahlung von 1.700 Millionen vor. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 482.

6 Anspielung auf das Republikschutzgesetz. Vgl. Dok. 28, Anm. 10.

7 Nach den Ausführungsbestimmungen General Claude Marie Nollets, des Präsidenten der Interalliierten Militärkontrollkommission, vom 12.5.1921 zum Londoner Ultimatum mußte die Reichsregierung unter anderem die Verringerung der deutschen Polizei und die Auflösung der Einwohnerwehren anordnen. Die bayerische Regierung unter Gustav von Kahr versuchte bis zuletzt, die Durchführung dieser Maßnahmen zu verweigern. Vgl. Michael Salewski, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927, München 1966, S. 173 ff.

Stresemann geht nach Locarno, unterschreibt noch einmal, daß Elsaß-Lothringen für Deutschland verloren ist [8], unterschreibt, daß diese Grenze ewig so bleiben soll, er gibt dieses Gebiet frei aller deutschen Souveränitätsrechte, er neutralisiert das Rheinland, er gewährt Frankreich das Durchmarschrecht für das übrige Reichsgebiet [9]. Wir würden ihm aus alledem keinen Vorwurf machen, wenn er sagen könnte, daß ihm zugestanden wurde, die deutsche Reichswehr als Söldnertruppe [10] aufzulösen und anstelle dessen ein Volksheer mit 3[*00.000*]-400.000 Mann zu setzen, oder daß ihm eine Ermäßigung der Reparationen um ein Drittel gewährt würde.

Die Innenpolitik rüstet ab. Die Außenpolitik erklärt:

Wir können keine andere Außenpolitik machen als die des Pazifismus, der Unterwürfigkeit, weil wir abgerüstet sind! Es ist ein Zusammenspiel grandioser Art, das wir hier vor uns sehen: Abbau jeden nationalen Widerstandes mit dem praktischen Ergebnis:

eine neue entsetzliche Belastung trifft unser Volk.

Wir wissen nur: Es wird alles willfährig hingenommen werden. Millionen von Deutschen werden mit den lächerlichsten Problemen beschäftigt. Je mehr im Großen der Verfall fortschreitet, um so mehr verstehen es die Fabrikanten der öffentlichen Meinung, die Nation mit lächerlichen Kleinigkeiten zu beschäftigen.

Wenn wir Nationalsozialisten heute in diesem Tohuwabohu des allgemeinen politischen Lebens unsere Ideen vertreten, tun wir dies in der Überzeugung der unbedingten Notwendigkeit unseres Kampfes. Diese Überzeugung wird um so größer, je mehr wir die Kleinheit unserer politischen Gegner sehen. Die beiden Gebiete, auf denen sich unser Kampf abspielt, sind die Innen- und die Außenpolitik, die nicht getrennt werden können. *Die Unterwerfungspolitik ist bedingt durch die charakterlose Entnationalisierungs-Tendenz im Innern, und diese ist die Folgeerscheinung einer Außenpolitik, die nicht wagt, den gordischen Knoten auf die beste Weise zu lösen, und die der einzigen Lösungsmethode aus dem Wege geht.* Es gibt politische Probleme, die zu allen Zeiten *nur das Schwert* gelöst hat. Pazifismus nach außen und charakterlose Entnationalisierung im Innern gehören zueinander.

Da tritt der Nationalsozialismus auf, indem er erklärt: Für uns hat die deutsche Innenpolitik nur die Aufgabe, die Wiedergewinnung der deutschen Freiheit vorzubereiten. (Stürmischer Beifall.) Ganz gleichgültig, auf welchem Wege. Aber selbst im Frieden wird nur der Staat durch die Mittel seiner diplomatischen Vertretung sein Los annehmlich gestalten können, der hinter seiner Friedenspolitik immerhin das Schwert in Bereitschaft hat. Friedenspolitik kann nur der Staat betreiben, der am äußersten [sic!] *für den Krieg gerüstet ist. Solange die Welt besteht, ist noch kein Volk an zu großen Rüstungen gestorben* [11]*, aber Hunderte von Staaten*

8 Vgl. Dok. 34, Anm. 10.
9 Vgl. Dok. 26, Anm. 16.
10 Artikel 173 des Versailler Friedensvertrags bestimmte: "Die allgemeine Wehrpflicht wird in Deutschland abgeschafft. Das deutsche Heer darf nur im Wege freiwilliger Verpflichtung aufgestellt und ergänzt werden." Druck: RGBl. 1919, S. 931.
11 Paul Kennedy stellt fest, daß die deutsche Aufrüstung seit 1933 die Kräfte der deutschen Wirtschaft in hohem Maß überbeanspruchte, so daß dadurch ein Keim zur Niederlage gelegt war. Vgl. Paul Kennedy, Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000, Frankfurt a. M. [2]1989, S. 458 ff.

sind verschwunden, weil sie zuwenig gewappnet waren für die äußersten Auseinandersetzungen. Wehe dem Volk, das glaubt, durch eine pazifistische Innenpolitik pazifistische Außenpolitik machen zu können! Nur das Volk, das im Innern kriegerisch bis zum äußersten ist, kann nach außen pazifistisch sein. Wie stellen wir uns den deutschen Aufstieg vor?

Durch die Beseitigung der gesamten Parteipolitik, durch eine Politik der Erweckung der lebendigen Kräfte des Selbsterhaltungstriebes unseres Volkes, der in organische Formen zu bringen ist. Zweitens, indem wir den außenpolitischen Weg gehen, der in Zukunft uns verspricht, die furchtbare Umklammerung, unter der wir heute leben, zu beseitigen. Hitler verweist auf die zahlreichen *Hilfsstaaten Frankreichs* [12], mit denen es Mitteleuropa einschließt. Dieses Frankreich sieht zwei Gegner: *Deutschland*, das noch nicht geworden ist, was Frankreich im Auge hat, und *Italien*, das zu werden scheint, was Frankreich nicht dulden kann. England selbst ist heute bereits gebunden [13].

Das ist die Basis unserer Außenpolitik, die wir seit 10 Jahren vertreten. Wenn ich mich zum Träger dieser außenpolitischen Auffassung gemacht habe, dann nicht aus Popularitätshascherei, denn ich habe mit dieser Auffassung ganz Deutschland gegen mich. Man sagte im Gerichtssaal [14]: In dieser Frage sei das deutsche Volk einig. Welches deutsche Volk? Das Volk des "Bayer[*ischen*] Kuriers" [15], des "Berl[*iner*] Tagblatts" [16], der "Münchener Post" [17] u[*nd*] das Völkchen der Freiheitspartei [18]! Auch das Volk der Spartakusleute [19] gehört dazu. Wir sehen, daß die größten Extreme auf diesem Gebiete miteinander marschieren. *Darin allein liegt schon die moralische Rechtfertigung für unsere Außenpolitik.*

Hitler erinnert sich seiner *ersten Erwähnung in der Münchener Post* in den Novembertagen im Jahre 1919: Es hieß da, in den Kasernen treibt sich ein Zivilist herum, der aufreizende militärische Reden hält und der empfiehlt, die schwarz-weiß-rote Flagge herauszuhängen [20]. Jawohl, das bin ich gewesen, das habe ich getan. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Ich habe erklärt, daß wir an Stelle der Demokratie die Autorität der Persönlichkeit setzen wollen, daß wir gegen die Juden vorgehen wollen. Man erwiderte mir: Das ist Antisemitismus! Jawohl, wir sind nämlich Antisemiten! (Heiterkeit und Beifall.) Man sagte: Das zeigt von großer Unbildung

---

12 Frankreich hatte 1921 mit Polen, 1924 mit der Tschechoslowakei, 1926 mit Rumänien und 1927 mit dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen Freundschafts- oder Bündnisverträge abgeschlossen. Zur Funktion und Wirkung dieser Verträge vgl. Adám, Richtung Selbstvernichtung, S. 60 ff.

13 Vgl. Dok. 35, Anm. 34.

14 Vgl. Dok. 34 und Dok. 35.

15 Zeitung der BVP.

16 Chefredakteur Theodor Wolff war Mitbegründer der DDP.

17 Zeitung der SPD.

18 Die Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP) wurde am 16.12.1922 gegründet. Seit März 1923 war sie in Preußen, Thüringen, Sachsen und Baden verboten, nach dem Hitlerputsch im ganzen Reich. 1924 bildeten NSDAP und DVFP unter dem Namen Nationalsozialistische Freiheitspartei (NSFP) unter Führung von Erich Ludendorff, Gregor Straßer und Albrecht von Graefe eine gemeinsame Reichstagsfraktion. Nach der Wiedergründung der NSDAP folgte die Trennung und die Umbenennung in Deutschvölkische Freiheitsbewegung, nach 1933 Verbote und Auflösung. Vgl. Reimer Wulff, Die Deutschvölkische Freiheitspartei 1922-1928, Marburg 1968 sowie Dok. 3, Anm. 73.

19 Vgl. Dok. 16, Anm. 7.

20 In den Novemberausgaben der Münchener Post des Jahres 1919 nicht ermittelt.
Hitler gehörte bis 31.3.1920 der Reichswehr an. Im November 1919 trat er am 13. und 26. öffentlich als Redner für die DAP auf. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 92 ff.

[*sic!*]! Jawohl: Wir sind so ungebildet! Das ist gegen die öffentliche Meinung! *Aber es ist wahr und deshalb vertreten wir es.* Hitler erinnert auch an seine Stellungnahme gegen die Einheitsfront im Ruhrgebiet [21], die in dem Augenblick auseinanderfiel, als die Marxisten kein Geld mehr erhielten. Genauso wie sie heute sagen: *Der Mann gibt Südtirol preis;* Herr Stresemann geht nach Paris [22], nach Genf [23], er verzichtet auf Elsaß-Lothringen, neutralisiert die Rheinlande. Das Ergebnis ist gleich null. *Es wäre klüger gewesen, wenn er, statt nach Paris zu gehen und auf das Elsaß-Lothringen zu verzichten, für welchen Verzicht er nichts erhielt, nach Rom gegangen wäre und auf Südtirol verzichtet hätte und dort dafür ein Bündnis bekommen hätte.* Das ist "Verrat" - weil aus dem heraus vielleicht *eine deutsche Erhebung* kommen könnte.

Wir glauben im Völkerleben überhaupt nicht an Sympathie.

Staaten, die sich von Sympathien bestimmen lassen, müssen zugrunde gehen. Wir bilden uns nicht ein, daß sich das heutige Italien mit dem *heutigen* Deutschland verbündet, Mussolini, das Symbol des Kampfes, und die lächelnde Miene des Herrn Stresemann, der Repräsentant des Gefühls, des ewig weiblichen. (Große Heiterkeit.) Staatspolitisch verbündet man sich nicht mit so etwas. Solange Deutschland den Stahlhelm hatte, war es bündnisfähig. Seit den sanften, rundlichen Formen des Kopfes des Herrn Stresemann ist es nicht mehr bündnisfähig. Wenn ein Kraftstaat rüstet, verbündet er sich nicht mit einem Staat, der abrüstet. Italien strebt nach machtpolitischer Ausdehnung, und Stresemann nach geistiger Verinnerlichung. Es gibt keinen anderen Gradmesser als die Basis des heiligen Egoismus, wenn jeder Staat glauben darf, dabei seinen egoistischen Interessen dienen zu können. Hitler erinnert an das gewaltige Vorbild Bismarcks und dessen heimlichen Rückversicherungsvertrages mit Rußland [24] gegenüber dem Dreibund [25] im Interesse des Vaterlandes.

Hetzen gegen das heutige Italien,

gegen den faschistischen Staat, gegen die einzige Bundesmöglichkeit, die wir haben, das ist alles, sonst können sie nichts tun. Das einzige, was sie erreicht haben, ist nicht eine Erleichterung des Schicksals der Südtiroler, sie haben dort lediglich Hoffnungen erweckt, die nicht erfüllt werden können. In dem Augenblick, wo sie sagen, *wir geben Südtirol preis, sind unsere Unterhändler in Paris und nehmen demütig eine neue deutsche Unterwerfung entgegen.* Wir haben schon 1920/[*19*]21 erklärt, daß man den Deutschen im Ausland verschiedene Parolen geben müsse:

In der Tschechoslowakei: Deutsche, revoltiert gegen den Staat, er ist eine Hilfstruppe Frankreichs.

In Südtirol: Deutsche, fügt euch dem Staat, ihr seid die Brücke zwischen Deutschland und Italien, fühlt euch hinein in die große Mission, die ihr habt. Nicht euer Schicksal ist das Primäre, sondern das Schicksal eines großen Volkes, dem ihr dienen müßt.

---

21 Hitler hatte jegliche Unterstützung des nationalen Ruhrwiderstands mit der Begründung abgelehnt, daß zuerst der "innere Feind" besiegt werden müsse, bevor Frankreich bekämpft werden könne. Vgl. seine Reden vom 26.2. und 21.8.1923. In: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 835 ff., 981 ff.; sowie Joachim C. Fest, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973, S. 237 f.

22 Vgl. Dok. 4, Anm. 5.

23 Sitz der Völkerbundsversammlung.

24 Vgl. Dok. 35, Anm. 22.

25 Vgl. Dok. 3, Anm. 64.

Hitler erinnert daran, daß in Oberschlesien und im Ruhrgebiet Zehntausende bereit waren, sich zu erheben, als man sie aufgeputscht hatte, und daß man sie in diesem Augenblick fallen ließ [26]. Wenn man sagt, daß die Deutschen in Südtirol unter einem *furchtbaren Terror* leiden, so ist dieser *nicht so groß, als der Terror, unter dem heute die Nationalsozialisten leiden.* (Beifall.) Es vergeht kein Monat, an dem wir nicht Tote zu beklagen haben, an dem wir nicht Hunderte von Verwundeten haben [27]. Wer kümmert sich darum? In Deutschland läßt man Jonny aufspielen [28] und bezüglich Südtirol klagt man über den Untergang der deutschen Kultur. Bei uns hat man nicht weniger [*sic!*] Deutsche ausgewiesen, wenn sie politisch den Machthabern nicht paßten. *Deutsche, die im Weltkrieg gekämpft hatten, wurden bei Nacht und Nebel über die Grenze gejagt, Deutsche wieder ausgeliefert, damit sie in die tschechische Armee eingereiht werden konnten* [29]. (Unruhe.) *Kein Deutscher ist in Italien wegen seiner Gesinnung des Staatsbürgerrechtes verlustig gegangen. Ich bin Deutscher, habe für Deutschland gekämpft und deshalb mein Staatsbürgerrecht verloren* [30]. *Die Herren sollen also nicht heucheln. Nirgends wird der aufrechte, stolze, nationale, bewußte, Deutschland Liebende mehr verfolgt als bei uns selbst.*

Wenn Deutschland den Weg von heute 30 Jahre so fortsetzt, wird sich jeder Deutsche im Ausland schämen, daß er ein Deutscher ist. (Lebhafter Beifall.) Was soll der Auslandsdeutsche von seinem Vaterland denken, wenn eine Briefmarke mit Friedrich dem Großen zum Anlaß einer parlamentarischen Interpellation werden kann [31], ohne daß man diese Burschen hinausjagt, wenn die ruhmvollste Fahne, die ehrenvollste Kokarde heute als schändliches Zeichen betrachtet

---

26 Am 9.8.1923 hatte der damalige Reichskanzler Gustav Stresemann im Reichstag erklärt, daß ein Abbruch des passiven Widerstands gegen die Ruhrbesetzung "Chaos" zur Folge hätte. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. I. Wahlperiode 1920, Bd. 361, S. 11772. Am 26.9.1923 gaben Reichspräsident und Reichsregierung in einer gemeinsamen Proklamation den Abbruch des passiven Widerstands bekannt. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1923, München 1928, S. 177 f.

27 Vgl. Dok. 18, Anm. 6, 7.

28 Der Wiener Komponist Ernst Křenek (1900-1991) erzielte mit seiner sogenannten Zeitoper "Jonny spielt auf" einen Welterfolg. Am 10.2.1927 in Leipzig uraufgeführt, wurde die Oper, die beinahe ausschließlich Elemente des Jazz aufgriff und mit technischen Geräuschen mischte, während der nächsten zwei Jahre von über hundert Bühnen nachgespielt, am 16.6.1928 erstmals in München im Theater am Gärtnerplatz (Münchner Neueste Nachrichten vom 8.6.1928). Nicht nur diese modernen Stilelemente, sondern auch die Hauptfigur des farbigen Jazzgeigers Jonny sorgten für wütende Proteste und Demonstrationen im rechten Lager. Křenek emigrierte 1938 in die USA. Vgl. Jost Hermand und Frank Trommler, Die Kultur der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1989, S. 317 f.

29 Nach dem Staatsangehörigkeitsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechischen Republik vom 29.6.1920 galten die in den von Deutschland aufgrund des Versailler Friedensvertrags abgetretenen und in den übrigen Gebieten der Tschechoslowakei lebenden deutschen Staatsbürger als optionsberechtigt. Personen, die die österreichisch-ungarische Staatsangehörigkeit besessen hatten, fielen also nicht unter das Abkommen. Druck: RGBl. 1920, S. 2227 ff.

30 Vgl. Dok. 26, Anm. 42.

31 Der Reichstagsabgeordnete der KPD Ernst Torgler hatte die von der Reichspost herausgegebene 10-Pfennig-Briefmarke mit dem Bild Friedrichs II., des Großen, in der Reichstagssitzung vom 21.3.1927 als "unerhörte monarchistische Provokation" bezeichnet. Am 21.3.1927 brachte die Fraktion der KPD einen Antrag ein, der die "umgehende Zurückziehung der 10-Pfennig-Fridericus-Marke" forderte. Am 6.4.1927 wurde dieser Antrag abgelehnt. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924, Bd. 392, S. 9784, Bd. 393, S. 10578, Bd. 414, Anlagen, Nr. 3147.

wird [32]? Glauben Sie, daß der Auslandsdeutsche in den republikanischen Größen von jetzt einen Ersatz für das sieht, was man beseitigt hat? (Stürmische Zurufe: Nein!) Dem Auslandsdeutschen kann man nicht sagen: Du mußt die Farben des neuen Deutschlands schätzen und ehren! Das Auslandsdeutschtum kennt die Ruhmestaten der neuen Fahne und des Reichsbanners nicht. Das Ausland kennt nur die alte Fahne, die 4 1/2 Jahre die ruhmvollste Repräsentantin der deutschen Kraft gewesen ist. (Stürmischer Beifall.) Das ist es, was uns die Auslandsdeutschen langsam entfremdet.

Das heutige Deutschland fälscht den Charakter und das Wesen unseres Volkes. Es zeigt der Welt das schlechteste Spiegelbild von uns. Es bringt es fertig, der Welt nur unsere Schattenseite zu zeigen, während die Lichtseite abgewendet ist. Es wird eine Zeit kommen, wo Deutschland seine Lichtseite zeigen wird, und wir sind von der stolzen Zuversicht durchdrungen, daß die Welt diese Lichtseite schätzen wird. Endlich sind wir nicht mehr das Volk von Genf und Locarno, das Volk des Dawes-Vertrages [33], sondern wir sind das Volk von Verdun [34] und Flandern [35]. Von der Somme [36] und von Ypern [37], das Volk der U-Boote [38], ein anderes Volk als das, was heute die Welt sieht. (Stürmischer, anhaltender, sich wiederholender Beifall.)

Und dieses Volk wird einmal wieder auferstehen. Es wird sich in der Geschichte anmelden, und wenn dieses deutsche Volk von einst wieder seine Stimme erhebt, dann wird man wissen, daß es das Deutschland von heute nicht mehr ist. Dann wird man eher Konzessionen machen und sich auf Grund einer ehrlichen Verständigung auseinandersetzen können. Was ist wertvoller: Südtirol oder Italien als Bundesgenosse? Heute können wir nur so sprechen. Die deutsche Nation braucht einen mächtigen Staat und keine phantastischen Gedankengänge überspannter Politiker oder Nachkömmlinge derer, die 1918 unser Volk zugrunde gerichtet haben.

Ein Marxist kann andere Gründe als materielle für eine politische Haltung sich gar nicht vorstellen. Er sagt sich: Dieser Mensch kämpft seit 10 Jahren, muß also bezahlt sein! *Ich als alter Parteibonze muß das wissen! Ich kämpfe auch nur, weil ich bezahlt bin.* Nur der nationale

32 Zum Flaggenstreit vgl. Jasper, Schutz der Republik, S. 240 ff.

33 Vgl. Dok. 1, Anm. 15.

34 Am 21.2.1916 begann der Angriff auf die französischen Festungsanlagen bei Verdun unter großen Verlusten beider Seiten. Mit der französischen Gegenoffensive im Dezember 1916 ging das eroberte Gelände wieder verloren.

35 Flandern war seit 1914 mehrmals heftig umkämpft. Die Anspielung bezieht sich wahrscheinlich auf die trotz großen Truppen- und Materialeinsatzes im Mai 1917 gescheiterte britische Offensive gegen die im März 1917 auf die sogenannte Siegfriedlinie zurückgenommene deutsche Front bei Arras.

36 Zwischen dem 24.6. und 28.11.1916 hatten britische und französische Verbände unter Führung der Generale Douglas Haig und Ferdinand Foch vergeblich versucht, die deutsche Front im Somme-Abschnitt einzudrücken. Beide Seiten hatten höchste Verluste.

37 Nach dem Abbruch der Marneschlacht hatten die deutschen Truppen im Herbst 1914 vergeblich versucht, zur Küste durchzustoßen und dabei die alliierten Armeen von Norden zu umfassen. Aufgrund unzureichender taktischer Führung und mangelhafter Ausbildung der hauptsächlich aus Kriegsfreiwilligen bestehenden Einheiten verloren die 4. und 6. deutsche Armee während der Schlachten bei Langemarck (22./23.10.1914) und Ypern (30.10. bis 24.11.1914) 80-100.000 Mann.

38 Die kaiserliche Marine verlor im Ersten Weltkrieg 187 Unterseeboote. Mehr als 12 Millionen BRT feindlichen Handelsschiffsraums, zehn Schlachtschiffe, 18 Kreuzer, 20 Zerstörer und neun Unterseeboote wurden versenkt. Vgl. Elmar B. Potter und Chester W. Nimitz, Seemacht. Eine Seekriegsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart. Deutsche Fassung hrsg. im Auftrag des Arbeitskreises für Wehrforschung, München 1974, S. 444.

Mensch entwürdigt sich selbst, wenn er beim anderen so etwas voraussetzt. Wenn sie in sich gehen, können sie nicht ableugnen, daß unser Weg der richtige ist. Ich hätte im Gerichtssaal Dutzende von Zeitungen zitieren können, die heute zugeben, daß unsere außenpolitische Auffassung die einzig richtige ist. Ich habe es nicht getan, weil man sonst meinen könnte, daß ich das vertrete, nur weil andere es sagen. Auch diese Lügen haben kurze Beine. Es kommt die Zeit, wo das Volk solche Dinge nicht mehr hören will, sondern die *Ankläger* vernehmen wird, die sagen werden: *Ich habe einmal Deutschland zugrunde gerichtet, ihr habt unser Volk in den Ruin geführt. Rechtfertigt euch, wenn ihr es könnt, wenn nicht, dann macht euch gefaßt, daß ihr zur Hölle fahrt. Die Barmherzigkeit soll dem Herrgott überlassen bleiben, wir wollen jetzt nur Recht.* (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

19. Mai 1929 — Dok. 39
"Bekanntmachung"
Anordnung

VB vom 19./20.21.5.1929.

Der *Gau Saar* der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wird von mir *mit sofortiger Wirkung aufgelöst* [1]. Die Ortsgruppen und Stützpunkte werden der Reichsleitung der Partei direkt unterstellt und nehmen sofort mit ihr Verbindung auf.

Gez.: Adolf Hitler

Von allen Parteiblättern nachzudrucken.

---

1 Am 4.12.1926 genehmigte die Regierungskommission des Saargebiets die Gründung der "NSDAP des Saargebietes", wobei die reichsdeutsche NSDAP weiterhin verboten blieb. Dennoch wurde der Gau Saar von München aus als Teil der NSDAP betrachtet (vgl. z. B. Bd. III/1, Dok. 16). Das geringe öffentliche Echo, Personalauseinandersetzungen, finanzielle Schwierigkeiten und die mäßige Unterstützung aus München für die formal von der Reichsleitung unabhängige Organisation führten zu einer Parteikrise. Die Auflösungsverfügung Hitlers erregte Aufmerksamkeit bei den saarländischen Behörden, so daß im VB vom 11.7.1929 eine Erklärung der Reichsleitung vom 9.7.1929 veröffentlicht wurde, daß die beiden Organisationen keine Verbindung hätten. Vgl. Gerhard Paul, Die NSDAP des Saargebietes 1920-1935. Der verspätete Aufstieg der NSDAP in der katholisch-proletarischen Provinz, Saarbrücken 1987, S. 44 ff.

25. Mai 1929 Dok. 40
Rede auf NSDAP-Versammlung in Königsberg [1]

Ostpreußische Zeitung vom 27.5.1929, "Adolf Hitler in Königsberg" [2].

Der Waffenstillstand im Walde von Compiègne [3], der die restlose Entwaffnung und politische Entrechtung Deutschlands herbeiführte, hat die gesamten späteren Verhandlungen in unseligster Weise beeinflußt. Londoner Abkommen [4] - Locarno [5] - Völkerbund [6] - Pariser Reparationskonferenz [7] - sind eine Reihenfolge von Diktaten, von denen eines immer furchtbarer als das andere ist. Ein politisch gesundes Volk hätte nie den Zusammenbruch von 1918 mitmachen können.

In einer Zeit, in der Bismarck, Deutschlands eiserner Kanzler, die nationalpolitische Einigung der deutschen Staaten und Stämme vollbrachte, geht der Marxismus als Einheit ans Werk, den Volkskörper langsam zu zerfressen [8].

Das deutsche Volk zerfällt in Klassen.

Nur die deutsche Front im Weltkriege war der laufenden Entwicklung entrissen worden, weil die deutschen Soldaten im Felde vor dem Feinde ihr gemeinsames Schicksal erkannten. In Deutschland steht die proletarisch-internationale Masse der bürgerlich-nationalen Welt gegenüber. Eine weltanschauliche Trennungslinie läßt Deutschland in zwei Hälften zerfallen, die keine Berührungspunkte miteinander haben [9].

Adolf Hitler geht mit dem Marxismus und seiner materialistischen Geschichtsauffassung ins Gericht. *Ideale* sind es stets gewesen, um die Menschen gekämpft haben. *Wer nur* für sein Leben kämpfen will, der will niemals sterben. Der Sozialismus bedeutet eine Entfernung vom Kampfsinn, für ihn gibt es keine Ideale. Das Ziel des Marxismus, die Zertrümmerung der kapitalistischen Welt, ist nicht erreicht worden. Geradezu grotesk mutet es an, wenn heute selbst die russischen Bolschewisten zu kapitalistischen Methoden übergehen [10] und den Militarismus

---

1 Im großen Saal der Stadthalle, nach 20.15 Uhr. Die laut Ostpreußischer Zeitung überfüllte Versammlung wurde von Gauleiter Erich Koch geleitet. Hitler sprach drei Stunden.

2 Vgl. auch VB vom 4.6.1929, "Unser Führer in Königsberg" sowie "... Man versteht Hitlers Haß, den Haß des Frontsoldaten". Bildbericht in: Illustrierter Beobachter vom 8.6.1929, "Hitler in Königsberg".

3 Vgl. Dok. 30, Anm. 4.

4 Vgl. Dok. 30, Anm. 6.

5 Zur Konferenz von Locarno vgl. Dok. 3, Anm. 27.

6 Am 8.9.1926 hatte die Völkerbundversammlung die Aufnahme Deutschlands mit ständigem Ratssitz in den Völkerbund beschlossen. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 353 ff.

7 Vgl. Dok. 38, Anm. 5.

8 Anspielung auf die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins am 23.5.1863, aus dem sich die SPD entwickelte.

9 Zur Gesellschaft im Kaiserreich und zu ihrer Veränderung durch den Ersten Weltkrieg vgl. Wolfgang J. Mommsen, Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur des deutschen Kaiserreichs, Frankfurt a. M. 1990, S. 306 ff., 447 ff.

10 Seit 1921 hatte die sowjetrussische Führung mit der sogenannten Neuen Ökonomischen Politik die gravierenden wirtschaftlichen Mängel aufzufangen versucht, die der Erste Weltkrieg, Bürgerkrieg und Kriegskommunismus verursacht hatten. Diese Konzessionen an die Mechanismen einer freien Marktwirtschaft, die auch ausländische Investitionen förderten, sorgten für eine begrenzte wirtschaftliche Erholung der UdSSR und prägten deren Wirtschaft bis Ende der 20er Jahre. Vgl. Alan M. Ball, Russia's Last Capitalists. The Nepmen 1921-1929, Berkeley [2]1990.

einführen [11]. Der Parademarsch der roten Truppen auf dem roten Platz in Moskau ist ein schlagender Beweis dafür, daß nur die Kraft siegreich ist, solange es Menschen gibt. Dem Sozialismus ist es nicht gelungen, seine Idee zum Allgemeingut des Volkes zu machen.

Der Redner schildert dann weiter die heutige Lage Deutschlands. Festzustellen ist zunächst, daß es Deutschland außenpolitisch nicht gelungen ist, die Weltkoalition zu zertrümmern.

Die erlogene politische Schuld Deutschlands [12] *hat man langsam in eine wirtschaftliche Verpflichtung umgewandelt* [13].

Die Folge davon ist das Ausscheiden Deutschlands aus jeglicher aktiven Weltpolitik und Betätigung. Die einst so weltbedeutende deutsche Wirtschaft ist zusammengebrochen. Nur durch sittliche und geistige Erneuerung kann Deutschland wieder hochkommen. Vaterlandsliebe, Energie, Tatkraft und Opfermut sind Faktoren, die Staaten neu begründet haben. Deutschland steht wieder auf, wenn es gelingt, alle im Zeichen einer gemeinsamen großen politischen Idee zusammenzufassen. Diese neue Idee muß sozial verbindend wirken können.

Der Deutsche muß klar erkennen lernen, daß vom Gesamtschicksal seines Volkes sein Einzelschicksal abhängt. Die politischen Tugenden des jungen neupreußischen Staates waren es, die Deutschland groß gemacht haben [14]. Blut und Heroismus und nicht die Wirtschaft haben das Reich begründet. Personenschicksale, in Weltanschauungen verankert, sind oft bestimmend für Völkerschicksale.

Die Voraussetzungen für den Lebenskampf, dem [*sic!*] Kampf ums Dasein, eines Volkes sind seine Ideale. Die Kraft des Kampfes bemißt sich nach dem Kampf der Zahl um den Boden. Hier stößt die Auffassung von Hitler mit dem Marxismus zusammen, der den Kampf der Zahl um den Boden als Klassenproblem auffaßt und den nur Gesellschaftsordnung und Produktionsmethoden interessieren. Das Wesentliche nach nationalsozialistischer Auffassung ist der *Wert des Volkes und der Boden eines Volkes.* Nicht zu leugnen ist, daß der spezifische Wert des Menschen verschieden ist. Zwischen beiden Faktoren besteht nur der Unterschied, daß das Volk sich ununterbrochen vermehrt, während der Bodenausdehnung in einem Staate ganz enge Grenzen gesetzt sind. Für Deutschland mit seinen 62 Mill. Menschen auf 47.000 [*sic!*] qkm [15] bestehen drei Möglichkeiten, um das Mißverhältnis zu beseitigen:

Mehr Raum, weniger Menschen oder Exportwirtschaft.

Der Vortragende lehnt die beiden letzten Möglichkeiten ab. Unheilvoll sind die Folgen der Geburtenbeschränkung und der Auswanderung, die einer laufenden Auslese von Höchstwerten aus dem Volkskörper gleichkommt. Exportwirtschaft bedeutet wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland. Die politische Kraft eines Volkes steht auch hier im Vordergrunde. Daß das Problem der Billigkeit, die Senkung der Produktionskosten, eine bedeutsame Rolle im Wirtschaftsverkehr zwischen Völkern mit verschiedener politischer Stärke spielt, wird vom Vortragenden zu Unrecht verneint. Nur wegen der infolge von finanziellen Lasten, hohen Löhnen und Zinsen gegenüber dem Auslande größeren Gestehungskosten [16] und der in und nach dem

11 Vgl. Dok. 6, Anm. 18.
12 Vgl. Dok. 28, Anm. 4.
13 Vgl. Anm. 7 sowie Dok. 1, Anm. 15.
14 Vgl. Dok. 26, Anm. 45.
15 Vgl. Dok. 4, Anm. 4.
16 Veralteter Begriff für Produktionskosten.

Kriege entstandenen überseeischen Konkurrenz, ist die wirtschaftliche Stellung der deutschen Exportindustrien auf dem Weltmarkt heute sehr geschwächt. Für Deutschland muß mehr Boden verlangt werden, damit sein Volk im Daseinskampfe auf dieser Welt bestehen und fortleben kann. [17]

17 Folgt abschließender Kommentar.
Am 29.5.1929 traf Hitler in Berlin ein. Am 1. und 2.6.1929 fand in München der 10. Reichsfrontsoldatentag des Stahlhelms statt. Um sich der Teilnahme zu entziehen, kehrte Hitler erst danach nach München zurück. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 1: 27.6.1924-31.12.1930, München 1987, S. 378 ff.

16. Juni 1929 Dok. 41
Rede auf NSDAP-Versammlung in Schwarzenbach am Wald [1]

Hofer Anzeiger vom 17.6.1929, "Adolf Hitler in Schwarzenbach a. W." [2].

Noch nie haben wir von unseren Gegnern erlebt, daß sie sich bemüht hätten, sachlich und objektiv auf unsere Ideen einzugehen. Die Idee einiger Männer von damals [3] hat zu der heutigen neuen Weltanschauung geführt, die von den Nationalsozialisten aufgestellt wurde und die im Grunde uralt ist. Der Redner zeichnete in scharfen Umrissen ein Bild von dem Deutschland vor 15 Jahren [4] und stellte dem die heutige Republik Deutschland gegenüber und das darin herrschende Regierungssystem. Damals ein Großstaat, ein Kulturstaat ersten Ranges, reich auch an materiellen Gütern. Der Deutsche auch als einzelner geachtet in der Welt. Damals wohl eine als zopfig verschrieene Verwaltung, deren mustergültiger Reinlichkeitssinn und [*deren*] Ehrlichkeit nirgends in der Welt ihresgleichen fand. Und heute? Ein Sturz von der stolzen Höhe. Vergessen ist, daß wir eine Tradition der Größe hatten. Was hat die alte Reichsfahne verbrochen, was die kleine Kokarde, die beide beseitigt wurden [5]? Alles, was an große Vergangenheit erinnerte, beseitigt. Denkmäler wurden vernichtet, Namen unserer Großen ausgelöscht [6]. Ja, ausgelöscht kann dies alles werden aus der Erinnerung, aber ein Volk, das dies tut, löscht sich selbst aus. Aber die Ehre verlieren, heißt für ein Volk wie für den Menschen zugleich Brot verlieren. Ganze Berufsgruppen wurden im heutigen Deutschland ausgelöscht. Wer soll Vertrauen aufbringen zu einem Staat, der kalt lächelnd fundamentale Berufsstände auslöscht, als wären sie nicht gewesen. Man denke an die deutsche Landwirtschaft [7]. Das tut man in einer Republik, die keineswegs das Kapital bekämpft, wie sie vorgibt, sondern viel-

---

1 Von ca. 16.00 bis 18.00 Uhr. Vorangegangen waren ein Feldgottesdienst in Schwarzenbach a. W. und der Schwur auf dem Döbraberg, der durch Reden von OSAF-Stellvertreter Manfred Freiherr von Killinger und Gauleiter Hans Schemm eingeleitet wurde. Die Schlußworte des Schwures lauteten: "Wir bitten den Herrgott, uns den Sieg zu schenken, den wir zu erreichen gedenken, als die unentbehrliche Basis zu einem positiven Christentum. Wir geloben unter den heiligen Tannen des Frankenwaldes nicht zu rasten, bis die Heimat und das Vaterland wieder frei geworden sind. Unser liebes Vaterland, das große Deutsche Reich dreimal Heil!" Nach dem Rückmarsch nach Schwarzenbach sprach Hitler laut Polizeibericht vor 4.000 bis 5.000 (VB 10.000) Menschen in einem großen Zelt.

2 Vgl. VB vom 19.6.1929, "Vorwärts", vom 21.6.1929, "Der Döbra-Schwur"; Polizeibericht der Gendarmerie Naila vom 17.6.1929; BayHStA, MInn 81582 sowie Lagebericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 9.7.1929; StA Nürnberg, Pol. Dir. Nürnberg-Fürth, Lageberichte. Bildbericht in: Illustrierter Beobachter vom 29.6.1929, "Der Treuschwur am Döbraberg".

3 Vgl. Dok. 1, Anm. 2.

4 Gemeint ist das Kaiserreich.

5 Zum Flaggenstreit vgl. Dok. 38, Anm. 32. 1897 war neben der Landeskokarde auch eine schwarz-weiß-rote einheitliche Reichskokarde als Abzeichen für Kopfbedeckungen bei den Kontingenten der Bundesstaaten eingeführt worden. 1921 erhielt die Reichswehr als Reichskokarde einen schwarzen Adler auf gelbem Grund; die jeweiligen Landeskokarden wurden weitergetragen.

6 In den vom Deutschen Reich aufgrund des Versailler Friedensvertrags abgetretenen Gebieten und im besetzten Rheinland kam es zu Zerstörungen deutscher Denkmäler durch alliierte Truppen. Vgl. Meinhold Lurz, Kriegerdenkmäler in Deutschland. Bd. 4: Weimarer Republik, Heidelberg 1985, S. 347 f. Am 8.5.1920 war für ganz Deutschland die Verordnung über den Schutz von Denkmälern und Kunstwerken in Kraft getreten. Druck: RGBl. 1920, S. 913 f.

7 Vgl. Dok. 26, Anm. 8.

mehr Deutschland zum willenlosen Hörigen internationaler Hochfinanz herabdrückt. Im Augenblick größter Not leiste sich die Regierung so splendide Ausgaben, wie sie im alten Regime unmöglich gewesen wären. Ministerstellen wachsen ins Grenzenlose [8]. Ja, die Demokratie läßt es sich etwas kosten. Auf der einen Seite Not, Proletarisierung des Mittelstandes [9], der Arbeiter, auf der anderen Seite Hinaufschrauben des Einkommens einiger weniger Leute [10]. Der Pazifismus hat gesiegt, aber das deutsche Volk hat verloren! Verfall auf allen Gebieten. Und nun rechnete der Redner ab mit denjenigen Männern und mit den offiziellen Regierungsstellen, die außen-, innen- und wirtschaftspolitisch das deutsche Volk leiten und seine Interessen vertreten sollten. In derselben Zeit, in der man in Paris das Volk auf 58 Jahre versklavte [11], in derselben Zeit beschäftigte man sich in Berlin, in München usw. mit tausend nichtigen Dingen. Alle paar Jahre finden - mit negativem Erfolg - Vertragsrevisionen statt und bringen Deutschland von Revision zu Revision tiefer ins wirtschaftliche Unglück [12]. Dem Marxismus, der Sozialdemokratie, die heute herrschend ist, stellt der Nationalsozialismus sein Bekenntnis gegenüber, das das Wohl des Volkes allem anderen vorzieht. Das Mißverhältnis von Bodenfläche und Bevölkerungszahl in Deutschland sei eine der wichtigsten Ursachen unserer Not. Nicht die Majorität des parlamentarisch regierten Deutschland entscheide letzten Endes, sondern der Wert des einzelnen. Auslese befähigter Köpfe anstelle dieses jetzigen Systems, schöpferische Kraft der einzelnen Persönlichkeit sei nötig. Mit einem kurzen Rückblick auf den Werdegang seiner Partei, die aus kleinsten Anfängen zu heutiger Größe gewachsen sei, kam er zum Ende seiner Rede. Er schloß mit den Worten, einmal werde die Zeit kommen, wo eine braune Armee sich zwischen die streitenden Parteien schieben und diesen die Waffen aus der Hand schlagen werde. Und dann werde auch einmal wieder die Zeit kommen, wo das deutsche Volk erhalte, was es brauche: Freiheit und Brot [13].

8 Am 10.2.1919 wurden erstmals Reichsministerien errichtet, die die Funktionen der bisherigen zwölf Reichsämter wahrnahmen. Bei Inkrafttreten der Weimarer Verfassung gab es zwölf Reichsministerien, vom September 1919 bis April 1920 elf, dann bis August 1923 zwölf, von August 1923 bis Mai 1924 elf, von da an bis September 1930 wieder zwölf. Jedem Ministerium stand ein Reichsminister vor, daneben gab es Reichsminister ohne Geschäftsbereich, jedoch nicht zwischen Juni 1928 und September 1930. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. VI, S. 341 ff. Das Königreich Preußen hatte elf Ministerien, der Freistaat Preußen sieben; das Königreich Bayern sieben, der Freistaat Bayern sechs.

9 Vgl. Dok. 17, Anm. 22.

10 Gegenüber den Vorkriegsjahren war in der Einkommensschichtung eher eine leicht gegenläufige Entwicklung eingetreten. 1913 verdienten 10% der Einkommensbezieher 40%, 1925 37% des Gesamteinkommens. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III, S. 103.

11 Die Sachverständigenkonferenz in Paris (vgl. Dok. 2, Anm. 6) hatte sich am 31.5.1929 grundsätzlich auf eine Neuregelung der deutschen Reparationen geeinigt und die unter dem Namen "Young-Plan" bekannt gewordenen Vereinbarungen am 7.6.1929 unterzeichnet. Der endgültige Entwurf entsprach weitgehend dem Kompromißvorschlag vom 4.5.1929 (vgl. Dok. 38, Anm. 5). Die Jahresraten sollten von 1,7 Milliarden RM bis 1965/66 auf 2,5 Milliarden RM steigen, von dort an bis 1988 auf 898 Millionen RM sinken. Der Zinsendienst für die Dawes-Anleihe und eine Ausgleichszahlung an Belgien kamen dazu. Vgl. Die Entstehung des Youngplans, S. 42 f., 268 ff.

12 Der Young-Plan stellte eine Revision des Dawes-Planes dar. Vgl. Anm. 11 sowie Dok. 1, Anm. 15.

13 Die Wendung "Freiheit und Brot" war eine der ältesten Parolen der NSDAP; mit ihr war bis 1945 die Titulatur des "Völkischen Beobachters" überschrieben.

19. Juni 1929 Dok. 42
"Zielfahrt"
Anordnung

VB vom 19.6.1929.

Bekanntmachung 1

Anläßlich des Reichsparteitags findet eine *Zielfahrt* von Autos und Motorrädern nach Nürnberg statt. Beteiligungsgebühr beträgt für Kraftwagen 10 [*R*]M, für Motorräder 5 [*R*]M.

Für diese Zielfahrt wird das Nürnberger Parteitagabzeichen in Form einer *Zielfahrtplakette* ausgegeben. Pg. Christian *Weber* [1] hat sich bereit erklärt, die Organisation der Zielfahrt durchzuführen. Die genauen Ausführungsbestimmungen folgen [2].

gez.: Adolf Hitler

(Nachdruck in allen Parteiblättern!)

22. Juni 1929 Dok. 43
Rede auf NSDAP-Versammlung in Coburg [1]

Coburger Zeitung vom 24.6.1929, "Hitler in Coburg" [2].

Hitler begann damit, daß er erklärte, es sei für einen Nationalsozialisten undankbar, eine Wahlrede zu halten [3], und schilderte dann, wie der Zwang der Verhältnisse die Nationalsozialisten in das Parlament der Kommune, des Landtags und Reichstags [*sic!*] gebracht habe.

Er wolle aber keine Wahlrede im üblichen Sinne des Wortes halten, *d. h., keine Versprechungen* machen. Die N.S.D.A.P. kümmere sich in erster Linie um das Schicksal der deutschen

---

1 Christian Weber (1883-1945), Pferdehändler, 1921 Eintritt in die NSDAP, Angehöriger des "Stoßtrupp Hitler", 1921-1923 Organisator der Reichsleitung der NSDAP, 1923/24 Schutzhaft wegen Teilnahme am Hitler-Putsch, 1926-1934 Stadtrat in München, 1931-1933 Kreisrat, 1935-1945 Ratsherr und Ratspräsident der Stadt München, 1933-1945 Präsident des Kreistags von Oberbayern.

2 Am 30.6.1929 wurden die Modalitäten bekanntgegeben. Die Sternfahrten sollten am 1.8.1929 um 8.00 Uhr beginnen und am 4.8.1929 um 14.00 Uhr in Nürnberg enden. Erster Preis sollte ein von Hitler gestifteter "Adolf-Hitler-Wanderpreis" sein. Vgl. VB vom 30.6.1929, "Stern-Fahrten Ziel Nürnberg".

1 In den Hofbräugaststätten, abends. Die öffentliche Versammlung, an der laut Bericht des Bezirksamts Coburg rund 2.000 Personen teilnahmen, leitete Stadtrat Franz Schwede. Hitler sprach zwei Stunden.

2 Vgl. VB vom 25.6.1929, "Hitlerversammlung in Koburg" sowie Franz Schwede-Coburg, Kampf um Coburg, München 1939, S. 152 f. Zu den äußeren Umständen vgl. Bericht des Bezirksamts Coburg an die Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 24.6.1929; StA Nürnberg, Pol. Dir. Nürnberg-Fürth Nr. 1740.

3 Am 23.6.1929 fand in Coburg die Neuwahl des Stadtrats statt. Vgl. Dok. 33, Anm. 2.

Nation, die durch das Verbrechen des Waffenstillstands 1918 [4] langsam immer weiter in das Elend und die Knechtschaft [5] gezogen worden sei. Die Partei sei gegen die Gedankenverwirrung einer Verständigung, *Deutschland müsse wieder egoistisch werden.* Die drückenden Tagesfragen des *einzelnen* können niemals gelöst werden, ehe nicht die Zerrissenheit der *ganzen Nation* beseitigt ist. Der Gesichtspunkt auch bei den Wahlen müsse nur Markstein sein auf dem Wege zur Eroberung der politischen Macht, *nicht* durch *irgendwelche Parteien*, sondern durch das *deutsche Volk.* Geholfen werden muß dem ganzen Volk, das erst dann wieder dem Einzelnen helfen kann, denn wir sind an *die Gesamtheit der Nation gebunden.* [*Der*] Redner sprach dann davon, wie jede Zeit ihren repräsentativen Vertreter hatte, *weil sie ihn verdiente.* Preußen hatte einen Friedrich den Großen, England hatte einen Cromwell, und Deutschland hat augenblicklich einen Stresemann, der es als deutscher Außenminister fertigbringt, seinen Erholungsurlaub an der *Riviera* zu verbringen [6].

Trotz allem dürfen wir den Glauben an das deutsche Volk nicht verlieren, ist es doch noch *dasselbe Volk, das viereinhalb Jahre einen Weltkrieg bestanden hat.* Auch von 1806 nach 1913 [7] war ein Schritt, der einem Volk in *Sklaverei* die *Freiheit* brachte, allerdings nur durch das Schwert.

[*Der*] Redner ging dann ausführlich auf die deutsche Außenpolitik, die Innenpolitik und die Unterdrückung des deutschen Volksgeistes ein und kam zum Ergebnis, daß *nur der Kampf gegen den Internationalismus* aus der Not unserer Zeit führen könne. Die Zukunft des deutschen Volkes ist ein Problem der Abkehr vom Internationalismus, einer Abkehr vom Hoffen auf die Hilfe anderer. Die *persönliche Kraft* entscheidet und nicht die *Zahl.*

Weiter schilderte Hitler die Entstehung der nationalsozialistischen Idee, die, aus einem Nichts entstanden, sich bis zur heutigen Größe entwickelt hat. *Ein* Wille ist es, der alle zusammenhält, das Suchen nach einer Weltanschauung, nach Gestaltung, *das Suchen nach einem anderen Deutschland, das machtvoll die Pariser Ketten* [8] *zerbricht.* [9]

---

4 Vgl. Dok. 6, Anm. 40 sowie Dok. 30, Anm. 4.
5 Anspielung auf die deutschen Reparationsverpflichtungen.
6 Vgl. Dok. 14, Anm. 1. Im Juli 1929 verbrachte Gustav Stresemann einen Kuraufenthalt auf Bühlerhöhe im Schwarzwald.
7 Muß heißen 1813. Vgl. Dok. 26, Anm. 45.
8 Vgl. Dok. 41, Anm. 11.
9 Folgt Bericht über weiteren Versammlungsablauf.

23. Juni 1929 Dok. 44
Rede auf NSDAP-Versammlung in Coburg [1]

VB vom 5.7.1929, "Zum Sieg des Hakenkreuzes in Koburg" [2].

In zündender Rede feierte er den Erfolg der Coburger Nationalsozialisten [3], welcher nach seiner Ansicht als ein gutes Zeichen für den Augang der anfangs Dezember d[*iese*]s J[*ahre*]s in ganz Bayern stattfindenden Gemeindewahlen [4] zu bewerten sei.

30. Juni 1929 Dok. 45
"Parteigenossen!"
Aufruf

VB vom 30.6.1929 [1].

Deutsche Männer und deutsche Frauen!

Vom 1. - 4. August [*1929*] findet in Nürnberg der Reichsparteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei statt. Fünfzehn Jahre sind damit seit dem unvergeßlichen und denkwürdigen Tag vergangen, da das deutsche Heer sich anschickte, zur Verteidigung unserer Heimat an die

Fronten des Weltkriegs

abzurücken [2]. Unerhört sind die Leistungen des Heeres gewesen, herrlich die Siege, unvergleichlich der Opfermut, ebenso groß aber auch das Opfer selbst.

Rund 2 Millionen Männer, vom Knaben fast bis zum Greis, hat unser Volk im größten Ringen der Weltgeschichte an Toten verloren [3]. Es gibt kaum eine Familie in Deutschland, die nicht Blutzoll bringen mußte.

Das offizielle Deutschland von heute jedoch hat diesen unsterblichen Helden den Dank verweigert [4]. *So wollen wir uns der Kameraden von einst, die für uns alle das Leben lassen mußten, mit dankerfülltem Herzen erinnern.*

---

1 In den Hofbräugaststätten, abends.
2 Vgl. Coburger Zeitung vom 24.6.1929, "Der Bezirk erhält eine Ehrenstandarte".
3 Von den 25 Mandaten hatten, bei 70% Wahlbeteiligung, die NSDAP 13, die SPD sieben, die DNVP drei und der Nationalliberale Verband zwei erhalten. Vgl. Coburger Tageblatt vom 24.6.1929, "Nationalsozialistische Ernte des Volksentscheids"; Coburger Zeitung vom 24.6.1929, "Ein überwältigender Sieg der Nationalsozialisten"; Vossische Zeitung vom 25.6.1929 (PA), "Residenz Coburg" sowie Hayward/Morris, The First Nazi Town, S. 113.
4 Am 8.12.1929.

1 Nochmals abgedruckt im VB vom 30.7.1929.
2 Vgl. Dok. 1, Anm. 7 sowie Dok. 12, Anm. 4.
3 Vgl. Dok. 6, Anm. 5, 6.
4 Am 4.8.1924 wurde zum zehnten Jahrestag des Kriegsausbruchs ein Gedenk- und Trauertag für die deutschen Opfer des Weltkriegs veranstaltet. In seiner Ansprache dankte Reichspräsident Friedrich Ebert den Gefallenen

Die materielle Zeit der Republik hat kein Verständnis für eine ideale Ehrung, die vielleicht sogar ein Opfer fordern würde. Wir aber wollen uns die Größe des Opfers vor Augen halten, das unsere Kameraden einst brachten und daran den geringen Dank messen, den wir heute zu geben vermögen.

Parteigenossen, Männer, Frauen und Mädchen! Bringt Kränze mit unseren Schleifen nach Nürnberg und legt sie am Sarkophag [5] *als Ehrung und als Zeichen des Nievergessens* [*sic!*] *nieder. Windet diese Kränze wenn möglich selbst. Bringt sie aus allen deutschen Gauen, geschmückt mit den Blumen der Berge und dem Ginster der Heide. Keine Ortsgruppe schicke ihre Vertretung nach Nürnberg, ohne ihr einen Kranz mitzugeben. Kein Sturm komme nach Nürnberg, ohne einen Kranz mitzunehmen. Wer selbst einen Lieben im Felde verloren hat, bringe persönlich einen Kranz des Gedenkens.*

Unsere Jugend soll sehen, daß in unserem Volk die Dankbarkeit erwacht ist, daß die Helden nicht vergessen werden, und sie soll wissen, daß auch sie einst nicht vergessen wird, wenn das Schicksal sie zum Schutze der Heimat ruft.

Bringt Kränze den Toten und Blumen den Lebenden!

Adolf Hitler

Die Kränze sind ab Sonnabend vormittag nach Eintreffen der Sonderzüge in geschlossenen Abordnungen am Gefallenen-Denkmal im Luitpoldhain niederzulegen [6].

Die Reichsleitung

---

ausdrücklich. Reichspräsident und Reichsregierung erließen einen gemeinsamen Aufruf zur Schaffung eines Ehrenmals. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1924, München 1927, S. 56 f.; Lurz, Kriegerdenkmäler, Bd. 4, S. 49.

5 Die Stadt Nürnberg hatte im Luitpoldhain eine Halle zu Ehren ihrer im Weltkrieg gefallenen Bürger errichten lassen, die jedoch noch nicht eingeweiht worden war. Davor bauten die Nationalsozialisten einen großen Sarkophag auf. Vgl. Siegfried Zelnhefer, Die Reichsparteitage der NSDAP. Geschichte, Struktur und Bedeutung der größten Propagandafeste im nationalsozialistischen Feierjahr, Nürnberg 1991, S. 43 ff.

6 Am 4.8.1929 um 8.00 Uhr fand im Luitpoldhain als Totenehrung ein Appell von ca. 25.000 SA und SS-Männern statt. Franz Xaver Ritter von Epp hielt die Gedenkrede. Anschließend marschierte die SA durch die Stadt und am Hauptmarkt an Hitler vorbei. Vgl. ebenda.

2. Juli 1929 Dok. 46
Schreiben an Leopold Poetsch [1]

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschrift; BA, NS 26/15.

Hochverehrter Herr Schulrat,

von einer Reise zurückkehrend, finde ich Ihre Zeilen vom 20. Juni [*1929*] [2] vor. Sie können sich kaum vorstellen, welche Freude Sie mir mit diesen gemacht haben. Riefen Sie mir doch mit einem Schlag die Erinnerungen an die Jugendjahre wach und an die Stunden bei einem Lehrer, dem ich unendlich viel verdanke, ja, der mir zum Teil die Grundlage gegeben hat für den Weg, den ich inzwischen zurücklegte.

Statt der erbetenen Abschrift aus meinem Buche, lasse ich Ihnen dieses selbst zugehen; Sie werden die betreffende Stelle zu Beginn des ersten Bandes finden [3]. Bei einer Neuauflage desselben wird Ihr Vorname selbstverständlich berichtigt [4].

Mit herzlichen Grüssen und dem Ausdruck meiner Verehrung,

Ihr Ihnen stets ergebener

Adolf Hitler

---

1 Leopold Poetsch (1865-1941), Dr. phil., Lyzealdirektor, 1901-1904 Geschichtslehrer Hitlers an der Linzer Realschule, 1930-1938 Vorstand der Raiffeisenkasse St. Andrä, 1931-1938 Gemeinderat in St. Andrä, 1941 Staatsbegräbnis.

2 "Hochgeschätzter Herr Hitler!
Entschuldigen Sie vielmals in Güte diese einfache Ansprache, da mir der Ihnen zukommende Titel nicht bekannt ist. Durch Zufall kam ich vor kurzem mit zwei nach Triest reisenden Reichsdeutschen über Ihre, mir hochwerte Persönlichkeit zu reden, die mit rührender Anhänglichkeit und Begeisterung von Ihnen sprachen. Unter anderem erwähnte ich, daß ich Ihr Lehrer an der Staatsrealschule in Linz war. Die Nennung meines Namens veranlaßte sie zur Frage, ob ich nicht etwa der Professor Dr. Ludwig Poetsch sei, dessen Herr Hitler in seinem Werke 'Mein Kampf' mit seltener Schüleranhänglichkeit rührend gedenkt. Ich antwortete, daß darüber wohl kein Zweifel bestehen könne, obwohl ich nicht Ludwig sondern Leopold Poetsch heiße. Indem ich Ihnen, bester, liebenswerter Herr Hitler, für die mir zugedachte, wohl nicht ganz verdiente Anerkennung herzlich danke, möchte ich Sie freundlichst ersuchen, mir eine Abschrift der mir gewidmeten Erinnerungsstelle in Ihrem Werke zukommen zu lassen, die ich als Vermächtnis meiner Familie hinterlassen möchte. Nehmen Sie diese freimütige Zuschrift Ihrem alten Lehrer nicht übel, der sich mit Freude seines Schülers erinnert und seien Sie herzlichst gegrüßt [...]"; BA, NS 26/15.

3 Vgl. Adolf Hitler, Mein Kampf. Bd. 1: Eine Abrechnung, München ^{3}1928, S. 11 f.

4 In der vierten Auflage (Adolf Hitler, Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band - ungekürzte Ausgabe. Erster Band: Eine Abrechnung. Zweiter Band: Die nationalsozialistische Bewegung. IV. Auflage, 33. bis 42. Tausend, München 1930, S. 12) wurde der Vorname korrigiert. Vgl. Hermann Hammer, Die deutschen Ausgaben von Hitlers "Mein Kampf". In: VfZ 4 (1956), S. 161-178, S. 172 f.

5. Juli 1929 Dok. 47
Rede auf NSDStB-Versammlung in Berlin [1]

Der Angriff vom 15.7.1929, "Kampf um Berlin" [2].

Er [*Hitler*] verglich die Zeit von 1806 bis [*18*]13 [3] mit den zehn Jahren seit Versailles [4]. Damals habe die deutsche Professorenschaft, allen voran *Fichte* [5], den Freiheitswillen in der akademischen Jugend entfacht, unbekümmert darum, daß

der Feind im Lande

stand. Heute wird den deutschen Studenten und ihren Führern, der deutschen Professorenschaft, *verboten* [6], sich gegen die Kriegsschuldlüge [7] zu wehren. *Heute* schlägt die Polizei

mit dem Gummiknüppel [8]

auf die Jugend, die aus ihrer Liebe zum Vaterlande, aus ihrer Liebe zur Freiheit, kein Hehl macht [9]. Aber jeder Schlag bringt uns dem Tage näher, wo wir ebenso legal den Gummiknüppel schwingen werden, wie andere es *heute* tun. [10]

6. Juli 1929 Dok. 48
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 6.7.1929.

Wenn sich im Völkerleben Charakterlosigkeit und Feigheit zu verbergen versuchen, dann geschieht dies nicht selten unter der Maske der Klugheit. Es gibt nicht wenige ehrlose Handlungen, die man den Völkern als Ausfluß einer höheren Klugheit hinzustellen versuchte. Elende

---

1 Im Kriegervereinshaus, nach 20.00 Uhr. An der öffentlichen Versammlung, die vom Reichsführer des NSDStB, Baldur von Schirach, geleitet wurde, sprachen vor Hitler Schirach und der Propagandaleiter des NSDStB Ottmar Wetzel. Goebbels gibt in seinem Tagebuch an, Hitler habe eine Stunde gesprochen. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 180 f.

2 Vgl. auch VB vom 9.7.1929, "Adolf Hitler bei den nat.-soz. Studenten".

3 Vgl. Dok. 26, Anm. 45.

4 Vgl. Dok. 3, Anm. 56.

5 Anspielung auf Johann Gottlieb Fichtes (1762-1814) "Reden an die deutsche Nation", die er 1807/08 im von den Franzosen besetzten Berlin hielt.

6 Auf Antrag der Reichsregierung hatte die preußische Regierung für den 28.6.1929, dem 10. Jahrestag des Versailler Friedensvertrags, alle an den Hochschulen bisher üblichen Veranstaltungen verboten. Vgl. Anselm Faust, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1973, S. 97 f.

7 Vgl. Dok. 28, Anm. 4.

8 Vgl. Dok. 11, Anm. 4.

9 Am 4.7.1929 war ein Demonstrationszug der völkischen "Allgemeinen Studentenschaft" vom Opernplatz zum preußischen Kultusministerium bei der Verletzung der Bannmeile von der Polizei gewaltsam aufgelöst worden. Vgl. Vossische Zeitung vom 5.7.1929 (PA), "Völkische Studenten demonstrieren".

10 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

Kapitulationen haben öfter als einmal diese Motivierung gefunden. Die deutsche Geschichte der letzten zehn Jahre kann diese Tatsache durch zahllose Einzelbeispiele noch weiter erhärten. Was hat die Republik seit dem Jahre 1918 nicht alles getan, was von einer objektiven Geschichtsforschung dereinst mit einem Maßstab gemessen werden wird, den in Preußen einmal Clausewitz schon angelegt hat [1], heute aber als einzig mögliche Handlung eines klugen Regiments gepriesen wird? Kapitulationen wurden unterschrieben, die für alle Zeiten zu den schamlosesten Dokumenten menschlicher Ehrlosigkeit zu rechnen sein werden, und zwar nicht etwa für unsere Gegner! Der Sieger vertritt seine Interessen. Niemand kann ihn deshalb schelten. Zu verachten ist aber der Besiegte, der eigene Interessen gar nicht mehr kennen will, ja, der von vornherein erklärt, daß er für alle Zukunft nicht mehr bereit ist, für solche Interessen einzutreten, der sich selbst zum ehrlosen Halunken herabwürdigt, indem er die Vertretung seiner Volksinteressen von früher als schuldiges Verbrechen anerkennt. Daß Frankreich Deutschland vernichten will, ist ein politisches Ziel. Daß Deutschland sich dieser Vernichtungsabsicht ohne äußersten Widerstand fügt, ist eine politische Ehrlosigkeit. Für den Friedensvertrag von Versailles [2] gilt aber das, was Clausewitz von allen solchen feigen Unterwerfungen als wesentlich anführt, indem er in ihnen einen Anlaß zum sich fortsetzenden Verfall eines Volkes sieht.

Als die deutschen "Unterhändler" ihre Unterschrift unter dieses grauenhafteste Edikt der Weltgeschichte setzten, unterschrieben sie eine doppelte Lüge. Erstens, daß Deutschland schuld und Veranlassung gewesen sei zum Weltkrieg [3] und mithin einer gerechten Strafe überliefert werden müsse, und zweitens, daß die uns auferlegten Bedingungen erfüllbare seien. Weder war Deutschland schuld am Krieg, noch sind die im Versailler Vertrag niedergelegten Bedingungen erfüllbar für ein Volk, das nicht selbst zu sterben gedenkt. So entsetzlich das Versailler Edikt aber auch als formales Dokument der Unterwerfung sein kann, so ist doch das entsetzlichste die Art, in der die deutsche Republik die Erfüllung dieser Erpressung versuchte. Es wird auch einmal die Aufgabe einer späteren Geschichtsschreibung sein, den Unterschied herauszumeißeln, der zwischen der Art des Ertragens der napoleonischen Diktatur von 1806 bis 1813 in Preußen [4] und der des Ertragens des Friedensvertrages von Versailles 1919 bis 1929 klafft. 1806 bis 1813 eine zähneknirschend ertragene fremde Unterdrückung, 1919 bis 1929 in devoter Hingabe erfüllte "Verpflichtungen". Das nationalsozialistische Deutschland wird einst auch weniger über die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles an sich zu richten haben als über die Art der Durchführung. Und da muß eines schon heute festgestellt werden: Was uns seitdem Frankreich an Gemeinheiten zugefügt hat, wäre alles nicht denkbar, wenn sich nicht in Deutschland Schergen gefunden hätten, deren politische Gesinnungslosigkeit jede französische Niedertracht noch turmhoch überragt. Es gäbe keine französischen Richter über Deutschland, hätten sich nicht in unserem eigenen Volk politische Henker gefunden, die

1 Gemeint ist Clausewitz' Bekenntnisdenkschrift von 1812, mit der er seine Abkehr von Preußen und den Eintritt in russische Dienste rechtfertigte. Druck: Carl von Clausewitz, Politische Schriften und Briefe. Hrsg. von Hans Rothfels, München 1922, S. 80-119. Vgl. auch Norbert Krüger, Adolf Hitlers Clausewitzkenntnis. In: Wehrwissenschaftliche Rundschau 18 (1968), S. 467-471.

2 Abgeschlossen am 28.6.1919. Vgl. Dok. 3, Anm. 56.

3 Vgl. Dok. 28, Anm. 4 sowie Dok. 1, Anm. 6.

4 Vgl. Dok. 26, Anm. 45.

für gleißendes Gold und feiles Lob an der Hinrichtung Deutschlands mithelfen. Diese haben die Nation gefesselt, und sie sorgen für ihre Wehrloserhaltung, und mit ihnen muß zu allererst abgerechnet werden. Zehn Jahre Friedensvertrag von Versailles enthalten eine zehn Jahre lang begründete Forderung nach Bestrafung der Novembermänner. Sie haben Versailles ermöglicht, und nur ihr Sturz kann einst auch dieses Zwing-Uri brechen [5].

Die deutsche Reichsregierung hat an das deutsche Volk eine "Proklamation" erlassen [6]. Sie versucht es darin so hinzustellen, als ob das deutsche Schuldbekenntnis zum Kriege nur erzwungen und nicht ernst gemeint gewesen sei. Diese Proklamation ist mitunterschrieben von Angehörigen der marxistischen Parteien. Es muß hier doch festgestellt werden, daß es aber diese Parteien gewesen sind, die überhaupt erst dem Ausland die Möglichkeit schufen, von einer deutschen Schuld am Kriege zu reden. Oder will Herr Carl Severing es heute leugnen, daß es seine sozialdemokratische Partei gewesen ist, die schon jahrzehntelang vor dem Kriege Deutschland als "Weltfriedensstörer" in unzähligen Proklamationen und Kundgebungen hingestellt hat [7]? Will Herr Severing etwa leugnen, daß es die Presse seiner Partei war, die unermüdlich das deutsche Heer und das deutsche Offizierskorps als Friedensbedroher der anderen Nationen der Welt denunzierte? Und will Herr Carl Severing es etwa leugnen, daß seine Partei den deutschen Kaiser schon zu einer Zeit zum Feind des Weltfriedens stempelte, als im Ausland noch kein Mensch an einen solchen Unsinn dachte? Daß seine Partei die infamsten Lügen über den deutschen Militarismus, das Übermaß der deutschen Rüstungen, die Blutgier des deutschen Offiziers usw. verbreitete? Und weiß etwa Herr Severing nichts mehr davon, daß seine Partei gerade nach dem Kriege in Publikationen und auf Kongressen die Kriegsschuld Deutschland beigemessen hat [8]? Eine Proklamation über die Unwahrheit der deutschen Kriegsschuld, die von Vertretern der sozialdemokratischen Partei unterschrieben ist, wird auf das Ausland schon den richtigen Eindruck machen. Wie sie gedacht ist, geht aber am schlagendsten hervor aus der Formulierung des Satzes, daß Deutschland nicht die "Alleinschuld" am Kriege trage. Also schon schuldig, aber nicht ganz schuldig. Sollte also jemals die Nation in dieser Frage etwas unternehmen, dann kann damit die Unschuld Deutschlands gar nicht mehr festgestellt werden, denn die heutige Reichsregierung steht ja selbst auf dem Standpunkt zumindest einer Teilschuld Deutschlands. Nun kann man sich über eine solche unglaubliche Tat in Deutschland vielleicht ärgern, aber wie wird man das erst in England beurteilen oder in Paris? Wie kann darüber zum Beispiel ein englischer oder französischer Staatsmann denken, der doch genau weiß, wie die beiden Staaten in jahrelanger Arbeit den Krieg planmäßig vorbereitet haben [9], der weiß, wie man langsam die Schlinge um Deutschland legte und dann zuzog,

5 Anspielung auf Schillers "Wilhelm Tell".

6 Am 28.6.1929, zum zehnten Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrags, hatten Reichspräsident und Reichsregierung eine Botschaft an das deutsche Volk gerichtet, in die "Behauptung der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege" zurückgewiesen wurde. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 140 f.

7 Vgl. Dok. 6, Anm. 39.

8 Die SPD erkannte in der Politik der Reichsregierung im Juli 1914 eine Mitverantwortung Deutschlands am Ausbruch der Krise und wandte sich gegen die "Unschuldspropaganda", bekämpfte aber andererseits die Alleinschuldthese. Vgl. Ulrich Heinemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983, S. 244 ff., 257.

9 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

und der nun in einer offiziellen Kundgebung der deutschen Reichsregierung zu seinem Erstaunen vernimmt, daß die Deutschen nicht "allein", also ebenfalls schuldig sind am Kriege? Ja, was wird so ein Engländer oder Franzose über so einen deutschen "Staatsmann" denken, der so etwas unterzeichnet. Und kann man dann ermessen, warum und mit welcher Verachtung wir heute von den Diplomatien dieser Länder behandelt werden?

Als im Jahre 1870 Frankreich Republik wurde [10], war dieser Wandel der Staatsform zunächst auch nur von dem Pariser Gesindel unter der Leitung von Journalisten und Advokaten vorgenommen worden. Wie in Deutschland waren es auch dort ein Haufen Juden, die an die Spitze des souveränen Volkes schnellten... Aber immerhin war wenige Monate später die französische Republik als Staatsform gefestigt. Nicht als ob sie das Schicksal grundsätzlich hätte ändern können, aber sie versuchte wenigstens, dem Schicksal zu trotzen. Die Revolution des Jahres 1870 drückte dem französischen Volk neue Waffen in die Faust, die Revolution im Jahre 1918 hat dem deutschen Volk die Waffe zerschlagen und in tausenden landesverräterischen Einzelhandlungen dem Ententewillen unterworfen und ausgeliefert [11]. Die französische Republik wurzelte daher immerhin in den Herzen von vielen und nicht den schlechtesten Franzosen. Ihre Trikolore [12] hat sie, wenn auch nicht siegreich, aber dann doch nicht entehrt, aus dem großen Krieg gerettet. Die deutsche Republik hat sich der Sieger von einst geschämt, ihre Farben beseitigt, die Kokarden entfernt [13] und ihr eigenes Symbol geschaffen [14]. Das Kaiserreich von einst fußte im Herzen von Millionen Deutschen, die auch bereit waren, dafür ihr Herzblut hinzugeben. Die deutsche Republik fußte in einem gesetzgeberischen Akt, der von den einen Deutschen anerkannt, von den anderen überhaupt abgelehnt wird. Es ist kein Wunder, wenn die Republik schon seit ihrer Gründung von tausend Ängsten über ihren eigenen Bestand verzehrt wird. Denn das fühlen die Herren Patentrepublikaner alle ziemlich deutlich, daß das heutige Deutschland der Weimarer Verfassung nicht viereinhalb Jahre Weltkrieg durchzuhalten in der Lage wäre, ja nicht einmal 36 Stunden Trommelfeuer [15].

Da die Republik ihre innere Schwäche kennt, meidet sie nach außen auch jede Gefahr. Das heutige deutsche Regiment kann gar keine andere als pazifistische Außenpolitik betreiben. Das Vertrauen in die Solidität ihres republikanischen Wunderstaates sowohl als in die Liebe und Zuneigung der von dieser Staatsform beglückten Bürger ist so gering, daß man nur durch besondere Gesetze glaubt, das Weimarer Monument vorm Zusammenbruch retten zu können. Das Republikschutzgesetz [16] soll dieser Konservierungsarbeit in erster Linie dienen. Es ist dieses Gesetz der konzentrierte Ausdruck der Unfähigkeit, mit den verfassungsmäßigen Mitteln den Staat vor der Liebe seiner Untertanen zu schützen. Würde das deutsche Volk selbst

10 Am 4.9.1870 war in Paris die Republik proklamiert worden.

11 Vgl. Dok. 6, Anm. 40.

12 Gemeint ist die 1792 eingeführte blau-weiß-rote französische Nationalflagge.

13 Vgl. Dok. 41, Anm. 5.

14 Artikel 3 der Reichsverfassung vom 11.8.1919 legte fest: "Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold. Die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke." Druck: RGBl. 1929, S. 1383.

15 Im Ersten Weltkrieg entstandene Bezeichnung für ein mit bis dahin unbekannter Intensität auch tagelang anhaltendes Vernichtungsfeuer der Artillerie. In der Herbstschlacht in der Champagne 1915 erstmals von französischer Seite angewandt, wurden von da an alle größeren Angriffe auf diese Weise eingeleitet.

16 Vgl. Dok. 28, Anm. 10.

jetzt nachträglich ein Volksbegehren vorgesetzt erhalten über seine Staatsform, dann könnten die Revolutionsväter noch heute ihre blauen Wunder erleben, so wenig ist es ihnen gelungen, ihren Staat dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit näherzubringen. Wenn das alte Reich feierte, jubelte Deutschland, wenn die heutige Republik jubelt, feiern nur ein paar Parteien. Alles andere wird durch einen mehr oder minder sanften behördlichen Druck gezwungen, in Begeisterung mitzumachen. Wer würde heute in Deutschland flaggen, wenn nicht der Zwang an allen Ecken und Enden nachhälfe [17]? Das Republikschutzgesetz, eine monströse Vertausendfachung der ehemaligen Majestätsbeleidigungsparagraphen [18], sollte den Widerstand gegen das heutige Regiment langsam abwürgen. Dabei war aber schon die Bezeichnung des Gesetzes eine fälschliche. Denn die meisten Täter, die unter dieses Gesetz fielen, haben niemals die Republik bekämpft oder gar den Staat an sich, wie die frechen Verräter und Vernichter des alten Staates heute vorlügen, sondern nur das Regiment einer schamlosen Parteiclique, die das deutsche Vaterland und damit natürlich auch die Republik zugrunde richten. Nun ist dieses Gesetz gefallen [19], und es ist fast eine höhere Fügung, daß es durch denselben Geist fiel, aus dem es einst geboren wurde. So wie nur Parteiinteressen einst die Entstehung dieses Gesetzes veranlaßten, so ist es nun über ebensolche Parteiinteressen gestolpert. Die Wirtschaftspartei [20] nahm dagegen Stellung, weil ihr ein anderer Wunsch, nämlich die Zurückziehung des Wohnheimstättengesetzes [21], verweigert wurde. Der Geist, aus dem die Republik einst entstanden ist, folgt ihr auf allen Wegen als getreuer Schatten nach.

Es geht nichts über einen wirklich gottesfürchtigen und christlichgläubigen Parlamentarier. In den anderen Ländern sind sie ja nicht so zahlreich zu finden, weil dort häufig das ketzerische Element überwiegt. Aber unser Bayernland ist glücklich genug, seine Geschicke in den Händen von Männern zu wissen, die der historischen Mehrheit entstammen und dabei in die Härte des politischen Kampfes den Balsam wahrhaftiger christlicher Gesinnung, Gesittung und Nächstenliebe hineinbringen. Allerdings alles an seinem Platze. Wenn zum Beispiel verruchte Hakenkreuzler von sich reden machen oder gar in gefahrdrohender Weise die öffentliche Ruhe und friedliche Ordnung der königlich bayerischen Republik bedrohen, dann kann man natürlich nicht in christlicher Nächstenliebe diesen Kindern des Teufels entgegentreten, sondern dann zückt der volksparteiliche Kreuzritter von Eichstätt [22] Schwert oder Gummiknüttel [23] und haut auf die verrohten Schädlinge des christlichen Bayernlandes mit Wucht und

---

17 Vgl. z. B. Dok. 23, Anm. 21.

18 Vgl. Dok. 3, Anm. 30.

19 Vgl. Dok. 29, Anm. 18.

20 Im September 1920 hatten mittel- und ostdeutsche Zusammenschlüsse von Handwerkern, Kleinhändlern sowie Haus- und Grundeigentümern die Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes gegründet, seit 1925 Reichspartei des deutschen Mittelstandes. Die Partei, die sich selbst als "nationalgesinnt" bezeichnete, vertrat vor allem wirtschafts- und steuerpolitische Forderungen. Vgl. Martin Schumacher, Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei, Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919-1933, Düsseldorf 1972.

21 Bezieht sich auf das Reichsheimstättengesetz vom 10.5.1920. Dieses Gesetz erlaubte dem Reich, den Ländern und den Gemeinden, Einfamilienhäuser zu besonderen Bedingungen als Eigentum zu vergeben. Druck: RGBl. 1920, S. 962 ff.

22 Anspielung auf den Vorsitzenden der BVP-Fraktion im Bayerischen Landtag Georg Wohlmuth, Dompropst in Eichstätt.

23 Vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Gewalt liebevoll hinein. Und hier können diese Frommen dann Züge annehmen, die fast sadistisch aussehen würden, wenn es sich eben nicht um die Ausrottung der hakenkreuzlerischen Pestilenz handelte. Von dieser Pestilenz geht nun als besonders satanisches Werk seit Jahren eine Bewegung aus, den lieben jüdischen Volksgenossen das Schächten [24] des Viehes zu verbieten, das heißt also, zu fordern, daß kein Tier einen langsamen Martertod sterben darf. Die christliche Menschheit hat, von viehisch verrohten Naturen abgesehen, dies an sich schon längst gefordert und in vielen Staaten auch durchgeführt. In den Städten sorgen Tierschutzvereine dafür, daß keine Mißhandlungen an wehrlosen Lebewesen vorgenommen werden dürfen. Nur in den Schlachthäusern des auserwählten Volkes in Bayern wird das Vieh auf eine mehr als entsetzlich grausame Weise geschächtet, das heißt zu Tode gequält und ausgeblutet. Ärzte, Tierschutzvereinigungen, öffentliche Korporationen haben sich unzählige Male dagegen gewendet und, wie schon bemerkt, in einer ganzen Anzahl von Staaten diese viehische Grausamkeit beseitigt. Nun hat auch der Bayerische Landtag bereits einmal dazu Stellung genommen und die bayerische Landesregierung aufgefordert, sofort das weitere Schächten, das heißt Martern und Ausblutenlassen der Tiere bei lebendigem Leibe zu verbieten. Der Antrag wurde angenommen [25]. Selbst Judenparteien nahmen dafür Stellung. Es geschah aber nichts. Nun wurde im Bayerischen Landtag zum zweiten Male die Angelegenheit behandelt und abermals der Antrag wiederholt. Und wieder stimmten bis zu den Sozialdemokraten und Kommunisten alle für die Aufhebung dieser grauenhaften Kulturschande [26]. Nur eine einzige Partei nimmt für diese Schinderei des unschuldigen Viehes in wärmster Weise Stellung: die christliche Bayerische Volkspartei [27]. Die Partei der frommen Nächstenliebe, die kann es nicht über das Herz bringen, den lieben, braven jüdischen Mitbürgern weh zu tun. Evangelische und katholische Deutsche in ihrem Gefühl zu beleidigen, (und zwar auch in ihrem religiösen Gefühl zu beleidigen!) fällt diesen frommen Parlamentariern nicht schwer. Juden aber eine empörende Schinderei zu verbieten, das ist unmöglich. Das bringt das christliche Gemüt nicht über das parlamentarische Gewissen. Dabei handelt es sich um dasselbe Judentum, das einst Christus selbst an das Kreuz geschlagen hat. Allerdings der Bayerischen Volkspartei ist heute der Jude genau so wertvoll wie Christus der Herr. Den Namen des Herrn mißbraucht man, um politische Wahlen zu machen, und das Geld des Juden, um sie zu finanzieren. Ob das Vieh dann mit Schmerzen verreckt oder nicht, läßt das Herz eines solchen frommen parlamentarischen Biedermannes eiskalt.

---

24 Rituell einzig zulässige jüdische Schlachtmethode. Vgl. Neues Lexikon des Judentums. Hrsg. von Julius H. Schoeps, Gütersloh 1992, S. 410. Zur zeitgenössischen Auseinandersetzung vgl. Jacob Levy, Die Schächtfrage unter Berücksichtigung der neuen physiologischen Forschungen, Berlin ^{2}1929.

25 Am 8.7.1926 hatte der Bayerische Landtag "mit großer Mehrheit" die Staatsregierung ersucht, "alsbald eine gesetzliche Anordnung" zur obligatorischen Betäubung des Schlachtviehs vor der Schlachtung zu erlassen. Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags, Stenographische Berichte, 128. Sitzung vom 8.7.1926, S. 736 ff.

26 Am 27.6.1929 wurden im Bayerischen Landtag drei Eingaben zur Schächtfrage behandelt und mit 70 gegen 38 Stimmen zustimmend an die Staatsregierung weitergeleitet. Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags, Stenographische Berichte, 51. Sitzung vom 27.6.1929, S. 484 ff.

27 Von den anwesenden Abgeordneten der BVP hatten alle gegen den Antrag gestimmt. Anton Scharnagl begründete diese Haltung damit, daß "auf die religiöse Überzeugung der gläubigen Juden Rücksicht genommen werden" müsse. Vgl. ebenda, S. 485.

9. Juli 1929 Dok. 49
"Die sächsische Regierungsfrage und die Nationalsozialisten"
Artikel

VB vom 9.7.1929.

Wenn sich das deutsche Bürgertum bemüht haben würde, den Nachweis seiner politischen Unmöglichkeit zu erbringen, dann hätte dies kaum glänzender gelingen können, als es heute in Sachsen der Fall ist [1]. Unter dem Motto: "Sachsen muß antimarxistisch sein", wurde die Wahl gemacht. Sie hat der bisherigen Regierungskoalition [2] nur eine sehr schwache Stellung gegeben. 46 Mann der Regierungsparteien gegen 45 der Sozialdemokraten und Kommunisten [3]. Den Ausschlag geben damit die 5 Nationalsozialisten [4]. Die Haltung unserer Fraktion würde einfach sein, wenn die Koalition der 46 innerlich eine wirklich tragfähige Homogenität darstellen würde. Das ist aber nicht der Fall. Demokraten und Altsozialisten [5] sind politisch nur als unsichere Regierungskantonisten zu bewerten. *Ja, bis in die Kreise der Volkspartei hinein herrscht der stille Wunsch, mit den Sozialdemokraten die Weimarer Koalition [6] aufleben zu lassen.*

Es gibt vielleicht auch unter unseren eigenen Parteigenossen manchen, der in einer solchen Lage die Neutralität oder besser den Kampf unserer Fraktion gegen alle Seiten als zweckmäßig oder zumindest dem Gefühl entsprechend wünschen wird. Ich kann mich einer solchen Auffassung nicht anschließen. So widerlich im einzelnen die bürgerlichen Parteien sein mögen, so ekelhaft ihr Geschiebe um Ministerstühle auch ist, so sicher sind sie trotzdem für die nationalsozialistische Bewegung das kleinere Übel. Die nationalsozialistische Fraktion hat sich deshalb auch bemüht, die Interessen der Bewegung nach Möglichkeit wahrzunehmen, indem sie

---

1 Zur Regierungsbildung in Sachsen nach der Wahl vom 12.5.1929 vgl. Hans Fenske, Sachsen und Thüringen 1918-1933. In: Die Regierungen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten 1815-1933, Boppard a. Rh. 1983, S. 185-217, S. 189 sowie Woelker, Das Staatsleben unter der Sächsischen Verfassung, S. 92 ff.

2 Sachsen wurde bis zum 26.6.1929 von einer Koalition unter Ministerpräsident Max Heldt von der Alten Sozialistischen Partei Sachsens (ASPS) mit DDP, DNVP, DVP, SPD, Wirtschaftspartei (WP) und Volksrechtpartei (VRP) regiert.

3 Bei der Wahl zum sächsischen Landtag am 12.5.1929 erhielten die Parteien der bisherigen Regierungskoalition 41 Sitze, davon die ASPS zwei, die DDP vier, die DVP 13, die DNVP acht, die WP elf und die VRP drei Sitze. Die KPD mit zwölf, die SPD mit 33 sowie Sächsisches Landvolk und NSDAP mit je fünf Sitzen bildeten die Opposition. Vgl. Falter, Wahlen und Abstimmungen, S. 108. Das Sächsische Landvolk trat bei dieser Wahl zum ersten Mal an und kann dem Regierungslager nicht zugerechnet werden.

4 Beim dritten Wahlgang am 25.6.1929 war als neuer Ministerpräsident Wilhelm Bünger (DVP) von NSDAP, DNVP, DVP, WP, VRP mit 44 Stimmen gewählt worden. 40 Stimmen hatten andere Kandidaten erhalten, die zwölf Kommunisten hatten sich ihrer Stimmen enthalten. Da über die Verteilung der Ministerposten noch keine Einigung erzielt worden war, trat der neugewählte Ministerpräsident sein Amt erst am folgenden Tag an. Vgl. Woelker, Das Staatsleben unter der Sächsischen Verfassung, S. 92 ff.

5 Im Juli 1926 konstituierte sich die "Alte Sozialistische Partei Sachsens" aus 23 Landtagsabgeordneten der SPD, die am 24.1.1924 den Antrag des linken Flügels auf Landtagsauflösung verhindert hatten und bis April 1926 aus ihrer Partei ausgeschlossen worden waren. Mit ihrer Haltung hatten sie die Koalition des ebenfalls aus der SPD ausgeschlossenen Ministerpräsidenten Max Heldt mit DVP und DDP unterstützt. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. VI, S. 808 f.

6 Koalition von SPD, DDP und Zentrum.

einer bürgerlichen nationalen Regierung unter gewissen Voraussetzungen Duldung zusicherte. Die Voraussetzungen waren die Übernahme des Ministerpräsidentenpostens durch einen menschlich anständigen Charakter, der dann ruhig parteimäßig unser Gegner sein kann, sowie die Ausschaltung der demokratischen Absicht, das Innenministerium erneut zu besetzen. Diese letztere Forderung ist eine um so natürlichere, *als die kommende sächsische Regierung zumindest ebensosehr von den 5 Nationalsozialisten abhängt als von den Demokraten.* Es ist geradezu unverfroren, wenn heute von demokratischen Zeitungen die Forderungen der Nationalsozialisten von oben herunter als unannehmbar bezeichnet werden, während die Forderung der 4 Demokraten als selbstverständlich erscheint [7].

Überhaupt hat sich in Sachsen in die bürgerliche Presse ein eigentümlicher Ton eingeschlichen. Kaum waren die Wahlen vorbei, als auch schon ein Teil der bürgerlichen Presse, der uns vor der Wahl nicht genug beschimpfen konnte, die "Loyalität" der Nationalsozialisten, d. h. aber in dem Falle die Unterstützung der bürgerlichen Regierung, als etwas ganz Selbstverständliches hinstellte, über das an sich gar kein Wort zu verlieren sei. Eine journalistische Ungezogenheit, die einen oft geradezu reizte, den Herren zu erklären, daß die nationalsozialistische Fraktion als Antwort auf eine solche unglaubliche Überheblichkeit nunmehr erst recht ihren eigenen Weg gehen werde. Vielleicht hat man allerdings in gewissen Kreisen auch gehofft, dieses Resultat dadurch zu erreichen. Auch vielen Nationalsozialisten war der Geduldsfaden mehr als einmal auf das äußerste angespannt worden. Es ist aber auch hier notwendig, in aller Kühle die Vernunft und nicht das Herz sprechen zu lassen.

Was die Partei von einer marxistischen Regierung zu erwarten hätte, die durch unsere eigene Neutralität unter Umständen eben doch gebildet werden könnte, ist vielleicht nicht jedem Parteigenossen vollkommen klargeworden. Da die Verhältnisse in Sachsen augenblicklich so liegen, daß eine neue Auflösung des Landtages als wahrscheinlich angesehen werden kann, erschien es angebracht, besonders der marxistischen Seite schon jetzt den erwünschten Agitationsstoff aus der Hand zu winden. Es ist damit zu rechnen, daß die roten Demagogen versuchen werden, unsere gutwillige Duldung einer bürgerlichen Regierung in Sachsen "kapitalistischen Interessen" zuzulügen. Um hier nun einen Riegel vorzuschieben und um aber auch den eigenen Parteigenossen zu zeigen, wie unbedingt notwendig und einzig richtig die Haltung unserer Fraktion im sächsischen Landtag ist, hat Parteigenosse Mücke [8] nach erfolgter Verständigung der Reichsleitung versucht, aus den beiden marxistischen Parteien im sächsischen Landtag eine Äußerung herauszubringen, wie das Schicksal der nationalsozialistischen Bewegung wäre, wenn durch unsere neutrale Duldung statt der bürgerlichen eine marxistische Regierung ans Ruder käme [9]. *Es wurden mit Absicht nur Fragen der Sicherheit der Bewegung*

7 Die DDP hatte im vorhergehenden Kabinett Heldt den Innenminister gestellt und war im neuen nicht mehr vertreten.

8 Hellmuth von Mücke (1881-1951), Kapitänleutnant a. D. und Schriftsteller, 1900 Leutnant zur See, 1918 verabschiedet, 1919 Gründer des Hellmuth-von-Mücke-Bundes in Greifswald, 1920 Eintritt in die NSDAP, 1926-1927 MdL in Sachsen (NSDAP), 1929 Austritt aus der NSDAP, danach antinationalsozialistische Agitation.

9 Vgl. Frankfurter Zeitung vom 3.7.1929 (2. MA), "Der Brief des Herrn von Mücke"; Münchener Post vom 6./7.7.1929, "Das 'Bündnisangebot' der Marxistentöter" sowie Vossische Zeitung vom 4.7.1929 (PA), "Mückes Bündnisangebot".

sowie der bürgerlichen Gleichberechtigung unserer nationalsozialistischen Anhänger berührt. Wenn auch die sozialdemokratische Partei diese Anfrage nun kurzerhand abtun will, indem sie behauptet, den Zweck dieses "taktischen Manövers" durchschaut zu haben, *so geht doch auch aus ihrer Erklärung, d. h. aus dem umschriebenen Ausweichen auf die gestellten Fragen für jeden nicht Blinden klar hervor, was eine rote Sachsenregierung, die durch eine neutrale Duldung unserer Bewegung entstünde, für die nationalsozialistische Partei bedeuten würde. Die Kommunisten machten aus ihrer inneren Gesinnung von vornherein kein Hehl und lehnten mit höhnischem Lachen jedes Eingehen auf die gestellten Fragen ab* [10].

Damit hat der Gesamtmarxismus aber der Haltung unserer Fraktion in Sachsen die glänzendste Rechtfertigung erteilt. Es wird nunmehr, sollte es in Sachsen zur neuen Wahl kommen, die Aufgabe unserer Agitation sein, dem von den Marxisten erhobenen Vorwurfe, die Nationalsozialisten unterstützten "bürgerlich-kapitalistische" Parteien, überall die nackte Tatsache entgegenzuhalten, daß der Marxismus durch die Art seiner Stellungnahme den Anfragen des Parteigenossen v. Mücke gegenüber für jeden Sehenden unzweideutig den Willen bekundet hat, *im Falle einer durch unsere Neutralität ermöglichten marxistischen Regierung in Sachsen die nationalsozialistische Bewegung dort genauso polizeilich verfolgen und schikanieren - ja wenn möglich sogar auflösen zu lassen, wie wir dies in Preußen ja tatsächlich erleben* [11]. Kein Gegner kann uns aber für so verrückt halten, daß wir Nationalsozialisten durch unser eigenes Verhalten den Metzgern der Partei zum Siege verhelfen würden. Damit ist aber unsere Haltung auch gegenüber dem einzelnen Parteigenossen gerechtfertigt, der aus Widerwillen gegen den "bürgerlichen Parlamentarismus" überhaupt es vielleicht lieber gesehen hätte, wenn unsere Fraktion im sächsischen Landtag auch der bürgerlichen Regierung gegenüber eine sture Ablehnung eingenommen hätte.

In Augenblicken, in denen uns das Schicksal die Rolle zuerteilt, entweder neutral zu sein und dem Marxismus zu nützen oder zu handeln und einen, wenn auch noch so schwachen und hohlen bürgerlichen Nationalismus zu ermöglichen, müssen wir trotz allem auf die Neutralität verzichten und das kleinere Übel wählen. Auch auf diesem Wege muß der marxistischen Pest soweit als möglich Abbruch getan werden.

Wenn bürgerliche Einfaltspinsel sowie die Skribenten unserer Judengazetten nun von einer "beabsichtigten Koalition" zwischen Nationalsozialisten und Marxisten zu schwefeln [*sic!*] beginnen [12], so zeigen sie damit nur, daß diese Esel doch noch wesentlich dümmer sind, als

10 Hellmuth von Mücke war kurz nach der mißglückten Kontaktaufnahme mit SPD und KPD in Sachsen aus der NSDAP ausgetreten. Die Hintergründe der Initiative aus seiner Sicht und die Motive seines Handelns legte er in einem Schreiben an die Fränkische Tagespost vom 1.8.1929 dar, das in der Presse großes Echo fand. Druck: Fränkische Tagespost vom 3.8.1929, "Hellmuth v. Mücke an Adolf Hitler". Vgl. auch Volkszeitung für Meißen vom 5.8.1929, "Großkapitalist Mutschmann Diktator in der Hitlerpartei"; Der Jungdeutsche vom 22.8.1929, "Hellmuth v. Mücke erklärt weiter"; Bayrischer Kurier vom 23.8.1929, "Hitler und Mücke", vom 21.9.1929, "Ein beharrlicher Ankläger"; Münchener Post vom 24./25.8.1929, "Hitler, der Marxistentöter". Vgl. auch Bd. III/1, Dok. 47.

11 Wahrscheinlich Anspielung auf das öffentliche Redeverbot für Hitler in Preußen von September 1925 bis September 1928 sowie das Verbot der NSDAP in Berlin vom 5.5.1927 bis 31.3.1928.

12 Vgl. Frankfurter Zeitung vom 3.7.1929 (1. MA), "Die Schwierigkeiten der Regierungsbildung in Sachsen", vom 3.7.1929 (2. MA), "Das Bündnisangebot der Nationalsozialisten" sowie Vossische Zeitung vom 3.7.1929 (PA), "Linksschwenkung der Hitlerpartei?".

man dies im allgemeinen annimmt. Übrigens sucht keiner jemanden hinter dem Busch, der nicht schon selbst dahintersteckte. Weil es die politische Charakterlosigkeit unserer Bürger-Parteien fertigbringt, sich zu jeder Stunde mit Marxisten an einen Tisch zu setzen, erwarten sie auch von allen anderen politischen Parteien dasselbe.

Wie sehr sie sich wieder einmal getäuscht haben darüber, wird ihnen vielleicht, wenn in Sachsen demnächst nochmals Wahlen stattfinden [13], im Verlaufe der Agitation des Wahlkampfes das notwendige Licht aufgehen.

Über die "völkischen" Freunde, die aus dem Lager des Jungdeutschen Ordens [14] und den Gruppen der Freiheitspartei [15] wieder einmal den Anlaß wahrnehmen, gegen die nationalsozialistische Bewegung das gewohnte Gift der Verleumdung zu spritzen, braucht man kaum ein Wort zu verlieren. Sie haben nie etwas gekonnt, vermochten demnach nie etwas zu vergessen und haben nichts gelernt. Mit Gemeinheiten allein macht man am Ende wirklich noch lange keine große Bewegung und bringt auf die Dauer aber auch keine um.

Die Richtigkeit des Handelns der N.S.D.A.P. wird sich jedenfalls noch dereinst erweisen, wenn diese Gruppen in der Geschichte längst vergessen sind.

---

13 Wegen der Mehrheitsverhältnisse im Landtag wurde eine vorzeitige Auflösung nicht ausgeschlossen. Vgl. Anm. 1.

14 Vgl. Der Jungdeutsche vom 5.7.1929, "Der unglaubliche Hitlerbrief".
Der Jungdeutsche Orden war 1920 von Oberleutnant a. D. Artur Mahraun aus einer Einheit Zeitfreiwilliger gebildet worden. Bündisch-national ausgerichtet, orientierte er sich in seiner Struktur am Deutschen Ritterorden. Vgl. Klaus Hornung, Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958.

15 Vgl. Deutsche Nachrichten vom 7.7.1929, "Sonderbare Einheitsfrontler". Zur Deutschvölkischen Freiheitspartei vgl. Dok. 38, Anm. 18.

9. Juli 1929 Dok. 50
Rede auf Kundgebung des Reichausschusses für das deutsche Volksbegehren [1] in Berlin [2]

Deutsche Zeitung vom 23.7.1929, "Hitlers Kampf gegen die Feigheit" [3].

Meine Damen und Herren, für die nationalsozialistische Bewegung habe ich zu erklären, daß wir uns dem Bestreben anschließen, durch einen Appell [4] an unser deutsches Volk das Pariser Diktat [5] zu beseitigen.

Es sind jetzt 10 Jahre vergangen, seit Versailles unterzeichnet wurde [6], und wir haben vor wenigen Tagen erst eine Regierungserklärung erhalten [7]; schwach, halb, wie wir das seit zehn Jahren gewöhnt sind (Sehr richtig!), in der offiziell betont wurde, daß das deutsche Volk nicht *allein* schuld am Kriege ist. Dieses Bekunden der nicht alleinigen Schuld scheint nun gewissen Stellen ein Fortschritt zu sein. *Für Millionen Deutsche ist es nicht allein ein Fortschritt, sondern doch*

wieder ein Schuldbekenntnis,

das um so schwerer wiegt, als es uns erst recht die Mißachtung des Auslandes einbringen muß. Denn wenn ein deutscher Staatsmann wider besseres Wissen sich zu einer Mitschuld Deutschlands bekennt, dann weiß doch zum mindesten jeder Engländer und Franzose, daß es nicht so ist [8]. *Der französische und englische Staatsmann weiß, daß wir keine Schuld am Kriege haben. (Sehr richtig!) Und ich verstehe nicht, daß man sich nicht klar macht, daß eine solche deutsche Bekundung der "Nichtalleinschuld" zu neuer Mißachtung und zu größerer Verachtung führen muß.*

---

1 Der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren war Ende April 1929 von Stahlhelm, DNVP, Landbund und Landvolkpartei zur Durchführung des Stahlhelm-Volksbegehrens (vgl. Dok. 29, Anm. 4.) und eines Volksbegehrens gegen den Young-Plan gebildet worden. Hugenberg erweiterte Mitte Juni das Programm um den Plan eines Volksbegehrens gegen die "Kriegsschuldlüge". Um Hitler, der weiterhin das Stahlhelmprojekt ablehnte (vgl. Dok. 29), in einen "Block der Nationalen Opposition" einzubinden, sorgte Hugenberg dafür, daß in der Entschließung (vgl. Dok. 51) nur die Projekte gegen Young-Plan und Kriegsschuldlüge erwähnt wurden. Vgl. Elisabeth Friedenthal, Volksbegehren und Volksentscheid über den Young-Plan und die deutschnationale Sezession, Tübingen 1957, S. 44 ff. sowie Volker R. Berghahn, Das Volksbegehren gegen den Young-Plan und die Ursprünge des Präsidialregimes, 1928-1930. In: Dirk Stegmann, Bernd-Jürgen Wendt und Peter Christian Witt (Hrsg.), Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte, Festschrift für Fritz Fischer, Bonn 1978, S. 431-446, S. 436 f. Außerdem: Kurt A. Holz, Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan in der deutschen Presse, Frankfurt a. M. 1977, Bd. 1, S. 363; John A. Leopold, Alfred Hugenberg. The Radical Nationalist Campaign against the Weimar Republic, New Haven (Conn.) [2]1979, S. 55 ff.; Quaatz, Die Deutschnationalen, S. 74 ff.

2 Im Herrenhaus, nach 17.00 Uhr. Auf der Versammlung sprachen vor Hitler Franz Seldte, Alfred Hugenberg, Martin Schiele und nach Hitler Albrecht Wendhausen, Paul Rüffer und Fritz Thyssen.

3 Vgl. VB vom 13.7.1929, "'Bis hierher und nicht weiter'"; Frankfurter Zeitung vom 10.7.1929 (AA), "Hugenbergs Volksbegehren"; Vossische Zeitung vom 11.7.1929 (PA), "'Front des Widerstands'".

4 Vgl. Dok. 51.

5 Vgl. Dok. 41, Anm. 11.

6 Vgl. Dok. 3, Anm. 56.

7 Vgl. Dok. 48, Anm. 6.

8 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

Wir haben seit 10 Jahren immer wieder die Versuche erlebt, die Gefühle des deutschen Volkes zu knebeln, immer wieder die Versuche erlebt, die Gefühle des deutschen Volkes hineinzupressen in seine Regierungsgefühle. (Heiterkeit.) Wir haben seit 10 Jahren dann weiter erlebt, daß tatsächlich gegen jedes Diktat ein praktischer Widerstand unterblieben ist. Denn man sage nicht, daß das schwache Nein, das unsere Regierungen von Zeit zu Zeit ausgesprochen haben, einen deutschen Nationalwiderstand darstellt, der vom Ausland als solcher hätte angesehen werden können. Man wußte, das Nein würde in kurzer Zeit abgelöst werden von einem Ja.

Seitdem hat das deutsche Volk eine Entwicklung erlebt, die vielleicht schlimmer ist als eine Katastrophe. *Man hat immer wieder Lügen anerkannt, nur um dadurch von heute auf morgen das Dasein zu fristen. Das Endergebnis aber war, daß das ganze deutsche Volk ehrlos geworden ist, ehrlos vor der ganzen Welt und auch vor sich selbst.* (Sehr richtig!)

Die Tributsummen sind heute noch genauso groß wie vor zehn Jahren [9]*. Zehn Jahre leistet das Volk nun seine Verpflichtungen, und in diesen zehn Jahren hat es damit nichts abgetragen.* Im Gegenteil, die Schuld ist heute größer als sie im Beginn war, und das Schlimmste ist, daß wir erleben müssen, daß sich Millionen von Deutschen apathisch damit abgefunden haben. Man hat sich bemüht, dem deutschen Volke die Überzeugung von seiner Überlegenheit zu rauben, ihm die Überzeugung der Unterlegenheit beizubringen, um es langsam zu einem politischen Kastratenvolk herunterzudrücken. Da *muß* doch einmal irgendein Wendepunkt kommen!

Viele sagen: Die Kinder werden es einmal machen, die Zukunft wird es einmal ändern! Man vergißt dabei ganz, je mehr wir uns von der großen Vergangenheit entfernen, desto mehr auch die lebendige Beziehung zu ihr abnimmt. Zehn Jahre, zwanzig, dreißig Jahre hier vertan, und die Zeit kann nicht mehr eingeholt werden! *Endlich hat die Gegenwart die Verpflichtung, von sich aus bereits zu ändern. Und da die Regierungen nicht die Kraft finden, muß das Volk die Kraft finden und von innen heraus den Widerstand beginnen.* (Stürmische Zustimmung!) Und deshalb schließe ich mich als Führer der nationalsozialistischen Bewegung diesem Beginnen nun an, einmal einen Punkt zu machen. *Bis hierher und nicht weiter!* (Stürmischer Beifall.)

Man soll zum wenigsten sehen, daß noch ein Wille da ist. Die deutsche Außenpolitik erklärt ununterbrochen, sie könne ja gar keine andere Politik machen, als sie sie macht. - Herr Stresemann hat hier ein bewährtes Rezept, indem er sagt: Ja, ich bitte Sie, was soll ich denn mit dem Volke für eine andere Außenpolitik treiben [10]?

Herr Stresemann, wir werden dafür sorgen, daß ein anderes Volk kommt! (Stürm[ischer] Beifall.) Das ist unser Wunsch und unser Wille, und deshalb schließen wir uns hier einer Gemeinschaft von deutschen Verbänden an und werden tun, was an uns liegt, um die natürliche Widerstandskraft des Volkes an Stelle der mangelnden Regierungskraft zu setzen.

---

9 Die Neuregelung der Reparationsverpflichtungen durch den Young-Plan (vgl. Anm. 5) hatte unter anderem zur Folge, daß Kontrollinstanzen und Sanktionsrechte der Alliierten wegfielen und die Gesamtreparationssumme um 17% niedriger als beim Dawes-Plan ausfiel. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 469 ff.

10 Wahrscheinlich Anspielung auf die außenpolitische Grundsatzrede Stresemanns vor dem Reichstag am 24.6.1929 über den Young-Plan. Als Antwort auf den deutschnationalen Aufruf, den Plan abzulehnen und so die Reparationsverpflichtungen abzuschütteln, hatte der Reichsminister des Auswärtigen geantwortet: "Meine Damen und Herren, wenn das so einfach wäre, dann, glaube ich, würde sich auch ein deutsches Volk zusammenfinden, um so auch zur Freiheit zu kommen." Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 425, S. 2812.

Mit Recht wird einmal die Zukunft erklären: Ihr sagt freilich: "Die haben damals schlecht gehandelt, sie sollten das nicht unterzeichnen! Was aber habt *ihr* getan, um das zu verhindern? Warum habt ihr nicht das letzte Mittel versucht, das man anwenden kann und anwenden konnte, um das unmöglich zu machen?" Das ist das letzte und einzige Mittel und deshalb muß es nach unserer Überzeugung auch ergriffen werden:

Es muß einmal die Zeit kommen, in der man aufhört, dem Rechte des Lebens der Gegenwart die Ehre und Zukunft der Nation zu opfern. Denn am Ende wird das deutsche Volk seine Ketten nicht abschütteln durch die Erfüllung, sondern indem es sein inneres Laster der Feigheit und der Uneinigkeit abwirft. Und daß dieses neue Volk aufsteht und aufsteigt, das liegt an uns selbst. Wenn ein Volk nur schlechte Klänge vernimmt, werden auch nur die schlechten Elemente darauf hören. Wenn aber eherne Klänge ertönen, dann wir auch die eherne Seele wieder erwachen. Die Welt kennt heute nur mehr das Volk von Versailles und St. Germain [11], das Volk von Locarno [12] und Genf [13]. *Aber das Volk der tausend Schlachten, das sie auch einmal kennengelernt hat, ist nicht tot. Es schlummert nur, es ist an uns, es wieder zu erwekken.* (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

9. Juli 1929 Dok. 51
Aufruf [1]

Zitiert nach: Lagebericht Nr. 163/II/29 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 4.11.1929; StA Nürnberg, Pol. Dir. Nürnberg-Fürth, Lageberichte [2].

Der Reichsauschuß für das deutsche Volksbegehren [3] stellt den Kampf gegen den auf dem erpreßten Kriegsschuldbekenntnis [4] aufgebauten Pariser Tributplan [5] in die vorderste Reihe seiner Aufgaben. Er wird mit allen gesetzlichen Mitteln, insbesondere mit dem Mittel des Volksbegehrens, dagegen kämpfen, daß die Ratschläge der Pariser Sachverständigen zum Gesetz für das deutsche Volk erhoben werden. Er ruft alle Deutschen zum Widerstand gegen den Pariser Tributplan auf.

---

11 Vgl. Dok. 34, Anm. 47.

12 Zur Konferenz von Locarno vgl. Dok. 3, Anm. 27.

13 Sitz der Völkerbundsversammlung.

1 Die gemeinsame Entschließung der Vertreter der im Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren zusammengeschlossenen Parteien und Verbände wurde von Otto von Below verkündet. Als Mitglied des Arbeitsausschusses unterstützte Hitler diese Erklärung (vgl. Dok. 50).
Dem Arbeitsausschuß gehörten laut Lagebericht Otto von Below, Heinrich Claß, Friedrich Döbrich, Theodor Duesterberg, Ludwig Freiherr von Gebsattel, Rüdiger Graf von der Goltz, Karl Hepp, Adolf Hitler, Alfred Hugenberg, Annagrete Lehmann, Hermann Freiherr von Lüninck, Paul Rüffer, Martin Schiele, Franz Seldte, Fritz Thyssen und Friedrich Freiherr von Winterfeld an.

2 Vgl. auch VB vom 11.7.1929, "Nieder mit dem Pariser Tributdiktat"; Vossische Zeitung vom 11.7.1929 (PA), "'Front des Widerstands'".

3 Vgl. Dok. 50, Anm. 1.

4 Vgl. Dok. 28, Anm. 4.

5 Vgl. Dok. 41, Anm. 11.

12. Juli 1929 Dok. 52
Schreiben an Hermann Friedrich [1]

Druck: Hermann Friedrich, Unter dem Hakenkreuz. Meine Erlebnisse als Agitator bei der Nat.-Soz. Deutschen Arbeiterpartei, Karlsruhe 1929, S. 20-22 [2].

Trotzdem meine Zeit außerordentlich beschränkt ist, da ich anderes zu tun habe, als mich um Stänkereien oder Disziplinlosigkeiten einzelner Parteigenossen zu kümmern, sehe ich mich ausnahmsweise veranlaßt, Ihnen auf die mir von Zeit zu Zeit vorgelegten Briefe eine abschließende Antwort zu erteilen [3].

Ich entnehme aus Ihren Schreiben durchgehend Folgendes:

1. Sie werfen der Zentrale vor, daß sie mich nicht von einlaufenden Briefen in Kenntnis setzt, mir diese mithin unterschlägt. *Diese ungezogene Anmaßung weise ich jetzt einmal für immer auf das entschiedenste zurück.* Ich bin leider gezwungen, nur zu viel *Mist zu lesen*, als daß ich in der Lage wäre, dazu persönlich immer Stellung nehmen zu können. Das gilt aber in erster Linie *von Ihrem Schreiben*, in denen Sie Gott und die Welt verdächtigen, sich von allen Seiten angegriffen fühlen, ohne einen wirklich stichhaltigen Grund hierfür vorbringen zu können. (!) Ich bin nicht der Angestellte des Herrn Parteigenossen Friedrich, sondern bin verantwortlich für die gesamte Bewegung. Ich bin auch nicht ein Lakai der Partei, sondern habe diese Bewegung ins Leben gerufen, bin von ihr nicht bezahlt [4] und habe nur das Vergnügen, mein Leben und meine Arbeitskraft dafür einzusetzen. Meine Umgebung, die diese Aufgabe kennt, ist verpflichtet, sie mir nach Möglichkeit zu erleichtern. Parteigenossen, die hierfür kein Verständnis besitzen, zeigen, daß sie trotz ihrer *sogenannten politischen Vorschulung entweder Dummköpfe oder rücksichtslos* sind. Die Zentrale und die in ihr arbeitenden Parteigenossen haben sich mit einer Überlast von praktischerer Arbeit zu beschäftigen, als die *stänkernden* (!) Parteigenossen draußen auch nur ahnen.

Wenn in der Zentrale Schäden vorhanden sind, dann brauche ich nicht die Augen des Parteigenossen Friedrich aus Baden, um sie zu sehen. Es ist eine *unverschämte Anmaßung, mich für blinder zu halten* als den nächstbesten *Partei-Stänkerer. Am Ende muß auch hier das Ergebnis einer Lebensarbeit endgültig entscheiden.*

---

1 Hermann Friedrich (geb. 1901), Metzger, 1908-1923 Mitglied der SPD, 1923 Übertritt zur KPD, 1927 Eintritt in die NSDAP, Verfasser der Broschüre "Von Hammer und Sichel zum Hakenkreuz", August 1929 Austritt aus der NSDAP, danach antinationalsozialistische Agitation.

2 Von Hitlers Schreiben gingen Abschriften an die Gauleitungen der NSDAP in Sachsen, Westfalen und Baden. Vgl. auch Münchener Post vom 30.9.1929, "Aus dem Sumpf der 'nationalsozialistischen Bewegung'".

3 In seiner Broschüre hat Friedrich seinen Schriftwechsel mit der Reichsleitung wiedergegeben, zuletzt einen Brief an den USchlA der Reichsleitung vom 7.7.1929. Vgl. Friedrich, Unter dem Hakenkreuz, S. 14 ff. Im Berlin Document Center konnte der Vorgang nicht nachgewiesen werden.
In einem Rundschreiben bestritt Gauleiter Robert Wagner die Vorwürfe Friedrichs, ging aber nicht auf das Schreiben Hitlers ein. Vgl. GLA Karlsruhe, 465d/1209.
Am 18.10.1929 hatte das Landgericht Karlsruhe eine einstweilige Verfügung gegen den Vertrieb der Broschüre erlassen. Vgl. VB vom 27./28.10.1929, "'Unter dem Hakenkreuz'".

4 Zwischen 1925 und 1933 versteuerte Hitler nur Einkommen aus seiner Tätigkeit als Schriftsteller. Vgl. Oron James Hale, Adolf Hitler: Taxpayer. In: The American Historical Review 60 (1955), S. 830-842, S. 834 f.

2. Sie beschuldigen in einem fort sämtliche Dienststellen in Baden, zeihen sie der Überheblichkeit, der Rücksichtslosigkeit, der Voreingenommenheit und werfen ihnen des weiteren vor, daß der Mann im Braunhemd nur gut genug sei, seinen Kopf hinzuhalten [5]. *Ehe Sie, Parteigenosse, Ihren Kopf für die nationale Sache hingehalten haben, hat dies von uns gefälligst schon jeder tausendmal getan.* (!!!) Ich kenne den Parteigenossen Wagner [6] nicht von einem Sektgelage her, sondern ich kenne ihn aus Stunden, in denen man ebenfalls den Kopf hinhalten mußte.

Ich weise es wieder als unerhörte Beleidigung zurück, wenn Sie sich anmaßen, anderen Köpfen in der Bewegung indirekt den Vorwurf zu machen, daß sie nicht entschlossen seien, ihr ganzes Ich für den Bestand der Partei einzusetzen, besonders, wenn es sich dabei um Köpfe handelt, die diese Gesinnung schon bereits bekundet haben, als Sie *selbst noch in einem ganz anderen Lager* standen [7].

Ihren Vorwurf von Voreingenommenheit erledigen Sie durch Ihre eigene Voreingenommenheit.

Aus Ihrem ganzen Schreiben ersehe ich laufend nur eines, daß es in Baden einen Mann gibt, der, ich glaube, anders als voreingenommen überhaupt nicht zu denken vermag, und dieser Mann heißt Parteigenosse Friedrich. Er sieht in jedem einen Feind, wittert in jedem einen Verräter, fühlt bei jedem eine Denunziation, ahnt in allem einen Hinterhalt und weiß, daß jeder ihn in München angeschwärzt hat. Würde es nicht der Parteigenosse Friedrich sein, sondern ein mir Unbekannter, würde ich dies als den Ausdruck eines schlechten Gewissens bezeichnen. So rechne ich Ihnen dies als eben dieselbe Krankheit an, die diese Krankheit Sie bei anderen ersehen läßt.

Ich weise weiter zurück den Vorwurf der Überheblichkeit. Jeder Mann, der eine Arbeit leistet, wird und kann mit Recht stolz auf sie sein.

Es ist in meinen Augen Überheblichkeit, die geleistete Arbeit anderer nicht sehen zu können und nur immer seine eigene zu bemerken. Diese Art von Überheblichkeit spricht aus jeder Zeile Ihrer Briefe heraus. Sie sehen nur Ihre politische Laufbahn, Sie sehen nur Ihre Kämpfe, Sie sehen nur Ihre Sorgen, Sie sehen nur Ihr Recht und in nicht einem Brief nehmen Sie Rücksicht auf die analogen Verhältnisse bei allen anderen ebenfalls.

Unter tausend Briefen, die ich hier vorgelegt erhalte, befindet sich höchstens einer, der diese Größe der Überheblichkeit immer wieder aufweist. Er ist stets unterschrieben mit Parteigenosse Friedrich aus Baden.

Sie beklagen sich weiter über die Rücksichtslosigkeit der Ihnen vorgesetzten Dienststellen. Sie werden persönlich am wenigsten Grund haben, ausgerechnet hier Richter über andere zu sein. Es ist rücksichtslos, anderen Menschen die *Zeit wegzustehlen* durch ewige Flunkereien,

---

5 Zur innerparteilichen Auseinandersetzung im Gau Baden vgl. Ernst Otto Bräunche, Die NSDAP in Baden 1928-1933. Der Weg zur Macht. In: Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928-1933. Hrsg. von Thomas Schnabel, Stuttgart 1982, S. 15-48 sowie Johnpeter Horst Grill, The Nazi Movement in Baden, 1920-1945, Chapel Hill 1983.

6 Robert Wagner (1895-1946), Hauptmann, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt, Entlassung aus dem Militärdienst, 1925-1945 Gauleiter des Gaues Baden, 1929-1933 MdL in Baden (NSDAP), 1932 Berufung in die Reichsleitung der NSDAP, 1933-1945 Ministerpräsident und Reichsstatthalter in Baden, 1940 Chef der Zivilverwaltung im Elsaß, 1946 hingerichtet.

7 Vgl. Anm. 1.

durch Hirngespinste, durch *Stänker-Briefe* usw. Es ist rücksichtslos, *andere zu beschuldigen, daß sie die Wahrheit verhinderten, zum Führer zu kommen.*

Es ist weiter rücksichtslos, vom Führer zu erwarten, daß er den Tag auf 48 Stunden verlängert, um einen solchen, *nur persönlichen Mist zu erledigen,* an dem *die Bewegung nicht das geringste Interesse hat.*

Würden die Parteigenossen wissen, mit was für immer nur persönlichem *Zeug Sie den Leitern der Bewegung die Zeit wegstehlen,* dann bekämen *Sie eine sehr entsprechende (!) Antwort auf diese Rücksichtslosigkeit.* Es ist weiter auch rücksichtslos, wenn man andere Parteigenossen bedroht oder *gar mißhandelt* [8], oder es ist endlich *rücksichtslos,* wenn man *falsche Gerüchte entweder ausstreut oder zum mindesten weitergibt, wie z. B. die Lüge, daß der Abgeordnete Straßer* [9] *in Sachsen mit weißer Weste und schwarzem Frack mit fürstlichen Damen und Herren zechte*, während andere, also wieder Sie natürlich, Herr Parteigenosse, den Kopf hinhalten. *Parteigenosse Straßer hat für diese Idee gekämpft und geblutet, als Sie noch gar keine Ahnung hatten, daß man auch für so etwas kämpfen kann!* Der Einsatz der Persönlichkeit und sogar des eigenen Lebens, den Parteigenosse Straßer *schon 1923* soundsooft vollzogen hat, ist aber natürlich auch etwas, was den Parteigenossen Friedrich nicht hindert, sein eigenes Ich allein über die Gebühr zu sehen.

Zur Sache selbst möchte ich nun folgendes betonen:

Die Organisation der nationalsozialistischen Bewegung kennt keine Ausnahmen. Der Parteigenosse Friedrich ist nicht wertvoller als irgendein anderer Parteigenosse. Was jeder von uns, einschließlich meiner Person, tut, hat gefälligst der Parteigenosse Friedrich ebenfalls zu tun. Wenn der Parteigenosse Friedrich glaubt, für sich aber besondere Statuten beanspruchen zu können, so müßte er dies in der nächsten Generalmitgliederversammlung eben zum Vorschlag bringen, etwa so, daß das, was für 140.000 Parteigenossen [10] gut ist, dem Herrn Parteigenossen Friedrich, weil als zu schlecht, nicht zugemutet werden kann. Solange aber in der Partei gleiches Recht für alle gilt, gilt es auch für Sie. Ihre Erklärung, daß Sie sich irgendeinem für Sie zuständigen U[*ntersuchungs- und*] Schl[*lichtungs-*]A[*usschuß*] nicht fügen, nehme ich deshalb nicht zur Kenntnis. Mit demselben Recht, mit dem Sie sich Ihrem U.Schl.A. nicht fügen, könnte jeder andere Parteigenosse auch den seinen ablehnen. Der Parteigenosse Friedrich aus Baden hat keine Extrawurst in der Partei, sondern er tut genau dasselbe, was jeder andere zu tun hat. Kann der Parteigenosse Friedrich sich dieser selbstverständlichen Voraussetzung jeder Organisation nicht fügen, dann muß er aus der Organisation austreten und kann dann meinetwegen eine eigene gründen, in der der oberste Leitsatz dann heißen wird: Hier kann jeder tun, was er mag.

Für die NSDAP verbiete [*sic!*] ich mir jedenfalls eine solche Auffassung.

Ich habe Ihnen nun folgendes zu eröffnen:

1. Ich verbiete Ihnen, auch weiterhin unter Umgehung Ihrer vorgesetzten Dienststellen noch einmal einen Brief an die Zentrale zu richten.

---

8 Nach eigenen Angaben war Friedrich unter anderen gegen den Bezirksleiter der NSDAP in Bochum, Josef Wagner, tätlich geworden. Vgl. Friedrich, Unter dem Hakenkreuz, S. 16.

9 Gregor Straßer.

10 Im September 1929 wurde die NSDAP-Mitgliedsnummer 150.000 vergeben, die tatsächliche Mitgliederzahl ist jedoch niedriger anzusetzen. Vgl. Dok. 26, Anm. 53.

2. Ich verlange, daß Sie sich bedingungslos, wie jeder andere Parteigenosse, Ihren vorgesetzten Dienststellen unterordnen.

3. Ich *verbiete Ihnen* die weitere Verbreitung *von Gerüchten* oder, wie im Falle Straßer, *von Lügen* über die Partei oder einzelne Führer.

Ich *verwarne* Sie hiermit und teile Ihnen mit, daß, wenn eine dieser Bedingungen nicht erfüllt wird oder ich Klagen bekomme, damit sofort Ihr Ausschluß aus der Partei stattfindet.

Ich habe mich zu diesem langen Schreiben, entgegen meiner sonstigen Gewohnheit, nur entschlossen, weil ich annehme, daß es sich um einen Parteigenossen handelt, der irgendwo im Innern trotz allem ein gutes Herz hat und der nur durch sein Wesen und sein Temperament in Konflikte gerät. Sorgen Sie selbst dafür, daß diese meine Meinung nicht zuschanden wird.

Heil.
gez. *Hitler* [11]

13. Juli 1929 Dok. 53
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 13.7.1929.

Am 11. August feiert die Republik ihren Verfassungstag [1]. Ursprünglich mochte den Vätern von Weimar dabei vielleicht der 14. Juli der Franzosen vorgeschwebt haben [2]. Bekanntlich wird an diesem Tage in ganz Frankreich der Bastillesturm verherrlicht, der zugleich als Beginn der französischen Revolution gilt [3]. Die Feier ist dort wirklich mehr oder weniger ein Volksfest. Ganz Frankreich hallt wider von den Klängen der Marseillaise [4], die Straßen und Plätze sind festlich beleuchtet, und bis gegen Mitternacht huldigt alles dem Tanz. Und zwar nicht im geschlossenen Lokal, sondern bei annehmbarem Wetter unter freiem Himmel. Wie die ganze

11 In seiner Antwort vom 25.7.1929 erklärte Friedrich seinen Austritt. Vgl. Friedrich, Unter dem Hakenkreuz, S. 23 ff.

1 Die Hauptfeier des 10. Jahrestages der Weimarer Verfassung sollte in Berlin mit einem Aufzug der Wache mit Musik vor dem Reichspräsidentenpalais beginnen, daran anschließend Gottesdienste der Religionsgemeinschaften gefeiert werden. Mittags war ein Festakt im Reichstag vorgesehen, um 15.00 Uhr sollte eine von 9.000 Berliner Schulkindern mit einem Festspiel gestaltete Feier vor 30.000 Zuschauern stattfinden. Für den Abend waren mehrere Festkonzerte vorgesehen. Platzkonzerte der Reichswehr und der Schutzpolizei sowie eine Flugschau mit ermäßigten Rundflügen rundeten das Programm ab. Vgl. Fritz Schellack, Nationalfeiertage in Deutschland von 1871 bis 1945, Frankfurt a. M. 1990, S. 221 ff.

2 Reichskunstwart Edwin Redslob hat für seine Vorschläge zur Verfassungsfeier 1929 Frankreich als Beispiel herangezogen. Vgl. Schellack, Nationalfeiertage, S. 225.

3 Der Jahrestag der Erstürmung der Bastille am 14.7.1789, als Staatsgefängnis Symbol königlicher Tyrannei, wurde in Frankreich 1880 offizieller Nationalfeiertag.

4 Zum ersten Mal beim Einzug der Marseiller Freiwilligen in Paris am 30.7.1792 gesungenes Lied, erstmals 1795, endgültig seit 1879 französische Nationalhymne.

deutsche Revolution ein mehr oder minder elender Abklatsch der "großen französischen" war, so versuchte man auch den 14. Juli zu kopieren. Freilich war der Bastillesturm ein anderes Unternehmen als die Deserteur- und Zuchthäuslerrevolte von 1918. Überhaupt hat die französische Revolution immerhin Köpfe von Format hervorgebracht, auch wenn es sich dabei um kanaillöse Verbrecher handelt. Man vergleiche doch das Lumpengesindel unserer deutschen Revolutionsleitung mit den Fanatikern des Konvents, und man wird sich schwer einer gewissen Übelkeit zu enthalten vermögen. Vor allem war die französische Revolution zumindest nach außen immer noch ein heroisches Unternehmen, zum Unterschied unserer deutschen Revolution, bei der von Heroismus verdammt keine Spur vorhanden war. Die Feigheit und Erbärmlichkeit unseres Revolutionsgesindels ist höchstens noch übertroffen worden von der Feigheit der den "Thron und Altar erhaltenden und beschützenden Parteien" [5]. Endlich ist aus der französischen Revolution und ihren verwegenen Generalen immerhin ein Napoleon herausgewachsen. Ein Zeitalter und eine geschichtliche Epoche, die als letzten Repräsentanten den großen Korsen aufzuweisen vermag, ist immerhin ein anderes als eine Periode, die ihren plastischen Ausdruck in Schiebergenies erhält. Wenn daher der Franzose den 14. Juli feiert, dann feiert er in Wirklichkeit den Beginn der letzten großen Zeit des französischen Volkes. Denn die Marseillaise ist am Ende nicht ein feiger Kotau vor der internationalen Hochfinanz wie das Revolutionsgebet unserer aufrechten Republikaner von heute. Daher kann dieser 14. Juli in Frankreich auch immer wieder auf Leidenschaft hoffen, weil er selbst trotz aller jüdischen Geburtshilfe die Erinnerung an Leidenschaft erweckt. Und daher wird unser deutscher Verfassungstag demgegenüber immer ein ärmliches Pflänzchen bleiben, das von der Republik und ihren fürsorglichen Behörden ängstlich behütet, bewacht und warmgehalten werden muß. Was an lebendigem Feuer dabei dann fehlt, muß durch Gold ersetzt werden. Deutschland besitzt nämlich seit dem Jahre 1918 [*sic!*] eine neue Fahne [6]. Sie hat freilich das Unglück, daß ihre Komposition von den meisten Seiten als noch nicht restlos geglückt angesehen wird. Den Roten ist sie zu wenig rot und den Weißen zu stark rötlich. Künstler werden nicht befriedigt von der mißlungenen Harmonie, Fanatikern erscheint sie zu wenig schreiend, Konservativen zu revolutionär. Es gibt heute in Deutschland gewaltige Gebiete, in denen von ihr überhaupt keine Notiz genommen würde, sorgten nicht die Reichspostämter, Bahnhöfe [7] und Konsumvereine [8] dafür, daß bei mehr oder weniger gelungenen Anlässen der Staatsbürger sein neues Symbol zu Gesicht bekommt. Nun soll aber besonders der Verfassungstag herhalten, um das freie Volk zu stürmischen Äußerungen seiner politischen Lebenslust zu bewegen. Während man im ganzen Reich vor leeren Kassen steht und die Steuern nur mit Ach und Krach hereinzupressen vermag, schmeißt man nun wieder Millionen im Reich, in den Ländern und in den Kommunen hinaus, auf daß die Nation sich des glücklichen Tages erinnere, an dem, wie Herr

5 Die Wortverbindung "Thron und Altar" geht auf Voltaire zurück. Zum Selbstverständnis der konservativen Parteien im Kaiserreich vgl. Robert Hofmann, Geschichte der deutschen Parteien. Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart, München 1993, S. 83 ff.

6 Vgl. Dok. 48, Anm. 14.

7 Zur Beflaggung der Gebäude von Reichsbehörden am Verfassungstag vgl. Jasper, Schutz der Republik, S. 244 ff.

8 In der nationalsozialistischen Propaganda galten die Konsumvereine einerseits als Symbol des Marxismus, andererseits des Kapitalismus. Vgl. Unterstell, Mittelstand in der Weimarer Republik, S. 111 f.

Scheidemann sagte, der "Sieg des Volkes auf der ganzen Linie" [9] einsetzte, bzw. seine gesetzmäßige Fixierung erhielt. So wird also der deutsche Michel am 11. August der ganzen Welt eine "Feier" als Zeichen seiner unbändigen Freude zum besten geben, die von den Novembermännern als "Revolutionsfeier" gedacht ist, von der übrigen Welt und der Geschichte aber als "Theater" angesehen werden wird. Lache, deutscher Bajazzo [10]!

"Da nunmehro die allerhöchste Regierung des deutschen Volkes von sich aus kund und zu wissen getan hat, daß sie nicht daran glaubt, daß das deutsche Volk die alleinige Schuld am Kriege trage [11], erscheinen höchst dieser Stelle weitere Kundgebungen oder gar Demonstrationen in solchem Sinne nicht mehr als angebracht und werden hierdurch behördlich verboten und bei Zuwiderhandlung unter polizeiliche Strafe gestellt!" Das ist ungefähr der Sinn der Erlässe preußischer Regierungsstellen anläßlich der Wiederkehr des Schand- und Schmachtages von Versailles [12]. Und das findet statt im 11. Jahr einer Revolution, die das verhaßte Polizeiregiment des alten Staates beseitigen sollte, um den deutschen Spießer und Proleten hineinzuführen in das ewige Reich der Freiheit, Schönheit und Würde [13], wie die Revolutionsmanager dem gaffenden Volk im Jahre 1918 versicherten. In Berlin, also in der deutschen Reichshauptstadt, war es die preußische Unterrichtsbehörde, die den Studenten Eigenkundgebungen versagte. Die Polizei verbot ihrerseits Demonstrationen, Umzüge, Aufmärsche usw. [14] Mit anderen Worten: Im selben Augenblick, in dem Herr Stresemann mit bewegter Stimme beklagt, keine andere Außenpolitik als eben die seine machen zu können, weil das deutsche Volk keinen nationalen Willen besitze [15], verhindert die Republik durch ihre amtlichen Organe selbst den bescheidensten Protest gegen das verlogenste und schamloseste Versklavungsedikt, das jemals einem Volk aufgebürdet wurde [16]. Und das ist dieselbe Republik, die dann immer mit einem Auge auf die große französische Revolution zurückschielt. Ich fürchte allerdings, das heißt, ich weiß es, daß in der Nachwelt die Köpfe der Repräsentanten der Revolution vermutlich nicht einmal in einem Wachspanoptikum Aufnahme finden können. Höchstens in irgendeinem Polizeimuseum. In Berlin hat nun die Studentenschaft sich den behördlichen Anordnungen nicht gefügt, sondern demonstrierte trotz alledem [17], und zwar mit allem Recht, denn die Kosten des Versailler Vertrages tragen ja leider nicht die Revolutionslumpen von einst, sondern die Staatsbürger, das heißt also Millionen von anständigen Menschen, die nichts dafür können, daß einst ein Großhaufe von politischen Marodeuren seinen Heißhunger nach Ministerstühlen nicht mehr zu zähmen vermochte. Die Studenten demonstrierten also, und die Polizei tat ihre Pflicht, das heißt sie drosch mit dem Gummiknüppel, dem Erziehungsstab der

9 Laut Überlieferung sagte Philipp Scheidemann am 9.11.1918 bei der Ausrufung der Republik den Satz: "Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt." Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1918, Erster Teil, München 1922, S. 451.

10 Anspielung auf die bekannteste Arie aus der Oper "Der Bajazzo" von Ruggione Leoncavallo, in deutscher Sprache 1892 in Berlin uraufgeführt.

11 Vgl. Dok. 28, Anm. 4.

12 Vgl. Dok. 47, Anm. 6.

13 Vgl. Dok. 7, Anm. 42.

14 Vgl. Anm. 12.

15 Vgl. Dok. 50, Anm. 10.

16 Gemeint ist der Versailler Friedensvertrag. Vgl. Dok. 3, Anm. 56.

17 Vgl. Dok. 47, Anm. 9.

Staatsbürger der freien Republik [18], auf die Schädel der Volksbürger hinein, haute ihnen die Fäuste unter die Nase und half so mit, die notwendige Grundstimmung für die studentischen Wahlen [19] am nächsten Tage zu schaffen. Immer nur feste druff auf das Geschmeiß, das gegen Versailles protestieren will! Haut ihnen auf die bockigen Hirnschalen darauf und zeigt ihnen, daß in der Republik nicht gefackelt wird, wenn man etwa versuchen sollte, das Versailler Diktat abzuschütteln! Nur immer los! Wir Nationalsozialisten freuen uns aufrichtig darüber. Denn die nationalsozialistische Bewegung wird sicher nicht durch den Gummiknüppel des Herrn Severing aus der Geschichte ausradiert, aber der Untertan der Republik wird endlich in Trab gebracht, und wo er hinläuft, das werden wir hoffentlich schon in wenigen Jahren den Treibern schwarz auf weiß unter die Augen halten können.

Was die Republik seit dem Jahre 1918 an Verbrechern, Zuhältern, Dieben, Mördern, Vaterlandsverrätern, Deserteuren usw. "begnadigt" hat, geht wohl in die ungezählten Tausende. Nur jemand hat bisher noch keine Gnade gefunden: die sogenannten Fememörder [20]. So betitelt nämlich die Republik durch ihre Behörden offiziell jene Männer, die, als selbige Behörden in Berlin angstschlotternd und zähneklappernd zusammenhockten und nicht aus noch ein wußten, naiv und dumm genug waren, ihre Knochen erneut zu riskieren, um, wie sie in kindlichem Glauben meinten, das Vaterland dadurch zu retten. Das deutsche Vaterland aber heißt seit dem Jahre 1919 Weimarer Republik [21]. Und die Guten haben ganz vergessen, daß ihre Rettung in diesem Staate ein schlimmes Verbrechen darstellt. Denn wer bereit ist, sich zusammenschießen zu lassen, hat Mut, und wer Mut hat, läßt sich nicht unterdrücken, und wer sich nicht unterdrücken lassen will, ist aber ein Feind der Republik und damit ein Aufrührer und damit zugleich ein Lump, ein Bandit, ein Mörder, und wenn solch ein Lump andere außerdem noch verleiten will, sich ebenfalls nicht zu unterwerfen, so ist er ein Bandenbilder und damit doppelt gefährlich, und wenn endlich ein solches Subjekt noch dazu übergeht, Ehrenmänner zu schädigen, die dem Ausland bei der Unterwerfung Deutschlands helfen wollen, dann ist das ein Fememörder, und es verdient ein solches Wesen Gnade auf dieser Welt nimmermehr! Die atheistische Sozialdemokratie und das heilige Zentrum haben hier miteinander einen festen Bund geschlossen, auf daß solche Missetäter ihrer gerechten Strafe nimmermehr entzogen werden. Die Sozialdemokratie sperrt sie in die Kerker der Republik, unterstützt dabei von den braven Parteien des Bürgers Stresemann, das heilige Zentrum aber bittet inständigst den lieben Gott, daß er auch im Jenseits das Republikschutzgesetz [22] unbarmherzig vollziehe und die Fememörder dem Teufel zur gerechten ewigen Bestrafung überantworte. Im heutigen Reich ist für Männer kein Platz, die den Vaterlandsverrat hassen und die Verräter zu beseitigen trachten. Aber während das offizielle Deutschland unter dem Schirm eines Hindenburg sich diese

18 Vgl. Dok. 11, Anm. 4.

19 Bei den inoffiziellen Wahlen zur Studentenschaft in Berlin, die die völkische "Deutsche Studentenschaft" angesetzt hatte, errang der NSDStB zusammen mit den Nationalen Studentinnen 23 Sitze, sieben mehr als im Jahr zuvor. Vgl. Vossische Zeitung vom 2.7.1929 (PA), "Es gibt keine offiziellen Studentenschaftswahlen" sowie Faust, Studentenbund, S. 140.

20 Zur Verurteilung der sogenannten Fememörder vgl. Nagel, Fememorde, S. 117 ff. Zur Kritik der NSDAP an den Femeprozessen vgl. Krohn, Die deutsche Justiz, S. 127 ff.

21 Die Reichsverfassung war am 11.8.1919 in Kraft getreten.

22 Vgl. Dok. 28, Anm. 10.

unsterbliche Schande auflädt, regen sich im anderen Deutschland doch die ewigen Werte unseres Volkes. Eine Protestwelle zieht heute durch Deutschland, und der Ruf wird nimmermehr verstummen: "Heraus mit unseren Femerichtern." Und dieser Ruf wird sich einst umsetzen in eine Erfüllung. Der nationalsozialistische Staat wird aber die Helden von einst wieder in ihre Rechte einsetzen und ihre Richter von heute zur Verantwortung ziehen. So wahr Recht Recht bleibt und Lüge Lüge.

20. Juli 1929 Dok. 54
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 20.7.1929.

Als seinerzeit der Dawes-Vertrag [1] unterzeichnet wurde, hielt man der Opposition entgegen, daß damit eine endgültige Regelung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtungen einträte und damit nach einer langen Periode der Unsicherheit in das politische sowohl als in das wirtschaftliche Leben der Nation Beruhigung und Ordnung einkehren könne [2]. Die Einwände, daß der Vertrag unerfüllbar sei und damit im Gegenteil zu einer wirtschaftlichen Katastrophe führen müsse, wurden von den Dawes-Parteien als "demagogische Hetze" abgetan. Man veranstaltete ein förmliches Kesseltreiben gegen diejenigen Deutschen, die sich zu einer Annahme des Erpresserdiktates nicht bereitfinden wollten. Man warf ihnen ebenso wirtschaftliche Beschränktheit, ja Unfähigkeit wie politisch gemeine Gesinnung vor. Was sich seitdem die für die Unterzeichnung des Dawes-Paktes verantwortlichen Parteien in der Verfolgung der ihnen verhaßten Opposition leisteten, übersteigt alles in Deutschland bisher Dagewesene. Es ist schon ein Wunder, daß man nicht neben dem Republikschutzgesetz [3] noch ein besonderes Dawes-Schutzgesetz vom Stapel ließ, um mit solchen Waffen dann den letzten Widerstand der (besonders nationalsozialistischen) Opposition gegen den Dawes-Vertrag zu brechen. Das kann man aber auch nicht mehr aus der Geschichte löschen, daß der einzig wirklich konsequent durchgeführte Widerstand nur von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ausging [4].

Was den Dawes-Patrioten vor fünf Jahren noch als ihrer Politik höchste Weisheit erschien, hat sich seitdem als wahnsinnige Unmöglichkeit erwiesen. Selten ist das Urteil sogenannter sachverständiger Kapazitäten als ebenso dummes wie verlogenes, oberflächliches Geschwätz in wenigen Jahren so entlarvt worden wie diesmal. Wie oft hat man nicht der nationalsozialistischen Bewegung hochnäsig von oben herunter vorgeworfen, daß sie von "wirtschaftlichen

1 Vgl. Dok. 1, Anm. 15.
2 Zur innenpolitischen Auseinandersetzung um den Dawes-Plan vgl. Holz, Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan, S. 86 ff.
3 Vgl. Dok. 28, Anm. 10.
4 Als der Dawes-Plan im Reichstag verhandelt wurde, war die NSDAP verboten. Vgl. Dok. 26, Anm. 52.

Belangen" nichts verstünde. Und wie oft hat man nicht das Urteil der sogenannten "großen Wirtschaftspolitiker" gegen diese Partei auszuspielen versucht. Und heute? Die Partei hat recht behalten mit ihrer Auffassung. Und die großen Wirtschaftspolitiker? Sie sitzen nun wieder beisammen und brüten über ein Neudiktat, das nach ihrer Meinung allein geeignet sei, jene "Dawes-Krise" zu vermeiden, deren Kommen sie noch vor fünf Jahren als verlogene nationalsozialistische Hetze bezeichneten. In antiken Zeitläufen wären diese Politiker längst vor den Stadttoren aufgehängt worden. Im 20. Jahrhundert läßt man lieber eine Nation hängen.

Es geht also nicht mehr weiter. Zu dieser Einsicht hat die harte Wirklichkeit endlich selbst die verbohrtesten Dawes-Parteiler getrieben. Statt aber nur die Katastrophe und ihre Auswirkungen, in der wir uns ja dauernd befinden, als Druck für eine Umstellung der deutschen Gesinnung zu verwenden, versucht man im echten Geiste dieser Gesinnung nach einem Weg, der die akute Krise vielleicht doch wieder verhindern und den schleichenden Charakter der Krankheit aufrechterhalten könnte. Während man von höchst oben herunter das Erwachen jeglichen nationalen leidenschaftlichen Gefühls zu verhindern versucht, wird der Nation ein neues Diktat mundgerecht gemacht, an dessen Wiege dieselben Sachverständigen stehen, die uns einst schon den Dawes-Pakt bescherten. Damals hieß es Dawes-Pakt, heute heißt er Young-Plan [5]. Auf die einfachste Formel zusammengefaßt ist sein Inhalt der, daß Deutschland in den nächsten 58 Jahren einhundertdreizehntausend Millionen Mark (113.000.000.000) zu bezahlen hat [6]. Diese Forderung ist ein Verbrechen, das nur von den wirtschaftlichen Sachverständigen der Entente und ihren jüdischen Mitarbeitern in Deutschland ausgeheckt werden konnte. Es ist ganz klar, daß dieselbe Katastrophe, vor der man heute steht, ja in der man sich befindet, in drei Jahren zwangsläufig wieder da ist. Man kann nun freilich einwenden, daß dadurch immerhin wieder zwei oder drei Jahre gewonnen wären. Allein in Wirklichkeit sind sie verloren. Denn so log man ja auch bei der Unterschreibung [*sic!*] des Dawes-Paktes. Wenn man damals diese Dawes-Patrioten in die letzte Enge trieb und sie keinen vernünftigen Ausweg mehr wußten, dann erklärten sie etwa folgendes: "Also, wenn wir ganz aufrichtig sein wollen -, wir wissen ja auch nicht, ob das wirklich alles zu erfüllen ist und ob wir das auf die Dauer tragen können, aber wir gewinnen zumindest damit Zeit -, und Zeit gewonnen heißt alles gewonnen." So etwas hörte besonders der biedere bürgerliche Politiker nur zu gerne. Erinnerte es ihn doch an einen auch im Kriege unzählige Male mißbrauchten Satz: "Die Zeit arbeitet für uns." Nun arbeitet die Zeit natürlich überhaupt nicht, sondern die Menschen arbeiten in der Zeit. Wenn aber Menschen einen Dawes-Pakt unterzeichnen, um dann fünf Jahre Ruhe zu haben, dann ist nicht einzusehen, warum die Zeit nach fünf Jahren für sie vorteilhafter sein sollte, als sie vorher war. Im Gegenteil! Denn bei uns in Deutschland unterschreibt man ja solche Diktate nur, um den gläubig aufhorchenden Michel die nächsten drei, vier Jahre versichern zu können, daß eine Gewaltanstrengung zur Abschüttelung des Fremdenjoches nunmehr gar nicht mehr von-

---

5 Der Bericht des Sachverständigenausschusses vom 7.6.1929 beruhte im wesentlichen auf dem Kompromißvorschlag des Vorsitzenden Owen D. Young vom 4.5.1929 (vgl. Dok. 38, Anm. 5) und erhielt so zu Recht dessen Namen. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 469.
Owen D. Young (1874-1962), 1896-1913 Rechtsanwalt in Boston, 1913-1933 Rechtsberater der General Electric Company, 1922-1939 und 1942-1944 deren Vorstandsvorsitzender, 1928/29 Vorsitzender der Sachverständigenkonferenz zur Reparationsfrage.

6 Vgl. Dok. 41, Anm. 11.

nöten sei. Als Herr Stresemann nach Locarno ging und dort auf Elsaß-Lothringen verzichtete [7], geschah dies nicht, um als Gegenwert etwa eine Verstärkung der deutschen Wehrkraft zustandezubringen. Im Gegenteil. Weil Herr Stresemann den Locarnopakt unterschrieb, war eine weitere Aufputschung der nationalen Leidenschaft oder gar eine Verstärkung unserer Wehrmacht überhaupt nicht mehr nötig. Man hat die Zeit des Dawes-Paktes nicht benützt, um in ihr die Nation zu stählen und vorzubereiten für die Abschüttelung des Fremdenjoches, sondern um sie nur noch mehr zu entnerven, um ihr den letzten Widerstandsgeist aus Hirn und Herz zu treiben, die letzte Kraft aus den Knochen zu reißen und jene knechtselige Gesinnung zu befestigen, mit der sie heute rechnen bei der Unterzeichnung des neuen Pariser Diktates [8].

Nun könnte, wenn im Völkerleben die Zeit keine Rolle spielen würde, die nationalsozialistische Partei als Kern der nationalen Opposition in Deutschland sich auf den Standpunkt stellen: Macht nur immer so weiter, wir können abwarten, unser Weizen wird reifen. Leider steht aber die übrige Welt nicht still, sondern sie bewegt sich. Unser Verfall ist nicht nur ein absoluter, sondern auch ein relativer. Wenn auch wir selbst im Augenblick vielleicht nicht zugrunde gehen, so wird doch die Distanz zu den anderen Nationen immer größer, weil diese vorwärtsschreiten. Dazu kommen noch die grauenhaften Verwüstungen an unserem Rassegut, die man nicht eines Tages ohne weiteres ungeschehen machen kann. Es liegt im Interesse der deutschen Nation, die verantwortlichen Macher des Dawes-Paktes an den Ohren festzuhalten, um zu verhindern, daß durch ein neues, inhaltlich genauso großes Verbrechen die alten Spuren verwischt werden, der deutsche Michel aber einige Monate lang in den Dusel einer neuen Hoffnung verfällt. Es ist aber vor allem wichtig zu verhindern, daß die Unterzeichnung des neuen Pariser Diktates in der Anonymität einer parlamentarischen Aktion stattfinden kann. Es ist wichtig, daß man diesen neuen Versuch einer Verelendung unseres Volkes auf sechs Dezennien hinaus - das heißt also für Kind und Kindeskind - aus dem Dämmerlicht des Sitzungssaales des Reichstages herausnimmt und dem öffentlichen Licht aussetzt! Zu dieser Frage soll einmal die ganze Nation Stellung nehmen! Jede Partei soll vor die Nation hintreten und ihre Haltung bekanntgeben und motivieren. Die Nation mag dann ihr Urteil sprechen. Denn hier handelt es sich dann nicht um "Parteigruppen" oder um einen "Hugenberg-Hitler", sondern um eine Lebensfrage der deutschen Nation, die von soundso vielen Deutschen bejaht und von soundso vielen Deutschen verneint wird. Denn was immer auch im einzelnen Ringen die Gruppen und Verbände der nationalen Opposition trennt, so muß sie doch der Ernst einer so schweren Entscheidung in einer großen, gemeinsamen Kampffront finden [9]. Stünden wir heute in einem Krieg gegen einen äußeren Feind, könnten wir auch nicht die Mitarbeit eines Deutschen einfach deshalb ablehnen, weil er einer anderen Partei angehört. Heute befinden wir uns in der Fortsetzung des alten Krieges [10]. So unerträglich für uns Nationalsozialisten eine Einheitsfront ist, in der bewußte Landesverräter - wie im Jahre 1923 - sitzen [11], so selbstverständlich ist das Zusammengehen mit allen wenigstens dem Wollen nach Deutschen, die der verhängnis-

7 Vgl. Dok. 34, Anm. 10.
8 Vgl. Dok. 2, Anm. 6.
9 Gemeint ist der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren. Vgl. Dok. 50, Anm. 1.
10 Hinweis auf den Ersten Weltkrieg.
11 Wahrscheinlich Anspielung auf die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands, die den Hitlerputsch 1923 mißbilligt hatten und wie die NSDAP im Reichsausschuß vertreten waren.

vollen Arbeit des unseligsten deutschen Außenministers endlich einen Riegel vorschieben sollen. Wenn sich daher nun ein Reichsausschuß gebildet hat, der den Kampf gegen das neue Pariser Diktat mit den letzten Mitteln aufnehmen will, die uns überhaupt noch zur Verfügung stehen, dann ist dies für alle diejenigen eine Selbstverständlichkeit, die auch in der Partei nur ein Mittel zum Zweck sehen, als letzten Zweck aber die Notwendigkeit der Rettung unseres deutschen Volkes und Vaterlandes empfinden.

25. Juli 1929 — Dok. 55
"Das deutsche Volksbegehren"
Erklärung

VB vom 25.7.1929.

Anordnung

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei beteiligt sich an der Vorbereitung des deutschen Volksbegehrens [1] gegen das Pariser Tributdiktat [2] und die Kriegsschuldlüge [3]. Dieses Volksbegehren ist nach Ziel und Umfang neu u[*nd*] hat nichts mit dem Volksbegehren des Stahlhelm [4] zu tun. Die Beteiligung der Partei geschieht aus dem Willen, ein taktisches Teilziel auf breiter Basis anzustreben. Das Endziel der Partei bleibt davon unberührt und wird wie bisher in vollster Selbständigkeit verfochten [5].

Als Vorsitzender der Partei bin ich in das Präsidium des Ausschusses für das deutsche Volksbegehren eingetreten. Dem Reichs- und Arbeitsausschuß gehören ferner an die Parteigenossen Dr. Frick (M.d.R.) und Gregor Straßer (M.d.R.), ersterer als Mitglied des juristischen Ausschusses, letzterer als Mitglied des Propaganda- und Presseausschusses sowie des Finanzausschusses.

Soweit Anordnungen aus dem Zusammenarbeiten der Partei mit dem Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren zu treffen sind, erfolgen diese durch die Parteileitung.

Adolf Hitler

---

1 Vgl. Dok. 50-51.
2 Vgl. Dok. 41, Anm. 11.
3 Vgl. Dok. 28, Anm. 4.
4 Vgl. Dok. 29, Anm. 4. Zur Abgrenzung der NSDAP vom Stahlhelm-Volksbegehren vgl. Dok. 56.
5 In einem streng vertraulichen Schreiben an die Gauleiter und Abgeordneten vom 12.8.1929 faßte Gregor Straßer die Gründe der Parteileitung, sich am Volksbegehren zu beteiligen, nochmals in ähnlicher Weise zusammen; BA, Slg. Schumacher 206.

[25. Juli 1929] [1] Dok. 56
"An sämtliche Gauleiter, Bezirksführer u. Führer größerer Ortsgruppen der N.S.D.A.P." Anordnung

Masch. Manuskript, o. D.; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 9.

1. In der Presse erscheinen - veranlaßt durch irgendeine hier nicht bekannte Presse-Stelle - Artikel, in denen darauf hingewiesen wird, daß die nationalsozialistische Partei, die im Reichsausschuß für ein Volksbegehren [2] vertreten ist, damit auch ihre Zustimmung zum ehemaligen Stahlhelm-Volksbegehren [3] gegeben habe [4]. Diese Nachrichten sind falsch und frei erfunden. Die Auffassung der Parteileitung über das ehemalige Stahlhelm-Volksbegehren ist in meiner Denkschrift vom 24. April 1929 eingehend niedergelegt [5]. Diese Auffassung, die durch nichts erschüttert ist und sich in nichts geändert hat, verbietet uns, auch in aller Zukunft ein Volksbegehren der vom Stahlhelm angeregten Art zu unterstützen. Ich habe übrigens in Berlin ausdrücklich erklärt, daß die NSDAP nur gegen das Pariser Diktat [6] sowie die Kriegsschuldlüge [7] mit den anderen Verbänden gemeinsam einzutreten bereit ist. Sollten sich Versuche zeigen, diese eindeutige Erklärung zu übergehen oder gar umzudeuten, dann sind die Führer der Bewegung verpflichtet, dies erstens schriftlich sofort der Zentrale mitzuteilen, und zweitens sofort dagegen in ihrem Wirkungskreis Stellung zu nehmen.

Unter keinen Umständen darf die NSDAP irgendeinen Vorspanndienst leisten für das grundsätzlich und taktisch für uns unannehmbare Stahlhelm-Volksbegehren.

2. Verschiedene Dienststellen der Partei melden, daß sie Zuschriften erhalten haben aus Kreisen des Stahlhelms mit der Aufforderung, örtliche Ausschüsse zu bilden. In einer dieser Zuschriften, die die Landesführung Brandenburg des Stahlhelms unterm 15. Juli [*1929*] an Hauptmann Stennes [8] übermittelt hat, findet sich gedruckt folgender Passus:

---

1 Die vorliegende Anordnung liegt einem Rundschreiben der Gauleitung Schleswig-Holstein an die Kreisleiter und Ortsgruppenleiter größerer Ortsgruppen des Gaues vom 15.8.1929 bei (GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 9), auf Dok. 55 wird darin verwiesen. Es ist anzunehmen, daß Dok. 55 für die Öffentlichkeit, Dok. 56 zum internen Parteigebrauch zum selben Zweck verfaßt wurden.

2 Vgl. Dok. 50, Anm. 1.

3 Vgl. Dok. 29, Anm. 4.

4 Der Stahlhelm verbreitete eine Erklärung, in der es als "vornehmste Aufgabe" des Reichsausschusses bezeichnet wurde, das Stahlhelm-Volksbegehren zur Verfassungsänderung zu unterstützen, und stellte der Entschließung vom 9.7.1929 (Dok. 51) einen Absatz voraus: "Der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren übernimmt das vom Stahlhelm angeregte Verfassungs-Volksbegehren als seine Aufgabe und wird seine Durchführung weitertreiben." Vgl. Stahlhelm-Korrespondenz vom 11.7.1929, "Die Presse zum Reichsausschuß"; BayHStA, IV, Bayern und Reich, Bd. 12. Vgl. auch Vossische Zeitung vom 11.7.1929 (PA), "'Front des Widerstands'" sowie Deutsche Nachrichten vom 21.7.1929, "Verhängnisvolle Ehrenerklärungen".

5 Druck: Dok. 29.

6 Vgl. Dok. 41, Anm. 11.

7 Vgl. Dok. 28, Anm. 4.

8 Walter Stennes (1895-1989), 1919 Führer des Freikorps "Hacketau" in Westfalen, 1919-1922 Kommandeur der "Hundertschaft z. b. V." der Berliner Sicherheitspolizei, 1922 Polizeihauptmann a. D., 1923 Bataillonskommandeur der "Schwarzen Reichswehr", 1925-1930 nachrichtendienstliche Tätigkeit für das Auswärtige Amt und das Reichswehrministerium, 1927 Eintritt in die NSDAP, 1927-1931 OSAF-Stellvertreter Ost, 1931

"Entsprechend der Gründung des großen Reichs-Ausschusses als Block der nationalen Opposition zur Durchführung des Kampfes gegen den Young-Plan und des deutschen Volksbegehrens, sind gemäß Beschluß des Reichsausschusses in allen Provinzen und Ländern unseres deutschen Vaterlandes Landes-Ausschüsse zu gründen."

Diese Behauptung ist unrichtig. Von dem Reichsausschuß, in dem die NSDAP vertreten ist, wurde ein solcher Beschluß nicht gefaßt [9]. Anordnungen über Bildung solcher Unterausschüsse ergehen für Angehörige der NSDAP ausschließlich durch die Parteileitung. Ich weise schärfstens darauf hin, daß sämtliche Führer der Bewegung die Direktiven für die Durchführung des Kampfes gegen das neue Pariser Diktat und die Kriegsschuldlüge ausschließlich durch die Parteileitung erhalten. Führer, die ohne Auftrag der ihnen vorgesetzten Dienststellen sich an Aktionen betätigen sowie [*an*] Ausschüssen beteiligen, die ihre Richtlinien nicht durch die Zentrale der Bewegung erhalten, schließen sich von selbst aus der Partei aus. Gerade der Kampf gegen das neue Pariser Diktat hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn er von Verbänden mit strengster Disziplin ausgefochten wird. Keinesfalls darf dieser Kampf in der alten deutschen Ausschuß- und Vereinsmeierei enden.

Gemeinsame Kundgebungen bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung der Parteileitung. Die Partei-Anordnungen für die Durchführung des Kampfes gegen das Pariser Abkommen und gegen die Kriegsschuldlüge werden sofort nach der im Reichsausschuß zu Berlin geklärten Form des Vorgehens den einzelnen Organisationen der Partei zugestellt.

Ich erwarte besonders von den Gauleitern, daß sie keinen Augenblick vergessen, daß der Kampf gegen das Pariser Diktat sowohl als gegen die Kriegsschuldlüge nur eine Abwehrmaßnahme ist, darüber hinaus aber die nationalsozialistische Bewegung immer mehr in ihre Mission hineinzuwachsen hat, die Gestaltung des kommenden Reiches in die Wege zu leiten. Diese Aufgabe erfordert aber erst recht, daß sich im Spiel der freien Kräfte die klarste und kühnste deutsche Bewegung zum endgültigen Sieg durcharbeitet. Es wird dies die unsere sein.

gez. *Adolf Hitler*

Ausschluß aus der NSDAP, Gründung der Nationalsozialistischen Kampfbewegung Deutschlands, 1933 Verhaftung, Abschiebung und Auswanderung nach China, 1934-1949 Militärberater Tschiang Kai-scheks, 1949 Rückkehr nach Deutschland.

9 Obwohl sich die Mehrheit in der Sitzung vom 9.7.1929 für die Beibehaltung des Stahlhelm-Volksbegehrens aussprach, wurde das Projekt in der öffentlichen Bekanntgabe des Programms der Reichsausschusses nicht mehr berücksichtigt. Vgl. Berghahn, Volksbegehren, S. 437.

27. Juli 1929 Dok. 57
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 27.7.1929.

Die Welt geht schweren Kämpfen entgegen. Wer nicht blind ist oder mit Absicht blind sein will, muß dies schon heute erkennen. Das große Ringen Englands gegen Amerika, das vielleicht die nächsten 50 bis 100 Jahre die Menschheit in Atem halten wird, beginnt mit den ersten Plänkeleien [1]. Natürlich wird jeder Krieg nicht der Motive wegen geführt, die ihn veranlassen. Es sind zumeist kleine, auslösende Momente, die tiefe Völkergegensätze plötzlich zur Austragung bringen. Es ist z. B. mehr als naiv, anzunehmen, daß der Deutsch-Französische Krieg 1870 seine letzten Ursachen etwa in dem Ansinnen Benedettis oder der Bismarckschen Emser Depesche gehabt hätte. Es ist möglich, daß durch das Auftauchen der spanischen Thronkandidatur der Krieg etwas früher ausbrach, aber es ist grundfalsch, zu meinen, daß er im anderen Falle überhaupt nicht gekommen wäre [2]. Der deutsch-französische Gegensatz war zu allen Zeiten ein gleichbleibender. Jede Stärkung der deutschen Macht wird in Frankreich eines Tages als Gefahr empfunden und endet dann im Kampfe. Auch der Weltkrieg wurde nicht veranlaßt durch das Attentat in Sarajewo [3], sondern höchstens in seinem Beginn ausgelöst. Wären diese Schüsse nicht gefallen, so würde trotzdem eines Tages der Weltbrand ausgebrochen sein. Vielleicht war es sogar ein Glück, daß dies im Jahre 1914 geschah und daß Österreich selbst den innersten Anlaß dazu gab. Es hätte ebenso leicht geschehen können, daß fünf Jahre später ein anderer Zwischenfall Deutschland in eine viel schlimmere Situation von Anfang an gebracht hätte.

Der offizielle Grund des drohenden Kriegszustandes zwischen China und Rußland ist allerdings scheinbar ein nur wirtschaftlicher. China entfernt von einer in seinem Hoheitsgebiet gelegenen Bahn russische Staatsangehörige und führt damit das Unternehmen tatsächlich in den chinesischen Besitz über [4]. Das ist ein Vorgang, der, wenn er gegen das kaiserliche Rußland stattgefunden hätte, von den marxistischen Weltschwindlern als heiliges chinesisches Recht proklamiert worden wäre. Man kann sich vorstellen, wie die sozialdemokratischen Lügner und Spitzbuben z. B. in Deutschland gewettert hätten, wenn man hier einen Krieg begonnen hätte

1 Zu den Beziehungen zwischen USA und Großbritannien in den zwanziger Jahren vgl. Benjamin D. Rhodes, The Image of Britain in the United States, 1919-1929: A Contentious Relative and Rival. In: Anglo-American Relations in the 1920s, S. 187-208; B. J. C. McKercher, "The Deep and Latent Distrust": The British Official Mind and the United States, 1919-1929. In: ebenda, S. 209-238 sowie Christopher Hall, Britain, America and Arms Control 1921-37, New York 1987, S. 58.

2 Zum Ausbruch des deutsch-französischen Kriegs vgl. Eberhard Kolb, Der Kriegsausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870, Göttingen 1970.

3 In Sarajewo hatte am 28.6.1914 der bosnische Student Gavrilo Princip den österreichisch-ungarischen Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand und seine Gemahlin Sophie Herzogin von Hohenberg ermordet. Zum Kriegsausbruch vgl. Dok. 1, Anm. 6.

4 Seit Ende Mai 1929 war es zu sowjetisch-chinesischen Zusammenstößen gekommen. Der Konflikt eskalierte, als China am 10.7.1929 die im sowjetischen Besitz befindliche ostmanschurische Eisenbahn beschlagnahmte. Die Großmächte versuchten seit dem 19.7.1929 zu vermitteln. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 464 ff.

nur deshalb etwa, weil China deutsche Beamte ausweist oder eine Bahn in Besitz nimmt! Und haben die marxistischen Lügner dies denn nicht tatsächlich so gemacht? Als sich China einst gegen die Fremden wandte und im Boxeraufstand deren Eigentum brandschatzte, da waren es die sozialdemokratischen, also marxistischen Volksbelüger in Deutschland, die auf das heftigste gegen die deutsche Expedition nach China zeterten [5]! Als später deutscher Besitz in West-Afrika verteidigt werden mußte, verweigerten diese Volksschwindler ebenfalls im Reichstag die notwendigen Mittel zur Kriegführung [6]. Damals allerdings handelte es sich um europäische "Nationalstaaten"! Aber das Wesentliche bleibt doch, daß diese sozialdemokratischen und kommunistischen Lügner noch vor 15 Jahren der Welt mit eiserner Stirne versicherten, daß solche Vorfälle überhaupt nur stattfinden konnten, weil es in erster Linie den deutschen Militarismus gäbe. Die Partei der heutigen Regierungssozialisten log damals, daß sowie erst der deutsche Kaiserismus [*sic!*] und Militarismus gestürzt sei, durch die ganze Welt ein Aufatmen gehen würde und kriegerische Konflikte sich damit von selbst erledigten! Jawohl, so faustdick haben diese politischen Schwindler damals gelogen und das deutsche Volk dumm gemacht. Nun haben diese Allerweltsbetrüger das erreicht, was ihnen Bismarck einmal so aufrichtig gewünscht hatte. Als man nämlich eines Tages den alten Staat wieder in der schamlosesten Weise herunterzog und mit unverfrorener Verlogenheit das Zukunftsreich des Marxismus auszumalen versuchte, sprang der greise Staatsmann plötzlich auf und erwiderte, daß man den Sozialdemokraten, also den Marxisten, geradezu ein Gebiet geben müßte, damit sie der Welt an einem klassischen Beispiel die Verlogenheit sowohl als den Irrsinn ihrer Behauptungen demonstrieren könnten [7]. Bekanntlich ist dies unterblieben, aber im Jahre 1917 hat der Marxismus ein gewaltiges Reich restlos erobert - Rußland [8]. Und was in den nun verflossenen 12 Jahren dort vorging, ist die schlagendste Widerlegung von all dem, was der Marxismus früher versprochen hatte. Nur die Lügengewandtheit des Juden vermag auch heute noch einer gewissen Schar von Idioten ihr Experimentiergebiet als Paradies vorzuschwindeln.

Was hat der Marxismus früher alles versprochen? Sturz des Militarismus. - In Rußland aber wird eine rote Armee ausgerüstet unter Zuhilfenahme aller Erfindungen einer "grausamen" Kriegstechnik, von der man früher versicherte, daß sie nur kaiserlich-kapitalistische Staaten vonnöten hätten [9]. Der Marxismus versprach Beseitigung des Kapitalismus. - Tatsächlich aber haben die Schwindler Rußland zu einer Domäne der internationalen Finanzmächte gemacht [10]! Der Marxismus erklärte früher, daß nur die Scheusäligkeit der bürgerlichen Kanaillen sich für die Todesstrafe einsetzen könne. - Seit diese Weltlügner aber am Ruder sind,

5 Vgl. Hans-Christoph Schröder, Sozialismus und Imperialismus. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der "Weltpolitik" vor 1914, Hannover 1968, S. 172.

6 Die Reichsleitung hatte 1906 in einem Nachtragshaushalt Mittel zur Niederschlagung des Aufstandes im Schutzgebiet Deutsch-Südwestafrika gefordert. Zentrum und SPD lehnten den Bewilligung der Mittel ab.

7 Eine derartige Äußerung Bismarcks ist nicht nachzuweisen.

8 Anspielung auf die am 7.11.1917 begonnene Oktoberrevolution (nach dem alten russischen Kalender) der Bolschewisten in Rußland.

9 Die geheime militärisch-technische Kooperation zwischen Reichswehr und Roter Armee, in deren Mittelpunkt seit 1921 die Luft- und Panzerkriegsführung sowie der Gaskampf standen, ermöglichte sowohl der Sowjetunion als auch Deutschland, waffentechnisch auf der Höhe der Zeit zu bleiben. Vgl. Olaf Groehler, Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920-1921, Berlin 1992.

10 Vgl. Dok. 40, Anm. 10.

haben sie in Rußland mehr Menschen umgebracht, als alle anderen Staaten der Welt seit der Völkerwanderungen zusammengenommen! Selbst die Französische Revolution kann mit den marxistischen Meuchelmördern und Menschenschlächtern nicht verglichen werden. Die Marxisten erklärten, daß die Not nur das Zeichen des kapitalistischen Systems und der bürgerlichen Verrottung sei. - Seit die Schwindler aber in Rußland regieren, ist der größte Agrarstaat der Welt nicht einmal mehr in der Lage, seinen Bürgern das notwendigste tägliche Brot zu sichern! Nahezu 20 Millionen Menschen sind im Sowjetparadies verhungert [11]! Der Marxismus erklärte, daß nur in den nationalistischen Staaten die Jugend dem Elend preisgegeben sei. - Seit aber diese Jugendbeglücker in Rußland herrschen, ist Rußland von Hundert- und Hunderttausenden verwahrloster Kinder durchzogen, die - nach den eigenen bolschewistischen Zeitungsartikeln - verlaust und verdreckt und als zehn- und zwölfjährige zu *Hunderttausenden versyphilitisiert* sind! Bolschewistische Zivilisation in einem Wort! So haben einst die sozialdemokratisch-marxistischen Schwindler auch versichert, daß in ihrem Staat dereinst die Arbeitszeit enorm abgekürzt werden würde. In der Wirklichkeit werden in ihrem Paradies die Proleten mit den furchtbarsten Zwangsmaßnahmen in die Fabriken hineingejagt und nach 10, 11 und 12 Stunden wieder herausgelassen [12]! Und so könnte man das endlos und endlos fortsetzen. Deshalb ist es auch immerhin bemerkenswert, daß das erste englisch-amerikanische Geplänkel ausgerechnet von den sowjetischen Kapitalsbekämpfern der Welt geliefert werden wird. Im alten Jargon des Marxismus sind also "kapitalistische" Interessen die Ursache eines neuen Krieges. Oder gibt es jetzt auf einmal für den Marxismus ebenfalls Volksinteressen? Setzt auch hier eine Revision der früheren Ansichten ein? Nein, man glaube nur das nicht. Der Marxismus ist ein Instrument des Judentums. Seine Hauptwaffen im Kampf heißen Lüge, Schwindel, Betrug usw. Das war vor 20 und 30 Jahren so und wird bleiben, solange nicht die erwachenden Völker die marxistische Pest erledigen und den verruchten Weltschwindel zermalmen!

Ob im Osten der Kampf beginnt oder nicht, kann heute kaum gesagt werden. Hinter Rußland wird ebenso Amerika treten, wie hinter China vermutlich irgendwo England steht [13]. Die bolschewistischen Nie-wieder-Kriegs-Apostel werden also brav in einen mörderischen Kampf hineinmarschieren, der mit den Waffen der kapitalistischen Welt ausgefochten wird. Wie heißt es doch: Proletarier aller Länder vereinigt euch! Es lebe die zweite Internationale! oder das heißt, ist es die dritte? oder eine neue kommende vierte? Ich weiß es nicht. Kein Mensch überhaupt kann wissen, mit was für Schwindeleien das Judentum noch anrücken wird, um den Völkern den Sand der Blindheit in die Augen zu streuen und das Gift der Verdummung in das Gehirn zu pflanzen.

Die tschecho-slowakische Republik, die sich immer mehr zu einem wichtigen Glied des französischen Ringes um Deutschland auswächst, veranstaltet augenblicklich eine "Militäri-

11 Zu den Menschenverlusten in Revolution und Bürgerkrieg in Rußland vgl. Dok. 16, Anm. 3.

12 1928/29 lag die durchschnittliche Länge des Arbeitstages in der sowjetischen Industrie bei 7,37 Stunden. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit sollte die Arbeitslosigkeit verringert werden. Vgl. Historisches Lexikon der Sowjetunion 1917/22 bis 1991. Hrsg. von Hans-Joachim Torke, München 1993, S. 30.

13 Vgl. z. B. Vossische Zeitung vom 3.7.1929 (PA), "England entwickelt die chinesische Flotte".

sche Ausstellung" [14]. Ob und inwieweit man dort dem tschechischen Heldentum des Weltkrieges gerecht wird oder nicht, entzieht sich meiner Kenntnis und hat für den Deutschen auch an sich wenig Interesse. Im Kriege hatten die deutschen Formationen ja nur selten das Glück, mit tschechischen Verbänden zusammen zu fechten, denn meistens war es doch so, daß der deutsche Musketier nur kam, wenn der brave Soldat Schwejk in einem kühnen Zirkel entweder nach hinten oder zum Feinde hinüber ausgerissen war. Dieser brave Soldat Schwejk aber muß nun herhalten, für das Plakat dieser tschechischen Heeresausstellung. Da ist nämlich ein Bild, auf dem ein tschechischer Soldat einen deutschen Grenadier des Weltkrieges nach rückwärts niederschlägt, wobei darunter steht, daß dies der Kampf der "tschechoslowakischen Demokratie" gegen den "deutschen Militarismus" symbolisiere. Das Auswärtige Amt in Berlin wird natürlich daran nichts Anstößiges finden, und Herr Groener beschäftigt sich zur Zeit mit der Ausrottung der nationalsozialistischen Partei [15]. So kann heute ungestört in einem Nachbarstaat die öffentliche Meinung aufgehetzt und vergiftet werden, um sie reif zu machen für den nächsten Krieg gegen Deutschland. Während den tschecho-slowakischen Kindern Landkarten gezeigt werden, in denen Regensburg und Passau als tschechische Stützpunkte an der Donau eingezeichnet sind [16], läßt sich aber der patriotische Spießer in Bajuwarien von den in Innsbruck sitzenden dunklen Hintermännern des Andreas-Hofer-Bundes unermüdlich gegen Italien aufputschen, um damit "Südtirol zu retten" [17]. Man hat in Bayern und in Sachsen bis heute noch nicht begriffen, daß man bedrohtestes Kriegsgebiet erster Klasse geworden ist. Es ist verdammt geschickt vom Juden, die Sinne des bayerischen Löwen ausgerechnet gegen die Front zu wenden, an der kein Feind steht. Die Tschechoslowakei betrachtet man anscheinend zu München noch immer als eine Art verbündeten Staat. Bis es eines Tages ein blutiges und grausames Erwachen geben wird. Es ist in meinen Augen heute größte Patriotenpflicht, den unverschämten Hetzereien des Andreas-Hofer-Bundes, die nur den französischen Interessen dienen können, mit aller Energie entgegenzutreten und unser Volk auf die eminenten Gefahren hinzuweisen, die ihm in nächster Nähe drohen. Diese Pflicht wird um so größer, je mehr die jüdisch-freimaurerisch-marxistisch und schwarz-gelb [18] versippte Pressemeute von dieser Gefahr nichts wissen will und sie bewußt und mit Absicht geradezu totschweigt. Es ist immer

---

14 Bezieht sich auf die vom tschechoslowakischen Ministerium für Landesverteidigung organisierte, am 15.6.1929 eröffnete Schau über das tschechoslowakische Kriegswesen anläßlich der "Südböhmischen Ausstellung" in Tábor. Vgl. Prager Presse vom 1.7.1929, "Präsident Masaryk in Tábor".

15 Am 15.7.1929 hatte Reichswehrminister Groener die Entlassung aller Arbeitnehmer im Bereich der Heeres- und Marineleitung, die der NSDAP angehörten, unter Berücksichtigung der tariflichen Kündigungsfrist angeordnet. Vgl. VB vom 21./22.7.1929, "Der Verfassungsbruch des Reichswehrministers"; Vossische Zeitung vom 27.7.1929 (PA), "Groener greift durch" sowie Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, S. 61 f.

16 Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 27.1.1929, "Tschechisierungs-Bestrebungen".

17 Zum Andreas-Hofer-Bund vgl. Dok. 14, Anm. 19. Die Nationalsozialistische Partei Österreichs (Hitlergruppe) hatte für den 10.6.1929 zu einer Versammlung in Innsbruck eingeladen, um für Hitlers Standpunkt in der Südtirolfrage zu werben. Der Andreas-Hofer-Bund bezeichnete die Versammlung als "unerhörte Provokation aller Tiroler". Zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung wurde die Veranstaltung von der Tiroler Landesregierung verboten. Vgl. Lagebericht der Polizeidirektion München vom 2.7.1929, N/Nr. 80; StA München, Pol. Dir. München 10119.

18 Die Farben Schwarz und Gelb symbolisierten die österreichische Monarchie und leiteten sich vom schwarzen Reichsadler auf goldenem bzw. gelbem Grund ab, den die Habsburger als Wappen führten. Vgl. Hans Hattenhauer, Deutsche Nationalsymbole. Zeichen und Bedeutung, München 1984, S. 9 f.

noch besser, man öffnet dem Volk beizeiten die Augen, als wenn sie ihm eines Tages plötzlich im Donner und Dröhnen platzender französisch-tschechischer Fliegerbomben aufgehen würden [19].

30. Juli 1929 Dok. 58
"Nationalsozialistische Landwirte und Bauern"
Aufruf

VB vom 1.8.1929, "Aus der Bewegung".

In einigen Gegenden Deutschlands bestehen politisch landwirtschaftliche Organisationen, die sich dem Vernehmen nach teilweise ungesetzlicher Kampfmethoden bedienen sollen [1].

Ich bringe in Erinnerung, daß Nationalsozialisten die Mitgliedschaft an fremden Organisationen, die sich politisch betätigen, *unbedingt untersagt* ist [2]. Mitglieder der Bewegung, welche trotzdem derartigen Organisationen angehören, schließen sich von selbst aus der NSDAP aus.

Ausdrücklich betone ich, daß auch das sogenannte "*Landvolk*" [3] unter die für Parteigenossen verbotenen Organisationen fällt. Jede Zusammenarbeit mit dem "Landvolk" hat zu unterbleiben.

Zur Begründung des Obigen weise ich auf meinen Aufruf vom 23. Dezember 1928 hin [4], welcher an anderer Stelle des Blattes nochmals zum Abdruck gelangt.

München, den 30. Juli 1929.

gez.: *Adolf Hitler*

---

19 Vgl. Dok. 14, Anm. 16.

1 Im Frühjahr 1929 hatte sich die Situation der Bauern in Schleswig-Holstein zugespitzt (vgl. Dok. 26, Anm. 11). Der radikale Flügel der Landvolkbewegung hatte bereits seit Ende 1928 gewaltsame Aktionen zur Durchsetzung seiner Ziele begonnen. Am 22.5.1929 wurde ein schweres Bombenattentat auf das Landratsamt in Itzehoe durchgeführt, eine Serie weiterer Anschläge in Norddeutschland setzte sich bis Ende August 1929 fort. Anfang September gelang es der Polizei, die meisten Beteiligten festzunehmen. Vgl. Le Bars, Le mouvement paysan, S. 123, 132 ff. sowie Stoltenberg, Politische Strömungen, S. 136 ff.

2 Vgl. Hitlers Erklärung vom 11.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 28) und seine Anordnung vom 5.2.1927 (Bd. II/1, Dok. 75)

3 Demonstrationen von rund 140.000 Bauern am 28.1.1929 in den Kreisstädten Schleswig-Holsteins gelten als Ursprung der Landvolkbewegung, einer Selbsthilfeorganisation ohne feste Organisation und ohne feste Mitgliedschaft. Ihr Symbol war, in Anlehnung an die Dithmarscher Bauernkämpfe im Mittelalter, die schwarze Fahne. Nach der Welle der Bombenanschläge nahm der Bedeutung der Landvolkbewegung rasch ab. Vgl. Le Bars, Le mouvement paysan, S. 72 ff.

4 Vgl. Bd. III/1, Dok. 74.

31. Juli 1929 Dok. 59
Aufruf

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschriften; GStA Merseburg, 60 Vo 2, 279.

Sehr geehrte Schriftleitung,

Das Hauptbüro des Reichsausschusses für das Deutsche Volksbegehren [1] gibt ab 1. August [*1929*] einen Pressedienst [2] heraus, der laufend über die Arbeit des Ausschusses unterrichten soll.

Wir bitten Sie, diesem Pressedienst möglichst bevorzugt Beachtung schenken zu wollen und den Ausschuß durch die Verbreitung der Mitteilungen des Pressedienstes zu unterstützen.

Indem wir Ihnen hierfür unseren Dank sagen,
zeichnen wir ergebenst

Schiele [3] Franz Seldte [4]
Duesterberg [5] Otto von Below [6] von der Goltz [7]
Hugenberg [8] Winterfeld [9] Adolf Hitler Hepp [10]
Fr. Döbrich [11] Ludwig Frhr. von Gebsattel [12] Rüffer [13] Claß [14]
Annagrete Lehmann [15] Fritz Thyssen [16] Dr. A. Hellbardt [17]

---

1 Vgl. Dok. 50, Anm. 1.

2 Der Pressedienst trug den Titel "Volksbegehren". Herausgeber war der Geschäftsführer des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren, Jenö von Egan-Krieger. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II. Bd. 2: August 1929 bis März 1930, S. 958 sowie Lagebericht Nr. 163/II/29 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 4.11.1929; StA Nürnberg, Pol. Dir. Nürnberg-Fürth, Lageberichte.

3 Martin Schiele (1870-1939), Fabrikant, 1914-1918 MdR (Konservativ), 1919-1920 Mitglied der Nationalversammlung (DNVP), 1920-1930 MdR, 1928-1930 Fraktionsvorsitzender der DNVP, Juli 1930 Christliches Landvolk, Januar bis Dezember 1925 Reichsminister des Innern, Januar 1927 bis Juni 1928 und März 1930 bis Mai 1932 Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, 1928-1930 Präsident des Reichslandbundes.

4 Franz Seldte (1882-1947), Fabrikant, 1918 Gründer des Stahlhelms, 1924-1933 Erster Bundesführer, 1933-1945 Reichsarbeitsminister.

5 Theodor Duesterberg (1875-1950), 1894 preußischer Leutnant, seit 1915 Funktionen im Kriegsministerium, 1919 als Oberstleutnant verabschiedet, 1924-1933 Zweiter Bundesführer des Stahlhelms, 1932 im ersten Wahlgang Kandidat zur Reichspräsidentenwahl, 1933 Rücktritt von den Bundesämtern des Stahlhelms.

6 Otto von Below (1857-1944), 1875 hessischer Leutnant, 1900 Generalmajor, 1914 General der Infanterie, 1918 verabschiedet, 2. Vorsitzender des Deutschen Offiziersbundes, Mitglied des Präsidiums der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands.

7 Rüdiger Graf von der Goltz (1865-1946), 1882 preußischer Leutnant, 1916 Generalmajor, Februar bis Oktober 1919 Führer der Freikorpsverbände im Baltikum, 1924-1930 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Jugend (Bund Jungdeutschland), 1925-1933 geschäftsführender Vorsitzender der Vereinigten Vaterländischen Verbände.

8 Alfred Hugenberg (1865-1951), 1888 Dr. rer. pol., 1890 Gründer des Allgemeinen Deutschen Verbands (seit 1894 Alldeutscher Verband), 1903 Verbandsdirektor der Raiffeisengenossenschaften, 1909-1918 Vorsitzender der Friedrich Krupp KG, seit 1914 Aufbau eines umfassenden Pressekonzerns, 1919-1933 MdR (DNVP), 1928-1933 Vorsitzender der DNVP, Januar bis Juni 1933 Reichswirtschaftsminister und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, 1947 im Entnazifizierungsverfahren als Unbelasteter eingestuft.

9 Friedrich Freiherr von Winterfeld (1875-1949), Dr. jur., 1908-1920 Landrat des Kreises Ostprignitz in Kyritz, 1920 Vorsitzender der Kur- und Neumärkischen Hauptritterschaftsdirektion und der Zentral-Landschaftsdirektion für die Preußischen Staaten, 1921-1933 MdL in Preußen (DNVP), 1928-1933 Vorsitzender der Landtagsfraktion der DNVP.

10 Karl Hepp (1889-1970), Landwirt, 1920-1933 MdR (DVP, seit 1928 Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei), 1921-1930 Präsident des Reichslandbundes, 1928-1933 Präsident der Landwirtschaftskammer Wiesbaden.

11 Friedrich Döbrich (1872-1953), Landwirt, 1920-1933 MdR (bis 1924 DVP, bis 1928 DNVP, dann Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei), 1921 Mitbegründer des Reichslandbundes, 1932 Ernennung zum thüringischen Staatsrat.

12 Ludwig Freiherr von Gebsattel (1857-1930), 1875 bayerischer Fähnrich, 1914 General der Kavallerie, 1916 Abschied, 1917 reaktiviert, 1919 endgültig verabschiedet.

13 Paul Rüffer (geb. 1873), Seiler, 1887-1889 Generalsekretär der Textil- und Hüttenarbeiter, 1906 Vorsitzender des Deutschnationalen Arbeiterbundes, 1921-1933 MdL in Preußen (DNVP).

14 Heinrich Claß (1868-1953), Justizrat, 1895 Rechtsanwalt, 1901 Mitglied der Hauptleitung des Alldeutschen Verbands, Mitinhaber der "Deutschen Zeitung".

15 Annagrete Lehmann (1877-1954), Studienrätin, 1921-1928 MdL in Preußen (DNVP), 1928-1933 MdR.

16 Fritz Thyssen (1873-1951), 1928 Vorsitzender der internationalen Rohstahlgemeinschaft, 1939 Flucht in die Schweiz, 1940 Verhaftung im unbesetzten Frankreich, Auslieferung an Deutschland, 1940-1945 Haft in verschiedenen Konzentrationslagern, Verfasser des 1941 in New York erschienenen Buches "I paid Hitler".

17 Nicht ermittelt.

[1. August 1929] Dok. 60
"Grundsätzliche Richtlinien für die Arbeit der Vorsitzenden und Schriftführer der Sondertagungen [1] am Reichsparteitag 1929" [2]
Anordnung

Masch. Manuskript, o. D.; IfZ, MA 1550/1.

Bestimmt für
a) die Vorstandschaft des Delegierten-Kongresses
b) die Vorsitzenden und Berichterstatter sämtlicher Sondertagungen

Der Reichsparteitag vom 1.- 4. August 1929 in Nürnberg wird nicht nur die größte politische Kundgebung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, sondern des politischen Wollens unserer heutigen Zeit überhaupt sein. Die Erinnerung an den vor 15 Jahren erfolgten Ausmarsch des deutschen Heeres in den Weltkrieg wird dieser Kundgebung noch eine besondere Weihe verleihen [3]. In stolzer Wehmut werden sich Hunderttausende der Stunden erinnern, die für jeden Deutschen, der sie mitzuerleben das Glück hatte, unvergeßlich sind für's ganze Leben. Diese Kundgebung zu Nürnberg soll aber auch Millionen Deutschen ein Unterpfand dafür sein, daß der deutsche Genius und die deutsche Kraft nur betäubt aber nicht tot sind. Niemand soll diese Stadt verlassen, der nicht die glückliche Zuversicht mit nach Hause nimmt, daß Deutschland dennoch lebt, daß unseres Volkes Erwachen sich vor unseren eigenen Augen offenbart.

So großartig unsere bisherigen Parteitage verlaufen sind [4], so eigenartig sie sich von ähnlichen Kundgebungen anderer Bewegungen unterschieden haben, so muß es doch unser aller Ehrgeiz sein, dieser neuen Tagung den Charakter einer Demonstration des deutschen Geistes aufzuprägen, eindringlicher und größer, als dies bisher möglich war. In diesen 4 Tagen soll sich aus dem Durcheinander unserer demokratischen Parlamentsgebilde, Parteien genannt, die junge deutsche Volksbewegung herausheben, die dereinst vernichten wird, was heute unserem Volke Vernichtung bringt.

Außerordentlich groß war die Arbeit der Vorbereitung dieser Heerschau unserer Bewegung [5]. Die Erfahrungen der bisherigen Parteitage wurden bis auf das äußerste ausgewertet.

---

1 Für den Parteitag waren 19 Sondertagungen vorgesehen, darunter die Tagung der Reichs- und Landtagsabgeordneten unter Leitung von MdR Wilhelm Frick, der Kreis-, Bezirkstags-, und Gemeindevertreter unter Leitung von Kreisrat Hermann Esser, sowie Tagungen zu Propaganda-, Kultur-, Beamten-, Bauern- und Gewerkschaftsfragen. Vgl. Zelnhefer, Die Reichsparteitage, S. 39.

2 Vom 1. bis 4.8.1929 in Nürnberg.

3 Vgl. Dok. 12, Anm. 4.

4 Nach parteiamtlicher Zählung fand der erste Reichsparteitag der NSDAP vom 27. bis 29.1.1923 in München, der zweite vom 3. bis 4.7.1926 in Weimar und der dritte vom 19. bis 21.8.1927 in Nürnberg statt. Vgl. Hans Volz, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin [10]1939, S. 10, 22, 24 sowie Bd. II/1, Dok. 3-7; Bd. II/2, Dok. 161-168.

5 Vgl. Dok. 1, 12, 45.

Rein organisatorisch wird die Kundgebung eine Meisterleistung der Bewegung sein. Der Größe dieses äußeren Eindrucks soll die innere Festigkeit der Bewegung entsprechen. Im Kongreß werden eine Anzahl auserlesener Vorträge ein Bild der geistigen Entwicklung der Bewegung geben. In den Sondertagungen ist Raum gegeben für die Diskussion einzelner Partei-Probleme, Fragen der Zeit, Anträge und Vorschläge.

Soll eine so umfangreiche Kundgebung innerlich und äußerlich den Charakter einer höchste Kraft zeigenden Demonstration erhalten, dann ist es notwendig, daß sie alle verantwortlichen Führer der Bewegung auch als solche fühlen. Es muß der Ehrgeiz und das Ziel unserer Partei sein, dem deutschen Volk eine auf das äußerste zusammengeschweißte und in sich vergossene [*sic!*] Führung zu geben. Dies legt besonders den Vorsitzenden und Leitern der Sondertagungen eine sehr ernste Verpflichtung auf: nämlich dafür zu sorgen, daß trotz des großen Rahmens der Kundgebungen und der Freiheit der Diskussion kein allgemeines Zerfließen dieser Tagungen eintritt. Aus endlosen Diskussionen ist erfahrungsgemäß bisher noch nie etwas geboren worden.

Die Zeit, die durch die eigenartige [*sic!*] Organisation unserer Parteitage für Anfragen, Anträge usw. zur Verfügung steht, ist außerordentlich umfangreich. Dafür darf aber auch unter keinen Umständen eine Überschreitung derselben stattfinden. Ich muß deshalb an dieser Stelle erneut betonen, daß die Vorsitzenden und Berichterstatter der Sondertagungen sich stets als Vertreter der Parteileitung zu fühlen haben und von höchstem Verantwortungsgefühl für die gesamte Bewegung durchdrungen, versuchen müssen, aus dem oft unklaren Wust von Ansichten und Meinungen, die in Anträgen ihren Ausdruck finden, das wirklich Brauchbare herauszuholen und in eine solche Form zu bringen, daß eine zum Nutzen der Bewegung dienende Erfüllung möglich erscheint. Nicht der Popularität darf in diesen Stunden eine Konzession gemacht werden, sondern leiten muß sich jeder lassen nur von der innersten Einsicht in die Zweckmäßigkeit und Möglichkeit einer Sache. Anderenfalls ist sie abzulehnen. Nur so erhalten wir langsam jene harten Führer-Naturen, die dereinst auch angesichts der ganzen Nation nicht der Eitelkeit zuliebe ein Opfer bringen oder nach dem Beifall der Masse girren [*sic!*], sondern die sich als Wahrer und Vertreter des Schicksals unseres Volkes fühlen und demgemäß auch handeln, ohne Furcht vor dem Haß oder dem Unverständnis der Gegenwart, ohne Hoffnung auf Zustimmung oder Beifall, nur den Blick gerichtet in die Zukunft unseres Volkes, der wir uns alle allein verantwortlich fühlen.

Ich habe im Jahre 1926 eine allgemeine Anordnung für die Durchführung der Sondertagungen anläßlich des Weimarer Parteitages erlassen, die auch heute noch ihre vollständige Gültigkeit besitzt [6]. So wie im Jahre 1927 [7] lasse ich sie auch dieses Mal im Wortlaut folgen:

"Bis zum Jahre 1923 fand der Parteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei verbunden mit der gesetzlich vorgeschriebenen Generalmitgliederversammlung jährlich in den Januartagen in München statt [8].

---

6 Vgl. Bd. II/1, Dok. 4.

7 Vgl. Bd. II/2, Dok. 164.

8 Am 30.9.1920 wurde erstmals ein Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterverein e. V. gegründet, um der Partei einen Rechtsstatus zu geben. Die erste Generalmitgliederversammlung fand am 21.1.1921, die zweite vom 29. bis 31.1.1922 statt. Vgl. Volz, Daten, S. 7 ff. sowie Anm. 4.

Abgesehen von der durch das Gesetz vorgeschriebenen Erledigung der Aufgaben der Partei als eingetragener Verein [9] wiesen die nationalsozialistischen Parteitage bis dorthin immer ein Bild der einmütigen Stärke der Bewegung auf. Sie unterschieden sich sehr zu ihren Gunsten von den üblen, mit Streitigkeiten erfüllten Veranstaltungen ähnlicher Art anderer Parteien. Sie wurden dadurch nicht, wie in solchen Fällen häufig, zu einer Quelle des Mißmutes und der Verärgerung, sondern zu einem Born unendlicher Kraft und Zuversicht. Es war besonders meine Sorge, immer dahin zu wirken, daß Parteitage grundsätzlich nicht zur Austragung persönlicher Stänkereien da sind. So sicher solche Zwischenfälle irgendwie gelöst werden müssen, ebenso sicher aber ist der Parteitag, der einmal im Jahre die gesamte Bewegung einigen soll, nicht der Tag dafür. Er ist aber auch nicht der Platz, an dem ungegorene und unsichere Ideen etwa einer Klärung zugeführt werden können. Weder die Zeit, noch das Wesen einer solchen Veranstaltung ertragen einen konzilartigen Charakter [10]. Es bleibt dabei zu bedenken, daß in allen solchen und ähnlichen Fällen die großen Entscheidungen nicht auf solchen Konzilien gefallen sind, sondern im Gegenteil die Weltgeschichte zumeist über sie hinwegzurollen pflegte. Sie ist, wie alle geschichtlichen Ereignisse das Ergebnis des Wirkens einzelner Personen und nicht die Frucht majoritativer Abstimmung.

Die Verhältnisse des letzten Jahres (Redeverbot [11] und sonstige Unterdrückung der Bewegung in Bayern) zwangen diesmal die Leitung der Bewegung, ein Kompromiß zu schließen. Sie war gesetzlich angehalten, die Generalmitgliederversammlung in München durchzuführen [12]. Es sollte dem aber auch kein anderer Wert beigemessen werden, als der durch das Gesetz bedingte rein formale. Der Parteitag mußte getrennt zur Abhaltung gelangen ...

Zweck dieses Parteitages

Gleich den früheren Generalmitgliederversammlungen und Parteitagen der Bewegung soll auch diese Veranstaltung den Charakter einer großen Kundgebung der jugendlichen Kraft unserer Bewegung erhalten. Gleich früher soll auch dieses Mal vermieden werden, den Parteitag mit Fragen zu belasten, deren Entscheidung oder Klärung in einem solchen Rahmen weder möglich, noch von Dauer sein würde. Das Jahr 1924 muß als eine Warnung in diesem Sinne und als Lehre für die Zukunft im Gedächtnis behalten werden [13]. Damals glaubte man eine Frage, die eben nur die Wirklichkeit beantworten kann, rein doktrinär von den Sitzplätzen eines Vereinstages aus lösen zu können. Der alte Versuch von einst, statt durch die Realitäten von Blut und Eisen [14] das Reich durch Delegierten-Kongresse erreden zu können! Denn wie

9 Grundlage des Vereinsrechts bildete Artikel 124 der Reichsverfassung. Das Vereinsgesetz vom 19.4.1908 (RGBl. 1908, S. 151 ff.) blieb gültig, wurde aber unter anderem durch das Gesetz zum Schutz der Republik (RGBl. 1922, I, S. 585 ff.) eingeschränkt.

10 Konzil: Versammlung hoher kirchlicher Amtsträger zur Beratung und Entscheidung gesamtkirchlicher Angelegenheiten.

11 Das Redeverbot für Hitler hatte in Bayern vom 9.3.1925 bis zum 5.3.1927 bestanden.

12 Am 22.5.1926. Vgl. Bd. I, Dok. 143-146.

13 Vgl. Dok. 3, Anm. 73.

14 Anspielung auf Bismarcks erste Rede als Ministerpräsident vor der Budgetkommission des preußischen Landtags am 30.9.1862. Vgl. Bismarck-Worte. Hrsg. von Heinz Amelung, Berlin 1918, S. 18.

schon einst und bisher noch immer, wenn auch in größerem Umfange, hat auch in diesem kleineren Verhältnis die praktische Wirklichkeit ganz anders entschieden.

Aus dieser Erkenntnis und dieser Einsicht heraus entstand der Entwurf für die Durchführung des heutigen [15] Parteitages.

Bestimmend für das Programm und die Art der Durchführung waren folgende Umstände:

1.) Der Parteitag kann infolge der gesamten Verhältnisse nur einen Tag dauern. (Dieses Mal vier.)

2.) Es steht für die Veranstaltung nur ein wirklich großer Raum zur Verfügung [16].

3.) Die Zahl der eingereichten Anträge ist eine so große, daß deren Behandlung vor einer einzigen großen Tagung vollkommen unmöglich ist. Ganz abgesehen davon, daß ein solcher Vorgang im Grunde genommen vollkommen nur bei einem Bruchteil der Anwesenden wird Verständnis finden können, ja, auch nur das nötige Interesse zu erregen vermag.

Daraus ergab sich logischerweise folgende Möglichkeit: Entweder die Anträge werden von einem allgemeinen großen Forum behandelt, dann fällt jede Möglichkeit, diese große Tagung zu einer mächtigen Kundgebung werden zu lassen, weg. Und anstelle eines Ausdruckes jugendlicher, vorwärtsstürmender Kraft bleibt nurmehr eine mehr oder minder 'geistreiche' Diskussion übrig.

Oder der Parteitag soll durch eine große Delegiertenversammlung seinem wahren Zweck, der Bewegung neuen Antrieb zu geben, genügen, dann mußten die zahllosen Anträge aus dem großen Delegierten-Kongreß herausgenommen werden und waren Sonderkommissionen zu überweisen, die schon der inneren Zusammensetzung nach geeignet erscheinen, auf den in Frage stehenden sachlichen Gebieten wirklich praktische Arbeit zu leisten.

Dieser letztere Weg wurde gewählt. Er war, wenn auch in bescheidenem Umfange, bereits den früheren Parteitagen der nationalsozialistischen Bewegung zugrundegelegt worden.

4.) Für die einzelnen Unterkommissionen bezw. Sondertagungen wurden eine Anzahl von Herren zu einer Art von Präsidium bestimmt, die sich auf den in Frage stehenden Gebieten bereits betätigen oder zum Teil dafür eine bestimmte Verantwortung besitzen. Nur so war es möglich, die große Anzahl der Anträge zu ordnen und jenen Sondertagungen zuzuweisen, die sich nun mit ihnen zu beschäftigen haben werden.

5.) Die zur Verfügung stehende, äußerst kurze Zeit zwang zu einer restlosen Ausnützung derselben, wobei zu berücksichtigen ist, daß die einzelnen Herren, die an einer Sondertagung an leitender Stelle teilnehmen, sich aus der Erkenntnis der Notwendigkeit heraus von anderen Veranstaltungen eben fernzuhalten haben. Nur dadurch wird eine Bearbeitung des großen Stoffes möglich."

Anordnung für die Durchführung der Tagungen 1.- 4. August 1929

Die Sondertagungen werden von den Vorsitzenden eröffnet.

Diese wählen sich zu ihrer Unterstützung aus ihren Mitberichterstattern ein oder zwei Stellvertreter.

---

15 Bezieht sich auf den Reichsparteitag 1926.
16 Gemeint ist das Deutsche Nationaltheater in Weimar.

Es wird kurz der Zweck der entsprechenden Sondertagung festgestellt, die Tagesordnung, die sich aus den eingelaufenen Anträgen ergibt, bekanntgegeben.

Liegen Anträge nicht vor, kann die Tagung zu einer kurzen allgemeinen Aussprache benützt werden. In dem Fall haben die Vorsitzenden die Möglichkeit, in Besprechungen allgemeine Partei-Notwendigkeiten, die das Gebiet der Sondertagungen berühren, zu behandeln. Vorliegende Anträge gleicher Art werden zur Besprechung sofort zusammengefaßt.

Diese Anträge werden von den Berichterstattern oder den Vorsitzenden vorgetragen. Der Antragsteller ist zu bitten, den Antrag noch kurz mündlich näher zu begründen. Hierauf erfolgt eine allgemeine kurze Diskussion, die sich streng im Rahmen des Themas zu halten hat. Die Berichterstatter nehmen darauf noch ihrerseits zu dem Ergebnis des Antrags und der Diskussion Stellung. Der Vorsitzende kann sich - wenn notwendig - mit den Berichterstattern zu einer besonderen Besprechung zurückziehen. Er trifft dann endgültig die Entscheidung, ob der Antrag anzunehmen ist und der Reichsleitung zum Beschluß vorzulegen ist. Anträge, die der Reichsleitung zum Beschluß vorgelegt werden, müssen durch den Vorsitzenden in eine durchführbare praktische Form gebracht werden. Sie sind dem ersten Präsidenten des Kongresses [17] unmittelbar zuzustellen, der sie dem Parteivorsitzenden zur Unterschrift vorlegt. Der Parteivorsitzende kann sich zur besonderen Berichterstattung sowohl den Vorsitzenden der Sondertagungen oder seine Referenten oder auch den Antragssteller kommen lassen als auch andere Führer der Bewegung zu der Beratung zuziehen. Anträge, deren Durchführung ihm unmöglich oder unzweckmäßig erscheint, erhalten die Unterschrift des ersten Vorsitzenden nicht. Dieser wird seine Stellungnahme dem Vorsitzenden der Sondertagung gegenüber kurz begründen. Eine Abschrift ist dem Antragsteller zuzustellen.

Anträge, die die Unterschrift des ersten Vorsitzenden erhalten haben, werden im Kongreß bekanntgegeben.

Es steht dem Vorsitzenden der Sondertagungen das Recht zu, sich über die Durchführungsmöglichkeit eines Antrags - ehe sie sich selbst entschließen - Rücksprache mit einer auf diesem Gebiete kompetenten Parteistelle zu nehmen. Zum Beispiel kann der Vorsitzende der Sondertagung für Organisationsfragen versuchen, den Reichsschatzmeister um seine Meinung zu befragen in einer Angelegenheit, die auch finanziell zu überdenken ist. Überhaupt müssen die einzelnen Führer der Bewegung sich stets gegenseitig an die Hand gehen. Es soll vermieden werden, daß ein Vorschlag dem ersten Vorsitzenden der Partei unterbreitet wird, der z. B. propagandistisch zweckmäßig, finanziell aber vollkommen undurchführbar ist.

Die Vorsitzenden und die Schriftführer der Sondertagungen haben ihre Aufgaben dann am besten gelöst, wenn sie der Parteileitung wertvolle und praktisch durchführbare Anträge zur Verfügung stellen. Begründende kurze Unterlagen sind dem beizufügen.

Ich mache dabei die Vorsitzenden der Sondertagungen noch einmal darauf aufmerksam, daß uferlose Diskussionen zu ersticken sind, die Austragung irgendwelcher Stänkereien aber von Anfang an zu verhindern sind.

Der nationalsozialistische Parteitag ist nicht dazu da, um schmutzige Wäsche zu waschen.

---

17 Gregor Straßer.

Die den Anträgen beigefügten Stellungnahmen der Reichsleitung sind deren allgemeine Auffassung und sollen dem Vorsitzenden der Sondertagungen von vorneherein allgemeine Richtlinien in die Hand geben. Sie sind nur für diese und ihre Referenten bestimmt.

Ich erwarte damit nochmals von allen Herren, daß sie als Wahrer der Einheit und Größe unserer Bewegung in all ihren Entscheidungen von diesem Pflichtbewußtsein erfüllt handeln und so mit helfen, den Parteitag 1929 zu einem weiteren Markstein auf dem Wege der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei werden zu lassen.

gez. *Adolf Hitler*
1. Vorsitzender

2. August 1929 Dok. 61
"Das nationalsozialistische Manifest zum Reichsparteitag 1929" Erklärung zur Eröffnung des Reichsparteitags der NSDAP in Nürnberg [1]

Masch. Manuskript, o. D.; BA, NS 26/62 [2].

Es ist heute für die meisten unserer Mitbürger schwer, sich noch ein Bild der geistigen und seelischen Verfassung unseres Volkes vor 11 Jahren zu machen. Kommende Generationen werden überhaupt manches nicht mehr verstehen können, was sich damals abspielte und weshalb vieles möglich war, weil ihnen das innere Bild des Lebens aus dieser bewegten Revolutionszeit unkenntlich und fremd geworden sein wird.

Elf knappe Jahre und doch genügten sie, um den Sinn und das Denken unseres Volkes so zu verwandeln, daß die damalige Zeit schon jetzt traumhaft ferne zurückzuliegen scheint.

Noch schwerer verständlich erscheinen heute vielen jene denkwürdigen

Augusttage 1914

in denen das deutsche Volk in verbittertem Zorne plötzlich aufflammte, seine nationale Ehre dabei höher einschätzend als die Feindschaft der halben Welt [3]. Manches an Unverständ-

1 Im Festsaal des Kulturvereinshauses, von 11.00 bis 13.00 Uhr. Die Delegiertenkarten wurden zum Preis von 10 RM ausgegeben. Vgl. Rundschreiben von Philipp Bouhler vom 11.6.1929; BA, Slg. Schumacher 373. Die Eröffnungssitzung, an der laut Münchner 800, laut Nürnberger Lagebericht 1.200 Delegierte teilnahmen, wurde von Gregor Straßer in Anwesenheit Hitlers geleitet. Zunächst begrüßte Julius Streicher Gäste aus Österreich, der Tschechoslowakei, der Schweiz, aus England, Argentinien, Brasilien, Nordamerika, Dänemark, Finnland, Danzig, Südwestafrika, Italien und Schweden. Danach verlas Gauleiter Adolf Wagner die von Hitler vorformulierte Erklärung.

2 Vgl. VB vom 3.8.1929, "Die N.S.D.A.P. als Kampforganisation des deutschen Volkes"; Auszug aus Lagebericht der Polizeidirektion München vom 14.8.1929; StA Dresden, Min. des Innern, 19085, I; Lagebericht Nr. 158/II/29 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 29.8.1929, ebenda.

3 Während des Ersten Weltkriegs befanden sich folgende Staaten im Kriegszustand mit dem Deutschen Reich: seit 1914 Rußland, Frankreich, Großbritannien, Belgien, Serbien, Montenegro, Japan, seit 1916 Portugal, Ita-

nis über diese Zeit ist dem natürlichen Vergessen zuzuschreiben. Vieles aber dem Bestreben unserer heutigen Republik, in die Seelen ihrer Untertanen, sprich "Staatsbürger", ein Grundgefühl der eigenen Unterlegenheit, der Minderwertigkeit hineinzupflanzen, das den verantwortlichen Staatsmännern von jetzt das beste Mittel zu sein scheint, um die Distanz zwischen dem damaligen Erleben und unserem heutigen Fühlen und Denken zu einer grenzenlosen, ja unverständlichen zu machen.

Auch unser Volk war einst ein stolzes

Und wer hätte mehr Grund als der Deutsche gehabt, es zu sein.

In wenigen Jahrzehnten war es gelungen, das Bismarckische Reich zu einer scheinbar unvergleichlichen Höhe emporzuführen. Aufgebaut auf alten Traditionen, erfüllt von den lebendigsten Kräften der Gegenwart, verwaltet vom saubersten Beamtenkörper aller Zeiten, beschirmt von einem stolzen selbstbewußten und kühnen Heere erschien das Kaiserreich in seiner bundesstaatlichen Verfassung allen Deutschen als die Erfüllung uralter Wünsche und ewiger Hoffnungen [4]. In der Frische der schwarz-weiß-roten Flagge [5] empfand man ein Symbol der jugendlichen Kraft des neuen Reiches.

Der Deutsche war nach Jahrhunderten endlich wieder selbstbewußt geworden.

Dieses Selbstbewußtsein fand seinen höchsten Ausdruck im Heere und seine höchste Betonung in der Erziehung des einzelnen Soldaten.

Wo war der Deutsche - und nur von ihm soll hier die Rede sein -, der im Jahre 1914 nicht der Überzeugung lebte, daß Deutschland der beste Staat der Welt war? Die deutsche Regierungsform die vernünftigste, die Verwaltung die reinlichste, das Heer das beste von allen Ländern der Erde?

Und dieses Selbstbewußtsein, das Millionen von Menschen erfüllte, fand seine wundervolle Rechtfertigung und Belohnung in den nun einsetzenden endlosen Siegen.

Als sich am 2. August 1914 die Farbenpracht der alten Regimenter wie mit Zauberschlag plötzlich ins Feldgraue verwandelte [6], hielt die Nation in spannungsvollster Erwartung tagelang den Atem an.

Es folgten die Stunden, in denen in endloser Folge die Bataillone bekränzt und umjubelt die Heimat verließen [7].

Und dann kam der Augenblick, da die erste Depesche den ersten Sieg verkündete:

"Lüttich ist gefallen [8]."

---

lien, Rumänien, seit 1917 USA, Cuba, Panama, Griechenland, Siam, Liberia, China, Brasilien und seit 1918 Guatemala, Nicaragua, Costa Rica, Haiti, Honduras. Darüber hinaus brachen während des Jahres 1917 folgende Staaten die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich ab: Bolivien, Peru, Uruguay, Ecuador.

4 Zur Geschichte der Entwicklung des deutschen Kaiserreichs vgl. Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866-1918, 2 Bde., München 1990-1992.

5 Die schwarz-weiß-rot quergestreifte Fahne war 1867 als Handelsflagge des Norddeutschen Bundes eingeführt worden. Von 1871 bis 1918 war sie Fahne des Deutschen Reiches.

6 Die feldgraue Uniform wurde in Deutschland seit 1910 bei Übungen und Manövern getragen.

7 Vgl. Dok. 1, Anm. 7.

8 Das X. deutsche Armeekorps hatte bis zum 16.8.1914 die belgischen Forts in Lüttich erobert; diese Festungswerke besaßen für die belgische Verteidigung eine Schlüsselstellung.

Wer kann heute noch die Ergriffenheit, das stolze Glück und die jubelnde Freude ermessen, die nun unser Volk gefangen nahmen?

Wer will sich heute noch genau vor Augen halten können die Seelenstimmung jener Monate, in denen nun ein deutscher Sieg den anderen jagte?

Was die Welt für unmöglich ansah, wurde nun zur Wirklichkeit: Das deutsche Volk in Waffen schützte seine Heimat, zwang die Heere seiner Feinde bis tief in deren eigenes Land zurück und umgürtete nun Mitteleuropa mit jener Mauer, die von Helden bewehrt und beschirmt ihre ewige Bezeichnung erhielt in dem einzigen Wort:

"Die Front".

Und viereinhalb Jahre lang stand sie nun diese Front, stets bedroht, oft bestürmt, manchesmal zum Bersten belastet, zum Zerreißen angespannt und doch am Ende unerschütterlich.

Das deutsche Volk, so oft weltfremd, weich und schwärmerisch veranlagt, hatte einen anderen Ausdruck angenommen: Der deutsche Frontsoldat war zum Repräsentanten der deutschen Nation geworden.

Freilich gab es demgegenüber auch eine gräßliche Not. Der Hunger zerquälte [*sic!*] die Menschen. Aber am schlimmsten wirkte das Gift jener Fremden, die als Deutsche vertarnt [*sic!*] ihren eigensten Plänen nunmehr die Erfüllung zu bringen hofften. Und wie so oft in unserem Volk fanden sich, während die einen heldenmütig kämpften, elende Kreaturen, die auf den Tag lauerten, der ihnen den Sieg bescheren mußte. Dieser Sieg hieß aber nicht "Rettung des Vaterlandes vor seinen Feinden", sondern Vernichtung der deutschen Kraft, Brechung des deutschen Widerstandes und Auslieferung der Nation an einen Haufen marxistischer Volksbetrüger, sozialdemokratischer und kommunistischer Journalisten, Gewerkschaftssekretäre, Literaten, Rechtsverdreher usw. [9]

Dieser verschworenen Meute elender Naturen war das alte Reich weder in seiner Verwaltung noch in seiner politischen Leitung gewachsen. Statt die Hoch- und Volksverräter, die landesverräterischen Staatsumstürzler unbarmherzig samt ihrem Schiebertroß zu vernichten und damit den jüdischen Zielen kurzerhand einen Riegel vorzuschieben, kapitulierte man aus der Angst, dabei "Bürgerblut" vergießen zu müssen. Und doch war es anders: Der deutsche Bürger stand damals an der Front oder erfüllte zumindest zu Hause irgendwo seine Pflicht. Wer aber als "Unabkömmlicher" [10] die Nation in ihrer Kraft auszuhöhlen versuchte oder als Parteiführer und Parlamentsschwätzer gegen die eigenen nationalen Interessen Stellung nahm, war kein Bürger mehr, sondern nur noch ein Verbrecher.

Und als Verbrecher mußte man diese Meute auch behandeln. Als Verbrecher, denen gegenüber jeder Zuhälter noch als ein Ehrenmann anzusprechen war. Und als Verbrecher doppelt und dreifach, weil durch ihr Verhalten Millionen braver ehrlicher deutscher Arbeiter von ihrem eigenen Volk in eine Bahn gerissen wurden, die sie innerlich aufrichtig nie gewünscht

9 Vgl. Dok. 3, Anm. 19.

10 Anspielung auf die vermeintliche Bevorzugung derjenigen Wehrpflichtigen jüdischen Glaubens, die vom Wehrdienst zur Erfüllung kriegswichtiger Aufgaben in der Heimat zurückgestellt wurden. Noch im August 1918 stellte Erich Ludendorff die zahlenmäßig sinnlose Forderung nach Einberufung der unabkömmlichen Juden zur Verstärkung des Heeres. Vgl. Ernest Hamburger, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848-1918, Tübingen 1968, S. 117 ff.

hatten, und weil das Blut von Hunderttausenden anderen auf zahlreichen Schlachtfeldern dank dem Wirken dieser politischen Verbrecher umsonst vergossen worden war.

Der Verrat an der Front und der Zusammenbruch des Reichs

Als aber diese Verbrecher durch die Revolution gesiegt hatten, verloren in Deutschland die Ehrlichkeit und Anständigkeit ihren Wert. Das Regiment der Parteien und des Schwindels, des Betrugs, der Vergiftung und der Verleumdung nahm damit seinen Anfang.

Die Tage aber, in denen das Regiment der Redlichkeit von dem der Gaunerei abgelöst wurde, warfen in Deutschland alles durcheinander.

Alle Begriffe begannen sich zu wandeln. Was früher gut war, sollte nun böse sein, was man früher zum Verbrechen gerechnet, gebärdete sich nun auf einmal mit frecher Stirne als politische und wirtschaftliche Tugend.

Zuchthäusler wurden Minister; Diebe - Polizeipräsidenten; Ehrenmänner wanderten dafür in die Gefängnisse; Helden wurden der Justiz übergeben; Meuterer tauchen als Richter auf; der Soldat, der redlich gekämpft hat, wird dafür beschimpft, der Deserteur übernimmt das Kommando, Fahnenflüchtige werden Führer. Landesverräter sind öffentlich Ankläger und urteilen nun über im Kampf zerschossene alte Offiziere.

Die Demokratie terrorisiert durch eine Minorität die Nation, während die tatsächliche Majorität unter dem Schlagwort einer "reaktionären Gewalt" nicht zu Worte kommt, - im Namen der Freiheit vergewaltigt man das Recht, - im Namen des Rechts unterdrückt man die Freiheit [11].

Im Namen des Sozialismus liefert man die Nation der internationalen Hochfinanz aus, im Namen des Fortschritts einer mittelalterlichen Barbarei, im Namen der Kultur verpestet man die Kunst und im Namen der Kunst zerstört man die Kultur.

Betäubt marschieren die Armeen in die Heimat, willenlos lassen sie sich entwaffnen, entwaffnen von einer Hand voll elender Lumpen. Armeen, die früher einer Welt getrotzt hatten! Und willenlos versetzen sie die Nation in den Zustand eines wirren Durcheinanders, den der Jude mit frechem Hohn als "Freiheit, Schönheit und Würde" [12] bezeichnet.

In dieser Zeit wurde die nationalsozialistische Bewegung gegründet, die heute ihren Reichsparteitag feiert.

Das Jahr 1919

ergab in großen Zügen gesehen folgendes politisches Bild:

Betäubt durch die Lüge seiner sozialdemokratischen Führer, daß die Feinde nur den Kaiser beseitigen, aber Deutschland und dem deutschen Volk nichts zuleide tun wollen, hat sich das deutsche Volk vertrauensvoll der Entente unterworfen [13]. Die sozialdemokratischen Führer erhielten für ihre meineidige Lüge die Macht, das deutsche Volk aber verfiel der Versklavung [14]. Die Entente, an ihrer Spitze Frankreich, sorgt für eine immer weiter fortschreitende Entwaffnung des deutschen Volkes, unterstützt von sozialdemokratischen Politikern, die eben-

11 Zum Vorwurf von seiten der NSDAP der Beeinflussung der Justiz durch die Politik vgl. Krohn, Die deutsche Justiz, S. 147 ff.
12 Vgl. Dok. 7, Anm. 42.
13 Vgl. Dok. 3, Anm. 24.
14 Anspielung auf Deutschlands Reparationsverpflichtungen.

falls in der Waffe den Ausdruck einer nationalen Kraft wittern, die sich vielleicht einst auch gegen sie wenden könnte. So arbeiten nun das Ausland und das offizielle Inland einträchtig zusammen, um die restlose Wehrlosmachung des deutschen Volkes zur Ermöglichung einer dauernden Auspressung durchzuführen. Die sozialdemokratischen Schwindler erklären dabei, daß die andere Welt nur darauf warte, bis Deutschland abgerüstet sei. Sie versichern dem deutschen Volk mit eiserner Stirne, daß es, sowie es sich erst seiner Waffen entledigt habe, als gleichberechtigtes Glied in die Völkergemeinschaft aufgenommen werde [15]. In eben dem Maße, in dem es den Lügen dieser Volksbeschwindler und dem Druck der Entente gelingt, die Nation wehrlos zu machen, setzt die Erpressung ein. Diktat wird von Diktat abgelöst [16]. Jedes neue steigert die Forderungen des vergangenen und sowie sich aber nun die Folgen dieses wirtschaftlichen Drucks langsam bemerkbar machen, beginnt man die Nation auch geistig abzurüsten. Man versucht die Erinnerungen an die große Vergangenheit auszulöschen und pflanzt statt dessen das Gefühl einer inferioren Unterlegenheit [*sic!*] auf allen Gebieten in das Hirn und Herz der Nation. Alles was groß war in der Vergangenheit, muß zu dem Zweck nun verkleinert werden, alles Erhabene wird besudelt, alles Erbärmliche aber umgekehrt als der tatsächliche Ausdruck des deutschen Geistes hingestellt. So setzt ein allgemeiner

Kreuzzug gegen das deutsche Wesen ein

und gegen seine Leistungen auf allen Gebieten. Die Kunst wird verdorben und vernarrt, das Theater verblödet, die Literatur verbolschewisiert, kurz, unser gesamtes Seelenleben vergiftet. Politisch und gesellschaftlich zerreißt man die Nation in zwei Hälften. Man predigt dem Proletariat einen großen Sieg und raubt dabei der gesamten Nation die Kraft des Widerstandes gegen die Pläne der internationalen Hochfinanz, während die sozialdemokratischen und kommunistischen Lügner von Sozialismus reden, zerstören sie die deutsche Wirtschaft. So zerfällt das Volk und verbraucht endlich den letzten Rest seiner politischen Kraft im gegenseitigen Kriege unter der Parole: "Bürgertum oder Proletariat".

Den marxistisch-internationalen Parteien stehen nunmehr gegenüber sogenannte nationalbürgerliche.

Während aber der Marxismus mit allen Waffen, angefangen von der demagogischen Lüge bis zur Brachialgewalt des Terrors die Vernichtung der Nation und des Staats predigt und durchführt, redet das Bürgertum von einem Kampf mit "geistigen Waffen". Das heißt, es rückt gegen Giftgas und moderne Sprenggranaten in alter Ritterrüstung mit schlechtem Speer und Schild an.

Das Schlimmste aber ist, daß diese bürgerliche Parteiwelt, selbst belastet von einer üblen Vergangenheit ewiger Kompromisse, jede Fähigkeit verloren hat, den aktiven Teil der Nation für seine Ziele noch irgendwie begeistern zu können. Denn wie will eine Parteiwelt die Jugend für ein nationales Ideal anfeuern, die ihre eigenen Prinzipien so erbärmlich feige im Stiche gelassen hat? Es sind in Wahrheit nur Parteikadaver, zu schlecht, um leben zu dürfen, aber zu egoistisch und feige, um sich selbst den Tod zu geben.

Sie sind trotz allem gegenteiligen Reden in Wahrheit doch nur von einer einzigen aufrichtigen Sorge erfüllt: Deutschland zu behüten vor einem starken Mann. Denn indem sie vom

---

15 Zur Haltung der MSPD zu den Waffenstillstandsverhandlungen und zum Friedensschluß vgl. Miller, Die Bürde der Macht, S. 56 ff., 274 ff.

16 Vgl. Dok. 41, Anm.12.

"Führer" schwätzen, erfüllt sie doch nur ein einziger Wunsch, daß das Schicksal ihn nicht bringen möge. Und indem sie scheinbar nach ihm suchen, verhüllen sie geflissentlich ihre Augen, um nur ja nicht etwa einen zu finden.

Sie sprechen gegen den "Klassengedanken" und wollen dabei nicht sehen, daß sie selbst zu Repräsentanten eines solchen geworden sind. Sie tun, als ob sie den Marxismus zu überwinden gedächten, während er aber doch tatsächlich nur infolge ihrer eigenen Tätigkeit zu entstehen vermochte. Sie rufen bei den Wahlen zum Kampf gegen die Sozialdemokratie auf und sind doch selbst in großen Verbänden bereits zu inneren Verbündeten der marxistischen Pest geworden. Sie sind selbst von diesem Gifte infiziert und enthüllen ihre innere Verwandtschaft mit ihrem angeblichen "Feind" sofort in dem Augenblick, in dem dieser wirklich von einer Vernichtung bedroht wird. Damit aber sinkt ihr ganzes politisches Handeln herunter zu üblem Gauklerspiel. Wahlschlachten möchten sie schlagen und Wahlerfolge sind es, die sie sich wünschen, Siege aber jagen ihnen Angst ein und feige drücken sie sich vor der letzten Verantwortung. Aber selbst dort, wo ihnen das Schicksal den letzten Sieg gibt, ist das Ergebnis doch belanglos. Wann und wo immer die politischen Parteien des deutschen Bürgertums seit der Revolution einen Sieg errungen haben, wurden die Mittel des Staates zur Konservierung der marxistischen Pest verwendet.

Die bürgerlichen Parteien wollen keine gründliche Scheidung zwischen Deutschtum und Marxismus.

Wenn der kühnste Gedanke der bürgerlichen Parteien die geistlose Rekonstruktion der Vergangenheit ist [17], dann muß ein so unfruchtbares Ziel und eine so bescheidene Hoffnung von vorneherein die Gefahr in sich bergen, daß eines Tages auch die Brücke gefunden werden wird zur Gegenwart.

Und sie wurde gefunden.

Den Reigen, den das Zentrum eröffnet hat [18], lernte eine bürgerliche Partei nach der anderen mit tanzen. Indem sie sich auf den "Boden der Tatsachen" stellten, versöhnten sie sich mit den verantwortlichen Kräften dieser Tatsachen und sprangen endlich hinein mitten in den heutigen Staat. Nicht um ihn zu "reformieren", nicht um ihn "umzugestalten" oder gar um ihn von "innen heraus zu stürzen", sondern nur um Anteil zu haben an den Früchten, die die Republik jenen gibt, die sich unter ihren Schatten stellen.

Damit haben aber auch diese bürgerlichen Parteien für die deutsche Nation Sinn und Zweck verloren.

Würden sie im Jahre 1918 mit vergangen sein, wären sie von der politischen Bildfläche verschwunden, was hätte schlimmer kommen können, als es kam?

Wenn die bürgerlichen Parteien fälschlicherweise so oft behaupten, durch ihre Tätigkeit das Schlimmste verhütet zu haben, dann sicherlich nicht das Schlimmste für das deutsche Volk, sondern höchstenfalls das Schlimmste für die inneren Feinde unseres Volkes.

---

17 Vgl. Dok. 3, Anm. 69.

18 Am 8.2.1919 hatte sich das Zentrum für die Beteiligung an der Regierungskoalition mit der SPD entschieden, die DDP bereits am 5.2.1919. Vgl. Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966, S. 165 ff. sowie Werner Stephan, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973, S. 49 ff.

Denn wenn in den Jahren 1919 und [*19*]20 und auch späterhin Deutschland nicht im Bolschewismus versank, dann, wahrhaftiger Gott, nicht deshalb, weil, es bürgerliche Parteien gab, sondern einzig darum, weil nationale Idealisten existierten, die viereinhalb Jahre lang für Deutschland kämpften, dann, obwohl besudelt, bespuckt und beschmutzt, von den Gründern des neuen Staates, in der Meinung, das Wohl der Nation über alles stellen zu müssen, sich trotz allem noch einmal den Stahlhelm auf das Haupt setzten, Karabiner und Handgranaten nahmen und nun im blutigen Bürgerkrieg die bolschewistische Meute niederschlugen [19]. Die bürgerlich-nationalen Parteien haben es nicht getan, wohl aber sorgten sie dafür, daß die jungen Freikorps als einzige Träger einer nationalen Ehre der Nachkriegszeit möglichst bald von unpolitischeren Gebilden abgelöst wurden, damit auf solche Art die schlimmsten Gefahren, die den inneren Vernichtern Deutschlands drohen konnten, glücklich vorübergingen.

Die wirkliche innere Gesinnung dieser bürgerlichen Parteiwelt offenbarte sich endlich am deutlichsten, indem sie mithalfen, diejenigen Deutschen, die einst tatsächlich das Schlimmste von Deutschland abgewendet hatten, zu entwaffnen, zu verfolgen, mit dem Hetzwort "Fememörder" zu belegen und endlich in die Zuchthäuser zu sperren [20].

So erbärmlich der Marxismus in seinem Handeln war, so verriet dieses Handeln immerhin häufig die Kraft des Verbrechers. Die Art aber, in der sich bürgerliche Parteien mit diesen Verbrechern abgefunden haben, ist schamlos, schwächlich.

So muß die Behauptung, daß die Notwendigkeit der Existenz bürgerlicher Parteien durch die wirtschaftliche und politische Tätigkeit der letzten 10 Jahre erhärtet sei, zurückgewiesen werden. Wären diese Parteigebilde im November 1918 vollständig vergangen, so hätte Deutschland doch nicht tiefer sinken können, als es so gesunken ist. Wohl aber wäre dann vielleicht, aus der Not des Schicksals heraus, die Kraft zu einer wirklichen Überwindung der marxistischen Revolte gekommen.

Denn die soldatischen Helden dazu waren da. Nur die politischen Führer haben versagt.

Die Zwecklosigkeit der bisherigen nationalen Parteien konnte man aber nicht nur erkennen aus der im November 1918 erfolgten geschichtlichen Aburteilung des politischen Ringens der letzten 60 Jahre, sondern noch mehr aus der Unfähigkeit, die Not der Zeit zu erfassen, einen Weg zu finden, der die deutsche Nation zusammenführen konnte, eine Parole aufzustellen, unter der die zerrissene Volksgemeinschaft in der Zukunft zu heilen war. Indem aber das deutsche politische Bürgertum sich selbst den wesentlichsten Verfallserscheinungen der Zeit verschrieb, verzichtete es auf jede Möglichkeit einer politisch-nationalen Reform unseres Volkes. Wer selbst bereits international denkt, kann nicht den Internationalismus der anderen überwinden. Wer sich selbst demokratischen Gedanken hingibt, kann nicht mehr den Wahn der Masse und den Glauben an die Zahl zerstören, und wer selbst aufhört, an die Gestalt und die Fähigkeit der Kraft zu glauben, und nicht mehr im Kampf den Regenten des Lebens erblickt, soll nicht mehr hoffen, den Pazifismus eines Volkes zu überwinden. In allen großen weltanschaulichen Fragen hat sich die politisch-bürgerliche Parteiwelt bereits auf den Boden des Marxismus gestellt.

In tausend einzelnen Erscheinungen liegt der Beweis für diese Behauptungen.

---

19 Vgl. Dok. 3, Anm. 20.
20 Vgl. Dok. 53, Anm. 20.

Unser allgemeines bürgerliches Denken hat sich von der blutsmäßig gebundenen und bedingten völkischen Linie entfernt. Fremdem Geiste werden, je ferner er uns rassisch liegt, desto mehr Konzessionen gemacht. Der Glaube an den "Osten" als Mutter der Menschheit und alles Wissens, Urmutter aller Religionen usw., hat sich im Gehirne unserer Intelligenz eingefressen, während in Wahrheit das ewige Licht niemals im Osten und niemals im Westen lag, liegen wird und liegen kann, sondern immer nur dort zu finden ist, wo sich der Träger aller menschlichen Erkenntnisse befindet, der Arier. Bewußt hat unser Bürgertum, von seinen jüdischen Bazillen infiziert, sich selbst aus der großen Kulturgemeinschaft des arischen Geistes aller Zeiten zu entfernen gesucht und sich fremdem Volkswesen und Volkserleben zugewandt.

Politisch träumt dieses Bürgertum von Konstruktionen einer menschlichen Staaten-Gesellschaft, die unnatürlich ist, weil sie die ewigen Grundwerte nicht berücksichtigen, sondern nur dem nackten Ziffern- und Zahlenwahnsinn huldigen. Nicht der Volkswert ist damit mehr entscheidend, sondern höchstens die Zahl eines Volkes, in nicht selteneren Fällen aber nur mehr die bloße Tatsache der Existenz eines Staates allein. So kann in solchem Gehirne dann das Monstrum eines Völkerbundsgedankens lebendig werden. So folgt der Entsagung auf ein eigenes stolz betontes Volkstum (die sich in tausend gesellschaftlichen und kulturellen Akten zeigt), die politische Entsagung an den Glauben zur Kraft der eigenen Nation und den Rechten, die aus dieser Kraft entsprießen. Die bürgerliche Welt wird in ihren obersten Spitzen wurzellos, rühmt sich selbst ihres kosmopolitischen Geistes und Charakters und liefert damit auf tausend Gebieten des täglichen Lebens praktische demonstrative Beispiele für die Mißachtung des eigenen Volkstums, die von der verderbt geführten Masse begierig aufgegriffen werden. Tausend solche Vorgänge nationaler Gleichgültigkeit oder nationaler Unzuverlässigkeit werden vom Juden nun dem Volke vorgeführt als Beweise für die Richtigkeit und Notwendigkeit einer analogen anti-nationalen oder, wie er sagt, internationalen Haltung des Proletariats.

Parallel damit läuft der Verzicht auf die Reinheit des eigenen Blutes. Bürgerliche Parteien werden zu Schützern der Volksvergiftung, ja zu förmlichen Verfechtern der

Rassenschändung des eigenen Volkes.

In ihren inneren Parteiformen sind sie bereits das Vorbild des Staates, den sie zu bekämpfen vorgeben. Schwatzhafte Ausschüsse, Abstimmungsmaschinerien, die in sich selbst den schlimmsten Parlamentarismus verkörpern, versuchen manchesmal noch gegen die Verparlamentarisierung der Nation Stellung zu nehmen.

Wer aber nun solcher Art die heutige parlamentarische Demokratie de facto anerkennt, darf sich nicht mehr beklagen, wenn die letzten Köpfe endlich selbst in der Erinnerung von Stein und Erz gestürzt werden. Baugesetze der menschlichen Gesellschaft sind entweder richtig oder falsch. Sie lassen sich nicht beliebig nach den Wünschen einzelner Menschen formen. Nur was dem Sinn einer wirklichen Vernunft gehorcht, kann auf die Dauer bestehen. Wer sich aber in grundsätzlichen Belangen von dieser Vernunft entfernt, opfert damit nicht selten den Bestand dessen, für was er zu kämpfen vermeint. Es klage heute deshalb keine bürgerliche Partei über die Beschimpfung eines großen Deutschen der Vergangenheit[21]. Wer selbst die Demokratie der heutigen Art will, erklärt sich gegen die Köpfe. Wer aber in einem Volke

21 Möglicherweise Anspielung auf die Auseinandersetzung um eine Briefmarke mit dem Bild Friedrich II., des Großen. Vgl. Dok. 38, Anm. 31.

Köpfe sehen möchte, muß der Feind des Gedankens sein, der die Zahl an ihre Stelle zu setzen versucht. Wer jedoch die Zahl vom Instrument zum Gebieter erhebt, wird die Köpfe dem Instrument eben opfern müssen.

Die bürgerliche Parteiwelt mußte aber in eben dem Maß, in dem sie sich der heutigen Demokratie verschrieb und kosmopolitisch zu denken versuchte, dem Pazifismus als unbedingte Kampfverneinung näherkommen. Es gibt keine Werte, die ihre Taxierung nicht durch den Kampf erhalten. Wer die Werte leugnet, kann billigerweise auf jeden Kampf verzichten. Unser bürgerliches Zeitalter versucht auf allen Gebieten des Lebenskampfes, das Risiko bei Einzelpersonen auszuschalten. Das Ergebnis ist die

Heranzüchtung eines feigen Geschlechtes.

Das scheinbar nationalpolitische Wollen unserer bürgerlichen Parteien erledigt sich von selbst, wenn man im Innern nur mehr Einheitsmenschen ohne Verantwortungsfreudigkeit und Kampfsinn haben will. Im Ringen der Völker untereinander offenbart sich die höchste Kraft im Siege, und im Kampf des Lebens erprobt sich der überlegene Kopf.

Sowie die bürgerliche Welt sich selbst international-demokratischen Gedanken verschrieb, öffnete sich dem Pazifismus Tor und Tür. Als aber endlich für sie selbst die schwerste Stunde kam, wurde sie von der brutalen Faust des Marxismus widerstandslos niedergeschlagen.

Das Schlimmste von allem aber war folgendes:

Im Jahre 1918 durfte niemand mehr erwarten, daß unser politisches Bürgertum Kraft und Mut aufbringen würde, überhaupt noch einmal den Kampf gegen den Marxismus bis zur letzten Konsequenz auf sich zu nehmen. Niemand durfte behaupten, daß eine Bewegung, die so arm an wirklichen Köpfen war und dafür so überreich an majoritationen [22] Entscheidungen, fähig sein würde, zu einer Brutalität in schärfster Form, die vielleicht allein noch den Kampf gegen den Marxismus hätte entscheiden können. Selbst der kühnste Gedanke der bisherigen nationalen Parteien war höchstens das Streben und Hoffen nach einem parlamentarischen Sieg. Der größte parlamentarische Erfolg konnte aber solange nicht die Vernichtung der Gegner bedeuten, als die nun auf legalem Wege errungenen Mittel der Staatsgewalt nicht ungehemmt angesetzt wurden zum Ausrottungskrieg gegen die marxistische Pestilenz. Dazu konnten unsere bürgerlich-nationalen Parteien niemals mehr kommen, weil nur eine weltanschaulich felsenfest eingewurzelte Überzeugung einer Bewegung die Kraft zu geben vermag zu einem Kampf auf Leben und Tod.

Marxismus und politisches Bürgertum sehen sich in großen Kreisen dem innersten Wesen nach so nahegerückt, daß selbst ein Sieg des Bürgertums immer nur ein fauler Friede sein wird, das heißt also wohl Dämpfung, aber im Grunde genommen doch: Duldung des Gegners, und niemals restlose Vernichtung.

Soweit ist unser politisches Bürgertum gefallen, daß es sich tausendmal lieber mit dem marxistischen Todfeind aussöhnt, als eine Idee, eine Bewegung oder einen Mann zu unterstützen, die den Marxismus vielleicht vernichten könnten.

Derselbe bürgerliche Politiker, der sich in einer oft geradezu unanständigen Fügsamkeit von nicht nur unbedeutenden, sondern sogar menschlich minderwertigen marxistischen Persönlichkeiten regieren läßt, lehnt eine deutsche Kraft oder einen deutschen Kopf sofort ab, so-

22 VB: "majoritativen".

ferne es sich hier um keinen Vertreter einer Einheitsfront nie zusammengehörender Elemente als vielmehr um einen Soldaten des Kampfes gegen die Vernichter des Vaterlandes handelt. Für diese Sorte von Parteipolitikern ist damit die höchste Empfehlung nicht mehr Manneskraft, Entschlossenheit, Einsicht und rücksichtslose Beharrlichkeit, als vielmehr Schwäche, Halbheit, Ohnmacht. Die Vorzüge eines Führers liegen in den Augen dieser nationalen Parteien, in seiner erkannten Willenlosigkeit, in der Fügsamkeit gegenüber dem Willen anderer und in der von ihm garantierten Ablehnung jeglichen rücksichtslosen Kampfes. Und fast ebenso verhaßt sind ihnen Menschen mit klarer Einsicht und einer ehrlichen Überzeugung ihres eigenen Könnens. Sie preisen den Stümper, Dummkopf und Schwächling um so lauter, je mehr sie ihre eigene Schwäche, ihre Unwissenheit und ihr schlechtes Gewissen vor dem wirklichen Könner warnt. Und das Problem heißt damit nicht mehr: "Wie wird Deutschland gerettet?" als vielmehr: "Wie verhindern wir die Überflüssigmachung unserer Partei?"

Wenn nun die Vertretung des nationalen Geistes und der Zukunft eines Volkes solchen politischen Gebilden anvertraut ist, dann darf man füglich nichts anderes mehr erwarten als den Untergang. Mögen solche Parteien noch so sehr an ihrer eigenen Existenz hängen, so ist doch das Wichtigere die Existenz des Staates und das Wichtigste das Leben des Volkes. Dafür ist zu kämpfen und dafür ist zu sorgen. Parteien, Verbände und Organisationen mögen in Deutschland kommen und mögen in Deutschland vergehen. Was uns bleiben muß, ist das deutsche Volk.

Wenn Verbände oder Parteien sich als national bezeichnen, ohne aber in der Lage zu sein, die nationale Existenz des Volkes in ihren Schutz zu nehmen und mutig und kühn zu vertreten, muß ihnen diese erhabene Mission genommen werden und die wirklichen Träger des nationalen Gedankens sind dann jene, die durch ihr Handeln das Volk wieder vom Abgrund zurückzureißen vermögen.

Unsere bisherigen nationalen Parteien haben im Jahre 1918 ihre Mission als Wahrerinnen und Schützerinnen des nationalen Gedankens, ja des Lebens unseres Volkes abgeschlossen und beendet. Sie haben ihre Aufgabe schlecht bestanden. Unter ihrem politischen Regiment ist die deutsche Nation in zwei Hälften zerfallen und endlich dem internationalen Gift erlegen.

Der bisherige Begriff "national" ist damit zu keinem Gemeingut der deutschen Nation geworden, sondern im Gegenteil zu einem trennenden Schlagwort.

Die Schuld trifft nicht nur die dieses wollenden marxistischen Hetzer, sondern ebenso sehr jene bisherigen nationalen Parteien, die es nicht verstanden haben, dieses Wort aus dem kleinen Gesichtskreis standes- und wirtschaftlicher Interessen herauszuheben und lieber die Nation zugrunde gehen ließen, als oft durch selbst nur kleine Konzessionen die sozialen Voraussetzungen für einen allgemein verankerten Nationalismus zu schaffen. Die Vernachlässigung sozialer Pflichten, die mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten motiviert wurde, führte endlich mit zum politischen

Zusammenbruch des Reichs

und in der Folge davon zu Wirtschaftskatastrophen, die tausendmal mehr an Opfern forderten, als man vorher gebraucht hätte, um den Begriff "national" der breiten Masse auch als einen sozialen verständlich zu machen.

Damit tritt nun an den deutschen Mann aber die Pflicht heran, nach einer neuen Kraft zu suchen, die fähig erscheint, das Leben der Nation in ihren Schutz zu nehmen und Leiterin des Volkes für die Zukunft zu werden.

Die Geburtsstunde des Nationalsozialismus

Im Durcheinander und Wirr[*warr* [23]] des Jahres 1919 haben nun zahlreiche Deutsche erkannt, daß unser Volk nur durch eine

neue politische Idee

und einer ebensolchen Organisation zu retten ist. Eine neue Bewegung mußte entstehen, die dem bürgerlichen Standpunkt des Sich-in-die-Dinge-fügens entsagt und statt dessen den Kampf für das Dasein unseres Volkes mit allen Mitteln wieder aufnimmt.

Eine neue Bewegung, die ebenso sehr die sozialistischen Interessen des breiten Volkes wahrnimmt und vertritt, wie sie umgekehrt dieses dafür aber auch zur Erfüllung der nationalen Pflichten zu zwingen hat.

Die bisher die Nation zerreißenden Schlagwörter "national" und "sozialistisch" müssen, zu einer Einheit verschmolzen, dem im Herzen anständigen Deutschen den Weg zu seiner Volksgemeinschaft hin wieder öffnen.

Wohl ist im Jahre 1918 eine für Millionen Deutsche teure Form zerbrochen [24]. Das Volk selbst hat damit seine Grundwerte noch nicht verändert, soweit nicht der Weltkrieg eine Auslese der Besten vernichtete und eine solche der Schlimmsten konserviert hatte. Diese Verluste aber mußten sich wieder eines Tages ersetzen. Nur Blutsvermischung vermag ein Rassegut endgültig zu entwerten. Verlorene Kriege können Staaten erschüttern, Gesellschaftsordnungen zerbrechen, Wirtschaftssysteme stürzen; solange sie nicht Bestandteile des Blutes zerstören, bleibt ein Volk im Innersten am Ende davon doch unberührt. Die innere Quelle der Kraft eines gesunden Volkes ist damit weder verschüttet noch versiegt. Wohl kann das Wasser trübe werden und sich mit Schlamm vermengen, aber langsam wird doch wieder eine Klärung kommen und die inneren Kräfte eines Volkes freigeben.

Das deutsche Volk hat vor der Geschichte Proben seines höchsten Wertes mehr als genügend abgelegt.

Wäre die politische Führung in langen Jahrhunderten eine bessere gewesen, müßten wir Deutsche kraft unserer Leistungen sowohl als kraft unserer Opfer heute die Erde beherrschen.

Wenn wir statt dessen den Fuß übermächtiger Sieger so schwer auf uns fühlen, dann nur, weil unser Volk sich an eben den Lebensgesetzen versündigt hat, weil es sich politischen Menschheitslastern ergab, die bisher noch immer Völker und Staaten zerstörten.

Wenn aber nun die Parteien, die diese nationale Existenz unseres Volkes zu vertreten hatten, versagten, so ist es die Pflicht anderer, aus der Gesamtsumme des Volkes wieder zu sammeln, was bereit ist, den Kampf für unsere Selbsterhaltung unter besseren Voraussetzungen in der richtigen Erkenntnis und mit größerer Entschlossenheit wieder aufzunehmen und durchzuführen.

Dann aber muß eine solche Bewegung sich frei halten vom Rahmen der bisherigen organisatorischen Gebilde, sie darf vor sich nur mehr ein Urvolk sehen, aus dem sie nun Mann für Mann und Weib um Weib zu suchen hat, die ihrem innersten Denken und Wesen nach als zusammengehörig erscheinen und nur mangels einer sie bisher bindenden Organisation der Zersplitterung verfielen.

---

23 Ergänzt nach VB.

24 Gemeint ist die Monarchie.

Dann ist es die Aufgabe, mit wenigen lapidaren Sätzen und mit wenigen ausdrucksvollen Symbolen diejenigen Gedanken einem Volke vorzuhalten, die an sich blutsmäßig in seinem inneren Wesen schlummern und die fähig sind, nun diese Menschen zu wecken, zusammenzubringen und in eine gemeinsame Kampffront zu führen.

Denn wer in einem Volke den Ton der Feigheit anschlägt, wird die Antwort aller Feigen für sich buchen können. Wer Heroismus fordert, wird Helden gewinnen; wer der Dummheit das Wort redet, erhält die Einfältigen als Anhang, wer höchstes Wissen verlangt, gewinnt nur Weise, wer verschwommene Theorien trägt, findet Verständnis bei Bastarden, und wer umgekehrt an die Größe eines Volkstums appelliert, erhält die Träger seines besten Blutes.

Stets gibt der Ton den Widerhall.

Die bürgerliche Parteiwelt hat es verlernt, den Ton anzuschlagen, der zum Herzen des Volkes dringt. So mußte es die Aufgabe einer deutschen Wiedergeburt sein, von anderer Stelle aus diesen Ruf erklingen zu lassen.

Dazu wurde die

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

gegründet [25].

Was den Inhalt einer völkischen Weltanschauung ausmacht, ist in zahlreichen Einzelheiten, wie jede Wahrheit, oft und oft erkannt, niedergeschrieben und gelehrt worden.

Auch in Deutschland haben zu allen Zeiten Männer einzelne Gedanken vertreten, die wir im besten Sinne des Wortes als "völkische" bezeichnen könnten. In geschichtlichen Abhandlungen wurden die Gesetze der menschlichen Entwicklung studiert und zu ergründen versucht. Die Bedeutung der Rasse, erst im Instinkt verankert, ist seit ältesten Zeiten oft und oft verstandesmäßig erkannt worden. Staatsgebäude wurden nach solchen Erkenntnissen errichtet. Rasse und Vererbungstheorie beschäftigten die Wissenschaft, Rassengefahren wurden festgestellt, Rassenfeinde gründlich behandelt, - und trotzdem konnte dies alles nicht verhindern, daß im November 1918 vollkommen gegenteilige Ansichten und Auffassungen zur Macht kamen. Es war nicht gelungen, aus zahlreichen Erkenntnissen die logischen politischen Konsequenzen abzuleiten.

Und selbst dort, wo man dies versuchte, blieb es dabei bestehen. Am Ende fehlte überall die Erkenntnis, daß jede Idee zu ihrer Verwirklichung einer Organisation bedarf. Es ist bemerkenswert, daß es zu allen Zeiten leichter war, Ideen zu produzieren als Organisationen aufzubauen.

Die völkische Idee in Deutschland war nicht nur ihrem Inhalte nach außerordentlich unklar umrissen, sie war vor allem gar nicht zu verwirklichen, solange sie sich nicht ein politisches Machtinstrument zu schaffen vermochte. Nur weil der Marxismus als Weltanschauung über ein solches Instrument verfügte, konnte er seine Herrschaftsabsichten im Jahre 1918 verwirklichen. Und nur weil der völkischen Idee jedes solche Instrument fehlte, mußte sie unterliegen. So ungeheuer auch die Bedeutung der Richtigkeit einer Idee oder Theorie zu sein vermag, so sicher liegt der Erfolg nicht in dem allein. Erst wenn eine Theorie sich das zu ihrer Verwirkli-

25 Vgl. Dok. 1, Anm. 2.

chung allein geeignete Machtintrument geschaffen hat, kann sie aus dem blassen Reich der Gedanken [26] in die lebendige Wirklichkeit umgeformt werden.

Wir haben es nun im Jahre 1919 übernommen, allgemeine völkische Erkenntnisse in ein geschlossenes System zu bringen und die Bildung einer Organisation zur Verwirklichung dieser Gedanken durchzuführen.

So trat zum erstenmal in Deutschland die völkische Idee in den Bereich eines möglichen Erfolges.

Damit mußte aber auch zu allererst ein kategorischer Strich gezogen werden zwischen uns und jenen ewig theoretisierenden Literaten, für die die Theorie selbst wieder nur Selbstzweck ist, die sich immer nur an dem Gedanken berauschen und dann einfach glauben, durch das bloße Wollen eine Welt umgestalten zu können.

Die nationalsozialistische Bewegung mußte sich demgegenüber in die harte Wirklichkeit hineinfinden.

Sie mußte mit Menschen und Tatsachen rechnen, die da sind.

Sie durfte bei allem Wollen keinen Augenblick vergessen, daß es Wesen aus Fleisch und Blut sind, mit denen gerechnet werden muß und mit denen man nun zu versuchen hat, einen neuen Staat zu errichten und einer neuen Idee zum Siege zu verhelfen.

So unbegrenzt das Reich der Gedanken ist, so scharf begrenzt muß aber das

Glaubensbekenntnis der neuen Bewegung

sein, soll diese nicht wie so viele andere wieder in ein Nichts zerfließen.

Wenige große Gegensätze sind es, die uns weltanschaulich von der heutigen Zeit trennen. Sie liegen in der Ablehnung des Internationalen, der Demokratie, des Parlamentarismus und des Pazifismus.

Aus solchen allgemeinen weltanschaulichen Motiven ließen sich dann für das politische und wirtschaftliche Handeln allgemeine programmatische Grundsätze ableiten. Allein auch hier durfte man nie vergessen, daß der Inhalt und selbst die Stilisierung aller Gedanken den Menschen zu entsprechen hat, an die man sie richten will, und daß diese nicht so sind, wie man sie gerne haben möchte, sondern oft wie man sie nicht haben will.

Das Material, mit dem wir Geschichte machen wollen, ist uns gegeben. Nicht dieses nimmt Rücksicht auf die Theorie, sondern die Theorie hat Rücksicht zu nehmen auf das Material.

Soll aber auf dieser Welt ein Sieg erfochten werden, dann wird es auf Grund unserer völkischen Weltanschauung immer nur die Kraft vermögen, die sich aus den besten Einzelelementen ergibt. Die Steigerung der höchsten Güte läuft damit aber meist parallel mit einer Verminderung der Zahl. Die historische Minorität, die zu allen Zeiten Geschichte machte, ist damit nicht infolge ihrer zahlenmäßigen Beschränkung, sondern infolge ihrer höheren Güte zu ihrer Mission berufen. Was der historischen Minorität an Zahl fehlt, hat sie daher an Qualität zu ersetzen. Der Begriff der Qualität erschöpft sich aber nicht nur in den Werten der einzelnen Personen, sondern umschließt auch den Wert ihrer Organisation. Die Güte der Menschen einer schlechten Organisation kann aufgewogen werden durch eine bessere Organisation, wenn auch von schlechteren Menschen. Daher ist die historische Minorität, die die Geschichte

26 Anspielung auf William Shakespeares "Hamlet", 3. Akt, 1. Szene.

macht, fast stets die bessere Organisation mit den tatkräftigeren und wertvolleren Einzelmenschen einer bestimmten Zeit.

In Perioden einer allgemeinen Desorganisation entscheiden häufig nur die Qualitäten einzelner. In Perioden großer organisierter Formationen siegen die festgefügten und bestgeführten Verbände.

Die nationalsozialistische Bewegung hat es sich daher zum Ziele gesetzt, entgegen den desolaten Organisationen unserer bisherigen nationalen Parteien eine glänzend disziplinierte Bewegung einem leider nur zu gut organisierten Feind entgegenzustellen.

Damit aber mußte die junge Bewegung von Anfang an einen Kampf aufnehmen gegen ein von sich selbst ebenso überzogenes wie undiszipliniertes Literatentum, das von jeher vermeint, mit spitzen Federn und geistreich erscheinenden Artikeln Geschichte machen zu können. Dem jedes Verständnis dafür fehlt, daß in der Geschichte der Menschheit am Ende das Schwert immer schwerer gewogen wurde als ein Gänsekiel.

Es mußte damit verhütet werden, daß die junge Bewegung ein Tummelplatz herrschsüchtiger Skribenten wurde, die theoretisch alles wissen und praktisch nichts verstehen.

Die junge Bewegung mußte sich damit auch freihalten vom Banne alter völkisch-sein-wollender, in Wirklichkeit aber unvölkisch erstarrter geistiger Versteinerungen.

Die junge nationalsozialistische Bewegung mußte eine Organisation des lebendigen Kampfes werden und durfte um keinen Preis vor lauter biederen alten Zöpfen den freien Blick in die Gegenwart verlieren.

Mit einem Wust von scheinbar völkischen, in Wirklichkeit aber nur äußerlichen Vorstellungen mußte aufgeräumt werden. Wollte sie wirklich dem deutschen Volke für die Zukunft nützen, dann war der beste Prüfstein hierfür die Stellungnahme ihrer Gegner.

Jahrzehntelang hat das Judentum über diese völkischen Theoretiker gelacht und gespottet, sie als Apostel verhöhnt und endlich überhaupt nicht mehr beachtet. Wollte die nationalsozialistische Bewegung ihren Weg richtig nehmen, dann mußte es ihr gelingen, ihrem Kampfe statt der allgemeinen Verhöhnung den jüdischen Zorn zuzuziehen.

Am Tage, da sie vom Haß getroffen wurde, nahm sie der Erfolg bei der Hand.

Das nationalsozialistische Glaubensbekenntnis
Unser Kampfprogramm [27]

Im Jahre 1919 mußte die junge Bewegung aber weiter auch den Mut aufbringen, sich von Anfang an gegen alle anderen politischen Gebilde zu stellen, um dadurch selbst den leisesten Anschein zu vermeiden, mit ihnen doch irgendwie identisch zu sein. Jede Annäherung an die eine oder andere Seite mußte verderblich werden, denn sie raubte der jungen Idee die unbelastete Vergangenheit. An Stelle einer freimütigen Prüfung hätte sie dann nur Vorurteile erwarten dürfen. Somit konnte die Bewegung vom ersten Tage an in dem bisher vorhandenen nationalen Parteikampf nur mehr einen bereits abgeschlossenen Vorgang erblicken.

Nicht die bisherigen nationalen Parteien werden künftig die Träger des nationalen Kampfes sein, sondern ausschließlich die nationalsozialistische Bewegung.

Den einen gehörte die Vergangenheit, und unser ist die Zukunft.

---

27 Hinweis auf das 25-Punkte-Programm der NSDAP vom 24.2.1920. Druck: Tyrell, Führer, S. 23 ff.

Wenn die Gruppe von wenigen namenlosen Männern sich zusammenfindet mit dem Willen, einem Volke neue Lebensgesetze zu geben, für deren Durchführung einzutreten und die Organisation zur Führung des Kampfes aufzunehmen, so ist bei aller Richtigkeit der Idee der Glaube von fundamentalster Bedeutung.

Nicht die Richtigkeit von Ideen an sich haben Völker und Staaten erschüttert, sondern immer nur der Glaube, den sie auszustrahlen vermochten.

Es war im Jahre 1919 das schwerste, in dieser der Feigheit und Kleingläubigkeit verfallenen Zeit eine Organisation von Menschen zu bilden, die 20 Köpfe hoch schon den Glauben in ihrer Brust trugen, einst die Führer eines großen Volkes und Leiter eines Staates zu sein.

Heute nach 10 Jahren kann man kaum mehr ermessen, welch ungeheure seelische Kraft damals dazu gehörte, der jungen Bewegung einen solchen Glauben einzuhauchen.

Das größte Wunder, das sich in den letzten 10 Jahren in der Geschichte des deutschen Volkes vollzogen hat, ist nicht die Sanierung unserer Wirtschaft - wie man so oft sich selbst verhöhnend meint - oder die Neubildung der deutschen Reichswehr, die Reorganisation unserer Marine, die Zurückdrängung bolschewistischer Exzesse, die Stabilisierung unserer Währung oder irgend etwas ähnliches. Nein!

Das größte Wunder in Deutschland ist, daß es vor 10 Jahren einer Handvoll Männer gelungen ist, eine Organisation zu bilden, die, ohne auf die geringste Tradition zurückblicken oder an einer solchen teilhaben zu können, in dieser kurzen Zeit zu einem Gebilde heranwuchs, in [*dem heute Millionen von*[28]] Menschen den Garanten für den Sieg und die Wiederauferstehung des deutschen Volkes sehen. Daß es möglich war, aus nichts heraus eine Bewegung zu schaffen, die heute nach 10 Jahren dem Leben von Millionen Deutschen einen neuen Inhalt und ihrem Streben ein neues Ziel gibt, die ungezählten Menschen ihre innere Unrast von sich genommen hat, ihnen einen Halt schenkte und einen starken Glauben gab, und daß es weiter möglich wurde, diesen Glauben von vielen Hunderttausenden in wenigen Begriffen und wenigen Symbolen zusammenzufassen.

Das ist das Wunder, daß dem Zeichen des Sowjetsterns[29] nun ein
deutsches Kreuz[30]
gegenübersteht.

Was immer auch Kleinlichkeit, Eifersucht und Neid der Menschen und ihre ewige Nörgelsucht auszustellen vermögen, was immer sie zu kritisieren versuchen, so können diese tausend Besserwisser doch eine Tatsache nicht leugnen: Der roten Front steht ein braunes Heer gegenüber, dem Internationalismus glühende Vaterlandsliebe und der Sinn zum eigenen Volkstum, der Demokratie blinder Glaube an die Persönlichkeit, dem Pazifismus opferbereiter Kampfesmut.

---

28 Ergänzt nach VB.

29 Der rote Stern ist das politische Symbol des Kommunismus und war seit 1924 Bestandteil des sowjetischen Staatswappens.

30 Das Hakenkreuz galt seit Beginn des 19. Jahrhunderts als Symbol für die Rückbesinnung auf vermeintliche germanische Traditionen; Anfang des 20. Jahrhunderts erhielt es einen eindeutig völkisch-antisemitischen Charakter. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde es von Freikorpsverbänden als Abzeichen genutzt. Am 7.8.1920 wurde es als Hakenkreuzfahne offizielles Parteiabzeichen der NSDAP.

Während der literarische Nörgler nichts sieht als Möglichkeiten zu theoretischen Federübungen, erlebt die Welt das Schauspiel einer grandiosen Sammlung von Menschen eines bestimmten Wesens und Sinns zu einem Zweck und für ein Ziel.

Und welch ein Wandel hat sich seitdem in Deutschland vollzogen!

Was man vor 10 Jahren kaum leise anzudeuten wagte, ist heute ein offenes Bekenntnis für Hunderttausende.

Es ist das Verdienst unserer Bewegung, der Periode der politischen Feigheit aus Angst vor der gesellschaftlichen Ächtung [*durch das Judentum den Trotz derer gegenübergestellt zu haben, die nur eine Ächtung* [31]] kennen, die des eigenen Gewissens.

Es ist heute beglückend für Hunderttausende und Hunderttausende, sich in einer Gemeinschaft von Männern und Frauen zu wissen, die keinen Wert darauf legen, vom Juden gelobt zu werden oder gar seiner Liebe würdig zu sein, sondern die diese Art der Bevormundung unseres Volkes durch ein fremdes als freche Arroganz zurückweisen mit dem festen Entschluß, einmal dafür zu sorgen, daß für die Beurteilung des Deutschen in Zukunft nur sein Verhalten dem eigenen Volke gegenüber maßgebend sein soll!

Welch ein Wandel hat sich weiter, dank der Arbeit unserer Bewegung, in diesen 10 Jahren aber auch vollzogen in der Einstellung der öffentlichen Meinung dem Terror des Marxismus gegenüber! Vor 10 Jahren feiges Sich-fügen und heute wilder Widerstand.

Wir Nationalsozialisten scheuen ihn nicht, den Terror unserer Feinde. Im Gegenteil, es wird die Stunde kommen, da dieser Terror gebrochen ist und nur ein einziger in Deutschland vorhanden sein soll: Der Terror des Gebots der nationalen Ehre, die kein Feilschen und kein Handeln duldet.

In diesen 10 Jahren hat die nationalsozialistische Idee aber nicht nur ihre wesentliche Formulierung, sondern auch ihre praktische Form gefunden. Es ist ein dauerndes organisches Wachsen, das sich vor unser aller Augen abspielt. Nichts ist gekünstelt, nichts unnatürlich geworden, alles kam, weil es so kommen mußte.

Und was immer auch in diesen letzten 10 Jahren geschah, das hat am Ende doch mitgeholfen, unsere Bewegung in ihrem Wachstum zu festigen und zu stärken. Gewalt wechselte mit Lüge, Lüge mit Verleumdung, Spott und Hohn mit stillem Haß, verlogene Liebenswürdigkeit mit wütender Feindschaft, und doch vermochte nichts den Vormarsch zu hemmen.

Groß sind die Aufgaben, die uns die Zukunft stellt. Der Ausbau unserer Propaganda, ihre dauernde Verstärkung in Rede und Schrifttum soll parallel gehen mit der inneren Festigung unserer Organisation. Der Gedanke der Führerverantwortlichkeit wird beharrlich bis in die letzte Parteizelle hineingetragen werden. Die Ausrottung von Majoritätsbeschlüssen wird bis zur letzten Konsequenz durchgeführt werden. Der Ausbau großer wirtschaftlicher Selbsthilfe-Organisationen wird seinen Anfang nehmen [32]. Die S.A. wird immer mehr zur großen Turn- und Sportorganisation der Bewegung ausgebaut und soll in olympischen Spielen entsprechend

31 Ergänzt nach VB.

32 Vermutlich Anspielung auf die folgenlosen Überlegungen auf der Sondertagung für Bauernfragen, eine nationalsozialistische Viehverwertungsgesellschaft zu gründen.

der geistigen Arbeit schon den nächsten Parteitagen ihr Gepräge geben [33]. Das Zusammenfügen von Menschen aus den Schichten unserer Intelligenz und denen unserer Handarbeiterschaft wird ihren Ausdruck finden in der Schaffung von Betriebszellen [34] auf der einen und Hochschulorganisationen [35] auf der anderen Seite. Unverrückbar schwebt uns allen dabei stets das eine Ziel vor: eine Bewegung zu schmieden, die keine "Partei" einer Klasse, sondern eine

Kampforganisation des deutschen Volkes

ist.

Außenpolitisch ist die nächste und augenblicklich notwendigste Aufgabe die Organisation eines allgemeinen Volkswiderstandes gegen das neue Pariser Diktat [36]. Wir sind es der deutschen Zukunft schuldig, kein Mittel unversucht zu lassen, der verhängnisvollen, von einem kleinen Klüngel vertretenen Versklavungspolitik endlich einen

allgemeinen Nationalprotest

entgegenzusetzen.

Wir sehen in Herrn Stresemann den verhängnisvollen Leiter der außenpolitischen Geschicke unseres Volkes. Wir begrüßen deshalb jeden Bundesgenossen, der gewillt und bereit ist, den Kampf gegen diesen Mann mit aufzunehmen [37].

Wir empfinden es dabei als eine Notwendigkeit gegenüber der verfehlten französischen Orientierung dieses Politikers, eine Verständigung Deutschlands mit den natürlichen Gegnern Frankreichs zu vertreten. Die nationalsozialistische Bewegung wird auch in den nächsten Jahren unbeirrbar an ihrer Auffassung festhalten, daß als mögliche Bundesgenossen für Deutschland nur mögliche Gegner Frankreichs in Frage kommen. Wir sehen es deshalb als eine unserer Aufgaben an, der bewußten und gewollten Verhetzung der öffentlichen Meinung in Deutschland gegen Italien ebenso wie der in Italien gegen Deutschland im Interesse einer Verständigung der beiden Staaten und Völker entgegenzutreten.

Parteigenossen, Parteigenossinnen und Gäste!

Wir haben Sie für diese Tage nach der alten deutschen Reichsstadt Nürnberg gebeten, um hier unseren Reichsparteitag 1929 zu begehen. *Sie sind damit in einen wundersamen Schrank deutscher Kunst und deutscher Kultur gekommen* [*sic!*]. Sie sind jedoch gekommen in einer Zeit, die nicht dem deutschen Geiste huldigt, sondern die ihn von innen so schwer bedrückt wie von außen. Sie sollen aber in diesen Tagen aus diesem Saale und aus den Straßen dieser

---

33 Bereits 1927 war bei der Obersten SA-Führung ein Sportamt eingerichtet worden. Während des Parteitags 1929 wurden erstmals SA-Meisterschaften im Boxen ausgerichtet und Schaukämpfe in anderen Kampfsportarten vorgeführt. Vgl. Hans Joachim Teichler, Internationale Sportpolitik im Dritten Reich, Schorndorf 1991, S. 33 f.

34 Auf dem Parteitag 1929 wurde die Gründung einer Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation beschlossen, die auf Reichsebene offiziell am 1.1.1931 ins Leben gerufen wurde. Vgl. Volker Kratzenberg, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation, ihre Entstehung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927-1934, Frankfurt a. M. 1987, S. 76 ff.

35 Gemeint ist der am 26.1.1926 gegründete Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Vgl. Faust, Studentenbund, S. 36 f.

36 Vgl. Dok. 41, Anm. 11.

37 Anspielung auf den Beitritt der NSDAP zum Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren. Vgl. Dok. 50, Anm. 1.

Stadt neu gestärkt die Überzeugung mit nach Hause nehmen, daß sich die Kraft unseres Volkes zu neuer Lebensbejahung rüstet. Sie sollen an dem Ihnen, meinen Gästen, vielleicht fremden Ausdruck der Form dieses Parteitags, die unsere Form ist, erkennen, daß sich in Deutschland inmitten einer Welt von Internationalismus, Demokratie und Pazifismus der gesunde Sinn unseres Volkes wiederfindet und seine eigenen Gesetze schafft. Sie werden an den Zehntausenden von Kämpfern dieser jungen und in Wahrheit doch so alten Weltanschauung ermessen, wie tief der Glaube und wie unbegrenzt die Zuversicht sein muß, wenn sie in einer so materiellen Zeit die Menschen zu einem solchen Idealismus befähigen. Denn was Sie hier in den Straßen der Stadt marschieren sehen werden, das sind nicht die vom Glück Gesegneten, sondern die von der Not Gequälten.

Was andere Parteien vielleicht gar nicht zu fassen vermögen, das wollen Sie hier mit Ihren Augen in sich aufnehmen: Hunderttausend Menschen [38], die sich zum Teil von ihrem Munde das Glück absparen, einmal vor aller Welt bekennen zu dürfen: Wir sind Deutsche, glauben an die Zukunft unseres Volkes und kämpfen für unser nationales und soziales Recht. Und wir sind bereit, alle unsere Kraft in den Dienst dieser Erhaltung unseres Volkstums zu stellen.

Sie werden sich dann in diesen Tagen zurückerinnern an die Zeit vor 15 Jahren, die heute im Geiste wieder an uns vorbeirauscht.

Sie werden an dem Jubel von jetzt zurückfinden zu dem Jubel von einst und werden vielleicht vergessen, daß diese Kolonnen in braun gekleidet sind, und werden statt ihnen [*sic!*], die feldgrauen Regimenter aufziehen sehen zum Schutze unserer deutschen Heimat, werden sich erinnern an die Blumen des August 1914, an den Stolz und die Begeisterung und die nicht minder tiefe Ergriffenheit. Sie werden dann vor Ihren Augen vorbeiziehen lassen die Zeit der endlosen Siege, die Zeit der grenzenlosen Not, die Zeit der beginnenden Schande und die der tiefen Trauer über den Fall des Reiches, und werden dann zurückfinden in die Zeit von jetzt, die schon wieder hinüberweist in

ein neues Reich,

dessen Fahnen [39] schon heute das Symbol des Kampfes unserer Jugend geworden sind.

Mögen Sie in Ihrem Herzen mitempfinden und teilnehmen an der Kraft, die heute Hunderttausende bewegt, und mit hinausnehmen die Überzeugung, daß des Meisters Gruß sich hier der Verwirklichung nähert:

"Deutschland ist im Erwachen" [40]

38 Der Münchner Lagebericht schätzte die Zahl der Teilnehmer auf 26.300 uniformierte SA-, SS- und HJ-Angehörige und weitere 30.000 bis 40.000 Parteimitglieder und stellte ergänzend fest: "Die von der nationalsozialistischen Presse angegebene Beteiligung von 60.000 S.A.-Leuten und von über 200.000 Gesamtteilnehmern ist weit übertrieben." Vgl. auch Dok. 13, Anm. 7.

39 Gemeint ist die Hakenkreuzfahne. Vgl. Anm. 30.

40 Das Motto "Deutschland erwache!" stammt aus dem Gedicht "Sturm" von Dietrich Eckart und war seit 1923 Aufschrift auf den SA- und SS-Standarten.

3. August 1929 Dok. 62
"10 Jahre Kampf"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 3.8.1929.

Der Parteitag 1929 birgt für uns eine doppelte Erinnerung:

Erstens sind am 4. August [*1929*] 15 Jahre vergangen, seit das deutsche Volk in die größte Leistung seiner Geschichte eingetreten ist. Wenn es auch Verräterhände fertigbrachten, dem deutschen Heere den Sieg zu entwinden [1], dann bleibt aber trotzdem das viereinhalbjährige Ringen gegen 26 Staaten [2] das ruhmvollste Geschehnis aller Zeiten. Mit stolzer Rührung werden wir uns in diesen Augusttagen zurückbesinnen auf die Zeit des Ausmarsches der deutschen Heere in den Weltkrieg. Der Jubel und die Blumen werden in Nürnberg manchen auf Augenblicke in das Jahr zurückversetzen, in dem er selbst einst, mit Blumen beworfen und von Jubel umhallt, mitmarschierte in einem der feldgrauen Regimenter [3].

Zweitens sind es nun 10 Jahre seit der Gründung der nationalsozialistischen Bewegung [4]. Ein Dezenium der Arbeit, der Sorgen und der Opfer. Es wird in Nürnberg und an anderer Stelle so viel über den Inhalt, die Idee, die Form und Organisation unserer Bewegung gesprochen und geschrieben werden, daß ich an dieser Stelle keine theoretische Abhandlung über solche Probleme geben möchte, sondern mehr eine Darstellung des natürlichen Wachsens unserer jungen Partei. Ich will dabei nur ein paar Bilder aus dem Leben herausgreifen, die dem Leser, der heute gewohnt ist, den Begriff "Nationalsozialismus" mit einer großen Partei [5] zu verbinden, belehren können, aus welch unglaublich kleinen Anfängen diese Bewegung einst entstanden ist, wie mühselig angefangen wurde und wie groß demgemäß die Arbeit gewesen sein mußte, die aus solchem Beginne ein so großes Werk entstehen ließ. Hunderttausende werden in den nächsten Tagen Zeugen des Aufmarsches der nationalsozialistischen Bewegung in Nürnberg sein [6]. Sie alle werden mit stolzer Zuversicht die Eindrücke all dieser Kundgebungen, Versammlungen, Umzüge und Vorbeimärsche in sich aufnehmen und dabei vielleicht vergessen, daß dies alles nur das Ergebnis einer ebenso mühevollen wie beharrlichen Tätigkeit war. Es ist aber notwendig, daß der einzelne sich des Werdegangs dieser Bewegung im vollen Umfange bewußt wird, weil er erst dann die Größe *unserer* Zuversicht ermessen kann. Denn wer wird nicht mit stolzer Hoffnung in die Zukunft blicken, wenn er weiß, daß es im Deutschland der materiellen Verseuchung [*sic!*] möglich gewesen ist, aus nichts heraus im Laufe von zehn Jahren eine so große Organisation zu bilden, die kein anderes Bindemittel besitzt als Liebe zum Vaterland, Liebe zum eigenen Volk und keine andere Macht als die des Ideals. Vielleicht wird dann erst manchem der Sinn des Spruches offenbar werden, "daß es der Glaube ist, der Berge versetzen kann" [7]. Diesen Glauben an den notwendigen Erfolg unserer

1 Vgl. Dok. 3, Anm. 19.
2 Vgl. Dok. 61, Anm. 3.
3 Vgl. Dok. 1, Anm. 7.
4 Vgl. Dok. 1, Anm. 2.
5 Vgl. Dok. 52, Anm. 10.
6 Vgl. Dok. 60-61, 63-65.
7 Bezieht sich auf 1. Korinther 13, 2.

Arbeit zu stärken, schreibe ich diese Zeilen. Wer sie liest, mag ermessen, welcher Glaube nötig war, im Jahre 1919 einer Bewegung die Mission einzusuggerieren, daß sie dereinst berufen sein würde, Deutschland zu retten. Würde nichts als diese einzige Tatsache von unserer Bewegung sprechen, dann wäre dies allein schon eine große Tat. Denn Vereine zu gründen, ist leicht. Aus einem Verein eine politische Partei zu formen, ist schwerer. Am schwersten aber ist es, aus einer politischen Partei eine weltanschauliche Bewegung zu schaffen, die ihren Anhängern die blinde Überzeugung vermittelt, dereinst ein ganzes System zu besiegen und einer neuen Auffassung den Weg zu bereiten, ja selbst Träger des neuen Staates, der neuen Volksgemeinschaft zu sein [8].

Es war nicht leicht, unseren Herrn ersten Vorsitzenden [9] im Jahre 1920 von der Notwendigkeit von irgend etwas Neuem zu überzeugen. Ein braver, anständiger kleiner Journalist, aber um Gottes Himmels willen kein Führer einer Partei; geschweige denn einer Bewegung. Unser kleiner Ausschuß, der in Wirklichkeit mit seinen sieben Köpfen die ganze Partei repräsentierte, war nichts anderes als die Vorstandschaft eines kleinen Skatklubs [10]. Die Tätigkeit war eine sehr einfache. Jeden Mittwoch fand eine Ausschußsitzung statt. An ihr trafen wir uns, und zwar zunächst in einem armseligen Stübchen einer kleinen Wirtschaft "Rosenbad" in der Herrenstraße. Man lasse sich aber nur ja nicht verleiten, in diesem Namen etwa eine Anspielung auf irgendeine dekorative Ausschmückung dieses ersten Sitzungslokals unserer jungen Partei zu sehen. Im Jahre 1919 war es in München noch traurig bestellt [*sic!*]. Wenig Licht, viel Schmutz, Unrat, armselig gekleidete Menschen, heruntergekommene Soldaten, kurz das Bild, das sich eben nach viereinhalb Jahren Krieg ergeben mußte, und noch dazu, wenn dieser Krieg vom Skandal einer Revolution, wie es die deutsche war, abgelöst wurde. Es war also ein ganz armseliger "Sitzungssaal", in dem wir tagten. Am bedenklichsten war dabei die einzige Gasflamme, die jämmerlich brannte, vielleicht weil der Gasdruck zu gering war, möglicherweise aber auch als Folge des halb zerbrochenen Glühstrumpfes. Wenn wir in unserem Extrazimmer versammelt waren, saß draußen oft der Wirt bei einer ähnlichen Beleuchtung mit seiner Frau und einem Gaste oder, wenn es gut ging, zwei Gästen. Vielleicht hat er sich ein paarmal Gedanken gemacht, wer die Gesellschaft wohl sein mag, die da am Mittwoch immer zusammenkommt und in seinem "Salon" eine "Sitzung" abhält. Wie wir selber ausgesehen haben? Verboten. Militärhosen, gefärbte Röcke, Hüte von undefinierbaren Formen, aber um so schimmernderem Glanz, an den Füßen von einem Zivilschuster in eine bürgerliche Fasson ummodellierte Weltkriegsstiefel und einen dicken Prügel in den Händen als "Spazierstock". Damals war sowas allerdings ein Ehrenkleid [11]. Man dokumentierte dadurch seine Zugehörigkeit zum "Volk". Heute würden einem die Grünen [12] nachlaufen, käme man in einem solchen Aufzug in eine bessere Gegend.

---

8 Zur Frühgeschichte der NSDAP vgl. Reginald H. Phelps, Hitler and the Deutsche Arbeiterpartei. In: Nazism and the Third Reich. Hrsg. von Henry A. Turner jr., New York 1972, S. 5-19; Georg Franz-Willing, Ursprung der Hitlerbewegung 1919-1922, Preußisch Oldendorf [2]1974, S. 97 ff.; Tyrell, Trommler, S. 17-42.

9 Karl Harrer (1889-1926), Journalist, Mitglied der Thule-Gesellschaft, 1919 Mitbegründer der DAP/NSDAP (zusammen mit Anton Drexler) und 1. Vorsitzender bis zu seinem Ausscheiden im Januar 1920.

10 Gemeint ist der "Arbeitsausschuß" der DAP, dem Anton Drexler, Karl Harrer, Michael Lotter, Adolf Birkhofer, Johann Koelbl, Franz Girisch und Adolf Hitler angehörten. Vgl. Franz-Willing, Ursprung, S. 97 f.

11 Der Knotenstock galt als Attribut des Frontsoldaten.

12 Gemeint ist die Schutzpolizei.

Ich habe schon erwähnt, daß der "Vorstand" tatsächlich auch zugleich die Partei war. Mitgliedskarten gab es selbstverständlich nicht und waren auch gar nicht notwendig, da sich die sieben Mann ohnehin gegenseitig genau kannten. Außerdem sah der Vorsitzende Harrer vermutlich in solchen Papieren ein bedenkliches Abgleiten von der völkischen Methode zu den jüdisch-materialistischen Tendenzen. Für den völkischen Mann gilt der Handschlag. Allerdings, als die Zahl sich später erhöhte, wurden wenigstens provisorische Scheine ausgegeben, in denen dem einzelnen sein Eintritt bestätigt wurde. Ich hatte die Nummer 7 bekommen [13]. Außer uns, dem Parlament der Bewegung, die wir Abgeordnete und Mitglieder zugleich waren, gab es dann noch sogenannte "Interessenten". Das waren Leute, die sich durch irgendwen und irgendwas einmal verleiten ließen, in eine unserer "Kundgebungen" hereinzusehen. Sie wurden gefaßt, sehr höflich gebeten, ihren Namen und Adresse auf einen Bogen Papier zu schreiben, und hatten wohl keine Ahnung, daß sie damit zu dem Besitz der jungen Arbeiterpartei gerechnet wurden. Wenn kein neues Wild sich blicken ließ, dann schrumpften unsere "Kundgebungen" häufig wieder zu einer beängstigenden Schmächtigkeit zusammen. Überhaupt bewegte sich das Ringen immer zwischen Zahlen von sieben, elf, neun oder dreizehn Besuchern unserer normalen Zusammenkünfte.

Die Tätigkeit des Ausschusses bestand darin, erstens Briefe, die eingegangen waren, vorzulesen, die Antwort zu beraten und die Briefe, die vom Vorsitzenden entsprechend dieser Beratung abgeschickt wurden, wieder zur Kenntnis zu nehmen, d. h. also, ebenfalls vorzulesen. Ich habe seit jener Zeit gegen Briefschreiben und Briefschreiber einen geradezu infernalischen Haß in mir aufgestapelt. Schade um die kostbare Zeit, die man damit vertrödelt hatte. Denn man muß sich vorstellen, wer geschrieben hat und was geschrieben wurde. Es waren immer nur dieselben Köpfe, wahrscheinlich die Vorsitzenden von ähnlich großen Verbänden. Man versicherte uns erstens der brüderlichen Grüße, teilte uns mit, daß der Same in dem betreffenden Ort gelegt oder auch aufgegangen sei, frug uns, ob wir dasselbe berichten könnten, und betonte die Notwendigkeit eines gemeinsamen Handelns. Manches Mal wurde man auch gewarnt vor Menschen, in denen man vermutlich eine unangenehme Konkurrenz sah, manches Mal aufgefordert, seine Erfahrungen mitzuteilen, und manches Mal eingeladen zu einer gemeinsamen Tagung. Als es Spätherbst wurde, konnte man es in unserer Wirtschaft nicht mehr aushalten. Es war saukalt, und die Gasfunsel brannte immer schlechter, das Bier war ungenießbar dünn, die Wirtsleute aber machten einen Eindruck, als ob sie jeden Augenblick Selbstmord beabsichtigten. So wurde denn nach einer langen Beratung eines Tags der Beschluß gefaßt, aus dieser unwürdigen und ungastlichen Stätte auszuziehen und eine neue passendere Sitzungsmöglichkeit zu suchen. Da Harrer in einem Café drüber [*sic!*] der Isar häufig zu Abend aß, wurde sein Vorschlag angenommen, dorthin unsere Sitzungen zu verlegen. Es war mir gelungen, eine Anzahl von jungen Kräften, lauter Soldaten, die mich kannten, unserer Bewegung zuzuführen. Mit denen ergänzt, übersiedelte nunmehr unsere Parteivertretung, Haupt-, Reichs-, Landes- und Ortsgruppenleitung in einem, nach dem Café Gasteig [14]. Das hatte einige Vorzüge und etliche Nachteile. Es war dort etwas wärmer und besser beleuchtet, es war auch etwas reinlicher, und man konnte vor allem Tee trinken, wenn man Marken besaß, auch essen, allein

13 Vgl. Dok. 1, Anm. 4.
14 Am Rosenheimer Berg.

man hatte aber eine unangenehme Umgebung. Wir hockten bei unseren Ausschußsitzungen in einem großen Raum an einem kleinen, runden Tischchen mit Marmorplatte, an den Wänden liefen rote Plüschsofas hin von ziemlich verschwundener Pracht, während ein paar kitschig vergoldete Säulen die Decke trugen. An den Nachbartischen wurden Karten geschlagen, Schach gespielt, andere wieder übten sich an einem Billardtisch, die Juden ringsherum studierten unterdes eifrig die Kurszettel. Und Juden waren nicht wenige um uns herum. Hier und da blickte man natürlich auch auf unseren komischen Tisch herüber, und sie mochten dann wohl ihre Gedanken ausgetauscht haben. Selbstverständlich galten wir als ausgemacht verrückt, als Idioten, vielleicht sah man in uns wohl Kriegsopfer, verschüttete Unglückliche, die nun irgendeiner fixen Idee nachrannten. Und sicher waren sie überzeugt, daß man solche spinnende Wesen am besten unter sich allein lasse.

Wir hatten damals auch ein "Vereinsvermögen". Es bestand aus Materialien und auch aus barem Geld. Das Geld schwankte zwischen 5 Mark und stieg in Flutzeiten bis auf 12, 13, 15 und einmal erinnere ich mich sogar 17 Mark. Die Materialien bestanden erstens in einer Zigarrenkiste, die das Geld bewahrte, und in Briefen, Briefumschlägen, etlichen Briefmarken sowie in den "Richtlinien des Vereins". Die Richtlinien hätten so recht für die spätere "Freiheitspartei" [15] gepaßt. Grundtendenz war: Wasch mir den Pelz, und mach mich nicht naß. So war die Stellung zur Judenfrage einfach die, daß jeder Jude mindestens 30 Jahre in Deutschland ansässig sein mußte, ehe er das Staatsbürgerrecht bekommen konnte, und daß zweitens Ostjuden, die man bei schieberischen Geschäften fassen würde, ausgewiesen werden müßten. Es ist selbstverständlich, daß solche Grundsätze auch auf die Menschen abfärben, die sie vertreten. Man konnte also sagen, daß, solange nicht diese Grundsätze geändert würden, auch nicht mit wertvollen Menschen zu rechnen war. Ich habe mir damals vorgenommen, langsam Schritt für Schritt die Bewegung aus ihrer unmöglichen Stellung herauszudrücken und in das richtige Geleise zu bringen. Die jungen Kräfte des Ausschusses standen hinter mir. Unter den Dingen, die zu erledigen ich damals für notwendig hielt, gehörte die Herstellung eines gewissen äußeren Ansehens des kleinen Vereins [16]. Denn ohne dieses Ansehen konnte man eben nicht größer werden. So war es in meinen Augen unerträglich, daß, wenn ein Schreiben abgeschickt wurde, nicht einmal ein Stempel darunter gesetzt werden konnte. Ich brachte also den Antrag ein, daß drei Stempel angeschafft werden müßten, einer für den Vorsitzenden, einer für den Kassier und einer für den Schriftwart. Als ich Harrer zum ersten Male darüber meine Meinung sagte, erblaßte er förmlich angesichts einer solch drohenden Verschleuderung des Vereinsvermögens. Die wichtige Angelegenheit wurde also als Tagesordnung für den nächsten Mittwoch festgesetzt. Harrer, der der Sache mißtrauisch ablehnend gegenüberstand, fürchtete er doch als Resultat eine Erschütterung der finanziellen Grundlagen des Vereins, kam etwas später. Nach 8 Uhr wurde offiziell in die Verhandlungen eingetreten. Nach drei Stunden war endlich der Fall so weit durchgesprochen, daß die überwiegende Mehrheit sich der Anschaffung der drei Stempel zuneigte. Schon glaubten wir die Sache erledigt, als Harrer den letzten Trumpf ausspielte. Die Anschaffung der Stempel wäre ja im Prinzip nun beschlossen, aber er müßte schärfsten Protest einlegen gegen die bedrohliche Zerrüttung des Parteigeldwesens. Die Zigar-

15 Vgl. Dok. 38, Anm. 18.
16 Hitler gehörte dem Arbeitsausschuß der DAP als "Werbeobmann" an. Vgl. Franz-Willing, Ursprung, S. 98.

renkiste mit den Papierscheinen verwaltete er. Er betonte, daß man erst einen Kostenvoranschlag einholen müsse und hinterdrein zu versuchen habe, die finanzielle Seite zu lösen. Darauf tat ich mich mit den Jüngeren zusammen, wir bestellten die Stempel, bezahlten sie selber und nahmen sie mit in den "Ausschuß". Und damit waren sie auch verschwunden. Denn als Harrer der drei Stempel ansichtig wurde, erklärte er es für notwendig, sie in eine sorgfältige Verwahrung zu nehmen, legte sie in die Zigarrenkiste zu dem Geld, und niemand sah sie jemals wieder. Aber so hat die Partei ihre ersten drei Stempel bekommen.

Harrer war ein schlechter Redner. Das heißt, er redete überhaupt nicht, sondern las meistens vor. Es war selbstverständlich, daß die Partei unter einer solchen Leitung über 15 Mann gar nicht herauskommen konnte. Denn das Unglück war, daß Harrer sich selbst für ein rednerisches Phänomen hielt und nicht zu bewegen war, anderen das Wort zu längeren Ausführungen zu erteilen. Er fürchtete, daß dies zu einer Blamage für den Verein führen könnte. So war er besonders tief erfüllt von der Überzeugung, daß mir selbst jede rednerische Fähigkeit fehle. Mir "fehlte die Ruhe zum Reden". Ich sprach seiner Überzeugung nach "zu hastig". Ich "überlegte die Sätze zuwenig", außerdem war meine "Stimme zu lärmend", und endlich bewegte ich dabei dauernd die Hände. Kurz, er war überzeugt, daß ich alles werden könnte in meinem Leben, aber etwas niemals, nämlich ein - Redner. Er versuchte mir das gütlich klarzumachen. Das gab einen ewigen Krieg. Ich war natürlich vom Gegenteil überzeugt. Ich wußte, daß, wenn irgendeiner überhaupt reden konnte, in erster Linie ich es war. Da ich nun wenigstens in den Ausschußsitzungen öfters zu Wort kam, wurde es durchgesetzt, daß in der ersten größeren öffentlichen Versammlung ich das Wort bekommen müßte. Wir mieteten den Hofbräuhauskeller in der Äußeren Wiener Straße und harrten nun der Dinge. Ausgerechnet mußte es an dem Tag regnen. Trotzdem kamen immer mehr und mehr Gäste, so daß der kleine Saal mit hundertelf Personen endlich als sehr schön gefüllt erschien [17]. Unsere normalen Versammlungen bewegten sich meist im Rahmen von zwanzig bis dreißig Personen, oft wurden es auch nur fünfzehn, und dann hatten wir alle Sorge, im "Leiberzimmer" des Sterneckerbräus die Stühle so zu verteilen, daß der Saal trotzdem einen halbwegs vollen Eindruck machte. Diesesmal kam uns die Volksmenge schon als ganz gewaltig vor. Ich war schon eine halbe Stunde vorher gekommen und genoß also die stille Freude, zum erstenmal einen kleinen Saal gefüllt zu sehen. Wie oft bin ich damals in rote Versammlungen hineingeschlichen und war nur über ein einziges traurig: Mir kroch oft der Neid vom Hals herauf über die Menschen, die in so einem Raume waren. Nur über die Menschen! Wenn ich die auch nur ein einziges Mal gehabt hätte! Und nun war zum erstenmal ein, wenn auch kleiner Saal, doch wenigstens anständig besetzt. Harrer war glücklich genug, im Besitze eines fabelhaften Gehrockes zu sein. Er kam daher wie zu einer Tauffeierlichkeit. Als erster erhielt das Wort ein Münchener Schriftsteller [18]. Der Herr sprach inhaltlich gut, aber er war natürlich kein Volksredner. Und das mußte man damals sein. Die Hautevolé ging in keine Versammlungen im Jahre 1919. Was da vor uns saß, das waren zu Dreiviertel Männer, zu einem Viertel Frauen, alles Menschen aus den untersten und mittleren Schichten. Mein Herr Vorredner absolvierte also sein Pensum, und dann kam ich an die Reihe.

17 Am 16.10.1919. Zu Hitlers Rede vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 91.
18 Erich Kühn sprach zum Thema "Die Judenfrage eine deutsche Frage". Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 91. Erich Kühn (geb. 1878), Dr. phil., Schriftleiter und Mitherausgeber der Zeitschrift "Deutschlands Erneuerung".

Harrer war blaß und unglücklich, denn er wußte ja, daß ich doch nicht sprechen könnte. Er hatte mir deshalb, als ich das Podium betrat, noch einmal eindringlichst eingeschärft, ja nicht länger als 20 Minuten zu sprechen, denn man könne nicht erwarten und hoffen, daß die Leute die Geduld hätten, unter solchen Umständen länger zuzuhören. Ich kehrte mich an die 20 Minuten nicht, sondern redete 35. Das Ergebnis war großartig. Nicht nur ideell - der ganze Saal klatschte -, sondern auch materiell. Drei Spender stifteten jeder je 100 Mark. Es war das ja allerdings nur Inflationsgeld, aber 100 Mark im Winter 1919/20 der damaligen Deutschen Arbeiterpartei gegeben, machten auf die Vorstandschaft den Eindruck eines ungeheuren Kapitals. Harrer war sicherlich mehr unglücklich als glücklich. Denn er sah in der Partei nun Projekte auftauchen, die ihm als größenwahnsinnig vorkamen. Am Abend dieser Versammlung sagte ich ihm: "Harrer, jetzt müssen wir noch drei oder vier solche Versammlungen abhalten, und dann gehen wir zum erstenmal in einen großen Saal."

Er ist jetzt tot, der Gute, aber ich sehe noch die Augen, mit denen er mich anstarrte. Endlich 300 Mark in der Zigarrenschachtel, und schon wieder ein Projekt, bei dem sie zwangsläufig wieder flöten gehen mußten. So "muß die Partei zugrunde gehen".

Das war nun einmal seine felsenfeste Überzeugung.

Eines Tages hatten wir damals auch eine Versammlung im Leiberzimmer des Sternecker, und es waren ungefähr 35 Menschen anwesend. Anton Drexler [19], der erste Vorsitzende der Ortsgruppe München, machte mich plötzlich darauf aufmerksam, daß Dietrich Eckart [20] soeben komme. Dietrich Eckart. Ich kannte ihn damals persönlich noch nicht. Und trotzdem wußte ich weiß Gott was von ihm. Er galt als einer der führenden Münchener Antisemiten. Ich selbst war seit meinem achtzehnten Jahre zur Erkenntnis der Judengefahr gekommen und las, was über diese Frage überhaupt aufzutreiben war. Allerdings war die Literatur der 90er Jahre, die mir dabei zur Verfügung stand, eine zum Teil gefühlsmäßige, zum anderen Teil mehr religiös eingestellte [21]. Das ganze Problem war noch weitaus nicht so wissenschaftlich geklärt wie heute. Dietrich Eckart selbst beschäftigte sich damit vom geistreich-literarischen Gesichtspunkt aus, beherrschte aber den ganzen Komplex wie selten einer. Sein Verdienst für die Abwehr bolschewistischer Exzesse ist ein außerordentlich großes. Er hat in seinem "Auf gut Deutsch" [22] eine ebenso populäre wie klassisch geschriebene Wochenzeitschrift herausgegeben, die wohl als erste in Deutschland nach der Revolution den Kampf gegen das Judentum in der allerschärfsten Form aufnahm und durchführte. Zumindest für München galt dies. In Ber-

---

19 Anton Drexler (1884-1942), Werkzeugschlosser, Januar 1919 Gründung der DAP/NSDAP (zusammen mit Karl Harrer), Januar 1920 Vorsitzender, ab 29.7.1921 Ehrenvorsitzender der NSDAP, 1924 führendes Mitglied des Völkischen Blocks in Bayern und MdL 1924-1928, 1925 Trennung von der neugegründeten NSDAP und Mitbegründer des Nationalsozialen Volksbundes, 1933 Wiedereintritt in die NSDAP.

20 Dietrich Eckart (1868-1923), Schriftsteller und Übersetzer, 1918-1921 Herausgeber der Wochenschrift "Auf gut Deutsch", 1921-1923 Chefredakteur des VB, nach dem Hitlerputsch inhaftiert, am 20.12. Haftverschonung aus gesundheitlichen Gründen, am 26.12. Tod durch Herzschlag.

21 Zur Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland vor 1914 vgl. Léon Poliakov, Geschichte des Antisemitismus, Bd. VII: Zwischen Assimilation und "jüdischer Weltverschwörung", Frankfurt a. M. 1988, S. 27 ff. Zu den möglichen Wurzel von Hitlers Antisemitismus vgl. Fest, Hitler, S. 59 f.

22 Auf gut Deutsch. Wochenschrift für Ordnung und Recht. Die erste Ausgabe erschien im Dezember 1918, die letzte im Mai 1921. Vgl. Hermann Wilhelm, Dichter, Denker, Fememörder. Rechtsradikalismus und Antisemitismus in München von der Jahrhundertwende bis 1921, Berlin 1989, S. 101 f.

lin hatten ja Müller von Hausen [23] durch seinen "Auf Vorposten" und in Sachsen unser Altmeister Fritsch [24] durch seinen "Hammer" [25], wenn auch in anderer Form, die erste Pionierarbeit schon vordem geleistet. Nun an diesem Abend sollte ich also Eckart zum erstenmal selber kennenlernen. Und so wie ich ihn an diesem Tag kennenlernte, blieb er mir auch für immer erhalten. Der gute Harrer redete gerade endlos, das heißt er bemühte sich zu reden, angelte angestrengt immer wieder nach dem Faden, um ihn im nächsten Moment stets erneut zu verlieren, als plötzlich eine schnarrende tiefe alte Herrenstimme dazwischen fuhr: "Jetzt hören Sie doch endlich mit dem Schmarrn auf, das interessiert doch keinen Teufel." Ich hätte Eckart um den Hals fallen mögen. Harrer schloß seine unglückliche Vorführung, und Eckart ging, wurde mir aber unter der Tür noch von Drexler vorgestellt. Und nun war die Stimme auf einmal wieder viel weicher, und freundlich lud er mich ein, ihn doch die nächsten Tage einmal zu besuchen, und ob ich denn seinen "Peer Gynt" [26] schon kenne und seinen "Lorenzaccio" [27] gelesen hätte. Ich nahm also seine Einladung mit großer Freude an und marschierte eine Woche später, es war ein Sonntagvormittag, mit Drexler gemeinsam in die Krimhildenstraße. Dort war das Haus, das Eckart gehörte, und in dessen zweitem Stock er seine Bibliothek, die zugleich sein Arbeitsraum war, besaß. Als wir hinaufkamen und hineingingen, saß er gerade am Schreibtisch und hatte uns den Rücken zugekehrt. Nun stand er auf, wendete sich um, sah uns über die Brillen [*sic!*] hinweg an, hob dann den Kopf, schob die Brille mit der linken Hand in die Höhe und kam auf uns zu. Nun hatte ich erst Gelegenheit, den wundervollen Schädel dieses besten Deutschen genau beobachten zu können. Eine mächtige Stirne, blaue Augen, das ganze Haupt wie der Kopf eines Bullen. Und dazu eine Stimme von wunderbar biederem Klange.

Im Winter 1920 setzte ich mich langsam im Ausschuß sowohl als in der Bewegung durch. Ich drängte ununterbrochen auf ein schnelleres Tempo unserer Veranstaltungen und erreichte endlich, allerdings nach dem vorher erfolgten Rücktritt Harrers [28], daß am 24. Februar 1920 die erste wirkliche öffentliche Massenversammlung abgehalten wurde [29]. Damit trat die Bewegung vor die Augen der breitesten Öffentlichkeit. Sie galt von dem Moment an als "politische Partei". So großartig auch der Aufschwung war, der nun einsetzte, und so bedeutungsvoll die Arbeit wurde, die man leistete, so war sie doch nur denkbar als die Fortsetzung der ersten Zeit des Jahres [*19*]19. Die Zeit, in der die heutige nationalsozialistische Bewegung in München als kleine deutsche Arbeiterpartei unbekannt in der Öffentlichkeit ihre ersten Gehversuche machte. Wenn einmal eine Geschichte der Bewegung geschrieben wird, dann soll man wahr-

23 Ludwig Müller von Hausen (1851-1926), Hauptmann a. D., 1911 Gründer der antisemitischen Zeitschrift "Vorposten", 1912 erste deutsche Übersetzung der gefälschten "Geheimnisse der Weisen von Zion" unter dem Pseudonym "Gottfried zur Beek".

24 Theodor Fritsch (1852-1933), Ingenieur und Verlagsbuchhändler, 1875 Techniker in Berlin, 1898 Begründer des Deutschen Müllerbundes, 1902 Gründung der amtisemitischen Zeitschrift "Hammer", Mai bis Dezember 1924 MdR (NSFP), Verfasser zahlreicher antisemitischer Schriften.

25 Hammer. Blätter für deutschen Sinn.

26 Henrik Ibsens Peer Gynt. In freier Übertragung für die deutsche Bühne gestaltet mit Epilog und Randbemerkungen, Berlin-Steglitz 1912 (2.-4. Auflage München 1916-1922).

27 Lorenzaccio. Tragödie, Rudolstadt 1918 (2. und 3. Auflage München 1920).

28 Am 5.1.1920. Vgl. Franz-Willing, Ursprung, S. 106.

29 Im Hofbräuhaus. Auf dieser Versammlung wurde das 25-Punkte-Programm der Partei verkündet (Vgl. Dok. 61, Anm. 27). Druck eines Polizeiberichts: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 109 ff.

lich diese Zeit nicht geringschätzen und geringachten. Denn es gehörte mehr dazu, diesen sieben und elf und dreißig und hundert Menschen den Glauben einzuimpfen, einmal die Rettung Deutschlands zu sein, als die heutige Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei sich anstrengen muß, einen Nürnberger Parteitag zu halten. Möge jeder, der nun nach Nürnberg kommt, sich vor Augen halten, daß an Stelle dieser Hunderttausend vor 10 Jahren sieben unbekannte Menschen standen.

4. August 1929 Dok. 63
Rede bei SA-Standartenweihe in Nürnberg [1]

Masch. Aufzeichnung, o. D.; BA, NL Streicher 126 [2].

Kameraden!

Heute sind es 15 Jahre, seit Deutschland in den Weltkrieg eingetreten ist, 15 Jahre, seitdem das deutsche Volk in einen Krieg von einer Dauer eingetreten ist, die an jenen Augusttagen kein Mensch für möglich oder wahrscheinlich gehalten hätte [3]. Damals ein Volk deutsch und selbstbewußt, heute eine Sammlung von Parteien, Interessengruppen und Einzelindividuen, die allesamt nur ein Ziel kennen: die Rücksichtnahme auf ihr eigenes Wohlergehen. Vor 15 Jahren der Auszug eines geeinten Volkes in die größte geschichtliche Handlung aller Zeiten, heute der Zerfall eines Volkes gegenüber der übermächtigen Koalition seiner Gegner. Am 4. August 1914 haben wir das grandiose Beispiel erlebt, daß Millionen Deutscher nicht aus Zwang, sondern aus innerem Pflichtbewußtsein freiwillig zu den Fahnen strömten. Es ist Lüge, daß es damals nur der staatliche Terror gewesen ist, der die Menschen zur Fahne in den Krieg geführt hat. Zwei Millionen Freiwilliger zeugen gegen diese Lüge der heutigen Zeit [4]. Gegen diese Lüge zeugen weiter die unerhörten Siege, die unser Volk, angefangen von diesen Augusttagen bis zum Ende errungen hat. Ein Volk, das nur dem Zwange gehorcht, kann nicht 26 Staaten standhalten [5].

---

1 Auf der Wiesenterrasse. Vorausgegangen war die Totenehrung im Luitpoldhain (Vgl. Dok. 45, Anm. 5). Nach der Standartenweihe fand von 11.00 bis 15.15 Uhr ein Marsch von, laut Münchner Lagebericht, 24.000 SA- und SS-Männern, 1.300 Hitlerjungen und rund 1.000 österreichischen Teilnehmern durch Nürnberg statt. Hitler nahm die Parade am Hauptmarkt ab und warf den Vorbeimarschierenden Blumen zu.

2 Vgl. VB vom 6.8.1929, "Das Hakenkreuzbanner als Fahne der werdenden Freiheit"; Heinz Preiß (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939, S. 108-110 sowie Auszug aus Lagebericht der Polizeidirektion München vom 14.8.1929; StA Dresden, Min. des Innern, Nr. 19085; Lagebericht Nr. 158/II/29 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 29.8.1929; ebenda.

3 Vgl. Dok. 12, Anm. 4.

4 In den ersten Tagen des Weltkriegs meldeten sich über eine Million Kriegsfreiwilliger. Vgl. Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, S. 65 ff.

5 Vgl. Dok. 61, Anm. 3.

Was das alte Reich einst an Höchstleistungen hervorgebracht hat, würde der heutige Staat, der scheinbar auf Freiheit aufgebaut ist, nicht zuwege bringen. Viereinhalb Jahre dauerte das unerhörte Ringen. Kaum ein Jahr ist damals vergangen, das nicht am Ende mit einem großen deutschen Erfolg abgeschlossen hatte, bis zum letzten Jahre. Und wenn dieses letzte Jahr dem deutschen Volke den Endsieg nicht gebracht hat, dann nicht infolge Versagens des Heeres, sondern nur infolge Versagens der Führung in der Heimat, die des Volkes in Waffen nicht würdig gewesen ist [6]. So konnte das Ungeheuerliche Wirklichkeit werden, daß ein ruhmvolles Volk am Ende nicht nur besiegt aus einem ruhmvollen Krieg zurückkehrte, sondern, daß diesem Volk von Kräften der eigenen Heimat der Sieg weggestohlen wurde, daß man die alten Farben und Kokarden herunterriß und damit die Tradition zu dem Einst jäh abgerissen hat [7]. Die Republik hat damit bekundet, daß sie nichts mehr mit der Tradition von einst gemein haben will [8], daß die alte Vergangenheit für sie tot ist, daß sie es ablehnt, Wortführerin des Deutschlands von einst zu sein.

Sie hat einst die Symbole der größten Leistung der Geschichte vernichtet und ist nun arm an Symbolen. Wenn sie sich nicht mehr erinnert der größten Leistung des Volkes, dann ist es Pflicht des Volkes selbst, diese Beziehung wieder aufzunehmen, Pflicht, daß aus der Masse heraus die alten Symbole wieder aufgerissen werden und daß diese alten Symbole einer neuen Zeit, wenn auch in neuer Form, zugkräftig voranschweben. Zu diesem Zwecke sind wir hier versammelt.

Wir bekunden heute hier, daß dieses alte Deutschland, trotzdem es in seiner Form zerbrochen ist, in seinem Geiste aber heute noch lebt. Was die Regierungen [*sic!*] nicht sehen wollen, das ist da, ein Volk, mutig, tapfer, opferwillig, so wie es einst war. Die Kräfte aber, die heute unser Leben bestimmen, wünschen diese Tugenden nicht und verfolgen sie. Was diesen Kräften heute Sorgen und Schmerzen bereiten mag, ist, daß Millionen andere die Hoffnung auf eine bessere deutsche Zukunft hegen. Die alten Fahnen sind einst beseitigt worden, die alten Symbole hat man vernichtet. Wie aber der Phönix aus der Asche sich neu erhebt [9], so sind die alten Fahnen nicht ausgestorben.

Wie würde die Wertschätzung ihres Wirkens erst dann aussehen, wenn heute an diesem 4. August wir nicht hier stünden, sondern dort, wo einst Deutschland vor 15 Jahren stand. Was die Republik von Weimar uns gegeben hat, das würde sich vielleicht am klarsten offenbaren, wenn das heutige Deutschland vor derselben Situation stünde wie damals, als England seine letzte Kriegserklärung überreichte. Sie würden dann sehen, wie dieses heutige Deutschland nicht nur die Verbindungen zur alten Tradition abgebrochen hat, sondern auch alle Beziehungen zu den Kraftquellen unseres Volkes. Millionen Deutscher sehen in der heutigen Fahne in neuer Form das Siegeszeichen des kommenden Reiches.

An euch ist es nun, Kameraden, dafür zu sorgen, daß diese Fahnen nicht durch Parlamentsbeschlüsse und nicht durch Majoritätsabstimmungen und nicht durch Gesetze werden, sondern

6 Zur Dolchstoßlegende vgl. Dok. 3, Anm. 19.
7 Vgl. Dok. 41, Anm. 5.
8 Vgl. Dok. 6, Anm. 71.
9 Nach der römischen Sage verbrennt sich der Phönix immer wieder selbst und steigt dann aus der Asche wieder auf.

daß sie sich einen Platz erkämpfen im Herzen unseres Volkes, daß sie sich erringen die Liebe unseres Volkes, daß unser Volk in diesen Farben einst die Symbole des Freiheitskampfes der deutschen Nation erblickt. Wir haben in Deutschland drei Fahnen: die alte der Ehre und des Ruhmes [10], zweitens die Fahne der Republik [11] und drittens die Fahne der werdenden Freiheit [12].

Die Fahne der werdenden Freiheit ist Ihnen zu treuen Händen übergeben. Bewahren Sie sie so, wie die alte Armee ihre Fahnen bewahrt hat! Kein Feind von außen hat die Fahnen der alten Armee uns rauben können, nur der Feind im Innern hat sie um diese Fahnen bestohlen. Wahren Sie die Fahnen so, wie sie die ruhmbekränzten Regimenter, Bataillone und Divisionen bewahrt haben in der Überzeugung, daß in ihnen das Symbol der deutschen Zukunft liegt. Und wenn Sie zum selben Heroismus, Opfersinn, zur selben Hingabe bereit sind wie einst ungezählte Tausende und Millionen von Helden vor 15 Jahren, dann werden diese Fahnen einst denselben Siegeszug nehmen, den wir an der alten Fahne kannten, dann wird sie am Ende dieses Siegeslaufes in Deutschland als das Symbol des dritten Reiches gelten, und keine Macht der Welt soll diese Fahne mehr zerbrechen. Scharen Sie sich um Ihre Sturmfahne, klammern Sie sich um diese Sturmfahne! In Ihren Fäusten holt sie Deutschland zurück. Ich übergebe der SA die neuen Sturmfahnen in ihre treuen Hände [13]!

4. August 1929 — Dok. 64
"Appell an die deutsche Kraft"
Rede auf NSDAP-Reichsparteitag in Nürnberg [1]

Masch. Aufzeichnung mit hs. Korrekturen, o. D.; BA, NL Streicher 126 [2].

Ich glaube kaum, daß es in den letzten 10 Jahren in Deutschland eine Bewegung gegeben hat, von der die nicht an ihr direkt teilnehmende Öffentlichkeit irriger, falscher und unverständlicher unterrichtet worden wäre als von der nationalsozialistischen Bewegung. Es ist oft erstaunlich, was für ein Bild sich viele Köpfe von unserer Bewegung machen. Es ist denkbar,

---

10 Vgl. Dok. 61, Anm. 5.
11 Vgl. Dok. 48, Anm. 14.
12 Vgl. Dok. 61, Anm. 30.
13 Nach Hitlers Ansprache wurden 25 neue Standarten und 11 Sturmfahnen "geweiht", indem Hitler mit seiner rechten Hand das Tuch der sogenannten Blutfahne von 1923 und das der neuen Fahne gleichzeitig ergriff. Eine Liste der Standarten findet sich im VB vom 27.7.1929, "Standarten-Weihe".

1 Im Festsaal des Kulturvereinshauses, nach 20.00 Uhr. An der vom Gauleiter des Gaues Sachsen Martin Mutschmann geleiteten letzten Sitzung des Kongresses nahmen laut VB 2.000, laut Nürnberger Polizeibericht 1.200 Delegierte teil.
2 Vgl. VB vom 6.8.1929, "Das Schwert ist unser Gewicht", vom 7.8.1929, "Der Aufruf an die Kraft"; Preiß, Hitler, S. 111-121 sowie Auszug aus Lagebericht der Polizeidirektion München vom 14.8.1929; StA Dresden, Min. des Innern, Nr. 19085; Lagebericht Nr. 158/II/29 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 29.8.1929; ebenda.

daß unseren bisherigen bürgerlichen Parteien - von der roten [3] rede ich an sich nicht - manches an uns unverständlich erscheint, daß ihnen sogar die Form fremd vorkommt, daß sie sich nicht [*zu*] denken vermögen, wieso sich eine politische Bewegung auch äußerlicher Vorgänge bedienen mag, die ganz herausfallen aus den Rahmen dessen, was andere Parteien zu tun pflegen. Es ist auch verständlich, daß unsere nationalen Parteien mit einer gewissen Scheu und auch einem widerwilligen Respekt die Ausdrücke von Kraft sehen, die für sie vielleicht Brutalität bedeuten. Denn das sind relative Begriffe.

Wer jahrzehntelang gewohnt ist, sich die Gesetze seines Handelns vorschreiben zu lassen, der mag es als eine Provokation empfinden, wenn einer das Recht seines Handelns selbst bestimmt und das Gesetz seines Lebens sich selber gibt. Es mag für manche unserer bürgerlichen Parteien als Zeichen einer gewissenen Brutalität erscheinen, daß eine Bewegung in Deutschland nicht auf sich verzichtet, weil Marxisten sich in ihren heiligsten Gefühlen verletzt fühlen. Wer gewohnt ist, jahrzehntelang so zu denken, kann uns nicht verstehen, warum wir auf einmal das Recht in Anspruch nehmen, dem Terror dieser Leute unseren Terror entgegenzusetzen. Man sagt, das sei die Anbetung der blinden Gewalt. Meine teuren Anwesenden, wo Fäuste entscheiden, hat der Geist schon sowieso aufgehört zu sprechen!

Was uns vielleicht tiefer von anderen Bewegungen unterscheidet, wird den meisten der Anhänger dieser Parteien selbst nicht klar. Wenn man im allgemeinen die Reden verfolgt, die im Parlament, im Reichstag, im Landtag und selbst auch auf den Parteitagen von den zuständigen Vertretern unserer anderen nationalen Parteien gehalten werden, fällt eines auf:

Man sucht, den Zusammenbruch des Reiches als einen rein wirtschaftlichen hinzustellen. Zuweilen schlägt leise ein Unterton des Jammers über die verlorene Ehre und Macht unseres Staates durch. Aber selbst das wird wieder umgesetzt auf wirtschaftliche Verhältnisse. Man sagt, daß die Folge davon der wirtschaftliche Zusammenbruch sei.

Immer steht die Wirtschaft im Mittelpunkt allen Abwägens und Betrachtens. Darin unterscheiden wir uns am meisten von ihnen. Für uns ist nicht der wirtschaftliche Zusammenbruch das Merkmal der heutigen Verfallszeit unseres Volkes, sondern der Zusammenbruch unseres Volkes, und zwar in seiner Substanz.

Wir sehen unser Volk als einen Körper von Fleisch und Blut und seelischen Kräften langsam zugrunde gehen. Wenn diese Substanz vernichtet wird, kann sich nur ein Wahnsinniger einbilden, daß die Wirtschaft allein das Leben beherrschen wird. Ich darf auf die Gründe hinweisen, die zwangsläufig zur Vernichtung unserer [*sic!*] Volkskörper führen müssen als Wertfaktor an sich. Als Nationalsozialist betone ich, kein Mensch ist gleich dem anderen, auch im eigenen Blute nicht. Jeder hat außer seiner Numerierung noch einen anderen Wert, den ich als seinen spezifischen Wert bezeichnen möchte. Auch für die Völker gilt das. Es ist natürlich, daß ein Volk gegenüber anderen Völkern sinkt, wenn irgendwelche Vorgänge seine höchstwertigen Einzelsubjekte entweder beseitigen oder ausscheiden. Wenn ein Volk im Laufe von Jahrhunderten seine besten Blutsträger verliert, sinkt der gesamte spezifische Wert des Volkes. Wenn dem nicht ein analoger Vorgang in einem anderen Volke entspricht, muß ein solches Volk, gemessen an der Höhe der anderen Völker, sinken. Wenn andere Völker den gleichen Weg gingen, würde die Menschheit ihre Führung, die richtunggebenden Rassenwerte verlieren.

3 Bezieht sich sehr wahrscheinlich auf SPD und KPD.

Sie würden, wenn dieser Prozeß fortschreitet, eines Tages nicht nur äußerlich, sondern auch kulturell vernichtet. Das Entsetzlichste ist zunächst für uns, daß der Prozeß unserer eigenen Vernichtung viel schneller fortschreitet als der analoge Prozeß bei anderen Völkern, weil dort gewisse Voraussetzungen nicht so gegeben sind wie bei uns. Es ist heute, nachdem der Nationalsozialismus das Raumproblem aufgegriffen hat, die Beschäftigung mit dieser Frage zu einer Modeangelegenheit geworden [4]. Andere Parteien sprechen darüber, aber nicht von unserem Standpunkt aus. Wenn ich als Nationalsozialist diese Lebensfrage des deutschen Volkes aufgreife, dann nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus rassehygienischen Gründen, aus Gründen der künftigen Erhaltung unserer Volkskraft, ja unseres Volkstums überhaupt.

Wie liegen die Dinge? Deutschland ist zu beengt, um sein Volk selbst ernähren zu können. Es gibt nur wenige Wege, um dem Abhilfe zu schaffen. Diese Wege sind es, die unser Volk zwangsläufig als Substanz vernichten müssen. Der erste Weg, [*der*] der Auswanderung, ist uns zum Teil verrammelt, aber dafür in eine konstruktiv geradezu gefährliche Form gebracht insoferne, daß das Menschenmaterial, das wir heute ausliefern, nicht etwa durch die Not an sich bei uns ausgesucht wird, sondern der Empfänger selber sucht sich dieses Material seinerseits aus und prüft es durch [5], ob es für seine angestrebten rassischen Werte erträglich erscheint.

An sich wird jede Auswanderung zu einem Verlust tatkräftiger, energischer, kühner Menschen führen. Sie haben heute gesehen [6], wie durch bestimmte Vorgänge eine zwangsläufige Auslese stattfindet, auch durch die Not. Wenn die Not eine gewisse Zeit ein Volk bedroht, und ein Volk noch gewisse Widerstandskräfte besitzt, dann wird den höchsten Widerstand der Kräftigste leisten. Der apathisch gewordene Mensch wird sich willenlos fügen. Je härter die Not, desto stärker klammert er sich an das Leben, das den Menschen oft wie zu einem zähen Tiere macht. Dies kennen wir vom Felde her. Das geht allerdings nur bis zu einer gewissen Grenze, bis zu einem plötzlichen, jähen Zusammenbruch.

Zunächst aber wird der Mensch, der tatkräftig und gesund ist, - tatsächlich ist die höchste Gesundheit stets der Anker in den rassischen Werten -, versuchen, dem Schicksal zu trotzen. Wenn die Heimat ihm keine Möglichkeit zu leben gibt, ergreift er den Wanderstab. Der Feigling geht nie aus der Heimat. Der gemächliche Mensch wird sich nie bequemen, in das Ungewisse einer fremden Welt hinauszuziehen und sich von Grund auf eine neue Existenz zu errichten. Selbstvertrauen muß auch der kleine Prolet besitzen, wenn er sagt: Jetzt gehe ich nach Argentinien! Das ist Wikingertum, das ist ein Argonautenzug [7], der nicht besungen wird, und den man besingen sollte als die furchtbarste Katastrophe, die unser Volk bezwungen hat. Das summierte sich und gab einem neuen Kontinent einen bestimmten hochwertigen Inhalt. Wir haben ihn 1918 an der Westfront kennengelernt [8].

---

4 Das "Raumproblem" war seit dem Erscheinen von Hans Grimms Roman "Volk ohne Raum" (München 1926) in der politischen Diskussion. Grimm propagierte darin den Erwerb von Lebensraum in überseeischen Gebieten. Vgl. Woodruff D. Smith, The Ideological Origins of Nazi Imperialism, New York 1986, S. 224 ff.

5 Anspielung auf das Einwanderungsgesetz der USA. Vgl. Dok. 26, Anm. 29.

6 Gemeint sind Totenehrung, Standartenweihe und Marsch der SA und SS durch Nürnberg. Vgl. Dok. 45, Anm. 6, Dok. 63, Anm. 1, 13.

7 Griechischer Mythos über dem Raub des Goldenen Vlies.

8 Anspielung auf das amerikanische Expeditionskorps, das seit Frühjahr 1918 mit starken Kräften in die Kämpfe an der Westfront eingegriffen hatte.

Wenn in besonderen, armen Gegenden Deutschlands eine Degenerierung eingetreten ist, so heißt das: Diese Gegenden haben jahrhundertelang in erster Linie infolge ihrer Armut das Material zur Auswanderung geliefert und sind fast restlos ausgeblutet [9].

Der natürliche Prozeß der Auslese ist zu einem künstlich gewollten geworden. Die amerikanische Union schreibt peinlich vor, wie der Mensch beschaffen sein muß, daß er sich dort niederlassen darf [10]. Was unsere bürgerliche Demokratie nicht verstehen will, ist dort gesetzlich niedergelegt. Es wird Gesundheit, eine gewisse Größe verlangt, niemand darf erblich belastet sein usw. Man sucht aus einer Vielzahl von Menschen die höchstwertigen aus. Dieser Prozeß muß um so mehr eine Verschiebung von Kräften herbeiführen, als er von der anderen Seite als Plus gebucht werden kann. Die offizielle Parteiwissenschaft tut so, als ob es sich hier um ein Zahlenexperiment handelte.

Es ist aber ein Kraftproblem der amerikanischen Union und eine unendliche Gefahr für das alte Europa. Nicht in der Bevölkerungszahl liegen der Wert oder Unwert, sondern in den Qualitäten des einzelnen. Nicht der summarische, sondern der spezifische Wert ist entscheidend. Wenn Sie Europa mobilisieren wollen gegen diese Gefahr, dann nicht durch Vermengung mit minderwertigen Objekten, sondern dadurch, daß ein Volk unter eine Staatsführung kommt, welche bewußt nach Rassegesetzen handelt.

Nun führen die Verweigerung oder Verhinderung der Auswanderung zum umgekehrten Ziel, zur Verhinderung der Menschenvermehrung im Innern. Wir stemmen uns der offiziellen Ansicht entgegen, daß diese Frage eine Zahlenfrage wäre.

Deutschland verliert jährlich drei- bis vierhunderttausend Menschen [11].

Würde Deutschland jährlich eine Million Kinder bekommen [12] und 700.000 - 800.000 der schwächsten beseitigen, dann würde am Ende das Ergebnis vielleicht sogar eine Kräftesteigerung sein. Das Gefährliche ist, daß wir selbst den natürlichen Ausleseprozeß abschneiden und dadurch langsam uns der Möglichkeit berauben, Köpfe zu bekommen. Nicht die Erstgeborenen sind die Talente oder die kraftvollen Menschen.

Der klarste Rassenstaat der Geschichte, Sparta, hat diese Rassengesetze planmäßig durchgeführt [13]. Bei uns geschieht planmäßig das Gegenteil. Durch unsere moderne Humanitätsduselei bemühen wir uns, das Schwache auf Kosten des Gesünderen zu bewahren. Das geht soweit, daß sich eine sozial nennende Nächstenliebe um Einrichtungen [14] bemüht, selbst Kretins noch Fortpflanzungsmöglichkeiten zu verschaffen, während Gesündere darauf verzichten müssen. Das alles wird als selbstverständlich angesehen. Verbrecher haben die Möglichkeit, sich fortzupflanzen. Degenerierte werden künstlich mühsam aufgepäppelt. So züchten wir langsam die Schwachen groß und bringen die Starken um. Der Hecht beseitigt das faule Tier,

9 Im 19. Jahrhundert und nach dem Weltkrieg waren Baden und Württemberg besonders stark von Auswanderung betroffen. Vgl. Hartmut Bickelmann, Deutsche Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit, Wiesbaden 1980, S. 12 ff.

10 Vgl. Anm. 5.

11 Vgl. Dok. 7, Anm. 34.

12 In Deutschland wurden 1929 1.147.458 Lebendgeburten gezählt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 26.

13 Zum Spartabild Hitlers und der NS-Führung vgl. Karl Christ, Spartaforschung und Spartabild. In: ders. (Hrsg.), Sparta, Darmstadt 1986, S. 1-72, S. 51 ff.

14 Vgl. Wolfgang Jantzen, Sozialgeschichte des Behindertenbetreuungswesens, München 1982, S. 72 ff., 111 ff.

weil er die anderen zwingt, sich zu bewegen. Jeder Schädling im Tierreich hat im Grunde genommen den einen Nutzen, eine andere Art um ihre schwächsten Subjekte zu bringen.

Das führt bei einem Volk zu grauenhaften Ergebnissen. Das Entsetzlichste ist, daß wir nicht die Zahl vermindern, sondern tatsächlich den Wert. Wir versuchen, die Zahl zu halten durch übertriebene Pflege der Schwachen und Kranken. Das zersetzt unser ganzes Denken. Das führt soweit, daß der Staat einen Verbrecher schont, ohne zu bedenken, daß er nicht in der Lage war, das Opfer zu schützen. Er hat nur Mitleid mit dem Gemeinen, Elenden, moralisch Schwachen, das schützt und beschirmt er. Die anderen gibt er im Namen der Humanität wahllos preis.

Wir haben die Ansicht, daß das 58 Jahre so weitergehen wird [15], dann glauben Sie nicht, daß das so spurlos am inneren Wert des Volkes vorübergeht.

Völker sind noch niemals durch Kriege zugrunde gegangen, solange sie innerlich gesund waren. Katastrophen sind über die Erde hinweggegangen, ohne daß ein Volk beseitigt worden ist, wenn es sich nicht selbst innerlich in seinen Werten langsam dezimiert, zum Weggang reif gemacht hat.

Der Prozeß greift in die Tiefe hinein, dringt bis ins letzte Blut des Volkes. Es vermag ein Volk endgültig aus der Tatkraft geschichtlicher Handlungen auszuscheiden. Das sehen wir heute vor uns.

Diese Entwicklung geht parallel mit der Erziehung zu diesen Schlußgedanken hin, wie der Staat schon den einzelnen vorbereitet auf diese Konsequenzen, wie er versucht, ihm durch Erziehung auch die Tradition zu nehmen, so daß er nicht in die Lage versetzt wird, infolge einer traditionellen Erinnerung gegen das schlechte Blut anzukämpfen.

Auf derselben Linie liegt dieses Umstellen auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs und der Fremdenindustrie [16]. Wir sehen, was unsere Städte alles tun, und fühlen, wie wir langsam tatsächlich einer Verschweizerung entgegengehen. Deutschland wird langsam zu einem Ansichts- und Aussichtsobjekt. Man sagt uns: Die Welt des Geistigen ist eure Größe, große geschichtliche und staatspolitische Qualitäten liegen euch gar nicht, von Natur aus seid ihr das Volk der Dichter und Denker [17], wobei man weiß, daß die breite Masse kein Verhältnis zu Dichtern und Denkern besitzt, wohl aber ein Verhältnis zur Kraft haben kann.

Wenn wir uns die Frage vorlegen, ob es gegen eine solche Katastrophe noch ein Ankämpfen gibt, müssen wir uns diese Frage beantworten: Auf parlamentarischem Weg, durch Abstimmung, wird diese Gefahr naturgemäß nicht beseitigt. Das hat damit nichts mehr zu tun. Es ist in Wirklichkeit ein Problem der Neuordnung der Kräfte in unserem Volk. Selbstbehauptung und Idealismus. In Wirklichkeit ist jeder Gesunde von drei Kräften erfüllt: von einer gesunden, natürlichen Selbstbehauptung, von einem gesunden Egoismus, der in Wirklichkeit auf die Gesamtheit bezogen Idealismus ist. Er repräsentiert die positive Kraft einer Nation und befähigt ein Volk zu allen heroischen Taten. Wenn ein Volk dank seiner rassischen Zusammenstellung zu einer höheren menschlichen Kultur fähig ist, dann kann der gesündere Teil, solange er das Regiment in der Hand hat, große Fortschritte erzielen und sich sichern und wehren. Dem-

15 Anspielung auf die Dauer der Reparationszahlungen nach dem Young-Plan. Vgl. Dok. 41, Anm. 11.
16 Vgl. Hitlers Fremdenverkehrskritik in Dok. 17, 21.
17 Die Bezeichnung geht wahrscheinlich auf den Schriftsteller Johann Karl August Musäus (1735-1787) zurück.

gegenüber steht in jedem Volk das Gegenteil: der unidealistische Egoismus, die primitivste Ichsucht, am schärfsten ausgeprägt im gewöhnlichen Verbrecher, der auf den Standpunkt steht, daß sein Leben ihm über alles geht, auch wenn er den anderen erdolchen muß. Der andere muß sterben, damit er vielleicht nur zehn Mark gewinnen kann. Der Held sagt: Was gilt mir mein Leben, wenn ich die Gesamtheit retten kann, der Verbrecher: Was gilt mir die Gesamtheit, wenn ich mein Leben retten kann!

Völker vermögen so lange zu existieren, als ihr Geschick von der einen Seite geleitet wird. Völker gehen sofort den Weg nach unten, sobald die Leitung ihrer Geschicke in die Hand der anderen kommt. Diese beiden Extreme umfassen eine gewaltige Mitte. Sie ist weder gut noch böse, Fabrikware der Kultur. Hierüber wird gewürfelt. Wendet sich die Auslese dem Guten zu, dann gibt sie die Resonanz zu heroischen Klängen.

Lange Zeit bestand bei uns eine solche Ordnung der Dinge. Mag sein, daß die Auslese aus der breiten Masse der Mitte nach der einen Seite erschwert war und immer mehr erschwert wurde, denn infolge unseren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens konnte sich hier langsam eine Klasse entwickeln, die ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Qualitäten häufig den Ausschlag gab, so daß wir sehen konnten, daß in der kritischsten Stunde des Tages diese Schwäche jämmerlich versagte [*sic!*]. Hinter der Fassade sah man keine wirklich tatkräftigen Menschen. Es war eine gut dressierte, gut gebildete Oberschicht, die nicht mehr identisch mit natürlichen Kraftmenschen war.

Die andere Seite hat ihre verderblichen Einflüsse schon geltend zu machen vermocht. Trotzdem war das Reich noch in den Händen einer guten Tradition. Dahinter stand eine große Masse von innerlich anständigen Menschen.

Dann kam der Krieg, den man immer nur als eine Frage des Verlustes von Menschen sieht, [*der*] sich aber als ein Problem von höchster rassischer Bedeutung entpuppt.

Durch den Krieg fand bei uns eine rapide Auslese statt. Aus der Mitte wurde in 4 1/2 Jahren herausgeholt, was man herausholen konnte und konzentriert dem Kampf in den Rachen geworfen.

Schon 1914, als unsere Zeitfreiwilligen-Formationen [18] aufgestellt worden sind, wer meldete sich? Die Idealisten, zwei Millionen an der Zahl [19], und von diesen starben schon infolge der sträflich leichtsinnigen Art der Ausbildung, verschuldet durch den Reichstag [20], Hunderte und Hunderttausende und darunter eine Jugend in der Art, wie sie heute vorbeimarschiert ist [21].

Knaben und fast noch Kinder, bestes Knabentum ist in massierter Form auf das Schlachtfeld geführt worden und in Massen mit dem Deutschlandlied auf den Lippen in den Tod gegangen und konnte nicht mehr ersetzt werden in 4 1/2 Jahren [22]. Dann kam der Krieg selbst in seiner langen Dauer und wiederholte diesen Prozeß aufs neue: Flieger werden gesucht, Unterseebootsführer, Sturmtruppen - wer meldet sich freiwillig an die Front? Zu den Patrouillen?

18 Muß heißen "Kriegsfreiwilligen-Formationen". Der Begriff "Zeitfreiwillige" kam erst nach dem Ersten Weltkrieg auf.
19 Vgl. Dok. 63, Anm. 4.
20 Vgl. Dok. 6, Anm. 54.
21 Vgl. Dok. 63, Anm. 1.
22 Vgl. Dok. 38, Anm. 37.

Wer meldet sich? Immer eine Auslese des besten Menschentums. Man konnte nicht anders. Wäre zuhause auch innerlich eine qualitativ hochwertige Verwaltung gestanden, dann hätte man das ertragen und der aufsteigenden Hydra des Verrats die Köpfe abschlagen können.

Man war zuhause in ein weltfremdes Philosophentum versunken, man hatte vergessen, daß eine solche Zeit als höchste Staatsmänner nicht Philosophen, sondern Kraftnaturen und höchste Entschlossenheit erforderte. Wir haben gesehen, daß das Ausbluten der deutschen Nation einen Höchstgrad angenommen hatte. Es erhob sich der Verrat, der sich zu retten vermochte schon durch die Konstruktion unseres Rekrutierungswesens [23], so daß dieser Konzentration des Schlechten keine Konzentration des Guten gegenüberstand, weshalb plötzlich alles zerschlagen werden konnte, und ein Volk, das einen Monat vorher Widerstand geleistet hatte, im Innern augenblicklich auseinanderbrach [24].

Auf der Seite der Erbärmlichkeit und Gemeinheit ist das Schwergewicht bis heute geblieben. Mit einer fast teuflisch zu nennenden Geschicklichkeit wird diese Seite nach der Erbärmlichkeit hin künstlich unterstützt und in ein System zu bringen versucht mit Hilfe des Staates selbst, der die besseren Instinkte langsam aus dem Volke herauszureißen versucht, weil das Vorhandensein gesunder Instinkte eines Tages zur Gefahr werden könnte, wenn plötzlich der Appell an diese Instinkte erfolgt.

Man versucht, das kleine Kind schon vom Dawes-Patrioten [25] zum neuen Young-Bürger der Republik zu erziehen, zu einem Mann, der überzeugt ist, daß das deutsche Volk nicht die hohen Werte besitzt wie die anderen Völker. So können wir erleben, daß in 15 Jahren es möglich geworden ist, in die Herzen von Millionen eine Überzeugung der eigenen Minderwertigkeit hineinzusenken. Große Bewegungen, Parteien existieren, bei denen das Bekenntnis zur eigenen Minderwertigkeit Parteiprogramm ist. Wenn dieser Prozeß 20, 30, 50, 100 Jahre lang währt, dann werden Sie das Volk nicht mehr erkennen, wenn nicht vor dem eine Neuordnung des Kräfteverhältnisses in Deutschland vorgenommen wurde. Nun wird man zur Antwort geben: Wie soll man einen solchen Prozeß, der sich in solchen Formen abspielt, zur Rückentwicklung bringen oder beseitigen? Gibt es eine Möglichkeit? Jawohl! Diese Möglichkeit ist in dem Augenblick gegeben, in dem erkannt wird, daß die Qualitäten eines Volkes nicht in der Zugehörigkeit zu Berufen und Ständen liegen, sondern einfach blutsmäßig im einzelnen Menschen vorhanden sind oder nicht. Es ist notwendig, diese Qualitäten zum Leuchten zu bringen, durch irgendeinen Prozeß zusammenzufügen und mit ihnen den Kern einer neuen Volksgemeinschaft aufzubauen in der Überzeugung, daß ein Volk sich selbst führt, wenn seine besten Kräfte es führen.

Die Geschichte zeigt uns eine Anzahl von Beispielen, die im ersten Augenblick kaum verständlich sind. Ich könnte zurückgehen auf die Entstehung des Christentums, auf Tatsachen, wonach eine Idee sich der Menschheit zu bemächtigen vermag, bis endlich Staaten daran zerbrechen. Näher liegt uns ein Blick auf die Entwicklung des Marxismus in Deutschland.

Das deutsche Volk erlebt es, daß in seinem Innern eine Bewegung organisiert wird von ganz bestimmten programmatischen Forderungen, die der Existenz des Volkes zuwiderlaufen.

---

23 Vgl. Dok. 61, Anm. 10.
24 Vgl. Dok. 6, Anm. 40.
25 Zum Dawes-Plan vgl. Dok. 1, Anm. 15.

Die deutsche Regierung erlaubt es, daß diese Bewegung ihre Organisation immer mehr ausbaut gegen alle Kräfte der Wirtschaft, des Staates und der Vernunft und am Ende allen diesen Kräften Herr wird.

Wie ist das möglich?

Das ist nur denkbar dadurch, daß es dieser Bewegung gelang, eine Organisation mit wirklicher Kraft durchzuführen, d. h., Menschen von absoluter Kraft zusammenzufügen. Im Völkerleben ist die Kraft nicht identisch mit Masse. Unser Wirtschaftsleben bringt es mit sich, daß ein armer Teufel trotzdem ein tatkräftiger Mensch sein kann. Den besten Beweis gab das Heer. Es gab eine Möglichkeit der Auslese der einzelnen auf diese Grundqualitäten hin. Ein unscheinbarer Bauernbursche konnte sich plötzlich als der geborene Führer seiner Gruppe entpuppen, und ein kleiner Handwerksbursche, der vielleicht wenig geachtet war, ist plötzlich ein ausgezeichneter Soldat gewesen. Die Konstruktion des Heeres war es, die jeden einzelnen verantwortlich machte. Wenn er diese Verantwortung nicht übernahm, dann konnte er diese Stellung nicht erfüllen. Die Feststellung dieser persönlichen Verantwortlichkeit sicherte und entdeckte zugleich Männer. Wenn im Felde die ersten Opfer fielen - wer es erlebt hat, weiß es -, galt es trotzdem weiterzumarschieren, und dieses ganze Führermaterial ging mit, einer hinter dem andern. Vergleichen Sie damit die Heimat! Dort herrschte das Konglomerat, das es nicht fertigbrachte, die natürlichen Qualitäten der Menschen zu erforschen. Das ist das Geheimnis, warum der Marxismus gesiegt hat, das Geheimnis, den Appell an den natürlichen Instinkt der Masse zu richten. Das Volk ermißt die Richtigkeit einer Idee an der Kraft, mit der sie vertreten wird. Eine Bewegung, die es verstand, ihre Idee mit Kraft zu vertreten, konnte damit rechnen, langsam die Kraft eines Volkes, die nicht in einzelnen Gesellschaftsschichten, sondern gleichmäßig in allen Lebensschichten schlummert, für sich zu gewinnen und zu organisieren. Die Idee mußte ein Programm verkünden, dessen Durchführung Kraft erforderte. Es verlangt den Kampf und fordert oft den Lebenseinsatz, blinden Gehorsam, Unterordnung. Der bürgerliche Politiker hat das nie begriffen. Er begriff auch nicht, warum der Soldat nicht am schwächlichen Offizier hängt, sondern an seinem wirklichen Führer. Wo immer eine Revolte stattfindet, da immer nur gegen die Schwachen und niemals gegen die Kraft. Der Marxismus schuf sich eine Gemeinschaft von krafterfüllten Menschen. Wenn eine bürgerliche Partei ihre Anhänger zu einer Versammlung einläd, so bittet sie ihre Anhänger höflichst, zu ihrem hochinteressanten Vortrag zu kommen. Der Marxismus sagt: Heute abend ist Versammlung, du gehst von deiner Fabrik dorthin! Der Mann sagt sich: Wenn eine Bewegung mit solcher Entschiedenheit auftritt, muß sie richtig sein! So war der Marxismus den bürgerlichen Parteien an Kraft überlegen, wenn auch nicht an Geist. Wo aber Kraft, Entschlossenheit, Kühnheit, Rücksichtslosigkeit, wo diese Qualitäten in den Dienst einer schlechten Sache gespannt sind, vermögen sie Staaten zu stürzen, Voraussetzung ist eine Forderung, die vom einzelnen selbst wieder Kraft verlangt. Eine Freiwilligen-Formation wird am besten sein, sagt man, wenn sie von ihrem Führer am mildesten gehandhabt wird! Das Gegenteil ist richtig. Die Leute hängen um so mehr an ihm, je mehr gefordert wird. Denn es reizt den einzelnen, seine Kräfte zu erproben, ganz gleichgültig wohin sie ihn stellen.

Das ist das Geheimnis, warum in der Weltgeschichte große Bewegungen gegen scheinbar unüberwindliche Widerstände zu siegen vermochten. Gegen wirtschaftliche Interessen, unter dem Druck der öffentlichen Meinung, ja selbst gegen die Vernunft, wenn sie schwach vertreten war.

Heute sehen wir in Deutschland die Tatsache, daß unser Volk das Schwergewicht seiner Kräfte im äußersten linken Flügel hat und daß dort mit wahnsinnigen Ideen und Theorien diese Kräfte verwendet zur Vernichtung unseres Volkes werden. Dieser Seite tritt ein Gegenspieler entgegen, der schon früher nicht in der Lage war, diese Kraftentwicklung der linken Seite zu verhindern.

Wenn heute Herr Stresemann die deutsche Jugend organisierte, glaubt man, daß das ein mechanisches Organisationsproblem ist? Dann könnten die Gelder des Herrn Stresemann von ausschlaggebender Bedeutung sein. Das ist aber kein mechanisches Organisationsproblem, sondern ein Problem der Anforderungen. Was fordert Herr Stresemann? Billigung seiner Politik der Schwäche, des schwachen Verzichtes. Kann so ein Mensch Kraftnaturen gebrauchen?

Wenn Sie eine Ordnung wünschen, in der die besten Kräfte des Lebens Zweck nicht im eigenen Vorteil erblicken, in der diese Kräfte den Ton angeben, dann müssen Sie den Ton angeben, der zu diesen Kräften hinführt. Er heißt nicht Nachgiebigkeit, Verzicht auf Freiheit, Kompromisse, Wankelmut, sondern fordert Kraft und Opfer. Wer bereit ist, darauf zu reagieren, gehört innerlich in diese Linie hinein.

Was das Große an unserer Bewegung ist, das ist nicht die Tatsache, daß sie 150.000 Mitglieder zählt [26], sondern, daß diese äußerlich schon zu einer Einheit geworden sind, daß tatsächlich diese Mitglieder nicht nur ideenmäßig einheitlich sind, sondern daß auch fast der Gesichtsausdruck der gleiche geworden ist.

Betrachten Sie heute diese lachenden Augen, die fanatische Begeisterung, und Sie werden entdecken, wie sich in den Gesichtern der gleiche Ausdruck gebildet hat, daß hunderttausend einer Bewegung zu einem Typ werden!

Das ist die Aufgabe unserer Bewegung, die höchste Anforderungen stellt, die Forderung zum Opfer und Kampf, Menschen einer Gesinnung zusammenzubringen, die späterhin die natürliche Kraft der Nation darstellen.

Diese Reorganisation des Volkskörpers ist die große Mission des Nationalsozialismus.

Ob sie gelingt?

Wenn Sie heute diese hunderttausend Menschen gesehen haben [27], dann weiß ich nicht, ob Sie zweifeln können, daß es gelingt! Vor zehn Jahren 7 Menschen [28] - und heute dieses Bild! Nicht weil es hunderttausend sind, sondern weil in diesen hunderttausend sich ein gemeinsamer Ausdruck zeigt. Am schönsten habe ich das gesehen an unserer Jugend. Als ich diese Knaben heute an mir vorbeimarschieren sah, dachte ich plötzlich: Wie wäre es, wenn noch zwei Jahre vergehen und diese Jungen unsere alten Helme aufsetzen würden, Freiwilligenregimenter von Ypern wären [29]! Sie alle haben das gleiche Gesicht, den gleichen Ausdruck, das gleiche Leben. Wir sahen Köpfe von Knaben, in denen sich schon der spätere stolze Mann ausprägte, den ein Volk braucht als Führer, um nicht zugrunde zu gehen.

Das will diese Bewegung. Sie will scheiden in Charaktere und Grundwerte. Sie braucht diese Gesamtheit der Besten, sie will herausholen und zusammenfügen, bis das Schwerge-

---

26 Vgl. Dok. 52, Anm. 10.
27 Vgl. Dok. 61, Anm. 38.
28 Vgl. Dok. 1, Anm. 4.
29 Vgl. Anm. 22.

wicht von links nach der Mitte und weiter wandert nach einem Punkte hin, bis zu der historischen Minorität, die Geschichte macht und auch in Zukunft machen wird.

Das ist unsere Aufgabe, unser Ziel.

Wenn wir Tage veranstalten wie [*diese*] hier, dann nur, um auch durch einen äußerlichen Ausdruck des Lebens dieser Tage wieder Menschen zu gewinnen, in denen selbst ein ähnlicher Pulsschlag tobt [*sic!*]. Damit treiben wir im höchsten Maße Auslese. Wenn Sie heute diese Jungen gesehen haben, die sich zusammenfanden ohne Zwang, unbeschwert von Vorurteilen, getrieben von knabenhaften Instinkten des Suchens nach diesen Kräften, dann war es zu 99 % bestes Ariertum, das wir emporführen zur Führung des deutschen Volkes. Wenn diese Art von Demokratie einst unser Volk beherrscht, wenn die breite Masse aus sich selbst heraus durch einen natürlichen Prozeß sich das beste Blut zum Führer erkoren hat, dann wird die Weltgeschichte es bewundernd erleben, daß das deutsche Volk auch nach außen jene Charakterzüge annimmt, die uns zu sagen berechtigen, daß unsere Geschichte die Weltgeschichte ist.

Dann wird auch die Wirklichkeit mit diesem ehernen Revolutionsprozeß gleichen Schritt halten, dann wird die Stunde kommen, in der in der Weltgeschichte wieder nachgewogen wird, in der die Werte und die Gewichte sich nicht geändert haben. Dann wird Frankreich in die Waagschale treten, das neue Deutschland tritt in die andere, und es wird Kraft seines eigenen Wertes die Waagschale sinken. Wir haben den Herrgott nur zu bitten: Herr, wir bitten Dich nicht, daß Du uns hilfst, sondern wache darüber, daß gerecht gewogen wird! Das Schwert aber ist unser Gewicht.

4. August 1929 Dok. 65
Schlußappell auf NSDAP-Reichsparteitag in Nürnberg [1]

VB vom 6.8.1929, "Nationalsozialisten laßt Euch nicht provozieren!" [2].

Ich darf die anwesenden SA-Leute noch ersuchen, auf keine Provokation von der linken Seite zu antworten. *Wir haben eine Reihe von Verwundeten, die teils angestochen* [*sic!*], *teils angeschossen sind* [3]. (Größte Bewegung.) Lassen Sie sich nicht verleiten zu irgendeiner Unge-

1 Während der Rede Hitlers (Vgl. Dok. 64) war es zu großer Unruhe gekommen, als sich Gerüchte über schwere Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten verbreiteten. Nach Beendigung seiner Rede ließ sich Hitler über die Lage informieren und trat nach kurzer Beratung noch einmal ans Rednerpult.

2 Vgl. Auszug aus Lagebericht der Polizeidirektion München vom 14.8.1929; StA Dresden, Min. des Innern, Nr. 19085; Lagebericht Nr. 158/II/29 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 29.8.1929; ebenda sowie Zelnhefer, Die Reichsparteitage, S. 47 ff.

3 Am 2.8.1929 gegen 23.30 Uhr kam es in der Königstraße zu einer Schlägerei zwischen Reichsbannerangehörigen und SA-Leuten. Im Verlauf der Auseinandersetzung fielen Schüsse, von denen die Nationalsozialistin Katharina Grünewald tödlich getroffen wurde. Am 4.8.1929 gegen 20.30 Uhr wurde im Frauentorgraben in der Nähe des Nürnberger Kulturvereinshauses ein Passant, der das Abzeichen des Radfahrerbundes "Solidarität" trug, von Nationalsozialisten angegriffen. In den Kampf wurden offenbar weitere Passanten verwickelt. Der SA-Mann Erich Jost erhielt dabei von unbekannter Seite einen tiefen Messerstich in den Unterleib. Die Polizei trennte die Gegner. Laut VB wurde Jost "von einer Gruppe Halbwüchsiger überfallen".

schicklichkeit, besonders der hiesigen Polizei gegenüber, die ja nichts dafür kann und nur dadurch nervös gemacht wird. (Ruf aus der Versammlung: Es muß etwas geschehen, es steht auf Spitz' und Knopf für uns!)

Vermutlich ist seit gestern, fuhr Hitler fort, Max Hoelz[4] *hier, um zu versuchen, solche Überfälle mit Gewalt zu provozieren.*

Das ist die Taktik dieser Menschen, und es ist unsere Pflicht im Interesse der Bewegung und des Parteitages, nicht darauf hereinzufallen. Was jetzt geschieht, ist lächerlich, es kann höchstens zu Konflikten mit der Polizei kommen, die dann nach beiden Seiten hin vorgeht. Die Abrechnung mit den Gegnern kommt todsicher, und sie wird dann gründlich vorgenommen, und *wenn das Gericht der Republik den Mordbrenner Hoelz freigesprochen hat*[5], *die nationalen Gerichte der Zukunft werden ihn nicht freisprechen.*

Hitler forderte nun die Mitglieder der SA und SS auf, den Weisungen der Behörden sofort Folge zu leisten und *sich auf keinen Fall auf den Straßen und in den Lokalen provozieren zu lassen.*

Hitler schloß mit der Mahnung: "Seien Sie alle Träger der Vernunft, Träger der kühlen Überlegung, und fühlen Sie sich als Träger des Erfolges unserer Bewegung und bedenken Sie diese Möglichkeiten, dann sorgen Sie am besten dafür, daß einmal diese Elemente mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden." (Lebhafte Heilrufe.)

Seit Beginn des Parteitags hatten in Nürnberg fortgesetzt Gewalttätigkeiten der SA gegen unbeteiligte Passanten stattgefunden. Mehrere Straßenbahnen wurden demoliert. Die Auseinandersetzung mit Kommunisten und Sozialdemokraten wurde gesucht, das Gewerkschaftshaus überfallen, mehrere Gastwirtschaften gestürmt und bei dieser Gelegenheit Schlägereien angezettelt. Vgl. Longerich, Bataillone, S. 94 f.; Nürnberger Stadtpost vom 3.8.1929, "Wild-West in Nürnberg"; Fränkische Tagespost vom 5.8.1929, "Wie sie hausten!" und "Die Hakenkreuzlerschau in Nürnberg"; Bayrischer Kurier vom 6.8.1929, "Die Bilanz eines nationalsozialistischen Parteitages"; Frankfurter Zeitung vom 6.8.1929, "Die nationalsozialistischen Ausschreitungen in Nürnberg" sowie vom 16.8.1929, "Die Nürnberger Tumulte beim Hitlertag". Zur nationalsozialistischen Sicht vgl. VB vom 4./5.8.1929, "Das marxistische Attentat auf das Osaf-Auto", vom 6.8.1929, "Rotmord in Nürnberg" und "Reichsbannermord an der Lorenzkirche" sowie vom 7.8.1929, "Ein neues Opfer des marxistischen Verbrechertums".

4 Die Anwesenheit von Max Hoelz in Nürnberg konnte nicht ermittelt werden.
Max Hoelz (1889-1933), Techniker, 1919 Mitglied der KPD, 1920 der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD), 1920/21 Führer kommunistischer Aufstandsbewegungen im Vogtland und in Mitteldeutschland, 1921 zu lebenslänglicher Haft verurteilt, 1928 amnestiert, 1929 Übersiedlung in die Sowjetunion.

5 Vgl. Anm. 4.

9. August 1929 Dok. 66
Rede auf Beerdigung von Erich Jost [1] in Lorsch [2]

Lagebericht des Polizeiamts Darmstadt vom 20.9.1929; StA Bremen, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, polit. Berichte Hessen, 4,65/1768/303 [3].

Am Grabe sprach zunächst *Hitler* etwa folgendes:

"Vor einigen Tagen erst waren wir in Nürnberg versammelt, um des Tages zu gedenken, an dem wir vor 15 Jahren in den Krieg zogen, und um die damals herrschende Begeisterung neu aufleben zu lassen [4]. Man streute uns Blumen auf dem Weg. Heute haben wir uns wieder mit Blumen hier eingefunden, um sie unserem jungen toten Kameraden als äußeres Zeichen unserer Zusammengehörigkeit auf das Grab zu legen. Was hat dieser junge Mensch für ein Verbrechen begangen, daß er sterben mußte? Nur das eine Verbrechen, daß er sein Vaterland liebte. In Nürnberg [5], wo er sich neue Kraft für seine Freiheitsideen holen wollte, ereilte ihn das Schicksal. Wir dachten, die Tage in Nürnberg würden äußerlich ruhig verlaufen und innerlich in manchem Menschen eine Kluft einreißen. Aber wiederum haben irregeleitete Volksgenossen einen anderen Volksgenossen gemordet [6]. Das schlimmste dabei ist, daß unser junger Kamerad nicht im Kampf gegen den äußeren Feind gefallen ist. Im Weltkrieg kämpften wir gegen den äußeren Feind. Die zwei Millionen Menschen fielen damals umsonst [7]. Umsonst deshalb, weil die Idee, für die sie kämpften, nämlich ein freies Deutsches Reich, sich nicht erfüllte. Unser toter Kamerad lebt weiter, weil die Idee, für die er kämpfte, weiterlebt und sich bald erfüllen wird. Wenn aller Haß und Parteihader einmal den äußeren Feind, der am Rhein steht [8], erkennen würde, dann würde er zu einer geballten Kraft werden und Deutschland bald wieder frei sein."

Mit dem Gelöbnis, dem Toten ein ehrendes Andenken zu bewahren, und wenn es auch immer sein möge, denselben Weg zu gehen wie er, schloß *Hitler* seine Rede.

[...] [9]

Zum Schluß rief *Hitler* dreimal "Deutschland", worauf seine Anhänger antworteten: "Erwache [10]."

1 Erich Jost (1909-1929), kaufmännischer Angestellter, SA-Mann, am 4.8.1929 tödlich verletzt.
2 Nach 17.50 Uhr auf dem Friedhof von Lorsch. Der katholische Geistliche hatte sich während der kirchlichen Feier am Vormittag politische Demonstrationen verbeten. Laut Polizeibericht nahmen an der Beerdigung 360 Nationalsozialisten und 12 Stahlhelmleute uniformiert sowie 850 weitere Personen teil.
3 Vgl. VB vom 13.8.1929, "Die Beerdigung unseres ermordeten Pg. Jost" sowie vom 14.8.1929, "Ich hat einen Kameraden ...".
4 Vgl. Dok. 1, Anm. 7.
5 Hinweis auf den Reichsparteitag der NSDAP vom bis 1. bis 4.8.1929. Vgl. Dok. 60-65.
6 Vgl. Dok. 65, Anm. 3.
7 Vgl. Dok. 6, Anm. 5, 6.
8 Gemeint ist Frankreich.
9 Folgt Bericht über weitere Ansprachen und die Kranzniederlegungen.
10 Vgl. Dok. 61, Anm. 40.

10. August 1929 Dok. 67
"Nürnberger Tagebuch [1]"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 10.8.1929.

Nürnberg, den 1. August [*1929*].

Es sieht sehr nach Regenwetter aus. Die Zeitungen melden Niederschläge, und wirklich hängt der Himmel auch voller Wolken. Noch hat die Stadt scheinbar ihr gewöhnliches Gepräge an sich. Allein der schärfer Blickende empfindet unwillkürlich eine Beschleunigung des öffentlichen Lebens im Verkehr. Tatsächlich tauchen auch schon im Laufe dieses Tages immer mehr Braunhemden in der alten Reichsstadt auf. Man sieht überall vereinzelte Gruppen, die sich gegenseitig grüßen und zusehends vermehren. Gegen Mittag wird von ihnen an einigen Stellen der Stadt das öffentliche Bild verändert und gegen Nachmittag zum Teil beherrscht. Jeder Zug vermehrt die Zahl der Anhänger unserer Bewegung. In der Schwabacher Straße liegt der von Fahnen festlich flankierte Parkplatz der Sternfahrten [2]. Auch dort trifft bald ein Auto nach dem anderen ein. Am späten Nachmittag kommt ein erster Sonderzug. Lastkraftwagen bringen aus der näheren Umgebung Trupps von Braunhemden. Die Stadt wird gegen Abend immer lebendiger. Schon geht es im Hauptquartier [3] zu wie in einem Bienenschwarm. Parteileitung und Oberste S.A.-Führung sind seit Tagen in Nürnberg. Der Betrieb wächst nahezu stündlich an Umfang an. Als es dunkel wird, herrscht im großen Garten des Kulturvereins schon helle Feststimmung. Eine S.A.-Kapelle konzertiert, und es ist kaum mehr ein Platz zu erhalten. Um 8 Uhr beginnen Sondertagungen, und um 11 Uhr gibt es im Deutschen Hof ein ewiges Begrüßen von Freunden und Bekannten der Bewegung.

Nürnberg, den 2. August [*1929*].

Frühmorgens scheint die Sonne langsam die Wolken zu besiegen. Es ist zeitweise ein strahlend schöner Tag. Nur gegen Mittag wird alles wieder trübe, und viele Augen blicken besorgt zu den Wolken empor. Der Parkplatz in der Schwabacher Straße hat heute bereits alle Hände voll zu tun [*sic!*]. Vormittags gibt es Sondertagungen. Die Zahl der eintreffenden Parteigenossen schwillt nun fast viertelstündlich an. Als der Kongreß eröffnet wird, hat die Uhr gerade 11 geschlagen. Der Riesensaal ist überfüllt von einer andachtsvollen Menge. Bei keiner anderen Partei wäre so etwas auch nur denkbar. Ein Orgelpräludium und das Niederländische Dankge-

---

1 Das Parteitagsprogramm war im VB vom 26.7.1929 und 28./29.7.1929 abgedruckt. Zum Verlauf des Parteitags vgl. Auszug aus Lagebericht der Polizeidirektion München vom 14.8.1929; StA Dresden, Min. des Innern, Nr. 19085; Lagebericht Nr. 158/II/29 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 29.8.1929; ebenda; Nürnberger Stadtpost vom 3.8.1929, "Wild-West in Nürnberg"; Fränkische Tagespost vom 5.8.1929, "Wie sie hausten!", "Die Hakenkreuzlerschau in Nürnberg"; Bayrischer Kurier vom 6.8.1929, "Die Bilanz eines nationalsozialistischen Parteitages"; Frankfurter Zeitung vom 6.8.1929 (2. MA), "Die nationalsozialistischen Ausschreitungen in Nürnberg", vom 16.8.1929 (1. MA), "Die Nürnberger Tumulte beim Hitlertag" sowie Zelnhefer, Reichsparteitage, S. 41 ff.
Der zeitgenössische Film über den IV. Parteitag der NSDAP ist 1976 vom Institut für den wissenschaftlichen Film in Göttingen unter der Nummer G 140 ediert worden. Albrecht Tyrell verfaßte den Begleittext.

2 Vgl. Dok. 42.

3 Im Hotel "Deutscher Hof", Frauentorgraben.

bet leiten diese programmatisch wichtige Tagung ein. Um 4 Uhr findet die Fortsetzung des Kongresses statt. Auf dem Bahnhof stauen sich große Menschenmassen und begrüßen die immer dichter ankommenden Sonderzüge. Die Begeisterung bricht immer mehr durch. Einzelne Straßen erscheinen förmlich braungefleckt. S.A. und S.S. und dazwischen eine Unzahl von politischen und S.A.-Führern. Gegen Abend setzt eine Völkerwanderung ein. Während der Kongreß noch tagt, bringen die Straßenbahnen in endloser Folge Zehntausende von Menschen nach dem Stadion. Als ich selbst mit dem Wagen hinausfahre, ist es 8 Uhr. Manches Mal vermag man kaum weiterzukommen, so verdichten sich auf der endlos langen Straße die Automobile, Autobusse, Lastkraftwagen, während links daneben die Wagen der Straßenbahnzüge dahinsausen. Dazwischen marschierende, oft endlos lange Kolonnen von Braunhemden. Der Himmel ist schwarz. Das Stadion bereits überfüllt. Es mögen innen und außen sicher über hunderttausend Menschen sein, die aufhorchen, als die Riesenmusik, von unzähligen Fackeln begleitet, das weite Rund betritt. Nach einer prachtvoll gespielten Ouvertüre zu "Rienzi" [4] folgen Märsche, und endlich beginnt das große Schlachtenfeuerwerk [5]. Nahezu eine Stunde leuchtet und blitzt es nun, donnert und dröhnt es und geht endlich in einer überwältigenden Wiedergabe eines Großangriffes an der Front in das strahlende Hakenkreuz über. Zehn- und aber Zehntausende von Menschen fiebern mit und entladen endlich ihre innere Spannung im gewaltig dahinbrausenden Deutschlandlied. Als sich das Stadion leert, wird man Zeuge des überwältigendsten Abmarsches, der in Deutschland vielleicht bisher da war. Selbst Berlin hat Größeres noch nicht gesehen. Ein förmlicher Strom von Automobilen, Motorrädern, Autobussen, Lastkraftwagen, Droschken und Straßenbahnen wälzt sich dahin. Oft glaubt man, nicht mehr weiterkommen zu können. Die Erwartung der Stadt steigt.

Nürnberg, den 3. August [*1929*].

Seit 3 Uhr früh donnern in dem Hauptbahnhof in endloser Folge die Transportzüge ein. Stundenlang gibt es kaum Pausen von 5 Minuten, die sich dazwischenschieben. Es ist eine wunderbare Leistung des Nürnberger Eisenbahnapparates. Während die Stadt sich nun in reißender Schnelligkeit in ein braunes Heerlager verwandelt, findet im Luitpoldhain ein dauerndes Kommen und Gehen größerer und kleinerer Abordnungen statt. Der Sarkophag vorm Kriegerdenkmal wird langsam unter ungezählten Kränzen begraben [6]. Der Kongreß wird fortgesetzt. Die Sondertagungen schließen langsam ab. Die Straßen sind erfüllt von ungeheuren Menschenmassen, der gewaltige Bahnhofsplatz ist kaum mehr zu passieren. Als die Dunkelheit einbricht, ist der Marschweg des Fackelzuges bereits von endlosen Menschenmauern umsäumt. Zweieinhalb Stunden braucht die in sechs Gliedern marschierende, feurige Masse, um am Beschauer vorbeizukommen [7]. Der Jubel nimmt ungeheure Formen an. Die Begeisterung

4 Oper von Richard Wagner, 1842 in Dresden uraufgeführt.

5 Als "Gigantenfeuerwerk" unter dem Titel "Die Westfront" angekündigt, wurden den Zuschauern, die Eintrittspreise zwischen 50 Pfennigen und 5 RM entrichteten, "Gewehrfeuergeknatter", "Raketenkreuzfeuer", "Geschützsalven" und als Abschluß ein Hakenkreuz in einem Kranz unter einem fliegenden Adler geboten. Vgl. Zelnhefer, Die Reichsparteitage, S. 37, 43.

6 Vgl. Dok. 45.

7 Am 3.8.1929 zogen von 21.00 bis 23.30 Uhr etwa 16.000 SA-, 500 SS- und 1.100 HJ-Angehörige mit Fackeln und Marschmusikbegleitung durch die Innenstadt. Vgl. Zelnhefer, Die Reichsparteitage, S. 43.

ist außerordentlich. Als die letzten Tausende die innere Stadt verlassen, sind die ersten Fackelträger bereits in ihren Quartieren. Die ganze Stadt ist nun mit Braunhemden angefüllt. Der Mob regt sich und beginnt nun, einsame [*sic!*] S.A.-Leute zu überfallen [8]. Da und dort erhalten sie unvermittelt Messerstiche und können doch das elende Mordgesindel der "Nie-wieder-Kriegs"-Parteien kaum fassen. Sowie sie sich zur Wehr setzen, flieht das Gelichter. Dann kommt meist Polizei und stellt die "Ordnung" her, das heißt also: Sie nimmt gegen die zum Schutz der Niedergestochenen herbeigeeilten Nationalsozialisten Stellung! In der inneren Stadt gibt es schon am Freitag das erste Todesopfer [9]. Ein roter Reichsbannerhalunke [10] schießt von rückwärts eine Frau nieder, gegen die er zuvor mit dem Gummiknüppel vorzugehen versuchte. Die Arme ist fast auf der Stelle gestorben. Ihr Bruder wird von den Gesinnungsgenossen des Strolches schwer mißhandelt, der Mann kommt heute mit einem Sonderzug an. Entsetzlich.

Nürnberg, den 4. August [*1929*].

8 Uhr früh beginnt der größte Aufmarsch, den bisher eine politische Bewegung in Deutschland vollzogen hat. Insgesamt befinden sich in der Stadt nun nahe an die zweihunderttausend Menschen, die zum Parteitag gekommen sind. Gegen 70.000 füllen um 9 Uhr die Riesenfläche des Luitpoldhains. Dort findet die Totenehrung [11] und Standartenübergabe [12] statt. Um 11.20 Uhr erreicht der sich nun bildende gigantische Festzug den Hauptmarkt. Die Stadt, mit Fahnen geschmückt, macht einen wunderbar festlichen Eindruck. Links und rechts an den Straßenrändern stehen in tiefer Gliederung Hundert- und aber Hunderttausende an Menschen. Beim Vorbeimarsch erreicht der Jubel endlich Höhepunkte, wie sie kaum das Jahr 1914 sah [13]. Über und über mit Blumen überschüttet ziehen die braunen Kämpfer des Dritten Reiches dreieinhalb Stunden in schnellem Schritt vorbei. Kaum daß es zehn Meter Zwischenraum zwischen den einzelnen Standarten hat. Der Himmel strahlt im schönsten Blau, während ein gütiger Wind die unbarmherigen Sonnenstrahlen von Zeit zu Zeit kühlt [*sic!*]. Um 5 Uhr wird der Kongreß erneut fortgesetzt, um 8 Uhr geschlossen. Der Abtransport der ungeheuren Menschenmassen setzt ein. Das marxistische Mordgesindel verstärkt seine Tätigkeit im Überfallen einzeln gehender Menschen und bringt zeitweise erbitterte Aufläufe zu wege. Es ist die Wut über den ungeheuersten politischen Erfolg, den die junge nationalsozialistische Bewegung in ihren Augen errungen hat, die sie nun antreibt, mit dem Mute echter roter Wegelagerer einzeln gehende Spaziergänger niederzustechen. Nun marschieren in endloser Folge die Kolonnen wieder zu ihren Zügen und rollen in die sternenklare Nacht hinaus, die einen nach dem Süden, die anderen nach Norden, an den Rhein und bis nach Ostpreußen. Der Parteitag ist beendet.

---

8 Vgl. Dok. 65, Anm. 3.

9 Katharina Grünewald, geb. Fülbert (1904-1929), Ehefrau des Ortsgruppenleiters der NSDAP Ludwig Grünewald.

10 Karl Maussner, Bruder des angeschossenen Reichsbannerangehörigen Fritz Maussner. Im Dezember 1929 wurde er vom Großen Schöffengericht in Nürnberg von der Anklage der fahrlässigen Tötung freigesprochen, da nicht nachgewiesen werden konnte, daß er den tödlichen Schuß abgegeben hatte.

11 Vgl. Dok. 63, Anm. 1.

12 Vgl. Dok. 63, Anm. 13.

13 Vgl. Dok. 1, Anm. 7.

Vier Tage lang stand eine große Stadt unter dem Eindruck einer politischen Kundgebung, die an Großartigkeit und Eindringlichkeit alles hinter sich ließ, was früher und bisher an Ähnlichem in Deutschland stattgefunden hat. Nun ist die Stadt wieder zu ihrem früheren Leben zurückgekehrt. Im ersten Augenblick kommt sie einem nahezu wie ausgestorben vor. So groß ist der Unterschied zu den vergangenen Tagen. Hunderttausende von Männern und Frauen [14] aber nahmen die gläubige Zuversicht mit in ihre Heimat, daß das deutsche Volk trotz allem machtvoll erwacht.

19. August 1929 Dok. 68
Erklärung

Deutsche Allgemeine Zeitung vom 21.8.1929, "Erstunken und erlogen" [1].

Durch Presse geht eine seitens der "Vossischen Zeitung" verbreitete Nachricht mit Behauptungen über ein angebliches Ultimatum des Geheimrats Hugenberg an mich über angebliche Subventionen, über die Stellung einer Forderung des Geheimrats Kirdorf [2] und über ein "Nachgeben" meinerseits gegenüber diesen Forderungen und anderes mehr [3]. Hierzu *stelle ich fest*, daß die Behauptungen der "Vossischen Zeitung" *von Anfang bis Ende frei erfunden* sind [4]. Es ist

14 Vgl. Dok. 61, Anm. 38.

1 Vgl. VB vom 20.8.1929, "'Hitlers Pakt mit Hugenberg'" sowie Der Angriff vom 26.8.1929, "Hitler wider die Lüge".

2 Emil Kirdorf (1847-1938), Industrieller, 1871 kaufmännischer Leiter im Bergbau (Wattenscheid), 1873-1926 Direktor der Gelsenkirchener Bergwerks-AG (GBAG), 1893 Mitbegründer des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, 1919 Eintritt in die DNVP, 1920-1924 Geschäftsführender Vorsitzender der Siemens-Rheinelbe-Schuckert-Union, 1927-1928 Mitglied der NSDAP, 1934 Wiedereintritt in die NSDAP.

3 "Wie wir von unterrichteter Seite hören, hat Geheimrat *Hugenberg* in den letzten Tagen ein Ultimatum an Hitler gerichtet, die 'wirtschaftsfeindliche' Propaganda, die ein Teil der Nationalsozialisten bisher betrieb, einzustellen und sich ihm mit seiner Partei völlig unterzuordnen. Andernfalls wurde ihm die *Entziehung der Subventionen* angedroht. Diese Aktion wurde unterstützt durch einen Brief des alten Geheimrats *Kirdorf* an Hitler, in dem dieser den 'nationalsozialistischen' Chef aufforderte, die sozialistischen und antikapitalistischen Tendenzen in seiner Partei zu unterdrücken, da diese sonst nicht geeignet für die Eingliederung in die Hugenberg-Front sei. Hitler hat aus pekuniären Rücksichten nachgegeben, nachdem er vergeblich darauf hingewiesen hatte, daß es gerade im Interesse der Wirtschaft liege, wenn er seine Anhänger auch weiterhin durch radikale Propaganda bei der Stange halte. In den nächsten Tagen wird eine Zusammenkunft in Kissingen stattfinden, bei der der neue Pakt unterzeichnet werden soll." Vgl. Vossische Zeitung vom 17.8.1929, "Hitlers Pakt mit Hugenberg".

4 Am 11.8.1929 hatte Hugenberg aus Bad Kissingen ein Schreiben an Hitler über Probleme bei der Formulierung des Volksbegehren und die Vorbereitung der in Nürnberg am 28.8.1929 geplanten Sitzung des Präsidiums des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren gerichtet. Vgl. Notizen über "freundliche" Zusammenarbeit zwischen DNVP und NSDAP; BA, NL 211/72. Am 14.8.1929 folgte ein weiterer Brief, in dem Hugenberg Hitlers Absage wegen dessen Halsentzündung für die geplante Sitzung und die Kundgebung am 1.9.1929 (durch Heß am 13.8.1929) bedauerte, sich aber nicht über den Kurs der NSDAP äußerte; Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, München 1983-1991, 305.00182 ff.

unwahr, daß Geheimrat Hugenberg ein Ultimatum an mich gerichtet hätte, die "wirtschaftsfeindliche" Propaganda, die ein Teil der Nationalsozialisten bisher betrieben haben soll, einzustellen und sich ihm mit meiner Partei völlig unterzuordnen. *Wahr* ist, daß Geheimrat Hugenberg niemals ein Ultimatum irgendwelcher Art an mich gerichtet hat. Es ist unwahr, daß Geheimrat Hugenberg mir mit der "Entziehung der Subventionen" [5] gedroht hätte. *Wahr* ist, daß weder ich noch die nationalsozialistische Bewegung, noch irgendeine Unterorganisation derselben einschließlich ihrer Zeitungen Subventionen von Geheimrat Hugenberg erhalten hat.

Es ist unwahr, daß Geheimrat Kirdorf einen Brief mit der Forderung an mich gerichtet hätte, die "sozialistischen und antikapitalistischen" Tendenzen in meiner Partei zu unterdrücken, da diese sonst nicht geeignet sei für die Angliederung in die Hugenberg-Front. *Wahr* ist, daß Geheimrat Kirdorf *keinen Brief* an mich schrieb, in dem dieser irgendwelche Forderungen gestellt hat [6]. *Unwahr* ist demgemäß auch, daß ich aus pekuniären Rücksichten nachgegeben hätte, nachdem ich vergeblich darauf hingewiesen hätte, daß es gerade im Interesse der Wirtschaft liege, wenn ich meine Anhänger auch weiterhin durch radikale Propaganda bei der Stange halte. *Wahr* ist, daß für mich keinerlei Anlaß vorlag, in irgend etwas "nachzugeben". *Wahr* ist, daß ich keine Äußerungen der vorstehend wiedergegebenen Art getan habe. Es ist *unwahr*, daß in den nächsten Tagen eine *Zusammenkunft* zwischen Geheimrat Hugenberg und mir in Kissingen stattfindet, bei der der "neue Pakt" unterzeichnet werden soll. Wahr ist, daß von der Unterzeichnung irgendeines *Paktes* zwischen Geheimrat Hugenberg oder einem von ihm Beauftragten und mir oder einem von mir Beauftragten *nicht die Rede ist* noch war.

Gegenüber dem Vertreter des Stahlhelms, Siegfried Wagner, hatte Hugenberg die Meldung der Vossischen Zeitung entschieden dementiert. Vgl. "Bericht über Kissingen" an die Bundesleitung des Stahlhelms vom 19.8.1929; GStA Merseburg, 61 Sta 1, 43.

Hitlers Halsentzündung dürfte ein Grund dafür sein, daß er in den folgenden Wochen keine Reden hielt. Vgl. aber auch Dok. 77.

5 Zahlungen der DNVP an die NSDAP oder die Erschließung von Spendenquellen für die NSDAP durch Hugenberg sind angesichts der Zurückhaltung maßgeblicher Kreise der deutschen Industriellen bei der öffentlichen und finanziellen Unterstützung des Volksbegehrens gegen den Young-Plan unwahrscheinlich. Vgl. Berghahn, Volksbegehren, S. 444 f. sowie Turner, Die Großunternehmer, S. 140 f.

6 Der Völkische Beobachter veröffentlichte am 27.8.1929 einen Brief Kirdorfs an Hitler ohne Datum, in dem dieser sich lobend über den Parteitag in Nürnberg äußert, an dem er als geladener Gast teilnahm. Vgl. VB vom 27.8.1929, "Kirdorfs Brief an Hitler". Über Kirdorfs damals distanziertes Verhältnis zur NSDAP vgl. Henry Ashby Turner jr., Emil Kirdorf and the Nazi Party. In: Central European History 1 (1968), S. 324-344, S. 336 f.

31. August 1929 Dok. 69
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 31.8.1929.

Es ist zu allen Zeiten die Aufgabe einer genialen Staatsleitung gewesen, das Gefüge feindlicher Koalitionen zu lockern und dieses, wenn möglich, zur Auflösung zu bringen. Auch im Kriege 1914-1918 fehlte es auf beiden Seiten nicht an Versuchen, die Bündnisse zu sprengen, um einzelne Staaten aus ihnen herauszuziehen oder, wenn möglich, sogar für sich zu gewinnen. Vorbildlich hat hier allerdings nur die Diplomatie der Entente gearbeitet. Schon im Frieden gelang es dieser, Italien dem Dreibund zu entfremden und im Kriege endlich zum Feinde Österreichs zu machen [1]. Auch Rumänien verfiel diesen Lockungen [2]. Ja, als das Ringen in das Stadium des letzten und furchtbarsten Kampfes eintrat, war selbst Österreich schon so weit umgarnt, daß sein korrupter kaiserlicher Machthaber [3] bereit war, Deutschland den Rükken zu kehren, wenn - ja, wenn nur irgendeine Aussicht auf Belohnung dieses Schrittes möglich gewesen wäre [4]. Allein die selbst in diesem Falle Österreich zugedachten Gebietsbeschränkungen waren so große, daß sie praktisch doch die Auflösung des Habsburger-Staates bedeutet haben würden. Italien forderte, Serbien verlangte und Rumänien hoffte, und man konnte die Wünsche dieser drei Staaten billigerweise nicht einfach abtun. Vielleicht hatte man sich durch die Verrätereien der Tschechen bestimmt auch diesen zu irgend etwas verpflichtet, jedenfalls aber konnte es unter solchen Voraussetzungen einen Sonderfrieden aus Gründen der nacktesten Selbsterhaltung heraus für Österreich nicht mehr geben. So mußte also der erlauchte "hohe Verbündete", ob er wollte oder nicht, wieder zur "Treue" zurückkehren. Trotzdem war es der Diplomatie Frankreichs und Englands gelungen, das Gift des Zerwürfnisses und des Zerfalls in den Bund der Mittelmächte hineinzubringen. Es half mit, den Zusammenbruch zu beschleunigen. Selbstverständlich hat man auch von deutscher Seite aus versucht, die Entente zu lockern. Es ist aber bekanntlich dieser Versuch restlos mißlungen [5]. Als der Krieg seinem Ende zuging, stand die Welt mehr denn je im Haß geeint gegen Deutschland. Was uns nun im Kriege nicht gelang, hätte unverrückbare Aufgabe der Diplomatie des Friedens sein müssen. Weil die Entente als solche die Garantie des Vertrages von Versailles [6] übernahm, mußte Deutschland mit allen Mitteln versuchen, eben diese Entente selbst zur Auflösung zu bringen. Im allgemeinen pflegen ja Siegerkoalitionen, ihre militärischen Erfolge selten lang zu überdauern. Wenn dies manchmal trotzdem der Fall ist, liegt die Schuld fast immer am Besiegten selbst. Und tatsächlich hat man in Deutschland sowohl offiziell wie inoffiziell aber

1 Vgl. Dok. 3, Anm. 64.
2 Rumänien hatte sich 1883 dem Dreibund angeschlossen, blieb 1914 zunächst neutral und trat am 27.8.1916 auf Seiten der Alliierten in den Ersten Weltkrieg ein, nachdem ihm der Erwerb des Banats, der Bukowina und Siebenbürgens in Aussicht gestellt worden war.
3 Gemeint ist Karl I. (1887-1922), 1916-1918 Kaiser von Österreich und König von Ungarn (Karl IV.).
4 Vgl. Dok. 35, Anm. 27.
5 Zu den verschiedenen, jedoch vergeblichen Bemühungen Deutschlands, ab 1915 zu einem Sonderfrieden mit Rußland zu kommen, vgl. Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, S. 226 ff.
6 Vgl. Dok. 3, Anm. 56.

auch wirklich nichts unterlassen, was irgendwie geeignet gewesen wäre, den Bestand der Entente zu retten, vorhandene Zwistigkeiten zu überbrücken, Mißverständnisse aufzuklären, Interessengegensätze zu beseitigen. Seit 11 Jahren sieht es die außenpolitische Leitung unseres Reiches als ihre höchste Aufgabe an, dem gegenseitigen Verstehen und Verständnis der Völker zu dienen, Meinungsverschiedenheiten unter denselben entgegenzutreten und die Übereinstimmung in allem und jedem wiederherzustellen. Es ist dies entweder eine Staatskunst der Idiotie oder des Verbrechens. Nicht "Staatsmänner" dürfte man die verantwortlichen Erscheinungen bezeichnen, sondern politische Staatsblödel, außer, wie gesagt, es handelt sich um Verbrecher, was ich persönlich nach wie vor annehme. Aber nicht nur das offizielle Deutschland sieht unser Heil in der in alle Ewigkeit aufrechtzuerhaltenden Geschlossenheit der Entente, sondern auch das unserer sogenannten bürgerlichen nationalen Opposition. Woher käme sonst die Pfiffigkeit, mit der diese Parteien und Vereinsmeier ausgerechnet die Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1914 zu ihrem politischen Programm erhoben haben [7]? Ein Programm, für das ihnen die Franzosen wirklich zu allertiefstem Dank verpflichtet sind. Solange dieses gloriose Ziel das "mächtige politische Wollen" unseres "stolzen deutschen Bürgertums" beherrscht, braucht man in Paris keine Angst vor dem Zerfall der Entente [*zu*] haben. Es mögen der Gegensätze zwischen den anderen Nationen noch so viele sein, die politischen Schlafwandler deutscher Nationalität und bürgerlicher Herkunft sehen sie niemals, und allwo sie solche trotz allem erblicken, haben sie kein Interesse nachzustoßen, um diese Gegensätze etwa zu erweitern oder gar auszunützen, sondern im Gegenteil! Es ärgert sie noch höchstens, daß vielleicht auf diesem Wege etwas erreicht werden könnte, was dann doch nicht das ist, was sie allein zu erreichen wünschen: Nämlich ihr geliebtes Deutschland von 1914.

So krachen jetzt im Haag [8] die natürlichen Interessengegensätze wieder einmal hart aufeinander. Franzosen und Engländer sagen sich alle möglichen Liebenswürdigkeiten. Ein Engländer vertritt ganz ungeniert die Auffassung, daß man nun wirklich hinter den Krieg einen Schlußstrich ziehen müsse, und zwar sowohl in Europa als auch in Amerika [9]. Die deutschen Staatskünstler aber bejammern diese Zerwürfnisse der Weltmächte und sind ersichtlich nur von dem einen Wunsche erfüllt, daß der Herr sie erleuchten möge, die Wege zu finden, um unsere Gegner wieder zusammenzubringen. Die Presse spiegelt ihre Gedanken wider. Würde man in Haag beisammensitzen, um dem deutschen Volke eine Leibrente auszumachen, so könnten die Klagen nicht beweglichere sein über die "Uneinheit" der Großmächte, als sie es sind, während man doch nur zusammensitze, um über einen neuen ungeheuren Aderlaß an unserem Volke zu brüten. Das alles wird der Nachwelt einmal vollkommen unverständlich sein, außer sie hat dann vielleicht Kenntnis bekommen von den inneren Beweggründen, die unsere Novemberstaatsmänner zu ihrer Haltung bewegen. Vielleicht wird auch das einmal geklärt,

7 Vgl. Dok. 3, Anm. 69.

8 Anspielung auf die abschließenden Verhandlungen zur Regelung der deutschen Reparationen und zur Rheinlandräumung, die vom 6.8.1929 bis 31.8.1929 in Den Haag stattfanden.

9 In großer Aufmachung war im Völkischen Beobachter der offene Brief eines angeblichen Hauptmanns i. G. der britischen Luftstreitkräfte, Vivian Stranders, an Premierminister Ramsay MacDonald abgedruckt, in dem von Großbritannien der Bruch mit Frankreich und die Versöhnung mit Deutschland gefordert wurde. Vgl. VB vom 25./26.8.1929, "Ein Engländer fordert Bruch mit Frankreich".

warum die Parteien und Parteimänner, die im Jahre 1918 die Revolution machten, auch hinterher gar nicht anders handeln konnten, als die Interessen unseres Volkes zu verleugnen.

Wer diese himmelschreiende Jämmerlichkeit und Erbärmlichkeit verfolgt, der muß verstehen, daß es die Pflicht aller ehrlichen Deutschen ist zu sinnen, wie man sich gegen diesen konstanten Verrat zu wehren vermag. Es ist das Zeichen eines inneren Fortschrittes, daß sich deshalb Verbände und Parteien, die sonst nur wenig Gemeinsames haben, zusammenfinden konnten, um durch einen Appell an das ganze Volk dieses selbst zum Richter aufzurufen [10]. Und es entspricht wieder nur der traditionellen impertinenten Verlogenheit der Parlamentsgaukler der Demokratie, wenn diese nun darüber zu zetern und zu schreien beginnen. Erst zeterten sie gegen das autokratische Regiment ohne Ministerverantwortlichkeit [11], und jetzt, da sie die perfideste Dummheit zur Diktatur erhoben haben, wird jeder ministerielle Hanswurst mit päpstlicher Unfehlbarkeit gesegnet [12]. Nun wird mit jener Dummdreistigkeit, die diesen Partei- und Parlamentsschwindlern schon von Geburt an zu eigen zu sein scheint, gegen jeden zu Felde gezogen, der den "Geist" der Weimarer Verfassung nicht nur in den Gratis-Festschriften der zu begeisternden höheren Schulklassen gedruckt, sondern auch einmal im praktischen Leben verwirklicht sehen möchte. Und trotz alledem aber wird unser Volk dennoch erwachen!

August 1929 Dok. 70
"Richtlinien für die Untersuchungs- und Schlichtungsausschüsse der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (USchlA)"
Anordnung

Gedruckte Fassung; BA, Slg. Schumacher 373.

I. Zweck der USchlA.

§ 1. Die USchlA haben den Zweck, die gemeinsame Ehre der Partei und die des einzelnen P[*artei*]g[*enossen*] zu wahren, sowie nötigenfalls Meinungsverschiedenheiten einzelner P[*artei*]g[*enosse*]n auf gütlichem Wege auszugleichen.

Ihre Aufgabe ist es:

1. Gegen diejenigen Pgn., deren Benehmen dem richtigen Ehrgefühl und den Anschauungen der N.S.D.A.P. nicht entspricht, auf dem durch gegenwärtige Richtlinien bezeichnetem Wege einzuschreiten und wo es zur Wahrung der Ehre und des Ansehens der Partei nötig, auf die Entfernung unwürdiger Mitglieder aus der Partei anzutragen.
2. die Pgn. von unberechtigten Verdächtigungen ihrer Ehrenhaftigkeit zu reinigen sowie
3. bei Zwistigkeiten von Pgn. einen gütlichen Ausgleich zu erwirken.

10 Gemeint ist das Projekt eines Volksbegehrens gegen den Young-Plan. Vgl. Dok. 50, 51.
11 Vgl. Rauh, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, S. 172 ff.
12 Möglicherweise Anspielung auf das Republikschutzgesetz. Vgl. Dok. 3, Anm. 31.

II. Bildung der USchlA.

§ 2. Zur Bildung eines USchlA sind verpflichtet:

a) die politischen Gliederungen der Partei:

1. die Ortsgruppen von 50 Mitgliedern an. In Ortsgruppen geringerer Stärke, die bereits einen USchlA gebildet haben, bleibt dieser mit Billigung des Ortsgruppen- und Gauleiters bestehen.

2. innerhalb der Bezirke für die unter 50 Mitglieder zählenden Ortsgruppen, falls der Gauleiter diesen USchlA als gemeinsames Organ der kleinen Ortsgruppen wünscht. Der Bezirksleiter hat keinen USchlA und keine Befugnisse gemäß § 4 Abs. 4 der Satzungen.

3. die Gaue.

b) der Deutsche Frauen-Orden [1].

c) die Reichsleitung.

§ 3. Die Ortsgruppen- und Gauleiter schlagen zum Vorsitzenden ihres USchlA einen geeigneten Pg. ihres Wohnsitzes dem Gau bezw. der Reichsleitung zur Ernennung vor. Der Ernannte gewinnt seinerseits 2 Pgn. als Beisitzer, sowie 2 Pgn. als Ersatzmänner, die vom Ortsgruppen- bezw. Gauleiter bestätigt werden.

Der 1. Vorsitzende der Partei [2] ernennt einen Pg. zum Vorsitzenden des USchlA der Reichsleitung und auf dessen Vorschlag zwei Pgn. zu Beisitzern sowie 2 Ersatzmänner.

Die zum USchlA tretenden Pgn. sind bei Antritt ihres Amtes zu unbedingtem Schweigen in Verfahrensangelegenheiten gegenüber jedermann zu verpflichten.

§ 4. Die Vorsitzenden der USchlA dürfen zu keinem anderen Partei-Amt herangezogen werden, (Vorsitzender einer Ortsgruppe oder eines Gaues. Schriftführer, Kassenwart und SA-Führer vom Sturmf[*ührer*] aufwärts).

§ 5. Ortsgruppen- und Gauleiter erbitten etwa nötige Amtsenthebung von Gauleiter bezw. der Reichsleitung.

§ 6. Die Vorsitzenden der übergeordneten USchlA sind in Verfahrensangelegenheiten als Vorgesetzte der untergeordneten USchlA zu betrachten. Der USchlA eines Bezirkes ist keinem USchlA einer Ortsgruppe übergeordnet, vielmehr lediglich als gemeinsamer USchlA schwacher Ortsgruppen zu betrachten.

Die Namen der Angehörigen der USchlA sind der übergeordneten Stelle zu melden und durch diese zum 1. Oktober jeden Jahres beim USchlA der Reichsleitung; Ergänzungsmeldung zum 1. jeden Vierteljahres.

USchlA, deren Namen der Reichsleitung nicht gemeldet sind, werden von der Reichsleitung nicht anerkannt.

---

1 Der 1923 von Elsbeth Zander gegründete und von ihr geleitete Deutsche Frauenorden (seit 1928: Deutscher Frauenorden Rotes Hakenkreuz) wurde im Oktober 1931 als NS-Frauenschaft der NSDAP-Reichsleitung unterstellt. Vgl. Jill Stephenson, The Nazi Organisation of Women, London 1981, S. 28 ff.

2 Hitler.

III. Zuständigkeit der USchlA

§ 7. Zur Beurteilung der USchlA gehören:

a) Alle Handlungen und Unterlassungen von Pgn. die dem richtigen Ehrgefühl und den Anschauungen der N.S.D.A.P. zuwider sind und daher die gemeinsame Ehre der Partei gefährden oder verletzen, auf Antrag und Anklage des jeweiligen politischen Leiters.

b) diejenigen Fälle, in denen Pgn. zum Schutze ihrer eigenen Ehre auf einen Spruch des USchlA antragen.

Handlungen und Unterlassungen von Pgn., die vor deren Eintritt in die Partei liegen, fallen nur insoweit unter die Beurteilung der USchlA, als sie nach Eintritt in die Partei noch fortwirken.

§ 8. Über Handlungen oder Unterlassungen eines einer O.-Gr. angegliederten Pg., deren Tragweite den Rahmen der Ortsgruppe nicht überschreiten, ist vom USchlA der Ortsgruppe zu befinden. Die Entscheidung liegt beim Ortsgruppenleiter.

Handlungen oder Unterlassungen eines unmittelbar dem Gau unterstellten Pg., deren Tragweite den Rahmen des Gaues nicht überschreiten, unterliegen der Beurteilung des USchlA des Gaues. Die Entscheidung liegt beim Gauleiter.

§ 9. Ist eine zur Zuständigkeit des USchlA gehörende Handlung oder Unterlassung zugleich in den Strafgesetzen bedroht und dieserhalb ein gerichtliches Verfahren eingeleitet, so soll der USchlA erst nach dessen Beendigung einschreiten.

Unberührt hievon bleibt die Eröffnung eines gerichtlichen Verfahrens, sobald dieses eine Schädigung der Partei mit sich zu bringen geeignet ist. In diesem Falle bleibt es dem USchlA unbenommen, auf sofortige Entfernung des betreffenden Pg. anzutragen.

Ist gerichtlich auf Freispruch erkannt, so soll ein Verfahren durch den USchlA nur dann eröffnet werden, wenn trotz des Freispruches in dem gerichtlichen Verfahren Tatsachen bekannt werden, die an sich eine Verletzung der Ehre und eine Schädigung der N.S.D.A.P. enthalten.

Ist dagegen eine gerichtliche Verurteilung erfolgt, so hat der USchlA darüber Beschluß zu fassen, ob und in welcher Weise von Seiten der Partei diese Verurteilung zu würdigen ist.

§ 10. Den USchlA sind unterworfen:

A. Pg. und Pginnen, die

1. in Ortsgruppen zusammengefaßt sind, dem der O.Gr. bezw. dem des Bezirkes,

2. als Einzelmitglieder außerhalb von Ortsgruppen wohnen, dem des Gaues,

B. der Sektion Reichsleitung angegliedert sind, dem der R.L.

IV. Verfahren der USchlA.

§ 11. Es ist die vornehmste Pflicht des Vorsitzenden sowie der Beisitzer des USchlA, ihnen zur Behandlung übertragene Zwistigkeiten und Meinungsverschiedenheiten zwischen Pgn. im Wege von Besprechungen auszugleichen und widerstrebende Pgn. zur Einigung zu bewegen.

Mit dieser Aufgabe wächst die Tätigkeit des USchlA zu außerordentlicher Bedeutung, die das ganze Verantwortungsgefühl eines geraden Mannes zu Nutz und Frommen der Bewegung verlangt.

Sind die gütigen Ausgleichsversuche ergebnislos verlaufen, so ist unter Mitteilung an den politischen Leiter das Verfahren zu eröffnen.

§ 12. Findet der politische Leiter, daß Handlungen oder Unterlassungen eines Pg. den Spruch des USchlA erfordern, so hat er ein Verfahren durch den USchlA anzuordnen.

§ 13. Die Vorsitzenden der USchlA sind für den nach gegenwärtigen Richtlinien einzuhaltenden Gang des Verfahrens verantwortlich.

§ 14. Ist die Eröffnung eines Verfahrens angeordnet, so darf es ohne abschließenden Spruch des UschlA nicht wieder eingestellt werden.

§ 15. Mit den nötigen Erhebungen sowie den Zeugenvernehmungen ist vom Vorsitzenden des USchlA im Falle seiner Verhinderung ein Beisitzer zu beauftragen.

Der mit der Untersuchung Beauftragte hat sämtliche an dem Verfahren beteiligte Pgn. zu unbedingtem Stillschweigen gegen jedermann zu verpflichten und sie auf die Folgen des Bruchs des Schweigegebotes hinzuweisen.

§ 16. Der Gang des Verfahrens bis zur Hauptverhandlung ist folgender:

1. Der Anschuldiger hat seine Aussagen unter Angabe von Zeugen schriftlich niederzulegen und zu unterzeichnen.

2. Der Beschuldigte ist mit dem Eröffnungsbeschluß und dem Inhalt der Beschuldigung bekanntzumachen und zur mündlichen Einvernahme vor den USchlA zu laden. (Muster)

3. Die mündliche Einvernahme hat durch den Vorsitzenden des USchlA oder einen Beisitzer unter voller Verantwortung des Vorsitzenden zu erfolgen.

Der Beschuldigte gibt hierbei seine Darstellung zur Beschuldigung unter Angabe seiner Zeugen. Die Aussage ist zu protokollieren und vom Beschuldigten sowie vom Vernehmenden zu unterzeichnen. (Muster)

4. Die Zeugen sind zur mündlichen Einvernahme zu laden. (Muster)

5. Die Einvernahme der Zeugen hat durch den Vorsitzenden des USchlA oder einen Beisitzer unter voller Verantwortung des Vorsitzenden zu erfolgen, ist zu protokollieren und sowohl vom Zeugen, wie vom Vernehmenden zu unterzeichnen. (Muster)

6. Es sind nur Aussagen zur *Sache* zuzulassen, andere zurückzuweisen.

7. Auswärtige Zeugen können zum schriftlichen Bericht aufgefordert werden, sind aber ebenso zur Aussage der Wahrheit zu ermahnen.

8. Ladung der Beteiligten zu der etwa nötigen Hauptverhandlung. (Muster)

§ 17. Die Hauptverhandlung hat im Beisein des gesamten USchlA (Vorsitzenden und 2 Beisitzer) stattzufinden. Außer diesen haben nur die Ersatzbeisitzer als Zuhörer Zutritt. Einer der Beisitzer führt das Protokoll, das am Ende der Verhandlung vom Vorsitzenden sowie den anderen Beisitzern zu unterzeichnen ist. Der Vorsitzende kann mit der Leitung der Verhandlung einen Beisitzer beauftragen.

Mehr als 2 Beisitzer können nicht als befangen erklärt werden.

a) der Gang der Verhandlung ist folgender:

1. Aufruf der Beteiligten,
2. Bekanntgabe der Beschuldigung,
3. Beurlaubung der Zeugen,
4. Vernehmung des Beschuldigten,
5. Vernehmung der Zeugen,
6. Aussage des Beschuldigers,
7. Schlußwort des Beschuldigten,

8. Entlassung der Parteien mit Zeugen,

9. Beschlußfassung des USchlA.

b) In der Beschlußfassung beschließt der USchlA in gemeiner Beratung darüber, welcher Spruch nach § 19 der gegenwärtigen Richtlinien zu fällen ist, daß der mit der Untersuchung beauftragte Pg. zunächst sein Urteil abgibt, danach der andere Beisitzer und der Vorsitzende des USchlA. Der Beschluß ist vom Vorsitzenden und den Beisitzern zu unterzeichnen.

Der Spruch des Vorsitzenden des USchlA ist dem politischen Leiter, möglichst unmittelbar nach der Hauptverhandlung mit eingehender Begründung schriftlich mitzuteilen.

c) Der Beschuldiger ist ebenso wie der Beschuldigte während der ganzen Hauptverhandlung zugegen. Beide können mit Genehmigung des Verhandlungsleiters Fragen an die Zeugen richten.

d) Die Zeugen sind darauf hinzuweisen, daß derjenige, der vor dem USchlA wissentlich die Unwahrheit sagt, unweigerlich auf Grund § 4, Abs. 2 c der Satzungen [3] aus der Partei ausgeschlossen wird.

§ 18. Wird eine mündliche Hauptverhandlung nicht für notwendig erachtet, oder ist sie aus technischen Gründen nicht möglich, so muß dem Beschuldigten Gelegenheit gegeben werden, sich schriftlich

1. zu der Beschuldigung und

2. zu den Zeugenaussagen

zu äußern.

Die Fällung eines Spruches, bezw. die Fassung eines Beschlusses ohne Entgegennahme einer Äußerung des Beschuldigten ist ausgeschlossen.

§ 19. Der Spruch des USchlA kann lauten:

1. Auf Unzuständigkeit, wenn der USchlA der Ansicht ist, daß der Fall sich überhaupt nicht zur Behandlung durch ihn eigne,

a) weil es sich um Privat- und Familienangelegenheiten handelt, die die Partei nicht berühren,

b) aus Gründen einer höheren Parteiraison,

c) weil ein anderer USchlA zuständig sei.

2. Auf Vervollständigung der Untersuchung, wenn der USchlA eine solche, um sich eine bestimmte Überzeugung bilden zu können, für nötig und möglich hält.

3. Auf Freisprechung, wenn der USchlA der Überzeugung ist, daß der dem Angeschuldigten zur Last gelegte Verstoß gegen die Bestimmungen des § 4, Abs. 2 und 3 der Satzung [4] nicht vorliegt.

4. Auf schuldig des Verstoßes gegen § 4, Abs. 3a, b oder c [5] unter Beantragung der Erteilung einer Verwarnung, wenn der USchlA der Überzeugung ist, daß der Angeschuldigte durch das ihm zur Last fallende Verhalten nicht unwürdig geworden ist, in der Partei belassen zu werden.

---

3 Bezieht sich auf die Satzung der NSDAP/NSDAV e. V. vom 22.5.1926. § 4, Abs. 2c sah den Ausschluß von Mitgliedern vor, "die durch ihr sittliches Verhalten im Verein oder in der Allgemeinheit Anstoß erregen oder dadurch den Verein schädigen". Vgl. Bd. I, Dok. 146.

4 § 4 Abs. 2 nennt Satzungsverstöße, nach denen ein Ausschluß zwingend erfolgt, Abs. 3 Verstöße, nach denen ein Ausschluß möglich ist. Vgl. Bd. I, Dok. 146.

5 Vgl. Anm. 4.

5. Auf Schuldig des Verstoßes gegen § 4, Abs. 2a, b oder c oder Abs. 3a, b oder c [6] unter Beantragung des Ausschlusses aus der Partei, wenn der USchlA der Überzeugung ist, daß der Angeschuldigte durch sein Verhalten das Recht verwirkt hat, in der N.S.D.A.P. zu verbleiben.

§ 20. Der politische Leiter hat den Spruch seines USchlA dem Beschuldiger sowie dem Angeschuldigten mitzuteilen und demgemäß zu verfügen. Abschrift der Verfügung geht zum Akt des USchlA.

V. Beschwerdeweg.

§ 21. Gegen den Ausschluß steht dem Ausgeschlossenen nach § 4 der Satzung das Recht der Beschwerde zu [7]. Dieses Recht bleibt jedoch auf diejenigen Ausgeschlossenen beschränkt, die sich im Besitze des Mitgliedsbuches befinden, sowie auf diejenigen, die durch mindestens einjährige Mitgliedschaft sich als Nationalsozialisten bewährt haben.

§ 22. Die Beschwerde gegen einen Ausschluß ist ausschließlich beim Gau einzureichen und vom Gauleiter dem Vorsitzenden seines USchlA zur Prüfung zu überweisen.

§ 23. Die Prüfung der Beschwerde durch den USchlA hat sich darauf zu erstrecken, ob

1. die für die Beschwerde vorgeschriebene Frist von 8 Tagen durch den Ausgeschlossenen eingehalten ist,

2. der durch gegenwärtige Richtlinien vorgeschriebene Verfahrensweg von dem untergeordneten USchlA eingehalten ist,

3. der Ausschluß durch die im Laufe des Verfahrens auf Grund der Zeugenaussagen festgestellten Tatsachen begründet ist.

§ 24. Der Spruch des USchlA der Beschwerde-Instanz nach Prüfung der Beschwerde kann lauten:

1. Die Beschwerde gegen den Ausschluß ist wegen Fristversäumnis abzulehnen (Ausnahmen sind nur in seltenen Fällen zulässig, insbesondere, wenn Versäumnis ausreichend begründet entschuldbar erscheint).

2. Die Prüfung der Beschwerde hat einen Verstoß gegen § 16 bezw. § 17 der Richtlinien für USchlA ergeben. Die Akten werden zur Ergänzung nach § 19 Ziff. 2 zurückgegeben.

3. Der Beschwerde wird stattgegeben. Der USchlA hält auf Grund der Unterlagen § 19, Ziff. 5 nicht für gegeben.

4. Die Beschwerde wird zurückgewiesen. Der USchlA macht sich die Begründung des USchlA der O.Gr. usw. zu eigen.

§ 25. Kommt der USchlA der Beschwerde-Instanz zu der Erkenntnis, nach § 24, Ziff. 1, 3 oder 4, so hat der politische Leiter dies dem Beschwerdeführer schriftlich mitzuteilen.

Jedem Spruch ist, wie dem der ersten Instanz eine ausführliche Begründung beizufügen.

§ 26. Weigert sich ein politischer Leiter, den Spruch seines USchlA zu vollziehen, so steht dem Vorsitzenden des USchlA die Beschwerde an den ihm vorgesetzten USchlA zu. Dieser Beschwerde ist der Akt beizufügen.

---

6 Vgl. Anm. 4.
7 Vgl. Bd. I, Dok. 146.

VI. Besondere Anordnungen für USchlA.

§ 27. Der den Austritt und Ausschluß behandelnde § 4 ist wie folgt zu numerieren [8]:

Abs. 1 endet mit den Worten: "Voll zu bezahlen".

Abs. 2 beginnt: "Mitglieder werden ausgeschlossen" und endet: "den Verein schädigen".

Abs. 3 beginnt: "Mitglieder können ausgeschlossen werden" und endet: "Interesselosigkeit am Verein".

Abs. 3 a will vor allem Mitglieder erfassen, die es unterlassen, ihnen bekanntwerdende ehrenrührige Handlungen oder Unterlassungen eines Mitgliedes sofort dem USchlA oder dem Vorsitzenden zur Prüfung zu melden, die vielmehr unter Umgehung dieser Melde- und Bruch der auferlegten Schweigepflicht begründete oder unbegründete Beschuldigungen gegen Mitglieder herumtragen und zu Redereien und zu Schwätzereien Veranlassungen geben.

Abs. 4 beginnt: "Zur Verfügung" und endet: "Schlichtungsausschuß des Vereins".

Abs. 5 endet mit den Worten: "unterrichtet werden". Abs. 6 lautet: "Der Ausschluß tritt zunächst sofort in Kraft". Die folgenden Sätze werden in gleicher Weise fortlaufend numeriert, sodaß der letzte Absatz 10 lautet: "Das Vermögen der Ortsgruppe fällt in diesem Falle der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zu".

§ 28. Zur Verfügung des Ausschlusses sind nach § 4 Abs. 4 der Satzungen nur die von der Reichsleitung und den Gauleitungen bestätigten politischen Leiter ermächtigt, nicht aber deren Stellvertreter.

§ 29. Die Veröffentlichung eines Ausschlusses in der Presse bedarf der Genehmigung durch die Reichsleitung.

§ 30. Die Richtlinien für Untergliederungen der N.S.D.A.P. vom 15. November [*sic!*] 1928 [9] sind in Ziff. 8 c entsprechend zu berichtigen.

München, August 1929

gez. *Walter Buch* gez. *Adolf Hitler*
Vorsitzender des USchlA R.L.

---

8 Bezieht sich auf die Satzung der NSDAP/NSDAV e. V. vom 22.5.1926. Vgl. Bd. I, Dok. 146.

9 Gemeint sind die "Richtlinien für die Untergliederungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei" vom 15.9.1928. Vgl. Bd. III/1, Dok. 25.
Absatz 8 c lautet: "Weiter wird vom O[*rts*]Gr[*ruppen*]-Führer ein Untersuchungs- und Schlichtungs-Ausschuß aus 3 älteren Pg. (ehrenamtlich) bestellt, der die Streitfälle und Ausschlußanträge innerhalb der Ortsgruppe behandelt. Er ist Beirat des O.Gr.-Führers. Der Vorsitzende des US[chl]A gehört zum erweiterten Vorstand. Für seine Arbeit sind die 'Richtlinien des US[chl]A' maßgebend. Ortsgruppen, die noch nicht im Besitz dieser Richtlinien sind, können diese bei der Hauptgeschäftsstelle anfordern."

2. September 1929 Dok. 71
Schreiben an Alfred Hugenberg

Zitiert nach: Notizen über "freundliche" Zusammenarbeit zwischen DNVP und NSDAP; BA, NL 211/72.

Für das Telegramm von der Kundgebung am Hermannsdenkmal [1] danke ich Ihnen vielmals. Ihrer Mitteilung anläßlich Ihres Aufenthaltes in Oberbayern sehe ich entgegen [2].

Mit deutschem Gruß
Ihr ergebener H[*itler*]

3. September 1929 Dok. 72
"Irrsinnige Subjekte oder beamtete Provokateure"
Aufruf

VB vom 5.9.1929.

Nationalsozialisten! Parteigenossen! Parteigenossinnen!

Eine neue jüdische Pressehetze gegen unsere Bewegung hat eingesetzt.

Nachdem die Behauptungen über *nationalsozialistische Schändungen jüdischer Friedhöfe* als gemachter *Schwindel* entlarvt worden sind, nachdem nunmehr der *Jude Bernhard Weiß,* Vizepolizeipräsident von Berlin, im Prozeß Gregor Straßer als Zeuge unter Eid zugeben mußte, daß er weder dienstlich noch außerdienstlich jemals Kenntnis davon erhalten hätte, daß auch nur *ein Nationalsozialist* an solchen *Friedhofschändungen* beteiligt gewesen sei, ja nachdem durch denselben Zeugen zugegeben werden mußte, daß in *wenigstens einem Falle* als Täter der *Sohn eines Sozialdemokraten* entlarvt wurde, muß nunmehr ein neuer Schwindel herhalten, um gegen unsere Bewegung hetzen zu können [1].

---

1 Am 1.9.1929 wurde vor dem Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald die Propagandakampagne für das deutsche Volksbegehren (Vgl. Dok. 50, 51) durch eine Kundgebung eingeleitet. Auf der Veranstaltung, an der laut Frankfurter Zeitung etwa 2.500 Menschen teilnahmen, sprachen Alfred Hugenberg, Robert Ritter von Xylander und Siegfried Wagner. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 2.9.1929 (MA), "Hugenberg am Hermannsdenkmal" sowie Vossische Zeitung vom 3.9.1929 (PA), "Hugenberg ruft nach dem Schwert".

2 Hugenberg hielt sich Mitte September 1929 in Kreuth auf. Am 14.9.1929 schrieb er an Hitler, daß er ihm seine Vorstellungen "gestern schon mündlich entwickelt" habe. Ob diese Aussage sich auf eine persönliche Begegnung oder ein Telefonat bezieht, ist nicht ermittelt. Zitiert nach: Notizen über "freundliche" Zusammenarbeit zwischen DNVP und NSDAP; BA, NL 211/72. Am 18.9.1929 trafen sich Hitler und Hugenberg in München. Vgl. Friedenthal, Volksbegehren, S. 70.

1 Am 27.8.1929 wurde vor dem Amtsgericht Oranienburg gegen Gregor Straßer in neun Fällen, für die seine Immunität aufgehoben worden war, verhandelt. Wegen nachgewiesener öffentlicher Beleidigung in fünf Fällen und Verstoßes gegen das Republikschutzgesetz in vier Fällen wurde er zu sechs Monaten Gefängnis und

Seit Monaten finden in preußischen Provinzen geheimnisvolle "Attentate" statt [2], deren Täter die im Verfolgen von Nationalsozialisten sonst so findige Polizei eigentümlicherweise nicht zu entdecken vermag.

In den letzten Tagen soll nun eine solche *Bombe am Reichstagsgebäude zu Berlin* explodiert sein [3]. Nicht im Sitzungssaal, ja nicht einmal in einem der Korridore, ja ausgerechnet sogar in der Zeit, in der sich überhaupt keine Abgeordneten im Gebäude befinden, da der Reichstag bekanntlich geschlossen ist! Trotzdem diese ganze mysteriöse Angelegenheit noch nicht im geringsten geklärt erscheint, setzen bereits erneut die Verleumdungen gegen unsere Partei ein.

Wir kennen die irrsinnigen Subjekte nicht, die ihre Hand zu Streichen hergeben, die ebenso verrückt wie schädlich sind. Wir alle wissen aber eines: Wenn diese Attentate wirklich verübt worden sind, dann waren die Täter niemals Nationalsozialisten, im Gegenteil, es können nur Feinde unserer Bewegung gewesen sein!

Vom neuesten Berliner Attentat wird berichtet, daß die Täter, pfiffig wie diese nun einmal zu sein scheinen, in der Form einer Klebemarke an einem Laternenpfahl ihre Visitenkarte zurückgelassen hätten. Auf ihr sei geschrieben gewesen: "Großdeutschland erwache [4]!" Es braucht gar keines weiteren Beweises, um die Augen dorthin zu lenken, wo man sie nach den Erfahrungen der letzten Jahre hinlenken muß. *Es gibt unter uns Nationalsozialisten niemand, der nicht überzeugt ist, daß es sich hier um mit teurem Geld bezahlte Spitzel und Provokateure handelt!* Auch wir sind der Überzeugung, daß alle diese Attentate auf *eine* Wurzel zurückgehen. *Der Zweck dieser Vorgänge wird bewiesen durch die sich daranschließende* [*sic!*] *Hetze der jüdischen Presse.*

Nationalsozialisten! Durch diese Attentate soll die nationalsozialistische Bewegung und damit die ganze Zukunft des deutschen Volkes kompromittiert werden!

Erinnert euch, daß noch vor nicht langer Zeit im Preußischen Landtag gegen die Berliner Polizeidirektion der Vorwurf erhoben wurde, zum Beweise des Vorhandenseins von Femeorganisationen eine Photographie veröffentlicht zu haben, von der sich später herausstellte, daß

---

350 RM Geldstrafe verurteilt. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 28.8.1929 (2. MA), "Der Prozeß gegen den Abgeordneten Straßer", (AA), "Das Urteil gegen den Abgeordneten Straßer" sowie Vossische Zeitung vom 28.8.1929 (PA), "Der hochwertige Teil".
In diesem Prozeß wurde der Vizepolizeipräsident von Berlin, Bernhard Weiß, als Zeuge zur Frage der Schändung jüdischer Friedhöfe vernommen. Vgl. VB vom 4.9.1929, "Zusammenbruch der jüdischen Verleumdungen über nationalsozialistische Friedhofsschändungen".
Zwischen 1923 und September 1929 wurden in Deutschland 75 jüdische Friedhöfe verwüstet. In drei Fällen konnte die Beteiligung rechtsradikaler oder nationalsozialistischer Täter nachgewiesen werden. Vgl. Friedhofsschändungen in Deutschland 1923-1932. Dokumente der politischen und kulturellen Verwilderung unserer Zeit. Zusammengestellt vom Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e. V., Berlin ^{5}1932.

2 Vgl. Dok. 58, Anm. 1.

3 Am 1.9.1929 war zwischen 4.00 und 4.30 Uhr ein Sprengsatz in einem Lichtschacht neben dem Nordportal des Reichstags explodiert und hatte Sachschaden verursacht. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 2.9.1929 (MA), "Bombenattentat im Reichstagsgebäude".

4 Zu diesem Umstand bemerkte z. B. die Vossische Zeitung: "Einen *direkten* Zusammenhang zwischen der nationalsozialistischen Hetze und den Bombenattentaten wird man *nicht* behaupten können, solange man ihn nicht zu *beweisen* vermag." Vgl. Vossische Zeitung vom 3.9.1929 (PA), "Bomben-Anschlag im Reichstag".

sie in der Berliner Polizeidirektion selbst aufgenommen worden und von Polizeibeamten gestellt worden sei [5].

Die Polizeidirektion hat bis heute zu diesem ungeheuerlichen Vorwurf noch nicht Stellung genommen und ihn noch nicht entkräftet!

Wundert euch nicht, wenn sich auch zu diesen neuesten Manövern gegen unsere Bewegung verlumpte Kreaturen finden oder verblendete Idioten, die auf solche Weise mithelfen, Material gegen jene Partei herzustellen, die das jüdische Regiment heute in Deutschland am meisten haßt und am meisten fürchtet.

Nationalsozialisten! Da wir sehen, daß alle diese Taten nur gegen unsere Bewegung ausgenützt werden, sehen wir uns selbst veranlaßt, die Entlarvung dieser verlumpten Provokateure oder Narren mit allen Mitteln zu fördern.

Die Parteileitung setzt deshalb

eine Prämie von 2.000 [*Reichs*]*Mark*

aus zur Belohnung für denjenigen Parteigenossen, der irgendwelche Mitteilungen zu machen in der Lage ist, die zur Fassung dieser Subjekte geeignet sind.

Die Parteileitung setzt

eine Prämie aus in Höhe von 10.000 [*R*]*M*

für denjenigen, der Beweise und Unterlagen dafür liefert, daß diese Attentate von neupreußischen Behörden selbst inszeniert werden!

Nationalsozialisten u. Nationalsozialistinnen!

Sorgt in euren eigenen Reihen unermüdlich für Aufklärung darüber, daß das deutsche Schicksal nicht durch Attentate von Verbrechern oder politischen Idioten geändert wird, sondern nur durch die Organisation eines politischen Nationalwillens, der stark genug ist, dereinst das Regiment des Verbrechens und der Unfähigkeit in Deutschland zu Boden zu zwingen. Nicht in Tumulten oder durch Bombenwerfen entscheidet sich unser Schicksalskampf, sondern nur durch die Kraft einer auf das äußerste disziplinierten großen politischen Massenbewegung. Diese zu schaffen, ist unsere Aufgabe, und wer diese Aufgabe stört, ist unser Feind, weil er sich versündigt, ob gewollt oder ungewollt ist einerlei, an der einzig möglichen Zukunftsentwicklung unseres Volkes.

Kampf den Narren oder bezahlten Provokateuren und Spitzeln, die unseren Gegnern durch ihre Handlungen das Material zur Verfolgung der deutschen Freiheitsbewegung liefern! Ihre Vernichtung ist mehr unser eigenstes Interesse und das Interesse des ganzen deutschen Volkes als das der heutigen "Behörden"!

München, den 3. September 1929.

5 Vgl. Dok. 8, Anm. 9.

7. September 1929 Dok. 73
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 7.9.1929.

So ist das schwere Werk am Ende doch gelungen [1]. Die "Siegerstaaten" sind wieder einig! Budapester Blätter berichten, daß nach Abschluß der entscheidenden Sitzung im Haag "Engländer und Deutsche vor Begeisterung getanzt hätten". Man kann es schon glauben. Die Engländer haben genug Grund hierzu, und die Deutschen, die als "Journalisten" dort ihres Amtes walteten, können ebenfalls zufrieden sein, denn es werden sich nur wenige darunter befunden haben, deren Vorfahren nicht einst schon vor der Bundeslade ihre choreographischen Künste ausgeübt hatten. Vom Herrn Stresemann insbesondere wird gemeldet, daß er mächtig zufrieden sei [2]. Wieder ist er auf den Augenblick dem Unheil entronnen. Der Gute bleibt zunächst noch im auswärtigen Unternehmen. Die Berliner und Frankfurter Presse wird schon das ihre dazu tun, den neuesten Erfolg des Herrn Außenministers gehörig aufzubügeln und in Glanz zu setzen, so daß wenigstens für die nächsten Monate das dumme deutsche Luder geblendet wird. Als Hauptattraktion gilt dabei die "Zusicherung" der Rheinlandräumung bis längstens 30. Juni 1930. Wenn man weiß, wie diese internationale Erpresserbande ihre Verpflichtungen, Zusicherungen, Versprechungen und Verträge bisher gehalten hat, kann man auch auf die Einlösung dieses neuesten Köders genugsam schließen [3]. Es sind doch dieselben Staaten, die einst die 14 Seifenblasen des Herrn Woodrow Wilson [4] vor dem staunenden deutschen Michel in die Luft fliegen ließen und diesen damit auch so verzauberten, daß er der Welt der Wirklichkeit ade sagte, um sich auf den Weg ins Traumland der Völkerversöhnung und des Weltfriedens zu machen. Und gerade diese zugesicherte Rheinlandräumung ist das Wertloseste, was man dem deutschen Volke überhaupt zuzusichern vermochte. Man hebt die Kontrolle über das Rheinland auf und unterwirft dafür das ganze Reich derselben [5]. Ein Riesenerfolg des Herrn Stresemann. Und überhaupt, was bedeutet es, selbst wenn man ein Gebiet uns demnächst gnädig wieder zurückgeben würde, da man doch in der Lage ist, es in jedem Augenblick wieder zu besetzen, wenn sich irgendeine Notwendigkeit hierfür heraustüfteln läßt. Und das wird schnell der Fall sein. Denn Frankreich ist jederzeit in der Lage, bei der von unseren heutigen Machthabern gewollten Wehrlosigkeit unseres Reiches [6] in irgendein ihm zusagendes Grenz-

1 Am 31.8.1929 war der Entwurf der Sachverständigen zur Regelung der Reparationsfrage (vgl. Dok. 41, Anm. 11) von einer politischen Konferenz der beteiligten Staaten in Den Haag (vgl. Dok. 69, Anm. 8) grundsätzlich gebilligt worden. Vgl. Die Entstehung des Youngplans, S. 273 ff.

2 Vgl. Vossische Zeitung vom 4.9.1929 (PA), "Das Kabinett zum Haag".

3 Dieser vereinbarte Räumungstermin wurde von den Alliierten eingehalten. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1930, München 1931, S. 159.

4 Gemeint ist das Friedensprogramm des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika vom 8.1.1918 (Die vierzehn Punkte). Druck: Ursachen und Folgen, Bd. II, S. 374 ff.

5 Vgl. Dok. 50, Anm. 9 sowie Frankfurter Zeitung vom 30.8.1929 (AA), "Der deutsche Erfolg in der Kontrollfrage".

6 Zu den Bemühungen der Reichswehr, die Rüstungsbeschränkungen des Versailler Friedensvertags zu lockern und zu umgehen, vgl. Michael Geyer, Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924-1926, Wiesbaden 1980, S. 119 ff.

gebiet wieder einzurücken, aber Deutschland ist nicht in der Lage, die im Young-Plan übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Für uns Nationalsozialisten hat nun folgende Überlegung entscheidend zu sein: Wenn eine Generation ehr- und charakterlos genug ist, ihre eigene Existenz zu vernichten, dann mag das immer noch ihre Sache sein. Es gibt aber kein Recht, das einer Regierung gestattet, zukünftige Generationen mit früheren Verbrechen zu belasten. Wenn das heutige Deutschland Herrn Stresemann das Recht zugesteht, seine wirtschaftlichen Ergebnisse, die Früchte seines Fleißes, dem Ausland zu verpfänden, dann Schande über dieses heutige Deutschland, aber im übrigen ist dies dann eine Angelegenheit unserer Zeit. Niemand hat aber heute ein Recht, Herrn Stresemann zuzugestehen, Verträge zu unterschreiben, die unser Volk auf Generationen hinaus rund 60 Jahre lang zum Zinssklaven der anderen Welt degradieren [7]. Herr Stresemann hat kein Recht, über das kommende Deutschland zu verfügen. Es fehlt dabei sogar der Grundanspruch, von dem aus man alle diese Forderungen als rechtlich gültig abzuleiten versucht. Das heutige Regierungsdeutschland hat die Lüge der Kriegsschuld einst unterzeichnet [8] und damit zu seiner eigenen gemacht. Wenn das heutige Deutschland aus dieser Lüge heraus nun zu opfern hat, dann mag es sich bei denen bedanken, die die verbrecherische Stirne besaßen, diese infamste Wahrheitsverfälschung aller Zeiten im Interesse ihrer Regiererei anzuerkennen. Aber selbst die Anerkennung dieser Lüge der deutschen Kriegsschuld durch den Novemberstaat gibt kein Anrecht, Generationen mit Erpressungen zu beladen, die auf alle Fälle weder mit der verlogenen [*sic!*] Kriegsschuld, noch mit den Unterzeichnern dieser Lüge etwas zu tun haben. Oder sind etwa die Menschen, die heute in Deutschland geboren werden und dank Herrn Stresemann 60 Jahre Tributsklaven sein werden, auch noch schuld am Kriege? Nein, verdammt noch einmal! Es ist jetzt notwendig, daß das deutsche Volk bis in seine innersten Tiefen gegen diese infame Verschwörung wider sein Lebensrecht aufgewühlt wird. Der Kampf gegen diesen Plan und seine Verfechter und Vertreter soll und wird nicht zur Ruhe kommen. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei wird gegen diese Teufelei den Kampf beginnen, mag sie allein stehen oder Verbündete finden [9]. Wir glauben aber, daß es in Deutschland schwer sein wird, Verteidiger dieses Schandvertrages zu sein, und ich persönlich sehe die Zeit greifbar nahe vor uns, in der niemand mehr etwas wissen will von der Schuld an diesem Vertrag. Bei diesem Siege Stresemanns ist König Pyrrhus Pate gestanden [10]. Seine Journaillien mögen heute tanzen, es kommt die Zeit, in der ihnen ein anderes Deutschland aufpfeifen wird!

Als die Juden sich anschickten zu gründen, was sie bisher noch nie besaßen, nämlich einen eigenen jüdischen Staat, waren wohl ein paar Gedanken dabei bestimmend [11]. Zum einen mochte man hoffen, jener üblen antisemitischen Behauptung, daß die Juden kein staatenbildendes oder gar staatenerhaltendes Volk seien, durch ein geschicktes Mätzchen in den Augen der öffentlichen Meinung das Wasser abzugraben. Wer die öffentliche Meinung kennt, weiß,

---

7 Vgl. Dok. 41, Anm. 11.
8 Vgl. Dok. 28, Anm. 4.
9 Bezieht sich auf das geplante Volksbegehren gegen den Young-Plan. Vgl. Dok. 50, 51.
10 Anspielung auf den unter hohen eigenen Verlusten errungenen Sieg des König Pyrrhus (319-272 v. Chr.) gegen die Römer 279 v. Chr. bei Ausculum, der den Keim zu seiner endgültigen Niederlage in sich trug.
11 Bezieht sich auf den Zionismus. Zu Ursprung und Entwicklung des zionistischen Gedankens in Deutschland vgl. Yehuda Eloni, Zionismus in Deutschland. Von den Anfängen bis 1914, Gerlingen 1987.

daß sie selbst nur wieder von jüdischen Pressefabrikanten inszeniert wird, und dabei die Leichtgläubigkeit und Dummheit des großen Durchschnittes jener Masse in Betracht zieht, die sich so gerne als "souveränes Volk" aufziehen läßt, den nimmt dies nicht wunder. Der verlästerte Jude, nun als braver Bauersmann zu Palästina hinter seinem Pfluge nachgehend, Kamele hütend, Dattelbäume pflanzend usw.; ist das nicht die schönste Widerlegung jener heimtückischen Vorwürfe, daß der Jude nur dem Schacher zugetan und dem Wucher nicht abgeneigt sei? Sie haben es sich etwas kosten lassen, die Schacher- und Wucherjuden der Welt, der Mitmenschheit diese Komödie zu inszenieren. Denn eine Komödie mußte das natürlich vom Anfang an sein. Hätten nämlich die biederen Israeliten wirklich die ehrliche Absicht, ihren bisherigen Ernährungsmethoden zu entsagen und sich das Brot wie andere Leute zu verdienen, so hätte es weitaus bessere Gelegenheiten gegeben, als den steinigen Boden des Jordanlandes durch jüdischen Fleiß in ein Gebiet von Milch und Honig zu verwandeln [12]. Da wurde zum Beispiel Amerika entdeckt, und was in Europa verfolgt ward, wanderte aus und siedelte sich dort drüben an, vom Quäker [13] bis zum Mormonen [14], und begann Wälder auszuroden, Prärien zu bebauen, kurz, den Boden urbar zu machen. Auch das klimatisch anpassungsfähigste Volk hätte dieselben Möglichkeiten gehabt. Dort hätte man den jüdischen Bauern- und Arbeiterstaat vordemonstrieren können. Aber dort sind bekanntlich die Versuche des Judentums, in die Urwaldwildnis vorzustoßen, um mit Sichel und Hammer den Völkern das Beispiel zionistischen Bauernfleißes zu geben, restlos gescheitert. Sie sind über die Großstädte nicht hinausgekommen, die arbeitshungrigen Makkabäer des 19. und 20. Jahrhunderts. Dort in Neuyork [*sic!*] usw. hocken sie nun wie Wanzenkolonien dichtgedrängt aufeinander und haben sich schmerzlich in das von Jehova dem auserwählten Volk nun einmal vorherbestimmte Los gefügt: Sie schieben und schachern und handeln und wuchern genauso wie in der Alten Welt [15]. Aber immerhin, der jüdische Bauer im Jordanlande, den man durch freie Überfahrt und reichliche Geldspenden für diese Theaterrolle gewinnt und abrichtet, tut das Seinige, um manchem bornierten europäischen Spießer die Möglichkeit einer Besserung der jüdischen Völkerparasite doch noch als wahrscheinlich erscheinen zu lassen. Sie glauben allen Ernstes, daß der Blutegel bei liebevoller Belehrung vielleicht doch eines Tages Sauerkohl fressen wird. Zu dem Zweck hat man ihn nach Palästina verpflanzt. Das also war der eine und rein äußerliche Grund, der zweite und in dem Falle wirklich ernstgemeinte ist folgender: Das Judentum besitzt bei seiner heutigen Weltzerstreuung keinen Mittelpunkt, der außer Kontrolle irgendeiner Macht wäre. Das hat Nachteile. Wenn man daher für einen palästinischen Staat mit allen Mitteln eintrat, dann war der letzte Gedanke die Hoffnung, dort ein Territorium gewinnen zu können, das allen anderen Staaten der Welt gegenüber gewissermaßen Exterritorialität besitzt, mithin vor je-

12 Die erste jüdische landwirtschaftliche Kolonie in Palästina wurde 1878 von orthodoxen Siedlern gegründet, weitere, zionistisch geprägte Gründungen folgten. Vgl. Shmuel N. Eisenstadt, Die Transformation der israelischen Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1987, S. 170 ff.

13 Im 17. Jahrhundert in England enstandene Religionsgemeinschaft. 1681 erfolgte in Nordamerika die Gründung des Quäkerstaates Pennsylvania.

14 Anhänger der Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage. 1830 im Staat New York gegründete Religionsgemeinschaft. 1847 erfolgte die Gründung des Mormonenstaates Utah.

15 Zur Berufsstruktur jüdischer Amerikaeinwanderer vgl. Enno Meyer, Die Einwanderung der Juden in das Gebiet der heutigen Vereinigten Staaten von Amerika. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 40 (1989), S. 665-683.

dem Zugriff gesichert erscheint und damit als letzte Zufluchtsstätte angesehen werden kann. Denn wenn das Judentum für seinen Staat Palästina nimmt, kann natürlich kein Mensch im Ernst erwarten, daß plötzlich, wie Anno einst [*sic!*], die ganze Judenschaft mit Weib und Kind und Diebsgewinn sich plötzlich in Marsch setzt, um zum zweitenmal das Rote Meer zurückzuscheuchen [16]. Nein, in Palästina haben sie wirklich keinen Platz. Ein blendender Gedanke das, sich einen eigenen Nationalstaat zu gründen, der es aber schon infolge seiner Größe unmöglich macht, daß sich die ganze Nation dorthin vervölkert [*sic!*]. Und das war natürlich auch nie die Absicht der Jiddenheit [*sic!*], hüben und drüben des Ozeans. Nein, ein international anerkanntes Territorium, groß genug, um die blitzdummen Gois [17] und handarbeitenden Plebejer gefühlsmäßig bemogeln zu können und um eine Freistätte für jüdische Betrüger, Schwindler und Verbrecher zu erhalten. Eines fehlte dem auserwählten Volk schon lange: Eine richtiggehende internationale Hochschule für Völkerbetrug, Revolutionsanzettelung, Rassenvergiftung, Finanzgaunereien und Wirtschaftsspekulationen. Eine Hochschule, in der das auserwählte Volk nur für sich allein ist, sich nur in der Sprache seiner bekannten althebräischen Ehrenmänner unterhält und verständigt und solcher Art unerwünschte Einblicke in die letzte Ausbildung für sein Handwerk verhindert. Es gab im Frieden [18] in Europa einen Staat - ich weiß nicht, ob es auch jetzt noch so ist - da existierten Ortschaften, in denen Alt und Jung als Taschendiebe operierten und diesen Sport in den umliegenden Staaten bei günstigen Gelegenheiten in nützlicher Weise ausübten [19]. Es war nun bekannt, daß diese Gemeinden förmliche Musterschulen unterhielten, in denen die Jugend in eindringlicher und gründlicher Weise für ihren späteren langfingrigen Lebensberuf vor- und ausgebildet wurde. Auch in ungarischen Zigeunerdörfern soll es so etwas gegeben haben. Das war der Gedanke, der ins Große übertragen, den jüdischen Zionsgründern vorschwebte. Eine internationale Hochschule für internationale Völkerbegaunerung. Eine Freistätte für ertappte Verbrecher und eine Universität für werdende. Und doch krankte das ganze jüdische Experiment an einem kleinen Rechenfehler. Hätten sie doch ihren Zionsstaat statt nach Palästina nach Deutschland verlegt, sagen wir nach Bayern. Hätten sie nur statt Jerusalem (angenommen natürlich!) Regensburg oder Eichstätt mit dieser Ehre bedacht, dann wäre vielleicht die Sache besser gegangen. Man kann sich vorstellen, wie der Herr Dompropst Wohlmuth im Lande herumgereist wäre, um die "gutchristlichen", "gutbayrischen" Landeseinwohner zur friedfertigen Unterwürfigkeit zu ermahnen. Wie hätten doch die Führer der Bayerischen Volkspartei in dem Falle unser liebes Volk zur Arbeitsamkeit angehalten und zur Sparsamkeit und zur Genügsamkeit, damit nicht durch das Gebaren der Landesbewohner die jüdischen Staatsbürger unangenehm berührt würden. So hat der Teufel die Juden ausgerechnet nach Palästina gelockt, nach jenem Palästina, allwo unchristliche heidnische Araber und Beduinen hausen, die, wie es eben nur der Teufel wollte, mindest gerade so faul sind wie die zionistischen Staatsbürger selber. Wie soll aber der Jude gedeihen in einem Lande, in dem die Landeseinwohner selbst ebenfalls jeder Arbeit in scheuer Hochachtung weit aus dem Weg gehen? Ja noch mehr, wie soll das auserwählte Volk in einer Ge-

16 Anspielung auf 2. Mose 14, 16-31.
17 Richtig Gojim. Hebräisch: Nichtjuden.
18 Gemeint ist die Zeit vor 1914.
19 Nicht ermittelt.

gend gedeihen, in der ausgerechnet jene Praktiken, die die Stärke des Juden ausmachen, von anderen nicht minder geschickt beherrscht werden? Denn wenn die Araber keine Bauern abgeben, dann geben dafür die Armenier und Griechen um so bessere Händler. Und dazu kommt noch die bösartige, unchristliche Unduldsamkeit, die die Araber beherrscht und sie aufstachelt, sich nicht vom Juden das Fell herunterziehen zu lassen. Das führt so weit, daß, während in Europa ganze Staaten unter ihren bürgerlichen Parteileitungen vor den Juden kuschen und die Landeseinwohner von ihnen auspressen und mißhandeln lassen, dieses arabische Pack sich auflehnt und den jüdischen Völkerparasiten mit Gewalt entgegentreten läßt [20]. So ist nun im Zionslande Blut geflossen, und es ist eine ewige Schande der Menschheit, daß nun weiße Soldaten ihr Blut und ihr Leben opfern müssen im Kampf gegen ein Volk, dessen einziges Verbrechen es nur ist, der jüdischen Völkermade Widerstand entgegengesetzt zu haben. Es ist eine ewige Schande für England, sein germanisches Blut als Soldknechte an den jüdischen Weltvampir zu verkaufen. Begeistert scheint man übrigens von dem Skandal auch in London nicht zu sein. Die mohammedanische Welt ist empört und grollt [21], der vernünftige Engländer ist beschämt, der Tommi [22] aber kann in glühender Hitze darüber nachdenken, was es heißt, Ehrenwache der jüdischen Weltgaunerzentrale abgeben zu müssen.

14. September 1929 — Dok. 74
"Attentate in der Republik"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 14.9.1929.

Soweit die Geschichte uns die Vergangenheit aufhellt, stoßen wir zu allen Zeiten und bei allen Völkern auf das politische Attentat, den politischen Mord [1]. Jedes herrschende System verurteilt ihn, nach oben oder zur Freiheit strebende Kräfte haben ihn aber auch öfter als einmal gepriesen. Ein deutscher Dichter [2] nahm ihn zum Vorwurf für ein großes Freiheitsdrama. Denn die Heldentat eines Tell war in Wirklichkeit ja auch nur ein Mord an der "von Gott gewollten Obrigkeit", bzw. an einem Träger besagter Obrigkeit. Tatsächlich gibt es Fälle, in denen der politische Mord eine solche Verherrlichung auch verdient. Immer wenn ein politisches System

20 Am 15.8.1929 war es in Jerusalem an der Klagemauer zu Zusammenstößen zwischen Moslems und Juden gekommen. Vom 23. bis 25.8.1929 folgten blutige Straßenkämpfe zwischen den Bevölkerungsgruppen. Die Mandatsmacht Großbritannien verhängte das Kriegsrecht. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 453 f.

21 Zum jüdisch-arabischen Verhältnis in der Zwischenkriegszeit vgl. Yosef Gorny, Zionism and The Arabs 1882-1948. A Study of Ideology, Oxford 1987, S. 81 ff.

22 Spitzname der britischen Soldaten.

1 Eine Zusammenstellung der bekanntesten politischen Morde und Attentate der Geschichte findet sich bei: Harry Wilde, Der politische Mord, Bayreuth 1962, S. 341 ff.

2 Friedrich von Schiller.

oder ein anderer Staat ein Volk knebelt, unterdrückt und auspreßt, die geistige und tatsächliche Leitung dieser feindlichen Gewalt sich aber in *einer* überlebensgroßen Person verkörpert, ist es verständlich, wenn aus dem unterdrückten Volk einer zum Mordstahl greift, um den verhaßten Tyrannen zu beseitigen. Wer kann den jungen Württemberger Staps verdammen, der es angesichts der grenzenlosen Not Deutschlands versuchte, einen Napoleon niederzustoßen [3]? Die Tat mißlang, und der Junge büßte es mit seinem Leben. Aber was wäre wohl Europa erspart geblieben, wenn das Schicksal damals anders entschieden hätte? Nur der schuldbewußte kleine republikanische Lump von heute kann den politischen Mord als etwas Verdammungswürdiges an sich bezeichnen. Die Geschichte der Völker zeugt aber gegen ihn und am meisten zeugen gegen ihn die politischen Mordexzesse jener demokratisch-marxistischen Welle, die ihn selbst an seinen heutigen Platz gespült hat. Denn wenn früher der politische Mord im allgemeinen zur Beseitigung verhaßter Unterdrücker diente, dann hat ihn die marxistische Demokratie zu einem Alltagsrequisit umgewandelt, das in unzähligen Fällen zur wirksamen Verstärkung der marxistischen Völkervernichtung herangezogen wurde. Angefangen von den anarchistischen Attentaten bis zum marxistischen Betriebsterror sehen wir eine endlose Folge von politischen Morden, die der Komplex der marxistischen Weltanschauung auf seinem Gewissen hat. Zahllos sind die Mordattentate von Angehörigen der heutigen Regierungsparteien gegen Nationalsozialisten. Allein in den letzten paar Jahren sind über 50 unserer Parteigenossen Mordattentaten dieser Regierungsparteien erlegen [4]. Eine um das vielfach größere Zahl ist mit knapper Not den Anschlägen entgangen oder sie sind mehr oder weniger schwer verwundet worden. Aber auch im Großen schreckte man in diesen Kreisen vor dem politischen Mord nicht zurück. Erinnerlich ist, daß noch während des Krieges einer der prominentesten österreichischen Sozialdemokraten, Friedrich Adler [5], Bruder des damaligen Führers der österreichischen Sozialdemokratie, Viktor Adler [6], den österreichischen Ministerpräsidenten Stürgkh [7]

---

3 Friedrich Staps (1792-1809), Kaufmannsgehilfe aus Erfurt, verübte am 12.10.1809 in Schönbrunn ein Attentat auf Napoleon I.; er wurde am 16.10.1809 hingerichtet. "Es lebe die Freiheit, es lebe Deutschland!" sollen seine letzten Worte gewesen sein.

4 Nach parteieigener Zählung waren zu diesem Zeitpunkt seit 1923 49 Angehörige der NSDAP bei politisch motivierten Auseinandersetzungen ums Leben gekommen. Vgl. Halbmast, S. 22, 29 ff. Zum Gewaltpotential der SA vgl. Dok. 18, Anm. 14.

5 Friedrich Adler (1879-1960), 1902 Dr. phil., 1907-1911 Privatdozent für Physik an der Universität Zürich, Herausgeber von "Der Kampf" (Wien), 1911-1925 Sekretär der Sozialdemokratischen Partei in Wien, 1916 tödliches Attentat auf den österreichischen Ministerpräsidenten Karl Reichsgraf von Stürgkh, 1917 zum Tode verurteilt, zu 18 Jahren Kerkerhaft begnadigt, 1918 amnestiert, 1919-1925 Mitglied des österreichischen Nationalrats (SPÖ), 1919-1934 Herausgeber der "Arbeiterzeitung" (Wien), 1923-1940 Generalsekretär der Internationalen Arbeiter-Internationale, 1939 Emigration in die USA, 1942-1944 Leiter des Austrian Labor Committee.

6 Viktor Adler (1852-1918), Dr. med., 1882 Mitbegründer der deutschnationalen Partei Georg Ritter von Schönerers, 1886 Gründung der Wochenschrift "Gleichheit", 1888 Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei, seit 1889 deren Vorsitzender, 1889 Gründer der "Arbeiter-Zeitung", 1905-1918 Mitglied des Abgeordnetenhauses im österreichischen Reichsrat, 1918 Mitglied der konstituierenden Nationalversammlung, Oktober bis November 1918 Außenminister, trat für den Anschluß an Deutschland ein. *Vater* von Friedrich Adler.

7 Karl Reichsgraf von Stürgkh (1859-1916), Jurist, 1881 Eintritt in den Staatsdienst, 1891-1907 Mitglied des Abgeordnetenhauses im österreichischen Reichsrat (verfassungstreuer Großgrundbesitz), 1909-1911 Unterrichtsminister, 1911-1916 Ministerpräsident von Cisleithanien. Am 21.10.1916 von Friedrich Adler ermordet.

ermordete. Der jüdisch-marxistische Bandit wurde gefaßt, leider dank den Beziehungen der Judenheit zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Schon ein paar Jahre nach dem Attentat war der Mörder wieder frei und wurde endlich Führer der österreichischen Sozialdemokraten. Trotz alledem muß aber zum politischen Mord folgendes gesagt werden: *Es gibt kein Anrecht zu einem politischen Mord, außer es handelt sich um die Beseitigung eines recht- und gesetzwidrigen Tyrannen,* der in seiner überlebensgroßen Erscheinung das gesamte System der Unterdrückung verkörpert. Wenn heute in der Republik Attentate stattfinden, sind sie ebenso dumm und gefährlich wie verbrecherisch. Es war das Bemerkenswerte des Jahres 1918, daß diese Katastrophe nicht das Ergebnis eines genialen Kopfes als vielmehr der übelsten Minderwertigkeit der politischen bürgerlichen Welt war. Es ist ebenso bemerkenswert, daß die November-Revolution bis zum heutigen Tag überhaupt nicht einen einzigen Kopf hervorgebracht hat, von dem dereinst die Geschichte eine besondere Notiz nehmen wird. Lauter politische Filzläuse, kleine Blutzecken, die sich an den Körper der Nation hängen und ansaugen. Die Ehre, von einem Dolch beseitigt zu werden, gebührt Tyrannen von Format, aber keinem der politischen Knirpse, und mögen sie noch so bösartig sein. Wäre einst ein Napoleon beseitigt worden, hätte das Schicksal Europas eine andere Wendung genommen, wenn aber ein republikanischer Regierungshäuptling von jetzt von seinem Geschäft abberufen wird, sind zehn andere beglückt von der Hoffnung, es nunmehr fortführen zu dürfen. Cäsaren sind selten, das Zeug aber, das heute bei uns Geschichte macht, wimmelte zu allen Zeiten in ungezählten Exemplaren im Schlamm der Weltgeschichte herum. *Was heute bei uns beseitigt werden muß, ist nicht ein Kopf - denn der ist bei diesen Leuten gar nicht da -, sondern ein korruptes und verfaultes System. Dagegen aber kämpft man nicht mit Attentaten und Bombenwerfen an.* Das könnte ihnen so passen, auf solchem Wege die eine oder andere Revolutionswanze zum Märtyrer umwandeln zu können. Denn das ist das einzige positive Resultat, das solch ein irrsinniger, dummer und verbrecherischer Streich nach sich ziehen kann. Für den einen Lumpen sind jederzeit zehn mindest gleich große in Reserve. In die staatlichen Büros aber kommt dann ein neues Gratis-Heiligenbild eines marxistischen Märtyrers der Novemberrepublik. Das Schlimmste dabei ist, daß ein paar junge verbohrte Idealisten ihr Leben zu lassen haben, ohne daß der Nation auch nur das Geringste genützt wird. Diese Überzeugung hat die nationalsozialistische Bewegung auch immer davor bewahrt, ihren politischen Massenkampf in die Sphäre von Attentaten hineinziehen zu lassen. Wenn nun heute das Judentum in seiner Presse versucht, die mysteriösen Bombenattentate der letzten Zeit mit Nationalsozialisten in Verbindung zu bringen, dann ist der Zweck durchsichtig und klar. Und gerade diese Hetze muß erst recht wieder jeden Parteigenossen belehren, wie irrsinnig es wäre, das zu tun, was der politische Gegner aus ganzem Herzen wünscht. Über das letzte Bombenattentat am Hause der geistigen Auslese der Nation zu Berlin ist wenig zu sagen [8]. Ein Attentat pflegt meistens einen Zweck zu haben, nämlich die Beseitigung eines verhaßten Gegners. Man könnte vielleicht noch hinzufügen, daß man auch die Demolierung eines verhaßten Bauobjekts als Zweck und Aufgabe eines Attentats ansehen kann. In beiden Fällen mutet einem das besagte Berliner Bombenattentat reichlich komisch an. Um den Reichstag in die Luft zu sprengen, wären immerhin einige tausend Kilo-

8 Vgl. Dok. 72, Anm. 3.

gramm Ekrasitstoffe [9] notwendig. Die Attentäter zu Berlin haben diese Aktion aber in so furchterregender Weise ausgeführt, daß nicht einmal die nebenan tätigen Straßenarbeiter von der Gewalt der Explosion etwas vernommen haben. Nur den groß- und wohlgeformten Ohren des Herrn Polizeipräsidenten Bernhard Weiß war der Donner nicht entgangen. Als der Nationalsozialist Kütemeyer von marxistischen Mördern getötet wurde, hat die Berliner Polizeidirektion nicht einen Pfennig zur Ergreifung der Mörder ausgesetzt [10]. Im Gegenteil, sie ließ erst behaupten, Kütemeyer sei betrunken gewesen und habe sich beim Sturz über das Geländer des Landwehrkanals selbst verletzt. Erst als die gerichtliche Obduktion das Unwahre dieser ganzen Behauptungen bloßlegte, mußte man sich auch am Alexanderplatz [11] dazu verstehen, ein Verbrechen zuzugeben. Als die nationalsozialistische Partei nun von sich aus durch Plakatanschlag tausend Mark Belohnung zur Ergreifung der Täter aussetzte [12], wurde dies von eben derselben Berliner Polizei verboten. Diesmal aber, da im Reichstag, das heißt irgendwo an einer Außenwand irgendeine Pappschachtel verkohlte, wurde das Präsidium rebellisch.

"Ä Pompenattenthät" [*sic!*] zuckte es Bernhard durch den Kopf. Und dann setzte sich der israelitische Cherubim für Ruhe und Ordnung eilends hin und versprach den Häschern Geld zu geben, die die Spuren fänden der üblen Verbrecher. Zehntausend denen, die die Täter ermitteln (denn das ist weniger wichtig), und fünfzehntausend jenen, die Zusammenhänge fänden zwischen diesem und allen "ähnlichen" vorhergegangenen "Attentaten" [13]. Denn das ist für die israelitische Gemeinde das Wichtigere. Man kann neugierig sein, was für ein Monumentalschwindel da eines Tages ans Tageslicht kommen wird. Die Spuren, die man bisher entdeckte, sind vielsagende! Die abgefeimten Verbrecher haben sich zu ihren Schandtaten Uhrwerken von Weckeruhren bedient, die alle gleich sein sollen (der erste Beweis!), weiter verpackten sie die Sachen in Kisten, die auch alle gleich sind und zur leichteren Kenntlichmachung dieser Gleichartigkeit sogar einen gemeinsamen Firmenstempel tragen. (Diese pfiffigen Burschen!) Jehova hat denn auch die Berliner Polizei so sehr erleuchtet, daß sie bereits die Fabrik feststellen konnte, aus der die Kistendeckel stammen. (Zweiter Beweis.) Endlich ließen die raffinierten Verbrecher am Schauplatz ihrer Moritat noch eine Klebemarke zurück, die sie zur leichteren Auffindbarkeit an einen Laternenpfahl pappten und auf der der grausame Spruch stand: "Großdeutschland erwache!" [14] (Dritter Beweis!) Wer zweifelt nun nach solchen Indizien noch länger an der Täterschaft? Uns erinnert jedenfalls die Sache ganz verteufelt an jene berühmte Photographie, die das Berliner Polizeipräsidium einst gegen die "Fememörder" zum Beweis des Vorhandenseins solcher geheimer Blutorganisationen verbreiten ließ, und von der hinterher im Preußischen Landtag besagter Polizeidirektion vorgeworfen wurde, daß sie selbst mit Hilfe von Polizeibeamten diese Schwindelphotographie hätte herstellen lassen. Bis heute ist dieser ungeheuerste Vorwurf einer Dokumentenfälschung noch nicht beantwortet worden [15]. *Was immer für Schwindeleien man aber auch aushecken mag, sie wer-*

---

9 Pikrinsäurehaltiger Sprengstoff.
10 Vgl. Dok. 8, Anm. 7.
11 Sitz des Berliner Polizeipräsidiums.
12 Vgl. VB vom 22.11.1928, "Politischer Mord" sowie Der Angriff vom 26.11.1928, "Politischer Mord".
13 Vgl. Vossische Zeitung vom 3.9.1929 (PA), "Bomben-Anschlag im Reichstag".
14 Vgl. Dok. 72, Anm. 4.
15 Vgl. Dok. 8, Anm. 9.

den die nationalsozialistische Bewegung heute ebensowenig vom Wege der Gesetzmäßigkeit abbringen können, wie sie umgekehrt auch nicht die heutigen Verderber des Reiches vor der einstigen gesetzlichen Bestrafung zu retten vermögen!

21. September 1929 Dok. 75
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 21.9.1929.

Ich habe meine Auffassungen über die "Bomben-Attentäter" schon zur Genüge erläutert und bekanntgegeben [1]. Es gibt auch kaum einen Nationalsozialisten, der glaubt, mit ein paar Anschlägen das politische Ungeziefer, das unser Vaterland verwüstet, erledigen, ja auch nur schädigen zu können. Nur Dummköpfe, Narren oder Verbrecher können glauben, auf diesem Wege eine Besserung herbeizuführen. Frägt man sich ernstlich, wem diese Attentate schaden können oder schaden sollen, dann braucht man nur einen Blick in den jüdischen Blätterwald zu tun, und man weiß, von woher der Wind pfeift. Sollte hier auf einmal nicht jene altrömische Weisheit gelten, daß die Verbrechen zumeist nur von jenen verübt werden, denen sie Nutzen zu bringen bestimmt sind [2]? Als der jüdische Spektakel über die Friedhofschändungen einsetzte und damit die Verdächtigungen der nationalsozialistischen Partei anhuben, waren wir alle keine Sekunde im Zweifel, daß erstens: kein Nationalsozialist mit so einem Blödsinn etwas zu tun hat, und daß zweitens: die wahren Täter allem Augenschein nach nur die empörten Schreier selbst sein könnten [3]. Mit welcher Skrupellosigkeit man dabei vorging, beleuchtet die Tatsache, daß der Herr Vizepolizeipräsident Weiß (Bernhard!) in einem von ihm herausgegebenen Buch unter Vorzeigung einer Photographie behauptet, daß die Nationalsozialisten den jüdischen Friedhof in Erfurt geschändet hätten [4]. Dieser ganzselbige [*sic!*] Herr Vizepolizeipräsident Weiß (Bernhard!) steht nun im Gerichtssaal und muß endlich - von unserem Parteigenossen Straßer in die Enge getrieben - zugeben, daß er weder dienstlich noch außerdienstlich jemals etwas gehört habe, daß Nationalsozialisten an einer Friedhofschändung auch nur beteiligt gewesen seien [5]. Das heißt, der Herr Vizepolizeipräsident Bernhard Weiß gibt unter Eid zu, daß der Herr Vizepolizeipräsident Bernhard Weiß in einem Buche unwahre Behauptungen aufgestellt hat. Oder, der Herr Vizepolizeipräsident Weiß hätte sonst - wenn dies nicht

---

1 Vgl. Dok. 58, 72, 74.
2 "Cui bono?" - Wem nützt es? Nach Marcus Tullius Cicero ein Ausspruch des Konsuls Lucius Cassius Longinus Ravilla (127 v. Chr.).
3 Vgl. Dok. 72, Anm. 1.
4 Die Bildunterschrift lautet: "Verwüstungen auf dem jüdischen Friedhof zu Erfurt durch Nationalsozialisten." Vgl. Bernhard Weiß, Polizei und Politik, Berlin 1928, S. 89 f., Abb. 86.
Auf dem jüdischen Friedhof Erfurt wurden am 12./13.3.1926 95 Grabdenkmäler zerstört. Die rechtsradikalen Täter wurden zu Strafen zwischen 18 und 36 Monaten Haft verurteilt. Vgl. Friedhofsschändungen, S. 7.
5 Vgl. Anm. 3.

zuträfe - einen Falscheid geleistet. So wie beim jüdischen Friedhofschwindel vom ersten Augenblick an sofort gesagt werden konnte, wer die Lumpen gewesen sind und wer die Anstifter waren, so kann man auch bei der mysteriösen Bomben-Affäre nach ganz demselben altrömischen Grundsatz verfahren. Wem nützen sie? Oder wem sollen sie nützen? Ich zweifle nicht daran, daß irgendein verbohrter, politisch unaufgeklärter Fanatiker in seiner Wut und Empörung über die allgemeinen skandalösen Zustände das innere Gleichgewicht verlieren und beim Verbrechen landen kann. Wäre das auch ein Wunder in einem Staat, in dem jährlich 17.000 bis 20.000 Menschen infolge des Fehlens jeder Lebensmöglichkeit, ja, des letzten Stückchens Brot, sich selbst umbringen müssen [6]? Wäre es zu verwundern, wenn in einem solche Lande der eine oder der andere, der entweder alles durch diesen Staat verloren hat, oder der sehen muß, wie er durch den Staat alles verlieren wird, ehe er selbst den Gifthahn aufdreht, sich an den Verderbern und Vernichtern seiner Existenz, ja seines Lebens, zu rächen versucht? Nein, unsere heutigen Regierungen schaffen durch die Art und den Inhalt ihres Regierens selbst die Atmosphäre, aus der solche verbrecherische Handlungen herauszuwachsen vermögen. Erst vor ein paar Tagen ging eine ganz kleine Notiz durch die Zeitungen, die natürlich das verlumpte politische Gesindel unseres offiziellen Parteilebens nicht im geringsten berührt haben wird, da es sich ja nicht um einen aufgefetteten Bonzen dieser Volksbetrugsvereinigungen, sondern um einen ordinären Staatsbürgertrottel handelt, der glücklich zu sein hat oder hatte, in dieser Republik überhaupt leben zu dürfen. Im Walde fand man einen alten Mann verhungert auf. Es war ein Lehrer, Privatlehrer, der keine Arbeit mehr finden konnte, dem die soziale Republik aber auch selbstverständlich jede Unterstützung verweigerte und der nun heruntersank, immer tiefer ins Elend hinein, bis er endlich seine letzte Nahrung sich in Gestalt von Beeren im Walde pflückte. Nun, da auch dieses ein Ende nahm, ist der Alte selig im Frieden verhungert und entschlafen [7]. Eine glorreiche Republik, so etwas, in der sich solche Fälle zu Zehntausenden und aber Zehntausenden immer wieder wiederholen. Hätten die politischen Komödianten nur einen Teil der Gelder, die sie der Göttin der Korruption opferten und opfern, verwendet, um wenigstens im Ärgsten zu helfen, dann würde manches unüberlegte Handeln todsicher ausgeblieben sein. Wenn man aber zusehen muß, wie in diesem Staat auf der einen Seite mit dem Gelde auf das Unvernünftigste geaast wird, für Empfänge, Diners und ähnliche Festfuttereien im ganzen Reiche, in Kommunen und Ländern alljährlich ungezählte Millionen verkitscht [*sic!*] werden, und wenn man auf der anderen Seite dann die brutale und rücksichtslose Eintreibung der Steuergroschen erwägt, aus denen sich diese Millionen zusammensetzen, dann kann man schon verstehen, daß dem einen oder dem anderen die Wut die Sinne raubt und die Vernunft ihn verläßt. Das Allerschlimmste aber ist, daß dies dann nur die blinden Werkzeuge jener sind, die als Drahtzieher solche Exzesse brauchen. Denn das Regiment der heutigen Mißwirtschaft hätte es schwer, sich im Sattel zu halten, wenn es nicht durch solche Vorgänge von Zeit zu Zeit die Rolle eines Schützers der Gesetze und Bestrafers der Verbrechen spielen könnte. Ist es aber nicht komisch, wenn ausgerechnet jene politischen Komödianten, die ihre weltgeschichtliche Rolle nur der Bombe und dem Attentat verdanken, nun plötzlich in Ruhe und Ordnung heucheln? Ist es nicht eine bodenlose aber echt jüdische Unverschämtheit, wenn

6 Vgl. Dok. 7, Anm. 33.
7 Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 14.9.1929, "Verhungert!"

dasselbe Lumpenpack von politischem Führertum, das durch den infamsten, heimtückischsten und unanständigsten Staatsputsch aller Zeiten [8] ans Ruder kam, nun auf einmal gegen Putsche wettert und für friedliche demokratische Entwicklung eintritt? Oder, was ist denn die Bombe, diese Pappschachtel, die dieser Idiot, dieser mysteriöse Idiot oder möglicherweise auch nüchterne Verbrecher, an den Deutschen Reichstag gelegt hat, gegenüber der Bombe, die im Jahre 1918 in das Deutsche Reich hineingeschleudert wurde? Sie haben es verdammt notwendig, die Hüter der Gesetze zu spielen, diese Gesetzesverächter aus Tradition und Überzeugung. Es wird einmal ein nationalsozialistischer Staat kommen, und wir wollen nur jetzt schon hoffen, daß sie sich für die dann geltenden Gesetze ebenfalls so gewaltig erwärmen und einsetzen und sie so beachten, wie sie es bei den heutigen wünschen. Und daß sie dann jede Gesetzesverletzung ebenso nachdrücklich verurteilen, mißbilligen und ablehnen, wie sie uns dies zur Zeit so schön vormachen können. Und wir wollen dann weiter erwarten, daß ihre Achtung vor der "von Gott eingesetzten Obrigkeit" dann keine minder große sein möge, als sie heute es vor ihrer eigenen Obrigkeit erwarten. Wir werden sehr neugierig sein, ob das klassische Mordgesindel der Bombenschmeißer und Attentäter nicht dann wieder in seine wirklich innere Natur zurückverfallen wird und eines Tages, so wie sie es in Italien gegen den Faschismus versuchten [9], in einem kommenden Reich auch in Deutschland wieder versuchen werden. Heute kommen uns die läppischen Attentate als für die Herrschaften so unheimlich günstig vor, daß die Neugierde nach den wirklichen Hintermännern bei uns eine brennende ist. Wer sind die Hintermänner? Jahrzehntelang war es ein beliebtes Mittel sozialdemokratischer Redaktionen, Schandtaten ihrer Partei Lockspitzeln in die Schuhe zu schieben. Der "Agent provocateur" [10] wurde in diesen Kreisen so oft zitiert und als Teufel an die Wand gemalt, daß es schon mit dem Teufel zugehen müßte, wenn die Herren darauf plötzlich jetzt auf einmal so ganz vergessen hätten [*sic!*]. Sie haben sich früher mit dieser Sache so viel theoretisch beschäftigt, daß sie möglicherweise immerhin auch praktisch etwas davon verstehen könnten. Der unvermeidliche Jude ist ohnehin auch bei dieser Sache dabei. Selbst der sozialdemokratischen "Münchener Post" wurde plötzlich die Erkenntnis, daß es sich bei Herrn Salinger [11] um einen "rassereinen Juden" handeln dürfte [12]. Diese plötzliche Rasse-Erkenntnis haben wir schon lange. Und ich bin nun einmal überzeugt, daß jede Sache, in der ein Jude seine Pfoten hat, faul ist, überfaul. Gott weiß, wie viele Fragen dazu zu stellen wären! Wer verkehrt mit dem Salinger? Wo verkehrt der Salinger? Wer ist der Herr Polizeihauptmann (angeblich a. D.) [13]? Was sind da für

8 Gemeint ist die Revolution im November 1918.

9 Bezieht sich auf die Attentate auf Mussolini, die zum Vorwand dienten, alle innenpolitischen Gegner auszuschalten. Vgl. Dok. 3, Anm. 63.

10 Lockspitzel.

11 Hans Dietrich Salinger (geb. 1899), 1923 Dr. jur. et rer. pol., Syndikus der Gesamtvereinigung der Weiß- und Schwarzblech verarbeitenden Industrie, September 1929 vorübergehend wegen des Verdachts der Beteiligung an den Bombenattentaten in Haft.

12 Die sozialdemokratische Münchener Post meldete, daß einer der Hauptverdächtigen "bei einem reinrassigen Juden namens Dr. *Salinger* verhaftet worden" sei. Vgl. Münchener Post vom 16.9.1929, "Bilder aus dem nationalanarchistischen Verbrecheralbum".

13 Gemeint ist Hans Nickels (geb. 1890), 1909 Einjährig Freiwilliger, 1914 Leutnant d. R., 1918 als Hauptmann entlassen, 1919/20 Angehöriger des Grenzschutz Ost, 1921 Eintritt in die Abstimmungspolizei in Ober-

Hintermänner vorhanden? Was ist das für eine Verwandtschaft bei den Salinger? Ist da sonst noch irgendeine Mischpoke [14] dabei? Überhaupt mehr Nachforschungen in der Richtung der Salinger, Herr Vizepolizeipräsident Weiß! Das müßte Ihnen doch auch viel mehr liegen. Hier könnten Ihnen vielleicht auch Ihre eigenen verwandtschaftlichen Beziehungen wertvolle Fingerzeige geben, sintemalen Sie doch, wenn auch vielleicht nicht mehr zu den religiösen, aber doch zumindest zu den reinrassigen Juden gehören, wie Ihr Münchener Partei-Organ so tapfer feststellt. Aber was tut die Berliner Polizei? Sie verhaftet und enthaftet, bricht Schreibtische auf, schnüffelt alles durch und durch, entdeckt Höllenmaschinen, Fabriken zu ihrer Erzeugung, und landet endlich dabei, daß man einen Parfümladen für ein Pulvermagazin und eine alte, ausgediente Weckeruhr für eine Brandgranate ansieht [15]. Granatenkenntnis Note 5, Herr Bernhard!

Allerdings, die Hauptsache ist ja nur, daß die Judenpresse etwas zum Hetzen hat, der Staat als in Gefahr befindlich erscheint, und das Volk dadurch so in Atem gehalten wird, daß man im Young-Diktat dem dummen deutschen Michel neuerdings 130 Milliarden abzapfen kann [16]. Denn darauf läuft es hinaus.

25. September 1929 Dok. 76
Anordnung

VB vom 25.9.1929, "Bekanntmachung".

Pg. Fritz *Härtl* [1], Düsseldorf, hat um die Enthebung von seinem Posten als Leiter des Bezirks Bergisch-Land-Niederrhein [2] gebeten. Ich komme diesem Wunsche nach und danke dem Pg. Härtl für die in seiner Amtsführung geleisteten Dienste [3].

---

schlesien, 1922/23 Arbeiter im Ruhrgebiet, 1923-1927 Mitglied der DVFP, 1923-1928 Leiter des "Frontkämpferbundes Westküste" von Norderdithmarschen, 1928 Mitglied der "Wachvereinigung für Stadt und Land", am 10.9.1929 wegen Beteiligung an den Bombenanschlägen festgenommen.

14 Jiddisch: Abschätzig für Verwandtschaft.

15 Anspielung auf vermeintliche Fahndungsfehler der Polizei. Vgl. VB vom 8./9.9.1929, "Nationalsozialisten! Versteckt Eure Weckeruhren", vom 14.9.1929, "Die grundlose Verhaftung der nationalsozialistischen Redakteure". Zu den Polizeimaßnahmen zur Ergreifung der Attentäter vgl. Stoltenberg, Politische Strömungen, S. 138.

16 Vgl. Dok. 41, Anm. 11.

1 Fritz Härtl (geb. 1892), Kaufmann, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1928/29 Gauleiter des Gaues Düsseldorf (Bezirk Bergisch-Land/Niederrhein), 1933 Gauschatzmeister der NSDAP im Gau Magdeburg-Anhalt, 1938 Beauftragter des Reichsschatzmeisters für die Finanz- und Parteiverwaltung in München.

2 Am 3.9.1928 war der Gau Ruhr in den ehemals selbständigen Gau Westfalen und die selbständigen, unmittelbar der Reichsleitung unterstellten Bezirke Essen und Bergisch-Land/Niederrhein geteilt worden (vgl. Bd. III/1, Dok. 16, 19).

3 Im Bezirk Bergisch-Land/Niederrhein war es seit dem Winter 1928/29 zwischen dem Bezirksleiter und dem Kreisleiter Willi Burath zu Kompetenzstreitigkeiten um die Gründung neuer Ortsgruppen und die Listenplätze für die Wahl zum rheinischen Provinziallandtag gekommen. Im Mai 1929 trat Härtl zurück, weil er aus beruflichen Gründen Düsseldorf verließ. Härtl hatte Florian als Nachfolger vorgeschlagen. Bis zu dessen offizieller

Mit der Leitung des Bezirks Bergisch-Land-Niederrhein wird Pg. Friedrich Karl *Florian* [4] in Buer (Westfalen), Westerholterstraße 100, beauftragt.

gez. *Adolf Hitler*

25. September 1929 Dok. 77
Schreiben an Robert Ley [1]

Westdeutscher Beobachter vom 13.10.1929, "Adolf Hitler an Dr. Ley!".

Geehrter, lieber Herr Doktor!

Es ist mir leider infolge großer Überlastung und Überarbeitung, die durch die gegenwärtige politische Hochspannung des Volksbegehrens [2], Bombenhetze [3] usw. bedingt sind, augenblicklich gänzlich unmöglich, irgendwo zu sprechen. Ich kann deshalb beim besten Willen in Köln keine Versammlung abhalten. Sowie es mir die Zeit erlaubt und ich in öffentlichen Versammlungen spreche, wird Köln einer der ersten Orte sein, die ich dann besuche.

Deutscher Gruß!
Ihr
Adolf Hitler

Einsetzung durch die Reichsleitung der NSDAP fungierte Hans Franzes als provisorischer Bezirksleiter. Vgl. Volker Franke, Der Aufstieg der NSDAP in Düsseldorf. Die nationalsozialistische Basis in einer katholischen Großstadt, Essen 1987, S. 120 ff.

4 Friedrich Karl Florian (1894-1974), 1920 Mitglied des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, 1925 Gründer der NSDAP-Ortsgruppe in Buer, 1927 Stadtverordneter der NSDAP in Buer, 1929 Leiter des Bezirks Bergisch-Land-Niederrhein der NSDAP, 1930 MdR (NSDAP), 1933 preußischer Staatsrat.

1 Robert Ley (1890-1945), Lebensmittelchemiker, 1920 Dr. phil., 1921-1928 Chemiker bei IG-Farben Leverkusen, 1924 Eintritt in die NSFB, 1925 Übertritt zur NSDAP, 1925-1931 Gauleiter des Gaues Rheinland-Süd (ab 1926: Gau Rheinland), 1928-1932 MdL in Preußen (NSDAP), 1930-1933 MdR, 1931 Reichsorganisationsinspekteur in der Reichsleitung der NSDAP, Dezember 1932 nach Rücktritt Gregor Straßers Reichsorganisationsleiter der NSDAP, 1933 Präsident des Preußischen Staatsrats, 1933-1945 Leiter der Deutschen Arbeitsfront (DAF), 1945 Selbstmord.

2 Vgl. Dok. 50, 51. Am 10.9.1929 war der Entwurf für das "Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes" veröffentlicht und am 28.9.1929 der Zulassungsantrag dem Reichsministerium des Innern übergeben worden. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 174 f. Vgl. Berghahn, Volksbegehren, S. 239 ff.

3 Vgl. Dok. 58, Anm. 1.

28. September 1929 Dok. 78
"Tankrüstung im Zeichen der Abrüstung. Wehrpolitische Betrachtung"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 28.9.1929.

Im Jahre 1911 reichte der österreichische Oberleutnant *Burstyn* [1] beim Kriegsministerium in Wien die Pläne für einen neuartigen Panzerwagen ein, der sich von früheren Konstruktionen dadurch unterschied, daß die Fortbewegung nicht mehr durch Räder, sondern Raupenketten erfolgen sollte. Es war der erste Tank. Wohl existierten in Amerika schon vordem Raupenfahrzeuge, allein sie dienten nur friedlichen Zwecken (zum Transport von Holz!), und waren ebenso unvollendet wie vereinzelt. Der Entwurf von Burstyn eilte seiner Zeit weit voran. Er wurde deshalb, wie dies nun einmal noch immer so gewesen zu sein scheint, von den "Sachverständigen", in dem Falle von den militärischen, als eine vollkommen unsinnige und verrückte Idee abgelehnt [2].

Es läßt sich kaum ausdenken, welchen Eindruck es im Jahre 1914 erzeugt hätte, wenn die Mittelmächte plötzlich mit einer so neuen Waffe auf den Kriegsschauplätzen erschienen wären.

Was die militärischen "Sachverständigen" in Wien und Berlin als wertlos, ja verrückt ansahen, wurde von den Engländern im Weltkrieg angewendet. Die dort von 1915 auf 1916 gebauten Raupenpanzerfahrzeuge gleichen auf das Haar den von Burstyn seinerzeit vorgelegten Entwürfen. Um ihre Geheimhaltung zu ermöglichen, nannte man sie einfach "Tanks". In der Sommeschlacht traten sie zum erstenmal in Erscheinung [3]. Der Eindruck, den die grauen, Gräben und Granatentrichter überkletternden Ungetüme auf den durch Trommelfeuer bereits zermürbten Soldaten ausübten, war ein um so verhängnisvollerer, als diesem eine wirksame Abwehrwaffe nicht zur Verfügung stand. Nun wiederholt sich zum zweitenmal der in einem Mangel an technischen Fähigkeiten und technischer Einsicht begründete Standpunkt der militärischen "Autoritäten". Man glaubt einer vollständig neuen Angriffswaffe mit für ganz andere Zwecke beschaffenen und daher nur höchst bedingt wirksamen Abwehrwaffen entgegentreten zu können. Daß man nach modernen Flugzeugen nicht mit gewöhnlichen Haubitzen zu schießen vermag, war langsam klargeworden [4]. Allein, daß man einen modernen Tank ebensowenig mit für ganz andere Aufgaben bestimmten Kampfwaffen vernichten kann, leider nicht. Es offenbart sich hier eine Mißachtung der Technik, die sich später entsetzlich gerächt hat. Es

---

1 Gunther Burstyn (1879-1945), Techniker, 1906-1908 Dienst beim österreichisch-ungarischen Geniestab, 1910 Leutnant beim Eisenbahn- und Telegrafenregiment, 1911 Entwurf des ersten geländegängigen mit drehbarem Geschützturm ausgerüsteten Kampfwagens, 1914-1918 Eisenbahntruppe, 1918 Major, 1918-1934 Dienst im Bundesheer.

2 Vgl. O. Regele, Der Erfinder der Kampfwagen (Tanks). In: Militär Wochenblatt Nr. 38/1927, S. 1402-1403.

3 Im September 1916.

4 Als einzige europäische Armee verfügte das deutsche Heer bei Kriegsbeginn 1914 über sechs einsatzbereite, auf Kraftwagen montierte Flugabwehrgeschütze, deren Zahl noch im ersten Kriegsjahr auf 100 erhöht wurde. Gegen Kriegsende waren etwa 2.500 Flugabwehrgeschütze im Dienst, allerdings rund die Hälfte davon Behelfskonstruktionen. Vgl. Karl Köhler, Organisationsgeschichte der Luftwaffe von den Anfängen bis 1918. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Bd. 3/V, S. 292 f.

war dabei noch ein Glück, daß die Engländer die neue Kampfwaffe ungefähr genauso verzettelt und daher unzweckmäßig einsetzten, wie wir Deutsche es mit ähnlichen Waffen ebenfalls getan haben (z. B. Gas [5]!). Dadurch konnte sich noch langsam mit den vorhandenen Waffen eine wenn auch unbefriedigende Abwehr einrichten lassen. Erst am 20. November 1917 erfolgte vor Cambrai der erste massierte Einsatz dieser neuen, beweglichen Angriffs-Waffe [6]. Wenn es auch nun gelang, einen Durchbruch zu verhüten, so lag dies weniger an der Wirksamkeit der deutschen Abwehrwaffen als an der Unfähigkeit der Engländer, den errungenen Erfolg augenblicklich auszunützen und den Durchbruch zu einer großen Operation zu erweitern. Im Laufe dieser Kämpfe wurden zahlreiche englische Tanks "erlegt". Teils durch Artilleriefeuer vorgezogener Geschütze sowie durch einzelne Flakbatterien, teils aber auch durch geballte Handgranatenladungen, teils endlich durch Minenwerfer, ja selbst durch einzelne kühne Schützen, denen es gelang, auf Tanks zu springen und die nun durch Beobachtungslücken mit Pistolenschüssen die Besatzung zur Aufgabe ihres stählernen Kampfwagens zwangen. Aus dem Zusammenbruch dieser englischen Aktion folgerte man aber leider erst recht, daß der Soldat mit "gesunden Nerven", mit "Mannesmut" und "Kühnheit" dem Tank auch mit den bisherigen Waffen jederzeit erfolgreich entgegentreten könne. Es kam jener unglückselige Befehl heraus, daß die "beste Waffe gegen den Tank die moralischen Qualitäten des Verteidigers seien" [7]. Ein unglückseliger Befehl deshalb, weil er ohne jede Ahnung von dem wirklichen Verlauf eines Tankangriffs und den Eindrücken eines solchen auf den Soldaten diktiert war. Nicht nur, daß jeder solche Angriff eine bereits durch schweres Trommelfeuer [8] in ihren Nerven übermäßig beanspruchte Verteidigung traf, war der einzelne Soldat außerdem noch gelähmt von der Überzeugung, daß die vorhandenen Kampfwaffen effektiv tatsächlich für die Niederkämpfung eines Tanks wirkungslos waren. Wann waren geballte Handgranatenladungen überhaupt noch möglich? Wer konnte sie den allmählich immer schneller fahrenden Tanks unter die Ketten legen? Und überhaupt, wie war an eine solche Waffe noch heranzukommen, die im Besitz von Flammenwerfern schon auf 30 und 40 Meter jedes Granatloch ausräuchern konnte, selbst aber gegen Maschinengewehrfeuer und Gewehrfeuer vollkommen unempfindlich blieb? Würde nur ein einziges Mal einer der verantwortlichen Führer einen Tankangriff in vorderster Front unter den Bedingungen, denen der einzelne Soldat unterworfen war, mitgemacht haben, dann wäre vermutlich der Gedanke, daß man einen gepanzerten Reiter auch mit dem Pfropfen eines Luftgewehres abschießen könne, augenblicklich

5 Großflächig wurde Giftgas erstmalig Ende April, Anfang Mai 1915 eingesetzt, als Teile der deutschen 4. Armee unter dem Kommando von Generaloberst Albrecht Herzog von Württemberg vergebens versuchten, Ypern einzunehmen.

6 An der als ruhiger Abschnitt geltenden Front bei Cambrai setzte die britische Armee am 20.11.1917 erstmals geschlossen etwa 400 Panzer zum Durchbruch durch die deutschen Linien ein. Das Überraschungsmoment sowie der Mangel an Abwehrmitteln und an Artilleriemunition auf deutscher Seite führten zu einem großen Anfangserfolg, der bis Anfang Dezember durch einen deutschen Gegenangriff wieder zunichte gemacht wurde.

7 Bereits die ersten Angriffe britischer Panzerkampfwagen ließen zwar dem preußischen Kriegsministerium die Entwicklung geeigneter Abwehrwaffen als dringlich erscheinen, diese wurde jedoch aufgrund anfänglicher Abwehrerfolge vernachlässigt. Vgl. Heinz-Ludger Borgert, Grundzüge der Landkriegführung von Schlieffen bis Guderian. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Bd. 5/IX. Grundzüge der militärischen Kriegführung 1648-1939, München 1979, S. 527.

8 Vgl. Dok. 48, Anm. 15.

verschwunden. Im allgemeinen wird die bessere Manneszucht und werden die besseren Nerven nur dann ausschlaggebend sein, wenn die technischen Waffen der Kämpfer wenigstens im großen und ganzen gleichwertige sind. Mit Nervenkraft gegen eine bessere Technik ankämpfen zu wollen, heißt diese Nervenkraft [*zu*] vergeuden, und läßt den Soldaten langsam irre werden, ja sie bringt ihn endlich zum Verzagtsein. Denn es kämpft auch hier kein Mechanismus, sondern ein Wesen aus Fleisch und Blut, dessen Kraftäußerungen immer begrenzte sein werden. Was der deutsche Soldat im Weltkriege nun dennoch gerade gegen diese Waffe mit seinen lächerlich unzulänglichen Mitteln leistete, ist ein Ruhmestitel, den sich der Musketier zuschreiben kann, an dem aber die verantwortlichen "Fachleute" keinen Anteil haben.

Die Bedeutung der Tankwaffe im Kriege beruhte ebensosehr auf der dauernden Förderung für unsere Feinde wie auf der unbegreiflichen geringen und falschen Einschätzung durch uns. Denn so, wie eine unerschütterte Infanterie mit entsprechenden und tauglichen Waffen zu allen Zeiten Kavallerieangriffe zu brechen wußte, so wird eine mit wirksamen Waffen ausgerüstete Kampftruppe bei entsprechender innerer Verfassung - und diese wird nicht wenig bedingt durch die Überzeugung von der Wirksamkeit der eigenen Waffe - auch dem Tankangriff die Stirne bieten können.

Seit dem Weltkriege ist die Entwicklung der Tankwaffe den Weg gegangen, den das Flugzeug im Kriege ging. Aus einer Einheitswaffe schälen sich für verschiedene Kampfhandlungen und Kampfzwecke langsam verschiedene Typen heraus. So existieren heute neben schweren, selbst gegen mittleres Artilleriefeuer gepanzerten Tanks leichtere, schnelle, die nur mit Maschinengewehren und Flammenwerfern ausgerüstet sind, sowie solche von kleinstem Ausmaß, die ein bis zwei Mann Besatzung haben. Endlich gibt es Tanks, die zu Transportzwecken bestimmt sind, zum Nachschub von Munition, Verpflegung und Mannschaften in die Kampffront, und andere, die Geschütze bis zu sehr schweren Haubitzen aufmontiert haben und damit eigentlich motorisierte Batterien darstellen. Die einen sind für das eigentliche Infanteriegefecht gedacht, während die anderen nur für den Artilleriekampf in Frage kommen. Ohne entsprechende Abwehrwaffen dürfte schon heute der Widerstand gegen eine mit modernsten Tanks ausgerüstete Armee ein fraglicher sein! Wenn nicht der Unterschied in der Qualität des Menschenmaterials ein zu großer ist, wird die Überlegenheit der Technik ausschlaggebend. Es ist denkbar, daß aber eine Macht ohne eigene Tanks bestehen kann, wenn zumindest ihre Abwehrwaffen gerade für den Zweck der Tankbekämpfung höchstwertige sind. Mit Minenwerfern, geballten Handgranatenladungen, Infanterie- und M.G.-Feuer auf Sehschlitze wird man in der Zukunft jedenfalls keinen Tank mehr "erlegen" können, besonders wenn man bedenkt, daß es heute bereits Typen gibt, die bis zu 36 und mehr Kilometer [*pro Stunde*] Schnelligkeit zu entwickeln vermögen. Auch vorgezogene Begleitbatterien oder für die Tankabwehr eingerichtete Infanteriegeschütze, Flakkanonen werden nur sehr beschränkte Erfolge zu erzielen vermögen. Am ehesten vielleicht noch gegen die ein großes Ziel bietenden schweren Tanks, am wenigsten aber gegen die Ein- und Zwei-Mann-Kampfwagen, die auf große Entfernungen, z. B. in Getreidefeldern, überhaupt nicht mehr sichtbar sind. Und diese dürften in der Zukunft für die Infanterie der gefährlichste Gegner sein. Die wirksamste Abwehrwaffe dagegen wird in einem schweren Maschinengewehr liegen, das bei 20 bis 30 Millimeter Kaliberstärke und in genügender Anzahl den Infanterieregimentern zugeteilt, die kleinen, nicht sehr schwer gepanzerten Tanks am ehesten zusammenschießen kann. Immer aber wird der Eigenbesitz von

Tanks in vielen Fällen zu einer Schonung von Menschenmaterial führen, das, wie uns der Weltkrieg gelehrt hat, doch noch schwerer zu ersetzen ist als technische Waffen. Zahlreiche Kampfhandlungen im Infanteriegefecht, die ohne Tanks nur blutig schwer durchzuführen sind, können durch den Einsatz dieser Waffe mit geringeren Opfern und in kürzerer Zeit gelöst und entschieden werden. Mancher verzweifelte Kampf um einen Stützpunkt, der im Felde von unseren Regimentern unverhältnismäßig blutige Opfer erforderte, wäre durch den Einsatz von ein paar Tanks schnell erledigt worden. Die Bedeutung der Waffe erhellt sich am besten aus dem im Friedensvertrag von Versailles ausgesprochenen Verbot dieses Kampfmittels für Deutschland [9]. Der Vorsprung, den unsere Gegner dadurch besitzen, ist ein nicht abzuleugnender. Dennoch könnte er jederzeit aufgeholt werden. Die moderne Waffentechnik ist so im Fluß, die Typen werden in so kurzen Fristen andauernd verbessert, daß kein Staat in Angriff- und Abwehrwaffen sich ein zu großes Material ansammeln darf, ohne Gefahr zu laufen, eines Tages mit veralteten Waffen kämpfen zu müssen. Der Tank von einst ist zu einem unendlich komplizierten Kriegswesen geworden, das ebenso auf Raupen wie auf Rädern läuft, wasser- und gasdicht ist, ja in einzelnen Konstruktionen sogar zu schwimmen vermag. Diese Entwicklung zwingt jeden Staat, sich mit wenigen Exemplaren einer Type zu begnügen und das Hauptaugenmerk auf die dauernd mögliche Großfabrikation einer solchen Type zu richten. Dasselbe gilt natürlich auch für Abwehrwaffen. Es ist die Aufgabe der Heeresleitung eines unterdrückten Volkes, gerade auf diesem Wege den Schutz der Nation vor feindlichen Angriffen zu suchen und sicherzustellen. Allerdings gehört dazu eine innere politische Verfassung, die den Landesverrat und die Industriespionage grundsätzlich mit blutiger Strenge ausrottet. Der nationalsozialistische Staat wird dies einst tun.

28. September 1929 — Dok. 79
"Der Kampf um Österreich"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 28.9.1928.

Während in Deutschland der Bombenattentatsschwindel [1] langsam abebbt und die aufrechten Republikaner sich aus den hypnotischen Angstzuständen wieder den realen Geschäften des Lebens zuwenden können, ruft der Marxismus die öffentliche Meinung zur Unterstützung seiner bedrängten Brüder in Österreich auf [2]. Nun ist es keineswegs so, als ob die internationale Vereinigung dort irgend etwas zu leiden hätte. Nein, ganz im Gegenteil. Seit vielen Jahrzehn-

9 Artikel 171 des Versailler Friedensvertrags schrieb unter anderem vor: "Desgleichen ist die Herstellung von Panzerwagen, Tanks oder irgendwelchen ähnlichen Vorrichtungen, die Kriegszwecken dienen können, in Deutschland verboten, ebenso deren Einfuhr nach Deutschland." Druck: RGBl. 1919, S. 929.

1 Vgl. Dok. 58, Anm. 1.
2 Vgl. Vorwärts vom 26.9.1929 (MA), "Regierungswechsel in Österreich".

ten übte die Gemeinschaft für "Gleichheit", "Freiheit" und "Brüderlichkeit" [3] in diesem Lande den gemeinsten Terror gegen alle Andersdenkenden aus. "Die Straße gehört der Sozialdemokratie" [4]. Das war ein Grundsatz, der bereits vor dem Kriege in Wien und in den Provinzen nahezu unbeschränkt Geltung hatte. Willig fügten sich die bürgerlichen Patrioten und Parteihelden in diese von der Vorsehung getroffene Bestimmung. Versuchte irgend jemand, der nicht zum großen, internationalen Volks- und Arbeiterbeschwindelungsverband gehörte, seine Meinung kundzugeben, dann war dies eine "Provokation des Proletariats" und wurde sofort als solche unterdrückt. Seit dem Kriege war die rote Terrorherrschaft langsam unerträglich geworden. Und zwar nicht nur auf den Straßen, sondern noch mehr in den Betrieben. Wer sich als Arbeiter den internationalen Volksbelügern und Börsendienern nicht fügen wollte, wurde entweder aus dem Betrieb hinausgefeuert und damit arbeitslos gemacht oder so mißhandelt, daß er endlich nachgab oder, wenn die Rücksicht auf seine Familie ihn zwang, eben nachgeben mußte. Unter dem christlich-sozialen Regiment [5] (einer verwandten Partei des Herrn Ministers a. D. Schweyer [6]!) kam es so weit, daß die Behauptung, der Staat beschütze seinen Bürger, wirklich nur als eine ebenso blöde, dumme wie unwahre Phrase angesprochen werden konnte. Da also der Staat, wie auch in Bayern und heute im ganzen Reich, in Wahrheit den Schutz der Bürger gegenüber seinen terroristischen internationalen Elementen in der Praxis nicht auszuüben vermag und auch nicht ausübt, sahen sich diese endlich gezwungen, diesen Schutz selbst in die Hand zu nehmen. So wie in Deutschland die nationalsozialistische Bewegung in unzähligen Orten den roten Terror gebrochen hat und erst das herstellte, was das blöde Gefasel eines Ministers als Aufgabe des Staats bezeichnete, nämlich die Freiheit der Meinungsäußerung und den Schutz des anständigen Menschen [7], hat in Österreich die Heimwehr [8], wenn auch unter anderen Voraussetzungen und auf anderen Wegen, dieselbe Aufgabe übernommen. Die Heimwehrbewegung in Österreich ist die Reaktion auf den roten Terror [9]. Sie wuchs aus der Er-

---

3 Die Begriffe "Liberté, Egalité, Fraternité" wurden 1793 die Parole der Französischen Revolution.

4 Zum Selbstverständnis der Sozialdemokratischen Partei Österreichs und zur bürgerlichen Sozialistenfurcht in Österreich vgl. Gerhard Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938, München 1983, S. 37 f., 74 f. sowie Wiltschegg, Heimwehr, S. 30 ff.

5 Seit 30.10.1918 gehörten christlichsoziale Minister der österreichischen Bundesregierung an. Auch im unter Bundeskanzler Johannes Schober am 26.9.1929 gebildeten Kabinett waren die Christlichsozialen vertreten.

6 Franz Xaver Schweyer (1868-1935), Dr. jur. et oec. publ., 1898 Eintritt in den bayerischen Verwaltungsdienst, 1911 Regierungsrat im bayerischen Innenministerium, 1919 Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium, 1920/21 Staatssekretär im bayerischen Innenministerium, September 1921 bis Juni 1924 Minister des Innern (BVP), anschließend in der Wirtschaft tätig.

7 Im Zusammenhang mit dem Aufmarsch bewaffneter rechtsextremer Verbände am 1.5.1923 in München war der damalige bayerische Innenminister Schweyer am 3.5.1923 im Haushaltsauschuß des Landtags heftig angegriffen worden. In diesem Zusammenhang bezeichnete er die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung als Aufgabe des Staates. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1923, S. 96.

8 Zum Ursprung der Heimwehr vgl. Dok. 23, Anm. 14.

9 Nach dem Freispruch von rechtsradikalen Gewalttätern kam es am 15.7.1927 in Wien zu spontanen, sich schnell ausbreitenden Protestaktionen, die im Laufe des Vormittags eskalierten. Mehrere Gebäude, darunter der Justitzpalast, wurden in Brand gesteckt. Die Kämpfe, die sich bis zum Abend des nächsten Tages hinzogen, forderten auf beiden Seiten 89 Tote und mehrere Hundert Verletzte. Der erstmalige Einsatz der Heimwehr trug zur Beendigung der Krise bei und führte bei der Heimwehr zur Stärkung des Selbstverständnisses als antimarxistische Kampfbewegung. Vgl. Botz, Gewalt in der Politik, S. 144 ff. sowie Wiltschegg, Heimwehr, S. 40 f., 304 ff.

kenntnis heraus, daß das Geschwätz von Regierungshäuptlingen über "staatsbürgerliche Gleichberechtigung" solange eine dumme und feige Lüge ist, als in tausend Einzelakten die Organisation einer bestimmten Partei in der Lage ist, andere Menschen wegen ihrer Gesinnung, ja sprich in Wahrheit wegen ihrer Volks- und Vaterlandsliebe, zu terrorisieren. Trotz allem Geschwätz von wegen der "Staatsautorität", das diese parlamentarischen Ministerpapageien immer wieder herunterratschen, haben sich endlich auch in Österreich Männer zusammengefunden, um der Freiheit eine Gasse [10] zu brechen und den roten, unerträglich gewordenen Druck zu beseitigen. Jahrelang haben die bürgerlichen Parteimänner nichts getan, um dem roten Unheil entgegenzuwirken. Ja, im Gegenteil, genau so wie in Bayern haben auch dort alle ministeriellen Dummköpfe Gut und Schlecht paritätisch zu behandeln versucht, d. h. aber dann in Wahrheit, nur den Lumpen zur Herrschaft über die Guten verholfen. Auch dort trat die "Staatsautorität" immer nur dann in Erscheinung, wenn der Gute sich zu wehren anfing und die Unterdrückung durch den Halunken nicht mehr dulden wollte. Dann wurden plötzlich diese Ministersessel mobil und sahen sich veranlaßt, angetrieben vom Geschrei der Roten, die öffentliche Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, wie das diese Lügenmäuler immer so schön verkünden: nämlich die Verteidigung des Anständigen zu verhindern und die Verbrecher wieder in ihre frühern Rechte einzusetzen! Der Sieg der "Staatsautorität" heißt dann das. Nun ist die Heimwehrbewegung groß und größer geworden und kann auch von Ministern parlamentarischer Dekadenz nicht mehr beseitigt werden. Die Heimwehr offenbart ihren Willen in zahlreichen Versammlungen und Aufmärschen. Sie droht dem marxistischen Terror eines Tages mit ebensolchen Mitteln entgegenzutreten und versichert vor allem, daß sie nicht mehr dulden will, daß die rote Reichshauptstadt Wien das ganze übrige Land unter ihren Druck nimmt [11]. Nun werden auch die bürgerlichen Parlamentarier auf einmal lebendig. Alles schreit nach einer Verfassungsreform, und nicht am wenigsten diejenigen, die an diesen skandalösen Zuständen selbst am meisten schuldig sind. Bedenklich kommt mir dabei vor allem nur eines vor: Der korporative Eintritt großer Verbände in die Heimwehr nützt ihr nicht nur nichts, sondern wird sie nur belasten [12]. Besonders mag sie sich hüten vor den bürgerlichen Parteien. Diese sind das schlimmste Gift, das in Österreich und Deutschland heute vorhanden ist. Der Marxismus wäre längst in Deutschland gebrochen, wenn nicht die scheinnationalen bürgerlichen Parteien sich mit ihrer üblen Prostituiertenrolle abgefunden hätten. Diese sind es, die immer und immer wieder den marxistischen Wegelagerern die Stange halten und dort, wo sie sich am Ruder befinden, den Marxismus in Schutz nehmen und jede ernstliche Auseinandersetzung zu verhindern trachten. Der Marxismus ist eine Verkörperung des Verbrechens, das bürgerliche Parteiwesen aber eine solche feiger, unanständiger Gemeinheit. Eine Generalauseinandersetzung mit dem Marxismus ist undenkbar ohne eine restlose Vernichtung der bürgerlichen Parteikadaver. Wer das nicht glauben will, der wird in der Zukunft erleben, daß jeder Kampf

10 "Der Freiheit eine Gasse" stammt aus dem 1813 entstandenen Gedicht "Aufruf" von Theodor Körner.

11 Seit Sommer 1929 hatte die Heimwehr dem italienischen Vorbild folgend einen "Marsch auf Wien" angekündigt. Der Amtsantritt von Bundeskanzler Schober am 26.9.1929 gab der Heimwehr jedoch die Hoffnung, ihr Ziel eines "Autoritären Staates" auf legalem Wege verwirklichen zu können. Vgl. Botz, Gewalt in der Politik, S. 179 f.

12 Am 28.8.1929 war der christlich-soziale "Niederösterreichische Bauernbund" mit 100.000 Mitgliedern geschlossen der Heimwehr beigetreten.

gegen die internationale Pest immer wieder durch bürgerliche Parteien von rückwärts sabotiert wird. Und das ist die Schwäche der österreichischen Heimwehrbewegung. Sie ist eine bürgerliche Einrichtung, hat zahllose Brücken ins bürgerliche Parteilager, und wird am Ende doch bei einem bürgerlichen, d. h. halben Ergebnis, landen. Dabei ist diesen bürgerlichen Parteipolitikern das Vaterland gerade so feil wie ihre Gesinnung. Eine Bewegung, die mit den heutigen Zuständen aufräumen will, muß sich daher vor allem vor jeder parteibürgerlichen Infektion reinhalten und sichern. Das Hereinnehmen großer bürgerlicher Vereins- und Parteibestände in eine Kampforganisation bedeutet naturnotwendigerweise ihren Tod. Nicht der Kampforganisation wollen sie dienen, sondern die Kraft dieser Organisation für ihre eigenen verhängnisvollen Zwecke einspannen. Wo das bürgerliche Parteipolitikertum erst einmal eingedrungen ist, wird jede Entschlußkraft zum Handeln sofort gelähmt, und an seine Stelle tritt dann das ewige Kompromisseln oder das "schlaue Paktieren", wie der große schlaue Bauerndoktor von Regensburg [13] meint, der es auf diesem Wege immerhin langsam fertigbrachte, Bayern zur Provinz der jüdischen Berliner Machthaber herunterzudegradieren. Ja, sie sind schon verdammt "schlaue Paktierer", diese bürgerlichen Politiker! Jahrzehntelang haben sie "paktiert" und endlich Deutschland zum Ruin gebracht. Und seit der Revolution ist das Paktieren überhaupt ihre einzige Kunst geworden, und wieder liegen die Ergebnisse, die staunenswerten Ergebnisse dieser bürgerlichen Schlauköpfe vor uns, und jetzt haben sie nur eine Sorge, daß ihre Kunst auch der österreichischen Heimwehr zuteil wird, daß auch sie das Paktieren lernt und dann endlich den Weg geht, den diese paktierenden Gebilde noch immer gegangen sind: nämlich den Weg zur Ohnmacht, zur Wehrlosigkeit und damit zur Vernichtung! Wenn die österreichische Heimwehrbewegung ihre Mission erfüllen will, dann nehme sie die bürgerlichen Politikusse, die schlauen Paktierer, einen nach dem anderen bei den Ohren und feuere sie gegen die Wand. Tut sie das nicht, wird wieder ein verheißungsvoller Aufschwung unter der bürgerlichen Minderwertigkeit zerfallen und ersticken.

28. September 1929 Dok. 80
"An alle Gauleiter und Ortsgruppenleiter der N.S.D.A.P." Anordnung

Gedrucktes Exemplar, 28.9.1929; BA, Slg. Schumacher 415.

Ende vorigen Jahres schrieb ich an die Gau- und Ortsgruppenleiter [1]:

"Ich mache es nicht nur allen SA-Führern, sondern gerade auch den Gauleitern und den Ortsgruppenleitern zur Pflicht, im kommenden Jahre mehr als bisher ihre Organisation zur

---

13 Gemeint ist Georg Heim (1865-1938), Reallehrer, 1893 Dr. oec. publ., 1898 Mitbegründer des Bayerischen Christlichen Bauernvereins, seit 1899 Leiter von dessen Zentralstelle, 1897-1912 MdR (Zentrum), 1918 Mitbegründer der BVP, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, 1920-1924 MdR (BVP), 1920-1925 Präsident der Landesbauernkammer in Bayern, 1932 Austritt aus der BVP.

1 Hitlers Anordnung vom 12.12.1928, vgl. Bd. III/1, Dok. 66.

Durchführung der SA-Versicherung einzusetzen [2]. Jeder Führer muß es fertigbekommen, daß in dem herannahenden schweren Streitjahre *alle seine Parteigenossen* - nicht nur die SA-Männer - unter gebührendem Versicherungsschutz stehen. Von jedem Führer kann die notwendige Einsicht und Übersicht verlangt werden."

Trotzdem sind allein von den letzten sieben Todesopfern [3] nicht weniger als sechs Tote ohne jede Versicherung geblieben, ferner ebenso 65 schwer und langwierig Verletzte, von den leichteren Fällen ganz zu schweigen. Die Gesamtziffer der Versicherten erreicht noch nicht 25 % der Parteigenossen, ja, in manchen Gauen ist nicht einmal ein Sechstel der Parteimitglieder versichert. *Ein Blick in die Zustände an der Front* [*sic!*] *und ein Blick auf die täglichen Pressemeldungen genügen, um die völlige Unhaltbarkeit dieses Zustandes zu erkennen.*

Der persönliche Einfluß des Gauleiters und die Leistungsfähigkeit seines Organisationsapparates müssen genügen, um hier grundlegend Wandel zu schaffen. Ich werde mir von jetzt ab allmonatlich über die Versicherungsstatistik der einzelnen Gaue und bemerkenswerten Ortsgruppen Vortrag halten lassen und will mir mein Urteil darnach bilden.

Heil!
gez. *Adolf Hitler*

---

2 Die von Martin Bormann geleitete SA-Versicherung, seit September 1930 "Hilfskasse der NSDAP", war eine Unfall- und Haftpflichtversicherung für SA- und NSDAP-Mitglieder, die seit Dezember 1928 von der Obersten SA-Führung selbst verwaltet wurde. Bei einem monatlichen Beitrag von 20 Pfennig umfaßte diese Versicherung folgende Leistungen: 2.000 RM im Todesfall, 5.000 RM für hundertprozentige Invalidität, 3 RM tägliches Krankengeld, 10.000 RM Höchstgrenze für Haftpflicht bei Sachschaden und 100.000 RM Höchstgrenze bei Personenschaden. Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 408 ff.

3 Erich Jost, Katharina Grünewald, Otto Streibel, Hermann Schmidt, Heinrich Limbach, Hans Georg Kütemeyer und Heinrich Kottmann. Vgl. Halbmast, S. 30 f.

5. Oktober 1929 Dok. 81
"S.A. Achtung!"
Anordnung

VB vom 5.10.1929 [1].

Ich erwarte von jedem S.A.-Mann, daß er seine Dienstausrüstung ausschließlich beim Zeugmeister bezieht [2].

Ungeeignete und minderwertige Nachahmungen dürfen keinen Eingang in die S.A. finden.

Adolf Hitler

Von allen Parteiblättern nachzudrucken!

5. Oktober 1929 Dok. 82
"Young-Plan [1] und Parlamentswirtschaft"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 5.10.1929.

Wohin ein Staat kommt, der glaubt, unversöhnliche Feinde durch Nachgiebigkeit umstimmen zu können, hat Karthagos Schicksal als warnendes Beispiel für alle Zeiten gezeigt [2]. Freilich pflegt man die Warnungen der Geschichte nur zu häufig in den Wind zu schlagen, wenn ihre Berücksichtigung harte Entschlüsse und risikovolle Entscheidungen erfordert. Man hat vor wenigen Jahren einen deutschen Feldherrn [3] als "Vabanque-Spieler" bezeichnet, weil er den

1 Nochmals abgedruckt im VB vom 22.10.1928.
2 Die "Reichszeugmeisterei" nahm am 1.4.1929 ihre Tätigkeit auf. Vorläufer war die am 19.2.1927 gegründete "SA-Wirtschaftsstelle". Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 415 f.

1 Vgl. Dok. 54, Anm. 5, Dok. 41, Anm. 11.
2 Bezieht sich auf die schwere Niederlage Karthagos gegen Rom im Zweiten Punischen Krieg (218-201 v. Chr.). Karthago verlor beim Friedensschluß alle Kolonien, mußte die Kriegsflotte fast vollständig ausliefern, Geiseln stellen und sich zu hohen, langandauernden Tributen verpflichten. Trotz der karthagischen Bemühungen, diese Friedensbedingungen zu erfüllen, endete der 3. Punische Krieg 146 v. Chr mit der endgültigen Zerstörung der Stadt.
3 Gemeint ist Erich Ludendorff (1865-1937), General a. D., 1882 Leutnant, 1914 Chef des Generalstabs der 8. Armee, 1916 Erster Generalquartiermeister der (3.) OHL, Oktober 1918 Abschied, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1924 vor Gericht freigesprochen, 1924/25 Mitglied der Reichsführerschaft der NSFB, 1924-1928 MdR (DVFP), 1925 Kandidat der NSDAP für die Reichspräsidentenschaft, 1925-1933 Führer des Tannenberg-Bundes, 1930 Leiter der deutschgläubigen Religionsgemeinschaft "Deutschvolk" (zusammen mit Mathilde Ludendorff), später umbenannt in "Bund für Deutsche Gotterkenntnis (Haus Ludendorff)".

Einsatz der gesamten nationalen Kraft in den Krieg forderte, ohne des Sieges sicher zu sein [4]. Nun ist das ganze Leben aber ebenfalls nichts anderes als ein "Vabanque-Spiel", und am allermeisten gilt dies für das Leben der Völker im großen genommen. Immer wird der Einsatz das Leben sein, damit eben dieses Leben wieder gewonnen werden kann [5]. So unsicher der mögliche Erfolg auch ist, so hat sich doch im Laufe der Jahrtausende aus geschichtlichen Erfahrungen eine weise Erkenntnis ergeben: Ein Volk, das den höchsten Einsatz nicht mehr wagt, wird gerade um das betrogen und gebracht, was es aus Feigheit zu schonen vermeint; um das Leben selbst. Im allgemeinen ist noch keine Nation an übergroßem Heroismus zugrunde gegangen, zahlreiche Völker aber aus mangelndem Mut. Das Schlimmste ist dabei die Tatsache, daß, sowie ein Volk erst einmal diesen Weg beschritten hat, es nur mehr sehr schwer davon zurückzureißen ist. Die Feigheit findet zu ihrer Verteidigung stets leichter tausend Gründe und Motive, als der Mut zehne [*sic!*]. Ein heldenhafter Entschluß ist in den meisten Fällen schwerer zu begründen als eine erbärmliche Kapitulation, denn im einen Falle liegen alle Vorteile in der Zukunft, im anderen alle vermeintlichen in der Gegenwart, ja sogar manchesmal im Augenblick. Wie leicht ist es zum Beispiel beim heutigen deutschen Volk, die jämmerlichste Unterwerfung mit "wirtschaftlichen Notwendigkeiten" der Zeit zu begründen, und wie schwer, einen heroischen Widerstand mit solchen der Zukunft zu beweisen, ganz abgesehen davon, daß in materialistischen Zeiten die Gegenwart die Sinne so sehr blendet, daß Begriffe wie Ehre, Freiheit, Würde, weil im Augenblick nicht in reale Werte umsetzbar, keinerlei Schätzung erfahren. Für das Linsengericht [6] einer einmaligen Anleihe [7] verkauft man alle Begriffe von Anstand und Ehrgefühl samt der Freiheit dazu und überlegt nicht im geringsten, daß die wirtschaftlichen Vorteile, die man der Gegenwart dafür zu erhandeln glaubt, der Zukunft am Leben zehnfach abgezogen werden. Man nennt eine solche Politik dann "klug", während sie in Wirklichkeit ebenso kurzsichtig wie blöde ist; man bezeichnet ihre Macher als "schlaue Paktierer", während sie in Wahrheit dumme Esel oder verkommene Lumpen sind; und man verfemt ihre Widersacher als radikale, unreife Elemente, während sie tatsächlich die einzigen wirklichen Wahrer des Daseins eines Volkes vorstellen. Der größte Militärphilosoph aller Zeiten, Clausewitz, an Geist und Weisheit einem bayerischen Volksparteipolitiker ungefähr so überlegen wie ein Sokrates einem Papua, hat diese Sorte von "schlauen Paktierern" und "klugen Politikern" in seinen "Bekenntnissen" in unsterblicher Weise abgeschüttelt für immer, in-

4 Als Generalquartiermeister der am 29.8.1916 eingesetzten sogenannten 3. Obersten Heeresleitung betrieb Erich Ludendorff gegen den Widerstand von Reichskanzler Bethmann Hollweg die Mobilisierung aller materiellen und personellen Mittel für die Kriegführung, ohne die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Konsequenzen zu bedenken. Vgl. Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, S. 187 ff.

5 Nach Friedrich von Schiller, Wallensteins Lager: "Und setzet ihr nicht das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein."

6 Anspielung auf 1. Mose 25, 29-34. Esau verkauft sein Erstgeburtsrecht an Jakob.

7 Mitte September 1929 wurden in der Presse die Verhandlungen der Reichsregierung mit der Svenska Tändstiks Aktiebolaget des schwedischen Industriellen Ivar Kreuger bekannt. Am 26.10.1929 wurden die Verträge unterzeichnet, nach denen Kreuger dem Reich eine 50jährige Anleihe von 125 Millionen Dollar mit 6% Verzinsung gewährte und dafür an einem einzurichtenden deutschen Zündholzmonopol beteiligt wurde. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 982 ff., 1130 f.

dem er sich lossagt von einer Klugheit, die in Wirklichkeit bemäntelte Feigheit und Dummheit ist [8]!

Wenn Völker den Weg einer erbärmlichen Unterwerfung beschreiten, ist es bemerkenswert, daß die verantwortlichen Männer dieser Entwicklung immer die vorhergegangenen Entschlüsse bedauern und ablehnen und in ihnen allein die zwangsläufige Ursache ihrer analogen eigenen Entschlüsse sehen. Denn sie begründen ihre eigene Unterwerfung immer mit der Unterwerfung, die vorhergegangen war. Jede feige Handlung dieser Art zieht zwangsläufig als Folgeerscheinung neue Unterwerfungen nach sich. Und damit kann auch jeder Staat, dessen Leitung über geschichtliche Erfahrungen verfügt und die demgemäß auch einen größeren Blick besitzt, als er vom Kirchturm von Tuntenhausen [9] aus möglich ist, eine Handlungsweise einem Besiegten gegenüber einrichten. Sowie der Besiegte den ersten Schritt über das hinaus unternimmt, zu was ihn der Sieger tatsächlich zwingen könnte, beginnt der freiwillige Weg in die Sklaverei. Denn wer einmal dann A gesagt hat, wird das B nicht verweigern wollen. Wenn man erst einen Waffenstillstandsvertrag von Spa [10] unterzeichnet mit allen seinen Folgeerscheinungen, wird man die Unterschrift einem Versailles [11] wohl schwerlich mehr versagen; wer ein Versailles annimmt, schluckt ein Diktat von London [12], wer dieses nicht mehr ablehnt, geht dann auch nach Genf [13]; wer davor nicht zurückschreckt, findet ein Dawes-Diktat [14] noch erträglich, und von dort ist nur mehr ein Schritt nach Locarno [15]. Und wundert man sich dann, nachdem schon so viel hinuntergewürgt wurde, daß man nun glaubt, auch den Young-Plan, das neue Pariser Tributdiktat, ebenfalls verdauen zu können? Nein, das ist alles eine ganz folgerichtige Entwicklung. Wer einmal der Ehre und der Freiheit entsagt hat, wird sich langsam immer mehr an das Los des Sklaven gewöhnen, das Gefühl für nationale Scham geht dann langsam verloren, und wenn einem solchen Volk dann auch noch der Feind im Inneren sitzt und dementsprechend arbeitet, alle nationalen Traditionen beseitigt, ja selbst den gesunden Sinn für eine nationale Kultur zerstört, dann wundere man sich nicht, wenn im Laufe weniger Jahrzehnte ein früher heroisches Volk zum Niveau eines elenden Armeniers heruntersinkt. Saupack, korrupt und verkommen, gesinnungslos, bettelhaft, unterwürfig, ja hündisch, wenn man diese Art in ihren besseren Rassen dadurch nicht beleidigen würde! Sinkt ein Volk einmal auf diesen Stand herunter, dann ist es das schwerste, irgendwo und irgendwann einen

8 Vgl. Dok. 48, Anm. 1.

9 Anspielung auf den 1869 von Ludwig Graf zu Arco-Zinneberg und Balthasar Daller gegründeten Bayerisch-patriotischen Bauernverein zu Tuntenhausen, an dessen jährlichen Herbsttagungen führende Vertreter des bayerischen Zentrums bzw. der BVP auftraten. Vgl. Hannsjörg Bergmann, Der Bayerische Bauernbund und der Bayerische Christliche Bauernverein 1919-1928, München 1986, S. 30 f.

10 Der Waffenstillstand war am 11.11.1918 in Compiègne unterzeichnet worden (vgl. Dok. 30, Anm. 4). Er war zeitlich befristet und mußte wiederholt verlängert werden. Hierfür war die deutsche Waffenstillstandskommission zuständig, die ihren Sitz in Spa hatte.

11 Versailler Friedensvertrag. Vgl. Dok. 3, Anm. 56.

12 Vgl. Dok. 30, Anm. 6.

13 Wahrscheinlich Anspielung auf die am 15.5.1922 zwischen Polen und Deutschland abgeschlossene Genfer Konvention, das die Rechte in den von Deutschland an Polen abgetretenen Gebieten regelte. Druck: RGBl. 1922, II, S. 238 ff.

14 Vgl. Dok. 1, Anm. 15.

15 Zur Konferenz von Locarno vgl. Dok. 3, Anm. 27.

Anlaß und einen Zeitpunkt zu finden, an dem die Linie der allgemeinen Entwicklung wieder gebrochen wird und das Volk aus der Tendenz der Selbstaufgabe zurückkehrt zu einer solchen der Selbstbehauptung. Der feige "schlaue Paktierer" wird einen solchen Zeitpunkt niemals als gegeben erachten, und kein Anlaß wird ihm als entsetzlich genug erscheinen, der bisherigen Entwicklung zu entsagen und an Stelle der Ergebung den Widerstand zu setzen. Nein, er wird sein eigenes Handeln immer von den Utilitätsgesichtspunkten, die seiner seelischen Verfassung entsprechen, aus bestimmen, wird über die Vergangenheit maulen und auf die Zukunft hoffen. "Die Kinder, die lieben, guten Kinder, die werden es einst machen!" Noch besser allerdings ist es, auch diese nicht mit einem so gefahrvollen Auftrage zu betrauen, sondern am besten gleich den lieben Gott dafür einzusetzen. "Herr, mach uns frei", seufzt der schlaue Paktierer dann und unterschreibt das Edikt einer neuen Versklavung. Diese Erscheinungen gab es zu allen Zeiten. Es ist falsch zu glauben, daß der Freiheitskampf einer Nation jemals ein solcher der Majorität oder des Durchschnitts gewesen wäre. Immer waren die Träger der Freiheit und des Freiheitsgedankens sogenannte "verrückte" Einzelne, "unreife Elemente" usw. und immer die Wortführer der Versklavung die "klugen", "abwägenden" "Politiker", in Wirklichkeit also die Wortführer der Zeit, soweit sie offiziell in Erscheinung treten. Und immer mußten dann die Völker schwere Lehren zahlen, bis sie die seichten parlamentarischen Windbeutel erkannten, ihr dummes, ebenso freches wie aufdringliches Geschwätz durchschauten und diesen "legalen" Verderbern das Vertrauen entzogen und sie endlich zum Teufel jagten. Der Zeitpunkt, an dem ein Volk seine Gesinnung ändern kann, ist stets vorhanden! Wer ihn in der Gegenwart nicht sieht, wird ihn auch in der Zukunft nie finden und selbst wenn er mit dem Kopf darauf stieße, er wird es endlich gar nicht mehr wollen. Das neue Young-Diktat ist ein so ungeheuerlicher Vorgang, daß nur der in Gesinnungslosigkeit abgebrühte alte Parlamentarier auch darin keinerlei Anlaß zu einem Wandel der Gesinnung zu finden vermag. Wir Nationalsozialisten glauben, daß es notwendig ist, an diesem Wendepunkt der deutschen Geschichte die Meinungen bewußt und klar zu spalten. Es ist uns vollkommen gleichgültig, wie das Volksbegehren [16] ausgeht oder ausgehen mag, wesentlich aber ist, daß sich über dieser Tatsache die Meinungen klären und daß diejenigen vor aller Öffentlichkeit festgenagelt werden, die auch dieser Unterwerfung das Wort zu reden wagen! Es wird die Zeit einst kommen, in der unser Volk seufzt unter der Last dieses Vertrages, es wird dann wesentlich sein, daß das Volk durch dieses Volksbegehren weiß, wer gegen diesen Vertrag Stellung nahm und wer bereit war, auch ihn zu unterschreiben. Es ist eine Arbeit auf weite Sicht, eine Saat, die heute gelegt wird und die einst aber ausreift zu einer Ernte. Wenn heute im bürgerlichen Lager da und dort schon wieder die Angst vor der eigenen Courage entsteht, dann soll und darf uns dies erst recht nicht beirren. Ewig kann Deutschland nicht versklavt sein. Einmal muß also ein Wandel eintreten. Die alte Generation, die dieses alles verschuldet hat, glaubt selbst nicht mehr an sich. "Die Kinder", hoffen sie, "sollen es einst machen". Den Herrgott versuchen sie mit dieser Aufgabe zu beladen, und wir? Wir sind die "unreife" Jugend. Wohlan denn: Da doch die Kinder es einst machen sollen, wollen wir, die "unreife Jugend", gleich damit beginnen. Die alte Generation hat in der Geschichte vor unserem Volk und aller Welt den Nachweis für ihre hundertprozentige Unfähigkeit erbracht! Es ist eine Frechheit, uns und die kommenden Generationen mit dem

16 Vgl. Dok. 50, 51.

Fluch der Unfähigkeit dieser bürgerlichen Politikaster beladen zu wollen. Wir verbieten [*sic!*] uns die ebenso blöde wie freche Unverschämtheit eines solchen parlamentarischen Affen, uns einen Vorwurf machen zu wollen, weil wir nicht geneigt sind, für die Sünden dieser politischen Strohköpfe in der Zukunft aufzukommen. Wenn diese Herren Doktoren ihre Unfähigkeit selbst begleichen wollten, könnte das ihre Sache sein. Die Generation, die schon auf dem Schlachtfeld blutete, kann es sich aber mit Recht verbieten [*sic!*], ihr ganzes Leben Tribut zu leisten, weil ein in seiner Unfähigkeit erprobtes parlamentarisches Zeug an einer Stellung klebt, die nur der Genialität und der Fähigkeit zukommt. 60 Jahre lang ist durch diese Gesellschaftsschichte [*sic!*] Deutschland belastet worden. Es ist Zeit, daß sie verschwindet. Auch wir beten, "Herr, mach uns frei", aber nicht von unserem äußeren Feind, denn dessen werden wir in dem Augenblick ledig sein, an dem uns der Herr von dem bürgerlich-parlamentarischen Übel im Inneren erlöst. Was an uns liegt, um dies zu erreichen, soll dabei getan werden!

12. Oktober 1929 Dok. 83
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 12.10.1929.

Es ist ein schlimmes Erbe, das der "Retter des Vaterlandes" seinen Nachfolgern im Amte überlassen hat [1]. Eine spätere Zeit wird unsere heute regierende Generation als die des Verschleuderns und der Preisgabe aller Hoheitsrechte unseres Volkes bezeichnen. Der Abgrund, der diese Regierungsgeneration von der unserer Schlachtfelder trennt, ist ein meilenweiter. Ihre vollendetste Repräsentation hat dieses Regierungs-Deutschland aber unzweifelhaft in Gustav gefunden. Ganz gleich, ob man zugeben will, daß Männer Geschichte machen [2] oder ob man behauptet, daß die Geschichte die Männer fabriziert: Herr Stresemann ist der Typ unserer Zeit gewesen und wird als solcher ebenso fortleben wie ein Cäsar, ein Friedrich der Große, ein Napoleon oder ein Bismarck. Es ist nun einmal so, daß die Weltgeschichte nur die Extreme der Nachwelt aufbewahrt. Träger des größten Heroismus, kühnster Leidenschaft und wagemutigster Entschlüsse, ebenso wie den Lederhändler Kleon [3] und seine weitverzweigte Sippschaft. Bemerkenswert und für die Nachwelt beachtlich wird aber auch die Aufführung und das Getue unseres Bürgertums und insbesondere seiner Gazetten anläßlich des Todes seines Repräsentanten sein. Ähnlich charakterlose Züge wird man in der Geschichte immer wieder finden. Sie zeigen am besten die innere Hohlheit und Wertlosigkeit einer Gesellschaftsklasse

1 Gemeint ist Gustav Stresemann, der am 3.10.1929 an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben war.
2 Nach dem 1879 erstmals erschienenen Werk "Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert" von Heinrich von Treitschke. Vgl. Heinrich von Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Erster Teil: Bis zum zweiten Pariser Frieden, Leipzig 1928, S. 27.
3 Erster nichtadeliger Politiker von Athen, Gegner von Perikles, Gerbereibesitzer. 422 v. Chr. im Kampf gegen die Spartaner gefallen.

an, deren ganzes Denken nur noch von Utilitätsgesichtspunkten aus bestimmt wird und die demgemäß Prinzipien grundsätzlich verleugnet und ablehnt. Im übrigen errichtet sich jeder Mensch sein Grabmonument selbst. Es spielt gar keine Rolle und tut nichts zur Sache, wie die Gegenwart die Größe eines Mannes sehen will. Wem hat das politische Pack nicht schon zugejubelt? Vor welchen betreßten Strohköpfen zog unser Bürgertum nicht schon mit tiefsten Bücklingen seinen Hut, wen hat es nicht schon hochleben lassen und wie schnell ist die Minderwertigkeit dieser Geschöpfe dann entlarvt worden? Es wird diesmal nicht anders sein. Wer weiß, ob nicht schon zehn Jahre genügen, um den Mann des größten Unheils unseres Volkes auch als solchen zweifelsfrei festzustellen. Und wer weiß, wem unser Bürgertum dann zujubeln wird! Der redliche Mensch kann ohnehin nur eine einzige Angst haben, den Beifall einer Masse zu finden, die einen Ludwig XVI. untertänigst verehrte und dann köpfte, einen Napoleon umjubelte und dann bespie, einem Bismarck zu Lebzeiten das Dasein sauer machte, um ihn später bei jeder Gelegenheit im schleimigen Mund zu führen, in der Praxis aber sein Werk zu zerschlagen und zu verraten. Herr Stresemann ist durch das Republikschutzgesetz durch Zuchthaus und Gefängnis vor der Kritik der Nationalsozialisten geschützt worden [4], vor der Kritik der Geschichte aber wird er sich nicht retten können.

Es ist auffallend stille geworden um die "Bombenattentäter" [5]. Auf einmal ebbt das Geschrei ganz sachte ab und alles ist, als ob nichts gewesen wäre. Ein "Attentäter" nach dem anderen wird auf freien Fuß gesetzt [6] und die Presse wendet sich wieder anderen wichtigen Dingen zu. Der ganze Schwindel schläft nun ein, um natürlich bei Bedarf in irgendeiner anderen Form wieder aufgezogen zu werden. Ich glaube nicht, daß es einen Menschen von einiger Vernunft gibt, der unterdes den inneren Sinn und Zweck des Bombenschwindels nicht durchschaut haben wird. Was wir damals sofort voraussahen, ist eingetroffen. Die Bombenhetze war der gut gelungene Vorwand zur Einbringung des neuen Republikschutzgesetzes [7]. Ein Zuchthausgesetz, das den allergemeinsten Freiheitsbedrückungen historischer Art nicht nur gleicht, sondern überlegen ist, und zwar überlegen deshalb, weil kein Vergehen im einzelnen substanziert ist, sondern weil es sich nur um einen weitgefaßten Rahmen handelt, dessen Ausfüllung der Einsicht, dem Ermessen und Wollen des jeweiligen Gerichtes anheimgestellt bleibt. Einer an sich durch und durch korrupten Justiz, die zur feilen Straßendirne der Parteimacht geworden ist, wird künftighin die Beurteilung der Stellungnahme der Staatsbürger zum Staate übertragen [8]. Es sind richtige Inquisitionsmethoden, die hier ihre Wiederauferstehung feiern. Und doch sind sie auch der Beweis für die jämmerliche Hohlheit und Unsicherheit zugleich des heutigen Regiments. Im zehnten Jahre der Herrschaft genügen den heutigen Macht-

---

4 Vgl. Dok. 3, Anm. 31.

5 Vgl. Dok. 58, Anm. 1; Dok. 72, 74.

6 Für einige Beschuldigte waren die Haftbefehle mangels Fluchtgefahr aufgehoben worden, die Ermittlungen gegen sie liefen jedoch weiter. Vgl. Vossische Zeitung vom 20.9.1929 (PA), "Auch die freigelassenen Attentäter bleiben unter Verfolgung".

7 Nach dem Auslaufen des alten Republikschutzgesetzes am 22.7.1929 (vgl. Dok. 29, Anm. 18), legte die Reichsregierung am 25.9.1929 den Entwurf für ein neues Gesetz vor. Dieser sah bei einzelnen Tatbeständen ein schärferes Strafmaß vor. Vgl. Christoph Gusy, Weimar - die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991, S. 171 ff. sowie Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 1024 ff.

8 Vgl. Dok. 61, Anm. 11.

habern die bisherigen Strafgesetze nicht, um sie vor dem Abscheu und der Verachtung des Volkes zu schützen. Das heißt, was sie trifft, ist ja nicht die Verachtung, sondern die aus ihr drohende Verantwortlichkeit, ja die Aussicht, einst zur Rechenschaft gezogen werden zu können. So soll Zuchthaus und Verbannung, Vermögenseinziehung und Polizeiaufsicht mithelfen [9], den Staatsbürger der freiesten Republik in die Knie zu zwingen vor Parteimenschen, die der ärgste Abschaum unseres Volkes sind. Und sie werden sich alle verrechnen! Wenn es zu Generalauseinandersetzungen kommt, ist es immer ein Glück für die Beteiligten, zu wissen, woran sie sind. Mancher unserer bürgerlichen Patrioten hat davon gar keine Ahnung. Dieses Zuchthausgesetz aber wird wieder vielen die Augen öffnen, es wird Fanatiker erziehen, es wird diesen den Kampf für später erleichtern und es wird endlich so jene Grundstimmung hervorbringen, die eben zu grundsätzlichen Abrechnungen notwendig ist. Das junge Deutschland wird daran nicht scheitern. Tausende werden in die Gefängnisse gehen als halbe unsichere Menschen und werden sie verlassen als glühende Hasser des Verbrechergesindels, das unser Volk in dieses Unglück gestürzt hat! Tausende werden durch die ewige Strafverfolgung der bedenklichen bürgerlichen Gemächlichkeit entrissen und zu verwendungsbereiten Menschen gemacht! Für Tausende und Hunderttausende wird langsam das Gefängnis den bisher ihm anhaftenden Geruch verlieren und sie werden es als eine Ehre ansehen, in einem Lande, in dem das politische Verbrechertum, Landesverräter, Deserteure und Fahnenflüchtlinge, triumphieren, ins Gefängnis gesperrt zu werden. Das alte Republikschutzgesetz hat nicht im geringsten verhindern können, daß sich langsam in Deutschland trotzdem eine nationale Opposition zu formen begann. Das neue Zuchthausgesetz wird sie erhärten und ihre Schlagkraft erhöhen. Das einzige, was durch diese ganze Entwicklung beseitigt wird, ist unser politisches deutsches Bürgertum. Und da wird man auch erst einmal in der Zukunft im vollen Umfang erkennen, daß dies das größte Glück für unser Volk war!

Nun hat Österreich endlich seinen Kahr erhalten [10]. Denn ich weiß nicht, wer noch so blöde sein kann, um zu glauben, daß das neue Kabinett Schober [11] wirklich ein Sieg der Heimwehren [12] ist. Es war ja so vorauszusehen. Sowie die Heimwehr, statt die bürgerlichen Parteien abzuwehren, in ihnen eine wertvolle Zunahme der eigenen Kraft erblickte, war es um sie

9 Der Entwurf für das neue Republikschutzgesetz sah in schweren Fällen eine Höchststrafe von 10 Jahren Zuchthaus, den Verlust von aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Ämtern und den Verlust der Fähigkeit vor, öffentliche Ämter zu bekleiden. Das Vermögen einer verbotenen verfassungsfeindlichen Organisation konnte zugunsten des Sitzlandes eingezogen werden. Druck der berichtigten Fassung vom 30.11.1929: Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 438, Anlagen, Nr. 1441.

10 Im Angesicht der sich zuspitzenden politischen Lage hatte die bayerische Regierung unter Ministerpräsident Eugen von Knilling den damaligen Regierungspräsidenten von Oberbayern Gustav von Kahr am 26.9.1923 zum Generalstaatskommissar von Bayern ernannt und ihm damit sämtliche in Bayern liegende Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden - mit Ausnahme der Gerichte und der Militärbehörden - direkt unterstellt. Vgl. Harold J. Gordon jr., Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, Frankfurt a. M. 1971, S. 193 ff. sowie Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923. Eingel. und hrsg. von Ernst Deuerlein, Stuttgart 1962, S. 180 ff.

11 Johannes Schober (1874-1932), Dr. jur., 1898 Eintritt in die Wiener Polizei, 1918-1922 und erneut 1922-1929 Polizeipräsident von Wien, 1921/22 Bundeskanzler und Außenminister, 1929/30 Bundeskanzler, 1930-1932 Vizekanzler und Außenminister.

12 Vgl. Dok. 79, Anm. 11.

geschehen [13]. Man täusche sich niemals darüber, daß unser politisches Bürgertum, ganz gleich, in welchem Lager es steht, gar nicht daran denkt, sich mit den Sozialdemokraten oder überhaupt dem Marxismus ernstlich auseinanderzusetzen. Juden und Freimaurer, die, wenn sie schon nicht überhaupt das große Wort führen, zumindest im verborgenen die bürgerlichen Parteigebilde dirigieren, haben wirklich verdammt kein Interesse daran, den Marxismus zu bekämpfen oder gar zu vernichten. Der ganze Krieg des Bürgertums gegen die Sozialdemokratie und den Kommunismus ist nur ein Kampf um den Futterplatz und weiter nichts. Eine so prinzipienlose Gesellschaft, wie sie unsere bürgerlichen Parteien umfassen, denkt gar nicht daran, das ganze Dasein auf eine einzige Entscheidung zu setzen. Gott bewahre davor! Das deutsche Bürgertum hat überhaupt nur eine einzige Angst, und das ist die Angst vor dem starken Mann. Es ist zum Aufheulen, wenn man in bürgerlichen Blättern manchmal von der "Regierung der starken Hand" hört. Es ist das immer nur die bürgerliche "Stärke", und dieses Bürgertum sieht alles als stark an, was in nächster Zeit die kleinen und großen politischen Schiebergeschäfte ermöglicht und garantiert. Nicht umsonst haben auch in Italien die bürgerlichen Parteien den Faschismus gehaßt wie die Pest. Einem bürgerlichen Parteipolitiker ist der Marxist, soferne er dank dessen Korruption auch auf die Möglichkeit des eigenen Mitschiebens rechnen kann, tausendmal sympathischer als ein überzeugter fanatischer Nationalist, dem die Größe des Vaterlandes höhersteht als die Gewinnstmöglichkeit [*sic!*] eines einzelnen. Daher ziehen sie auch tatsächlich jeden Juden jenem Deutschen vor, der starr und unverrückbar der Größe seines Volkstums alles andere unterzuordnen wünscht. Und daher erfaßt sie ja auch die größte Angst, sowie irgendeine Bewegung die endgültige Beseitigung des Marxismus befürchten läßt. Die Aufgabe des Herrn Schober in Wien ist selbstverständlich nicht die Aufgabe, die sich ein Mussolini gestellt hatte, nämlich: Rettung des Vaterlandes durch Vernichtung der Parteien [14], als vielmehr die Rettung der Parteien durch Vernichtung der dem Vaterlande allein dienen wollenden Heimwehren. Das Bürgertum hat zu dem Zweck seinen "starken Mann" abkommandiert. Die Heimwehrführer werden, soweit sie nicht ohnehin selbst parteipolitisch infiziert sind, in kurzer Zeit staunen, daß ihnen die Augen übergehen, wie sachte und sicher zugleich ihnen ihr Instrument aus der Hand gewunden wird oder im anderen Falle unter ihren Händen zerbröckelt. Für uns Nationalsozialisten muß das eine warnende Lehre sein. Der Herr behüte uns vor unseren bürgerlichen Freunden, der Feinde werden wir uns dann selbst erwehren.

13 Vgl. Dok. 79, Anm. 12.
14 Vgl. Dok. 3, Anm. 63.

15. Oktober 1929 Dok. 84
"Rundschreiben an sämtliche Ortsgruppen der N.S.D.A.P." Anordnung

Masch. Abschrift; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 297.

Das rapide Fortschreiten der Bewegung stellt uns mehr und mehr auch in finanzieller Hinsicht vor Aufgaben, die einzig und allein aus Mitgliedsbeiträgen heraus nicht gelöst werden können. Mangels eines Dispositionsfonds mußte bisher eine Reihe von Projekten zurückgestellt werden, deren Ausführung für die Bewegung mitunter von der größten Bedeutung gewesen wäre. Die Schaffung eines solchen Fonds ist bisher gescheitert, weil alle zu diesem Zweck eingeleiteten Aktionen (Sonderumlagen, Spenden etc.) nie den gewünschten Erfolg hatten. In jüngster Zeit sind Fälle eingetreten, die die Bereitstellung solcher Mittel als unerläßlich erscheinen lassen. Die Reichsleitung hat sich jetzt zum Ziel gesetzt, durch Darlehenshergabe ihrer Mitglieder raschestens einen

Dispositions-Fonds

zu schaffen, und erwartet hierzu die Unterstützung sämtlicher Nationalsozialisten [1].

Wenn auch unsere Mitglieder im allgemeinen nicht mit Glücksgütern gesegnet sind, so können doch zu diesem Zwecke die meisten einen Betrag von wenigstens 10,- RM aufbringen, ja viele haben sicherlich größere Beträge auf Instituten jüdischen Charakters liegen, die dann ihrerseits wieder mit diesem Gelde wirtschaften können. Nun ist unseren Mitgliedern Gelegenheit geboten, ohne daß von ihnen ein Opfer verlangt würde, der Bewegung zu dienen. (Siehe beiliegende Bestimmungen über Darlehensvergabe und Verzinsung [2].)

Es wird von jedem Ortsgruppenführer [*sic!*] erwartet, daß er diese Finanzaktion der Reichsleitung durch rascheste und größtmögliche Werbung bei seinen sämtlichen Mitgliedern unterstützt, zu welchem Zwecke eine entsprechende Anzahl Ausführungsbestimmungen und Zahlkarten beigelegt wird. Es liegt im Interessse der Bewegung, die Darlehen im Laufe der nächsten 14 Tage zur Verfügung zu stellen.

Wenn die Ortsgruppe durch Werbung und die P[*artei*]genossen durch aktive Mitarbeit ihrer Ehrenpflicht gegenüber der Partei genügen, so wird binnen kurzem ein Betrag flüssig werden, der die Finanznot der Partei ein für allemal behebt und die Durchführung der Ziele Adolf Hitlers in greifbarere Nähe rückt. Dazu gehört der Ankauf eines Geschäftshauses für die Zentrale [3], großzügiger Ausbau der Organisation und Propaganda sowie der S.A., ferner die Möglichkeit der Unterstützung der Hinterbliebenen von gefallenen Pgn., sowie in besonders gelagerten Fällen Gewährung von Zuschüssen an Gauleitungen usw.

---

1 Mit einem Rundschreiben des Reichsschatzmeisters Schwarz an sämtliche Gauleitungen vom 3.4.1930 wurde dieser Versuch eingestellt, der Partei Geldmittel zu verschaffen: "Der Erfolg hat den Erwartungen der Reichsleitung nicht entsprochen [...]"; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 297.

2 Der Zinssatz sollte 1/2% unter dem jeweiligen Reichsbankdiskont liegen, Mitte Oktober 1929 also 7%. Die Rückzahlung der Darlehen sollte erst nach einem Jahr möglich sein, für Beträge bis 100 RM mit 14tägiger, zwischen 100 und 500 RM mit monatlicher und für größere mit vierteljährlicher Kündigungsfrist. Vgl. Bestimmungen über die Hergabe von Darlehen durch die Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, München, zur Errichtung eines Dispositionsfonds, o. D.; BA, Slg. Schumacher 374.

3 Am 5.7.1930 konnte das Barlow-Palais in der Brienner Straße 45 als Parteizentrale erworben werden. Vgl. Bd. III/3.

Die Reichsleitung stellt, um die Ortsgruppen bei ihrer Werbetätigkeit anzueifern [*sic!*], eine Reihe von Prämien in Aussicht.

Der Dispositionsfonds wird bei der Reichsleitung durch ein von Adolf Hitler eingesetztes Kuratorium, bestehend aus den Pgn.

Dr. Wilhelm *Frick*, M. d. R.

Frz. *Schwarz*, Reichsschatzmeister

Philipp *Bouhler* [4], Reichsgeschäftsführer

verwaltet.

Die Zahlungen der Darlehen haben auf das Postscheckkonto der N.S.D.A.P. München Nr. 23319 Kuratorium (siehe anliegende Bestimmungen) zu erfolgen. Jeder diesbezgl. Schriftwechsel ist ausschließlich an die Reichsleitung zu richten.

gez.
Schwarz Dr. *Frick* *Bouhler*

Ich erwarte von allen Führern, daß sie dieses Finanzprojekt der Reichsleitung mit allen Mitteln fördern.

gez. A. Hitler

19. Oktober 1929 Dok. 85
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 19.10.1929.

Als im Jahre 1919 Deutschland von der bolschewistischen Meute immer ärger heimgesucht wurde, entstanden an allen Ecken und Enden "Selbstschutzorganisationen" [1]. Die frevelhaften Revolutionsmacher wurden die Geister nicht mehr los, die sie erst gerufen hatten. Es war eine eigenartige Situation. Auf der einen Seite drehte das Judentum mit allen Kräften der Bolsche-

4 Philipp Bouhler (1899-1945), Leutnant a. D., 1922/23 stellvertretender Geschäftsführer der NSDAP, 1924 Geschäftsführer der GVG, 1925-1934 Reichsgeschäftsführer der NSDAP, 1934 Polizeipräsident von München, 1934-1945 Chef der Kanzlei des Führers der NSDAP, 1945 Selbstmord.

1 Seit Mitte November 1918 bildeten sich in Deutschland unter den Bezeichnungen Bürger-, Polizeihilfs-, Schutz- oder Sicherheitswehren bewaffnete Verbände zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung, geduldet oder gefördert von der Reichsregierung und den Regierungen der Länder. Vgl. Hans-Joachim Bieber, Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918-1920, Hamburg 1992, S. 196 ff., 323 ff. sowie Erwin Könnemann, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 bis 1920), Berlin (Ost) 1971, S. 45 ff.

wisierung entgegen, auf der anderen empfand man aber doch, daß das damalige Deutschland in keinerlei Weise dafür genügend reif war. Ein bolschewistisches Chaos wäre damals an der eigenen Unmöglichkeit in kurzer Zeit zusammengebrochen, und wer weiß, ob dann nicht die Gewalt irgendein energischer Soldat erhalten hätte. So mußten die sozialdemokratischen Novembermänner in ihrer Angst, alles zu verlieren, das Ärgste zu verhüten versuchen. Es begann der Kampf um die "Ruhe und Ordnung". Das hatte auch noch das Gute, daß man damit einen Teil des an sich gedankenblöden Bürgertums mit den bisherigen Revolutionsmenschen aussöhnte. Während die rote Kanaille Moskauer Färbung auf der Straße tobte und das Bürgertum bis zum äußersten einschüchterte, riefen die Novemberusurpatoren zum Kampf für die "Ruhe und Ordnung" auf und gewannen damit einen Teil des deutschen Mittelstandes praktisch für die Republik. Denn der Kampf für die Ruhe und Ordnung war in Wirklichkeit der Kampf für die Stabilisierung des Novemberstaates. Nichts zeigt die innere Korruptheit der Revolutionsmacher nun besser als die Tatsache, daß ihr eigenes Gebilde von fremden Leuten geschützt werden mußte. Denn als die sozialdemokratischen Parteihäuptlinge ihren Scheinkampf für die "Ruhe und Ordnung" aufzuführen begannen, versagten deren eigene Parteigänger restlos. Idealisten bürgerlicher Zugehörigkeit sind es gewesen, die als Freikorpssoldaten den roten Terror brachen und damit die Republik befestigten [2]. Nicht wenige der Reichswehrgenerale von jetzt haben damals ihre Existenz den Augen der Öffentlichkeit gegenüber bescheiden verheimlicht, zumindest soweit sie zur obersten Leitung gehören. Es ist deshalb verständlich, wie so manchen dieser militärischen Oberführer Grund und Ursache des Bestandes der Reichswehr selbst nicht vollkommen klar zu sein scheint. Die jungen Freikorpssoldaten des Jahres 1919 haben mit Maschinenpistolen und Handgranaten an zahlreichen Orten Deutschlands die bolschewistischen Exzesse überwunden und damit ein allgemeines Fundament geschaffen, auf dem der neue Staat sich eine neue Wehrmacht aufbauen konnte. Die jungen Freikorps haben aber in Wahrheit aus nationaler Begeisterung, oder sagen wir aus nationalem deutschem Gefühl heraus gefochten, sie waren deshalb auch auf die Dauer für die Republik unverdaubar. Was der Novemberstaat brauchte, war eine von allen gefühlsmäßigen Empfindungen losgelöste Truppe, die ausschließlich nach disziplinären Gesichtspunkten aufgebaut ist, die jedem gehorcht, der befiehlt, und die von vorneherein nicht bestimmt ist, den Schutz des Reiches nach außen als vielmehr den Schutz der Regierungen nach innen zu übernehmen [3]. Denn wie schon gesagt: Seit dem November 1918 heißt die leitende Parole einer deutschen Wehrmacht nicht mehr Ehre und Freiheit nach außen, sondern Ruhe und Ordnung nach innen. Zunächst ergab sich allerdings im Jahre 1919 auf 1920 ein Zustand, in dem tatsächlich zwei militärische Formationen nebeneinander existierten: der letzte Ausklang der ehemaligen Armee des Freiheitskampfes und der werdende Beginn der kommenden Polizeitruppe. Im Jahre 1919 auf 1920 hatten sich aber die Freikorps zahlenmäßig mächtig erweitert und politisch zu orientieren versucht. Die unpolitischen Niederwerfer des Spartakusaufstandes waren langsam zur Überzeugung gelangt, daß ihr Bluteinsatz gar nicht die Folge hatte, die sie sich erhofften: Nicht ein nationales Deutschland wurde geschaffen, sondern ein antinationales befestigt. Über den Umweg

2 Vgl. Dok. 3, Anm. 20.
3 Vgl. Dok. 3, Anm. 39.

der Einwohnerorganisationen begannen Wehrverbände zu entstehen [4], die, wenn auch im einzelnen vollkommen unklar, trotzdem die Notwendigkeit einer Verbindung des militärischen mit dem politischen Gedanken fühlten. Es war verständlich, daß eine solche langsame Umstellung den Augen der Regierenden nicht verborgen bleiben konnte. Als sich das damalige Regiment zu schwach fühlte, von sich aus eine Abrüstung dieser bewaffneten Wehrverbände herbeizuführen, kam das Ausland zu Hilfe. Frankreich forderte die Entwaffnung der Einwohnerwehren, die Auflösung bewaffneter Verbände [5], und nun konnte man in Berlin hoffen, das politisch an sich so feige Bürgertum für eine solche Tat zu gewinnen. Es wurde damals der Reichsregierung vorgeworfen, daß sie selbst die französischen Forderungen veranlaßt habe, um einen Vorwand zur Auflösung der ihr gefährlich erscheinenden Verbände zu bekommen. Man ist die Antwort darauf bis heute schuldig geblieben. Jedenfalls aber begann seit damals die Verfolgung unbequemer nationaler Verbände unter Hinweis auf die Ausführungsbestimmungen zum Friedensvertrag. Das schamloseste und elendste Zeugnis, das sich ein Volk auszustellen vermag. Und heute erleben wir dasselbe Zusammenspiel. Unter Hinweis auf diese damaligen Ausführungsbestimmungen hat der preußische Innenminister elf Jahre nach Friedensschluß in einzelnen Westgebieten des Reiches den Stahlhelm verboten [6]. Gleichsam als Verhöhnung alles Rechts und alles Rechtsempfindens [*sic!*] motiviert man dieses ungesetzliche Vorgehen im einzelnen noch damit, daß "Übungen" abgehalten worden seien. Seit Jahren übt das Reichsbanner [7], und zwar wirklich militärisch, vor aller Augen. Seit Jahren wird von sozialdemokratischen Parteiministern ganz offen erklärt, daß das Reichsbanner eine Schutztruppe der Republik ist, und doch ist es noch keinem dieser Minister eingefallen, daraus einen militärischen Charakter abzuleiten, der gegen die Friedensverträge verstößt. Es ist ja klar, das Reichsbanner ist ein Garant der sozialdemokratischen Parteimißwirtschaft in Deutschland und der Stahlhelm nicht. Wenn die Stahlhelmleitung ihre Formationen bis an die Zähne bewaffnen würde, aber als Parole ausgäbe, den Schutz des sozialdemokratischen Schieber-, Gauner- und Korruptionsgesindels übernehmen zu wollen, dann wäre alles in Ordnung, und kein Hahn würde etwas nach "Übungen" krähen. Im Gegenteil! Dann würden sozialdemokratische Parteiminister Ehrenmitglieder des Stahlhelms sein. So ist das neue Stahlhelmverbot nur ein neues Glied in der endlosen Kette des marxistischen Terrors, dem sich die blöde Hammelmasse unseres jammervollen Bürgertums widerspruchslos unterwirft. Ein Terror, der dabei leider Gottes seine Kraft nicht durch seine eigene Stärke als vielmehr durch die suggestive Einbildung eben dieses Bürgertums erhält. Denn die wirkliche Macht dieser sozialdemokratischen Terrori-

---

4 Die nach den Berliner Märzkämpfen 1919 in ganz Deutschland aufgebauten Einwohnerwehren wurden auf Druck der Alliierten 1920/21 aufgelöst. Der Versuch, durch die Bildung von nichtstaatlichen Wehrverbänden die Auflösung zu umgehen, wurde zunächst durch die Reichswehr unterstützt. Die Wehrverbände entwickelten sich zu einem selbständigen politischen Machtfaktor mit zunehmend republikfeindlicher Tendenz. Nach dem gescheiterten Hitler-Putsch verloren sie ihren Einfluß, radikale Elemente gingen in die Illegalität. Vgl. Könnemann, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände, S. 118 f., 311 ff.; Hans-Joachim Mauch, Nationalistische Wehrorganisationen in der Weimarer Republik. Zur Entwicklung und Ideologie des "Paramilitarismus", Frankfurt a. M. 1982, S. 49 ff.

5 Vgl. Dok. 38, Anm. 7.

6 Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 132 ff.

7 Vgl. Dok. 2, Anm. 13.

sten ist in Wahrheit gleich Null. Das nationale Deutschland brauchte nur einmütig zu wollen, und die marxistische Pest wäre morgen überwunden. Man muß es aber begrüßen, daß durch solche einzelne Maßnahmen in immer breitere Kreise die Überzeugung von der Unzulänglichkeit der heutigen politischen Führung unseres Bürgertums getragen wird, daß immer mehr erkennen, wie unmöglich es ist, unter diesen jämmerlichen parlamentarischen Schwächlingen, die Nation vor dem Untergang zu retten, und wie notwendig es demgegenüber wäre, eine gemeinsame Front aus Stadt und Land zur Niederzwingung des frechen marxistischen Übermuts zu bilden. Wenn das nationale Deutschland unserer Städte morgen einem aktiven Bauerntum die Hand reicht, wird übermorgen die marxistische Seifenblase aufgeflogen und zerplatzt sein, und die Welt würde zweifelsfrei erkennen, daß es außer dem Deutschland der Barmat, Kutisker [8], Sklarz [9], Heilmann [10], Sklareks [11] usw. auch noch ein Deutschland der Ehre gibt, der Ehrlichkeit und des Anstandes, das tausendmal bedeutungsvoller ist als das der sozialdemokratischen Schwindler.

8 Julius Barmat und Iwan Kutisker, zwei Unternehmer ostjüdischer Herkunft, hatten von der Preußischen Staatsbank und anderen öffentlichen Kreditanstalten hohe Kredite erhalten, die sie nicht zurückzahlen konnten. Zur Aufklärung dieser Spekulations- und Bestechungsaffären, die unter anderem zur Entlassung des Reichspostministers Anton Höfle führten, konstituierten sich im Januar 1925 im Reichstag und im Preußischen Landtag zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse, in deren Mittelpunkt vor allem die Beziehungen Barmats zu führenden Sozialdemokraten standen. Kutisker wurde am 30.6.1926 zu fünf Jahren Zuchthaus und einer Geldstrafe von vier Millionen RM, Barmat am 30.3.1928 zu elf Monaten Gefängnis verurteilt. Vgl. Winfried Steffani, Die Untersuchungsausschüsse des Preußischen Landtages zur Zeit der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Entwicklung, Funktion und politischen Bedeutung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, Düsseldorf 1960, S. 169 ff.

9 Die Brüder Georg, Heinrich und Leon Sklarz waren in mehrere aufsehenerregende Betrugs- und Korruptionsskandale mit politischem Hintergrund verwickelt. Vgl. aus antirepublikanischer Sicht: Gottfried Zarnow, Gefesselte Justiz. Politische Bilder aus deutscher Gegenwart, Bd. 1, München 1930, S. 12 ff.

10 Ernst Heilmann (1881-1940), 1909-1917 Chefredakteur der Chemnitzer "Volksstimme", 1919 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung Preußens und MdL bis 1933 (SPD), seit 1924 Vorsitzender der Landtagsfraktion, 1928-1933 MdR, 1940 im KZ Buchenwald ermordet.
Heilmann war Verwicklung in den Barmat-Fall vorgeworfen worden. Vgl. Zarnow, Gefesselte Justiz, Bd. 2, München 1932, S. 96 ff.

11 Anspielung auf den Ende September 1929 von der KPD aufgedeckten Betrugs- und Korruptionsskandal um die Brüder Max, Willy und Leo Sklarek, in den auch der Berliner Oberbürgermeister Gustav Böß verwickelt war. Vgl. Christian Engeli, Gustav Böß. Oberbürgermeister von Berlin 1921-1930, Stuttgart 1971, S. 229 ff.

22. Oktober 1929 Dok. 86
"Betreff: Geistige Vorbereitung des zukünftigen nationalsozialistischen Staatsaufbaues"
Anordnung

Gedrucktes Exemplar; BA, Slg. Schumacher 373.

Die N.S.D.A.P. hat bisher den Nachdruck ihrer politischen Tätigkeit darauf gerichtet, die den heutigen Staat und die heutige Gesellschaft beherrschenden volksfeindlichen Kräfte in ihrem verderblichen Wirken bloßzustellen und zu bekämpfen.

Dieser Kampf muß auch in Zukunft mit gesteigerter Wucht und unter Ausnützung aller gesetzlichen Mittel bis zur Erringung der politischen Macht im Staate fortgesetzt werden.

Daneben muß aber, entsprechend dem Anwachsen der Bewegung, allmählich immer mehr die geistige Vorbereitung für den Aufbau des zukünftigen nationalsozialistischen Staates treten.

Wenn einmal die morsche Hülle des heutigen Staates zusammenbricht, dann müssen die Fundamente des nationalsozialistischen Staates fertig sein. Das geistige Material für den Neubau und die geschulten Baumeister und Werkleute müssen bereit sein.

Wir müssen uns also auf allen Gebieten des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens darüber klar werden, welche *Neuordnung* wir an die Stelle der heutigen Zustände setzen wollen.

Die *Mittel und Wege*, die zu der erstrebten Neuordnung führen, lassen sich auf weit hinaus *im einzelnen* nicht festlegen: denn sie hängen von der nicht vorauszusehenden Art der Entwicklung der innen- und außenpolitischen Lage ab, aber das als *Fernziel* dienende *Wunschbild der Neuordnung* läßt sich klar und scharf herausarbeiten und die verschiedenen Möglichkeiten und etwaigen Zwischenstufen für den Weg zum Ziel lassen sich studieren.

Es handelt sich also jetzt darum, die Auswirkung unserer völkischen Weltanschauung und nationalsozialistischen Staatsauffassung auf die Grundanschauungen in den einzelnen *Fachgebieten* geistig durchzuarbeiten und auf diese Weise *feste Grundlagen* und bestimmte *praktisch verwertbare Vorschläge* für die zukünftige Neugestaltung des Staates zu gewinnen.

Zu diesen Zwecken müssen die in der Bewegung vorhandenen geistigen Kräfte mehr als bisher *planmäßig* ausgenützt werden.

Für die Bearbeitung der einschlägigen Probleme sind außer gefestigten nationalsozialistischen Grundanschauungen auch gründliche Kenntnisse und Erfahrungen auf den einzelnen Fachgebieten notwendig.

Die zu leistende Arbeit wird zunächst in der Einreichung von *Denkschriften* an die Parteileitung (Org.-Abtlg. II [1]) und in der Abhaltung von *Vorträgen mit anschließender Besprechung* vor kleineren Kreisen von Parteigenossen und allenfalls der Bewegung nahestehenden

---

1 Zweck der im Juni 1929 gegründeten "Organisations-Abteilung II" war nach den Erinnerungen des Leiters Konstantin Hierl die "Vorbereitung künftiger Staatsaufbauaufgaben". Wesentliche Erfolge konnte die Abteilung nicht vorweisen. 1932 wurden die beiden Organisationsabteilungen unter Leitung von Gregor Straßer vereinigt. Vgl. Konstantin Hierl, Im Dienst für Deutschland 1918-1945, Heidelberg 1954, S. 64 sowie Wolfgang Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1933), Düsseldorf 1972, S. 381 f.

Fachleuten bestehen. In größeren Ortsgruppen wird sich hiefür die Bildung besonderer *Arbeitsgemeinschaften* unter zielbewußter Leitung empfehlen.

Die Org.-Abtlg. II wird von Zeit zu Zeit bestimmte Aufgaben und Fragen bekanntgeben, deren Bearbeitung besonders empfohlen wird. Daneben können natürlich auch andere Stoffe, für die geeignete Fachbearbeiter vorhanden sind, behandelt werden.

Für den Winter 1929/30 werden zunächst folgende Aufgaben zur Bearbeitung empfohlen:

1.) Besprechung des Buches "Das Erbe der Enterbten" von Rudolf Böhmer, (Verlag Lehmann, München-SW 4, Preis RM. 6.50) [2]

Wie ist der von Böhmer [3] gezeigte Weg zur sozialen Befreiung grundsätzlich zu beurteilen? Wie sind seine praktischen Vorschläge im einzelnen zu bewerten? Können bessere Vorschläge gemacht werden?

2.) Besprechung der Schrift "Wirtschaftsauffassung und Gewerkschaftspolitik des Faschismus" mit der Carta del Lavoro vom 21. April 1927. Von R. Hönigschmid-Großich u. A. Dresler. (Südostverlag A. Dresler, München, Barerstr. 32/II, Preis 70 Pfg.) [4]

Wie ist die faschistische Wirtschaftsauffassung und Wirtschaftspolitik zu beurteilen? Ist die faschistische Gewerkschaftspolitik auch auf deutsche Verhältnisse anwendbar? Entwurf eines deutschen "Arbeitsgesetzes".

Besonders betont werden muß, daß es sich bei den erwähnten Vorträgen, Besprechungen und Denkschriften zunächst nur um *vorbereitende Arbeiten innerhalb der Partei* handelt [5]. Ob, wann und wie das Ergebnis solcher Arbeiten als *"nationalsozialistische Auffassung"* öffentlich bekanntgegeben und für die Werbetätigkeit verwertet werden kann, muß sich die *Parteileitung vorbehalten.*

gez. *K. Hierl* [6]

---

2 Das Buch war 1928 erschienen. Böhmer teilt das Volk in zwei, von Geburt an festliegende Gruppen: Diejenigen, die erben oder Aussicht auf ein Erbe haben, nennt er die Besitzenden, alle anderen, die ihren Lebensunterhalt durch abhängige Beschäftigung aufbringen müssen, die Besitzlosen. Diese Spaltung sei durch die industrielle Revolution verursacht. Erbe und damit Privatbesitz ist für ihn Ausdruck sozialer Freiheit. Der Erwerb von Raum soll Aufgabe des Staates sein, um alle Angehörigen des Volkes wieder zu Besitzenden zu machen. Nur auf diese Weise sei die soziale Frage zu lösen. Den Anspruch auf Raum begründet Böhmer rassistisch mit der Tüchtigkeit eines Volkes.

3 Rudolf Böhmer (geb. 1875), Bezirkshauptmann in Lüderitzbucht (Südwestafrika), völkischer Schriftsteller.

4 Das Buch von Rüdiger Hönigschmid-Großich und Adolf Dresler war 1927 erschienen. Darin wird die faschistische Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die ständische Ordnung des Staates und der Wirtschaft in Italien als erfolgreich und beispielhaft dargestellt.
Zur Carta del Lavoro, einem sozialpolitischen Programm der faschistischen Bewegung zur Neugestaltung des Arbeitsrechts, vgl. Lyttelton, The Seizure of Power, S. 344 ff.

5 Ende Dezember 1929 konkretisierte sich das Projekt zur Herausgabe eines "Handbuches der nationalsozialistischen Volkswirtschaftslehre". Vgl. Dok. 117.

6 Konstantin Hierl (1875-1955), 1895 bayerischer Leutnant, 1911-1914 Lehrer an der Kriegsakademie München, 1919 Führer eines Augsburger Freikorps, 1921-1924 Reichswehrministerium, 1924 als Oberst verabschiedet, 1925-1927 Mitglied der Führung des Tannenberg-Bundes, 1927 Eintritt in die NSDAP, 1929-1932 Leiter der Organisationsabteilung II bei der Reichsleitung der NSDAP, 1930-33 MdR, 1933 Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium für den Arbeitsdienst, 1934 Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst, 1935-1945 Reichsarbeitsführer.

Ich ersuche die Herren Gauleiter und Ortsgruppenführer, von nun ab auch der vorbereitenden Arbeit im Sinne vorstehender Verfügung ein besonderes Augenmerk zu schenken. Stattfindende Vorträge sind der Parteileitung (Org.-Abtlg. II) durch die Ortsgruppenführer vorher zeitgerecht zu melden.

gez.: *Adolf Hitler*

23. Oktober 1929 Dok. 87
Anordnung

VB vom 23.10.1929.

Bekanntmachung

Zum Leiter des Untergaues Groß-München [1] ernenne ich mit Wirkung vom 1. November 1929 Pg. Adolf *Wagner* [2] M. d. L., Gauting bei München.

gez. *Adolf Hitler*

---

1 Der am 1.10.1928 gebildete bisherige Untergau München unterstand direkt der Reichsleitung (Vgl. Bd. III/1, Dok. 16) und besaß keinen eigenen Gauleiter. Am 1.11.1929 wurde er in Untergau Groß-München umbenannt. Vgl. Tyrell, Führer, S. 378.

2 Adolf Wagner (1890-1944), 1919-1929 Direktor verschiedener Bergwerksgesellschaften, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924-1933 MdL in Bayern (Völkischer Block, ab September 1925 NSDAP), 1928 Gauleiter des Gaues Oberpfalz, 1929 Untergauleiter des Gaues Groß-München, 1930 Gauleiter von München-Oberbayern, 1933 stellvertretender bayerischer Ministerpräsident und Minister des Innern, 1936-1942 Minister für Kultus und Unterricht.

25. Oktober 1929 Dok. 88
Rede auf Kundgebung des bayerischen Landesausschusses für das deutsche Volksbegehren in München [1]

VB vom 27./28.10.1929, "Wir kennen nur eine Verantwortung, die Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk" [2].

Wir hören unsere politischen Gegner heute sagen, daß sie vermeiden möchten, daß Deutschland in einen *Bürgerkrieg* verwickelt wird. Und doch leben wir in einem Zustand, der in jedem anderen Staat als Bürgerkrieg bezeichnet würde. Zum Beleg dafür verliest Hitler die Liste der marxistischen Überfälle und Morde an S.A.-Leuten in den letzten drei Tagen und stellt fest, daß am ersten Tag die nationalsozialistische Bewegung 1 Toten und 15 Schwerverletzte, am nächsten Tag 1 Toten und 41 Schwerverletzte und laut Meldungen von *heute 16* Schwerverletzte zu verzeichnen hat [3]. (Große Unruhe und Empörung.)

Das erleben wir jetzt seit Wochen und Wochen, und diese ganze *Presse,* die sonst jeden Schmarren ihren Lesern auftischt, *erwähnt mit keiner Silbe diesen Terror, der seinesgleichen noch nie gehabt hat* [4]. Was wir im Kleinen erleben, erleben wir an Terror auch im Großen.

---

1 Im Zirkus Krone nach 19.30 Uhr. Die Kundgebung des Bayerischen Landesausschusses für das deutsche Volksbegehren (Anfang September 1929 in München gegründet, vgl. Frankfurter Zeitung vom 3.9.1929 (AA), "Hugenbergs bayrische Schar"; zum Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren vgl. Dok. 50, Anm. 1) wurde von Robert Ritter von Xylander geleitet. Vor Hitlers über einstündiger Rede sprach Alfred Hugenberg. Wegen Überfüllung des Saals wurde eine Parallelveranstaltung abgehalten. Unter dem Motto "Gegen die Putschisten des Volksbegehrens" veranstaltete die SPD drei Gegenkundgebungen. Bei anschließenden Zusammenstößen zwischen Reichsbanner und Stahlhelm wurde zwei Reichsbannerangehörige leicht verletzt.

2 Vgl. Münchener Post vom 26./27.10.1929, "'Vaterländische' Zirkusvorstellung"; Münchner Neueste Nachrichten vom 26.10.1929, "Die Kundgebung im Zirkus Krone"; Frankfurter Zeitung vom 26.10.1929 (AA), "Resignation Hugenbergs"; Vossische Zeitung vom 27.10.1929 (PA), "Wieder einmal Zirkus Krone".

3 Am 20.10.1929 starb der am 5.10.1929 bei einer Saalschlägerei in Schwarzenbach a. W. schwer verletzte SA-Mann Karl Rummer. Am 21.10.1929 erlag der am 18.10.1929 bei einer Schlägerei zwischen Kommunisten, SA und Stahlhelm in Duisburg durch einen Messerstich verletzte SA-Sturmführer Heinrich Bauschen seinen Verletzungen. Mitte Oktober 1929 war es in mehreren Städten Deutschlands zu von Nationalsozialisten ausgelösten blutigen politischen Krawallen gekommen. Vgl. Vossische Zeitung vom 20.10.1929 (PA), "Wie lange noch? Bewaffnete Terrorbanden der Nationalsozialisten"; vom 22.10.1929 (PA), "Neue Ausschreitungen der Nationalsozialisten"; VB vom 23.10.1929, "Wieder zwei Nationalsozialisten ermordet"; vom 24.10.1929, "Blut! Blut! Blut!".
Am 9.12.1929 legte der Reichsminister des Innern, Carl Severing, den Ländern einen für den Strafrechtsausschuß des Reichstags angefertigten Bericht vor, in dem, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, Gewalttaten der radikalen politischen Parteien seit Ende Juli 1929 aufgelistet waren. Darunter sind auch zahlreiche Überfälle und Angriffe von Nationalsozialisten dokumentiert. Druck: Gotthard Jasper, Zur innerpolitischen Lage in Deutschland im Herbst 1929. In: VfZ 8 (1960), S. 280-289.

4 In der Ministerbesprechung vom 3.10.1929 hatte der Reichsminister des Innern, Carl Severing, Vorschläge für Maßnahmen gegen das Volksbegehren gegen den Young-Plan gemacht. Er schlug Rundfunkvorträge durch Reichsminister und Minister der Länder, einen Aufruf der Reichsregierung, der durch bekannte Persönlichkeiten unterstützt werden sollte, Aufrufe von politischen Parteien, besonderen Schutz für Versammlungen und Flugschriften gegen das Volksbegehren vor. Darüber hinaus regte er an, den Beamten des Reiches, der Länder und Kommunen, die sich für das Volksbegehren einsetzen sollten, mit Disziplinarmaßnahmen zu drohen. Das Kabinett stellte 350.000 RM für diese Zwecke außerplanmäßig zur Verfügung. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 998 ff.

Rechtsbruch um Rechtsbruch in der freiesten Demokratie der Welt, Unterdrückung jedes einzelnen seitens der Regierung, den sie zu unterdrücken vermag, Disziplinierung von Beamten [5], Kündigungen von Unternehmern gegen Angestellte, die sich für ein gesetzlich zulässiges Volksbegehren einzeichnen. Dazu eine Flut von Verleumdungen und Verdrehungen, mit denen diese feindliche Front arbeitet.

Warum das alles?

In der Münchener Presse wird es uns stark angekreidet, daß wir uns in *einer Front* zusammengefunden haben. Sie schreibt: Wie können die Nationalsozialisten zu Hugenberg gehen? Und die Bürgerlichen sagen: *Wie kann Hugenberg mit Hitler gehen?*

Ich frage sie etwas anderes: *Wie kann denn ein Erhard Auer* [6], *Breitscheid* [7], *Crispien, Paul Levi, Goldschmidt mit einem Wohlmuth gehen?* (Starker Beifall.) Wie kann Paul Levi und Breitscheid mit einem Koch [8] gehen? Es hat sich schon längst *eine Front in Deutschland* gebildet, und dieser steht eine andere Front gegenüber. Wenn sie uns heute als die Front der Reaktion bezeichnen, müßten die anderen die Front der Revolution sein. Staunenswert ist nur, wie in dieser Revolution ein Herr *Schäffer* [9] sich einfühlen kann. Man verfolgt uns doch, weil wir *revolutionär* sind! Nein,

---

5 Auf eine Anfrage des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren hatte der Reichsminister des Innern, Carl Severing, Mitte Oktober 1929 mitgeteilt: "Die Reichsregierung ist bereit, die verfassungsmäßigen Rechte der Beamtenschaft vor jeder unzulässigen Beeinträchtigung zu bewahren. Nach der Rechtsprechung des Reichsdisziplinarhofs muß sich jedoch auch der Beamte bei der Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte innerhalb des gebotenen Anstandes und insbesondere der Strafgesetze halten. *Paragraph 4 des Volksbegehrens überschreitet diese Grenze.* Indem er die Tätigkeit von Reichspräsident und Reichsregierung als Landesverrat zu brandmarken sucht, enthält er eine Beschimpfung der höchsten Organe des Reiches. Die erdrückende Mehrheit der deutschen Beamtenschaft teilt übrigens die Rechtsüberzeugung der Reichsregierung, wie sich aus den dankenswerten Aufrufen der Beamtenorganisationen ergibt. Die Reichsregierung ist nicht in der Lage und nicht gewillt, Beamte, die durch Eintreten für diesen § 4 des Volksbegehrens die verfassungsmäßige Grenze überschreiten, vor disziplinarischem Einschreiten der zuständigen Behörden zu schützen." Vgl. Frankfurter Zeitung vom 17.10.1929 (2. MA), "Severing über Beamtenschaft und Volksbegehren".

6 Erhard Auer (1874-1945), Kaufmann, 1907-1933 MdL (SPD) in Bayern, 1908-1921 Geschäftsführer der SPD in Bayern, November 1918 bis Februar 1919 bayerischer Innenminister (durch Attentat schwer verletzt), 1919 Mitglied der Nationalversammlung, 1920-1932 I. Vizepräsident und 1932/33 II. Vizepräsident des Bayerischen Landtags, 1921-1933 Chefredakteur der "Münchener Post", 1929-1933 Stadtrat in München, 1933/34 in Haft.

7 Rudolf Ernst Breitscheid (1874-1944), Journalist, 1898 Dr. rer. pol., 1904 Stadtverordneter in Berlin, 1908 Mitbegründer der Demokratischen Vereinigung, 1910-1912 Herausgeber der Wochenzeitung "Das freie Volk", 1912 Eintritt in die SPD, 1914-1920 Stadtverordneter in Berlin-Wilmersdorf, 1917 Übertritt zur USPD, November 1918 bis Januar 1919 preußischer Innenminister, 1920-1933 MdR (USPD, später SPD), 1926-1930 Mitglied der Völkerbundskommission, 1928 im Fraktionsvorstand, 1933 Emigration, 1941 in Frankreich verhaftet und ausgeliefert, 1944 im Konzentrationslager Buchenwald umgekommen.

8 Erich Koch (seit 1925 Koch-Weser, 1875-1944), Jurist, 1901 Bürgermeister von Delmenhorst, MdL in Oldenburg (Nationalliberale Partei), 1909 Stadtdirektor von Bremerhaven, 1913 Oberbürgermeister von Kassel, 1918 Beitritt zur DDP, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, Mitglied des Parteivorstands, Oktober 1919 bis Mai 1921 Reichsminister des Innern, 1920-1930 MdR, 1924 Fraktionsvorsitzender, Juni 1928 bis April 1929 Reichsjustizminister, 1930 Mandatsrückgabe, Rücktritt von allen Parteiämtern, 1933 Emigration nach Brasilien.

9 Fritz Schäffer (1888-1967), Jurist, 1917 Eintritt in den bayerischen Staatsdienst, 1920 in das Ministerium für Kultus und Unterricht berufen, 1920-1933 MdL in Bayern (BVP), 1929-1933 Vorsitzender der BVP, nach 1933 mehrmals in Haft, Mai bis September 1945 bayerischer Ministerpräsident, 1949-1957 Bundesfinanzminister, 1957-1961 Bundesjustizminister.

die eine Front heißt deutsche Front, die andere Young-Front [10].

(Starker Beifall.)

Was wollen die beiden Fronten?

Kurz gesagt, will die Young-Front, daß es so bleibt, wie es jetzt seit 10 Jahren ist, und *unsere* Front will, *daß es wieder anders wird.*

Da sagt ein Blatt wie die "M.N.N.": *Dazu ist es jetzt zu spät,* dazu wäre Zeit gewesen 1919 oder 1920! [11] Jawohl, wäre damals auch die Zeit dazu gewesen. Wir haben damals dasselbe vertreten, was wir heute vertreten. Wo war damals (mit einem Blick auf den vollbesetzten Pressetisch) die Presse in München? Auch damals hieß es: Dazu ist es jetzt zu spät, das hätte man 1915/16 machen müssen! Und in 10 Jahren wird eine solche Zeitung schreiben: Dazu ist es zu spät, das hätte man 1929 machen können! Jawohl, *und deshalb machen wir es!* (Stürmischer Beifall.)

Die Young-Front von heute ist nicht jung, es ist dieselbe Front, die wir seit 11 Jahren genau kennen und die konsequent das verfolgt, was sie auch jetzt verteidigt. Sie ist eine alte Front, die eigentlich schon weit in den Friedenszustand zurückreicht, vielleicht im Jahre 1918 ihren lebendigsten Ausdruck fand in den Kräften, die damals zum Zusammenbruch trieben und denen, die zu feig waren, sich dem Zusammenbruch entgegenzustemmen. Diese beiden Kräfte, die bewußt zerstören, sehen wir heute wieder nebeneinander.

Gewiß hilft die Bayerische Volkspartei nicht aus innerer Absicht mit an der Zerstörung Deutschlands, dazu ist sie zu schwach, aber aus Liebe zur Gemächlichkeit geht sie einen Weg mit, der Deutschland in den Abgrund führen muß. *Im Völkerleben ist feige Duldung ein genauso großes Verbrechen wie bewußte Zerstörung.*

Nun sagt man freilich: Das ist eine Angelegenheit der Regierungen. Das Wort Regierung ist ein Begriff mit verschiedenem Inhalt. Mit der Änderung der Regierung ändert sich auch der Inhalt, jede Regierung glaubt selbstverständlich an sich und ist überzeugt von der Unersetzbarkeit und der Vorzüglichkeit ihres eigenen Daseins. Das Urteil, das die Regierungen sich selbst ausstellen, ist für die Geschichte belanglos. Dieses Urteil fällt erst die Nachwelt endgültig und für immer.

Was heißt heute das Wort "Reichskanzler"? Einst hieß es *alles*, verkörpert in *einem* Mann namens *Bismarck*, heute heißt es *gar nichts,* denn es ist verkörpert in einem Namen - *Müller.*

Regierungen sind aber nicht nur in ihrem Wert an sich im Laufe der Zeit verschieden, sondern vor allem *vergänglich*. Wer will sie rückwirkend zur Verantwortung ziehen? Wohl wird die Geschichte ihr Urteil fällen. Aber welchen Eindruck wird dieses Urteil machen auf Männer, selbst wenn sie es erleben, die glücklich sind, wenn ein *Republikschutzgesetz* sie im *Augenblick* vor der Kritik der Mitwelt in Schutz nimmt [12]. *Was heute Regierung spielt, sieht*

10 Zum Young-Plan vgl. Dok. 41, Anm. 11; Dok. 54, Anm. 5.

11 Gemeint ist der Artikel "Young-Plan/Volksbegehren" von Prof. Dr. Walther Lotz (Universität München) der mit den Worten schließt: "Eine Volksbewegung hätte 1919 Sinn gehabt, wenn sie in Unterstützung der Stellungnahme des Grafen Brockdorff-Rantzau zur Verwerfung des Versailler Friedens oder 1924 zur Ablehnung des Dawes-Planes eingesetzt hätte. Dazu hatten wir aber weder 1919 noch 1924 die Nerven. Heute können wir klar bei ruhigen Nerven uns entscheiden. Hoffentlich zeigt sich das deutsche Volk gegenwärtig als ein politisch reifes Volk bei der Entscheidung über sein Geschick." Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 20.10.1929.

12 Vgl. Dok. 3, Anm. 31.

im Augenblick die Bedeutung, sie klammert sich an alle Möglichkeiten, die im Augenblick liegen. Die Vergangenheit verurteilt sie so oder so. In der Zukunft wird ihr Name nichts sein, man wird sie einschreiben in das *Buch der Raritäten der Weltgeschichte,* die sich frägt, *wie es möglich ist, daß ein Volk, wie das deutsche, so etwas als Regierung haben konnte.*

Ich sehe hier verschiedene Fahnen, Fahnen des alten Deutschlands [13] und Fahnen des kommenden Deutschlands [14]. Und für diese Fahnen sind einst viele gefallen, und ich glaube, für diese Fahnen werden noch viele fallen. Und setzen Sie die Fahnen der Republik derselben Belastungsprobe aus, die die alten Symbole ausgehalten haben, sie würde zerfliegen wie Dunst. Heute ist es nicht der Glaube an diese Fahnen, der sie zusammenhält, sondern die *Rentabilität,* die damit verbunden ist. (Stürmischer Beifall.) Die politische und wirtschaftliche Rentabilität. *Gewiß, viele beten den heutigen Zustand an, denn sie haben erkannt, daß sich in ihm Geschäfte machen lassen, die früher undenkbar gewesen wären.* Aber eines Tages werden die Regierungen vergehen, andere kommen und wieder vergehen,

was bleibt, ist das Volk.

Und was sich diese Regierungen an Versagern leisten, löffeln nicht sie aus, sondern das Volk. Wenn heute ein Minister sagt [15]: Es ist eine Gemeinheit, daß man uns mit Gefängnis bedroht, wenn wir etwas tun, *was das Volk nicht will* [16], so antworten wir: Ist es nicht eine tausendmal größere Gemeinheit, wenn man ein großes Volk lebenslang schlecht führt, wenn man immer wieder erklärt, daß es besser wird, und es tritt das Gegenteil ein, ist es nicht eine Gemeinheit, *wenn man Millionen von Existenzen vernichtet, um dem Ausland Tribute zahlen zu können, wenn man Millionen von Deutschen den Spargroschen wegstiehlt* [17], eine Gemeinheit, wenn man Menschen, die im Krieg Helden gewesen sind, als Kriegsverbrecher vor den Kadi schleppt [18], oder wenn man ein Volk steuerlich zugrunde richtet, wieder um Tribute zahlen zu können, wenn man ein Volk so zugrunde wirtschaftet, daß jährlich 60.000 Menschen den Gashahn aufdrehen müssen? [19] Oder wenn eine Regierung erklärt, daß Beamte kein Recht haben, für das Volksbegehren einzutreten, *weil sie von der Regierung bezahlt werden* [20]*?* Nein, ihr Herrschaften, die Republik bezahlt gar niemanden, die Staatsbürger tun es mit ihrem Steuergroschen.

---

13 Schwarz-weiß-rot quergestreift. Vgl. Dok. 61, Anm. 5.

14 Bezieht sich auf die Hakenkreuzflagge. Vgl. Dok. 61, Anm. 30.

15 Im Vorfeld der Eintragung hatten sich die Reichsminister Carl Severing, Theodor von Guérard, Georg Schätzel und Hermann Dietrich im Rundfunk gegen das Volksbegehren ausgesprochen. Vgl. Friedenthal, Volksbegehren, S. 241.

16 Bezieht sich auf den auch unter den Initiatoren umstrittenen § 4 des "Gesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes", der "Reichskanzler, Reichsminister und deren Bevollmächtigte" mit Bestrafung wegen Landesverrats bedrohte, die neue Verpflichtungen übernehmen würden, die auf der Anerkennung der Kriegsschuld beruhten. Druck: Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 438, Anlagen, Nr. 1429.

17 Vgl. Dok. 17, Anm. 23.

18 Zur Strafverfolgung deutscher Kriegsverbrechen durch das Reichsgericht in Leipzig vgl. Walter Schwengler, Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20, Stuttgart 1982.

19 Möglicherweise Hörfehler bei der Mitschrift. Vgl. Dok. 7, Anm. 33.

20 Vgl. Anm. 5.

In dieser Republik wird der Beamte entweder bezahlt wegen seiner Leistung, dann geht die Regierung das, was er außerhalb seines Dienstes tut, gar nichts an. Oder er wird bezahlt wegen seiner Gesinnung, dann ist das Korruption. (Stürmischer Beifall.)

Wenn aber Beamte wegen ihrer Gesinnung gehalten werden, dann tritt das ein, was wir jeden Tag in endloser Reihenfolge in der Presse lesen können: *ein Skandal nach dem anderen,* ein Betrug nach dem anderen, eine Bestechung nach der andern [21]. Die deutsche Regierung hat ein dickes Fell bekommen. Wenn diese Dinge vor 15 Jahren vorgekommen wären, so hätte das Ereignis eines Tages genügt, um eine Regierung wegzufegen. *Sie steht heute so fest, daß hundert Skandale sie nicht wegzufegen vermögen.*

Verantwortungen

Wenn die Bayerische Volkspartei sagt, daß es *unverantwortlich* sei, ein solches Volksbegehren zu inszenieren [22], so fragen wir: Wer ist von *denen* verantwortlich, wer übernimmt die Verantwortung für den Dawes-Plan [23]? Herr Auer schreibt jetzt: *Heraus aus dem Dawes-Elend [24]!* Er, der uns früher angegriffen hat, wenn wir den Dawes-Plan als die Ursache des kommenden Elends bezeichnet haben! *Aber kein Mensch trägt die Verantwortung dafür.*

Wir werfen diesen Regierungen vor, erstens, *daß sie der Welt das wahre Gesicht des deutschen Volkes unterschlagen haben.* Was sie als Deutschtum darzustellen belieben, ist nicht Deutschland, sondern der Abschaum unseres Volkes. Wenn die Welt unser Volk kennen will, darf sie nicht achten auf das, was unsere deutschen Regierungen ihr in Freiheit dressiert vorführen.

Es ist das 4 1/2 Jahre an der Front gewesene deutsche Volk, das diese Regierung der Welt seit 10 1/2 Jahren unterschlagen hat.

Zweitens werfen wir dieser Regierung vor, *daß sie den Charakter unseres Volkes umfälscht,* um der Welt diesen verfälschten Charakter als Wesen unseres deutschen Volkes darzustellen. Das deutsche Volk ist nicht identisch mit diesem erbärmlichen Kadavergehorsam und Helotentum, das man der Welt vorstellt.

Drittens werfen wir ihr weiter vor, daß sie in der Innenpolitik *keine Kraft will*, jede Kraftwelle verbaut, um sagen zu können: Wir können keine Machtpolitik treiben, weil wir im Kern kein kraftvolles Volk besitzen. Der verstorbene Reichsaußenminister sagte: Wir dürfen nicht dulden, daß dieses militaristische Element die Oberhand gewinnt, und nach außen sagte er: Ich kann keine andere Politik betreiben, als die der Versöhnung, weil ich zu Hause kein Volk der Kraft besitze [25]!

---

21 Vgl. Dok. 85, Anm. 11.

22 Am 15.10.1929 hatten Zentrum und BVP in einer gemeinsamen Erklärung davor gewarnt, daß das Volksbegehren geeignet sei, "eine rückläufige Entwicklung hervorzurufen, für deren Gefahren kein besonnener Staatsmann die Verantwortung übernehmen kann". Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 188.

23 Vgl. Dok. 1, Anm. 15.

24 Bezieht sich wahrscheinlich auf den Artikel "Die Machenschaften der Young-Plan-Töter" in der Münchener Post vom 19./20.10.1929, der die Vorteile des Young-Plans gegenüber denen des Dawes-Plans hervorhebt, allerdings nicht von Erhard Auer gezeichnet ist.

25 Zur Außenpolitik Stresemanns vgl. Dok. 4, Anm. 2.

Endlich werfen wir ihr vor, *daß sie uns einen geistigen, kulturellen und moralischen Verfall gebracht hat.* Daß wir auf allen Gebieten kulturellen Lebens von allen anderen Völkern über die Schulter angesehen werden.

Ferner werfen wir ihr vor, *daß sie den Glauben an jedes Recht langsam zerbrochen hat.* Millionen von Menschen existieren, die nicht mehr glauben, daß es in diesem Staate gerecht zugeht.

Wir werfen ihr vor, *daß sie dem Volke die gesamte Hoffnung untergraben hat,* daß Millionen Deutsche in den Tag hineinleben, von Verzweiflung getrieben. Wenn ein Volk kein gemeinsames Gefühl mehr kennt, beginnt die Jagd nach dem einzelnen Glück, beginnen diese Mantelgeschichten [26], dann zerfällt ein Volk in Berufe, Stände, Klassen und Parteien. Das haben wir heute vor uns.

Das Programm der nationalen Ehre

Wenn eine Regierung in 10 Jahren so versagt, bleibt nur eine Hoffnung, die Hoffnung auf den Urquell, das Volk, das das [*sic!*] *Volk selbst. Es ist für uns das letzte, jenes deutsche Volk, das im Wandel der Geschichte bald oben, bald unten war, und immer wieder seine lebendige Kraft bewährte, nach Zeiten des größten Verfalls Proben der unerschöpflichen Lebenskraft gegeben hat.*

Dieses Volk allein wollen wir vertreten. Das Volk vertritt nur der, der in sich die Wesenszüge dieses Volkes aufnimmt. Die Wesenszüge unserer Regierung hat Clausewitz gekennzeichnet: sie sind schlimm und niemals die des deutschen Volkes [27]. Wenn die Wesenszüge unserer heutigen Regierung seit 2.000 Jahren der Wesenszug des deutschen Volkes gewesen wären, dann wären wir überhaupt nicht mehr da.

Wir gestehen feierlich, daß unser Programm ein Programm sein muß, das im Wechsel der Jahrhunderte unser Volk schon oft gekannt hat, immer dann, wenn es zertreten am Boden liegt: das Programm der nationalen Ehre, der nationalen Kraft, des nationalen Willens und des nationalen Widerstandes. (Lebhafter Beifall.)

Was wollen wir in dieser Front?

Den *Kampf ansagen* der allergrößten Lüge, die die Welt je gesehen, daß wir schuld seien am Weltkrieg [28]. Wir wollen hier den Kampf ansagen dem von unseren Regierungen geradezu proklamierten Recht unserer Versklavung, wir bäumen uns dagegen auf und werden jedes [*sic!*] Herz jedes einzelnen Deutschen aufstacheln, einpflanzen den Geist des Widerstandes,

bis endlich aus diesem Widerstand ein gemeinsamer Wille wird, der es unmöglich machen soll, daß eine Regierung nach Paris oder London geht und dort einen Young-Plan unterzeichnet.

Wir wollen den Kampf ansagen gegen ein System, das, um unersättliche Gläubiger zu befriedigen, die kein Recht auf Zahlung besitzen, ein ganzes Volk durch Steuern zugrunde rich-

26 Anna Böß, die Ehefrau von Oberbürgermeister Gustav Böß, hatte bei der Firma der Brüder Sklarek im August 1928 eine Pelzjacke gekauft, dafür aber erst nach mehrmaliger Mahnung im Januar 1929 eine - viel zu geringe - Rechnung erhalten. Vgl. Engeli, Böß, S. 237 f.

27 Vgl. Dok. 48, Anm. 1.

28 Vgl. Dok. 28, Anm. 4.

tet. Wir appellieren bewußt an die Kraft unseres Volkes, an alle guten Instinkte, an das deutsche Herz und Gefühl, und wollen aus diesen ewigen Werten die revolutionäre Kraft herausziehen, die unser Volk dorthin führt, wohin es aus einer ähnlichen Bewegung 1813 gekommen ist [29].

Wir gestehen feierlichst, wir wollen unser Volk bewußt in die Freiheit hineinführen und werden keinen Weg scheuen, der dazu führen könnte, und wir sind auch entschlossen, die Verantwortung dafür zu übernehmen.

Was will die Young-Front?

Sie erklärt: *Es geht nicht!* Was ist nicht schon alles gegangen, wenn kleinliche Charaktere an das Steuerruder der Völker gekommen sind! Als Gneisenau und Scharnhorst 1807 und 1808 den Gedanken faßten, das preußische Volk wieder herauszureißen aus seinem tiefen Fall, haben die gleichen Schlaumeier gesagt: Es geht nicht! Die alten italienischen Regierungen hätten Italien nie zusammenfassen können, bei ihnen ging es freilich nicht! Aber es ging in dem Augenblicke als andere Kräfte das Schicksal dieses Staates zu bestimmen anfingen [30]. Heute sagen diese Menschen wieder: Es ist zu spät!

Ich frage die Jugend:

Wird es dann nicht morgen erst recht zu spät sein? Ist es nicht das Merkmal von charakterlosen Zeiten, daß die Menschen immer sagen: Noch vor 5 Jahren wäre es gegangen, aber nur heute nicht! Muß nicht einmal irgendwann der Wandel eintreten?

Glauben Sie nicht, daß eines Tages *Frankreich* sagen wird: Nun, ihr Deutschen, nun habt ihr gezahlt, *nun seid ihr frei.* (Große Heiterkeit.) Nun kommt an unser Herz, nun werden wir das, was wir uns von euch bezahlen ließen, *selbst durch erhöhte Steuern aufbringen!* (Wiederholte Heiterkeit.)

Der französische Steuerbüttel wird aus Deutschland hinausgehen an dem Tag, an dem wieder ein deutscher Musketier ihm den Weg nach außen weist, nicht früher. (Stürmischer Beifall.)

Die Freiheit ist noch nie durch Arbeit erkämpft worden, noch nie durch geduldige Tributleistungen. Auch die Mitglieder der Bayer[*ischen*] Volkspartei können, soweit es ihre beschränkten Geschichtskenntnisse zulassen, nicht behaupten, daß es anders sei. Bisher war es seit 7.000 Jahren, seitdem wir Geschichte kennen, immer so, daß Völker, die erst einmal glaubten, durch brave, unterwürfige Arbeit die Freiheit zu erringen, endgültig in die Sklaverei gekommen sind, weil sie langsam die Eigenschaften von Heloten angenommen haben, die niemals Freiheit hatten und auch nicht verdienten.

Wer nicht Hammer sein will, muß Amboß sein [31].

Die Menschen, die uns vorwerfen, daß wir unser Volk wieder zum Hammer machen wollen, vergessen ganz, daß sie das Volk zum ewigen Amboß stempeln möchten.

Sie sagen weiter: Wir sind zu schwach - etwa weil wir keine Waffen besitzen? Nein, weil wir eine so elendige *Gesinnungslosigkeit* haben, daß wir lieber jedes Diktat annehmen, als an die Kraft des eigenen Volkes zu appellieren. *Ruhe ist des deutschen Tributbürgers erste*

29 Vgl. Dok. 26, Anm. 45.
30 Vgl. Dok. 6, Anm. 48.
31 Vgl. Dok. 6, Anm. 28.

Pflicht[32]. Aus jeder Erregung könnte ein Funke kommen, vor dem man Angst hat, er könnte ein Feuer anzünden, und das Feuer fürchtet man, *denn man will nicht den Brand einer Nation, sondern die kleinen Flämmchen der Republik,* mit denen man die kleinen Süppchen kochen kann, die kleinen Geschäfte besorgen und die kleinen Geschenkchen zubereiten kann. *Ein Volk, das sich in nationaler Leidenschaft erhebt, hat allerdings kein Verständnis für die Skandale, die wir heute vor uns haben.*

Endlich sagt man: Wir sind selbst schuld an unserer Versklavung. Man schämt sich nicht, sogar die Kinder mit dieser Schuld zu belasten. Eine Regierung hat höchstens das Recht, für *ihre* Generation zu unterschreiben. Mit welcher Stirne kommt man dazu, aus einem Schuldbekenntnis, das höchstens *eine* Generation umfassen könnte, *Ketten für drei Generationen zu schmieden*[33]*?*

Man sagt endlich, es sind falsche Methoden, die hier angewendet werden, falsch zur Rettung der Nation, und *deshalb* regen sich die Zerstörer der Nation so auf? Wenn die Methoden richtig wären, würden sie demnach stille sein. Damit sagen sie, daß sie diese Methoden *fürchten* und beweisen damit, *daß sie richtig sind.* (Starker Beifall.)

Die sauberen Young-Männer würden sich die Hände reiben, wenn sie ahnen würden, daß unsere Methoden falsch sind.

Sie ahnen vielmehr, daß in Deutschland eine Saat gelegt wird, die einst aufgeht und Deutschland die Freiheit bringen kann, und sie wissen, daß der Tag, an dem die Freiheit Deutschlands kommt, ihre Freiheit beendet. (Stürmischer Beifall.) Sie scheuen die Stunde der nationalen Erhebung, deshalb dieser gigantische Kampf der Lüge und Verleumdung.

Groß sind unsere Opfer, und es muß wohl so sein, es ist der logische Gang der Weltgeschichte. Für jeden, den sie unterdrücken, kommen zehn andere, jeden, den sie ins Gefängnis schleudern, formen sie um vom Staatsbürger zum nationalen Fanatiker. *Sie* haben nicht *einen* von uns ins Gefängnis geworfen, ohne daß er nicht herausgekommen wäre mit dem Schwur: *Und jetzt erst recht.* (Stürmischer Beifall.)

Wir sind bereit, diesem System das erste große Veto entgegenzustellen, ganz gleich, wie der Erfolg sein wird. Wenn unsere Gegner meinen, daß uns irgend etwas erschüttern könnte, abbringen von unserem Ziel der Befreiung des Vaterlandes, dann täuschen sie sich. Wir sind gewohnt, gegen den Strom zu schwimmen. Seit zehn Jahren haben wir nichts anderes getan, als gegen die öffentliche Meinung gekämpft. Aus einer Gruppe von wenigen Köpfen sind wir emporgewachsen zu großen Verbänden. Und den Kampf nehmen wir jetzt erst recht auf!

Dieses Volksbegehren ist für uns nur ein Schritt. Es hat den Sinn, die Menschen in Deutschland zu sieben, sie aus unserer parlamentarischen Anonymität herauszuziehen. Das könnte ihnen so passen, weder Ja noch Nein zu sagen. Wir zogen sie aus ihren Schlupfwinkeln heraus, und nun stehen sie vor der Nation und müssen erklären: Diese sind gegen den Young-Plan, und wir sind für den Young-Plan. Sie können sich nicht mehr loseisen von dieser Tatsa-

32 Anspielung auf das Flugblatt, mit dem die Einwohner Berlins über die Niederlage in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt am 14.10.1806 informiert wurden: "Der König hat eine Bataille verloren. Jetzt ist Ruhe die erste Bürgerpflicht. Ich fordere die Einwohner Berlins dazu auf. Der König und seine Brüder leben! Berlin, der 17. Oktober 1806. Graf v. d. Schulenburg."

33 Vgl. Dok. 41, Anm. 11.

che und sie werden diese Tatsache als ein Bleigewicht an ihren Füßen fühlen, das sie in den Abgrund hinabziehen wird.

Es wird die Stunde kommen, da niemand mehr verantwortlich sein will für diesen Plan und Vertrag. Das [*sic!*] können Sie überzeugt sein: Am 29. Oktober [*1929*] ist das Volksbegehren zu Ende [34] - *am 30. Oktober* [*1929*] *beginnt der neue Kampf;* so oder so beginnt er und wird der Nation Tag für Tag in die Ohren schreien: Wir sind dagegen und sie waren dafür! Wir wurden von ihnen dafür geschlagen, so und so viele Opfer haben wir dafür gebracht. *Volk, wenn du die Last zu fühlen beginnst, erinnere dich derer, die sie dir aufgebürdet haben.* (Stürmischer Beifall.) Und erinnere dich derer, die gegen diese neue Versklavung aufzutreten den Mut hatten.

Mißlingt uns der Sieg heute, er gelingt uns in einem Jahr. Mißlingt er uns in einem Jahr, dann gelingt er uns im zweiten Jahr. So werden wir fortfahren, bis der Tag kommt, an dem der Young-Plan gebrochen werden kann, kraft des Vetos, das wir heute eingelegt haben. (Stürmischer Beifall.)

Das soll die Welt schon heute wissen:

Nicht ganz Deutschland unterschreibt,

daß es schuld am Kriege ist, nicht ganz Deutschland unterschreibt das Recht zur Versklavung des Volkes, das Recht der Ausplünderung auf 70 Jahre, *ein Teil ist da und protestiert feierlichst vor Gott und der Welt gegen dieses neue Unrecht* und erklärt, dieses Unrecht niemals anzuerkennen und es nicht zu dulden, und die Welt wird erleben, *daß diese Minorität von heute das deutsche Volk von morgen sein wird.*

Damit treten wir aus der Beengtheit einer Partei, einer Klasse, eines Berufes oder Standes heraus und setzen an Stelle dessen

diese neue marschierende Front,

die mit legalen Mitteln einst niederwerfen wird, was sich ihr illegal entgegenstellen wird.

Es gibt noch eine andere Legalität als die in der Weimarer Verfassung: die Legalität, die im Völkerleben *der* Nation zuteil wird, der dieser Kampf zum Erfolg wird.

Hitler appelliert nun an alle Männer und Frauen, unermüdliche *Werber für die Einzeichnung zum Volksbegehren* zu werden, und schließt seine hinreißenden [*sic!*] Ausführungen mit dem Ausblick auf jene Stunde, wo aus Kampf und Jammer, aus Opfern und Terror heraus die Front geschmiedet wurde, die fähig ist, das neue Deutsche Reich zu gründen, auf die Stunde, da sich dieses neue Deutschland erhebt und der gegenüber wir Wert darauf legen, unter denen genannt zu werden, die sich einst nicht gefügt haben. Die in der Zeit, da es Mut bedurfte, Kämpfer zu sein, nicht den Beifall der öffentlichen Meinung hatten, nicht die Großmacht des Kapitals, sondern wo ihnen alle Quellen verschlossen wurden, in der sie, wie der Ritter ohne Furcht und Tadel [35] durch eine Hölle ritten, immer nur eins im Auge, das deutsche Vaterland.

Dann kommt die Stunde, in der die Ketten sinken werden, in der dieses Deutschland sich dem Ausland zeigt als das, das es von jeher war, dann wird das Volk nicht mehr das demütige

---

34 Die Einzeichnungsfrist für das Volksbegehren gegen den Young-Plan dauerte vom 16. bis 29.10.1929. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 978.

35 Der Ausdruck geht auf den Beinamen "chevalier sans peur et sans reproche" des französischen Ritters Pierre Terrail, Seigneur de Bayard, (1476-1524) zurück, dessen Lebensgeschichte 1527 veröffentlicht worden war.

und unterdrückte sein, nicht das Volk des Young-Planes, dann wird das Ausland das deutsche Volk vor sich sehen als das Volk der tausend Schlachten, das Volk der tausend Siege und das Volk der Zukunft. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

26. Oktober 1929 Dok. 89
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 26.10.1929.

Etwas hat das Volksbegehren [1] schon jetzt erreicht: Während bisher alle großen Versklavungsedikte in der anonymen Stille parlamentarischer Handlungen ihre Annahme fanden, sind die November-Parteien jetzt gezwungen worden, vor aller Öffentlichkeit Farbe zu bekennen. Die Herren der Linken und der bürgerlichen Mitte haben sicherlich geglaubt, auch dieses Mal mit einer rein parlamentarischen Abstimmung den neuen Tributplan samt ihrer eigenen Verantwortlichkeit verabschieden zu können. Wer will die Herrschaften dann hinterher noch verantwortlich machen? Das "souveräne Volk" ist politisch ja so vergeßlich und blitzdumm, daß man einige Jahre nach Erledigung einer solchen parlamentarischen Arbeit die Vaterschaft gar nicht mehr zuzugeben braucht. Die Sozialdemokraten, von jeher Inhaber aller Weltrekorde im Lügen und Schwindeln, bringen es zum Beispiel jetzt schon fertig, von einem "Dawes-Elend" zu sprechen [2] und den Dawes-Pakt [3] als eine Erpressung gemeinster Art an unserem Volke hinzustellen. Dieselben Sozialdemokraten sind das, die vor wenigen Jahren höchstselbst den Herrn General Dawes [4] ob seiner Weltrettungsaktion beweihräucherten und die dreimalverfluchten Hakenkreuzler wegen ihrer Opposition mit allen Bannflüchen belegten, die aus den Münden von sozialdemokratischen Parteivätern nur überhaupt herauskommen können. Damals war der Dawes-Pakt die einzige Rettung Deutschlands, die große Tat, der Tag des Beginns des Wiederaufstiegs, der Anfang der Beendigung der Arbeitslosigkeit. Geld sollte hereinströmen, Waren umgekehrt exportiert werden, kurz Deutschland stand nach den damaligen Behauptungen der sozialdemokratischen Meisterschwindler am Beginn eines überwältigenden Aufschwungs [5]. Bekanntlich ist, schneller als sonst, auch dieser sozialdemokratische Humbug in

1 Vgl. Dok. 77, Anm. 2.
2 Vgl. Dok. 88, Anm. 24.
3 Vgl. Dok. 1, Anm. 15.
4 Charles Gates Dawes (1865-1951), 1887 Rechtsanwalt, 1895 als Comptroller of the Currency zuständig für das gesamte Währungssystem der USA, 1902 Präsident der Central Trust Company of Illinois, 1918 Brigadegeneral im Stab der American Expeditionary Force, 1921/22 Secretary of the Treasury, 1923/24 Vorsitzender des ersten Sachverständigenkomitees der internationalen Reparationskommission, 1925 Friedensnobelpreis (zusammen mit Austen Chamberlain), 1925-1929 Vizepräsident der USA, 1929-1932 amerikanischer Botschafter in London, Februar 1932 Präsident der Reconstruction Finance Corporation, seit Juni 1932 Präsident der City National Bank and Trust Company.
5 Vgl. Dok. 6, Anm. 22.

seiner ganzen elenden Verlogenheit unterdes offenbar geworden. Es kam das Gegenteil von all dem Versprochenen. Aber heute bereits versichert der Herr Sozialdemokrat mit jener eisernen Stirne, die die Natur dem Lügner aus Prinzip verleiht, daß am Ende die Sozialdemokratie keineswegs die Partei war, die dem deutschen Volk die Dawes-Gesetze bescherte, sondern im Gegenteil die, die es vom Dawes-Elend erlöst. Und sie haben recht so. Was weiß denn die große Masse von den damaligen parlamentarischen Kämpfen? Nichts, gar nichts weiß sie. Sie ist so unsagbar dumm, daß man ihr ohne weiteres einreden kann, die Sozialdemokratie wäre überhaupt nicht verantwortlich für das, was sie jetzt als "Dawes-Elend" bezeichnet. Eine solche Tatsache muß aber die parlamentarischen Taugenichtse immer leichtsinniger machen. Sie werden immer leichtfertiger mit dem Schicksal der Nation umspringen, zeigt ihnen doch das Beispiel der Vergangenheit, daß sie auch in der Zukunft nicht zur Verantwortung für ihr Handeln gezogen werden. Sie können heute ruhig den Young-Plan [6] unterzeichnen, natürlich wird in ein paar Jahren darauf alles stöhnen und schreien, aber was kümmert denn das den sozialdemokratischen Parlamentsschwindler? Heute redet der Lump vom "Dawes-Elend", und in zwei Jahren wird er genauso unbekümmert vom "Young-Plan" sprechen, das heißt er würde es, wenn nicht durch das Volksbegehren ein Riegel vorgeschoben worden wäre. Der fromme Herr Prälat Kaas [7] des Zentrums hat in einer unglücklichen Sekunde sein Herz von dem erleichtert, was heute alle bedrückt. Er meint nämlich, der Herr Prälat, "daß man durch das Volksbegehren leider gezwungen worden sei, den Young-Plan mehr zu verteidigen, als er es an sich verdiene und als es auch an sich beabsichtigt gewesen sei" [8]. Natürlich wäre das sonst angenehmer gewesen. Man hätte im Reichstag mit ein paar dummen Phrasen vom "Glauben an den Wiederaufstieg" und an die "unzerstörbare Lebenskraft" unseres Volkes, an das "Recht, das in den Sternen steht" und seinen Ausdruck im "Erwachen des sittlichen Weltgewissens" findet, das neue Diktat unterzeichnet, das heißt, die Nation einer sechzigjährigen furchtbaren Versklavung unterworfen, um vielleicht schon ein Jahr später von sich aus vorsichtig gegen den Plan zu opponieren und damit der Opposition sachte den Wind aus den Segeln zu nehmen. Im übrigen zweifelt kein Mensch daran, daß die parlamentarischen Zuhälter der internationalen Hochfinanz tatsächlich in ein paar Jahren ohnehin wieder einer neuen Erpressungsmethode zustimmen werden, wenn die alte nicht mehr hält, was man sich von ihr versprochen hat. Erst preßte man Deutschland nach der Methode des Versailler Vertrages [9] aus. Als das keine befriedigenden Ergebnisse mehr brachte, wandte man sich der Dawes-Methode zu, und jetzt, da auch nach dieser Methode wenig mehr zu holen ist, soll die Young-Methode Verwendung finden. Bringt man auch mit ihr nicht mehr genügend heraus, wird man vielleicht noch eine bessere entdecken, und immer werden sich parlamentarische Lumpen finden, die der Spinne unserer internationalen Hochfinanz helfen, das deutsche Opfer in eine neue Lage zu bringen, in der ihm weiter Blut abgezapft werden kann. So ist es verständlich, daß es die parlamentarischen

6 Vgl. Dok. 41, Anm. 11; Dok. 54, Anm. 5.

7 Ludwig Kaas, (1881-1952), 1909 Priesterweihe, 1918-1924 Professor für Kirchenrecht an der Universität Trier, 1919-1920 Mitglied der Nationalversammlung (Zentrum), 1920-1933 MdR, 1921 Mitglied des preußischen Staatsrats, 1928-1933 Vorsitzender der Zentrumspartei, 1933 Mitarbeit am Reichskonkordat.

8 Am 17.10.1929 in einer Rede in Dortmund. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 18.10.1929 (AA), "Dr. Kaas über Regierung, Saarverhandlungen, Opposition und Proletarisierung des Mittelstandes".

9 Vgl. Dok. 3, Anm. 56.

Manager heute ärgert, auf ihren Vertrag so festgenagelt zu werden, daß sie ihn nicht mehr verleugnen können. Durch das Volksbegehren sind die Young-Parteien gezwungen, sich vor aller Öffentlichkeit hundertprozentig für ihren Plan einzusetzen. Sie sind gezwungen, vor aller Öffentlichkeit seine Verteidigung zu übernehmen, und sie werden sich aus dieser Verbindung auch in der Zukunft nicht mehr loslösen können. Es ist im politischen Leben häufig so, daß man oft mit schweren Opfern eine Haltung einnehmen muß, die im Augenblick bei vielen vielleicht kein Verständnis findet, aber nichtsdestoweniger die Voraussetzung für spätere Erfolge ist. Wer einen Volksstrom dem Abgrund entgegeneilen sieht, muß, wenn er wünscht, daß seine warnende Stimme gehört werden soll, sich dem Strom entgegenstemmen. So sichtbar entgegenstellen, daß ihn jeder Mann zumindest sehen muß. Es mag dann ruhig der Strom seinem Unheil sich entgegenwälzen, so wird zumindest dann, wenn das Unheil eintritt, die Erinnerung plötzlich kommen an denjenigen, der sich allein sichtbar dem Verderben entgegenstellte. Das ist unsere große heutige Hoffnung. Durch unser Volksbegehren sind die Parteien gezwungen worden, sich entweder dafür oder dagegen zu entscheiden. Der Young-Plan wird in seinen Wirkungen nicht ausbleiben. Es kommt dann die Zeit der Ernüchterung, die Zeit, in der der sozialdemokratische Schwindler und sein Anhang aus dem bürgerlichen Lager, von der Wirklichkeit entlarvt, in ihrer Blöße dastehen werden, und es kommt dann aber auch die Zeit, in der sich unser Volk erinnern wird derjenigen Männer, die das alles vorausgesagt haben und die man zwei Jahre vorher so schmählich verleumdete. Im übrigen tue jeder Deutsche heute seine Pflicht. Es vergesse weder der Städter noch der Bauer, daß die politische Mißleitung unseres Volkes schon einmal Millionen Deutsche um die Frucht der Arbeit von Jahrzehnten betrogen und bestohlen hat [10]. Es vergesse heute keiner, daß auch in der Zukunft jeder seines Glückes Schmied selbst ist. Wer den Menschen, die seit nunmehr über 10 Jahren unser Volk verelendet haben, auch für die nächste Zeit einen Freibrief ausstellen will, der bleibe dem Volksbegehren ferne. Wer aber wünscht, daß das verantwortungslose Verschleudern unseres Nationalvermögens für die nächsten sechzig Jahre unterbunden wird, der erfülle seine Pflicht und zeichne sich gegen das Regiment der nationalen Schande und Ehrlosigkeit ein. Hundertzwanzig Milliarden beträgt heute kaum mehr unser Nationalvermögen alles in allem genommen [11]. Hundertdreißig Milliarden sollen wir in den nächsten sechzig Jahren bezahlen. Was uns selbst noch bleibt, kann der ermessen, der sieht, wie der Steuerbüttel schon jetzt ohne Rücksicht auf den Bestand der eigenen Wirtschaft die Tribute für die internationale Hochfinanz eintreibt. Wer als Deutscher nicht entweder unheilbar verblödet oder zu faul ist, einen Schritt zu tun, der geht zur Liste hin und zeichnet sich ein.

10 Vgl. Dok. 17, Anm. 23.
11 Vgl. Dok. 21, Anm. 38.

27. Oktober 1929 "Nun erst recht!" Aufruf

Dok. 90

Der Stahlhelm vom 27.10.1929.

Das Volksbegehren [1] ist im vollen Gange. Die zur Täuschung der öffentlichen Meinung von der Regierungspresse verbreiteten Eintragungsziffern sind irreführend, da sie die Ergebnisse des flachen Landes verschweigen [2]. Der gegen die Einzeichnung gerichtete Terror von Reichsregierung und Behörden hat gezeigt, daß Deutschland zur Zeit kein Rechtsstaat ist [3]. Alle Grundrechte der Reichsverfassung über die Wahlfreiheit sind praktisch außer Kraft gesetzt: den Beamten sucht man, die Einzeichnung zum Volksbegehren zu verbieten [4]. Die Anhänger des Volksbegehrens versucht man, wirtschaftlich zu schädigen. Die Machtmittel des Staates und das Geld der Steuerzahler werden mißbraucht. Der nackte Machtwille des Marxismus ist entlarvt. Man hat sich nicht gescheut, die Person des Herrn Reichspräsidenten, entgegen seiner klar ausgesprochenen Willensmeinung, in den Kampf hineinzuziehen [5].

Der Erlaß einer einstweiligen Verfügung des Staatsgerichtshofes gegen die fortgesetzte Mißachtung der Reichsverfassung durch Reichsregierung und preußische Regierung wurde aus formalrechtlichen Gründen versagt [6]. Die Preußische Regierung hatte nicht den Mut, sich der rechtlichen Entscheidung zu stellen, und versteckte sich hinter die Möglichkeit einer 14tägigen Frist für den Urteilsspruch des Staatsgerichtshofes.

Die Angst vor der Wahrheit treibt die Regierung in eine Schreckensherrschaft, die durch das vom Reichskabinett beschlossene Republikschutzgesetz mit seinen Zuchthausstrafen gesichert werden soll [7]. Kein Staat der Welt, der auf Ansehen und Autorität vor dem Auslande Anspruch erhebt, kann sich derartiges leisten.

Aus dem Volksbegehren ist somit selbst ein Kampf um die Rechte des Volkes geworden. Die einzige Antwort auf den Regierungsterror ist die Einzeichnung für das Volksbegehren. Wir stellen uns schützend mit allen Rechtsmitteln vor Gesinnungsfreunde in Stadt und Land, denen ministerielle Willkür aus der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte einen Strick

---

1 Vgl. Dok. 77, Anm. 2.

2 Vgl. z. B. Frankfurter Zeitung vom 24.10.1929 (AA), "Hugenberg wird nervös"; Vossische Zeitung vom 25.10.1929 (PA), "Auch das Dorf lehnt ab".

3 Vgl. Dok. 88, Anm. 4.

4 Vgl. Dok. 88, Anm. 5.

5 Die Person des Reichspräsidenten war sowohl von Befürwortern wie auch von Gegnern des Volksbegehrens gegen den Young-Plan propagandistisch eingesetzt worden. Am 16.10.1929 hatte Paul von Hindenburg öffentlich seine Neutralität erklärt, am 18.10.1929 den § 4 des Gesetzes (vgl. Dok. 88, Anm. 16) jedoch als persönlichen Angriff gewertet. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 190 f.

6 Die deutschnationale Fraktion im preußischen Landtag hatte beim Staatsgerichtshof beim Reichsgericht in Leipzig gegen die Disziplinarmaßnahmen der preußischen Regierung (vgl. auch Anm. 4) für am Volksbegehren beteiligte Beamte geklagt. Am 23.10.1929 hatte der Staatsgerichtshof den Erlaß einer einstweiligen Verfügung in der Sache abgelehnt, entschied jedoch am 19.12.1929, daß die Maßnahmen der preußischen Regierung die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten beeinträchtigten. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 193 f., 229.

7 Vgl. Dok. 83, Anm. 7, 9.

drehen will. Keine Regierung darf denen, die vom Staate abhängig sind, die Beteiligung am Volksbegehren verwehren, ebensowenig wie sie die Wahl von Abgeordneten verbieten kann. Das wäre das Ende der im Artikel 125 der Reichsverfassung garantierten Wahlfreiheit [8], der im Artikel 118 garantierten Meinungsfreiheit [9], der im Artikel 130 garantierten Freiheit der politischen Gesinnung aller Beamten [10].

Wer sich einträgt, wahrt seine Rechte!

Das Volksbegehren ist Wahrzeichen und Denkmal derer, die Deutschlands Not erkennen und den Kampf gegen äußere und innere Knechtung ehrlich und tapfer aufnehmen. Der mit dem Volksbegehren eingeleitete Kampf wird durchgefochten bis zur Entscheidung!

Der Reichsausschuß für das Deutsche Volksbegehren [11]
Seldte Hugenberg Otto v. Below Hittler [*sic!*]
Schiele Schwecht [12]

8 Artikel 125 der Reichsverfassung lautete: "Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis sind gewährleistet. Das Nähere bestimmen die Wahlgesetze." Druck: RGBl. 1919, S. 1407.

9 Vgl. Dok. 7, Anm. 12.

10 Artikel 130 der Reichsverfassung legte unter anderem fest: "Die Beamten sind Diener der Gesamtheit und nicht einer Partei. Allen Beamten wird die Freiheit ihrer politischen Gesinnung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet." Druck: Ebenda, S. 1408.

11 Vgl. Dok. 50, Anm. 1.

12 Ludwig Schwecht (1887-1960), Landwirt, Hauptmann a. D., 1924-1933 MdL in Preußen (DNVP), 1930-1933 MdR.

2. November 1929 Dok. 91
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 2.11.1929.

Während ich dieses niederschreibe, neigt sich die Frist des Einzeichnens für das Volksbegehren ihrem Ende zu [1]. Ohne Rücksicht auf das Resultat kann man aber schon heute die Behauptung aufstellen, daß dieser Appell an das Volk in keiner Weise den wirklichen Ausdruck der Gesinnung unseres Volkes wiedergibt. Mit mehr Terror ist in Europa bisher kaum eine Wahl gefälscht und unterdrückt worden als diese [2]. Reichs- und Landesbehörden wetteiferten miteinander, dem Staatsbürger die Überzeugung beizubringen, daß die Verfassung ein nichtssagendes Etwas ist, das man drehen, wenden und auslegen kann, wie man will. Wenn schon in den letzten zehn Jahren die republikanischen Machthaber den Glauben an die Staatsgrundgesetze immer wieder erschütterten, dann ist er heute beseitigt. Verfassung oder Staatsgrundgesetze! Man muß hell auflachen! Nicht Verfassung dürfte das heißen, sondern Auffassung! Auffassung der jeweiligen republikanischen Regierungshäuptlinge! Die freieste Demokratie der Welt hat jetzt auch wohl für den Allerdümmsten gezeigt, was unter "Demokratie" und "Freiheit" zu verstehen ist, und wie blödsinnig es ist, an die Unabänderlichkeit von Gesetzen zu glauben, und wie hirnverbrannt, auf eine unbeeinflußte Justiz zu hoffen. "Das Recht geht mit der Macht" [3], sagte der Oberreichsanwalt [4] einst zu Leipzig, aber nicht nur das Recht geht mit der Macht, sondern auch die Gesetze und die Auslegung der Gesetze gehen mit der Macht, die staatsbürgerliche Freiheit ebenso, die Demokratie nicht weniger, kurz, es gibt nichts, was in diesem Staat, der sich deutsche Republik heißt [*sic!*], nicht ausschließlich der Macht unterworfen wäre. Was aber das heißt, wenn sich die Macht in den Majoritäten verlumpter Parteien verkörpert, braucht nicht besonders gesagt zu werden.

Ich habe mir schon einige Male herausgenommen, an verschiedenen Beispielen die durch und durch gehende Verlogenheit der marxistischen Parteien, Sozialdemokraten und Kommunisten, nachzuweisen, indem ich ihre einstigen Forderungen mit ihrer heutigen Haltung verglich. Eine der marxistischen Grundforderungen von einst hieß: politische Freiheit des Beamten [5]. Man forderte also, daß jeder Beamte das Recht haben müßte, sich in der Monarchie zur Sozialdemokratischen Partei zu bekennen und für deren Forderungen einzutreten, obwohl die Sozial-

---

1 Vom 16. bis 29.10.1929. Vgl. Dok. 77, Anm. 2 sowie Dok. 88, Anm. 34.

2 Zu den Maßnahmen der Reichsregierung gegen das Volksbegehren gegen den Young-Plan vgl. Dok. 88, Anm. 4.

3 Bezieht sich auf das vom Staatsrechtslehrer Georg Jellinek (1851-1911) formulierte Prinzip der "normativen Kraft des Faktischen", mit dem die Gültigkeit der aus der Revolution hervorgegangenen Weimarer Verfassung begründet wurde. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. IV, S. 8 ff.

4 Die Position des Oberreichsanwalts in der Weimarer Republik hatten bis 1921 Arthur Zweigert, 1921-1926 Ludwig Ebermayer und seit 1926 Karl August Werner inne.

5 Die SPD hatte 1911 in ihrem Aufruf "Beamtenschaft und Sozialdemokratie" die Koalitionsfreiheit, das Recht auf Beitritt zu einer Partei der eigenen Wahl und die Freiheit der politischen Meinung für Beamte gefordert. Vgl. Gabriele Hoffmann, Sozialdemokratie und Berufsbeamtentum. Zur Frage nach Wandel und Kontinuität im Verhältnis der Sozialdemokratie zum Berufsbeamtentum in der Weimarer Zeit, Hamburg 1972, S. 26 ff.

demokratie als oberstes Ziel die Vernichtung der Monarchie proklamierte [6] und auch sonst gegen alles zu Felde zog, was anständigen Menschen als ehrenwert und anständig erschien. Damals erklärten die sozialdemokratischen Schwindler und Volksbetrüger, daß der alte Staat beseitigt werden müßte, weil es in ihm keine Gewissensfreiheit gäbe, und daß an seine Stelle ein neuer zu kommen habe, der als "freie Demokratie" jedem Bürger die Freiheit der persönlichen politischen Meinung gewährleiste. Die damaligen Schwindler haben im November 1918 gesiegt [7] und das Reich ihren Ideen unterworfen. Die Freiheit allerdings ist vom Regen in die Traufe geraten. Elender und nichtswürdiger sind Versprechungen noch niemals verleugnet worden, als dies bei diesen Parteien heute der Fall ist. Einst versicherte der sozialdemokratische Freiheitsapostel, daß durch seine Partei ein Staat der Schönheit und Freiheit [8] entstehen würde, und heute, da der Apostel von einst zum mit Steuergeldern aufgemästeten republikanischen Mandarin emporgestiegen ist, setzt eine Unterdrückung der Freiheit ein, wie man sie im alten Reich überhaupt nicht gekannt hat. Es sind auch hier wahre Rekorde, die die Korruptionsparteien vor aller Welt aufstellen. Tatsächlich besteht aber auch zwischen der allgemein um sich greifenden Korruption des republikanischen Verwaltungskörpers [9] und der Unterdrückung der Gewissensfreiheit ein engster Zusammenhang. Wenn ein Ministerium die Stirne hat, öffentlich zu erklären, daß die Beamten kein Recht zur Betätigung ihrer eigenen politischen Meinung besäßen, "weil sie von der Republik bezahlt würden", so ist dies das Eingeständnis einer Auffassung, die selbst durch und durch korrupt ist [10]. Denn nur wer annimmt, daß die Beamten nicht wegen ihrer Arbeit und wegen ihrer Leistung bezahlt werden, sondern wegen ihrer parteimäßigen Gesinnung, kann sich zu dieser ministeriellen Auffassung bekennen. Denn es ist in einem nicht korrupten Staat selbstverständlich, daß man einem Beamten aus parteipolitischen Motiven nicht seine Bezahlung vorwerfen kann, da er ja nicht aus parteipolitischen Gründen angestellt oder bezahlt wird, sondern auf Grund seiner abzuleistenden Arbeit. Die Arbeit, sagen wir eines Finanzbeamten, hat nun gar nichts zu tun mit seiner Wahlauffassung. Bezahlt wird er für die erstere und nicht für das zweite. Wenn eine Regierung aber glaubt, daß er für das zweite bezahlt wird, dann bezeugt sie damit vor aller Welt, daß sie selbst durch und durch korrupt denkt, und niemand wundere sich, wenn dann tatsächlich die Korruption Orgien feiert, wie das heute in der Weimarer Republik an tausend und tausendfältigen Beispielen der Öffentlichkeit gezeigt wird. Nur aus diesem korrupten Denken heraus resultiert dann der Mut zu jener unerhörten Gewissensknebelung, die wir in diesen Tagen allgemein erleben. Es ist ohne Zweifel richtig, daß durch diese Knebelung viele und viele Hunderttausende, ja Millionen abgehalten worden sind, ihrer inneren Gewissenspflicht zu genügen, und gezwungen wurden, auf ihre Eintragung zu verzichten. Im übrigen ist dieser Regierungsterror gegen den Beamten aber um so unverschämter, als nicht die Republik die Beamten bezahlt,

6 Die Sozialdemokratie betrachtete die vor 1914 in Deutschland bestehende konstitutionelle Monarchie als zeitlich befristete Übergangsform in der historischen Entwicklung zum Sozialismus. Vgl. Peter Domann, Sozialdemokratie und Kaisertum unter Wilhelm II. Die Auseinandersetzung der Partei mit dem monarchischen System, seinen gesellschafts- und verfassungspolitischen Voraussetzungen, Wiesbaden 1974, S. 5 ff.

7 Anspielung auf die revolutionären Ereignisse im November 1918.

8 Vgl. Dok. 7, Anm. 42.

9 Anspielung auf den Sklarek-Skandal. Vgl. Dok. 85, Anm. 11.

10 Vgl. Dok. 88, Anm. 5.

sondern die Staatsbürger ganz allein. Derselbe republikanische Minister, der, ohne schamrot zu werden, einem Beamten die Bezahlung durch die Republik vorwirft, steckt seelenruhig die herausgepreßten Steuergelder der republikanischen Untertanen anderer Gesinnung als "Gehalt" in seine Tasche. Es fällt diesen dickfelligen Ehrenmännern nicht im geringsten ein, daß sie selbst bezahlt werden, und zwar nicht von der Republik, sondern von allen Staatsbürgern, die das Unglück haben, ihren republikanischen Steuereintreibern in die Hände zu laufen. Aber das Geld der Opposition für Ministerpfründen riecht auch nicht übel, und hier spielt die republikanische Gesinnung dann auf einmal keine Rolle!

Der Verlauf dieses Volksbegehrens hat die Geister in Deutschland getrennt und geschieden. Er hat auch vieles beleuchtet und damit aufgeklärt. Daß die Machthaber der Novemberrepublik es verstanden, sich der Zustimmung obskurer geistiger Größen zu versichern, ist kein Wunder [11]. Die Kunst schreit nach Brot, und am meisten dann, wenn sie selbst so dünn und schwindsüchtig ist wie die eines Gerhart Hauptmann [12] und Genossen. Auch der Herr Reichspräsident hat mit jenem politischen Scharfblick, der schon seit seinem Amtsantritt die Welt in immer neues Erstaunen versetzt, verschiedene Möglichkeiten wahrgenommen, den bürgerlichen Aufruhr wieder einzuschläfern [13]. Der Herr Reichspräsident wirkt hier ersichtlich mit Erfolg ansteckend. Das ist man aber alles gewohnt, und kein Mensch wundert sich deshalb mehr darüber. Schlimmer ist es aber, wenn sich nun auch Kronprätendenten zu ähnlichen Schritten mißbrauchen lassen. Eine Münchner Zeitung brachte groß in dickem Fettdruck die Mitteilung, daß zum Beispiel auch Kronprinz Rupprecht [14] das Volksbegehren als "verfehlt ansieht und ablehnt" [15]. Welche Gründe die Umgebung des bayerischen Kronprinzen bewogen haben mögen, diese Nachricht in die Öffentlichkeit zu lancieren, ist belanglos, wesentlich ist aber, daß dadurch ohne Zweifel der Sache des Volksbegehrens Schaden zugefügt wurde. Es kann natürlich nur dem Ermessen des bayerischen Kronprinzen anheimgestellt sein, aus "taktischen"

---

11 Am 15.10.1929 hatte die Reichsregierung einen Aufruf "an das deutsche Volk" gegen das Volksbegehren gegen den Young-Plan gerichtet. Der Aufruf war von den Mitgliedern der Reichsregierung, mehreren Ministerpräsidenten der Länder, zahlreichen Oberbürgermeistern, Oberpräsidenten, hohen Richtern sowie anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus ganz Deutschland, darunter Gerhart Hauptmann und Thomas Mann, unterzeichnet. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 15.10.1929 (AA), "Aufruf gegen das Hugenbergsche Volksbegehren".

12 Gerhart Hauptmann (1862-1946), Ausbildung zum bildenden Künstler, 1884 Bildhauer in Rom, 1885 Schriftsteller in Berlin, 1912 Literaturnobelpreis.

13 Vgl. Dok. 90, Anm. 5.

14 Rupprecht (1869-1955), 1887 bayerischer Leutnant, 1889-1891 Studium in München und Berlin, 1913 bayerischer Kronprinz, 1914 Generaloberst, Oberbefehlshaber der 6. (bayerischen) Armee, 1916-1918 Oberbefehlshaber der "Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht", lehnte 1921 beim Tod seines Vaters, Ludwig III., die Ausrufung zum König ab, 1939-1945 Exil in Italien.

15 Die Münchner Telegramm Zeitung meldete am 24.10.1929 unter der Überschrift "Kronprinz Rupprecht gegen das Volksbegehren" im Fettdruck: "*Neuburg a. D., 24. Oktober. Reichstagsabgeordneter* [*Martin*] *Loibl teilt in einer öffentlichen Erklärung mit, daß Kronprinz Rupprecht von Bayern ein Ansuchen des Landesausschusses für das Volksbegehren, den Aufruf zu unterzeichnen, abgelehnt habe mit der Begründung, daß er den Weg des Volksbegehrens für verfehlt halte.*" Zur Auseinandersetzung über die Stellung des Kronprinzen Rupprecht zum Volksbegehren vgl. Paul Hoser, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, Teil 2, Frankfurt a. M. 1990, S. 672 ff. sowie Kurt Sendtner, Rupprecht von Wittelsbach, Kronprinz von Bayern, München 1954, S. 543 f.

oder aus "prinzipiellen" Gründen seine Stellungnahme zu bestimmen. Aus "prinzipiellen" könnte sie nur gegen den Young-Plan [16] sein. Auch in diesem Lager wird man vielleicht schon in ein paar Jahren eingesehen haben, daß der Young-Plan nur eine Etappe zur Vernichtung der letzten Eigenstaatlichkeit der Länder ist. Ja, er führt zwangsläufig zu dieser Vernichtung. Glaubt aber die Umgebung des Kronprinzen oder dieser selbst, aus taktischen Erwägungen dagegen Stellung nehmen zu müssen, dann hätte man zumindest erwarten dürfen, daß diese taktische Stellungnahme nicht in Gestalt eines offenen Angriffs gegen die Bekämpfer des Young-Planes stattfindet. Es wäre vielleicht vor zwei Jahren auch für manche Partei "taktisch" angenehmer gewesen, für die Fürstenenteignung einzutreten als dagegen [17]. Diese Parteien haben damals allerdings die anständige Ehrlichkeit höher gestellt als fadenscheinige Zweckmäßigkeitsmotive [18]. Die nationalsozialistische Bewegung zum Beispiel hat bisher bewußt und gewollt die Frage Republik oder Monarchie nicht berührt [19]. Taktische Gesichtspunkte waren dabei verdammt nicht maßgebend. Wenn aber die Monarchen selbst wenig Wert auf eine solche Gesinnung legen, dann wird das der Anlaß sein, eine gründliche Reform auch unserer Einstellung vorzunehmen. Man kann es auf die Dauer dann nicht mehr verantworten, durch die Offenlassung der Frage Monarchie oder Republik den republikanischen Behörden Handhaben für die Unterdrückung und Verfolgung Hunderttausender braver Menschen zu geben, und in derselben Zeit aber auch Rückenstöße durch die berufensten Repräsentanten der Monarchie zu bekommen. Ich halte es bei solchen Erfahrungen für absolut richtig, dann auch von uns die Republik als Staatsform eindeutig anzuerkennen und nur ihren heutigen inneren Feinden und Zerstörern, der Novemberdemokratie, den rücksichtslosesten Kampf anzusagen und weiter fortzuführen. Sind aber die Monarchen für diese Veröffentlichung nicht verantwortlich, dann mögen sie sich von einer Umgebung befreien, die in wenig verantwortlicher und noch weniger genialer Weise vertritt, was Bismarck in seinem dritten Bande seiner Erinnerungen als Allerschlimmstes für einen Monarchen kennzeichnet: Um von unversöhnlichen Feinden gestreichelt zu werden, fällt man ehrlichen Freunden in den Rücken [20].

---

16 Vgl. Dok. 41, Anm. 11; Dok. 54, Anm. 5.

17 Vgl. Dok. 29, Anm. 22.

18 Die Stellung zum Volksentscheid über die Fürstenenteignung war in der NSDAP zunächst umstritten. Hitler selbst lehnte die Fürstenenteignung von Anfang an ab. Auf der Führertagung der NSDAP am 14.2.1926 in Bamberg konnte Hitler seinen Standpunkt gegen den durch Gregor und Otto Straßer sowie Joseph Goebbels vertretenen linken Flügel der Partei durchsetzen und damit auch seinen absoluten Führungsanspruch in der Partei festigen. Vgl. Bd. I, Dok. 101 sowie Schüren, Volksentscheid, S. 155 f.

19 Das Parteiprogramm der NSDAP enthält keine eindeutige Aussage über die Staatsform. Vgl. Dok. 61, Anm. 27.

20 "Der Kaiser [*Wilhelm II.*] zeigt das Bestreben, durch Concessionen an seine Feinde die Unterstützung seiner Freunde entbehrlich zu machen." Vgl. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Dritter Band: Erinnerung und Gedanke, Stuttgart 1919, S. 130.

2. November 1929 Dok. 92
"An das Deutsche Volk!"
Aufruf

Stahlhelm vom 10.11.1929, "Der Aufruf des Reichsausschusses" [1].

Trotz Severing, Braun und Genossen ist das Volksbegehren gegen Tributplan und Kriegsschuldlüge mit Erfolg durchgeführt [2]. Alle Verleumdungen der Erfüllungspolitiker haben es nicht vermocht, vier Millionen aufrechter Deutscher Männer und Frauen von dem offenen Bekenntnis ihres Freiheitswillens abzuhalten. Beispielloser Terror und skrupelloser Gesinnungszwang sind zuschanden geworden [3].

Die Eintragung in die Ehrenliste des deutschen Volksbegehrens war ein Bekenntnis und eine Tat. Der Dank kommender Geschlechter ist ihr Lohn!

Die erste Schlacht ist gewonnen!

Der Kampf geht weiter!

Otto v. Below Claß Döbrich Duesterberg Frhr v. Gebsattel Graf von der Goltz Hepp Hitler Hugenberg Frau Annagrete Lehmann Lübbert [4] Frhr. v. Lüninck [5] Möllers [6] v. Morozowicz [7] Frau Netz [8] Rüffer Schiele v. Schinckel [9] Erich Schmidt [10] Schwecht Seldte Straßer Thyssen Wendhausen [11] Graf Westarp [12] v. Winterfeld Wundt [13]

---

1 Vgl. VB vom 5.11.1929, "Der Kampf geht weiter".

2 In der Eintragungsfrist (vgl. Dok. 88, Anm. 34) für das Volksbegehren gegen den Young-Plan (vgl. Dok. 77, Anm. 2) hatten sich 4.137.193 Wahlberechtigte (10,02%) eingeschrieben. Die erforderliche Zahl, um über das "Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes" einen Volksentscheid herbeizuführen, war damit knapp erreicht. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 566.

3 Vgl. z. B. Dok. 88, Anm. 4.

4 Erich Lübbert (1883-1963), 1906 Dr. jur., 1909 Rechtsanwalt in Hamburg, 1910 Rechtsanwalt in Lüderitzbucht (Südwestafrika), 1920-1924 Direktor der Consolidated Diamond Mines of South-West-Africa Ltd., 1924 Delegierter der A.-G. für Verkehrswesen, Berlin, 1926 deren Generaldirektor, Mitglied des Finanzrats bei der Bundesleitung des Stahlhelms.

5 Hermann Freiherr von Lüninck (1893-1979), Jurist, 1914 Referendar, 1921 Regierungsassessor im preußischen Ministerium des Innern, 1923 stellvertretender Sekretär des Rheinischen Bauernverbandes, 1925 Präsident der Hauptlandwirtschaftskammer der Rheinlande, 1933 Oberpräsident der Rheinprovinz, 1935 Rücktritt.

6 Alfred Möllers (geb. 1883), Kaufmann und Jurist, 1908-1911 Prokurist in der Hugo Stinnes AG, 1911-1914 Direktor der Chemischen Fabrik Weyl in Mannheim, 1918 Prokurist der Rütgerswerke in Berlin, seit 1923 deren Direktor, 1924-1940 Vorsitzender der Deutschen Industriellenvereinigung (seit 1926: Bund für Nationalwirtschaft und Werkgemeinschaft).

7 Elhard von Morozowicz (1893-1934), 1924-1928 Landesführer des Stahlhelm in Brandenburg, Landesführer des Wehrwolf in Brandenburg, 1932/33 MdL in Preußen (DNVP), 1933 Gruppenführer beim Stab des Obersten SA-Führers, 1934 Tod durch Autounfall.

8 Marie Netz, 1923 Gründerin des Bundes Königin Luise.

9 Max von Schinckel (1849-1938), Kaufmann und Bankier, 1869-1872 Prokurist in St. Petersburg, 1872 Direktor der Norddeutschen Bank in Hamburg, 1895 deren Inhaber, 1919 Aufsichtsratsvorsitzender der Norddeutschen Bank und der Diskonto-Gesellschaft in Berlin, 1929 Ehrenpräsident des Aufsichtsrats der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft Berlin.

10 Erich Schmidt (1897-1952), Schriftsteller, 1922 Dr. rer. pol., Juli 1932 bis November 1933 MdR (DNVP), 1933 Verbot jeglicher journalistischer Tätigkeit, Haussuchungen, 1944 Haussuchung.

11 Albrecht Wendhausen (1880-1945), Rittergutsbesitzer, Dr. jur., 1928-1932 MdR (Christlichnationale Bauern- und Landvolkpartei, seit Dezember 1931 Hospitant der NSDAP), Mitglied des Reichslandbundes.

6. November 1929 Dok. 93
"Kabinettspolitik und Volksbegehren / eine Antwort an den Grafen Soden" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 8.11.1929, "Der Mißbrauch der monarchischen Idee im Dienste der Young-Front" [3].

Ich glaube, es ist schon ein Unterschied zwischen der heutigen Zeit und derjenigen vor elf Jahren [4]. Ich glaube, daß jetzt Millionen von Deutschen fühlen müssen, daß wir inmitten des Beginnes eines *großen Volkskampfes* stehen, eines Kampfes, der sich richtet nicht nur gegen das Ausland, sondern der zunächst Ordnung schaffen will im Innern Deutschlands selbst. Und eines dürfen wir auch wohl feststellen: Wenn heute so etwas möglich ist wie die Kundgebungen der letzten Zeit, dann eigentlich nur *dank der Arbeit der nationalsozialistischen Bewegung.* Wir haben es fertiggebracht, daß in großen Teilen Deutschlands heute überhaupt eine nationale Fahne flattern kann und daß in großen Teilen des heutigen Deutschland nationale Demonstrationen stattfinden können. In den Gebieten, in denen keine Nationalsozialisten sind, in denen sich große Städte befinden, ist der Zustand ähnlich der Zeit vor 10 und 11 Jahren. Besonders für *Bayern* dürfen wir das für uns beanspruchen. Ich muß hier betonen, in Bayern gab es auch vor 10 und 11 Jahren eine *Bayer[ische] Volkspartei,* aber dieses Schwänzchen der damals sozialdemokratischen Hoffmann-Regierung [5] hat verdammt wenig Einfluß auf die öf-

---

12 Kuno Friedrich Graf von Westarp (1864-1945), Jurist, 1886 Referendar, 1891 Regierungsassessor, 1893 Landrat des Kreises Bomst, 1900 des Kreises Randow, 1903-1908 Polizeidirektor (später Polizeipräsident) in Berlin-Schöneberg, 1908-1920 Oberverwaltungsgerichtsrat, 1908-1918 MdR (Konservative), seit 1913 Fraktionsvorsitzender, 1920-1932 MdR (DNVP, ab 1930 Konservative Volkspartei), 1925-1929 Fraktions-, 1926-1929 Parteivorsitzender der DNVP.

13 Max Wundt (1879-1963), 1903 Dr. phil., 1918-1920 außerordentlicher Professor der Philosophie in Marburg, 1920-1929 ordentlicher Professor in Jena, 1929-1945 in Tübingen, Autor völkischer Schriften.

1 Joseph Graf von Soden-Fraunhofen (1883-1972), Jurist, 1911 Legationssekretär an der bayerischen Gesandtschaft in Berlin, 1919-1921 Leiter der Polizeiabteilung Bamberg, November 1923 während des Hitler-Putsches von den Putschisten als Geisel festgesetzt, 1923-1933 Kabinettschef des Kronprinzen Rupprecht von Bayern.
Titel laut Lagebericht und Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10118). Titel laut Ankündigung im VB vom 6. und 7.11.1929: "Kabinetts-Politik und Volksbegehren".

2 Im Bürgerbräukeller, von 20.15 bis 22.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht zwischen 2.600 und 3.000 Personen teilnahmen, wurde von Stadtrat Hermann Esser geleitet. Der Eintrittspreis betrug 50 Pfennig, für erwerbslose Parteimitglieder 10 Pfennig. Im Franziskanerkeller wurde wegen Überfüllung des Bürgerbräukellers eine Parallelversammlung abgehalten, auf der MdL Julius Streicher und MdR Franz Ritter von Epp sprachen.

3 Vgl. Polizeiberichte Nr. 1661/29 sowie Nr. 1663/29 vom 7.11.1929; StA München, Pol. Dir. München 6740; Lagebericht N/Nr. 86 vom 13.11.1929; ebenda; Münchener Post vom 7.11.1929, "Hitlers Rückzieher", Münchner Telegramm Zeitung vom 7.11.1929, "Herr Hitler" sowie Vossische Zeitung vom 14.11.1929 (PA), "Skandal um jeden Preis".

4 Anspielung auf die revolutionären Ereignisse im November 1918.

5 Bereits die Bildung der ersten Regierung unter Ministerpräsident Johannes Hoffmann in Bayern (Februar 1919) war nur durch Duldung der DDP und der BVP möglich geworden. In der zweiten Regierung Hoffmann (Mai 1919 bis März 1920) stellte die BVP einen Minister und vier Staatssekretäre. Vgl. Diethard Hennig, Johannes Hoffmann. Sozialdemokrat und Bayerischer Ministerpräsident, München 1990, S. 217 ff., 331 ff.

fentliche Meinung gehabt; nicht nur das Land, auch München war vollkommen unter dem roten Terror gestanden, und erst 1924 hat zum erstenmal dieser Terror gebrochen werden können, *nicht durch die Aufklärungsarbeit des Herrn Schäffer - wir* haben es fertiggebracht, daß endlich die rote Majorität zertrümmert wurde [6].

Wir haben das Gefühl, daß wir uns jetzt

am Beginn eines Wendepunktes

in der deutschen Geschichte befinden. Und es ist vielleicht angezeigt, den Blick kurz nach *rückwärts* zu werfen, besonders wenn sich Kräfte finden, die die Fehler der Vergangenheit verewigen wollen.

Und nun skizziert Hitler in hinreißenden Ausführungen das tragische und unerbittliche Geschick eines versklavten Volkes, wie er es in der Einleitung seines Offenen Briefes an den Graf Soden dargelegt hat [7], und in dem er die drei historischen Einwände der Gemeinschaft der Schwächlinge geißelt, die sich durch Jahrtausende hindurchziehen: nämlich, daß die Zeit ungeeignet, der Anlaß nicht der gegebene und endlich die Methode nicht die richtige sei, um das Sklavenjoch abzuschütteln.

Das deutsche Volk hat den Wahrheitsbeweis für seine Güte vor der Weltgeschichte geliefert, *die deutsche Regierung aber nicht.* Was bei uns schlecht ist, ist nicht das Volk an sich. Es kann verdorben sein, verführt, im Taumel des Wahnsinns handeln, aber in seinem Kern ist unser Volk gesund, und ich behaupte immer, am gesündesten, je weiter ich in dieses Volk hineinkomme. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Es ist das Volk, das uns etwas gab, was die ganze Welt nie gehabt hat: den deutschen Grenadier und Musketier des Weltkrieges, den unbekannten Soldaten in seinem lehmbeschmutzten Rock, mit seinem verbeulten Stahlhelm, abgehärmte, ausgehungerte, hohlwangige, verdreckte, nicht ausgeschlafene Helden, wie sie die Welt nirgends gehabt hat, *sie hat unser deutsches Volk hervorgebracht.* (Stürmischer Beifall.)

Wenn Regierungssysteme falsch sind und ihre Konstruktion darauf hinausgeht, nur das Schlimme zur Geltung zu bringen, dann gibt es nur eine Möglichkeit, dann muß das Volk sich selbst säubern, aus seinen unerschöpflichen Kraftquellen heraus muß die Reinigung kommen. Und die Spitze des Volkes muß das Volk seelisch und geistig verkörpern, der deutsche Grenadier muß auch eine analoge Führung [*sic!*] *erhalten. (Stürmischer Beifall.)*

Hitler schildert nun als das Bemerkenswerteste der ganzen Entwicklung, daß ein Edikt nach dem anderen angenommen wurde, ohne daß die tiefen Schadenswirkungen in die Masse hineingekommen wären. *Ohne daß das Volk erfuhr, was während 11 Jahren in seinem Namen unterschrieben wurde.* Kaum, daß es ahnt, für was der Steuerbüttel die Groschen holt. Das ist vielleicht das Schlimmste, daß 11 Jahre lang alle derartigen Entwicklungen sich in der parlamentarischen Anonymität vollzogen haben, bei der das Volk nie weiß, wer dafür und wer da-

---

Johannes Hoffmann (1867-1930), Lehrer, 1908-1918 MdL in Bayern (SPD), 1910-1918 Stadtrat und Stellvertreter des Bürgermeisters in Kaiserslautern, 1912-1918 und 1919-1930 MdR, November 1918 bis März 1919 bayerischer Minister für Kultus und Unterricht in der Regierung Eisner, 1919/20 MdL in Bayern, März 1919 bis März 1920 bayerischer Ministerpräsident, Außen- und Kultusminister.

6 Der gemeinsame Stimmenanteil von SPD und USPD bzw. KPD sank von der Landtagswahl 1920 bis zur Landtagswahl 1924 von 31,1 auf 25,6%, derjenige der BVP von 39,0 auf 32,8%. Der Völkische Block, der 1924 zum ersten Mal antrat und dem auch Anhänger der verbotenen NSDAP angehörten, erreichte 17,1%. Vgl. Falter, Wahlen und Abstimmungen, S. 91.

7 Vgl. Dok. 94.

gegen gewesen ist. Es war notwendig, einen *Anlaß* zu nehmen und die Frage in das Volk hineinzustellen: *Du, habe den Mut und bekenne nun!* Nun sollen sie eintreten, verteidigen oder verdammen.

Warum ein Volksbegehren [8]*?*

Das ist für uns der Anlaß gewesen, warum wir uns zusammenfügten und ein *Volksbegehren* machten. Wenn man mir heute in der "Münchner Telegramm Zeitung" vorwirft: Sie haben ja selbst nicht an die Zweckmäßigkeit und den Erfolg des Volksbegehrens geglaubt [9], dann kann ich nur antworten:

Meine Herren, Sie verkennen ganz unsere *Gesinnung*, Sie verkennen unseren *Willen* und Sie verkennen vollständig unsere *Energie.*

Unsere Gesinnung: denn Sie glauben wirklich, daß wir das nur getan haben, weil wir uns einen *billigen Erfolg* versprachen. Herr Graf von *Soden*! Als ich in Berlin das Resultat des Volksbegehrens bekam [10], da wurde mir natürlich für einen Augenblick auch im Herzen warm, aber ich sage Ihnen offen, ich sagte mir in dieser Sekunde: Vielleicht haben wir noch gar nicht alles getan, daß wir es wirklich verdient haben. *Jetzt wollen wir erst recht arbeiten und das Volksbegehren als ein gütiges Geschenk des Himmels entgegennehmen,* das uns verpflichtet, uns noch mehr einzusetzen - aber nicht dieses Erfolges wegen (stürmische Kundgebungen) haben wir es getan, nicht weil wir einen billigen Ruhm glaubten zu ernten, sondern weil uns eine innere Stimme dazu *verpflichtete.* Und wenn Sie uns vorgerechnet hätten, daß wir verlieren müssen, *wohlan, dann kämpfen wir eben, um zu verlieren.*

Niemals werden wir uns aus schwachen taktischen Gesichtspunkten fügen und beugen! Seit 10 Jahren kämpfen wir [11]*. Haben wir jemals eine garantierte Anweisung auf den Erfolg gehabt? Als wir mit 7 Mann anfingen* [12]*, hätte man uns sagen können: Sie glauben, daß Ihre Bewegung ganz Deutschland überstrahlen wird? Wir taten es, weil wir uns sagten, wie soll Deutschland wieder auferstehen, wenn Millionen sich fügen? Einmal ist es doch notwendig, und ich sagte mir: Nun, Herr, Gott, ich bin allein, ich kämpfe, und wer hinter mich treten will, tritt hinter mich, und wer es nicht will, läßt es bleiben! Aber ich habe gekämpft. (Stürmische Ovation.)*

Sie haben unterschätzt unseren *Willen!*

Ein Wille, Herr Graf, der unerschütterlich ist, und den gar nichts brechen kann. Keine Verleumdung, keine Schmähung, keine Lüge, kein Terror und kein sogenannter Mißerfolg, der andere vielleicht wieder zurückscheu[*ch*]en würde in ihre Löcher. *Unser Wille ist ein eisenharter.*

Und Sie haben drittens unterschätzt unsere *Beharrlichkeit,* Energie und Zähigkeit, ganz gleichgültig, wie die Waagschale des Erfolges gehen mag.

---

8 Vgl. Dok. 77, Anm. 2.

9 "[...] wobei Hitlers (nach eigenen Angaben 'ganz offizieller') Vertreter die merkwürdige Erklärung abgab, Hitler sei selbst von Anfang an dem Volksbegehren sehr skeptisch gegenüber gestanden, habe aber schließlich, dem Drängen anderer Seite folgend, seine Partei für das Volksbegehren eingesetzt." Vgl. Münchner Telegramm Zeitung vom 1./2.11.1929, "Hitler bedroht den Kronprinzen Rupprecht".

10 Hitler hatte am 2.11.1929 an der Tagung des Präsidiums des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren in Berlin teilgenommen. Vgl. Dok. 92.

11 Vgl. Dok. 1, Anm. 2.

12 Vgl. Dok. 1, Anm. 4.

Endlich bewog uns die *Hoffnung*, endlich in den unsauberen Mist unseres parlamentarisch-parteipolitischen Lebens eine *klare Parole* hineinzuschleudern, *die die Menschen scheidet und zwingt vor aller Öffentlichkeit Farbe zu bekennen* [13]. Wenn heute Berliner bürgerliche Zeitungen schreiben: nun aber Schluß, nun das Ganze sammeln, ein Strich hinter die Vergangenheit, wir dürfen nicht die Gräben zuschütten zu der großen nationalen Front [14]! - so antworten wir ihnen: *Sie glauben wohl in uns dieselben Schwachköpfe vor sich zu haben, die einst ein Wilson vor sich hatte, als er seine 14 Seifenblasen steigen ließ* [15]*?* Sie täuschen sich: Keines ist möglich, nicht daß wir unterliegen, nicht daß wir auseinandergehen, nur ein Drittes wird sein, daß *Sie zerbrechen*! (Stürmischer Beifall.)

Wir können und werden nie vergessen, wem wir dieses elfjährige entsetzliche Unglück verdanken. Wir gehören nicht zu denen, die hier monarchisch sind und in Berlin mit Levi u[nd] Crispien gehen [16]*, die hier ihr monarchisches Herz entdecken und sonst die Republik als die von Gott eingesetzte Obrigkeit bezeichnen.*

So stehen wir heute am Beginn eines riesenhaften Kampfes gegen die Lüge, den Terror und die Verleumdung. In den wenigen Wochen Kampfes für das Volksbegehren haben wir zwei Tote und 400 Schwerverletzte gehabt [17]*. (Bewegung.) In diesen wenigen Wochen haben unsere Redner und Kämpfer in*

über 7.000 Versammlungen

in Deutschland gesprochen [18] *(Hört-hört-Rufe, große Bewegung) und haben dabei gegen sich gehabt eine gemeinsame Front: die gesamte Presse, das gesamte Kapital, die gesamte Wirtschaft* [19]*, die gesamten staatlichen Institutionen* [20]*, die Institutionen des Rundfunks* [21]*, die ganze Gesellschaft* [22] *usw. Die Banken gegen uns, die Börse, Inland und Ausland gegen uns, und trotzdem sind über 4 Millionen deutscher Männer und Frauen hingegangen und haben ihre Namen eingeschrieben in das Grundbuch des Freiheitskampfes der deutschen Nation* [23]*. (Stürmische Kundgebungen.)*

---

13 Vgl. Dok. 29, Anm. 23.

14 Anspielung auf den Kommentar "Das Ganze Halt! - Sammeln!" in der Deutschen Tageszeitung vom 3.11.1929, in dem ein "Graben quer durch das Bürgertum" erkannt und vor der Radikalisierung der nationalen Parteien und Verbände durch die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten gewarnt wurde: "Denn wir sind allerdings der Meinung, daß die Kreise der Rechten, die auf politische Ernsthaftigkeit Anspruch erheben, allen Anlaß haben, nicht in einen Wettlauf des Radikalismus mit den Nationalsozialisten einzutreten, bei dem sie immer nur zweiter Sieger bleiben können."

15 Vgl. Dok. 73, Anm. 4.

16 Vgl. Dok. 6, Anm. 33 sowie Dok. 35, Anm. 12.

17 Vgl. Dok. 88, Anm. 3.

18 Nach parteieigener Angabe hatte die NSDAP im Oktober 1929 reichsweit 7.000 Versammlungen abgehalten. Vgl. VB vom 3./4.11.1929, "Das Trommelfeuer unserer Versammlungsoffensive". Zu Zahl und Ausbildung der Parteiredner der NSDAP vgl. Dok. 13, Anm. 4.

19 Am 4.10.1929 hatte sich der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages trotz Bedenken für die Annahme des Young-Plans ausgesprochen. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 5.10.1929 (AA), "Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages".

20 Vgl. Dok. 91, Anm. 11.

21 Vgl. Dok. 88, Anm. 15.

22 Vgl. z. B. Münchner Telegramm Zeitung vom 15.10.1929, "Kardinal Bertram gegen das Volksbegehren".

23 Vgl. Dok. 92, Anm. 2.

Hitler charakterisiert nun jene Koalition der Young-Parteien [24], die *von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei* reicht, wobei er

die Bayer[*ische*] *Volkspartei*

als das Türsteherchen des Zentrums bezeichnet, deren Beziehungen zu Kreisen, die das alte Deutschland repräsentierten, vier Jahre und 8 Monate ruhten, aber wieder aufgenommen wurden vom 9. Monat des vierten Jahres an. Bis dahin war sie eine republiktreue, auf dem Boden der Verfassung stehende Organisation. Vier Monate vor fünf Jahren ist sie dann eine mit einem weinenden Auge zur Monarchie zurückblickende Organisation [*geworden*], nicht als ob sie dann restlos auf den Boden der Monarchie zurücktreten würde, sondern sie sieht nur traurig zurück [25]. *Bis zum Wahltag.* Wenn der Wahltag vorbei ist, tritt sie wieder hinein in den Staat auf den Boden der Tatsachen, um mitzuregieren und eine Vermehrung des Ruhmes des Reiches und der Güter des Reiches vorzunehmen. (Große Heiterkeit.) *Die Herren warten mit Sehnsucht darauf, sich in München mit Herrn Auer zusammenzuschließen zu einer Gemeinschaft im kommenden Stadtrat* [26].

Sie werden sehen, daß wir richtig prophezeien. In 6 Wochen wollen wir uns wieder hier versammeln [27]. (Heiterkeit.)

Dem gegenüber erklärt die zweite Gruppe der Parteien: Wir erkennen die Tatsachen, auf die die anderen sich gestellt haben, nicht an, d. h., für uns ist die Revolution im Jahre 1918 nach wie vor ein Verbrechen. Wir wissen, daß nicht das Volk schuld ist, denn es stand an der Front. Aber wir werden, wenn uns das Schicksal die Macht verleiht, die verantwortlichen Schuldigen zur Verantwortung ziehen. Ungestraft sollen sie nicht das deutsche Volk des Weltkrieges entwaffnet und der internationalen Hochfinanz ausgeliefert haben [28]. (Stürmischer Beifall.)

Als wir unseren Kampf aufgenommen hatten, da traf es uns wie ein Keulenschlag, als gegen uns

der Name Hindenburgs

ausgespielt wurde [29]. *Wir* haben ihn einst gewählt, von *unserer* nationalen Seite ist er aufgestellt worden [30]. *Wir* haben ihn einst verteidigt, *als er von den Young-Parteien vor den*

24 Gemeint sind die Parteien der Regierungskoalition. Vgl. Dok. 94. Zum Young-Plan vgl. Dok. 41, Anm. 11; Dok. 54, Anm. 5.

25 Bezieht sich auf das im Winter 1923/24 von der BVP initiierte Volksbegehren zur Änderung der bayerischen Verfassung. Kern der Vorschläge war die Schaffung des Amts eines Staatspräsidenten für Bayern. Diese Initiative wurde als Versuch gedeutet, die Rückkehr zur Monarchie vorzubereiten. Beim Volksentscheid am 6.4.1924 wurde die notwendige Stimmenzahl nicht erreicht. Vgl. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 89 ff.; Karl Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. Beiträge zur bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933, München 1954, S. 212 ff.

26 Die BVP hatte in München aufgrund der Erfahrungen bei der Kommunalwahl 1924 auf ein erneutes Zusammengehen mit der DNVP 1929 verzichtet. Dieser Schritt ließ in der Presse Vermutungen über eine Koalition zwischen BVP und SPD aufkommen. Vgl Peter Steinborn, Grundlagen und Grundzüge Münchener Kommunalpolitik in der Jahren der Weimarer Republik. Zur Geschichte der bayerischen Landeshauptstadt im 20. Jahrhundert, München 1968, S. 471.

27 Vgl. Dok. 116.

28 Vgl. Dok. 6, Anm. 40.

29 Vgl. Dok. 90, Anm. 5.

30 Für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl (29.3.1925) hatte die NSDAP Erich Ludendorff als Kandidaten aufgestellt, im zweiten Wahlgang (26.4.1925), nach dem Verzicht Ludendorffs, zusammen mit DNVP, DVP und BVP Paul von Hindenburg unterstützt. Vgl. z. B. Bd. I, Dok. 14-16, 41.

Staatsgerichtshof geschleppt wurde, wir haben seinen Namen in Schutz genommen. Wir haben ihm zugejubelt, als er nach München kam [31] und die anderen ihn verleumdeten und schlecht machten. Wieviele hier haben ihm ihre Stimme gegeben! (Zuruf: Alle!)

Und jetzt müssen wir erleben, daß eine Umgebung des Reichspräsidenten es fertigbringt, seinen Namen einer Partei zur Verfügung zu stellen, deren Regiment Deutschland soviel Elend zugefügt hat, die alte Armee zerbrochen hat, das alte Reich zertrümmerte und den Herrn Reichspräsidenten selbst auf das gemeinste besudelt hat.

Genauso war es, als wir hier plötzlich in der Presse lesen konnten, daß

der Name des Kronprinzen

in die Waagschale der andern geworfen wird. Doppelt entsetzlich, weil wir genau wußten, daß es nicht die Absicht des Kronprinzen ist, daß er es ablehnt, hineingezogen zu werden, und daß nur seine Umgebung diesen Namen der Öffentlichkeit preisgegeben hat. Das hat uns empört, nicht gegen den Kronprinzen, der ist so unschuldig, wie irgend jemand, wir kennen den Herrn, der das gefingert hat, und plötzlich den Namen des letzten Wittelsbachers zugunsten der Parteien in die Waagschale warf, die einst vor elf Jahren auch das Haus Wittelsbach zertrümmert haben.

Wir bekennen: *Da kommt für uns Nationalsozialisten eine Grenze* und das ist folgende: Wir Nationalsozialisten gehören zu jener Partei, die feierlich erklärt: Die Monarchie ist durch die Revolution beseitigt worden, nicht durch uns. Die Republik hat sich durch einen Gewaltakt eingesetzt. Allerdings haben die Parteien die Republik legalisiert. Aber wir behaupten, daß der Zusammensturz der Monarchie ein Verbrechen gewesen ist, das nicht etwa das Haus Hohenzollern oder das Haus Wittelsbach getroffen hat, *sondern Deutschland.* Seitdem sind wir nach unten gesunken. Nun haben wir Nationalsozialisten nicht aus taktischen Erwägungen, sondern aus anständiger Gesinnung in diesen Jahren nicht den Standpunkt verfochten: Für uns ist die Frage Republik oder Monarchie noch zu entscheiden, sondern *wir erklärten feierlichst, daß wir diese Frage völlig zurückstellen.* In unseren Reihen sind Kämpfer aus allen Windrichtungen [*sic!*] unseres Vaterlandes und des Parteilebens. Sie sollen zusammenkommen können und ein Ziel im Auge haben: Deutschland, das deutsche Volk, das Deutsche Reich, das deutsche Vaterland. (Starker Beifall.)

Dieses Bekenntnis hat uns schwersten Verfolgungen ausgesetzt. Die Bayer[*ische*] *Volkspartei hat mir jahrelang das Reden verboten* [32]*, weil ich gegen den bestehenden Zustand gekämpft habe (stürmische Zurufe), weil ich mich nicht auf den Boden der republikanischen Tatsachen gestellt habe. (Bewegung.) Sie warfen uns jahrelang vor, wir müßten Farbe bekennen, Herr Hitler solle bekennen: Stellt er sich auf den Boden der Republik? Wenn nein, dann soll er den Mund halten, wenn ja, dann darf er reden! (Bewegung.)*

Das führte dazu, daß unsere Parteigenossen als antirevolutionär, als reaktionär, als anti-republikanisch behandelt worden sind, daß Tausende und Abertausende unserer Parteigenossen dafür Verfolgungen ausgesetzt wurden, ihre Stellungen verloren haben, aus den Ämtern hin-

31 Nach seinem Amtsantritt als Reichspräsident eröffnete Paul von Hindenburg eine Rundreise durch die Länder am 12.8.1925 mit einem Besuch in München. Trotz schlechten Wetters hatte sich eine unüberschaubare Menschenmenge zu seinem Empfang eingefunden. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 13.8.1925, "Begeisterter Empfang des Reichspräsidenten in München".

32 Vgl. Dok. 60, Anm. 11.

ausgeworfen worden sind. Man hat Reichsbetriebe für sie gesperrt und Tausende brotlos gemacht [33]. Das haben wir ertragen aus unserer anständigen Gesinnung heraus. Ich persönlich kann versichern: Würde ich nach taktischen Gesichtspunkten gehandelt haben, so hätte ich 1918 erklärt: Die Revolution ist gemacht, die Fürsten haben sich mit ihr abgefunden, die alten monarchischen Parteien treten auf den Boden der Tatsachen - wir haben keinen Grund, nicht dasselbe zu tun, was die Bayer[*ische*] Volkspartei getan hat (lebh[*afte*] Zustimmung), und wir nehmen nur den Kampf auf gegen die Vernichter des Vaterlandes. Und nehmen ihnen die Handhabe, uns en bloc von vorneherein zu verurteilen, weil wir uns restlos auf den Boden des Staates stellen.

Wenn ich das nicht getan habe, so sind zwei Dinge die Ursache gewesen.

Erstens, meine persönliche Einstellung. 4 1/2 Jahre habe ich im Felde gekämpft [34]. Der alte König [35] hat mir gnädig die Erlaubnis gegeben, im deutschen Heere kämpfen zu dürfen [36]. *Ich konnte nicht am 11. November* [*1918*] *verdammen, was ich am 9.* [*November 1918*] *als meine von Gott eingesetzte Obrigkeit angesehen habe.* (Anhaltender Beifall!) Und ich konnte es nicht, weil die andern es verdammten. Je mehr sie brüllten und schimpften, desto mehr stand ich auf dem Standpunkt: jetzt erst recht nicht. Ich habe in keiner Sekunde diese Revolution anerkannt. Ich habe sie in keiner Sekunde auch nur als nicht strafwürdig hingestellt, sondern vom ersten Tag meiner politischen Tätigkeit an, als alles mit dem Strome schwamm, die These aufgestellt: Wir werden einmal mit den Verbrechern des 8. bis 11. November [*1918*] abrechnen!

Damit ist nicht gesagt, daß ich aus Zweckmäßigkeit oder taktischen Erwägungen für die eine oder andere eintreten müßte. Im übrigen kämpfe ich seit dem Jahre 1918 [37] für das deutsche Volk. *Ich habe in einer Linie nur fortgesetzt, was ich im Jahre 1914 begonnen habe, vom gemeinen Infanteristen und Musketier aufwärts bis zum jetzigen Parteiführer.*

Das war ein zweiter Grund, daß es mir als *schamlos* erschien, etwas hinzunehmen, *was das Ausland uns diktierte.* (Laute Zustimmung.) Ich stand auf dem Standpunkt, wenn die Monarchie sich auf das schwerste versündigt hätte, hätte man sich zuerst freimachen und sie dann entfernen können, um zu zeigen: Was wir tun, tun wir aus *unserem* Wollen und nicht, weil ein Franzose es wünscht! Es schien mir damals maßlos feige zu sein, weil die ganze Meute johlte und schrie, sich da hineinzustellen und mitzuschimpfen. Ich habe mich die ganzen Jahre auf den Standpunkt gestellt, daß der November 1918 ein *Verbrechen* ist, das noch nicht gesühnt ist.

---

33 Vgl. z. B. Dok. 57, Anm. 15.

34 Vgl. Dok. 6, Anm. 44.

35 Ludwig III. (1845-1921), 1912 Prinzregent von Bayern, 1913 König, 1918 Entbindung der Beamten und Offiziere vom Treueid.

36 Nach eigenen Angaben hatte Hitler am 3.8.1914, einen Tag nach Kriegsbeginn, ein Immediatgesuch an König Ludwig III. gerichtet, trotz seiner österreichischen Staatsangehörigkeit in die bayerische Armee eintreten zu dürfen. Diese Bitte soll ihm bereits am nächsten Tag erfüllt worden sein. (Vgl. Mein Kampf, Bd. 1, S. 172) In seinem für den Hochverratsprozeß gegen Hitler angefertigten Gutachten vom 13.10.1924 stellte das Bayerische Kriegsarchiv allerdings fest, daß Hitlers Darstellung unglaubhaft ist. Am wahrscheinlichsten ist, daß Hitler in den ersten Kriegstagen als Kriegsfreiwilliger ohne Staatsangehörigkeitsprüfung in die bayerische Armee aufgenommen worden war. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 101 ff.

37 Zwei Tage nach Ausrufung der Räterepublik in München wurde Hitler Ersatz-Bataillons-Rat des Demobilmachungs-Bataillons des 2. Infanterieregiments. Vgl. ebenda, S. 188 f.

Allerdings, im Laufe des Weltkrieges und des schweren Ringens von heute hat man immer mehr und mehr den Weg zu seinem Volk gefunden, und ich habe mich zu jener Überzeugung durchgerungen, daß weder die Staatsform, ja selbst der Staat [nicht] eine primäre Bedeutung besitzt, sondern daß

an der Spitze das Volk

steht. Das deutsche Volk wollen wir erhalten und [dafür] sorgen, daß es weiterlebt, nicht vergeht in Schimpf und Schande, nicht zu einem Sklavenjoch auf ewige Zeiten verdammt wird. Darin sind wir Manns genug, wir sind niemandem verpflichtet, keinem Menschen, als unserem Gewissen und unserem Volk. Und die Staatsform wird einmal so kommen, wie sie dem deutschen Volk am meisten zuträglich ist.

Die Monarchie hat in langen Friedensjahren ihre Vorzüge für Deutschland ausprobiert, und wenn das jetzige Regiment die Monarchie verdammt, so müßte es etwas Besseres herstellen. Das ist noch nicht geschehen. Wir können nicht erklären, daß wir die Monarchie auf Grund ihrer inneren Untauglichkeit ablehnen, sondern es ist denkbar, daß eine ausgezeichnete Monarchie unserem Volke weit mehr bietet als eine schlechte Republik; wie es denkbar wäre, daß eine nationalistisch durchgeführte Republik besser wäre als ein schlechtes Königtum.

Ist die Monarchie beseitigt, dann tritt der Repräsentant und die Umgebung des Repräsentanten in eine maßgebende Stellung ein.

Es hat uns außerordentlich weh getan, daß in einem solchen Augenblick für Millionen Deutsche die Nennung eines alten Geschlechtes, an dem sie mit Verehrung hängen und an dessen Zuneigung sie unbedingt glauben, die Veröffentlichung in der Münchner Telegramm Zeitung ein schwerer Schlag gewesen ist. Denn sie mußten sich sagen: Wenn die Monarchie auf Seite der Republik steht, die bewußt die Monarchie zertrümmert, was hat es dann für einen Sinn, wenn der einzelne Mensch sich selbst noch in seiner Entscheidung frei hält und dafür schwersten Unterdrückungen ausgesetzt wird?

Päpstlicher als der Papst kann man nicht sein. Wenn die Monarchen kein Vertrauen haben, sondern ihre Namen dem Nichtnationalen zur Verfügung stellen, dann wird die nationale Seite sich überhaupt nicht entscheiden wollen, sondern zwangsläufig dort hingedrückt, *wo die Bayerische Volkspartei steht.* Dies zu bedauern und die Gefahr aufzuzeigen, ist mein Recht, und ich lasse es mir nicht von einem Graf Soden bestreiten, *den geht das nichts an.* (Lebhafter Beifall.)

Um so weniger, als wir alle wissen, daß nicht der Kronprinz seinen Namen hergegeben hat, sondern daß dieser Name ohne dessen Erlaubnis und Wissen in die Öffentlichkeit gebracht wurde. (Bewegung, vielfaches Hört-hört!) Man hat später dementiert und gesagt, Herr Loibl[38] *war nicht berechtigt*[39]*! Also sie geben selbst zu, daß nicht der Kronprinz es gewollt hat. Wer sind dann die, die es gewollt haben?*

Es ist wie immer, wenn Fürstenhöfe zugrunde gehen, daß der Großteil der Schuld nicht an den Trägern der Krone, sondern in deren Umgebung zu suchen ist. 1918 wäre Bayern nicht

38 Martin Loibl (1869-1933), Besitzer des "Neuburger Anzeigeblattes", 1905-1918 MdL in Bayern (Zentrum), 1924 MdR (BVP).

39 Loibl hatte am 27.10.1929 in einer Rede in Donauwörth erklärt, die Meinung des Kronprinzen Rupprecht zum Volksbegehren eigenmächtig, ohne vorherige Abstimmung mit dem Kronprinzen, bekanntgegeben zu haben (vgl. Dok. 91, Anm. 15). Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 28.10.1929, "Die Haltung des Kronprinzen Rupprecht".

zugrunde gegangen, wenn die höchste Umgebung nicht so schmählich versagt hätte. *Der alte König hat wirklich nicht die Schuld, wenn damals in Bayern von einem ostgalizischen Juden* [40] *das Königtum gestürzt werden konnte.* Die Schuld hatten die, die sich damals vor ihren König hätten stellen müssen. Auch jetzt können wir immer wieder sehen, wie das Gewicht eines solchen Namens von einer Umgebung in unverantwortlicher und leichtfertiger Weise für parlamentarische Zwecke verwendet wird.

Ich stelle mir vor, ein Kabinettschef, der es zuließ, daß der Name des Kronprätendenten überhaupt in diesen Konflikt hineingezogen wird, hätte den Beweis seiner Unzulänglichkeit erbracht. Ein Kabinettschef, der diesen Namen hingibt, um feststellen zu müssen, daß er nicht autorisiert war, ihn preiszugeben, ist für mich unverständlich. Es gibt Dinge, die, wenn sie einmal gemacht sind, nicht mehr repariert werden können.

Wenn ein Vertreter des bayerischen Königshauses eine Münchner Telegramm Zeitung als Publikationsorgan benutzt, wenn das Haus Wittelsbach sich in einer Telegramm Zeitung äußert, wenn ein Tschuppik [41] Sachwalter, journalistischer Verteidiger des Hauses Wittelsbach wird (Zurufe: Pfui Teufel!) - glauben Sie mir, ich persönlich sage vor aller Öffentlichkeit, daß, wenn diese Umgebung dieses Verfahren weiterhin übt, sie dem Kronprinzen einen Schaden zufügt, der nicht mehr gutgemacht werden kann. Nicht wir tun das, sondern diese Umgebung, wenn sie nicht schleunigst umkehrt und dafür sorgt, daß der Name des Kronprinzen herausgezogen wird aus diesen traurigen politischen Streitigkeiten und Kämpfen.

Und diese Umgebung untersteht sich, mir einen Vorwurf zu machen, wenn ich mich an meine Parteigenossen wende und sie auf den unerträglichen Zustand aufmerksam mache, die Monarchie offen zu lassen [*sic!*], *um von den Vertretern derselben angegriffen zu werden. Das ist ausschließlich meine Sache als Führer der nationalsozialistischen Bewegung.*

In den letzten 11 Jahren hat trotz der Tätigkeit dieser Herren die Festigung der Republik Weimarer Verfassung [*sic!*] dauernd Fortschritte gemacht. Das einzige, was dem gegenüber standhielt, *war unsere Bewegung.* Und wir dürfen uns schon ausbitten, daß nicht ein Kabinettsverwalter hergeht und mit uns zu spielen versucht. (Beifall.) Für uns ist ein bayerisches Königshaus nicht identisch mit einer Dynastie Soden oder Prinz Oettingen [42]. (Beifall.)

Wie es wirklich war

Und wenn dann jemand zu mir kommt und mich bittet (der Herr sitzt unter uns [43]*): "Glauben Sie mir, der Kronprinz ist an alledem unbeteiligt, ich weiß das zu genau, er hat gar nichts*

40 Gemeint ist Kurt Eisner (1867-1919), Journalist, 1898-1905 Redakteur des "Vorwärts", 1907-1910 Chefredakteur der "Fränkischen Tagespost", 1917 Führer der USPD in München, 1918/19 bayerischer Ministerpräsident, am 21.2.1919 ermordet.

41 Walter Tschuppik (1899-1955), Journalist, 1926-1933 Chefredakteur der "Süddeutschen Sonntagspost", 1933 Verhaftung, anschließend Emigration, 1935-1939 Journalist und Verleger in Prag, 1949 Chefredakteur der "Abendzeitung" in München.

42 Eugen Prinz (seit 1930 Fürst und Herr) zu Oettingen-Oettingen und Oettingen-Wallerstein (1885-1969), bis 1930 Chef der Hof- und Vermögensverwaltung des Kronprinzen, Vorsitzender des Verwaltungsrats des Wittelsbacher Ausgleichsfonds, Vorsitzender der Landesabteilung Bayern der Deutschen Adelsgenossenschaft.

43 Gemeint ist der Maler und Radierer Karl Reichel (1874-1944), auf dessen Gut bei Micheldorf an der Krems in Oberösterreich Kronprinz Rupprecht Anfang 1919 nach seiner Flucht aus Bayern Aufnahme gefunden hatte. Vgl. Sendtner, Rupprecht von Wittelsbach, S. 439 f.

damit zu tun, das hat nur die Umgebung gemacht, halten Sie das zurück - ich werde versuchen, sofort Klärung zu verschaffen" - dann sagt der Kabinettschef, der König [*sic!*] *wäre bedroht worden* [44]*! Kronprinz Rupprecht sei bedroht worden, wenn ich mich bewegen lasse, eine Anordnung an meine Partei hinauszugeben, die nur das andeutet, was die Bayerische Volkspartei vollzogen hat. Entweder die Herren sind bar aller Logik oder böswillig.*

Wieder bedient man sich der [*Münchner*] Telegramm Zeitung und sagt: Das ist ein Bevollmächtigter von mir [45]! *Nein, der Herr ließ sich von mir nie bevollmächtigen! Er ist nur der Bevollmächtigte seines Herzens gewesen. Aus treuer Anhänglichkeit an seinen kronprinzlichen Freund hat dieser Herr sich bemüht, ein Mißverständnis aus der Welt zu schaffen. Wir werden im Prozeß alles haargenau nachweisen* [46]*!* (Stürmischer Beifall!) Ich freue mich, wenn die Herren einzeln herausrücken müssen mit der ganzen inneren Mache dieses Vorgehens. Weil nämlich zugleich auch der Kronprinz wieder vollkommen frei vor allen unseren eigenen Parteigenossen stehen wird.

Denn in unserer Partei sind viele, die von links gekommen sind und erklären: Wenn wir schon nicht Stellung für die Republik nehmen dürfen, so erwarten wir mindestens, daß wir von der anderen Seite nicht angegriffen werden. Diese Parteigenossen werden sehen,

wer die treibende Kraft gewesen ist

und wer vollkommen unschuldig in diese verhängnisvollen Angriffe hineingezogen wurde. Wenn die [*Münchner*] Telegramm Zeitung schreibt: Das habe nur die *Kanzlei* Hitler erklärt [47], daß *geklagt* wird, so sage ich ihr:

Es ist schon geklagt! (Lebhafter Beifall!)

Bei uns ist das nicht so, daß die Kanzlei etwas tun könnte, was ich nicht weiß. (Stürmischer Beifall!)

Wir werden uns hier im Prozeß-Saal treffen und nachweisen, 1. wer bedroht hat, 2. wodurch bedroht worden ist, 3. wer unter die Räuber geschickt worden ist, und 4. wer einen Beauftragten geschickt hat.

Nicht ich habe einen Beauftragten nach Berchtesgaden geschickt, sondern Graf Soden hat hier angerufen und dringendst gebeten, ihn zu sprechen! Also das reine Gegenteil von dem, was die Presse versichert. (Große Bewegung. Zurufe: Judenbande!)

Glauben Sie, ich würde mich dabei nicht aufhalten, wenn nicht jene Gründe mitspielen würden, die ich angeführt habe, daß es mir persönlich entsetzlich wäre, mich umstellen zu müssen. *Wenn man auf mich schlägt, dann glauben Sie nicht, daß ich mich nicht zu Konsequenzen bewegen lassen könnte.*

---

44 Bezieht sich auf die Schlagzeile der Münchner Telegramm Zeitung vom 1./2.11.1929: "Hitler bedroht den Kronprinzen Rupprecht".

45 Vgl. ebenda.

46 Hitlers Klage gegen den Schriftleiter der "Münchner Telegramm Zeitung", Karl Rabe, wegen Beleidigung und dessen Widerklage wurden am 14.1.1930 verhandelt. Hitler und Karl Rabe wurden zu je einer Geldstrafe in Höhe von 400 RM verurteilt, Hitler hatte ein Viertel, der Angeklagte drei Viertel der Gerichtskosten zu tragen. Vgl. Bd. III/3 sowie Hoser, Hintergründe der Münchner Tagespresse, S. 672 ff.; Politik in Bayern 1919-1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck. Hrsg. und kommentiert von Wolfgang Benz, Stuttgart 1971, S. 229 f.

47 Münchner Telegramm Zeitung vom 4.11.1929, "Hitler und der Kronprinz".

Der Gedanke, daß es trüben Kräften wirklich gelingt, zwischen die große, nationale Front und Repräsentanten des alten Deutschland einen Keil hineinzutreiben, ist unerträglich. Deshalb wollen wir diese Personen entlarven und vor Gericht der Öffentlichkeit preisgeben. (Lebhafter Beifall.) Sonst hätte ich keinen Grund.

Denn unsere Bewegung marschiert, was ist ihr eine "[*Münchner*] Telegramm Zeitung", ein Graf Soden, ein Prinz Oettingen, was ein Mann namens Loibl? (Große Heiterkeit.) *Glauben Sie, daß die nationalsozialistische Partei von solchen Erscheinungen in ihrem Siegeszug aufgehalten werden kann oder die Bewegung, die heute vor uns steht, dadurch abgestoppt werden könnte?* (Zurufe: Im Gegenteil!) Die Herren täuschen sich.

Mit dem Volksbegehren treten wir in eine neue große Epoche ein.

Es wird gearbeitet werden wie niemals zuvor. Wir wollen Millionen und Millionen Deutsche (stürmischer Beifall) zur Wahlurne schleppen. Wenn die Wahl vollzogen ist, glauben Sie dann nicht, daß am nächsten Tag die Ruhe eintreten wird! Wie ich beim Volksbegehren sagte, so auch hier:

Im Dezember oder Januar wird der Volksentscheid fallen [48], wieder wird eine Schlacht beendet sein, *aber der Kampf geht weiter.* Er geht weiter Tag um Tag, Woche um Woche, Monat für Monat, Jahr für Jahr.

Ich bin überzeugt, daß, wenn die große Stunde kommt, in der das ganze Volk antritt zur Erkämpfung seiner Freiheit, kein kleiner Geist sich mehr dazwischen schieben soll, und eine Harmonie hergestellt sein wird des deutschen Volkes vom kleinsten Mann in kleinster Hütte bis hinauf zum größten. Und es wird vor uns stehen nicht mehr ein Volk der Young-Front oder der Front des Volksbegehrens, sondern

ein Volk des deutschen Begehrens,

das da besagt: Frei wollen wir sein, Brot wollen wir haben, gebt uns Raum, oder ihr stoßt an unser Schwert! (Anhaltender, stürmischer Beifall.)

7. November 1929 Dok. 94
"Graf Sodens Kabinettspolitik im Dienste der Young-Front"
Schreiben an Joseph Graf Soden-Fraunhofen

VB-Sondernummer (Nr. 258a) vom 7.11.1929, "Offener Brief Adolf Hitlers an den Grafen Soden".

Herr Graf Soden!

Sie haben sich, Herr Graf, als Kabinettschef seiner Kgl. Hoheit des Kronprinzen Rupprecht von Bayern veranlaßt gesehen, mich in der "Münchner Telegramm Zeitung" persönlich auf das schwerste anzugreifen, zu verdächtigen und zu verleumden [1]. Das Nachfolgende ist meine Entgegnung und meine Rechtfertigung.

48 Der Volksentscheid war auf den 22.12.1929 angesetzt.

1 Vgl. Dok. 93, Anm. 44.

Wenn ich mich nunmehr als Einleitung mit dem Young-Plan [2] sowie den Gründen meiner Ablehnung dieses Ediktes beschäftige, dann geschieht es, weil in ihm ja auch der Anlaß für den von Ihnen begonnenen Kampf zu suchen ist. Ich sage ausdrücklich: nur der Anlaß, denn die Ursache liegt natürlich tiefer.

Als im November 1918, vorbereitet durch die zersetzende Tätigkeit sozialdemokratischer Minierarbeit und bewegt von den lügenhaften Versicherungen marxistisch-demokratischer und zentrümlerischer Parteiführer unser Volk die Waffen niederlegte [3], begab es sich auf eine Bahn, die nur nach unten führen konnte. *Mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages* [4] *verzichtete man zum ersten Mal auf die Sicherung des Bestehens unseres Volkes und Reiches durch Mittel eigener Kraft* und setzte an Stelle dessen die Hoffnungen auf fremde Versicherungen, Erklärungen, auf ein fiktives Recht - und nicht zum letzten - auf die eigene Unschuld sowie auf den redlichen Vorsatz, in Zukunft noch mehr als früher der Welt ein Beispiel und Vorbild friedlicher Gesinnung geben zu wollen. Den Warnern hielt man entgegen, daß, nachdem die Waffe die Freiheit nicht zu sichern vermocht hätte, nunmehr die Arbeit an ihre Stelle treten müßte. Fleißige, hingebungsvolle Arbeit, Sparsamkeit und Opferwilligkeit sollten nicht nur die Mittel zur Befriedigung der feindlichen Ansprüche schaffen, sondern die feindlichen Völker und deren Regierungen allmählich überzeugen, daß das kommende Deutschland den früheren Gedankengängen von der Notwendigkeit der Macht, endgültig entsagt habe und deshalb einer anderen Behandlung würdig sei als das überwundene. "Durch Arbeit zur Freiheit" sollte die Parole dieses kommenden Deutschlands sein [5].

Die neue Parole

wurde von Millionen sehender Deutschen sofort als wahnwitzig und verhängnisvoll erkannt. *Sie widersprach jeder bisherigen historischen Erfahrung.*

Nicht einen einzigen Fall vermag uns die Geschichte in den halbwegs übersehbaren letzten siebentausend Jahren zu zeigen, in dem ein Volk auf dem Wege friedsamer Erfüllung feindlicher Ansprüche wieder zur Freiheit gekommen wäre.

Statt dessen lehrt uns die Geschichte unzweideutig, daß Völker, die eine gewisse Zeit Tribute leisteten, sich an diese Leistung ebensosehr gewöhnten, wie die Empfänger der Tribute an den Empfang. Ja, im Laufe der Zeit empfindet der Sieger die Fortdauer der Tributleistung ebensosehr als sein "Recht", wie sie umgekehrt das tributäre Volk infolge des Fehlens der Macht zu Rechtlosigkeit verdammt und damit aber auch innerlich langsam entkräftet. *Denn so, wie jedes Recht an eine Macht gebunden ist, führt jede auf die Dauer ertragene Entrechtung auch zu einer inneren Machtschwächung. Solche Völker gehen im Sklavensinn unter.* Ihre Tri-

2 Vgl. Dok. 41, Anm. 11; Dok. 54, Anm. 5.

3 Vgl. Dok. 6, Anm. 40.

4 Vgl. Dok. 30, Anm. 4.

5 Reichskanzler Gustav Bauer äußerte am 22.6.1919 vor der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrags in einem Aufruf unter anderem: "Nur dank einer Vertragstreue bis zur Grenze unseres Könnens, nur aus aller Entschlossenheit zum Zusammenbleiben in der deutschen Schicksalsgemeinschaft, nur im Willen zur Arbeit in allen Schichten, nur mit Disziplin - so schlimm das Wort heute vielen klingt - und Pflichtbewußtsein kann aus dieser Stunde noch eine Zukunft für uns erwachsen." Druck: Ursachen und Folgen. Band III: Der Weg in die Weimarer Republik, Berlin o. J., S. 381.

butleistung prägt ihnen auch seelisch und geistig den Stempel der Hörigkeit auf. Der hörige Sinn aber macht sie immer noch reifer für die Ertragung ihres Joches. Wenn daher Völker widerspruchslos sich erst einmal zu dem Gedanken bekennen, durch Tributleistung zur Freiheit gelangen zu können, wird dieser Gedanke zu ihrem Verhängnis. *Am Ende steht dann eine Sklavenmasse vor uns, die schon infolge ihres Sinns und Wesens die Freiheit gar nicht mehr verdient!*

Zusammenbrechende Völker werden ihren Sturz natürlich immer gewissen Ursachen zuschreiben können. Immer wird irgend jemand verantwortlich sein für den Verfall. Liegt der Grund in der ungenügenden Rüstung, so sind militärisch unzulängliche Erscheinungen dafür verantwortlich und müssen beseitigt und durch bessere ersetzt werden. Ist ein Volk in seinem allgemeinen Leichtsinn schuld am Unglück, ist die Regierung verpflichtet, diesen Leichtsinn zu beheben und, wenn nötig, mit Rutenschlägen auszutreiben. Sind aber Regierungen selbst oder auch Regierungssysteme die verantwortlichen Vernichter eines Reiches, dann muß sich das Volk ihrer entledigen und für einen besseren Ersatz Sorge tragen. *Berufen für diese Reinigung sind dann alle diejenigen, die in sich den besseren Charakter des Volkes verkörpern und die Kraft und Fähigkeit zu dieser Mission besitzen.* Verantwortlich sind damit aber jene, die in sich diese Fähigkeiten und Tugenden vereinigen, weil sie dann verpflichtet sind zur Erfüllung dieser Aufgabe. *Wenn Völker sich nach außen einer unwürdigen sklavischen Haltung befleißigen, ist es Pflicht ihrer besseren Kräfte, einer solchen Gesinnung äußersten Widerstand entgegenzusetzen, damit nicht der Fehler der tatlosen Unterwerfung nach außen zum selben Fehler im Inneren führe.* Denn so wie es falsch ist, zu meinen, daß unterwürfige Demut und geduldige Arbeit den Sinn äußerer Bedrücker ändert und zur Nachgiebigkeit mildert, so ist es aber ebenso unrichtig, im Innern zu glauben, daß Nachgiebigkeit und geduldige Erfüllung seiner staatsbürgerlichen Pflichten im Sinne des unterwürfigen Tragens seiner Steuerlasten schlechte Regierungsgrundsätze zu besseren verwandeln, schlechte Systeme in gute oder schlechte Menschen in anständige umgestalten könnte. So wie es nach außen nur die Möglichkeit des Kampfes gibt, so auch im Innern. Die Waffen können dabei verschiedene sein, doch müssen sie es nicht! *Unterwürfigkeit einem schlechten Regierungssystem im Innern gegenüber, kann zu gar nichts anderem führen als zur zusammenaddierten Unterwürfigkeit auch nach außen. Starker Freiheitsdrang und Nationalstolz eines Volkes äußern sich innen und außen gleich.*

Es hat deshalb in einem Volk keiner ein Recht, über die Versklavung nach außen zu jammern oder den mangelnden Mut des Widerstandes zu beklagen, der nicht im Innern mutig den Erscheinungen des Verfalls ebenfalls den Kampf ansagt! Und jene "Klugheit", die in der Nachgiebigkeit nach außen liegen soll und die ein Clausewitz einst als Feigheit kennzeichnete [6], ist auch im Innern genau so zu brandmarken: Die Klugheit nämlich, sich Zuständen zu fügen, die an sich verderblich sind, aber vom augenblicklich Stärkeren ausgehen. *Daß der Klügere nachgibt, war zu allen Zeiten ein Kompliment des Feiglings zum Schwächling oder umgekehrt.*

6 Clausewitz griff in seiner Bekenntnisdenkschrift von 1812 diejenigen an, die bereit waren, "das System der Feigheit öffentlich zu bekennen und die verpesteten Grundsätze desselben täglich zu predigen". Vgl. Dok. 48, Anm. 1.

Wenn Völker sich einer fremden Unterdrückung fügen, wird dies ohne allen Widerspruch natürlich niemals abgehen. Die Verfechter der Unterwerfung aber haben den Versuch des Widerstandes immer damit abgetan, daß sie weniger die Notwendigkeit eines solchen bestritten als die Zeit und den Anlaß hierfür "als nicht gegeben" erachteten. Es klingt gut und männlich, dann zu sagen, daß man natürlich ebenfalls für den Kampf sei, aber nur in einem anderen Augenblick. *Für den Feigling kommt erfahrungsgemäß dieser Augenblick ja doch niemals.* Fast nie kann der Erfolg eines Kampfes im voraus mit Sicherheit berechnet werden. *Ja, die Größe eines Sieges liegt nicht zum letzten in der Größe der Widerstände, die überwunden worden waren.*

Man streiche doch aus der Weltgeschichte alle im Erfolg fraglichen Kämpfe, und die größten Siege der Menschheit [sic!] wären nie erfochten worden.

Der Schwächling wird dabei immer gerade seine Zeit und seinen Augenblick als ungeeignet für den Beginn eines Widerstandes empfinden und feststellen und statt dessen mit Bedauern bemerken, daß die Vergangenheit den günstigen Moment versäumt und er demgemäß erst wieder in der Zukunft eingeholt und gutgemacht werden könne. Er wird Anlässe unerträglicher Art an sich stets verdammen, aber nie in ihnen die Berechtigung oder gar die Pflicht zum Beginn eines Widerstandes sehen wollen. Und wird jemand trotz alledem einen solchen Widerstand fordern, dann wird er feierlichst - wenn die Notwendigkeit des Widerstandes an sich gar nicht mehr bestritten werden kann - zumindest die "Methode" als verfehlt bezeichnen und deutlich sichtbar von ihr abrücken. *Alles in allem genommen aber wird aus solchen Herzen heraus niemals einer Nation die Kraft zur Abschüttelung eines fremden Joches zufließen.* Immer werden sie die Träger der Verzagtheit und der Erfüllung sein. Sie zu überwinden ist die innere Voraussetzung für die Überwindung des äußeren Feindes.

Heute ist der deutsche Geist, die deutsche Seele, aber auch der deutsche Wille und damit auch die deutsche Kraft

im Innern gefesselt.

Wer diese Ketten bricht, schafft erst das gewaltige Element zum Kampf nach außen.

Die Frage, ob nun ein gewisser Zustand des Verfalls oder der Unterdrückung einen berechtigten Anlaß zum Widerstande ergebe, wird von Schwächlingen stets und immer verneinend beantwortet werden. Denn sowie erst einmal der Nacken unnötigerweise gebeugt wurde, lassen sich nur zu leicht Gründe finden, daß nach Ertragung der ersten Demütigung der Widerstand wegen einer zweiten wenig Sinn mehr habe. Ist die Unterwerfung aber ein zweitesmal vollzogen, so sind in den Augen des Schwächlings die Bedenken gegen ein Aufbäumen bei einem dritten Anlaß nur noch mehr berechtigt.

Und so steigert jede Unterwerfung die Bereitwilligkeit zu weiteren, da die Größe der bisher gebrachten Opfer stets erneut abgewogen wird und dann immer mehr gegen die Aufnahme des Kampfes wegen eines einzelnen weiteren Opfers spricht.

Wenn nun Regierungen diesen Weg einschlagen, darf ihnen das Volk nicht folgen. *Es ist dann Pflicht und Schuldigkeit aller einsichtigen und mutvollen Menschen, eine solche Entwicklung zu verhindern.* Und sie dürfen, was sie dann der Regierung im Großen vorwerfen, nicht im Innern selbst wiederholen. Sie dürfen niemals "die Zeit als nicht gegeben" oder die "Methoden als nicht richtig" ansehen, wenn der Anlaß an sich gebieterisch nach einem Eingriff schreit!

Seit zehn Jahren hat Deutschland ein Verdikt nach dem anderen entgegengenommen. *Es ist eine Lüge unsrer offiziellen Regierungspropaganda, es so hinzustellen, als ob sich im Laufe dieser Zeit die Lasten etwa verringert hätten. Das Gegenteil davon ist wahr.* Erst schloß man den Waffenstillstand auf der Basis der vierzehn Punkte eines Wilson [7]. Dann forderte man eine "Wiedergutmachung", die damals mit 30 bis 40 Milliarden angegeben wurde [8]. Bis zum Dawes-Pakt erhöhte sich diese Forderung schon auf über 100 Milliarden [9]. Im Young-Plan erreicht die zu unterzeichnende Verpflichtung bereits 138 Milliarden. Das heißt:

Die laufende Auspressung Deutschlands der letzten zehn Jahre hat unsere Verpflichtungen nicht vermindert, sondern dauernd erhöht [10]*!*

Es ist der größte geschichtliche Beweis dafür, daß eine politische Schuld durch Arbeit überhaupt nicht abgetragen werden kann. Ebenso ist es eine Lüge, daß Deutschland fähig sei, diese Lasten auch nur zu tragen. Was unser Volk bisher an Tributen leistete, kam nicht aus seinem Einkommen, sondern aus seiner Verschuldung [11]. *Die Annahme des Young-Planes bedeutet die langsame Veräußerung des gesamten deutschen Nationalvermögens. Das Endergebnis wird nicht nur die Unmöglichkeit der Erfüllung dieses Vertrages sein, sondern zugleich eine ewige Zinsbelastung unseres Volkes aus Anleihen, die als Hypotheken auf unserem Nationalvermögen lasten. Das deutsche Volk wird unter dieser Robotarbeit* [12] *und an diesen Zehnten* [13] *zugrunde gehen.*

Aber nicht nur wirtschaftlich ist dieser Vertrag unerfüllbar, er ist vor allem politisch unerträglich. 11 Jahre nach Kriegsende, in einer Zeit, da es vor aller Welt sonnenklar zu Tage liegt, daß Deutschland nicht schuld gewesen sein kann am Kriege [14], *soll erneut auf der Basis der gemeinsten und verkommensten Selbstbezichtigung aller Zeiten ein Vertrag abgeschlossen werden, der Kind und Kindeskinder bis in die fernste Zukunft zu Hörigen stempelt.*

---

7 Vgl. Dok. 73, Anm. 4.

8 Artikel 231 bis 244 bildeten unter der Überschrift "Wiedergutmachungen" Teil VIII des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919. § 12 der Anlage II verlangte die sofortige Ausgabe von Inhaberanweisungen im Wert von 20 Milliarden Goldmark, einzulösen bis zum Mai 1921 ohne Verzinsung, und die Ausgabe von Inhaberanweisungen mit 2,5 bis 5% Verzinsung, deren Tilgung 1926 beginnen sollte, weitere Anleihen zu nochmals 40 Milliarden Goldmark wurden für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen. Die Festlegung der endgültigen Reparationssumme sollte 1921 durch einem interalliierten Ausschuß erfolgen. Druck: RGBl. 1919, S. 985-995, 1009.

9 Auf der Konferenz von Boulogne (21./22.6.1920) hatten die Alliierten zunächst eine Reparationssumme vom 269 Milliarden Goldmark festgelegt, die auf der interalliierten Konferenz in Paris (24. bis 29.1.1921) auf 226 Milliarden verringert wurde. Der Dawes-Plan (vgl. Dok. 1, Anm. 15) legte die endgültige Summe der Reparationsleistungen nicht fest. Vgl. Gerd Meyer, Die Reparationspolitik. Ihre außen- und innenpolitischen Rückwirkungen. In: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Düsseldorf 1987, S. 327-342, S. 330 ff.

10 Vgl. Dok. 50, Anm. 9.

11 Daß Deutschland die Reparationen nicht wie geplant aus Leistungsbilanzüberschüssen, sondern durch Verschuldung bezahlte, machte die Revision des Dawes-Plans unumgänglich. Vgl. Meyer, Reparationspolitik, S. 338 f.

12 Robot. Slawisch: Frondienst.

13 Wiederkehrende Abgabe. Seit dem 13. Jahrhundert auch Geldabgabe. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts aufgehoben bzw. abgelöst.

14 Vgl. Dok. 28, Anm. 4.

Wir erwarten von den heute Regierenden nichts anderes, als daß sie diesen Vertrag unserem Volke empfehlen und selbst unterzeichnen. Wer im Jahre 1918 unter dem Satze, daß die deutschen Fahnen nicht mehr siegreich aus dem Krieg zurückkehren dürfen [15], unser Volk entwaffnete und wehrlos der internationalen Hochfinanz preisgab [16], kann heute nicht seine machtpolitische Wiederauferstehung wünschen.

Sie wollen unser Volk wirtschaftlich und seelisch zu weißen Weltnegern [*sic!*] *machen.*

Das ist das Ziel der jüdischen Rasse, die heute über Deutschland herrscht.

Im Dienste der Verwirklichung dieses Zieles sehen wir nun in Deutschland eine Koalition, die von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei reicht.

Es ist notwendig, Herr Graf Soden, die Front derer, die für den Young-Plan kämpfen und aus deren innerster, seelischer und geistiger Verfassung er erwachsen ist, kurz zu kennzeichnen:

a) Die sozialdemokratische Partei. Sie lehnt die heutige Gesellschaftsordnung ab, lehnt den Staat und seine gesitteten Einrichtungen ab. Sie bekämpft in ihrer letzten Konsequenz jeglichen Glauben, ja, sie versucht den Gottesbegriff an sich zu zerstören [17]. *Sie lehnt grundsätzlich die Monarchie als Staatsform ab* [18]*, bezeichnet ihre Träger entweder als Verbrecher oder Trottel, ihre Anhänger als reaktionäre Lumpen oder Idioten.* Sie protestiert gegen die Idee des Rechtes, der Selbstwehr und Verteidigung [19] und verschüttet alle Quellen, aus denen die Kraft zur nationalen Behauptung der Völker kommen kann. Sie leugnet die Bedeutung der Persönlichkeit, verwünscht die Gesundheit des Blutes, tritt ein für Massenregiment und Blutverpestung! Sie zerstört die große Linie der Entwicklung unserer Kultur, verleugnet und bekämpft die geistigen Schöpfer derselben, besudelt alle großen Heroen volksgebundener Herkunft, mögen sie Dichter oder Denker, Staatsmänner oder Feldherren, Gelehrte oder Künstler, Könige, Fürsten oder Kaiser sein. *Ihr Kampf gilt jeder gesunden Organisation, angefangen von der Familie bis zum Staat.*

b) Die [*Deutsche*] *Demokratische Partei* [20]. Sie ist in allem und jedem *Wegbereiterin des Marxismus,* sie deckt ihn und hofft mit ihm gemeinsam *Nutznießerin des Verfalls der Völker sein* zu können. In ihrem *Finanzjudentum ist der geistige Kopf zu sehen, dem die marxistischen Fäuste die brachiale Gewalt liefern.* Sozialdemokratie und Demokratie sind in Wirklichkeit eines und dasselbe, nur in ihrer Verschiedenartigkeit berechnet auf die Unterschiedlichkeit des Wissens, der Bildung des Charakters und der Stellung der Menschen!

---

15 Vgl. Dok. 14, Anm. 21.

16 Vgl. Dok. 6, Anm. 40.

17 Auf dem Magdeburger Parteitag der SPD im Mai 1929 war es zu heftigen Diskussionen über das Verhältnis zwischen der Partei und den Kirchen gekommen. Die Forderung nach einem für Parteifunktionäre obligatorischen Kirchenaustritt konnte jedoch nicht durchgesetzt werden. Vgl. Heinrich August Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924-1930, Berlin 1985, S. 640 f.

18 Das Heidelberger Programm der SPD von 1925 forderte die "Abwehr aller monarchistischen und militärischen Betrebungen". Druck: Mommsen, Parteiprogramme. Zweiter Teil, S. 464.

19 Zum Wehrprogramm der SPD vgl. Dok. 6, Anm. 38.

20 Am 20.11.1918 durch Zusammenschluß der Fortschrittlichen Volkspartei mit Teilen der Nationalliberalen Partei gegründet. Vgl. Lothar Albertin, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972; Druck des Parteiprogramms vom Dezember 1919: Mommsen, Parteiprogramme. Zweiter Teil, S. 508 ff.

c) Das Zentrum vertritt rassepolitisch, wirtschafts- und staatspolitisch genau dieselben Ziele, unter *Mißbrauch der Religion als Köder für die gedankenlose Masse* [21]. Es ist ein treuer Schildknappe der marxistischen Führer und bereit, für den Bestand der eigenen Partei jederzeit Gegenwart und Zukunft des Deutschen Reiches zu opfern. *Selbst der Atheismus des Marxismus hindert nicht, die engste Verbindung einzugehen, wenn dem politischen Egoismus dadurch geschäftliche Vorteile in Aussicht stehen.* Der deutsche Marxismus ist ein Zentrum auf atheistischer Grundlage, *das Zentrum ein Marxismus mit religiösen Vorspiegelungen!*

d) Die Deutsche Volkspartei ist eine bürgerliche Bewegung, das heißt, politisch charakterlos, mehr feige als schlecht und in der Anhängerschaft mehr gedankenlos als gemein. *Ihr nationaler Gott heißt: Wirtschaft* [22].

e) Die Bayerische Volkspartei ist ein *Teil des Zentrums,* nicht aus prinzipiellen Erwägungen davon getrennt, sondern nur durch den Zwang der Rücksichtnahme auf die besondere Veranlagung ihres hauptsächlichsten Wählermaterials [23]. *Es ist aber ihr Ziel, durch unermüdliche Bearbeitung dieser Wahlmasse* [*sic!*] *die besondere Eigenart zu nehmen, um sie wieder zurückzuführen zur gemeinsamen Zentrumspartei.*

Diese Parteien sind es, die im wesentlichen *Träger des Young-Plan-Gedankens sind,* die diesen Plan verteidigen und in seiner Annahme einen Segen und ein Glück für die deutsche Zukunft sehen wollen.

Seit zehn Jahren regieren, wenn auch in verschiedenen Koalitionsverhältnissen, diese Parteien. *Sie sind verantwortlich für alles, was in diesen zehn Jahren geschah und auch heute noch geschieht.*

Diesen Parteien der Young-Front gegenüber hat sich nun eine

Front gemeinsamer Abwehr

gebildet.

Die Verbände und Parteien der nationalen Opposition nehmen in ihren Programmen verschiedene Stellungen ein, *allein sie sind sich wenigstens in einigen ganz großen Zielen einig: Sie wollen ein starkes Reich, ein blutmäßig gesundes Volk, Ehre und Freiheit.*

Sie werden nun vielleicht, Herr Graf, bemerken, daß Sie das alles nicht interessiert und Ihnen das alles gleich ist. Und doch ist dann aber zumindest eines für Sie nicht gleich, der Sie nun einmal durch irgendein unerforschliches Schicksal zum Kabinettschef eines Kronprinzen avanciert sind, der zumindest in Ihren Augen berechtigter Anwärter auf eine Krone sein müßte.

---

21 Das Zentrum entstand 1871 als politische Organisation des deutschen Katholizismus. Zur Rolle des Zentrums in der Weimarer Republik vgl. Morsey, Zentrumspartei; Ruppert, Im Dienst am Staat von Weimar; Druck des Parteiprogramms vom 30.12.1918: Mommsen, Parteiprogramme. Zweiter Teil, S. 481 ff.

22 Am 15.12.1918 aus Teilen der Nationalliberalen Partei gegründet. Vgl. Lothar Döhn, Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim am Glan 1970; Druck der Grundsätze vom Oktober 1919: Mommsen, Parteiprogramme. Zweiter Teil, S. 519 ff.

23 Die BVP wurde am 12.11.1918 auf einer Tagung in Regensburg als Ableger des bayerischen Zentrums gegründet, zu der der Direktor der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft bayerischer Bauernvereine, Georg Heim, der Landtagsabgeordnete Sebastian Schlittenbauer und der Kreissekretär des Oberpfälzischen Bauernvereins, Georg Klier, die Vertrauensleute der Christlichen Bauernvereine eingeladen hatten. Vgl. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 17 ff.; Druck des Parteiprogramms vom November 1918: Mommsen, Parteiprogramme. Zweiter Teil, S. 502 ff.

Nämlich, es kann für Sie nicht gleichgültig sein, wie sich diese beiden großen Gruppen zur Frage

Monarchie oder Republik

verhalten. Und da, Herr Graf, steht eines zweifelsfrei vor aller Welt fest:

Sämtliche Parteien der Young-Front haben sich ohne Vorbehalte zumindest auf den Boden der Tatsachen gestellt und die Republik als die gegebene Staatsform eindeutig anerkannt. Ja, ein Teil dieser Parteien hat mitgeholfen, das Haus Wittelsbach vom Thron zu stoßen, während der andere die Tat als zu Recht geschehen bestätigt und entgegengenommen hat. Die Sozialdemokratie hat den Herrscherthron, dessen letztem Prätendenten Sie als Kabinettschef zugeteilt sind, zusammengeschlagen, *die Bayerische Volkspartei aber sieht das neue Regiment als "von Gott eingesetzte" und "von Gott gewollte Obrigkeit" an* [24].

Daran, Herr Graf, kann alle Sophisterei und Wortklauberei nichts ändern!

Demgegenüber stehen heute in der Front des Volksbegehrens diejenigen Verbände und Parteien, die entweder überhaupt die Monarchie als richtige Staatsform anerkennen oder zumindest *die Revolution des Jahres 1918 verdammen und ihr Werk als nicht zu Recht bestehend ablehnen. Die nationalsozialistische Bewegung aber hat niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß sie im Falle ihres Sieges die staatspolitischen Meuterer und Aufrührer des Jahres 1918 - und zwar die Führer und nicht die Geführten - in Haft nehmen und aburteilen lassen wird.* Die nationalsozialistische Bewegung hat bisher die Frage Republik oder Monarchie nicht berührt, sie ist aber die *erbittertste Feindin der Vernichter des alten Reiches* und bekennt, daß sie ohne Vorurteil bei der Prüfung der Staatsform ausschließlich von Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten ausgehen wird. Sie sieht in der *Erhaltung unseres Volkstums den Zweck unseres Daseins* sowie die Aufgabe dieser Partei. Staat und Staatsform haben nur diese Mission zu erfüllen und werden am Grade ihrer Vorzüglichkeit für diese Aufgabe gemessen.

Das, Herr Graf, sind die Tatsachen.

Obwohl ich nun persönlich der Auffassung bin, daß der Kampf gegen den Young-Plan eine Frage aufwirft, zu der jeder moralisch verpflichtet ist, Stellung zu nehmen, kann ich mir nun immerhin vorstellen, daß ein besorgter Kabinettschef seinem Könige oder einem Kronprinzen Neutralität anrät. "Klug", Herr Graf, ist das natürlich nicht.

Die Klugheit königlicher Ratgeber besteht eigentlich schon darin, den zu beratenden Herrn auf jene Kräfte aufmerksam zu machen, die nach menschlicher Einsicht die kommenden Träger der geschichtlichen Entwicklung sein werden.

Das erfordert allerdings mehr als einen normalen Durchschnittsverstand. Wer diesen nicht besitzt, hat auch kaum den Instinkt, ihn woanders zu wittern. Im Gegenteil! Es war zu allen Zeiten so, daß die Beschränktheit zur Warnerin vor einem überlegenen Können wurde. Bei Fürsten inbesonders ist es nicht selten, daß eine wohlbestallte Umgebung das geruhsame Le-

---

24 Das Parteiprogramm der BVP vom November 1918 beginnt mit den Worten: "Die Mitglieder der Bayerischen Volkspartei betrachten den gegenwärtigen staatspolitischen Zustand Bayerns, wie er durch die Ereignisse in der Nacht vom 7. zum 8. November [*1918*] in München geschaffen wurde, als eine gegebene geschichtliche Tatsache." Im Oktober 1922 war das Programm ergänzt worden. Zur Frage der Staatsform wurde jetzt gefordert: "Anerkennung des Rechts der Einzelstaaten, in Rahmen der Reichseinheit *ihre Verfassung und Staatsform nach dem freien Willen des eigenen Volkes* zu regeln." Vgl. Mommsen, Parteiprogramme. Zweiter Teil, S. 502 ff.

ben des kleinen Hofbetriebs den Aufregungen, die ein Kampf um Größeres mit sich bringt, vorzieht. Der Genuß der sicheren Hofpfründe eines nirgends anstoßenden Kronprätendenten ist für kleine Hofmarschälle wesentlich bekömmlicher als der Ruhm eines Kampfes um einen Thron, der seine Quittung statt aus der Privatschatulle vielleicht auch auf dem Schafott erhalten könnte! Nun bin ich überzeugt, Herr Graf, daß Sie sich einbilden, ein vorzüglicher Verwalter der derzeitigen Güter Seiner Königlichen Hoheit zu sein, *aber daß Sie auf keinen Fall berufen sind mitzuhelfen, dem Hause Wittelsbach erneut ein Land Bayern zu erobern. Das müßte aber eigentlich doch Ihre Aufgabe sein.*

Ich, Herr Graf, bin nur ein *Kämpfer für mein Volk.* Sie sind *Kabinettschef des letzten bayerischen Kronprätendenten* und müßten eigentlich *für diese Krone kämpfen.* Ich weiß, daß Sie mir da im Geiste zur Antwort geben werden, daß Sie sich selbst dieser Aufgabe nicht gewachsen fühlen: Aber dann, verehrter Herr Kabinettschef, dürften Sie zumindest nicht verwirtschaften, was als Fonds für die Erfüllung dieses Zieles anderen übrig bleibt. Was Sie, Herr Graf, getan haben, kann nicht von einem Kabinettschef, sondern höchstens von einem Haus-, Hof-, Küchen- und Kellerverwalter verantwortet werden.

Es war, wie gesagt, nicht klug, Ihren hohen Herrn in einer Frage zur stillschweigenden Ablehnung zu veranlassen, deren Bejahung ihm zumindest jenen Deutschen erst recht nahegebracht haben würde, die den Bruch mit der alten Tradition noch nicht restlos vollzogen haben. Allein, da ein solcher Entschluß eine außerordentliche Fähigkeit der Beurteilung der Entwicklung der Zukunft voraussetzen würde und Ihnen, Herr Graf, diese Fähigkeiten ersichtlich fehlen, war es vielleicht richtig, Ihren königlichen Herrn, den Kronprinzen Rupprecht, zu bewegen, der Sache des Volksbegehrens für seine Person fernzubleiben.

Was Sie aber, Herr Graf Soden, unter gar keinen Umständen als Kabinettschef des Königs [*sic!*] *tun durften, das war, das Gewicht des Namens des letzten Trägers* [*sic!*] *des Hauses Wittelsbach in die Waagschale jener Front zu werfen, die elf Jahre vorher den alten König vom Throne stieß, ja außer Landes jagte* [25].

Ob Kronprinz Rupprecht für das Volksbegehren eintreten sollte oder nicht, kann verschieden beurteilt werden. *Daß Sie, Herr Graf Soden, aber den Namen des Kronprinzen gegen das Volksbegehren auszuspielen den Mut hatten, stempelt Sie in meinen Augen zu einem ebenso unfähigen wie*

schädlichen Vertreter königlicher Interessen.

Und der weitere Erfolg Ihrer Tätigkeit wird vor der Geschichte dereinst die Richtigkeit dieses meines Urteils noch bestätigen.

Ich stelle zunächst folgendes fest: Als ich davon erfuhr, daß Oberst *von Lenz* [26] (nicht im Auftrag des Reichs- oder Landesausschusses für das Volksbegehren, - denn dieses lag über-

25 Nachdem am Abend des 7.11.1918 die Wache der Münchner Residenz auseinandergelaufen war, floh König Ludwig III. nach Schloß Wildenwart im Chiemgau. Wenig später reiste er nach Schloß Anif bei Salzburg weiter, wo er am 13.11.1918 die Beamten und Offiziere vom Treueid entband.

26 Hermann (seit 1917 Ritter von) Lenz (1872-1959), 1892 bayerischer Leutnant, 1911 Major, Lehrer an der Kriegsakademie, 1917 Oberstleutnant, Chef des Generalstabs der 6. (bayerischen) Armee, 1921 Verabschiedung als Oberst, 1920 Führer der Zeitfreiwilligenverbände in München, 1921-1923 Führer des Zeitfreiwilligenkorps (Organisation Lenz), April 1923 Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände, 1929-1933 Führer des Stahlhelms in Bayern.

haupt noch gar nicht vor) versuchte, für die Ablehnung des Young-Planes die Namen bedeutender deutscher Männer auch aus Bayern zu erhalten und dabei an den Kronprinzen Rupprecht dachte, *warnte ich davor, indem ich dies als nicht zweckmäßig bezeichnete.* Ich war überzeugt, daß bei der Mittelmäßigkeit der ratgebenden und verantwortlichen Umgebung des Kronprinzen die Folgen eines solchen Hervortretens nur ungünstige hätten sein können. Die Umgebung schien mir nicht aus dem Holz geschnitzt, um den aus einem solchen Vorgehen sicher kommenden Angriffen die notwendige Abwehr entgegenzusetzen. *Ich habe deshalb vor diesem Verfahren gewarnt, und tatsächlich hat der Reichsausschuß auch mit dieser Sache nichts zu tun!*

Obwohl Ihnen, Herr Graf, das ganz genau bekannt ist, schreiben Sie doch in Ihrem Artikel in der Münchner Telegramm Zeitung, durch ihren Mittelsmann Herrn Loibl, daß der Reichsausschuß an seine Königliche Hoheit herangetreten sei. Es ist dies

die erste Unwahrheit!

Ich brauche mich nicht über das famose Zusammenspiel, dem der Artikel des Reichstagsabgeordneten Loibl die Geburt verdankt, hier auszulassen. Diese Zusammenhänge werden im Gerichtssaal aufgezeigt und beweisen, *daß Sie den Träger des Namens Wittelsbach in den Dienst der demokratisch-marxistischen Kampffront gestellt haben* [27]. Es ist dies eine Erniedrigung, für die man Sie, wenn schon nicht guillotinieren, dann aber zumindest pensionieren sollte!

So kam jener einfach für unmöglich gehaltene Zustand,

daß der Name des Kronprinzen von Bayern von marxistischen Schandblättern als Beweis für die Richtigkeit von deren Politik angeführt werden konnte.

Ich weiß nicht, Herr Graf, ob Sie die zahllosen Dokumente freudig erregter Zustimmung aus den gemeinsten Lumpenzeitungen, die wir in Deutschland überhaupt haben, auch Ihrem "Hohen Herrn" zur gnädigen Einsicht unterbreitet haben. Ich weiß es nicht, aber ich glaube es kaum!

Als ich von diesem Meisterwerk Ihrer Kabinettskunst, Graf Soden, durch eine Münchener Boulevardzeitung [28] zum ersten Male Kenntnis erhielt, war ich natürlich empört und mit mir ungezählte andere. Und die Empörung hatte ihre Wurzel noch gar nicht in der Tatsache der Veröffentlichung dieser Auffassung des Kronprinzen an sich, als vielmehr in der Überzeugung, *daß hier in unverantwortlicher Weise der Name des Königs* [*sic!*] *mißbraucht wurde.* Denn wenn auch Kronprinz Rupprecht, angeregt durch Ihre Ratschläge und beeinflußt durch Ihren Vortrag, das Volksbegehren als nicht geeignet, weil aussichtslos, angesehen haben sollte, dann zweifelte doch von uns allen keiner auch nur eine Sekunde daran, *daß er damit noch lange nicht seinen Namen zu ungunsten der nationalen Front und zugunsten der marxistisch geführten hergeben würde. Diese Veröffentlichung konnte nur ohne Wissen des Kronprinzen erfolgt sein, und verantwortlich dafür war dann nur einer:*

Graf Soden.

Nach diesem unglaublichen, ohne Wissen und ohne Absicht des Kronprinzen durch Sie erfolgten Angriff gegen die nationale Front der Opposition, war eine Stellungnahme von meiner Seite aus selbstverständlich.

---

27 Vgl. Dok. 93, Anm. 46.
28 Gemeint ist die "Münchner Telegramm Zeitung".

Die Selbstaufgabe der Monarchie und ihre Folgen

Die Monarchie kann, solange sie besteht, vielleicht, unabhängig sein von ihrem jeweiligen Repräsentanten. Es ist das Bemerkenswerte dieser Einrichtung, daß in normalen Zeitläufen auch kleine Geister ertragen werden. Es ist damit aber nicht gesagt, daß sie dieser Idee dadurch nicht auch Schaden zufügen könnten. Jede Serie der Mittelmäßigkeit sollte deshalb von Zeit zu Zeit von einem überragenden Kopf abgelöst werden. *Dynastien, die nur mehr Mittelmäßiges an den Thron bringen, gehen daran endlich doch zugrunde. Es ist nicht nötig, daß Könige Genies sein müssen, wichtig aber, daß sie Menschen mit gesundem Menschenverstand sind und sich zumindest Ratgeber suchen, in denen sich ergänzt, was den Königen fehlt.* Es ist aber traurig oder zumindest bemerkenswert, daß gerade Höfe zu allen Zeiten eine förmlich magnetische Anziehungskraft auf Menschen ausübten, deren Fähigkeit im übrigen Leben kaum zur Bekleidung bescheidener Posten gelangt haben würde. Bemerkenswert aber weiter, daß die mangelnden Fähigkeiten dieser Höflinge nicht selten ihre Ergänzung oder ihren Ersatz fanden in einer überreichlich zugemessenen Arroganz, wodurch jene Erscheinungen aus Dummheit und Stolz gezeugt wurden, die man unter dem Titel Hofschranzen [29] zusammenfaßte. *Diese Spezies tragen in 99 von 100 Fällen Schuld und Verantwortung für den Verfall von Monarchien und den Sturz von Königen.*

Wenn also die Monarchie als Staatsform auch eine gewisse Zeit bei schlechter Repräsentanz durch die oberste Spitze zu bestehen vermag, *dann kann aber zumindest niemals durch eine Mittelmäßigkeit die Monarchie geschaffen werden oder erneut erstehen.* Bis zum Jahre 1918 konnte man so und so lange mit Ratgebern von Ihrer Qualität und Ihren Ausmaßen, Herr Graf, auskommen, ohne daß der Staat sofort zerbrach, *nachdem er aber am Ende an der Unmöglichkeit solcher Erscheinungen doch zerschellte, ist an eine Wiederauferstehung unter solcher geistiger Leistung wirklich nicht mehr zu denken.* Man sage deshalb nicht, daß die monarchische Idee unabhängig sei vom jeweiligen Träger. Höchstens solange die Monarchie besteht, teilweise und zeitweise. *Ist sie aber erst einmal vergangen und die Republik an ihre Stelle getreten, dann ist die monarchische Idee überhaupt nurmehr eine Frage der Qualität ihres Trägers,* und dazu ist in erster Linie mit die Umgebung zu rechnen [*sic!*].

Man kann in Deutschland keine monarchische Idee vertreten, ohne einen Monarchen im Auge zu haben. Ohne einen würdigen Kronprätendenten ist die monarchische Idee nichts anderes als eine sentimentale Erinnerung, die sich niemals in die Wirklichkeit umgestalten läßt, weil dann eben der geborene Monarch als Person in Erscheinung treten muß.

Die nationalsozialistische Bewegung hat die Revolution des Jahres 1918 nicht anerkannt und wird es nie tun. *Ich erkläre aber hiemit feierlichst, daß unser Kampf ausschließlich*

dem deutschen Volke

gilt. Nicht der Republik als Staatsform und nicht der Monarchie als Staatsform. Soll Deutschland jemals zur Monarchie zurückkehren, dann ist für uns die *Qualität des Monarchen* von ausschlaggebener Bedeutung. *Niemals werden wir bereit sein, eine Monarchie zu restaurieren, um einen Ludwig den XVIII.* [*sic!*] *in den Sattel zu heben* [30]. Überhaupt sind in der Ge-

29 Verächtlich für: Höfling.

30 Mit König Ludwig XVIII. (1755-1824), dem Bruder des 1792 hingerichteten König Ludwig XVI., wurde 1814 die Monarchie in Frankreich wiedereingesetzt. Trotz seines absolutistischen Anspruchs gewährte Ludwig

schichte die Begriffe Republik und Monarchie stets nebeneinander vorhanden. Republiken werden abgelöst, wenn sie die Interessen der Völker weniger wahren, als es ein einzelner ersichtlich zu tun vermag. Die Kraft des einen überwindet die Schwäche des anderen. *Monarchien, die geistige Größen, wie z. B. einen Grafen Soden oder einen Prinzen Oettingen als verantwortliche Ratgeber des Throninhabers besäßen, würden durch Revolutionen vernichtet, und die Republik träte dann an ihre Stelle.* Republiken, die sich zur Minderwertigkeit unseres heutigen demokratisch-marxistischen Regiments herabbegeben, können wieder Könige erhalten. *Doch ist mir kein Fall der Geschichte bekannt, in dem die Ratgeber eines solchen Überwinders der Republik dem Format der Beamten der heutigen Kabinettskanzlei des Kronprinzen Rupprecht von Bayern entsprochen hätten.*

Die nationalsozialistische Bewegung hat bisher die Stellungnahme des einzelnen zur Frage Republik oder Monarchie vollkommen offen gelassen. Sie hat dadurch aber ihre Anhänger vielen Unbilden ausgesetzt, von denen die Mitglieder jener Parteien verschont bleiben, die sich zur Republik als heute gegebener Staatsform bekannt haben oder bekennen.

Wenn nun künftighin es möglich ist, daß das Gewicht des königlichen Namens des Kronprinzen von Bayern von der Kabinettskanzlei aus, ohne Widerspruch in die Waagschale der Parteien geworfen wird, die entweder die Monarchie stürzten oder zumindest die Republik als Staatsform anerkannten, dann besteht künftighin keine innere Veranlassung mehr, die Angehörigen einer Oppositionspartei gegen die Vernichter des deutschen Volkes Verfolgungen auszusetzen, nur weil sie selbst diese Anerkennung der Republik (wie es zum Beispiel die Bayerische Volkspartei getan hat) noch nicht vollzogen haben.

Der Gedanke einer Restauration ist damit absurd geworden, wenn die Träger einer solchen Idee sich selbst mehr hingezogen fühlen zu den bewußt republikanischen Parteien als zu jenen, die in dieser Frage noch ungebunden sind.

Es ist weiter aber unsinnig, dann noch in einer Zeit solche Hoffnungen überhaupt zu hegen, in der die Festigung der Republik als Staatsform und Idee bereits derartige Fortschritte gemacht hat, *daß im Kampf gegen die nationale Opposition die hervorragendste Vertretung des Königsgedankens - und das müßte die Umgebung der Könige sein - die republikanische Idee mit ihrer Unterstützung legalisiert.*

Als Führer der nationalsozialistischen Bewegung habe ich mich deshalb nach Kenntnisnahme des durch den Grafen Soden und seine Mitarbeiter veranlaßten Angriffs gegen die nationale Opposition zugunsten der auf dem Boden der Republik stehenden Young-Parteien entschlossen, in der mir unterstellten Presse die Unzweckmäßigkeit einer weiteren Fortsetzung unserer heutigen unparteiischen Haltung zu erörtern [31].

Es ist eine unerhörte Anmaßung, Herr Graf Soden, wenn Sie nun sich unterstehen, mir vorzuwerfen, daß dies eine

Bedrohung des Kronprinzen von Bayern

sein soll.

Was ich, Herr Graf Soden, in meiner Partei veranlasse oder nicht veranlasse, geht Sie gar nichts an. Ich verbiete [*sic!*] *es mir, in meinen Entschlüssen Ihrer Beaufsichtigung unterstellt*

XVIII. die mit liberalen Elementen versehene "Charte constitutionnelle". Seit 1820 überließ er die Regierungsgeschäfte seinem reaktionären Bruder Karl.

31 Vgl. Dok. 91.

zu werden. Ich verbiete mir weiter jede Zensur, und dies um so mehr, als Ihre geistigen Qualitäten vielleicht genügen, die letzten Reste des Ansehens eines königlichen Hauses preiszugeben, aber kaum, um vielleicht auch nur die kleinste Ortsgruppe der nationalsozialistischen Bewegung im Freiheitskampf zu führen. *Sie, Herr Graf, verwirtschaften durch Ihre Unfähigkeit und Ihre miserablen Ratschläge das Ansehen eines Königtums, und wir erarbeiten dem deutschen Volk zumindest wieder jene Achtung, die man denjenigen zollt, die sich nicht bedingungslos unterwerfen.* Denn ganz gleichgültig, wie Sie, Herr Graf, unseren Kampf gegen den Young-Plan beurteilen, in Frankreich wird man uns sicher mehr hassen als jene, die diesen Plan unterwürfig und geduldig entgegennehmen. Im Völkerleben scheinen uns Haß und Achtung genauso miteinander verwandt zu sein wie Verachtung mit freundlicher Liebe!

Wenn ich, Herr Graf Soden, die nationalsozialistische Partei im Jahre 1918 genauso wie die anderen überhaupt als republikanische begründet hätte, dann hätte ich nur dieselben Tatsachen anerkannt, vor denen auch Sie sich gefügig beugen. Denn Sie haben seit dem Jahre 1918 nicht zum Widerstand geraten, aber wir haben seit zehn Jahren nichts als Widerstand gepredigt.

Ob die nationalsozialistische Bewegung monarchisch ist oder nicht monarchisch, republikanisch oder nicht republikanisch, ist zunächst ausschließlich deren eigene Sache. Sie können sich dann unsertwegen darüber freuen, und Sie können es auch beklagen. *Diese Bewegung aber ist auf keinen Fall die Ihre, und was sie tut, geht Sie deshalb nichts an und kann Sie auch gar nichts angehen. Denn wenn sie heute ebenfalls, wie die Bayerische Volkspartei, die Republik hundertprozentig anerkennen würde, dann hätten Sie erst recht kein Recht, von einer "Bedrohung" zu reden.*

Die Nationalsozialistische Partei ist nicht geschaffen worden, um ein Instrument für geistig vertrocknete alte Hofschranzen abzugeben. Sie kämpft für das deutsche Volk und seine Zukunft. Und nur wer sich diesem Volk entgegenstellt, wird einst von ihr "bedroht" sein.

Sie werden, Herr Graf Soden, im Prozeßsaal versuchen müssen, mir den Beweis zu erbringen, womit und wodurch ich den bayerischen Kronprinzen bedroht haben soll, und ich werde Ihnen den Beweis liefern, daß diese Behauptung eine glatte Unwahrheit ist, für die das Kabinett die Verantwortung trägt.

Und dann schreiben Sie weiter, Herr Graf, in der von Ihrem monarchischen Auge für das Haus Wittelsbach zum publizistischen Organ ausersehenen "Münchner Telegramm Zeitung", daß ich einen "Unterhändler", einen

"Mittelsmann"

zum König [*sic!*] mit einem "Ultimatum" geschickt hätte. *Alles vom Anfang bis zum Ende eine glatte Verdrehung.*

Sie sind so bescheiden und verschweigen zunächst den Namen des "Mittelsmanns", den ich geschickt haben soll. Und Sie tun sehr gut daran, hochweiser Herr Graf und Hofberater, *denn es ist Ihnen genau bekannt, daß der fragliche "Mittelsmann" kein Nationalsozialist ist, sondern im Gegenteil ein*

persönlicher Freund des Kronprinzen [32].

32 Karl Reichel.

Nicht ich habe diesen Herrn veranlaßt, mit Ihnen zu sprechen, sondern dieser Herr hat mich gebeten, mit der Veröffentlichung meiner Stellungnahme, von der er Kenntnis erhielt, zu warten, da nach seiner Meinung und Überzeugung der Kronprinz an allem vollkommen unschuldig sei und nur durch seine Umgebung der Mißbrauch seines Namens erfolgte.

Und dieser Herr, der nicht Mitglied meiner Partei ist, den ich aber trotzdem persönlich hochschätze, und der lediglich aus Besorgtheit für den Kronprinzen handelte, bat mich, damit kein Unrecht geschähe, den Artikel für meine Parteigenossen so lange hinauszuschieben, als die Drucklegung dies ermöglichte.

Ich willigte ein, diese Bitte zu erfüllen, dem Manne gegenüber, von dem ich wußte, daß er einst in bösen Tagen der

Gastgeber des Kronprinzen

gewesen war, in jenen Tagen, als die heutigen Young-Parteien, auf deren Seite Sie sich stellen, die Monarchie zerbrachen [33]*. Ich tat es weiter in der Erwartung, daß, wenn der Kronprinz vom eigenmächtigen Schritt seiner Umgebung Kenntnis erhalten würde, ein Dementi käme.* Denn in Wirklichkeit wurde Millionen von Deutschen damit ein schweres Unrecht zugefügt. *Und zwar zugefügt durch Sie, Herr Graf!*

Sie schreiben in Ihrem neuen Organ des Hauses Wittelsbach, daß unter den Gründen, die mein "Mittelsmann" für sein Ultimatum angeführt hätte, auch der gewesen sei, daß die Nationalsozialistische Partei einst *gegen die Fürstenenteignung aufgetreten* wäre [34], wobei sich hinterher dieser Kampf als taktischer Fehler erwiesen hätte. Herr Graf, reden Sie nicht von unserer damaligen Haltung, die Sie ersichtlich nie verstehen! Für Sie war die Verwendung des Namens des Kronprinzen, also der Mißbrauch dieses Namens, durch den "taktischen" Zweck geheiligt. Wir haben einst nicht eine Sekunde an "taktische Erwägungen" gedacht. Denn es ist möglich, daß vielleicht Sie, Herr Graf, einige Monate gebraucht hätten, um die "taktischen Nachteile" eines Kampfes gegen die Fürstenenteignung für uns herauszufinden. Wir aber, Herr Graf, waren uns darüber nicht eine Sekunde im unklaren. *Doch ebensowenig sind wir auch nur eine Sekunde schwankend gewesen darüber, daß es Dinge gibt, in denen nicht "taktische Zweckmäßigkeit", sondern der einfache Anstand entscheidet. Wir sind deshalb trotz aller "taktischen Nachteile" gegen die Fürstenenteignung aufgetreten, weil wir das andere als unanständig angesehen hätten. Und da unterscheiden wir uns, Herr Graf: Ich pfeife auf jede billige Popularität und werde stets das tun, was ich vor meinem Gewissen als richtig ansehe, und mögen Sie meinetwegen um mich jaulen und brüllen und mich verdammen, soviel Sie wollen!*

Herr Graf Soden! *Meinen Freunden und mir ist mehr als ein Urteil des Kronprinzen Rupprecht über die Parteien bekannt, die heute in der Young-Front sitzen, dessen Veröffentlichung zum Beispiel in einer Wahlzeit für diese Parteien vernichtend sein würde. Alle "taktischen Erwägungen" könnten vielleicht dafür sprechen, nur ein einziger Grund ist dagegen, Herr Graf, nämlich unsere anständige Gesinnung.* Und deshalb wird nie ein Wort über unsere Lippen kommen. Jawohl, deshalb ganz allein.

Ich glaube gern, daß Sie das nicht begreifen können, Herr Graf! So lassen Sie sich das eine gesagt sein: Der einzige Grund, der den Herrn, den Sie als meinen "Mittelsmann" zu bezeich-

33 Vgl. Dok. 93, Anm. 43.
34 Vgl. Dok. 91, Anm. 18.

nen belieben, zu seinem Schritt bewogen hat, war ebenfalls nicht "taktischer" Natur, sondern entsprang desgleichen nur der anständigen Gesinnung und den *Gefühlen treu ergebener Freundschaft für den Kronprinzen.*

Daß er sich aus diesem Gefühl heraus bemühte, ein Dementi der von Ihnen eigenmächtigerweise veranlaßten unseligen Erklärung zu erreichen, lag bei diesem Herrn nicht in der Sorge um meine Bewegung begründet, als vielmehr in der Sorge für seinen kronprinzlichen verehrten Freund.

Es war die Angst, daß der Kronprinz Rupprecht von Bayern durch Ihre Handlungsweise mit in eine Front hineingedrängt würde, mit der er innerlich schon aus Sauberkeitsgründen heraus nichts zu tun haben kann. Es war weiter die Angst, daß die nicht augenblickliche Feststellung des am Kronprinzen begangenen Unrechtes diesen mit dem Unrecht identifizieren mußte und *daß der Kronprinz dadurch ohne jedes eigene Verschulden in einen Konflikt gedrängt wurde oder zumindest in Gegensatz geriet zu Menschen, die sich bisher dem Schicksal unserer deutschen Monarchen gegenüber am anständigsten verhalten haben.* Denn die mehr als 4 Millionen Männer und Frauen, die sich zum Volksbegehren einzeichneten[35], und hinter denen viele Millionen anderer stehen, haben in ihrem Inneren am allerwenigsten zu tun mit den Verbrechern des Novembers 1918. *Alle diese Menschen aber müssen es als eine förmliche Treulosigkeit empfinden, wenn in ihrem Kampf um die Freiheit des deutschen Volkes ihnen von solcher Seite aus in den Rücken gefallen wird!*

Dafür haben Sie, Herr Graf, vielleicht kein Verständnis. Und so fehlt Ihnen natürlich auch die Empfindung, daß ein Dementi, das nicht eindeutig und klar vor Abschluß der Wahl erschien, von jedem anständigen Menschen als ein unaufrichtiges Manöver aufgefaßt werden mußte. Als eine der üblichen kleinen Kabinettsschiebungen, mit denen man schon früher so viel Ansehen der Kronen verpraßt hat.

Mißbrauch eines Königswortes zum Schaden der deutschen Front

Wenn ich mich nun, Herr Graf, bewegen lasse, eine entsprechende Antwort an meine Parteigenossen, aus dem Gefühl einer anständigen Objektivität heraus, hinauszuschieben in der Hoffnung, daß eine klare Feststellung des Sachverhaltes einem diesen Schritt ersparen würde, dann haben Sie die Stirne, dies in Ihrer Boulevard-Gazette als

Ultimatum

zu bezeichnen!?

Natürlich, Herr Graf Soden, habe ich auch einen Fehler gemacht. Ich hätte dem Herrn, der mich bat, zunächst keine Folgerungen für die Partei aus Ihrem Vorgehen zu ziehen, antworten sollen: Auch ich glaube, daß der Kronprinz von Bayern persönlich diesen Angriff gegen die nationale Front nicht veranlaßt hat, *allein, es ist dessen Sache, dies richtigzustellen, und nicht meine Sache, nach Entschuldigungen zu suchen.* Ein Kabinett, das es fertigbringt, den Namen des Trägers eines königlichen Hauses in solcher Weise zu mißbrauchen, wird auch kein Verständnis für eine solche Zurückhaltung unsererseits aufbringen. Im Namen des Kronprinzen wurden wir angegriffen, ich ziehe für meine Partei die Konsequenzen, und *Seine Königliche Hoheit kann, wenn er es für notwendig findet, die seinen ziehen, das heißt, den für diesen Unfug verantwortlichen Menschen seiner Umgebung maßregeln und entfernen.*

---

35 Vgl. Dok. 92, Anm. 2.

Das, Herr Graf, hätte ich antworten sollen, und die Kenntnis der Dinge, die mir unterdes zuteil wurde, wird mich in Zukunft davor bewahren, noch einmal bei solchen Angelegenheiten auf Anstand zu rechnen, so lange Sie Ihr Amt bekleiden!

Im übrigen wird Ihnen vor Gericht bewiesen werden, daß das, was Sie als "Ultimatum" bezeichnen, sogar *textlich nur ein* "Vorschlag" war und

Sie selbst in einem mir offiziell zugestellten Schreiben eines Beauftragten Ihrer Kanzlei versicherten, daß es sich um einen Textentwurf gehandelt habe [36]*!*

Wenn Sie weiter erklären, daß der "Mittelsmann" ausdrücklich von mir "bevollmächtigt" gewesen sei, so ist dies wieder eine Verdrehung, denn ich habe ihm nur auf dessen Bitten verbindlich versichert, daß ich solange meinen Artikel zurückhalte, bis entweder eine Richtigstellung gekommen oder die Zeit zur Drucklegung eingetreten sei! *Das war aber dann meine eigene Angelegenheit und die Angelegenheit meiner Partei, die Sie, Herr Graf, überhaupt nichts anging.*

Wenn Sie weiter in Ihrem Artikel, Herr Graf, erklären, daß ich gedroht hätte, im Falle der Nicht-Annahme des von Ihnen erdichteten Ultimatums die Monarchie auf das schwerste anzugreifen, so ist auch das wieder eine Unwahrheit. Die Monarchie braucht man gar nicht anzugreifen, solange sie solche Vertreter hat, wie Sie, Herr Graf! Ich könnte mir gar keinen fürchterlicheren Angriff gegen die nationalsozialistische Bewegung denken, als wenn ich Männer wie Sie auch nur als Schreiber in den Dienst unserer Bewegung annehmen müßte. *Gnade der Herrgott einer Monarchie, deren Berater das Renommee des Königs [sic!] so verwirtschaften, wie Sie es in diesem Falle getan haben!* Die ihren König so schlecht informieren und zu so unglücklichen Äußerungen veranlassen und diese geschäftig weitertragen und dann im Leichtsinn noch der Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen, wie Sie, Herr Graf, es taten!

Was Sie als Ultimatum bezeichnen, war nur in Wahrheit die durch den Anstand nun einmal gegebene zeitliche Begrenzung.

Zu ungunsten des Volksbegehrens haben Sie, Herr Graf, das Wort des Königs [sic!] der Öffentlichkeit vermittelt, ohne hierzu beauftragt, ja auch nur ermächtigt gewesen zu sein.

Pflicht des Anstandes wäre es gewesen, ein klares Dementi in höchster Eile zu bringen, um vor Abschluß des Volksbegehrens wieder gutzumachen, was schlecht begonnen wurde.

Und nicht nur Pflicht des Anstandes, sondern auch Gebot jeder klugen Vernunft.

Allein, das ist des Pudels Kern [37], verehrter Graf und Kabinettsvorstand! *Um das Volksbegehren zu schädigen, haben Sie*

den Namen des Königs [sic!] dagegen ausgespielt,

und deshalb durfte auch jede Korrektur dieses Mißbrauchs nicht vor Schluß der Einzeichnungsfrist erscheinen. Ob das dem König [*sic!*] diente, war Ihnen offenbar gleich. *Nur, daß es dem Volksbegehren schadete, schien für Sie bestimmend gewesen zu sein.* Und Sie reden dann von monarchischem Gefühl? Sie wagen, anderen einen Mangel an monarchischem Gefühl vorzuwerfen? Wenn das monarchische Gefühl zu allen Zeiten eine so traurige Vertretung gefunden hätte wie in Ihnen, wäre die Frage: Monarchie oder Republik nie zur Diskussion gestellt worden.

---

36 Näheres nicht ermittelt.
37 Nach "Faust. Der Tragödie erster Teil" von Johann Wolfgang von Goethe.

Das Unglaublichste aber an Verdrehung ist in Ihrem Artikel Ihre Behauptung, daß wir versuchten, den Kronprinzen zu bestimmen, nun sich für das Volksbegehren zu erklären. Als Sie darüber nun hart angefaßt wurden, da begannen Sie Ihrer Phantasie freien Lauf zu lassen und konstruierten aus "Annahmen" und "Empfindungen", "Gefühlen" und "Andeutungen" einen Beweis, dessen Logik wirklich verblüffend ist.

Herr Graf, auf dem geduldigen Papier konnten Sie Ihren Unsinn der gläubigen Menschheit zunächst vorsetzen. *Ich freue mich deshalb darauf, Ihnen vor Gericht das Haarsträubende Ihrer Behauptung nachweisen zu können.*

Denn das Gegenteil von dem, was Sie behaupten, stimmt. Die nationalsozialistische Bewegung insbesondere braucht überhaupt nicht die Zustimmung oder den Namen eines Königs für ihr Handeln und für ihren Erfolg. Wir haben nicht unser Werk unter der Gnade eines Königs begonnen, sondern durch die Kraft unserer Überzeugung sowie durch unseren Willen und unsere Entschlossenheit. *Das einzige, was wir nicht um unserer selbst willen, sondern um der Offenhaltung der Frage "Republik oder Monarchie" wegen, erwarten und erwarten dürfen, ist, daß sich die Könige einer anständigen Neutralität befleißigen und nicht eines Tages ihren Namen einem Paul Levi, einem Crispien, einem Bartels* [38]*, einem Grzesinski, Severing usw. zur Verfügung stellen.* Das ist alles und mehr wollen wir nicht und brauchen wir nicht!

Allerdings gestehe ich auch, daß es mich innerlich mit Freude erfüllt, gelesen zu haben, daß wenigstens einzelne deutsche Prinzen, ein deutscher König, ein deutscher Herzog und vielleicht noch andere in diesen entscheidungsvollen Tagen sich mutig und offen zur Front der nationalen Opposition im Kampfe gegen das neueste Versklavungs-Edikt bekannten [39]. Ich vermute allerdings, daß dort eben nicht der böse Zufall Ratgeber angespült hat, die nur das Talent eines Büsumer Dorfschulzen als ihr eigen nennen.

Lassen Sie sich eines gesagt sein, Herr Graf Soden: Wäre ich Ratgeber des Königs gewesen, hätte ich vermutlich folgendes erklärt:

"Königliche Hoheit, es hat soeben in Deutschland ein großer, vielleicht entscheidungsvoller Kampf seinen Anfang genommen. Unser Volk hat als nationale Opposition einen Kern von Parteien und Verbänden bekommen, die allem Augenscheine nach der Kristallisationspunkt für das erwachende deutsche Volk in seinen besten Teilen sein können. Zum ersten Male, Königliche Hoheit, seit elf Jahren, seit dem Tage, da Ihr hochseliger Herr Vater die Landeshauptstadt verlassen mußte und des Thrones und aller Rechte verlustig ging und niemand sich zu einem Widerstand bereit erklärte, scheint es, als ob unser Volk die Kraft zu einer erneuten Bejahung seines Lebenswillens erhalten hätte. Seit elf Jahren organisiert sich angesichts einer neuen, auf endlose Zeit hinaus wirkenden Versklavung, zum ersten Male ein allgemeiner nationaler Widerstand. Wenn dieser Widerstand nicht siegreich bleibt, wird durch die Annahme des neuen Planes Deutschland so furchtbaren Bedrückungen ausgesetzt, daß schon, um die finanziellen Anforderungen zu erfüllen, zwangsläufig der letzte Rest an Hoheitsrechten der

38 Gemeint ist vermutlich Friedrich Bartels (1871-1931), Maler, 1904-1913 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (SPD), 1913-1933 MdL in Preußen, 1919 Regierungspräsident in Frankfurt/Oder, 1925-1931 Präsident des Preußischen Landtags.

39 Dem Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren gehörten unter anderen Albrecht Ludwig Prinz zu Hohenzollern (1898-1977), Otto II. Fürst und Rheingraf zu Salm-Horstmar (1867-1941) und Franz Josef, 6. Fürst zu Ysenburg (1869-1939) an. Vgl. Der Stahlhelm vom 30.6.1929, 7.7.1929 und 28.7.1929, "Für das deutsche Volksbegehren".

Länder verschwinden muß. Ich kann deshalb Euerer Königlichen Hoheit nur vorschlagen, in diesem Schicksalskampfe, der nun anhebt, sich für die Kämpfer um die nationale Freiheit zu erklären. Unterliegen Sie, Königliche Hoheit, wird Ihr Name zumindest ehrenvoll in der Geschichte weiterbestehen. Siegen Sie, so kann - selbst wenn Königliche Hoheit nicht den Thron der Väter wieder aufzurichten in der Lage wären, - so doch zumindest das deutsche Volk den Weg zur Freiheit finden, mit all dem Segen, der von ihr ausgehen wird, nicht nur über das Reich, sondern auch über seine Länder. Ich halte es deshalb für richtig, Königliche Hoheit, sich in diesem Kampfe auf die deutsche Seite des Volkes zu stellen, und wenn schon nicht als König, dann zumindest als deutscher Mann den Namen einzutragen in das Grundbuch des deutschen Freiheitskampfes."

So, Herr Graf Soden, hätte ich dem Kronprinzen geraten. Sie aber hätten ihm natürlich etwa folgendes sagen müssen:

"Königliche Hoheit, es ist ein großer Kampf im Anzug, dessen Ausgang mir unsicher erscheint. Ich bitte Eure Königliche Hoheit inständigst, sich in dieser Lage der vollkommensten Neutralität zu befleißigen und keiner Seite das Recht zu gewähren, sich auf Eurer Königlichen Hoheit Namen zu berufen."

Das wäre dann auch ein Rat gewesen, der immer noch Verantwortungsbewußtsein und Verantwortungsgefühl bewiesen hätte. Nicht im großen Stil, denn das könnte man bei Ihnen, Graf Soden, doch nie erwarten, aber zumindest im anständigen Maße.

Und da ich nun die Könige nach ihrer Umgebung einschätze und die Umgebung des Kronprinzen immerhin so weit zu kennen glaubte, um ihr nicht Unmögliches zuzutrauen, *habe ich auch vom ersten Augenblick an eine andere Haltung des Königs als eine solche der Neutralität, - und zwar der striktesten Neutralität - als gar nicht möglich angesehen.*

Wenn Sie aber nun, Herr Graf Soden, erklären: *Nachdem Seine Königliche Hoheit sich durch meine Ungeschicklichkeit nun einmal gegen das Volksbegehren ausgesprochen hat, so wäre eine Zurücknahme dieses Ausspruchs ein Bekenntnis zum Volksbegehren, - so ist das, wie gesagt, eine Logik, die ebenso hanebüchen wie unanständig ist.* Nachdem die Neutralität verletzt wurde, war natürlich jede Wiederherstellung peinlich, aber das lag ja nur an Ihnen, Herr Graf. Sie sind so mit monarchischem Gefühl durchtränkt, daß Sie sich einmal in Ihrem Leben auch großer Vorbilder hätten erinnern können, um dementsprechend zu handeln. Wer ein wirklicher Diener seines königlichen Herrn ist, Graf Soden, muß bereit sein - wenn erforderlich -, für diesen sogar zu sterben. *Und Sie hätten in dem Falle Ihren kostbaren Leib noch gar nicht zu opfern brauchen, wenn Sie nur Ihre kostbare Stellung aufgegeben hätten. Der Herr Kabinetts-Chef Graf Soden durfte selbstverständlich Seine Königliche Hoheit nicht die Suppe auslöffeln lassen, die er selbst eingebrockt hat. Er mußte vor seinen Hohen Herrn hintreten und diesen decken, was um so selbstverständlicher gewesen wäre, nachdem der Kronprinz doch durch Sie in diese Angelegenheit hineingezogen wurde wie der Pontius* [*Pilatus*] *ins Credo.* Sie hätten die Pflicht gehabt, Herr Graf, aus Ihrem eminenten monarchischen Gefühl heraus sofort vor Ihren königlichen Herrn und Brotgeber zu springen und zu erklären:

"Hier liegt ein Mißverständnis vor. Seine Königliche Hoheit der Kronprinz Rupprecht von Bayern lehnt es ab, in dieser Angelegenheit irgendwie weder für noch gegen verwendet zu werden; die in der Presse erschienene Äußerung stammt von mir und nicht von Seiner Königlichen Hoheit!"

Das, Herr Graf Soden, hätten Sie als Kabinetts-Chef, der verantwortlich zeichnet, tun müssen. Statt dessen unterstehen Sie sich und *wünschen andere zum Teufel* und werfen ihnen ihre mangelnde monarchische Gesinnung vor!

Herr Graf, ich wiederhole Ihnen nun zusammenfassend noch einmal, daß die Behauptung

1. ich hätte den Kronprinzen bedroht, wie Sie in der Münchner Telegramm Zeitung zum besten geben, unwahr ist, und ich werde Ihnen im Gerichtssaal den Beweis dafür erbringen[40]*;*

2. daß die Behauptung, ich hätte ein Ultimatum gestellt, unwahr ist, und ich werde Ihnen ein zweites Mal den Beweis hiefür erbringen, und daß die Behauptung

3. ich soll verlangt haben, daß der Kronprinz von Bayern sich für das Volksbegehren erkläre, ebenfalls unwahr ist, und wieder werde ich Ihnen den Beweis dafür erbringen, und

4. daß die Behauptung, ich hätte das Ultimatum durch einen Beauftragten[41] *geschickt, desgleichen unwahr ist, und wieder werde ich Ihnen dies beweisen. Und es wird sich dann herausstellen, wer von uns beiden unrichtige Informationen gegeben hat. Ich der Öffentlichkeit oder Sie dem Kronprinzen.*

Und wenn Sie, Herr Graf Soden, vielleicht erklären sollten, nicht allein für das alles verantwortlich zu sein, so zweifle ich keinen Augenblick an der Tatsache der Unterstützung durch Ihre Mitberater, aber ich sehe mich nicht veranlaßt, einen anderen verantwortlich zu machen *als denjenigen, der als Kabinetts-Chef für diese Vorgänge offiziell verantwortlich ist.*

Im übrigen bin ich überzeugt, daß nicht wir zum Teufel gehen, sondern die monarchische Idee, wenn sie sich weiterhin so mittelmäßiger Ratgeber bedient.

Adolf Hitler

8. November 1929 Dok. 95
Erklärung

Münchener Post vom 12.11.1929, "Im Solde des Braunkohlensyndikats? [1]".

In Nr. 253 der Münchener Post vom 31. Oktober 1929 befindet sich unter der Überschrift: Im Solde des Braunkohlensyndikats, folgende Behauptung:

"Das ostelbische Braunkohlensyndikat [2] hat in den letzen Jahren der Deutschnationalen Partei, dem Stahlhelm und der Nationalsozialistischen Partei große Geldmittel zur Verfügung gestellt ..." [3]

---

40 Vgl. Dok. 93, Anm. 46.

41 Karl Reichel.

1 Vgl. VB vom 13.11.1929, "Hitler und das Geld Petscheks" (Gemeint ist vermutlich Ignaz Petschek, Aussig, Mitglied im Aufsichtsrat des Ostelbischen Braunkohlensyndikats G.m.b.H., der als Besitzer zahlreicher Braunkohlenwerke den tschechischen und einen Teil des deutschen Braunkohlemarkts kontrollierte).

2 Das Ostelbische Braunkohlensyndikat G.m.b.H. hatte seinen Sitz in Berlin. Geschäftsführer war Oberstleutnant a. D. Reinhold Kersten.

3 Vgl. Münchener Post vom 31.10.1929, "Im Solde des Braunkohlensyndikats" sowie Vorwärts vom 8.11.1929 (MA), "Die Braunkohlenhemden".

Es ist unwahr, daß mir das ostelbische Braunkohlensyndikat "große Geldmittel zur Verfügung gestellt" hat.

Wahr ist, daß das ostelbische Braunkohlensyndikat weder direkt noch indirekt, weder mir noch der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, noch einer Untergruppe oder einer Zeitung derselben Geldmittel oder sonst etwas zur Verfügung gestellt hat [4].

München, den 8. November 1929.

(Vorname unleserlich) [*sic!*] Hitler

8. November 1929 Dok. 96
"Bekanntmachung"
Erklärung

VB vom 13.11.1929, "Aus der Bewegung".

Die H.J. [1] - einzige N.S.-Jugend-Organisation

Vielfachen anders lautenden Gerüchten [2] entgegen erkläre ich hiermit, daß die einzige durch die Parteileitung der N.S.D.A.P. offiziell anerkannte nationalsozialistische Jugend-Organisation die "Hitler-Jugend" mit ihrem Reichsführer Kurt Gruber [3] ist [4].

München, den 8. November 1929

Adolf Hitler

---

4 Bis zum Anfang der dreißiger Jahre gelang es der NSDAP bis auf unerhebliche Einzelfälle nicht, die deutsche Industrie zur Subventionierung der Partei zu bewegen. Eine direkte oder indirekte Finanzierung der NSDAP durch die deutsche Braunkohlenindustrie zum damaligen Zeitpunkt ist daher unwahrscheinlich. Vgl. Turner, Die Großunternehmer, S. 121 ff.

1 Auf dem Weimarer Parteitag der NSDAP war am 4.7.1926 die Gründung einer Jugendorganisation unter dem Namen "Hitler-Jugend. Bund deutscher Arbeiterjugend" beschlossen worden. Am 27.7.1926 folgte die parteiamtliche Anerkennung. Vgl. Peter D. Stachura, Nazi Youth in the Weimar Republic, Santa Barbara 1975, S. 22 ff.

2 Bezieht sich auf die Bestrebungen des Nationalsozialistischen Schülerbundes, eine selbständige Parteiorganisation zu werden. Vgl. Daniel Horn, The National Socialist Schülerbund and the Hitler-Youth, 1929-1933. In: Central European History 11 (1978), S. 355-375.

3 Kurt Gruber (1904-1943), 1926-1931 Reichsführer der HJ, 1931-1932 Jugendfachberater der Reichsleitung der NSDAP, 1932 zur Gauleitung Sachsen versetzt.

4 In einer am 14.11.1929 veröffentlichten Anordnung stellte Gruber unter anderem fest: "Adolf *Hitler* hat gebilligt, daß die Schülerbünde durch die H.J. organisiert werden und nicht einen eigenen selbständigen Bund bilden sollen, sondern im *Rahmen der H.J.* (Amt für Schülerbünde) neben den übrigen Hitlerjungen als Arm der Hitler-Jugend auf eigenem Sondergebiet kämpfen und arbeiten." Vgl. VB vom 14.11.1929, "Nationalsozialistische Schülerbünde!"

9. November 1929 "Politik der Woche" Artikel

Dok. 97

Illustrierter Beobachter vom 9.11.1929.

Nun ist es doch ein Sieg geworden [1]. Als die Männer der nationalen Opposition vor Wochen zusammentraten, um das letzte Mittel zum Kampf gegen den Young-Plan [2] anzuwenden [3], stießen sie gegen eine förmliche Verschwörung von Lüge, Verleumdung und Terror. Unter der Führung der alten Umsturzparteien hatte sich eine parlamentarische Front gebildet, die entschlossen war, den Young-Plan in ähnlicher Form wie einst den Dawes-Pakt [4] zu erledigen. Sozialdemokratische Gottes- und Vaterlandsverleugner in engster Verbindung mit jüdischen Geldsackmagnaten, zentrümlerischen Frömmlern und bayerischen Volksparteilern. Seit zehn Jahren ist man es nun in Deutschland gewohnt, daß diese Vereinigung ungestört die Rechte der deutschen Nation verludert, das Nationalvermögen verpraßt und die Ehre unseres Volkes mit Füßen tritt. Es sind Zustände eingerissen, die vor 15 Jahren einfach undenkbar gewesen wären. Versklavungsedikte auf Generationen hinaus, die zur vollkommenen Vernichtung unserer wirtschaftlichen Selbständigkeit führen müssen, wurden von dieser Vereinigung immer wieder unterzeichnet und damit als zu Recht bestehend angenommen. Der Name "Young-Plan" ist ja in Wirklichkeit genau so falsch, wie die Bezeichnung "Dawes-Pakt". Richtiger müßte es immer heißen: "Versailler Methode" [5], "Genfer Methode" [6], "Dawes-Methode", oder "Young-Methode". Denn der Sinn aller dieser sogenannten Verträge ist derselbe. Deutschland soll ausgeplündert werden. Und wie die Spinne von Zeit zu Zeit ihr Opfer in eine neue Lage bringt, um es nur noch restloser aussaugen zu können, so verfahren unsere Feinde mit Deutschland. Sie erfinden eine Methode zu unserer Ausbeutung und saugen mit ihr aus Deutschland heraus, was man durch diese Methode heraussaugen kann. Läßt der Erfolg nach und erweist sich dadurch diese Methode als nunmehr unfruchtbar, geht man zu einer neuen über, nach der sich wieder ein gewisser Erfolg versprechen läßt. Bringt auch die neue Methode die gewünschten Erträgnisse der internationalen Hochfinanz nicht mehr ein, dann wird auch diese wieder abgelegt, um einer noch besseren und raffinierteren Platz zu machen. Erst hat die rote Verbrechervereinigung mit ihren Zuhältern unser Volk durch die Inflation ausgeblutet [7]. Nachdem sich hier keine Erfolge mehr versprechen ließen, sondern im Gegenteil die Gefahr einer nationalen Revolution vor der Türe stand, konnten die sozialdemokratischen Schwindler auf einmal das vollbringen, was ihnen vorher unmöglich war. Wenige Wochen

---

1 Bezieht sich auf den knapp erfolgreichen Abschluß des Volksbegehrens zur Einleitung eines Volksentscheides über den Young-Plan. Vgl. Dok. 92, Anm. 2.
2 Vgl. Dok. 41, Anm. 11; Dok. 73, Anm. 1.
3 Vgl. Dok. 50 und 51.
4 Vgl. Dok. 1, Anm. 15.
5 Gemeint ist der Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919. Vgl. Dok. 3, Anm. 56.
6 Vgl. Dok. 82, Anm. 13.
7 Die Nachkriegsinflation war durch die Finanzierung der deutschen Kriegskosten verursacht worden. Vgl. Holtfrerich, Die deutsche Inflation, S. 97 ff.

nach dem Münchener Aufstand 1923 [8] war die Währung stabilisiert [9]. Der Dawes-Pakt sicherte den Währungsbestand und gab so die Möglichkeit des erneuten Ansammelns gewisser Werte. Die Ausplünderung wurde dazwischen durch andere Methoden vollzogen. Nun hat sich dieser Vertrag totgelaufen. Im neuen Young-Plan fällt der Währungsschutz wieder weg [10], und damit sind die Möglichkeiten für eine erneut kommende inflatorische Begaunerung unseres Volkes abermals gegeben. So versucht man es abwechselnd bald so und bald anders, und immer wieder findet sich eine korrupte Parteimasse, die Deutschland "frei" macht, indem sie es immer mehr in internationale Verpflichtungen verstrickt. Mit eherner Stirne lügen dann diese Parlamentsschwindler vom "Wiederaufbau der Wirtschaft", während sie dieselbe zertrümmern, lügen vom "Erarbeiten" der Freiheit, während sie tatsächlich die Nation auf immer größere Perioden in Ketten legen, und betrügen solcher Art Millionen von Menschen am hellichten Tage. Zehn Jahre ist dieser Schwindel ohne merklichen Widerstand gelungen. Nun haben sich zum erstenmal, trotz aller tiefgehenden Gegensätzlichkeiten im Programme, Weg und Ziele, eine Anzahl von Verbänden zusammengefunden, das Volk als solches zum Widerstand gegen diese Entwicklung aufzurufen [11].

Wenn heute von gewissen Seiten oder von einem blasierten Kabinettschef [12] behauptet wird, daß wir selbst die Zweckmäßigkeit des Volksbegehrens [13] angezweifelt hätten, so zeigt dies nur den meilenweiten Abgrund, der diese Erscheinungen bedenklicher Art von uns trennt. Niemals haben wir dieses Volksbegehren gemacht deshalb, weil wir überzeugt waren, daß es gelingt, sondern einzig und allein nur, weil wir überzeugt sind, daß es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist, alles zu tun und mit jedem Mittel zu kämpfen, um die neue Young-Ausbeutungsmethode zum Scheitern zu bringen. Wir kämpfen hier einen Kampf nicht aus Opportunitätsgesichtspunkten heraus, sondern aus innerster Überzeugung. Wir zweifeln nicht, daß eine solche Überzeugung von sterilen alten Hofschranzen nie verstanden werden wird. Ebenso wenig, wie man sie in den Kreisen unserer parlamentarischen Feinde nicht verstehen will. Ob wir in unserem Kampf gewinnen, liegt nicht in unserem Ermessen, aber in unserer Pflicht liegt es, diesen Kampf zu führen, auf daß wir ihn gewinnen. Die letzte Entscheidung hat der Herrgott. Wir sind aber überzeugt, daß niemandem ein Sieg zuteil wird, der ihn sich nicht durch einen ehrlichen Kampf verdient. Wir sagen dem heutigen System diesen

8 Vgl. Dok. 3, Anm. 23.

9 Seit August 1923 arbeitete die Reichsregierung an Konzepten zur Währungsstabilisierung. Am 15.10.1923 wurde die Verordnung über die Errichtung der Rentenbank im Kabinett verabschiedet. Die Institution nahm am 15.11.1923 ihre Tätigkeit auf. Die neugeschaffene Rentenmark beruhte auf Deckung durch Rentenbriefe, die ihrerseits auf Sachwertbelastung aufgebaut war. Rechnungstechnisch schloß die neue Währung an die alte Goldmark an. Das bereits vor dem Hitler-Putsch eingeleitete Verfahren führte zu einer schnellen Stabilisierung. Vgl. Holtfrerich, Die deutsche Inflation, S. 311 ff.

10 Der Dawes-Plan (vgl. Dok. 1, Anm. 15) enthielt eine "Transferschutzklausel", die es ermöglichen sollte, die Übertragung der in Deutschland aufgebrachten Reparationsbeträge an die Alliierten zu unterbrechen, wenn die deutsche Währung und Wirtschaft gefährdet schienen. Die Entscheidung darüber traf ein internationales Komitee. Der Young-Plan sah nur für einen Teil der Reparationsleistungen einen Transferschutz vor, die internationale Kontrolle fiel jedoch weg. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 382 ff.

11 Gemeint ist der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren. Vgl. Anm. 3.

12 Joseph Graf von Soden.

13 Vgl. Dok. 93, Anm. 9.

Kampf an und nehmen alle Unbilden dieses Kampfes auf uns, und glauben deshalb auch, daß das Schicksal uns den Sieg zusprechen wird.

Und so ist denn auch der erste Sieg gekommen. Trotz einem noch nie dagewesenen Terror, trotz einer Flut von Lüge und Verleumdungen, trotz aller Irreführungen der öffentlichen Meinung, trotz dem Unterschlagen aller Wahrheit [*sic!*], trotz dem Ausspielen aller sogenannten "berühmten deutschen Männer" [*sic!*] [14] gegen unsere Sache und die Sache des deutschen Volkes sind dennoch über vier Millionen hingegangen und haben ihren Namen für den Kampf um die deutsche Freiheit eingeschrieben [15]. Unvernunft und Haß wüteten gemeinsam gegen uns. Zwergenhafte Gesinnung, Gegensätzlichkeiten gegen einzelne Führer des Volksbegehrens veranlaßten sogar "nationale" Deutsche mit historischem Namen, lieber diesen Namen einem Juden Levi zur Verfügung zu stellen als der nationalen Kampffront. Männer, die immer versuchen, den Anschein zu erwecken, als ob sie den Kampf gegen Tod und Teufel aufnehmen wollten, bekannten sich zu der kleinen Gesinnung, gegen das Volksbegehren Stellung zu nehmen, weil ihnen der Ausgang unsicher vorkam. Als ob in einer Lage wie der unseren überhaupt mit Prozenten gemessen werden könnte. Wichtiger sogar noch als der Ausgang ist die Entschlossenheit und der Mut zum Kampfe an sich. Selbst wenn wir im Volksbegehren unterlegen wären, dann wäre in den Augen eines Clausewitz diese Niederlage immer noch ruhmvoller gewesen als das schwache Räsonieren oder Nichtstun der anderen [16]. Man möchte wirklich heute im Geiste jedem einzelnen der vier Millionen, jedem Mann und jeder Frau die Hand drücken und danken für das Vertrauen, das sie der nationalen Sache zum ersten Male nach zehn Jahren wieder entgegengebracht haben. In ihnen verkörpert sich wirklich mehr Geist unseres Volkes im besten Sinne des Wortes als in den großsprechenden und großtuerischen "klugen" Politikern, Führern usw., die in "klarer Erkenntnis des Mißerfolges" sich vorsichtig zurückgehalten oder gar dagegen Stellung genommen haben.

Dabei muß aus dem allem besonders eine Lehre für die nationalsozialistische Bewegung abgeleitet werden: Im Jahre 1918 hat die sozialdemokratische Revolutionsgesellschaft im Verein mit Kommunisten, Zentrümlern und Demokraten sich bemüht, den nationalen Nimbus aller großen Deutschen zu vernichten [17]. Damals stellte sich dieser Absicht und deren Ausführung das junge nationale Deutschland entgegen, bestrebt, die großen Deutschen unbefleckt der Nachwelt zu erhalten. Seit zehn Jahren aber können wir es nun erleben, daß ein Teil dieser nur vom nationalen Deutschland konservierten großen Namensträger das Gewicht ihres Namens

---

14 Vgl. Dok. 91, Anm. 11.

15 Vgl. Anm. 1.

16 In seiner Bekenntnisdenkschrift von 1812 beschreibt Clausewitz die damalige Stimmung patriotischer Kreise: "Alle werden wünschen, Preußen möge wenigstens, wenn es fallen sollte, mit Ehren gekämpft haben und ruhmvoll untergegangen sein." Vgl. Dok. 48, Anm. 1.

17 Am 15.11.1918 hatte das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die Umstellung des Geschichtsunterrichts verfügt und unter anderem angeordnet:
"1. Wo bisher der Geschichtsunterricht mit anderen Lehrfächern dazu mißbraucht wurde, Volksverhetzung zu betreiben, hat solches in Zukunft unbedingt zu unterbleiben, vielmehr einer sachgemäßen kulturhistorischen Belehrung Platz zu machen. Alle tendenziösen und falschen Belehrungen über den Weltkrieg und dessen Ursachen sind zu vermeiden.
2. Aus den Schulbibliotheken sind alle Bücher zu entfernen, welche den Krieg an sich verherrlichen." Vgl. Ursachen und Folgen, Bd. III, S. 14.

bei jeder Gelegenheit der antinationalen Sache zur Verfügung stellen. Es bleibt sich dabei gleich, ob es aus böser Absicht oder mangelnder Einsicht geschieht. Wir müssen hier in der Zukunft nun hart werden. Was innerlich faul ist, soll man nicht künstlich stützen. Wer sich nicht zur Idee des nationalen Freiheitskampfes bekennt, soll unseretwegen zur Hölle fahren. Wir haben keine Veranlassung, Namen zu erhalten, deren Gewicht in der kritischen Stunde immer in die gegnerische Waagschale geworfen wird. Wir werden diese klare Einstellung auch in die Parlamente hineintragen müssen. Männer, die mit den sozialdemokratischen Blutmenschen und Terroristen, Rechtsverletzern und Gesetzesbrechern regieren, sind unsere Feinde und dürfen in keiner Angelegenheit auf eine Unterstützung von unserer Seite rechnen! Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns, und wer nicht unser Hammer sein will, in dem sehen auch wir künftighin nur mehr den Amboß [18].

Die nationalsozialistische Bewegung muß auch hier Schrittmacherin sein. Wir sind eine souveräne Partei und können jederzeit unseren Weg marschieren. Und wie dieser Weg verläuft, das geht außer uns niemanden etwas an. Ein Schicksalskampf aber, wie er dem deutschen Volk bevorsteht, wird nicht mit Sentimentalitäten gelöst, sondern nur mit dem harten: Entweder-Oder.

Die erste Schlacht ist nun geschlagen. Unsere Feinde rüsten zu einem neuen Lügenfeldzug. Wir wollen ihnen entgegentreten und uns durch gar nichts beirren lassen in unserem Streben. Und wenn sie uns tausendmal vorrechnen, daß wir keinen Erfolg erringen können, so haben wir ihnen immer nur zur Antwort zu geben: daß wir einen Erfolg erhalten, ist nicht so nötig, als daß wir unsere Pflicht tun. Unsere Pflicht aber ist es, mit zusammengekrampfter [*sic!*] Energie keine Möglichkeit fallen zu lassen, um die Feinde des Vaterlandes innen und außen zu stürzen. Der Quell, aus dem unsere Kraft komme, sei in der Zukunft noch mehr als heute brennende Liebe zu unserem Volk und fanatischer Haß gegen seine Feinde.

Was die heutige Schlacht nicht entscheidet, wird die morgige bringen. Und was die morgige uns versagt, gedenken wir uns übermorgen zu ertrotzen, und kämpfen wollen wir, ob der Sieg uns übermorgen kommt oder erst in späterer Zeit. Und keine Niederlage soll uns mürbe machen, sondern erst recht neue Kraft verleihen. Es werden Prüfungen sein, in denen wir bestehen wollen, um uns solcher Art auch das innere Anrecht zu erwerben, dereinst das Schicksal unseres Volkes nach außen zu bestimmen.

Ein Sieg ist errungen, und der Kampf geht weiter.

---

18 Vgl. Dok. 6, Anm. 28.

16. November 1929 Dok. 98
Anordnung

VB vom 16.11.1929, "Die Kandidaten für die Münchener Stadtratswahl".

Für die am 8. Dezember [*1929*] stattfindende Wahl [1] von 50 ehrenamtlichen Mitgliedern des Stadtrates der Landeshauptstadt München wurden für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei folgende Kandidaten benannt:

[...] [2]

Zum Vertrauensmann für den Gemeindewahlausschuß und Wahlleiter wurde Pg. Hermann *Esser* bestimmt.

gez.: Adolf Hitler

16. November 1929 Dok. 99
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 16.11.1929.

Jetzt sage noch ein Mensch, daß der Kampf gegen den Young-Plan [1] erfolglos gewesen sei oder überhaupt keinen Sinn hat [2]! Würden sich die nationalen Parteien und Verbände vor einigen Monaten nicht entschlossen haben, in dieser Frage den Kampf aufzunehmen [3], dann wäre vermutlich das Schicksal unseres Volkes schon jetzt besiegelt. Geräuschlos und in aller Schnelligkeit würde der Reichstag zu einem Vertrag Stellung genommen haben, der unser Volk auf nahezu 70 Jahre zum Zins- und Tributsklaven verdammt [4]. So ist es nun anders gekommen. Nicht nur, daß sich zum erstenmal seit zehn Jahren große Massen unseres Volkes mit einer Frage zu beschäftigen begonnen haben, die ihr eigenstes Leben betrifft, wurden auch die verantwortlichen Parteien gezwungen, der Öffentlichkeit gegenüber Rede und Antwort zu stehen. Wie innerlich faul die Front unserer Regierungsparteien ist, wird schon heute durch die Ergebnisse dieses Kampfes bewiesen. Zentrum und Deutsche Volkspartei fühlen sich auf einmal

1 Bei der Kommunalwahl am 8.12.1929 konnte die NSDAP in München die Zahl ihrer Stadtratsmandate von vier auf acht der 50 Mandate verdoppeln. In ganz Bayern steigerte die NSDAP ihr Ergebnis von 4,2 auf 8%, bzw. 197.630 Stimmen. Vgl. Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 62 (1930), S. 462 ff.

2 Folgt Liste der Kandidaten, darunter Karl Fiehler, Hermann Esser, Max Amann, Christian Weber, Ulrich Graf, Franz Xaver Schwarz, Jakob Grimminger und Heinrich Hoffmann.

1 Vgl. Dok. 41, Anm. 11; Dok. 73, Anm. 1.

2 Vgl. Dok. 92, Anm. 2.

3 Vgl. Dok. 50 und 51.

4 Bezieht sich auf die Dauer der Reparationszahlungen nach dem Young-Plan. Vgl. Anm. 1.

nicht mehr recht sicher und nicht mehr recht wohl im Regierungshafen [5]. Bürgerliche Zeitungen, die sich noch wenige Tage vor Abschluß des Volksbegehrens gegenseitig überboten hatten im Rühmen des Young-Plans als der "staunenswertesten Tat" für den deutschen Wiederaufstieg, entdeckten schon eine Woche später allerlei Schattenseiten und bedenkliche Schwächen an ihrem vorher so gepriesenen Auferstehungsplan [6]. Und noch etwas fanden sie auf einmal: Das "tief Bedauerliche der neuen Zerreißung der nationalen Front"! Es war wirklich erheiternd, in diesen früheren Young-Blättern nun auf einmal lange Episteln bittersten Schmerzes voll zu finden über die "drohende Verschüttung der Verbindungsgräben zwischen den verschiedenen bürgerlichen Parteien" [7]. Daß es solche Laufgräben zwischen den bürgerlichen Parteien gegeben hat, konnte füglich nie bezweifelt werden. Daß aber auf einmal diese Laufgräben zu einer solchen Bedeutung gelangen würden, war vermutlich nur dem Trommelfeuer [8] zu verdanken, das das Volksbegehren [9] auf die vorderen Gräben der tapferen Young-Verteidiger niedergehen ließ. Es ist begreiflich, daß die volksparteilichen Kämpfer angsterfüllt auf die Laufgräben zurückblicken, die bisher die Verbindungslinien zu den anderen bürgerlichen Stellungen abgaben. Eigentlich müßte man nun gerade diese Laufgräben durch rücksichtsloses Sperrfeuer abriegeln. Für die deutsche Nation wird es ein Glück und ein Segen sein, wenn die Young-Parteien an ihr Werk festgenagelt werden. Überhaupt ist das gütige Zureden der [*Deutschen*] Volkspartei an die deutschnationalen Querköpfe geradezu köstlich. Was müssen diese Leute voneinander doch für eine Achtung haben und wie müssen sie sich gegenseitig einschätzen! Diesmal allerdings hat sich die Stresemannvereinigung ersichtlich geirrt. Die nationale Opposition pfeift auf die Laufgräben und sonstigen Verbindungsmöglichkeiten zur Young-Front und hält dafür diejenige Verbindung aufrecht, die am natürlichsten ist: die Beziehung zum eigenen Volk. Der Kampf gegen den Young-Plan wird früher oder später die nationale Opposition als die einzige aufrichtige Vertreterin der Interessen unseres Volkes feststellen. Der Kampf von jetzt ist der Garant des Erfolges für die Zukunft.

Noch etwas Gutes hat der Kampf gegen den Young-Plan gebracht: Frankreich hat vorzeitig seine innersten Absichten preisgegeben. Als unsere Parteischwindler dem deutschen Volk den Young-Plan schmackhaft und mundgerecht zu machen versuchten, logen sie, wie gewohnt, der Öffentlichkeit vor, daß nunmehr Frankreich auf eine weitere Betätigung seiner unfreundlichen Gesinnung gegen Deutschland Verzicht leisten würde. Der Young-Plan sei - so faustdick wagte man die Wahrheit zu verdrehen - der Ausfluß einer sich festigenden Sympathie des demokratischen Frankreich für das demokratische Deutschland. Frankreich sei nun entschlossen, die bisherige Feindschaft abzubauen, und es bedürfe nur der Unterschrift unter dieses Dokument, um zu einer endgültigen Verständigung mit Paris zu gelangen [10]. Ja, noch mehr, diese Verständi-

---

5 Bezieht sich vermutlich auf die Haltung des Zentrums zur geplanten Reform des Ehescheidungsrechts und den Widerstand der DVP gegen die Beitragserhöhung der Arbeitslosenversicherung. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 986 ff., 1123 ff.

6 Vgl. Holz, Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan, S. 383 ff.

7 Vgl. Dok. 93, Anm. 14.

8 Vgl. Dok. 48, Anm. 15.

9 Vgl. Anm. 2.

10 Die bürgerliche Presse in Deutschland beurteilte den Young-Plan verhalten optimistisch; die endgültige Normalisierung des deutsch-französischen Verhältnisses wurde nicht durch ihn erwartet. Vgl. Holz, Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan, S. 305 ff.; Hagspiel, Verständigung, S. 441 ff.

gung sei dann eben da. Als Beweis dieser Verständigung wird Frankreich zunächst das besetzte Gebiet räumen. Es wurde auch ein Termin genannt, an dem die Räumung endgültig, so oder so, vollzogen sein würde [11]. Und jetzt? Kaum merkt man in Paris, daß der Schwindel anscheinend doch nicht zieht, als man auch schon sein wahres Gesicht zeigt. Sie denken zunächst natürlich gar nicht im Ernst daran zu räumen und haben statt dessen als sichtbarsten Beweis der französischen Sinnesänderung die Forderung auf Zerstörung von einstweilen fünf Eisenbahnlinien gestellt [12]. Noch niemals sind die Behauptungen einer Regierungskoalition schlagender als Lügen und Schwindeleien entlarvt worden als diesmal. Was vor uns steht, ist der alte Erbfeind, haß- und racheerfüllt wie immer. Aber man mache nur ja dem Franzosen keinen Vorwurf. Die französische Diplomatie kämpft pflichtgemäß im Interesse ihres Volkes, die französische Kammer vertritt nüchtern und kalt Frankreichs vermeintliche Lebensnotwendigkeiten, und nur die deutschen Parlamentsschwindler und Parteilumpen betrügen ihr eigenes Volk, belügen es, um es mürbe zu machen, und versuchen damit eine neue Unterschrift herauszulocken, die uns erneut mit namenlosem Unglück belastet. So wie schon im Kriege das französische Parlament die Zukunft des französischen Volkes verteidigte [13], der deutsche Reichstag aber sich am Leben unseres Volkes versündigte [14], so ist es auch heute noch. Und es wird nicht anders werden, bis nicht ein eiserner Besen ausmistet!

In Österreich wird dieses Ausmisten zur Zeit versucht [15]. Unsere Sympathien stehen hundertprozentig auf Seite der Heimwehren [16], unser Mißtrauen ebenso hundertprozentig auf Seite der bürgerlichen Parteien. Wir sind durch Erfahrungen in Deutschland gewitzigt und wissen, daß - von wenigen Ausnahmen abgesehen - die Mehrzahl unserer bürgerlichen Politiker heimtückische und verlogene Verteidiger des marxistischen Schandregimes sind. Sie sind in manchen Dingen sogar noch schlimmer als waschechte Kommunisten, weil sie unter der heuchlerischen Maske eines unwahren Nationalismus Millionen Deutsche gefangennehmen, auf ein falsches Geleise schieben und damit dem Kampf für die nationalen Interessen entziehen oder

11 Der 30.6.1930. Vgl. Dok. 73, Anm. 3.

12 Die Konferenz der Botschafter der USA, Großbritanniens, Italiens und Japans in Paris sowie eines Vertreters des französischen Außenministeriums, die sich vor allem mit der Durchführung der Entmilitarisierungsbestimmungen des Versailler Vertrages befaßte, hatte für den Fall der Räumung des besetzten Gebiets den Rückbau aller Bahnstrecken im Rheinland auf ein Gleis gefordert. Anfang August war es der Reichsregierung gelungen, eine Einigung herbeizuführen, in der die Rückbauten auf ein Minimum begrenzt wurden, verbunden mit einem wirtschaftlich unbedeutenden, zeitlich befristeten Verbot des Streckenneubaus. Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Serie B, Bd. XIII, Göttingen 1979, Nr. 114.

13 Zur Kriegsmüdigkeit im französischen Parlament 1917 vgl. Kupferman, L'opinion française et le défaitisme, S. 97 f.

14 Bezieht sich auf die Friedensresolution des Reichstags vom 19.7.1917. Druck: Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18. Bearb. v. Erich Matthias u. Rudolf Morsey, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe, Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik, Bd. I/I, Düsseldorf 1959, S. 114 f.

15 Am 18.10.1929 hatte der österreichische Bundeskanzler Schober eine Verfassungsreform im Nationalrat eingebracht, die mit deutlich zentralistischen Elementen die Schwächung des Nationalrats anstrebte und darüber hinaus ein polizeiliches Verordnungsrecht, ein Notverordnungsrecht für den Bundespräsidenten und die Neuordnung der bundesrechtlichen Stellung Wiens vorsah. Vgl. Die Verfassungsreform von 1929. Dokumente und Materialien zur Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle von 1929. Hrsg. und mit einer Einleitung versehen von Klaus Berchtold, Wien 1979, Teil I, S. 12 ff.; Teil II, S. 1 ff.

16 Vgl. Dok. 23, Anm. 14.

besser wegstehlen. Die Ausnahmen unter ihnen haben im eigenen Lager dann meistens den schwersten Stand. Ganz gleich, wie dem aber auch sei, hat in Österreich der Marxismus augenblicklich keine freudigen Stunden. Das schmutzigste Gesindel an politischem Führertum, das es in Europa bisher vielleicht überhaupt gab und das einen Sechs-Millionen-Staat [17] in einfach unglaublicher Weise tyrannisierte und erpreßte [18], sieht die Faust der Vergeltung sich erheben. Und genau so wie in Deutschland appellieren nun auch in Österreich die Väter der Korruption an die Hilfe des Auslandes. So wie man einst in Deutschland mit Hilfe Frankreichs die Einwohnerwehren entwaffnen ließ [19], so versuchen jetzt die roten Wiener Spitzbuben, die derzeitige englische Regierung auf den Plan zu rufen zur Hilfe gegen die drohende Vernichtung durch das erwachende Volk [20]. Und wieder ist es gut, hier auf bestimmte Zusammenhänge hinzuweisen. Während in Österreich unter dem Druck der Heimwehren, nach rund elfjähriger unumschränkter Herrschaft, der Marxismus zum erstenmal wenigstens in gewisse Schranken zurückgewiesen wird, beklagt ein sogenanntes "bürgerliches Organ" in München, die im Verlage der "Münchner Neuesten [*Nachrichten*]" erscheinende "[*Münchner*] Telegramm Zeitung" [21], auf das tiefste die durch die Heimwehren hervorgerufene Beunruhigung des politischen Lebens in Österreich und wünscht entsprechend den Anregungen der englischen Arbeiterregierung eine "allgemeine Abrüstung" [22]. Der anonyme Haderlump weiß natürlich ganz genau, daß in Österreich jahrelang das Land durch den republikanischen Schutzbund [23] sowie durch einen unerhörten Betriebsterror [24] vergewaltigt wurde. Dagegen hatte sich das saubere Bürgerorgan nicht zu wenden. Jetzt aber, da dem marxistischen Terror die Abwehr entgegentritt, wird das Blatt auf einmal lebendig, und nun vertritt der elende Flederwisch die Auffassung, "daß in Österreich sofort abgerüstet werden müsse". Und fällt damit nicht nur der deutschen [25] Heimwehrbewegung, sondern dem ganzen nationalen Österreich auf das hinterhältigste in den Rücken. (Was aber einen Kabinettschef des bayerischen Kronprinzen Grafen Soden nicht hindert, ausgerechnet dieses Mistblatt in den Dienst einer Diskreditierung des königlichen

17 Österreich hatte zur Zeit der Volkszählung 1923 6.534.481 Einwohner. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 1*.

18 Vgl. Dok. 79, Anm. 4.

19 Vgl. Dok. 38, Anm. 7.

20 Am 4.11.1929 hatte der britische Außenminister Arthur Henderson vor dem Unterhaus die Hoffnung seiner Regierung ausgedrückt, daß sich die Verhältnisse in Österreich normalisieren werden und die Regierung alle paramilitärischen Organisationen entwaffnen könne. Ein Putsch stelle eine Gefahr für die internationale Stabilität dar. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 5.11.1929 (AA), "Henderson über die Vorgänge in Österreich".
Die Labour Party setzte sich dafür ein, die Frage der Entwaffnung der Heimwehren mit der Gewährung einer neuen Anleihe zu verknüpfen. Vgl. Anne Orde, Großbritannien und die Selbständigkeit Österreichs 1918-1938. In: VfZ 28 (1980), S. 225-247, S. 233.

21 Beide Zeitungen erschienen im Verlag Knorr & Hirth GmbH.

22 In der Münchner Telegramm Zeitung nicht ermittelt. Gemeint ist vermutlich der Artikel "Henderson urteilt über Österreich" in den Münchner Neuesten Nachrichten vom 5.11.1929, in dem die britische Einmischung allerdings kritisiert wird.

23 Der Republikanische Schutzbund war 1923 unter der Leitung von Julius Deutsch als Selbstschutzorganisation der österreichischen Sozialdemokraten gegründet worden. Vgl. Christiane Vlcek, Der Republikanische Schutzbund in Österreich. Geschichte, Aufbau und Organisation, Diss. phil. Wien 1971.

24 Zum Begriff des "Betriebsterrors" vgl. Botz, Gewalt in der Politik, S. 74 f.

25 Gemeint ist vermutlich: "deutsch orientierten".

Namens zu stellen [26]!) Mussolini hat gegen die Anmaßung der englischen Regierung, sich in die inneren österreichischen Verhältnisse einzumengen zugunsten der dort grassierenden Bolschewistenseuche, Stellung genommen [27]. In Wien scheint man nun auch hier langsam vom politischen Irrsinn soweit geheilt zu sein, daß man dies dankbar anerkannte [28]. Der Münchner Telegramm Zeitung paßt das aber selbstverständlich noch viel weniger in den jüdisch-freimaurerischen Kram. Sie ist wütend und empört, daß man in Wien nicht Mussolini einen Faustschlag versetzte als Antwort auf dessen Feststellung, daß es bisher nicht üblich gewesen sei, sich in die innerpolitischen Vorgänge eines anderen Landes einzumengen. Daß mit anderem Wort es bisher Sache der Österreicher war, sich marxistisch regieren zu lassen, genau so wie es aber auch umgekehrt Österreichs Sache sein wird, den Marxismus zu brechen. Aber daß nun in Österreich der marxistische Saustall ausgemistet werden soll, empört das Leiborgan des Herrn Grafen Soden dermaßen, daß es nicht nur die englische Intervention begrüßt, sondern gegen die Verschleuderung von Auslandskrediten zum Windjackenankauf Stellung nimmt [29].

Der jüdische Schmock kann nicht verstehen, daß es in Deutschland und Österreich Menschen gibt, die sich die Windjacken selbst kaufen, und zweitens will er nicht verstehen, daß, selbst wenn sie vom Staat bezahlt würden, das dem Volk immer noch billiger käme als die Millionengaunereien jener Vagabunden marxistisch-demokratischer Herkunft, die zum Stammleserpublikum dieser Boulevardzeitungen in erster Linie zu rechnen sind. Der Kampf, den die Münchner Telegramm Zeitung auf diese Weise heimtückisch versteckt gegen die Heimwehren führt, entspricht der inneren Verfassung von Blättern, die in deutscher Sprache geschrieben, nie vergessen, was der jüdischen Sache zuträglich ist!

---

26 Vgl. Dok. 93, Anm. 44.

27 Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 10.11.1929, "Arnaldo Mussolini über Ungarn und Österreich". Die italienische Regierung hatte zunächst die Putschpläne der Heimwehren unterstützt, verhielt sich zur Regierung Schober abwartend, riet aber Ende Oktober 1929, einen abermaligen parlamentarischen Kompromiß zu vermeiden. Vgl. Lajos Kerekes, Italien, Ungarn und die österreichische Heimwehrbewegung 1928-1931. In: Österreich in Geschichte und Literatur 9 (1965), S. 1-13, S. 7 f. sowie Enzo Collotti, Fascismo e Heimwehren: La Lotta antisocialista nella Crisi della prima Repubblica Austriaca. In: Rivista di Storia contemporanea 12 (1983), S. 301-337, S. 308 ff.

28 Vgl. Vossische Zeitung vom 15.11.1929 (PA), "Schober wirbt um Italien".

29 In der Münchner Telegramm Zeitung nicht ermittelt. Bezieht sich vermutlich auf die unkommentierte Meldung "Arnaldo Mussolini über Ungarn und Österreich" in den Münchner Neuesten Nachrichten vom 10.11.1929. Die Münchner Neuesten Nachrichten berichteten allerdings durchweg positiv über Aktivitäten und Ziele der Heimwehr. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 10.11.1929, "Staats-Feiern der Heimwehr". Ende Juli hatte die Wiener "Arbeiter-Zeitung" darüber berichtet, daß Italien und Ungarn der Heimwehr Ausrüstungen finanzierten und Waffenlieferungen zugesagt hatten. Vgl. Lajos Kerekes, Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr, Wien 1966, S. 40.

17. November 1929 Dok. 100
"Anordnung"

VB vom 20.11.1929, "Aus der Bewegung"

Die Gauleiter melden der R.L. unverzüglich die gesammelten Ergebnisse der Gemeindewahlen in den ihnen unterstellten Orten [1].

München, den 17. November 1929

Adolf Hitler

20. November 1929 Dok. 101
"Wer ist Sieger?"
Artikel

VB vom 20.11.1929.

Das Versagen des Bürgertums im Kampf gegen den Marxismus - Die Sendung des Nationalsozialismus

Gemeinde- und Stadtratswahlen [1] sind an sich wenig geeignet, den Wert einer Bewegung zu erweisen, die ihrem Programm und ihrem Wollen nach weltanschauliche Ziele verficht. Für die nationalsozialistische Partei ist eine Reichstagswahl als Prüfstein für das Wachstum der Organisation und ihrer Anhänger wesentlich stichhaltiger. Umgekehrt wird eine Partei mit weltanschaulicher Verankerung gerade durch solche Wahlen auch am wenigsten erschüttert. Den

1 Am 17.11.1929 hatten Stadtrats- bzw. Gemeinderatswahlen in Preußen, Hessen, Sachsen und im Saargebiet, Provinziallandtagswahlen in Preußen und Hessen sowie Kreistagswahlen in Hessen und im Saargebiet stattgefunden. Zum allgemeinen Trend vgl. Frankfurter Zeitung vom 18.11.1929 (AA), "Die Wirkung des Volksbegehrens: Nationalsozialistischer Gewinn - Deutschnationaler Verlust" sowie Jerzy Holzer, Parteien und Massen. Die politische Krise in Deutschland 1928-1930, Wiesbaden 1975, S. 60 ff.
Bei den preußischen Provinziallandtagswahlen erreichte die NSDAP im Durchschnitt 5,3% Stimmenanteil, wobei sie in der Provinz Schleswig-Holstein am besten (10,3%) und in Oberschlesien am schlechtesten (2,3%) abschnitt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen 26 (1930), Berlin 1930, S. 352 ff.
In Hessen erreichte die erstmals antretende NSDAP bei den Provinziallandtagswahlen insgesamt 5,1% der Stimmen. In den Kommunalwahlen waren der NSDAP landesweit 1% der Mandate zugefallen, in Städten über 10.000 Einwohner 4,45%. Vgl. Mitteilungen des Hessischen Landesstatistischen Amtes 59 (1929), S. 179; Mitteilungen des Hessischen Landesstatistischen Amtes 60 (1930), S. 76.
Bei den Gemeindewahlen in Sachsen erzielte die NSDAP landesweit 4,25% der abgegebenen Stimmen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Sachsen 49 (1930), Dresden 1931, S. 334 ff.
Im Saargebiet konnte die NSDAP in zwei Kreistage mit zusammen vier Gewählten einziehen, in drei Kommunen saßen insgesamt vier Nationalsozialisten in der Gemeindevertretung. Vgl. Paul, NSDAP des Saargebietes, S. 52 f.

1 Vgl. Dok. 100, Anm. 1.

schlagendsten Beweis dafür liefern die nun im Resultat im allgemeinen vorliegenden preußischen und sächsischen Gemeindewahlen. Jeder Mensch hat angesichts des einfach zum Himmel schreienden Korruptionssumpfes der Sozialdemokratischen Partei mit einer schweren Niederlage als Vergeltung gerechnet [2]. Sie ist gekommen, aber in einem Umfang, der nur einsichtige Menschen voll und ganz befriedigen wird. Sozialdemokraten und Kommunisten haben, soweit es sich jetzt übersehen läßt, rund 1,05 Millionen Stimmen verloren. Daß es bei dieser Niederlage blieb, ist freilich nur zum Teil der Sozialdemokratie selbst, zum weitaus größten aber ihren Gegnern zuzuschreiben. Noch niemals ist die Trägheit und Unfruchtbarkeit des bürgerlichen Parteilebens schlagender bewiesen und belegt worden als dieses Mal. Sechzig Jahre [3] hat das Bürgertum mit dem Marxismus gerungen und wurde von Wahl zu Wahl zurückgedrängt! Selbst wenn das Schicksal dem Bürgertum einmal einen Mandatsgewinn brachte, war doch auch die Stimmenzahl seiner marxistischen Gegner gestiegen! Und immer wieder schritten die bürgerlichen Parteien in die Wahlen hinein mit dem Geschrei, daß nunmehr die Stunde der letzten Entscheidung gekommen sei, und immer fiel diese Entscheidung negativ aus.

Selbst nach der Revolution, der furchtbarsten Abwürgung des bürgerlichen politischen Parteigedankens und Parteilebens, versuchten die Wortführer dieses Bürgertums, sowie eine Wahlzeit herannahte, immer wieder von neuem die Möglichkeit eines bürgerlichen Sieges an die Wand zu malen. Dieses Mal war die Zeit für einen solchen bürgerlichen Sieg vielleicht günstiger als jemals zuvor. Seit den elf Jahren, in denen die Sozialdemokratie in Deutschland regierte, ist das restlose Versagen dieser Volksretter auf allen Gebieten noch nicht so schonungslos enthüllt worden als heute. Eine zum Himmel emporstinkende Korruption auf allen Gebieten. Fehler über Fehler, Niederlagen auf Niederlagen, und nun die Enthüllung eines Schwindel- und Betrugsregiments, das zumindest in der deutschen Geschichte einfach einzig dasteht. Der Name Sklarek [4] ist auch ein Programm für sich!

Und trotz alledem ist es dem Bürgertum nicht gelungen, dem Marxismus auch nur eine einzige Stimme zu entreißen [5].

Trotz alledem gehen die bürgerlichen Parteien selbst aus dieser Wahl sogar noch geschwächt hervor. Nicht nur die Deutschnationalen, sondern prozentual noch mehr die Demokraten sowie die Deutsche Volkspartei! Nun erwartet kein Mensch, daß die Demokratische Partei überhaupt auch nur beabsichtigt, den Marxismus zu erledigen oder zu überwinden. Sie ist ja, im Gegenteil, seine Schrittmacherin. Aber die Deutsche Volkspartei, die einst das schöne Sprüchlein (natürlich auch in einer Wahlzeit) aufsagte:

"Von roten Ketten macht euch frei, allein die Deutsche Volkspartei!" [6],

hätte doch zumindest etwas aus dem roten Zusammenbruch profitieren müssen, wenn sie ihn schon nicht restlos herbeiführen konnte. In der Zeit des größten marxistischen Skandals,

2 Vgl. Dok. 85, Anm. 11.

3 Anspielung auf den Reichstag, der seit 1871 die Volksvertretung ganz Deutschlands war.

4 Max, Willy und Leo Sklarek. Vgl. Anm. 2.

5 Nach den vorläufigen Wahlergebnissen hatten die DDP, die DVP und die DNVP gegenüber dem Ergebnis der preußischen Landtagswahl von 1928 Verluste, Zentrum und Wirtschaftspartei konnten sich leicht verbessern. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 19.11.1929, "Die Parteien-Stärke in Preußen".

6 "Von roten Ketten macht uns frei / allein die Deutsche Volkspartei." Textwiedergabe: Gerd Müller, Das Wahlplakat. Pragmatische Untersuchungen zur Sprache in der Politik am Beispiel von Wahlplakaten aus der Weimarer Republik und der Bundesrepublik, Tübingen 1978, S. 293.

der größten Korruptionsaffären, können die bürgerlichen Parteien nicht nur keinen Zusammenbruch des Marxismus herbeiführen, sondern nicht einmal aus dem Zusammengebrochenen etwas für sich retten. Ja, darüber hinaus, sie verlieren noch selbst!

Ich brauche mich nicht mit dem blöden Gefasel unserer Ganz- und Halbjudenzeitungen aufzuhalten, daß dies "die Folge des Zusammengehens der Deutschnationalen mit den Nationalsozialisten in der Young-Planbekämpfung" [7] sei. Denn die bürgerlichen Demokraten haben mit uns den Young-Plan nicht bekämpft und sind trotzdem von rund 840.000 auf rund 600.000 heruntergesunken [8]. Und die Deutsche Volkspartei, die uns haßt wie der Teufel das Weihwasser, ist von 1.600.000 auf 1.260.000 abgerutscht [9].

Nein! Die Herren Redakteure und Macher dieser jüdischen Parteizeitungen mögen sich doch nicht noch dümmer stellen, als sie es ohnehin sind. Was das Bürgertum dieses Mal Wähler verlieren ließ, ist die politische Unzuverlässigkeit, die Halbheit, Feigheit, Prinzipienlosigkeit und die Trägheit der bürgerlichen Parteien.

Man kann einer Bewegung, wie sie der Marxismus nun einmal ist, nicht durch bürgerliche Jammerorganisationen Menschen wegnehmen!

Wenn heute, durch irgendwelche Umstände bedingt, die Hälfte aller Anhänger von den marxistischen Parteien davonliefe, dann käme immer noch nicht einmal ein Prozent davon in das bürgerliche Lager! Das begeistert heute wirklich nur mehr die Allerschwächlichsten.

Ich verstehe jeden Sozialdemokraten und jeden Kommunisten in seinem inneren Abscheu vor den bürgerlichen Parteien. Und wäre ich nicht Nationalsozialist, so könnte ich, da ich Marxist nicht zu sein vermag, überhaupt keiner Partei angehören!

Diese Wahl aber hat nicht nur bewiesen, daß das Bürgertum selbst unter günstigsten Umständen nicht mehr in der Lage ist, dem Marxismus irgendeinen Abbruch zu tun, nein, sie hat darüber hinaus auch gezeigt, daß zu dieser Mission einzig und allein die nationalsozialistische Bewegung berufen sein kann.

Seit unsere Partei aus einer Sieben-Mann-Gruppe [10] zu wachsen begann, war ihre Entwicklung eine ununterbrochen gleichmäßig fortschreitende. Wenn auch das Experiment des Jahres 1924 [11] zunächst zu einem Rückschlag führte, so betraf dieser Rückschlag doch nicht den Kern der nationalsozialistischen Bewegung. Es wurde wohl ein Teil des Zeugs, das sich im Jahre 1924 an die Bewegung anhängte, wieder weggespült, allein der eigentliche Kern blieb unverändert erhalten. Er war der Träger der seit dem 27. Februar des Jahres 1925 wieder ins Leben gerufenen Partei [12]. Und seitdem wuchs die Organisation, allem Spott und Hohn, aller Verleumdung, aller Lüge und allem Terror zum Trotz, gleichmäßig empor. Phantastischen

7 Zum Young-Plan vgl. Dok. 41, Anm. 11; Dok. 54, Anm. 5.
8 Nach dem vorläufigen Wahlergebnis entfielen 600.550 Stimmen bei der Provinziallandtagswahl vom 17.11.1929 auf die DDP gegenüber 839.530 bei der preußischen Landtagswahl 1928. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 19.11.1929, "Die Parteien-Stärke in Preußen".
9 Nach dem vorläufigen Wahlergebnis entfielen 1.243.723 Stimmen bei der Provinziallandtagswahl auf die DVP gegenüber 1.602.070 bei der preußischen Landtagswahl 1928. Vgl. ebenda.
10 Vgl. Dok. 1, Anm. 4.
11 Bezieht sich auf die von Hitler mißbilligte Verschmelzung der verbotenen NSDAP mit der DVFP zur Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands. Vgl. Dok. 3, Anm. 73.
12 Vgl. Bd. I, Dok. 2, 4, 6.

Köpfen kann das alles zu langsam vorkommen, allein sie haben eben dann gar keine Ahnung davon, was es heißt, aus dem Nichts heraus eine Bewegung zu schaffen.

Naseweise Kritiker, die alles verstehen wollen und in Wirklichkeit noch nie bewiesen haben, daß sie etwas können, aufgeblasene Besserwisser, sie mögen über das Erreichte spöttisch die Achsel zucken, *allein sie können die Tatsache einfach nicht aus der Welt schaffen, daß sich im Deutschland des allgemeinen Verfalls und Zerfalls eine Organisation von Menschen eines bestimmten nationalen Wollens gebildet hat, die ununterbrochen wächst und heute in die Reihe der großen alten Parteien eingerückt ist.*

Und allen diesen Besserwissern zum Trotz wird die Bewegung weiter wachsen und größer und größer werden, bis endlich die Stunde ihrer Mission gekommen sein wird. Wenn die bürgerlichen Wirtschaftsparteien der marxistischen Weltanschauung keinen Abbruch tun konnten, dann ist das natürlich. Wenn die nationalsozialistische Bewegung aber sich in kaum anderthalb Jahren verzweieinhalbfacht [13], dann ist das der Beweis für die wirklich vorhandene Werbekraft ihrer Idee und die Schlagkraft ihrer Organisation. Und wenn der Marxismus über eine Million Stimmen verloren hat [14], dann dürfen sich diesen Erfolg wahrhaftiger Gott die bürgerlichen Parteien nicht auf *ihr* Konto buchen. Wäre dies so, dann hätten sie zumindest nicht selbst abnehmen dürfen. Es ist aber schon sehr vermessen zu glauben, daß man einem Gegner Anhänger genommen hat, während man selbst solche verlor.

Wenn heute die bürgerlichen Parteien nach Gründen für ihren eigenen Mißerfolg suchen, dann können sie die in ihren eigenen Schwächen finden. In ihrer eigenen Zersplitterung, die wieder begründet ist im Mangel jeder großen bindenden und auch begeisternden Überzeugung. Wenn sich heute in einem Ort gleich auf einmal drei Wirtschaftsparteien, zwei Mittelstandsgruppen, vier Hausbesitzer- und Mietervereinigungen sowie Vertretungen von Altpensionisten, Kleingewerbetreibenden, Gasabnehmern und Hundezüchtern auftun und zur Wahl schreiten und dabei noch sogar Erfolge erringen können, dann ist das eben der Beweis für die absolute politische Minderwertigkeit des bürgerlichen Parteilebens. Glaubt man etwa, daß alle diese Gruppen dem Marxismus auch nur einen einzigen Mann nehmen werden? Das Bürgertum hat wirklich verdammt keinen Grund, auf den Proleten hochnäsig von oben hinunter zu blicken. So politisch verdummt wie die große Masse des deutschen Bürgertums ist er trotz aller marxistischen Gehirnverseuchung dennoch nicht. Er hat eine, wenn auch verrückte, aber immerhin geglaubte Weltanschauung als Basis seines politischen Handelns. Es ist daher auch bemerkenswert, daß außer der nationalsozialistischen Bewegung nur noch das Zentrum seine Stellung behaupten, ja teilweise sogar verbessern konnte. Auch hier ist es eine innere weltanschauliche Kraft, die diese verderblichste Partei Deutschlands vor einer inneren Zersplitterung rettet, der die übrigen bürgerlichen Parteien wehrlos verfallen.

Im übrigen kann man feststellen, daß überall dort, wo die deutschnationale Partei einen ganz klaren nationalistischen Kurs gegangen ist, und zwar nicht nur von oben gewollt, sondern auch

---

13 Bezieht sich auf die Zahl der Wählerstimmen der NSDAP bei der Reichstagswahl 1928 einerseits und den unmittelbar zurückliegenden Landtags-, Provinziallandtags-, Kreistags- und Gemeindewahlen andererseits (vgl. Dok. 100, Anm. 1).

14 SPD und KPD erreichten nach dem vorläufigen Wahlergebnis bei der Provinziallandtagswahl vom 17.11.1929 ein um 1.156.018 Stimmen geringeres Gesamtergebnis als bei der preußischen Landtagswahl 1928. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 19.11.1929, "Die Parteien-Stärke in Preußen".

von unten befolgt, die Stellungen im großen und ganzen gehalten worden sind [15]. Wäre in der deutschnationalen Partei nicht eine aller Welt und auch natürlich den eigenen Parteigenossen sichtbare Fronde gegen den klaren nationalsozialistischen Kampf vorhanden, [16] dann hätte diese Wahl auch für diese Partei wenigstens einen gewissen Achtungserfolg bringen können [17].

Eines aber soll man sich im bürgerlichen Lager für immer merken: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei wird zu allen Zeiten einen nationalistischen Fanatismus vertreten, der die bürgerlichen Parteien zwingen wird, entweder mit ihm Schritt zu halten oder das Eisen und Metall aus den eigenen Reihen zu verlieren. Ob diese Parteien dann mit uns gehen oder nicht, ob sie mit uns kämpfen oder nicht, ist vollkommen einerlei. Das Ziel der nationalsozialistischen Bewegung wird für alle Zukunft die Zertrümmerung des heutigen Parteiregiments sein und der Aufbau eines starken kraftvollen Deutschen Reiches, gestützt und getragen von einer zusammengeschmolzenen Volksgemeinschaft.

Diejenigen Gebilde, die diese Mission erkennen und ihre Notwendigkeit fühlen und ihre Kraft diesem Kampfe widmen, bleiben am Leben. Wer dies nicht tut, wird, weil positiv selbst unfruchtbar, dann auch zwangsläufig absterben.

Unsere Bewegung hat in Preußen und in Sachsen außerordentliche Fortschritte gemacht [18]. Wir können fast jedes Jahr eine Verdoppelung unserer Mitglieder und eine Verdoppelung unserer Wählerzahl feststellen. Unser Zuwachs kommt aus dem sozialistischen Lager [19], wenn dort die sozialen Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes mit Füßen getreten werden, und er kommt aus den bürgerlichen, wenn man dort die nationalen Pflichten vergißt!

Dieses Mal können wir Nationalsozialisten folgendes mit Stolz feststellen und für uns buchen.

Wir haben verhindert, daß die marxistische Welle weitergewachsen ist!

Wir haben diese marxistische Welle zum Stillstand gebracht! Wir haben diese Welle zurückgedrängt und ihr allein in Preußen über eine Million zweihunderttausend Menschen entrissen. Und wir haben aus diesen Entrissenen heraus Hunderttausende in unsere Front eingefügt, haben ungezählte Zehntausende in ihrem Entschluß gewendet und sie nicht nur abgehalten, als Jungkämpfer zum Marxismus zu stoßen, sondern sie auf unseren Glauben verpflichtet. Sie kämpfen nun nicht mehr gegen, sondern für Deutschland, nicht mehr für eine Internationale, sondern für ein deutsches Volk, nicht mehr für Pazifismus, sondern für Freiheit und Brot [20]!

Das ist das Verdienst der nationalsozialistischen Bewegung!

---

15 Allgemein läßt sich für die Zeit zwischen 1924 und 1932 die Aussage treffen, daß in den Wahlkreisen, in denen die NSDAP ihren stärksten Zuwachs hatte, auch die DNVP überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte, sich andererseits ein statistischer Zusammenhang zwischen den Verlusten der DNVP und den Gewinnen der NSDAP herstellen läßt. Vgl. Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991, S. 101 ff., 124.

16 Im VB vom 24./25.11.1929 erschien folgende Berichtigung:
"In unserer Nr. 269 vom 20. November blieb in dem Aufsatz Adolf Hitlers 'Wer ist Sieger?' bedauerlicherweise ein sinnentstellender Druckfehler stehen. Es mußte an der entsprechenden Stelle lauten:
'... Wäre in der deutschnationalen Partei nicht eine aller Welt und auch den eigenen Parteigenossen sichtbare Fronde gegen den klaren nationalistischen Kampf vorhanden, ...'"

17 Bezieht sich auf den Widerstand gegen den § 4 des Gesetzentwurfs gegen den Young-Plan (vgl. Dok. 88, Anm. 16) innerhalb der Reichstagsfraktion der DNVP. Vgl. Berghahn, Volksbegehren, S. 443 f.

18 Vgl. Anm. 1.

19 Zur Herkunft des Wählerzustroms der NSDAP, des Anteils der Arbeiter unter den NSDAP-Wählern und die Schwierigkeit der Rekonstruktion vgl. Falter, Hitlers Wähler, S. 101 ff., 221 ff.

20 Vgl. Dok. 41, Anm. 13.

Und das ist das Verdienst all der Führer, Leiter und Beamten der Bewegung, der Redner und Agitatoren und nicht zum letzten das Verdienst des opfermutigen S.S.- und S.A.-Mannes, die beide zum Schutz unserer Bewegung so oft ihr eigenes Ich der Not und Gefahr aussetzten. Was in ihnen an Opfersinn und Heldenmut lebt, werden die bürgerlichen Parteien nie erfassen, weil sie es nicht selbst besitzen.

Eine große Arbeit liegt nun wieder hinter uns, und während noch der Redner glücklich auf den errungenen Erfolg zurückblickt, erhält er schon die Order zum neuen Einsatz. Denn der Kampf geht weiter.

21. November 1929 — Dok. 102
Diskussionsbeitrag auf Versammlung der Wehrpolitischen Vereinigung in München [1]

PND-Bericht vom 29.11.1929 Nr. 681; StA München, Pol. Dir. München 10080.

Hitler, der mit seinem Privatsekretär Heß [2] erschienen war, führte aus, daß es heute nicht darauf ankomme, welche Geschütze und wieviele vorhanden seien, sondern maßgebend sei, *wer* die Macht habe. Die Reichswehr sei in Deutschland nur mehr zu einer reinen Polizeitruppe geworden [3]. Auch der Reichswehrminister Groener werde den alten Geist der Reichswehr nicht halten können [4]. Die heutige politische Lage sei trostlos u[*nd*] die Aufgabe der N.S.D.A.P. sei kämpfen und wieder kämpfen. Wenn wir durchdringen, bemerkte Hitler weiter, werde das Volk schweigen lernen, wenn es auch notwendig werde, einigen Tausend den Kopf herunterzunehmen. Das eine sei aber gewiß, daß dadurch Deutschland von der jüdischen Herrschaft befreit und daher aufatmen werde. Wenn im Inland Ruhe eingetreten sei, werde Deutschland von seinen ehemaligen Feinden respektiert werden. Schließlich richtete Hitler an die Anwesenden den Appell, "unsere" Sache weiter aufzubauen, bis der Tag der Erfüllung komme.

---

1 Im Restaurant "Bauerngirgl". Die Versammlung der von Ernst Röhm im Dezember 1928 gegründeten "Wehrpolitischen Vereinigung", an der laut PND-Bericht etwa 40 Personen, Mitglieder von NSDAP und wehrpolitischen Verbänden, teilnahmen, wurde von Oberst a. D. Konstantin Hierl geleitet. Zu Beginn referierte Generalleutnant a. D. Erich Freiherr von Botzheim zum technischen Entwicklungsstand der Artillerie in den europäischen Armeen.

2 Rudolf Heß (1894-1987), kaufmännische Lehre, 1919 Angehöriger des Freikorps Epp, 1920 Eintritt in die NSDAP, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, 1925-1932 Privatsekretär Hitlers, 1932 Vorsitzender der Politischen Zentralkommission der NSDAP, 1933-1941 "Stellvertreter des Führers", 1933-1938 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, 1938 Mitglied des Geheimen Kabinettsrats, 1939 Mitglied des Ministerrats für die Reichsverteidigung, 1941 Flug nach England und Gefangennahme, 1946 in Nürnberg zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

3 Vgl. Dok. 3, Anm. 39.

4 Zur Traditionspflege in der Reichswehr vgl. Dok. 6, Anm. 71.

22. November 1929 Dok. 103
Schreiben an Robert Wagner

Masch. Abschrift o. D.; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 297.

Wir treten für die Rückgabe der wichtigsten deutschen Kolonien ein [1], schon deshalb, weil wir den Raub unserer Kolonien nicht als Recht anerkennen und weil wir die verlogene, diesem Raub als Vorwand dienende ungeheuerliche Behauptung, daß dem deutschen Volke die Fähigkeiten zur Verwaltung von Kolonien fehlen, als frechen Angriff auf unsere nationale Ehre zurückweisen [2].

Unsere Stellung zur Kolonialfrage im allgemeinen ist durch den 3. Punkt des nationalsozialistischen Programms bestimmt: "Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses [3]."

Die für das eingeengte deutsche Volk notwendige Erweiterung seines Lebensraumes erstreben wir in erster Linie durch Landerwerb in Mitteleuropa im Anschluß an das bestehende Reich. Solcher Landgewinn ist für den Bestand und die gesunde Entwicklung unseres Volkstumes und für die machtpolitische Stellung des Deutschen Reiches ungleich wichtiger als überseeischer Landbesitz.

Den Wert, den überseeische Kolonien für Siedlung und für Belieferung unserer Volkswirtschaft mit kolonialen Produkten und Rohstoffen haben können, leugnen wir nicht.

Wir lehnen auch einen etwa möglichen zukünftigen kolonialen Neuerwerb keineswegs ab, soweit er den genannten Zwecken dienlich ist.

Wir müssen aber darüber wachen, daß nicht durch koloniale Bestrebungen der Blick des deutschen Volkes - unter Umständen absichtlich - von Wichtigerem abgelenkt wird.

Solange das Deutsche Reich selbst tributäre Ausbeutungskolonie des Auslands und der internationalen Hochfinanz ist [4], müssen koloniale Bestrebungen zurücktreten vor der Notwendigkeit, zunächst unsere volle staatliche Selbständigkeit wiederzugewinnen. Und wichtiger als die Zufuhr überseeischer Produkte bleibt die Möglichkeit, das deutsche Volk in Mitteleuropa im Kriegsfalle von eigenem Grund und Boden ernähren zu können.

Etwaige koloniale Erwerbungen dürfen niemals durch Verzicht auf solche Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes erkauft werden.

gez. Adolf *Hitler*

---

1 Zur Entwicklung der Haltung der NSDAP zu den deutschen Kolonien vgl. Klaus Hildebrand, Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945, München 1969, S. 122 ff.

2 Artikel 119 des Versailler Friedensvertrages vom 28.6.1919 bestimmte: "Deutschland verzichtet zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte auf alle seine Rechte und Ansprüche bezüglich seiner überseeischen Besitzungen." Eine Begründung für diese Abtretung nennt der Vertrag nicht. Druck: RGBl. 1919, S. 895.

3 Vgl. das 25-Punkte-Programm der NSDAP vom 24.2.1920. Druck: Tyrell, Führer, S. 23 ff.

4 Gemeint sind die Reparationsverpflichtungen Deutschlands.

23. November 1929 Dok. 104
"Die Wahlen des 17. November"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 23.11.1929.

Wieder ist in Deutschland eine Wahlschlacht geschlagen [1]. Und wieder ist die nationalsozialistische Bewegung in ihrem Fortschreiten geblieben. Die Prophezeiungen, die bürgerliche und marxistische Blätter aussprachen, erscheinen damit abermals als widerlegt [2]. Es ist vielleicht gut, aus einem solchen Anlaß einige Betrachtungen anzustellen.

Es gibt bekanntlich sogenannte "Wunderkinder". Kinder, die so Erstaunliches leisten, daß sie damit den normalen Durchschnitt der Erwachsenen nicht nur erreichen, sondern häufig übertreffen oder wenigstens zu übertreffen scheinen. Es ist aber doch bemerkenswert, daß die wenigsten aller sogenannten Wunderkinder im späteren Leben hielten, was sie in ihrer Jugend versprachen. Die Ausnahmen scheinen auch hier nur die Regel zu bestätigen. Das ganz Große und Gediegene an Köpfen ist zumeist sehr langsam gewachsen. Natürlich ist die Entwicklung eines solchen Kopfes, gemessen an der übrigen Menschheit, dann trotzdem immer noch eine ganz außerordentliche. Was hier bei Köpfen zutrifft, liegt bei Bewegungen fast immer ebenso. Politische Parteien, die von heute auf morgen entstehen, und zwar ohne besondere sichtbare Arbeit, pflegen vergängliche Gebilde zu sein, Konjunkturerscheinungen. Wenn jemand glaubt, daß eine politische Partei einfach durch die Güte ihres Programms oder die Richtigkeit ihrer Gedanken im Laufe weniger Monate zur Macht gelangen kann, dann ist dies eine Selbsttäuschung. Was bisher auf solchem Wege entstand, ging ebenso schnell auch wieder zugrunde. Es gehört eine unendliche Arbeit, eine sehr große Beharrlichkeit dazu, um eine politische Idee in die Wirklichkeit umzusetzen. Wenn zum Beispiel im heutigen Deutschland Wirtschaftsparteien wie die Pilze aus dem Boden schießen [3], dann handelt es sich dabei immer um außerordentlich fragwürdige Gebilde. Natürlich kann eine bestimmte Not sowie die geschickte propagandistische Ausnützung derselben im Handumdrehen ein paar Millionen [*sic!*] Menschen zusammenführen, allein man kann sie nicht im Handumdrehen miteinander verbinden.

Es ist ein Unfug, wie heute Wahllisten aufgestellt werden. Ehrgeizige Kandidaten, die gewöhnlich zu dumm sind, um eine Idee zu haben, und zu faul, um sie zu vertreten, tauchen plötzlich auf, verschaffen sich die notwendigen Unterschriften und reichen einen "Wahlvorschlag" ein. Sie spekulieren dabei nicht selten auf die Arbeit anderer. Wenn die Wissenschaft irgendeine neue Möglichkeit entdeckt oder auch nur andeutet, finden sich erfahrungsgemäß so und so viele Schwindler, die die nunmehr wachgewordene Empfänglichkeit der Menschen sofort ausnützen und sie betrügen. Seit man die Möglichkeit einer Verwandlung von Elementen wissenschaftlich zu beweisen versuchte, tauchen Hunderte von geriebenen Spekulanten auf und

1 Vgl. Dok. 100, Anm. 1.

2 Im Gegensatz zu dieser Feststellung die sozialdemokratische Münchener Post vor den Wahlen: "Bei den zur Entscheidung reifenden Kommunalwahlen spielen zum erstenmal die Nationalsozialisten, die Bundestruppen des Geheimrats Hugenberg, eine nicht unbedeutende Rolle." Vgl. Münchener Post vom 15.11.1929, "Die Nazis".

3 Anspielung auf die deutschen Splitterparteien. Vgl. Dok. 37, Anm. 9.

produzieren sich vor einer leichtgläubigen Zuhörermenge bald als Goldmacher [4], dann wieder als Energieentdecker, Verwerter natürlicher Kräfte usw. Auf politischem Gebiete ist das nicht anders. Wenn durch eine Bewegung eine Idee durch unermüdliche Arbeit populär gemacht wird, kann man todsicher [*damit*] rechnen, daß sich politische Schwindler finden, die nun für sich diese Idee zu verrealisieren [*sic!*] trachten werden. Noch einfacher ist es, wenn sie irgendeine allgemeine Not zu wittern vermögen. Dann schreiben sie sich flugs auf ihre Fahnen hinaus, was die Masse in solchen Zeitläuften gerne hört. Zum Beispiel "Aufwertung", "Wirtschaft", "Mittelstand", "Hausbesitz", "Mieter" usw. Und da sterben dann die Dummen wirklich nicht aus. Als der bekannte, verrückte Naturapostel Haeusser [5] seinerzeit eine eigene Kandidatenliste für die Reichstagswahl aufstellte, brachte er nicht wenig Stimmen zusammen, weil ein Teil unserer anscheinend politisch besonders geschulten Hausbesitzer sofort vermeinte, daß es sich hier um eine Bewegung zugunsten der notleidenden Zinshausinhaber handeln würde. Auch bei den diesmaligen Wahlen haben diese Volksrettungsparteien in zwölfter Stunde wieder ihr Unwesen getrieben. 20 und mehr Wahllisten wurden an vielen Orten eingereicht. Während nun die linke Seite von dieser Proselytenmacherei [6] kaum berührt wird, weil sie immerhin ein gewisses weltanschauliches Rüstzeug besitzt, wird die rechte oder besser bürgerliche dadurch nicht wenig zerrieben. Die bürgerlichen Parteien, die sich selbst so gerne als "wirtschaftliche" bezeichnen, zerfallen, sowie der nächstbeste Schwindler mit einem noch besseren Wirtschaftsprogramm auftaucht. Weltanschauung spielt bei diesen Parteien keine Rolle. Nachdem dieses Gemengsel aber bislang die sogenannte "nationale" Idee vertreten hat, braucht man sich nicht wundern, daß auch diese dabei wenig an Ansehen gewinnen konnte. Die nationalsozialistische Bewegung ist gegen solche Beschädigungen gefeit. Sie ist eine Partei mit weltanschaulichen Zielen und kann deshalb nicht von solchen Spekulanten auf wirtschaftliche Nöte getroffen werden. Sie wächst gesund und natürlich. Es ist das Erfreuliche, daß nach der Überwindung der Katastrophe des Jahres 1924 [7] die Bewegung von Wahl zu Wahl an innerer Festigung und äußerer Kraft zunimmt. Nicht wie dies bei Wunderkindern zu sein pflegt, sondern wie es bei gesunden kräftigen Menschen erfolgt.

Es ist deshalb auch nur natürlich, daß die nationalsozialistische Bewegung bisher als einzige in der Lage war, dem Marxismus wirklich Abbruch zu tun. Wo die marxistische Welle zum Stillstand gekommen ist oder wo sie zurückgedrängt wurde, ist es immer das Ergebnis der nationalsozialistischen Arbeit [8]. Auch die letzten Wahlen bieten dafür zahllose Beispiele. Wenn aber aus bürgerlichen Lagern der nationalsozialistischen Bewegung ebenfalls Mitglieder und Wäh-

4 Wahrscheinlich Anspielung auf den "Goldmacher" Franz Tausend, der im November 1929 im München wegen Betrugs vor Gericht stand.

5 Ludwig Christian Haeusser (1881-1927), Kaufmann, 1900-1913 Aufenthalt in Paris, verschiedene kaufmännische Tätigkeiten, 1913-1919 Aufenthalt in der Schweiz, seit 1917 antideutsche Agitation, 1919 Ausweisung aus der Schweiz, Verbreitung eigener religiöser Vorstellungen in Vorträgen, Sammlung von Anhängern, 1922 Gründung der Christlich-radikalen Volkspartei und der Zeitschrift "Haeusser", anarchistisch-antirepublikanische Agitation, 1924 Auflösung der Partei, Gründung des Haeusser-Bundes, Beteiligung an der Mai-Wahl 1924 (25.000 Stimmen) und der Dezember-Wahl 1924 (10.000 Stimmen), 1925 Kandidat bei der Reichspräsidentenwahl. Mehrere Verurteilungen wegen Verstoßes gegen das Gesetz zum Schutz der Republik. Vgl. Ulrich Linse, Barfüßige Propheten. Erlöser der zwanziger Jahre, Berlin 1983, S. 156 ff.

6 Aufdringliches Werben für einen Glauben oder eine Anschauung.

7 Vgl. Dok. 101, Anm. 11.

8 Vgl. Dok. 101, Anm. 19.

ler zuströmen, dann ist dies ausschließlich der grenzenlosen nationalen Unzuverlässigkeit unserer bürgerlichen Parteien zuzuschreiben. Dort, wo zum Beispiel die Deutschnationale [*Volks*]-partei eine wirklich energische nationalistische Politik betrieben hat, vermochte sie ihren Besitzstand glatt zu wahren. Nur dort, wo besonders in ihrer Presse eine der eigenen Partei gegenüber zwiespältige Haltung eingenommen wurde, der nationalistische Kurs eine teils offene, teils versteckte Ablehnung erfuhr, hat ein Teil der Wählerschaft auch die Konsequenzen gezogen. Darüber müssen sich alle bürgerlichen Parteien ins klare kommen: Die nationalsozialistische Bewegung wird den höchsten nationalen Fanatismus vertreten. Es wird für jede bürgerliche Partei eine Stunde der Entscheidung kommen. Wer gegen die nationalsozialistische Partei Stellung nimmt, wird zwangsläufig die Nationalisten aus seinem Lager verlieren! Was die bürgerlichen Parteien aber ohne dieses Element anzufangen gedenken, erscheint mir rätselhaft. Mit Hausherren, Universitätsprofessoren und Rittergutsbesitzern allein wird man auf die Dauer schwerlich den Marxismus erschüttern und den deutschen Reichstag erobern können.

So wird die bürgerliche Parteiwelt an zwei Übeln zugrundegehen: Erstens am Mangel jeder festen Weltanschauung, der sie zum Opfer der Splitterparteien werden läßt, und zweitens am Fehlen eines wirklich ehrlichen und radikalen Nationalismus, das sie um ihre besten nationalistischen Anhänger bringt.

Noch etwas wurde durch diese Wahl bestätigt: Die sogenannte völkische Zersplitterung ist einmal für immer vorbei. Vor wenigen Jahren hat unsere bürgerliche Presse im Tone eines beklagenden Schmerzes immer wieder auf diese "trostlose Zersplitterung im völkischen Lager" hingewiesen. Ich glaube, diese Hinweise sind den Herrschaften nun vergangen. Die immense redliche Arbeit der nationalsozialistischen Bewegung hat die völkischen Zersplitterer hinweggefegt. Zum Teil haben diese es selbst verschuldet. Es war schon mehr als schlecht, es war dumm, wie diese völkischen Eigengänger [*sic!*] vollständig vergaßen, daß man eine völkische Bewegung, ganz gleich ob politisch oder religiöser Art, nicht durch gemeines und elendes Anstänkern des völkischen Gegners ins Leben rufen kann. Auch ihre Hoffnung, den verhaßten völkischen Konkurrenten zu vernichten, indem man den Judenparteien und dem Zentrum in freundlicher Weise die Waffen zur Verfügung stellte, war dumm und blöde. Im günstigsten Fall hätte ihnen das selbst keinen Nutzen gebracht, tatsächlich aber schadete es der nationalsozialistischen Bewegung gar nicht. Es kommt wirklich auf ein paar Verleumdungen und Lügen mehr oder weniger gar nicht darauf an. Seit acht Jahren werden wir fortlaufend so unflätig beschimpft, daß es sich ganz gleich bleibt, ob ein paar Sachen noch mehr dazugelogen werden oder unterbleiben. Die Verfechter dieser Kampfart haben sich aber selbst entwürdigt. Sie sind vom Niveau eines Weltanschauungskampfes herabgeglitten in die Ebene des Anstänkerns, Beschmutzens, Besudelns usw. Sie haben dabei ganz vergessen, daß der Gegner die Waffen, die sie ihm bereitwilligst lieferten, selbstverständlich auch gegen sie selbst zur Anwendung bringen würde. Und sie selbst sind denn auch den eigenen Waffen zum Teil erlegen.

Die nationalsozialistische Bewegung ist nun neuerdings einen großen Schritt vorwärtsgekommen. Fast jedes Jahr findet eine Verdoppelung ihres Mitgliederstandes und, wie die Wahlen zeigen, auch eine solche ihrer Anhänger statt [9]. Wenn diese Entwicklung 5 Jahre anhält,

9 Im Oktober 1928 war die Mitgliedsnummer 100.000, im September 1929 die Mitgliedsnummer 150.000 vergeben worden, die tatsächliche Mitgliederzahl dürfte um etwa ein Zehntel geringer gewesen sein. Vgl. Dok. 26, Anm. 53.

wird die nationalsozialistische Bewegung ein ausschlaggebender Machtfaktor geworden sein. Vielleicht werden dann auch jene völkischen Kreise, die sich heute gegen uns stellen [10], zur Einsicht gelangt sein, wie falsch und schädlich ihr Tun war, und vielleicht werden dann auch sie wieder den Anschluß suchen an die marschierende Front des erwachenden Deutschland.

29. November 1929 Dok. 105
Anordnung [1]

VB vom 29.11.1929, "Bekanntmachung".

In Anerkennung der Leistungen der S.S. als Ordnertruppe auf dem Nürnberger Parteitage [2] genehmige ich derselben das Tragen besonderer "S.S.-Zivil-Abzeichen [3]".

29. November 1929 Dok. 106
"Weltanschauung und Kommunalpolitik" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 1./2.12., 3.12. und 4.12.1929 [3].

Ich glaube, es eignet sich kein Mensch in Deutschland schlechter zum Wahlredner als ich: Erstens kann ich dabei nie in Versuchung geraten, für meine eigene Person zu sprechen [4] - und

Bei der Landtagswahl in Baden am 27.10.1929, der Bürgerschaftsswahl in Lübeck am 10.11.1929, den Gemeinde- Kreistags- und Provinziallandtagswahlen in Preußen, Hessen, Sachsen und dem Saargebiet am 17.11.1929, der thüringischen Landtagswahl und den bayerischen Gemeindewahlen vom 8.12.1929 hatte die NSDAP insgesamt etwa 1,3 Millionen Stimmen erhalten. Die genaue Anzahl der Stimmen ist aufgrund der unterschiedlichen statistischen Erhebungsmethoden nicht zu ermitteln. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 564 f.; Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen 26 (1930), S. 352 ff.; Mitteilungen des Hessischen Landesstatistischen Amtes 59 (1929), S. 179; Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Sachsen 49 (1930), S. 337.

10 Vermutlich Anspielung auf die Deutschvölkische Freiheitsbewegung und den Tannenberg-Bund.

1 Einleitender Vermerk des Obersten SA-Führers Franz von Pfeffer: "Hiermit gebe ich folgenden Erlaß *Adolf Hitlers* öffentlich bekannt und beglückwünsche die S.S. zu dieser Anerkennung:"
2 Vom 1. bis 4.8.1929. Vgl. Dok. 60-65, 67.
3 Abbildung: Organisationsbuch der NSDAP. Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, München 1936, Tafel 17.

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 27., 28. und 29.11.1929, Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10133).
2 Im Löwenbräukeller, von 20.30 bis 22.15 Uhr. Die laut Polizeibericht öffentliche Versammlung wurde von Stadtrat Hermann Esser geleitet. Eintrittspreis 50 Pfennig, Kriegsbeschädigte und Erwerbslose 10 Pfennig.
3 Vgl. Polizeibericht VI/d Nr. 1885/29, o. D.; StA München, Pol. Dir. München 6740.
4 Als Staatenloser (vgl. Dok. 26, Anm. 42) besaß Hitler weder aktives noch passives Wahlrecht.

nach der Auffassung meiner politischen Gegner verteidigt man nichts so sehr, als was einem selbst am Ende Vorteile einbringen könnte. Zweitens *glaube ich gar nicht an die Bedeutung von Wahlen*, glaube gar nicht, daß, wie die anderen immer versichern, *das Schicksal der Nation an solchen Tagen entschieden wird.* Wenn das deutsche Volk nichts anderes tut, als nur zur Urne geht und dort von Zeit zu Zeit wechselnde Majoritäten bildet [*sic!*], dann ist diese ganze Tätigkeit so *zwecklos* als nur irgend etwas. *Sechzig Jahre lang* [5] *hat man das getrieben, und das positive Ergebnis ist nicht so, daß es begeisternd wirken könnte.* Im Gegenteil: Man staunt eigentlich, daß sich überhaupt immer wieder Leute finden, die zur Urne gehen.

Wenn wir Nationalsozialisten trotzdem auch den Weg beschreiten, dann nur, weil wir heute einen anderen Weg leider nicht gehen können, um nicht dem *schärfsten staatlichen Terror zu verfallen.* Wir sind überzeugt, daß jedes Wahlresultat nur *Maßstab* ist, an dem man messen kann, wie weit die Bewegung gewachsen ist. Wesentlich wird sein, daß die ganze deutsche Nation zu einem grundsätzlichen [*sic!*] anderen Denken umgestellt wird, zumindest *der Teil*, der in sich Tatkraft und Energie verkörpert, daß man also in Deutschland die Energien aus der ganzen Masse herauszieht, die vereinzelt nur in der Gesamtheit leben und aus diesen die *historische Minorität* bildet, jene Gemeinschaft von Menschen, die genau wissen, was sie wollen und ein klares Ziel unverrückbar im Auge haben.

Als Nationalsozialist muß ich bei solchen Dingen immer vier Punkte voranstellen:

1. Wir glauben nicht, daß das gemeinsame Schicksal des Volkes bestimmt wird durch das Schicksal der einzelnen, sondern umgekehrt,

das Schicksal der einzelnen ist abhängig vom Schicksal der Gesamtheit.

Daher müssen wir ablehnen alle Parteien, die sich nur an einzelne Personen oder Gruppen wenden. Es ist unendlich leicht, eine Wählerversammlung abzuhalten vor ganz bestimmt umrissenen Volksmassen und Berufsständen [6]. Es ist leicht, in der Stadt vor Handwerkern, vor Beamten, leicht, vor Mietern und Vermietern zu reden. Man weiß genau, was die Mieterpartei wünscht: Erniedrigung [*sic!*] der Mieten, und man weiß genau, was die Vermieter wollen: erhöhte Zinse [7]. Der Landmann will die Erhöhung der Lebensmittelpreise, der Städter ihre Erniedrigung [*sic!*]. Der eine schwört auf Erhöhung der Löhne, der andere auf Verbilligung der Produkte. Immer sind es, man möchte sagen, *Schlagwörter,* mit denen man die Masse einfangen kann. Es ist leicht, Propaganda zu machen, wenn man weiß, was die Menschen gerne hören.

Wenn aber eine Bewegung wie die unsere vor die ganze Volksmasse hintritt und erklärt: Wir erkennen eure Berufe nicht an, ihr seid bei uns nicht mehr Arbeiter, Bauern, Handwerker, Mieter oder Vermieter, jetzt seid ihr nur Menschen, Angehörige eines Volkskörpers, *Deutsche, weiter gar nichts* (stürmischer Beifall), nur in dieser Eigenschaft sprechen wir zu euch - dann natürlich ist es schwer. Wir können auch nicht sagen, wir haben vor uns nur Protestanten oder Katholiken, auch darüber gehen wir hinweg, wir haben vor uns nur Deutsche, und nur *eine* Grenze kennen wir: *Wer nicht zu unserem Volke gehört, für den rühren wir keinen Finger* (stürmischer Beifall), *der mag für sich selber sorgen, mag seine Volksgemeinschaft für seine Zwecke einspannen, von uns hat er nichts zu erwarten.*

5 Vgl. Dok. 101, Anm. 3.
6 Anspielung auf die deutschen Splitterparteien. Vgl. Dok. 37, Anm. 9.
7 Süddeutsch: Miete.

Das ist allein schon eine unendliche Erschwerung der ganzen Propaganda. Freilich, etwas haben wir als Vorzug: Ich kann nicht dem einen etwas vorlügen, was dem andern im selben Augenblick die Existenz kosten würde. Wir stehen auf einem Boden, der uns verpflichtet, den Weg zu suchen, *der einer gesamten Volksgemeinschaft am Ende dienlich und nützlich sein kann.*

2. *Wir glauben nicht, daß ein Ortsschicksal herausgehoben werden kann, aus dem gemeinsamen Volksschicksal.* Man kann nicht sagen, das Schicksal von München ist maßgebend für Deutschland. Wir glauben auch nicht, daß man sagen kann: Wenn Deutschland zugrunde geht, wenn wir aber nur an einem Orte eine gute wirtschaftspolitisch richtige Kommunalverwaltung haben, kann uns nichts passieren. Nein: Wenn das Reich in seiner Gesamtheit zugrunde geht, kann sich keine Ortsgemeinschaft, kein Bezirk, nicht einmal ein einzelnes Land von diesem Zusammenbruch ausschließen. Wir sind nicht in der gleichen Lage *wie andere Parteien, die in Berlin für den Einheitsstaat eintreten, während sie in München für den föderativen Staat schwärmen, die hier gegen die Reichsregierung die Faust ballen und in Berlin fromm und bieder in der Reichsregierung sitzen* [8]. (Heiterkeit.) Das sind lauter Dinge, die uns unmöglich sind. Unsere Bewegung geht über die Grenze des Landes hinaus; soweit das deutsche Sprachgebiet reicht, ist diese Fahne (Hitler zeigt auf das Hakenkreuzbanner [9]) das Symbol unserer Partei. (Stürmischer Beifall.)

3. Wir können uns natürlich auch nicht nur damit beschäftigen, auf einzelne Personen einzuhauen. Gewiß, *der Persönlichkeitswert ist bestimmend für alles, was auf dieser Erde geschieht.* Allein, es gibt Zeiten, in denen kein Persönlichkeitswert vorhanden ist, sondern *Ideen von Personen sich in Systeme verwandelt haben.* Was wir heute vor uns sehen, sind Systeme von Ideen, die an sich falsch sind, so daß es sich gleich bleibt, ob sie von einer anständigen oder unanständigen Person vertreten werden. Daher können wir auch einem kleinen Gernegroß keine so große Bedeutung zumessen, wir beschäftigen uns vielleicht einmal mit ihm, geben ihm eine Abreibung, die ihm auf längere Zeit genug zu tun gibt. Dann ist die Sache für uns vorbei. *Wir heben die Person nur dann hervor, wenn sie typisch für einen Zustand ist,* wenn eine Idee eine symbolische Darstellung in einer Person erhält. So war es mit der deutschen Außenpolitik, die wir einst als *Bismarcksche* bezeichnen konnten und in der vergangenen Zeit mit ebenso großem Recht als *Stresemännisch* bezeichnet wurde [10]. Auch hier ist das Wesentliche die Idee, aus der diese ganze Tätigkeit entsprang. Die Ideenwelt, aus der Bismarck seine Entschlüsse ableitete, seine Gedanken herauszog, war eine andere als die Ideenwelt des Berliner Salons, in dem Frau von Kleefeld [11] die Welt darstellte, aus der ein Herr Stresemann seine außenpolitisch beflügelten Ideen ableitete. (Große Heiterkeit.) Es ist so, daß solche Persönlichkeiten selbst wieder im Weltanschaulichen wurzeln. Es ist nicht so, daß hier plötzlich ein wunderbarer, unverständlicher Bruch vorhanden wäre. Was bei Stresemann scheinbar als Bruch erscheint, ist nur die *Wankelmütigkeit und Unsicherheit des Charakters.* Wir können also sagen, daß es heute gar nicht mehr darauf ankommt, daß man nachweist: Der Bürgermei-

8 Gemeint ist die BVP.
9 Vgl. Dok. 61, Anm. 30.
10 Zur Außenpolitik Gustav Stresemanns vgl. Dok. 4, Anm. 2.
11 Käte Stresemann, geb. Kleefeld (1885-1970), 1903 Heirat mit Gustav Stresemann. Ihr Vater, Dr. Kurt Kleefeld, war am 12.11.1918 in den lippischen Adelsstand erhoben worden.

ster ist anständig oder nicht, der Staatsmann so und so ist anständig. *In Deutschland ist es schon ein fabelhaftes Renommee als Staatsmann, keine silberne Löffel gestohlen zu haben.* (Stürmische Heiterkeit.)

4. Wir hören in solchen Fällen die Antwort: Sie sehen ja vor sich *die Tatsache des Bestehens unseres Zustandes.* Die Geschichte sagt: Was in der Gegenwart besteht, hat noch nicht bewiesen, daß es zu recht besteht. Es herrscht in der ganzen Welt das Trägheitsgesetz. Eine Volksgemeinschaft hat eine gewisse robuste Gesundheit und kann nicht gleich vernichtet werden. Das Ergebnis einer gesunden Ahnenreihe hat einem Menschen die Gesundheit gegeben, und auf sie sündigt er nun [*sic!*]. Er darf aber nicht sagen, daß sein Handeln deshalb auch als gesund bewiesen ist.

Was wir heute vor uns sehen, ist ein Zustand, der nur erträglich ist, weil Generationen eine gewisse völkische und staatliche Gesundheit angesammelt haben. Auf diese Gesundheit haben wir heute gesündigt [*sic!*]. *Daß dieser Zustand besteht, verdanken wir nicht der Richtigkeit unserer Ideenwelt, sondern dem richtigen Handeln langer* [*sic!*] *Generationen vor uns. Diese Generationen haben durch ihre Sparsamkeit angesammelt, was man heute verschleudert, haben das Volksgut gesteigert, das man heute verpraßt, eine Kultur gegeben, die man heute langsam verkitschen* [*sic!*] *kann.* (Stürmischer Beifall.)

So sind wir heute noch als Kulturvolk geachtet, während wir auf Grund der Leistungen der eigenen Zeit eigentlich zu Hottentotten herabgesunken sind. Man wird nicht behaupten wollen, daß *die Größe Münchens* begriffen wird auf Grund der Leistungen von heute. Es ist eine Vorleistung, von ihr zehrt und auf sie sündigt man [*sic!*], weil man das große Gut der Ahnen nicht in wenigen Jahren verwüsten kann, glaubt man, selbst etwas Großes geleistet zu haben [12]. (Starker Beifall.)

Nicht die Gegenwart ist ein Maßstab,

sondern der Maßstab ergibt sich durch die Betrachtung für die Zukunft. Und vieles, was im Augenblick als erträglich erscheint, ist trotzdem *falsch.* Die Zukunft wird es erweisen. Man muß immer zu primitiven Beispielen zurückgreifen, z. B. auf die heutige Steuergesetzgebung, die nun drauflossündigt, *die Substanz planmäßig vernichtet* und sich damit rechtfertigt, daß sie sagt, *daß es geht.* Dreißig Prozent unseres Nationalvermögens sind einfach verpfändet worden [13] - allerdings -, *aber es geht ja!* Aber wie lange geht das? Glauben Sie, wenn unsere Vorfahren auch so gehandelt hätten, sie könnten uns heute ihre Kunststücke so vormachen? Es ist aber nichts unerschöpflich. So sehen wir, daß in einem so reichen Agrarland wie *Rußland* jetzt im zwölften Jahre der tausendjährigen Seligkeit des tausendjährigen Reiches, das jetzt begonnen hat, Zehntausende und Hunderttausende von Bauern sich auf die Beine machen, weil sie alles verloren haben [14].

---

12 Vgl. Hitlers grundsätzliche Ausführungen zur Kulturpolitik in Dok. 17 und 21.

13 Bezieht sich auf die Verpfändung der Reichsbahn nach dem Dawes-Plan. Vgl. Dok. 26, Anm. 6.

14 Anfang November 1929 hatten sich in Moskau Tausende deutschstämmiger Bauern, größtenteils Mennoniten, aus Sibirien und dem Wolgagebiet versammelt, um ihre Ausreise durchzusetzen. Ihr Protest richtete sich gegen die Agrarpolitik der sowjetischen Regierung und den drohenden Verlust ihrer religiösen Freiheit. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 392.

Und lassen Sie die norddeutschen Regierungsmethoden zehn weitere Jahre fortwirtschaften wie jetzt, und zählen Sie dann, was in Deutschland noch an Eigenbesitz vorhanden ist, dann wird mancher lernen, daß es nicht gleichgültig ist, ob ein Volk Nationalbesitz hat oder hörig ist einer unangreifbaren, unfaßbaren Hochfinanz, ob es gleichgültig ist, daß ein Volk sein Leben mit eigener Kraft schützen kann, oder der Hilfe des Völkerbundes bedarf, der nur die konzentrierte Macht unserer Gegner darstellt.

Die "Tagesfragen"

Die einen diktieren über das Elend und die anderen regieren über das gleiche Elend. Das bezeichnen die einen *als Diktatur des Proletariats* und die andern als *Herrschaft der bürgerlichen Mitte.* Wir sagen deshalb, das Einzelschicksal, das sich heute vor uns abrollt, auch in den Kommunen, ist für uns nur verständlich vom Standpunkt einer *Weltanschauung* aus. Die Gegner sagen: Damit drückt ihr euch vor den Tagesfragen. Es scheint heute so, als ob die *Lösung unserer Tagesfragen* der Beweis für die Genialität unserer jetzigen Staatsmänner wäre. Sie sagen: Was haben wir alles gemacht! Und verweisen auf die großen technischen Werke, die nicht das Ergebnis ihrer höchst persönlichen Genialität sind, sondern im Zug der Zeit liegen und auch im Trägheitsgesetz begründet sind. Die Maschine läuft, die Frage ist nur: *in welcher Richtung und in welchem Tempo?* Mir scheint, *daß die Räder immer schneller laufen und das Tempo immer langsamer wird. Ja, daß sie zurückrollen!* Je weniger sie nach vorne läuft, desto mehr Dampf gibt sie von sich, damit die Öffentlichkeit nicht sieht, daß sie nicht mehr nach vorne läuft, sondern längst nach unten.

Die Entwicklung eines Volkes ist eine lange Linie, die von der grauesten Vorzeit bis heute mit Schwankungen verläuft. *Die Zeit kann niemals klar beurteilen, ob diese Linie aufwärts oder nach unten verläuft, weil sie nur einen ganz kleinen Abschnitt überblickt.* Die meisten Menschen sehen kaum von heute auf morgen. Auch die Menschen, die schon zehn Jahre überblicken, vermögen nicht zu erkennen, ob die Linie der Entwicklung aufwärts oder abwärts geht. *Wenn heute die Gegenwart eine bestimmte Frage löst, so ist sie überzeugt, daß es aufwärts geht, und doch ist das schon ein Irrtum.* Denn wenn ein Volk im Laufe von Jahrtausenden sich emporgearbeitet hat, dann gibt es nur ein Weiterarbeiten oder ein Abstürzen überhaupt.

Wenn jemand zu mir sagt: Ich kann den Antisemitismus nicht verstehen, und er ist Großkaufmann, so antworte ich ihm: Wenn Ihre Vorfahren 300 Jahre lang dieselbe Tendenz verfolgt hätten, *dann wären Sie nicht Großkaufmann, sondern ein Jude säße an Ihrer Stelle.* Oder: Der Dirigent eines großen Orchesters verachtet den Antisemitismus. Im Laufe einer Zeitgeschichte ist es möglich gewesen, daß die Dirigenten zur Hälfte aus Juden bestehen. Wenn unsere Vorfahren das gemacht hätten wie Sie, und von jedem Juden sich die Musik aufspielen ließen, nach der Sie zu tanzen haben, *dann könnten Sie heute nicht dirigieren.* (Starker Beifall.)

Die Vergangenheit *durfte Dinge nicht tun,* du aber nimmst sie dir als Recht heraus. Du siehst gar nicht, daß das, was du tust, Zusammenbruch und Verfall ist, weil du sagst, wir existieren so auch noch - du hast ja noch dein Geschäft. Was morgen wird, das kümmert dich nicht - nach uns die Sintflut [15].

---

15 Der Ausspruch: "Après nous le déluge!" geht auf die Marquise de Pompadour zurück, die ihn angesichts der verlorenen Schlacht bei Roßbach 1757 geprägt hat.

Heute unterschreiben wir den Young-Plan [16]. *Wir wissen, wir können ihn nicht erfüllen* [17]. *Was nachher kommt, - da wehrst du ab und sagst, hört doch auf, die Gegenwart ist schon traurig genug. Warum? Weil man schon 12 Jahre vor uns so gedacht hat: Wir wollen Ruhe haben, was nach uns kommt, ist uns gleichgültig, aber nachher kommt das Ende.*

Das Nationalvermögen ist zu einem Drittel verpfändet [18]. Du sagst: Wir haben schon wieder etwas gefunden - *Zündhölzer* haben wir gefunden, daraus bekommen wir 450 Millionen Mark [19]. Es geht wieder eine Weile, dann sagst du: Wir haben noch etwas - das *Tabak-Monopol!* Gut, daraus bekommst du vielleicht 2 Milliarden Mark [20]. Wir haben noch ein paar Sachen: den *Kraftverkehr,* den *Flugverkehr* - aus ihrer *Monopolisierung* bekommen wir wieder einige Milliarden, was dann? *Dann beginnt das Verpfänden von Staatseinnahmen überhaupt.*

130 Milliarden unterschreibt ihr - und unser ganzes Nationalvermögen beträgt nicht einmal mehr 100 Milliarden [21]. *Ihr könnt im Jahre nicht 2 Milliarden abliefern, aber ihr werdet einmal für die 130 Milliarden 25 Milliarden Zinsen jährlich zahlen müssen.*

Aber nur nicht soweit denken! Das geht Herrn *Schäffer* weit über den geistigen Bereich seines Kopfes. (Stürmischer Beifall.) Nur nicht in die Zukunft denken! Es hat mancher seinen Beruf verdammt verfehlt. Wenn die Bezeichnung des Namens stimmt und von einer angeborenen Tätigkeit abgeleitet ist, so muß ich sagen: Schäffer, kehre zurück zu deinen Schafen! (Stürmischer Beifall.) Das ist das Niveau, von dem aus man heute die Sache beurteilt. Nur nicht in die Zukunft sehen! Lieber verzichten wir auf die ganze Zukunft und kommen doch um die Gewaltanstrengung nicht selbst herum.

Man hat noch nie erlebt, daß einem Volk der schwerste Gang erspart geblieben wäre dadurch, daß es ihm auswich. Dann hat es mit der ungedeckten Rückenseite die Speere empfangen. Mir scheint es zweckmäßiger: Man hält dem Feinde die Brust entgegen, deckt sie mit dem Schild und greift an mit dem Speer. Ich glaube nicht an den Erfolg einer Tätigkeit, die zwangsmäßig zum Zusammenbruch führen muß. Was man heute damit vielleicht der Nation ersparen will, halst man ihr eines Tages tausendfach wieder auf.

Instinkt und Erkenntnis

Es gibt *zwei Möglichkeiten*, um die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Entwicklung zu erkennen. Die eine Möglichkeit liegt im gesunden, erdverbundenen Instinkt. Solange ein Volk

16 Vgl. Dok. 41, Anm. 11; Dok. 54, Anm. 5.

17 Auch die Parteien, die sich für die Annahme des Young-Plans einsetzten, waren der Überzeugung, daß es sich bei diesem Plan nur um eine Interimslösung handeln könne, deren Revision auf längere Sicht unabdingbar sei. Vgl. Gerd Meyer, Die deutsche Reparationspolitik von der Annahme des Young-Plans im Reichstag (12. März 1930) bis zum Reparationsabkommen auf der Lausanner Konferenz (9. Juli 1932), Bonn 1991, S. 11 ff.

18 Vgl. Anm. 13.

19 Vgl. Dok. 82, Anm. 7.

20 In der Presse wurde seit Anfang November 1929 über die Möglichkeit eines Tabakmonopols berichtet. Am 20.12.1929 wurde darüber anläßlich einer Tabaksteuernovelle im Reichstag diskutiert, die Idee ging aber nicht in die Haushaltspläne der Reichsregierung ein. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 426, S. 3760 ff.

21 Das deutsche Volksvermögen wurde für 1924 auf etwa 150 Milliarden RM geschätzt. Zu den Problemen der Berechnung vgl. Wilhelm Winkler, Volksvermögen. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Hrsg. von Ludwig Elster, Adolf Weber und Friedrich Wieser, Bd. 8, Jena [4]1928, S. 770-786 sowie Holtfrerich, Die deutsche Inflation, S. 274 ff.

diesen Instinkt besitzt, geht es keinen falschen Weg. Vielleicht hat den meisten Instinkt der Bauer, der den Risiko-Gedanken kennt, der es wagen muß zu säen, ganz gleich, ob der Himmel seinen Segen gibt. Er weiß, daß nur eines bleibt: die Erde, die bepflanzt werden muß, Jahr für Jahr, und geerntet werden muß, Jahr für Jahr. *Das Volk hat heute im Asphaltgift unserer Großstädte den Instinkt langsam verloren* [22].

Wenn ein Instinkt nicht da ist, muß die *Erkenntnis* einsetzen. Es gab Zeiten, in denen die Gefahr einer jüdischen Bastardierung eines Volkes nicht bestand. Noch ein Goethe hatte den naturgemäßen Instinkt zu sagen: Eine Heirat zwischen Jude und Christ erscheint mir naturwidrig, ist unmöglich und kann nicht sein [23]. Generationen brauchten keine Gesetzgebung deshalb. Der *Rasseinstinkt* schützte sie von selbst, der Geruch der Rasse hielt die Christen von der Verheiratung mit einem Juden fern [24]. Heute in unserer parfümierten Zeit, wo jeder Laffe gleich riechen kann, geht das Gefühl für diese feineren Unterschiede der Menschheit verloren. Darauf spekuliert der Jude. Auch das Auge gewöhnt sich an die Differenzierung der Menschheit. Hier muß die Erkenntnis einsetzen. *Was Generationen instinktmäßig getan haben, müssen wir erkennen aus Notwendigkeit, um nicht selbst zugrunde zu gehen.*

Und damit begeben wir uns auf den

Boden der Weltanschauung.

Der Instinkt ist die gesunde Weltanschauung des primitiven, naturgeborenen Menschen. Solange sein Instinkt gesund ist, ist seine Weltanschauung richtig. Der Instinkt bewahrt ihn vor falschen Gedankengängen.

Die Weltanschauung des einzelnen ist in Wirklichkeit nur ein Standpunkt, den er einnimmt, von dem aus er die Welt dann betrachtet, eine grundsätzliche Schulung in der Richtung des Instinktes hin. Der gesunde Mensch wird die Welt so betrachten, wie sie für ihn nützlich ist. Die Wissenschaft muß den einzelnen lehren, große primitive Grundgesetze, die Lebensgesetze, bei deren Mißachtung wir uns keine Entwicklung vorstellen können, Grundgesetze, die überhaupt erst das Emporsteigen der Menschen verständlich werden lassen und die Entwicklung des einzelnen Volkes, Grundgesetze, die deshalb von vorneherein *einfach* sein werden, wie etwa:

daß auf der Welt, solange sie besteht, noch nie die Schwäche gesiegt hat, sondern immer die Kraft, die Gestalterin alles [*sic!*] *Lebens, daß es sich selbst nur äußert im Spiel der Kräfte,*

22 Zur Bedeutung der Stadt in der nationalsozialistischen Weltanschauung vgl. Werner Durth, Architektur und Stadtplanung im Dritten Reich. In: Nationalsozialismus und Modernisierung. Hrsg. von Michael Prinz und Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991, S. 139-171 sowie Jost Dülffer, NS-Herrschaftssystem und Stadtgestaltung. Das Gesetz zur Neugestaltung deutscher Städte vom 4.10.1937. In: German Studies Review 12 (1989), S. 69-89.

23 Bezieht sich auf ein Gespräch, das Goethe 1823 mit Friedrich von Müller geführt haben soll. Mögliche Quelle Hitlers: Handbuch der Judenfrage, S. 72.

24 Bis ins 19. Jahrhundert setzte die Eheschließung zwischen Partnern verschiedener Religionszugehörigkeit in der Regel den Übertritt eines der beiden Heiratswilligen zum anderen Glauben voraus. Mischehen wurden erst ab Mitte des 19. Jahrhunderts durch die Einführung der Zivilehe in einigen deutschen Staaten möglich. Für ganz Deutschland wurden Mischehen seit 1900 statistisch erfaßt. Von 485.906 1905 geschlossenen Ehen waren 805 jüdisch-christliche Mischehen, 1928 von 587.175 Eheschließungen 1.384. Vgl. Jacob Toury, Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847-1871. Zwischen Revolution, Reaktion und Emanzipation, Düsseldorf 1977, S. 64 ff.; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1907, Berlin 1907, S. 17; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 33.

das Widerstand erweckt. Und im ewigen Ringen der Kräfte schält sich das Höchstwertige heraus als Element des Weiterbauers [sic!] der ganzen Welt, ob es sich um Sonnensysteme oder um Einzelwesen handelt, immer und überall ist die Stärke das Elementare, niemals das Volumen allein.

Niemals hat die Feigheit Menschenschicksal zum Guten gelenkt. Was Sie heute sehen an Menschheit, ist der *Überrest der kämpfenden Lebewesen.* Auf 1.800 Millionen Menschen, die heute die Erde zählt[25], treffen ungezählte Milliarden, die, noch kaum geboren, bereits gestorben sind, ungezählte Milliarden, die später dem Lebenskampf nicht Stand zu halten vermochten. Und was wir heute sehen ist die *Auslese an Kraft.*

Die Herrschaft der weißen Rasse ist nicht das Ergebnis gegenseitiger Völkerverständigung, aus blutigem Kampfe hat sie sich langsam emporgehoben und der Welt das gegeben, was wir mit Kultur bezeichnen. Im Kampf ist jede Leistung auf der Welt entstanden.

Menschen und Völker mit richtiger Weltanschauung gehen ständig den Weg nach oben, und Menschen ohne jegliche Weltanschauung sind schwankend wie die Spreu. Unerklärlich sind ihre Entschlüsse, in Wirklichkeit vielleicht am besten dargestellt durch unsere heutigen politischen bürgerlichen Parteien in Deutschland, an denen man am schärfsten ersehen kann, wie es Gebilden ohne Weltanschauung geht.

Der Marxismus hat eine klare Weltanschauung, die rapid nach unten führt.

Auch wir haben eine Weltanschauung und sind überzeugt, daß sie unser Volk nach aufwärts führen wird.

Richtig ist eine Weltanschauung dann, wenn sie ein Volk nach aufwärts führen kann. Diese Richtigkeit kann sich ergeben durch Erforschung der allgemeinen Gesetze in der gesamten Natur, durch Überprüfung der ganzen Gesetze, die unserem eigenen Leben zugrunde liegen, durch logische Überprüfung des Schicksals anderer Nationen, die zugrunde gegangen sind, durch wissenschaftliche Erforschung bestimmter Methoden, die Völker zur Herrschaft zu bringen vermögen, und der Methoden, die Völker zugrunde richten, aus Erfahrung, Logik und seherischer Phantasie, aus dem Blick, der in die Zukunft sieht, der sich freihält von den Bäumen und allen Bäumen zum Trotz niemals den Wald vergißt.

Wir Nationalsozialisten sagen: Wir haben uns eine Weltanschauung aufgebaut, die sich nur in ganz wenigen Sätzen zusammenfassen läßt:

1. Was unsere Bedeutung ausmacht und die Bedeutung der Völker überhaupt, ist nichts Erzieherisches an sich, ist nichts, das in der künstlichen Bildung läge, sondern etwas, das im Blut an sich ursprünglich da sein muß: Der Blutswert ist unser menschlicher Grundwert, unser spezifisches Gewicht, das wir Menschen einmal besitzen.

Hitler erläutert diesen Begriff an dem Beispiel eines Negers, der wohl ein Mensch ist mit Kopf und Armen und Beinen, aber das ist das Volumen, die äußere Form. Der Inhalt, das spezifische Gewicht ist nicht das gleiche. Der eine ist ein Blutsträger der Rasse, die auf Grund ihres Wesens fähig ist, das zu gestalten, was wir heute vor uns sehen, eine arische Kultur. Und das andere ist auch Menschentum, allein grundverschieden von den andern und nie bestimmt, die Palme des Enderfolges [*sic!*] auf dieser Erde zu erhalten. Im Gegenteil: Würde die Welt

25 Die Bevölkerungszahl der Erde nach den jeweils letzten Volkszählungen betrug damals 1.848 Millionen Menschen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 1* ff.

nur aus anderen Rassen bestehen, dann käme niemals ein Kulturbegriff über sie, den wir heute haben, und keine Erziehung könnte das ändern. Nein, sowenig Sie aus einer Heuschrecke durch Züchtung ein Kaninchen machen können, sowenig aus einem Neger durch Züchtung einen Skandinavier.

Gleichheit und Freiheit sind zwei Begriffe, die nebeneinander nicht denkbar sind. Du kannst nur den Größeren kleiner machen, aber du kannst nicht den Dummkopf geistreich machen oder den Kleinen in die Länge ziehen.

Die Blutserhaltung ist das erste und wesentliche. Wenn ein Volk seinen Blutswert verliert, geht es endgültig zugrunde.

Das zweite ist die *Person.* Wir sagen, daß unter den Völkern nicht Majoritäten entscheiden, sondern

der Einzelwert des Menschen,

nicht die Summe, sondern der *Kopf.* Nichts Großes ist in der Welt, das nicht der schöpferischen Fähigkeit eines einzelnen Menschen seinen Ursprung verdankt.

Damit muß ein Volk seine Verfassung und politisches Leben so organisieren, daß der Wert der Persönlichkeit in höchstem Maß zum Ausdruck kommt. Sie darf nicht in einer künstlichen Konstruktion durch das System der parlamentarischen Demokratie, die die kleinen Zwerge [*sic!*] *kultiviert, vernichtet werden, die die ewige Verschwörung der Knirpse gegen den darstellt, dessen Kopf über die Meute herausragt.*

Das dritte ist der Kampf, ohne den nichts auf der Welt entsteht und nichts erhalten wird. Entwicklung heißt ringen. Das ist der höhere Gesichtspunkt der nationalsozialistischen Weltanschauung.

Was hat das mit der Kommunalpolitik zu tun?

Weil ich auf dem Rassestandpunkt stehe, wende ich mich z. B. in allen Dingen des öffentlichen Lebens gegen die Verjudung unseres Volkes, gegen die Vergiftung unseres Volkes mit fremden Blut. Ein Nationalsozialist wird niemals dulden, daß ein Fremder - und das ist der Jude - eine Stelle im öffentlichen Leben einnimmt. Er wird nie dulden, daß ein Fremder in ein Amt kommt. Er wird gar nicht fragen: Ist er tüchtig? Nein, meine Weltanschauung sagt mir, daß ich unseren Volkskörper freihalten muß von fremdem Blut.

Als Nationalsozialist werde ich daher in der Kommune oder im Staat alle Erziehungsfragen beurteilen vom Standpunkt der Erhaltung meines Blutes, d. h. der Erhaltung meines Volkes. Das Volk steht an der Spitze, der Staat ist das Sekundäre. *Das Volk ist das an der Spitze stehende, alles andere hat nur ihm allein zu dienen.* Eine Erziehung ist richtig, wenn sie meine Volksgenossen auf allen Gebieten widerstandsfähig macht im Erkennen der Grundgesetze des eigenen Lebens. *Niemals wird ein Nationalsozialist dulden, daß ein Nichtdeutscher Erzieher eines Deutschen werde, daß ein Jude Lehrer unseres Volkes sein kann.* (Starker Beifall.) Wenn die [*Deutsche*] Volkspartei sagt: Wir haben keine gesetzliche Handhabe, so antworten wir, das ist unser Staat,

in unserem Staat kann nur Bürger sein, der Deutscher ist, und nur der Staatsbürger kann öffentliche Ämter bekleiden [26].

26 Bezieht sich vermutlich auf einen Änderungsantrag der DVFP zum Gesetzentwurf zur Personal-Abbau-Verordnung vom 25.8.1924, der forderte, "Angehörige der jüdischen Rasse sind von allen öffentlichen Ämtern im

Ihr sagt uns: Wir haben keine Mittel, um das zu unterbinden! Wir meinen: daß alle Schritte, die zur Erhaltung eines Volkes in seiner Substanz notwendig sind, berechtigt sind. *Kein Gesetz und Recht kann über die Existenz eines Volkes hinweggehen.* Den Grundsatz, daß die Gerechtigkeit bestehen muß, auch wenn die Welt zugrunde ginge, *erkennen wir nicht an.* Er ist zu allen Zeiten der Deckmantel für die faulste und verlogenste Justiz gewesen. Für uns hat alles nur einem Zweck zu dienen: Das Volk, die Substanz, muß erhalten bleiben und alles, was dem dient, ist nützlich, alles was schädlich ist, muß gebrochen werden.

Daher werden wir in allen

Fragen der Kunst

von vorneherein klare Stellung nehmen. Was wir nicht verstehen können, weil es uns fremd ist, das brauchen wir nicht zu verstehen, *das wollen wir auch nicht verstehen.* (Stürmischer Beifall.) Wenn mir der kubistische [27] oder dadaistische [28] Maler sagt: Versenken Sie sich in das Bild, es stellt die Urordnung und den Uräther dar - dann sage ich dem Maler: Willst du malen, dann will ich mit dem Auge sehen, willst du philosophieren, dann will ich mit dem Gehirn dir folgen, willst du aber, daß ich Unverständliches durch unverständliches Denken begreifen soll, dann gehe zum Teufel, *deine Kunst brauchen wir nicht und wollen wir nicht.* Wir wollen unserem Volk keine Kunst geben, die dem gesunden Menschen einfach unverständlich ist. Wir haben die Verwegenheit zu sagen, daß wir einmal diesen Augiasstall [29] ausmisten werden, so oder so. Und wendet man ein: dann kann auch Gutes mitgehen, so sagen wir: Im Krieg sind stets auch Gute erschossen worden! *Es ist keine Frage für uns, ob man Reinhardt-Festspiele bewilligen soll oder nicht* [30]. *Nein, fremdes Gift bleibe von unserem Volke fern.*

Daher sind wir auch bereit, das Volksgut in seiner Substanz zu schützen.

Ich bin Nationalsozialist, weil ich den Blutswert meines Volkes schütze. Wenn er durch eine dumme Sozialpolitik zugrunde geht, nützt euch alle Wirtschaft nichts. *Das Volk steht an der Spitze, die Wirtschaft ist die Dienerin des Volkes und das Kapital der Diener der Wirtschaft, nicht umgekehrt.* (Stürmischer Beifall.)

Daher treten wir ein für den Schutz der Arbeit, die den Mann ernähren soll, für den Schutz der Mutter, die gesund bleiben soll, um ein gesundes Kind ernähren zu können, für den Schutz des Kindes, nicht weil eine andere Fraktion das beantragt hat, nein, weil uns unsere Einsicht sagt, daß alles andere zwecklos ist, wenn unser Volk als Substanz zugrunde geht.

---

tern im Reich, in den Ländern und in den Selbstverwaltungskörpern auszuschließen und sofort dem Abbau zu unterstellen". Druck: Verhandlungen des Reichstags. II. Wahlperiode 1924, Bd. 383, Anlagen, Nr. 464.

27 Richtung der modernen bildenden Kunst, die die Umsetzung der Motive aus geometrischen Grundformen und Flächen als gestalterische Prinzipien hat. 1907/1908, zunächst unabhängig voneinander, durch Georges Braque und Pablo Picasso entwickelt, wurde der Kubismus in den 20er Jahren von der europäischen Avantgarde übernommen.

28 Der Dadaismus war eine nach dem Beginn des Weltkriegs sich entwickelnde, Literatur, Musik, Malerei und Film umfassende, revolutionäre künstlerische Bewegung. Seit 1918 waren in Berlin George Grosz und John Heartfield, in Köln Max Ernst und Hans Arp seine herausragenden Vertreter.

29 In der griechischen Mythologie war es Aufgabe des Halbgottes Herakles, die Stallungen des Königs Augias, die 3.000 Rinder beherbergten und seit 30 Jahren nicht gereinigt worden waren, auszumisten. Herakles löste die Aufgabe durch die Umleitung zweier Flüsse.

30 Vgl. Dok. 17, Anm. 5.

Auch in der *Wohnungsfrage* [31] gehen wir nicht aus von der Frage, was eine andere Stadt getan hat, sondern: Kann unser Volk existieren, wenn wir über den Umweg eines zerrütteten Wohnungswesens die Bildung der Familie verhindern, die Geburtenzahl einschränken? Unser Volk wollen wir erhalten - *so stehen wir aus dem einzigen Grundgedanken heraus in zahllosen Fragen von vorneherein gefestigt da.*

Was uns alle gleichmäßig eintreten läßt, ist die Weltanschauung. Daher erleben wir das Wunderbare: Wenn heute in Deutschland eine Frage auftaucht, so brauche ich nie mit meinem Chefredakteur zu reden oder mit meinen Mitarbeitern oder mit den Gauleitern, denn morgen wird diese Frage von Dutzenden von Rednern gleichmäßig beantwortet. Die Weltanschauung als granitenes Fundament des Denkens zwingt sie zu gleichen Schlüssen. (Stürmischer Beifall.)

Der Wert der Persönlichkeit

In der Organisation der Verwaltung erkennen wir zwei verschiedene Tendenzen: die Tendenz der Demokratie und die Autorität der Persönlichkeit. *Immer werden wir eintreten für die Bedeutung der Person,* für die Verankerung der Verantwortlichkeit der Personen, für die hervorragende Bedeutung der Person in bezug auf Fach- und Sachkenntnisse. *Über Kunst entscheidet der Künstler.* Als in Dresden das neue Forum nach den Plänen von Semper [32] gebaut werden sollte, der so über die Zeit Hinausragendes schuf, daß selbst die sächsischen Landstände dagegen nichts einwenden konnten, wollte der Landtag doch zeigen, daß er die letzte Entscheidung hat, indem er die Bauten wenigstens *anders aufstellte* und damit den grandiosen Plan *verkitschte* [33].

Auch am deutschen Reichstagsgebäude wurde solange herumgemurkst, bis der erste bestechende Entwurf soweit zusammensank, daß auch die große Wandelhalle, die aus Granit gedacht war, in Gips ausgeführt werden sollte. Gips paßt freilich besser für ein Parlament als Granit [34].

Es ist kein Wunder, daß alles, was wir an großen Kunstwerken sehen, sein Entstehen der Gnade einzelner Köpfe, der Unterstützung einzelner Mäzene verdankt. Wehe, wenn eine Majorität über Kunstfragen entscheidet.

Wir werden immer eintreten für den freien Wettbewerb.

Wenn sich in tausend Fällen erweist, daß hier die Freunderlswirtschaft [*sic!*] beginnt, wird unsere Stellungnahme nicht von persönlichen Interessen diktiert sein, sondern weil uns ein *Grundgedanke* durchbrochen erscheint, *das Spiel der freien Kräfte* aufgehoben ist. Wie wol-

31 Zu den spezifischen Problemen des deutschen Wohnungsmarktes seit 1919 vgl. Peter-Christian Witt, Inflation, Wohnungszwangswirtschaft und Hauszinssteuer. Zur Regelung von Wohnungsbau und Wohnungsmarkt in der Weimarer Republik. In: Lutz Niethammer (Hrsg.), Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft, Wuppertal 1979, S. 385-407.

32 Gottfried Semper (1803-1879), Architekt.

33 Der Auftrag zum Neubau des Hoftheaters an Gottfried Semper wurde vor allem wegen dessen Teilnahme am Dresdner Maiaufstand 1849 kritisiert und behindert. Vgl. Dresden. Geschichte der Stadt in Wort und Bild, Berlin (Ost) [2]1984, S. 113.

34 Für den Bau des 1894 eingeweihten Reichstagsgebäudes wurde Granit aus bayerischen und schlesischen Steinbrüchen für den Sockel, für Teile der Westfront, für Treppen, Stufen, Podeste und die Rampenanlage verwendet. Vgl. Michael S. Cullen, Der Reichstag. Die Geschichte eines Monumentes, o. O. 1983, S. 428.

len Sie den Künstlern die Bahn freimachen, wenn von vorneherein die Politik eingesetzt wird, wenn Sie nicht Talente wünschen, sondern verwandte Hoch- und Tiefbauunternehmungen haben, denen Sie Ihre Aufträge zuzuschanzen gedenken?

Warum sind wir gegen die Warenhäuser[35]*?*

Die Bayerische Volkspartei sagt: Wir sind auch dagegen, aber wir können nichts machen, wenn sie entstehen, wir können den *Fortschritt* nicht aufhalten[36]! Vor und während der Wahl ein Nachteil, nach der Wahl ein Fortschritt! Sie haben keinen Standpunkt als höchstens den der Rentabilität, wobei mancher Stadtrat die Rentabilität der Gemeinde verwechselt mit der Rentabilität der Person.

Wir lehnen das Warenhaus ab, weil es Zehntausende von kleinen Geschäften demoliert. Diese sind die Brücke, über die im Volksleben im Laufe der Zeit Tausende, ja Zehntausende von fähigen Menschen von unten langsam sich emporheben in höhere Lebensstellungen. Sie sind ein Mittel zur Auslese einer tüchtigen Schicht. (*Stürmischer Beifall.*) *Unterstützen Sie die Warenhäuser, dann zerstören Sie diese Brücke.*

Natürlich sind wir auch noch gegen die Warenhäuser, *weil sie nicht unserem Volke zugute kommen.* Der Karstadt-Konzern hat bei einem Umsatz von 450 Millionen einen Reingewinn von einem Dutzend Millionen, mit den verschiedenen Abschreibungen 40-50 Millionen Mark[37]. *Diese 450 Millionen gehen über die Leichen von Hunderttausenden von Einzelexistenzen.* (Stürmische Zustimmung.) Es kommt hinzu, daß in diesen Warenhäusern die unteren Angestellten so miserabel bezahlt werden, daß sie kaum das Nötigste zum Leben haben[38]. *Aus Weltanschauungsgründen wende ich mich dagegen, denn wenn wir unseren gesamten Bauern- und Mittelstand vernichten, geht die Proletarisierung so weit, daß jeder Emporstieg auch des Fähigsten unmöglich wird.*

Münchens Zukunft

Münchens Schwäche ist seine Wirtschaft, der Mangel an Kohlen, Eisen, an Schiffahrtswegen, überhaupt durch die ungünstige Lage. Wenn man glaubt, seine wirtschaftliche Stärke läge vielleicht in der Möglichkeit einer besseren Ausnützung der Wasserkraft, so trifft das nicht zu. Der Fremdenverkehr selbst hat mit unserer Lage wenig zu tun. Er ist mehr gebunden an unsere

35 Vgl. Dok. 17, Anm. 26.

36 Die BVP versuchte, ihrem Selbstverständnis als Mittelstandspartei entsprechend, die Ausbreitung der Warenhäuser durch Auflagen zu erschweren. Vgl. Steinborn, Grundlagen und Grundzüge der Münchener Kommunalpolitik, S. 407.

37 Die Rudolf Karstadt AG war 1920 aus dem Zusammenschluß der Firmen Rudolf Karstadt und Theodor Althoff entstanden und war 1929 mit 95 Filialen der größte deutsche Warenhauskonzern. Vgl. Heinrich Uhlig, Die Warenhäuser im Dritten Reich, Köln 1956, S. 225.
Die Rudolf Karstadt AG wies für 1928 300 Millionen RM Umsatz und einen Reingewinn von 10,65 Millionen RM aus. Vgl. Vossische Zeitung vom 24.4.1929 (PA), "300 Mill. Karstadt-Umsatz".

38 Ledige Verkäufer im Münchner Einzelhandel bezogen 1929 ein monatliches Anfangsgehalt von 98 RM und ein Endgehalt von 189 RM, Frauen 10% weniger. Vgl. Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Bayern 1930, S. 233.
Das Einkommen der Angestellten in kleineren Geschäften war im allgemeinen geringer als das der Angestellten in Warenhäusern. Vgl. Hans Speier, Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus. Ein Beitrag zum Verständnis der deutschen Sozialstruktur 1918-1933, Frankfurt a. M. 1989, S. 30 ff.

wirklichen Leistungen. *Dem Fremdenverkehr zuliebe soll man aber nichts leisten, sondern der Fremdenverkehr soll nur die Belohnung für eine Leistung sein* [39]. Durch Kinkerlitzen [*sic!*] Fremdenverkehr erzeugen zu wollen, ist eine Täuschung. *München hätte keinen Fremdenverkehr, wenn Ludwig der I.* [*sic!*] *sich solche Experimente geleistet hätte wie Oberbürgermeister Scharnagl unter der obersten Aufsicht des Staates.* Wenn der Fremdenverkehr nur nach modernen Dingen sich hin orientiert, dann haben wir wenig zu erwarten. Wenn moderne Kitschaufführungen das Wesen des Fremdenverkehrs bedingen, verspreche ich mir nichts.

Münchens Stärke ist seine Kunst, die durch lange Zeit planmäßig gefördert wurde. Was München einst Bedeutung gab, gemessen am Kunstschaffen des übrigen Deutschland, ist ungeheuer gewesen und ragte über alles hinaus. Das ist das erste, was in meinen Augen auch heute noch Münchens Stärke ausmachen kann, wenn man nämlich in Deutschland ein Volk bekommt, *das wieder deutsch denken und deutsch fühlen lernt, weil nur ein solches Volk Verständnis haben wird für Münchens Kunst.*

Und damit möchte ich dieser Stadt heute eine zweite und größere Mission zuerteilen: München soll nicht nur sein die Stadt der deutschen Kunst, sondern soll werden die Stadt des deutschen Willens. (Starker Beifall.) So wie sie einst die Stadt der deutschen Seele gewesen ist im besten Sinne des Wortes.

Unserer Überzeugung nach gehören Kunst und Politik zusammen, wie nichts auf Erden zusammengehört. Alles was an großen Kulturstätten gebaut worden ist, entstand unter einem mitbestimmenden politischen Willen. Glauben Sie nur nicht, daß die Pharaonen ihre Pyramiden gebaut haben, damit die Cookschen Reisegesellschaften [40] etwas verdienen oder die Dampferlinien Geschäfte machen! Es waren politische Gedankengänge. Und wenn Sie sagen: Nein, religiöse, so ist zu erwidern:

Damals war die höchste Aufgabe der Religion noch die Erhaltung des Staates. (Stürmischer Beifall.) Die Zeit, in der politische Parteien die Religion benützen zur Vernichtung von Staaten, ist erst später gekommen. (Tosender Beifall.)

Staatserhaltung und Volkserhaltung war damals Zweck dieser Bekundung eines königlichen Willens, in Wirklichkeit *eines großen monumentalen Rasse-Willens einer Herrenschicht.* Nichts an all den Kultur-Denkmälern steht vor uns, das nicht einer politischen Absicht seine Entstehung verdankt. *Rom oder Hellas, keine Kulturstadt ist anders geworden als durch politische Hoffnung und Willen, damit zusammenfügende Monumente zu erhalten, Denkmäler der Vereinigung von Völkern, um zu bekennen die überragende Macht der politischen Zentralgewalt.* Dieser Gedanke hat vorgeherrscht bis in die Kaiserzeit hinein und in die neuere Zeit, und wenn Ludwig der I. [*sic!*] eine Kunststadt gemacht hat, dann nicht nur aus bloßer Liebe zur Kunst, sondern aus Stolz und Glaube, daß das, was München sonst nicht hätte erreichen können, auf diesem Wege erreicht wird: München wurde hineingerückt in eine Bedeutung, die weit über seine Größe hinausgegangen ist.

So ist für uns Politik und Kunst immer enge verbunden. Der politische Verfall eines Volkes reißt auch die Kunst zutiefst danieder [*sic!*]. *Der politische Emporstieg reißt auch die Kunst*

39 Vgl. Hitlers grundsätzliche Ausführungen zum Fremdenverkehr in Dok. 17 und 21.

40 Bezieht sich auf die Firma Thomas Cook & Son, dem ältesten Reisebüro der Welt, 1845 in Leicester gegründet. 1928 hatte es sich mit der Internationalen Schlaf- und Speisewagengesellschaft zusammengeschlossen.

mit sich. Ich könnte mir den Sieg unserer Weltanschauung nicht denken, ohne daß er sich verkörpert in Denkmälern, die Zeiten überdauern, als Beweis des Sieges dieser Überzeugung.

Wir sehen im Süden Europas einen Staat, der auch auf dem Gebiete der Kunst sich große Denkmäler schafft, weil ein Volk hinaufgeführt wurde in allen seinen Leidenschaften und Kräften [41]. Der bürgerliche Halbschlummer erstickt alles, was Fähigkeit bedeutet, aus Angst vor dem, was die Masse überragt. *Nur in Zeiten, in denen die Völker sich aufzuschwingen beginnen, von neuen Ideen gepackt werden, pflegen die Monumente des Triumphes zu erstehen, dann beginnt auch die Kunst wieder zu leben.*

Das würde für uns die einzige Zukunftsmöglichkeit für München sein.

München soll werden das Zentrum des deutschen Freiheitswillens, der Ausgangsort des einstigen deutschen Freiheitskampfes und die Stätte der Verherrlichung der Erhebung der deutschen Nation. Dann wird München wieder werden, was es war: Die Stadt, die man gesehen haben muß, um Deutschland zu kennen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

30. November 1929 — Dok. 107
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 30.11.1929 [1].

In Berlin tagt die Länderkonferenz [2]. Unitaristen und Föderalisten führen den üblichen Kampf auf, und ausgehen wird er wie immer: Die Unitaristen werden siegen. Dieser Sieg ist so geradezu natürlich, weil er mehrfach begründet erscheint. Zum ersten in der größeren inneren Ehrlichkeit der Unitaristen. Denn die Leute, die heute den deutschen Einheitsstaat vertreten, wollen ihn auch wirklich. Nicht etwa wegen einer dadurch zu erreichenden größeren Einheit der deutschen Nation - das ist ihnen ganz Wurst -, sondern nur wegen der damit bedingten und gewährleisteten größeren Sicherheit ihres marxistisch-demokratischen Regiments. Sie brauchen den Einheitsstaat, weil sie sich dabei erhoffen, daß durch ihn die vorhandenen staatlichen Widerstandszellen endgültig abgetötet werden. Recht und Gesetz ist diesen Leuten einerlei. Was sie scheuen, ist nur die Macht. Eine nationale Opposition, die auf dem einfachen Boden des Rechtes und Gesetzes stehend, ohne reale Macht Kritik übt, wird von ihnen kurzerhand abge-

41 Gemeint ist Italien. Zur faschistischen Baupolitik vgl. Dok. 17, Anm. 42.

1 Vgl. auch Bayerischer Kurier vom 30.11.1929, "Hitler und der Föderalismus".

2 Aufgabe der Anfang 1928 gebildeten Länderkonferenz war die Beratung einer Reichsreform. Am 18./19.11.1929 hatte in Berlin der Verfassungsausschuß der Länderkonferenz getagt. In dieser Sitzung hatte der bayerische Ministerpräsident Heinrich Held noch einmal betont, daß sich Bayern allen Bestrebungen, einen dezentralisierten Einheitsstaat zu schaffen, widersetzen würde. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 200 f.; Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Band I: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919-1930, Berlin 1963, S. 585 ff.

tan. Gefährlicher aber erscheint es ihnen, wenn eine solche Opposition sich der realeren Kräfte eines Staates bedient, also als bundesstaatlicher Widerstand fühlbar wird. Das ist ihnen vielleicht das einzig auf die Nerven Gehende. Folglich sind sie Unitaristen. Planmäßig versuchen sie diese einzelstaatlichen Widerstandsnester unter der Parole des Kampfes für den Einheitsstaat auszuheben. Es ist ihnen dieser Kampf daher ein sehr ernster und aufrichtig gemeinter.

Die Föderalisten sind (in ihrer heutigen parteimäßigen Vertretung!) demgegenüber ein innerlich unaufrichtiges verlogenes Pack. Die Parteien, die nach außen das föderative Prinzip auf ihre Fahnen geschrieben haben, beschwindeln durch ihr wirkliches Verhalten ihre Wählermassen in einer schon einfach seltenen Weise. Ganz abgesehen davon, daß sie nie jene Konsequenzen aus ihrem Handeln ziehen werden, zu denen die Unitaristen immer bereit sind. Der Unitarismus appelliert an die Gewalt, der Föderalismus an ein fiktives Recht. Ja, unsere verlogenen föderalistischen Parteien bauen bewußt alle Machtmittel ab, die sie der Gewalt des anderen entgegenstemmen könnten! Herr Schäffer zum Beispiel, wie der Name besagt, Hirte der bayerischen Filservereinigung [3], möchte sogar das letzte Braunhemd verbieten [4] und statt dessen den preußischen Einheitsteufel durch Beten, Weihrauch und Beschwörung austreiben. In München wird föderalistisch geredet und in Berlin mit den Unitaristen zusammenregiert. Wenn in Deutschland in den letzten elf Jahren der Berliner Unitarismus unerhörte Fortschritte gemacht hat, dann darf man auch hier eine Entscheidung der höheren Gerechtigkeit erkennen. Diese höhere Gerechtigkeit, die füglich von Gott ausgeht, durchschaut nämlich die föderalistischen Spitzbuben und Lügenbolde und bestraft sie deshalb auch. Der liebe Gott im Himmel kann von der Bayerischen Volkspartei doch noch nicht so bemogelt werden, wie das christgläubige Volk zwischen Berchtesgaden und Regensburg. Der liebe Gott weiß ganz genau, daß das föderalistische Getue der Bayerischen Volkspartei eitel Schwindel ist, bestimmt, dem Volk einen blauen Dunst vorzumachen, daß in Wirklichkeit diese Partei bei den scheinbar von ihr so bekämpften Unitaristen seit Jahr und Tag im Bett liegt, daß sie in Wirklichkeit die sogenannten bayerischen Belange mit Füßen getreten hat und nur zu Wahlzeiten, vom schlechten Gewissen gepeinigt, sich ihrer wieder erinnert!

Zum zweiten ist der Sieg der Unitaristen begründet durch die von ihnen vertretene deutsche Außenpolitik. Sie haben seit Jahren durch die Art ihrer Außenpolitik, die selbst wieder nur die Ergänzung ihrer alle nationale Kraft zerstörenden Innenpolitik ist, unser Volk so furchtbaren Erpressungen ausgeliefert, daß ihre Erfüllung überhaupt nur der Einheitsstaat garantieren kann. Daher ist auch hier das Handeln der Unitaristen von ihrem Standpunkte aus gesehen ein folgerichtiges. Mit Absicht zerstören sie jede deutsche Widerstandskraft, und zwar auf tausend Wegen. Angefangen von der Einschränkung des Nachwuchses bis zur Vergiftung der lebenden Generation, versäumen und verschmähen sie kein Mittel, das Mark unseres Volkes auszuhöhlen oder zu verpesten, unsere Stärke zu schwächen und unseren Geist zu verderben. Dieser in seiner inneren Kraft zerstörte Volkskörper wird dann reif zu einer Außenpolitik der Unterwerfung und der Versklavung. Die ungeheuren Erfordernisse dieser Unterwerfung können nur erfüllt werden bei konzentrierter Zusammenfassung und Erschöpfung aller Finanzquellen des

3 Anspielung auf die von Ludwig Thoma in der Kaiserzeit geschaffene satirische Figur des Landtagsabgeordneten Josef Filser.

4 Auf einer Wahlveranstaltung in Bamberg. Vgl. Bayerischer Kurier vom 20.11.1929, "Uniformverbot für politische Verbände?".

Reiches. Wirtschaftlich und politisch zwingt unsere Außenpolitik die Unterwerfungspolitiker zur unitaristischen Gestaltung des Reiches. Nur ein Einheitsstaat kann diese enormen Opfer mobilisieren zur Erfüllung der Unterwerfungspolitik, und nur im Einheitsstaat kann man hoffen, die Widerstände brechen zu können, die sich gegen eine solche Steuererpressung möglicherweise erheben. Die Unterwerfungspolitiker müssen deshalb Unitaristen sein.

Dieser geradlinigen und konsequenten Einstellung und Haltung unserer Unitaristen steht wieder gegenüber die faustdick verlogene unserer "föderalistischen" Parteien. Wer in Berlin die heutige deutsche Außenpolitik der Unterwerfung deckt und im Inneren mithilft, den nationalen Widerstand dagegen zu brechen, ist ein hundsgemeiner Schwindler, wenn er dann nach der anderen Seite hin vorgibt, "Föderalist" sein zu wollen. Das sind dann jene Charaktere, die die Politik in ihren schlechten Ruf gebracht haben. Wenn so ein durch und durch verlogenes Parteisubjekt hier in München in föderalistischen Tönen redet, in Berlin aber den Young-Plan gutheißt und für seine Unterzeichnung wütet, dann ist das wirklich der Gipfelpunkt von politischer Schwindelei. Denn es ist selbstverständlich, daß die Durchführung des Young-Planes überhaupt nur möglich wird bei vollständiger Vernichtung der Selbständigkeit der Länder. Und das wissen diese verlogenen Parteispitzbuben und Parlamentsschwindler auch ganz genau. So dumm kann selbst ein Abgeordneter der Bayerischen Volkspartei nicht sein, um das nicht genau zu erkennen. Allein trotz alledem: Sie mobilisieren alles für die Erfüllungspolitik und mogeln vor den Wahlen dann in "Föderalismus"! Und da wundere sich dann noch einer, wenn dem lieben Herrgott der Geduldfaden reißt und er sich sagt: Na, wartet, ihr Schwindler von der Bayerischen Volkspartei, ich werde euch helfen, mein liebes gläubiges Volk so zu belügen und dumm zu machen und ins Unglück zu jagen. Ich werde solange den Unitaristen die Waagschale halten, bis es den Nationalsozialisten gelungen ist, mein Volk soweit sehend zu machen, daß es euch zum Teufel haut!

Tatsächlich nimmt denn auch der Fortschritt der nationalsozialistischen Bewegung immer größere Dimensionen an. Man kann schon wirklich von einer Fügung Gottes reden, wenn es einer Gruppe von sieben Mann gelingt [5], in wenigen Jahren zu einer Millionenbewegung emporzuwachsen [6], und das trotz der ungeheuerlichsten Verschwörung von Lüge, Dummheit, Gemeinheit und Feigheit, die sich dagegenstemmen. Und nicht zu vergessen auch noch das Geld. Mit was für Mittel haben nicht die schuldigen Parteien versucht, das Werden und das Emporsteigen dieser Bewegung zu verhindern. Verleumdungen und Unterdrückungen feierten Orgien in ihrem Kampf gegen die werdende Freiheitsbewegung des deutschen Volkes. Und es ist alles zuschanden geworden. Die Bewegung wuchs trotz allen Verboten [7] in Werkstatt und Fabrik, in den Büros und auf den Hochschulen, in den Städten und auf dem flachen Land ununterbrochen, und alle Verfolgungen von seiten ihrer Gegner haben nur eines erreicht: Sie haben in Hunderttausenden von Deutschen die Überzeugung hineingebrannt, daß unser Parteiregiment das erbärmlichste und niederträchtigste ist, was es an Ähnlichem heute in der Welt gibt! So sind wir durch tausend Fährnisse hindurchgegangen und aus jeder doch immer stärker

5 Vgl. Dok. 1, Anm. 4.

6 Bezieht sich auf das Ergebnis der Gemeinde-, Kreistags- und Provinziallandtagswahlen in Preußen, Hessen, Sachsen und dem Saargebiet. Vgl. Dok. 100, Anm. 1.

7 Vgl. Dok. 26, Anm. 52, Dok. 14, Anm. 13.

herausgekommen, und so wird auch unser künftiger Weg allen Verfolgungen zum Trotz ein solcher nach aufwärts sein.

Man lese nur die Ergebnisse unsrer letzten Wahlen und man muß wieder einen inneren Glauben bekommen. Es gibt doch eine höhere Gerechtigkeit!

3. Dezember 1929 Dok. 108
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

VB vom 5.12.1929, "Die Riesenkundgebung der Dreißigtausend" [2].

Ich weiß nicht, ob Sie sich in unseren Glauben hineinversenken können, den wir vor 10 Jahren hatten, damals, als wir zu siebent [3] die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei gründeten [4]! Wenn einer das mitfühlen kann, was es heißt, mit sieben Mann zu wagen, einer ganzen Entwicklung in einem Volk den Kampf anzusagen, dann müssen Sie verstehen, daß dieser unbändige Glaube uns niemals verläßt, in keiner Sekunde, im Gegenteil, daß dieser Glaube stets nur Steigerungen fähig ist und daß nichts geschehen kann, was nicht für uns immer als Peitsche, als ein Antrieb wirken würde.

Wir haben es heute gewagt, in 20 Sälen zu Ihnen zu sprechen. Ich habe 5 Säle hinter mir - alle 5 Säle waren gedrückt voll. (Tosender Beifall.) Wir werden vielleicht in einem Jahr das bisherige Experiment wiederholen und wir werden es ein drittes Mal wiederholen, und unsere Gegner werden sehen, daß es uns tatsächlich gelingt, 20 Säle zu füllen. Das, was heute an Menschen im Zirkus ist, würde die Bayerische Volkspartei nicht einmal insgesamt auf die Beine bringen [5]. (Starker Beifall.) Der Glaube an die Kraft unserer Bewegung ist unerschütterlich,

---

1 Die NSDAP veranstaltete ab 19.00 Uhr nahezu gleichzeitig 20 Versammlungen, auf denen auch Hitler sprach. Vorlage ist die am ausführlichsten überlieferte Rede im Zirkus Krone. Neben Hitler traten zahlreiche Reichstagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete aus verschiedenen Ländern und Mitglieder der Reichsleitung der NSDAP als Redner auf. Einberufen wurden die Versammlungen von Gauleiter Adolf Wagner. Der VB nennt insgesamt 30.000 Teilnehmer, der Lagebericht schätzte die Gesamtteilnahme auf rund 8.000 Personen. Nach Ankündigung im VB vom 1./2.12.1929, "Alle sind gegen uns", Polizeiberichten und Lage der Veranstaltungsorte läßt sich die wahrscheinliche Reihenfolge von Hitlers Auftritten erschließen: Hitlers erster Auftritt fand vermutlich im Gasthaus Zum Hirschen in Solln statt, danach folgte die Deutsche Eiche in Thalkirchen, und um 19.40 Uhr erschien Hitler im von etwa 100 Personen besuchten Neuhofer Garten. Im Bürgerbräu in Laim sprach Hitler um 20.00 Uhr vor 200 Zuhörern zehn Minuten. Wahrscheinlich folgten der Auftritt im Gernerbräu, Gern, im Zirkus Krone, wo laut VB 5.000 Menschen versammelt waren, in der Gartenlaube, im Augustinerkeller, und im Hackerbräumalzhaus. Von 21.20 bis 21.35 Uhr sprach Hitler im Thomasbräukeller vor 500 bis 600 Besuchern; im Salvatorkeller erschien Hitler um 22.00 Uhr, sprach etwa fünf Minuten vor etwa 150 Personen. Danach trat er vermutlich im Franziskanerkeller auf. Um 22.20 Uhr erschien Hitler im Bürgerbräukeller, der von rund 1.000 Teilnehmern besucht war. Anschließend dürfte er im Hofbräukeller aufgetreten sein. Im Kreuzbräu sprach er um 22.40 Uhr etwa zehn Minuten vor wenig über 100 Zuhörern und ist danach vermutlich zum Wagnerbräufestsaal gewechselt. In der Schwabinger Brauerei traf er um 23.10 Uhr ein, wo ihn 1.800 bis 2.000 Menschen erwarteten. Die nächsten von ihm besuchten Veranstaltungen dürften die im Restaurant Blüte und die im Löwenbräukeller gewesen sein. Die Rede im Arzbergerkeller um 0.00 Uhr vor rund 150 Zuhörern schloß die Reihe der Auftritte an diesem Abend. Die Besucherzahlen sind, soweit nicht anders angemerkt, Polizeiangaben.

2 Vgl. Bayerischer Kurier vom 5.12.1929, "Zahlenrausch und Wirklichkeit"; Münchner Zeitung vom 4.12.1929, "20 Hitlerversammlungen" sowie Auszug aus Lagebericht München vom 17.12.1929; BayHSta, MInn 81582; die Polizeidirektion München hatte elf der Veranstaltungen überwachen lassen. Berichte vom 4.12.1929 in: StA München, Pol. Dir. München 6740.

3 Zur Sieben-Mann-Legende vgl. Dok. 1, Anm. 4.

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 2.

5 Für den 12.11.1929 hatte die BVP zu zehn öffentlichen Wahlversammlungen in München eingeladen, die nach Schätzung der Münchner Neuesten Nachrichten von insgesamt etwa 5.000 Menschen besucht waren. Vgl. Bayerischer Kurier vom 13.11.1929, "Die Bayer. Volkspartei in Staat und Gemeinde"; Münchner Neueste Nachrichten vom 14.11.1929, "Die Bayerische Volkspartei im Wahlkampf".

heute mehr als je zuvor. Wenn Sie die Entwicklung Deutschlands heute ansehen, dann müssen Sie zugeben, daß das Regiment der bisherigen Parteien, man mag es entschuldigen mit was immer, am Ende restlos versagt hat. Das Ergebnis ist ein Trümmerhaufen, nicht von uns, denn es gab früher keine Nationalsozialisten, und wir waren auch jetzt wieder jahrelang tot [6], wie der "Bayerische Kurier" versicherte. *Und doch sehen Sie vor sich das Bild vollkommenen Verfalles der deutschen Nation. Und was als Trümmerhaufen vor uns liegt, wird nicht von denen aufgebaut werden können, die diesen Trümmerhaufen geschaffen haben.* Die Parteien, die Deutschland so weit brachten, daß es endlich zerfiel, werden es niemals wieder zusammenfügen. Die Parteien, die die Schuld haben daran, daß Deutschland seine Kraft und seine Macht verlor, werden ihm nicht plötzlich wieder Kraft und Macht zu verschaffen vermögen. Das wäre wider die Natur und gegen alle Vernunft. 60 Jahre lang [7] haben diese Parteien gewählt [*sic!*] - und es ist ihnen nur gelungen, Deutschland zum Zerfall zu bringen. Was Sie heute sehen, ist kein deutsches Volk mehr, sondern ein Gemengsel von Parteien, Berufen, Ständen und Klassen. Glauben Sie, daß die Parteien, die das fertigbrachten, plötzlich wie ein Zauberer dieses zertrümmerte Volk zusammenfügen können? Sie können es nicht, ja, sie werden es vielleicht nicht einmal wollen. Denn sie haben gelernt, in dem jetzigen Zustand zu gedeihen, der für manchen sehr erträglich ist, sie haben sich gut gemacht in der Zeit, in der Millionen deutsche Volksgenossen um ihre Existenz gekommen sind. Sie bleiben, weil sie bleiben müssen, solange dieses Regiment existiert. Jeder, der nüchtern denkt, muß sagen, daß sie nicht eine einzige Antwort auf die Schicksalsfrage der deutschen Zukunft geben können. Wenn nicht eine neue Bewegung entsteht, die wieder zusammenfügt, was zerbrochen ist, dann wäre die deutsche Zukunft hoffnungslos. Das deutsche Schicksal kann man schon jetzt als grauenhaft bezeichnen. Und daß diese neue Bewegung nicht eine der alten, morschen, parlamentarischen Parteien sein kann, ist selbstverständlich. Es kann nur eine junge Bewegung [8] sein, die bereits da ist und die sich durchsetzen wird allen Teufeleien zum Trotz.

Seien Sie überzeugt, was auch unsere Gegner tun werden, die nationalsozialistische Bewegung bringt niemand mehr zum Verschwinden, sie ist da und wird sich durchsetzen. (Anhaltender Beifall.) Wenn jemals die zusammengeballte Kraft von Menschen ein Werk zu fördern vermag, dann ist es unsere Kraft und ist es dieses Werk. Dafür setzen sich im Reich Hunderttausende ein, und der Erfolg wird und kann nicht ausbleiben. Wenn jemand in einem Volk beharrlich ringt und von Wahl zu Wahl seine Anhängerschaft verdoppelt, in einem Staat, dessen Volkszahl sich jährlich nicht um ein 1/4 Prozent erhöht [9], dann *muß* diese Bewegung einst das Schicksal eines Volkes bestimmen.

Wir sind überzeugt, daß die Stunde der Herrschaft dieser Bewegung kommen wird und muß, und kein Teufel kann das verhindern.

---

6 Vgl. Dok. 26, Anm. 52.

7 Vgl. Dok. 101, Anm. 3.

8 Von ihrer Mitgliederstruktur her war die damalige NSDAP eine eminent junge Partei, nur die KPD besaß einen vergleichbar hohen Anteil an Mitgliedern unter 30 Jahren. Lag das Durchschnittsalter der Mitglieder der NSDAP 1920 noch bei 34, so sorgte der hohe Zugang an jungen Leuten dafür, daß sich das Durchschnittsalter in der NSDAP zumindest bis 1927 weiter verjüngte. Vgl. Michael H. Kater, The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945, Oxford 1983, S. 139 ff.

9 Vgl. Dok. 30, Anm. 11.

Auch heute bettle ich nicht um Stimmzettel. Ich bin kein Hundezüchter, kein Mieter, kein Vermieter usw. [10] *Um was ich ringe, sind Anhänger, Mitkämpfer, Seelen, die wir erobern wollen.* Und wer uns Stimmzettel allein geben würde, hätte gar nichts getan. Mitkämpfen, mitwerben, zu jedem hingehen und sagen: Deine Pflicht ist, daß du dich an die Seite des völkischen Kampfes stellst, das ist es, was wir wollen.

Das will ich Ihnen auch sagen: Wer zu uns kein Vertrauen hat, mag es bleibenlassen. Wir flennen nicht und betteln nicht. *Nur wer glaubt, daß es in Deutschland so nicht mehr weitergehen kann, und das Vertrauen zu uns hat, daß wir es einmal anders machen, der soll kommen.* (Stürmischer Beifall.) [11]

5. Dezember 1929 — Dok. 109
Anordnung

VB vom 10.12.1929, "Aus der Bewegung".

1. Jeder Abgeordnete und Kommunalvertreter (Gemeinderat, Stadtrat usw.) der N.S.D.A.P. bezieht ab 1. Januar 1930 das "*Mitteilungsblatt der Nationalsozialisten* in den Parlamenten und gemeindlichen Vertretungskörpern", herausgegeben von der Bayerischen Landtagsfraktion [1].

2. Die Partei gibt für jeden neugewählten Kommunalvertreter der Partei die Bestellung bei der Post auf. Die Post kassiert den monatlichen Bezugspreis von 1.20 [*R*]M ein.

3. *Alle Mandatare* [2] *der Partei* werden zur *Mitarbeit* an den "Mitteilungsblättern der Nationalsozialisten" aufgefordert.

4. Diese Anordnung ist von allen Parteiblättern abzudrucken.

München, den 5. Dezember 1929.

gez.: Adolf Hitler

10 Vgl. Dok. 37, Anm. 9.
11 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Die erste Ausgabe des Mitteilungsblatts der Nationalsozialisten in den Parlamenten und gemeindlichen Vertretungskörpern war im Mai 1927 erschienen. Herausgeber war der Fraktionsvorsitzende der NSDAP im bayerischen Landtag, Rudolf Buttmann.
2 Mandatar. Eigentlich: Bevollmächtigter, österreichisch: Abgeordneter.

5. Dezember 1929 Dok. 110
"Coburg im Brennpunkt der marxistischen Presse"
Rede auf NSDAP-Versammlung in Coburg [1]

Coburger Zeitung vom 7.12.1929, "Massenversammlung der NSDAP" [2].

Politik gehöre nicht in die Gemeinden und Kommunen. Das höre man so oft, weil sich die wenigsten darüber klar sind, was Politik bedeute.

Politik ist Dienst am Volke.

Politik heißt Kampf um die Lebenserhaltung eines Volkes. Der Kampf um die Lebenserhaltung bewege nicht nur den Staat an sich, sondern die gesamten Staatsträger, ganz gleich, wo sie sich befinden.

Wenn eine Volksgemeinschaft zusammenbricht, dann stürzen mit ihr auch die Kommunen zusammen.

So leide unter dem *Young-Plan* [3] nicht nur der Begriff "Deutsches Reich", sondern die einzelnen Bürger, die Menschen an sich. Das Schicksal, das uns bedroht, wirke sich selbstverständlich nicht nur auf die einzelnen Menschen, sondern auch auf die Kommune aus.

Es ist ein Wahnsinn, wenn jemand glaubt, die Kommunen nach anderen Gesichtspunkten zu leiten als das Reich. Die Gesetze für die Regierung eines Volkes seien gleich, ob man Reich oder Kommunen nehme, soweit es sich um prinzipielle Gesetze handele.

Wenn die Entwickelung eines Volkes, das führend war und die Weltgeschichte dirigierte, plötzlich zusammenbricht und

zum Spielball fremder Willkür

geworden ist, dann müsse etwas falsch gemacht worden sein. Wer oberflächlich in seiner Zeit fußt, sieht manchmal gar nicht, ob die Entwicklung vorwärts gehe. Wer das erproben will, müsse einen anderen Maßstab anlegen.

Der erste und sicherste Maßstab liege im Instinkt.

Wenn Völker den Instinkt verlieren, dann hängt es damit zusammen, daß durch Blutmischung und Kreuzung das Volk nicht mehr einheitlich fühle. Es beginne dann der

Widerstreit der Seele.

Was wir in Deutschland als Individualismus bezeichnen, ist der Notschrei des Blutes. Wenn nun ein Volk in diesem Zustand sich befindet und dann noch künstlich verbildet wird, dann muß

anstelle des Instinktes

die erkannte Weltanschauung

treten. Stets müsse ein Volk auf die

eigene Kraft

bauen, die der Gestalter seines Lebens ist. *"Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott [4]!"* Deutschland sei heute das beste Beispiel dafür, wohin man komme, wenn man auf alles andere, nur nicht

1 In den Hofbräugaststätten, abends. Die öffentliche Versammlung, an der laut Bericht des Bezirksamts 2.000 (VB: 3.000) Personen teilnahmen, wurde von Stadtrat Werner Faber geleitet. Vor Hitler sprach Gregor Straßer.
2 Vgl. auch VB vom 8./9.12.1929, "Hitler in Koburg"; Schwede-Coburg, Kampf um Coburg, S. 171-175 sowie Bericht des Bezirksamts Coburg vom 6.12.1929, V 270; BayHStA, MInn 81582.
3 Vgl. Dok. 41, Anm. 11; Dok. 54, Anm. 5.
4 Nach Justus Georg Schöttel (1612-1676): "Mensch, hilf dir selbst, so hilfet Gott mit."

auf die eigene Kraft baue. Hätte Deutschland nur auf das Wort "Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott" gebaut und Solidarität gezeigt, dann wären wir heute wo anders, als wir jetzt sind.

Der Nährboden des Volkes müsse gesund bleiben, frei von fremden Blutmischungen. So ginge es nicht an, daß an der Spitze einer der verantwortlichsten Ämter ein Jude säße.

Die Zukunft der Völker ist nicht abhängig von der Schwere der Masse, sondern ihrer Köpfe.

Der *Demokratie* und dem *Marxismus* müsse man eine Weltanschauung des Wahnsinns vorwerfen. Sie habe es fertiggebracht, Güter, die andere in 100 Jahren aufgebaut haben, in der kurzen Zeit von zehn Jahren zu vernichten, während die bürgerlichen Parteien an einer Unkonsequenz [*sic!*] und Unsicherheit leideten [*sic!*]. Der *Marxismus* habe wenigstens noch eine Weltanschauung, wenn sie auch eine Weltanschauung des Wahnsinns sei, während die bürgerlichen Parteien keine Weltanschauung hätten und unter einer ständigen Zersplitterung litten, wie man es auch jetzt wieder gesehen habe [5].

Wenn man glaube, durch Parteien und Parteichen den Marxismus wirksam zu bekämpfen, dann täusche man sich.

Der Marxismus habe sich immer mehr befestigt, während die Bürgerlichen immer mehr zusammengeschmolzen seien [6].

Statt gegen das heutige System Kampf anzusagen, predige man Mitarbeit.

Aus dieser Zerrissenheit heraus sei die nationalsozialistische Bewegung entstanden, die eine *klare Weltanschauung* vertrete und in der kurzen Zeit ihres Bestehens, eben weil sie einen festen Weg vorgezeichnet habe, trotz härtestem Kampf immer weiter vorgeschritten. Weil sie *nie zu Kompromissen* bereit ist, sondern immer ihr Ziel verfolge und weil sie schließlich auch

Schläge nicht nur auszuteilen, sondern auch auszuhalten verstehe.

Es müsse die Stunde kommen, wo die Welt das Deutschland wieder sieht, das sie einmal gekannt hat. Nicht das Locarno- [7] *und Young-Deutschland, sondern das Deutschland von Lüttich* [8], *Skagerak* [9], *Tannenberg* [10] *und all der anderen heldenhaften Schlachten, wo unser Vaterland noch eine Macht war, die die Welt fürchtete.*

Wenn heute seine politischen Gegner sagen, daß seine Politik eine

Katastrophenpolitik [11]

sei, dann könne ihnen nur die Frage vorgelegt werden: "Was ist katastrophaler als die Politik der bürgerlichen Parteien?" Die Katastrophe ist nur furchtbar für den, der seine Nerven ver-

---

5 Vgl. Dok. 100, Anm. 1.

6 Vgl. Dok. 101, Anm. 5, 14.

7 Zur Konferenz von Locarno vgl. Dok. 3, Anm. 27.

8 Vgl. Dok. 61, Anm. 8.

9 Vom 31.5. bis 1.6.1916 entwickelte sich aus einem zufälligen Zusammentreffen der deutschen Hochseeflotte mit der britischen Grand Fleet vor dem Skagerak die größte Seeschlacht des Ersten Weltkriegs. 37 britische trafen auf 21 deutsche Großkampfschiffe. Obwohl die deutsche Seite mit 115.000 t versenkten britischen Schiffsraums gegen 61.000 t deutscher Verluste einen taktischen Erfolg errang, änderte die Schlacht nichts an der strategischen Seekriegslage: Großbritannien schnitt Deutschland weiterhin den Zugang zu den Weltmeeren ab.

10 Zwischen dem 26. und 31.8.1914 hatte die 8. deutsche Armee unter Führung von Generaloberst Paul von Hindenburg und Generalleutnant Erich Ludendorff die russische Narew-Armee bei Tannenberg, zwischen dem 5. und 15.9.1914 die russische Njemen-Armee bei den Masurischen Seen vernichtend geschlagen.

11 Nach der von ihnen erzwungenen Neuwahl des Coburger Stadtrats (vgl. Dok. 33, 43 und 44) hatte die nationalsozialische Mehrheit, trotz eines bereits defizitären Haushalts, einerseits Steuersenkungen und andererseits erhebliche Mehrausgaben beschlossen. Der Begriff "Katastrophenpolitik" soll erstmals von deutschnationaler Seite gefallen sein. Vgl. Münchener Post vom 26./27.10.1929, "Wenn Hakenkreuzler regieren"; Münchener Telegramm Zeitung vom 1./2.11.1929, "Die Wirtschaft der Nationalsozialisten".

braucht habe. Wenn man hier in Coburg sage, die NSDAP treibe Katastrophenpolitik, *weil sie nichts mehr verschleiere,* dann könne er sagen, daß diese Politik auch weiter im Reiche getrieben und dem Volk endlich einmal gesagt werde, wie es belogen und betrogen wird. Immer werde sich die NSDAP einsetzen für die Reinheit und Sauberkeit und solange kämpfen, bis wieder Sauberkeit im deutschen Volke herrsche und Deutschland frei sei.

7. Dezember 1929 Dok. 111
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 7.12.1929.

Es sind nun endlich die genauen prozentualen Verluste und Gewinne der Parteien anläßlich der letzten Wahlen in Preußen [1] errechnet worden. Es haben danach verloren:

Demokraten	26,3 Prozent
Deutsche Volkspartei	20,9 Prozent
Sozialdemokraten	15,3 Prozent
Kommunistische Partei	14,2 Prozent
Deutschnationale Volkspartei	10,7 Prozent
Wirtschaftspartei	3,4 Prozent
Es haben gewonnen:	
Bauern [2]	1,9 Prozent
Zentrum	8,1 Prozent
Nationalsozialisten	155,0 Prozent [3]

Warum ich das hier anführe? Es ist wieder ein kleines Beispiel, wie die Judenpresse es fertigbringt, die öffentliche Meinung zu verfälschen oder, eigentlich richtiger ausgedrückt, einfach zu verblöden.

Millionen von Deutschen wandeln heute unter uns, die felsenfest überzeugt sind, daß die letzte Wahl in Preußen bewiesen habe, wie wenig glücklich der nationale Radikalismus für die Deutschnationale Volkspartei gewesen sei [4]. Denn so wissen sie es alle: Die Deutschnationale

1 Am 17.11.1929. Vgl. Dok. 100, Anm. 1.
2 Gemeint sind die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei und der Nationale Bauern- und Mittelstandsblock.
3 DDP erhielt 2,4% der in ganz Preußen für die Provinziallandtage abgegebenen Stimmen gegenüber 4,5% bei der preußischen Landtagswahl 1928. Bei der DVP lag das Verhältnis 5,2 zu 8,5, bei der SPD 23,3 zu 29,0, bei der KPD 7,2 zu 11,9, bei der DNVP 15,5 zu 17,4 und bei der Wirtschaftspartei 4,2 zu 4,5%. Die Bauernparteien errangen 3,7 gegenüber 2,9, das Zentrum 19,4 gegenüber 15,2 und die NSDAP schließlich 5,3 gegenüber 1,8%. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 486 f. sowie Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen 1930, S. 352 ff.
4 Vgl. Frankfurter Zeitung vom 18.11.1929 (AA), "Die Wirkung des Volksbegehrens: Nationalsozialistischer Gewinn - Deutschnationaler Verlust".

Volkspartei hat wahnsinnig verloren, und die Haltung der gemäßigt nationalen Deutschen Volkspartei erscheint damit als glänzend gerechtfertigt. So ist es dieser bürgerlichen Judenpresse gelungen, in ein paarmal vierundzwanzig Stunden Schwarz in Weiß und Weiß in Schwarz zu verdrehen. In der Wirklichkeit hat die letzte Wahl gerade den bürgerlichen scheinnationalen Parteien die vernichtende Niederlage zugefügt. An der Spitze marschieren hier, wie es recht und billig ist, die Demokraten. Sie haben über ein Viertel ihres ganzen Bestandes überhaupt eingebüßt. Die Deutsche Volkspartei verlor ein Fünftel, die Sozialdemokraten über ein Siebtel, die Deutschnationale Volkspartei etwa ein Zehntel ihres früheren Bestandes.

Der Gewinn der Bauern ist wohl in erster Linie ausschließlich der großen bäuerlichen Not zuzuschreiben [5] und kommt vielleicht hundertprozentig aus ehemals deutschnationalen Kreisen.

Der Gewinn des Zentrums folgt ebenso zu einem großen Prozentsatz aus der Einwirkung der heutigen Not, zum andern aus neu erfaßten Wählerschichten und wohl auch der heranwachsenden katholischen Jugend. Mächtige Zutreiberdienste für das Zentrum leisten alle kulturkämpferischen Angriffe. Hier können sich die großen Weisen bei der Nase nehmen, die von Zeit zu Zeit im Handumdrehen Kirchen zerschmettern [6]. Sie ahnen gar nicht, wie innig dankbar ihnen das Zentrum für diese Kraftäußerungen ist. Wieviel Grund es dazu hat, beweisen die letzten Ergebnisse dieser Wahl.

Die nationalsozialistische Bewegung hat die weitaus größten Erfolge zu verzeichnen. Wohl nur ein Bruchteil unseres Zuwachses kommt aus dem bürgerlichen Lager, der weitaus größte aus dem marxistischen [7]. Es sind Arbeiter und kleine Angestellte, denen dank der ungeheuren Aufklärungsarbeit unserer Partei langsam die Augen aufgehen, die den Schwindel ihrer bisherigen sozialistischen Organisationen durchschauen und nun innerlich die Konsequenzen ziehen. Aus bürgerlichem Lager haben wir nur jene energischen national eingestellten Menschen bekommen, denen der waschlappige [*sic!*] Kurs unserer bürgerlichen Parteien allmählich auf die Nerven geht und unerträglich wird.

Ich weiß zum Beispiel heute wirklich nicht, was ich mehr sein soll, freudig oder traurig. Wenn ich die Haltung der deutschnationalen Fraktionen [*sic!*] im Reichstag vom Gesichtspunkt des Volksbegehrens [8] beziehungsweise des Volksentscheids [9] ansehe [10], dann kann einem wirklich alles leid tun. Wie will man hoffen, eine Nation zu einer heroischen Tat aufzureißen, an die man selbst nicht glaubt. Ich bin kein Parlamentarier und gestehe, daß mich angesichts einer solchen Entwicklung der Ekel immer mehr behütet, jemals einer zu werden. Allein ich weiß auch, daß solche Vorgänge in unserer nationalsozialistischen Partei von vornherein einfach

5 Vgl. Dok. 26, Anm. 8.
6 Wahrscheinlich Anspielung auf die antikirchliche Agitation von Erich und Mathilde Ludendorff. Vgl. z. B. Ludendorffs Volkswarte vom 17.11.1929, "Jesuit und 'Nationale'".
7 Vgl. Dok. 101, Anm. 19.
8 Vgl. Dok. 92, Anm. 2.
9 Vgl. Dok. 93, Anm. 48.
10 Am 29./30.11.1929 wurde vor dem Reichstag der durch das Volksbegehren eingebrachte "Gesetzentwurf gegen die Versklavung des deutschen Volkes" beraten. Bei der namentlichen Abstimmung über den § 4 hatten sich 19 Abgeordnete der DNVP in namentlicher Abstimmung der Stimme enthalten. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 426, S. 3369 ff.

unmöglich wären! Und zwar in jeder Fraktion unmöglich! Und ich gestehe auch, daß ich persönlich lieber mutterseelenallein meine politische Idee vertreten würde als im Verein mit einer so wenig verläßlichen und standhaften Vereinigung. Als Kämpfer gegen den Young-Plan [11] und für den Volksentscheid empfinde ich die parlamentarische Entwicklung der bürgerlichen nationalen Parteien als wirklich tieftraurig. Als Nationalsozialist, der nur die Hoffnung auf den Sieg der eigenen Partei hat, fühle ich den Erfolg kommen als Folge dieses bürgerlichen Handelns. Eines können wir den Parlamentariern der Deutschnationalen [*Volks-*]partei heute sagen: Die letzte Wahl in Preußen hat uns fast keinen Gewinn aus dem deutschnationalen Lager gebracht. Wer das Gegenteil behauptet, kann entweder nicht sehen und lesen, oder will sich nicht zur Wahrheit bekennen [12]. Das Verhalten der deutschnationalen Fraktion anläßlich der Abstimmung über das Freiheitsgesetz [13] wird uns aber, ohne daß wir auch nur einen Finger zu rühren brauchen, für die nächste Wahl aus der deutschnationalen Wählermasse eine halbe Million Stimmen im Reiche zuführen! Das können sich die klugen Parlamentarier in Berlin gesagt sein lassen: Glänzender hat noch nie eine Partei für uns gearbeitet. Sie sollen sich nicht wundern, wenn alles, was nationales Rückgrat hat, den bürgerlichen Parteien langsam den Rücken kehrt. Daß das aber unbedingt zur deutschen Rettung notwendig ist, hat am schlagendsten diese letzte kurze Reichstagsitzung bewiesen [14]. Oder glaubt man wirklich, mit so morschen Gebilden, mit so innerlich uneinigen und zerfahrenen Parteiinstrumenten den Marxismus zerbrechen zu können? In der Deutschnationalen Volkspartei befindet sich heute ein Mann, dem ich meine Hochachtung und meinen Respekt nicht versagen kann [15]. Es ist ein guter deutscher Patriot von anständiger und ehrenhafter Gesinnung. Allein ich glaube, daß hier ein zu guter Kopf sich an einem zu schlechten Instrument abmüht. Die Zukunft mag zeigen, ob es ihm gelingt, aus dieser untauglichen Waffe noch einmal eine verwendbare zu machen.

Wir Nationalsozialisten können mit einem förmlichen inneren Stolz in die nächste Zukunft hineinmarschieren. Noch nie war unsere Bewegung innerlich einheitlicher und disziplinierter als jetzt. Es gibt auf der Welt nichts vollkommen Vollendetes, und so bleibt stets ein genügend großer Spielraum für den Kritiker und sein Wirken. Allein, was man aus nichts heraus in wenigen Jahren überhaupt schaffen kann, das haben wir Nationalsozialisten wohl als einzige geschafft. Und das fühlt auch die noch nicht durch tausend Wenn und Aber verbildete Jugend. Und das ist der wahre Grund, weshalb sie uns heute an Universitäten und Techniken [*sic!*] ihr Vertrauen schenkt und in immer steigendem Maße ihre Stimmen gibt [16].

Während unser nationales Bürgertum zerfällt, nimmt die nationalsozialistische Bewegung den nationalen Gedanken in ihre Hut und Pflege und wird mit eisernen Fäusten die Flagge der

---

11 Vgl. Dok. 41, Anm. 11; 54, Anm. 5.

12 Vgl. Dok. 101, Anm. 15.

13 Das "Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes" wurde in der Propaganda der Initiatoren des Volksbegehrens auch "Freiheitsgesetz" genannt.

14 Über die Paragraphen des Gesetzentwurfs wurde einzeln abgestimmt. Zwischen 306 und 317 Stimmen wurden dagegen, 82 bis 60 dafür abgegeben. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 426, S. 3374.

15 Gemeint ist vermutlich Alfred Hugenberg.

16 Bei den Wahlen der Studentenschaften im Wintersemester 1929/1930 konnte der NSDStB z. B. an der TH Berlin neun gegenüber vier Sitzen erringen, in München die Zahl seiner Sitze von drei auf fünf, in Jena von zwei auf drei steigern und in Bonn erstmals fünf gewinnen. Vgl. Faust, Studentenbund, S. 140 ff.

deutschen Erhebung [17] an die Spitze unseres Volkes tragen. Einst wird die Stunde kommen, in der das berühmte Kommando Lord Seymours [18] "Germans of [*sic!*] the front" [19] in Deutschland eine Wiederauferstehung erleben wird. Nicht wir, sondern das deutsche Bürgertum selbst wird es schreien:

Nationalsozialisten vor die Front!

7. Dezember 1929 Dok. 112
"Die Rettung des Marxismus durch das Bürgertum"
Schreiben an Fritz Schäffer

VB vom 7.12.1929, "Hitler gegen Schäffer".

Herr Schäffer!

In einer soeben erschienenen und von Ihnen, Herr Schäffer, unterzeichneten Parteiverlautbarung stellen Sie die Behauptung auf, daß *die Bayerische Volkspartei als einzige wirklich den Marxismus bekämpfe* [1]. Dieser Kampf war, wenn er jemals überhaupt ehrlich geführt wurde, zumindest im Erfolg ein negativer. Die *Bayerische Volkspartei, einst ein Teil des Zentrums* [2], *hat trotz ihres Kampfes, dessen Existenz ihrer Behauptung nach vorliegen soll* [*sic!*], *den Sieg des Marxismus nicht zu verhindern vermocht.* Als im Jahre 1918 die sogenannte *"Revolution"* ausbrach, mußte sie als ein Werk marxistischer Arbeit angesprochen werden [3]. Es ist also zunächst unzweifelsfrei feststehend und vor jeder Verdrehung gesichert:

Die Bayer[*ische*] *Volkspartei hat durch ihren angeblichen Kampf gegen den Marxismus die Vernichtung des alten deutschen Reiches durch den Marxismus nicht verhindert!*

---

17 Gemeint ist die Hakenkreuzflagge. Vgl. Dok. 61, Anm. 30.

18 Sir Edward Hobart Seymour (1840-1929), 1852 Eintritt in die britische Marine, 1889 stellvertretender Kommandeur der Kanalflotte, 1897-1901 Oberbefehlshaber der britischen Streitkräfte in China, 1901 Admiral, 1905 Ruhestand.

19 "The Germans to the front." Mit diesen Worten schickte Seymour, der Oberbefehlshaber des europäischen Expeditionskorps während des Boxeraufstands in China, am 22.6.1900 eine deutsche Abteilung an die Spitze seiner Truppen.

1 Im seinem Wahlaufruf als Vorsitzender der BVP vom 4.12.1929 schrieb Fritz Schäffer:
"Der *Nationalsozialismus* ist, wie sein Wort sagt, Nationalismus und Sozialismus. *Er ist unser Feind*, weil der Sozialismus unser Feind ist. Er ist aber auch unser Feind, weil dieser chauvinistische und *unchristliche Nationalismus*, der sich an der Phrase berauscht, keine aufbauenden Kräfte enthält, sondern die nationalen Kräfte der Deutschen vollends zereißt.
So hat sich die Bayerische Volkspartei dem marxistischen und dem nationalistischen Sozialismus und allen ihren Schleppenträgern zum Kampf gestellt. Anscheinend zwei Fronten, in Wirklichkeit nur eine Front." Vgl. Bayerischer Kurier vom 4.12.1929, "Der Tag der Verantwortung".
Vgl. auch Otto Altendorfer, Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei 1888-1945. Teilband II, München 1993, S. 420 f.

2 Vgl. Dok. 94, Anm. 21.

3 Vgl. Dok. 7, Anm. 56.

Daraus kann man zwei Folgerungen ziehen: Entweder der Kampf des alten Zentrums - plus heutiger Bayerischer Volkspartei - war von vornherein nicht ehrlich gedacht oder nicht richtig geführt. Das Resultat ist aber jedenfalls in beiden Fällen das gleiche: *Ein großes Reich und ein einst freies stolzes Volk sind zusammengebrochen!*

Als ich einst nach schweren inneren Kämpfen mich endgültig entschlossen hatte, parteipolitisch aufzutreten [4], *lag das positive Resultat des Kampfes Ihrer Partei gegen den Marxismus grauenhaft vor uns, Herr Schäffer.* Da eine innere Wesensänderung im Zentrum nun nur insoweit erfolgte, als ein Teil, der bayerische, die alte Tradition unter einem neuen Namen - Bayerische Volkspartei - fortzuführen versprach, während der andere als gleichbleibendes Zentrum sich dem behauptungsweise bisher bekämpften marxistischen Feind in engster Umarmung hingab, war nach menschlicher Voraussicht sowohl [*sic!*], als nach den Gesetzen aller Logik auch für die Zukunft von dem angeblichen *"Kampf gegen den Marxismus"* nichts mehr zu erwarten.

Tatsächlich ist ja auch seitdem der Marxismus weder durch die Tätigkeit des Zentrums noch durch die der Bayerischen Volkspartei auch nur im geringsten wirksam bekämpft worden.

Das Zentrum und die Bayerische Volkspartei haben nicht vermocht, die Anhänger der Marxisten auf ihren Boden herüberzuziehen, sondern im Gegenteil:

Sie sind auf den Boden der vom Marxismus geschaffenen Tatsachen getreten [5]!

Das Bild des im Jahre 1918 und [*19*]19 vor Augen liegenden Verfalls sowie der Blick in die nach allen Gesetzen der Logik vermutlich gleichlaufende Entwicklung in der Zukunft, veranlaßten mich im Jahre 1919, einer Hand voll Menschen beizutreten [6] mit dem Ziele, eine Bewegung ins Leben zu rufen, die erfüllen soll, was Sie, Herr Schäffer, von der Bayerischen Volkspartei behaupten, in Wirklichkeit aber zumindest bisher erfolglos blieb: Den Kampf gegen den Marxismus.

Es war in diesen Jahren meine heilige Absicht, die ganze Kraft meines kommenden Lebens nur dieser einzigen Aufgabe zu widmen. Ich habe die Existenz der bürgerlichen Parteien vielleicht als bedauerlich, aber noch nicht als verderblich angesehen. Ich hielt sie damals für schlecht geleitet, im Wollen vielleicht gut, im Handeln schwach, im Kampfe für unzuverlässig, um nicht zu sagen feige. *Ich habe es damals noch für unmöglich angesehen, daß eine sogenannte nationale oder gar behauptungsweise "christliche" Partei jemals mit dem Marxismus ernstlich paktieren könnte.* Ich glaubte damals noch an die Aufrichtigkeit der sogenannten

"monarchischen Einstellung"

unserer sogenannten bürgerlichen Parteien. Was immer mich daher von diesen Gebilden auch trennen mochte, so glaubte ich doch nie, mich ihnen eines Tages im Kampfe entgegenstellen zu müssen. Und zwar in einem Kampf der Abwehr deshalb, weil dieselben bürgerlichen Parteien sich zu Schützern des Marxismus hergeben würden.

Ich habe dann jahrelang gekämpft und dabei die bürgerliche Parteiwelt seitwärts liegen lassen. Ich habe sie nie geschätzt, da der Beweis des geringen positiven Wertes für die Nation auch die Tätigkeit dieser Gruppen für jeden Sehenden klar erbracht worden war. Ich empfand

4 Vgl. Dok. 35, Anm. 29.
5 Vgl. Dok. 94, Anm. 24.
6 Hitler war am 16.9.1919 Mitglied der damaligen DAP (vgl. Dok. 1, Anm. 2) geworden. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 251 f.

aber keinen Zwang zu einem offenen Streit, da ich es als selbstverständlich ansah, daß im Falle einer Auseinandersetzung der jung emporstrebenden nationalsozialistischen Bewegung mit dem Marxismus, das Bürgertum, unfähig selbst offensiv zu kämpfen, zumindest eine anständige Neutralität wahren würde. Und ich bin blutig enttäuscht worden [7].

Je mehr der Nationalsozialismus wuchs und je größer seine Gefahr für den Marxismus wurde, um so näher rückten die sogenannten "bürgerlichen", "nationalen", "christlichen" Parteien zum Marxismus hin! Gegen den eigenen Willen wurde die nationalsozialistische Bewegung in ihrem Kampf um die deutsche Zukunft von den Parteien angefallen, die eigentlich an ihrer Seite hätten stehen müssen, wenn nicht alle die Behauptungen von "christlich-nationaler" Gesinnung eben reiner, purer Schwindel waren.

Es kam die Zeit, in der die bürgerlichen Parteien den marxistischen Reichsverderbern bei jeder Gelegenheit und in jeder kritischen Stunde traurige Handlangerdienste leisteten. Unter Verzicht auf alle in den Programmen versprochenen *weltanschaulichen* und *religiösen* Ziele, sahen sie ihre höchste Aufgabe nur in der Erhaltung des gegebenen *marxistischen Zustandes.* Wer diesen Zustand bedrohte, wurde gemeinsam mit dem Marxismus als Feind behandelt.

Unter dem verlogenen Schlagwort der Ruhe und Ordnung setzte man die Politik der Vorkriegszeit fort: Man knebelte den Widerstand gegen die marxistischen Volksverderber!

Es war in diesen Jahren nie meine Absicht, einen offenen Kampf gegen die bürgerlichen Parteien gleich welcher Art zu führen. Ich wurde aber von ihnen selbst bekämpft und mußte mich endlich verteidigen. Es kam die Zeit, da der Marxismus zu schwach gewesen wäre, sein eigenes Werk zu schützen. *Es wurde von bürgerlichen Parteien gerettet!* Was aus den Reihen dieser Parteiwelt uns an Verfolgungen zugefügt wurde, nur weil wir uns nicht bereiterklärten, auf *den Boden der marxistischen Tatsachen zu treten,* ist unerhört. Es gab Zeiten, in denen selbst marxistische Regierungen fast anständiger waren in der Behandlung ihrer politischen Gegner als "bürgerliche" in der Verfolgung der erklärten Feinde des Marxismus.

Und Tatsache ist, daß denn auch das Werk des Marxismus, unter dauernder fördernder Beihilfe des restlos auf den Boden der Tatsachen getretenen christlichen und nationalen Bürgertums, immer mehr und mehr stabilisiert wurde und heute bereits als von "Gott gewollt" den frechen Anzweiflern hingestellt wird.

So wurde ich durch ewige Angriffe und Verfolgungen von seiten dieser bürgerlichen Parteien oft und oft zur Abwehr gedrängt und gezwungen. Und da allerdings glaube ich auch hier an die Gültigkeit des Satzes, *daß die beste Parade dann im Hieb liegt.*

Als ich im Jahre 1925 wieder die Führung der Partei übernommen habe [8], versicherte ich, um nur ja keinen Zweifel über die unverrückbare Zielrichtung meines politischen Wollens aufkommen zu lassen, erneut, den Feind ausschließlich im Marxismus zu erblicken und diesen demgemäß zu bekämpfen. Und ich hatte noch kaum diese klare Feststellung getroffen, als auch schon *unter Zuhilfenahme plumper Fälschungen der bürgerliche Kampf gegen mich einsetzte* [9].

---

7 Vgl. Dok. 3, Anm. 23.

8 Vgl. Bd. I, Dok. 2.

9 Die Polizeidirektion München hatte am 9.3.1925 fünf für den nächsten Tag angekündigte Versammlungen der NSDAP, auf denen Hitler sprechen sollte, mit der Begründung verboten, daß Hitler in seiner Rede zur Neu-

Ihrem ingeniösen Kopf, Herr Schäffer, ist damals die glänzende Idee entsprungen, meinem Kampf gegen den Marxismus die in ihren Augen wirksamste Fessel des *Redeverbotes* anzulegen [10]. Dieser Geistesblitz, dessen Wirksamkeit sich nach 5 Monaten ins Gegenteil verkehrte [11], entsprang also nicht einem *marxistischen*, sondern einem *bürgerlichen* Gehirn. Es war für mich ja allerdings eine große Ehre, in solche Behandlung genommen zu werden. Ich bin nach Ihrer heiligsten Überzeugung, weiser Herr Regierungsrat, ja nur ein Esel, aber selbst vor ihm scheint Sie das Gefühl der Inferiorität nicht verlassen zu haben [12]. Sie hatten Angst vor seiner Rede.

Es bleibt für ewig ein Ruhmestitel, als bürgerlicher Parteipolitiker seinem politischen antimarxistischen Gegner als erster im neuen Deutschland den Mund verbunden zu haben.

Der von Ihnen, Herr Schäffer, und Ihrer Partei so sehr "bekämpfte" Marxismus hat sich denn auch dankbar beeilt, das vorgezeigte Experiment nachzuahmen. Es kam die Zeit, in der die nationalsozialistische Bewegung sich dank dieser Methode wiederfand.

Natürlich haben Sie mich gezwungen, die Verteidigung aufzunehmen. *Gegen meinen Willen und gegen meine Absicht wurde ich erneut zu einem Kampf gedrängt, dessen Sinn und Zweck sonst unverständlich wäre.*

Das "katholische Christentum" der Bayer[*ischen*] *Volkspartei: Bündnis mit atheistischen Marxisten - Kampf den Nationalsozialisten*

Und heute ist es genauso.

Ich hatte nicht die Absicht, persönlich oder gar rednerisch mich im Kampf um das Münchener Rathaus mit den bürgerlichen Parteien abzugeben [13]. Ich wollte mich nur dem Volksbegehren [14] und der Aufgabe widmen, die ich heute und für immer als die Schicksalsfrage des deutschen Volkes ansehe:

Kampf dem Marxismus

Diesen Augenblick, Herr Schäffer, fanden Sie als den richtigen, wieder den Kampf gegen die nationalsozialistische Bewegung und insbesondere gegen meine Person als vordringlichste Aufgabe zu beginnen. Über die Methoden Ihres Vorgehens will ich mich weiter unten auslassen.

Zunächst, Herr Schäffer, haben Sie vor aller Welt festgestellt, daß, solange sich die Bayerische Volkspartei unter Ihrer Führung befindet, sie niemals mit Nationalsozialisten zusammenarbeiten werde [15]. *Sie haben ausdrücklich diese Feststellung auf unsere Partei beschränkt*

---

gründung der NSDAP am 27.2.1925 (Vgl. Bd. I, Dok. 6) "in nicht mißzuverstehender Weise" versucht habe, "die Massen zu Gewalttätigkeiten aufzupeitschen oder doch auf solche Gewaltakte vorzubereiten". Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 9.3.1925, "Versammlungs-Verbot". Hitler bestritt diesen Vorwurf und legte erfolglos Beschwerde bei der Regierung von Oberbayern ein. Vgl. VB vom 8.4.1925, "Gegen die Knechtung der nationalsozialistischen Bewegung".

10 Vgl. Dok. 60, Anm. 11.

11 Möglicherweise Anspielung auf die Gründung des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins e. V. am 21.8.1929, die der NSDAP Rechtscharakter verlieh. Vgl. Bd. I, Dok. 63, 64.

12 Am 5.11.1929 hatte Fritz Schäffer auf einer Wahlversammlung in Würzburg Hitler heftig angegriffen. Vgl. Bayerischer Kurier vom 7.11.1929, "Abg. Schäffer stellt Hitler".

13 Vgl. jedoch Dok. 106, 108.

14 Vgl. Dok. 77, Anm. 2.

15 Vgl. Anm. 1.

und damit die Möglichkeit einer solchen Zusammenarbeit mit anderen Parteien für Ihre Person offen gelassen!

Herr Regierungsrat! Mit dieser ersten Feststellung haben Sie bewiesen, daß die geistigen Ausmaße, die einen Menschen zum wohlbestallten Regierungsrat zu erheben vermögen, doch nicht immer genügen, einen Politiker daraus zu machen. Ich persönlich halte eine solche Erklärung tatsächlich für eine Eselei! Sie sollen nun nicht meinen, Herr Schäffer, daß die nationalsozialistische Bewegung Ihnen das Unglück zufügen wird, Sie von Ihrer eingenommenen Stellung wegzudrängen. *Sie haben das erklärt und wir nehmen es zur Kenntnis.*

Ich habe die *steigende Tendenz in Ihrer Partei hin zum Zentrum* selbstverständlich genauso verfolgt wie alle anderen denkenden Menschen. *Ich finde es als natürlich, schon jetzt für diesen Fall festzustellen, daß damit ein Bündnis mit dem Marxismus möglich, mit dem Nationalsozialismus ausgeschlossen ist.*

Sie motivieren dies damit, daß der "Sozialismus unchristlich" sei [16]. Mir ist eine große Partei bekannt, die das umgekehrte behauptete. Die christlichsoziale Bewegung in Österreich [17] hat im Gegenteil den *wahren Sozialismus als eine eminent christliche Angelegenheit hingestellt* und auch in die Namensbezeichnung aufgenommen. Sie lehnen den "Nationalismus" ab. Sie, Herr Schäffer, republikanischer Regierungsrat aus Bayern, dozieren, daß

ein Zusammengehen oder Zusammenarbeiten mit dem Nationalismus, weil unchristlich und unkatholisch, nicht in Frage käme. Das Oberhaupt der katholischen Kirche, der Papst [18], *hat hier ebenfalls ersichtlich eine andere Meinung. Das vertragsweise Vergleichen* [*sic!*] *mit dem italienischen Faschismus ist die eminenteste Zusammenarbeit der Kirche mit dem ausgeprägtesten Nationalismus, den es heute überhaupt in der Welt gibt* [19].

Aber nicht die Kirche ist ja hier entscheidend, sondern Herr Schäffer aus München!

Zusammenfassend kann ich hier noch folgendes feststellen:

Nach Ihrer endgültigen, für die Bayerische Volkspartei bindenden Entscheidung ist ein Zusammengehen und Zusammenarbeiten dieser Partei kraft Ihres Befehls mit der nationalsozialistischen Bewegung, die prinzipiell auf dem Boden des Gottesglaubens steht und sich zum Christentum bekennt [20], *ausgeschlossen, mit den atheistischen Gottesleugnern des grundsätzlich antireligiösen Marxismus aber zumindest denkbar.* Es ist dies Ihrer Überzeugung nach dann der lebendige Ausdruck eines wahrhaft "katholischen Christentums"!

---

16 Vgl. Anm. 1.

17 In Österreich hatten sich 1890/91 mehrere Verbände mit religiös begründeter sozialreformerischer Zielsetzung und deutlich antisemitischer Tendenz zur Christlichsozialen Partei zusammengeschlossen. Geprägt wurde die neue Partei zunächst von ihrem Organisator Karl Lueger. In der Republik Österreich war die Partei eng mit der katholischen Kirche und katholischen Laienorganisationen verbunden, vertrat einerseits ständestaatliche und autoritäre Vorstellungen, setzte sich andererseits für sozialpolitische Maßnahmen ein und pflegte zeitweise engen Kontakt zur Heimwehr. Vgl. Anton Staudinger, Christlichsoziale Partei. In: Österreich 1918-1938, Bd. 1, S. 249-276.

18 Pius XI. (eigentlich: Achille Ratti, 1857-1939), 1888 Bibliothekar an der Ambrosiana in Mailand, 1912 Bibliothekar an der Vatikanischen Bibliothek, 1919 Nuntius in Polen, 1921 Erzbischof von Mailand, 1922-1939 Papst.

19 Bezieht sich auf die Lateranverträge. Vgl. Dok. 4, Anm. 23.

20 Zum damaligen Verhältnis von Nationalsozialismus und christlicher Religion vgl. Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1, S. 110 ff.

Ich erinnere mich hierbei eines Prozesses, der vor einigen Jahren zwischen Marxisten und Nationalsozialisten in der Au stattfand. Als es zur Vereidigung kam, forderten die Nationalsozialisten den religiösen Eid, die Marxisten lehnten ihn ab und verlangten die weltliche Verpflichtung [21]. Aber dennoch stellen Sie, Herr Schäffer, fest, daß Sie als Christ und Katholik mit den einen niemals zusammenarbeiten können, sondern verpflichtet sind, sie auf das furchtbarste zu bekämpfen, während die anderen für Sie als bündnisfähig erscheinen und tatsächlich auch im Zentrum unzertrennliche Bundesgenossen gefunden haben [22]!

Wir sind Ihnen zu Dank verpflichtet, daß Sie diese Ihre innere Überzeugung schon beizeiten vor der Wahl bekanntgegeben haben. Vielleicht wird es Ihren Bemühungen gelingen, in München einem roten Bürgermeister in den Sattel zu helfen oder wenigstens mit dem marxistischen Atheismus zusammen christlich-katholische Politik zu machen. Vielleicht wird es Ihnen auch gelingen, Bayern zu jener sittlich-christlichen Kulturhöhe zu heben, in die Zentrum und Marxismus große Teile des übrigen Reiches, an der Spitze unsere in wahrhaft christlicher Kultur und Moral voranleuchtende Reichshauptstadt [23], bereits gebracht haben. Von uns Nationalsozialisten ist Ihnen die Bahn nach Ihrer Erklärung freigemacht!

Sie haben, Herr Schäffer, diese allgemeine, grundsätzliche Kampfansage aber auch benützen zu müssen geglaubt, den persönlichen Kampf gegen mich in aller Schärfe aufzunehmen. Ich bin diese Art von Kampf gegen einen politischen Gegner von seiten Ihrer Partei gewöhnt.

Es sind Jahre her, seit Ihre Partei mit der Behauptung operierte, ich wäre in meiner Jugend in der *"Los-von-Rom-Bewegung"* [24] tätig gewesen. Als dieser Schwindel sich nicht mehr aufrechterhalten ließ, zerrte man meinen alten seligen Vater [25] aus dem Grabe und verleumdete ihn, indem nun dieser einer der Führer dieser Bewegung von einst gewesen sein sollte. Gemäß dem Spruch: "Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm!", konnte man hoffen, damit auch meine erblich vorbelastete Minderwertigkeit allgemein sichtbar zu demonstrieren. Nachdem auch dieser lumpenhafte Versuch als erbärmliche verleumderische Erfindung vom Anfang bis zum Ende als unwahr festgestellt werden konnte, verbreitete aber man wenigstens, daß der Geburtsort, von dem ich herstamme - Braunau a. Inn -, einer der berüchtigtsten Ausgangsorte der Los-von-Rom-Bewegung gewesen sei!! Nach einiger Zeit allerdings verlor auch dieser himmelschreiende Unsinn seine Wirksamkeit, und man erfand eine andere Möglichkeit der Verleumdung: Ich hätte die Hostie ausgespuckt und dadurch schon mit 13 Jahren bewiesen, wie elend

---

21 Näheres nicht ermittelt.

22 Seit Januar 1925 war die BVP zusammen mit dem Zentrum in acht Reichsregierungen vertreten; davor hatte sich jedoch das Zentrum an neun Reichsregierungen ohne die BVP beteiligt. Zu den Spannungen zwischen BVP und Zentrum, die während des Wahlkampfs zur Reichspräsidentenwahl 1925 ihren Höhepunkt erreichten und eine Wiedervereinigung der beiden Parteien verhinderten, vgl. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 172 ff.

23 Berlin.

24 Die "Los-von-Rom-Bewegung" propagierte, unterstützt vom Alldeutschen Verband und dem Evangelischen Bund, den Beitritt der deutsch-österreichischen Länder zum Deutschen Reich und den Austritt aus der katholischen Kirche. Vgl. Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch (Hrsg.), Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. IV: Die Konfessionen, Wien 1985, S. 587 ff.

25 Alois Hitler (bis 1876: Schicklgruber, 1837-1903), 1851 Schuhmacherlehre, 1855 Eintritt in den österreichischen Zolldienst, 1895 Pensionierung als Zollamts-Oberoffizial.

und verkommen meine moralischen Qualitäten seien[26]. Und es war immerhin reizvoll, daß sich schon dabei die Möglichkeit eines gemeinsamen Kampfes von Marxismus und christlich-katholisch-bayerischer Politik gegen einen politisch verhaßten Katholiken zeigte. *Sozialdemokratische Zeitungen wurden plötzlich zu Hütern des Altarsakraments!* Und katholische Priester gingen in ihrem politischen Haß soweit, daß sie endlich dieses Sakrament für gerade recht fanden, um zur Vernichtung eines politischen Gegners verwendet zu werden! Auch diese Schurkerei, einen 36jährigen Mann politisch und moralisch zu erledigen, indem man ihm eine nie begangene Tat im Alter von 13 Jahren vorwarf, brach als eine gemeine Lüge zusammen!

Der Vorwurf des Ehrenwortbruches

Und man suchte weiter!

Sie werfen mir heute, Herr Schäffer, vor, meine Behauptung, daß der Artikel der Münchner Telegramm Zeitung, ich hätte den Kronprinzen Rupprecht bedroht[27], dem Sinn und Inhalte nach eine Unwahrheit sei, wäre eine Lüge[28].

Es wird im Gerichtssaal bewiesen werden, wer von uns beiden die Wahrheit gesprochen hat[29]: Ich, Herr Schäffer, oder Sie!

Sie werfen mir vor, ich hätte mich in der Revolutions- und Rätezeit feige gedrückt[30]!

Ich freue mich, im Gerichtssaal über Krieg und Revolutionszeit und mein Verhalten in beiden, Rechenschaft ablegen zu können! Ich hoffe, daß Sie dies genau so gut vermögen wie ich!

Sie behaupten, ich hätte durch den "Putsch" im Jahre 1923 ein gegebenes
Ehrenwort
gebrochen[31].

Ich werde Ihnen im Gerichtssaal beweisen, daß ein solches Ehrenwort schon seit dem 28. Januar 1923 nicht mehr existierte[32] und im übrigen bereits das Gericht in seinem Urteilsspruch vom 1. April 1924 festgestellt hat:

"Was den Einwand der Angeklagten, es habe sich, weil Kahr mit von der Partie gewesen sei, um einen legalen Akt, mindestens um einen vermeintlichen legalen Akt gehandelt, auf alle Fälle habe ihnen das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gefehlt, in subjektiver Hinsicht anlangt,

---

26 Dieser Vorwurf stand im Mittelpunkt des Beleidigungsprozesses, den Hitler gegen Domkapitular Georg Sponsel angestrengt hatte. Vgl. Bd. II/1, Dok. 147.

27 Vgl. Dok. 93, Anm. 44.

28 Am 5.11.1929 auf einer Wahlversammlung in Würzburg: "Ich erkläre hiermit ausdrücklich, daß, wenn Adolf Hitler die Schilderung der 'Telegramm Zeitung' als unwahr bezeichnet, er nach meinen zuverlässigen Angaben lügt." Vgl. Bayerischer Kurier vom 7.11.1929, "Abg. Schäffer stellt Hitler".

29 Vgl. Dok. 93, Anm. 46.

30 "Hitler schweigt, wenn man ihn daran erinnert, daß man zur Zeit der nationalen Gefahr in Bayern, zur Zeit als wir die Revolution und die Räterepublik überwanden, von ihm und seiner Bewegung noch gar nichts zu hören war." Vgl. Bayerischer Kurier vom 7.11.1929, "Abg. Schäffer stellt Hitler"; sowie Dok. 93, Anm. 37.

31 Bezieht sich auf Hitlers Zusicherung gegenüber dem Kommandeur der Reichswehr in Bayern, General Otto von Lossow, den Aufmarsch seiner Anhänger beim ersten Reichsparteitag der NSDAP (27. bis 29.1.1923) nicht zu einem Putsch zu nutzen. Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 170 f.

32 Am 28.1.1929 fand in München auf dem Marsfeld eine Fahnenweihe im Rahmen des ersten Reichsparteitages der NSDAP statt. Druck von Hitlers Rede: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 479 f.

so gesteht das Gericht den Angeklagten zu, daß sie mit Ausnahme von Pernet [33] und Wagner [34], die sich um diese Dinge bis zum 8. November [*1923*] kaum viel gekümmert haben werden, und von Ludendorff, der, wie noch zu erörtern sein werden wird, eine Sonderstellung einnimmt, *bis kurz vor dem 8. Nov*[*ember*] *der Meinung waren, auch Kahr, Lossow* [35] *und Seißer* [36] *beabsichtigen einen Marsch nach Berlin.* Es mag auch sein, daß sie hofften, wenn sie ihrerseits mit dem Beginn des Marsches ernst machten, würden sie die drei wieder auf ihre Seite bringen. *Und es unterliegt nach der Überzeugung des Gerichtes endlich keinem Zweifel, daß sie nach den Vorgängen auf der Tribüne und im Nebenzimmer des Bürgerbräukellers davon überzeugt waren, daß die drei nun auf Gedeih und Verderb mit ihnen gingen.* Denn es war ja gerade die Absicht Kahrs, Lossows und Seißers, sie in diesen Glauben zu versetzen. *Eine Absicht der Angeklagten, gegen den ernstlichen Willen Kahrs, Lossows und Seißers zu handeln, hat sicher niemals bestanden* [37]*."*

Und weiter entschied das Gericht:

"Das Gericht kann deshalb auch nicht annehmen, daß der Überfall im Bürgerbräu-Keller einen bewußten Wortbruch seitens der Angeklagten bedeutet. Auch hierin geht es mit der Staatsanwaltschaft einig [38]*!"*

Ich muß dabei noch einfügen, daß dem Gericht auch das angezogene Ehrenwort eines Ministers Dr. Schweyer durch eine Zuschrift bekanntgegeben worden war!

Es stand ganz im Ermessen des damaligen Gerichtes, die Wahrheit über die Vorgänge im November 1923 auf das gründlichste zu erforschen. Denn es sind allein von uns rund 240 Zeugen zur Aufhellung dem Gericht zur Ladung vorgeschlagen worden. Tatsächlich wurden kaum 40 vernommen, darunter eine erdrückende Anzahl von durch den Staatsanwalt vorgeschlagenen *Belastungszeugen.* Im übrigen waren wir alle überzeugt, daß, wenn die damals unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgehabten Verhandlungen und Zeugenvernehmungen vor den Ohren der Öffentlichkeit erfolgt wären, die öffentliche Meinung sich ein noch ganz anderes Urteil gebildet haben würde, als es so schon der Fall war [39]. Außerdem waren nach der La-

33 Heinz Pernet (geb. 1896), Stiefsohn Erich Ludendorffs, Oberleutnant a. D., Bankbeamter, 1924 wegen Teilnahme am Hitlerputsch zu 15 Monaten Haft verurteilt.

34 Robert Wagner.

35 Otto Freiherr von Lossow (1868-1938), 1886 bayerischer Fähnrich, 1900/01 Teilnahme an der China-Expedition, 1911-1913 Mitglied der deutschen Militärmission in der Türkei, 1914 Oberst, Generalstabschef des 1. bayerischen Reservekorps, 1915-1918 deutscher Militärbevollmächtigter in der Türkei, 1920 Kommandeur der Infanterieschule München, 1922 Landeskommandant von Bayern und Kommandeur der 7. Division, Februar 1924 Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand, anschließend im Dienst der türkischen Armee.

36 Hans (seit 1914 Ritter von) Seißer (1874-1973), 1893 bayerischer Leutnant, 1914 Major im Generalstab, 1919 Oberst der bayerischen Landespolizei, nach dem Sturz der Räterepublik Stadtkommandant von München, 1922-1930 Chef des Bayerischen Landespolizeiamts, 1924 zeitweise amtsenthoben, ab 1930 als Unternehmer tätig, 1945 Polizeipräsident von München.

37 Hitler zitiert aus dem Urteil des Volksgerichts vom 1.4.1924 (Hervorhebungen nicht im Urteil). Druck: Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München. Zweiter Teil: Die Ausführungen der Staatsanwälte und Verteidiger - Das Schlußwort der Angeklagten - Das Urteil, München 1924 (Nachdruck: Glashütten/Ts. 1973), S. 91-105, S. 101.

38 Vgl. ebenda, S. 104.

39 Zu den Zeugenvernehmungen vgl. Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München. Erster Teil: Die Anklage - Die Vernehmung der Angeklagten - Die Beweisaufnahme, München 1924 (Nachdruck: Glashütten/Ts. 1973), S. 104 ff.

ge der Dinge die für die letzte Aufhellung in erster Linie in Frage kommenden Zeugen ja leider die Angeklagten selbst. *Es wird eine Möglichkeit der Rehabilitierung von uns allen sein, wenn nunmehr endlich in einem Verfahren die Angeklagten von damals als Zeugen die Wahrheit bekunden können!*

Sie haben z. B. weiter, Herr Schäffer, in Versammlungen in Würzburg und Ingolstadt erklärt, daß ich mir in Berchtesgaden eine *Villa*, und zwar für *60.000 Mark* gekauft haben soll. Sie taten dies, um mich damit in den Augen der breiten Masse herunterzusetzen. Und Sie haben es getan,

obwohl Ihnen 14 Tage vordem von einem sehr angesehenen Mitglied der Bayerischen Volkspartei schon entgegengehalten wurde, daß diese Behauptung von Anfang bis zu Ende eine unverschämte Lüge sei, nur erfunden, um mich zu schädigen!

Sie haben weiter in Ihren Versammlungen behauptet, daß ich eine *9-Zimmerwohnung* bewohnte [40], obwohl Ihnen bekannt ist, daß ich allerdings in einer *8-Zimmerwohnung, allein mit zwei anderen Parteien zusammen lebe*, so daß mir persönlich

drei Räume

zur Verfügung stehen [41]. Ich kenne nicht die Größe Ihrer Wohnung, Herr Schäffer, allein ich weiß, daß Ihre Partei den wenigsten Grund hätte [*sic!*], einem politischen Führer den Besitz von *drei Zimmern* vorzuwerfen. *Ich habe mir nicht 50*[*.000*] *oder 80.000 Mark Staatsgelder geholt zur Verschönerung meines privaten Daseins* [42]*!*

Sie haben auch das nur getan, um mich in den Augen der öffentlichen Meinung schlecht zu machen. Und Sie taten dies, ohne daß ich Sie jemals persönlich angegriffen habe!

Ich stelle aber, Herr Schäffer, diese Ihre Behauptungen als Verleumdungen fest und werde mir Genugtuung holen!

Ich sehe mich nun gezwungen, Ihnen, Herr Schäffer, überhaupt das Recht abzustreiten, als Führer der Bayerischen Volkspartei über andere Männer zu Gericht zu sitzen.

Ich verstehe die nervöse Unruhe, die heute Ihre Partei erfaßt hat.

Die Bayerische Volkspartei drückt heute das schlechte Gewissen und die Angst vor der Wahl!

Zuviel hat Ihre Partei, Herr Schäffer, insbesondere dem bayerischen Volk versprochen und zu wenig eingelöst, als daß es einem nicht verständlich sein müßte, weshalb Sie heute zu solchen Mitteln des Kampfes greifen!

Sie sind, Herr Schäffer, heute *empört über die Haltung der nationalsozialistischen Bewegung zur*

Frage der Monarchie

oder der Republik. Sie halten es für eine schamlose Gemeinheit, der Monarchie den Rücken zu kehren.

---

40 Vgl. Bayerischer Kurier vom 7.12.1929, "Darf nur Hitler im 'Judenviertel' wohnen?"

41 Hitler hatte zum 1.10.1929 in München eine Wohnung am Prinzregentenplatz gemietet, die laut Mietvertrag neun Zimmer, zwei Küchen, zwei Kammern und zwei Badezimmer umfaßte. Vgl. Stadtarchiv München, Akt Hitler.

42 Bezieht sich auf die Behauptung, Oberbürgermeister Scharnagl habe sich persönlich bereichert. Vgl. Bayerischer Kurier vom 7.12.1929, "Darf nur Hitler im 'Judenviertel' wohnen?".

Herr Schäffer, diese schamlose Gemeinheit hat aber in erster Linie Ihre eigene Partei betätigt!

Der Verrat der Bayer[ischen] Volkspartei an der Monarchie
Das offizielle Bekenntnis des Parteivorstandes für die Republik
Ein Brief des Herrn Schlittenbauer [43]

Die Bayerische Volkspartei hat sich in Bayern als erste beeilt, die neue Staatsordnung, welche aus der durch Meineid, Lüge und Verrat geborenen Revolution entstand, feierlichst und bindend anzuerkennen [44]!

Die Bayerische Volkspartei hat sich als erste durch eine offizielle Versicherung auf den Boden der Revolution gestellt!

Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei hat als erste die Stellung einer Opposition gegen das Deutschland aufusurpierte [*sic!*] Regiment aufgegeben und die Verteidigung der Republik übernommen!

Oder wollen Sie etwa ableugnen, Herr Schäffer, daß die Fraktion der Bayerischen Volkspartei bereits am 5. März 1919 folgende offizielle Erklärung abgegeben hat?:

"Die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei stellt sich auf den Boden der republikanischen Staatsform und fordert die Parteivorstandschaft auf, alsbald in einer Landesversammlung einen Beschluß der Gesamtpartei im gleichen Sinne herbeizuführen [45]."

Und was hat seitdem die Bayerische Volkspartei positiv zur Beseitigung der Republik und zur Wiedereinführung der Monarchie getan, Herr Schäffer?

Sagen Sie nicht, daß dies nicht Ihre Aufgabe sei. *Entweder, das Gerede von der grundsätzlichen monarchischen Einstellung der Bayerischen Volkspartei ist echt, oder es ist eine elendige Flunkerei, nur bestimmt, den Wählern Sand in die Augen zu streuen* und sie zur Abgabe eines Stimmzettels zu bewegen, der für andere Zwecke gedacht ist, als er dann verwendet wird.

Ich habe persönlich kein Verständnis dafür, sich mit dem Munde für etwas zu bekennen und in der Wirklichkeit nicht nur nicht dafür zu kämpfen, sondern das Gegenteil zu stützen!

Herr Schäffer, Ihre Partei hat das wunderbare Kunststück zuwege gebracht, in der Theorie die Monarchie zu verfechten und in der Praxis die Männer zu verfolgen, die es wagen, sich nicht auf den Boden der bestehenden republikanischen Tatsachen zu stellen. Und Ihre Partei hatte die Stirne, das sogar ganz offen als Grund der Verfolgung anzugeben [46]!

---

43 Sebastian Schlittenbauer (1874-1936), Gymnasiallehrer, 1911 Studienprofessor, 1912 MdL, 1916-1920 Direktor der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft Regensburg, 1927 Oberstudienrat, Generalsekretär der christlichen Bauernvereine.

44 Das Parteiprogramm der BVP vom November 1918 beginnt mit den Worten: "Die Mitglieder der Bayerischen Volkspartei betrachten den gegenwärtigen staatspolitischen Zustand Bayerns, wie er durch die Ereignisse in der Nacht vom 7. zum 8. November [*1918*] in München geschaffen wurde, als eine gegebene geschichtliche Tatsache. Sie sind mit der Art, wie sie herbeigeführt wurde, grundsätzlich nicht einverstanden, erklären aber auf das bestimmteste, daß sie eine Änderung dieses Zustandes nur auf dem Weg von Recht und Gesetz erstreben." Vgl. Mommsen, Parteiprogramme. Zweiter Teil, S. 502.

45 "Eine Erklärung der bayerischen Volkspartei zur Staatsform" vom 5.3.1919. Druck: Franz August Schmitt, Die Zeit der zweiten Revolution in Bayern, München 1919, S. 39 f.

46 Vgl. Anm. 9.

Und wenn Sie versuchen sollten, Herr Schäffer, das zu leugnen, so können Sie doch die Tatsache nicht aus der Welt schaffen:

Unter dem Regime Ihrer Partei, Herr Schäffer, ist nicht die Monarchie näher gerückt, sondern unzweifelhaft die Republik von Jahr zu Jahr mehr befestigt worden.

Ich verstehe nun, daß ein Mann aus Überzeugung *Republikaner* sein kann und dennoch aller Ehren wert ist. Ich verstehe, daß ein Mann *Monarchist* zu sein vermag aus bestem und edelstem Glauben. *Aber ich verstehe nicht, daß man in der Theorie für die Monarchie redet und in der Praxis die Republik befestigt. Das alles ist in meinen Augen gesinnungslos.*

Und ich verstehe es zum Beispiel nicht, Herr Schäffer, daß ein Mann wie Sie die Stirne hat, mir einen Vorhalt [*sic!*] *zu machen wegen meines angeblichen Verhaltens der Monarchie und dem bayerischen Kronprinzen gegenüber, ein Mann, in dessen eigener Partei wirklich erfolgt ist, was man mir unwahrerweise unterschiebt.*

Herr Schäffer, ich habe niemals die Monarchie beschimpft und nie den bayerischen Kronprinzen beleidigt oder gar heruntergesetzt. Ich sehe mich aber jetzt gezwungen, zur Demonstration des Geistes, in dem Ihr Kampf gegen mich geführt wird,

einen Brief Ihres eigenen Parteigenossen Schlittenbauer

heranzuziehen, der folgendes besagt:

Hohenkamm, 3. September 1919.

"...*Ich will Ihnen auch verraten, daß der größte Teil der Fraktion nicht mehr für monarchistische Bestrebungen zu haben ist, und am wenigsten zugunsten des Prinzen Rupprecht,* dessen Leben an der Front durchaus nicht erbauend gewesen ist.

Es ist gut, wenn Sie in diesen zwei wichtigen Punkten sich von vorneherein keinen Illusionen hingeben.

Was die Frage der Außenpolitik anbetrifft, so bin ich der Anschauung, daß Deutschland sich bestreben muß, mit einem zentralen Europa einen festen Block zu bilden.

Hochachtungsvollst

gez. Dr. Schlittenbauer [47]."

Herr Schäffer, *wo bleibt hier Ihre moralische Entrüstung?*

Hier hätten Sie Grund, gefälligst vor Ihrer eigenen Türe zu kehren und sich nicht in Dinge einzumischen, die Sie weder verstehen, noch Sie etwas angehen!

Welche Haltung die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei zur Frage, Monarchie oder Republik, einnimmt und welche Instruktionen sie dabei von mir erhält, geht Sie, Herr Schäffer, um so weniger an, als die von Ihnen selbst geführte Bayerische Volkspartei in ihrer eigenen Haltung wohl das Brüchigste darstellt, was man sich auf diesem Gebiete denken kann.

Das Urteil über die monarchische Treue der Bayerischen Volkspartei ist in der Geschichte bereits feststehend. Es kann zu jeder Zeit durch Aussprüche "*prominentester*" Faktoren erhärtet werden.

Ich verstehe aber, wie schon bemerkt, den Angriff Ihrer Partei gegen die nationalsozialistische Bewegung und gegen meine Person vollkommen.

Wir sind Ihnen zu geradlinig und zu kompromißabgeneigt.

---

47 Näheres nicht ermittelt. Schlittenbauer galt 1919 als Verfechter einer Wittelsbacher Restauration. Vgl. Bergmann, Der Bayerische Bauernbund und der Bayerische Christliche Bauernverein, S. 136 ff.

Wir haben uns allerdings nicht als Partei auf die Monarchie verpflichtet, sondern nur auf das deutsche Volk[48]. *Wir sind aber durchdrungen von der Überzeugung, daß der heutige Staat unserem Volke Vernichtung bringt. Und wir ziehen daraus auch klare Konsequenzen. Wir kämpfen gegen den heutigen legalen Zustand mit allen legalen Mitteln in aller Offenheit, weil wir einen anderen wünschen!*

Ihre Partei, Herr Schäffer, aber behauptet, einen anderen zu wollen, und beschützt und beschirmt den bestehenden und verteidigt ihn gegen jeden, der ihn anzugreifen gedenkt!

Ich verstehe weiter, Herr Schäffer, die hysterische Angst Ihrer Presse vor der nationalsozialistischen Bewegung. Denn in den wichtigsten Grundsätzen hat Ihre Partei entgegen ihrem Programm gehandelt.

Ihre Partei, Herr Schäffer, behauptet, eine christliche zu sein[49]*!*

Seit vielen Jahren regiert nun Ihre christliche Partei in Bayern, und zwar ausschließlich[50]. *Und das Ergebnis?*

In Theater, Literatur, in der gesamten Kunst, ja, in unserer Kultur überhaupt, zeigen sich unter dem Regiment Ihrer christlichen Partei dieselben Fäulniserscheinungen wie im ganzen anderen Deutschland. Auf der Bühne, in der Zeitung und im Buch kann das

Christentum verhöhnt

werden, ohne daß Ihre Partei einen Finger rührt, wenn die Schmäher das Glück haben, der Rasse anzugehören, die den Begründer des christlichen Glaubens einst ans Kreuz geschlagen hat.

Herr Schäffer, als in Bayern der verstorbene Polizeipräsident Pöhner[51] noch im Amte war, da wurde von einer Handvoll nationaler Menschen versucht, wenigstens von unseren Bühnen hier den ärgsten Unflat fernzuhalten. Ich selbst empfand es mit als eine Aufgabe, gegen die gemeinsten Aufführungen zu protestieren und sie zu verhindern[52]. Junge Nationalsozialisten haben damals die Bühne einer christlich-deutschen Kultur erhalten wollen. Und das Ergebnis?

Herr Schäffer, *Ihre Bayerische Volkspartei hat den anständigsten Beamten, den Bayern je besessen hat, zu Fall gebracht*[53] *und von dem Moment an die Polizei gegen die gehetzt und eingesetzt, die das Abrollen dieser Schandstücke zu verhindern suchten.* Im Namen der Erhaltung von "Ruhe und Ordnung" hat Ihre Partei den *Widerstand gegen den Schmutz gebrochen.*

---

48 Vgl. Dok. 91, Anm. 19.

49 "Die Bayerische Volkspartei steht in allen Fragen der Kultur auf dem Boden der christlichen Weltanschauung." Vgl. Mommsen, Parteiprogramme. Zweiter Teil, S. 503.

50 Seit Mai 1919 war die BVP an der bayerischen Regierung beteiligt, stellte vom September 1921 bis November 1922 und seit Juli 1924 den Ministerpräsidenten, regierte aber niemals allein, sondern in Koalitionen, seit 1928 mit der DNVP und der Deutschen Bauernpartei.

51 Ernst Pöhner (1870-1925), Jurist, 1919-1921 Polizeipräsident von München, 1921 Rat am Bayerischen Obersten Landesgericht, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, 1924 MdL in Bayern (Völkischer Block, seit November 1924 DNVP), 1925 tödlich verunglückt.

52 Möglicherweise Anspielung auf das Verbot des am 6.12.1919 erstmals in München aufgeführten Stückes "Schloß Wetterstein" von Frank Wedekind in den Münchner Kammerspielen, das nach heftigen Tumulten während mehrerer Vorführungen am 23.12.1919 durch den Polizeipräsidenten ergangen war. Vgl. Hans Wagner, 200 Jahre Münchner Theaterchronik 1750-1950. Theatergründung, Ur- und Erstaufführungen, berühmte Gastspiele und andere Ereignisse und Kuriosa aus dem Bühnenleben, München 1958, S. 121 f.

53 Pöhner war am 29.9.1921 vom Amt des Münchner Polizeipräsidenten zurückgetreten, nachdem die bayerische Regierung den Ausnahmezustand für Bayern aufgehoben hatte. Vgl. Politik in Bayern, S. 87 f.

Ihr bayerisch-christliches Staatsregiment hat endlich auch München zum Tummelplatz der jüdischen antichristlichen Kultur gemacht.

Der Verrat der Schäfferpartei an ihrer christlichen Weltanschauung

Und heute?

Heute holt Ihre christliche Partei den Manager eines Stückes wie "Ehen werden im Himmel geschlossen" [54] nach Bayern, nach München, und läßt dem christlichen Volk von dem östlichen Theaterjuden die richtige Kunst beibringen [55]. Alles im Namen der christlichen Gesinnung Ihrer Partei.

Wenn aber der Schmutz und die Verhöhnung und Verlästerung von allem, was anderen heilig ist, zu infam wird, und die Stimmen, die nach Abhilfe schreien, trotz allem Wollen nicht mehr überhört werden können, dann, Herr Schäffer, hat Ihre Partei immer noch einen letzten Ausweg: *Sie hat dann keine "gesetzlichen Handhaben", gegen einen solchen Unfug einzuschreiten!*

Einen deutschen Dichter und bayerischen Landsmann wie Dietrich Eckart, der nichts verbrochen hat, trotz schwerer Krankheit hinter Zuchthausmauern in Schutzhaft zu setzen, bis er endlich zusammenbricht und hinterher stirbt [56], dazu hat man gesetzliche Handhaben gehabt; einem deutschen Mann, der für sein Volk kämpft, das Reden zu verbieten, haben Sie gesetzliche Handhaben gefunden [57]. Dem jüdischen, unser Christentum und unsere Kultur verhöhnenden Pestangriff aber stehen Sie hilflos gegenüber!

Da legt sich Ihre hofrätliche Denkerstirne in bekümmerte Falten, und so sehr Sie auch wollten, nein, hier können Sie nicht.

Oder ein anderes Beispiel wirklich "christlicher Gesinnung".

Wir haben einen Staat mit einer, wie Sie sagen, von "Gott gewollten Obrigkeit". Diese Obrigkeit hat zugesehen und hat es nicht verhindert, daß man im Wege einer Inflation Millionen von Menschen langsam systematisch fast um ihr ganzes Eigentum, um ihre blutig zusammengesparten Sparguthaben und vertrauensselig gezeichneten Kriegsanleihen bestahl [58]. Auch Ihre Partei, Herr Schäffer, war ein Bestandteil, und zwar ein mächtig tragender dieser Obrigkeit. Und auch von diesem wurde ruhig zugesehen, solange, bis endlich das Volk in letzter Not aufschrie und in einem verzweifelten Ausbruch sich seine Unterdrücker vom Hals schaffen wollte.

Gegen die Wucherer und Schieber, Herr Schäffer, haben die "christlichen" Parteien keine wirksamen Handhaben gehabt, aber in das sich erhebende Volk schoß man mit Maschinengewehrfeuer dazwischen [59]! Hier war die Handhabe gefunden!

Und dann allerdings, als man unter dem Eindruck stand, daß eine weitere Fortdauer der Inflation zu einer nationalen Revolution führen würde, dann allerdings konnte man im Laufe weniger Wochen plötzlich die Währung stabilisieren [60].

54 Vgl. Dok. 17, Anm. 11.
55 Vgl. Dok. 17, Anm. 5.
56 Eckart erhielt am 20.12.1923 Haftverschonung aus gesundheitlichen Gründen und starb am 26.12.1923 durch Herzschlag. Sein schlechter Gesundheitszustand ging auf Morphinismus und Alkoholismus zurück. Vgl. Wilhelm, Dichter, Denker, Fememörder, S. 101 f.
57 Vgl. Anm. 9.
58 Vgl. Dok. 17, Anm. 23.
59 Vgl. Dok. 3, Anm. 23.

Seitdem, Herr Schäffer, sind Jahre vergangen. *Viele Millionen Menschen hat das Inflationsverbrechen*
um Hab und Gut gebracht. Hunderttausende wurden der bittersten Not ausgeliefert. Zehntausende sind in ihrem Elend, in Nahrungssorgen, in Gram und Unglück zum Selbstmord getrieben worden [61].

Herr Schäffer, was hat die von "Gott gewollte christliche Obrigkeit" zum Beispiel des bayerischen Staates getan, um die verantwortlichen Verbrecher einer gerechten Sühne zuzuführen?

Ihre Justiz läuft jedem kleinsten Vergehen nach; einen Nationalsozialisten, der einen Beamten der Republik beleidigt, sperrt man auf ein halbes Jahr ins Gefängnis! Wer einen Juden anzutasten wagt, kommt vor ein unbarmherziges Gericht [62]! *Die aber das Unglück von Millionen Menschen auf dem Gewissen haben, Hunderttausende um ihr Hab und Gut brachten und irrewerden ließen an jeder Vernunft und an jedem Recht, die haben Sie bis heute weder gesucht, noch gefunden, noch zur Verantwortung gezogen.*

Wie sagen Ihre "christlichen" Parteien doch da: *"Es fehlen uns die gesetzlichen Handhaben."*

Ist aber dieses ersichtliche Unrecht, das hier vor sich geht, indem man die kleinsten Diebe, ja, selbst die kleinsten politischen Vergehen unbarmherzig bestraft, die größten Generalverbrecher der Menschheit aber laufen läßt, ist dieses Unrecht vereinbar mit einer wirklich aufrechten christlichen Gesinnung? Oder soll dies denkbar sein in einem wahrhaft christlichen Staat?

Und ein anderes Beispiel, Herr Schäffer. *"Du sollst nicht lügen", heißt es* [63]. Wann ist aber jemals ein Volk mehr von oben herunter belogen worden als jetzt? Haben nicht unsere Regierungen in der unverantwortlichsten Weise in unserem Volke immer wieder Hoffnungen erweckt, wo es keinen Zweifel geben konnte über die furchtbaren Folgen ihres Handelns? War es "christlich", dem Volke vorzumachen, so wie das Ihre Partei getan hat, Herr Schäffer, daß der *Dawes-Vertrag* [64] der Not einen Riegel vorschieben würde [65], während er in Wirklichkeit diese Not geradezu züchten mußte? Und ist es christlich, wenn man heute dem Volke wieder dasselbe vom noch schlimmeren Young-Plan [66] vorlügt?

Oder ist es christlich, wenn man gegen die mit allen Mitteln des Kampfes antritt, die sich unterstehen, an einer solchen Lüge nicht teilzunehmen, sondern es vorziehen, dem Volke die ungeschminkte Wahrheit zu sagen [67]*?*

Und wohin wird man überhaupt kommen, wenn das Volk langsam die Überzeugung erhält, daß alles, was ihm von oben erklärt und versichert wird, Lüge und Unwahrheit ist?!

Und mit welchem Recht verfolgen Sie dann durch Ihre Justiz irgendeinen kleinen Schwindler, wenn das Volk durch über ein Jahrzehnt im großen den schlimmsten Unwahrheiten mit ihren Folgen ausgeliefert wurde?

---

60 Vgl. Dok. 97, Anm. 9.

61 Das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich verzeichnet für 1923 8.904 Selbstmorde. Nach der Währungsstabilisierung stieg die Zahl der Selbstmorde. Vgl. Dok. 7, Anm. 33.

62 Vgl. Dok. 18, Anm. 16.

63 2. Mose 20, 16: "Du sollst kein falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten."

64 Vgl. Dok. 1, Anm. 15.

65 Im Reichstag hatte die BVP am 29.8.1924 dem Dawes-Plan zugestimmt. Vgl. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 109, 131 ff.

66 Vgl. Dok. 41, Anm. 11; Dok. 54, Anm. 5.

67 Vgl. Dok. 88, Anm. 4, 22.

Ist es aber nun "christlich", einen solchen Zustand als einen gegebenen einfach hinzunehmen und die zu verfolgen, die ihn ändern möchten?

Man soll die *Armen kleiden,* heißt es [68], und in Wirklichkeit *bedienen sich die Stadträte christlicher Parteien der hierfür vorhandenen Mittel* [69].

Oder, man soll die *Hungrigen speisen* [70], und Ihre *"christliche" Partei, Herr Schäffer, veranstaltet in endloser Folge "Festessen", deren Kosten in die Hunderttausende gehen und die man dann auf brutalstem Wege den kleinen Steueropfern abpreßt.*

Ist das alles christlich?

Oder in München leben heute zahllose Künstler, denen die Not aus den Augen schaut. *Die "christliche" Kommunalverwaltung Ihrer Partei, Herr Schäffer, kann hier nicht helfen* [71].

Jedoch dem Juden Reinhardt-Goldmann wirft man als rein persönliches Honorar für noch nicht einmal eine Monatsleistung hunderttausend Mark aus Steuergeldern vor [72]*! Ist das nicht ein zum Himmel schreiendes Unrecht?!* Aus welchem Grunde darf sich eine Partei, die das verschuldet, noch als christlich bezeichnen?

Zehntausende kleiner Geschäftsleute haben heute schwer zu ringen und können kaum bestehen. Jeder Monat bringt Tausende an den Rand des Ruins. Ungezählte gehen zugrunde [73]. *Ihre christliche Partei, Herr Schäffer, aber stellt in derselben Zeit die Konzessionen aus für immer neue Warenhäuser. Ist das christlich? Oder ist es etwa christlicher, wenn man hinterher mit frecher Stirne lügt, daß die Bayerische Volkspartei die Warenhäuser bekämpfe, während sie unter ihrem Regiment doch tatsächlich entstanden sind* [74]*?*

Ich weiß, Sie stöhnen nun wieder, Herr Schäffer, "wir haben keine gesetzlichen Handhaben".

Herr Schäffer, wenn man ein Volk ernstlich vor einer Bedrohung seiner Existenz bewahren will, dann finden sich tausend Wege, um dies zu verhindern. Ihre christliche Partei öffnet dem Karstadt-Judenkonzern, der allein in einem Jahre nahe an eine halbe Milliarde Umsatz hat [75]*, die Tore von München* [76] *und hat es auf dem Gewissen, wenn zehntausend brave christliche Unternehmen an den Folgen eingehen.*

Um den Juden nicht wehe zu tun, verlieren zehntausend Christen ihre Existenz!

Ist das christlich, Herr Schäffer?

Oder wieder ein Beispiel: Tausende, ja, zehntausende Söhne unseres Volkes, die vom Talent begnadet sind, können nicht mehr studieren. Zehntausende unserer eigenen christlichen Intelligenz sind arbeitslos und ohne Verdienst, weil sie keine Stellung finden. *Allein zehntausende an Juden nehmen Sie auf und öffnen Ihnen die Posten, die nur für uns Christen bestimmt sein dürften. An unseren Hochschulen, da züchten Sie ein fremdes Volk groß, auf Kosten zahl-*

---

68 Tobias 4, 17: "Teile dein Brot den Hungrigen mit und bedecke die Nackten mit deinen Kleidern."
69 Anspielung auf den Sklarek-Skandal in Berlin. Vgl. Dok. 85, Anm. 11.
70 Vgl. Anm. 68.
71 Vgl. Dok. 21, Anm. 25.
72 Vgl. Dok. 17, Anm. 6.
73 Im Jahre 1929 wurden 13.180 Konkurse eröffnet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 398.
74 Vgl. Dok. 106, Anm. 36.
75 Vgl. Dok. 106, Anm. 37.
76 Vgl. Dok. 17, Anm. 35.

reicher christlicher Mitbürger. Und wenn wir Nationalsozialisten nun fordern, daß zumindest nicht mehr Juden an einer Universität studieren dürfen als ihr Prozentsatz im deutschen Volke ist, *dann nimmt Ihre christliche Partei dagegen Stellung* [77].

Der Jude ist Ihnen mehr wert als der eigene Katholik.

Ist das christlich, Herr Schäffer?!

Ein anderes Beispiel:

Jeder schmutzige und schmierige - und zwar innerlich schmierige - Ostjude erhält durch Ihre christlichen Parteien das Staatsbürgerrecht in Deutschland [78]. *Es spielt keine Rolle, ob er Kommunist ist oder Bolschewik. Keine Rolle, ob er wuchert, schiebt oder durch den Unrat seiner literarischen Produktion unser christliches Volk vergiftet: Der Jude wird deutscher Staatsbürger. Wenn aber ein deutscher Katholik, Herr Schäffer, seine Heimat verliert, weil er vier Jahre lang im deutschen Heer gekämpft hat, fast sechs Jahre lang sich im bayerischen Heeresverband befand, Ihnen aber parteipolitisch nicht paßt, dann bleibt der deutsche Christ staatenlos und fremd* [79]*, der Jude aber ist Ihr Bruder.*

Herr Schäffer, Führer einer christlichen Partei, haben Sie die Stirne, zu sagen, daß das christlich ist?

Oder: Es liegt im Wesen unseres Christentums, Mitleid zu haben mit jeder Kreatur des Herrn. Das Kind soll schon lernen, kein Tier zu quälen, das hilflos zum Menschen emporsieht und wehrlos seiner Macht untergeben ist.

In unseren Schlachthäusern aber, da werden unter Martern schuldlose Tiere geschächtet [80], *die, wenn sie jemals die Öffentlichkeit zu sehen bekäme, eine Revolution hervorrufen würden, die Sie, Herr Regierungsrat, samt Ihrer christlichen Partei wie Spreu wegfegen würde.* Selbst die Sozialdemokratie konnte es nicht verantworten, für solch eine unchristliche Quälerei die Stimme zu erheben. *Ihrer Bayerischen Volkspartei, Herr Schäffer, blieb es vorbehalten, den Juden das Recht zuzubilligen, einer Kulturschande zu frönen, die jedem christlichen Sinn und Gewissen mit der Faust ins Gesicht schlägt. Christen wollen sie sein und erlauben dem Juden, daß er noch heute wenigstens das Vieh so quält, wie er einst den Herrn gemartert* [81].

---

77 Anläßlich der Beratung des Universitätsetats für 1929 im Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtags am 12.3.1929 hatte der NSDAP-Abgeordnete Rudolf Buttmann erfolglos die Einführung eines Numerus clausus für Studenten jüdischen Glaubens angeregt, wie er im Sommer 1929 auch von einigen Burschen- und Studentenschaften gefordert wurde. Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Stenographische Berichte, Nachtrag zur 38. Sitzung vom 5.6.1929, S. 556 f. sowie Heike Ströhle-Bühler, Studentischer Antisemitismus in der Weimarer Republik. Eine Analyse der Burschenschaftlichen Blätter 1918 bis 1933, Frankfurt a. M. 1991, S. 104 ff.

78 Anspielung auf einen Erlaß des preußischen Ministeriums des Innern an die Regierungs- und Oberpräsidenten vom 31.5.1919, Einbürgerungsanträgen von Juden aus Polen und Galizien zu entsprechen, wenn sie unbescholten seien und eine Arbeitsstelle vorweisen könnten.
Trotz dieses Erlasses kam es in Preußen bis 1923 zu Ausweisungsaktionen. Die unter Generalstaatskommissar von Kahr 1923 verfügten Ausweisungen von Ostjuden aus Bayern riefen internationale Proteste hervor. Die Maßnahmen mußten auf Druck der Reichsregierung abgemildert und eingestellt werden.
Vgl. Trude Maurer, Ostjuden in Deutschland 1918-1933, Hamburg 1986, S. 311 ff., 361 ff., 405 ff.

79 Vgl. Dok. 26, Anm. 42.

80 Vgl. Dok. 48, Anm. 24.

81 Vgl. Dok. 48, Anm. 26, 27.

Und dann, Herr Regierungsrat, wundern Sie sich, daß die Jugend Sie zu fliehen beginnt? Was sie zu uns herzieht ist das, was sie von Ihnen abstößt:

Die deutsche Jugend glaubt Ihrer Partei nicht mehr, sondern uns.

Sie sieht in Ihrer Partei die Lüge herrschen und sucht die Wahrheit.

Und so, wie das Christentum der Bayerischen Volkspartei brüchig und unwahr ist, so ist es die

monarchische Gesinnung.

Das alte Zentrum, Ihre einstige Mutterpartei [82], hat redlich mitgewirkt, der Republik den Einzug zu erleichtern. Denn eines können Sie, Herr Schäffer, nicht aus der Welt schaffen: *Als in Deutschland und in Bayern die Monarchie gestürzt wurde, war Ihre damalige Partei tatsächliche Trägerin der Regierungsgewalt* [83].

Sie haben den Sturz nicht verhindert - aber Sie sind "monarchisch".

Sie haben als erste die Republik anerkannt - aber Sie sind "monarchisch".

Sie haben sich als erste restlos auf den Boden der Tatsachen gestellt - aber Sie sind "monarchisch".

Sie haben als erste Partei der bürgerlichen Welt mit den republikanischen alten Reichsvernichtern zusammen regiert [84] *- aber Sie sind "monarchisch".*

Sie haben die Weimarer Verfassung mitgemacht [85] *- aber Sie sind "für die Monarchie"!*

Sie haben das Republikschutzgesetz [86] *mit ins Leben gerufen - aber "monarchisch" ist Ihr Herz!*

Ihre Partei, Herr Schäffer, ist "monarchisch", und unter Ihrem Regiment hat die Republik die größten Fortschritte gemacht!

Ihre Partei, Herr Schäffer, ist "monarchisch", aber Sie haben am meisten die verfolgt, die dem Weimarer Staat gefährlich zu werden drohten!

Sie sind monarchisch bis in die Knochen, Herr Schäffer, aber die Symbole der Republik hat Ihre Partei als erste eingeführt!

Ihr Herz, Herr Schäffer, erglüht vor monarchischer Begeisterung, aber Ihre Partei sitzt in Berlin in den republikanischen Reichsregierungen und hilft dadurch mit, von jedem öffentlichen Bauwerk sorgfältig Wappen und Kronen herunterzukratzen, damit das Auge der neudeutschen Staatsbürger nicht verletzt und übel beleidigt werde [87]*!*

---

82 Vgl. Anm. 2.

83 Anspielung auf die, von den Mehrheitsparteien des Reichstags - Zentrum, SPD, Freiheitlicher Volkspartei und Nationalliberalen - getragene, erste dem Reichstag verantwortliche Regierung unter Reichskanzler Prinz Max von Baden. Vgl. Erich Matthias und Rudolf Morsey, Die Bildung der Regierung des Prinzen Max von Baden im Oktober und November 1918. In: Eberhard Kolb (Hrsg.), Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972, S. 63-76.

84 Vgl. Dok. 61, Anm. 18.

85 Der Münchner Rechtshistoriker Konrad Beyerle war einziges BVP-Mitglied des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung. Bei der Abstimmung über die Reichsverfassung am 31.7.1919 in der Nationalversammlung stimmten 16 der 18 Abgeordneten der BVP zu, einer enthielt sich, einer stimmte dagegen. Vgl. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 30 f.

86 Vgl. Dok. 28, Anm. 10.

87 In Bayern blieb es für die Reichsregierung bis Ende der zwanziger Jahre unmöglich, an Feiertagen eine allgemeine Beflaggung mit den Reichsfarben durchzusetzen. Vgl. Jasper, Schutz der Republik, S. 243 f.

Sie sind "Monarchist", Herr Schäffer, aber die republikanische Reichsregierung, in der Ihre neue Bayerische Volkspartei als verläßlichster Mitfaktor sitzt, jagt einen Reichswehrminister zum Teufel, weil ein Prinz sich Manöver ansieht[88]*!*

Das sind lauter Tatsachen, Herr Schäffer.

So ist das Verhalten Ihrer Partei, Herr Schäffer.

Aber dennoch: *Schäffer, der Regierungsrat der Republik, ist Monarchist - republikanischer Monarchist!*

Nur eine einzige kleine bescheidene Frage, Euer Hochwohlgeboren:

Was taten Sie und Ihre Partei denn nun ernstlich, um diese Republik, die Ihnen als Monarchist von gutem, altem Schrot und Korn doch ein Dorn im Auge sein muß, zu beseitigen und die Monarchie wieder einzuführen?

Was also, Herr Schäffer, hat Ihre Bayerische Volkspartei, von der Sie mit Kühnheit behaupten, daß sie eine "monarchische Partei" sei, was hat sie getan, um Bayern oder gar Deutschland wieder zur Monarchie zu machen?

O Jammer, o Elend! Es ist schmerzlich, eine solche Frage beantworten zu müssen, wo doch jedermann weiß, daß man leider ja auch hier wieder einmal "keine Handhabe hat", um etwas für die "alten, guten Monarchen" zu tun.

Der Verrat der Bayer[*ischen*] *Volkspartei an Bayern*

Es ist so schön, Herr Schäffer, unter seiner gestärkten Brust ein monarchisches Herz schlagen zu fühlen, ohne Gefahr zu laufen, die republikanischen Annehmlichkeiten zu verlieren. Stille, mein Herz, nur nicht laut hinausjauchzen; das monarchische Gefühl eines bayrischen Volksparteiführers ist ein so kostbares Gut, daß es nur von Zeit zu Zeit aus dem heiligen Schrein des Busens herausgenommen und gelüftet wird, um dem Volke gezeigt zu werden. Diese Festtage treffen stets bei Wahlzeiten ein. Und daher wird Ihr fassungsloses Beben verständlich über die unerhörten Beleidigungen, ja Bedrohungen, die Ihrem "Allergnädigsten Hohen Herrn, Kronprinzen und König", zugefügt worden sein sollen!

Es wird gut sein, Herr Schäffer, daß die Wahl bald vorbei ist, damit das in monarchischen Aufregungen pumpernde Herz Ihrer Partei die gewohnte republikanische Ruhe zurückerhält!

Und Sie wundern sich, Herr Schäffer, wenn dann die deutsche Jugend und wenn Zehntausende u[*nd*] Zehntausende erwachende Deutsche lieber zu der Partei gehen, die kurz und bündig versichert, *daß ihr Kampf der Zukunft des deutschen Volkes gilt, daß sie aber das Novemberverbrechen niemals anerkennen kann, niemals anerkennen wird, und die Verbrecher von einst in der Zukunft einer gerechten Sühne zuzuführen gedenkt!*

Herr Schäffer,

ich kämpfe nur für Deutschland,

kämpfe nur für mein Volk, lehne aber dafür jede Verständigung ab mit denen, die dieses mein Volk innerlich und äußerlich zugrunderichten!

---

88 Gemeint ist der Chef der Heeresleitung der Reichswehr, Hans von Seeckt, der Anfang September 1926 in eigener Verantwortung die Teilnahme des Prinzen Wilhelm von Preußen an einer Militärübung erlaubt hatte. Auf Drängen von Reichswehrminister Otto Geßler reichte er daraufhin seinen Abschied ein. Vgl. Meier-Welcker, Seeckt, S. 501 ff.

Sie, Herr Schäffer, sind Monarchist, Ihre Partei aber festigt die Republik.
Das Volk soll entscheiden, was die ehrlichere Bewegung ist:
Wir, die wir heute kämpfen, oder Sie, die Sie heute regieren.
Ihre Partei, Herr Schäffer, ist endlich "*föderalistisch". Es ist ein*
platonischer Föderalismus,
dem wahrscheinlich auch infolge des "Mangels gesetzlicher Handhaben" die praktische Verwirklichung nicht gelingt!

Tatsache ist, daß es aber keine zentralistische Regierung in Berlin gibt, in deren warmem Neste nicht die föderalistische Bayerische Volkspartei hockt!

Tatsache ist weiter, Herr Schäffer, daß unter dem Regiment Ihrer föderalistischen Partei Bayern ein Hoheitsrecht nach dem anderen verloren hat [89]*!*

Tatsache ist weiter, daß immer dann, wenn der Kampf um ein solches Hoheitsrecht ernst wurde, Ihre Partei, Herr Schäffer, Ihre "föderalistische" Partei gegen die Dummköpfe Stellung nahm, die dann glaubten, daß Reden und Handeln eins sein müsse!

So ist es Tatsache, daß Sie eine Position nach der anderen ohne Erschöpfung der letzten Widerstandsmöglichkeit preisgegeben haben! Nicht einmal aus einer Regierung sind Sie deshalb ausgeschieden!

Tatsache ist endlich, daß unter der Regierung Ihrer "föderalistischen" Bayerischen Volkspartei alle tatsächlichen Widerstandsmöglichkeiten in Bayern endgültig abgerüstet worden sind [90].

Ihre föderalistische Partei, Herr Schäffer, hat am schärfsten diejenigen verfolgt, die gegenüber der Berliner Judenhabgier eine positive Widerstandsmöglichkeit organisieren oder ergreifen wollten!

Es ist weiter Tatsache, daß Ihre "föderalistische" Bayerische Volkspartei, Herr Schäffer, eine deutsche Außenpolitik förderte und damit eine Politik verbrach [*sic!*], *die infolge ihrer wahnwitzigen finanziellen Erpressungen zur Vernichtung der Finanzhoheit der Länder führen mußte* [91]*!*

Die Bayerische Volkspartei ist, je verrückter unsere außenpolitische Einstellung war, um so sicherer hinter den unitaristischen Rattenfängern des Berliner Auswärtigen Amtes nachgelaufen.

---

89 Die zahlreichen Reservatrechte, welche die Verfassung des Deutschen Reichs vom 16.4.1871 den Ländern und im besonderen dem Königreich Bayern zugesichert hatte, waren durch die neue Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 weitgehend eingeebnet worden, etwa durch Abbau der Länderfinanz- und -verkehrshoheit, den Wegfall der militärischen Hoheitsrechte, die Aufhebung des ausländischen Gesandtschaftsrechts, die Eingliederung des Post- und Telegraphenwesens in die Deutsche Reichspost, die Ausdehnung der Gesetzgebungszuständigkeit des Reiches auf Kosten der Länder, die Vereinheitlichung des Ausnahmerechts und die Einschränkung der Länderautonomie in den Bereichen Bildung, Schule und Religion. Auch durch den Ausbau der Reichsverwaltung verstärkte sich trotz Widerstand der Länder die Tendenz zur "Verreichlichung". Vgl. Udo Wengst, Staatsaufbau und Verwaltungsstruktur. In: Karl Dietrich Bracher / Manfred Funke / Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Düsseldorf 1987, S. 63-77, S. 75 ff.

90 Vermutlich Anspielung auf die Entwaffnung der Einwohnerwehren. Vgl. Dok. 38, Anm. 7.

91 Bezieht sich auf die Finanzreform des Reichsministers der Finanzen, Matthias Erzberger, die am 1.10.1919 in Kraft getreten war und die Steuerhoheit von den Ländern auf das Reich übertrug. Vgl. Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962, S. 377 ff.

Die Tatsachen sprechen hier für sich.

Bayern war nach dem Kriege am stärksten in dem Augenblick, in dem die nationalsozialistische Bewegung sich in ihrer höchsten Blüte befand. Sie hatten die Stirne uns vorzuwerfen, daß wir dies zerschlagen hätten.

Herr Schäffer, was im Jahre 1923 in Bayern an vaterländischer, nationaler Kraft vorhanden war, ist in einem ununterbrochenen Kampf gegen die Bayerische Volkspartei entstanden, genau so wie die Heimwehren in Österreich[92] *sich gegen die parlamentarischen Parteien des Wiener Bundesparlaments durchsetzen mußten*[93].

Und nun, hoher bayerischer Regierungsrat der Politik und Staatskunst von München und Umgebung, ist das Volk ja allerdings leider mehr als dumm. *Aber doch Gott sei Lob und Dank nicht so beschränkt, als daß es nicht endlich doch den Zwiespalt in der Behauptung und im Wollen sowie der Ausführung unserer Parteien herausfinden würde.*

Hunderttausende fühlen sich heute betrogen!

Sie glauben nicht mehr an den christlichen Charakter Ihrer Partei, Herr Schäffer, sondern Sie halten das nur für ein äußerliches Mittel, um Wähler zu fangen. Ein Mittel, dessen man sich später nicht mehr erinnert, sondern das dann in die Schublade kommt!

Sie glauben nicht mehr an den monarchistischen Charakter Ihrer Partei, oder gar an das monarchistische Wollen. Hunderttausende sind auch hier überzeugt, daß das alles heute ein leerer Schein ist!

Hunderttausende glauben nicht mehr an die ehrliche föderalistische Einstellung. Für sie ist erwiesen, daß unter der Herrschaft der Bayerischen Volkspartei Bayern in zehn Jahren mehr verloren hat, als es in hunderten aufbauen konnte!

Die Nationalsozialistische Bewegung wird demgegenüber unverrückbar und beharrlich ihre Arbeit der inneren Konsolidierung der deutschen Widerstandskraft fortführen. Ob sie den Marxismus bekämpft oder nicht, das werden ebenso die Taten zeigen, wie die Taten bewiesen haben, daß unter dem Regiment Ihrer Partei der Marxismus Deutschland zerbrach und Bayern vernichtete, und heute mit Hilfe "christlicher" Parteien das Reich in immer tieferes Unglück bringt!

Sie sollen aber eines wissen, Herr Schäffer, Regierungsrat und Kampfstratege der Bayerischen Volkspartei, daß jeder Versuch eines Angriffs auf unsere Bewegung auf den Angreifer selbst zurückfällt!

Ich hatte gehofft, daß anläßlich dieser Wahl[94] *eine Generalauseinandersetzung mit dem Marxismus stattfindet. Dank Ihrem Angriff wurde der Kampf verschoben. Wir sind von jetzt ab bereit, mit aller Energie, die uns zur Verfügung steht, die Bewegung zu schützen, indem wir für jeden Hieb auf uns zehn Schläge zurückerteilen.*

Ich weiß, daß auch diese Ausführungen schon dazu dienen werden, Tausenden die Augen zu öffnen und sie zu bestimmen, bei der am Sonntag stattfindenden Wahl ihre eigenen Konsequenzen zu ziehen[95].

---

92 Vgl. Dok. 23, Anm. 14.
93 Vgl. Dok. 79, Anm. 11.
94 Vgl. Dok. 98, Anm. 1.
95 Gemeint sind die bayerischen Kommunalwahlen am 8.12.1929.

Diese Konsequenzen können nur sein:

Keine Stimme den Parteien des heutigen Regiments, der Verjudung und Versklavung Deutschlands, sondern jede Stimme den Trägern der Freiheitsidee, des Kampfes gegen eine unfähige Außen- und Innenpolitik, des Widerstandes gegen eine wahnwitzige innere Erpressung zur Erfüllung freiwillig unterschriebener Diktate, eine jede Stimme den fanatischen Feinden und Bekämpfern des Warenhausschwindels sowie der Vernichtung unseres Mittelstandes, der Verelendung unserer Arbeiter und Proletarisierung unserer Bauern.

Jede Stimme den Nationalsozialisten.

Das wird dann auch die beste Antwort sein auf Ihre Angriffslust, Herr Schäffer!

Adolf Hitler

7. Dezember 1929 Dok. 113
"Der letzte Schlag! Unser der Sieg!" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 10.12.1929, "Die letzte Wahlversammlung in München".

Adolf Hitler befaßte sich einleitend zunächst mit Herrn *Schäffer*, dem er das Gedächtnis auffrischt[*e*]: Die größeren Versammlungen der Bayerischen Volkspartei waren keine Versammlungen, sondern *Wahlkundgebungen*, bei denen auf Anfrage meinerseits *keine Diskussion* zugelassen war [3]. (Hört-Hört-Rufe.) Was die Bayerische Volkspartei sonst an "Versammlungen" abhält, könne mich nicht verleiten, vor diesen zweihundert nicht ausgekochten, sondern getrockneten alten Männlein zu sprechen. Öffentlich bin ich von ihr *nie eingeladen* worden zu sprechen. *Wenn aber Herr Schäffer in der nächsten Woche hier im Zirkus Krone eine öffentliche Versammlung abhält und mir Redefreiheit zusichert, dann komme ich selbstverständlich.* (Stürmischer Beifall.)

Hitler skizziert unter Beifallsstürmen den Eintritt der Nationalsozialisten in die politische Bewegung: *Wir sind nun einmal da,* trotz des Mißfallens des Herrn Schäffer, und werden uns nicht mehr ausschalten lassen!

Hinreißend schildert er den Eintritt des Soldaten in die Front [4], den langsamen Zusammenbruch und den Zustand, unter dem ihn, der mit einer Gelbkreuzvergiftung [5] und der Gefahr,

---

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 6.12.1929 sowie Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10139).

2 Im Zirkus Krone. An der öffentlichen Versammlung, die von Kreisrat Hermann Esser geleitet wurde, nahmen laut VB 7.000 Menschen teil.

3 Am 12.11.1929 hatten Versammlungsstörer der NSDAP die vorgesehene Aussprache auf einer BVP-Versammlung im Restaurant "Blüte" verhindert. Vgl. Bayerischer Kurier vom 13.11.1929, "Die Bayer. Volkspartei in Staat und Gemeinde".

4 Vgl. Dok. 6, Anm. 44.

5 Sammelbezeichnung für chemische Kampfstoffe, deren Wirkung auf Ätzung beruht. Munition, die diese Stoffe enthielt, war im Weltkrieg auf deutscher Seite mit einem gelben Kreuz gekennzeichnet.

das Augenlicht zu verlieren, daniederlag, die *Revolution* überraschte [6]. Hier erwuchs der Entschluß, *den Kampf an der Front in der Heimat fortzusetzen*, den Kampf aufzunehmen gegen die Gebilde, die den Zusammenbruch verschuldeten [7]. Im Kreise meiner Kameraden habe ich zuerst geworben gewöhnliche Frontsoldaten - ich war ja nur Gemeiner, nicht Offizier (Beifall) -, *ich wußte nicht, ob ich reden könnte, ich hatte vorher nie geredet und wollte nur versuchen, es zu tun.*

Hitler schildert dann die ersten Versammlungen mit ein paar Besuchern, bis er endlich vor einer größeren Menge reden konnte [8].

Unter der politischen Tätigkeit des Bürgertums ist der Marxismus von 1870 bis 1914 zu einer Macht herangewachsen, die wenigstens eine Weltanschauung besaß, wenn auch eine verrückte. Lesen Sie die Briefe der austretenden Abgeordneten aus der Deutschnationalen [*Volks*]-partei [9]:

Was sie wegführt ist die

Angst vor dem Verlust ihrer Mandate

und Regierungsposten. Als es dem Bürgertum mißlang, die Millionen Proletarier in den Dienst des nationalen Gedankens zu zwingen, *hatte es seine politische Rolle ausgespielt,* verlor es das deutsche Schicksal aus der Hand. Bürgertum und Marxismus sind konkrete, in sich abgeschlossene Begriffe *ohne jede Änderungsmöglichkeit.* Es mußte eine dritte Macht emporsteigen als Synthese der nationalen und sozialen Kräfte der beiden Gruppen.

Während diese heute einen Wahlkampf kämpfen, wird ihnen im Reich *der Boden unter den Füßen weggezogen*, unmöglich, daß einer der beiden Teile allein den *Sklavenbesitzer,* die internationale Weltbörse vernichtet. Sie können es nicht mit dem Kopf allein machen, sie müssen die deutsche Faust des deutschen Proleten [*sic!*] gewinnen, wenn sie handeln wollen. Wir sagten uns: Wenn das so ist, muß eine neue Bewegung kommen, die kämpfen muß. Einem nicht kampfkräftigen Bürgertum steht der aggressive Marxismus gegenüber, dem also unser Hauptkampf gelten mußte. Wir glaubten damals, daß das Bürgertum selbstverständlich *mit uns* gehen würde, wenn wir ihm das Glück der Freiheit bringen würden!

In der Geschichte gibt es nur die eine Frage: *Wer ist unterlegen?* Er wird immer das gleiche Schicksal haben.

---

6 Am 14.10.1918 erhielt Hitler bei Werwick in Flandern eine Kampfgasvergiftung, durch die er erblindete. Vom 15. bis 16.10.1918 wurde er im bayerischen Feldlazarett 53 in Qudenaarde, vom 21.10 bis 19.11.1918 im preußischen Reservelazarett Pasewalk in Pommern behandelt. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 176 ff.

7 Vgl. Dok. 35, Anm. 29.

8 Vgl. Dok. 62, Anm. 17.

9 Wahrscheinlich Anspielung auf den Brief des Reichstagsabgeordneten der DNVP Gottfried Reinhold Treviranus vom 1.11.1929, in dem er grundlegende Kritik an der Führung der Partei durch Alfred Hugenberg äußerte. Wegen der Unstimmigkeiten um den § 4 des Gesetzentwurfes gegen den Young-Plan (vgl. Dok. 111, Anm. 10) kam es am 3./4.11.1929 zur offenen Spaltung der DNVP. Gegen drei Abgeordnete war ein Parteiausschlußverfahren wegen ihres Abstimmungsverhaltens eingeleitet worden, drei weitere traten aus der Partei, sechs andere zunächst nur aus der Fraktion aus. Vgl. Denis Paul Walker, Hugenberg and the Deutschnationale Volkspartei 1918 to 1930, Cambridge (Mass.) 1976, S. 395 ff.

Warum haben wir unser Polizeiknüppel-Regiment [10]*?*

Wir haben die Freiheit nach außen verloren, die augenblicklichen Regierungen sind nur mehr Vollstrecker des ausländischen Willens und müssen daher die Freiheit im Innern niederhalten. Je freier ein Reich nach außen, je größer seine Kraft nach außen, desto größere Freiheiten kann es im Innern seinen Bürgern geben. *Ein Volk, das nach außen versklavt ist, kann im Innern keine Freiheit haben.* Das alte deutsche Reich gab dem Schutzmann einen Säbel, die Republik gibt ihm einen *Gummiknüppel*, den sie braucht, *damit die Sklaven parieren.* (Große Bewegung.)

Was man als Kultur bezeichnet, ist das schöpferische Blut unserer Rasse, das sich aus allen Schichten herausarbeitet [*sic!*], *aus Arbeitern, Bauern und intellektuellen Ständen, jenes Blut, das überall heraussprießt* [*sic!*] *und dann in der Vergangenheit abgekapselt wurde von allem Volke* [*sic!*].

Kultur ist also nicht das Ausschließliche dieser oder jener Partei oder des *Bürgertums,* das sich nur *politisch* zu fassen vermag. Hitler gesteht, daß er am Anfang seines Kampfes glaubte, daß dieses Bürgertum, das er gar nicht einer Bekämpfung für wert erachtete, eines Tages mit ihm gehen werde. Aber was geschah? Eine Welt stürzte zusammen, der Himmel brach nieder, und

die bürgerlichen Parteien wechselten nur ihre Namen [11].

Das war alles. Es kam noch schlimmer: Sie sahen zu, wie der Marxismus siegte, und sagten: Herr, sie essen so schnell und sie löffeln so tief hinein, daß es nicht lange dauert und die Schüsseln sind leer! Und ich verbringe die Zeit in "unfruchtbarer Opposition" - ich will *auf den Boden der Tatsachen treten*, ich will auch hin zu den vollen Schüsseln! (Stürmischer Beifall.)

So sagten auch die *Deutschnationalen,* und die Marxisten schoben ihnen den *Dawes-Pakt* [12] hin: Wollt ihr das fressen, ja oder nein? Ein Teil sagte: "Im Interesse des Vaterlandes" wollen wir das schlucken - *und sie starben daran, denn der Bissen war vergiftet* [13].

Das Bürgertum suchte sich anzupassen, und die Angst vor dem, der sich ersichtlich nicht anpassen will, hat sie uns zu Feinden gemacht.

Wie eine Vision schildert Hitler das ekstatische Gefühl des nächtlichen Meldegängers bei Arras, als die Sprache der 21er Kanonen [14] *plötzlich wieder zu dröhnen begann und den Horizont mit ihren Blitzen erhellte: Hier steht Deutschland, das ist unsere Sprache - diese Sprache*

10 Vgl. Dok. 11, Anm. 4.

11 Vgl. Dok. 3, Anm. 18.

12 Vgl. Dok. 1, Anm. 15.

13 Die DNVP, deren Erfolg in der Reichstagswahl vom 4.5.1924 nicht zuletzt aus ihrer entschiedenen Ablehnung des Dawes-Plans resultierte, hatte sich unter dem Druck der Interessenverbände in ihrer Haltung zum Dawes-Plan gespalten. Am 29.8.1924 stimmten 48 ihrer Reichstagsabgeordneten für die Annahme, 52 für die Ablehnung, sechs blieben der Abstimmung fern. Das unerwartete Abstimmungsverhalten der deutschnationalen Reichstagsfraktion sorgte für erhebliche Spannungen mit der Parteibasis, so daß Oskar Hergt am 23.10.1924 als Partei- und Fraktionvorsitzender zurücktrat. Vgl. Werner Liebe, Die Deutschnationale Volkspartei 1918-1924, Düsseldorf 1956, S. 74 ff.

14 Bezieht sich wahrscheinlich auf das "Paris-Geschütz" der deutschen Armee, ein auf 21 cm herunterkalibriertes 38-cm-Eisenbahngeschütz mit einer maximalen Schußweite von knapp 132 km. Seit 1918 im Einsatz, hatte der Beschuß des 90 km entfernten Paris allerdings eher propagandistischen als militärischen Wert. Vgl. John Batchelor und Ian Hogg, Die Geschichte der Artillerie, München 1977, S. 29, 42.

kennen sie da drüben und bergen sich vor ihr. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Und ich ging wieder zurück zur Front mit dem stolzen Gefühl, "auch du bist ein kleiner Wurm dieses Volkes".

Und heute:

Was ist aus Deutschland geworden?

In 10 Jahren hat man uns diese stolze Zuversicht aus dem Herzen gerissen, hat uns niedergezüchtet zu erbärmlichen Sklaven. Hitler zeichnet die abstürzende Linie vom Tag von Compiègne, wo ein Erzberger Deutschland repräsentierte [15], bis zum Young-Plan [16], das Heruntersinken von Stufe zu Stufe, und in gleich erschütternder Weise

die ganze Erfüllungstragödie

von dem Tage an, da die Sozialdemokratie das Volk entwaffnete [17], *"damit wir endlich erfahren, was wir zu zahlen haben".*

Politik heißt Kampf um das Leben und dieser wird ausgefochten im Kleinsten wie im Größten. Er beginnt in der *Kommune* und endet im Reich, er hat seinen Anfang im Reich und sein Ende in der Kommune. *Wenn der Kampf im Allergrößten versagt, kann auch im Kleinsten kein Glück und Segen kommen.* Wir treten in die Kommune ein als Verfechter nichtkommunalpolitischer Ziele, sondern *als Verfechter der deutschen Freiheit. Wir treten vor sie hin als Bittende für die Schaffung einer neuen deutschen Front.* (Stürmischer Beifall.)

Wenn die kommende Zeit den Untergang der Nation feststellt, dann wird sie auch feststellen müssen, *daß in dem gleichen Jahre das neue kommende Reich geboren wurde.* (Stürmischer Beifall.) Hitler zeichnet die Ziele dieses Reiches, seinen organischen Aufbau, sein granitenes Fundament, sein *Symbol* [18], das weit hinausleuchtet über die Grenzen der Kommunen, der Länder, ja selbst des Reiches: So weit Deutsche in unserer Sprache reden, soll *ein* Zeichen verkünden, daß sie *einen* Willen haben, an *eine* Zukunft glauben, das Symbol der werdenden Freiheit, die Flagge des kommenden Reiches, die die eigenen, ruhmvollen, unvergänglichen Farben in neuer Form zusammenfügt [19], die klar zum Ausdruck bringt, was diesen neuen Staat beseelt.

München steht im Mittelpunkt des geistigen Kampfes. Die junge deutsche Freiheitsbewegung hat von hier ihren Ausgang genommen. Was Richard Wagner dem deutschen Volke für die Kunst der Zukunft gab, das geben wir als Reich der Kraft und Macht der Zukunft. Was der Meister der Töne einst nicht zu ertragen vermochte [20], das wollen wir, die wir Kämpfer sind, auskämpfen. Das mögen sie sich gesagt sein lassen, die glauben, diese Stadt um die Ehre bringen zu können, Vorkämpferin zu sein für das neue Deutschland - es soll ihnen nicht gelingen. (Stürmischer Beifall.)

---

15 Gemeint ist der Waffenstillstand vom 11.11.1918. Matthias Erzberger war Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission. Vgl. Dok. 30, Anm. 4.

16 Vgl. Dok. 41, Anm. 11; Dok. 54, Anm. 5.

17 Vgl. Dok. 6, Anm. 40.

18 Gemeint ist die Hakenkreuzfahne. Vgl. Dok. 61, Anm. 30.

19 Bezieht sich auf die Farben des Kaiserreichs, die auch in der Hakenkreuzfahne enthalten waren. Vgl. Dok. 61, Anm. 5.

20 Vgl. Dok. 17, Anm. 45.

Der Wahltag [21] *wird vergehen, nur eines wird bleiben: Dieses Zeichen (Hitler deutet auf die Hakenkreuzfahne) wird sich nicht ändern, die Scharen, die dafür kämpfen, werden wachsen, und die Stunde wird kommen, da dieses Zeichen flattern wird über Deutschland, und in Ihrer Hand liegt es, daß dieses Zeichen als erste Stadt sich München, Bayerns Hauptstadt erwählt. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)*

13. Dezember 1929 — Dok. 114
Zeugenaussage vor dem Amtsgericht Schweidnitz [1]

Vossische Zeitung vom 14.12.1929 (PA), "Hitler über seine Sturmabteilungen" [2].

Die über einstündige Vernehmung von Adolf *Hitler* in dem Schweidnitzer Nationalsozialistenprozeß gestaltete sich im wesentlichen zu einem großen Plädoyer für die loyale und ideale Gesinnung seiner Anhänger. Zunächst schwächte Hitler einige etwas unvorsichtige Publikationen aus nationalsozialistischen Kreisen ab, indem er u. a. erklärte, daß die "Zehn Gebote für den S.A.-Mann" [3] wesentlich Zielgebungen von einzelnen Herren darstellten, die er nicht als parteiamtlich anerkennen könne [4]. Hitler erklärte, die Nationalsozialisten würden sich nie gegen die organisierte Staatsgewalt wenden, da das praktisch aussichtslos sei.

21 Bezieht sich auf die Kommunalwahlen in Bayern am 8.12.1929.

1 Am 26.9.1929 hatte die Ortsgruppe Schweidnitz der NSDAP eine Versammlung mit dem Thema "Der Republikanische Schutzbund in Österreich und das Reichsbanner in Deutschland - eine Judenschutztruppe" abgehalten. Daraufhin hatte die örtliche SPD, unterstützt von ADGB, Arbeiter Turn- und Sportbund und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, tags darauf eine Gegenveranstaltung im Volksgarten mit MdR Carl Wendemuth als Redner organisiert. Diese Veranstaltung wurde von etwa 150 SA-Männern, die aus der gesamten Umgebung zusammengezogen worden waren, gesprengt. Ein Teil der beteiligten SA-Männer wurde daraufhin angeklagt, am 23.12.1929 jedoch zu verhältnismäßig geringen Strafen verurteilt. Während des Verfahrens, das vom 3.12. bis 23.12.1929 vor dem Schöffengericht Schweidnitz verhandelt wurde, trat auch Hitler am 13.12.1929 als Zeuge auf. Vgl. Richard Bessel, Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934, New Haven 1984, S. 83 ff. ferner Hubert Wolan, Świdnickie Procesy. Narodowosocjalistycznych Bojówkarzy (1929-1930). In: Studia Śląskie, 30 (1976), S. 341-362; Hans Frank, Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse, München 1953, S. 82 f.
Der Berufungsprozeß vor dem Landgericht Schweidnitz wurde vom 10.6. bis 5.7.1930 verhandelt; Hitler sagte nochmals am 12.6.1930 aus. Vgl. Bd. III/3.

2 Vgl. Berliner Tageblatt vom 14.12.1929 (MA), "Die Sturm-Abteilung"; Frankfurter Zeitung vom 14.12.1929 (AA), "Hitler und sein Sturmtruppführer"; Sächsischer Beobachter vom 15.12.1929, "Der Skandal von Schweidnitz"; Friedrich Heiß, Das Schlesienbuch. Ein Zeugnis ostdeutschen Schicksals, Berlin 1938, S. 301 f.

3 Nicht ermittelt. Gemeint ist hier möglicherweise das "Das kleine abc des Nationalsozialisten" von Joseph Goebbels, Oranienburg o. J.

4 Die "GRUSA I" vom 30.5.1927 legte unter anderem fest: "Alle Anordnungen und Befehle grundsätzlicher Art, die die SA betreffen, sind nur rechtsgültig, wenn sie außer der Unterschrift des Obersten SA-Führers noch die des Partei-Vorsitzenden tragen." Vgl. Bd. II/1, Dok. 133.

Der Gedanke der "Selbstwehr" sei nur aus der Überzeugung entstanden, daß die Staatsgewalt bei dem Schutz der Ausübung staatsbürgerlicher Rechte "versage". Der Sieg des Marxismus sei zum größten Teil nicht der Sieg einer Weltanschauung, sondern eines organisierten Terrors. Ein Vorgehen gegen den Staat habe der Bewegung jederzeit ferngelegen.

Auch 1923 sei er der Meinung gewesen, daß er "gemeinsam mit der organisierten Staatsgewalt" in München vorgehe [5]. Immerhin erklärt Hitler dann, daß die Periode von 1923 jetzt abgeschlossen sei. Aber nach den unzähligen Mordüberfällen [6] könne die Stimmung unter den jugendlichen Idealisten überschäumen und der Grundsatz "Auge um Auge" [7] zu Geltung kommen. Wenn es zu schweren Szenen komme, dann habe daran der Staat schuld, der den marxistischen Terror so weit habe emporkommen lassen.

Zum Schluß erklärt er emphatisch: "Ich weiß mich ein Herz und eine Seele mit den Angeklagten [*sic!*]."

Befragt, warum in den Parteibefehlen den Anhängern nahegelegt wird: "Vor der Polizei wißt ihr nichts!" [8] erklärt Hitler: "Ich vertrete die Auffassung, daß die Polizei die Exekutivgewalt des Staates ist. Der Staat aber ist heute bestimmt von parteipolitischen Weltanschauungen, die gegen uns sind. Infolgedessen ist auch die Polizei gegen uns in jedem Fall. Wir geben vor jedem Richter Auskunft, aber nie vor einem deutschen Beamten." [9]

14. Dezember 1929 — Dok. 115
"Bekanntmachung betreffend Gründung der Nationalsozialistischen Sterbekasse" Anordnung

VB vom 14.12.1929.

In die Milliarden hinein geht die Summe der Gelder, die von den Versicherungsgesellschaften in Deutschland Jahr für Jahr aus den Millionen einzelner Versicherungsprämien angesammelt werden [1]. Die Leiter und Inhaber der Versicherungsgesellschaften haben es in der Hand, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen mit den Geldern so zu operieren, wie es ihnen gefällt. Da die großen Versicherungsgesellschaften fast alle mehr oder weniger unter jüdischem Einfluß

5 Vgl. Dok. 3, Anm. 23.
6 Vgl. Dok. 88, Anm. 3.
7 Nach 2. Mose 21, 24.
8 Der OSAF, Franz von Pfeffer, hatte am 1.11.1929 die SA-Männer zur Verschwiegenheit verpflichtet, um der "Verdrehungskunst und gewissenlose[*n*] Auslegung übelgesinnter Beamter" entgegenzuwirken. Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 374.
9 Folgt Bericht über die Befragung des Zeugen Franz von Pfeffer.

1 Die Prämieneinnahmen der vom Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung kontrollierten Versicherungsunternehmen beliefen sich im Jahr 1929 auf 1,6 Milliarden RM. 720 Millionen RM flossen bei der Regelung von Schadensfällen an die Versicherten zurück. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 401.

stehen und vom Bankkapital abhängig sind, wissen wir nur zu gut, in welcher Richtung diese Riesensummen sich auswirken. Es ist für unsere Parteigenossen also nicht gleichgültig, welchem Unternehmen sie ihre Versicherungsprämien zufließen lassen, die für Versicherungen verschiedener Art aufgebracht werden müssen. Den Nationalsozialisten den Weg zu judenfreien - rein deutschen - Versicherungsgesellschaften zu weisen, ist Aufgabe der Nationalsozialistischen Versicherungs-Hilfe [2], die jeder Nationalsozialist vor Abschluß einer Versicherung stets in Anspruch nehmen sollte.

In starkem Maße ist das durch Mitglieder der Bewegung aus allen Gauen schon geschehen. Hierbei hat sich herausgestellt, daß die Sorge für das Wohl der Familienangehörigen im Falle eines Todes allen Parteigenossen besonders am Herzen liegt. Sehr viele Nationalsozialisten sind jedoch nicht in der Lage, die Prämie für eine Lebensversicherung zur Sicherstellung ihrer Angehörigen aufzubringen. Es fehlte eine Einrichtung, die es auch dem ärmeren Parteigenossen gestattet, eine Sicherstellung der Kosten eines Sterbefalles vorzunehmen und gegebenenfalls darüber hinaus noch Mittel bereitzustellen, ohne gleichzeitig unseren Feinden dadurch Geld in die Hände zu spielen.

Darum ist mit Wirkung ab 1. Dezember [1929] die Nationalsozialistische Sterbekasse ins Leben gerufen worden.

Für den geringen monatlichen Beitrag von 1/2 [*Reichs*]Mark wird ein Sterbegeld von 300 [*Reichs*]Mark sichergestellt, für 1 [*Reichs*]Mark Monatsbeitrag 600 [*Reichs*]Mark usw.

Aufnahmefähig ist jeder Parteigenosse und Gesinnungsfreund, Frauen und Kinder bis zum Alter von 50 Jahren mit 5 Anteilen, bis zu 55 Jahren mit 2 Anteilen. Aufnahmen von Personen über 55 Jahren ist nach besonderer Prüfung von Fall zu Fall möglich.

Falls bei der Bewirtschaftung dieser Sterbekasse Überschüsse erzielt werden sollten, wird ein Vermögensstock angesammelt, aus dem den im Kampfe gegen Marxisten gefallenen Kämpfern des Nationalsozialismus ein würdiges Begräbnis zuteil werden soll [3].

Nationalsozialistische Versicherungshilfe.

Ich fordere alle Nationalsozialisten, die ihr Leben versichern wollen, auf, der

Nationalsozialistischen Sterbekasse

beizutreten und hierdurch diese Einrichtung nationalsozialistischer Gesinnungsgemeinschaft zu fördern.

gez. *Adolf Hitler*

2 Die Nationalsozialistische Versicherungs-Hilfe sollte Mitglieder und Anhänger der NSDAP bei Versicherungsabschlüssen beraten und an diejenigen Versicherungsgesellschaften weitervermitteln, die der NSDAP nahestanden. Vgl. Nationalsozialistisches Jahrbuch 1930, S. 150 ff.

3 Die zunehmende Zahl der Versicherungsfälle zwang die SA-Versicherung, neue Geldquellen zu erschließen. Vgl. Dok. 80, Anm. 2.

21. Dezember 1929 Dok. 116
"Volksentscheid für das Volksbegehren" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

Polizeibericht VI/d Nr. 2054/29 vom 22.12.1929; StA München, Pol. Dir. München 6740 [3].

Adolf Hitler erklärte bei Beginn seiner Ausführungen, daß es für ihn belanglos sei, wieviele Stimmen bei der kommenden Abstimmung sich für das Freiheitsgesetz [4] ergeben würden und ob die notwendige Zahl der Stimmen für das Gesetz aufgebracht würde. Die Hauptsache sei, vorläufig festzustellen, wieviele Personen in Deutschland den Mut aufbrächten, gegen den Unterdrückungswillen unserer Feinde aufzutreten. Sache der Nationalsozialisten sei es immer wieder, die Massen aufzurufen zum Widerstand gegen die Schandverträge, die uns der Feindbund auf Grund des verlorenen Krieges aufgezwungen habe [5].

Der Redner schilderte sodann die Ursachen, die seiner Auffassung nach zum Weltkrieg geführt haben. Hauptgrund für den Überfall der Feindmächte auf Deutschland im Jahre 1914 sei gewesen, den gefährlichen Konkurrenten Englands auf dem Welthandelsmarkte niederzuringen [6]. Deutschland habe sich in einer jahrelangen friedlichen Arbeit wichtige Welthandelsplätze, die vorher ausschließlich Exportplätze für die englischen Wirtschaftskreise gewesen seien, erobert. Damit war England allmählich vor die Entscheidung gestellt, durch das Wegfallen der Exportmöglichkeit entweder einer Periode des wirtschaftlichen Niedergangs entgegenzugehen oder, wie es in der Geschichte seit Jahrtausenden der Fall gewesen sei, den wirtschaftlichen Gegner mit politischen Mitteln niederzuringen. Letzteres habe England zunächst mit dem Jahre 1918 erreicht. Die weitere Absicht Englands und damit des Feindbundes sei nun, unter allen Umständen zu verhindern, daß Deutschland jemals wieder als Konkurrent auf dem Weltmarkte auftreten könne. Deshalb werde nun auf dem Wege von Reparationsverträgen Deutschland zwangsweise niedergehalten, die deutsche Industrie konkurrenzunfähig gehalten. Damit aber, und das ist das Ungeheuerlichste an dieser Tatsache, werden große Massen des deutschen Volkes, die eben nur bei einer exportfähigen Wirtschaft ernährt werden können, dem Untergange geweiht. Deutschland könne eben und solle nach dem Wollen der Feindmächte in der Zukunft keinen Warenexport mehr betreiben, sondern es sei gezwungen, den überflüssigen Bevölkerungsteil zu exportieren, das heißt, es müßten Tausende auswandern, um im fremdstaatlichen Auslande für fremdes Kapital Arbeit zu leisten [7]. Es sei daher eine Utopie, wenn

---

1 Titel laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10146).

2 Im Zirkus Krone, von 20.30 bis 22.15 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.000 Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Adolf Wagner geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet.

3 Vgl. VB vom 24.12.1929, "Der historische Protest"; Schleswig-Holsteinische Tageszeitung vom 29.12.1929, "Der historische Protest".

4 Gemeint ist der Volksentscheid über das "Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes" am 22.12.1929. Vgl. Dok. 92, Anm. 2; Dok. 111, Anm. 13.

5 Bezieht sich auf den Versailler Friedensvertrag und die sich anschließenden Folgeverträge zur Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen.

6 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

7 Unter dem Stichwort "Sklavenexport" verbreitete der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren die irrige Behauptung, ein Teil der Reparationsleistungen nach dem Young-Plan müsse durch deutsche Arbeitskraft

behauptet würde, Deutschland könne nunmehr in friedlicher Arbeit seinen Platz unter den Völkern wieder erringen; denn einerseits würde uns durch die Verträge jegliche nutzbringende Arbeitsmöglichkeit genommen, andererseits habe ja die friedliche Arbeit des deutschen Volkes vor dem Jahre 1914 zum Kriege geführt und würde daher zwangsläufig wieder zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit einem handelspolitischen Gegner führen [8]. Die Unmöglichkeit der Erfüllung der Ansprüche der Feindbundmächte werde allerorts anerkannt, und es sei daher eine Ungeheuerlichkeit, auf der einen Seite fortwährend zu betonen, die Erfüllung der Verträge sei unmöglich, auf der anderen Seite aber zu erklären, Deutschland sei bereit zu erfüllen [9]. Es handle sich hier um eine politische Schuld [10]. Diese politische Schuld lasse sich aber nur auf gewaltsamen Wege beseitigen. Und stets in der Weltgeschichte sei es so gewesen, daß eine politische Schuld nicht auf dem Wege friedlicher Arbeit getilgt worden sei, sondern nur durch Entgegensetzen des Widerstandes der betroffenen Nation. Darum würden die Nationalsozialisten seit 10 Jahren zum Widerstand aufrufen, um den Boden zu bereiten für das deutsche Geschlecht, das den Widerstand, der immer wieder gepredigt werde, in die Tat umsetze.

Hitler verbreitet sich sodann über die Anwürfe gegen die angebliche nationalsozialistische Mißwirtschaft in Coburg [11]. Er erklärte, daß es eine Unwahrheit sei, wenn behauptet würde, die Nationalsozialisten hätten den Ruin der städtischen Finanzen in Coburg herbeigeführt. Coburg sei bereits bei der Übernahme der Geschäfte durch die nationalsozialistische Mehrheit finanziell am Ende gewesen, wie es heute die meisten Kommunen seien [12]. Allerdings würden die Nationalsozialisten nicht die Verschleierungspolitik der anderen Parteien betreiben, sondern sie hätten offen erklärt, wir sind am Ende. Die Folge sei gewesen, daß ein Staatskommissar aufgestellt worden sei [13]. Genau wie in Coburg müsse es allmählich in den übrigen Städten gehen. Es müssen schließlich die deutschen Länder, es müßte schließlich das Deutsche Reich erklären: "Wir sind am Ende, schickt einen Staatskommissar". Dann würde sich beweisen, ob schließlich der vom Feindbunde aufgestellte Staatskommissar es fertigbrächte, aus einem Volke, das vergleichsweise gesprochen ein Einkommen von 3.000 Mark habe, eine Schuldsumme von 30.000 Mark beizutreiben.

Zum Schlusse seiner Ausführungen richtete Hitler an die Anwesenden den eindringlichsten Appell, bei der morgigen Abstimmung [14] mit allen Mitteln für eine rege Beteiligung Sorge zu tragen. Man müsse die Leute aufrütteln und herbeischleppen, man müsse die Leute erziehen zu

---

im Ausland erbracht werden, Zwangsverpflichtungen seien daher zu erwarten. Vgl. Vossische Zeitung vom 26.9.1929 (PA), "Deutscher Sklavenexport nach Übersee" sowie vom 1.10.1929 (PA), "Der Volksbetrug der Volksbegehrer".

8 Zum Forschungsstand zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges vgl. z. B. Schöllgen, Flucht in den Krieg?

9 Vgl. Dok. 106, Anm. 17.

10 Vgl. Dok. 28, Anm. 4.

11 Vgl. Dok. 110, Anm. 11.

12 Am 31.12.1929 waren die deutschen Gemeinden mit insgesamt 8,2 Milliarden RM verschuldet, was sich verschärfend auf die Wirtschaftskrise auswirkte. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 518 f. sowie Wolfgang Heindl, Die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden in Deutschland von 1925 bis 1933. Öffentliche Haushalte und Krisenverschärfung, Frankfurt a. M. 1984, S. 251 ff.

13 Vgl. Anm. 11.

14 Vgl. Anm. 4.

Widersetzlichkeit und zum Widerstand gegen Forderungen, die den Untergang der deutschen Nation bedeuten. [15]

23. Dezember 1929 Dok. 117
Anordnung

Masch. Ausfertigung vom 23.12.1929; BA Slg. Schumacher 373 [1].

Die Ausgabe eines Handbuches der nationalsozialistischen Volkswirtschaftslehre in kurzer allgemeinverständlicher Fassung auf wissenschaftlich fester Grundlage erscheint ein dringendes Bedürfnis und entspricht vielfach geäußerten Wünschen aus den Reihen der als Organisationsleiter und Redner tätigen Parteigenossen [2].

Zur Bearbeitung des Handbuches wird eine Kommission gebildet aus den Parteigenossen: *Feder* [3], *Dr. Albrecht* [4], *Dr. Buchner* [5], *Rudolf Heß, Himmler, Klagges* [6], *Reinhardt* [7], *Stöhr* [8], *Gregor Straßer, Adolf Wagner.*

---

15 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Kopf: "Organisationsabt. II". Fußvermerk: "Verteiler: An sämtliche Kommissionsmitglieder, sämtliche Herren Gauleiter, Herrn Hauptschriftleiter des V.B., Kampfverlag (Dr. Otto Straßer), Reserve (Organisationsabtlg. II)."

2 Seit September 1929 hatte die Organisationsabteilung II dieses Projekt vorbereitet. Vgl. Dok. 86.

3 Gottfried Feder (1883-1941), Diplomingenieur, 1918 Gründer des Deutschen Kampfbundes zur Brechung der Zinsknechtschaft, 1919 Eintritt in die DAP/NSDAP, 1920 Mitverfasser des 25-Punkte-Programms der NSDAP, 1924-1933 MdR, ab 1926 Herausgeber der "Nationalsozialistischen Bibliothek", 1931 Vorsitzender des Wirtschaftsrates der NSDAP, 1933 Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, 1934 Reichskommissar für das Siedlungswesen, 1934-1941 Professor an der TU Berlin für Siedlungswesen.

4 Herbert Albrecht (1900-1945), 1919 Angehöriger des Freikorps Halle, Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, 1924 Mitarbeiter im Völkischen Beobachter, 1925 Dr. phil. agr., 1926 Eintritt in die NSDAP, 1930-1933 MdR, 1930/31 Gauleiter des Gaues Mecklenburg, 1933/34 Bevollmächtigter Thüringens zum Reichsrat und Sonderbeauftragter der thüringischen Regierung in Berlin, 1934 Aberkennung aller Parteiämter für die Dauer von drei Jahren, Delegierter des Aufsichtsrats im Vorstand der reichseigenen Deutschen Revisions- und Treuhand-A.G.

5 Hans Buchner (1896-1971), 1922 Dr. phil., 1933 Chefsyndikus der Industrie- und Handelskammer München.

6 Dietrich Klagges (1891-1971), Lehrer, 1931 Minister für Inneres und Volksbildung von Braunschweig, Juli 1932-1933 MdR (NSDAP), 1933 MdL in Braunschweig, 1933 Ministerpräsident von Braunschweig.

7 Fritz Reinhardt (1895-1969), Kaufmann, 1919-1924 Direktor der Thüringischen Handelsschule und der Akademie für Wirtschaft und Steuern in Ilmenau, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924 Gründer der Fernhandelsschule in Herrsching am Ammersee, 1926 Ortsgruppenleiter der NSDAP, 1927 Bezirksleiter von Oberbayern-Süd, 1928 Gauleiter des Gaues Oberbayern-Schwaben, 1928-1930 Gauleiter des Gaues Oberbayern, 1928-1933 Leiter der NSDAP-Rednerschule in Herrsching, 1929-1933 2. Bürgermeister von Herrsching, 1930-1933 Leiter der Reichspropagandaabteilung II der NSDAP, 1930-1933 MdR, 1933 Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, 1935 Leiter des Sachgebiets für Arbeitsbeschaffung, Finanz- und Steuerpolitik im Stab des Stellvertreters des Führers.

8 Franz Stöhr (1879-1938), kaufmännischer Angestellter, 1914-1919 Gauvorsteher des DHV für Thüringen und 1921-1925 für Brandenburg-Pommern, 1924-1933 MdR (DVFP, seit 1927 NSDAP), 1928-1930 Herausgeber und Schriftleiter der Nationalsozialistischen Presse-Korrespondenz, 1930/31 im Präsidium des Reichstags, 1933 Leiter des Amts für soziale Fragen der DAF, 1934-1938 Oberbürgermeister von Schneidemühl.

Die Hinzuziehung weiterer Mitglieder zur Kommission behält sich der Parteiführer [9] vor.

Die Arbeiten der Kommission erfolgen in Form schriftlicher Beiträge und mündlicher Besprechungen unter Leitung des Parteiführers. Die erste Besprechung findet voraussichtlich Ende Januar 1930 in München statt [10].

Anregungen und Vorschläge auch aus den Reihen der nicht zu Kommission gehörigen Parteigenossen sind erwünscht und an die Organisations-Abteilung II [11] zu richten.

Die erste Kommissionssitzung wird sich befassen mit der Besprechung

1.) Allgemeiner Anregungen zur Abfassung des Handbuches.

2.) Von Äußerungen zur beabsichtigten Stoffgliederung (siehe Anlage [12]).

3.) Der grundlegenden Anschauungen (Abschnitt II der Stoffgliederung) [13].

gez. *Adolf Hitler*

28. Dezember 1929 Dok. 118
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 28.12.1929.

Unter die Vorwürfe, die mit Recht gegen das heutige Regiment erhoben werden, gehört der, daß man mit allen Mitteln versucht, eine finanzielle Gesundheit vorzutäuschen in einer Zeit, da sich der Staatsbankrott an allen Ecken und Enden bereits ankündigt [1]. Es gehört zu den Ar-

9 Hitler.

10 Die Gespräche über die wirtschaftspolitische Stellung der NSDAP begannen im Frühsommer 1930. Zur Kommission wurde noch der damalige Stabschef der SA, Otto Wagener, zugezogen. Vgl. Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929-1932. Hrsg. von Henry A. Turner jr., Frankfurt a. M. 1978, S. 105 ff.

11 Vgl. Dok. 86, Anm. 1.

12 *"Grundriß einer nationalsozialistischen Volkswirtschaftslehre.*
(Entwurf einer Stoffgliederung.)
I. *Geschichtliche Einleitung:* Kurzer Überblick über die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft im 19. und 20. Jahrhundert.
Die wichtigsten Volkswirtschaftstheorien dieser Zeit und ihre praktische Auswirkung.
II. *Die nationalsozialistische Volkswirtschaftslehre:*
1.) Die weltanschaulichen und politischen Grundlagen,
2.) Begriffsbestimmungen und Hauptgrundsätze,
3.) Richtwege zur Verwirklichung.
III. *Die Auswirkung* der nationalsozialistischen volkswirtschaftlichen Hauptgrundsätze *auf die Einzelgebiete* der Volkswirtschaft."

13 Das Ergebnis der Vorarbeiten war Heft 16 der von Gottfried Feder herausgegebenen Nationalsozialistischen Bibliothek von Hans Buchner, Grundriß einer Nationalsozialistischen Volkswirtschaftstheorie, München 1930.

1 Seit Sommer 1929 mußte der Reichsminister der Finanzen, Rudolf Hilferding, zur Deckung des Kassenbedarfs kurzfristige Kredite aufnehmen. Konjunkturell bedingte Steuerrückgänge erhöhten das Defizit. Auch die Zünd-

gumenten, die man für die Notwendigkeit der Annahme des Young-Plans ins Treffen führt, daß durch ihn eine "Erleichterung" der Reparationszahlungen eintreten würde [2]. Es wird damit versucht, den Anschein zu erwecken, als ob diese "erleichterte" Belastung dann getragen werden könnte. Tatsache ist aber, daß das Reich überhaupt nicht mehr zahlungsfähig ist. Aber das gilt nicht nur für den Young-Plan, sondern das galt auch bereits für den Dawes-Pakt [3]. Seit Jahren werden Schulden bezahlt, indem man Schulden macht [4]. Und zwar deckt man seit Jahren die politische Schuld immer wieder durch langfristige wirtschaftliche Schuldverpflichtungen. Im Young-Plan soll dieser Wahnsinn zur geregelten Methode erhoben werden. Wenn aber das Ausland auch heute noch solche Forderungen stellt, dann nicht zum geringen Teil deshalb, weil in Deutschland eine Scheinblüte vorgetäuscht wird [5], die allen Erpressungen ein vorgelogenes moralisches Anrecht gibt. Es wäre die Aufgabe verantwortungsbewußter Regierungen gewesen, unsere Zahlungsunmöglichkeit der anderen Welt in eindeutigster Weise vorzudemonstrieren [*sic!*]. Statt dessen versuchte man durch tausend Manöver immer wieder der Welt zu beweisen, daß es um Deutschland gar nicht so schlecht stehe! Wenn aber heute die deutsche Wirtschaft jammert über die trostlose Situation, in der sie sich befindet [6], dann trägt sie selbst ein gerüttelt Maß Schuld daran. Die Novembermänner [7] brauchen das Geschwätz von der "Sanierung" und dem "Wiederaufstieg" Deutschlands, um wenigstens einen, wenn auch noch so fadenscheinigen Beweis für die Notwendigkeit ihrer Revolution anführen zu können. Die deutsche Wirtschaft aber hat ihnen mit ihrem dummen Gerede von der "wirtschaftlichen Wiedergesundung" usw. die Unterlagen dazu geliefert. Aus Selbsterhaltungstrieb muß die Revolution den Schwindel vom "Aufstieg" Deutschlands in die Welt setzen und kann dann vernünftigerweise aber keine Gründe finden, die der beutehungrigen Finanz der "Siegerstaaten" entgegengehalten werden könnten. Die Revolution hat Deutschland frei gemacht. Die Republik führt uns zu Glück und Wohlstand empor. Das deutsche Volk kann demnach zahlen! Die deutsche Wirtschaft gräbt sich mit ihrem Gerede von der Wiederherstellung des Reiches als Wirtschaftsfaktor selbst den Boden ab. Denn, indem sie immer wieder der Welt ihre staunenswerten Daten vom "wirtschaftlichen Wiederaufstieg", der "wirtschaftlichen Sanierung", der "Besserung unserer Wirtschaftslage" regierungsauftragsgemäß unter die Nase hält, rechtfertigt sie selbst die wahnsinnigen Erpressungen, die man diesem sanierten und wirtschaftlich wieder gehobenen Deutschland aufbürdet.

Es ist schwer zu sagen, wann unsere Wirtschaftler [*sic!*] endlich begriffen haben werden, daß sie mit ihren Redereien die Revolutionslumpen vom Jahre 1918 stützen und sich selbst am

---

holz-Anleihe (vgl. Dok. 82, Anm. 7) reichte zur vollständigen Abdeckung nicht mehr aus. Am 9.12.1929 hatte das Kabinett einen Reformplan verabschiedet, der eine Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung und die Einführung einer Tabaksteuer vorsah. Vgl. Maurer, Reichsfinanzen und Große Koalition, S. 95 ff.

2 Vgl. Dok. 41, Anm. 11; Dok. 54, Anm. 5.

3 Vgl. Dok. 1, Anm. 15.

4 Da Deutschland keine Devisenüberschüsse erwirtschaftete, mußten zur Transferierung der Reparationsleistungen neue Auslandsanleihen aufgenommen werden. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 383 ff.

5 Vgl. Dok. 6, Anm. 22.

6 Der Kurssturz an den amerikanischen Börsen seit dem 25.10.1929 ließ in Deutschland bereits vorhandene Krisenentwicklungen aufbrechen und gilt als Beginn der Weltwirschaftskrise. Vgl. auch Dietmar Petzina, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977, S. 96 ff.

7 Gemeint sind die Repräsentanten der Reichsregierung und der sie tragenden Parteien.

Ende vernichten. Wann endlich auch dort die Einsicht kommt, daß es im Interesse des Reiches, des Volkes und selbstverständlich mit in erster Linie der Wirtschaft selber gelegen ist, frei und offen zu bekennen, daß von einem wirtschaftlichen Wiederaufstieg gar keine Rede sein kann, sondern daß wir im Gegenteil mit rapiden Schritten uns dem Ende nähern. Je mehr die ganze Nation erfährt, wie es um uns wirklich steht, um so schneller geht es dann mit jenen zu Ende, die unter der schwindelhaften Lüge, dem deutschen Volk ein Leben von Freiheit, Schönheit und Würde [8] zu bescheren, es in Wahrheit der Hölle entgegenführten!

Wie alles in der Menschheit durch irgendwen und an irgendeiner Stelle zum erstenmal ausgesprochen, vordemonstriert und durchgeführt werden muß, so auch dieses. Der dummen Sucht, die Dinge immer schöner hinzustellen als sie sind, muß man an irgendeinem Ort eben zum erstenmal die Wahrheit entgegenhalten. Es ist das Verdienst der nationalsozialistischen Bewegung, durch ihre Ortsgruppe Coburg diesen ersten Schritt getan zu haben. Bekanntlich hat anläßlich der Wahl die gesamte Judenpresse bis tief in die Reihen eines politisch nun einmal unheilbar erkrankten Bürgertums die Meinung verbreitet, daß die Nationalsozialisten in Coburg in 5 Monaten die Stadt "bankrott" gemacht hätten [9]. Es gibt ja nichts so Dummes und Blödes, als daß es, besonders wenn es von Juden kommt, im deutschen Volk nicht geglaubt würde. Hier wetteifert unser politisch aufgeklärtes Bürgertum mit dem Proletariat um die Siegespalme. Daß die Nationalsozialisten in 5 Monaten eine Stadt dem Bankerott entgegentreiben können, ist an sich schon so dumm, daß nur das souveräne und aufgeklärte, seit dem November 1918 sein Geschick selbst in die Hand nehmende deutsche Volk das glauben kann. In Wahrheit war es natürlich umgekehrt. Das marxistisch demokratische Regiment hat im Laufe der Jahre Coburg in dieselbe Situation gebracht wie das ganze Deutsche Reich. Allerdings versuchte man diese Situation ebenfalls wie im großen zu verschleiern. Laufende Defizite wurden durch Anleihen gedeckt. Man hat im kleinen denselben ausgeglichenen Etat vorgeschwindelt, wie es im großen geschieht. Die nationalsozialistische Bewegung hat durch ihre Coburger vorbildliche Vertretung den gegenteiligen Weg eingeschlagen. Sie stellt vor aller Welt fest, daß die Gemeinde finanziell sich in einer unhaltbaren Lage befindet. Sie erhebt damit als kleine Zelle die kategorische Forderung, daß neue steuerliche Belastungen gar nicht denkbar sind, solange durch die allgemeine Wirtschaft Milliarden dem deutschen Volk entzogen werden. Sie demonstriert den Irrsinn unserer Erfüllungspolitik an einem wenn auch kleinen Beispiel in mustergültiger Weise. Sie erhebt Forderungen an den bayerischen Staat, die ihr zustehen und auf die sie nicht verzichtet unter Vortäuschung einer Gesundheit der Stadt Coburg, die nicht da ist. Das Beispiel, das die nationalsozialistische Bewegung in Coburg gibt, wurde von der Coburger Bevölkerung auch restlos verstanden. Es will etwas heißen, wenn in einer Mittelstadt die Nationalsozialistische Partei die absolute Majorität erobert [10] und nun gegen eine Mauer von Feinden im nächsten Wahlkampf nicht nur behauptet, sondern sogar noch erhöht [11]. Glänzender ist die infame Verlogenheit des jüdischen Pressegesindels selten aufgedeckt worden als dabei.

8 Vgl. Dok. 7, Anm. 42.
9 Vgl. Dok. 110, Anm. 11.
10 Vgl. Dok. 44, Anm. 3.
11 Die Zahl ihrer Stadtratsmandate konnte die NSDAP bei der Kommunalwahl am 8.12.1929 gegenüber der Wahl am 23.6.1929 nicht erhöhen. Vgl. Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 62 (1930), S. 472.

Es ist nun das Ziel der nationalsozialistischen Bewegung, langsam auch in den Ländern den Widerstand gegen die Wahnsinnspolitik des Reiches zu verstärken, indem auch dort, analog dem Coburger Vorbild, langsam reiner Wein eingeschenkt wird. Man wird dann eines Tages in Berlin sehen, daß es so nicht mehr weitergeht. Man wird dann angesichts der enthüllten wahren Lage unseres Volkes sich mit Erfüllungspolitikern gar nicht mehr lange abzustreiten brauchen, weil sie dann als Narren erkannt und angesehen werden. Denn wenn vor der ganzen Welt und vor allem vor dem eigenen Volk die wirkliche Lage Deutschlands, so wie sie tatsächlich ist, klargestellt und aufgedeckt wird, dann hört sich das wahnsinnige Gerede von "Erfüllung", "Reparationen", "Dawes-Plan" oder "Young-Methode" von selber auf.

Allerdings hört dann auch auf der Schwindel des Novembers 1918, daß die Revolution dem deutschen Volk Freiheit und Glück bringen würde. Sie wird dann erkannt sein als als, was sie war: als das größte Gaunerstück der Weltgeschichte.

Möge uns das Jahr 1930 dieser Erkenntnis wesentlich näherbringen.

Dezember 1929 Dok. 119
Interview mit dem New York American [1]

New York American vom 5.1.1930, "'National Socialist Party Fighting to Save Germany From Growing Menace of Bolshevism,' Says Adolf Hitler".

"*Germany* is steadily, slowly, but surely, slipping more and more into conditions of Communism under the very eyes of the League of Nations and those elements in France, England and elsewhere whom we have been led to believe have an interest in not seeing the social order and stability overturned."

[...] [2]

Asked if he wasn't over-rating the danger of Bolshevism in Germany, Hitler emphatically affirmed his previous statement.

"Popular discouragement because of debts, mortgages, enormous taxation, more than one million unemployed [3], the imprecedented number of bankruptcies [4] and drafts not honored [5]

---

1 Das Interview führte der Chefauslandskorrespondent der Hearst-Presse, Karl Henry von Wiegand (1874-1959).

2 "Adolf Hitler, head of the National Socialist movement in Germany, made this statement to me, emphasizing it with that vigor of expression that is characteristic of him.
The National Socialists are known as the '*Hakenkreuzler*', or 'Hooked Cross', because they have as their emblem the ancient mystic Swastika Cross. They differ from the Socialists of Germany in that they are nationalists of a Fascist type, while the Socialists are internationalists."

3 Im Dezember 1929 waren bei den Arbeitsämtern und -nachweisen 2.894.798 Arbeitssuchende registriert. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 316.

4 Vgl. Dok. 112, Anm. 73.

5 Die Zahl der erstinstanzlichen zivilrechtlichen Urkunden- und Wechselprozesse war von 438.661 im Jahr 1928 auf 502.439 im Jahr 1929 gestiegen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 538.

and, finally, an apathy resulting from disgust with the present party system in Germany and distrust of public officials - all this tends to smooth the way that leads to national destruction.

"The public mind of the German people is in utter confusion. It is in this state of affairs that the National Socialists are raising the cry of home, country and nation against the slogan of internationalism of the Marxian Socialists."

[...] [6]

"You ask me what our aim is. Our aim is to save Germany from being economically enslaved to foreign powers on the one hand and on the other hand to save the country from being utterly bolshevized and falling into disorganisation and demoralisation."

[...] [7]

"No, we have no thought of revolution" he answered. "Our ranks are growing so rapidly - as the recent election returns prove [8] - that we have no need of other than legal methods. The national Socialists in Germany now number about two and a half million [9]. In another year we will have four million - perhaps more."

Hitler was not clear what form or system of government the National Socialists would have in Germany if they attained to power [10].

"Parliamentary government becomes an utter farce of representative government when there are from a dozen to a score of political parties as there are in Germany.

"That kind of parliamentary government has failed in Poland [11], it has failed in Austria [12], it brought a Mussolini in Italy [13]. It is a failure in Germany.

---

6 "Adolf Hitler was the moving spirit of the Hitler-Ludendorff 'Putsch' or attempted coup in Munich several years ago when he and General Ludendorff tried to stage a 'March on Berlin' on the plan of Mussolini's march on Rome.
The Reichswehr, loyal to the government, opened fire on the marching column in Munich, killed a number and wounded others, which ended that 'revolution'. I had not seen Hitler since. Now he is again active, and with much larger following."

7 "I recalled to Hitler that I had pointed out to him a few days before the Munich 'putsch' that his projected 'March on Berlin' was doomed to failure and asked if he again had in mind a revolution against Berlin." (Hitler und Karl von Wiegand hatten bereits im Frühjahr 1923 Kontakt. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 910.)

8 Gemeint sind die Landtagswahl in Baden am 27.10.1929, die Bürgerschaftswahl in Lübeck am 10.11.1929, die Gemeinde-, Kreistags- und Provinziallandtagswahlen in Preußen, Hessen, Sachsen und dem Saargebiet am 17.11.1929, die thüringische Landtagswahl und die bayerischen Gemeindewahlen vom 8.12.1929, bei denen die NSDAP insgesamt etwa 1,3 Millionen Stimmen erhielt. Vgl. Dok. 104, Anm. 9.

9 Bezieht sich auf die Zahl der Wähler. Vgl. Anm. 8.

10 In der Auseinandersetzung um die Stellungnahme Kronprinz Rupprechts zum Volksbegehren gegen den Young-Plan hatte sich Hitler gegen die Wiedereinführung der Monarchie ausgesprochen. Vgl. Dok. 93, 94, 112, 113.

11 Nach der Verfassung von 1921 war Polen eine parlamentarische Demokratie. Die wirtschaftlichen Probleme des Landes und fortdauernde Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung führten am 14.5.1926 zu einem von den Sozialisten durch einen Streik unterstützten Staatsstreich des ehemaligen vorläufigen Staatschefs Józef Piłsudski. Piłsudski wurde Kriegsminister und für zwei Jahre Ministerpräsident. Bei der Wahl 1928 wurde der die Regierung stützende "Unparteiische Block" stärkste Kraft, verfügte aber nicht über die absolute Mehrheit. Am 7.12.1929 trat die am 14.4.1929 gebildete Regierung von Ministerpräsident Kasimir Switalski nach einem trotz massiver Putschdrohungen erfolgreichen Mißtrauensvotum des Sejm zurück. Vgl. A. B. Polonsky, Piłsudski and Parliament. The Crisis of Constitutional Government in Poland 1922-1931, Oxford 1967, S. 443 ff., 476 ff.

12 Bezieht sich auf die Verfassungsreform in Österreich. Vgl. Dok. 99, Anm. 15.

13 Vgl. Dok. 6, Anm. 48.

"The American form of government, where the President is something more than a rubber stamp and the cabinet cannot be overthrown from day to day, has elements of stability necessary to the political tranquility and economic prosperity of a people. That is lacking in Germany."

Hitler declared that Germany was not even governed on parliamentary lines, as generally understood. He added:

"The Socialists have perverted their own constitution [14] to suit their own purpose. Government is by a political group in which the Socialists are the dictators [15].

"The Socialists are not working for the general welfare of Germany but for the spread of internationalism. They place internationalism above the national interests of the country. They would make Germany into a centralised [16], internationalised socialistic state.

"It is again this that the National Socialists are trying to arouse the patriotic national feeling of the country."

[...] [17]

"Because the people would not understand it if I did not do so", replied Hitler. "All denials, notwithstanding, there is a strong anti-Semitic sentiment, not only in Germany but in other countries as well.

"In Germany that feeling has largely grown out of a conviction that the Jews have attained to power and influence in the political and economic life of the nation out of all proportion to their number, and that often they exercise that power and influence to the benefit of themthelves, their class and their people rather than to the good and welfare of the nation and its national interest as a whole.

"I am not for curtailing the rights of the Jews in Germany, but I insist that we others who are not Jews shall not have less rights than they.

"In your country you have rigid immigration laws [18]. Immigrants must be free from disease. You exercise certain selectivity in immigrants. You demand medical examinations.

"Germany has no such protective measures. Jewish influence expressed politically has prevented such measures being enacted. We are overrun by elements that you reject in advance. Germany is a veritable haven of refuge for such immigrants [19].

---

14 Die Weimarer Reichsverfassung war von der aus allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangenen Nationalversammlung geschaffen worden und spiegelte keineswegs nur die Interessen der Sozialdemokratie wider. Vgl. Sigrid Vestring, Die Mehrheitssozialdemokratie und die Enstehung der Reichsverfassung von Weimar 1918/1919, Münster 1987, S. 126 ff.

15 Anspielung auf die nach der Reichstagwahl im Mai 1928 erfolgte Regierungsbildung aus SPD, Zentrum, BVP, DDP und DVP unter Vorsitz von Reichskanzler Hermann Müller (SPD).

16 Bezieht sich auf die Haltung der SPD zur Reichsreform. Vgl. Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, Bd. I, S. 585 ff.

17 "I asked why he had again placed anti-Semitism on his programme."

18 Vgl. Dok. 26, Anm. 29.

19 Hitler dürfte hier auf die Zuwanderung sogenannter Ostjuden anspielen. Im Verlauf des Ersten Weltkriegs wurden etwa 35.000 ostjüdische Arbeiter in den besetzten Gebieten angeworben oder unter Zwang nach Deutschland gebracht. In den Nachkriegswirren wanderten rund 70.000 weitere Juden aus Osteuropa ein, doch bereits 1922 überstieg die Zahl der, meistens nach Amerika, wieder ausreisenden die der neu hinzukommenden. Vgl. Shalom Adler-Rudel, Ostjuden in Deutschland 1880-1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten, Tübingen 1959, S. 22, 39 f.

"The National Socialists want the immigration frontiers of Germany protected as America protects hers."

[...] [20]

"I am for an entente or understanding with England and the United States," was his reply.

He admitted that geographically France and Germany should be the natural allies.

"A complete, almost revolutionary change of mental attitude in France toward Germany would be a preliminary condition to such an understanding between the two nations. France has given little evidence of that. I see no hope for it."

[...] [21]

[Dezember 1929] Dok. 120
"Bekanntmachung des 1. Parteivorsitzenden für die SA-Versicherung"
Aufruf

Masch. Ausfertigung, o. D.; BA, Slg. Schumacher 415.

Die SA-Versicherung [1] hat in den letzten Monaten des Kampfes eine Bedeutung erreicht, die folgende Zahlen beweisen.

Abgesehen von der Auszahlung dreier Todesfälle [2] *lagen durchschnittlich das ganze letzte Vierteljahr tagaus, tagein 64* bis zur Arbeitsunfähigkeit verwundete daheim und in den Lazaretten und wurden von unserer Versicherung ausbezahlt [3].

Außerdem sind noch sechs Todesfälle und eine ungeheure Zahl von Verletzungen und Unglücksfällen vorgekommen, die leider nicht versichert waren.

Der Kampf wird im neuen Jahre nicht schwächer werden. Die Gefahren, die insbesondere unsere SA-Männer auf sich nehmen, werden nicht geringer. An die SA-Versicherung werden in Zukunft noch weit größere Anforderungen gestellt werden als bisher.

Die SA-Versicherung ist ein Unternehmen auf Gegenseitigkeit. Wenn die Anforderungen an sie zu hoch werden, müßte sie den Beitrag erhöhen. Es ist aber ungerecht, wenn gerade diejenigen Männer einen erhöhten Beitrag bezahlen müssen, die beim Kampfe in vorderer Linie stehen. Vielmehr erschiene es richtiger, wenn die anderen Parteimitglieder dazu beitragen

---

20 "I sounded the National Socialist leader on what his foreign policy would be."

21 "The 'come-back' of Adolf Hitler after the disastrous Munich 'putsch' has surprised many in Germany. Just how much of a factor he will be in coming difficulties in Germany, none seems to care to predict."

1 Vgl. Dok. 80, Anm. 2.

2 Die letzten drei Nationalsozialisten, die im Jahr 1929 bei politischen Auseinandersetzungen getötet wurden, waren Heinrich Bauschen am 21.10.1929, Friedrich Meyer am 17.11.1929 und Walter Fischer am 13.12.1929. Vgl. Halbmast, S. 31.

3 Im zweiten Halbjahr 1929 hatte die SA-Versicherung 621 Fälle mit insgesamt 34.404,39 RM Entschädigungen zu regulieren. Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 412.

würden, daß denen vorne, falls sie Schaden erleiden, wenigstens für die Zeit ihrer Arbeitsunfähigkeit eine Entschädigung bezahlt werden und im Falle des Todes den Hinterbliebenen eine Hilfe gewährt werden kann.

Ich appelliere deshalb an alle Parteigenossen und Parteifreunde, der SA-Versicherung beizutreten. Je größer die Zahl der versicherten Mitglieder ist, um so eher ist es für die SA-Versicherung möglich, den Monatsbeitrag von nur 20 Pfg. beizubehalten. *Wer nicht im Kampfe selbst mit vorne stehen kann, der kann wenigstens mit seinem SA-Versicherungsbeitrag ihn indirekt unterstützen.*

gez. Adolf Hitler

Anhang

Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Abendausgabe
AG	Aktiengesellschaft
BA	Bundesarchiv
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
BVP	Bayerische Volkspartei
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
Dok.	Dokument
DVFP	Deutschvölkische Freiheitspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
e. V.	eingetragener Verein
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GLA	Generallandesarchiv
GRUSA	Grundsätzliche Anordnungen
GVG	Großdeutsche Volksgemeinschaft
HJ	Hitler-Jugend
hs.	handschriftlich
HStA	Hauptstaatsarchiv
IfZ	Institut für Zeitgeschichte (München)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KZ	Konzentrationslager
MA	Morgenausgabe
masch.	maschinenschriftlich
MdL	Mitglied des Landtages
MdR	Mitglied des Reichstages
MNN	Münchner Neueste Nachrichten
NL	Nachlaß
N.S.D.A.P., NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDAV	Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterverein

NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSFB	Nationalsozialistische Freiheitsbewegung
NSFP	Nationalsozialistische Freiheitspartei
O.Gr.	Ortsgruppe
Osaf, OSAF	Oberste SA-Führung/ Oberster SA-Führer
PA	Postausgabe
Pg.	Parteigenosse
PND	Polizeinachrichtendienst
Rep.	Repertorium
RFB	Roter Frontkämpferbund
RFSS	Reichsführer SS
RGBl.	Reichsgesetzblatt
R.L., RL	Reichsleitung
RM	Reichsmark
S.A., SA	Sturmabteilung
SABE	SA-Befehl
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands
Slg.	Sammlung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs
SS	Schutzstaffel
StA	Staatsarchiv
StGB	Strafgesetzbuch
Sturmf.	Sturmführer
TH	Technische Hochschule
USA	United States of America
USchlA	Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VB	Völkischer Beobachter
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verzeichnis der zitierten Publikationen

Adám, Magda, Richtung Selbstvernichtung. Die Kleine Entente 1920-1938, Wien 1988.

Adler-Rudel, Shalom, Ostjuden in Deutschland 1880-1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten, Tübingen 1959.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930. Bearb. von Martin Vogt, 2 Bde., Boppard a. Rh. 1970.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Serie B, Bde. XI, XIII, Göttingen 1978-1979.

Albertin, Lothar, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972.

Albertini, Rudolf von, Europäische Kolonialherrschaft 1880-1940, Zürich 1976.

Altendorfer, Otto, Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei 1888-1945. Teilband II, München 1993.

Andics, Hellmut, Luegerzeit. Das Schwarze Wien bis 1918, Wien 1984.

Die Anfänge der Ära Seeckt. Militär und Innenpolitik 1920-1922. Bearbeitet von Heinz Hürten, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Zweite Reihe: Militär und Politik, Bd. 3, Düsseldorf 1979.

Anglo-American Relations in the 1920s. The Struggle for Supremacy. Hrsg. von B. J. C. McKercher, London 1991.

Bade, Klaus J. (Hrsg.), Imperialismus und Kolonialmission. Kaiserliches Deutschland und koloniales Imperium, Wiesbaden 1982.

Ball, Alan M., Russia's Last Capitalists. The Nepmen 1921-1929, Berkeley ^{2}1990.

Bariéty, Jacques, Sicherheitsfrage und europäisches Gleichgewicht. Betrachtungen über die französische Deutschlandpolitik 1919-1927. In: Die Deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Referate und Diskussionsbeiträge eines Augsburger Symposions 23. bis 25. September 1981. Hrsg. von Josef Becker und Andreas Hillgruber, München 1983.

Batchelor, John und Ian Hogg, Die Geschichte der Artillerie, München 1977.

Becker, Heinrich, Handlungsspielräume der Agrarpolitik in der Weimarer Republik zwischen 1923 und 1929, Stuttgart 1990.

Beer, Udo, "Der falsche Priester". Eine Borkumer Kampfschrift aus der Zeit der Weimarer Republik. In: Emder Jahrbuch Bd. 66/1986, S. 152-163.

Berghahn, Volker R., Das Volksbegehren gegen den Young-Plan und die Ursprünge des Präsidialregimes, 1928-1930. In: Dirk Stegmann, Bernd-Jürgen Wendt und Peter Christian Witt (Hrsg.), Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte, Festschrift für Fritz Fischer, Bonn 1978, S. 431-446.

Berghahn, Volker R., Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966.

Bergmann, Hannsjörg, Der Bayerische Bauernbund und der Bayerische Christliche Bauernverein 1919-1928, München 1986.

Bessel, Richard, Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934, New Haven 1984.

Bezzel, Irmgard, Bayerische Staatsbibliothek München. Bibliotheksführer, Geschichte und Bestände, München 1967.

Bickelmann, Hartmut, Deutsche Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit, Wiesbaden 1980.

Bieber, Hans-Joachim, Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918-1920, Hamburg 1992.

Bismarck, Otto von, Gedanken und Erinnerungen, Bde. 2, 3, Stuttgart 1919-1922.

Bismarck-Worte. Hrsg. von Heinz Amelung, Berlin 1918.

Bohmann, Alfred, Menschen und Grenzen. Bd. 1: Strukturwandel der deutschen Bevölkerung im polnischen Staats- und Verwaltungsbereich, Köln 1969.

Bohmann, Alfred, Menschen und Grenzen. Bd. 4: Bevölkerung und Nationalitäten in der Tschechoslowakei, Köln 1975.

Borgert, Heinz-Ludger, Grundzüge der Landkriegführung von Schlieffen bis Guderian. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Bd. 5/IX: Grundzüge der militärischen Kriegführung 1648-1939, München 1979.

Botz, Gerhard, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938, München 1983.

Bräunche, Ernst Otto, Die NSDAP in Baden 1928-1933. Der Weg zur Macht. In: Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928-1933. Hrsg. von Thomas Schnabel, Stuttgart 1982, S. 15-48.

Breit, Gotthard, Das Staats- und Gesellschaftsbild deutscher Generale beider Weltkriege im Spiegel ihrer Memoiren, Boppard a. Rh., 1973.

Bridge, Francis Roy, Österreich(-Ungarn) unter den Großmächten. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. VI: Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen. 1. Teilband, Wien 1989, S. 196-373.

Briesen, Detlef, Berlin - Die überschätzte Metropole. Über das System deutscher Hauptstädte zwischen 1850 und 1940 In: Metropolis Berlin. Berlin als deutsche Hauptstadt im Vergleich europäischer Hauptstädte 1871-1939. Hrsg. von Gerhard Brunn und Jürgen Reulecke, Bonn 1992, S. 39-77.

Bucher, Peter, Der Reichswehrprozeß. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30, Boppard a. Rh. 1967.

Buchheim, Hans, Fördernde Mitgliedschaft bei der SS. In: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, [Bd. 1], München 1958.

Buchner, Hans, Grundriß einer Nationalsozialistischen Volkswirtschaftstheorie, München 1930.

Buder, Johannes, Die Reorganisation der preußischen Polizei 1918-1923, Frankfurt a. M. 1986.

Butterwegge, Christoph und Heinz-Gerd Hofschen, Sozialdemokratie, Krieg und Frieden. Die Stellung der SPD zur Friedensfrage von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine kommentierte Dokumentation, Heilbronn 1984.

Büttner, Ursula und Werner Jochmann, Hamburg auf dem Weg ins Dritte Reich. Entwicklungsjahre 1931-1933, Hamburg 1983.

Carsten, Francis L., Reichswehr und Politik 1918-1933, Köln 1964.

Caspar, Gustav-Adolf, Die militärische Tradition in der Reichswehr und in der Wehrmacht 1919-1945. In: Tradition in deutschen Streitkräften bis 1945, Herford 1986, S. 209-310.

Christ, Karl, Spartaforschung und Spartabild. In: ders. (Hrsg.), Sparta, Darmstadt 1986, S. 1-72.

Clausewitz, Carl von, Politische Schriften und Briefe. Hrsg. von Hans Rothfels, München 1922.

Clausewitz, Carl von, Vom Kriege, 12. Aufl., Berlin o. J.

Collotti, Enzo, Fascismo e Heimwehren: La Lotta antisocialista nella Crisi della prima Repubblica Austriaca. In: Rivista di Storia contemporanea 12 (1983), S. 301-337.

Conquest, Robert, The Harvest of Sorrow. Soviet Collectivization and the Terror-Famine, New York 1986.

Craig, Gordon A., Königgrätz, Wien 1966.

Cullen, Michael S., Der Reichstag. Die Geschichte eines Monumentes, o. O. 1983.

Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928-1933. Hrsg. von Hermann Weiß und Paul Hoser, München 1989.

Dickmann, Fritz, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919. In: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 1-101.

Dierker, Herbert, Arbeitersport im Spannungsfeld der Zwanziger Jahre. Sportpolitik und Alltagserfahrungen auf internationaler, deutscher und Berliner Ebene, Essen 1990.

Dodenhoeft, Bettina, "Laß mich nach Rußland heim". Russische Emigranten in Deutschland von 1918 bis 1945, Frankfurt a. M. 1993.

Döhn, Lothar, Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim am Glan 1970.

Dokumente der deutschen Politik. Reihe: Die Zeit des Weltkrieges und der Weimarer Republik 1914-1933. Bd. III: Novemberumsturz und Versailles 1918-1919. Bearb. von Hans Volz, Teil 1, Berlin 1942.

Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Hrsg. von Ernst Rudolf Huber, Bd. 3: Dokumente der Novemberrevolution und der Weimarer Republik 1918-1933, Stuttgart 1966.

Domann, Peter, Sozialdemokratie und Kaisertum unter Wilhelm II. Die Auseinandersetzung der Partei mit dem monarchischen System, seinen gesellschafts- und verfassungspolitischen Voraussetzungen, Wiesbaden 1974.

Dresden. Geschichte der Stadt in Wort und Bild, Berlin (Ost) ^{2}1984.

Dülffer, Jost, NS-Herrschaftssystem und Stadtgestaltung. Das Gesetz zur Neugestaltung deutscher Städte vom 4.10.1937. In: German Studies Review 12 (1989), S. 69-89.

Durth, Werner, Architektur und Stadtplanung im Dritten Reich. In: Nationalsozialismus und Modernisierung. Hrsg. von Michael Prinz und Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991, S. 139-171.

Eisenstadt, Shmuel N., Die Transformation der israelischen Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1987.

Eloni, Yehuda, Zionismus in Deutschland. Von den Anfängen bis 1914, Gerlingen 1987.

Engelbrechten, Julius Karl von und Hans Volz, Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin. Ein Führer durch die Gedenkstätten des Kampfes um die Reichshauptstadt, München 1937.

Engelhaafs Historisch-politische Jahresübersicht für 1929, Stuttgart 1930.

Engeli, Christian, Gustav Böß. Oberbürgermeister von Berlin 1921-1930, Stuttgart 1971.

Die Entstehung des Youngplans dargestellt vom Reichsarchiv 1931-1933. Durchgesehen und eingeleitet von Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970.

Epstein, Klaus, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962.

Erickson, John, The Soviet High Command. A Military-Political History 1918-1941, London 1962.

Estermann-Juchler, Margit, Faschistische Staatsbaukunst. Zur ideologischen Funktion der öffentlichen Architektur im faschistischen Italien, Köln 1982.

Falter, Jürgen W., Hitlers Wähler, München 1991.

Falter, Jürgen W./Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986.

Faust, Anselm, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1973.

Fellner, Fritz, Der Vertrag von St. Germain. In: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Hrsg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Bd. 1, Graz 1983, S. 85-106.

Fenske, Hans, Sachsen und Thüringen 1918-1933. In: Die Regierungen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten 1815-1933, Boppard a. Rh. 1983.

Fest, Joachim C., Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973.

Fisch, Stefan, Stadtplanung im 19. Jahrhundert. Das Beispiel München bis zur Ära Theodor Fischer, München 1988.

Flechtheim, Ossip K., Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986.

Förster, Stig, Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890-1913, Stuttgart 1985.

Frank, Hans, Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse, München 1953.

Franke, Volker, Der Aufstieg der NSDAP in Düsseldorf. Die nationalsozialistische Basis in einer katholischen Großstadt, Essen 1987.

Franz-Willing, Georg, Ursprung der Hitlerbewegung 1919-1922, Preußisch Oldendorf [2]1974.

Freiberg, Walter, Südtirol und der italienische Nationalismus. Entstehung und Entwicklung einer europäischen Minderheitenfrage, Bd. 1, Innsbruck 1990.

Friedenthal, Elisabeth, Volksbegehren und Volksentscheid über den Young-Plan und die deutschnationale Sezession, Tübingen 1957.

Friedhofsschändungen in Deutschland 1923-1932. Dokumente der politischen und kulturellen Verwilderung unserer Zeit. Zusammengestellt vom Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e. V., Berlin [5]1932.

Gall, Lothar, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt a. M. [4]1980.

Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes, ges. und erläutert von Georg Büchmann, München 1967.

Gesamtverzeichnis zum Bundes- und Reichsgesetzblatt 1867 bis 1929. Anhang zum Reichsgesetzblatt, Berlin 1930.

Geßler, Otto, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit. Hrsg. von Kurt Sendtner, Stuttgart 1958.

Geyer, Michael, Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924-1926, Wiesbaden 1980.

Goldinger, Walter und Dieter A. Binder, Geschichte der Republik Österreich 1918-1938, Wien 1992.

Gordon, Harold J. jr., Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, Frankfurt a. M. 1971.

Gorny, Yosef, Zionism and The Arabs 1882-1948. A Study of Ideology, Oxford 1987.

Gregor-Dellin, Martin, Richard Wagner. Sein Leben - Sein Werk - Sein Jahrhundert, München 1980.

Grill, Johnpeter Horst, The Nazi Movement in Baden, 1920-1945, Chapel Hill 1983.

Gritschneder, Otto, Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz, München 1990.

Groehler, Olaf, Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920-1921, Berlin 1992.

Grotkopp, Jörg, Beamtentum und Staatsformwechsel. Die Auswirkungen der Staatsformwechsel von 1918, 1933 und 1945 auf das Beamtenrecht und die personelle Zusammensetzung der deutschen Beamtenschaft, Frankfurt a. M. 1992.

Gusy, Christoph, Weimar - die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991.

Hagen, Mark Louis von, School of the Revolution: Bolsheviks and Peasants in the Red Army, 1918-1929, Ann Arbor 1985.

Hagspiel, Hermann, Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Die deutsch-französische Außenpolitik der zwanziger Jahre im innenpolitischen Kräftefeld beider Länder, Bonn 1987.

Halbmast. Ein Heldenbuch der SA und SS. Erste Folge. Den Toten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Gedächtnis, Berlin 1932.

Hale, Oron James, Adolf Hitler: Taxpayer. In: The American Historical Review 60 (1955), S. 830-842.

Hale, Oron James, Presse in der Zwangsjacke 1933-1945, Düsseldorf 1965.

Hall, Christopher, Britain, America and Arms Control 1921-37, New York 1987.

Hamburger, Ernest, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848-1918, Tübingen 1968.

Hammer, Hermann, Die deutschen Ausgaben von Hitlers "Mein Kampf". In: VfZ 4 (1956), S. 161-178.

Handbuch der Judenfrage. Eine Zusammenstellung des wichtigsten Materials zur Beurteilung des jüdischen Volkes. Hrsg. von Theodor Fritsch, Hamburg ^{28}1919.

Hattenhauer, Hans, Deutsche Nationalsymbole. Zeichen und Bedeutung, München 1984.

Hayward, N. F. und D. S. Morris, The First Nazi Town, New York 1988.

Heindl, Wolfgang, Die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden in Deutschland von 1925 bis 1933. Öffentliche Haushalte und Krisenverschärfung, Frankfurt a. M. 1984.

Heinemann, Ulrich, Die Last der Vergangenheit. Zur politischen Bedeutung der Kriegsschuld- und Dolchstoßdiskussion. In: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Düsseldorf 1987, S. 371-386.

Heinemann, Ulrich, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983.

Heiß, Friedrich, Das Schlesienbuch. Ein Zeugnis ostdeutschen Schicksals, Berlin 1938.

Helmreich, Jonathan E., Belgium and Europe. A Study in Small Power Diplomacy, The Hague 1976.

Hennig, Diethard, Johannes Hoffmann. Sozialdemokrat und Bayerischer Ministerpräsident, München 1990.

Henning, Friedrich-Wilhelm, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland. Bd. 2: 1750-1976, Paderborn 1978.

Hermand, Jost und Frank Trommler, Die Kultur der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1989.

Hierl, Konstantin, Im Dienst für Deutschland 1918-1945, Heidelberg 1954.

Hildebrand, Klaus, Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945, München 1969.

Historisches Lexikon der Sowjetunion 1917/22 bis 1991. Hrsg. von Hans-Joachim Torke, München 1993.

Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929-1932. Hrsg. von Henry A. Turner jr., Frankfurt a. M. 1978.

Hitler, Adolf, Mein Kampf. Bd. 1: Eine Abrechnung, Bd. 2: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1925-1927.

Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München. Erster Teil: Die Anklage - Die Vernehmung der Angeklagten - Die Beweisaufnahme. Zweiter Teil: Die Ausführungen der Staatsanwälte und Verteidiger - Das Schlußwort der Angeklagten - Das Urteil, München 1924 (Nachdruck: Glashütten/Ts. 1973).

Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923. Eingel. und hrsg. von Ernst Deuerlein, Stuttgart 1962.

Hoffmann, Gabriele, Sozialdemokratie und Berufsbeamtentum. Zur Frage nach Wandel und Kontinuität im Verhältnis der Sozialdemokratie zum Berufsbeamtentum in der Weimarer Zeit, Hamburg 1972.

Hofmann, Robert, Geschichte der deutschen Parteien. Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart, München 1993.

Höhn, Reinhard, Sozialismus und Heer. Bd. II: Die Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit dem Moltkeschen Heer, Bad Homburg vor der Höhe 1959.

Holtfrerich, Carl-Ludwig, Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980.

Holz, Kurt A., Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan in der deutschen Presse, Frankfurt a. M. 1977.

Holzer, Jerzy, Parteien und Massen. Die politische Krise in Deutschland 1928-1930, Wiesbaden 1975.

Horn, Daniel, The National Socialist Schülerbund and the Hitler-Youth, 1929-1933. In: Central European History 11 (1978), S. 355-375.

Horn, Wolfgang, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1933), Düsseldorf 1972.

Hornung, Klaus, Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958.

Hoser, Paul, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, Teil 2, Frankfurt a. M. 1990.

Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte. Bd. IV: Struktur und Krisen des Kaiserreichs, Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1969-1981.

Hürten, Heinz, Reichswehr und Ausnahmezustand. Ein Beitrag zur Verfassungsproblematik der Weimarer Republik in ihrem ersten Jahrfünft, Opladen 1977.

Ihr Wintbeutel und Erzschäker. Die Randbemerkungen Friedrichs des Großen, nach Georg Borchardt neu bearb. und erläutert durch Erich Murawski, Bad Nauheim 1963.

Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18. Bearb. v. Erich Matthias u. Rudolf Morsey, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe, Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik, Bd. 1/I, Düsseldorf 1959.

Isay, Ernst, Kommentar zum Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz und zu den deutschen Staatsangehörigkeitsverträgen, Berlin 1929.

Jablonsky, David, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925, London 1989.

Jäckel, Eberhard und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980.

Jantzen, Wolfgang, Sozialgeschichte des Behindertenbetreuungswesens, München 1982.

Jasper, Gotthard, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922-1930, Tübingen 1963.

Jasper, Gotthard, Zur innerpolitischen Lage in Deutschland im Herbst 1929. In: VfZ 8 (1960), S. 280-289.

Joachimsthaler, Anton, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989.

Jung, Otmar, Direkte Demokratie in der Weimarer Republik. Die Fälle "Aufwertung", "Fürstenenteignung", "Panzerkreuzerverbot" und "Youngplan", Frankfurt a. M. 1989.

Karstens, Uwe, Der Fall "Grantz". Innere Kämpfe in der dithmarsischen NSDAP 1929/30. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 111 (1986), S. 215-233.

Kater, Michael H., The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945, Oxford 1983.

Kater, Michael H., Zum gegenseitigen Verhältnis von SA und SS in der Sozialgeschichte des Nationalsozialismus von 1925 bis 1939. In: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 62 (1975), S. 339-379.

Kennedy, Paul, Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000, Frankfurt a. M. ²1989.

Kerekes, Lajos, Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr, Wien 1966.

Kerekes, Lajos, Italien, Ungarn und die österreichische Heimwehrbewegung 1928-1931. In: Österreich in Geschichte und Literatur 9 (1965), S. 1-13.

Kessler, Harry Graf, Tagebücher 1918-1937. Herausgegeben von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt a. M. 1961.

Kielmansegg, Peter Graf, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1968.

Kluge, Ulrich, Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen 1975.

Koehl, Robert Lewis, The Black Corps. The Structure and Power Struggles of the Nazi SS, Madison (Wis.) 1983.

Köhler, Karl, Organisationsgeschichte der Luftwaffe von den Anfängen bis 1918. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Bd. 3/V.

Kolb, Eberhard (Hrsg.), Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972.

Kolb, Eberhard, Der Kriegsausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870, Göttingen 1970.

Kolbe, Jürgen, Heller Zauber. Thomas Mann in München 1894-1933, Berlin 1987.

Könnemann, Erwin, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 bis 1920), Berlin (Ost) 1971.

Konrad, Helmut, Nationalismus und Internationalismus. Die österreichische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, Wien 1976.

Kratzenberg, Volker, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation, ihre Entstehung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927-1934, Frankfurt a. M. 1987.

Krause, Hartfrid, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt a. M. 1975.

Krause, Hartmut, Deutsche Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit, Wiesbaden 1980.

Das Krisenjahr 1923. Militär und Innenpolitik. Bearbeitet von Heinz Hürten, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Zweite Reihe: Militär und Politik, Bd. 4, Düsseldorf 1980.

Krohn, Manfred, Die deutsche Justiz im Urteil der Nationalsozialisten 1920-1933, Frankfurt a. M. 1991.

Krüger, Norbert, Adolf Hitlers Clausewitzkenntnis. In: Wehrwissenschaftliche Rundschau 18 (1968), S. 467-471.

Krüger, Peter, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985.

Kuhn, Robert, Die Vertrauenskrise der Justiz (1926-1928). Der Kampf um die "Republikanisierung" der Rechtspflege in der Weimarer Republik, Köln 1983.

Kupferman, Fred, L'opinion française et le défaitisme pendant la Grande Guerre. In: Relations internationales Nr. 2, 1974, S. 91-100.

Laws Applicable to Immigration and Nationality. Embracing Statutes of a Permanent Character, and Treaties, Proclamations, Executive Orders, and Reorganization Plans Affecting the Immigration and Naturalization Service. Ed. by United States Department of Justice, Washington 1953.

Le Bars, Michelle, Le mouvement paysan dans le Schleswig-Holstein 1928-1932, Berne 1986.

Leopold, John A., Alfred Hugenberg. The Radical Nationalist Campaign against the Weimar Republic, New Haven (Conn.) ^{2}1979.

Levy, Jacob, Die Schächtfrage unter Berücksichtigung der neuen physiologischen Forschungen, Berlin ^{2}1929.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von Dieter Fricke u. a., Leipzig 1983-1986.

Liang, Hsi-Huey, Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik, Berlin 1977.

Liebe, Werner, Die Deutschnationale Volkspartei 1918-1924, Düsseldorf 1956.

Link, Werner, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970.

Linse, Ulrich, Barfüßige Propheten. Erlöser der zwanziger Jahre, Berlin 1983.

v. Löbells Jahresberichte über das Heer- und Kriegswesen, XLIII. Jahrgang. Hrsg. v. von Oertzen, Berlin 1926.

Longerich, Peter, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989.

Lowe, C. J. / F. Marzari, Italian Foreign Policy 1870-1940, London 1975.

Lurz, Meinhold, Kriegerdenkmäler in Deutschland. Bd. 4: Weimarer Republik, Heidelberg 1985.

Lütgemeier-Davin, Reinhold, "Wiederwehrhaftmachung" oder "Abrüstung". Die militärische Sicherheitspolitik der Weimarer Republik im Licht pazifistischer Öffentlichkeit. In: Lehren aus der Geschichte. Redaktion Reiner Steinweg, Frankfurt a. M. 1990.

Lyttelton, Adrian, The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919-1929, London 1973.

Mack Smith, Denis, Mussolini. Eine Biographie, München 1983.

Maier, Hans, Ideen von 1914 - Ideen von 1939. Zweierlei Kriegsanfänge. In: VfZ 38 (1990), S. 525-542.

Mauch, Hans-Joachim, Nationalistische Wehrorganisationen in der Weimarer Republik. Zur Entwicklung und Ideologie des "Paramilitarismus", Frankfurt a. M. 1982.

Maurer, Ilse, Reichsfinanzen und Große Koalition. Zur Geschichte des Reichskabinetts Müller (1928-1930), Bern 1973.

Maurer, Trude, Ostjuden in Deutschland 1918-1933, Hamburg 1986.

McKercher, B. J. C., "The Deep and Latent Distrust": The British Official Mind and the United States, 1919-1929. In: Anglo-American Relations in the 1920s. The Struggle for Supremacy. Hrsg. von B. J. C. McKercher, London 1991, S. 209-238.

Meier-Welcker, Hans, Seeckt, Frankfurt a. M. 1967.

Merkl, Peter H., Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925-1933. In: Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen in 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld, Stuttgart 1982, S. 422-440.

Merl, Stephan, Wie viele Opfer forderte die "Liquidierung der Kulaken als Klasse"? Anmerkungen zu einem Buch von Robert Conquest. In: Geschichte und Gesellschaft 14 (1988), S. 534-540.

Meyer, Enno, Die Einwanderung der Juden in das Gebiet der heutigen Vereinigten Staaten von Amerika. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 40 (1989), S. 665-683.

Meyer, Gerd, Die deutsche Reparationspolitik von der Annahme des Young-Plans im Reichstag (12. März 1930) bis zum Reparationsabkommen auf der Lausanner Konferenz (9. Juli 1932), Bonn 1991.

Meyer, Gerd, Die Reparationspolitik. Ihre außen- und innenpolitischen Rückwirkungen. In: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Düsseldorf 1987, S. 327-342.

Mikoletzky, Juliane, Wien als österreichische Hauptstadt 1870-1938. In: Metropolis Berlin. Berlin als deutsche Hauptstadt im Vergleich europäischer Hauptstädte 1871-1939. Hrsg. von Gerhard Brunn und Jürgen Reulecke, Bonn 1992, S. 409-443.

Miller, Susanne, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974.

Miller, Susanne, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920, Düsseldorf 1978.

Mitteilungen des Hessischen Landesstatistischen Amtes 59 (1929), 60 (1930).

Mommsen, Hans, Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik, Stuttgart 1966.

Mommsen, Theodor, Römische Geschichte. Vollständige Ausgabe in acht Bänden. Bd. V: Die Begründung der Militärmonarchie, Zweiter Teil: Der letzte Kampf der römischen Republik, München 1976.

Mommsen, Wilhelm (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme. Zweiter Teil: Weimarer Republik und Bundesrepublik Deutschland, München 1960.

Mommsen, Wolfgang J., Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur des deutschen Kaiserreichs, Frankfurt a. M. 1990.

Morsey, Rudolf, Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966.

Müller, Gerd, Das Wahlplakat. Pragmatische Untersuchungen zur Sprache in der Politik am Beispiel von Wahlplakaten aus der Weimarer Republik und der Bundesrepublik, Tübingen 1978.

Münchener Jahrbuch 1913. Kalender für Bureau, Comptoir und Haus, München 1912.

Nagel, Irmela, Fememorde und Fememordprozesse in der Weimarer Republik, Köln 1991.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei - Reichsleitung. Rundschreiben des Reichsschatzmeisters vom 26. Juli 1926 - 31. Dezember 1934, München 1935.

Neues Lexikon des Judentums. Hrsg. von Julius H. Schoeps, Gütersloh 1992.

Nipperdey, Thomas, Deutsche Geschichte 1866-1918, 2 Bde., München 1990-1992.

Norden, Albert, Fälscher. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen, Berlin (Ost) 1960.

Orde, Anne, Großbritannien und die Selbständigkeit Österreichs 1918-1938. In: VfZ 28 (1980), S. 225-247.

Organisationsbuch der NSDAP. Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, München 1936.

Paul, Gerhard, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990.

Paul, Gerhard, Die NSDAP des Saargebietes 1920-1935. Der verspätete Aufstieg der NSDAP in der katholisch-proletarischen Provinz, Saarbrücken 1987.

Petersen, Jens, Hitler - Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin-Rom 1933-1936, Tübingen 1973.

Petzina, Dietmar, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977.

Die Pfalz unter französischer Besatzung von 1918 bis 1930. Kalendarische Darstellung der Ereignisse vom Einmarsch im November 1918 bis zur Räumung am 1. Juli 1930. Hrsg. vom Bayerischen Staatskommissar für die Pfalz, München 1930.

Phelps, Reginald H., Hitler and the Deutsche Arbeiterpartei. In: Nazism and the Third Reich. Hrsg. von Henry A. Turner jr., New York 1972, S. 5-19.

Poliakov, Léon, Geschichte des Antisemitismus, Bd. VII: Zwischen Assimilation und "jüdischer Weltverschwörung", Frankfurt a. M. 1988.

Politik in Bayern 1919-1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck. Hrsg. und kommentiert von Wolfgang Benz, Stuttgart 1971.

Pollard, John F., The Vatican and Italian Fascism 1929-32. A study in conflict, Cambridge 1985.

Polonsky, A. B., Piłsudski and Parliament. The Crisis of Constitutional Government in Poland 1922-1931, Oxford 1967.

Poschinger, Heinrich von (Hrsg.), Bismarck-Portefeuille. Bd. II, Stuttgart 1898.

Potter, Elmar B. und Chester W. Nimitz, Seemacht. Eine Seekriegsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart. Deutsche Fassung hrsg. im Auftrag des Arbeitskreises für Wehrforschung, München 1974.

Preiß, Heinz (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939.

Der Prozeß Rouzier, Landau 1927.

Rasp, Hans-Peter, Eine Stadt für tausend Jahre. München - Bauten und Projekte für die Hauptstadt der Bewegung, München 1981.

Rauh, Manfred, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, Düsseldorf 1977.

Regele, O., Der Erfinder der Kampfwagen (Tanks). In: Militär Wochenblatt Nr. 38/1927, S. 1402-1403.

Reichstagshandbuch. IV. Wahlperiode 1928, Berlin 1928.

Reinicke, Adolf, Das Reichsheer 1921-1934. Ziele, Methoden der Ausbildung und Erziehung sowie der Dienstgestaltung, Osnabrück 1986.

Reuth, Ralf Georg, Goebbels, München 1990.

Rhodes, Benjamin D., The Image of Britain in the United States, 1919-1929: A Contentious Relative and Rival. In: Anglo-American Relations in the 1920s. The Struggle for Supremacy. Hrsg. von B. J. C. McKercher, London 1991, S. 187-208.

Richter, Helmut, Berlin. Aufstieg zum kulturellen Zentrum, Bonn 1987.

Rietzler, Rolf, "Die Blutnacht von Wöhrden". Zur Nationalsozialistischen Propaganda der Gewalt. In: Journal für Geschichte 1/1983, S. 4-7, 58-59.

Rill, Bernd, Kemal Atatürk, Reinbek 1985.

Rioux, Françoise, Vom Paris der Staatsgewalt zum Paris des Volkes. Das Bild der französischen Hauptstadt von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg. In: Metropolis Berlin. Berlin als deutsche Hauptstadt im Vergleich europäischer Hauptstädte 1871-1939. Hrsg. von Gerhard Brunn und Jürgen Reulecke, Bonn 1992, S. 327-365.

Ritter, Gerhard A., Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918-1920. In: Gerhard A. Ritter, Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1976.

Rochat, Giorgio, Le Guerre coloniali dell'Italia Fascista. In: Le Guerre coloniali del Fascismo. Hrsg. von Angelo Del Boca, Rom 1991, S. 173-196.

Roesler, Konrad, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg, Berlin 1967.

Rohe, Karl, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966.

Rosenfeld, Günter, Sowjetunion und Deutschland 1922-1933, Köln 1984.

Rosenhaft, Eve, Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929-1933, Cambridge 1983.

Rothenburger, Karl-Heinz, Die elsass-lothringische Heimat- und Autonomiebewegung zwischen den Weltkriegen, Frankfurt a. M. 1975.

Rühle, Günther, Theater für die Republik im Spiegel der Kritik, Bd. 2: 1926-1933, Frankfurt a. M. 1967.

Ruppert, Karsten, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923-1930, Düsseldorf 1992.

Rüstung und Abrüstung. Eine Umschau über das Heer- und Kriegswesen aller Länder. Hrsg. v. von Oertzen, Berlin 1929.

Salewski, Michael, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927, München 1966.

Sanitätsbericht über das deutsche Heer (Deutsches Feld- und Besatzungsheer) im Weltkriege 1914/18. Bearbeitet in der Heeres-Sanitätsinspektion des Reichswehrministeriums, Bd. 3: Die Krankenbewegung bei dem Deutschen Feld- und Besatzungsheer, Berlin 1934.

Die Satzung des Völkerbundes. Kommentiert von Walther Schücking und Hans Wehberg, Berlin ^{2}1924.

Sauer, Wolfgang, Die Mobilmachung der Gewalt, Bd. III: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Frankfurt a. M. 1974.

Schellack, Fritz, Nationalfeiertage in Deutschland von 1871 bis 1945, Frankfurt a. M. 1990.

Schirmann, Léon, Blutmai Berlin 1929. Dichtungen und Wahrheit, Berlin 1991.

Schmidt-Richberg, Wiegand, Die Regierungszeit Wilhelms II. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Bd. 3/V.

Schmitt, Franz August, Die Zeit der zweiten Revolution in Bayern, München 1919.

Scholder, Klaus, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Frankfurt a. M. 1977.

Schöllgen, Gregor (Hrsg.), Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland, Darmstadt 1991.

Schön, Eberhart, Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen, Meisenheim am Glan 1972.

Schönhoven, Klaus, Die Bayerische Volkspartei 1924-1932, Düsseldorf 1972.

Schröder, Hans-Christoph, Sozialismus und Imperialismus. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der "Weltpolitik" vor 1914, Hannover 1968.

Schüddekopf, Otto-Ernst, Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918-1933, Hannover 1955.

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1918-1930, München 1922-1931.

Schulz, Gerhard, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik. Band I: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919-1930, Bd. II: Deutschland am Vorabend der Großen Krise, Bd. III: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930-1933, Berlin 1963-1992.

Schulze, Hagen, Freikorps und Republik 1918-1920, Boppard a. Rh. 1969.

Schumacher, Martin, Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei, Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919-1933, Düsseldorf 1972.

Schüren, Ulrich, Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978.

Schuster, Kurt G. P., Der Rote Frontkämpferbund 1924-1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes, Düsseldorf 1975.

Schwede-Coburg, Franz, Kampf um Coburg, München 1939.

Schwend, Karl, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. Beiträge zur bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933, München 1954.

Schwengler, Walter, Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20, Stuttgart 1982.

Sendtner, Kurt, Rupprecht von Wittelsbach, Kronprinz von Bayern, München 1954.

Smith, Woodruff D., The Ideological Origins of Nazi Imperialism, New York 1986.

Société des Nations. Journal Officiel. Supplément spécial, Nr. 64, Genf 1928.

Sozialdemokratie und Wehrproblem. Vorschläge für Programmformulierungen zu dem Wehrproblem, herausgegeben vom "Klassenkampf", Herausgeber: Prof. Dr. Max Adler, Dr. Paul

Levi, Dr. Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz, Heinrich Ströbel, Leipzig o. J. [1929] (Sonderheft Der Klassenkampf - Marxistische Blätter).

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978.

Speier, Hans, Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus. Ein Beitrag zum Verständnis der deutschen Sozialstruktur 1918-1933, Frankfurt a. M. 1989.

Stachura, Peter D., Nazi Youth in the Weimar Republic, Santa Barbara 1975.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1907-1936, Berlin 1907-1936.

Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Bayern 19 (1930), München 1930.

Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen 26 (1930), Berlin 1930.

Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Sachsen 49 (1930), Dresden 1931.

Staudinger, Anton, Christlichsoziale Partei. In: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Hrsg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Bd. 1, Graz 1983, S. 249-276.

Steffani, Winfried, Die Untersuchungsausschüsse des Preußischen Landtages zur Zeit der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Entwicklung, Funktion und politischen Bedeutung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, Düsseldorf 1960.

Steinborn, Peter, Grundlagen und Grundzüge Münchener Kommunalpolitik in der Jahren der Weimarer Republik. Zur Geschichte der bayerischen Landeshauptstadt im 20. Jahrhundert, München 1968.

Stephan, Werner, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973.

Stephenson, Jill, The Nazi Organisation of Women, London 1981.

Steurer, Leopold, Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919-1939, Wien 1980.

Stevenson, David, French War Aims against Germany 1914-1919, Oxford 1982.

Stevenson, David, The First World War and International Politics, New York 1988.

Stoltenberg, Gerhard, Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918-1933. Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1962.

Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich nebst dem Einführungsgesetze. Hrsg. und erläutert von Dr. Reinhard Frank, Leipzig ⁴1903.

Ströhle-Bühler, Heike, Studentischer Antisemitismus in der Weimarer Republik. Eine Analyse der Burschenschaftlichen Blätter 1918 bis 1933, Frankfurt a. M. 1991.

Sutter, Berthold, Die politische und rechtliche Stellung der Deutschen in Österreich 1848-1918. In: Die Habsburgermonarchie. Hrsg. v. Adam Wandruschka und Peter Urbanitsch. Bd. III: Die Völker des Reiches, 1. Teilband, Wien 1980, S. 154-339.

Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 1: 27.6.1924-31.12.1930, München 1987.

Teichler, Hans Joachim, Internationale Sportpolitik im Dritten Reich, Schorndorf 1991.

Thomsen, Johann Wilhelm, Landleben in der Weimarer Republik, Heide 1989.

Torunsky, Vera, Entente der Revisionisten? Mussolini und Stresemann 1922-1929, Köln 1986.

Toury, Jacob, Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847-1871. Zwischen Revolution, Reaktion und Emanzipation, Düsseldorf 1977.

Treitschke, Heinrich von, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Erster Teil: Bis zum zweiten Pariser Frieden, Leipzig 1928.

Turner, Henry Ashby jr., Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985.

Turner, Henry Ashby jr., Emil Kirdorf and the Nazi Party. In: Central European History 1 (1968), S. 324-344.

Tyrell, Albrecht (Hrsg.), Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969.

Tyrell, Albrecht, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975.

Uhlig, Heinrich, Die Warenhäuser im Dritten Reich, Köln 1956.

Unterstell, Rembert, Mittelstand in der Weimarer Republik. Die soziale Entwicklung und politische Orientierung von Handwerk, Kleinhandel und Hausbesitz 1919-1933, Ein Überblick, Frankfurt a. M. 1989.

Urban, Thomas, Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit, München 1993.

Urbanitsch, Peter, Die Deutschen in Österreich. Statistisch-deskriptiver Überblick. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. III: Die Völker des Reiches, 1. Teilband, Wien 1980, S. 33-154.

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neugründung Deutschlands in der Gegenwart, Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bde. II, III, VII, Berlin o. J.

Die Verfassungsreform von 1929. Dokumente und Materialien zur Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle von 1929. Hrsg. und mit einer Einleitung versehen von Klaus Berchtold, Wien 1979.

Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Stenographische Berichte, München 1924-1929.

Verhandlungen des Reichstags, Bde. 361-443, Berlin 1924-1930.

Vestring, Sigrid, Die Mehrheitssozialdemokratie und die Enstehung der Reichsverfassung von Weimar 1918/1919, Münster 1987.

Vlcek, Christiane, Der Republikanische Schutzbund in Österreich. Geschichte, Aufbau und Organisation, Diss. phil. Wien 1971.

Vogelsang, Thilo, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart 1962.

Volz, Hans, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin [10]1939.

Wacker, Wolfgang, Der Bau des Panzerschiffes 'A' und der Reichstag, Tübingen 1959.

Der Waffenstillstand 1918-1919. Hrsg. im Auftrage der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928.

Wagner, Hans, 200 Jahre Münchner Theaterchronik 1750-1950. Theatergründung, Ur- und Erstaufführungen, berühmte Gastspiele und andere Ereignisse und Kuriosa aus dem Bühnenleben, München 1958.

Walker, Denis Paul, Hugenberg and the Deutschnationale Volkspartei 1918 to 1930, Cambridge (Mass.) 1976.

Walser, Rupert und Bernhard Wittenbrink, Zur Geschichte des Kunsthandels. Bd. 1: München, München 1989.

Walter, Bruno, Thema und Variationen. Gedanken und Erinnerungen, Stockholm 1947.

Wandruszka, Adam, und Peter Urbanitsch (Hrsg.), Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. IV: Die Konfessionen, Wien 1985.

Webb, Steven B., Hyperinflation and Stabilization in Weimar Germany, New York 1989.

Die Weimarer Praxis der Betriebsräte im Aufsichtsrat. Hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung, Köln 1986.

Weinryb, Bernhard D., Antisemitism in Soviet Russia. In: The Jews in Soviet Russia since 1917. Hrsg. von Lionel Kochan, Oxford [3]1978, S. 300-332.

Weiß, Bernhard, Polizei und Politik, Berlin 1928.

Weiß, Wilhelm, Der General Groener. In: Nationalsozialistische Monatshefte 1 (1930), S. 131-139.

Wengst, Udo, Staatsaufbau und Verwaltungsstruktur. In: Karl Dietrich Bracher / Manfred Funke / Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Düsseldorf 1987, S. 63-77.

Werner, Andreas, SA und NSDAP. SA: "Wehrverband", "Parteitruppe" oder "Revolutionsarmee"? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933, Diss. phil. Nürnberg 1964.

Wilde, Harry, Der politische Mord, Bayreuth 1962.

Wilhelm, Hermann, Dichter, Denker, Fememörder. Rechtsradikalismus und Antisemitismus in München von der Jahrhundertwende bis 1921, Berlin 1989.

Williamson, David G., The British in Germany, 1918-1930. The Reluctant Occupiers, New York 1991.

Wiltschegg, Walter, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung?, München 1985.

Winkler, Heinrich August, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924-1930, Berlin 1985.

Winkler, Heinrich August, Die Revolution von 1918/19 und das Problem der Kontinuität in der deutschen Geschichte. In: Historische Zeitschrift 250 (1990), S. 303-319.

Winkler, Wilhelm, Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums, Berlin 1927.

Winkler, Wilhelm, Volksvermögen. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Hrsg. von Ludwig Elster, Adolf Weber und Friedrich Wieser, Bd. 8, Jena [4]1928.

Witt, Peter-Christian, Inflation, Wohnungszwangswirtschaft und Hauszinssteuer. Zur Regelung von Wohnungsbau und Wohnungsmarkt in der Weimarer Republik. In: Lutz Niethammer (Hrsg.), Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft, Wuppertal 1979, S. 385-407.

Woelker, Joachim, Das Staatsleben unter der Sächsischen Verfassung vom 1. November 1920 in der Zeit vom 31. März 1927 bis zum 11. Juli 1931, Leipzig 1933.

Wohlfeil, Rainer, Heer und Republik. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 3/VI, München 1979.

Wolan, Hubert, Świdnickie Procesy. Narodowosocjalistycznych Bojówkarzy (1929-1930). In: Studia Śląskie 30 (1976), S. 341-362.

Wulf, Peter, Hugo Stinnes. Wirtschaft und Politik 1918-1924, Stuttgart 1979.

Wulff, Reimer, Die Deutschvölkische Freiheitspartei 1922-1928, Marburg 1968.

Zarnow, Gottfried, Gefesselte Justiz. Politische Bilder aus deutscher Gegenwart, 2 Bde., München 1930-1932.

Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 58 (1926), 61 (1929), 62 (1930).

Zelnhefer, Siegfried, Die Reichsparteitage der NSDAP. Geschichte, Struktur und Bedeutung der größten Propagandafeste im nationalsozialistischen Feierjahr, Nürnberg 1991.

Zorn, Wolfgang, Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986.

Personenregister

Die *kursiv* gesetzten Seitenzahlen geben Hinweise auf nähere Angaben zur Person.